



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

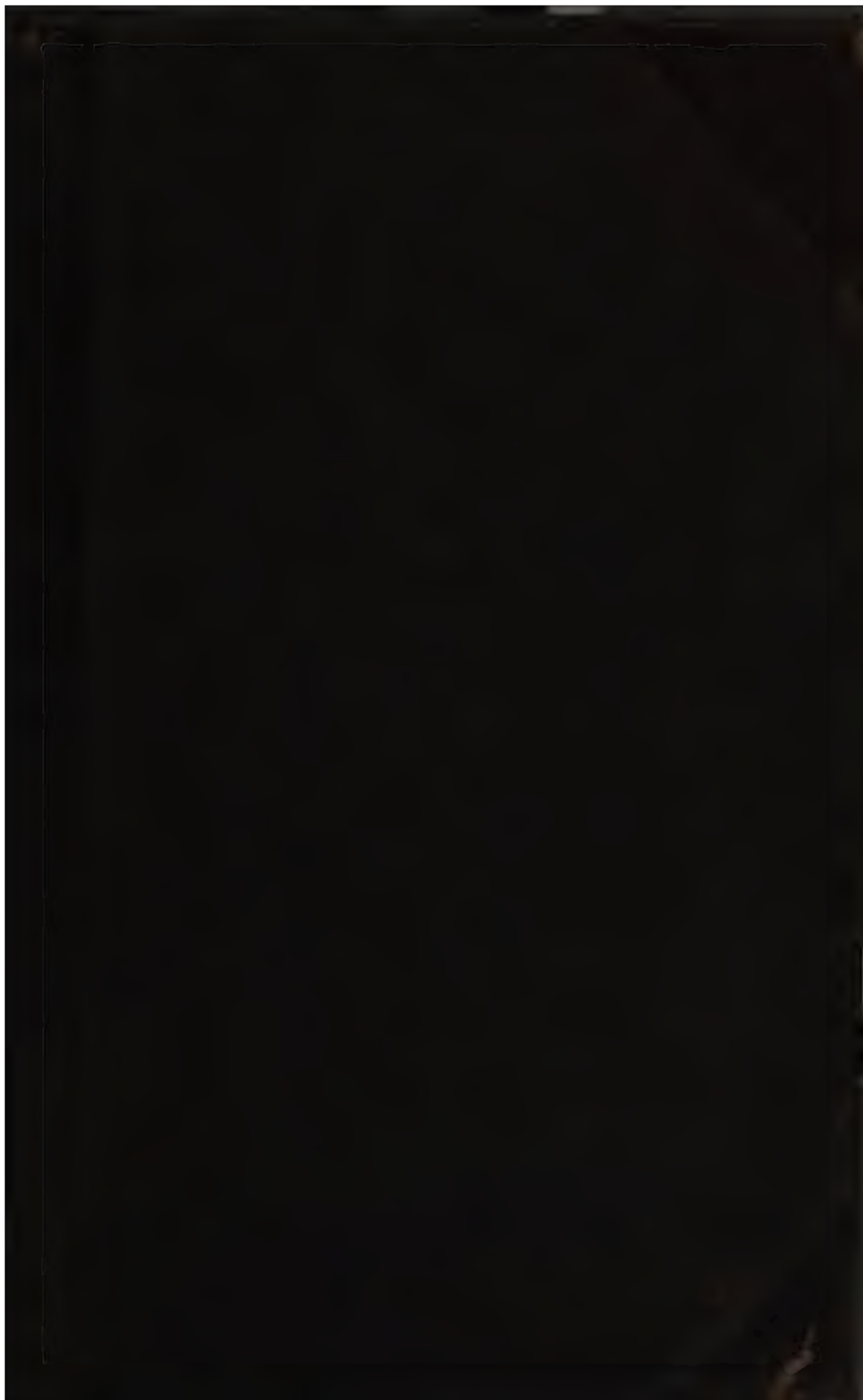
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



~~X~~ Austria

100

~~63~~ 50

Advokat Dr. Josef Jungk
KOMOTAU
Parkstrasse Nr. 3.

S a m m l u n g

von

Civilrechtlichen Entscheidungen

des

k. k. obersten Gerichtshofes.

Herausgegeben

von

Dr. Julius Glaser, Dr. Joseph Unger

und

Joseph v. Walther.

Achtzehnter Band.

(Mit dem Verzeichnisse der Gesetzesstellen für die Bände I—XVIII, dem systematischen Register für die Bände XIII—XVIII, einer Uebersicht über die Anordnung des systematischen Registers u. s. w.)

Wien.

Druck und Verlag von Carl Gerold's Sohn.

1883.



2547 ✓

Vorwort.

Dem bisherigen Plane des Werkes hätte es entsprochen, diesem Bande oder schon dem Bande XVII ein alle bisher erschienenen Bände umfassendes *s y s t e m a t i s c h e s R e g i s t e r* beizugeben. Allein das letzte systematische Register, welches Band XII brachte, hatte bereits einen solchen Umfang, daß dessen Vergrößerung in der bisher üblichen Weise die Uebersicht eher erschwert als erleichtert, jedenfalls aber die Herausgabe eines besonderen Registerbandes nöthig gemacht hätte. Nach reiflicher Ueberlegung haben wir uns deshalb dafür entschieden, das in Band XII enthaltene systematische Register als definitiv abgeschlossen zu betrachten, und das neue Register, sowie dessen spätere Erweiterungen auf den Inhalt der Bände XIII u. ff. zu beschränken. Zum Abschlusse des ersteren und zugleich zur Orientirung in dem letzteren möge die diesem Bande beigefügte „Uebersicht über die Anordnung des systematischen Registers“ dienen.

Herr Professor Dr. Pfaff, welcher die Bearbeitung dieses Registers zu wiederholten Malen übernommen und uns dadurch zu wärmstem Dank verpflichtet hat, ist an der ferneren Mitwirkung durch andere literarische Arbeiten gehindert. Wir haben uns daher an den Herrn Professor Dr. Josef Freiherrn von Schen mit der Bitte um die Uebernahme dieser schwierigen und wichtigen Arbeit gewendet und sprechen ihm hiermit unseren Dank dafür aus, daß er sich dazu freundlichst bereit fand.

•

IV

In dem systematischen Register sind nunmehr — durch fetten Druck — diejenigen Entscheidungen besonders hervorgehoben, welche in das Judicatenbuch oder das Spruchrepertorium des k. k. obersten Gerichtshofes eingetragen sind. Auch die hiedurch gebotene systematische Uebersicht dieser wichtigen Kategorie von Präjudicaten, sowie das gleichfalls diesem Bande angeschlossene Verzeichniß aller in diese Sammlung aufgenommenen derartigen Entscheidungen dürfte nicht unwillkommen sein.

Das nach Gesetzesstellen geordnete Register umfaßt auch diesmal alle bisher erschienenen Bände.

Die chronologische Anlage des Werkes erleichtert die Auffindung der nach ihrem Datum citirten Entscheidungen. Allein durch die unvermeidlichen Nachträge, deren Zahl im Laufe der Jahre sehr angewachsen ist, wird dieser Vortheil wesentlich geschmälert. Wir haben daher geglaubt, diesen Uebelstand dadurch beseitigen zu sollen, daß dem gegenwärtigen Bande ein chronologisches Verzeichniß der in die sämtlichen „Nachträge“ aufgenommenen Entscheidungen beigegeben ist.

Im November 1883.

Die Herausgeber.

1880.

Nr. 7792.

Executive Sequestration eines ideellen Hausantheils: Unzulässigkeit des Auftrags an die Miether zur Abfuhr der Zinsquoten an den Sequester.

Entsch. v. 2. Jänner 1880, Nr. 12847 (Best. des Decr. des R. G. Przemysl v. 5. Februar 1879, Nr. 30, Abänd. des Decr. des D. L. G. Lemberg vom 24. Juni 1879, Nr. 12246). G. Z. 1881, Nr. 99.

Auf das Gesuch der A gegen die Erben des M wurde zur Hereinbringung der ihr gegen M zuerkannten Forderung von 5500 fl. die executive Sequestration der Einkünfte des Hauses X bewilligt, von welchem $\frac{11}{72}$ Antheile dem M gehörten, und der Notar C als Gerichtscommissär beauftragt, den gerichtlichen Sequester B in den Besitz des Rechtes zum Bezuge der auf diese Hausantheile entfallenden Einkünfte einzuführen. In Vollziehung dieses Auftrages erließ C die an sämtliche Miethparteien des Hauses gerichtete Aufforderung, den Miethzins dem gerichtlichen Sequester abzuführen. — Diese Aufforderung wurde in erster Instanz beseitigt, von dem D. L. G. hingegen auf den Recurs der A restituirt.

Auf den Recurs eines Miteigenthümers des Hauses bestätigte der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Verordnung. Gründe: Durch die executive Sequestration wird in Bezug auf die der Sequestration unterzogene Sache nur die Aenderung herbeigeführt, daß an Stelle des Executen zur Verwaltung der Sache und zum Bezug der Einkünfte von derselben der Sequester berechtigt wird. An dem Rechtsverhältnisse hingegen, in welchem der Execut zu den etwaigen Miteigenthümern der sequestrirten Sache steht, wird durch die Bewilligung der Sequestration nichts geändert, auch es hat sich der Sequester ebenso nach den maßgebenden Bestimmungen des 16. Hauptst. II. Theils des a. b. G. B. zu benehmen, wie der Execut (als Miteigenthümer der sequestrirten Sache) selbst. Wenn daher das Gericht erster Instanz die an die Miether der sequestrirten Realitätsantheile

erlassenen Aufforderung des Gerichtscommissärs zur unmittelbaren Entrichtung von $\frac{11}{72}$ Theilen des Miethzinses an den Sequester für rechtsunwirksam erklärt hat, so entspricht diese Entscheidung vollkommen der Vorschrift der §§. 833, 836, 837 und 839 a. b. G. B., zumal nach diesen Gesetzesstellen es unstatthaft ist, daß ein Miteigenthümer die Einkünfte der gemeinschaftlichen Sache ohne Rücksicht auf die zur Erzielung derselben gemachten Auslagen und auf der Sache haftenden Lasten selbst beziehe, die Tragung der letzteren hingegen auf die übrigen Theilhaber wälze, welche Eventualität eben im vorliegenden Falle eintreten würde, wenn der Sequester nun die Miethzinse einheben würde, weil dann alle Ausgaben und Lasten von den übrigen Miteigenthümern getragen werden müßten.

Nr. 7793.

Kündigung der Pacht einer Fideicommißparcelle: Unzulässigkeit des Rückerlages auf Grund einer behaupteten Erbpacht.

Entsch. v. 2. Jänner 1880, Nr. 13019 (Best. des das Urth. des B. G. Pürglitz v. 14. Juni 1879, Nr. 2483, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 30. Sept. 1879, Nr. 22214). G. Z. 1881, Nr. 92.

Der Besitzer des Fideicommisses A kündigte dem B die Pachtung des zum Fideicommiß gehörigen Grundstückes X. — B bestritt die Rechtmäßigkeit der Aufkündigung mit der Behauptung, daß ihm das Grundstück in Erbpacht gegeben worden sei. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf den von B für seine Behauptung deferirten Haupteid. — Von dem D. L. G. wurde der Rückerlag der Kündigung unbedingt abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: Es ist nachgewiesen, daß die Parcelle X zu dem von A besessenen Fideicommiß gehört. Daraus folgt, daß dieses Grundstück dem B nicht in Erbpacht gegeben werden konnte, weil der Erbpacht einer Veräußerung gleichkommt, und daß die Bestellung des Erbpachtes, wenn sie in der That erfolgt ist, keine rechtliche Wirkung hat. B ist daher verpflichtet, das Grundstück in Folge der ordnungsmäßig geschehenen Kündigung zurückzustellen.

Nr. 7794.

Behandlung der Erwerb- und Einkommensteuerausstände bei der Vertheilung des Meistgebotes für eine Fabrik: Charakter derselben als Personalsteuern.

Entsch. v. 7. Jänner 1880, Nr. 14458 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des B. G. Ursfahr v. 17. Mai 1879, Nr. 3208 und des D. L. G. Wien v. 7. Oct. 1879, Nr. 12798). Jur. Bl. 1881, Nr. 39.

Bei der Vertheilung des Meistgebots auf die im Executionswege versteigerte, zum Betrieb einer Fabrik dienende Realität des B wurden in erster und zweiter Instanz die Ausstände der für den Fabrikbetrieb zu entrichtenden Erwerb- und Einkommensteuer als Vorzugspost behandelt.

Der oberste Gerichtshof entschied, daß die besagten Steuern den Hypothekarforderungen nicht voranzusetzen seien, weil sie nicht Realsteuern, sondern Personalsteuern sind und als solche ein gesetzliches Pfandrecht an der im Executionsweg feilgebotenen Realität nicht genießen.

Nr. 7795.

Possessorium summariissimum: Verpflichtung des im Besitze der zu seinem Vortheil widerrechtlich entzogenen Sache befindlichen Dritten zur Herstellung des vorigen Zustandes.

Entsch. v. 8. Jänner 1880, Nr. 9 (Best. des das Decr. des B. G. Scheibbs v. 25. August 1879, Nr. 3340, abänd. Decr. des D. L. G. Wien v. 29. Oct. 1879, Nr. 18071). G. Z. 1881, Nr. 87.

C, Handlungsreisender des B, entnahm eigenmächtig und ohne Auftrag des B Waaren aus dem Geschäftslocale des A, um seinem Dienstgeber B Deckung für eine Forderung desselben an den A zu verschaffen, und übergab sie dem B. A setzte den Letzteren von dem Gewaltschritt des C in Kenntniß mit der Aufforderung, die Waaren herauszugeben, und belangte den B, der sich dessen weigerte, deshalb in possessorio summariissimo. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen aus folgenden Gründen: Es ist nicht erwiesen, daß der Beklagte dem C zur Gewaltsamkeit Auftrag gab oder dieselbe genehmigte, noch, daß der Beklagte, als er die Waaren von C übernahm, Kenntniß von dem Gewaltacte erhielt. Es kann daher auch die Weigerung des Beklagten, auf die von dem Kläger unter Bekanntgabe des Vorganges erlassene Aufforderung die Waaren herauszugeben, als eine Besitzstörung nicht angesehen werden, da hiezu nach §. 345 a. b. G. B. ein Eindrängen oder Einschleichen in den Besitz

erforderlich war. — Das O. L. G. erkannte nach dem Klagebegehren mit folgender Begründung: C hat dadurch, daß er die Waare, ungeachtet der Einsprache des Klägers aus dessen Besitz entzog, eine Besitzstörung begangen. Da dieselbe nur darum geschah, um eine Forderung des Beklagten an den Kläger zu decken; da C die Waaren dem Beklagten ablieferte; da letzterer sich in deren Besitz befindet und, obwohl er vom Kläger über die Art der Entziehung in Kenntniß gesetzt wurde, die Rückstellung verweigerte, so muß die durch den Bevollmächtigten des Beklagten geschehene Besitzstörung nach §§. 1016 und 1017 a. b. G. B. als vom Beklagten selbst begangen angesehen und ihm die Herstellung des früheren Zustandes aufgetragen werden, indem nur er in der Lage ist, diesem Auftrage zu entsprechen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz. Gründe: Die sach- und gesetzesprechende Begründung des obergerichtlichen Erkenntnisses wird durch die Ausführungen des Revisionsrecurses nicht widerlegt. Und wenn es auch richtig ist, daß derjenige, welcher allein im Stande ist, den früheren Besitz wieder herzustellen, deshalb noch kein Besitzstörer ist, so ist es anderseits auch richtig, daß Derjenige, welcher die einem Anderen durch eine Besitzstörungshandlung entzogene Sache wissentlich in seinen Besitz nimmt und behält, nach dem Wortlaute des §. 2 der kaiserl. Verordnung vom 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, von dem seines Besitzes widerrechtlich Entsetzten in *possessorio summarissimo* wegen Wiederherstellung des gestörten Besitzes in Anspruch genommen und zu dieser Wiederherstellung angehalten werden kann.

Nr. 7796.

Angeld oder Reugeld?

Entsch. v. 9. Jänner 1880, Nr. 10962 (Abänd. der Urth. des O. L. G. Krakau v. 29. Nov. 1878, Nr. 30248 und des O. L. G. Krakau v. 20. Mai 1879, Nr. 4809). G. S. 1880, S. 242 und 1881, S. 310. Jur. Bl., 1881, Nr. 24.

B verkaufte einen Theil seiner Liegenschaft X dem A um 2600 fl. und erhielt von ihm eine Anzahlung von 400 fl. Am 19. Sept. 1877 wurde hierüber eine Punctation aufgesetzt, in welcher die Parteien für die Errichtung des förmlichen, intabulationsfähigen Vertrages den 20. October 1877 bestimmten und B sich verpflichtete, bis dahin die bücherliche Ausscheidung des verkauften Realitäten-antheils und die Befreiung desselben von allen Buchschulden zu bewirken. Dieser Termin wurde einverständlich bis zum 15. November 1877 verlängert und A leistete dem B eine zweite Anzahlung von 100 fl. Die Errichtung der Vertragsurkunde unterblieb auch in dem erstreckten Termin und A, die angezahlten 500 fl. als Angeld quali-

ficirend, belangte den B auf Zahlung von 1000 fl. als der doppelten Summe des Angeldes (§. 908 a. b. G. B.). — Das Gericht erster Instanz erkannte auf Abweisung der Klage, da es die hingegebenen 500 fl. als Neugeld behandelte. — Von dem D. L. G. wurde B zur Zahlung der 1000 fl. verurtheilt.

Der oberste Gerichtshof verurtheilte den B zur Zahlung von 500 fl. Gründe: Der dem Verkäufer gegebene Betrag von 500 fl. stellt sich nur als ein Angeld dar (§. 908 a. b. G. B.) und es kann auch hier von einem gegen Neugeld geschlossenen Vertrage, wie der erste Richter vermeint, bei Abgang der Voraussetzungen des §. 909 a. b. G. B. keine Rede sein. Nach §. 908 a. b. G. B. wäre B zur Zahlung des doppelten Betrages der arrha nur in dem Falle verpflichtet, wenn er an der Nichterfüllung des Vertrages Schuld trüge. Diese Voraussetzung trat hier nicht ein, weil aus den beiderseitigen Anführungen zur Genüge zu ersehen ist, daß keiner Partei die Nichterfüllung des Vertrages zur Schuld angerechnet werden kann: nicht dem Kläger, weil derselbe wegen der von dem Belangten nicht erfüllten Verpflichtungen (bücherliche Ausscheidung der verkauften Grundstücke aus der Liegenschaft X und Extabulirung der Lasten) zur Errichtung der Contractsurkunde nicht schreiten konnte, aber auch nicht dem Belangten, weil es offenbar hervorleuchtet, daß die von ihm übernommenen Verpflichtungen in einer so kurzen Zeit, wie es verabredet wurde, nicht erfüllt, insbesondere die Extabulirung der zahlreichen Schulden, nicht bewirkt werden konnte, zumal schon zur Durchführung des im Gesetze vom 6. Februar 1869, R. G. Bl. Nr. 18, vorgeschriebenen Verfahrens (behufs Abtrennung eines Theiles von einer Grundbucheinlage) eine viel längere Zeit, als verabredet wurde, erforderlich war. Es kann daher das Klagebegehren auf Zahlung des Angeldes im doppelten Betrage als gegründet nicht angesehen werden. Wohl aber muß der Beklagte zur Zurückstellung des einfachen Angeldes verurtheilt werden, da er keinen Rechtsgrund mehr hat, dasselbe zu behalten (§. 1435 a. b. G. B.).

Nr. 7797.

Aufhebung eines Kaufvertrages über ein Paar Pferde wegen Verletzung über die Hälfte: Umfang der Ansprüche des verletzten Käufers; Anspruch desselben auf Ersatz der Kosten der Fütterung der restituirten Pferde?

Entsch. v. 12. Jänner 1880, Nr. 12081 (Best. des das Urth. des R. G. Brüg v. 9. Juli 1879, Nr. 6493, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 26. August 1879, Nr. 24847). G. J. 1881, Nr. 95.

Auf die Klage des A, Käufers von einem Paar Pferde des B, wurde durch Urtheil der Kauf wegen Verletzung des Klägers über

die Hälfte für aufgehoben erklärt und dem Beklagten die Zurückstellung des empfangenen Kaufgeldes gegen Herausgabe der Pferde von Seite des Klägers aufgetragen. Nachdem das Urtheil von beiden Theilen vollzogen worden war, belangte A den B auf Ersatz der Kosten der Pferdesütterung vom Tage der Uebernahme der Pferde bis zu jenem der Zurückstellung derselben an den Beklagten, der Kosten der Pferdewartung und der Stallbeleuchtung für denselben Zeitraum und der 6 % Zinsen des Kaufschillings vom Tage der Auszahlung an den Beklagten bis zu jenem der Zurückstellung desselben an den Kläger. — In erster Instanz wurde dem Klagebegehren unter mäßiger Herabsetzung der Kostenbeträge stattgegeben aus den nachstehenden Gründen: A fordert die Vergütung der in Folge der Uebernahme der gekauften Pferde gehabtten Auslagen und der Zinsen des Kaufschillings. Er begründet seinen Schadenersatzanspruch damit, daß durch richterliches Urtheil der von ihm mit dem B abgeschlossene Kauf der Pferde, da sie mit Dummkoller behaftet waren, wegen Verletzung über die Hälfte aufgehoben, ihm die Zurückgabe der Pferde und dem B die Zurückstellung des Kaufschillings aufgetragen wurde. Der Anspruch des A findet seine vollkommene Rechtfertigung in den Bestimmungen der §§. 331, 934, 1042, 1323 und 1324 a. b. G. B.; insbesondere deuten die Randglosse zum §. 934 und der Inhalt des §. 1323 darauf hin, daß die Herstellung in den vorigen Stand einer Schadloshaltung gleichzuachten ist. Da es sich aber um die Aufhebung eines Vertrages handelt, so hat A Alles, was er aus dem Vertrage zu seinem Vortheile erhalten hat, zurückzustellen (§. 877 a. b. G. B.), und zwar auf eine solche Art zurückzustellen oder zu vergüten, daß er aus dem Schaden des B keinen Gewinn zieht (§. 1447 ibid.). Mit Rücksicht darauf, und da nachgewiesen wurde, daß A selbst die Pferde benutzt hat, war der von ihm angesprochene Betrag zu mäßigen (folgt die Begründung der Herabsetzung der einzelnen Beträge). Wenn B anführt, daß ihm während der Zeit, als die Kaufobjecte in Händen des A waren, die Benützung derselben entzogen war, und für den Entgang des Nutzens aus diesem Grunde den Betrag von . . . in Anspruch nimmt, welchen er zur Compensation einwendet, so erscheint diese Einwendung mit Rücksicht auf die §§. 1295 und 1323 a. b. G. B. als unberechtigt, weil nicht er, sondern A als der Beschädigte anzusehen ist und daher von einer Compensation mit dem erhobenen Gegenanspruch nach §. 1438 a. b. G. B. keine Rede sein kann. — Das D. L. G. erkannte auf Abweisung der Klage.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: Der Kaufvertrag ist nicht aus dem Titel der Gewährleistung im Sinne des §. 932 a. b. G. B., sondern nach §. 934 a. b. G. B. wegen Verletzung des Käufers über die Hälfte, angefochten und für aufgehoben erklärt worden. Die Bestimmung des §. 932, wornach im Falle eines geltend gemachten Gewährleistungs-

anspruches der Verkürzte außer der gänzlichen Aufhebung des Vertrages, beziehungsweise der Nachtragung des Fehlenden, auch den Ersatz des weiteren Schadens und eventuell auch des entgangenen Nutzens fordern kann, ist auf den im §. 934 normirten Fall der Aufhebung des Geschäftes wegen stattgefundenener Verletzung über die Hälfte nicht anwendbar, weil der §. 934 weder eine ähnliche Bestimmung wie der §. 932, noch eine Beziehung auf diesen Paragraph enthält. Da der §. 934 dem anderen Vertragstheile ausdrücklich das Recht vorbehält, das Geschäft dadurch aufrecht zu erhalten, daß er den Abgang bis zum gemeinen Werth zu ersetzen bereit ist, so bleibt das Geschäft solange gültig, bis dessen Aufhebung durch Urtheil ausgesprochen ist und kann daher der vom Kläger als Käufer auf das Kaufobject, während sich dasselbe in seinem Besitze befand, gemachte Aufwand nur als ein auf seine eigene Sache gemachter Aufwand angesehen werden und ihm hieraus ein Ersatzanspruch an den Beklagten als Verkäufer um so weniger erwachsen, als dieser nach dem §. 934 berechtigt gewesen wäre, das Geschäft durch Zurückzahlung des über den Schätzungswerth der Pferde empfangenen Mehrbetrages aufrecht zu erhalten, wo dann der Kläger einen weiteren Anspruch in keinem Falle zu stellen berechtigt gewesen wäre. Wenn der Beklagte dem Kläger den ganzen empfangenen Kaufpreis gegen Rückstellung der gelaufenen Pferde zurückgezahlt hat, dann ist er der ihm im §. 934 auferlegten Verpflichtung bereits vollständig nachgekommen und kann zu einem Mehreren nicht angehalten werden.

Nr. 7798.

Geldstrafe gegen den Advocaten wegen schlechter Vertretung
im Geltungsgebiet der westgal. G. D.?

Entsch. v. 13. Jänner 1880, Nr. 90 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des österr.-ungar. Consulates in Constantinopel v. 19. Sept. 1879, Nr. 4109 und des D. L. G. Triest v. 23. Oct. 1879, Nr. 3525). G. S. 1880, S. 145.

Nachdem in dem beim österr.-ungar. Consulat zu Constantinopel anhängigen Proceß des A gegen B die Verhandlung in contumaciam des durch den Advocaten C vertretenen Klägers geschlossen worden war, begehrte der Kläger die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. — In erster Instanz wurde sein Gesuch bewilligt und zugleich über den Advocaten C eine Geldbuße im Betrage von 5 fl. verhängt, weil aus seinem eigenen Zugeständniß offenbar dessen Verschulden hervortritt, indem der Advocat C, wenn er an dem Besuch der versäumten Verhandlungstagsfahrt verhindert war, die Erstreckung der Tagsatzung ansuchen oder aber bei dieser sich durch einen substituirtten Rechts-

anwalt vertreten lassen konnte, und bei der ausliegenden Schuld des Vertreters die Vorschriften des Patentes v. 1. Juli 1790, J. G. G. Nr. 31, gegen ihn anzuwenden sind. — Das D. L. G. bestätigte die von C angefochtene Strafverfügung in Erwägung, daß derselbe ausdrücklich zugegeben hat, keinen gerichtlichen Schritt zu dem Ende unternommen zu haben, um den Nachtheil von seinem Clienten abzuwenden, welcher für diesen nothwendigerweise aus der Contumazankündigung erwachsen mußte, und daß, nachdem das Verschulden des Advocaten C als constatirt anzusehen war, die gegen denselben verhängte Geldbuße durch die Vorschriften des Patentes vom 1. Juli 1790, Nr. 31, und des Hofdecr. vom 19. December 1801, J. G. G. Nr. 545, vollkommen gerechtfertigt ist.

Auf den a. o. Revisionsrecurs des Advocaten C hat der oberste Gerichtshof denselben von der ihm auferlegten Geldstrafe losgesprochen, weil der 2. Abschn. des Patentes v. 1. Juli 1790, J. G. G. Nr. 31, nur insoweit, als auf denselben im Hofdecr. vom 19. December 1801, Nr. 545, Bezug genommen wird, im Geltungsgebiet der westgal. G. D. Anwendung findet, nach den Vorschriften dieses Hofdecretes aber in den Fällen der Wiedereinsetzung wegen schlechter Vertretung eine Geldstrafe über den Vertreter nicht zu verfügen ist.

Nr. 7799.

Folgen des Ausbleibens einzelner Pfandgläubiger von der Tagfahrt zur Vertheilung des bei einer Mobilienexecution erzielten Meistgebotes.

Entsch. v. 13. Jänner 1880, Nr. 95 (Best. des Decr. des B. G. Cervignano v. 10. Sept. 1879, Nr. 3313, Abänd. des Decr. des D. L. G. Triest vom 6. Nov. 1879, Nr. 3703). Gazz. del Trib. 1880, Nr. 4.

Auf Einschreiten des A wurden die von ihm in Execution gezogenen Mobilien des B, an welchen außer ihm auch C, D, E, F, G, H, I und K das prätorische Pfandrecht erwirkt hatten, gerichtlich versteigert und verkauft. Zur Vertheilung des Meistgebots schrieb das Executionsgericht eine Tagfahrt aus unter Vorladung aller Pfandgläubiger, welche aber nur von A, C, D und E besucht wurde, vertheilte den ganzen Rauffchilling auf ihre Forderungen und begründete die Ausschließung der übrigen Gläubiger, von denen F, G und I actengemäß ein älteres Pfandrecht, als die auf den Versteigerungserlös angewiesenen Gläubiger, an den verkauften Mobilien hatten, mit der Erwägung, daß die nicht erschienenen Gläubiger als den Ausführungen der erschienenen Gläubiger, soweit dieselben im Gesetz begründet sind, zustimmend zu betrachten und daher ihre Forderungen

für bereits getilgt zu halten seien. — Dagegen recurrirten die Gläubiger F, G und I an das D. L. G., welches die erstgerichtliche Verurtheilung, insoferne durch dieselbe die Forderungen der Recurrenten als getilgt erklärt wurden, aufhob und dem Executionsgerichte die Erlassung eines neuen Meistgebotsvertheilungsbescheides unter Berücksichtigung der actenmäßigen Rangordnung der Pfandrechte aller Gläubiger auftrug, weil kein Gesetz das Wegbleiben der Faustpfandgläubiger von der zur Vertheilung des Erlöses aus dem Verkauf der Pfandsachen angeordneten Tagfahrt mit dem Verlust ihrer Rechte bedroht, ein solches Fatale auch nicht in dem Bescheid, mit welchem im vorliegenden Falle die Gläubiger einberufen wurden, angedroht worden ist und nach dem Hofdecr. v. 25. Jänner 1823, J. G. G. Nr. 1921, vielmehr dem Richter obliegt, von Amtswegen die Interessen aller mit Pfand versehenen Gläubiger wahrzunehmen.

In Erwägung, daß die nachmals von der Meistgebotsvertheilung ausgeschlossenen Gläubiger F, G und I (die Appellationsrecurrenten) in Folge der Convocation entweder ihre Ansprüche anzumelden oder zur Vertheilungstagfahrt zu erscheinen und bei derselben ihre Rechte geltend zu machen hatten; daß das Executionsgericht, welchem aus den Acten resultirte, daß auch sie Pfandrechte an den verkauften Mobilien erworben hatten, deshalb noch nicht berufen war, von Amtswegen sich mit der Liquidirung ihrer Forderungen zu befassen, von welchen nicht bekannt war, ob und in welchem Betrage sie bestehen; daß das von dem D. L. G. citirte Hofdecret für den vorliegenden Fall unentscheidend ist; daß, wenn auch der Grundsatz des ersten Richters, wornach die nicht erschienenen Gläubiger als den Ausführungen der Erschienenen beistimmend zu betrachten wären, nicht statthaft ist, weil es sich hier nicht um eine contumacia handelte, andererseits die erschienenen Gläubiger unterlassen haben, ein Begehren, worüber der Richter abzusprechen gehabt hätte, bei der Tagsetzung anzubringen; daß somit die erstgerichtliche Entscheidung der im §. 1 der westgal. G. D. aufgestellten Verhandlungsmaxime vollkommen gemäß war und daß die für die Immobilienexecution geltenden Specialvorschriften auf Fälle der Mobilienexecution keine Anwendung finden, — hat der oberste Gerichtshof den erstgerichtlichen Vertheilungsbescheid restituirt.

Nr. 7800.

Vollstreckung eines die Gemeinschaft des Eigenthums an einer Liegenschaft aufhebenden Urtheils: Bewilligung der Schätzung ohne vorausgegangene bücherliche Anmerkung der aus dem Urtheil erwachsenden Rechte.

Entsch. v. 13. Jänner 1880, Nr. 112 (Best. des Decr. des L. G. Krakan v. 25. April 1879, Nr. 11436, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakan vom 30. Oct. 1879, Nr. 11395). G. S. 1880, S. 87.

Zur Vollstreckung des Urtheils, mit welchem erkannt wurde, daß die Gemeinschaft des Eigenthums der beiden Streittheile A und B an der Liegenschaft X aufgehoben, die Liegenschaft feilzubieten und der Verkaufserlös unter A und B zu vertheilen sei, beehrte der Erstere die gerichtliche Schätzung der Realität, welche in erster Instanz bewilligt und von dem D. L. G. in der Erwägung verweigert wurde, daß die executive Schätzung eines unbeweglichen Gutes der zweite Grad der Execution ist (§. 428 westgal. G. D.) und der Kläger A sich nicht ausweist, daß er den ersten Grad der Execution, namentlich die bücherliche Anmerkung des ihm aus dem Urtheile zustehenden Rechtes, die Veräußerung der Realität zu verlangen, erwirkt hat, wie der §. 404 westgal. G. D. und §. 20 lit. b des Grundb.-G. vorschreiben.

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstgerichtlichen Bescheid. Gründe: Im vorliegenden Falle handelt es sich nicht um die Einbringung einer Geldforderung aus dem Vermögen des Beklagten, zu welchem Ende das zur Befriedigung des Klägers bestimmte Gut nach Vorschrift der Gerichtsordnung erst zu realisiren ist, sondern um die Vollstreckung eines Theilungserkenntnisses, durch welches weder dem Kläger ein dingliches Recht zugesprochen, noch dem Beklagten irgend eine Leistung aufgetragen, sondern lediglich dem Letzteren die Verpflichtung auferlegt wurde, den öffentlichen Verlauf der gemeinschaftlichen Realität zu gestatten, beziehungsweise sich gefallen zu lassen. In diesem Falle, für welchen eine specielle Executionsdurchführungsnorm in der Gerichtsordnung nicht gegeben ist, können die Bestimmungen der §§. 404 und 428 westgal. G. D., welche die Einräumung eines dinglichen Rechtes und die Einbringung einer Geldsumme zum Gegenstande haben, offenbar keine Anwendung finden und die Schätzung hat hier nicht die Bedeutung eines Executionsgrades, sondern nur den Zweck, durch die Feststellung des als Ausrufspreis dienen sollenden Schätzungswertes für die im Urtheile bewilligte öffentliche Feilbietung, um deren Durchführung es jetzt sich nur handeln kann, eine Basis zu gewinnen. Angesichts dessen stellt sich die Entscheidung des D. L. G., abgesehen von ihrer Undurchführbarkeit nach §. 9 Grundb.-G., auch darum als gesetzlich nicht gerechtfertigt dar, weil der Fall einer grundbücherlichen Anmerkung im Sinne des §. 20 lit. b ibid. hier gar nicht vorliegt.

Nr. 7801.

Voraussetzungen der Execution auf den dem Vater überlassenen Fruchtgenuß des seinem Kinde zugewendeten Vermögens.

Entsch. v. 13. Jänner 1880, Nr. 231 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des R. O. Böhmisch-Leipa v. 28. Juni 1879, Nr. 4711 und des D. L. O. Prag v. 6. Oct. 1879, Nr. 28770). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 20. G. J. 1880, Nr. 70.

M hat das Eigenthum der Liegenschaft X der Emilie B und den Fruchtgenuß des Gutes während ihrer Minderjährigkeit ihrem Vater Johann B hinterlassen. Nach erfolgter Verbücherung dieser Rechte begehrte A für die ihm gegen Johann B zuerkannte Forderung von 366 fl. die Einverleibung des executiven Pfandrechtes an dem besagten Fruchtgenußrecht desselben, die Sequestration der Früchte der Liegenschaft X bis zur vollständigen Deckung seiner Forderung und die Anmerkung der Sequestration bei der Realität. — Das Gesuch des A wurde in erster Instanz bewilligt und der von Johann B ergriffene, mit dem Zeugniß seiner Mittellosigkeit belegte Recurs von dem D. L. O. mit der Begründung verworfen, daß nach §. 320 a. G. D. auch Früchte und Einkünfte von Liegenschaften als Vermögensobjecte der Execution unterzogen werden können; daß nach §. 141 a. b. B. G. es vorzüglich die Pflicht des Vaters ist, so lange für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, bis sie sich selbst ernähren können; daß nach §. 150 a. b. G. B. die Einkünfte des dem Kinde gehörigen Vermögens, dessen Fruchtnießung von demjenigen, dem das Kind das Vermögen zu verdanken hat, dem Vater verwilligt worden ist, von den Gläubigern des Vaters nur nicht zum Abbruche des standesgemäßen Unterhaltes des Kindes, für welchen sie haften, in Beschlag genommen werden können, folglich dieser Beschlagnahme nicht unbedingt entzogen sind; daß die Unmöglichkeit der durch §. 141 a. b. G. B. dem Vater auferlegten Pflicht nachzukommen, durch das beigebrachte Mittellofszeugniß allein nicht bescheinigt ist, und ebensowenig eine Bescheinigung darüber vorliegt, daß und inwieferne durch den Vollzug der bewilligten Execution der standesgemäße Unterhalt der dormal erst im vierten Lebensjahre stehenden Emilie B, des einzigen Kindes des Executen, Abbruch erleiden könnte.

Der oberste Gerichtshof hat das Executionsgesuch des A abgewiesen, weil nach §. 150 a. b. G. B., wenn dem Vater von demjenigen, dem das Kind ein Vermögen zu verdanken hat, die Fruchtnießung bewilligt wird, die Einkünfte doch immer für den standesmäßigen Unterhalt des Kindes haften und zum Abbruche desselben von den Gläubigern des Vaters nicht in Beschlag genommen werden können, im vorliegenden Falle die Mittellosigkeit des Vaters Johann B durch das Zeugniß des Stadtgemeindecamtes ausgewiesen ist und kein Nach-

weis vorliegt, daß nach Abzug der Kosten des standesmäßigen Unterhaltes des ehelichen Kindes Emilie B noch ein Theil von den Einkünften der Liegenschaft X übrig bleibt, welcher in Execution gezogen werden könnte.

Nr. 7802.

Besitzstöhrungsproceß: Execution zur Sicherstellung des in erster Instanz ersiegten Kostenersatzanspruchs während des Recurses.

Entsch. v. 13. Jänner 1880, Nr. 257 (Best. des Decr. des B. G. Prerau v. 13. August 1879, Nr. 6128, Abänd. des Decr. des D. L. G. Brünn v. 14. Oct. 1876, Nr. 11146). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 20.

In erster Instanz wurde der Klage des A gegen B in possessorio summariissimo stattgegeben und der Letztere in die Proceßkosten verfällt. Da B gegen die Entscheidung recurrirte, begehrte A zur Sicherstellung des Kostenersatzes die grundbücherliche Vormerkung des Pfandrechtes auf der Liegenschaft X des Beklagten. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil im vorliegenden Falle die Vorschrift des §. 18 der kaiserl. Verordnung v. 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, nicht anwendbar erscheint, daher die gesetzlichen Voraussetzungen der Bewilligung eines Vormerkungsansuchens nicht gegeben sind.

Der oberste Gerichtshof bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid in Erwägung, daß das auf den §. 18 der kaiserl. Verordnung vom 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, auf die §§. 4 und 12 der Justizministerialverordnung v. 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130, und auf den §. 259 a. G. D. gestützte Gesuch des A in der Bestimmung des §. 4 der citirten Justizministerialverordnung, wornach die Execution zur Sicherstellung durch Pfändung auch der unbeweglichen Sachen geführt werden kann, seine gesetzliche Begründung findet.

Nr. 7803.

Grundlage des Executivprocesses: Nothwendigkeit der Beibringung des Originals.

Entsch. v. 13. Jänner 1880, Nr. 394 (Best. des Decr. des B. G. Königinhof v. 18. Nov. 1879, Nr. 11413, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 1. Dec. 1879, Nr. 35497). G. Z. 1880, Nr. 41.

Dem Begehren des Klägers um Einleitung des Executivprocesses wurde in erster Instanz nicht stattgegeben, weil die der Klage

zu Grunde gelegten Urkunden nur in einfacher Abschrift beigebracht wurden und daher vollen Glauben nicht verdienen. — Das O. L. G. verordnete die Einleitung des Executivverfahrens, weil die beigebrachten Urkunden ihrer äußeren Form nach mit Rücksicht auf die Bestimmungen der §§. 111 bis 114 a. G. O. vollen Glauben verdienen und die Vorlage derselben im Originale nicht vorgeschrieben ist.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der ersten Instanz. Gründe: Das im §. 298 a. G. O. und dem Hofdec. vom 7. Mai 1839, J. G. G. Nr. 358, normirte und mit wichtigen Rechtsfolgen verbundene Verfahren kann nur auf Grund einer vom Kläger beigebrachten, vollen Glauben verdienenden und seinen Klageanspruch begründenden Urkunde eingeleitet, als eine vollen Glaubens würdige Urkunde aber eine bloße Abschrift, bezüglich welcher es nicht zweifellos feststeht, ob sich das Originale in den Händen des Klägers befindet, und ob es mit den zur Beweiskraft nothwendigen äußeren Förmlichkeiten versehen und nicht etwa mit wesentlichen äußeren Gebrechen behaftet sei, nicht angesehen werden.

Nr. 7804.

Verkauf einer „eigenen“, dem Verkäufer jedoch noch nicht gehörigen Sache: Giltigkeit des Verkaufs einer fremden Sache.

Entsch. v. 14. Jänner 1880, Nr. 14579 (Best. des Urth. des O. G. Reutte v. 12. August 1879, Nr. 3961, Abänd. des Urth. des O. L. G. Innsbruck v. 30. Oct. 1879, Nr. 5405). Jur. Bl. 1880, Nr. 6.

Am 11. November 1878 errichteten A und B eine Urkunde des Inhaltes, daß A „seine“ Liegenschaft X dem B um 1200 fl. verkauft, der Letztere dieselbe mit allen Rechten und Lasten von diesem Tage an übernimmt und sich verpflichtet, dem A am 25. November 1878 100 fl. und dem C am 24. April 1879 für den A 800 fl. auf Rechnung des Rausschillings zu zahlen. Zur Zeit der Errichtung dieses Vertrages gehörte die Liegenschaft noch dem C, von welchem A dieselbe im Pacht hatte; erst am 29. Mai 1879 wurde sie von C dem A verkauft und am darauffolgenden Tag, durch die Verschabung des Kaufinstrumentes, Eigenthum des A. Am 28. Juni 1879 trat nun A gegen den B klagend auf mit der Bitte, zu erkennen, daß B schuldig sei, den Vertrag vom 11. November 1878 (obigen Inhalts) als zu Recht bestehend zu erkennen, ferner, bei sonstiger Execution, dem C auf Rechnung des Rausschillings 800 fl. zu zahlen und die Liegenschaft X in das Eigenthum zu übernehmen. Der Beklagte wendete unter Anderem ein, daß das Geschäft rückgängig geworden

sei durch das von Beiden getroffene Uebereinkommen, daß der Kläger die Liegenschaft und die 100 fl., die der Beklagte ihm am 25. November 1878 (auf Abschlag des Kaufschillings) zahlen sollte und gezahlt hat, behalten soll. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf den Haupteid, welchen der Beklagte zum Beweis seiner Anführung dem Kläger zugeschoben hatte, und gab dem Klagebegehren statt, wenn der Beklagte den Beweis nicht erbringt. — Von dem D. L. G. wurde die Klage unbedingt abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Der Vertrag vom 11. November 1878 kann als ein rechtsgiltiger Kauf nicht angesehen werden, weil damals die Liegenschaft X nicht Eigenthum des A war und eine fremde Sache auf eigene Rechnung rechtswirksam nicht verkauft werden kann. Am 11. November 1878 konnte A noch gar nicht wissen, ob er in die Lage kommen werde, die Liegenschaft förmlich verkaufen zu können, weil seine vorausgegangene Kaufsabrede mit dem C noch nicht erfüllt, nicht einmal der Zeitpunkt festgesetzt war, wann dieselbe in den wirklichen Kauf übergehen sollte (§. 936 a. b. G. B.), und immerhin möglich war, daß C mit ihm den Vertrag gar nicht abschließt. Daß der Kläger selbst den Mangel verbindlicher Verträge einsah, ergibt sich aus seiner eigenen Anführung über einen Vorgang vom 26. Mai 1879, bei welchem noch vom Rücktritt von beiden Kaufsabreden gesprochen wurde, was beim Vorhandensein bindender Verträge nicht hätte geschehen können. Erst am 30. Mai 1879 wurde der Kläger Eigenthümer der Liegenschaft und erst von da an hätte er darüber verfügen können, was er aber nicht gethan hat. Der Inhalt der Urkunde vom 11. November 1878 erscheint daher lediglich als eine Verabredung, künftig einen Vertrag schließen zu wollen, welche aber rechtsunwirksam ist, weil, gegen die Vorschrift des §. 936 a. b. G. B., die Zeit des Vertragsabschlusses nicht bestimmt wurde. Es verschlägt nichts, daß der Beklagte auf Grund des Uebereinkommens vom 11. November 1878 dem Kläger 100 fl. zahlte und die Felder der Liegenschaft bearbeitete; denn auf die 100 fl. verzichtete er und durch die Bearbeitung der Felder, mit Gestattung des Klägers als Pächter, wurde er eben so wenig Eigenthümer derselben, als der Kläger durch seinen Pachtbesitz. Die Klage war daher abzuweisen, weil ein rechtswirksamer Kaufvertrag nicht zu Stande kam, noch zu Stande kommen konnte. Aber auch das Petit der Klage und der darauf begründete Urtheilsspruch (Uebernahme des Eigenthums der Liegenschaft — Zahlung von 800 fl. an den C) sind verfehlt, denn es ist nicht abzusehen, wie der Beklagte mit Execution gezwungen werden könnte, das Eigenthum der Liegenschaft zu übernehmen, da er vielmehr, einen giltigen Vertrag vorausgesetzt, nur zur Erfüllung der Vertragsbedingungen und zu nichts Anderem angehalten werden kann; und ebenso müßte der Anspruch der 800 fl. Hindernisse bei der Execution bereiten, weil C, der kein Urtheil für sich hat und überhaupt zu dem Beklagten in keinem Rechts-

verhältniß steht, die Execution mit Erfolg nicht begehren könnte, der Kläger aber laut des erstgerichtlichen Urtheils die 800 fl. nicht zu fordern hat.

Der oberste Gerichtshof restituirte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Nach §. 1053 a. b. G. B. ist der Kauf ein Vertrag, womit eine Sache um eine bestimmte Summe Geldes an einen Anderen überlassen wird; und der Verkäufer übernimmt hiemit die Verpflichtung, die verkaufte Sache dem Käufer zum freien Besitze zu übergeben. Ob die verkaufte Sache zur Zeit des Kaufabschlusses bereits im bürgerlichen Besitze des Verkäufers war, ist für die Gültigkeit des Kaufes insbesondere dann völlig gleichgiltig, wenn er sie zur Zeit der bedungenen Uebergabe dem Käufer verschafft, und es würde nicht nur gegen das Gesetz, sondern geradezu gegen die Grundsätze des täglichen Verkehrs verstoßen, wenn der Verkäufer eine von ihm ebenfalls erst erkaufte, an ihn aber noch nicht übergebene Sache nicht weiter verkaufen könnte, da der Kauf ja nur den Titel zur Erwerbung des Eigenthumes gibt, welche erst mit der Uebergabe erfolgt. Der Beklagte hat nun den vom Kläger behaupteten Verkauf der Liegenschaft X unter den angegebenen Bedingungen ebensowenig als die Errichtung des Vertrages vom 11. November 1878 bestritten und auch nicht in Abrede gestellt, daß er zur Zeit der Errichtung dieser Urkunde mußte, daß der Kläger damals zwar bereits physischer Besitzer war, aber die versachsbuchmäßige Uebertragungsurkunde mit seinem Vorbesitzer C erst errichten mußte. Es ist daher gar nicht abzusehen, wie aus der Bestimmung des §. 936 a. b. G. B. die Ungültigkeit des Vertrages abgeleitet werden soll, nachdem ja auch Beklagter thatsächlich in den physischen Besitz getreten, indem er die Grundstücke bebaute und einen Theil des Kaufschillings mit 100 fl. bezahlte, somit auch von seiner Seite der Kauf als rechtsgiltig abgeschlossen angesehen wurde. Insoweit nun Beklagter die einverständliche Auflösung dieses Vertrages behauptete, hat der erste Richter mit Recht den vom Beklagten dafür angebotenen Haupteid zugelassen und für den Fall, daß die Thatsache des einverständlichen Rücktrittes sich nicht erwahrt, dem Klagebegehren stattgegeben, weil der Kläger ausgewiesen hat, daß er in der Lage sei, dem Beklagten auch den versachsbücherlichen Besitz nunmehr zu übertragen und von Letzterem gar nicht behauptet wurde, daß hiefür eine zur Zeit, wo der Kauf des Klägers mit seinem Vormanne noch nicht errichtet war, bereits verstrichene Frist vereinbart wurde. Es erscheint aber auch jener Theil des Begehrens nicht als unzulässig, vermöge welchem der Beklagte zur Uebernahme des Eigenthumes angehalten werden soll, weil dem Kläger daran liegen kann, die mit dem Besitze der Realität verbundenen Lasten und die Verpflichtungen des öffentlichen Rechtes von sich abzuwälzen; ebensowenig ist der Auftrag an den Beklagten, dem C einen Betrag von 800 fl. zu zahlen, unzulässig, indem die Erfüllung dieser Verbindlichkeit und somit das

dem Kläger daraus erwachsende Recht darin bestehen wird, daß Beklagter ihm gegenüber diese Zahlung, wodurch der Kläger von seiner Verpflichtung gegen C befreit wird, wird ausweisen müssen.

Nr. 7805.

Anspruch des Fiscus auf das ausgeschlagene Armenbrittel des Nachlasses eines ab intestato verstorbenen Priesters als bonum vacans — oder Anwachsungsrecht?

Entsch. v. 14. Jänner 1880, Nr. 175 (Best. der gleichförmigen Decr. des S. G. Weißwasser v. 30. Oct. 1879, Nr. 4983 und des D. L. G. Prag v. 24. Nov. 1879, Nr. 34414). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 21. G. Z. 1881, Nr. 91.

Die Verlassenschaft des ohne Testament verstorbenen Priesters M, der bei der Pfarrkirche von X bleibend angestellt war, fiel zu je einem Drittel der Pfarrkirche, den Armen von X und den Verwandten des Erblassers zu (Hofdecr. vom 27. November 1807, S. G. S. Nr. 828). Die Gemeinde von X verzichtete auf das den Armen zukommende Drittel und in Folge dessen begehrte die Finanzprocuratur, daß das ausgeschlagene Drittel als erbloses Gut dem Fiscus zugewiesen werde. — Das Gesuch wurde in erster Instanz abgewiesen, weil das Armenbrittel als Zuwachs den beiden noch vorhandenen gesetzlichen Erben, nämlich der Kirche von X und den Verwandten des Erblassers je zur Hälfte nach §. 560 a. b. G. B. gebühre. — Das D. L. G. verwarf den gegen diesen Bescheid ergriffenen Recurs der Finanzprocuratur aus folgenden Gründen: Wenn auch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch das Anwachsungsrecht bei der gesetzlichen Erbfolge nicht behandelt, so ist die Existenz dieses Rechtes in den Fällen der Intestaterbfolge schon damit anerkannt, daß die entfernteren Linien so lange ausgeschlossen sind, als ein Erbe aus der näheren vorhanden ist. Dadurch ist der auf §. 760 a. b. G. B. gestützte Anspruch des Fiscus auf das ausgeschlagene Armenbrittel — welches übrigens nur den Verwandten des M zu statten kommen sollte, da bei der Erbfolge in den Nachlaß katholischer Weltgeistlicher die Antheile der Kirche und der Armen von vornherein unüberschreitbar fixirt sind — ausgeschlossen.

Die Finanzprocuratur ergriff den a. o. Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshof abgewiesen wurde. Gründe: Nach §. 761 a. b. G. B. sind die Abweichungen von der in diesem Gesetze bestimmten gesetzlichen Erbfolge in Rücksicht auf die Verlassenschaften geistlicher Personen in den politischen Gesetzen enthalten. Nun bestimmt das Hofdecr. vom 27. November 1807, S. G. S. Nr. 828,

die Intestaterbfolge in den Nachlaß geistlicher Personen dahin, daß ein Drittel den Armen, ein Drittel der Kirche und ein Drittel den armen Verwandten des Erblassers zuzufallen habe. Wenn nun die beiden Untergerichte ausgesprochen haben, daß, nachdem die Stadtgemeinde X den ihren Armen zugefallenen Erbtheil ausgeschlagen hat, in Folge des Wegfalles dieser gesetzlichen Erben der Nachlaß unter die übrigen zwei Intestaterben, nämlich: die Kirche und die Verwandten des Erblassers werde vertheilt werden, so liegt darin, da es gegen kein bestehendes Gesetz verstößt, keine offenbare Gesetz- oder Actenwidrigkeit (§. 16 der kaiserl. Verordnung vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208).

Nr. 7806.

Unzulässigkeit der Fortsetzung des Ehescheidungsprocesses nach dem Tod eines Eatten behufs Entscheidung über den Proceßkostenanspruch.

Entsch. v. 14. Jänner 1880, Nr. 377 (Best. des Decr. des R. G. Wien vom 26. Sept. 1879, Nr. 61867, Abänd. des Decr. des D. R. G. Wien vom 18. Nov. 1878, Nr. 18996). Jur. Bl. 1880, Nr. 8.

Auf die Ehescheidungsklage der A gegen den B wurde das im Hofdecr. v. 23. August 1819, J. G. G. Nr. 1595, normirte Verfahren eingeleitet, bis zur Urtheilsfällung durchgeführt und dann, in Folge des Todes der Klägerin, eingestellt. Nun beehrte der Beklagte, daß das Urtheil geschöpft und die Verlassenschaft der Klägerin in den Ersatz der Proceßkosten verfällt werde. — In erster Instanz wurde sein Gesuch abgewiesen. — Das D. R. G. verordnete die Fortsetzung des gesetzlichen Verfahrens und Fällung des Urtheils, weil weder der Rücktritt der A von der Klage noch ein Vergleich der Parteien über die Klage vorliegt und ein Ehescheidungsverfahren, außer diesen zwei Fällen, seinen gesetzmäßigen Abschluß nur durch Urtheil über die Statthaftigkeit oder Unstatthaftigkeit des Klagebegehrens nach §. 12 des Hofdecr. v. 23. August 1819, J. G. G. Nr. 1595, finden kann und zu finden hat, was denn auch nach §. 398 a. G. D. die Entscheidung über den Gerichtskostenersatz mit sich bringt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte den erstrichterlichen Bescheid in der Erwägung, daß das Recht eines Ehegatten, die Scheidung von Tisch und Bett zu verlangen, ein höchst persönliches ist und gemäß §. 1448 a. b. G. B. durch den Tod eines Ehegatten als erloschen betrachtet werden muß; daß in dem vorliegenden Falle der durch den Tod eines Eheheiles herbeigeführten gänzlichen Auflösung des Ehebandes es der im §. 107 a. b. G. B. vorgeschriebenen weiteren

amtlichen Untersuchung der nunmehr gegenstandslos gewordenen Hauptsache, sowie eines Erkenntnisses über die Scheidung nicht mehr bedarf, und daß die Berechtigung, ein solches Erkenntniß bloß wegen des Anspruches auf den Gerichtskostenersatz zu begehren, keinem Theile zusteht, weil privatrechtlicher Ansprüche halber nach dem Tode eines Ehegatten eine amtliche Untersuchung gemäß Hofdec. vom 27. Juni 1837, J. G. G. Nr. 208, lediglich über die Giltigkeit der bestandenen Ehe stattfinden darf.

Nr. 7807.

Verkauf mit Vorbehalt eines besseren Käufers. — Verbindung der Anfechtung des negativen Inhaltes eines obergerichtlichen Beurtheils mit der Anfechtung des Endurtheils; ordentliche oder außerordentliche Revision?

Entsch. v. 15. Jänner 1880, Nr. 12077 (Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag v. 13. Juni 1878, Nr. 16107 und der Urth. des B. G. Semil vom 12. April 1879, Nr. 2461 und des D. L. G. Prag v. 29. Juli 1879, Nr. 20507). G. S. 1880, S. 472.

A belangte den B auf Erfüllung des mündlich geschlossenen Vertrages vom 1. November 1877, mit welchem er die Liegenschaft X vom B um 900 fl. gekauft zu haben anführte, — unter Anbietung des Zeugenbeweises über den Vertragsschluß. Der Beklagte, der die Liegenschaft am 2. November 1877 mit grundbücherlich einverleibtem Vertrag dem C um 1000 fl. verkauft hat, wendete ein: 1. Er habe die Liegenschaft dem Kläger mit dem Vorbehalt eines besseren Käufers verkauft (Beweis durch Zeugen und subsidiarisch durch den rückschiebaren Haupteid); da sich ein solcher Käufer in der Person des C einstellte, dem er die Realität um den höheren Preis von 1000 fl. überließ, sei der mit dem Kläger geschlossene Vertrag hinfällig geworden (§. 1083 a. b. G. B.). 2. Mit der Verbücherung des Eigenthums des C an der Liegenschaft sei ihm (B) die eingeklagte Vertragserfüllung mittelst Uebergabe der Liegenschaft an den Kläger unmöglich geworden und könne er auch aus diesem Grund hiezu nicht verurtheilt werden. Der letzteren Einwendung stattgebend, erkannte das Gericht erster Instanz mit Abweisung der Klage. — Von dem D. L. G. wurde der vom Kläger angebotene Zeugenbeweis zugelassen. — Nach Aufnahme desselben erkannte das Gericht erster Instanz auf den Haupteid, welchen der Beklagte zum Beweis, daß bei dem Verkauf der Liegenschaft an den Kläger der Vorbehalt eines besseren Käufers gemacht wurde, demselben deferirt hat, — aus folgenden Gründen: Die vom Beklagten angebrachte Einwendung des Vorbehaltes eines besseren Käufers ist entscheidend, weil nach seiner Anführung der Vorbehalt nicht auf eine bestimmte Zeitfrist eingeschränkt wurde, daher sich auf

die Dauer eines Jahres erstreckte, vor dessen Ablauf der Vertrag mit dem besseren Käufer C geschlossen wurde (§§. 1083, 1084, 1082 a. b. O. B.). Da jedoch mit dem obergerichtlichen Beurtheil nur auf den vom Kläger angebotenen Beweis erkannt worden ist und auf den vom Beklagten angebotenen Zeugenbeweis über den Vorbehalt eines besseren Käufers nicht mehr abgegangen werden kann (§. 2 des Hofdecr. vom 22. Juni 1835, J. G. G. Nr. 42), so mußte auf den vom Beklagten subsidiarisch angebotenen Haupteid als den einzigen, nach zulässigen Beweis erkannt werden. Gegen dieses Urtheil ergriff der Belangte die Appellation und führte in derselben als hauptsächlichsten Beschwerdepunkt an, daß der von ihm angebotene Zeugenbeweis über den Vorbehalt des besseren Käufers nicht zugelassen wurde. — Das O. L. G. bestätigte das erstgerichtliche Urtheil ebenfalls mit Bezugnahme auf die eine neue Beweisführung durch Zeugen ausschließende Bestimmung des §. 2 des Hofdecr. v. 22. Juni 1835, J. G. G. Nr. 42.

Auf die a. o. Revisionsbeschwerde des Beklagten erkannte der oberste Gerichtshof mit Abänderung des obergerichtlichen Beurtheils und der demselben nachgefolgten Endurtheile beider Untergerichte auf den vom Beklagten angebotenen Zeugenbeweis über den Vorbehalt eines besseren Käufers bei dem mit dem Kläger geschlossenen Kaufvertrag. Gründe: Nach §. 17 des Gesetzes vom 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, findet gegen Beurtheile auf den Beweis durch Zeugen oder Sachverständige keine selbstständige Appellation statt und ist eine etwaige diesfällige Beschwerde gegen das Beurtheil nach ergangenem Urtheile in der Hauptsache mit der gegen dieses Urtheil ergriffenen Appellation zu verbinden. Selbstverständlich gilt diese Bestimmung auch dann, wenn das Beurtheil in zweiter Instanz gefällt wurde. Die vorliegende Revisionsbeschwerde ist nun hauptsächlich gegen das obergerichtliche Beurtheil gerichtet, weil die Appellinstanz mit demselben nicht auch den vom Beklagten angebotenen Zeugenbeweis über den Umstand zuließ, daß der Kaufvertrag mit dem Kläger unter dem Vorbehalt eines besseren Käufers abgeschlossen wurde. In dieser Richtung ist die Revisionsbeschwerde des Beklagten keine außerordentliche, sondern eine ordentliche Beschwerde, und es war derselben stattzugeben, und das obergerichtliche Beurtheil, sowie die nachgefolgten Urtheile der Untergerichte abzuändern, weil beide unteren Instanzen den thatsächlichen Vorbehalt eines besseren Käufers insofern für entscheidend ansahen, als sie den seitens des Belangten hierüber dem Kläger aufgetragenen Haupteid zuließen, auf den Haupteid nur bei Abgang anderer Beweise erkannt werden kann, hier aber gar kein Grund bestand, weshalb durch das obergerichtliche Beurtheil nicht auch auf den vom Belangten angebotenen Zeugenbeweis über den Vorbehalt eines besseren Käufers hätte abgegangen werden können.

Nr. 7808.

Pfändung einer Forderung: Befreiung des Schuldners derselben durch Behändigung des Schuldbetrags an den die Execution im Auftrag des ursprünglichen Gläubigers vornehmenden Gerichtsdienner?

Entsch. v. 15. Jänner 1880, Nr. 13096 (Abänd. der Urth. des S. G. Prag v. 21. August 1879, Nr. 56419 und des D. L. G. Prag v. 14. Oct. 1879, Nr. 26977). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 26.

Die Firma A & Comp. erwirkte am 28. September 1876 gegen ihren Schuldner C die Bewilligung der Pfändung einer Forderung des Letzteren gegen B im Betrag von 320 fl. B wurde hievon verständigt, die Pfändung am 30. September 1876 vollzogen, die Forderung am 22. Juni 1877 gerichtlich feilgeboten, von der genannten Firma erstanden und ihr eingeworfen. Darauf belangten die Repräsentanten der Firma A & Comp. den B auf Zahlung derselben. Der Beklagte wendete ein, daß zur Zeit der Vornahme der Feilbietung die Forderung bereits vollständig bezahlt war, indem er dem C noch vor dem 30. September 1876 (Tag des Vollzugs der der Firma bewilligten Pfändung) die Theilzahlung von 50 fl. leistete und am 16. November 1876, als der Gerichtsdienner D die dem C zur Hereinbringung des Rests der Forderung bewilligte Mobilienpfändung bei ihm vornehmen wollte, den Rest nebst Zinsen und Kosten im Gesamtbetrag von 290 fl. dem Gerichtsdienner behändigte, der das Geld bei dem Gericht erlegte, von welchem es am 11. December 1876 dem C ausgefolgt wurde. Nach geschlossener Verhandlung wurde der vom Beklagten als Zeuge geführte Gerichtsdienner D verhört, dessen Aussage Folgendes ergab: Als er zu dem B kam, um die dem C gegen ihn bewilligte Mobilienpfändung zu vollziehen, erklärte B, daß er die Forderung des C demselben nicht zahlen könne, weil sie von der Firma A & Comp. gepfändet worden; erst nachdem ihm D bedeutete, daß er dessenungeachtet die Mobilienpfändung vornehmen müsse, übergab ihm B die Schuldsomme, worauf der Zeuge zu ihm sagte, daß er das Geld bei Gericht erlegen werde, welches schon wissen werde, wem es gehört und daß er (B) nicht zweimal zahlen werde. — Beide Untergerichte erkannten gleichförmig, daß B nicht schuldig sei, 50 fl. von der eingeklagten Forderung den Klägern zu zahlen, weil er diesen Betrag dem frühern Gläubiger C zur Zeit des Vollzugs der den Klägern bewilligten Pfändung derselben bereits gezahlt hatte. In Betreff des 270 fl. betragenden Rests der Forderungen gingen die Urtheile der Untergerichte auseinander, indem das Gericht erster Instanz den B auch von der Zahlung dieses Rests entband, das D. L. G. hingegen ihn zur Zahlung verurtheilte. — Gründe der ersten Instanz: Durch die den Klägern bewilligte und in

Vollzug gesetzte Pfändung der Forderung haben sie nach den §§. 447 und 461 a. b. G. B. nur das Recht erworben, aus der gepfändeten Forderung resp. aus dem (nach der von Beklagten noch vor der Pfändung dem C geleisteten Anzahlung von 50 fl.) verbliebenen Forderungsrest sich für ihre Forderungen an den C im Weg gerichtlicher Veräußerung bezahlt zu machen. Bis zur Veräußerung blieb für den Forderungsrest C der Gläubiger des Beklagten (§§. 455 und 1425 a. b. G. B.); es ist mithin die von dem Letzteren an den C geleistete Zahlung des Forderungsrests nach §. 1424 a. b. G. B. nicht schon an sich ungiltig und tilgt zuverlässig den Anspruch des C an den Beklagten. Es bestand daher zur Zeit der Feilbietung, 22. Juni 1877, die Restforderung des C an den Beklagten nicht zu Recht und die Kläger konnten dieselbe im Wege des gerichtlichen Verkaufes nicht mehr an sich bringen. Eine andere Frage ist allerdings die, ob der Beklagte durch sein Vorgehen nicht die Rechte der Kläger als Pfandgläubiger verletzt und hiedurch ihnen einen Schaden zugefügt habe. Da jedoch die Klage der Firma A & Comp. sich nicht auf den Titel des Schadenersatzes stützt und auch in der Verhandlung von den Grundlagen, auf welche ein eventueller Schadenersatzanspruch wieder den Beklagten basirt werden müßte, keine Rede war: so wurde die Klage aus dem Titel des Kaufes oder der zwangsweisen Uebertragung der dem C wider den Beklagten angeblich zustehenden Forderung, unbeschadet der Rechte der klagenden Firma auf einen eventuellen Schadenersatz, abgewiesen. — Gründe der zweiten Instanz: Seit dem 30. September 1876 war der Beklagte nach §. 455 a. b. G. B. nicht mehr berechtigt, seine Schuld dem C selbst zu bezahlen; that er es dennoch, so blieb er als Pfandschuldner der Firma A & Comp. für die Forderung, soweit sie am Tage des Pfändungsvollzuges, das ist am 30. September 1876, noch nicht getilgt war, in Haftung, als ob er überhaupt nicht gezahlt hätte. Wollte der Beklagte mithin diese Forderung derart tilgen, daß er sowohl gegenüber dem C als auch gegenüber der Firma A & Comp. aller Verbindlichkeit sich entledigte, so lag ihm ob, den geschuldeten Betrag sowohl für Rechnung des C als auch für jene der Firma gerichtlich zu deponiren, worauf es dann Sache dieser beiden Gläubiger gewesen wäre, sich auseinander zu setzen und den Beklagten ordnungsmäßig zu quittiren. Dieser hat aber, um dem Vollzug der dem C gegen ihn bewilligten Mobiliexecution vorzubeugen, den Forderungsrest für den C dem Gerichtsdienere behändigt, der das Geld dem Gericht übergab, von welchem es dem Exequenten C gegen seine Quittung ausgefolgt wurde. Hiedurch tilgte allerdings B seine Schuld gegenüber dem C, wurde jedoch seiner Pfandverbindlichkeit gegenüber den Klägern nicht entledigt, weil er es unterließ, entweder diese Letzteren von dem Erlage zu verständigen, oder dem Gerichte, welches die Summe zur Verwahrung übernahm, anzuzeigen,

daß er durch den Erlag zu Gerichtshänden seine Schuld beiden Gläubigern, sowohl dem C als der Firma A & Comp. abtrage. Durch diesen Erlag ist daher das Pfandrecht der Firma A & Comp. nicht erloschen und derselben das Recht verblieben, das am 30. September 1876 erworbene Pfand entweder durch executive Einantwortung, oder den executiven Verkauf der gepfändeten Forderung, zu realisiren. Die Kläger erwirkten in der That die executive Veräußerung dieser Forderung und brachten sie bei der Feilbietung selbst an sich, worauf ihnen dieselbe eingewantwortet wurde. Gegen diese Einantwortung und gegen die Klage auf Zahlung der eingewantworteten Forderung kann sich der Belangte nicht durch die Einwendung schützen, daß er den Betrag seiner Schuld dem Gerichtsvollzieher in Baarem übergeben hat, weil er selbst gesteht, daß er beim Vollzuge der dem C wider ihn bewilligten Execution wußte, daß der Firma A & Comp. das executive Pfandrecht an der Forderung des C gebührt, und dennoch sich nicht nach §. 455 a. b. G. B. benommen, sondern dem Gerichtsvollzieher den ungetilgten Betrag der Forderung nebst jenem der Zinsen und Kosten, zwar behufs Abwendung der Execution, allein nur für C erlegt hat. Wenn er auch behauptet, daß er hiebei dem Gerichtsvollzieher erklärte, dieses Geld bei Gericht zu erlegen, damit es von demselben demjenigen erfolgt werde, dem es gebühre, so reichte eine solche Erklärung nicht hin, damit den Rechten der Firma A & Comp. Genüge geleistet wurde; auch widersprach der als Zeuge verhörte Gerichtsdiener, daß der Belangte ihm etwas Derartiges gesagt habe. Der Belangte ist daher trotz dem Erlag zu Gerichtshänden verpflichtet, 270 fl. als eine im Momente des Verkaufes noch zu Recht bestehende Pfandschuld der Firma A & Comp. zu bezahlen.

Auf die Revisionsbeschwerde des Beklagten entband der oberste Gerichtshof denselben von der Zahlung der restlichen 270 fl. unter der Bedingung, daß er mit dem Erfüllungsseid die (obenangeführten) von dem Zeugen D ausgesagten Thatumstände beschwöre. Gründe: Durch die am 30. September 1876 vollzogene Pfändung der Forderung des C gegen den Beklagten, von deren Bewilligung der Letztere verständigt worden war, erwarben die Kläger das Pfandrecht an derselben und der Beklagte konnte von diesem Momente an dem C nicht rechtsgiltig zahlen, sondern war nach §. 455 a. b. G. B. den Klägern als Pfandschuldner insoweit haftbar, als die Schuld im Augenblicke der Pfändung noch nicht bezahlt war. Wollte er zahlen und der Verpflichtung sich entledigen, so hätte er den geschuldeten Betrag zu Gericht erlegen sollen. Durch den Erlag zu Gericht hätte der Belangte seiner Verpflichtung genügt, und es wäre Sache des Gerichtes gewesen, zu entscheiden, wem der erlegte Betrag gebühre. Der Belangte erlegte seine Schuld nicht sogleich bei Gericht, sondern wartete ab, bis der Gläubiger C die Mobilarexecution wider ihn erwirkte, und übergab erst nachher dem Gerichtsvollzieher die Schuld-

summe sammt Nebengebühren, worauf die Execution nicht vorgenommen wurde. Der Gerichtsvollzieher erlegte das Geld zu Gericht, und das Gericht folgte es dem C aus. Die Deduction des D. L. G.: der Belangte sei deshalb den Klägern haftbar geblieben, weil er es unterließ, entweder den Klägern vom Erlage Mittheilung zu machen oder aber dem Gerichte zu erklären, daß er für C und die Kläger zahle, ist im Gesetze nicht begründet. Ebenso unrichtig ist die Ausführung des D. L. G., daß der Belangte das Geld nur für den C erlegte, und unrichtig ist die Auslegung, welche das D. L. G. der Zeugenaussage des Gerichtsvollziehers D gibt. Derselbe hat angegeben, daß, als er behufs Vollzuges der Execution zum Belangten kam, dieser ihm erklärte, daß er die Forderung nicht auszahlen könne, weil sie von der Firma A & Comp. gepfändet worden sei; erst nachdem der Zeuge geäußert hatte, daß er dessenungeachtet die Pfändung vornehmen müsse, habe ihm der Belangte die Schuldsomme übergeben, und er, Zeuge, zu ihm gesagt: er werde das Geld zu Gericht erlegen, dasselbe werde schon wissen, wem es gehört, der Belangte werde nicht zweimal zahlen. Wenn sich dies erwahrt, so hat der Beklagte seiner Verbindlichkeit Genüge geleistet und sich seiner Haftung auch gegenüber den Klägern entledigt; dafür, daß der Gerichtsvollzieher unterließ, in seinem Berichte, von dem Pfandrechte der Kläger Erwähnung zu machen und deshalb das erlegte Geld dem C ausgefolgt wurde, ist der Belangte nicht verantwortlich. Weil jedoch die Kläger widersprochen haben, daß bei der Vornahme der Execution wider den Belangten die Sache sich so zugetragen, wie der Zeuge D aussagt, mußte der Belangte zum Erfüllungsseid hierüber zugelassen werden.

Nr. 7809.

Einfluß der Eintragung eines neuen Pfandrechtes auf das früher gegebene Versprechen einer Vorrangseinräumung.

Entsch. v. 15. Jänner 1880, Nr. 13906 (Best. des das Urth. des L. G. Krakau v. 8. Nov. 1878, Nr. 28262, abänd. Urth. des D. L. G. Krakau vom 14. Mai 1879, Nr. 4604). G. S. 1880, S. 254.

Die B hat sich dem A verpflichtet, für ein von ihm bei irgend einem öffentlichen Institute auf seinem Gut X aufzunehmendes Darlehen bis zur Höhe von 120.000 fl. den Vorrang vor der ihr an demselben Gut für eine Forderung von 80.000 fl. zustehenden Hypothek einzuräumen, und wurde von dem A auf die Ausstellung der versprochenen Prioritätscession für das eventuelle Hypothekendarlehen von 120.000 fl. und Intabulirung derselben belangt, nachdem er inzwischen bei C eine Schuld von 12.000 fl. contrahirt und demselben dafür

das Gut X bürgerlich verpfändet hatte. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagbegehren aus folgenden Gründen: Die Pflicht der Belangten zur Abtretung des Hypothekenvorrechtes ist an keine Zeit und Bedingung geknüpft; sie muß daher von ihr auf jedesmaliges Verlangen des Klägers erfüllt werden und ihre Einwendung, daß sie von dieser Pflicht durch die inzwischen geschehene Einverleibung des Pfandrechts für die Forderung des C befreit worden sei, ist ungegründet, weil sie durch die Abtretung der Priorität ihre Hypothek für das aufzunehmende Darlehen von 120.000 fl. den Vorrang vor dem für die Forderung des C intabulirten Pfandrecht nach §. 30 Grundb.-G. nicht verliert.

In Uebereinstimmung mit der zweiten Instanz hat der oberste Gerichtshof den Kläger abgewiesen. Gründe: Der §. 30 Grundb.-G. bestimmt, daß, wenn ein Hypothekargläubiger einer gleichzeitig oder später eingetragenen Hypothekarforderung den Vorrang vor seiner Hypothekarforderung einräumt, die Rechte und der Vorrang der übrigen Hypothekare dadurch nicht berührt werden. In Folge dieser Anordnung würde, wenn die Prioritätseinräumung der Beklagten verbüchert wird, ihrer Hypothek nicht nur das Pfandrecht für die von dem Kläger aufzunehmende Schuld von 120.000 fl., sondern auch das inzwischen von C für 12.000 fl. erworbene Pfandrecht vorangehen. Es ist daher, angesichts dieser unabweißlichen Consequenz, das Klagbegehren des A auf mehr gerichtet, als wozu die Beklagte sich verpflichtet hat und angehalten werden kann.

Nr. 7810.

Unzulässigkeit einer im Urtheil nicht vorgesehenen Theilung der Erklärung über Austritt und Zurückschiebung des Haupteides.

Entsch. v. 15. Jänner 1880, Nr. 135 (Best. der gleichförmigen Decr. des L. G. Krakau v. 14. Juni 1879, Nr. 16298 und des D. L. G. Krakau v. 19. August 1879, Nr. 10549). G. S. 1881, S. 315. Jur. Bl. 1881, Nr. 33.

A erklärte in einer gerichtlichen Eingabe, den ihm durch Urtheil rückschiebbar aufgetragenen Haupteid, in dessen Formel mehrere Facta zusammengefaßt waren, für einige Thatsachen anzutreten, für die übrigen Thatsachen zurückzuschieben.

Diese Beweisantretung wurde in allen Instanzen zurückgewiesen — von dem obersten Gerichtshof mit folgender Motivirung: Als maßgebende Grundlage für die Beweisantretung durch den Haupteid dient der vollständige Inhalt der in dem rechtskräftigen Erkenntnisse enthaltenen Eidesformel. Alle darin zusammengefaßten zum Eid ver-

stellten Thatsachen müssen als ein zusammenhängendes Ganzes angesehen und sonach der alle diese Thatsachen umfassende Haupteid im Ganzen angetreten oder zurückgeschoben werden. Von einem angesichts der durch Urtheil festgestellten mehrere Facta enthaltenden Eidesformel für den Delaten bestehenden gesetzlichen Vorbehalte, daß er über einige dieser Facta den aufgetragenen Haupteid antreten und über andere Facta denselben zurückschieben könne, ist in der westgal. G. D. nirgends eine Rede und namentlich statuiren die diesfalls entscheidenden §§. 282, 283, 284 kein solches Wahlrecht für den Delaten. Der Inhalt der sententionirten Haupteidesformel ist allein entscheidend und der Haupteid muß nach dem ganzen Inhalte derselben angetreten oder zurückgeschoben werden, weil eben die Entscheidung über den Inhalt dieser Eidesformel und die Verbindung mehrerer abgesonderter Facta in derselben Gegenstand des dem Erkenntnißverfahren gewidmeten Stadiums der Streitverhandlung ist, die Eidesantretung oder Zurückschiebung aber schon in das Stadium der aus dem rechtskräftigen Erkenntnisse resultirenden Consequenzen fällt.

Nr. 7811.

Zuständigkeit für Klagen gegen den Ortsschulrath.

Entsch. v. 20. Jänner 1880, Nr. 339 (Best. des Decr. des B. G. Pettau v. 31. August 1879, Nr. 16014, Abänd. des Decr. des D. L. G. Graz vom 1. Oct. 1879, Nr. 10780). G. Z. 1881, Nr. 88.

A überreichte bei dem B. G. Pettau gegen den Ortsschulrath in B (Sprengel des genannten B. G.) eine Klage auf Zahlung einer Darlehensschuld von 85 fl., welche in erster Instanz wegen der im §. 14 lit. b Z. N. begründeten Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts, a limine zurückgewiesen wurde. — In Erwägung, daß die gegen den Ortsschulrath in B rubricirte Klage zwar eigentlich gegen die Schule, d. i. die Schulgemeinde von B gerichtet ist, weil diese von jenem nach Außen vertreten wird; daß aber deshalb diese Klage in Betreff der Gerichtszuständigkeit nach §. 14 lit. b Z. N. nicht einer gegen eine Gemeinde überhaupt gerichteten Klage gleichzuhalten ist, weil einerseits nach §. 4 des Gesetzes vom 8. Februar 1869, L. G. B. Nr. 11 für Steiermark, der Begriff einer Ortsgemeinde und jener einer Schulgemeinde sich nicht decken, da die letztere auch nur Theile einer Ortsgemeinde umfassen kann, und weil andererseits in dem §. 14 lit. b Z. N. neben den Gemeinden auch Anstalten zu öffentlichen Zwecken genannt sind, zu welchen zweifellos die Ortsschulen gehören; daß nach dem im §. 14 lit. b Z. N. angezogenen §. 25 Z. N. derlei öffentliche Anstalten jenem Gerichte unterstehen,

in dessen Sprengel der Sitz ihrer Verwaltung ist und der Ortsschulrath, als daß die Schule von B verwaltende Organ, im Sprengel des Bezirksgerichtes Pettau sich befindet, daher auch dieses Gericht sich für die angebrachte Klage als zuständig darstellt, — hat das D. L. G. die erstgerichtliche Verordnung aufgehoben und dem Bezirksgerichte Pettau aufgetragen, die Klage mit Abstandnahme von dem geltend gemachten Abweisungsgrund zu bescheiden.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Entscheidung mit der Begründung, daß die gegen den Ortsschulrath in B rubricirte Klage eigentlich gegen die Schule, d. i. die Schulgemeinde von B gerichtet ist, weil diese von jenem nach Außen vertreten wird; daß nach §. 14 lit. b J. N. die Entscheidung über Klagen gegen weltliche und geistliche Gemeinden und Anstalten zu öffentlichen Zwecken der Entscheidung der Gerichtshöfe erster Instanz vorbehalten ist und daß darunter Schulgemeinden um so mehr verstanden werden müssen, als der besondere Schutz des Gesetzes allen Vermögenschaften zukommt, welche was immer für einen frommen oder gemeinnützigen Zwecke gewidmet werden, wenn auch nur das Vermögen als Rechtssubject erscheint; daß der §. 25 J. N. das Alinea b des §. 14 nicht aufhebt oder beschränkt, sondern nur das Civilgericht fixirt, welches in concretem Falle einzutreten hat.

Nr. 7812.

Behandlung des Ausgedinges bei der Meistgebotsvertheilung.

Entsch. v. 20. Jänner 1880, Nr. 452 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des B. G. Humpolek v. 20. Sept. 1879, Nr. 10115 und des D. L. G. Prag v. 18. Nov. 1879, Nr. 33403). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 41. 1881, Nr. 33.

Bei der im Executionsweg verkauften Liegenschaft X war am ersten Platz das Ausgeding der A, am zweiten Platz das Pfandrecht für eine Forderung des B, am dritten Platz das Pfandrecht für eine Forderung des C, am vierten Platz das Pfandrecht für eine Forderung des D, ferner die von der A den Hypotheken des C und D vor ihrem Ausgedinge eingeräumte Priorität einverleibt. — In der Meistgebotsvertheilung wurden die Forderungen des C und D auf den Rausschilling angewiesen, welcher dadurch erschöpft ward, so daß die A mit dem für ihr Ausgeding ermittelten Bedeckungscapital und der Gläubiger B durchfielen. — Das D. L. G. bestätigte die von B angefochtene Vertheilung, worauf dieser den a. o. Recurs ergriff, in welcher er Folgendes geltend machte: So wie das Ausgeding bloß auf die Lebenszeit des Ausgedingers bestellt ist und mit seinem Tode aufhört, kann auch das Capital, auf welches dasselbe geschätzt

wurde, dem Ausgedinger nur zum lebenslänglichen Genuße überlassen und nur im Falle, daß dasselbe zur Deckung des Ausgedinges nicht hinreichen sollte, auch zur theilweisen Deckung des Ausgedinges selbst, so lange der Ausgedinger lebt, verwendet werden. Nach dem Tode des Ausgedingers fällt das Capital oder der nicht erschöpfte Theil desselben den dem Ausgedinge in der Hypothek nachstehenden Gläubigern nach ihrer Rangordnung zu. Hat der Ausgedinger, wie im gegenwärtigen Falle, einigen Hypothekargläubigern die Priorität vor seinem Ausgedinge eingeräumt, so steht diesen Gläubigern nicht das Recht zu, das Capital, auf welches das Ausgeding geschätzt wurde, zur Bezahlung ihrer Forderungen in Anspruch zu nehmen. Sie können nur in die Rechte des Ausgedingers treten und nur so lange der Ausgedinger lebt, die Zinsen des Capitals zur Deckung ihrer Forderungen verlangen. Das Ausgeding, das Wohnungs- und Benutzungsgerecht ausgenommen, ist eine Reallast, ein persönliches auf die Lebensdauer des Ausgedingers bestelltes Recht, welches nicht einmal von einer Person auf die andere übertragen werden kann. Vermöge dieses Charakters kann der Ausgedinger nicht, wie das D. L. G. meint, nach §§. 454 und 1392 a. b. G. B. sein Recht verpfänden und übertragen. Und wenn dies auch möglich wäre, so ist die Einräumung der bürgerlichen Priorität in keinem Falle von den Folgen der citirten Paragraphe begleitet.

In Erwägung, daß der Ausgedingerin A nur der Bezug des für sie auf der Realität X versicherten lebenslänglichen Ausgedinges in natura und der Zinsen des für dasselbe ausgemittelten Bedeckungscapitals, auf dieses selbst aber ein Anspruch so weit zusteht, als die Zinsen des Capitals zur Deckung des jährlichen Ausgedinges nicht zureichen; daß den diesem Ausgedingsbezugsrechte nachfolgenden Gläubigern, welchen sie die Priorität vor ihrem Ausgedinge eingeräumt hat, die Befriedigung ihrer Forderungen an Stelle der Ausgedingerin nur in dem Maße zukommt, in welchem sie selbst die Leistung des jährlichen Ausgedinges aus dem Meistgebote zu fordern berechtigt ist; daß mit dem Tode der Ausgedingerin das Ausgedingsbezugsrecht derselben erlischt, somit auch das von ihr den nachfolgenden Gläubigern eingeräumte bürgerliche Vorgangsrecht außer Wirksamkeit tritt und das hiedurch frei gewordene Bedeckungscapital, insoweit es zur Ergänzung der jährlichen Zinsen nicht in Anspruch genommen wurde, seinerzeit den nachstehenden Gläubigern nach ihrer bürgerlichen Rangordnung zuzuweisen sein wird; daß demnach die erstgerichtliche und von dem D. L. G. bestätigte Meistgebotszuweisung, wodurch nicht bloß die jährlichen Interessen von dem, für das Ausgeding der A ausgemittelten Capitale der A auf die Lebensdauer, sondern dieses Capital selbst den das Vorgangsrecht besitzenden Hypothekargläubigern zugewiesen wurde, sich als gesetzwidrig darstellt, wurde von dem obersten Gerichtshof dem Recurs des B stattgegeben und

mit Aufhebung der angefochtenen Meistgebotszuweisung dem Gericht erster Instanz verordnet eine neue Meistgebotsvertheilung mit Beobachtung des oben ausgesprochenen Grundsatzes vorzunehmen.

Nr. 7813.

Unstatthaftigkeit der Pfändung des Anspruchs auf Ausfolgung eines dem Schuldner zugesagten und von ihm bereits verschriebenen Darlehensbetrages.

Entsch. v. 20. Jänner 1880, Nr. 469 (Best. des das Decr. des L. G. Arafau v. 6. Dec. 1878, Nr. 31685, abänd. Decr. des D. L. G. Arafau v. 29. August 1879, Nr. 8957). G. S. 1880, S. 79. Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 18.

Für ein Darlehen, welches die Sparcasse B dem C versprochen hatte, stellte dieser den Schuldschein aus und behändigte denselben der Sparcasse, die aber dem C die Darlehenssumme vorenthielt, weil die Bedingungen, unter welchen sie die Zuzählung des Geldes zugesagt hatte, von ihm nicht erfüllt wurden. Nun beehrte A, ein Gläubiger des C, im Executionsweg die Pfändung des dem Letztern gegen die Sparcasse zustehenden Anspruchs auf Ausfolgung des von ihm der Sparcasse verschriebenen Darlehensbetrags und um gerichtliche Anmerkung der Pfändung auf dem bei der Sparcasse liegenden Schuldschein des C. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde auf den Recurs der Sparcasse in zweiter Instanz abgewiesen aus folgenden Gründen: Der Darlehensvertrag ist ein Realvertrag. Bis zur Zuzählung der dem C versprochenen Darlehenssumme ist dieselbe Eigenthum der Sparcasse B. Es kann daher von einem Anspruch des C auf diesen Darlehensbetrag und von einer Pfändung desselben durch Anmerkung auf den Schuldschein um so weniger die Rede sein, als der Schuldschein nach erfolgter Zuzählung des Darlehens nur für die Sparcasse B Rechte begründet, die für eine Schuld des Darlehenswerbers an den A nicht in Execution gezogen werden können.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 7814.

Bestellung eines Curator absentis für einen bereits Verstorbenen.

Entsch. v. 20. Jänner 1880, Nr. 557 (Best. des Decr. des L. G. Arafau v. 6. Dec. 1878, Nr. 31607, Abänd. des Decr. des D. L. G. Arafau vom 30. Juli 1879, Nr. 6975). G. S. 1880, S. 109.

Auf die im Jahre 1878 überreichte Wechsellage des A gegen B, Kaufmann zu X in Preußen wurde nach dem Antrag des Klägers

für B ein Curator absentis in der Person des Dr. C bestellt, und die Zahlungsaufgabe erlassen, gegen welche der Letztere Einwendungen vorbrachte. Bei der hierüber anberaumten Tagfahrt stellte A die Bitte, daß Dr. C als Curator der ruhenden Verlassenschaft des bereits verstorbenen Beklagten aufgestellt werde. In Erledigung dieses Begehrens wurde Kläger angewiesen den Todtenschein des B vorzulegen. Er producirte den Todtenschein, wornach B im Jahre 1862 gestorben ist, und das amtliche Zeugniß der preussischen Gerichtsbehörde, daß im Handelsregister die Witwe des Beklagten als Inhaberin seiner Firma und D als Procurist eingetragen ist. Nun wurde von dem Gericht erster Instanz dem Dr. C die Curatel abgenommen und dem Kläger die Zahlung der auf 7 fl. 70 kr. richtig gestellten Curatellkosten an Dr. C aufgetragen. — Auf den Recurs des Klägers verordnete das O. L. G. dem Gericht erster Instanz, die Zustellung der Zahlungsaufgabe an den D zu verfügen und die Curatel zu belassen, bis die belangte Firma einen anderen Sachwalter bestellen würde.

In Erwägung, daß A seine Klage gegen B gerichtet und um die Bestellung eines Curators für diesen gebeten, der bestellte Curator auch Einwendungen gegen die Zahlungsaufgabe erhoben und es sich später herausgestellt hat, daß B schon viele Jahre vor der Klage gestorben, also die Klage ganz unrichtig rubricirt war, daß somit der Kläger selbst die Schuld trägt, daß für eine nicht mehr lebende Person ein Curator bestellt wurde, — hat der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Verordnung bestätigt.

Nr. 7815.

Erlöschung der Vollstreckbarkeit eines notariellen Miethvertrages durch Bestellung eines politischen Sequesters?

Entsch. v. 21. Jänner 1880, Nr. 12043 (Best. des Urth. des O. L. G. Krakau v. 27. Mai 1878, Nr. 9560, Abänd. des Urth. des O. L. G. Krakau vom 17. Jänner 1879, Nr. 16351). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 32.

A hat in dem Hause des B zu Krakau eine Wohnung um 550 fl. gemiethet und in dem notariellen, mit der Vollstreckbarkeitsclausel (§. 3 N. O.) versehenen Miethvertrag die Zahlung des Zinses in vierteljährigen Raten à 137 fl. 50 kr. versprochen. Da B mit der Gebäudesteuer im Betrage von 169 fl. 56 kr. im Rückstand geblieben war, legte der von dem Stadtmagistrat hiezu ermächtigte politische Sequester Beschlag auf die von dem A zu zahlenden Miethzinse und cassirte bei demselben von dem am 1. Jänner 1877 fälligen Quartalszins von 137 fl. 50 kr., den Theilbetrag von 90 fl. ein.

Zur Hereinbringung des Restes dieser Zinsrate im Betrag von 47 fl. 50 kr. erwirkte B auf Grund der notariellen Vollstreckbarkeitsclausel die Pfändung der Mobilien des A. Nun trat dieser gegen den B klagend auf und bat um das Erkenntniß, daß der notarielle Miethvertrag — durch die obige Beschlagnahme — die Executionskraft verloren habe und demnach die von B erwirkte Mobilienpfändung aufzuheben sei. — Dem in erster Instanz abgewiesenen Klagbegehren wurde von dem D. L. G. in der Erwägung stattgegeben, daß die Verpflichtung des A zur Zahlung der Miethzinse an den B und daher auf die Berechtigung des Letzteren, auf Grund des Notariatsactes zur Hereinbringung der Miethzinse gegen den A die Execution zu führen, in Folge der durch den städtischen Steuersequester erwirkten Verbotslegung erloschen sind, und nicht wieder ausleben, so lang die von dem Sequester getroffene Vorkehrung nicht durch die zuständige Administrativbehörde aufgehoben wird.

Der oberste Gerichtshof restituirte das Urtheil erster Instanz, aus folgenden Gründen: Aus dem vom Kläger producirten Act der Verbotslegung des Steuersequesters ist nicht zu entnehmen, daß derselbe auch als Verwalter der Hausrealität des B bestellt worden wäre. Aus dieser Urkunde geht nur hervor, daß der Steuersequester wegen des Gebäudesteuerausstandes von 169 fl. 56 kr. auf Grund der Ermächtigung des Stadtmagistrates den von A zu zahlenden Miethzins mit Verbot belegt und ihm aufgetragen hat, denselben, anstatt dem B, dem Sequester zu entrichten. Das Rechtsverhältniß zwischen dem A als Miether und dem B als Vermiether bleibt hiebei unberührt und es kann insbesondere dem Letzteren das Recht nicht abgesprochen werden, in dem Falle, daß A mit der Zahlung des Miethzinses auf Rechnung der Haussteuer säumig wäre, ihn durch die im Gesetze vorgesehenen Mittel hiezu anzuhalten, zumal nach Inhalt jener Urkunde jede zu Händen des Steuersequesters erfolgte Zinszahlung als eine Zahlung an den Hauseigenthümer selbst anzusehen ist und dem B an der pünktlichen Zahlung der Gebäudesteuer umsomehr gelegen sein muß, da im Falle eines Zahlungsverzuges des A, er selbst zur Entrichtung derselben herangezogen werden würde. Da nun A eingestand, daß er dem Steuersequester auf Rechnung des am 1. Jänner 1877 verfallenen Quartalzinses von 137 fl. 50 kr. nur 90 fl. entrichtete, so war das von dem B zur Hereinbringung des Restes per 47 fl. 50 kr. angebrachte Executionsgesuch begründet und es kann der dasselbe bewilligende Bescheid um so weniger angefochten werden, als darin nicht ausgedrückt ist, zu wessen Händen die hereinzubringenden 47 fl. 50 kr. entrichtet werden sollen. Für den A hat aber die Execution nur die Wirkung, daß er angesichts des Verbots den Rest von 47 fl. 50 kr. nicht dem B, sondern dem Steuersequester auf weitere Rechnung der rückständigen Gebäudesteuer zahlen muß. Noch weniger kann der Ausspruch des D. L. G., daß die Executionskraft des Notariats-

actes, welcher der oberwähnten Mobilarpfändungsbewilligung zu Grundlage, erloschen sei, als gerechtfertigt angesehen werden. Denn die Verbotsslegung hat mit der Executionsfähigkeit der notariellen Urkunde nichts gemein. Beide können nebeneinander bestehen. Auch ist das rechtsgiltige Zustandekommen des Notariatsactes von dem A gar nicht bestritten worden und der Ausspruch, daß die Executionskraft desselben erloschen sei, müßte die in keiner Weise zu rechtfertigende Folge nach sich ziehen, daß nach vollständiger Tilgung der Steuerschuld von 169 fl. 56 kr. der unmittelbar dem B zu zahlende Miethzins für das nächste Quartal im Restbetrag von 105 fl. 44 kr. von dem Letzteren auf Grund des Notariatsactes — dem nur wegen des Verbots die Executionsfähigkeit abgesprochen wurde — nicht mehr im Executionsweg beigetrieben werden könnte.

Nr. 7816.

Verkürzung des Gläubigers durch eine Schenkung in fraudem creditorum oder durch dessen eigene Nachlässigkeit?

Entsch. v. 21. Jänner 1880, Nr. 13828 (Best. des das Urth. des O. G. L. v. 20. August 1879, Nr. 8598, abänd. Urth. des O. L. G. Prag v. 20. Oct. 1879, Nr. 30357). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 31.

Nachdem die B dem A über ein von ihm empfangenes Darlehen von 100 fl. den Schuldschein vom 16. December 1875 ausgestellt und darin ihre Liegenschaft X verpfändet hatte, errichtete sie mit ihren Kindern C und D den schriftlichen Vertrag vom 20. August 1876, in welchem sie jedem derselben 400 fl. als Erbtheil zuwendete und dafür ihre vorerwähnte Liegenschaft X als Pfand verschrieb. Dieser Vertrag wurde am 22. August 1876 verbüchert; am 1. November 1876 erwirkte E die Pfandrechtsintabulation auf derselben Liegenschaft für eine Forderung von 300 fl., und am 30. November 1876 ließ A das ihm für seine Forderung von 100 fl. eingeräumte Pfandrecht einverleiben. Das Pfandgut wurde 1878 im Executionsweg verkauft und das Meistgebot auf die Pfandforderungen nach ihrer Rangordnung vertheilt. In Folge dessen erhielten C und D die volle Befriedigung ihrer Forderungen von je 400 fl., E für seine Forderung von 300 fl. den Rest des Rausschillings im Betrag von 244 fl. und A ging leer aus. Nun trat A gegen die B, den C und D mit der auf §. 953 a. b. G. B. gegründeten Klage auf und bat um das Erkenntniß, 1. daß der von der B mit C und D errichtete Vertrag vom 20. August 1876 ein zum Nachtheil des Klägers, als Gläubiger der B für den Betrag von 100 fl. geschlossener Schenkungsvertrag sei; 2. daß die Beklagten C und D schuldig seien, von

der ihnen gemachten Schenkung dem Kläger 100 fl. herauszugeben. — In erster Instanz wurde dem 1. Begehren stattgegeben, das 2. Begehren abgewiesen und dafür dem Kläger das Recht zugesprochen zur Herbeibringung seiner Forderung von 100 fl. auf die von der B dem C und D geschenkten Forderungen von je 400 fl. Execution zu führen. Gründe: Die erstbelangte B wendete gegen das Klagebegehren ein: 1. Daß keine Schenkung vorliege, weil sie als Mutter schon kraft des Gesetzes zur Versorgung ihrer Kinder verpflichtet sei; 2. daß die Verkürzung des Klägers nicht durch ihre (der B) Schuld, sondern durch den zufälligen Umstand eintret, daß ihre Realität unter dem Schätzwerthe veräußert wurde; 3. daß der Kläger mit dem Einschreiten um die Einverleibung seines Schuldscheines zögerte und demgemäß selbst Schuld an seiner Verkürzung trage. Diese Einwendungen sind unentscheidend. Denn: 1. Die Urkunde vom 20. August 1876 ist mit der Bezeichnung „Schenkungsurkunde“ versehen, die Festsetzung der Antheile geschah ohne Entgelt, und die Eltern sind zwar verpflichtet, für die Erhaltung und Erziehung der Kinder Sorge zu tragen und dieselben mit einem Erbtheile zu bedenken, aber nur in soweit, als hiedurch nicht die Interessen dritter Personen berührt werden; 2. daß die Liegenschaft X unter dem gerichtlichen Schätzwerthe veräußert wurde, beweist, daß die Schätzung nicht dem wirklichen Werthe entsprach, sondern zu hoch war; 3. der Gläubiger ist nicht verpflichtet, seine Forderung ohne Verzug pfandrechtlich sicherstellen zu lassen und es kann ihm deshalb kein Verschulden zur Last gelegt werden, wenn er mit der Sicherstellung zögerte, der Schuldner jedoch diese Gelegenheit benützte, um den Gläubiger zu verkürzen. Durch den Meistgebotsvertheilungsbescheid ist dargethan, daß die Forderung des Klägers pr. 100 fl. allerdings zur Zahlung gelangt wäre, falls die Erstbeklagte für ihre Kinder die Antheilsforderung pr. 800 fl. auf ihrer Liegenschaft nicht hätte sicherstellen lassen. Da nun die Forderung des Klägers leer ausging, obwohl sie schon zur Zeit der Schenkung vorhanden war und die Erstbeklagte laut ihrem eigenen Geständnisse kein anderweitiges Vermögen besitzt, woraus sie ihren Gläubiger befriedigen könnte: so erscheint die Klage vollkommen begründet, weshalb ihr auch mit dem Beifügen stattgegeben wurde, daß der Kläger berechtigt sei, für seine Forderung von 100 fl. auf die geschenkten Antheile die Execution zu führen. Das zweite Klagebegehren wurde abgewiesen, weil der Gläubiger zwar berechtigt ist, im Falle einer widerrechtlichen Schenkung mit seiner Forderung an den Geschenktegeber aus der geschenkten Sache selbst befriedigt zu werden, die Donatare jedoch nicht angehalten werden können, irgend eine Leistung zu Gunsten des Gläubigers zu vollziehen, worauf demselben kein Anspruch zusteht. — Auf die Appellation der Beklagten hat das O. L. G. die Klage in der Erwägung abgewiesen, daß A die Befriedigung seiner Forderung von 100 fl. gegen die B aus dem Erlös des Ver-

laufes der Liegenschaft X erlangt haben würde, wenn er um die In-
tabulation des ihm eingeräumten Pfandrechtes noch vor der Ver-
bücherung des Pfandrechtes für die Forderung des E eingeschritten
wäre; daß er daher nicht durch die Schenkung der B an den C und
D, sondern durch seine eigene Nachlässigkeit um die Möglichkeit ge-
kommen ist, mit seiner Forderung gegen die Geschenkgeberin aus ihrem
Vermögen befriedigt zu werden, somit jene Schenkung, durch welche
er nicht verkürzt wurde, nach §. 953 a. b. O. B. nicht anfechten kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Urtheil
aus dessen Gründen.

Nr. 7817.

Unzulässigkeit des Haupteides über unbestimmte und alter-
native Behauptungen. Abgrenzung des Haupteides vom
Manifestationseid.

Entsch. v. 21. Jänner 1878, Nr. 14202 (Best. des das Urth. des L. G. Arasan
v. 15. Nov. 1878, Nr. 26895, abänd. Urth. des D. L. G. Arasan v. 2. Juli
1879, Nr. 4246). G. S. 1881, S. 101.

B gab dem C ein Darlehen gegen einen von Letzterem accep-
tirten Wechsel, der auf die den dargeliehenen Betrag weit übersteigende
Summe von 4153 Silberrubel lautete. Das für das Darlehen
nöthige Geld hatte B zum Theil bei seinen Geschäftsgenossen D und E
aufgebracht, denen er sich verpflichtete, nach Eingang der Wechsel-
zahlung jenen Betrag herauszugeben, der dem Verhältniß ihrer Zu-
schüsse zur Wechselsumme entspricht. Nach dieser Proportion entfielen
auf D 1028 Silberrubel, die er der A cedirte. Die Cessionsurkunde
wurde mit Intervention des B errichtet, welcher in derselben an-
erkannte, daß dem D von der Wechselsumme ein Antheil von
1028 Silberrubel gebühre, und sich der Cessionarin verpflichtete, im
Falle des Eingangs der ganzen Wechselsumme die vollen 1028 Sil-
berrubel, bei nur partieller Eincassirung der Wechselforderung den dem
Incasso entsprechenden Theilbetrag zu zahlen. Nun trat die A gegen den
B mit einer Klage auf, worin sie unter Vorlage des obigen Cessions-
instrumentes anführte, in Erfahrung gebracht zu haben, daß B den
Wechsel bei C eincassirt habe, ihm darüber den unrückziehbaren
Haupteid auftrug und das Begehren stellte, daß B verurtheilt werde,
im Falle der eingegangenen vollen Wechselzahlung ihr 1028 Silber-
rubel zu zahlen und im Falle der nur zum Theil eingegangenen
Wechselzahlung ihr über den partiellen Eingang Rechnung abzulegen.
— Das Gericht erster Instanz erkannte auf die von B abzulegenden
unrückziehbaren Eide, 1. daß er von C nicht die ganze Wechselsumme
erhalten habe, 2. daß er von C auch nicht einen Theil der Wechsel-

summe erhalten habe, und traf folgende Entscheidung: Wenn B beide Eide schwört, wird das Klagebegehren vollständig abgewiesen; wenn B nur den Eid 1 leistet, hat er der Klägerin über den von C erhaltenen Theilbetrag der Wechselsumme Rechnung zu legen; wenn B den Eid 1 nicht schwört, entfällt der Eid 2 und ist B schuldig, der Klägerin die vollen 1028 Silberrubel zu zahlen.

Der oberste Gerichtshof hat in Uebereinstimmung mit dem O. L. G. die Klage unbedingt abgewiesen und die in erster Instanz sententionirten Eide mit der Begründung abgewiesen, daß die Auftragung dieser Eide der Auflage eines dem vorliegenden Rechtsverhältniß und den Bestimmungen des §. 293 westgal. G. D. nicht entsprechenden Manifestationseides des Beklagten oder eines nach §. 287 ibid. unzulässigen Ablehnungseides desselben gleich kommen würde.

Nr. 7818.

Zulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses im Verfahren wegen Richtigstellung neu angelegter Grundbücher.

Entsch. v. 21. Jänner 1880, Nr. 14476. Spruchrepertorium Nr. 101.
G. Z. 1880, Nr. 15.

In dem Verfahren, welches bei der Anlegung des Grundbuchs für die Katastralgemeinde X in Galizien (Gesetz vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96) zur Richtigstellung der Grundbucheinlagen eingeleitet wurde, hat die Partei A gegen gleichförmige Verordnungen der ersten und zweiten Instanz den a. o. Revisionsrecurs ergriffen.

Der oberste Gerichtshof zog bei der Berathung über diesen Recurs zunächst die principielle Frage in Erwägung, ob im Richtigstellungsverfahren bei Anlegung neuer Grundbücher überhaupt ein a. o. Revisionsrecurs statthaft sei, und sprach sich für die Zulässigkeit desselben aus, weil bei dem Umstande, daß das Gesetz v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, über das Verfahren bei der Anlegung, Ergänzung oder Aenderung von Grundbüchern, ein selbstständiges, von dem allgemeinen Grundbuchsgesetze unabhängiges Gesetz bildet, welches eigentlich eine administrative, den Gerichten zugewiesene Vollzugsvorschrift ist, und nach Art. II des Gesetzes über die Einführung eines allgemeinen Grundbuchsgesetzes das letztere bei neu errichteten Grundbüchern erst mit dem Tage in Wirksamkeit zu treten hat, an welchem die Führung derselben beginnt, das allgemeine Grundbuchsgesetz und insbesondere der §. 130 desselben, welcher die Unzulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses in Grundbuchssachen statuirt, im Richtigstellungsverfahren keine Anwendung haben kann, und weil das Gesetz über die Errichtung neuer Grundbücher mit Ausnahme der im §. 24 fest-

gesetzten Unanfechtbarkeit der vom D. L. G. bestimmten Edictalfristen eine Vorschrift über Recurse nicht enthält, daher diesfalls die allgemeinen Principien des Verfahrens in nicht streitigen Angelegenheiten, und zwar der §. 16 des kaiserl. Patentgesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, zur Anwendung kommt, zumal das Gericht im Nichtigstellungsverfahren von Amtswegen vorzugehen hat.

Zugleich wurde die Eintragung des nachstehenden Rechtsatzes in das Spruchrepertorium beschlossen: „Der §. 130 des allgemeinen Grundbuchgesetzes hat auf die a. o. Revisionsrecurse im Nichtigstellungsverfahren bei der Anlegung neuer Grundbücher keine Anwendung, und es ist die Zulässigkeit derselben nach §. 16 des kaiserl. Patentgesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, zu beurtheilen.“

Nr. 7819.

Voraussetzungen der Haftung des Fabrikbesizers für den Arbeitern durch den Fabrikbetrieb zugefügte Verletzungen.

Entsch. v. 21. Jänner 1880, Nr. 14504 (Best. des das Urth. des R. G. Billen v. 12. August 1879, Nr. 1415, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 20. Oct. 1879, Nr. 28813). Jur. Bl. 1880, Nr. 26.

In der von dem Vater des 15jährigen A gegen die Drahtstiftensfabrikfirma B & C angestellten Genugthuungsfrage wurde angeführt, daß A in der Fabrik als Arbeiter aufgenommen war und als solcher die Güte der aus der Maschine herausgestoßenen Stifte zu prüfen hatte, indem er bei der Maschine sitzend von Zeit zu Zeit die auf ein Papier fallenden Stifte auffing und durchsah; daß er am 8. April 1876 mit dem Arbeiter D einen Riemen über die Scheibe der Maschine zog und, während er bei dieser Arbeit auf der Leiter stand, von der bereits im Gange befindlichen Maschine am Arme ergriffen und mit dem Körper herumgedreht wurde, bis er endlich unter die Maschine ungefähr zwei Klafter tief herabfiel; daß er nach dem Gutachten der sachverständigen Aerzte dadurch einen Bruch beider Füße und des rechten Armes erlitt und in Folge der Amputation des rechten Armes und des linken Beines zeitlebens erwerbsunfähig wurde. Indem der Kläger diese körperlichen Verletzungen dem Verschulden und der offenbaren Fahrlässigkeit der genannten Firma zuschrieb, begehrte er die Verurtheilung derselben zur Zahlung eines Schmerzensgeldes von 1000 fl. und zur Leistung der vollen Genugthuung durch Zahlung von 1 fl. täglich bis zum zwanzigsten Lebensjahre des A und von täglichen 1 fl. 50 kr. von dieser Zeit an bis zu dessen Tode. — In erster Instanz wurde die Klage wegen Mangels eines mit den Verletzungen des A im Causalnexus stehenden Verschuldens der Beklagten abgewiesen. —

welchen das D. L. G. das angefochtene Erkenntniß aufhob und dem Gericht erster Instanz auftrug, zur Verhandlung eine neuerliche Tagfahrt anzuordnen, das Verfahren ordnungsgemäß durchzuführen und sodann neuerdings in der Hauptsache zu erkennen.

Den vom Kläger dagegen ergriffenen Revisionsrecurs hat der oberste Gerichtshof als nach §. 16 der l. Verordnung v. 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, unzulässig zurückgewiesen, weil gegen eine in *possessorio summariissimo* erlassene Verordnung des Obergerichtes, womit unter Aufhebung der erstrichterlichen Entscheidung eine Ergänzung der Verhandlung angeordnet wird, der Recurs nach dem Wortlaute der citirten Gesetzesstelle unstatthaft ist.

Nr. 7821.

Unzulässigkeit der Anmerkung der Klage auf grundbücherliche Uebertragung einer Liegenschaft.

Entsch. v. 21. Jänner 1880, Nr. 531 (Best. des das Decr. des D. L. G. Unhofer v. 30. Sept. 1879, Nr. 5924, abänd. Decr. des D. L. G. Prag vom 17. Nov. 1879, Nr. 33397). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 36.

Die in erster Instanz bewilligte grundbücherliche Anmerkung der Klage des Gutskäufers A gegen den Verkäufer B auf grundbücherliche Uebertragung des Eigenthums der verkauften Realität auf den Kläger wurde von dem obersten Gerichtshof in Uebereinstimmung mit dem D. L. G. verweigert, weil mit der Klage weder die Zuerkennung eines dinglichen Rechtes begehrt, noch eine grundbücherliche Einverleibung bestritten wird, somit keiner von den Fällen vorliegt, in welchen nach den eine Erweiterung per analogiam nicht zulassenden Bestimmungen der §§. 61—71 Grundb.-G. die Streitanmerkung statthaft ist.

Nr. 7822.

Collision der Gläubiger des Erben und des Erblassers bei der Vertheilung des Meistgebotes für eine Nachlaßrealität.

Entsch. v. 21. Jänner 1880, Nr. 715 (Best. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Aradan v. 6. Juni 1879, Nr. 12844 und des D. L. G. Aradan vom 29. Oct. 1879, Nr. 12986). G. S. 1881, S. 359.

Auf Einschreiten der Verwaltungsbehörde, die nach dem Tode des Pfarrers B einen Abgang von 500 fl. in dem Vermögen der Pfarrkirche entdeckt hatte, wurde für die Kirche die Einverleibung des

Pfandrechtes bei der von B hinterlassenen Liegenschaft zur Sicherstellung ihres obigen Ersatzanspruches bewilligt. Noch vor dem Vollzug der bürgerlichen Amtshandlung erwirkten mehrere Gläubiger der Erben des B für ihre Forderungen die Einschreibung des Pfandrechtes bei derselben Liegenschaft mit der Clausel des §. 822 a. b. G. B. Die Liegenschaft wurde im Executionswege verkauft und bei der Vertheilung des für alle Pfandforderungen nicht ausreichenden Kaufschillings beehrte die Finanzprocuratur die Befriedigung der Forderung der Kirche vor den übrigen Forderungen. — Von beiden Untergerichten wurde das Begehren abgewiesen.

In Erwägung, daß die Hypothekarforderungen ohne Rücksicht auf ihren Entstehungsgrund nach der bürgerlichen Priorität in die Zahlungsordnung einzustellen sind, somit einer später eingetragenen Forderung die Priorität vor einer früheren bei der Meistgebotsvertheilung nicht eingeräumt werden kann, — hat der oberste Gerichtshof das Begehren der Finanzprocuratur für dermalen abgewiesen und in Anbetracht, daß bei der Liquidirungsverhandlung das Vorrecht zwischen der Forderung der Gläubiger der Erben und jener der Pfarrkirche streitig geworden ist, daher nach Vorschrift des Hofdecr. vom 23. October 1794, J. G. G. Nr. 199, die Parteien auf den Rechtsweg behufs Austragung des Vorrechtsstreites zu verweisen sind und ein entsprechender Dedungsfond aus dem Meistgebot für die das Vorrecht beanspruchende Forderung zu reserviren ist, der Pfarrkirche den Rechtsweg vorbehalten und zu diesem Ende eine angemessene Frist zur Austragung der Vorrechtsklage mit dem Anhange bestimmt, daß nach fruchtloser Verstreichung dieser Frist der den Gläubigern der Erben zugewiesene Betrag ihnen ausgefolgt werden wird.

Nr. 7823.

Verkleidetes Promessengeschäft. Gänzliche Abweisung eines theilweise begründeten Anspruches wegen ungenügenden Nachweises des Umfanges der berechtigten Forderung.

Entsch. v. 22. Jänner 1880, Nr. 12406 (Best. der gleichförmigen Urth. des O. G. Prag v. 21. August 1879, Nr. 59593 und des O. L. G. Prag vom 30. Sept. 1879, Nr. 27198). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 18.

In einer Urkunde hatte sich A verpflichtet, dem B österr. Goldrente per 400 fl. zu liefern, und ihm als Gratisprämie einen bestimmten Antheil an den Gewinnsten von 25 näher bezeichneten Losen zugesichert. Dagegen war B dem A gegenüber verpflichtet, diesem den Betrag von 780 fl. in 39 aufeinanderfolgenden Monatsratenzahlungen à 20 fl. zu leisten. A erhielt auch von B einen von diesem accep-

tirten Wechsel auf 200 fl. zur Sicherstellung der bedungenen Ratenzahlungen. B hatte nur einen Theil der Ratenzahlungen geleistet und nachdem der Deckungwechsel per 200 fl. am Verfallstage nicht gezahlt wurde, erwirkte A auf Grund desselben wider B eine Zahlungsauflage, welche auf die vom Beklagten erhobenen Einwendungen in allen drei Instanzen aufgehoben wurde. — Die erstrichterliche Begründung war wesentlich folgende: Da auf den Klagewechsel eine Saluta nicht geleistet und eine solche nur versprochen wurde, muß auf das dem Wechsel zu Grunde liegende, gemeinrechtliche Rechtsverhältniß zurückgegangen werden. Wenn nun erwogen wird, daß im gegebenen Falle Goldrente von 400 fl. für 780 fl. (39 Monatsraten à 20 fl.) versprochen wurde, ungeachtet diese Obligation nur einen Courswerth von 280 fl. repräsentirte, so kann nicht daran gezweifelt werden, daß es sich beim vorliegenden Geschäfte gerade um die Nebenvorteile, nämlich um das von dem Kläger dem Beklagten angeblich gratis eingeräumte Mitspielen auf einzelne Lose handelte, daß also im concreten Falle ein Promessengeschäft vorliegt, welches nach dem Gesetze vom 7. November 1862, R. G. Bl Nr. 85, zu beurtheilen ist. Da nun nach diesem Gesetze das Promessengeschäft nur unter den daselbst erhaltenen Bedingungen gestattet, und jede denselben zuwiderlaufende Veräußerung der Gewinnshoffnung von Lossen verboten ist, so oblag es dem Kläger, das Vorhandensein dieser Bedingungen zu erweisen; diesen Beweis hat er aber nicht erbracht, daher der auf Grund des Wechsels erlassene Zahlungsauftrag, als der Rechtsgrundlage entbehrend, aufgehoben werden mußte.

In der oberstgerichtlichen Motivirung wird die Auffassung des im Rede stehenden Geschäftes als eines Promessengeschäftes als richtig bezeichnet, und hinzugefügt, daß ein nicht klagbares Promessengeschäft dadurch, daß zur Deckung einer damit eingegangenen Verpflichtung ein Wechselaccept gegeben wurde, nicht zu einem klagbaren werden kann, und daß auch ein theilweiser Zuspruch des eingeklagten Betrages nicht erfolgen konnte, weil jener Betrag der eingeklagten Wechselsumme, welchen der Beklagte für die Lieferung der Goldrente zu zahlen hatte, und jener, welcher auf die dem Beklagten angeblich als Gratisprämie zugesicherte Gewinnshoffnung entfallen würde, sich nicht ermitteln läßt.

Nr. 7824.

Haftung der vermachten Nachlaßbestandtheile für die Kosten ihrer Inventirung.

Entsch. v. 22. Jänner 1880, Nr. 434 (theilweise Abänd. der gleichförmigen Decr. des R. O. Kienlandes v. 16. März 1878, Nr. 3148 und des O. O. O. Kralau v. 27. Februar 1879, Nr. 15661). O. G. 1880, S. 193. O. Z. 1881, Nr. 101.

Die Heilanstalt X wurde von ihrem Eigenthümer M der Kralauer Akademie der Wissenschaften vermacht mit der Verpflichtung, die Hälfte des jährlichen Reinertrages derselben seinen Erben B und C auszusahlen. Nachdem die Letzteren die Erbschaft bedingt angetreten hatten, wurde das Nachlaßinventar aufgenommen und — von beiden Untergerichten — die Zahlung der für die Schätzung der Heilanstalt erwachsenen Gebühren der Legatarin auferlegt. — Dagegen ergriff die Finanzprocuratur für die Vermächtnißnehmerin den a. o. Revisionsrecurs mit der auf den §. 802 a. b. O. B. gestützten Bitte, daß die Zahlung der besagten Kosten den Erben auferlegt werde.

Der oberste Gerichtshof entschied, daß die Legatarin allerdings zur Berichtigung der Kosten der Inventur und Schätzung der Heilanstalt X und des dazu gehörigen Vermögens verpflichtet, andererseits aber berechtigt sei, diese von ihr bestrittenen Kosten in der nächsten über das Erträgniß der Curanstalt abzulegenden Rechnung als gemeinschaftliche Ausgaben einzustellen. Gründe: Da in Folge der bedingten Erbserklärung der Testamentserben B und C von dem Abhandlungsgerichte die Inventarisirung und Schätzung des Nachlasses verfügt worden ist und in solchem Falle nach §. 802 a. b. O. B. die mit der Aufnahme dieser Acte verbundenen Kosten aus der Masse bestritten werden sollen, so folgt von selbst, daß die Verbindlichkeit zur Zahlung derselben gesetzlich auch auf der, einen Bestandtheil der Verlassenschaft bildenden Curanstalt haftet. Wenn daher das Abhandlungsgericht in der Erwägung, daß die Recurrentin sich im Besitze der ihr vermachten Curanstalt befindet, ausgesprochen hat, daß die Zahlung der Kosten für die Inventirung und Schätzung der Curanstalt der genannten Legatarin obliegt, so verstößt dieser Ausspruch nicht gegen die Vorschriften des §. 802 a. b. O. B., weil die auf der Curanstalt lastende Zahlungsverbindlichkeit mit dem Besitze derselben auf die Akademie übergegangen ist. Da aber diese Kosten selbstverständlich nur aus den Einkünften der Curanstalt berichtigt werden sollen; da ferner nach der letztwilligen Anordnung des Erblassers das reine Einkommen nicht ausschließlich der Akademie gehört, vielmehr dieselbe verpflichtet ist, die Hälfte davon den Erben herauszusahlen, somit in Bezug auf die Nutzungen der Curanstalt eine Gemeinschaft obwaltet, so stellen sich die fraglichen Kosten als eine gemeinschaftliche Last dar, die von den Theilhabern nach Verhältniß ihrer Antheile getragen werden muß (§. 839 a. b. O. B.).

Nr. 7825.

Anberaumung einer Tagfahrt auf einen Sabbath: Einfluß des Umstandes, daß dem Richter die Religion des Vorgeladenen nicht bekannt war.

Entsch. v. 27. Jänner 1880, Nr. 14326 (Best. des Urth. des O. L. G. Prag v. 21. Oct. 1879, Nr. 30047). Jur. Bl. 1880, Nr. 31.

Von der auf die Klage des A gegen die Eheleute B anberaumten Tagfahrt sind die letzteren weggeblieben und deshalb in contumaciam nach dem Klagbegehren verurtheilt worden. Sie ergriffen die Nullitätsbeschwerde, in welcher sie unter Bescheinigung ihres jüdischen Glaubensbekenntnisses den Nichtigkeitsgrund geltend machten, daß die Verhandlungstagfahrt auf einen Sabbathtag angeordnet worden war (Hofdecr. v. 17. Jänner 1818, Nr. 1405 und vom 16. Juni 1788, Nr. 844 der J. G. G.).

Die Beschwerde wurde von beiden Obergerichten abgewiesen, weil der Richter nur in dem Fall nicht befugt ist, die Tagfahrt auf einen Sabbath anzuordnen, wenn ihm bekannt ist, daß die eine oder die andere Partei dem israelitischen Glauben angehört, mithin, da der Umstand, daß die Beschwerdeführer Israeliten sind, dem Gericht erster Instanz nicht bekannt war, der von ihnen angebrachte Nichtigkeitsgrund der gesetzwidrigen Anberaumung einer Tagfahrt in den Ferien (Hofdecr. v. 16. Juni 1788, Nr. 844) hier nicht vorliegt.

Nr. 7826.

Behandlung der pfandrechtlich sichergestellten Quittirungskosten bei der Meistgebotsvertheilung.

Entsch. v. 27. Jänner 1880, Nr. 343 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. L. G. Magensfurt v. 16. Mai 1879, Nr. 3024 und des O. L. G. Graz v. 10. Sept. 1879, Nr. 9935). Jur. Bl. 1880, Nr. 14.

Im Executionsweg wurde das landtäfliche Gut der B verkauft, auf welchem für die Sparcasse A das Pfandrecht zur Sicherstellung ihrer Darlehensforderung aus dem Schuldbriefe vom 29. Mai 1869 per 1200 fl. sammt Zinsen, der Einbringungskosten und aller sonstigen im Schuldbriefe enthaltenen Nebenverbindlichkeiten einverleibt ist. Zu den letzteren gehört die von der B im Schuldschein übernommene Verbindlichkeit, die Kosten für die Ausfertigung der Capitals- und Zinsenquittungen zu tragen, und demgemäß wurden von der Sparcasse zur Meistgebotsvertheilung nebst Capital und Zinsen auch die Kosten der Quittirung angemeldet. — Das Gericht erster Instanz

schloß den Betrag dieser Kosten von der Meistgebotsvertheilung aus, weil dieselben nur, wenn es zur Rückzahlung des Capitals kommt, erlauft werden und dann von dem Ersteher zu tragen seien. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Verordnung.

In Erwägung, daß die Bestreitung oder Vergütung der angesprochenen Quittungsauslagen im Schuldscheine von der B ausdrücklich versprochen wurde, und daß die Sparcasse für die Erfüllung dieser Verbindlichkeit das Pfandrecht auf dem zwangsweise verkauften Gut der B in der Rangordnung des Darlehens von 1200 fl. erwirkt hat; daß daher schon mit Rücksicht auf die Gleichzeitigkeit der Pfandrechtswerbung die Zahlung der Quittungskosten an dem gleichen Platz, wie das Capital und die Zinsen, aus dem Meistgebot zuzuweisen war, um so mehr, als die Liquidität und die grundbücherliche Rangordnung dieses Anspruches von keiner Seite bestritten, vielmehr von der Executin ausdrücklich anerkannt wurde; daß endlich die noch nicht eingetretene Fälligkeit obgedachter Quittungsauslagen deren sogleiche Zuweisung um so minder verhindern kann, als der Ersatz hiefür aus dem Meistgebot unbestritten gebührt, die Leistung dieses Ersatzes aber dem Ersteher ohnehin erst nach vollständiger Befriedigung der Sparcasse und gegen die von Letzterer gleichzeitig auszustellende intabulationsfähige Löschungsquittung obliegen wird, — hat der oberste Gerichtshof auf den a. o. Recurs der Sparcasse auch die von ihr angemeldeten Quittungskosten auf das Meistgebot angewiesen.

Nr. 7827.

Unzulässigkeit der Incompetenzeinrede nach Erstredung der ersten Tagfahrt „mit der Rechtswohlthat des ersten Termins“.

Entsch. v. 27. Jänner 1880, Nr. 722 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des R. G. Tarnow v. 31. Dec. 1878, Nr. 15471 und des D. L. G. Arafan v. 14. Mai 1879, Nr. 5179). G. S. 1880, S. 434.

In dem summarischen Proceß des A gegen den B wurde, nach zweimaliger Erstredung der Tagfahrt, erst im dritten Termin die Verhandlung eröffnet und vom Beklagten die Einrede der Unzuständigkeit des angerufenen Gerichtes vorgebracht, welcher beide Untergerichte stattgaben.

Der oberste Gerichtshof verwarf die Incompetenzeinrede. Gründe: Nachdem der Beklagte die Einwendung des nicht gehörigen Gerichtsstandes nicht bei der ersten, sondern erst bei der dritten Tagfahrt erhoben hat, war er damit gar nicht mehr zu hören (§. 2 des Hofdecr. vom 25. Jänner 1822, J. G. G. Nr. 1832). Daß die Erstredung

der ersten und zweiten Tagfahrt „mit der Rechtswohlthat des ersten Termins“ angesucht und bewilligt wurde, ändert an der Sache nichts, weil nicht schon bei der ersten Tagfahrt die Incompetenzeinwendung angebracht und ausdrücklich zu ihrer Ausführung die Erstreckung angesucht wurde (§. 2 des citirten Hofdecretes).

Nr. 7828.

Executivproceß: Begehren der Execution zur Sicherstellung nach Erstattung der Einrede.

Entsch. v. 27. Jänner 1880, Nr. 847 (Best. des Decr. des B. G. Innsbruck v. 28. Oct. 1879, Nr. 11832, Abänd. des Decr. des D. L. G. Innsbruck v. 2. Dec. 1879, Nr. 6595). Jur. Bl. 1880, Nr. 16.

Auf die Klage des A gegen B peto. Zahlung von 446 fl. wurde „in Gemäßheit der §§. 397 und 398 westgal. G. D. und des Hofdets. vom 7. Mai 1839, J. G. G. Nr. 358“, der Executivproceß eingeleitet. Nach Erstattung der Einrede beehrte der Kläger mit Berufung auf das citirte Hofdecret (5. Satz) die Execution durch Mobilarpfändung zur Sicherstellung der eingeklagten Forderung, weil die in der Einrede vorgebrachten Einwendungen, falls das Gericht auf dieselben einging, die Aufnahme des vom Beklagten dafür angebotenen Zeugenbeweises nöthig machen würden. Der Beklagte opponirte, daß das erst im Laufe des Processes angebrachte Executionsbegehren nicht zulässig sei, weil nach Vorschrift des cit. Hofdcr. (1. Satz) dasselbe in der Klage gestellt werden müsse. — Aus diesem vom Beklagten geltend gemachten Grund verweigerte das D. L. G. die Execution.

Der oberste Gerichtshof bestätigte den die Execution bewilligenden Bescheid der ersten Instanz in der Erwägung, daß in der Klage die Einleitung des Verfahrens nach den §§. 397 und 398 westgal. G. D. und Hofdcr. v. 7. Mai 1839, J. G. G. Nr. 358, ausdrücklich begehrt und der Klagebescheid demgemäß erlassen wurde, weshalb auch angenommen werden muß, daß A mit der von ihm als Executionsklage bezeichneten Klage alle Rechte, welche die citirten Vorschriften dem Executionskläger einräumen, bereits in Anspruch genommen hat; daß das Hofdcr. v. 7. Mai 1839, Nr. 358, wie im Eingang desselben angeführt wird, nur eine Erläuterung der §§. 397 und 398 westgal. G. D. ist und das Wesen der Executionsklage eben darin besteht, daß auf dieselbe ein beschleunigtes mündliches Verfahren stattfindet und, wenn über die vom Beklagten vorgebrachten Einwendungen nicht sogleich erkannt werden kann, dem Kläger auf sein Begehren die Execution zur Sicherstellung zu ertheilen ist, woraus folgt, daß dieses Begehren nicht ausdrücklich schon in der Klage gestellt werden muß.

Nr. 7829.

Intabulationsfähigkeit einer nicht von der Verwaltungsbehörde bestätigten Quittung eines Klostervorstandes über ein Activcapital.

Entsch. v. 27. Jänner 1880, Nr. 870 (Best. des Decr. des R. G. Teschen v. 8. August 1879, Nr. 7211, Abänd. des Decr. des C. K. G. Brünn v. 28. Oct. 1879, Nr. 11190). G. Z. 1880, Nr. 45. Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 15. Allgem. Jur.-Zeit. 1880, Nr. 19.

A beehrte die Löschung des für eine Forderung von 40.000 fl. des Benedictinerstiftes B auf seinem Gute einverleibten Pfandrechtes unter Vorlage der intabulationsfähigen Quittung, welche ihm von dem Abte, dem Prior und Senior des Stiftes als den gesetzlichen Vertretern desselben ausgestellt worden war. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem C. K. G. abgewiesen mit folgender Begründung: In Hinblick auf die Ministerialverordnung vom 20. Juni 1860, R. G. Bl. Nr. 162, nach welcher zur Veräußerung eines den Werth von 100 fl. überschreitenden kirchlichen Gutes oder einer Belastung desselben mit einem diese Summe übersteigenden Betrage die Genehmigung der Verwaltungsbehörde nothwendig ist und selbst auf längere Zeit abgeschlossene Mieth- und Pachtverträge derselben Genehmigung bedürfen, kann es nach dem Zwecke dieser gesetzlichen Bestimmung keinem Zweifel unterliegen, daß auch die für den so namhaften Betrag von 40.000 fl. ausgestellte Quittung mit der administrativ-behördlichen Genehmigungsclausel versehen sein müsse, ohne welche im Sinne der Ministerialverordnung vom 13. Juli 1860, R. G. Bl. Nr. 175, eine Eintragung in die Landtafel unstatthaft ist; es konnte daher beim Mangel dieses gesetzlichen Erfordernisses dem Lösungsbegehren des A nicht stattgegeben werden.

Der oberste Gerichtshof restituirte die Entscheidung der ersten Instanz. Gründe: Die Ministerialverordnung vom 20. Juni 1860, R. G. Bl. Nr. 162, ist nur eine Vollzugsvorschrift zum Art. XXX des Concordates (Patent v. 5. November 1855, R. G. Bl. Nr. 195), nach welchem katholische Kirchengüter ohne Bewilligung Sr. Majestät des Kaisers und des heiligen Stuhles weder verkauft, noch mit einer beträchtlichen Last beschwert werden dürfen; sie spricht bloß von der Veräußerung, worunter wohl nur der Verkauf verstanden sein kann, und von der Belastung der geistlichen Güter und schreibt vor, in welcher Art dabei vorzugehen ist; ebenso handelt die Ministerialverordnung vom 13. Juli 1860, R. G. Bl. Nr. 175, nur von der Eintragung von Veräußerungen und Verpfändungen solcher Güter in die öffentlichen Bücher. Es geht nun nicht an, aus diesen Verordnungen abzuleiten, daß die von einem Klosterstifte ausgestellte Quittung über den Empfang eines intabulirten Capitals, um darauf hin die Löschung des Pfandrechtes erwirken zu können, von der admini-

strativ- und der vorgesetzten kirchlichen Behörde bestätigt sein müsse; es genügt, wenn im Sinne der Ministerialverordnung v. 13. Juni 1858, R. G. Bl. Nr. 95, die Löschung des Pfandrechtes als eine Veränderung in dem Eigenthum (Vermögen) des Ordens der Landesstelle angezeigt wird. Da nun die in Rede stehende Quittung von dem Abte, dem Prior und Senior des Benedictinerstiftes B ausgestellt ist und deren Unterschriften notariell beglaubigt sind, unterliegt es keinem Anstande, auf Grund derselben das auf dem Gute des A für die Forderung pr. 40.000 fl. haftende Pfandrecht zu löschen.

Nr. 7830.

Anwendung der die Execution auf Bezüge der Staatsbeamten beschränkenden Bestimmungen auf in Bosnien bestellte Beamte.

Entsch. v. 27. Jänner 1880, Nr. 904 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. v. 13. Oct. 1879, Nr. 156813 und des k. k. O. v. 11. Nov. 1879, Nr. 18387). Jur. Bl. 1880, Nr. 12. Allgem. Jur.-Zeitung 1880, Nr. 20.

Zur Hereinbringung einer Wechselforderung gegen den von der österreichischen Regierung als Kreisphysicus in Bosnien angestellten Arzt B beehrte A im Executionsweg die Einantwortung des Gehaltes und der übrigen mit seiner Bestallung verbundenen Bezüge. — Von beiden Untergerichten wurde das Gesuch des A abgewiesen auf Grund der Gesetze (Patent vom 25. October 1798, Nr. 436 und Hofdec. vom 17. Sept. 1795, Nr. 256 der J. G. G.), wodurch die Bezüge der Staatsbeamten von der Execution befreit sind.

A ergriff den a. o. Recurs, welcher von dem obersten Gerichtshof verworfen wurde, weil nach der vom gemeinsamen Reichsfinanzministerium dem obersten Gerichtshof gemachten Mittheilung die in den occupirten Ländern: Bosnien und Herzegowina, zum Behufe der durch den Berliner Vertrag der österreichisch-ungarischen Monarchie übertragenen Verwaltung derselben bestellten Beamten als k. k. Staatsbeamte anzusehen sind, daher die von den Untergerichten mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Befreiung der Gehalte der k. k. Staatsbeamten von der Execution begründete Abweisung des vom Recurrenten gestellten Executionsbegehrens auf richtiger Gesetzesanwendung beruht.

Nr. 7831.

Klage auf Aufhebung der durch falsche Angabe über Nichterfolg einer bei Terminsverlust zu leistenden Zahlung erwirkten Execution: Rechtskraft des Executionsbescheides?

Entsch. v. 27. Jänner 1880, Nr. 960 (Best. des Decr. des R. G. Görz v. 6. Sept. 1879, Nr. 5923, Abänd. des Decr. des D. L. G. Triest v. 31. Oct. 1879, Nr. 3659). Gazz. del Trib. 1881, Nr. 22.

In dem notariellen Schuldschein vom 26. Juni 1877 hat die A die Zurückzahlung des von B empfangenen Darlehens in Raten versprochen, dem B das Recht eingeräumt, bei Versäumung eines Ratenzahlungstermines sofort die ganze Schuld einzufordern, und ihre Zustimmung zur Vollstreckbarkeit des Notariatsactes (§. 3 Not.-D.) bei unterlassener Erfüllung der darin übernommenen Verpflichtungen gegeben. Nach dem Verfall der ersten Rate erwirkte B auf Grund des Schuldscheines im Executionsweg die Pfändung, Schätzung und Versteigerung der Mobilien der A. Nach Eröffnung des Concurseß über das Vermögen der Letzteren trat der Concurssmassaverwalter gegen den B mit einer Klage auf, worin er die von der A rechtzeitig geleistete Zahlung der ersten Schuldrate nachwies und das Begehren stellte, daß die von B geführte Execution für ungiltig erklärt und der Concurssmasse das Recht zuerkannt werde, den bei Gericht deponirten Erlös der Mobilienversteigerung sich ausfolgen zu lassen. — Die in erster Instanz aufrecht verbeschiedene Klage wurde von dem D. L. G. a limine abgewiesen, weil Klagen, mit welchen die Erklärung der Nullität oder Ungiltigkeit oder die Widerrufung von Executionsbescheiden begehrt wird, von Amtswegen zurückzuweisen sind (Hofdecr. v. 22. Juni 1836, J. G. G. Nr. 145, Abs. 1) und es Sache der A gewesen wäre, seinerzeit gegen den von B erwirkten Pfändungsbescheid den Recurs zu ergreifen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Verordnung mit der Begründung, daß das citirte Hofdecret im Absatz 2 in dem Fall, wenn die Partei behauptet, daß das Executionsrecht des Gegners durch dem Urtheile oder Vergleiche nachgefolgte Facta, wie Zahlung u. s. w., erloschen sei, derselben die Anbringung einer neuen Klage gestattet; daß diese Gesetzstelle (nicht Absatz 1 des cit. Hofdecr.) per analogiam auf die vorliegende Klage anzuwenden ist, die auf die Behauptung gegründet ist, daß B durch das Verschweigen der ihm rechtzeitig geleisteten Zahlung der ersten Forderungsrate, welche die Nullität des in dem Notarialacte ihm eventualiter eingeräumten Executionsrechtes verhinderte, den Mobilienpfändungsbescheid erschlichen habe.

Nr. 7832.

Rechtliche Natur der von dem Erträgniß eines hauszinssteuerfreien Hauses zu entrichtenden Einkommensteuer.

Plenar-Entsch. v. 28. Jänner 1880, Nr. 12995. Judicatenbuch Nr. 107. G. Z. 1880, Nr. 15.

Rechtsatz: „Die nach Art. IV des Finanzgesetzes vom 22. Mai 1879, R. G. Bl. Nr. 68, für das Jahr 1879 von Gebäuden, welche im Ganzen oder theilweise aus dem Titel der Vaußführung die Befreiung von der Hauszinssteuer genießen, zu entrichtende Steuer ist als eine Realsteuer zu betrachten, welcher das in dem Hofdecr. v. 16. September 1825, J. G. G. Nr. 2132, und im §. 31 der E. O. den von einem unbeweglichen Gute zu entrichtenden Steuern eingeräumte gesetzliche Pfandrecht an diesem unbeweglichen Gut zukommt.

Hiedurch wird der auf Grund früherer, in der Textirung verschiedener Finanzgesetze aufgestellte Rechtsatz Nr. 102 des Judicatenbuches (Nr. 6830 der Sammlung) in seiner Anwendung auf die vor dem Jahre 1879 verfallenen Steuern aus dem Einkommen zinsfreier Häuser nicht berührt.“

Bei der Vertheilung des Meistgebots auf das am 24. Juli 1879 zwangsweise versteigerte Haus X wurde von beiden Untergerichten der für das Jahr 1879 zu entrichtenden, bis zum Feilbietungstage laufenden 5% Steuer von dem Ertrage der hauszinssteuerfreien Theile des Hauses im Betrage von 25 fl. die Priorität vor den Pfandgläubigern nicht zugestanden und dieser Steuerrückstand auf das Meistgebot nicht angewiesen, weil sich die fragliche Steuer ihrer Natur nach auch dormal als eine Personalsteuer darstelle.

Auf den a. o. Revisionsrecurs der Finanzprocuratur verordnete der oberste Gerichtshof, daß dieser Steuerrückstand als Vorzugspost auf das Meistgebot angewiesen werde, weil das Finanzgesetz v. 22. Mai 1879, R. G. Bl. Nr. 68, im Art. IV, Abs. 4, die daselbst erwähnte Steuer im Gegensatze zu den Finanzgesetzen für die Jahre 1868 bis 1878 nicht mehr als eine Einkommensteuer, sondern als eine solche bezeichnet, welche von den aus dem Titel der Vaußführung im Ganzen oder theilweise die Befreiung von der Hauszinssteuer genießenden Gebäuden zu entrichten ist, nach den Hofdecreten vom 16. September 1825, Nr. 2132, vom 10. August 1826, Nr. 2219, v. 4. November 1831, Nr. 2533, und 14. Februar 1840, Nr. 409 der J. G. G., dann §. 31, Nr. 1 E. O. aber die nicht länger als drei Jahre aushaftenden Steuern, welche von unbeweglichen Gütern zu entrichten sind, das Vorrecht vor allen Hypothekarforderungen genießen.

Nr. 7833.

Unzulässigkeit der executiven Pfandrechtseinverleibung für urtheilsmäßig zuerkannte, aber noch nicht fällige Alimentationsansprüche.

Entsch. v. 28. Jänner 1880, Nr. 649. Spruchrepertorium Nr. 102. G. Z. 1880, Nr. 15.

Nachdem B als unehelicher Vater der minderjährigen A mit den Erkenntnissen erster und zweiter Instanz vom 30. März und 24. Juni 1879 zur Zahlung der Alimente im Betrage von 30 kr. täglich bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit des Kindes rechtskräftig verurtheilt worden war, begehrte der Vormund der A im September desselben Jahres zur Sicherstellung der Alimente vom 1. December 1879 ab die Einverleibung des executiven Pfandrechts auf dem Gut des B. — In erster Instanz wurde die Einverleibung verweigert, dafür aber die Execution zur Sicherstellung der Alimente im Höchstanschlage von 1000 fl. durch Vormerkung des Pfandrechts bewilligt. — Das D. L. G. bewilligte die begehrte Pfandrechtseinverleibung in der Erwägung, daß ein rechtskräftiges Urtheil hinsichtlich der dadurch begründeten Forderungen auch intabulationsfähig ist, und daß die erst nach gewissen Zeitabschnitten eintretende Fälligkeit der Alimente der Pfandrechtseinverleibung nicht entgegenstehen kann, da auch künftige Forderungen Gegenstand pfandrechtlicher Sicherstellung sind.

Der oberste Gerichtshof resituirte den erstgerichtlichen Bescheid, weil das obergerichtlich bestätigte Urtheil vom 30. März 1879 eine Verpflichtung zur Sicherstellung der künftig in den vorgezeichneten Terminen zu berichtenden Alimentationsraten nicht ausspricht, und die Gerichtsordnung nur bei Mangel der Erfüllung der durch richterlichen Spruch oder gerichtlichen Vergleich auferlegten Leistung, das Recht zur zwangsweise vorzunehmenden Pfändung einräumt, und außerdem ein Rechtsgrund zur Forderung einer Sicherstellung in obiger Richtung durch Urkunden von der in den Verordnungen vom 21. Mai 1855, Nr. 95, und vom 18. Juli 1859, Nr. 130 des R. G. Bl. vorgesehenen Beschaffenheit nicht bescheinigt und geltend gemacht wird.

Zugleich wurde die Eintragung des nachstehenden Rechtsatzes in das Spruchrepertorium beschlossen: „Der durch Urtheil oder gerichtlichen Vergleich erfolgte Ausspruch der Verpflichtung zur periodischen Leistung von Alimenten gibt nicht zugleich auch einen Rechts- und beziehungsweise Verpflichtungsgrund zur Sicherstellung mittelst Hypothek oder sonstigen Pfandes für die Berichtigung künftig fällig werdender Raten.“

Nr. 7834.

Execution zur Sicherstellung auf Grund eines noch nicht rechtskräftigen Urtheils : Gefahr?

Entsch. v. 28. Jänner 1880, Nr. 897 (Best. des Decr. des B. G. Senftenberg v. 24. Sept. 1879, Nr. 8331, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag v. 18. Nov. 1879, Nr. 33722). G. S. 1880, S. 185.

In erster Instanz wurde dem A auf Grund des gegen B erwirkten Contumacialurtheils zur Sicherstellung der urtheilsmäßigen Forderung von 596 fl. die Vormerkung des Pfandrechtes an einem Pfandsatz des B bewilligt. — Das D. L. G. verwarf das Vormerkungsgesuch des A wegen Mangels der Bedingungen des §. 259 a. G. D., da der Beklagte gegen das Erkenntniß die Appellation nicht angemeldet, und Gesuchsteller nicht einmal behauptet, umsoweniger erprobt hat, daß er wegen der Beschaffenheit der Streitsache eine Sicherstellung bedürfe.

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstrichterlichen Bescheid, weil nach §. 259 a. G. D. auf Grund eines noch nicht rechtskräftigen Urtheils, selbst wenn dagegen appellirt wurde, also um so mehr, wenn dagegen nicht appellirt wurde, dem obliegenden Theile über sein Ansuchen der Richter die Sicherstellung zu erteilen hat, wenn die Streitsache so beschaffen ist, daß er einer Sicherstellung bedarf, welcher Fall hier eintritt, da es sich um eine Geldforderung handelt, bezüglich welcher der Kläger wegen der zur Zeit der Urtheilsfällung bestandenen miffligen Vermögensverhältnisse des Beklagten mit Grund als gefährdet angesehen werden kann.

Nr. 7835.

Cession einer verbücherten Forderung nach eingetretener Verjährung.

Entsch. v. 20. Jänner 1880, Nr. 11706 (Best. des Urth. des B. G. Böhlin v. 20. Juli 1879, Nr. 3661, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag vom 9. Sept. 1879, Nr. 25933). G. S. 1881, Nr. 84.

Die Eheleute A verpflichteten sich im Jahre 1837, der C zur Zeit der Verheirathung des D 120 fl. zu zahlen. Am 24. December 1841, nachdem die Heirat des D stattgefunden hatte, wurde für die Forderung der C das Pfandrecht an der den Eheleuten A gehörigen Liegenschaft X einverleibt, und am 9. März 1879 die Forderung von der C dem B grundbücherlich cedirt. Darauf belangten die Eheleute A den Cessionär auf grundbücherliche Löschung der Forderung wegen eingetretener Verjährung derselben, indem sie geltend machten,

daß die Forderung mit der Verjährung des D fällig geworden ist, was der Beklagte aus dem Grundbuch ersehen konnte; daß in diesem Zeitpunkt die Verjährung derselben begonnen habe und nunmehr durch den Verlauf von mehr als 30 Jahren vollendet sei. — Dem in erster Instanz abgewiesenen Klagebegehren wurde in zweiter Instanz stattgegeben aus folgenden Gründen: Die Forderung war zur Zeit der an C am 5. März 1879 erfolgten Abtretung nach §§. 1451 und 1479 a. b. G. B. durch Verjährung erloschen und ist somit das Klagebegehren gegen den Cessionär begründet, da nach §. 442 a. b. G. B. Niemand einem Anderen mehr Rechte übertragen kann, als er selbst hat, nach §. 1394 ibid. die Rechte des Cessionärs mit jenen des Cedenten dieselben sind und die Bestimmung des §. 1500 a. b. G. B. im vorliegenden Falle keine Anwendung finden kann, weil sich der Cessionär durch Einsicht in die öffentlichen Bücher überzeugen konnte, daß die Forderung im Jahre 1879 wegen Ablaufes der gesetzlichen Verjährungszeit nicht mehr bestand.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Die vom D. L. G. citirten §§. 442 und 1394 in Verbindung mit den nachfolgenden §§. 1395 und 1396 a. b. G. B. regeln lediglich die persönlichen Rechte und Verbindlichkeiten des Cedenten, Cessionärs und Cessus, während die dinglichen Rechte, welche für diese Personen aus der Hypothek entstehen, nur nach den Normen über das Pfandrecht zu beurtheilen sind, gemäß welchen (§§. 469 a. b. G. B.) zur Aufhebung einer Hypothek die Tilgung der Schuld allein nicht hinreicht und ein Hypothekargut solange verhaftet bleibt, bis die Schuldburkunde aus den öffentlichen Büchern gelöscht ist. — ein Grundsatz, der nicht bloß von gezahlten, sondern auch von verjährten Forderungen gilt, da der Verpflichtete nach Verlauf der Verjährung die Löschung seiner in den öffentlichen Büchern eingetragenen Verbindlichkeit oder die Nichtigklärung des dem Berechtigten bisher zugestandenen Rechtes und der darüber ausgestellten Urkunden erwirken kann (§. 1499 ibid.), also zu diesen Handlungen genöthigt ist, wenn ihn nicht die nachtheiligen Folgen der Unterlassung derselben treffen sollen. Eine Löschungsklage war aber zur Zeit der Cession der Forderung an den Beklagten nicht angebracht, also auch nicht im Grundbuch angemerkt; es konnte daher derselbe von der nach dem Grundbuchsstand berechtigten C die, wenn auch schon seit 24. December 1841 einverleibte Forderung, bezüglich deren er im guten Glauben war, daß sie bestehe, noch am 5. März 1879 mit voller Rechtswirkung sich cediren lassen. Das Eingetragensein der Forderung seit mehr als 30 Jahren war allerdings aus dem Grundbuch zu ersehen, keineswegs aber die Erlöschung derselben durch 30jährigen Nichtgebrauch: ob nämlich die im Grundbuche angemerkte Bedingung ihrer Fälligkeit (Heirat des D) eingetreten sei oder nicht; und doch war nur dieses für den Cessionär maßgebend, gegen welchen von den

Klägern der ihnen obliegende Beweis, daß dem Cessionär bei Uebernahme der Forderung der Cedentin die Tilgung oder Verjährung dieser Forderung bekannt gegeben worden sei, nicht erbracht wurde (§. 468 a. b. G. B.). Gegenüber dem Cessionär als einer dritten Person findet neben dem citirten §. 469 die specielle Vorschrift des §. 1500 a. b. G. B. Anwendung, daß das aus der Erfindung oder Verjährung erworbene Recht Demjenigen, welcher im Vertrauen auf die öffentlichen Bücher noch vor der Einverleibung desselben eine Sache oder ein Recht an sich gebracht hat, zu seinem Nachtheil gerichten könne, welche Vorschrift nach dem Hofdec. v. 27. März 1846, J. G. S. Nr. 951, auch für die in die öffentlichen Bücher eingetragenen Forderungen zu gelten hat. Es bleibt hiernach dem Cessionär B das Hypothekengut noch immer verhaftet, und die gegen ihn angestellte Löschungsklage ist unbegründet.

Nr. 7836.

Leistung des Unterhalts an die seither verstorbene Mutter durch eines der Kinder: Anspruch desselben auf theilweise Rückvergütung durch die miterbenden Geschwister?

Entsch. v. 20. Jänner 1880, Nr. 14314 (Best. des das Urth. des B. G. Tetschen v. 9. Oct. 1879, Nr. 11264, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 18. Nov. 1879, Nr. 31589), Jur. Bl. 1880, Nr. 44.

Die M, welche mit ihrem geringen Vermögen ihren Unterhalt nicht zu bestreiten vermochte, wurde deshalb während ihrer letzten Lebensjahre von ihrer Tochter A gepflegt. Nach dem Tode der von ihren drei Töchtern A, B und C zu gleichen Theilen beerbten M, belangte die A ihre zwei Schwestern B und C als Miterbinnen und nach Maßgabe ihrer Erbportionen auf Zahlung von $\frac{2}{3}$ der von ihr bestrittenen Kosten der Verpflegung der M. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagebegehren unter der Bedingung des Beweises (durch Haupteid) der von ihr der M geleisteten Verpflegung, weil die A, selbst wenn die M gar kein Vermögen hinterlassen hätte, nach §. 154 a. b. G. B. berechtigt wäre, den Ersatz der Kosten für die Verpflegung der Letzteren zu $\frac{2}{3}$ von ihren Schwestern B und C zu begehren, daher um so mehr diese Forderung gegen dieselben als Erbinnen der M, so weit ihr Erbtheil reicht, stellen kann. — In zweiter Instanz wurde die Klage unbedingt abgewiesen aus folgenden Gründen: Die Klägerin könnte den Ersatz der Verpflegungskosten aus dem Nachlaß ihrer Mutter nur in dem Falle ansprechen, wenn von ihr mit ihrer Mutter ein Entgelt für die Verpflegung vereinbart worden wäre. Daß ein solches Uebereinkommen ausdrücklich

getroffen worden sei, wird von der Klägerin selbst nicht behauptet. Es liegen aber auch nicht solche Handlungen vor, welche nach §. 863 a. b. G. B. unzweifelhaft den Schluß gestatten, daß für die Verpflegung der M stillschweigend ein Entgelt vorausgesetzt wurde. Denn es ergibt sich aus der Darstellung der Klägerin selbst, daß von ihr die Mutter in einem ganz verwahrlosten Zustande in Pflege genommen wurde, und es ist daher mit größerem Rechte anzunehmen, daß die Klägerin aus Kindespflicht und in Wahrnehmung der gesetzlichen Verbindlichkeit des §. 154 a. b. G. B., somit ohne Anspruch auf Entgelt die in Dürftigkeit verfallene 78 Jahre alte Mutter zur Pflege übernommen habe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz mit Bezugnahme auf dessen vorstehende Begründung und in der weiteren Erwägung, daß, wenngleich die Schlußbestimmung des §. 154 a. b. G. B. auch auf die Beklagten Anwendung findet, bei dem Umstand, daß von der Klägerin während des mehrjährigen Unterhaltes ihrer Mutter gegen die Beklagten kein Anspruch auf eine Beitragsleistung erhoben wurde, mit Recht anzunehmen ist, daß sie aus kindlichem Pflichtgeföhle, ohne die Absicht, in dieser Richtung statt ihrer Geschwister einzutreten, ihrer Mutter den Unterhalt leistete, somit gegen die Beklagten auch nicht die Anwendung des §. 1042 a. b. G. B. stattfindet.

Nr. 7837.

Gerichtliche Aufträge zur Ergänzung der Legitimation zur Proceßführung nach Inrotulirung der Acten; reformatio in pejus durch obergerichtliche Erweiterung dieser Aufträge?

Entsch. v. 4. Februar 1880, Nr. 433 (Best. des das Decr. des O. L. G. Krakau v. 21. März 1879, Nr. 5222, abänd. Decr. des O. L. G. Krakau vom 20. Juli 1879, Nr. 6641). O. B. 1880, Nr. 193.

In dem schriftlichen Proceß der A und seiner 82 Klagegenossen gegen die Gemeinde B wurde in erster Instanz der Actenrotulus aufgelöst und den Vertretern mehrerer noch minderjähriger Kläger aufgetragen, die fehlende vormundschaftsgerichtliche Ermächtigung zur Streitsführung beizubringen. — Auf den Recurs der Beklagten hat das O. L. G. die Auflösung des Actenrotulus aufgehoben und dem Proceßgericht verordnet, von den Vertretern der minderjährigen Kläger auch die pupillargerichtliche Ermächtigung zur Delation der von ihnen der Gegenpartei zugeschobenen Haupteide zu verlangen, ferner eine der eingelegten Proceßvollmachten mit der fehlenden Unterschrift mehrerer Kläger versehen zu lassen, und den Klägern das steueramtliche

Zeugniß, daß sie von ihren Grundwirthschaften die Steuern entrichten, abzufordern. Gegen diese Verordnung recurrirte die beklagte Gemeinde, weil das D. L. G. mit derselben in pejus der Appellationsrecurrentin entschieden habe und weil im schriftlichen Verfahren eine Ergänzung der Sagschriften unzulässig sei.

Von dem obersten Gerichtshof wurde der Revisionsrecurs verworfen. Gründe: Die abgeforderten Behelfe beziehen sich zumeist auf die von den 83 Genossen der Klagepartei unvollständig vorgelegten Nachweisungen jener Personen, die entweder als Vertreter von Minderjährigen oder als Sachwalter in dem Proceß eingeschritten sind, und betreffen die gesetzlichen Vorschriften über die Legitimation zur Streitsführung, somit einen Punkt, welchen der Proceßrichter von Amtswegen und ohne desfalls an Parteianträge gebunden zu sein, wahrzunehmen und in das Klare zu setzen hat (Hofdecr. vom 30. November 1789 und vom 9. November 1811, Nr. 1081 und 961, J. G. S. und VI. Hauptst. der westgal. G. D.). Es kann daher darin, daß das D. L. G. aus Anlaß des Appellationsrecurses der belangten Gemeinde die Mängel der Legitimationsanweisung in einem größeren Umfang, als es von Seite des Erstgerichtes geschah, constatirt und die Beseitigung dieser Gebrechen verfügt hat, für die Gemeinde kein Grund zu berechtigter Beschwerde gefunden werden.

Nr. 7888.

Abgrenzung des Wirkungskreises der Gerichte und Verwaltungsbehörden: Störung des Besizes der Gemeinde durch Absperrung eines Weges.

Entsch. v. 4. Februar 1880, Nr. 680 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Prag v. 2. Dec. 1879, Nr. 35021). G. Z. 1881, Nr. 64.

Der Vorsteher der Gemeinde A belangte den B in *possessorio summariissimo* mit der Anführung, daß B einen Theil des Grundstückes X mit einem Zaun abgetrennt und mit seinem angrenzenden Acker verbunden und dadurch die Gemeinde im Besitz dieses Grundstückes gestört habe. — Nach durchgeführter Verhandlung erkannte das Gericht erster Instanz nach dem Klagebegehren. — Von dem D. L. G. wurde die erstgerichtliche Entscheidung nebst dem vorausgegangenen Verfahren wegen Unzuständigkeit der Gerichte mit folgender Begründung aufgehoben: Das Grundstück X ist nach dem gerichtlichen Localaugenschein und der nicht widersprochenen, vielmehr von Zeugen bekräftigten Repliksanführung ein öffentlicher, von den Ortsinsassen in A zum Gehen und Fahren benützter Weg. Die Sorge

für die Erhaltung der Gemeindewege, sowie für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf denselben gehört aber gemäß §. 2 Abs. 3 der Gemeindeordnung für Böhmen vom 16. April 1864 R. G. Bl. Nr. 7, zu dem selbstständigen Wirkungskreis der Gemeinde. Der Richter war daher nicht berufen, die vorliegende Klage anzunehmen und darüber zu entscheiden. Wenn auch von den Streittheilen die Einwendung der Gerichtsunzuständigkeit nicht vorgebracht worden ist, so hatte das Gericht gemäß §. 1 der 3. R. seine Zuständigkeit von Amtswegen zu prüfen. Daß von einem unzuständigen Richter gefällte Erkenntniß ist sammt der Verhandlung nichtig und mußte daher aufgehoben werden.

In Erwägung, daß nach der Anführung des Klägers der B. Klage ein Stück der im Besitze der Gemeinde befindlichen Parzelle sich angeeignet und dadurch, daß er dieses Stück Grundes einzäunt und mit seinem Grunde vereinigt, dasselbe aus dem Besitze der Gemeinde entzogen hat; daß es sich hier also um einen Besitzstörungsfall handelt, worüber die Entscheidung dem Richter zusteht, — hat der oberste Gerichtshof die obergerichtliche Verfügung aufgehoben und der D. L. G. verordnet, mit Abstandnahme von den Kompetenzbedenken in der Sache selbst zu entscheiden.

Nr. 7839.

Kostenersatzpflicht des nach angestellter Klage befriedigten und unter Angabe dieses Grundes zurücktretenden Klägers.

Entsch. v. 4. Februar 1880, Nr. 1068 (Best. des Decr. des R. G. Larnau v. 24. Mai 1879, Nr. 7549, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 30. Oct. 1879, Nr. 11465). G. S. 1880, S. 203.

A ist von dem gegen die ruhende Verlassenschaft des B geführten Proceß pcto. Zahlung von 600 fl. vor der Entscheidung in der Erklärung zurückgetreten, daß er im Laufe des Rechtsstreits vollkommen befriedigt worden sei. Darauf überreichte der Curator der belangten Verlassenschaft das Verzeichniß der aufgelaufenen Proceßkosten mit der Bitte, deren Zahlung dem Kläger aufzutragen.

In erster und dritter Instanz wurde mit Berufung auf den §. 532 westgal. G. D., wornach die Partei, welche vor dem Erkenntniß von dem Proceß zurücktrat, in den Ersatz der Kosten verfallen ist, dem Kläger der vom Curator der Beklagten begehrte Kostenersatz auferlegt, — gegen die das Gesuch des Curators ableisende Entscheidung des D. L. G., welches der Ansicht war, daß in dem vorliegenden Falle der §. 532 westgal. G. D. keine Anwendung findet, weil der Kläger nur wegen der im Laufe des Proceßes erhaltenen Zahlung von demselben abgestanden ist.

Nr. 7840.

Einfluß des Widerspruches gegen die Echtheit des Erbvertrages auf die Zuweisung der Klägerrolle im Erbrechtsstreit.

Entsch. v. 4. Februar 1880, Nr. 1213 (Best. des Decr. des B. G. Arzenghieri v. 4. Nov. 1879, Nr. 5780, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien v. 9. Dec. 1879, Nr. 20450). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 18.

Die auf einen Erbvertrag gegründete Erbserklärung des A zur Verlassenschaft seiner Ehefrau M collidirte mit den Erbserklärungen ihrer Intestaterben B, welche von dem Abhandlungsgerichte angewiesen wurden, im Erbrechtsstreit gegen den A als Kläger aufzutreten. — Von dem D. L. G. wurde die Klägerrolle umgekehrt dem A zugetheilt, weil derselbe seinen Erbsanspruch auf den Ehevertrag stützt, die Echtheit und Rechtsgiltigkeit dieses Vertrages aber von den gesetzlichen Erben bestritten wird und nach §. 126 des kaiserl. Patenten v. 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, schon der einfache Widerspruch der gesetzlichen Erben gegen die Echtheit des Vertrages genügt, daß der sich auf eine solche Urkunde stützende Erbe als Kläger auftreten müsse.

In Erwägung, daß die Anordnung des §. 126 des citirten Patenten nicht den Sinn hat, noch haben kann, daß der einfache Widerspruch gegen die Echtheit der Urkunde, worauf sich der Vertrags- oder Testamentserbe stützt, genüge, um ihn zur Anstellung der Erbrechtsklage anweisen zu müssen, weil bei solcher Auffassung es immer in dem Belieben der auf die Intestaterbfolge sich stützenden Partei stünde, durch einen auch noch so leichtfertigen Widerspruch gegen die Echtheit von Unterschriften dem Vertrags- oder Testamentserben die Last der Betretung des Rechtsweges aufzubürden, während doch nach den in den §§. 1487 und 1497 des a. b. G. B. ausgesprochenen Grundsätzen eine letzte Willenserklärung, welche zur Ausweisung des Erbrechtstitels, behufs gerichtlicher Annahme der hierauf gestützten Erbserklärung im Sinne des §. 799 des a. b. G. B. und der §§. 121 und 122 des bezogenen Patenten, für geeignet erkannt wurde, zu gelten hat, wenn sie nicht durch eine innerhalb der Verjährungszeit dagegen angebrachte Klage umgestoßen wird; daß das im zweiten Alinea des §. 126 des cit. Patenten ausgesprochene Princip, wornach diejenige Partei zur Ueberreichung der Klage anzuweisen ist, welche, um ihr Erbrecht geltend zu machen, den stärkeren Erbrechtstitel der Gegenpartei vorerst entkräften müßte, auch der Anordnung des ersten Absatzes des §. 126 zu Grunde liegt, und daß nach diesem Grundsatz auch die Bedeutung und Tragweite der im ersten Absatz des §. 126 enthaltenen Vorschrift zu interpretiren ist; daß überhaupt nach dem Wortlaute des §. 126 durch die im ersten Absatz für den dort vorausgesetzten Fall unbedingt ertheilte Weisung keineswegs ausgesprochen ist, daß ebenso unbedingt auch immer der Vertrags- und

für die Erhaltung der
Leichtigkeit des Verkehrs
Abs. 3 der Gemeindever-
f. G. Bl. Nr. 7, zu
meinde. Der Richter w
anzunehmen und darauf
theilen die Einwendung
worden ist, so hatte
ständigkeit von Amts
Richter gefällte Ent-
scheidung mußte daher aufgel-

In Erwägu
klagte ein Städt
sich angeeignet v
und mit seinem
meinde entzog
handelt, woru
oberste Gericht
D. R. G. v
in der Sach

auftreten müsse, wenn gegen das Vor-
urtheil oder gegen die Echtheit der
Urkunde erhoben werden; daß vielmehr
des §. 126 nicht ausdrücklich vorgegebenen
aus der Verhandlung sich ergebenden mehr
Bedenken und Widersprüche
festgestellten Grundsätzen des proceßualischen
Rechts nach dem am Schluß des §. 126 aus-
gesprochenen, wer als Kläger auftraten
im vorliegenden Falle der auf Grund einer
abgegebenen, vom Gerichte als hinreichend
Erklärung des A, eine auf die Intestat-
erklärung von Seitenverwandten und ein mit
Rechtsverstoß, sowie anderweitige hier offenbar
zu bringende Bedenken gegenüberstehen, demnach
des §. 126 ausgesprochene
des A zur Anwendung kommt, — hat der
die erstgerichtliche Verordnung bestätigt.

Nr. 7841.

**Kosten-
unter-
Entsch.
v. 24.**

oder schriftliches Rechtsmittelverfahren? —
seit des Anspruchs auf Ersatz der Kosten eines
Recurfes gegen eine ohne vorausgegangene
Parteienverhandlung gefällte Entscheidung.

. Februar 1880, Nr. 1315 (Best. des das Decr. der Prätor
Oct. 1879, Nr. 8369, abänd. Decr. des D. R. G. Jura v.
Nov. 1879, Nr. 4080). Gazz. del Trib. 1880, Nr. 5.

**fähr-
der
vor-
de
c**

der oberste Gerichtshof entschied 1. daß im Falle der schriftlich
ten Appellations- oder Revisionsanmeldung ohne Ausnahme
stliche Rechtsmittelverfahren stattfinden, selbst wenn der Rechts-
mittel verhandelt worden war, weil das mündliche Rechts-
verfahren nach den §§. 337 und 343 westgal. G. D. nur dann
greift, wenn die Appellations-, resp. die Revisionsanmeldung
nicht geschehen ist; 2. daß der siegreiche Recurrent nach §§. 24,
25 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, keinen
Anspruch auf den Ersatz der Recurskosten habe, wenn der mit dem
Rechtsmittel angefochtenen erstgerichtlichen Entscheidung eine Parteienver-
handlung nicht vorausgegangen ist.

Nr. 7842.

**Hinweisung des nach Eröffnung des Concurſes geſtellten Anſuchens um Einverleibung des Pfandrechtes für Steuer-
rückſtände.**

Entſch. v. 4. Februar 1880, Nr. 1361 (Beſt. deſſ. deſſ. Decr. deſſ. D. G. Oberndorf v. 8. Juli 1879, Nr. 1512, abänd. Decr. deſſ. D. L. G. Wien v. 16. Dec. 1879, Nr. 20645). G. J. 1881, Nr. 68.

Nach Eröffnung des Concurſes über das Vermögen der Societät B beehrte das Steueramt unter Vorlage deſſ. Steuerausweiſes die Einverleibung deſſ. Pfandrechtes für die Steuer- und Umlagenrückſtände pr. 544 fl. bei den Liegenſchaften der Geſellſchaft. — Das in erſter Inſtanz bewilligte Geſuch wurde von dem D. L. G. abgewieſen, weil gemäß §. 11 E. O. nach der Eröffnung deſſ. Concurſes wegen einer Forderung gegen den Credit an dem Concurſvermögen ein Pfandrecht nicht erworben, Execution nicht erwirkt und ſelbſt eine ſchon vorher bewilligte Execution nicht vorgenommen werden darf, und der §. 12 der E. O. nur die Conſequenzen deſſ. §. 11 zieht.

Der oberſte Gerichtshof beſtätigte die Entſcheidung der zweiten Inſtanz aus deren Gründen und in der Erwägung, daß in dem Geſuche deſſ. Steueramtes nicht, wie in dem Reviſionsrecurve behauptet wird, die bürgerliche Erſichtlichmachung eines den Steuerrückſtänden zuſtehenden geſetzlichen Pfandrechtes, ſondern die grundbürgerliche Einverleibung deſſ. Pfandrechtes bei den Realitäten begehrt worden iſt, dieſes Geſuch daher die Erwerbung eines dieſen Steuerrückſtänden bisher nicht zugeſtandenen bürgerlichen Pfandrechtes zum Gegenſtande hat, welche, nachdem über die Beſitzerin der Realität B, bereits vor der Ueberreichung deſſ. Geſuches der Concurſ eröffnet worden iſt, nach den §§. 11 und 12 der E. O. unſtatthaft iſt.

Nr. 7843.

**Berückſichtigung auf die absolute Incompetenz der Gerichte
hinweiſender Nova im Rechtsmittelzuge.**

Entſch. v. 5. Februar 1880, Nr. 137 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. deſſ. D. G. Dobczyce v. 17. Mai 1879, Nr. 2039 und deſſ. D. L. G. Arad v. 23. Juli 1879, Nr. 8073). G. J. 1880, S. 218.

Gegen die erſtgerichtliche Entſcheidung, womit in *possessorio summarissimo* der Klage deſſ. A gegen die B wegen Beſitzſtörung durch eigenmächtiges Waſſerſchöpfen der Beklagten in dem Teich deſſ. A ſtatgegeben wurde, ergriff die B den Recurs, worin ſie ausführte,

daß durch Beschluß der Gemeinde dem Kläger selbst, aus Sanitätsrücksichten, namentlich zur Vermeidung der Minderpest, die er als Gärber von Rindshäuten verschleppen könnte, das Wasserschöpfen aus dem Teiche untersagt wurde. — Das D. R. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung, weil der im Rechtsmittelverfahren von der B angeführte neue Umstand nach §. 333 westgal. G. D. nicht berücksichtigt werden könne.

In Erwägung, daß laut des mit dem Appellationsrecurs vorgelegten Auszuges aus dem Berathungsprotokolle des Gemeinderathes, das Verbot des Wasserschöpfens aus dem Teich des A vom Gemeinderathe aus Sanitätsrücksichten beschlossen und von demselben, sowie vom Gemeindevorstande erlassen wurde; daß dieser Umstand, falls er sich als richtig erweisen sollte, auf die Entscheidung des vorliegenden Streites von Wesenheit sein dürfte, zumal eine derlei Verfügung nach §. 27 des Gemeindegesetzes für Galizien und Krakau vom 12. August 1866, R. G. Bl. Nr. 19, in den selbstständigen Wirkungskreis der Gemeinde fällt und die derselben widerstreitende Proceßentscheidung sich als ein unzulässiger Eingriff in die Befugnisse der Behörde darstellen würde, gegen deren Verfügung die Beschwerde nur auf dem, durch das Gemeindegesetz vorgeschriebenen Wege zulässig ist; daß nach §. 1 westgal. G. D. und §. 5 der kaiserl. Verordnung vom 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, die Gerichte verpflichtet sind, von Amtswegen die Grenze ihrer Gerichtsbarkeit in jedem Stadium des Streites sich gegenwärtig zu halten, — hat der oberste Gerichtshof auf den a. o. Recurs der B die Entscheidungen beider Untergerichte aufgehoben und die Ergänzung der Verhandlung angeordnet.

Nr. 7844.

Passive Sachlegitimation bei Ansprüchen gegen eine vom Fabrikunternehmer gegründete, auf eventuelle Zuschüsse desselben angewiesene Arbeiterunterstützungscasse. Selbstständige juristische Persönlichkeit der letzteren.

Entsch. v. 5. Februar 1880, Nr. 995 (Best. des das Urth. des B. G. Wiener-Neustadt v. 15. August 1879, Nr. 7874, abänd. Urth. des D. R. G. Wien v. 10. Dec. 1879, Nr. 15928). G. Z. 1881, Nr. 65.

A, welcher vormalß in der Papierfabrik B & Comp. beschäftigt gewesen war, belangte die Fabrikfirma auf Zahlung eines wöchentlichen Unterstützungsbetrages von 4 fl. auf Lebenszeit und begründete seinen Anspruch darauf, daß die Statuten der bei der Fabrik bestehenden Krankenunterstützungscasse die Bestimmung enthalten, daß

diejenigen Arbeiter, welche durch 10 Jahre ununterbrochen in der Fabrik thätig waren, für den Fall ihrer Invalidität ein Anrecht auf einen wöchentlichen Unterstützungsbetrag von 4 fl. haben; daß er über 24 Jahre in der Fabrik ununterbrochen gearbeitet habe und, wegen Invalidität arbeitsunfähig geworden, nach vierzehntägiger Kündigung entlassen worden sei. Die beklagte Firma wendete den Mangel der passiven Klagelegitimation ein, indem die Klage nicht gegen sie, sondern gegen die Fabriksunterstützungscasse zu richten gewesen wäre. — In erster Instanz wurde diese Einwendung abgewiesen und dem Klagebegehren stattgegeben aus den nachstehenden Gründen: Die Statuten der Unterstützungscasse tragen die Aufschrift: „Statuten der Fabrikskrankenunterstützungscasse der Herren B & Comp., Papierfabrik in X“; schon aus dem Worte „der“ geht klar hervor, daß diese Casse nicht eine selbstständige juristische Persönlichkeit ist, sondern daß die Herren B & Comp. für sie einzutreten haben; das Original der Statuten ist von den Herren C, D und E, welche zur Zeit der Errichtung derselben die Eigenthümer der Fabrik gewesen sind, eigenhändig unterfertigt; die Statuten enthalten weiters die Bestimmungen, daß die Beiträge der Arbeiter, aus welchen der Fond der Unterstützungscasse gebildet wird, wenn auch ein Arbeiterausschuß besteht, zu Händen des Fabriksdirectors einzuzahlen sind, und daß der Fond für den Fall, als durch die Einnahmen die aus ihm zu prästirenden Leistungen nicht gedeckt sind, durch die Eigenthümer der Fabrik zu ergänzen ist; auch diese Bestimmungen zeigen, daß die Fabrikseigenthümer nicht bloß die Casse überwachende Organe sind und daß es sich nicht um ein selbstständiges Institut in der Fabriksunternehmung handelt, sondern vielmehr ein Institut „der Herren B & Comp.“ vorliegt, und daß daher auch gegen diese die Klage zu richten ist. — Das O. L. G. erkannte auf Abweisung der Klage wegen Mangels der passiven Sachlegitimation aus folgenden Gründen: Die in erster Instanz den Statuten entnommenen Bestimmungen reichen nicht hin, um die Verpflichtung der beklagten Firma zur Zahlung des Unterstützungsbetrages zu begründen. Der Kläger gibt selbst zu, daß die Repräsentanz der Fabrikskrankenunterstützungscasse von sechs, gemäß Art. 10 der Statuten, aus den Fabriksarbeitern gewählten Ausschussmitgliedern gebildet wird, welche aus ihrer Mitte zwei Vorstände wählen, unter dem Vorstehe der Direction alle Zwistigkeiten schlichten und endgiltig über alle in den Statuten nicht vorgesehenen Fälle beschließen; daß dieser Repräsentanz die Verwaltung der Casse zusteht und daß die Mittel der Casse durch die im Art. 4 der Statuten vorgesehenen Zuflüsse aufgebracht werden, wozu in letzter Linie die Zuschüsse der Fabrikseigenthümer zur Deckung des für die Auslagen erforderlichen Ergänzungsbetrages gehören. Diese Momente und der Inhalt der Statuten der Fabrikskrankenunterstützungscasse lassen diese Casse als eine zur Erreichung eines vermögensrechtlichen Zweckes ge-

bildete Vereinigung mehrerer Personen zu einem ideellen, sowohl von den jeweiligen einzelnen Mitgliedern, als auch von der die Fabrik betreibenden Handelsgesellschaft verschiedenen Rechtssubjecte, als eine juristische Person erkennen, welche durch den erwähnten Ausschuss repräsentirt wird. Für die Wesenheit dieser juristischen Person ist der Inhalt der Statuten, deren behördliche Genehmigung vom Kläger nicht geleugnet wurde, und keineswegs die Aufschrift derselben maßgebend und es kann daraus, daß angeblich die Originalstatuten am Schlusse von den zur Zeit der Errichtung der Statuten fungirenden Fabriksgesellschaften gefertigt sind, nicht eine Verpflichtung der Handelsgesellschaft abgeleitet werden, welche nicht in dem Inhalte der Statuten begründet war, und zwar um so weniger, als diese Fertigung offenkundig nur dem Zwecke diente, der Behörde die Erfüllung der in der Gewerbeordnung begründeten Verpflichtungen auszuweisen. Die Verschiedenheit der Unterstützungscasse als juristische Person von der die Fabrik betreibenden Handelsgesellschaft kennzeichnet sich dadurch, daß letztere der ersteren zu Leistungen verpflichtet ist, auf deren Erfüllung sie von der Fabrikkrankenunterstützungscasse belangt werden kann. Die der Fabrikdirection zugewiesenen Functionen der Cassegebarung mit den der Krankenunterstützungscasse gehörigen Geldern unter Controlle der Ausschussmitglieder, ferner der Einhebung der Arbeiterbeiträge für diese Casse und der Auszahlungen aus eben derselben können in keiner Weise das Wesen der letzteren als einer juristischen Person und Trägerin der Rechte und Verbindlichkeiten der Corporation alteriren. Da sonach eine persönliche Verpflichtung der beklagten Handelsgesellschaft für die der Krankenunterstützungscasse obliegenden Leistungen keineswegs begründet ist, mußte die Einwendung des Mangels der passiven Klagelegitimation als berechtigt erkannt und deshalb das Klagebegehren abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz mit Hinweisung auf dessen, der Sachlage und dem Gesetze entsprechende Begründung.

Nr. 7845.

Vorbehalt des Rechtes, einen Theil des Ausgedinges seiner zweiten Frau auf den Todesfall zuzuwenden („zu verheiraten“): Anspruch der Witwe darauf. — Vertrag zu Gunsten Dritter?

Entsch. v. 6. Februar 1880, Nr. 14316 (Fest. des das Urth. des B. G. Ouden v. 10. Sept. 1879, Nr. 7423, abhand. Urth. des L. O. G. Prag v. 28. Oct. 1879, Nr. 30070). Int. Nr. 1880, Nr. 20.

B erbt von seiner Mutter M die Hälfte des Banernhofes X, dessen andere Hälfte seinem Vater N gehörte. Bei der Abhandlung

der Verlassenschaft der M überließ, N seine Hofshälfte dem B mit Vorbehalt eines Ausgedings. In Folge dessen wurde dem B der ganze Hof eingewohnt. Im 4. Absatz der Einantwortungsurkunde ist das von B dem N zu entrichtende Ausgeding verzeichnet und weiter angeführt, daß N für den Fall seiner Wiederverheirathung „sich vorbehält, seinem Weib von diesem Ausgeding 2 Strich Weizen, 1 Strich Korn, 1 Strich Gerste, 10 Centner Heu, 5 Centner Grummet und 1 Schock Futterstroh zu verheirathen, so daß nach seinem Tode sein Weib die genannten Auszugsnaturalien nebst der hof- und lichtfreien Herberg lebenslänglich vom Hof X zu beziehen habe.“ Auf Grund der Einantwortung wurde das Eigenthum des B an dem Hofe und das Pfandrecht an demselben für das Ausgeding des N und für das vorbehaltene Recht des Letzteren, im Falle der Wiederverheirathung den vorbezeichneten Theil seines Ausgedings seiner zweiten Ehefrau zu verheirathen, dem Grundbuche einverleibt. N verheirathete sich mit der A, welche nach seinem Tode den B mit der Hypothekarklage auf Leistung dieses Ausgedinganthells belangte. Der Beklagte wendete ein, daß N zwar das Recht, einen Theil des Ausgedings seiner zweiten Ehefrau zu verheirathen, sich vorbehalten habe und daß dieses Recht auf dem Hof X intabulirt worden sei; daß er aber von dem vorbehaltenen Recht keinen Gebrauch gemacht und das Ausgeding der Klägerin nicht verheirathet habe, weil dies nur durch einen Ehepact des N mit der Klägerin hätte bewirkt werden können, ein solcher Vertrag aber von ihnen nicht errichtet worden ist. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf Abweisung der Klägerin. — Von dem D. L. G. wurde dem Klagebegehren stattgegeben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: In dem Uebereinkommen, welches von N mit dem B bei der Abhandlung des Nachlasses der M getroffen wurde, hat N dem B die Hälfte des Hofes X, dessen andere Hälfte dem Letzteren als Erben der M zugefallen war, mit dem von B angenommenen Auftrag überlassen, seiner (des N) zweiten Ehefrau, der Klägerin A, ein Naturalausgeding zu leisten. Dieses Uebereinkommen wurde auf dem Hofe X intabulirt und auf Einschreiten der Contrahenten zur Kenntniß der A gebracht. Dadurch hat die Letztere nach §. 1019 a. b. G. B. das Recht erlangt, auf Leistung des Ausgedings auch gegen den B Klage zu führen, und die von ihm vorgebrachte Einwendung, daß im Grundbuche nur das Recht des N, das Ausgedinge zu verheirathen, und nicht das Ausgedinge selbst eingetragen wurde, ist unbegründet, weil nach dem Wortlaute der in die Einantwortungsurkunde aufgenommenen Vereinbarung N das Ausgeding seiner zweiten Gattin derart zu verheirathen sich vorbehielt, daß sie dasselbe nach seinem Tode zu beziehen haben soll, nach diesem Wortlaute eine besondere Bestellung dieses Rechtes durch Vertrag oder letzten Willen nicht erforderlich war und die Witwe des N ohneweiters berechtigt ist, von dem B die Leistung des Ausgedinges zu fordern.

Nr. 7846.

Streit über die Verabredung der Errichtung eines schriftlichen Vertrages.

Entsch. v. 10. Februar 1880, Nr. 14313 (Ber. des Urth. des R. O. Tzsch. v. 15. Oct. 1879, Nr. 19571, Abw. des Urth. des R. O. Tzsch. v. 4. Nov. 1879, Nr. 32315). Jur. Bl. 1881, Nr. 42.

A als Miether belangte den B als Vermiether auf Erfüllung eines mündlich geschlossenen Miethevertrages mit der von dem (zum ewigen Gerächtniß verhört) Zeugen C bekräftigten Anführung, daß er im Juli 1879 durch mündlichen Vertrag von dem B in dessen Haus einen Laten sammt einem Zimmer, Küche und Schuppen vom 15. October 1879 ab auf die Dauer von sechs Jahren gegen einen Miethepuls von jährlichen 1000 fl. gemiethet habe. Der Beklagte widersprach dieser Anführung mit der Behauptung, daß zwischen ihm und dem Kläger im Juli 1879 nur eine Unterredung betreffs der Miethe der ebenerwähnten Localitäten stattgefunden habe, aber keineswegs ein perfecter mündlicher Vertrag zu Stande gekommen sei, und führte seinerseits an, daß er nachmals dem Kläger gesagt habe, daß er nur einen schriftlichen Miethevertrag schließen wolle, und daß dieser darauf erklärt habe, mit dem Abschlusse eines schriftlichen Vertrages einverstanden zu sein, der aber nicht errichtet wurde. Der Beklagte berief sich für seine von dem Kläger widersprochene Anführung auf die Zeugenschaft des D und E. — Nach Vernehmung dieser Zeugen erkannte das Gericht erster Instanz, auf den Errückungsseid des Klägers über den von ihm angeführten Abschluß des mündlichen Miethevertrages und auf den Errückungsseid des Beklagten über die von demselben eingewendete Einigung auf Errichtung eines schriftlichen Vertrages, — aus folgenden Gründen: Da durch übereinstimmende Willenseinigungen die Contrahenten bereits geschlossene Verträge beliebig ändern oder gänzlich anheben können und die Gültigkeit eines mündlich abgeschlossenen Vertrages außer Kraft gesetzt wird, sobald sich beide Contrahenten dahin geeinigt haben, daß sie einen schriftlichen Vertrag errichten wollen, so verliert die Klage ihren rechtlichen Boden und muß die darin enthaltene Schlussurtheil abgewiesen werden, wenn der Beklagte den Beweis der von dem Kläger geltend gemachten Thatsache bestreitet, daß er nachmals dem Kläger erklärte, nur einen schriftlichen Miethevertrag schließen zu wollen, und daß dieser darauf erklärte, damit einverstanden zu sein. Da nun von den zwei Zeugen des Beklagten der Zeuge D dessen Anführung bekräftigte, so mußte der Beklagte zur Ergänzung des jenseitig ertrachten halben Beweises zum Errückungsseid zugelassen werden. Legt er den Eid nicht ab, so ist dem Klagebegehren dann stattzugeben, wenn der Kläger die von ihm angeführte Thatsache der mündlichen Vertragsschließung, für welche er durch den Zeugen C eine halbe Prece hergestellt hat, mit seinem Ge-

füllungseid beschwört. — Das D. L. G. erkannte nur auf den Erfüllungseid des Klägers mit Beseitigung des Erfüllungseides des Beklagten aus den nachstehenden Gründen: Entscheidend in dieser Rechts-sache ist nur die Frage: ob der in der Frage geltend gemachte mündliche Bestandvertrag abgeschlossen worden ist, da nach §. 883 a. b. G. B. die Verschiedenheit der — mündlichen oder schriftlichen — Form der Verträge, in Ansehung der Verbindlichkeit keinen Unterschied macht und der Beklagte nicht behauptet, daß sich die Streittheile bei dem mündlichen Vertragsabschlusse im Juli 1879 ausdrücklich zu einem schriftlichen Vertrage verabredet, oder auch die Ausfertigung einer Vertragsurkunde als Bedingung der Giltigkeit und Wirksamkeit des geschlossenen Miethvertrages aufgestellt haben. Wenn der Beklagte, wie er behauptet und sein Zeuge bestätigt, bei seiner, nach der mündlichen Vereinbarung erfolgten Zusammenkunft mit dem Kläger auf Ausfertigung eines schriftlichen Vertrages bestand und der Kläger dem einen Widerstand nicht entgegensetzte, so kann hieraus nicht gefolgert werden, daß der Letztere hiermit die Zustimmung gegeben habe, daß der bereits rechtsgiltig mündlich abgeschlossene Vertrag erst durch die nunmehr beantragte Ausfertigung einer Vertragsurkunde rechtswirksam werde, zumal nach der übereinstimmenden Aussage beider Zeugen D und E des Beklagten, der Kläger bei dieser Verhandlung wiederholt betont hat, daß er mit dem Beklagten den Miethsvertrag bereits mündlich abgeschlossen habe, und wie der Zeuge D aussagte, erklärt hat, daß er die Kosten der Vertragsausfertigung nicht zahlen werde, weil bei dem früheren mündlichen Vertrage dies nicht besprochen worden war. Nach dieser Sachlage kommt es auf die vom Beklagten eingewendete Thatsache gar nicht an und es wurde daher der von ihm angebotene Erfüllungseid als irrelevant beseitigt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstrichterliche Urtheil. Gründe: Was Beklagter dem Anspruch des Klägers und dessen Argumenten entgegengesetzte und wofür er auch mit den Aussagen des Zeugen ein halben Beweis erbracht hat, ist die Thatsache, daß sich beide Theile wegen der Miethe ausdrücklich zu einem schriftlichen Vertrag, somit zu einem Bestandvertrag verabredet haben, welcher nach §. 884 a b. G. B. erst durch die Unterschrift der Parteien für geschlossen und beide Theile bindend angesehen werden kann. Dagegen hat Kläger nicht erwiesen, daß über den Vertrag nur des besseren Beweises wegen eine Urkunde errichtet werden sollte, und daß dieselbe auf die Giltigkeit der vorausgegangenen mündlichen Abmachungen keinen Einfluß zu üben bestimmt gewesen sei. Unter diesen Umständen konnte von dem Erfüllungseid des Beklagten nicht Umgang genommen werden, ohne dem processualischen Rechte desselben, das ihn, wenn er für eine entscheidende Thatsache die im §. 212 a. G. D. vorgesehene halbe Probe hergestellt hat, zum Erfüllungseid beruft, zu nahe zu treten.

Nr. 7847.

Actorische Cautio: Klage einer wechselseitigen, in Liquidation befindlichen Versicherungsgesellschaft gegen einen in einer anderen Provinz wohnhaften Societär auf Zuschuß zum Betriebsdeficit.

Entsch. v. 10. Februar 1880, Nr. 1447 (Best. des das Decr. des B. G. Seelowitz v. 28. Sept. 1879, Nr. 11372, abänd. Decr. des D. L. G. Brunn v. 16. Dec. 1879, Nr. 13678). G. S. 1880, S. 121.

Das Liquidationscomité der in Liquidation befindlichen, auf dem Principe der Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsgesellschaft A zu Wien belangte den Socius B bei seinem Gerichtsstand in Mähren wegen Zahlung des mit 150 fl. berechneten Antheils desselben an dem Betriebsausfall der Gesellschaft. — Auf das Begehren des Beklagten wurde in erster Instanz der Klägerin die Leistung der actorischen Cautio mit der Alternative des Armuthseides aufgetragen in der Erwägung, daß die klagende Gesellschaft in keiner Weise dargethan hat, daß sie in der Provinz, wo der Proceß geführt wird, kundbar sattsam bemittelt sei; daß das Princip der Gegenseitigkeit, auf welchem die klagende Gesellschaft errichtet wurde, ihren Standpunkt gegenüber dem Begehren des Beklagten um Auflage der actorischen Cautio nicht zu verbessern vermag, weil das Princip der Gegenseitigkeit der Mitglieder einer Versicherungsbank in dem Falle, wenn die Gesellschaft sich nicht in Liquidation befindet, geeignet sein mag, dieselbe als kundbar sattsam bemittelt erscheinen zu lassen, jedoch nach eingetretener Nothwendigkeit der Liquidation des Institutes dieser Stand der Dinge ganz verändert wird, indem nun die Gesellschaft selbst gezwungen ist, zur Deckung des Betriebsausfalles ihre Mitglieder, wie dies auch hier geschieht, im Rechtswege heranzuziehen, und wenn die Gesellschafter nur im Zwangswege zur Deckung des Betriebsdeficites gebracht werden können, es vollends unthunlich sein würde, Gerichtskosten aus dem Vermögen der Gesellschaft hereinzubringen. — Von dem D. L. G. wurde das Cautionsbegehren des Beklagten mit der Begründung abgewiesen, daß die klagende Assurancegesellschaft auf dem Principe der Gegenseitigkeit beruht, und aus dem Umstande, daß sich dieselbe in Liquidation befindet, ihre Zahlungsunfähigkeit nicht abgeleitet werden kann, weil sonst der Conkurs über ihr Vermögen hätte eröffnet werden müssen, und in der gemeinsamen Verpflichtung aller Gesellschaftsmitglieder eine derartige Sicherstellung für die Gerichtskosten erblickt werden muß, daß das Liquidationscomité zu einer mehreren Sicherstellung fähig nicht mehr angehalten werden kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung mit Verweisung auf die vorstehende Begründung.

Nr. 7848.

Competenz des Ausschusses der Advocatenkammer zur Enthebung des bereits bestellten Armenvertreters wegen Undurchführbarkeit des Rechtsanspruches.

Plenar-Beschluß v. 11. Februar 1880, Nr. 12737. Judicatenbuch Nr. 108. G. Z. 1880, Nr. 16.

Rechtsatz: „Die Enthebung des von dem Advocatenkammerausschusse für eine arme Partei bestellten unentgeltlichen Vertreters von der ihm aufgetragenen Vertretung, steht in erster Instanz überhaupt und insbesondere auch dann, wenn die Enthebung von der unentgeltlichen Vertretung wegen Undurchführbarkeit des Rechtsanspruches der das Armenrecht genießenden Partei begehrt wird, dem Advocatenkammerausschusse zu und bleibt gegen dessen Entscheidung die Beschwerde an das O. L. G. offen.“

Da ein von dem im Spruchrepertorium unter Nr. 89 eingetragenen Rechtsatz (Nr. 6353 der Sammlung) abweichender Antrag zur oberstgerichtlichen Entscheidung vorlag und zugleich in Betreff des Sinnes und der Tragweite des §. 16 der Advoc.-Ordn. die Aufstellung eines neuen Judicates befürwortet wurde, brachte das Präsidium des obersten Gerichtshofes die durch den citirten Spruch entschiedene, nunmehr aber zweifelhaft gewordene Rechtsfrage vor einen verstärkten Senat. Derselbe beschloß, den Spruch Nr. 89 des Spruchrepertoriums zu beseitigen und den vorangestellten Rechtsatz in das Judicatenbuch aufzunehmen. Gründe: Der Sinn und die Tragweite des §. 16 der Advoc.-Ordn. v. 6. Juli 1868, R. G. Bl. Nr. 96, ist im Zusammenhange mit der Absicht dieses Gesetzes aufzufassen. Die Advoc.-Ordn. v. 6. Juli 1868 ist durchwegs von der Idee getragen, das Institut der rechtsfreundlichen Vertretung durch Advocaten und die Erfüllung der dem Advocaten als solchen gestellten Aufgabe im Allgemeinen von der Controle der Gerichte erster Instanz völlig frei zu stellen. In dem letzten Alinea des §. 9, im §. 32 und im §. 33 ist dieser Gedanke unzweifelhaft zum Ausdrucke gebracht. Ob der Advocat nach der von ihm beschworenen Pflicht, welche ihm die Beobachtung der Gesetze, die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgabe und die Wahrung der Ehre und Würde des Standes durch Redlichkeit und Ehrenhaftigkeit in seinem Verhalten auferlegt, die Vertretung einer ihm anvertrauten Rechtsache abzulehnen habe, ist eine Angelegenheit, welche zu dem von dem Advocatenkammerausschuß besorgten administrativen Theile des Institutes gehört, und es liegt in der Natur der Sache, daß der bestellte Armenvertreter beim Eintritt von Umständen, welche die Ablehnung des weiteren rechtsfreundlichen Beistandes erheischen, den erhaltenen Auftrag dem auftraggebenden Advocatenkammerausschusse zurücklegt, und von letzterem die ertheilte Bewilligung der unentgeltlichen Vertretung zurückgezogen und

Testamentserbe als Kläger auftreten müsse, wenn gegen das Vorhandensein der gesetzlichen Förmlichkeiten oder gegen die Echtheit der Urkunde Bedenken oder Widersprüche erhoben werden; daß vielmehr in diesem, im ersten Absatz des §. 126 nicht ausdrücklich vorgesehenen Falle der Richter nach der aus der Verhandlung sich ergebenden mehr oder minder wichtigen Erheblichkeit solcher Bedenken und Widersprüche gemäß den hier keineswegs alterirten Grundsätzen des proceßualischen Rechtes und insbesondere nach dem am Schlusse des §. 126 ausgesprochenen Grundsatz die Entscheidung, wer als Kläger auftreten soll, zu treffen hat; daß im vorliegenden Falle der auf Grund einer unbedenklichen Urkunde abgegebenen, vom Gerichte als hinreichend ausgewiesen anerkannten Erbserklärung des A, eine auf die Intestaterbfolge gestützte Erbserklärung von Seitenverwandten und ein mit nichts begründeter Echtheitswiderspruch, sowie anderweitige hier offenbar nicht zur Austragung zu bringende Bedenken gegenüberstehen, demnach hier der am Schlusse des mehrerwähnten §. 126 ausgesprochene Grundsatz zu Gunsten des A zur Anwendung kommt, — hat der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Verordnung bestätigt.

Nr. 7841.

Mündliches oder schriftliches Rechtsmittelverfahren? — Unstatthaftigkeit des Anspruchs auf Ersatz der Kosten eines erfolgreichen Recurses gegen eine ohne vorausgegangene Parteienverhandlung gefällte Entscheidung.

Entsch. v. 4. Februar 1880, Nr. 1315 (Best. des das Decr. der Prätur Zara v. 20. Oct. 1879, Nr. 8369, abänd. Decr. des O. L. G. Zara v. 21. Nov. 1879, Nr. 4080). Gazz. del Trib. 1880, Nr. 5.

Der oberste Gerichtshof entschied 1. daß im Falle der schriftlich eingereichten Appellations- oder Revisionsanmeldung ohne Ausnahme das schriftliche Rechtsmittelverfahren statfinde, selbst wenn der Rechtsstreit mündlich verhandelt worden war, weil das mündliche Rechtsmittelverfahren nach den §§. 337 und 343 westgal. G. O. nur dann Platz greift, wenn die Appellations-, resp. die Revisionsanmeldung mündlich geschehen ist; 2. daß der siegreiche Recurrent nach §§. 24, 26, 27 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, keinen Anspruch auf den Ersatz der Recurskosten habe, wenn der mit dem Recurs angefochtenen erstgerichtlichen Entscheidung eine Parteienverhandlung nicht vorausgegangen ist.

Nr. 7842.

Zurückweisung des nach Eröffnung des Concurſes geſtellten Anſuchens um Einverleibung des Pfandrechtes für Steuer-rückſtände.

Entſch. v. 4. Februar 1880, Nr. 1361 (Beſt. des des Decr. des D. G. Oberndorf v. 8. Juli 1879, Nr. 1512, abänd. Decr. des D. L. G. Wien v. 16. Dec. 1879, Nr. 20645). G. J. 1881, Nr. 68.

Nach Eröffnung des Concurſes über das Vermögen der Societät B beehrte das Steueramt unter Vorlage des Steuerausweiſes die Einverleibung des Pfandrechtes für die Steuer- und Umlagen-rückſtände pr. 544 fl. bei den Liegenſchaften der Geſellſchaft. — Das in erſter Inſtanz bewilligte Geſuch wurde von dem D. L. G. abgewieſen, weil gemäß §. 11 E. O. nach der Eröffnung des Concurſes wegen einer Forderung gegen den Creditar an dem Concurſvermögen ein Pfandrecht nicht erworben, Execution nicht erwirkt und ſelbſt eine ſchon vorher bewilligte Execution nicht vorgenommen werden darf, und der §. 12 der E. O. nur die Conſequenzen des §. 11 zieht.

Der oberſte Gerichtshof beſtätigte die Entſcheidung der zweiten Inſtanz aus deren Gründen und in der Erwägung, daß in dem Geſuche des Steueramtes nicht, wie in dem Reviſionsrecuſe behauptet wird, die bücherliche Erſichtlichmachung eines den Steuerrückſtänden zuſtehenden geſetzlichen Pfandrechtes, ſondern die grundbücherliche Einverleibung des Pfandrechtes bei den Realitäten begehrt worden iſt, dieſes Geſuch daher die Erwerbung eines dieſen Steuerrückſtänden bisher nicht zugeſtandenen bücherlichen Pfandrechtes zum Gegenſtande hat, welche, nachdem über die Beſitzerin der Realität B, bereits vor der Ueberreichung des Geſuches der Concurſ eröffnet worden iſt, nach den §§. 11 und 12 der E. O. unſtatthaft iſt.

Nr. 7843.

Berückſichtigung auf die absolute Incompetenz der Gerichte hinweiſender Nova im Rechtsmittelzuge.

Entſch. v. 5. Februar 1880, Nr. 137 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des D. G. Dobczyce v. 17. Mai 1879, Nr. 2039 und des D. L. G. Krakau v. 23. Juli 1879, Nr. 8073). G. J. 1880, S. 213.

Gegen die erſtgerichtliche Entſcheidung, womit in *possessorio summariissimo* der Klage des A gegen die B wegen Beſitzſtörung durch eigenmächtiges Waſſerſchöpfen der Beſagten in dem Teich des A ſtattgegeben wurde, ergriff die B den Recuſ, worin ſie ausführte,

weiden und Wäldungen anstreben; daß somit in der vorliegenden Angelegenheit es sich um die Fragen handelt, ob die Kläger der Gemeinde B angehören und ob sie als Gemeindeglieder zum Genuße des Gemeindevermögens oder Gemeindegutes berechtigt seien; daß die Entscheidung dieser Streitfragen nicht dem Richter zusteht, sondern nach den Bestimmungen des galiz. Gemeindegesetzes vom 12. August 1866, R. G. Bl. Nr. 19, §. 27 lit. a, §. 30 lit. a, b, §. 40 lit. b, §§. 68 und 101 in den Wirkungskreis der autonomen Behörden fällt; daß die Kläger, welche die Sache vor die unzuständigen Gerichte gebracht haben, schuldig sind, der belangten Gemeinde die ihr dadurch verursachten Kosten zu ersetzen, — hat der oberste Gerichtshof die Urtheile der Untergerichte sammt dem ganzen vorangegangenen gerichtlichen Verfahren nach §. 346 westgal. G. D., Hofdecr. vom 28. October 1815 und 5. October 1816, Nr. 1187 und 1285 der J. G. G. und Gesetz v. 18. April 1869, R. G. Bl. Nr. 44, aufgehoben und die Kläger in den Ersatz der in allen Instanzen aufgelaufenen Kosten der Beklagten verfällt.

Nr. 7850.

Ungiltigkeit der executiven Feilbietung einer Liegenschaft wegen verspäteter Kundmachung des Edictes.

Entsch. v. 11. Februar 1880, Nr. 130 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des R. G. Nisko v. 9. Nov. 1878, Nr. 11172 und des D. L. G. Krakau v. 15. Oct. 1879, Nr. 12576). G. S. 1880, S. 174.

Am 15. November 1877 wurde im Executionswege die Feilbietung der Liegenschaft des B bewilligt, das Licitationsedict in den Zeitungsblättern vom 17., 18. und 19. December eingeschaltet, das Gut im ersten Termin, 20. December, verkauft und der Feilbietungsact in erster und zweiter Instanz genehmigt.

Auf den a. o. Recurs des Executen versagte der oberste Gerichtshof die Genehmigung des Licitationsprotokolles, weil nach §. 437 westgal. G. D. die Feilbietungsedicte längstens drei Tage, nachdem die Feilbietung bewilligt worden ist, kundzumachen sind, diese gesetzliche Vorschrift aber im gegebenen Falle nicht eingehalten wurde, daher auch die Verlautbarung der Feilbietungsedicte nicht als eine gehörige angesehen werden kann, um so weniger, nachdem die Realität schon im ersten Licitationstermine veräußert worden ist.

Nr. 7851.

Unzulässigkeit des Nachweises der Begründung des forum contractus durch einen der Entscheidung der Hauptsache vorgreifenden Eid.

Entsch. v. 11. Februar 1880, Nr. 156 (Best. des Urth. des O. G. Karlsbad v. 9. Oct. 1879, Nr. 18821, Abänd. des Urth. des O. L. G. Prag vom 18. Nov. 1879, Nr. 32471) O. Z. 1880, Nr. 49. Jur. Bl. 1880, Nr. 21.

A belangte den B beim O. G. Karlsbad als Gerichtsstand des Vertrages wegen Zahlung des Kaufpreises für 15 Säde Mehl mit der Anführung, diese Quantität Mehl dem C als Mandatar des Beklagten verkauft und vereinbart zu haben, daß der Kaufpreis in Karlsbad gezahlt werden soll. Der Beklagte erhob die Einwendung der Incompetenz des angerufenen Gerichtes, indem er widersprach, daß C von ihm bevollmächtigt gewesen sei, daß in der Klage angegebene Geschäft abzuschließen, daß dasselbe geschlossen, und insbesondere, daß hierbei die Zahlung des Kaufpreises in Karlsbad vereinbart wurde. Der Kläger deferirte ihm den Haupteid darüber, daß C von B zum Geschäft bevollmächtigt war und dasselbe in der obigen Weise geschlossen habe. — In erster Instanz wurde der Incompetenzeinrede ohne Weiteres stattgegeben aus folgenden Gründen: Die vom Kläger deferirten Eide sind ausschlaggebend sowohl für die Vorfrage der Zuständigkeit, als auch für die Entscheidung in der Hauptsache und deshalb unzulässig, weil die Zuständigkeit des Gerichtes festgestellt sein muß, ehe dasselbe zur Entscheidung in der Hauptsache schreiten kann. Da nun der Kläger für die von ihm behauptete Zuständigkeit andere Beweise, durch welche die Entscheidung in der Hauptsache nicht berührt wird, nicht angeboten hat, so mußte der Einwendung der Incompetenz stattgegeben werden. — In zweiter Instanz wurde die Incompetenzeinrede nur für den Fall zugelassen, wenn der Beklagte mit dem Haupteid verneint, daß C das Mehl von A kaufte und daß die Zahlung des Kaufpreises in Karlsbad vereinbart worden ist. Gründe: Die Frage, ob Beklagter den C zum Abschluß des vom Kläger angeführten Geschäftes bevollmächtigt habe, ist nicht jetzt, sondern erst bei der meritorischen Erledigung des Rechtsstreites zur Lösung zu stellen. Zur Begründung der Competenz genügt es, wenn der Kläger beweist, daß C mit ihm die Zahlung in Karlsbad vereinbart hat, daher über diese der Entscheidung in der Hauptsache nicht vorgreifende Vorfrage der Beweis durch den Haupteid zugelassen werden mußte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz mit folgender Begründung: Der vom O. L. G. zugelassene Haupteid, durch welchen die zwischen den Parteien streitige Competenzfrage entschieden werden soll, präjudicirt der Hauptsache insoferne, als im Falle der Nichtablegung desselben durch den Beklagten auch schon das den Klagegrund bildende Factum mit einziger Ausnahme der vom Kläger

behaupteten Bevollmächtigung des C erwiesen wäre, während in der Hauptsache es in erster Linie darauf anzukommen hätte, ob C überhaupt zum Abschluß von Kaufgeschäften für B ermächtigt war, bevor es auf den Beweis über den wirklichen Abschluß des in der Klage angeführten Kaufgeschäftes und die Modalitäten desselben ankommen kann. Da weder die Klage, noch die weiteren Proceßreden anderweitige Ausführungen enthalten, aus welchen der Gerichtsstand des Vertrages, ohne der Entscheidung in der Hauptsache zu präjudiciren, zu erweisen ist, ein Haupteid aber, durch welchen dieser Entscheidung vorgegriffen wird, zur Feststellung der Competenz nicht zugelassen werden kann, so war das der Einwendung der Incompetenz unbedingt stattgebende Urtheil erster Instanz zu bestätigen.

Nr. 7852.

Erwerb einer Forderung im Vertrauen auf die öffentlichen Bücher? Kenntniß des Cessionars von der dem Cessus bewilligten Stundung.

Entsch. v. 11. Februar 1880, Nr. 886 (Best. des das Urth. des B. G. Salzburg v. 27. Sept. 1879, Nr. 9559, abänd. Urth. des O. L. G. Prag v. 17. Nov. 1879, Nr. 32213). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 34.

Mit dem grundbücherlich durchgeführten Vertrag vom 6. November 1856 verkaufte C die Liegenschaft X seinem Sohn B um den in 10 gleichen Jahresraten zahlbaren Preis von 2500 fl., für welchen B die erkaufte Realität dem C verpfändete. Im Jahre 1879 stand noch die ganze Rausschillingsforderung ungeldschet im Grundbuch und wurde im Executionswege feilgeboten. A erstand dieselbe um 2205 fl. und belangte sodann den B auf die Zahlung. Der Beklagte verteidigte sich mit folgender Einwendung: Nach Errichtung des Kaufvertrages sei er mit C mündlich übereingekommen, daß dieser die Liegenschaft X nach Belieben fortan im Besitz behalten und bewirthschaften möge, während dieser Zeit aber von ihm die Zahlung des Rausschillings in den vertragsmäßigen Raten nicht fordern könne; da nun die Liegenschaft von dem C noch im Jahre 1878 bewirthschaftet wurde, so sei die vom Rausschilling A erstandene Forderung zur Zeit seiner am 18. Juli 1879 angestellten Klage weder ganz, noch zu einem Theil fällig gewesen; er habe übrigens den Kläger von diesen Verhältnissen auch bei der executiven Feilbietung unterrichtet. A gab zu, daß B ihm bei der Licitation von dem späteren Uebereinkommen Mittheilung gemacht habe; er leugnete aber, daß dasselbe getroffen worden sei, und berief sich unter allen Umständen darauf, daß er die Forderung im Vertrauen auf das Grundbuch gekauft hat, in welchem

das angebliche Uebereinkommen nicht vermerkt ist. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagebegehren, von der Ansicht ausgehend, daß der Vertrag, mit welchem nachträglich die Rausschillingsforderung gestundet worden sein soll, dem Kläger nicht eingewendet werden kann, weil derselbe im Grundbuch nicht ersichtlich ist. — Von dem D. L. G. wurde die Klage für dermalen abgewiesen, wenn der Beklagte mit dem Hauptleid die angeblich ihm gewährte Stundung beweist. Gründe: Durch den gerichtlichen Zwangsverlauf der in Rede stehenden Forderung an den Kläger ist die Cession der Forderung an denselben zu Stande gekommen. Im Falle einer Cession verbleibt dem Cessus nach §. 1396 a. b. G. B. das Recht, seine Einwendungen gegen die abgetretene Forderung überhaupt, mithin auch gegen deren Fälligkeit anzubringen; und da nach §. 1394 a. b. G. B. die Rechte des Cessionars mit jenen des Cedenten in Rücksicht auf die abgetretene Forderung eben dieselben sind: so ist an die Zahlungsfristen, über welche der Cedent und der Schuldner vor der Cession übereingekommen sind, auch der Cessionar gebunden. Dagegen kann sich der Kläger nicht auf sein Vertrauen in die öffentlichen Bücher berufen, weil, wie er selbst zugestand, der Beklagte ihn bei der Feilbietung der Forderung auf die Aenderung der Zahlungsfristen aufmerksam machte, diese Aenderung ihm mithin bei Uebnahme der Forderung bekannt war. Entscheidend ist, daß diese Aenderung vor der Feilbietung eintrat, und daß der Kläger davon Kenntniß hatte, ehe er die Forderung erstand. Es war daher auf den Hauptleid über die Uebereinkunft des C und des Beklagten in Betreff der Zahlungsfristen zu erkennen und beim Gelingen dieses Beweises die Klage als verfrüht abzuweisen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Urtheil aus dessen Gründen.

Nr. 7853.

Unzulässigkeit der Vereinigung verschieden belasteter Grundstücke zu einem Grundbuchskörper: Verpflichtung des Grundbuchsgerichtes zur Berichtigung diesfalls bei der Neuanlegung des Grundbuchs eingetretener Fehler auf Verlangen jedes Interessenten und selbst von Amtswegen.

Entsch. v. 17. Februar 1880, Nr. 14044 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des D. G. Czernowitz v. 30. Juni 1879, Nr. 13263 und des D. L. G. Lemberg v. 3. Sept. 1879, Nr. 21400). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 23.

Am 16. Jänner 1874 hat die priv. galizische Rustical-Creditanstalt in Lemberg für eine Forderung von 100 fl. durch pfand

Beschreibung das Pfandrecht an einer Liegenschaft des Schuldners C erworben, zu welcher damals die Grundparcelle Nr. 5033 gehörte. Diese Parcelle überging durch Kauf auf den B und wurde in dem für die Katastralgemeinde neuangelegten Grundbuch, mit anderen dem B gehörigen Liegenschaften zu einem Grundbuchskörper vereinigt, in der Grundbucheinlage Nr. 1249 eingetragen. Vor Ablauf der zur Anmeldung „alter Lasten“ von dem D. L. G. festgesetzten Frist (§. 6 des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96) überreichte die Rustical-Creditanstalt eine Eingabe, in der sie mit Berufung auf den §. 5 des Gesetzes über die Anlegung der Grundbücher in der Bukowina v. 8. März 1873, R. G. Bl. Nr. 23, für die Bukowina, wornach die Vereinigung mehrerer Liegenschaften desselben Eigenthümers zu Einem Grundbuchskörper nur dann gestattet ist, wenn sie nicht verschieden belastet sind, welcher Fall hier nicht eintritt, weil das Pfandrecht der Rustical-Creditanstalt nur an der Grundparcelle Nr. 5033, nicht auch an den damit zu Einem Grundbuchskörper vereinigten anderen Liegenschaften des B haftet, die Bitte stellte, daß a) im Gutsbestandsblatte der Einlage Nr. 1249 aus den zu Einem Grundbuchskörper vereinigten Liegenschaften zwei Grundbuchskörper, und zwar aus der Parcelle Nr. 5033 der Grundbuchskörper Nr. 2 und aus allen übrigen Liegenschaften der Grundbuchskörper Nr. 1 gebildet, sohin für B das Eigenthumsrecht an diesen Grundbuchskörpern 1 und 2 der Einlage Nr. 1249 in deren Eigenthumsblatt eingetragen und b) das Pfandrecht für die Darlehensforderung per 100 fl. der Rustical-Creditanstalt als „alte Last“ mit der Rangordnung des 16. Jänner 1874 an dem Grundbuchskörper 2 der Einlage Nr. 1249 in dem Lastenblatt angemerkt werde. In der hierüber angeordneten Verhandlung bestritt B den Bestand des Pfandrechtes der Creditanstalt an der Parcelle Nr. 5033 und verweigerte die Einwilligung zur Abtrennung dieser Parcelle von dem Grundbuchskörper der Einlage Nr. 1249 und zur Bildung eines neuen Grundbuchskörpers aus derselben. — In erster Instanz wurde die Rustical-Creditanstalt mit dem Begehren a) nach §. 9 des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, auf den Rechtsweg verwiesen und derselben bedeutet, daß dem Begehren b) nicht stattgegeben werden konnte, weil der Grundbuchskörper, bei welchem das Pfandrecht als „alte Last“ eingetragen werden soll, nicht gebildet wurde. — Das D. L. G. bestätigte diesen Bescheid.

Auf den a. o. Revisionsrecurs der Creditanstalt hat der oberste Gerichtshof die untergerichtlichen Entscheidungen aufgehoben und dem Gericht erster Instanz verordnet, die Verfügung zu treffen, daß in dem für die Katastralgemeinde neuangelegten Grundbuche die im Gutsbestandsblatte des Grundbuchskörpers der Einlage Nr. 1249 mit anderen Liegenschaften desselben Eigenthümers B gesetzwidrig zu einem Grundbuchskörper vereinigte Parcelle Nr. 5033 davon abgeschrieben

und gemäß der Bestimmung der §§. 5 und 4 des Gesetzes v. 8. März 1873, L. G. Bl. Nr. 23, für die Bukowina, aus dieser Parcellen ein besonderer Grundbuchskörper in derselben Einlage Nr. 1249 gebildet und in dessen Eigenthumsblatte B als Eigenthümer einverleibt werde, sodann über die Pfandrechtsanmeldung der Rustical-Creditanstalt nach §§. 12 und 13 des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, das Amt zu handeln. Gründe: Durch das bei Gericht verwahrte Protokoll der pfandweisen Beschreibung vom 16. Jänner 1874 ist dargethan, daß die recurrirende Creditanstalt für ihre Darlehensforderung pr. 100 fl. das Pfandrecht an der damals zur Grundwirthschaft . . . des C gehörigen Parcellen Nr. 5033 noch im Jahre 1874 erworben hat. Zufolge der Bemerkung des Grundbuchsamtes erscheint diese Parcellen im Gutsbestandsblatte des Grundbuchskörpers der Einlage Nr. 1249 als Bestandtheil des letzteren mit anderen Liegenschaften desselben Eigenthümers B, auf welche sich das ob erwähnte Pfandrecht der Recurrentin nicht bezieht, zu einem Grundbuchskörper vereinigt, eingetragen. Diese bei der Grundbuchsanlegung vorgenommene Vereinigung der mit dem obigen Pfandrechte belasteten Parcellen Nr. 5033 mit anderen demselben Eigenthümer B gehörigen Liegenschaften, welche von dem in Rede stehenden Pfandrechte frei sind, verstößt geradezu gegen die grundsätzlichen Bestimmungen sowohl des Gesetzes über die Anlegung der Grundbücher vom 8. März 1873, L. G. Bl. Nr. 23 für die Bukowina (§§. 5, 21 und 27), als des allgem. Grundb.-G. v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 95 (§§. 3 und 13), verstößt gegen Vorschriften, deren unbedingte Beobachtung zur Verhütung von Rechtsgefährdungen der §. 21 der Ministerialverordn. v. 8. Mai 1873, L. G. Bl. Nr. 26 für die Bukowina, den mit der Anlegung neuer Grundbücher betrauten Organen zur Pflicht macht. Zeigt es sich nun in der Folge, daß die Localerhebung in der Richtung unzureichend geblieben ist, daß vorhandene Umstände, welche ein gesetzliches Hinderniß der Vereinigung mehrerer Liegenschaften zu einem Grundbuchskörper nach §. 5 des Gesetzes v. 8. März 1873, L. G. Bl. Nr. 23, bilden, gar nicht ermittelt worden sind, und treten später, wenn auch nach Eröffnung des neu angelegten Grundbuchs, Thatsachen hervor, welche das Vorhandensein solcher gesetzlichen Hindernisse klar stellen, so erheischt es der durch jene Verbotsgesetze verfolgte rechtliche Zweck, daß, sei es von Amtswegen, sei es (wie vorliegend) auf Einschreiten des Interessenten, welchem durch den vorschriftswidrigen Vorgang in Vereinigung mehrerer hinsichtlich der Belastung ungleichartiger Liegenschaften zu einem Grundbuchskörper die Geltendmachung seines dinglichen Rechtes unmöglich gemacht erscheint, die entsprechende Berichtigung ohneweiters vorgenommen werde, und es kann hiebei durchaus nicht auf die Erklärung des eingetragenen Eigenthümers der vorschriftswidrig zu Einem Grundbuchskörper vereinigten mehreren Liegenschaften ankommen. Demnach mußten die angefochtenen untergericht-

lichen Entscheidungen, wodurch die von der Recurrentin angesuchte Berichtigung des irrigen Vorganges abgelehnt wurde, als gesetzlich ungerechtfertigt aufgehoben werden. Wenn die Sache durch die aufgetragene Abschreibung und Bildung eines selbstständigen Grundbuchs-körpers über die belastete Parcellen in solche gesetzesprechende Lage gebracht worden ist, welche es dem betheiligten Pfandgläubiger ermöglicht, sein Belastungsrecht ordnungsmäßig geltend zu machen, dann hat das Gericht erster Instanz über die von der Recurrentin unter Einem vorgebrachte Anmeldung des Belastungsrechtes gemäß §§. 12 und 13 des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, das weitere Amt zu handeln.

Nr. 7854.

Zulässigkeit der Verwendung ungarischer Staatspapiere zur Anlage des Vermögens inländischer Pupillen?

Entsch. v. 17. Februar 1880, Nr. 653 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. der inneren Stadt Wien v. 5. Dec. 1879, Nr. 66701 und des O. L. G. Wien v. 23. Dec. 1879, Nr. 21233). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 14.

Von den Theilnehmern an einem Pflugschaftsvermögen, resp. von deren Curatoren wurde der Antrag gestellt, daß 39 Actien der österr.-ungar. Bank, welche als ein Theil dieses Vermögens in gerichtliche Verwahrung genommen wurden, börsenmäßig verkauft und mit dem Erlöse 6percentige ungarische Goldrentenobligationen angeschafft würden. — Das Curatelgericht lehnte den Antrag ab, weil ungarische Goldrentenobligationen gemäß §. 194 des kaiserl. Patentgesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, nicht geeignet sind, um zur Anlage von Pupillengeldern verwendet zu werden. — Das O. L. G. bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Der dagegen ergriffene a. o. Revisionsrecurs wurde von dem obersten Gerichtshofe verworfen, weil in den Entscheidungen und in der Begründung der Untergerichte weder eine offenbare Gesetz- oder Actenwidrigkeit, noch eine Nullität wahrgenommen werden kann, mithin die Voraussetzungen, unter welchen nach §. 16 des Gesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, mit einer Abänderung derselben vorgegangen werden könnte, nicht vorhanden sind.

Nr. 7855.

**Verfahren zur Richtigstellung neu angelegter Grundbücher:
Unzulässigkeit der Anmerkung des Begehrens einer Gemeinde
um Eintragung ihres Eigenthums an Gemeindewegen und
Ortsplätzen.**

Entsch. v. 17. Februar 1880, Nr. 1270 (Best. des Decr. des R. G. Smichow
v. 4. Oct. 1879, Nr. 19081, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom
25. Nov. 1880, Nr. 34519). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 18.

In dem Verfahren, welches nach dem Gesetze vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, zur Richtigstellung des für die Katastralgemeinde A neu eröffneten Grundbuche eingeleitet worden ist, hat der Gemeindevorsteher die Gemeindewege und Ortsplätze mit dem Begehren angemeldet (§. 7 lit. a des citirten Gesetzes), daß dieselben als Eigenthum der Gemeinde in das neue Grundbuch übertragen werden. Bei der hierüber angeordneten Verhandlung opponirte der Vertreter der Bezirkshauptmannschaft dem Begehren der Gemeinde, soweit es ein öffentliches Gut betrifft, und da eine Einigung der Theiligten nicht erzielt werden konnte, wurde in erster Instanz die Anmeldung des Gemeindevorstehers ab- und derselbe mit seinen Ansprüchen auf den binnen 60 Tagen zu betretenden Rechtsweg verwiesen (§. 9 ibid.). — Auf den Recurs der Gemeinde hat das D. L. G. den erstgerichtlichen Bescheid in dem Punkt der Verweisung der Gemeinde auf den Rechtsweg mit Bezugnahme auf §. 9 des citirten Gesetzes bestätigt, hingegen in dem Punkt der Abweisung der Anmeldung abgeändert und dem Gerichte erster Instanz aufgetragen, dieselbe im Grundbuche der Gemeinde durch eine Anmerkung in Evidenz zu bringen, weil der §. 8 ibid. ausdrücklich vorschreibt, daß jede Anmeldung eines der im §. 7 lit. a bezeichneten Ansprüche sogleich in dem Grundbuche durch eine Anmerkung in Evidenz zu halten ist, von einer Abweisung solcher Anmeldungen in dem erwähnten Gesetze keine Erwähnung geschieht, daher dieselbe als unzulässig erscheint.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Verordnung. Gründe: Für die in Rede stehenden Parcellen ist eine Einlage im Grundbuche im Sinne des §. 2 des Grundb.-G. nicht eröffnet worden, weil sie für ein öffentliches Gut angesehen wurden, welches nach §. 2 des Gesetzes vom 5. December 1874, R. G. Bl. Nr. 92 für Böhmen, von der Aufnahme in ein Grundbuch ausgeschlossen ist; deshalb und bei der besonderen Eigenthümlichkeit des angemeldeten Anspruches in Ansehung des Objectes ist die im §. 8 des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, vorgeschriebene Anmerkung der Anmeldung im Grundbuch unausführbar, daher zu unterlassen, und das um so mehr, als im vorliegenden Falle auch der mit der Anmerkung der Anmeldungen verbundene Zweck entfällt. Daß aber

die hier in Rede stehenden Parzellen einen Gegenstand des civilrechtlichen Verkehrs bilden, oder von der Gemeinde auf privatrechtlichem Wege erworben wurden, ist von der Letzteren nicht ausgewiesen worden. Deshalb wurde die Anmeldung in erster Instanz mit Grund abgewiesen.

Nr. 7856.

Giltigkeit der rechtzeitig dem Realgläubiger bekannt gewordenen executiven Feilbietung ungeachtet formwidriger Zustellung der Verständigung.

Entsch. v. 17. Februar 1880, Nr. 1752 (Abänd. des Decr. des O. L. G. Brunn v. 4. Nov. 1879, Nr. 11961). G. S. 1880, S. 100.

In zweiter Instanz wurde auf den Recurs des Hypothekargläubigers B die executive Feilbietung eines von A erstandenen Hauses aufgehoben und die Ausschreibung einer neuen Feilbietung angeordnet, weil dem genannten Tabulargläubiger der Feilbietungsbescheid nicht zu eigenen Händen, sondern seiner Frau zugestellt und der Zustellungsbogen von seinem Sohne gefertigt wurde.

Auf den Recurs des Erstehers hat der oberste Gerichtshof mit Abänderung der obergerichtlichen Verordnung den erstgerichtlichen Feilbietungsact aufrecht erhalten, in der Erwägung, daß B gegen den Feilbietungsact nicht deswegen recurrirte, weil er von der Anordnung der Feilbietung keine Kenntniß erhielt, sondern weil der Verständigungsbescheid, allerdings ordnungswidrig, zu Händen seiner Gattin zugestellt wurde; daß B nicht in Abrede stellt, diesen Bescheid noch vor der Feilbietung von seiner Gattin erhalten zu haben, und zugesteht, im Drange der Geschäfte auf die Feilbietung vergessen zu haben; daß der Zweck der vorgeschriebenen Verständigung der Tabulargläubiger von der Feilbietung des Pfandobjectes kein anderer ist, als ihnen die Ausübung des ihnen nach §. 462 a. b. G. B. zustehenden Einlösungsrechtes zu ermöglichen, dieser Zweck aber erreicht ist, wenn der Pfandgläubiger von der bewilligten Feilbietung rechtzeitig Kenntniß erlangt, auch wenn der Bescheid ihm nicht zu eigenen Händen zugestellt wurde.

Nr. 7857.

Rangordnung der vom Käufer einer Liegenschaft dem Verkäufer für den Rausschillingsrest und einem Dritten am selben Tage eingeräumten Pfandrechte.

Entsch. v. 17. Februar 1880, Nr. 1755 (Abänd. der Decr. des O. G. Galizien v. 30. Sept. 1879, Nr. 9590 und des O. L. G. Prag v. 9. Dec. 1879, Nr. 35447). O. G. 1880, S. 179.

Die B, welche mit Urkunde vom 23. September 1879 von dem A die Liegenschaft X gekauft und dem Verkäufer für den unbezahlten Rausschillingsrest von 1150 fl. verpfändet und in einer zweiten Urkunde von demselben Tage dem C für seine Forderung von 600 fl. das Pfandrecht daran eingeräumt hat, beehrte unter Einem die Intabulation ihres Eigenthums, des Pfandrechtes des Verkäufers A für die Kaufgeldrestschuld (§. 97 Grundb.-G.) und des Pfandrechtes für die Forderung des C. — Das in erster Instanz (aus formalen Gründen) abgewiesene Gesuch wurde von dem O. L. G. bewilligt. Gegen den obergerichtlichen Bescheid ergriff A den Revisionsrecurs, in so ferne damit die Verbücherung des Pfandrechtes des C in der Priorität seines (des A) Pfandrechtes verordnet wurde.

In Erwägung, daß nur der bücherliche Eigenthümer berechtigt ist, einem Dritten Pfandrechte an seiner Liegenschaft einzuräumen, daß somit die Einverleibung des Eigenthumsrechtes für die B der Einverleibung des Pfandrechtes für C vorangehen muß; daß das dem A aus dem Kaufvertrag erwachsene und im §. 97 Grundb.-G. gewährleistete Recht der gleichzeitigen Einverleibung seines Pfandrechtes für den Rausschillingsrest mit jener des Eigenthumes der B nicht dadurch geschmälert werden darf, daß in gleicher Priorität das auf einer anderen Urkunde beruhende Pfandrecht für die Forderung des C intabulirt wird, — hat der oberste Gerichtshof dem Recurs des A stattgeben und die obergerichtliche Verordnung dahin abgeändert, daß die Einverleibung des Pfandrechtes für die Forderung des C in dem der Einverleibung des Eigenthums der B und des Pfandrechtes des A nachfolgenden bücherlichen Rang bewilligt werde.

Nr. 7858.

Anwendbarkeit der Executionsprivilegien der Staatsbeamten auf Beamte der gemeinsamen Regierung der österr.-ungar. Monarchie?

Entsch. v. 17. Februar 1880, Nr. 1843 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Wien v. 31. Oct. 1879, Nr. 166413 und des O. L. G. Wien v. 7. Jänner 1880, Nr. 214). O. G. 1880, S. 313.

Von dem ungar. Handels- und Wechselgerichte in Budapest wurde dem A nach ungarischem Recht (Art. 31 des Reichstages von

1876) die executive Pfändung eines Drittels des Gehaltes des österr.-ungar. Postschaftsbeamten B zur Hereinbringung einer Wechselforderung per 3000 fl. bewilligt und um den Vollzug das J. G. Wien angegangen, welches aber den Vollzug verweigerte, weil nach den hierländigen Gesetzen, insbesondere nach dem Patente v. 25. October 1798, J. G. G. Nr. 436, die Gehalte der Staatsbeamten von der Execution befreit sind. — Das D. L. G. bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid mit der Beifügung, daß für die dem gemeinsamen Ministerium des Aeußern unterstehenden Beamten von der allgemeinen gesetzlichen Regel, wornach die Gehalte der Staatsbeamten der Execution nicht unterliegen, bisher keine Ausnahme gemacht wurde. — A ergriff den a. o. Revisionsrecurs, worin er Folgendes anbrachte: Die gesetzlichen Bestimmungen über die Befreiung der Beamtengehälter von der Execution gelten nur für die österreichischen Staatsbeamten und sind nicht als ein Privilegium für dieselben, sondern im Interesse des Dienstes, also im staatlichen Interesse gegeben worden. B ist aber Beamter der Gesamtmonarchie und als solcher nicht österreichischer Staatsbeamter, sowie der österreichische Staat nicht die Gesamtmonarchie ist. Die Gehalte der Beamten der Gesamtmonarchie können nicht durch die österreichische Legislative allein, sondern nur unter Mitwirkung der ungarischen Gesetzgebung der Execution entzogen werden. Ueberdies ist B ein ungarischer Staatsangehöriger; die Execution wurde von dem Gerichte und nach den Gesetzen seines Vaterlandes bewilligt und auf die Frage der Zulässigkeit der Execution kann der Umstand, daß die Centralcasse des Ministeriums des Aeußern sich in Wien befindet, keinen Einfluß nehmen. Die Exquirbarkeit aller Vermögensbestandtheile des Schuldners ist die Regel und die Befreiung der Beamtengehälter eine streng zu interpretirende Ausnahme; es müssen daher auch die Gehälter der Beamten der gemeinsamen Ministerien als der Execution unterliegend angesehen werden, solange der Gesetzgeber nicht ausdrücklich auch für diese Beamten eine Ausnahme statuiert hat.

Der oberste Gerichtshof hat den Revisionsrecurs bei dem Abgange der zur Abänderung gleichförmiger Entscheidungen nach dem Hofdec. vom 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, erforderlichen Voraussetzungen verworfen und den Recurrenten auf die dem Gesetze entsprechende Begründung der obergerichtlichen Entscheidung verwiesen.

Nr. 7859.

Haftung des einen Anderen sich substituierenden Advocaten für die Expensenforderung des letzteren?

Entsch. v. 18. Februar 1880 Nr. 577 (Best. des das Urth. des B. G. Pettau v. 1. Juni 1879, Nr. 5000, abänd. Urth. des D. L. G. Graz v. 23. Oct. 1879, Nr. 7654). Jur. Bl. 1880, Nr. 12.

Der Advocat B, welchen C zur Führung eines Processess als Vertreter bestellt und zur Substitution eines anderen Advocaten ermächtigt hatte, übertrug die Vertretung dem Advocaten D als seinem Substituten. Der Letztere führte den Proceß und übersendete dem B von Zeit zu Zeit das Verzeichniß der erlaufenen Kosten. Bis zum 2. December 1874 wurden ihm dieselben von B ersetzt; mit der Zahlung der später erwachsenen Kosten blieb dieser im Rückstande. Nun cedirte D die Forderung der Kostenausstände dem Advocaten A, welcher sie gerichtlich liquidiren ließ und in dem auf 76 fl. richtig gestellten Betrag gegen den B einlagte. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen mit nachstehender Begründung: Der Kläger macht geltend, daß der Beklagte als Besteller der Arbeit zur Zahlung des Lohnes verpflichtet sei. Richtig ist, daß Derjenige, welcher eine Arbeit bestellt, auch den Lohn dafür zu zahlen hat, selbst dann, wenn die bestellte Arbeit nicht im Interesse des Bestellers selbst, sondern in jenem eines Dritten lag, die Bestellung aber nicht ausdrücklich für den Dritten gemacht wurde. In dem vorliegenden Fall hat aber der Beklagte nicht für sich, sondern ausdrücklich für einen Dritten eine Arbeit bestellt. Aus der Substitutionsclausel in der von C dem Beklagten ausgestellten Vollmacht mußte der Bestellte selbst ersehen, daß der Beklagte die Arbeit nicht für sich, sondern für einen Dritten bestellt hat. Da nun in einem solchen Falle nicht der Besteller, sondern Derjenige, für welchen die Bestellung ausdrücklich gemacht wurde, zur Zahlung des Lohnes verpflichtet ist, so mußte der Kläger abgewiesen werden. — Das D. L. G. erkannte nach dem Klagbegehren aus folgenden Gründen: Der Kläger begehrt als Cessionar des D vom Beklagten die Zahlung der noch ausstehenden Kosten der Vertretung des C durch den D, wogegen von dem Beklagten nur eingewendet wurde, daß nicht er, sondern B dazu verpflichtet sei. Allerdings sind diese Kosten aus der Vertretung des C erwachsen und treffen sonach in letzter Linie ihn, allein in der von C dem Beklagten ausgestellten Vollmacht wurde Dr. D als dessen Substitut nicht ernannt, dessen Bestellung vielmehr durch den Beklagten auf Grund der ihm in obiger Vollmacht erteilten Befugniß, einen Anderen zu substituiren, erfolgt ist. Dr. D stand daher zu dem C in keinem obligatorischen Verhältnisse und nur zwischen ihm und dem Beklagten ist ein Lohn-, zugleich Bevollmächtigungsvertrag zu Stande gekommen, durch welchen Dr. D berechtigt wurde, vom Beklagten den Lohn für die in seinem Auftrage, wenn auch im Interesse eines Dritten,

besorgten Geschäfte zu fordern, was von ihm auch anerkannt wurde, indem er nicht widersprochen hat, die bis zum 2. December 1874 erwachsenen Substitutionskosten gezahlt zu haben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: In der dem Beklagten Dr. B. ausgestellten Vollmacht hat ihm C die Befugniß erteilt, im Verhinderungsfalle einen Rechtsfreund als Stellvertreter zu ernennen. Vom Beklagten wurde Dr. D. als Substitut bestellt, welcher in dieser Eigenschaft Proceßhandlungen in dem Rechtsstreite des C vorgenommen hat. Da es sich nun um die Zahlung eines Gebührenrückstandes handelt, welchen Dr. D. für die Vertretung in dem Proceß des C zu fordern hatte, mithin nicht das Verhältniß nach Außen, die rechtliche Beziehung zwischen dem Gewaltgeber und dritten Personen, denen gegenüber der Bevollmächtigte den Machtgeber vertritt, sondern das Verhältniß nach Innen zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigten in Betracht kommt, so findet die Bestimmung im §. 1017 a. b. G. B. keine Anwendung, zufolge welcher der Gewalthaber, insoferne er nach Inhalt der Vollmacht den Gewaltgeber vorstellt, diesem Rechte erwerben und Verbindlichkeiten auflegen kann. Es liegt auch nicht vor, daß der Machtgeber C die Substitution des D. genehmigt habe. Es läßt sich demnach nicht annehmen, daß zwischen ihm und dem ernannten Stellvertreter ein Bevollmächtigungsvertrag bestanden habe; ein solcher Vertrag kam vielmehr nur zwischen dem Substituenten und dem Substituten zu Stande. Daher steht dem A. als Cessionar des Dr. D. die Klage aus dem Bevollmächtigungsvertrage gegen den Substituenten, nicht aber gegen den ersten Gewalthaber zu. Nach diesen Erwägungen und aus den Gründen des D. L. G. erscheint dessen Urtheil als vollkommen gerechtfertigt.

Nr. 7860.

Behandlung des pfandrechtlich sichergestellten Heiratsgutes bei der Vertheilung des Meistgebotes: Berechtigung der Ehegattin zur Forderung der Auszahlung desselben während der Ehe?

Entsch. v. 18. Februar 1880, Nr. 586 (Best. des das Urth. des O. G. Palua v. 23. April 1879, Nr. 1576, abänd. Urth. des D. L. G. Prag vom 20. Oct. 1879, Nr. 29256). Jur. Bl. 1880, Nr. 17.

Die A. hat ihrem Ehemann C. ein von ihrem Vater bestelltes Heiratsgut von baaren 600 fl. zugebracht, das er durch Verpfändung seiner Liegenschaft X sicherstellte. Die Liegenschaft wurde im Executionswege dem B. verkauft und in der Meistgebotsvertheilung die

Totalforderung der A auf den Rausschilling gewiesen. Nun belangte sie den B auf Zahlung der 600 fl. Der Beklagte bestritt die Klageberechtigung der A, weil das Heiratsgut nur in den vom Gesetz bestimmten Fällen der Auflösung und Trennung der Ehe der Ehefrau auszufolgen und keiner von diesen Fällen eingetreten sei. In Folge dessen restringirte die A das Klagebegehren auf gerichtliche Deposition der 600 fl. — Das Gericht erster Instanz verurtheilte den B zum gerichtlichen Erlag der 600 fl. mit Abweisung der von ihm vorgebrachten Einwendung, welche nach der Ansicht des Gerichts nur dem Ehemann oder dem Besteller des Heiratsguts zustände. — Von dem D. L. G. wurde das Klagebegehren für dermalen abgewiesen mit folgender Begründung: Dadurch, daß der Gatte der Klägerin das ihr von ihrem Vater gewidmete Heiratsgut per 600 fl. auf seiner Liegenschaft sichergestellt hat, hat dasselbe nicht aufgehört, ein Heiratsgut zu sein, und diese Eigenschaft ging auch dann nicht verloren, als die Realität durch den Zwangsverlauf in die Hände des Beklagten gelangte und die Totalforderung auf das Meistgebot zur Zahlung gewiesen wurde. Sowie nun bei nicht erwirkter Sicherstellung des Heiratsguts der Klägerin jedes, namentlich jedes ausschließliche Dispositionsrecht über dasselbe während der aufrechten Dauer ihrer Ehe abgesprochen werden mußte, verhält es sich auch mit dem sichergestellten Heiratsgute, selbst dann, wenn ihr Gatte nicht mehr Besitzer der dafür verpfändeten Liegenschaft ist und ein Dritter, der Beklagte, dieselbe erworben hat und zur Zahlung des Heiratsguts verpflichtet wurde. Der Klägerin fehlt darum die Legitimation zur Klage auf Zahlung und auch zur Klage auf gerichtliche Deposition des Heiratsgutcapitals, weil ihr überhaupt das Recht zur ausschließlichen Verfügung über dasselbe mangelt. Da ihr aber das Heiratsgut nach dessen Heimfall (§. 1229 a. b. G. B.) zugesprochen werden muß, so war ihre Klage nicht „für immer“, sondern nur „für dermal“ abzuweisen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das von der Klägerin angefochtene Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: Aus den Motiven des D. L. G. ergibt sich, daß dasselbe mit vollem Rechte das Klagebegehren „für dermal“ abgewiesen hat. Wenn die Klägerin in ihrer Revisionsbeschwerde hervorhebt, daß sie ihr Klagebegehren nicht auf ihren ursprünglichen Rechtstitel, nämlich die Ehepacten, sondern einzig und allein auf die rechtskräftige Meistgebotsvertheilung stützt, so erscheint ihr Klagsanspruch auch hiedurch nicht in ein für sie günstigeres Licht gestellt. Denn durch die pfandrechtliche Sicherstellung des Heiratsgutes auf der Realität X und durch den executiven Verlauf dieser Realität hat dasselbe seine rechtliche Natur nicht verloren, und durch die Meistgebotsvertheilung ist die Fälligkeit desselben nicht erwiesen. Wird nun erwogen, daß nach §. 1229 a. b. G. B. das Heiratsgut erst nach dem Tode des Mannes seiner Ehegattin, und wenn sie vor ihm stirbt, ihren Erben anheimfällt, wenn von den Ehegatten nichts

Anderes festgestellt worden ist; daß im vorliegenden Falle das gegebene Heiratsgut in baarem Gelde bestand, daher nach §. 1227 a. b. G. B. dem Manne das vollständige Eigenthum, der Gattin aber kein Recht zur Verfügung mit demselben während der Ehe gebührt; daß der Ehemann noch am Leben ist und seine Zustimmung zu der von der Klägerin verlangten Herausgabe des Heiratsgutes nicht vorliegt; daß, wie die Meistgebotsvertheilung zeigt, auf der Totalforderung Pfandrechte haften, und daß die Ehepacten, auf deren Grund das Heiratsgut auf der Realität X sichergestellt wurde, im Proceß nicht beigebracht worden sind, daher die nach §. 1229 a. b. G. B. sich ergebenden Bedenken, ob nicht etwa auch noch Rechte dritter Personen hinsichtlich dieses Heiratsgutes unterwalten, in keiner Weise beseitigt erscheinen; daß die gerichtliche Hinterlegung der Schuld nach §. 1425 a. b. G. B. ein Recht des Schuldners und die Hinterlegung selbst nur dem Schuldner zu seinem Vortheile eingeräumt ist, im gegenwärtigen Streit aber der Schuldner sich der Deponirung der Schuld widersetzt, so stellt sich das Urtheil zweiter Instanz als gesetzlich gerechtfertigt dar.

Nr. 7861.

Fortsetzung einer vor Eintragung der Liegenschaft in's Grundbuch begonnenen Immobilienexecution.

Entsch. v. 18. Februar 1880, Nr. 718 (Best. des Decr. des B. G. Wilna v. 20. August 1877, Nr. 1930, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 30. Dec. 1878, Nr. 17230). G. J. 1880, S. 270.

Die Finanzprocuratur hatte zur einstweiligen Sicherstellung einer gegen den B eingeklagten Fiscalforderung die pfandweise Beschreibung der in keinem Grundbuch stehenden Liegenschaft X des Schuldners erwirkt und begehrte sodann auf Grund des rechtskräftigen Zuspruchs der Forderung im Executionsweg die pfandweise Beschreibung der Realität, resp. die Umwandlung der provisorischen Pfandbeschreibung in die executive. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil nach dem Berichte des Gerichtes erster Instanz und dem vorgelegten Auszug aus dem Grundbuche, welches für die Gemeinde C eröffnet wurde, die Realität X in diesem Grundbuch auf den Namen des D intabulirt ist, demnach einen Grundbuchskörper bildet.

Der oberste Gerichtshof bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid. Gründe: Der Umstand, daß für die Katastralgemeinde C neue Grundbücher errichtet und die in Execution gezogene Grundwirthschaft X in der Grundbucheinlage sub Nr. . . . auf den Namen des D eingetragen wurde, kann der angesuchten Bewilligung der executiven pfand-

weisen Beschreibung dieser Realität mit Bezug auf die früher durchgeführte provisorische Pfandbeschreibung deshalb nicht im Wege stehen, weil das neue Grundbuch erst nach der Ueberreichung des Executionsgesuches der Finanzprocuratur und nach der erstrichterlichen Erledigung desselben eröffnet wurde, und die Finanzprocuratur die Forderung in der offenen Edictalfrist zur Eintragung als alte Last auf der in Rede stehenden Realität angemeldet hat.

Nr. 7862.

Abtretung derselben unverbrieften Forderung an verschiedene Personen: Perfection der Cession durch die Benachrichtigung des Cessus.

Entsch. v. 18. Februar 1880, Nr. 1004 (Best. des das Urth. des O. G. Klubs v. 14. Sept. 1879, Nr. 6002, abänd. Urth. des O. L. G. Prag v. 25. Nov. 1879, Nr. 32726). O. Z. 1881, Nr. 104.

Nachdem C im December 1878 mit schriftlicher Urkunde seine unverbriefte Forderung von 357 fl. bei D dem B cedirt hatte, trat A gegen den Letzteren mit einer Klage auf, worin er anführte und mit dem Haupteid zu beweisen sich erbot, daß ihm von C dieselbe Forderung bereits im October 1878 mündlich abgetreten wurde, und deshalb die Ungiltigerklärung der Cession an den Beklagten und die Ausfolgung des Schuldbetrags begehrte, welchen der Cessus, der zuerst von der Cession an den Beklagten und später von jener an den Kläger verständigt wurde, bei Gericht deponirt hatte. — In erster Instanz wurde dem Klagebegehren stattgegeben, wenn A seine Anführung mit dem Haupteid beweist. — Das O. L. G. erkannte auf unbedingte Abweisung der Klage aus den nachstehenden Gründen: Das Begehren des Klägers ist auch dann nicht gerechtfertigt, wenn er die Thatsache der an ihn erfolgten Cession beweist, da dieselbe nur mündlich geschehen sein soll, während über die Cession an den Beklagten eine Urkunde errichtet und dem Beklagten übergeben worden ist. Wenn Jemand eine bewegliche Sache an eine Person mit, an eine andere Person ohne Uebergabe veräußert, so gebührt sie derjenigen, welcher sie übergeben worden ist (§. 430 a. b. O. B.); die Forderung des Gläubigers an den Schuldner ist aber eine bewegliche Sache (§. 298 a. b. O. B.), bei welcher die Uebergabe durch Zeichen eintritt (§. 427 a. b. O. B.). Da der Kläger nicht behauptet, daß der Beklagte von der Cession des C an ihn (Kläger) Kenntniß hatte, und daß die Cession an den Beklagten ein zum Zweck seiner (des Klägers) Verkürzung abgeschlossenes Scheingeschäft ist, so muß das Klagebegehren abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: „Es macht wohl keinen Unterschied, ob die Abtretung einer nicht grundbücherlich sichergestellten und unverbrieften Forderung mündlich oder schriftlich geschehen ist und es kann insbesondere in einer ausgestellten Cessionsurkunde nur ein Beweismittel über den Abschluß des Abtretungsvertrages, keineswegs aber ein Act der Uebergabe der abgetretenen Forderung im Sinne des §. 427 a. b. G. B. erkannt werden, weil die Forderung in ihrer Existenz nicht durch die Cessionsurkunde bedingt ist, durch letztere daher nicht das Eigenthum des Uebergebers an der Forderung dargethan wird. Gleichwohl erscheint die obergerichtliche Abweisung der Klage gerechtfertigt, weil im Fall der Abtretung einer nicht verbücherten Forderung der Vollzug derselben in der Verständigung des Schuldners von der Cession erblickt werden muß, indem dieser, so lange ihm der Uebernehmer nicht bekannt wird, den ersten Gläubiger zu bezahlen oder sich sonst mit ihm abzufinden berechtigt ist, dies jedoch nicht mehr kann, sobald ihm der Uebernehmer bekannt geworden ist (§§. 1395 und 1396 a. b. G. B.). Es entscheidet demnach in dem Falle, wenn der Gläubiger eine und dieselbe Forderung zwei verschiedenen Personen abtritt, in Ansehung der Rechtswirksamkeit der einen und der anderen Cession die frühere Verständigung des Schuldners, und kommt nach Maßgabe dessen der §. 430 a. b. G. B. zur Anwendung. Nun hat, nach des Klägers eigener Anführung, der Beklagte die an ihn am 19. December 1878 schriftlich unter Ausstellung einer Urkunde geschehene Cession dem Cession noch an demselben Tag bekannt gegeben, wogegen der Letztere von der angeblich im October 1878 erfolgten Abtretung der nämlichen Forderung an den Kläger erst am 4. Jänner 1879 verständigt worden ist. Es ist daher schon hierwegen der Klageanspruch unbegründet.

Nr. 7863.

Unstatthaftigkeit der Geltendmachung des im §. 822 a. b. G. B. eingeräumten Rechtes durch Gläubiger eines auf den Pflichttheil beschränkten Erben.

Entsch. v. 18. Februar 1880, Nr. 1156 (Best. des des Decr. des k. k. O. B. Wien v. 18. Sept. 1879, Nr. 144120, abänd. Decr. des O. L. G. Wien v. 4. Nov. 1879, Nr. 18495) Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 22.

B wurde von seinem Vater M auf den Pflichttheil beschränkt, welcher $\frac{9}{12}$ der Verlassenschaft des Letzteren ausmacht. In der Verlassenschaft befindet sich ein Haus. Zur hereinbringung einer gegen B erliegenden Forderung begehrte A im Executionsweg die Ertheilung des Pfandrechts an dem seinem Schuldner angefallenen zwölften Theil

des obigen Hauses mit dem Vorbehalt des §. 822 a. b. G. B. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen.

In Erwägung, daß das von M hinterlassene Haus nach §. 784 a. b. G. B. und der Erläuterung vom 31. Jänner 1844, J. G. G. Nr. 781, nicht als ein zum zwölften Theile dem pflichttheilsberechtigten B angefallenes Erbgut betrachtet werden kann; daß der §. 786 a. b. G. B. und die Erläuterung vom 27. März 1847, J. G. G. Nr. 1051, mit Rücksicht auf die bereits mit dem Todestage des Erblassers eintretende Wirksamkeit des Pflichttheilsanspruches nur in Ansehung des Gewinnes und der Nachtheile und der gewonnenen Früchte bis zur wirklichen Abfertigung des Notherben eine verhältnismäßige Gemeinschaft zwischen diesem und dem Haupt- oder eigentlichen Erben annehmen; daß das Erb- oder Verlassenschaftsgut, welches dem B nach dem Tode seines Vaters angefallen ist, lediglich in dem nach Vorschrift des Gesetzes zur Geltung zu bringenden Anspruch auf eine durch gerichtliche Schätzung des Nachlasses zu berechnende, seinem Pflichttheil entsprechende Geldsumme besteht, — hat der oberste Gerichtshof die Entscheidung des D. L. G. bestätigt.

Nr. 7864.

Executive Feilbietung einer eingeklagten Forderung: Nichtberechtigung des belangten Schuldners zur Einflußnahme auf die Festsetzung der Feilbietungsbedingungen.

Entsch. v. 18. Februar 1880, Nr. 1536 (Best. des Decr. des J. G. Prag v. 10. Nov. 1879, Nr. 78475, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag v. 10. Dec. 1879, Nr. 36253). Jur. Bl. 1880, Nr. 19.

In dem Concurs des B wurde in erster Instanz die gerichtliche Feilbietung der Activforderungen der Concursmasse bewilligt und mit den nachstehenden Verkaufsbedingungen ausgeschrieben: 1. „Dem Ersteher stehen keine, welchen Namen immer habenden Ansprüche gegen die Concursmasse bezüglich der Richtigkeit und Einbringlichkeit der erstandenen Forderung zu, es wird sonach keinerlei Eviction diesfalls geleistet und hat der Ersteher sämtliche mit der Einbringlichmachung der Forderung verbundenen Kosten zu tragen.“ 2. „Dem Ersteher der im Prozesse befangenen Forderungen werden gegen Ausweis der betreffenden Abjudicationen sämtliche in Händen der Concursmasse befindlichen Proceßacten übergeben und hört von diesem Augenblick jede gerichtliche Vertretung in diesen Processen Seitens der Concursmasse auf.“ — Auf den Recurs des C, gegen welchen der Concursmassenverwalter eine Forderung von 49.792 fl. eingeklagt hatte, wurde von

dem D. L. G. die Feilbietungsbedingung 2 durch den Zusatz ergänzt, daß die Concurssmasse dem Forderungsschuldner, wenn er im Proceß obliegen und ihm der Ersatz der Proceßkosten zuerkannt werden sollte, für die bis zum Tage des Licitationsverlaufes aufgelaufenen Proceßkosten haftend bleibt; weil durch den Verkauf der Forderung zwar der Uebergang derselben auf den Käufer bewirkt, die Concurssmasse jedoch von ihrer Haftung für den bereits eingeleiteten Proceß und für den Ersatz der bis zum Verkaufe aufgelaufenen Kosten an den etwa obliegenden Schuldner nicht befreit wird.

Auf den Revisionsrecurs des Concurssmassenverwalters beseitigte der oberste Gerichtshof die obergerichtliche Ergänzung der zweiten Feilbietungsbedingung, weil diese Bedingung, wodurch lediglich das Rechtsverhältniß zwischen der Concurssmasse als Cedentin, und dem Ersteher als Cessionar, geregelt, und jenes des Cessus zur Concurssmasse nicht berührt wurde, dem A als Cessus einen begründeten Anlaß zur Beschwerde nicht geben konnte, und demselben im vorliegenden Falle, wie bei jeder anderen Cession einer bereits eingeklagten und den Gegenstand einer schwebenden Streitverhandlung bildenden Forderung die gesetzlichen Schutzmittel zur Wahrung seiner Rechte zustehen.

Nr. 7865.

Unstatthaftigkeit der Geltendmachung des im §. 822 a. b. G. B. begründeten Rechts durch Gläubiger eines auf den Pflichttheil beschränkten Erben.

Entsch. v. 18. Februar 1880, Nr. 1846 (Best. des das Decr. des O. G. Josefstadt in Wien v. 20. Sept. 1879, Nr. 10997, abänd. Decr. des D. L. G. Wien v. 9. Dec. 1879, Nr. 20148). G. S. 1880, S. 280.

Gegen den B, welcher von seinem verstorbenen Vater M testamentarisch auf den Pflichttheil beschränkt worden war, begehrte A im Zuge der Verlassenschaftsabhandlung die Einverleibung des executiven Pfandrechts an dem dem B „als Pflichttheilnehmer“ angefallenen Antheil von dem zur Verlassenschaft gehörigen Hause X unter der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. zur Hereinbringung der ihm gegen B zuerkannten Geldforderung. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde auf den Recurs der eingesezten Erben des M von dem D. L. G. mit der Begründung abgewiesen, daß zwar nach §. 822 a. b. G. B. den Gläubigern des Erben das Recht zusteht, das dem Letzteren angefallene Erbgut noch vor der Einantwortung unter der dort gedachten Beschränkung mit Pfändung zu belegen, daß aber nach dem Hofdec. v. 31. Jänner 1844, Nr. 781 S. O. G., dem Erbverben kein Anspruch auf verhältnismäßige Antheile an den einzelnen, zur Verlassenschaft gehörigen beweglichen und unbeweglichen

Sachen, sondern nur auf den nach der gerichtlichen Schätzung berechneten Werth seines Erbtheils zukommt; daß daher die zur Verlassenschaft des M gehörige Realität X kein dem Pflichttheilsnehmer B angefallenes Erbgut bildet und von dem Gläubiger des B umsoweniger in Execution gezogen werden kann, als M in seinem Testamente die ausdrückliche Anordnung getroffen hat, daß der Pflichttheil des B nach dem Werthe der genannten Realität berechnet und daraus berichtigt werden soll.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die von A angefochtene Entscheidung der zweiten Instanz, in Erwägung, daß nach der eigenen Darstellung des Executionsführers und nach dem Inhalte der von ihm beigebrachten Abschrift des Testaments des M, dem ausdrücklich auf den Pflichttheil beschränkten Sohne B keineswegs ein verhältnißmäßiger Theil des zur Verlassenschaft des Verstorbenen gehörenden Hauses angefallen ist, um nach der Anordnung des §. 822 des a. b. G. B. und des Hofdecret vom 3. Juni 1846, J. G. G. Nr. 968, unmittelbar von einem Gläubiger des Letzteren zur hereinbringung seiner Schuldforderung mit Pfand belegt werden zu können; daß der Executionsführer selbst nicht behauptet, und noch weniger dargethan hat, daß die Testamentserben gestattet hätten, daß B zur Befriedigung seines Pflichttheilsanspruches zu dem entsprechenden Theile als Miterbe eintrete; daß demnach das Gut, welches dem B nach seinem verstorbenen Vater erbrechtlich angefallen ist, dormalen lediglich in einer ihm gegen die Verlassenschaft, resp. gegen die Testamentserben zustehenden, nach dem Schätzungswerthe des reinen Nachlasses zu liquidirenden und einer besonderen Verjährung in der Geltendmachung unterworfenen Geldforderung besteht, und daß nach der Bestimmung des §. 786 a. b. G. B. und des erläuternden Hofdecr. v. 27. März 1847, J. G. G. Nr. 1051, mit Rücksicht auf die Natur des gleich mit dem Tode des Erblassers in Wirksamkeit tretenden Pflichttheilsanspruches die Verlassenschaft lediglich in Ansehung des Gewinnes und der Nachtheile und der daraus gewonnenen Früchte und in keiner anderen Beziehung als ein zwischen Haupt- und Notherben verhältnißmäßig gemeinschaftliches Gut zu betrachten ist, und hieraus ein dem Letzteren erbrechtlich angefallener Titel zum Miteigenthum an der Substanz von Verlassenschaftsobjecten nicht gefolgert werden kann; daß unter solchen Verhältnissen das Haus X, welches in seiner Totalität nur dem Testamentserben als Erbgut angefallen ist, von einem Gläubiger des auf den Pflichttheil beschränkten B, sei es auch nur zu einem Theile, anstatt der für diesen aus dem vorliegenden Verlassenschaftsfalle erwachsenen, erst zu liquidirenden Geldforderung zur Befriedigung seines Pflichttheils der executiven Pfändung nicht unterzogen werden durfte, und daß die Testamentserben zur Anfechtung des diese Execution bewilligenden Bescheides der ersten Instanz legitimirt waren.

Nr. 7866.

**Uebernahme einer Schuld durch Zahlung eines Theil
derselben oder der Zinsen?**

Entsch. v. 19. Februar 1880, Nr. 554 (Best. des Urth. des B. O. Czernowitz v. 21. Dec. 1878, Nr. 2604, Abänd. des Urth. des D. L. O. Straß v. 25. Juni 1879, Nr. 8327). O. G. 1880, S. 417.

Von dem 200 fl. betragenden Darlehen, welches A dem M gegeben, hat nach dem Tod des Schuldners dessen Tochter O 100 fl. zurückgezahlt und ihr Sohn B die Zinsen von dem Capitalrest bis in die letzte Zeit entrichtet. Auf Grund dieser Thatfachen belangte den B wegen Zahlung des Darlehensrestes von 100 fl. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen. — Das D. L. O. erkannte nach dem Klagebegehren.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urtheil. Gründe: Es liegt dafür kein Beweis vor, daß die C und der B klagte Erben des Anleiheres M und als solche zur Zahlung der Schuld des Letzteren verpflichtet seien. Aus dem Umstand allein, daß — nach der Anführung des Klägers — die C die Hälfte der Darlehenssumme zurückgezahlt hat, kann bei dem Mangel einer ausdrücklichen Erklärung derselben, daß sie die Schuld als Alleinzahlerin übernommen habe oder der Verbindlichkeit des verstorbenen X als Mitschuldnerin zur ungetheilten Hand beigetreten sei (§§. 1344, 891 a. b. O. B.), nicht geschlossen werden, daß sie deshalb verbunden sei, auch die andere Hälfte zu bezahlen. Ebensowenig kann der Umstand, daß A sich von der Beklagten durch einige Zeit die Zinsen der streitigen Schuld von 100 fl. zahlen ließ, für sich allein als eine Uebernahme der Schuld durch den Beklagten als Alleinzahler gelten, indem hierfür eine ausdrückliche Erklärung des Beklagten vorliegen müßte (§. 1344 a. b. O. B.) und die bloße Zahlung einiger Zinsentraten sich nicht als eine zweifellose stillschweigende Annahme des Willens darstellt, auch die Verbindlichkeit zur Zahlung des Capitals zu übernehmen (§. 863 a. b. O. B.).

Nr. 7867.

**Anspruch der Mutter gegen den unehelichen Vater auf Ersat
der von ihr bestrittenen Alimentationskosten.**

Entsch. v. 24. Februar 1880, Nr. 1123 (Best. des Urth. des D. O. Prag v. 12. August 1879, Nr. 23561, Abänd. des Urth. des D. L. O. Prag von 28. Oct. 1879, Nr. 30631). O. G. 1881, Nr. 100.

Die A belangte den Vater ihres unehelichen Kindes auf Ersat der seit der Geburt des Kindes von ihr bestrittenen Verpflegungskosten.

losten. — Das in erster Instanz zugelassene Klagebegehren wurde von dem D. L. G. abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Nach den §§. 166 und 167 a. b. G. B. hat das uneheliche Kind das Recht, von seinen Eltern eine ihrem Vermögen angemessene Verpflegung zu fordern; es ist daher auch die Mutter verpflichtet, soweit sie es vermag, ihr uneheliches Kind zu verpflegen. Da nun die A die Alimente ihrem Kinde tatsächlich leistete, oder ihm dieselben auf ihre Rechnung verschaffte, ohne von Jemanden hierzu einen Zuschuß verlangt zu haben, so muß als zweifellos angenommen werden, daß sie die Mittel besaß, um die Lebensbedürfnisse ihres Kindes zu befriedigen. Es steht ihr daher ein Anspruch auf Ersatz der bestrittenen Verpflegungskosten nicht zu und von dem §. 1042 a. b. G. B. kann sie gegen den Beklagten keinen Gebrauch machen, weil, wie gezeigt, der Vater des unehelichen Kindes diesen Aufwand für das Kind nicht unbedingt und allein machen muß.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Bei der Entscheidung des vorliegenden Rechtsstreites muß im Auge behalten werden, daß nach §. 167 a. b. G. B. der uneheliche Vater zur Verpflegung des unehelichen Kindes vorzüglich, d. h. in erster Linie, verpflichtet ist und daß diese Verbindlichkeit auf die Mutter erst dann fällt, wenn der Vater nicht im Stande ist, das Kind zu verpflegen. Durch diese Anordnung wird die im §. 166 a. b. G. B. im Allgemeinen normirte Berechtigung des unehelichen Kindes, von seinen Eltern eine ihrem Vermögen angemessene Verpflegung, Erziehung und Versorgung zu fordern, die diesem Recht gegenüber dem Vater, eventuell der Mutter entstehende Verpflichtung näher präcisiert. Demnach hätte die obergerichtliche Ansicht von der Unanwendbarkeit des §. 1042 a. b. G. B. auf den gegenwärtigen Fall nur dann eine Berechtigung, wenn mit Grund angenommen werden könnte, daß von der Kindesmutter für den Unterhalt des Kindes aus mütterlicher Zuneigung oder natürlichem Pflichtgeföhle gesorgt wurde und die Absicht, statt des Vaters einzutreten, niemals bei ihr vorhanden gewesen sei, zu welcher Annahme aber die Proceßlage keinen Anhaltspunkt abgibt. Es kann daher der Beklagte sich von seiner Verpflichtung nur dann befreien, wenn er beweist, daß er während des Zeitraumes, für welchen der Ersatz von der unehelichen Mutter angesprochen wird, außer Stande gewesen sei, diese Verpflegung zu leisten, welchen Beweis er aber nicht erbracht hat, da vielmehr das Gegentheil durch seinen Nahrungsstand als Fleischnhauer und die innerhalb des gedachten Zeitraumes erfolgte Gründung einer Familie erwiesen ist.

Nr. 7868.

Unstatthaftigkeit des Widerrufs einer Ausschlagung der Erbschaft.

Entsch. v. 24. Februar 1880, Nr. 1839 (Best. des das Decr. des O. G. Laibach v. 21. Oct. 1879, Nr. 8175, abänd. Decr. des O. L. G. Graz vom 23. Dec. 1879, Nr. 13637). G. Z. 1881, Nr. 88.

Die Erbschaft des M ist seinen vier Töchtern A, B, C und D angefallen. In einer dem Abhandlungsgericht überreichten Eingabe verzichtete die A auf ihr Erbrecht mit Vorbehalt des ihr von M ausgesetzten Legates. Drei Wochen darauf widerrief sie in einer zweiten gerichtlichen Eingabe den Erbverzicht, mit der Motivirung, daß sie den Erbverzicht unter der Voraussetzung eingebracht habe, daß auch ihre Schwester B sich mit dem ihr zugedachten Legate begnügen werde, was aber nicht der Fall sei. — Von dem Abhandlungsgericht wurde dieser, von den Schwestern C und D mit unterzeichnete Widerruf angenommen. — Auf den Recurs der B verordnete das O. L. G. die Zurückweisung der Widerrufserklärung in der Erwägung, daß die A dem Erbrecht zum Nachlaß ihres Vaters mit Vorbehalt des ihr zugedachten Legates ausdrücklich entsagt und das Abhandlungsgericht diese Entsagung als Grundlage für die künftige Abhandlungspflege angenommen hat; daß eine rechtsgiltige Erbschaftsentsagung nach Analogie des §. 806 a. b. G. B. gleich einer gerichtlichen Erbschaftserklärung nicht widerrufen werden kann, weil daraus dritten Personen Rechte erwachsen, welche durch einen nachträglichen Widerruf nicht wieder aufgehoben werden können.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Revisionsrecurs der A mit Verweisung auf die gesetzmäßige Begründung der obergerichtlichen Verordnung.

Nr. 7869.

Zustellung von Urtheilen des osmanischen Handelsgerichtes in Constantinopel an dort lebende österreichische Staatsbürger durch das österreichische Consulat.

Entsch. v. 24. Februar 1880, Nr. 1932 (Best. der Decr. des k. k. Consulates in Constantinopel v. 20. Jänner 1879, Nr. 253 und des O. L. G. Triest v. 31. Juli 1879, Nr. 2577). G. Z. 1880, S. 367.

In der Rechtsache der Gesellschaft „Crédit général Ottoman“ wider den österr.-ungar. Staatsangehörigen B hat das osmanische Handelsgericht in Stambul das Urtheil gefällt, dessen Zustellung an den in Stambul wohnenden B das dort residirende k. k. Consulat im

Requisitionsweg verfügte. — Dagegen recurrirte B an das D. L. G. Triest und schließlich im außerordentlichen Wege an den obersten Gerichtshof.

Sein Recurs wurde von beiden Obergerichten mit der Begründung verworfen, daß das k. und k. Consulat mit Rücksicht auf die Vorschriften der Ministerialverordnung v. 2. März 1852, Nr. 2843, und des k. Pat. v. 3. Mai 1853, R. G. Bl. Nr. 81, verpflichtet war, die Zustellung des im Wege des k. und k. Vörschaftsdragomanats dem Consulate zugekommenen Urtheiles zu besorgen.

Nr. 7870.

Befreiung des dem Executionsführer vorgehenden Gläubigers (des Fiscus) von dem Erlage der Feilbietungscantion.

Entsch. v. 24. Februar 1880, Nr. 1934 (Best. des das Decr. des D. L. G. Vissus v. 12. Oct. 1879, Nr. 11028, abänd. Decr. des D. L. G. Triest v. 22. Mai 1879, Nr. 3873). G. S. 1880, S. 370.

Das Edict, mit welchem die Feilbietung der von der Verwaltung der Kirche A in Execution gezogenen Liegenschaft des B ausgeschrieben wurde, enthielt die Festsetzung, daß, mit Ausnahme der Executionsführerin, jeder Kauflustige, um zum Mitbieten zugelassen zu werden, 10 % des 1495 fl. betragenden Schätzungswertes der Realität als Badium zu erlegen hat. Noch vor dem Feilbietungstermin begehrte der Vertreter des Steueramtes unter Beibringung eines Verzeichnisses der auf 295 fl. sich belaufenden Grundsteuerausstände, die Befreiung vom Erlage des 10percentigen Badiums im Falle, daß er für das Steueramt mitbieten würde. — Nach Einvernahme der Betheiligten wurde in erster Instanz das Gesuch des Steueramtes abgewiesen, weil die Executionsführerin sich dem gestellten Begehren widersetzte und nach den Feilbietungsbedingungen nur sie von dem Erlage des Badiums befreit ist. — Das D. L. G. dispensirte das Steueramt vom Erlage des Badiums für den Fall, daß es als Kauflustiger auftreten und nach §. 1008 a. b. G. B. die besondere Kaufsermächtigung nachweisen würde, in Erwägung, daß, abgesehen auch von der Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung des Staates, im gegebenen Falle für den Fiscus der Umstand spricht, daß die durch das beigebrachte steueramtliche Verzeichniß bestätigte und auch vom Gegner unbestrittene Steuerforderung im Betrage von 295 fl. sich als hinreichend darstellt, um das 10percentige Badium vom Schätzungswert pr. 1495 fl. der in Execution gezogenen Liegenschaft zu decken, und daß der berührte Umstand völlig genügt, die Befreiung des Fiscus von der Pflicht zum Erlage des Badiums als

Sicherstellung des Erstehungspreises zu rechtfertigen; daß demnach, da der Widerspruch der Executionsführerin offenbar unbegründet ist, darauf kein Bedacht genommen werden konnte. Die Executionsführerin ergriff den Revisionsrecurs, worin sie vorbrachte, daß der Fiscus in Civilangelegenheiten anderen Parteien nach dem Gesetze gleichgestellt sei und nirgends zu dessen Gunsten eine Ausnahme statuiert wurde; daß die Zahlungsfähigkeit des Fiscus nicht außer Frage gestellt erscheine, indem der Eintreibung von Forderungen gegen denselben gewöhnlich Schwierigkeiten in Betreff der Zahlung entgegenstünden; daß die gleiche Zahlungsfähigkeit auch den reichen Privatpersonen zugestanden werden müßte und daher den Reichen vor den Armen vom Gerichte ein Privilegium und Vorzug zuzugestehen wäre, was jedoch gegen das Princip der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze verstoße; daß endlich über die Richtigkeit der Fiscalforderung erst bei der Rausschillungsvertheilung abgesprochen und vom Gerichte über die Zahlungsfähigkeit bei der Feilbietung nicht entschieden werden könne.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die oberlandesgerichtliche Verordnung in Anbetracht, daß die Behauptung der Recurrentin, daß die Prüfung der Richtigkeit der Fiscalforderung erst der Verhandlung über die Vertheilung des Rausschillings vorbehalten bleiben sollte, ganz irrig ist, indem zum Ausspruche der Richtigkeit und Liquidität der Fiscalforderung nur die Verwaltungsbehörden berufen sind; daß, nachdem bereits die Executionsführerin von dem Erlage des Vadiums befreit worden ist, mit größerem Rechte dem Fiscus die gleiche Begünstigung für seine das Vorrecht genießende und den Betrag des Vadiums überschreitende Forderung zugestanden werden muß.

Nr. 7871.

Execution auf eine nicht in's Grundbuch eingetragene Liegenschaft: Unzulässigkeit des Auftrags an den Executionsführer zur Nachweisung des Besizes des Executen.

Entsch. v. 24. Februar 1880, Nr. 2053 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des O. G. Nislo v. 2. Dec. 1879, Nr. 10185 und des O. L. G. Krakau v. 29. Dec. 1879, Nr. 19732). G. S. 1880, S. 214.

A beehrte im Executionswege gegen seinen Schuldner B die Ertheilung des Pfandrechtes an der nicht verbücherten Liegenschaft X des B. Das Executionsgericht bewilligte das Gesuch und requirirte die Pfandbeschreibung von dem Realgericht, welches dem Executionsführer auftrag, den Nachweis zu liefern, daß die Realität im Besitze des Executen ist. — Dieser von dem A angefochtene Bescheid wurde in zweiter Instanz bestätigt, weil die Verordnung des Realgerichtes

dem Gesetze nicht widerspricht und sowohl das Interesse des Gläubigers als auch des Schuldners berücksichtigt, indem sie die sichere Durchführung der Execution bezweckt.

In Erwägung, daß die Pfandbeschreibung von dem Executionsgerichte bewilligt und das Realgericht um die Vornahme derselben angegangen wurde; daß daher das letztere Gericht verpflichtet war, die nöthigen Einleitungen zur Vornahme der Pfandbeschreibung sofort zu treffen und, wenn sich Anstände dagegen ergeben würden, dieselben zur Kenntniß des requirirenden Gerichtes zu bringen; daß daher die einer Sistirung gleichkommende Abhängigmachung des Vollzuges von dem Nachweise des Besitzes des Executen, zu dessen Weibbringung der Executionsführer aufgefordert wurde, gesetzlich nicht begründet erscheint, zumal es dem zur Durchführung der Execution delegirten Gerichtsabgeordneten obliegen wird, den Besitz gehörig zu constatiren, — hat der oberste Gerichtshof auf den a. o. Revisionsrecurs des A. mit Aufhebung der untergerichtlichen Bescheide dem D. R. G. aufgetragen, das Realgericht zur sofortigen Vornahme der Execution anzuweisen.

Nr. 7872.

Unzulässigkeit der Anfechtung von während der Minderjährigkeit des Beklagten gegen ihn vorgenommenen Proceß- und Executionsacten durch ihn selbst nach erlangter Volljährigkeit mittelst bloßer Anzeige.

Entsch. v. 24. Februar 1880, Nr. 2129 (Best. der gleichförmigen Decr. des J. G. Prag v. 30. Oct. 1879, Nr. 70787 und des D. R. G. Prag v. 18. Nov. 1879, Nr. 33654). G. S. 1880, S. 218.

Nachdem A auf einen von der B acceptirten Wechsel gegen dieselbe am 25. Mai 1871 den Zahlungsauftrag und am 7. August 1879 im Executionswege die Einantwortung der Hälfte der Pension der B erwirkt hatte, überreichte die Letztere eine Eingabe, worin sie mit dem Geburtschein nachwies, daß sie bis zum 28. November 1876, also zur Zeit der Acceptation des Wechsels und der Erlassung des Zahlungsauftrages minderjährig war, und darauf hin im Sinne der Hofdecr. vom 4. Juni 1789, Nr. 1015 und 14. October 1803, Nr. 629 der J. G. G., die Außerkraftsetzung des Zahlungsmandates und des Executionsbescheides begehrte. — Nach Vernehmung beider Theile wurde das Gesuch der B in erster Instanz abgewiesen, aus folgenden Gründen: Nach den citirten Hofdecreten steht nur dem gesetzlichen Vertreter das Recht zu, den gegen eine Partei, die sich selbst zu vertheidigen nicht befugt ist, erlassenen Spruch anzufechten und

dessen Richtigkeit anzuzeigen, nicht aber der Partei selbst; diese gesetzliche Bestimmung hat offenbar den Zweck, die Minderjährigen vor Bevortheilungen zu schützen, und ist daher auf die Zeit beschränkt, wo diesen Personen die freie Dispositionsfähigkeit über ihr Vermögen abgeht. Es kann aber nach dem klaren Wortlaute derselben die dem gesetzlichen Vertreter bloß für die Zeit bis zur erreichten Dispositionsfähigkeit eingeräumte Befugniß nicht auch auf die schutzbefohlenen Personen, nach ihrer erreichten Dispositionsfähigkeit ausgedehnt werden. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Verordnung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung und in der Erwägung, daß die Bestreitung der gegen eine minderjährige Person ergangenen Erkenntnisse im Wege einer bloßen Anzeige nur dem gesetzmäßigen Vertreter der minderjährigen Person zusteht, der großjährig Gewordene dagegen die während seiner Minderjährigkeit geschlossenen Rechtsgeschäfte und die darüber ergangenen Sprüche nur mittelst förmlicher Klage anfechten kann.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs der B mit Verweisung auf die Gründe der untergerichtlichen Entscheidungen und auf den Umstand, daß die Recurrentin den Executionsbescheid vom 7. August 1879, in Rechtskraft treten ließ.

Nr. 7873.

Bescheinigung einer Mehrheit von Executionen als Bedingung der aufrechten Erledigung eines Concurseröffnungs-gesuches.

Entsch. v. 24. Februar 1880, Nr. 2150 (Best. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Wien v. 5. Dec. 1879, Nr. 85066 und des D. L. G. Wien v. 8. Jänner 1880, Nr. 182). Jur. Bl. 1880, Nr. 42.

Das Gesuch des A um Eröffnung des Concurfes über das Vermögen seines Schuldners B, resp. um Anberaumung einer Tagfahrt im Sinne des §. 63 E. O., war mit dem rechtskräftigen Zahlungsauftrag und der Pfändungsrelation belegt und enthielt die nicht bescheinigte Anführung, daß B auch noch von dem Gläubiger C mit der Execution verfolgt werde. — Von beiden Untergerichten wurde das Gesuch zurückgewiesen, weil die Anordnung der Tagfahrt nach §. 63 E. O. nur gegen einen mit (mehreren) Executionen verfolgten Schuldner statthaft ist, der Nachweis dieser Thatsache aber nicht beigebracht wurde.

Dagegen ergriff A den a. o. Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshofe verworfen wurde, weil in den der Vorschrift des §. 63 E. O. entsprechenden Entscheidungen der Untergerichte eine

Richtigkeit oder offenbare Ungerechtigkeit nicht zu erkennen ist, mithin die im Hofdecr. v. 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, gesetzte Bedingung der Abänderung gleichförmiger Entscheidungen mangelt.

Nr. 7874.

Rechtliche Stellung des Fideicommisscurators: Selbstständige Berechtigung desselben zur Anstellung der Besitzstörungenklage. — Einfluß der Fortsetzung einer Besitzstörung auf die Wiedereröffnung der Frist zur possessorischen Klage wegen früherer Störungsacte.

Entsch. v. 24. Februar 1880, Nr. 2208 (Best. des Decr. des O. G. Graz v. 25. Nov. 1879, Nr. 30547, Abänd. des Decr. des O. L. G. Graz vom 15. Jänner 1880, Nr. 14025). G. Z. 1881, Nr. 93.

Die Besitzer des Hauses B errichteten im Jahre 1877 auf der nördlichen Seite ihres Hauses ober den ebenerdig befindlichen vergitterten Fenstern zwei Lichtschirme, welche senkrecht in den Luftraum oberhalb des Hofraumes des zum Fideicommiss A. gehörigen Nachbarhauses hineinragten. Der Fideicommissbesitzer erhob hiegegen aus nachbarlicher Freundschaft keine Klage. Als jedoch die Besitzer des Hauses B im Februar 1879 einen dritten Lichtschirm anbrachten, machte der Fideicommissbesitzer am 24. Februar 1879 hiervon dem Fideicommiss- und Posteritätscurator die Anzeige, welcher gemeinschaftlich mit dem Fideicommissbesitzer die Besitzer des Hauses B am 7. März 1879 in *possessorio summarrissimo* belangte, weil die Beklagten durch die Errichtung der drei Lichtschirme sich einer Störung in dem Besitze des Hofraumes des Fideicommisshauses und der senkrecht darüber befindlichen Luftsäule schuldig gemacht hätten. Die Beklagten wendeten vor Allem bezüglich der Errichtung der zwei ersten Lichtschirme die Verspätung der Klage ein (§. 2 des Gesetzes über das Verfahren in *possessorio summarrissimo*). — Beide Untergerichte erkannten in der Errichtung der Lichtschirme eine Besitzstörung und stimmten auch darin überein, daß die Besitzstörungenklage, soweit sie gegen die Errichtung des dritten Lichtschirmes gerichtet ist, rechtzeitig angebracht wurde. Das Gericht erster Instanz wies die Einwendung der Klageverspätung auch in Betreff der Errichtung der ersten zwei Lichtschirme zurück und gab der Klage im ganzen Umfange statt, während das O. L. G., der entgegengesetzten Ansicht folgend, die Klage in Betreff der Errichtung der ersten Lichtschirme abwies. Gründe der ersten Instanz: Es ist zugegeben, daß der Fideicommisscurator auch von der Errichtung der zwei ersten Lichtschirme erst am

24. Februar 1879 Kenntniß erhielt. Daher fragt es sich, ob das Wissen des Fideicommissinhabers oder das Wissen des Fideicommisscurators bei Beurtheilung der Rechtzeitigkeit der Besitzstörungsklage entscheidend sei. Zur Lösung dieser Frage ist eine eingehende Untersuchung des Rechtsverhältnisses zwischen Fideicommissinhaber und Fideicommisscurator als Repräsentanten der Anwärter unerlässlich. Gemäß §. 629 a. b. G. B. ist das Eigenthum des Fideicommissvermögens zwischen allen Anwärtern und dem jedesmaligen Fideicommissinhaber getheilt. Jenen kommt das Obereigenthum allein, diesem auch das Nutzungseigenthum zu. Der §. 630 a. b. G. B. berechtigt die Fideicommissanwärter, alle zur Sicherheit der Substanz nöthigen Maßregeln zu treffen. Als Ausfluß der Rechtssphäre, welche das materielle Recht den Anwärtern zuweist, bestimmen die §§. 228 und 229 des Patents vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208: es habe der Curator darüber zu wachen, daß das Stammvermögen des Fideicommisses erhalten werde, und insbesondere gemeinschaftlich mit den anderen Anwärtern an allen Processen theilzunehmen, die das Stammvermögen des Fideicommisses betreffen. Aus der Textirung des §. 229 zu deduciren, daß der Fideicommisscurator diese Prozesse nur mit dem Fideicommissinhaber und als Nebenperson desselben zu führen habe, dazu fehlt jede Berechtigung. Der §. 229 erwähnt des Fideicommissinhabers gar nicht; der §. 630 a. b. G. B. bestimmt aber: „Das Obereigenthum berechtigt die Fideicommissanwärter u. s. w.“ In Ausübung dieser Rechte werden die Fideicommissanwärter zweifellos auch selbstständig klagen können und das Gesetz will den Fideicommisscurator verpflichtet haben, diesen Processen beizutreten. Allein das Hauptargument liegt jedenfalls darin, daß der Fideicommisscurator zum Schutze der Substanz wird klagen müssen, wo der Fideicommissbesitzer nicht klagen kann oder nicht klagen will. Angenommen, daß der Fideicommissbesitzer bewegliche Sachen des Fideicommissvermögens veräußert hätte, so würden der Klage auf Rescindirung des Veräußerungsgeschäftes oder der rei vindicatio, wenn sie der Fideicommissinhaber anstellen wollte, die Beklagten zweifellos mit der exceptio doli oder mit der exceptio rei venditae et traditae wirksam begegnen. In diesem Falle steht dem Fideicommisscurator, soll er die Substanz schützen, zweifellos die rei vindicatio zu. Könnte wohl der Schutz der Substanz für möglich gehalten werden, wenn der Fideicommisscurator warten müßte, bis ihn der Fideicommissinhaber, der eben Bestandtheile des Fideicommissvermögens verschleudert, zur Theilnahme an der rei vindicatio als Nebenperson einladet oder wenn der Successor erst dann, wenn das Fideicommiss an ihn gelangt, vindiciren dürfte, was sein Vorfahrer veräußert hat? Damit ist aber auch zur Lösung der vorliegenden Frage ein entscheidender Schritt gethan. Die rei vindicatio ist ein Ausfluß des Eigenthumsrechtes und steht nur dem Eigenthümer zu (§. 366 a. b. G. B.). Dem Eigenthümer

müssen aber auch alle jene Rechtsmittel zustehen, welche, wenn auch nur indirect, zum Schutze des Eigenthums dienen. Demselben können demnach die Besitzstörungenklagen nicht vorenthalten werden. Die Gegner dieser Anschauung nehmen den Fideicommissbesitzer als einzigen und wahren Eigenthümer an und begründen dies unter Anderem damit, daß entweder die Anwärter als eine juristische Person gedacht werden müssen, oder daß das Subject des Obereigenthums gar nicht existirt. Diese Schwierigkeit ist jedoch nicht vorhanden, wenn man ein Gesamteigenthum des Fideicommissinhabers und aller Anwärter annimmt, wobei jener in der eigenen Person, diese in der Person ihres gesetzlichen Organes, des Fideicommisscurators, ihr natürliches Subject finden. Aber auch die Construction des Besitzes stößt auf keine besonderen Hindernisse, wenn man Mitbesitz zwischen dem Fideicommissinhaber und Fideicommisscurator annimmt. Es wäre auch im höchsten Grade inconsequent, den Fideicommisscurator zu berechtigen, die von dem Fideicommissbesitzer wissentlich veräußerten Sachen des Fideicommissvermögens mit der rei vindicatio zurück zu verlangen, ihm aber jedes Schutzmittel zu benehmen, wenn durch die Unachtsamkeit des Fideicommissbesitzers Sachen in den Besitz dritter Personen kommen. Wäre das Wissen des Fideicommissbesitzers entscheidend für die Frage des Besitzverlustes, dann wäre die Substanz unmöglich zu schützen und könnte durch successives Fahrenlassen von Fideicommissvermögen verschwinden. Aber auch aus der Spruchpraxis ergibt sich, daß dort, wo es sich um die Substanz des Fideicommisses handelt, einzig und allein der Fideicommisscurator als berechtigtes Organ angesehen wird. (Oberstgerichtliche Entscheidung vom 11. Jänner 1860 Nr. 15002, Sammlung Nr. 1057.) Nach dem Gesagten ist daher einzig und allein entscheidend, wann der Fideicommisscurator in die Kenntniß der Störung gelangt ist. — Gründe der zweiten Instanz: In der vorliegenden Rechtsache, bei der es sich nicht um ein Rechtsverhältniß des Fideicommisses, sondern lediglich um den mit der Fideicommissrealität verbundenen factischen Besitz handelt, kann nur der Fideicommissbesitzer, nicht aber auch der Fideicommiss- und Postteritätscurator, welcher einen factischen Besitz nicht ausübt, in Betracht kommen. In der Errichtung der zwei noch im Jahr 1877 angebrachten Lichtschirme, welche von dem Fideicommissbesitzer durch sein Schweigen genehmigt worden ist, kann aber eine Störung seines Besitzes nicht erblickt und die Wiederherstellung des vorigen Standes durch Beseitigung dieser Vorrichtungen von ihm im Wege einer Besitzstörungenklage nicht begehrt werden (§. 2 kais. Verordnung vom 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12).

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung aus den nachstehenden Gründen: Es ist zugegeben, daß die Geflagten an drei ebenerdigen Fenstern ihres Hauses Lichtschirme in der Art angebracht haben, daß diese Schirme in die Rußsäule über den zum

Fideicommiß A gehörigen Hofraum hineinragen, ohne eine Einwilligung seitens der Kläger erlangt zu haben. Beide Instanzen haben erkannt, daß in solcher Handlung ein eigenmächtiger Eingriff, also eine Besitzstörung vorliegt. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß ein derlei Eingriff in das Fideicommiß nicht die Rechte des Fideicommißinhabers allein berührt, sondern daß dadurch auch die Integrität der Fideicommißrealität selbst gefährdet erscheint, indem die Realität ohne geeignete Abwehr solcher Beeinträchtigung des unbeschränkten Besitzes der Gefahr einer Belastung ausgesetzt sein kann. Vermöge der Natur des Fideicommisses als eines zwischen dem Inhaber, resp. Fruchtnießer desselben und den Anwärtern getheilten Eigenthums kann es ferner keinem Zweifel unterliegen, daß auch diesen Letzteren, beziehungsweise dem zu ihrer Vertretung bestellten Fideicommißcurator das Recht zusteht, jedem wie immer gearteten Angriffe auf den Bestand des Fideicommisses entgegenzutreten, und zwar umsomehr, als das Gesetz dem Curator die Sorge für die Erhaltung des Zustandes des Fideicommisses selbst gegenüber den Besitzern ausdrücklich zur Pflicht macht. Die Ansicht, daß nur der Fideicommiß-Fruchtnießer in dem factischen Besitze, um dessen Störung es sich hier handelt, sich befinde, daß also auch der Störungsact nur gegen ihn gerichtet sein könne, findet dem Gesagten zufolge in der Sachlage und im Gesetze keine Begründung. Diese Auffassung würde vielmehr zu der der Absicht des Gesetzes geradezu widerstreitenden Consequenz führen, daß die Nachkommenschaft niemals berechtigt wäre, gegen Besitzstörungshandlungen einzuschreiten und das Fideicommiß vor den Folgen widerrechtlicher Eingriffe zu schützen, wenn die jeweiligen Fideicommißinhaber sich zu einer bezüglichen Einschreitung nicht bestimmt finden. Steht demnach außer Zweifel, daß der Fideicommißcurator in Vertretung der zur Erbfolge berufenen Nachkommenschaft berechtigt ist, auch ohne Ingerenz des Fideicommißbesitzers selbstständig für das Fideicommiß mit der Besitzstörungssklage aufzutreten, so muß die von dem ersten Richter zur Geltung gebrachte Ansicht, daß die gesetzliche Frist zur Einbringung solcher Klagen von der Zeit an zu rechnen ist, wann der Curator von der Störung Wissenschaft erlangt hat, als berechtigt und aus den in dieser Richtung entwickelten weiteren erstrichterlichen Gründen die Klage als rechtzeitig überreicht angesehen werden. Der Umstand, daß der Fideicommißbesitzer von der Errichtung der zwei ersten Lichtschirme (im Jahre 1877) zu einer Zeit in Kenntniß war, von welcher bis zur Klage mehr als 30 Tage verstrichen waren, kann der Zulassung des Begehrens in seinem vollen Umfange nicht im Wege stehen, weil, abgesehen davon, daß die im Februar 1879 erfolgte Errichtung des dritten Lichtschirmes sich als eine Fortsetzung des Störungsactes darstellt, die Klage von dem Fideicommißcurator und dem Besitzer, als Repräsentanten des Fideicommisses, ange stellt worden ist, und weil nach den vorstehenden Er-

örterungen der Störungssact nicht gegen den Einen oder den Anderen dieser Berechtigten, sondern nur gegen das von ihnen repräsentirte Fideicommiß unternommen werden konnte.

Nr. 7875.

Nachweis von Normen des englischen (Wechsel)-Rechtes. —
Notorietät?

Entsch. v. 25. Februar 1880, Nr. 828 (Best. des das Urth. des R. G. Eger v. 25. Oct. 1879, Nr. 11298, abänd. Urth. des O. L. G. Prag v. 2. Dec. 1879, Nr. 34077). Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 47.

B girirte den auf D in London gezogenen Wechsel per 197 Pfd. Sterl. dem A, welcher denselben dem C girirte. Der von dem Trassanten acceptirte Wechsel verfiel am 17. September 1878, wurde in London am 20. September dem Acceptanten präsentirt und an demselben Tag Mangels Zahlung protestirt. A löste den Wechsel von dem C ein und belangte sodann im Regreßweg seinen Vormann B auf die Zahlung. Der Beklagte bestritt zunächst die Rechtzeitigkeit der Präsentirung des Wechsels zur Zahlung und der Protestlevirung, indem er widersprach, daß in England drei Respecttage dem Acceptanten zukommen und daß dies von dem Kläger nachgewiesen worden sei, welcher ein von dem öffentlichen gesetzlich beeideten Notar X und von dem österreichisch-ungarischen General-Consulate in London legalisirtes Zeugniß des in der Stadt London wohnhaften, bei Ihrer Majestät obersten Gerichtshöfen bestellten Anwaltes Y beigebracht hatte, des Inhaltes, daß den in England geltenden Gesetzen und dem kaufmännischen Usus gemäß immer drei Respecttage zu der Laufzeit des Wechsels hinzugefügt werden, daß der Protest am richtigen Tage erhoben wurde und in legaler gültiger Form ausgestellt sei. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Der Wechsel war am 17. September 1878 fällig und mußte daher, da nach Art. 33 W. O. Respecttage nicht stattfinden, zur Wahrung des Regreßrechtes nach Art. 43 ibid. spätestens am 19. September 1878 zur Zahlung präsentirt und bei nicht erfolgter Zahlung protestirt werden. Da dies Alles erst am 20. September 1878 erfolgte, so ist das Regreß- und demnach auch das Klagerrecht des A gegen den B erloschen, wenn nicht erwiesen wird, daß in England in der That drei Respecttage gelten (Art. 86 W. O.). Daß von dem Kläger dießfalls beigebrachte Beweismittel, nämlich das Zeugniß eines in London bestellten Kronanwaltes, ist aber, wenn auch legalisirt und daher in dieser Hinsicht den Forderungen vom 8. Februar 1812, Nr. 971 und vom 3. Februar 1838, Nr. 249 der J. G. E. entsprechend, nicht ausreichend, den Bestand des berufenen, angeblich in England gültigen Gesetzes über die Einräumung dreier

Respecttage zu erweisen. Nach dem Hofdecrete vom 23. Jänner 1794, J. G. G. Nr. 542, ist der hierländische Richter nicht verpflichtet, die auswärtigen Gesetze zu wissen, daher es jenem Streittheile, der sich auf letztere beruft, obliegt, die Abweichung derselben von den hiesigen Gesetzen zu erweisen, u. zw. insofern es sich um einen Civilproceß handelt, durch einen der in der a. G. D. vorgeschriebenen Weise darzuthun. Einen solchen Beweis hat aber A mit dem von einem in England bestellten Kronanwalt ausgestellten Zeugniß über die Geltung dreier Respecttage bei Wechseln in England nicht erbracht, weil Zeugnisse über die Giltigkeit oder Auslegung in England bestehender Gesetze durch zwei Kronanwälte bei den englischen Gerichtshöfen ausgefertigt werden und nur eine solche kronanwaltschaftliche Beglaubigung hierlands als öffentliche und daher in Ansehung des Inhaltes derselben vollen Glaubens würdige Urkunde (§§. 111 und 112 a. G. D.) angesehen werden könnte. — Das D. L. G. erkannte nach dem Klagebegehren mit folgender Begründung: Das Hofdecr. vom 23. Jänner 1794, beziehungsweise vom 23. October 1801, J. G. G. Nr. 542, steht der Anwendung eines, wenn auch von der Partei nicht erwiesenen, so doch allgemein bekannten ausländischen Gesetzes oder Gewohnheitsrechtes nicht entgegen. Nun ist es gerichtsbekannt, daß in England drei, Sonn- und Festtage einschließende Respecttage nach Verfall zu Gunsten des Bezogenen bestehen, vor deren Ablauf Zahlung nicht verlangt werden kann; es stellt sich somit die am 20. September 1878 geschehene Protestirung des am 17. September 1878 fällig gewesenen Wechsels als zeitgerecht dar.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das oberlandesgerichtliche Urtheil. Gründe: Das obergerichtliche Erkenntniß ist durch die Motive desselben vollkommen gerechtfertigt, zumal das Hofdecr. vom 23. Jänner 1794, beziehungsweise vom 23. October 1801, Nr. 542, in welchem ausgesprochen worden ist, daß Derjenige, welcher sich auf ein ausländisches Gesetz beruft, den Bestand desselben erweisen müsse, weil der Richter auswärtige Gesetze zu kennen nicht verpflichtet ist, der Anwendung des auswärtigen Gesetzes dort nicht im Wege steht, wo dem erkennenden Gerichte aus den Acten das bezügliche fremde Gesetz bekannt ist. Dieses ist aber vorliegend der Fall und der Umstand, daß in England dem Acceptanten eines Wechsels nach dem Verfallstage desselben noch drei Respecttage zu statten kommen, durch das von A vorgelegte Zeugniß des Y, Anwaltes bei Ihrer Majestät obersten Gerichtshöfen in England, auf glaubwürdige Weise dargethan. Das D. L. G. hat demnach keineswegs, wie der Beklagte in der Revisionsbeschwerde anführt, den Mangel des Beweises obigen Umstandes durch seine eigene Kenntniß supplirt, sondern die aus den Proceß-Acten hervorgehende Kenntniß desselben seiner Entscheidung zum Grunde gelegt.



Nr. 7876.

Eigenthumsklage gegen den executiven Sequester auf Herausgabe vor der Sequestration abgelöster und verkaufter Bestandtheile des sequestrirten Hauses: Passive Sachlegitimation? Erwerb des Eigenthums durch Tradition?

Entsch. v. 25. Februar 1880, Nr. 1545 (Best. des das Urth. des B. G. Murel v. 11. Juli 1879, Nr. 4017, abänd. Urth. des D. L. G. Graz v. 20. Dec. 1879, Nr. 9022). G. J. 1881, Nr. 71.

A belangte den B, als Sequester der Realität der C, auf Anerkennung seines Eigenthums am Gebälke und den Ziegeln des vormalig auf dem Wohngebäude der sequestrirten Realität gestandenen Dachstuhles, und Herausgabe desselben mit der Anführung, daß er vor Einführung des Beklagten als Sequester den Dachstuhl von der C, welche selben vom Wohngebäude abtragen ließ, gekauft habe, daß der Beklagte ihn an der Besitzergreifung des Dachstuhles gehindert, und, als er demungeachtet selben sich zuwenden wollte, mit der Besitzstörungsklage belangt habe und durch gerichtliche Entscheidung im letzten factischen Besitze geschützt worden sei; daß daher der Beklagte im factischen Besitze des ihm, Kläger, eigenthümlich gehörigen Dachstuhles sei und dessen Herausgabe verweigere. Der Sequester wendete den Mangel der passiven Klagelegitimation ein und bestritt die Uebergabe des Dachstuhles. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagebegehren, das D. L. G. gegen dasselbe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz aus nachstehenden Gründen: Wenn auch die C, welche die Realität besaß, das Eigenthumsrecht an dem Dachstuhle, den sie von dem Wohngebäude jener Realität entfernen ließ, dem A nicht bestritten, und wenn auch rücksichtlich des Dachstuhles B, Sequester der Realität der C, gegen den A die Besitzstörungsklage erhoben und in dem Besitzstreit obgesiegt hat, so folgt daraus noch nicht, daß in Betreff des Dachstuhles der genannte Sequester mit der Eigenthumsklage belangt werden konnte. Der gerichtlich bestellte Sequester einer Liegenschaft ist zur Ergreifung von erhaltenden Maßregeln hinsichtlich der des Schutzes bedürftigen Gegenstände allerdings berechtigt, allein als Inhaber steht ihm das Recht nicht zu, ihm übergebene Sachen aus seiner Gewahrsame zu lassen. Gegen ihn kann daher auch eine Klage, die eben auf Herausgabe solcher Sachen gerichtet ist, nicht angebracht werden. Auch abgesehen von der dem B als Sequester der Realität mangelnden passiven Sachlegitimation, stellt sich die Klage des A als unbegründet dar, weil derselbe die rechtliche Uebergabe, somit die Erwerbung des Eigenthums des Dachstuhles nicht nachgewiesen hat, indem aus den Aussagen der abgehörten Zeugen nicht zu entnehmen ist, auf welche Art die behauptete Uebergabe

geschah. Ueberdies kann schon nach dem Ausgang des Besitzstörungenprocesses nicht angenommen werden, daß der Dachstuhl in die Kuchtsphäre des Klägers gelangt sei.

Nr. 7877.

Mandatsproceß: Zulässigkeit des Auftrages zum gerichtlichen Erlage der Schuld behufs Wahrung der Rechte des Austerpfandgläubigers.

Entsch. v. 25. Februar 1880, Nr. 2019 (Best. des Decr. des O. G. Turin v. 15. Nov. 1879, Nr. 11229, Abänd. des Decr. des O. L. G. Prag von 29. Dec. 1879, Nr. 38280). Jur. Bl. 1880, Nr. 16.

Die Forderung des A gegen den B im Betrag von 11.000 fl. ist auf dem Hause des C pfandrehtlich sichergestellt und für eine Schuld des A an D im Betrag von 49.000 fl. verpfändet. Auf die von A gegen B und C angebrachte Mandatsklage wurde vom Gericht erster Instanz dem B als Personalschuldner und dem C als Hypothekarschuldner aufgetragen, die auf 11.000 fl. sich belaufende Summe der Forderung des Klägers für denselben bei Gericht zu deponiren und die Anmerkung des dem D an der Forderung des Klägers zustehenden Pfandrechts in dem Depositenbuch zu erwirken. — Auf den Recurs der Beklagten cassirte das O. L. G. den erstgerichtlichen Auftrag und verordnete die Einleitung des contradictorischen Verfahrens aus folgenden Gründen: Dem Verpflichteten kann mittelst Zahlungsbefehles nur die Zahlung des von ihm geschuldeten Betrages, nicht aber die Deponirung desselben und die Einleitung von Vorsichtsmaßregeln zum Schutze der Rechte eines Austerpfandgläubigers aufgetragen werden; auch ist der Verpflichtete berechtigt, über die geleistete Zahlung eine intabulationsfähige Quittung zu begehren, die aber im vorliegenden Falle vom Kläger nicht ausgestellt werden könnte; und endlich kann ohne Zustimmung des Superpfandgläubigers das Pfandobject nicht geändert und ein in den öffentlichen Büchern einverleibtes Pfandrecht nicht in ein außerbücherliches verwandelt, dem Besitzer der Pfandsache dagegen wieder nicht die Zahlung und die zugleich fortdauernde Belastung derselben mit dem nicht löschbaren Pfandrechte für die bezahlte Forderung aufgenöthigt werden.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Verordnung mit der Begründung, daß das nicht auf Zahlung des Forderungsbetrages, sondern auf das Mindere, nämlich auf den gerichtlichen Erlag desselben gerichtete Klagebegehren durch den Umstand, daß laut des beigebrachten Grundbuchs extractes auf der pfandrehtlich versicherten Forderung des Klägers ein Superpfandrecht haftet, gerechtfertigt ist.

Nr. 7878.

Berechtigung des Richters im Executionsverfahren zur Herabsetzung einer gegen die Bestimmungen des für Galizien erlassenen Gesetzes über unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften verstößenden Zinsforderung.

Entsch. v. 26. Februar 1880, Nr. 2127 (Best. des das Decr. des R. G. Krzeszowice v. 6. Juni 1879, Nr. 3195, abänd. Decr. des D. L. G. Krakau v. 20. August 1879, Nr. 12083). G. S. 1880, S. 292.

Auf Grund einer notariellen, mit der Vollstreckungsclausel (§. 3 Rot.-Ordn.) versehenen Schuldverschreibung wurde in erster Instanz dem A gegen den B zur Hereinbringung der Capitalschuld und der bedungenen 20percentigen Zinsen die Pfändung bewilligt. — Das D. L. G. bewilligte die Execution für die Hauptschuld und für 12percentige Zinsen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung. Gründe: Das Gericht zweiter Instanz hat das Maß der exquirbaren Zinsen auf 12 % eingeschränkt, weil aus der constatirten relativen Maßlosigkeit des Interessenanspruches Bedenken gegen die sofortige Bewilligung des Executionsbegehrens im vollen Umfange sich ergeben haben. Daß die Befugniß zur Beschränkung von Zinsansprüchen, welche, wie im vorliegenden Falle, durch ihre offenbare Maßlosigkeit gegen die Bestimmungen des Gesetzes v. 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66, §. 4, verstoßen, dem Executionsrichter zusteht, kann im Sinne dieses Gesetzes (§. 5, Alinea 2) keinem begründeten Zweifel unterliegen. Es ist übrigens selbstverständlich, daß durch solche einschränkende Bewilligung des Executionsbegehrens, der Anspruch des Gläubigers auf das höhere Zinsenmaß nicht aufgehoben wird, da es ihm unbenommen bleibt, diesen Anspruch im ordentlichen Rechtswege zu verfolgen.

Nr. 7879.

Bersärfung der Feilbietungsbedingnisse in Folge eines vor der Feilbietung ergriffenen, aber erst nach derselben erledigten Recurses.

Entsch. v. 2. März 1880, Nr. 436 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. G. Krakau v. 8. Februar 1879, Nr. 2528 und des D. L. G. Krakau v. 20. August 1879, Nr. 8206). G. S. 1881, S. 319.

Bei der Abhaltung des für den Zwangsverkauf einer Hypothekarforderung von 2100 fl. ausgeschriebenen dritten Termines wurde den Kauflustigen eröffnet, daß gegen den Feilbietungsbescheid ein Re-

curs überreicht und vom D. L. G. noch nicht entschieden worden ist. A erstand die Forderung um 1476 fl. Darauf erging die obergerichtliche Recurserledigung, mit welcher die Ergänzung der Licitationsbedingungen, resp. die Aufnahme des Zusatzes angeordnet wurde, daß, wenn der Meistbieter den Kaufpreis in der festgesetzten Frist nicht bei Gericht erlegt, sein Badium zu Gunsten der Hypothekargläubiger und des Executen verfällt und daß die Forderung auf Gefahr und Kosten des vertragsbrüchigen Erstehers im Wege der Relicitation in einem einzigen Termine um jeden Preis verkauft werden wird. — Dieses Fatale wurde dem A von dem ersten Richter bei Erledigung des Licitationsprotokolles intimirt. — A ergriff dagegen den Appellationsrecurs und nach dessen Verwerfung den Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshofe abgewiesen wurde, weil der Zusatz zu den Licitationsbedingungen, den das D. L. G. gemacht, eine gesetzliche Bestimmung (des §. 451 westgal. G. D.) enthält, also auch verbindlich wäre, wenn dieser Zusatz nicht ausdrücklich ausgesprochen worden wäre, indem das Gesetz die Einhaltung der Licitationsbedingungen durch eine bestimmte Strenge sicherstellen muß, jede Relicitation aber auf Kosten und Gefahr des vertragsbrüchigen Käufers erfolgt, wofür insbesondere das erlegte Badium schon seiner Bestimmung nach haftet.

Nr. 7880.

Separatio bonorum: Bewilligung derselben gegen den curator hereditatis jacentis. Nachweis einer Gefahr?

Entsch. v. 2. März 1880, Nr. 2268 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des R. G. Spalato v. 18. Oct. 1879, Nr. 3111 und des D. L. G. Zara v. 13. Nov. 1879, Nr. 3981). G. Z. 1880, Nr. 94.

A, Gläubiger der ruhenden Verlassenschaft des M, überreicht gegen einen für den Nachlaß zu bestellenden Curator das Gesuch um Absonderung der Verlassenschaft von dem Vermögen des Erben B (§. 812 a. b. G. B.) — Das Abhandlungsgericht verweigerte die Separation in der Erwägung, daß A nicht erweislich gemacht hat, daß seine Forderung Gefahr laufen könne, da der Erblasser einen Executor mit dem ausdrücklichen Auftrage, diese Forderung zu berichtigen, ernannt, und derselbe den Auftrag übernommen hat. — Das D. L. G. bestätigte diese Entscheidung, weil die Erbschaft des M von dem Erben noch nicht angetreten, folglich eine Vermengung der Erbschaft mit dem Vermögen des Letzteren nicht möglich ist.

Der oberste Gerichtshof bewilligte das Separationsgesuch des A mit der Begründung, daß die Ausübung des im §. 812 a. b. G. B. den Gläubigern einer Erbschaft eingeräumten Rechtes nicht von der

Bedingung abhängig gemacht ist, daß der Gläubiger beweist, durch die Vermengung für seine Forderung Gefahr zu laufen, sondern daß es genügt, wenn er eine Gefahr aus solcher Vermengung befürchtet; daß es für die Bewilligung der Separation auch nicht nothwendig ist, daß die Erben die Erbschaft angetreten haben, indem die Gläubiger nach §. 811 a. b. C. B. eine Erbserklärung nicht abzuwarten haben, sondern berechtigt sind, zu verlangen, daß zur Vertretung der Masse ein Curator bestellt werde, gegen welchen sie ihre Forderungen ausführen können, wie denn auch A das Separationsgesuch gegen einen zur Vertretung der Erbschaft zu bestellenden Curator gerichtet und der bestellte Curator die Liquidität der Forderung erkannt hat.

Nr. 7881.

Unzulässigkeit der grundbücherlichen Anmerkung einer Privat-
erklärung über die (Nicht-) Pertinenzqualität von Maschinen
einer Fabrik.

Entsch. v. 2. März 1880, Nr. 2392 (Best. des das Decr. des O. G. Jaroměř v. 31. Jänner 1879, Nr. 1112, abänd. Decr. des O. L. G. Prag v. 20. Sept. 1879, Nr. 23870). O. G. 1880, Nr. 54. Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 32.

Bei der gerichtlichen Schätzung eines Fabrikgebäudes der Actiengesellschaft B wurde ein Inventar der zum Fabrikgebäude gehörigen Sachen aufgenommen und dieses Inventar am 28. Juni 1872 im Grundbuche ersichtlich gemacht. In der von der Gesellschaft dem A ausgestellten Urkunde vom 1. Jänner 1879 verpfändete sie demselben für eine Darlehensforderung die darin aufgeführten, zum Fabrikbetrieb dienenden Maschinen mit der Erklärung, daß diese Gegenstände selbstständige bewegliche Sachen sind und zur bürgerlichen Einlage des Fabrikgebäudes nicht gehören. Auf Grund dieser Erklärung begehrte A die grundbücherliche Anmerkung, daß die in der Urkunde vom 1. Jänner 1879 aufgeführten, und ihm verpfändeten Gegenstände kein Zugehör dieser bürgerlichen Einlage sind. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch des A wurde vom Obergerichte abgewiesen, weil die begehrte Anmerkung weder zur Ersichtlichmachung persönlicher Verhältnisse, noch zur Begründung bestimmter, nach den Vorschriften der Civilproceßordnung oder des Grundbuchgesetzes damit verbundener Rechtswirkungen zu dienen hat (§. 20 des Grundb.-G.), daher keinen Gegenstand einer grundbücherlichen Anmerkung bildet und weil die Frage, was Zugehör einer Sache ist, nicht durch eine einseitige Parteierklärung, sondern nur durch den Richter entschieden werden kann, sonach eine zur bürgerlichen Eintragung geeignete Urkunde nicht vorliegt (§. 94, Nr. 3 Grundb.-G.).

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz mit Bezugnahme auf deren sachgemäße Begründung und in der Erwägung, daß nach der Natur und dem Zwecke des Grundbuchwesens eine bücherliche Anmerkung nur rücksichtlich eines in die Grundbücher eingetragenen Objectes, nicht auch in Betreff von Gegenständen, welche darin gar nicht vorkommen, zulässig ist.

Nr. 7882.

Auslegung eines Compromisses: Ausschließung des für Streitigkeiten über die Höhe des Brandschadens berufenen Schiedsgerichtes bei Streitigkeiten über den Bestand des Entschädigungsanspruches.

Entsch. v. 3. März 1880, Nr. 1089 (Best. des das Urth. des R. O. Reichenberg v. 9. Sept. 1879, Nr. 6907, abänd. Urth. des D. L. O. Prag vom 11. Nov. 1879, Nr. 31328). G. Z. 1881, Nr. 100.

Die A, welche ihre Futtermorräthe bei der Feuerversicherungs-gesellschaft B versichert hatte, belangte dieselbe auf Zahlung von 2080 fl. mit der Anführung, daß ihr die versicherten Vorräthe in der Nacht vom verbrannt seien und den eingeklagten Werth hatten. Die Beklagte widersprach, daß die A durch den Brand überhaupt, und speciell, daß sie den von ihr bezifferten Schaden erlitten habe, und wendete die Gerichtsincompetenz ein mit Berufung auf den §. 30 der Versicherungs-polizze, wornach alle Streitigkeiten zwischen den Versicherten und der Versicherungsanstalt über die Höhe des Er-satzes durch ein Schiedsgericht zu schlichten sind. — Die Incom-petenzeinwendung wurde in erster Instanz zugelassen, von dem D. L. O. abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz Gründe: Der angerufene §. 30 der Versicherungsbedingungen be-sagt, daß Streitigkeiten zwischen den Versicherten und der Versicherungs-anstalt über die Höhe des Ersatzes durch ein Schiedsgericht zu schlichten sind; von einer weiteren Judicatur des Schiedsgerichtes geschieht in den Versicherungsbedingungen keine Erwähnung. Der Fall der Anwendung des citirten §. 30 der Versicherungsbedingungen ist aber in vorliegender Rechtsache nicht vorhanden. Denn die Ver-sicherungsanstalt stellt in Abrede, daß der Klägerin durch die Feuer-brunst überhaupt ein Schaden zugegangen und daß die Versicherungs-anstalt zu irgend welchem Ersatze verpflichtet sei. Dieselbe hat wohl gleich nach dem Brande durch eine von ihr zusammengesetzte Com-mission den an den Versicherungsobjecten verursachten Brandschaden erheben lassen und die Commission hat den Schaden thatsächlich mit

683 fl. ermittelt; allein die Versicherungsanstalt hat diesen Betrag als Schadenersatz der Beschädigten nicht nur nicht angeboten, sondern die Beschädigte durch die Generalrepräsentanz mit jedem Ersatzanspruch sofort abgewiesen. Es handelt sich daher im vorliegenden Falle nicht um den Betrag des Schadenersatzes, sondern vor Allem um das Recht der Klägerin auf einen Schadenersatz überhaupt, in welcher Beziehung dem Schiedsgerichte keine Judicatur zusteht.

Nr. 7883.

Zuständigkeit der Gerichtshöfe bei Einklagung des Restes einer ursprünglich 500 fl. übersteigenden Forderung.

Entsch. v. 3. März 1880, Nr. 1124 (Best. des Urth. des L. G. Prag v. 15. Juli 1879, Nr. 23567, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag vom 22. Sept. 1879, Nr. 26248). G. S. 1880, S. 238.

B kaufte von der Firma A Goldrente um den Preis von 615 fl., zahlte 15 fl. sofort und versprach die Zahlung des Restes in 40 Monatsraten à 15 fl. Nach Verichtigung der ersten neun Raten blieb er mit den nächsten zwölf im Rückstand und wurde von der Verkäuferin auf Zahlung derselben im Betrage von 180 fl. bei dem L. G. Prag belangt. Dagegen erhob er die Incompetenzeinrede, weil nach der Klagesumme nicht das L. G., sondern das städt.-deleg. B. G. zuständig sei. — In erster Instanz wurde die Einrede mit der Begründung zurückgewiesen, daß die eingeklagte Summe einen Theil der 500 fl. übersteigenden Capitalschuld des B (von 600 fl.) ausmacht, folglich die Competenz des L. G. nach §. 15 lit. a, Abs. 2 der J. N. außer Zweifel ist. — In zweiter Instanz wurde die Incompetenzeinwendung zugelassen aus folgenden Gründen: Zur Zeit der Klageanstellung betrug die Kaufgeldschuld des B nur mehr 465 fl. Da der §. 15 lit. a, Abs. 2 J. N. von dem Theile einer noch bestehenden — nicht bestandenen — Capitalschuld von mehr als 500 fl. spricht, und weder die auf eine Schuld geleistete Zahlung als Gegenforderung des Schuldners anzusehen ist, noch im vorliegenden Falle das Recht selbst, woraus der Bezug hergeleitet wird, bestritten wurde, so ist die Annahme, daß der Gerichtshof, nicht das städt.-deleg. B. G. competent sei, durch das Gesetz nicht gerechtfertigt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung. Gründe: Nach dem zweiten Absatze des §. 15 lit. a der J. N., ist das L. G. und nicht das städt.-deleg. B. G. zuständig, wenn der Kläger einen Theil einer 500 fl. übersteigenden Capitalschuld oder den Ueberschuß fordert, welcher sich aus der Vergleichung mehrerer beider Theilen zustehenden Forderungen ergeben soll. Nun verlangt

A mit der vorliegenden Klage die Zahlung von 180 fl. als Theil einer Capitalschuld von 600 fl., zu deren Zahlung in 40 Monatsraten à 15 fl. der Beklagte sich verpflichtet haben soll. Es ist nach der citirten Gesetzesbestimmung die Competenz des L. G. begründet.

Nr. 7884.

Unzulässigkeit der Einbeziehung eines neuen passiven Streitgenossen in die Verhandlung nach Erstattung der Einrede.

Entsch. v. 3. März 1880, Nr. 1582 (Abänd. der gleichförmigen D. des O. G. Luncut v. 25. März 1879, Nr. 714 und des O. L. G. Krakau v. 2. Juli 1879, Nr. 7985). O. G. 1880, S. 293.

In dem mündlichen Prozesse des A gegen B wegen Anerkennung des Eigenthums und Uebergabe von Grundstücken hat der Kläger in Replik die Klage auf die C ausgedehnt, mit dem Begehren, dieselbe hier zu verständigen. — Von beiden Untergerichten wurde diesem Begehren Folge gegeben und in erster Instanz zur Erstattung der Duplik Termin anberaumt, wogegen das O. L. G. verordnete, daß die Tagfahrt weiteren Verhandlung mit dem Beisatz anberaumt werde, daß der Beklagte, bei Gericht oder bei dem Erstbeklagten von dem Kläger Einsicht zu nehmen, und daß sie bei dieser Tagfahrt entweder eine Miteinrede zu erstatten, oder ihren Beitritt zur Einrede des B erklären habe.

Auf den a. o. Recurs der C wurde von dem obersten Gerichtshof das Begehren des A um Verständigung der Recurrentin verworfen, weil eine solche Klageausdehnung nach bereits erstatteter Einrede in Replik den Grundsätzen der Gerichtsordnung widerspricht.

Nr. 7885.

Anwendbarkeit des (galizischen) Gesetzes wider unrechtmäßige Vorgänge bei Creditgeschäften auf die Fortsetzung der Realexecution durch einen Cessionar wider den Besignterfolger des ursprünglichen Schuldners?

Entsch. v. 3. März 1880, Nr. 2232 (Abänd. der Decr. des O. G. Kiepsa v. 13. Februar 1879, Nr. 291 und des O. L. G. Krakau v. 19. Nov. 1879, Nr. 13878). O. G. 1880, S. 166.

In der in Galizien errichteten, mit der Vollstreckbarkeitschein versehenen Notariatsurkunde vom 27. Jänner 1876 hat D sich

pflichtet, das ihm von C gegebene Darlehen von 200 fl. mit 3 % monatlich zu verzinsen. Durch Cession des C erwarb A diese Forderung und führte zur Hereinbringung derselben die Execution auf eine Liegenschaft des D. Nach vollzogener executiver Schätzung übergang das Gut auf den B, gegen welchen A die Execution fortsetzte, indem er die Feilbietung begehrte, nachdem inzwischen das Gesetz v. 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend die Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften), in Galizien in Wirksamkeit getreten war. — In den unteren Instanzen wurde die Versteigerung nur für die Capitalschuld sammt 6percentigen Jahreszinsen bewilligt, weil — nach den obergerichtlichen Motiven — zur Zeit der Aufnahme des Darlehens D allerdings sich zur Zahlung beliebiger Zinsen verpflichten konnte, B aber, als Erwerber der in Execution gezogenen Realität, zur Zahlung der Zinsen von 3 % monatlich, welche so hoch sind, daß sie einen Landmann gänzlich ruiniren können, Angesichts des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66, nicht angehalten werden kann.

Der oberste Gerichtshof bewilligte die Feilbietung zur Hereinbringung des Capitals und der 3 % monatlichen Zinsen. Gründe: „Im gegebenen Falle ist der Executionsführer nicht der ursprüngliche Creditgeber, und B, der die bereits in Execution verfallene Realität erworben hat, muß sich die Fortsetzung der Execution auf dieselbe, wegen der darauf haftenden Forderung in ihrem vollen Umfange, also auch sammt 3 % monatlichen Zinsen gefallen lassen, ohne das Gesetz vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66, für sich geltend machen zu können (§§. 461, 466 a. b. G. B. und §§. 6 und 7 der Ministerialverordnung v. 19. September 1860, R. G. Bl. Nr. 212).“

Nr. 7886.

Unzulässigkeit der Verbotslegung des Erstehers einer Liegenschaft auf den von ihm geschuldeten Rausschillingsrest.

Entsch. v. 3. März 1880, Nr. 2284 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. B. v. 11. Juni 1879, Nr. 3309 und des O. L. G. Krakau v. 28. Oct. 1879, Nr. 12618). G. S. 1880, S. 469.

Das Gesuch des Erstehers einer im Executionswege feilgebotenen Realität um Bewilligung des Verbotes auf den von ihm geschuldeten Rausschillingsrest für seine eigene Forderung, wurde in allen drei Instanzen abgewiesen, — von dem obersten Gerichtshof mit der Begründung, daß nach dem gesetzlich bestimmten Begriff des gerichtlichen Verbotes nur das Vermögen des Schuldners den Gegenstand eines Verbotes bilden kann, daher in dem vorliegenden Falle, wo der

vom Verbotswerber geschuldet, zur Befriedigung der Vorzugs- und der Pfandgläubiger bestimmte Aufschilling noch vor der Meistgebotvertheilung, da es noch ungewiß ist, ob und wieviel davon den vorigen Eigenthümer übrig bleiben wird, mit Beschlag zu werden soll, von einem Verbote keine Rede sein kann.

Nr. 7887.

Einfluß einer Mobilarexecution und einer grundbücherlichen Anmerkung der Stundung auf den Ablauf der dreijährigen Frist für das Vorzugsrecht von Steuern und Gebühr

Entsch. v. 9. März 1880, Nr. 1972 (Abänd. der gleichförmigen 2 des R. G. Nachb. v. 4. Oct. 1879, Nr. 11257 und des R. G. Bl. 15. Dec. 1879, Nr. 36574). G. Z. 1880, Nr. 47. Jur. Bl. 1880, Nr.

Auf Grund des im Jahre 1872 dem C ertheilten Auftrags zur Zahlung einer die Liegenschaft X betreffenden Vermögensübertragungsgebühr von 17.500 fl. wurde am 15. Jänner 1873 Pfandrecht für diese Gebührenforderung bei dem genannten Gut verleibt. Nach einer im Jahre 1873 von dem Steueramt zur Herbeibringung der Gebühr im Verwaltungswege bei dem C erwirkten Pfändung von Mobilien im Werthe von 200 fl., verlängerte das Finanzministerium im Jahre 1877 die Zahlungsfrist bis 1. Jänner 1878 und am 17. October 1877 wurde diese dem C gegen Stundung im Grundbuch angemerkt. Die Liegenschaft X kam schließlich im Executionswege unter den Hammer und bei der Meistgebotvertheilung wurde von A, der noch im Februar 1867 für eine Forderung von 286.228 fl. das bürgerliche Pfandrecht an derselben erworben hatte, zur Befriedigung seiner Forderung die Priorität vor der durch Anzahlung auf 13.482 fl. reducirten Gebührenforderung Anspruch genommen. — Von beiden Untergerichten wurde das Verlangen des A verworfen, weil — laut der erstgerichtlichen Motive — nach §. 72 des Gesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, die Gebühr von Vermögensübertragungen auf der Person des Schuldners haftet und allen aus Privatrechtstiteln entspringenden Verbindlichkeiten vorgeht, und die im Ministerialerlaß vom 3. Mai 1850, R. G. Bl. Nr. 181, statuirte Triennialverjährung im vorliegenden Falle nicht vollendet ist, da seit der dem C bis zum 1. Jänner 1878 gewährten Zahlungsfrist drei Jahre noch nicht verstrichen sind.

Der oberste Gerichtshof verordnete die Auscheidung der angegebenen Gebühr von 13.482 fl. aus den Vorzugsposten der Meistgebotvertheilung in der Erwägung, daß nach dem Ministerialerlaß v. 3. Mai 1850, R. G. Bl. Nr. 181, das im §. 72 des Gesetzes

dem Staatsschatz eingeräumte Vorrecht für die Gebühren von Vermögensübertragungen nach drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem die Gebühr zufolge des Zahlungsauftrages hätte berichtigt werden sollen, erlischt; daß, wenn die Verjährung des Vorrechtes durch die Anwendung der gesetzlichen Mittel zur Hereinbringung der Gebühr nicht unterbrochen wurde, selbst der in den öffentlichen Büchern ersichtlich gemachte Gebührenbetrag nur jene Priorität genießt, welche dem Zeitpunkt der Eintragung entspricht; daß die in Rede stehende Gebühr von dem C dreißig Tage nach der im Jänner 1872 vollzogenen Zustellung des Zahlungsauftrages berichtigt werden sollte und von diesem Zeitpunkte an mehr als drei Jahre verstrichen sind, ohne daß die Triennialverjährung unterbrochen worden wäre, da die im Jahre 1873 zur Hereinbringung der Gebühr im politischen Wege vollzogene Pfändung von Mobilien im Werth von kaum 200 fl. nicht als ein zur Hereinbringung der Gebühr dienendes gesetzliches, die Verjährung unterbrechendes Mittel im Sinne der citirten Ministerialverordnung vom 3. Mai 1850, R. G. Bl. Nr. 181, angesehen werden kann; daß daher dem Gebührenansatz von 13.482 fl. nur die Pfandrechtpriorität vom 15. Jänner 1873 zukommt; daß durch die von dem Finanzministerium bis 1. Jänner 1878 bewilligte Stundung das Vorrecht des Staatsschatzes nicht conservirt wurde, weil diese Frist nicht eine gesetzliche im Sinne des Gesetzes vom 13. December 1862, R. G. Bl. Nr. 89, ist; daß daher die am 17. October 1877, nach Ablauf der Verjährungszeit, erfolgte grundbücherliche Anmerkung dieser Fristerteilung für die Erhaltung des Vorrechtes überhaupt und insbesondere gegenüber dem im Februar 1867 insabulirten Pfandrecht des A unentscheidend ist.

Nr. 7888.

Unzulässigkeit der Executionsführung auf das Privatvermögen der Mitglieder einer (aufgelösten) Handelsgesellschaft auf Grund des wider letztere erwirkten Urtheils.

Entsch. v. 9. März 1880, Nr. 2684 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des R. G. Eger v. 24. Dec. 1879, Nr. 14443 und des O. L. G. Prag vom 13. Jänner 1880, Nr. 1306). Jur. Bl. 1880, Nr. 34.

Auf die Klage des A wurde die protokolirte Firma B, C & Comp. in erster Instanz am 3. September, in zweiter Instanz am 18. November 1879 zur Zahlung von 2181 fl. verurtheilt. Da in der Zwischenzeit, am 7. September 1879, die Firma im Handelsregister gelöscht worden war, begehrte A zur Hereinbringung der ihm adjudicirten Forderung die Pfändung der Mobilien der persönlich haftenden

Gesellschafter B. und C. Zur Zeit, als die Forderung des A gegen die Firma entstand, war B bereits Gesellschafter; C trat erst nach als Gesellschafter in die Firma ein. — In erster Instanz wurde die Pfändung bewilligt. — Dagegen recurrirten B und C, weil die Urtheile nicht gegen sie selbst ergangen sind. — Das D. L. G. verworfen den Recurs aus folgenden Gründen: Da nach Art. 112 S. 1. G. B. die Gesellschafter für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen haften, und nach Art. 113 S. 1. G. B. Derjenige, welcher in eine bestehende Gesellschaft eintritt, gleich den anderen Gesellschaftern für alle von der Gesellschaft vor seinem Eintritte eingegangenen Verbindlichkeiten haftet: so bedarf keiner weiteren Rechtsführung gegen die Gesellschafter, um Ansprüche, welche von dem Richter bereits gegen die Gesellschaft adjudicirt worden sind, gegen die Gesellschafter durchzusetzen. Das Gericht erster Instanz war daher ganz im Rechte, dem A gegen die Gesellschafter der aufgelösten Firma B, C & Comp. die Execution zu bewilligen. Der Zweck der Handelsregister und des Art. 86 S. 1. G. B. wäre nicht abzusehen, wenn der Gläubiger einer Gesellschaftsfirma nach erlangtem Siege gegen die Firma genöthigt sein sollte, wider die Gesellschafter wieder Klagen anzustellen, nachdem dieselben es für gut befunden haben, die gesellschaftliche Firma aufzulösen.

In Erwägung, daß die in den Art. 112 und 113 S. 1. G. B. normirte Haftung der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft dem Gläubiger der Gesellschaft allerdings das Recht gibt, seine Befriedigung aus dem Vermögen der Gesellschafter zu suchen, daß aber dem Gesellschafter das Recht, seine eigenen Einwendungen gegen solchen Anspruch geltend zu machen, nicht entzogen werden kann; daß daher auf Grund eines gegen die Gesellschaft erwirkten Urtheiles nicht ohneweiters auch das Privatvermögen der einzelnen Gesellschafter, welches nach den Bestimmungen des Handelsgesetzes immer als ein von dem Gesellschaftsvermögen abgesondertes zu behandeln ist, der Execution unterzogen werden kann, vielmehr wider den Gesellschafter ein besonderer, auf seine Person lautender Titel der Executionsführung erwirkt werden muß, — hat der oberste Gerichtshof dem a. o. Recurs des B und C stattgegeben und das Pfändungsgesuch des A abgewiesen.

Nr. 7889.

Einleitung des Executivprocesses wider den Acceptanten einer kaufmännischen Anweisung.

Entsch. v. 9. März 1880, Nr. 2732 (West. des Decr. des R. G. Olmütz v. 5. Dec. 1879, Nr. 12594, Abänd. des Decr. des D. L. G. Brünn vom 12. Jänner 1880, Nr. 23). G. Z. 1880, Nr. 39. G. J. 1880, S. 189. Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 30.

Der Kaufmann A belangte den Kaufmann B auf Zahlung von 900 fl. unter Vorlage einer an Ordre ausgestellten, von B acceptirten und dem A indossirten kaufmännischen Anweisung pr. 900 fl. — In erster Instanz wurde auf das Begehren des A nach §. 298 a. G. D. und Hofdecr. vom 7. Mai 1839, J. G. G. Nr. 358, der Executivproceß eingeleitet. — Das D. L. G. verordnete die Einleitung des ordentlichen Verfahrens.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Verfügung der ersten Instanz. Gründe: Es handelt sich im vorliegenden Falle um eine kaufmännische Anweisung, welche, wie das Obergericht gleichfalls anerkennt, nach Art. 300 und 301 Handels-G. zu ihrer Verpflichtung der Angabe eines Verpflichtungsgrundes nicht bedarf, und welche, da sie an Ordre lautet, durch Indossament übertragbar ist; durch die Acceptirung tritt die Haftung demjenigen gegenüber, zu dessen Gunsten sie ausgestellt oder an welchen sie indossirt ist, ein; sie erscheint jedenfalls als eine solche, Glauben verdienende Urkunde, auf Grund welcher nach §. 298 a. G. D. und Hofdecr. vom 7. Mai 1839 das Executivverfahren eingeleitet werden konnte.

Nr. 7890.

Besitzstörungsproceß: Verurtheilung des Sachfälligen zum Ersatz der Kosten der Vertretung des Gegners durch einen Advocaten.

Entsch. v. 9. März 1880, Nr. 2737. Spruchrepertorium Nr. 103. G. Z. 1880, Nr. 31.

In dem Besitzstörungsstreit des A gegen B wurde von beiden Untergerichten dem siegreichen Kläger der Ersatz der Kosten seiner Vertretung durch einen Advocaten abgesprochen, weil dieselben zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung nicht nothwendig waren (erste Instanz) und weil dem A nicht doppelte Interventionskosten, nämlich für seine Person und für seinen Rechtsanwalt zugesprochen werden können (zweite Instanz).

Von dem obersten Gerichtshofe wurde dem A der Ersatz der erwähnten Kosten adjudicirt, weil demselben nach §. 4 der

kaiserl. Verordnung v. 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, das Recht zu stand, sich durch einen Advocaten vertreten zu lassen, daß den Ersatz der Kosten dieser Vertretung ihm, nachdem er obgesiegt hat, so wenig abgesprochen werden kann, als der obsiegenden Parte im summarischen Proceß, für welchen der Anwaltszwang auch nicht besteht.

Zugleich wurde die Eintragung des nachstehenden Rechtsfalses in das Spruchrepertorium beschlossen: Zu den Kosten, welche in Besitzstörungsverfahren dem obsiegenden Theile von dem Gegentheil zu ersetzen sind, gehören auch die Kosten der rechtsfreundlichen Vertretung.

Nr. 7891.

Publicitätsprincip: Statthaftigkeit der Einwendung der exceptio non numeratae pecuniae gegen den gutgläubigen Cessionar der verbücherten Darlehensforderung.

Entsch. v. 10. März 1880, Nr. 1781 (Best. des Urth. des B. G. Freistad v. 8. Nov. 1879, Nr. 8862, Abänd. des Urth. des D. L. G. Brunn von 17. Dec. 1879, Nr. 13413). G. Z. 1880, Nr. 52.

Die Darlehensforderung des C gegen B von 400 fl. wurde auf Grund des von B ausgestellten Schuldscheines vom 19. August 1875 bei der Liegenschaft des B pfandrehtlich intabulirt und sodann von C im October 1875 im Cessionswege grundbücherlich auf den A übertragen, welcher im Jahre 1879 den Cessus mit der Klage auf Zahlung der 400 fl. belangte. Dieser anerkannte das Klagerecht für 100 fl. und setzte dem Anspruch auf Zahlung des Restes von 300 fl die exceptio non numeratae pecuniae entgegen, indem er unter Delation des Haupteides anführte, daß er den Schuldschein vom 19. August 1875 über 400 fl. nur darum unterschrieben habe, weil C ihm die Zuzählung eines Darlehens von 400 fl. versprochen hatte daß er aber nur 100 fl. erhalten habe. B producirte auch das strafgerichtliche Urtheil vom 1. December 1877, mit welchem C wegen dieses Vorganges des Verbrechens des Betruges schuldig erklärt worden ist. — In erster Instanz wurde B zur Zahlung von 100 fl. unbedingt verurtheilt und von der Zahlung der übrigen 300 fl. für den Fall des (mit dem Haupteid) erbrachten Beweises der non numerata pecunia freigesprochen, aus folgenden Gründen: Da nach §. 983 a b. G. B. der Darlehensvertrag ein Realvertrag ist und erst durch die Uebergabe der verbrauchbaren Sachen geschlossen und perfect wird so ist der in Rede stehende Darlehensvertrag in Betreff der streitigen 300 fl. nur dann zu Stande gekommen, wenn die Zuzählung der

selben wirklich erfolgt ist; nur in diesem Falle stand dem C eine gültige Forderung rücksichtlich dieser 300 fl. zu, für welche ein Pfandrecht erworben werden konnte (§. 449 a. b. G. B.). Der Kläger kann die Bestimmung des §. 469 a. b. G. B. nicht für sich anrufen, weil dieselbe nur auf den Fall einer ursprünglich gültig gewesenen, jedoch getilgten Forderung sich bezieht. Konnte aber C ein Pfandrecht rücksichtlich der 300 fl. gar nicht erwerben, so konnte er es auch nicht dem A übertragen (§. 442 a. b. G. B.). Zudem können nach §. 1351 a. b. G. B. nur zu Recht bestandene Verbindlichkeiten und Rechte übernommen und bekräftigt werden, und kommen im vorliegenden Falle die Bestimmungen der §§. 1392—1398 a. b. G. B. in Anwendung, von denen der §. 1394 ausdrücklich sagt, daß die Rechte des Uebernehmers mit den Rechten des Ueberträgers dieselben sind. Da nun der Kläger auch nicht einmal behauptet, daß B gegen ihn die Richtigkeit der in Rede stehenden Forderung anerkannt hat, so mußte er mit seinem Anspruch auf Zahlung von 300 fl. im Falle der Herstellung des im Urtheile zugelassenen Beweises abgewiesen werden. — Das O. L. G. verurtheilte den B unbedingt zur Zahlung der vollen Klagsumme, mit nachstehender Begründung: Es ist zwar im Allgemeinen richtig, daß das Pfandrecht sich stets auf eine gültige Forderung bezieht (§. 449 a. b. G. B.), daß mit der Tilgung der Schuld auch das Pfandrecht aufhört (§. 469) und daß Niemand einem Andern mehr Rechte abtreten kann, als er selbst hat (§. 442), weshalb die Rechte des Uebernehmers einer Forderung mit den Rechten des Ueberträgers in Rücksicht auf diese Forderung identisch sind (§. 1394). Diese Grundsätze erleiden aber bezüglich der Erwerbung hypothekarisch gesicherter Forderungen im Interesse der publica fides, welcher die Grundbücher, sollen sie ihren Zweck erfüllen, unbedingt bedürfen, eine dem entsprechende Einschränkung, wie sich dies aus dem Schlusse des §. 469 und den §§. 1443 und 1500 a. b. G. B. ergibt, weil ohne diesen Schutz das Institut der öffentlichen Bücher seinem Zwecke nicht entsprechen und seine Bedeutung zum großen Theil einbüßen würde. Wenn daher auch das materielle Recht im Allgemeinen für eine jede Vermögensübertragung zwei Haupterfordernisse aufstellt, nämlich die wirkliche Existenz eines materiellen Rechtes auf Seite des Auctors und die rechtsgültige Übertragung dieses Rechtes an den Erwerber, so steht doch das bürgerliche Gesetzbuch im Interesse der Publicität der öffentlichen Bücher und der Sicherheit des Immobilienverkehrs von dem ersten Erfordernisse insofern ab, als es ausnahmsweise Demjenigen, welcher von einem Tabularbesitzer ein in dem öffentlichen Buch eingetragenes Recht entgeltlich und im guten Glauben erworben hat, ohne Rücksicht darauf, ob zur Zeit seiner Erwerbung sein Auctor dasselbe in der That noch materiell-rechtlich besaß oder nicht, in dem erworbenen Rechte schützt. Aus demselben Grunde erklärt das Grundb.-G. vom 25. Juli 1871, bei legaler Verständigung der Be-

theiligten von einer Einverleibung das diesbezügliche, von dritten Personen bona fide erworbene Recht ganz allgemein für unbestreitbar, wenn es die Interessenten unterlassen haben, binnen der Recursfrist ein Streitanmerkung zu begehren, resp. binnen weiteren 60 Tagen die Löschungsklage zu überreichen. Nach Ablauf dieser Frist bleibt der rechtskräftige Tabularact dem gutgläubigen Successor gegenüber unanfechtbar, mag nun das Recht des Auctors gleich ursprünglich unigiltig gewesen sein oder erst später seine Giltigkeit verloren haben. Wird nun erwogen, daß der Bescheid vom 23. August 1875 über die von C gegen B erwirkte Pfandrechtsintabulation dem Letzteren zu gestellt und rechtskräftig geworden ist, daß die Darlehensforderung an sich eine gesetzlich nicht verpönte, somit eine vollkommen gültige Forderung darstellt und daß es dem A nicht abträglich sein kann, wenn C die Valuta dem B nicht vollständig ausgezahlt hat, zumal ein Zeitpunkt für die Zuzahlung gar nicht bestimmt worden ist; daß der Erwerb des Pfandrechts weder ein an sich ungiltiger Forderungstitel, noch eine falsche Urkunde zu Grunde liegt und daher §. 44 a. b. G. B. nicht Anwendung finden kann; daß das Strafgericht nicht die Ungiltigkeit des Schuldscheines und des erworbenen Pfandrechts ausgesprochen, sondern den B auf den Civilrechtsweg gewiesen hat; daß B es unterlassen hat, in Gemäßheit der §§. 61 und 62 des Grundb.-G. die Ungiltigkeit der Pfandrechtsinverleibung im Proceßwege gegen C geltend zu machen und die Streitanmerkung in Grundbuche rechtzeitig zu erwirken; daß A die bücherliche Uebertragung der Forderung erlangt hat, und der hierüber ergangene Bescheid vom 2. Februar 1876 dem B zugestellt wurde; daß dieser weiters unterlassen hat, die Anmerkung der Streitigkeit dieser Eintragung im Grundbuche innerhalb der im §. 63 des Grundb.-G. bestimmten Frist zu erwirken und die Löschungsklage gegen den A einzubringen; daß B nicht nachgewiesen hat, daß A bei Erwerbung der Forderung nicht bona fide gehandelt hat, so kann sich Beklagter durch die Einwendung, daß die Zuzahlung der Valuta von C nicht geschehen und er von demselben betrogen worden ist, gegenüber dem A mit Hinblick auf die Bestimmungen der §§. 469, 1443 und 1500 a. b. G. B. und des §. 61 f des Grundb.-G. nicht schützen und mußte zur Zahlung der 400 f unbedingt verurtheilt werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Das Urtheil des D. L. G. wird vom Beklagten mit Grund angefochten. Denn die von dem Obergerichte aus den Bestimmungen der §§. 61 und 62 Grundb.-G. entnommenen Folgerungen erscheinen nicht maßgebend für die Beurtheilung des vorliegenden Rechtsfalles, da das Grundb.-G. an den Grundsätzen des a. b. G. B. über Verträge überhaupt, insbesondere jenen des Darlehensvertrages und über die Erwerbung des Pfandrechts, nichts geändert hat. Diese hat der erste Richter sachgemäß zur Anwendung gebracht und die Frage

ob und in welchem Umfange der Kläger eine gültige Forderung und ein Pfandrecht hiefür erwerben konnte, in seinen Urtheilsgründen richtig erörtert. Der in den obergerichtlichen Motiven angezogene §. 469 a. b. G. B. und insbesondere der Schlusssatz desselben steht der Geltendmachung und Erprobung der Einwendung des Beklagten, daß der von dem Kläger angesprochene Betrag von 400 fl. nur bezüglich des Theilbetrages von 100 fl. eine aufrechte Forderung darstelle, hingegen der Rest von 300 fl., als beabsichtigtes Darlehen, nicht zugezählt wurde, nicht im Weg, weil der §. 469 a. b. G. B. jedenfalls voraussetzt, daß ursprünglich eine gültige Forderung, und zwar in jenem Betrage, welchen das öffentliche Buch ersichtlich macht, auf einen gesetzlich zulässigen Titel gestützt, aufrecht bestand und hiefür auch das Pfandrecht gültig erworben wurde. In dem gegenwärtigen Rechtsstreite will aber der Beklagte, dessen Angaben bezüglich der von ihm erhobenen Einwendung durch das beigebrachte Strafurtheil erheblich unterfällt erscheinen, durch den von dem ersten Richter zugelassenen Haupteid den nach der Gerichtsordnung und den Bestimmungen des bürgerl. Gesetzbuches zulässigen Beweis erbringen, daß der ursprünglich beabsichtigte Darlehensvertrag nur bezüglich eines Theilbetrages von 100 fl., nicht aber bezüglich des Restes von 300 fl., dessen Zuzählung unterblieb, perfect geworden ist, daher auch für diesen Rest wegen Abganges einer gültigen Forderung ein Pfandrecht nicht erworben, noch im Cessationswege auf den Kläger übertragen werden konnte (§§. 442, 449, 1351, 1394 u. 1396 a. b. G. B.).

Nr. 7892.

In integrum restitutio ob noviter reperta: Statthaftigkeit derselben vor Schöpfung des Endurtheils.

Entsch. v. 10. März 1880, Nr. 2207 (Best. des Urth. des B. G. Cilli vom 15. Nov. 1879, Nr. 13382, Abänd. des Urth. des O. L. G. Graz vom 24. Dec. 1879, Nr. 14057). G. S. 1880, S. 219. Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 37.

Während der Aufnahme des Zeugenbeweises, welcher in der Rechtsache des A gegen B pcto. Eigenthums an einem Grundstück von dem Kläger angeboten und durch Verurtheil zugelassen worden war, begehrte A mittelst Klage die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen aufgefundenener neuer Behelfe, resp. die Zulassung der Beweisführung durch den neu aufgefundenen Zeugen Y, weil er, nach seiner Anführung, erst bei der Einvernehmung des Zeugen X in die Kenntniß gekommen sei, daß auch Y über die im Prozesse streitigen Punkte der Grenzberainnung Zeugenschaft ablegen könne. — Das Gericht erster

Instanz erkannte nach dem Klagebegehren. — Von dem O. L. G. wurde die Klage derzeit abgewiesen mit der Begründung, daß das Begehren um Restitution wegen neu aufgefundenen Beweismittel verfrüht war, weil in der Rechtsache, in welcher A restituirt werden will, ein Spruch noch nicht ergangen ist (§. 372 lit. b a. G. O.).

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Erkenntniß. Gründe: Der §. 372 a. G. O., welcher in lit. b dem verfürzte Streittheile das Rechtsmittel der Wiedereinsetzung in den vorige Stand wider einen ergangenen Spruch gestattet, wenn er nach demselben solche erhebliche Beweismittel gefunden hat, die er vorher nicht wissen oder nicht finden konnte, muß vermöge der aus diesem Gesetz unverkennbar hervorleuchtenden Absicht des Rechtsschutzes der Parteien dahin ausgelegt werden, daß derjenige, der für seine Sache ein erhebliches Beweismittel zu einer Zeit auffindet, wo der Proceß noch schwebt, er aber dasselbe nach den Vorschriften über das gerichtliche Verfahren in der Streitsführung nicht mehr anbringen kann, berechtigt ist, auch in solchem Stadium des Processes sich dieses Rechtsmittels zu bedienen, um so mehr, als nach Vorschrift des §. 372 a. G. O. selbst der bereits ergangene richterliche Spruch einer solchen nachträglichen Beweisführung nicht entgegenstehen soll. Die Auffassung, daß ein Spruch vorausgehen müsse, daß also die Partei, mit einem erheblichen Beweismittel in der Hand, den Richter nicht in die Lag setzen dürfe, sofort ein dem Beweismateriale entsprechendes Urtheil zu fällen, sondern erst das voraussichtlich ungünstige Erkenntniß abwarten müsse, widerspricht der klaren Absicht des §. 372 a. G. O., daß das materielle Recht zur Geltung gebracht werde, ebenso, wie den allgemeinen auf Beschleunigung der Rechtsprechung um Hintanhaltung unnützer Verschleppungen abzielenden Bestimmungen des gerichtlichen Verfahrens.

Nr. 7893.

Anspruch des in Folge der Geltendmachung der ganzen simultan haftenden Forderung an einer Pfandsache leer ausgehenden Pfandgläubigers auf verhältnißmäßige Befriedigung aus dem Erlöse der anderen.

Entsch. v. 10. März 1880, Nr. 2685 (Best. des das Decr. des O. L. G. Weinberge v. 11. Sept. 1879, Nr. 23204, abänd. Decr. des O. L. G. Prag v. 22. Dec. 1879, Nr. 37112). G. S. 1880, S. 248.

Bei den Häusern X und Y wurde für die auf denselben haftende Vermögensübertragungsgebühr von 1153 fl. das Pfandrecht simultan einverleibt. Beide Realitäten kamen in Execution. Erst wurde das Haus X feilgeboten und von dem Satzgläubiger A erstanden. Zur

Meistgebotsvertheilung ward von dem Steueramte die obige Vermögensübertragungsgebühr im Vollbetrage angemeldet und auf den Kaufschilling angewiesen, so daß A mit 4848 fl. seiner nach der Gebühr intabulirten Forderung von 5000 fl. durchfiel. A zahlte die angewiesene Gebühr nebst Zinsen im Betrage von 1298 fl., worauf der Pfandsatz des Fiscus bei dem Hause Y gelöscht wurde. Nun kam es auch zum Zwangsverkauf des letzteren Hauses und zur Vertheilung des Kaufpreises wurde von A, der nach dem Verhältniß des Schätzungswertes des Hauses X (19.800 fl.) zu jenem des Hauses Y (43.683 fl.) mit 893 fl. berechnete Theilbetrag der von ihm gezahlten Gebühr nebst Zinsen seit dem Tage der dritten executiven Feilbietung des Hauses X angemeldet und die Anweisung dieses Betrages in der Rangordnung der auf dem Hause Y sichergestellten und gelöschten Gebühr von 1153 fl. begehrt, weil er aus Eigenem einen Aufwand für die Simultanhypothek Y gemacht habe, ihm nach Maßgabe des auf das Haus Y fallenden Theilbetrages der von ihm berichtigten Gebühr das Recht auf Ersatz aus dem Meistgebot für diese zweite Hypothek zustehe und dieser sein Anspruch nach Analogie des §. 37 a. E. D. an die Stelle und in die Rangordnung der von ihm gezahlten, bei dem Hause Y gelöschten Gebührenforderung getreten sei. — Von dem Gericht erster Instanz wurde dem A die angemeldete Quote von 893 fl. für den Fall verwahrt, daß A binnen sechs Monaten seinem von dem Hypothekargläubiger B bestrittenen Ansprüche im Proceßweg Geltung verschafft. — In zweiter Instanz wurde der angemeldete Betrag von 893 fl. dem A unbedingt zugewiesen, weil für die Gesamtgebühr per 1153 fl. die beiden Häuser X und Y sachlich hafteten, der Anspruch des A, als des in Folge der Zuweisung der ganzen Gebühr aus dem Erlöse für das Haus X dort zunächst leer ausgehenden Pfandgläubigers, zum Eintritte in die der Gebühr zustehende Rangordnung bei der Vertheilung des Meistgebotes für das Haus Y durch die Bestimmung des §. 37 E. D. gerechtfertigt ist und dermal nach bereits erfolgter hereinbringung der ganzen Gebühr aus einem der beiden, nach §. 72 Grundb.-G. sachlich haftenden Häuser nur deren Schätzungswerte der Quotenberechnung zu Grunde gelegt werden können.

Auf den Revisionsrecurs des B bestätigte der oberste Gerichtshof die Entscheidung des D. L. G., weil die Uebertragungsgebühr, deren Gegenstand das in Execution gezogene Haus Y ist, nach §. 72 des Gebührengesetzes sachlich auf der Realität haftet und daher unter der Voraussetzung der Rechtskraft des bezüglichen Zahlungsauftrages die privilegierte Rangordnung genießt, und weil die obergerichtliche unbedingte Zuweisung der Gebührenquote in der Bestimmung des §. 37 E. D. ihre Begründung findet.

Nr. 7894.

Unstatthaftigkeit des a. o. Revisionsrecurses wider Bescheide, welche zur Vollstreckung eines im Bagatellverfahren geschlossenen Vergleiches ergehen.

Entsch. v. 10. März 1880, Nr. 2764. G. S. 1880, S. 185.

Ein Bagatellproceß wurde durch gerichtlichen Vergleich abgethan, auf Grund dessen der Kläger zur Hereinbringung der vom Beklagten darin versprochenen Geldsumme im Executionswege die Pfändung begehrte, welche von beiden Untergerichten bewilligt wurde.

Dagegen ergriff der Beklagte den a. o. Revisionsrecurs, den der oberste Gerichtshof in der Erwägung, daß der gerichtliche Vergleich, auf dessen Grundlage die Execution geführt wird, in einem Bagatellproceß geschlossen wurde, daher im Sinne des Gesetzes vom 27. April 1873, R. G. Bl. Nr. 66, der Rechtszug an den obersten Gerichtshof auch im Executionsverfahren ausgeschlossen ist, als unzulässig zurückwies.

Nr. 7895.

Allseitige Ungiltigkeit eines Compromisses wegen mangelnder Zustimmung eines Betheiligten.

Entsch. v. 11. März 1880, Nr. 1309 (Best. des das Urth. des B. G. Page v. 15. Oct. 1878, Nr. 1884, abänd. Urth. des D. L. G. Zara vom 22. August 1879, Nr. 2128). Gazz. del Trib. 1880, Nr. 11.

Mit Compromiß vom 10. Juni 1870 übertrugen A, B, C und D, Erben ihres Vaters M, den Schiedsrichtern E und F die Theilung der väterlichen Erbschaft, über die sie sich nicht einigen konnten. Nach gefälligem Schiedsspruch errichteten A, B und C am 27. März 1874 mit Ausschluß des D ein neues Compromiß, in welchem sie die Erbschaftstheilung den Schiedsrichtern G und H übertrugen. A und C, denen das von den Letzteren gefällte Laudum mißfiel, bestritten mit der gegen B und D angestellten Klage die Giltigkeit des zweiten Schiedsspruches mit der Anführung, daß die Schiedsrichter das ihnen erteilte Mandat überschritten hätten (§. 364 westgal. G. D.). Die Beklagten B und D traten dieser Behauptung entgegen und der Letztere, obschon er an dem zweiten Compromiß, aus welchem der bestrittene Schiedsspruch hervorging, nicht theilgenommen, erklärte sich, gleich dem B, ausdrücklich für die Giltigkeit des Schiedsspruches. — Dem in erster Instanz abgewiesenen Klagebegehren wurde von dem D. L. G. stattgegeben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Urtheil in der Erwägung, daß das zweite Compromiß, weil ohne Antheilnahme des D geschlossen, ab initio nichtig und daher nicht geeignet war, das Mandat, welches die in dem ersten Compromiß ernannten Schiedsrichter empfangen und angenommen hatten, aufzuheben und auf die neuen Schiedsrichter zu übertragen, es wäre denn von dem D vor der Fällung des neuen Laudum schriftlich die Zustimmung zu dem zweiten Compromiß ertheilt worden, was aber beklagterseits nicht einmal behauptet wurde; daß, wenn schon die Ueberschreitung der Vollmacht gültig ernannter Schiedsrichter die Nichtigkeit ihres Ausspruches zur Folge hat (§. 362 westgal. G. D.), um so mehr das Laudum von Schiedsrichtern, die durch ein ungültiges Compromiß ernannt wurden, als nichtig anzusehen ist; daß der zur Frage stehende Schiedsspruch auch nicht für die Parteien, die das zweite Compromiß geschlossen haben, gültig ist, weil es sich dabei um die Revision und Ergänzung der von den früheren Schiedsrichtern ausgesprochenen Theilung eines Gemeinschaftsvermögens handelte, die nach §. 841 a. b. G. B. ohne die Intervention und Zustimmung sämtlicher Genossen rechtsgültig nicht zu Stande kommen konnte, und weil ein von Haus aus nichtiger Act auch nicht für jene Personen, die denselben errichtet haben, obligatorisch ist; daß daher von dem D. L. G. der Nichtigkeitsklage mit Recht stattgegeben wurde.

Nr. 7896.

Steuerrückstandsausweise als Grundlage der Execution.

Entsch. v. 16. März 1880, Nr. 2947 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. Biala v. 20. Nov. 1878, Nr. 8881 und des D. L. G. Arlau vom 16. Oct. 1879, Nr. 12369). G. S. 1880, S. 198.

Auf das mit dem Rückstandsausweise des Steueramtes A belegte Gesuch der Finanzprocuratur wurde von beiden Untergerichten im Executionswege dem Fiscus der von B in seinem Privatdienst bezogene Gehalt zur Deckung der bei ihm ausstehenden Erwerb- und Einkommensteuer im Betrage von 1066 fl. eingeworfen. — B ergriff den a. o. Recurs, worin er anführte, daß nach §. 396 westgal. G. D., Absatz e nur auf Grund derjenigen Entscheidungen der Finanzbehörden, gegen welche gemäß §. 69 westgal. G. D. kein weiterer Rechtszug zulässig ist, eine Execution zu bewilligen sei, er aber im gegebenen Falle gar nicht gehört wurde, und ihm niemals ein Zahlungsauftrag bezüglich dieser Steuerrückstände zugelassen sei.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs und bemerkte gegen den angebrachten Beschwerdegrund, daß die Berufung auf den §. 396

weßgal. G. D. und namentlich auf den Absatz c dieses Paragraphen keine Bedeutung haben könne, weil es sich hier nicht um einen von speciell normirten Fall, sondern um eine Execution wegen obwaltender Steuerrückstände handelt, wofür besondere Vorschriften bestehen, um daß es insbesondere im Sinne der Hofdecrete vom 19. Jänner 1784 Nr. 228, 13. September 1796, Nr. 312, 3. Februar 1821, Nr. 173 und 10. Februar 1832, Nr. 2548 der J. G. G., nicht darauf ankomme, daß über Rückstände von öffentlichen Abgaben Erkenntniß gefällt oder zum Behufe der gerichtlichen Eintreibung derselben vorgelegt werden, sondern daß dem Gerichte der durch eine Amtsurkunde der competenten Behörde gelieferte Ausweis der gedachten Rückstände genügen müsse.

Nr. 7897.

Collision der Gesetze des Sitzes des Vollstreckungsgerichtes und des Vollstreckungsortes betreffs der Executionsmodalitäten. Executionsprivilegium der österr.-ungar. Bank.¹

Entsch. v. 16. März 1880, Nr. 3025 (Best. des Decr. des L. G. Krakau v. 30. Mai 1879, Nr. 13807, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau vom 25. Nov. 1879, Nr. 12939). G. H. 1880, S. 233.

Zur Hereinbringung einer auf dem Haus X in Krakau pfandrechtlich sichergestellten Forderung der österr.-ungar. Bank (Hypothekarcreditsabtheilung) wurde von dem L. G. Wien als Executionsgericht die Feilbietung des erwähnten Hauses in drei Terminen zu den von der Executionsführerin vorgelegten Bedingungen bewilligt und um den Vollzug das L. G. in Krakau angegangen, welches dem Requisitionsgemäß die Versteigerung in drei Terminen ausschrieb und die von Wiener Gerichte genehmigten Licitationsbedingungen in dem Feilbietungsbedict publicirte. Der erste Absatz dieser Bedingungen lautet dahin, daß das Haus um 50.000 fl. als dem statutenmäßig ermittelten Werth ausgerufen, im ersten und zweiten Termine nicht unter dem Ausrufspreise und im dritten Termine nicht unter 30.000 fl. hintangegeben wird. Dagegen recurrirte der Pfandgläubiger B an das D. L. G. Krakau, weil das requirirte L. G. bei der Ausschreibung der Feilbietung den im §. 148 weßgal. G. D. und dem Hofdecr. v. 25. Juni 1824, J. G. G. Nr. 2017, vorgeschriebenen Vorgan nicht beobachtet habe. — Von dem genannten D. L. G. wurde den Recurse stattgegeben und mit Anwendung der citirten Gesetze verordnet, daß zur Feilbietung bloß zwei Termine zu bestimmen seien, daß für den Fall, als in diesen zwei Terminen kein Angebot um den Schätzungspreis gemacht wird, eine Tagsfahrt zur Feststellung erleich-

ternder Bedingungen anzuberaumen und hiernach ein dritter Termin mit dem Beisatze auszuschreiben sei, daß in diesem Termine die Realität ohne Rücksicht auf die Schätzung dem Meistbieter verkauft werden wird.

Auf den Recurs der österr.-ungar. Bank restituirte der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Feilbietungsausschreibung. Gründe: Abgesehen davon, daß das L. G. in Krakau, als nur zum Vollzuge requirirtes Gericht, lediglich zur Ausschreibung der Feilbietung unter den vom Wiener L. G. als Executionsgericht bereits genehmigten Bedingungen berufen war, und daß daher der Pfandgläubiger B mit seiner Beschwerde an das zuständige O. L. G. in Wien herantreten sollte, war das Executionsgericht, nämlich das L. G. in Wien, zweifelsohne berufen, das bei demselben angebrachte executive Feilbietungsgesuch nach den in seinem Amtsbezirke gültigen Bestimmungen der a. G. O. zu erledigen, und die in Galizien bestehenden Anordnungen des §. 148 westgal. G. O. und des Hofdecr. vom 25. Juni 1824, J. G. G. Nr. 2017, konnten für das Wiener L. G. in keiner Beziehung maßgebend sein. Da ferner schon nach §. 32 des Finanzministerialerlasses vom 20. März 1856, R. G. Bl. Nr. 36, dann insbesondere der Finanzministerialverordnung vom 3. Februar 1859, R. G. Bl. Nr. 120, endlich nach §. 48 der Statuten für die österr.-ungar. Nationalbank laut Gesetz v. 27. Juni 1878, R. G. Bl. Nr. 66, die Bank selbst dann, wenn die verpfändete Realität auf Ansuchen eines anderen Gläubigers veräußert werden soll, berechtigt ist, die Bedingungen zu entwerfen, und das zuständige Executionsgericht die vorgeschlagenen Feilbietungsbedingungen zu prüfen und darüber zu entscheiden hat, sind die vom Wiener L. G. als Executionsgericht ausdrücklich genehmigten Picitationsbedingungen vom L. G. in Krakau mit vollem Rechte allein zur Grundlage der ausgeschriebenen Feilbietung angenommen worden.

Nr. 7898.

Zuständigkeit des Realgerichtes für eine zugleich gegen den Hypothekar- und gegen den Personalschuldner gerichtete Klage, ungeachtet eines mit letzterem vereinbarten Gerichtsstandes.

Entsch. v. 16. März 1880, Nr. 3028 (Best. des Decr. des L. G. Krakau vom 7. März 1879, Nr. 5844, Abänd. des Decr. des O. L. G. Krakau v. 23. Sept. 1879, Nr. 10220). G. S. 1880, S. 178.

Wegen Zahlung einer auf dem Gut X pfandrechtlich versicherten Forderung belangte A bei dem Realgerichte Krakau 1. den Guts-eigenthümer B als Hypothekarschuldner, und 2. den C als Personalschuldner. — In erster Instanz wurde die Klage aufrecht verbeschieden.

— Auf den Recurs des C verordnete das D. L. G. die Zurückstellung der Klageschrift, weil in derselben nicht der Hauptverpflichtete C zuerst benannt wurde (kaiserl. Verordnung vom 12. Mai 1852, R. G. Bl. Nr. 112) und weil in dem der Klage zu Grunde liegenden (von A mit C errichteten) Vertrag für die aus demselben entspringenden Rechtsstreitigkeiten der Gerichtsstand in Wien bestimmt worden ist (§. 47 Z. N.).

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstgerichtlichen Bescheid. Gründe: Im gegebenen Falle handelt es sich um Zahlung einer auf dem Gut X hypothekarisch versicherten Forderung. In Gemäßheit des §. 2 der Ministerialverordnung vom 19. September 1860, R. G. Bl. Nr. 212, ist die Klage gegen den B als Eigenthümer der Hypothek und gegen den Personalschuldner C gemeinschaftlich gerichtet und B in der Klage zuerst benannt; für die Klage ist daher nach §. 41 Z. N. jenes Gericht competent, welchem B untersteht, als welches sich im Sinne der §§. 14 lit. c und 56 Z. N., das angerufene Realgericht darstellt. Die Berufung auf die im Vertrage enthaltene Stipulation in Betreff des als zuständig anzusehenden Gerichtes und auf den §. 47 Z. N. ist ohne Belang, weil B, welcher bloß als Eigenthümer des Gutes auf Zahlung der Forderung aus der Hypothek belangt ist, sich an dem Vertrage nicht betheiligt hat. Ebensowenig ist die Berufung auf den vorletzten Absatz der kaiserl. Verordnung vom 12. Mai 1852, R. G. Bl. Nr. 112, zutreffend, weil der Klage kein solches Rechtsgeschäft zu Grunde liegt, vermöge dessen C als Hauptverpflichteter oder Hauptschuldner und B als solidarisch verpflichtet erscheinen würde (§§. 1346, 1355, 1356 a. b. G. B.), sondern vielmehr nur das bereits hervorgehobene Verhältniß der Belangen in Betracht kommt, Angesichts dessen es dem A nach der ausdrücklichen Bestimmung der Verordnung freistand, die Klage entweder gegen den persönlichen Schuldner oder gegen die Eigenthümerin der Hypothek anzubringen oder aber dieselben gemeinschaftlich zu belangen.

Nr. 7899.

Collision der Mobilien- und Immobiliarexecution: Unzulässigkeit der executiven Einantwortung einer Pachtschillingsforderung von einem executiv sequestrirten Gut.

Entsch. v. 16. März 1880, Nr. 3151 (Best. des das Decr. des R. G. Rorzenburg v. 4. Dec. 1879, Nr. 4335, abänd. Decr. des D. L. G. Wien vom 29. Dec. 1879, Nr. 21366). Allgemeine Juristen-Zeitung 1880, Nr. 32.

Das dem C verpachtete Gut des B wurde im Executionswege auf Ansuchen des Hypothekargläubigers A sequestrirt und der Pächter

von dem Sequester auf Zahlung eines verfallenen Pachtshillings belangt. Nun beehrte der dem A nachfolgende Hypothekargläubiger D auf Grund einer gegen den B erwirkten Zahlungsauflage die executive Einantwortung der von dem Sequester eingeklagten Pachtshillingsforderung. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil der Pachtshilling eines unbeweglichen und in Sequestration gezogenen Gutes von einem Gläubiger des Verpächters nicht abgesondert in Mobilarexecution gezogen werden kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz unter Hinweis auf die obergerichtliche Begründung und in der weiteren Erwägung, daß das Sequestrationsergebniß seinerzeit ohnehin den Gegenstand einer von dem Sequester zu veranlassenden gerichtlichen Vertheilung unter die Tabulargläubiger, zu welchen auch D gehört, zu bilden hat, wornach die Besorgniß, als könne dasselbe noch vor Befriedigung der Tabulargläubiger dem Schuldner zukommen, von selbst hinwegfällt.

Nr. 7900.

Abschluß eines Vertrages mit einem sich für großjährig ausgebenden Minderjährigen: Erkundigung über die Wahrheit des Vorgebens als Bedingung des Anspruchs auf Schadenersatz.

Entsch. v. 18. März 1880, Nr. 1341 (Best. des Urth. des D. L. G. Regensburg v. 21. Juli 1879, Nr. 4692, Abänd. des Urth. des D. L. G. Kralau vom 6. Nov. 1879, Nr. 11801). G. S. 1880, S. 288.

Der minderjährige B hat nach zurückgelegtem zwanzigstem Lebensjahr von dem C 150 fl. geborgt und dafür einen Wechsel ausgestellt, welchen C dem A indossirte und dieser gegen B einklagte. A verlor den Wechselproceß wegen der Minderjährigkeit des B zur Zeit der Ausstellung des Wechsels. Darauf belangte er als Cessionar des C den B mit der gemeinrechtlichen Klage auf Zahlung der 150 fl. — Nach aufgenommenem Zeugenbeweis, welchen A darüber anbot, daß B sich bei der Contrahirung der Darlehensschuld als großjährig ausgegeben, wurde die Klage in erster Instanz abgewiesen. — Das D. L. G. verurtheilte den B zur Zahlung aus folgenden Gründen: Fünf unbedenkliche Zeugen haben ausgesagt, daß B dem C, als dieser jögerte ihm die 150 fl. darzuleihen, die Versicherung gab, daß er bereits volljährig sei, Vermögen besitze und — was auch wirklich der Fall war — seine Wirthschaft selbstständig verwalte. Durch diese

Thatſachen iſt das Schlußbegehren der Klage gemäß §§. 248, 866, 874, 877, 878 und 1447 a. b. G. B. rechtlich begründet.

Der oberſte Gerichtshof beſtätigte das erſtgerichtliche Urtheil.
Gründe: Nach den Beſtimmungen der §§. 248 und 866 a. b. G. B. iſt ein Minderjähriger, welcher nach zurückgelegtem zwanzigſten Lebensjahre bei einem Geſchäfte für großjährig ſich ausgibt, nicht jedem, ſondern nur in dem Falle dem andern Theil für den hieran entſtandenen Schaden verantwortlich, wenn Letzterer vor Abſchließen des Geſchäftes nicht wohl erſt Erkundigung über die Wahrheit des Vorgebens einholen konnte. Es iſt daher in dem gegebenen Fall der erbrachte Beweis, daß B dem Darleiher C verſicherte, ſchon 24 Jahre alt zu ſein, nicht genügend, ſondern es müßte außerdem noch bewieſen ſein, daß C hierüber nicht leicht Erkundigung einholen und ſich der Ueberzeugung von der Wahrheit des Vorgebens des B nicht verſchaffen konnte. Zur Abwälzung eines den C treffenden Vorwurfs vernachläſſigter Vorſicht iſt es nicht zureichend, wenn behauptet wird, daß der Letztere ſchon deshalb, weil B damals bereits verheiratet und bei der Wirthſchaft ſelbſtſtändig thätig war und nach ſeinem Aeußern über 24 Jahre alt zu ſein ſchien, keinen Grund gehabt habe, der Betheuerung des B zu mißtrauen; denn nach den citirten Geſetzſtellen war ein poſitives Vorgehen des C nothwendig, und nicht einmal der Verſuch eines ſolchen wurde behauptet und bewieſen. Auch kann kein Zweifel unterliegen, daß wenn C, welcher, wie die Zeugen übereinkommend beſtätigt haben, Bedenken trug, mit dem B in das Geſchäft ſich einzulaſſen, ſtatt mit der Verſicherung des Letzteren ſich begnügen, ſich die Mühe genommen hätte, bei der in einer nahe Ortsſchaft wohnhaften Mutter deſſelben anzufragen oder anfragen zu laſſen, er ſehr leicht die Wahrheit hätte erfahren müſſen; er hat aber nichts dergleichen gethan, was um ſo auffälliger iſt, als vorausgeſetzt werden muß, daß ihm die Verhältniſſe des B nicht unbekannt waren, weil anzunehmen iſt, daß er ſich ſonſt in das ziemlich bedeutende Geſchäft mit ihm nicht eingelassen hätte. Das Geſchäft war weder für den einen noch für den anderen Theil dringend, daher eine beſondere Eile durchaus nicht gerechtfertigt. So wie nun C aus dieſem Anlaſſe keinen berechtigten Anſpruch auf Entſchädigung gegen den Belangten hätte, kann auch der Kläger als ſein Geſſionar einen ſolchen nicht zur Geltung bringen.

Nr. 7901.

Ungültigkeit eines allographen Testaments wegen unterlassener Bestätigung des Aufsatzes als seines letzten Willens durch den Erblasser.

Entsch. v. 18. März 1880, Nr. 1426 (Best. des Urth. des V. G. Hainespach v. 2. April 1879, Nr. 1578, Abänd. des Urth. des O. L. G. Prag vom 4. Juni 1879, Nr. 15804). Jur. Bl. 1880, Nr. 37.

Die gesetzliche Erbin des M bestritt mit der gegen seine testamentarische Erbin B angestellten Klage die Gültigkeit seines allographen, von den Zeugen C, D und E unterfertigten Testamentes, weil M unterlassen habe, vor den drei Testamentzeugen den Aufsatz als seinen letzten Willen zu bestätigen (§. 579 a. b. G. B.). — Nach Vernehmung des Notars F, welcher das Testament aufgesetzt hat, und der genannten Zeugen, erkannte das Gericht erster Instanz nach dem Klagebegehren, weil von den verhörten vier Zeugen der Notar F allein anzugeben vermochte, daß M den ihm vorgelesenen Aufsatz ausdrücklich als seinen letzten Willen bestätigt hat. — In zweiter Instanz wurde die Klage abgewiesen aus folgenden Gründen: Es handelt sich darum, ob in dem Benehmen des M eine gültige Erklärung, beziehungsweise Bestätigung, daß der Aufsatz vom seinem Willen gemäß, daß derselbe seine letztwillige Anordnung sei, erblickt werden könne. Durch die Aussagen der drei Testamentzeugen ist zwar erwiesen, daß die an dieselben gerichtete Aufforderung, die letztwillige Anordnung als Zeugen zu unterschreiben, nicht von dem Erblasser M, sondern von dem Notar F ausgegangen ist, sowie auch nicht minder feststeht, daß der Erblasser in Anwesenheit der Zeugen kein Wort gesprochen und daher eine Erklärung, daß der Aufsatz seine letztwillige Anordnung sei, durch Worte nicht abgegeben hat. Allein es liegen solche Momente vor, welche an dem Willen des M, die letztwillige Anordnung vom, so wie sie vorliegt, zu errichten, keinen Zweifel zulassen. Es ist nämlich erwiesen, daß die genannten drei Zeugen zur Unterschrift des Testamentes des M als Testamentzeugen von dem Notar F in das anstoßende Zimmer, woselbst sich nur noch M befand, gerufen wurden, und daß der Aufsatz in Gegenwart des M und der sämtlichen drei Zeugen von dem Notar F vorgelesen und dann erst von den Zeugen unterschrieben wurde. Die letztwillige Anordnung enthält nun am Schlusse, und zwar vor dem Datum und vor den Unterschriften des Testators und der Zeugen, den Beisatz: „Ich habe diese Bestimmungen vor den gerufenen drei Testamentzeugen als meinen letzten Willen erklärt und vor denselben unterschrieben.“ Wenn nun erwogen wird, daß die letztwillige Anordnung und somit auch der Schlusssatz den Zeugen in Anwesenheit des Erblassers vorgelesen wurde, und daß nirgends behauptet wird, daß M taub gewesen und den Inhalt des vorgelesenen Aufsatzes nicht gehört habe, so muß der

Schlußsatz der letztwilligen Anordnung als eine Erklärung des M, als eine stillschweigende Bestätigung, daß der vorgelesene Aufsatz sein letzter Wille sei, angesehen und für genügend erachtet werden, da das bürgerliche Gesetzbuch im Principe eine stillschweigende Erklärung als zulässig erklärt und der §. 579 a. b. C. B. eine Erklärung durch Worte nicht ausdrücklich verlangt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urtheil Gründe: Nicht der Erblasser M, sondern der Notar F hat die Zeugen C, D und E, welche aus einem anderen Anlasse in dessen Kanzlei erschienen waren und von denen D den Erblasser persönlich nicht einmal kannte, gerufen, um als Zeugen des letzten Willens des M einzutreten. Wohl wurde der vom Notar F verfaßte Aufsatz in Gegenwart des Erblassers und der drei Zeugen vorgelesen, und von den Letzteren auch unterschrieben. Allein nur der Notar F sagt aus, daß der Erblasser den Aufsatz mit ihm nicht mehr erinnerlichen Worten vor den Zeugen als seinen letzten Willen bestätigt habe; Zeuge C kann sich nicht erinnern, eine derlei Äußerung des Erblassers, oder überhaupt gehört zu haben, daß dieser damals in Gegenwart der Zeugen etwas gesprochen habe, und die Zeugen D und E erklärten mit Bestimmtheit, daß der Erblasser damals den Aufsatz als seinen letzten Willen nicht bestätigt und überhaupt nicht gesprochen habe. Alle drei Zeugen bestätigen, daß Notar F und nicht der Erblasser sie zur Unterschrift des Aufsatzes aufgefordert habe, die sie beisetzen. Nur F behauptet, daß die Zeugen zur Zeit, als der Erblasser den Aufsatz unterfertigte, gegenwärtig gewesen seien, während die Zeugen D und E bestimmt bestätigen, bei der Unterfertigung des Erblassers nicht zugegen gewesen zu sein, und sich nicht erinnern zu können, ob zur Zeit, als sie unterfertigten, die Unterschrift des Erblassers dem Aufsatze schon beigelegt gewesen sei während C auch des ersteren Umstandes sich nicht entsinnen kann. Die Zeugen können daher nicht bestimmen, ob der Aufsatz dem Willen des Erblassers gemäß war, und Zeuge C folgert die Zustimmung des Erblassers nur daraus, daß er nach Vorlesung des Aufsatzes geschwiegen habe. Unter diesen Umständen kann nicht gesagt werden, daß bei Errichtung des letzten Willens dem §. 579 a. b. C. B. entsprochen worden sei, welcher fordert, daß der Erblasser vor drei Zeugen den von einer anderen Person geschriebenen Aufsatz als seinen letzten Willen bestätigt habe. Allerdings verlangt das Gesetz nicht, daß jene Bestätigung ausdrücklich und mündlich in einer bestimmten Formel erfolge; sie muß aber in einer Art erklärt sein, daß bei den Zeugen jeder Zweifel darüber, daß der Aufsatz den letzten Willen des Erblassers enthalte, ausgeschlossen ist. In der bloßen und stummen Gegenwart des Letzteren zur Zeit der Vorlesung des Aufsatzes kann eine solche Bestätigung nicht gefunden werden, umsoweniger, als die Zeugen nicht angeben, damals eine Äußerung des Erblassers vernommen zu haben, welche in unzweideutiger Art ergeben würde, daß der Erb-

lasser das Vorgelesene gehört und verstanden habe, und für seinen letzten Willen gelten lassen wollte, und nicht bestätigen können, daß der Erblasser den Aufsatz wirklich eigenhändig unterschrieben, in welcher Hinsicht die Aussage des Testamentarius F, welcher hier übrigens nicht als Notar in Betracht kommt, auch den Aufsatz nicht mitgefertigt hat, ebenso isolirt dasteht, wie auch nur er angibt, daß der Erblasser vor den Zeugen den Aufsatz als seinen letzten Willen bestätigt habe. Dieser Aufsatz ist sohin wegen Nichtbeobachtung der im §. 579 a. b. G. B. geforderten Förmlichkeiten nach §. 601 *ibid.* ungültig und das in diesem Sinne ergangene erstgerichtliche Urtheil gerechtfertigt.

Nr. 7902.

Beitritt zu einer Verpflichtung als „Bürge und Zahler“?
— **Anerkennung auf Grund gepflogener Abrechnung?**

Entsch. v. 18. März 1880, Nr. 2002 (Best. der gleichförmigen Urth. des O. G. Jastin v. 5. August 1879, Nr. 3072 und des O. L. G. Brünn v. 18. Nov. 1879, Nr. 11261). G. S. 1880, S. 340.

B, von C um ein Darlehen von 3000 fl. angegangen, nahm diese Geldsumme für den C bei A auf, behändigte sie dem C gegen einen dem A über 3900 fl. ausgestellten Schuldschein des C, welchen er dem A mit der Erklärung übergab, daß er für den B als Bürge und Zahler einstehe. Nach dem Versfallstage der Schuld — 1. September 1870 — gab B dem A die Versicherung, daß er für den B durch 25% Interessen der Capitalsschuld a dato des Versfalltages werde entschädigt werden, und als B nach einiger Zeit auf die Zahlung drang, schrieb ihm B: „Sie können versichert sein, daß Sie bei diesem Geschäfte nicht zu kurz kommen, ich stehe immer in jedem Falle dafür gut, ich bin immer Ihr Schuldner, bis Alles zu Ihrer vollkommenen Zufriedenheit gezahlt ist.“ Ende August 1873, als die Schuld mit den Zinsen und Zinseszinsen auf 7617 fl. angewachsen war, wurde zwischen B und A eine Verrechnung gepflogen, wonach für den Letzteren nach Abzug geleisteter a conto Zahlungen noch ein Forderungsrest von 6356 fl. verblieb. Nachdem D dem A den Theilbetrag von 5250 fl. gegen dessen Verzicht auf jeden Anspruch aus dem Darlehensgeschäfte an den C gezahlt hatte, belangte A den Bürgen und Zahler B auf Zahlung der restlichen 1106 fl. Als Beweismittel allegirte der Kläger seine mit B gepflogene Correspondenz und trug dem Letzteren über alle vorangeführten Thatfachen den Haupteid auf. Der Beklagte begnügte sich, die Beweislast der Klagebeilagen, unter Negation des historischen Klagegrundes, anzugreifen, ohne gegen den Anspruch eine materielrechtliche Einwen-

dung vorzubringen. — In erster Instanz wurde die Klage gewiesen aus folgenden Gründen: Wenn der Kläger seinen Anspruch auf die aus dem Inhalte des vorerwähnten Briefes hergeleitete Bürgschaft des B mit der Qualität der Solidarverpflichtung für den C bei ihm contrahirte Darlehensschuld von 3900 fl. zu stützen meint, so muß dem entgegengehalten werden, daß jener Brief zu allgemeinen Ausdrücken gehalten ist, um daraus den ernstlichen Willen des B zur Verbürgung und sogar zur Solidarverpflichtung zu nehmen, und daß ferner in demselben nicht einmal die Summe, welche die Bürgschaft gelten soll, enthalten ist. Aber auch der angebotene Haupteid über das Factum der Verbürgung für die ursprüngliche Summe von 3900 fl. und über die Verpflichtung zur 25%-tigen Verzinsung dieser Schuld konnte nicht abgegangen werden, weil hinsichtlich des Capitals selbst unter der Voraussetzung der lichen Verbürgung des B, der Anspruch des Klägers auf den Betrag von 3900 fl. durch die Schuldübernahme des D für den Betrag von 5250 fl. getilgt erscheint und hinsichtlich der Zinsverpflichtung der Kläger nicht angeführt wird, ob diese Entschädigung von dem Bürge oder vom Schuldner C geleistet werden sollte, so daß hienach die Ausdehnung der Bürgschaft auf die Zinsverbindlichkeit selbst die Behauptung mangelt. Ebenso wenig kann der Kläger seinen Anspruch aus dem Titel der Anerkennung ableiten, welche in der von ihm ducirten Abrechnung mit dem Beklagten enthalten sein soll, wo er den Betrag von 6356 fl. zu fordern gehabt hätte. Die Abrechnung ist ein logischer Begriff, entstanden aus dem außergerichtlichen Geständniß, daß alle Thatfachen, welche in der Abrechnung enthalten sind, sich wirklich auf die angeführte Weise zugetragen haben. Wenn ferner zwischen den Parteien aus diesen anerkannten Thatfachen ein Resultat gezogen und darauf eine neue Verpflichtungserklärung des Schuldners basirt wird, entsteht eine Novation. Die Novation kann keine Bürgschaft begründen, denn die Erstere setzt schon ein bestehendes Verpflichtungsverhältniß zwischen den Compaciscenten voraus, das durch seinen Untergang eine neue selbstständige Verbindlichkeit erschaffen soll. Die Bürgschaft kann aber, selbst wenn sie eine Solidarverpflichtung mit dem Hauptschuldner erscheint, ihre accessorische Natur niemals abstreifen und es ergibt sich daher aus diesen beiden einander fremden Rechtsverhältnissen, nämlich der direkten Anerkennung und der accessorischen Bürgschaft, ein unlöslicher Widerspruch in dem Sinne, daß eine Bürgschaft mit einer zeitigen Novation juristisch unvereinbar ist, welcher Widerspruch in der Bestimmung des §. 1378 a. b. G. B., wonach durch die Erneuerungsvertrag die mit der vorigen Hauptverbindlichkeit verknüpfte Bürgschaftsrechte erlöschen, seinen gesetzlichen Ausdruck gefunden hat. B's Solidarbürgschaft soll auf dem Titel der Anerkennung basiren, beide sind strenge zu trennende Verpflichtungsquellen. B kann

für eine fremde Schuld sich verbürgen und nur eigene Thatsachen anerkennen, worunter solche gemeint sind, die unmittelbar rechtserzeugend zwischen ihm und A wirken konnten und darin liegt der Widerspruch, der zur Abweisung des Klagebegehrens führen mußte. Wenn man aber nach einer vom Gerichte nicht getheilten Ansicht in B's Anerkennung der fremden Schuld ein *constitutum debiti alieni* finden wollte, so kann daraus dennoch nicht die Verurtheilung des Beklagten abgeleitet werden, weil der Kläger seinen Anspruch auf einen Bürgschaftsvertrag stützt, die Schuldübernahme aber nach §. 1345 a. b. G. B. eine Novation begründet, mithin das Urtheil über ein anderes Rechtsverhältniß absprechen würde, als der Kläger seinem Anspruche zu Grunde legt. Selbst bei Zugrundelegung der Abrechnung müßte doch das Rechtsverhältniß nur nach ihrem Inhalt beurtheilt werden, der aber gar kein sicheres Resultat ergibt, weil aus den Anfangsworten: „Meine Forderung an B oder C“ keinesfalls auf die Art der Verpflichtung, sofern man dieselbe nicht aus der Bezeichnung der verpflichteten Personen deduciren wollte, geschlossen werden kann. — Auf die Appellation des Klägers, worin er hauptsächlich die erstrichterliche Annahme, daß durch die Verrechnung eine Novation begründet wurde, bekämpfte, da in jener Verrechnung nur die Fixirung eines neuen Zeitpunktes der Erfüllung (§. 1379 a. b. G. B.) zu erblicken sei, bestätigte das D. R. G. das Urtheil der ersten Instanz mit nachstehender Motivirung: Da der Bürge und Zahler wie ein Mitschuldner zur ungetheilten Hand haftet (§. 1357 a. b. G. B.), ein Mitschuldner zur ungetheilten Hand auch für sich allein lästigere Bedingungen rücksichtlich der gemeinschaftlichen Schuld eingehen und sich auf eine dem anderen Mitschuldner zu Theil gewordene Begünstigung nicht berufen kann (§. 894 a. b. G. B.), dagegen dem Gläubiger freisteht, von dem Mitschuldner zur ungetheilten Hand die Bezahlung nach beliebigen Antheilen zu fordern (§. 891 a. b. G. B.), so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn B der Schuld des C aus dem Darlehen des Klägers von 3900 fl. als Bürge und Zahler beigetreten ist und nachträglich die Verpflichtung, den Kläger für die Zahlungsfaumsal mit 25 % - tigen Zinsen zu entschädigen, auf sich genommen hat, derselbe für den durch die Zahlung des D nicht getilgten Theil der Schuld per 3900 fl., welche mit den 25 % Zinsen 6356 fl. betrug, d. i. für den Theilbetrag von 1106 fl. sammt Nebengebühren einzustehen hatte. Allein in jener Aeußerung des B, aus welcher der Kläger dessen Uebernahme der Verpflichtung zur Zahlung von 25 % Zinsen ableitet, kann ein den B bindendes Versprechen desselben, von dem Darlehen per 3900 fl. vom 1. September 1870 angefangen, als Entschädigung für die Zahlungsfaumsal 25 % Zinsen als Schuldner, also aus Eigenem zu zahlen, nicht erkannt werden. Wie die Darstellung des Klägers selbst außer Zweifel setzt, war B zunächst der Vermittler des Darlehensgeschäftes zwischen

dem Kläger als Darleiher und dem C als Anleiher und wurde derselbe nur dadurch Mitverpflichteter, daß er auf Begehren des Darleihers, der den C nicht für genügend creditfähig hielt, dessen Schuld als Bürge und Zahler beitrug. Die Aeußerung des B, daß der Kläger für die Zahlungsver säumniß durch 25% Zinsen werde entschädigt werden, war, wie der Kläger sich ausdrückt, eine Vertröstung, bei welcher die Person, welche die Entschädigung mittelst Verzinsung per 25% leisten sollte, nicht bezeichnet wurde, und es also zweifelhaft blieb, ob B die Entschädigung durch den eigentlichen Anleiher, für welchen er bei Contrahirung des Darlehens handelte oder aus seinen eigenen Mitteln, als Vertröstung in Aussicht stellte. Der Aeußerung mangelt es überhaupt an der nöthigen Bestimmtheit, um derselben den Charakter der rechtsverbindlichen Erklärung des Aeußernden, sich zur Verzinsung des Darlehens mit 25% Zinsen zu verpflichten, vindiciren zu können. Hiemit entfällt aber die wesentliche Basis des Klageanspruches und daher auch der wesentliche Appellationsgrund des Klägers, welcher darin besteht, daß der Beweis durch den Haupteid über den ursprünglichen Beitritt des B zur Darlehensschuld des C in der Eigenschaft als Bürge und Zahler und über die eben erwähnte vertröstende Aeußerung nicht zugelassen wurde, weil diese Aeußerung niemals eine Verpflichtung zum Entstehen des B für 25% Zinsen zu begründen vermöchte, die ursprünglich von B mit Solidarverpflichtung verbürgte Schuld aber per 3900 fl. sammt gesetzlichen Verzugszinsen durch die in Abrechnung zu bringenden Vorschüsse des B und durch die von D für den eigentlichen Anleiher zur Zahlung übernommene Summe von 5250 fl. (in welchen zwei Posten Kläger jedenfalls mindestens das Doppelte der wirklich gegebenen Darlehensvaluta per 3900 fl. erhielt), mehr als vollständig getilgt erscheint, daher die behauptete ursprüngliche Bürgschaft des B erloschen ist.

Die a. o. Revisionsbeschwerde des Klägers wurde von dem obersten Gerichtshofe wegen Abgang der Bedingungen des Hofdecr. vom 15. Feb. 1833, J. G. G. Nr. 2593 zurückgewiesen.

Nr. 7903.

Einhebung des Schulbeitrags in Niederösterreich von dem in Wien abgehandelten Nachlaß einer von ihrem Manne abgesondert außerhalb Niederösterreichs wohnenden Gattin.

Entsch. v. 18. März 1880, Nr. 2650 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Wien in Wien v. 22. Nov. 1879, Nr. 47623 und des O. L. G. Wien v. 13. Jänner 1880, Nr. 376). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 18.

Die Verlassenschaft der M, welche von ihrem in Wien wohnhaften Ehegatten (nicht gerichtlich) geschieden, in New-York lebte und

dort starb, wurde in Wien bei dem Personalgericht des Witwers (§§. 19 und 79 Z. N.) abgehandelt und von demselben sowie in zweiter Instanz von dem D. L. G. die Entrichtung des Schulbeitrags an den niederösterreichischen Landesfond angeordnet. Dagegen recurrirten die Erben der M an den obersten Gerichtshof, indem sie geltend machten, daß der Nachlaß der M von dem abgeforderten Schulbeitrag befreit sei, weil die Erblasserin ihren Wohnsitz nicht in Niederösterreich hatte.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs in der Erwägung, daß die angefochtenen Verordnungen der Untergerichte mit den §§. 1, 2 und 4 des Gesetzes v. 18. December 1871, Z. G. Bl. für Niederösterreich vom Jahr 1872, Nr. 1 (betreffend die Einhebung des Schulbeitrags) in Einklang stehen.

Nr. 7904.

Ergänzung der mangelhaften Aussprüche des Urtheils über die verschiedenartigen Rechtsfolgen mehrerer sententionirter Haupteide.

Entsch. v. 23. März 1880, Nr. 2627 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Oewierim v. 13. Sept. 1879, Nr. 1620 und des D. L. G. Aralan v. 18. Dec. 1879, Nr. 16085). G. S. 1880, S. 288.

In der Rechtsache des A gegen B pto. Zahlung mehrerer Forderungsbeträge erkannte das Gericht auf drei dem Beklagten deferirte Haupteide, unterließ aber, die Rechtsfolge für den Fall auszusprechen, wenn der Beklagte die Eide 2 und 3 und der Kläger den juridischgehobenen Eid 1 ablegt. Deshalb überreichte A bei dem Erkenntnißgericht das Gesuch um Ergänzung dieser Lücke durch ein Zusatz-erkenntniß. — Von beiden Untergerichten wurde sein Gesuch abgewiesen.

Auf den a. v. Recurs des A verordnete der oberste Gerichtshof daß über das Gesuch des A eine Tagssatzung zur Anhörung des Gegentheils anberaumat und sodann darüber entschieden werde. Gründe: Sowie das Hofdecr. vom 29. September 1794, Z. G. S. Nr. 195, die Verbesserung der in der Eidesformel des Urtheils eingeschlichenen Schreibfehler zuläßt, kann auch per analogiam die Berichtigung, resp. Ergänzung des Urtheils in dem Falle einer mangelhaften Anführung der Folgen der Ablegung oder Nichtablegung des Haupteides platzgreifen. Da nun der Kläger behauptet, daß das Urtheil die Bestimmung der Rechtsfolge für den Fall, daß der Beklagte die Eide 2 und 3 und der Kläger den Eid 1 ablegt, nicht enthält; da ferner dieser Mangel die Wesenheit der Sache nicht berührt, indem weder in dem Ausspruche, daß die Verpflichtung des Beklagten von der Bedingung

des Haupteides abhängig gemacht wurde, noch in den Eidesformeln eine Aenderung eintritt, so ist die Abweisung des Gesuchs *a limine* nicht gerechtfertigt und war die Vernehmung des Gegentheils und Entscheidung anzuordnen, um so mehr, als dem Kläger nicht zugemuthet werden kann, in dieser Beziehung einen neuerlichen Rechtsstreit durchzuführen.

Nr. 7905.

Reproducirung der zurückgezogenen Anmeldung einer Forderung in einem Conkurs: Unzulässigkeit sofortiger Abweisung.

Entsch. v. 23. März 1880, Nr. 3287 (Best. des das Decr. des O. L. G. Brünn v. 4. Nov. 1879, Nr. 24226, abänd. Decr. des O. L. G. Brünn v. 23. Dec. 1879, Nr. 13965). O. G. 1880, S. 165.

A hat im Conkurs des B eine Forderung angemeldet, die Anmeldung später zurückgezogen und nachdem inzwischen der Massavertheilungsentwurf überreicht worden war, wieder vorgelegt. — Von dem Concurscommissär wurde die Anmeldung dem A zurückgestellt, weil die Concursordnung eine Reproducirung von zurückgezogenen Anmeldungen nicht kennt und der Vertheilungsentwurf bereits vorgelegt ist. — Das Concursgericht bestätigte die von A angefochtene Zurückweisung mit der Begründung, daß die im §. 108 der E. O. vom 25. December 1868 normirte Anmeldung an die Stelle der im §. 11 der E. O. vom 1. Mai 1781 vorgeschriebenen Klage getreten, daher als Klage nach der Vorschrift der a. G. O. zu behandeln ist, gemäß §. 49 a. G. O. und Hofdecr. vom 15. Jänner 1787, J. G. G. Nr. 620 lit. e aber, der Kläger, welcher von der Klage ohne Vorbehalt zurücktrat, nicht berechtigt ist, dieselbe auf Grund des nämlichen Rechtstitels wieder anzubringen. — Von dem O. L. G. wurde dem Concursgericht die Annahme und gesetzmäßige Erledigung der reproducirten Anmeldung aufgetragen, in der Erwägung, daß nach §. 123 der E. O. vom 25. December 1868 Ansprüche, deren Anmeldung innerhalb der im §. 105 E. O. bestimmten ordentlichen Frist nicht erfolgt ist, unbeschadet der Bestimmung des §. 186 *ibid.* auch nachträglich angemeldet werden können und daß diese E. O. die Wiedereinbringung von zurückgezogenen Anmeldungen nicht ausschließt; daß die Anmeldungen im Sinne des §. 108 E. O. nicht in der Form von Klagen zu überreichen sind; daß übrigens der Richter selbst im Falle des nochmaligen Anbringens einer bereits entschiedenen Klage dieselbe nach §. 1 a. G. O. und Hofdecr. vom 15. Jänner 1787, J. G. G. Nr. 621 lit. aa nicht von Amtswegen verwerfen darf; daß der aufrechten Erledigung der von A reproducirten An-

meldung der Umstand der inzwischen geschehenen Vorlage des Massevertheilungsentwurfs nicht entgegensteht, weil A die Anmeldung noch vor Ablauf der Frist zu den Erinnerungen gegen den Vertheilungsentwurf überreicht hat (§. 186, Alinea 2 E. O.).

Auf den Revisionsrecurs des Concurssmassenverwalters bestätigte der oberste Gerichtshof die obergerichtliche Verordnung mit Verweisung des Recurrenten auf die der Sachlage und dem Gesetze entsprechende Begründung derselben.

Nr. 7906.

Eröffnung des Concursses über das Vermögen einer offenen Handelsgesellschaft auf Grund des Ansuchens eines der öffentlichen Gesellschafter.

Entsch. v. 23. März 1880, Nr. 3363 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. B. Wien v. 14. Februar 1880, Nr. 22764 und des O. L. G. Wien v. 21. Februar 1880, Nr. 3226). G. J. 1880, S. 292.

Carl A, offener Gesellschafter einer im Handelsregister mit der Firma A & B und Carl A und Anton B als persönlich haftenden Gesellschaftern eingetragenen Societät für Seidencommissionshandel, erstattete dem k. k. O. die Anzeige der Zahlungseinstellung der Firma mit dem Antrag auf Eröffnung des Concursses über das Gesellschaftsvermögen (§§. 194—197 E. O.). — Das k. k. O. verfügte hierauf die Eröffnung des Concursses über das Vermögen der Firma und der beiden öffentlichen Gesellschafter. Dagegen recurrirte Dr. C als Vertreter der Firma und der Socius Anton B, weil das k. k. O. auf den nur von einem der öffentlichen Gesellschafter gestellten Antrag zur Concurseröffnung nicht befugt gewesen sei, um so weniger als der Antragsteller die Eingabe nicht mit der Firmazeichnung, sondern nur mit seinem Namen unterfertigt hat. — Das O. L. G. bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid.

Der a. o. Revisionsrecurs der Firma und des Anton B wurde von dem obersten Gerichtshof verworfen, in Erwägung, daß für die genaue Erfüllung der Vorschriften der §§. 194—196 E. O., mithin auch für die im §. 194 E. O. vorgeschriebene gerichtliche Anzeige der Zahlungseinstellung, nach §. 197 E. O. bei offenen Gesellschaften die persönlich haftenden Gesellschafter verantwortlich sind, und daß die Anzeige der Zahlungseinstellung durch jene Personen, welche die Gesellschaft vor Gericht zu vertreten berechtigt sind, zu geschehen hat; daß Carl A, welcher die Zahlungseinstellung der Handelsfirma A & B anzeigte, offener Gesellschafter dieser Firma und zur Firmazeichnung und Vertretung derselben berechtigt ist; daß der Umstand,

Daß A diese Anzeige nicht mit der Firmazeichnung, sondern mit dem Namen unterfertigt hat, die Zurückweisung seiner Gläubiger des dazu gestellten Antrags auf die Concurseröffnung nicht entgegen verwerfen könnte, da dieselbe die Anzeige ausdrücklich als zur Vertretung der genannten Firma durch den Gläubiger anerkannt hat, nur es sich hierbei überhaupt nicht um einen Namen der Gesellschaft abjuschließendes Rechtsgeschäft handelt, sondern die Erfüllung einer den bestehenden Gesellschaftern gegenüber bestehenden und im Falle abliegenden Verpflichtung. Auch daß die im § 100 des G. B. auch nicht die Vorschrift des § 100 des G. B. über den Umfang der den Gesellschaftern zustehenden Befugnisse zur Vertretung der Gesellschaft der Gesellschafter zu gestatten auf den vorliegenden Fall angewendet werden kann, da die Erfüllung der Erfüllung des kaufmännischen Concurses der Gesellschaft der anderen Gesellschafter Anton nicht, da dieselbe die diese Verfügung unter den im § 100 des G. B. vorgesehenen Voraussetzungen selbst auf die Anzeige hinweisen zu können ist, daß die Bestimmungen der §§ 100 des G. B. die Erfüllung der durch die Zahlungseinstellung entstandenen Forderungen bezielen und daß diesem Zweck die Rückkehr der zu Forderungen, welche die Concurseröffnung für die Gläubiger der Gesellschaftsmitglieder unter sich mit sich bringen, entgegensteht.

Nr. 7907.

Die vorstehende Maßnahme der verbücherten Schulden des Schuldners des belasteten Grundstückes: Umfang der Forderungen — Änderung des Pfandrechtes auf Grund der Änderung der Ansprüche des Vertretungsorgans

Urt. v. d. O. Nr. 2505 (Bek. des d. O. Urt. des R. G. vom 18. Sept. 1879, Nr. 8502, abänd. Urt. des L. O. v. d. O. vom 18. Sept. 1879, Nr. 15764). J. v. d. O. Nr. 24.

In dem Vertrag vom 16 Juni 1878, mit welchem die Gesellschaft X dem B verkauft, übertrug die Gesellschaft X dem B das Grundstück von 25.000 fl. die Forderung der Gesellschaft X im Gesamtbetrag von 12.350 fl. wozu die Gesellschaft X die 333 fl., und die Forderung derselben. Am 1. October 1878 verlor die Gesellschaft X die Forderung der Pfandschulden an die Forderung der Gesellschaft X. Am 1. October 1878 verlor die A mit dem Kauf der S die Forderung.

schuldner und den C als Pfandschuldner auf Zahlung ihrer Forderung von 333 fl. Von der Replik an führte die A den Rechtsstreit gemeinschaftlich mit den Eheleuten D, welche in dieser Proceßschrift die ihnen gegen den Gutskäufer B zustehenden Rechte der Klägerin abtraten und die Erklärung abgaben, daß sie als Assignanten und als Cedenten die Vertretung der Klägerin übernehmen. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagebegehren und begründete die Verurtheilung des erstbeklagten B mit der Erwägung, daß durch die seinerseits erfolgte Uebnahme der eingeklagten Forderung auf den Rausschilling eine unvollständige Assignation zu Stande gekommen und daß diese Assignation durch die mit der Anstellung der Klage stillschweigend erklärte Einwilligung der Gläubiger vollständig geworden sei. — Auf die Appellation des B wurde derselbe in zweiter Instanz freigesprochen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das von der Klägerin angesuchte Urtheil des O. L. G. aus den nachstehenden Gründen: Der im Kaufvertrag vom 16. Juni 1878 enthaltenen Erklärung des Käufers B, daß er auf Abschlag vom Rausschillinge die auf der ihm verkauften Liegenschaft X haftenden Sapposten, namentlich auch jene der A im Betrag von 333 fl. und vom 15. Juli 1878 an die Verzinsung derselben sowie alle auf dem Gute haftenden öffentlichen Lasten übernimmt, kann nach dem gemeinen Sprachgebrauche und mit Rücksicht auf die Bestimmung des §. 443 a. b. G. B., wonach mit dem Eigenthume unbeweglicher Sachen wohl auch die darauf haftenden, in den öffentlichen Büchern angemerkten Lasten, das heißt die pfandrechtlichen oder sonstigen dinglichen Sicherstellungen übernommen werden, persönliche Forderungen gegen den vorigen Eigenthümer aber nicht auf den neuen Erwerber übergehen, keineswegs der Sinn beigelegt werden, daß B in Betreff der von ihm übernommenen Hypothekarschulden und speciell in Betreff der Sappost von 333 fl. der A eine größere Verbindlichkeit übernehmen wollte, als eben in dem citirten §. 443 enthalten ist, also auch nicht der Sinn, daß er an Stelle der Eheleute D, welche die auf dem Gute haftenden Schulden, namentlich die Schuld gegen die A contrahirt haben, d. i. an Stelle der Personalschuldner zur völligen Befreiung derselben sich verpflichtet habe, der A für ihre Forderung als einzig klagbarer Personalschuldner und unbedingt und unbeschränkt mit seinem ganzen Vermögen einzustehen. Die Bestimmung des §. 443 des a. b. G. B. bringt es mit sich, daß beim Verkauf einer Liegenschaft der hypothekarische Lastenstand derselben erhoben und beziffert wird, um auf den vereinbarten Kaufpreis angerechnet zu werden, weil um die Höhe jenes Lastenstandes der effectiv zu begleichende Kaufpreis des Gutes sich vermindert, sobald der Käufer die Verpflichtung auf sich nimmt, entweder die haftenden Passiva selbst zu zahlen oder ohne Regreß an dem Verkäufer zu gestatten, daß der Hypothekar-

gläubiger sich durch den Zwangsverkauf des Gutes im Sinne d. §. 466 a. b. G. B. zahlhaft mache. Diesem durch die Natur d. Sache und der gesetzlichen Rechtsverhältnisse gebotenen Vorgang gemäß wurde in dem Kaufvertrag vom 16. Juni 1878 zwischen d. Verkäufern D und dem Käufer B die Art der Begleichung des Kaufschillings geordnet, keineswegs aber von dem Letztern gegenüber d. an diesem Kaufvertrage nicht betheiligten Satzgläubigern, und namentlich auch nicht gegenüber der A — außer der im §. 443 vorgesehenen dinglichen Haftung — auch noch eine persönliche Haftung übernommen und ergibt sich diese Bedeutung auch aus jenem Vertragsartikeln in welchem die Verkäufer ausdrücklich und solidarisch Gewähr leisten, daß außer den angegebenen Satzposten keine anderen rechtswirksamen Belastungen bestehen. Wenn auch die Eheleute D die A wegen Erlangung der Zahlung ihrer Satzpost per 333 fl. an den B als Käufer der Liegenschaft und Uebernehmer des darauf haftenden Lastenstandes gewiesen haben, und wenn auch B gegenüber anderen Personen und namentlich auch gegenüber anderen Gliedern der Familie der Gläubiger (wie aus Zeugenaussagen sich ergibt und insofern diese zu einer vollen triftigen Beweise nicht genügten, durch den aufgetragenen unrichtigen schiebbaren Hauptleid allenfalls erwahrt werden könnte) sich nach dem geschehenen Ankaufe äußerte, daß er den auf der Realität lastende Schuldenstand übernommen habe, daß namentlich die A ihre Forderung nicht verlieren werde, weil er alle Schulden der Eheleute D zur Zahlung übernehme, und wenn auch die Letzteren der Klägerin in der Replik als Vertretungsleister aus dem Titel der Assignation und aus dem Titel der von ihnen in dieser Proceßschrift an die A gemachten Cession der ihnen aus dem Kaufvertrag gegen den Käufer B zustehenden Rechte beigetreten sind, so konnte dieses Alles an dem Eingangs erwähnten Rechtsverhältnisse zwischen der Satzgläubigerin und dem damals eintretenden Uebernehmer der mit dieser Satzpost hypothekarisch belasteten Realität nichts ändern, weil die Assignation in der von der Klägerin in Anspruch genommenen Richtung und Beziehung nicht vollständig werden konnte, so lange nicht der Käufer B ausdrücklich und unzweifelhaft und in rechtsverbindlicher Weise erklärt hat, damit einverstanden zu sein, daß die zur Zeit als Personalschuldner verpflichteten D von dieser persönlichen Verpflichtung gänzlich befreit werden, und er, B, nunmehr nicht nur im Sinne des §. 443 a. b. G. B. mit dem Werthe der in seinem Besitz übergangenen Realität, sondern überhaupt mit seinem ganzen Vermögen unbedingt und unbeschränkt für die Zahlung jener 333 fl. einstehen wolle und einzustehen habe, und weil den Äußerungen, welche B nach dem Ankaufe der Realität, in Betreff der Uebernahme der in Rede stehenden darauf haftenden Schuldpost abgegeben haben soll, vermöge der gesetzlichen Auslegungsregeln rechtsverbindlicher Erklärungen nach dem im §. 915 des a. b. G. B. vorgezeichneten Grundsätzen nicht ohne

weitere die ausdehnende Bedeutung beigelegt werden kann, daß er sich gegenüber der B eine weiterreichende Verbindlichkeit auferlegen wollte, als eben in den Bestimmungen der §§. 443 und 446 a. b. G. B. und in den hienach zu beurtheilenden Bestimmungen des Kaufvertrages gelegen war. Am allerwenigsten aber konnte diesen Aeußerungen die Bedeutung beigelegt werden, daß B unbedingt und auch dann noch persönlicher Schuldner jener Sattpost bleiben wolle und zu bleiben habe, wenn er das damit hypothekarisch belastete Verhältniß weiter veräußern und der Nachfolger im Besitze gleichermassen den hypothekarischen Lastenstand auf Abschlag vom Gesamtkaufschillinge übernehmen würde — ein Fall, der eben hier eingetreten ist, indem B die am 16. Juni 1878 gekaufte Realität sammt der übernommenen Belastung bereits am 16. October 1878 dem C in den physischen und grundbücherlichen Besitz übergab, welchen Letztgenannten die A unter Einem als Hypothekarschuldner belangte. Die Cession endlich, welche die Eheleute D mit ihrem Beitritte in der Replik zu Gunsten der Klägerin zu bewerkstelligen gedachten, hat ein ganz anderes Klagerrecht zum Gegenstande, welches nicht mit dem von der Klägerin aus dem Titel einer vermeintlichen, vollständigen Assignment hergeleiteten Klagerrechte vermengt und insbesondere auch nicht erst in der Replik geltend gemacht werden konnte. Dem Gesagten zu Folge war die Revisionsbeschwerde der A gegen das den B freisprechende Urtheil des D. L. G. zu verwerfen.

Nr. 7908.

Zusammentreffen eines verspäteten Eidesantretungsgesuches mit dem Präclusionsgesuche des Gegners.

Entsch. v. 31. März 1880, Nr. 2810 (Best. des Decr. des R. G. Tarnow v. 28. August 1879, Nr. 12201, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 13. Nov. 1879, Nr. 16152). G. S. 1880, S. 276.

Nach Ablauf der dem Kläger A durch Urtheil gesetzten Frist zur Ablegung eines Haupteides, wurde am nächstfolgenden Tag von dem Beklagten B das Gesuch um Erkenntniß, daß der Eid für nicht abgeschworen zu halten sei, überreicht und einige Stunden später von dem A der Eid angetreten. — Das Gericht erster Instanz ließ die Eidesantretung unberücksichtigt und erklärte sofort den Eid für nicht abgeschworen. — In Erwägung, daß gemäß §. 528 westgal. G. D. jede Handlung, für welche eine Frist bestimmt ist, noch an jenem Tage gültig geschehen kann, an welchem der Gegentheil das ihm aus der verfallenen Frist erwachsene Recht vor dem Richter rügt, welche Vorschrift durch die kaiserl. Entschließung vom 22. Mai 1847,

J. O. G. Nr. 1065, nicht aufgehoben wurde, hat das D. L. G. die erstgerichtliche Entscheidung behoben und dem Gerichte die anrechte Verbescheidung der Eidesantretung des A aufgetragen.

Der oberste Gerichtshof restituirte die Entscheidung der ersten Instanz. Gründe: In dem Urtheil wurde die Rechtsfolge der unterbleibenden Antretung des Eides an die Versäumung der vom Gesetz hierfür vorgeschriebenen Frist geknüpft. Nach §. 522 westgal. G. ist der Richter nicht berechtigt, eine Erweiterung dieser Frist zu bewilligen, und vermöge a. b. Entschließung v. 22. Mai 1847, J. O. G. Nr. 1065, kann nach Verlauf der peremptorischen Frist zum Antritt eines Beweises, dieser nicht zugelassen werden, sobald sich die Gegentheil demselben widersetzt. Da nun das Gesuch des B, worin er begehrte, daß das Recht des A zur Antretung des Eides für null und nichtig erklärt werde, bereits vorlag, als die nach Ablauf der peremptorischen Frist überreichte Eidesantretung überreicht wurde, so ist die Entscheidung des R. G. gesetzlich begründet, zumal die Bestimmung des §. 528 westgal. G. D. auf den vorliegenden Fall keine Anwendung findet.

Nr. 7909,

Verantwortlichkeit des Curator absentis im Falle der Verjährung der Coupons der für den Curanden hinterlegten Werthpapiere.

Entsch. v. 31. März 1880, Nr. 3200 (Best. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Prag v. 4. Nov. 1879, Nr. 37238 und des D. L. G. Prag von 13. Jänner 1880, Nr. 1230). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 1. Allgemeine Juristen-Zeitung 1880, Nr. 36. Jur. Bl. 1880, Nr. 31.

M hat mehrere in zinstragenden Werthpapieren bestehende Vermächtnisse errichtet. Da die Legatäre unbekannten Aufenthaltes waren wurde für sie der Advocat B als Curator bestellt und die gerichtliche Deposition der Werthpapiere nebst den Coupons verfügt. Der Curator ließ mehrere Coupons verjähren. In Folge dessen wurde ihm von dem Curatelgerichte aufgetragen, die den Coupons entsprechende Baarsumme von 25 fl. 50 kr. bei Gericht zu erlegen, weil der zur Wahrung der Rechte der Curanden bestellte Curator nach §§. 228 und 282 a. b. G. B. verpflichtet ist, dieselben vor einer leichten oder einiger Aufmerksamkeit zu vermeidenden Schädigung zu schützen, und weil es keineswegs Pflicht des Gerichtes sein kann, den Curator zu einem jeden diesfalls vorzunehmenden Schritte aufzufordern. — Da das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Verurtheilung aus folgenden Gründen: Durch die Annahme der Curatel hat B gemäß §. 271

a. b. G. B. die Verbindlichkeit auf sich genommen, die Angelegenheit seiner Curanden wie jene eines Minderjährigen zu besorgen, folglich gemäß §. 228 a. b. G. B. das Vermögen der Curanden mit aller Aufmerksamkeit eines redlichen und fleißigen Hausvaters zu verwalten. Daß die Einhebung der Zinsen von angelegten Capitalien in den Bereich der ordentlichen Vermögensverwaltung fällt, unterliegt keinem Zweifel und die Unterlassung dieser rechtzeitigen Einhebung ist eine Nachlässigkeit selbst der gewöhnlichen Diligenz, daher ein Verschulden, für welches B nach den Schlussworten des §. 228 a. b. G. B. allein aufzukommen hat.

Der oberste Gerichtshofes verwarf den a. o. Recurs des B in der Erwägung, daß das gerichtliche Depostenamt nicht dafür verantwortlich gemacht werden kann, wenn einzelne Zinsencoupons von hinterlegten Werthpapieren wegen versäumter rechtzeitiger Einlösung verjähren; daß auch das Gericht nicht in der Lage ist, alle in gerichtlicher Verwahrung befindlichen Vermögensschaften derart in Evidenz zu halten, um wegen rechtzeitiger Einlösung aller von Zeit zu Zeit fällig werdenden Zinsencoupons specielle Verfügungen zu treffen; daß vielmehr nach §. 228 a. b. G. B. der Vormund oder Curator das Vermögen der Pflegebefohlenen mit aller Aufmerksamkeit eines redlichen und fleißigen Hausvaters zu verwalten und sorgfältig zu überwachen hat, um jeden Nachtheil, welcher aus der Verabsäumung der zur Erhaltung des Vermögens nothwendigen Vorkehrungen entstehen könnte, abzuhalten, daß B als Curator der Legataire des M, dieser Verbindlichkeit hinsichtlich der verjähren Zinsencoupons nicht nachgekommen ist, da er, obschon in Kenntniß von den für die genannten Pflegebefohlenen in gerichtlicher Verwahrung befindlichen Werthpapieren und deren Beschaffenheit, es verabsäumte, rechtzeitig die geeigneten Schritte zur Einlösung der fälligen Zinsencoupons zu unternehmen.

Nr. 7910.

Nichtausbehnung des Vorzugsrechtes der Steuern auf Strafgebühren für die Verzögerung der Zahlung.

Entsch. v. 31. März 1880, Nr. 3404 (Best. der gleichförmigen Decr. des B. G. Rufen v. 8. Dec. 1879, Nr. 10337 und des D. L. G. Wien v. 3. Februar 1878, Nr. 1988). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 34.

Der erste Grad der Steuereintreibung besteht in der strafweisen Einmahnung, nämlich in der Zustellung eines sogenannten Executionsbillettes an den Steuerschuldner und Einhebung einer Strafgebühr von 5 kr. für jeden Tag der ersten Woche und von 10 kr.

für jeden Tag der zweiten Woche. Mit der Zustellung und mit der Abfuhr der Strafgeelder an das Steueramt sind die Gemeindevorstände betraut. Solche Strafgebühren im Betrage von 6 fl. waren bei dem Grundsteuerschuldner B ausständig, als seine Liegenschaft im Executionewege verkauft ward, und wurden von der Finanzprocuratur nebst dem Steuerrückstand bei der Meistgebotsvertheilung als Bezugspost angemeldet. — In erster Instanz wurden diese Strafgeelder ausstände nicht als Vorzugspost behandelt, weil der §. 16 des Grundb. (wornach das Pfandrecht einer Forderung auch den Executionsschuld zu kommt) auf sie nicht Anwendung findet und ein gesetzliches Vorzugsrecht denselben überhaupt nicht eingeräumt ist. — Das D. L. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung.

Die Finanzprocuratur ergriff den a. o. Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshof verworfen wurde, weil den angemeldeten Strafgeeldern die Eigenschaft von aufgewendeten Executionskosten keineswegs beigelegt werden kann.

Nr. 7911.

Abgrenzung des streitigen und nichtstreitigen Verfahrens
Streit über die Wahl eines neuen Verwalters des gemeinschaftlichen Grundstückes wegen Kündigung der Vollmacht des bisherigen durch einen der Miteigenthümer.

Entsch. v. 31. März 1880, Nr. 3507 (Best. des das Decr. des D. L. G. Wien v. 19. Dec. 1879, Nr. 85346, abänd. Decr. des D. L. G. Wien v. 28. Jänner 1880, Nr. 1523). G. S. 1880, S. 320.

Die A und die B sind Eigenthümerinnen pro indiviso eines von C verwalteten Hauses. Die A kündigte dem Letzteren die Vollmacht und begehrte sodann vom Gericht die Bestellung eines anderen Verwalters mit Berufung auf den §. 836 a. b. G. B., weil sie sich mit der B über die Wahl eines solchen nicht verständigen konnte. — Nach Einvernehmung beider Theile schritt das Gericht erster Instanz zur Wahl des Verwalters in Person des D mit folgender Begründung: Die B wendete ein, daß die A dem C die Vollmacht in Rechtswirksamkeit nicht aufkündigen konnte, weil sie mit der (von der B producirten) Urkunde vom . . . das Mandat dem C unwiderruflich erteilt hatte; daß daher der im §. 836 a. b. G. B. vorausgesetzte Fall: der Nothwendigkeit der Bestellung eines Verwalters der gemeinschaftlichen Sache, nicht vorliege. Auf diese Einwendung konnte keine Rücksicht genommen werden, weil nach §. 1020 a. b. G. B. jede Bevollmächtigung von dem Gewaltgeber, unbeschadet der Erfassungs-

des Gwalthabers, stets widerrufen werden kann und die Einwendung der Unwiderruflichkeit des Mandats jedenfalls nur dem C zustehen würde. Das schon mit der Thatsache des Miteigenthums nach den §§. 833 und 836 a. b. G. B. verbundene Recht des Miteigenthümers im Falle des Widerstreites, ohne Herstellung einer Stimmenmehrheit über die Person des Verwalters, auf richterliche Entscheidung zu dringen, ist nicht zu verwechseln mit dem obligatorischen (Mandats-) Vertrage der Miteigenthümer und des früheren Verwalters und es ist Sache dieses Letzteren, im Falle einer Verklärung sich beim Schuldtragenden Erholung zu verschaffen. Mithin erscheint C zur Administration des besagten Hauses nicht mehr befugt und mußte mit der Bestellung eines anderen Verwalters in Gemäßheit des §. 836 a. b. G. B. vorgegangen werden, da dieser Paragraph überhaupt nur dem Richter die Entscheidung zuweist und in keinem Gesetze normirt ist, daß das in Rede stehende Recht des Miteigenthümers gegen den anderen Miteigenthümer im Wege der Klage ausgetragen werden müsse. — Von dem O. L. G. wurde das Begehren der A zur Zeit abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Der §. 836 a. b. G. B. weist für den Fall, daß ein Verwalter einer gemeinsamen Sache zu bestellen ist, und für dessen Auswahl die Mehrheit der Stimmen sich nicht ergibt, die Wahl dem Richter zu, ohne hierfür die Betretung des ordentlichen Rechtsweges vorzuschreiben, welcher der Natur der Sache nach nicht nothwendig ist, wenn die Thätigkeit des Richters auf die Wahl beschränkt ist, welche, allenfalls nach Einvernehmung der Betheiligten, sofort stattfinden kann. In dem vorliegenden Falle ist zugegeben, daß ein gemeinschaftlicher Verwalter des Hauses der A und der B in der Person des C bestellt wurde, welcher von der A zur Administration ihrer Hausälfte ermächtigt und von der B mit der Verwaltung ihres Hausantheiles betraut worden war. Die A hält sich zu dem Begehren um Bestellung eines neuen Verwalters des gemeinschaftlichen Hauses, über welchen sie sich mit der Miteigenthümerin nicht einigen könne, deshalb für berechtigt, weil sie dem C die zur Verwaltung ihrer Hausälfte ertheilte Vollmacht gekündigt hat. Die Miteigenthümerin B, welche sich der Bestellung eines neuen Verwalters widersetzt, macht dagegen geltend, daß die A in der von ihr unterschriebenen Urkunde vom . . . dem C unwiderruflich die Verwaltung ihrer Hausälfte übertragen habe. Es ist demnach zwischen den beiden Miteigenthümerinnen die Rechtsfrage streitig, ob das Recht des C zur Verwaltung des ganzen Hauses durch die Vollmachtskündigung der A erloschen sei und ob die B die Bestellung eines neuen Verwalters wider den Willen sich gefallen lassen müsse: eine Rechtsfrage, welche nicht im außerstreitigen Verfahren gelöst werden kann, worüber vielmehr die Entscheidung dem ordentlichen Rechtswege vorzubehalten ist, weshalb, da der bloße Bestand einer Gemeinschaft des Eigenthums für

die angerufene Wahl nicht genügt, derzeit mit dieser Wahl nicht vorgegangen werden kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung aus deren Gründen,

Nr. 7912.

Zulässigkeit eines abgesonderten Recurses gegen die Einleitung des Besitzstörungsverfahrens.

Entsch. v. 31. März 1880, Nr. 3578 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Pölla v. 18. Dec. 1879, Nr. 2457 und des O. L. G. Graz vom 4. Februar 1880, Nr. 1440). O. Z. 1880, Nr. 43.

Gegen die aufrechte Verbescheidung der Besitzstörungsklage des A ergriff der Beklagte B den Recurs, in welchem er die Competenz des angerufenen Gerichtes zur Entscheidung der Streitsache mit der Behauptung bestritt, daß der Weg, in dessen Benützung der Kläger gestört worden sein soll, ein öffentlicher sei, und daher zur Competenz der politischen Behörde gehöre. Das Gericht legte den Recurs vor, von der Ansicht ausgehend, daß durch die Bestimmung des §. 16 der kaiserl. Verordnung v. 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, wornach nur gegen den Endbescheid des ersten Richters ein Recurs zulässig ist, die gegen den Klagebescheid wegen der Gerichtscompetenz gerichtete Beschwerde nicht ausgeschlossen werde. — Das O. L. G. ging in die meritorische Erledigung des Recurses ein, weil es nach dem Wortlaute der Bestimmung des §. 16 des Gesetzes über das Verfahren in possessorio summarissimo zweifelhaft erscheint, ob die darin ausgesprochene Unzulässigkeit einer abgesonderten Beschwerdeführung auch auf die Klageerledigung sich erstrecke oder auf die nach eingeleitetem Verfahren im Zuge desselben getroffenen richterlichen Verfügungen beschränkt sei, und bestätigte den erstrichterlichen Bescheid.

Auch der oberste Gerichtshof war für die Zulässigkeit des Rechtsmittels, indem er den a. o. Recurs des Beklagten meritorisch erledigte und denselben verwarf, weil die Bedingungen zur Abänderung gleichförmiger Entscheidungen nicht vorhanden sind.

Nr. 7913.

Ungiltigkeit einer Separatabmachung zwischen dem Cessionar eines Gläubigers und einem Dritten bei einem Zwangsausgleich.

Entsch. v. 1. April 1880, Nr. 1005 (Best. des Urth. des L. O. Prag vom 6. Sept. 1879, Nr. 28115, Abänd. des Urth. des D. L. O. Prag v. 11. Nov. 1879, Nr. 31949). G. Z. 1880, Nr. 53. Jur. Bl. 1880, Nr. 31.

Nach Eröffnung des kaufmännischen Concurfes über das Vermögen des D cedirte C von der ihm gegen den Cridar zustehenden Forderung von 1221 fl. den Theilbetrag von 671 fl. seinem (des C) Sohn A, welchem die B, Schwiegermutter des Cridars, eine Urkunde ausstellte, worin sie der Theilschuld von 671 fl. als Bürge und Zahlerin beitrug und sich verpflichtete, dieselbe dem Cessionar A ohne Rücksicht auf das materielle Ergebniß des Concurfes des D nach der Concursaufhebung zu zahlen. Nachdem der Concurf durch Zwangsausgleich, in welchem die Gläubiger mit 5% ihrer Forderungen abgefunden wurden, beendet worden war, belangte A die B auf Zahlung der von ihr übernommenen 671 fl. Dagegen wendete die Beklagte ein: C sei von dem Cridar ersucht worden, den vom Letzteren proponirten Ausgleich auf 5% der Forderungen beizutreten; derselbe habe jedoch erklärt, daß er mit 5% seiner Forderung sich nicht begnügen könne, sondern 60% bekommen müsse, und habe deshalb vorgeschlagen, die Angelegenheit in der Weise abzumachen, daß er 671 fl., nämlich 55 % von seiner Forderung dem A cedire, während 5 % derselben ihm aus der Ausgleichsmasse zu bezahlen sein würden; dieser Vorschlag sei angenommen und in Folge dessen von der Beklagten dem A die der Klage zu Grunde gelegte Urkunde ausgestellt und dabei abgemacht worden, daß, wenn der Zwangsausgleich auf 5 % der Forderungen der Concursgläubiger nicht zu Stande käme, die B ihrer Zahlungspflicht enthoben und ihr die ausgestellte Urkunde von dem A zurückzustellen sei; das Uebereinkommen, welchem diese Urkunde ihre Entstehung verdanke, sei aber ungiltig, weil es der Bestimmung des §. 226 der E. O. zuwider laufe, und daher auch die Urkunde unwirksam. — In erster Instanz wurde die Beklagte freigesprochen, wenn sie mit dem Haupteid beweist, daß das von ihr angeführte Uebereinkommen getroffen worden sei. — Das D. L. O. verurtheilte die Beklagte unbedingt nach dem Klagebegehren, aus folgenden Gründen: Die von der Beklagten vorgebrachte Einwendung ist nicht gerechtfertigt, denn der §. 226 E. O. hat nur auf solche Uebereinkommen Anwendung zu finden, welche zwischen dem Cridar und seinen Gläubigern geschlossen werden und das in die Ausgleichsmasse gehörige Vermögen seiner Bestimmung entziehen, oder einem Gläubiger größere Vortheile zuwenden, als ihm nach den §§. 222 und 223

der Concursordnung aus der Concurmasse gebühren. In dem vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht um ein Uebereinkommen zwischen dem Cridar und seinen Gläubigern, sondern zwischen einer dritten Person und dem Cessionar eines Gläubigers; es handelt sich aber auch nicht um ein in die Ausgleichsmasse gehöriges Vermögen aus welchem die Schuld an den Gläubiger zu bezahlen ist, sondern um das Vermögen eines bei dem Concurse und dem Ausgleich gar nicht betheiligten Dritten, auf welchen auch die Bestimmung des §. 22 der E. O. nicht anwendbar ist. Das Motiv und der Zweck des Zahlungsverprechens der B an den A ist für die Frage, ob die B indem sie sich zur Zahlung einer bestehenden Schuld für einen anderen unbedingt verpflichtet hat, auch ihrer Verpflichtung nachkommen muß ohne Bedeutung, und es kann keinen Unterschied machen, ob die B mit an dem Ausgleiche unbetheiligte Person allen Gläubigern oder nur einem derselben die nöthige Schadloshaltung nach abgewickelm Concurse oder Ausgleiche garantirt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz Gründe: Die Concursordnung, indem sie bei dem kaufmännischen Concurse den Zwangsausgleich zuläßt, setzt voraus, daß der Ausgleich ein redlicher sei. Aus dieser Rücksicht wird im §. 226 E. O. jedes außer dem Ausgleiche getroffene Uebereinkommen, wodurch das in die Ausgleichsmasse gehörige Vermögen seiner Bestimmung entzogen wird, weiter aber auch jedes Uebereinkommen für ungültig erklärt, wodurch einem Gläubiger, auf dessen Ansprüche der Concurse sich erstreckt, größere Vortheile oder bessere Bedingungen als nach den §§. 222 und 223 E. O. zulässig ist, eingeräumt werden, auch wenn dazu das in die Ausgleichsmasse gehörige Vermögen nicht in Anspruch genommen wird. Auch bei den Uebereinkommen der letzten Art, wenn der größere Vortheil oder die besseren Bedingungen von einem Dritten aus dessen Vermögen geboten werden, ist die Stimme des begünstigten Gläubigers und der dadurch bedingte Ausgleich gefälscht, weil der Gläubiger bei seiner Stimme nicht von der richtigen Beurtheilung des Standes der Masse und der Ansprüche der concurrirenden Gläubiger allein geleitet wird, sondern wesentlich auch den ihm außer dem gebotenen Vortheil veranschlagt, daher auf einer anderen Grundlage stimmt, als die übrigen Gläubiger. Um ein Uebereinkommen der letzten Art handelt es sich im vorliegenden Falle. Die Vereinbarung wurde über eine vom Ausgleiche berührte Forderung mit Beziehung auf den und in Gewärtigung des abzuschließenden Ausgleiches getroffen, und es kann nicht entscheidend sein, daß sie scheinbar zwischen einem Cessionar des Concursgläubigers C und der Schwiegermutter des Cridars zu Stande kam, weil abgesehen von den persönlichen Verhältnissen, die ergeben, daß eigentlich die Person des Gläubigers und die des Schuldners sich nicht geändert haben, nicht die Identität der Personen, d. h. daß der Gemeinschuldner mit einem Concurse

gläubiger contrahirte, sondern der Umstand entscheidet, daß die Stimme des Gläubigers bei dem Ausgleich in Folge des Uebereinkommens nicht so beschaffen war, wie das Gesetz voraussetzt.

Nr. 7914.

Rückziehung des Haupteides über die Echtheit der Unterschrift des von einem Curator absentis vertretenen Wechselschuldners an den Kläger.

Entsch. v. 1. April 1880, Nr. 2621 (Abänd. der Urth. des L. O. Krakau v. 14. Februar 1879, Nr. 3843 und des D. L. O. Krakau v. 26. Juni 1879, Nr. 7788). G. S. 1880, S. 353 und 1881, S. 104.

In dem Wechselproceß des A gegen den abwesenden B bestritt der Curator des Beklagten die Echtheit der Unterschrift des Letzteren auf dem Wechsel. In Folge dessen deferirte der Kläger dem Curator den unrückziehbaren Eid, daß er die Unterschrift des Beklagten auf dem Wechsel nach seinem besten Wissen für unecht halte. Der Curator schob den Eid dem Kläger zurück, der auf der unrückziehbarkeit des Eides bestand, weil er bei der Unterfertigung des Wechsels durch den Beklagten nicht zugegen war. — Aus diesem Grunde wurde in erster Instanz der Eid dem Curator unrückziehbar aufgetragen und der Beklagte, gegen Ablegung des Eides durch den Delaten, freigesprochen. — Das D. L. O. erkannte unbedingt auf Abweisung des Klägers aus folgenden Gründen: Da der Kläger für die geleugnete Echtheit der Unterschrift des Beklagten außer dem, dem Curator unrückziehbar aufgetragenen Eid keinen Beweis angeboten, der Curator jedoch den Eid ihm zurückgeschoben hat, wozu er gemäß §. 37 des Gesetzes über den summarischen Proceß berechtigt war, und da der Kläger durch seine Erklärung, den zurückgeschobenen Haupteid nicht schwören zu können, auf die Ablegung des Eides Verzicht geleistet hat, so steht die Echtheit der Unterschrift des Beklagten unbewiesen da und mußte daher derselbe unbedingt freigesprochen werden.

Der oberste Gerichtshof erkannte, mit Abänderung der untergerichtlichen Urtheile, auf den vom Kläger abzulegenden zurückgeschobenen Eid. Gründe: Die Erklärung des Deferenten, den aufgetragenen Eid im Falle der Zurückziehung nicht ablegen zu können, kann für sich allein, dem rückziehbar aufgetragenen und an sich rückziehbaren Eid die Eigenschaft der Unrückziehbarkeit nicht verleihen, weil nach der allgemeinen Regel des §. 278 a. G. D., welche nach §. 36 des Gesetzes über den Summarproceß auch für diesen Proceß gilt, es nicht dem Willen der Partei anheimgestellt, sondern einzig und allein nur dem Ermessen des Richters überlassen ist, zu

beurtheilen, ob ein Eid zurückgeschoben werden könne oder nicht, daß das Gericht auch in einem solchen Falle, ohne an die Erklärung des Defferenten gebunden zu sein, in Würdigung der obwaltenden Umstände immerhin entweder auf den aufgetragenen, oder aber auf den zurückgeschobenen Eid erkennen kann. Ebenso wenig kann auch eine derartige Erklärung die Folge haben, daß der Eid als gar nicht aufgetragen anzusehen sei, weil in einer solchen Erklärung die Verzichtleistung auf die Beweisführung nicht enthalten, daher auch gar kein Grund vorhanden ist, dem Defferenten von vornherein den Beweis zu benehmen, vielmehr auch in dem Falle, wenn die Unrückziehbarkeit unstatthaft befunden werden sollte, immerhin auf den zurückgeschobenen Eid erkannt und dem Defferenten überlassen werden muß, ob er den zurückgeschobenen Eid ablegen oder aber auf denselben Verzicht leisten wolle. Auf Grund des Vorgeschiedenen kann sonach bei abweichenden Ansichten der Untergerichte nicht beigepröcht, sondern mußte in der Erwägung, daß der dem Curator des abwesenden Beklagten über die Echtheit der Unterschrift des Letzteren auf dem Klagewechsel, nach dem zweiten Theile des §. 37 des Gesetzes über den summarischen Proceß aufgetragene und dem Kläger zurückgeschobene Haupteid, an sich rückziehbar ist, auch der Kläger eine Erklärung des Inhaltes, daß er den aufgetragenen Eid im Falle der Zurückziehung nicht ablegen könne, ausdrücklich nicht abgegeben hat; daß dieselben Gründe, welche vom Kläger für die Unrückziehbarkeit geltend gemacht, auch vom Curator für die Rückziehbarkeit des Eides angeführt werden; daß unter solchen Umständen die Wahrscheinlichkeit für die Annahme spricht, daß der Kläger, wenn er auch bei der Unterfertigung nicht zugegen war, ein näheres Interesse daran hatte, sich von der Echtheit der Unterschrift die Ueberzeugung zu verschaffen, daher auch eher in der Lage ist, den Eid, welchen er selbst aufgetragen hat, abzulegen, als wie der Curator, welcher kraft seiner Pflicht, vorsichtshalber auch ohne positive Ueberzeugung die Echtheit widersprochen haben dürfte, auf den zurückgeschobenen Haupteid erkannt werden.

Nr. 7915.

Bestellung eines Curator ad actum für die Verlassenschaft des Beklagten auf Grund der falschen Annahme seines Todes; Zustellung der Klage nach Eintritt desselben; Fortsetzung des Verfahrens wider den Curator nach Eintritt der Erbschaft: Nullität?

Entsch. v. 1. April 1880, Nr. 3286 (Best. des Decr. des D. 2. G. O. v. 13. Jänner 1880, Nr. 340). Jur. Bl. 1881, Nr. 5.

Der Kläger A führte an, daß die B, welche ihm 728 fl. schuldig geworden, gestorben und ihre Erbschaft noch nicht angetreten sei, und

stellte das Begehren, daß für die ruhende Verlassenschaft ein Curator ad actum ernannt und dieselbe zur Zahlung der 728 fl. verurtheilt werde. Das angerufene Proceßgericht ernannte den C als Curator, ließ ihm die Klage zustellen und verurtheilte die Verlassenschaft zur Zahlung der eingeklagten, von dem Curator anerkannten Schuld. Darauf wurde von A die zum Nachlaß gehörige. Liegenschaft X in Execution gezogen, die Execution bis zur Feilbietung durchgeführt, vom Vollzugsgerichte D als Curator ad actum für diejenigen Tabulargläubiger, welchen der Feilbietungsbescheid nicht zugestellt werden konnte, aufgestellt und von der Feilbietungsanordnung verständigt. Bei der Durchsicht der Acten ergab sich dem D, daß inzwischen die Erbschaft der B von dem Vormund des minderjährigen Erben E angetreten, dem Letzteren eingewortet und der Vormund von den Executionschritten und insbesondere von der Feilbietungsbewilligung nicht verständigt worden war; und aus der Verhandlung des D mit dem Vormund des E resultirte, daß ihm von der ganzen Angelegenheit nichts bekannt geworden war und daß die Schuld der B nur in dem in der Verlassenschaftsinventur eingestellten Betrage von 318 fl. zu Recht bestand, welchem Ansprüche jedoch eine Forderung der B von 300 fl. gegenüber gestellt war. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß die B zur Zeit der Verbescheidung der Klage des A noch am Leben war und erst vor der Zustellung des Klagebescheides an den Curator C gestorben ist. Nun überreichte der Curator D im Einverständnisse mit dem Vormunde des minderjährigen E dem Vormundschaftsgerichte das Gesuch um Einleitung der nöthigen Schritte zur Annullirung des ganzen Verfahrens im Interesse des Mündels. Es wurde insbesondere hervorgehoben, daß die Bestellung eines Curators für die B'sche Verlassenschaft ohne Nachweis des Todes der B nicht zulässig und schon deshalb die Klage des A zurückzuweisen war; daß ebenso die Zustellung der weiteren Bescheide an den gerichtswidrigen bestellten Curator C und die Vertretung der Verlassenschaft durch denselben nach erfolgter Antretung und Einantwortung der Erbschaft unzulässig gewesen sei (§. 547 a. b. G. B. und Hofdec. vom 19. Jänner 1790, J. G. G. Nr. 1094). — Das Vormundschaftsgericht legte die Acten dem D. L. G. vor, welches nach Requirirung der Acten des Proceßgerichtes erklärte, daß es sich nicht veranlaßt sehe, eine Verfügung zu treffen. Gründe: Nachdem die Bestellung des C als Curator der Verlassenschaft der B erst durch die Zustellung des Klagebescheides perfect geworden ist, zu dieser Zeit aber die B bereits gestorben war, so hat ihm die passive Klagelegitimation nicht gemangelt. Bei dieser Sachlage war der Kläger A nach §. 811 a. b. G. B. auch berechtigt, die Execution in das nachgelassene Vermögen der B gegen den bestellten Curator C zu führen, und war keineswegs verpflichtet, sich weiter um die Erben zu küm-

mern. Eine von Amtswegen wahrzunehmende Richtigkeit liegt daher nicht vor.

Der Curator D ergriff den Recurs, welcher von dem obersten Gerichtshof abgewiesen wurde, weil D als Curator ad actum der Tabulargläubiger der in Execution gezogenen Realität zur Einbringung desselben nicht legitimirt war.

Nr. 7916.

Abgrenzung des streitigen und nichtstreitigen Verfahrens:
Anspruch des Vaters (gegen die Großeltern) auf Herausgabe seines (ehelichen) Kindes.

Entsch. v. 1. April 1880, Nr. 3301 (Best. des das Urth. des B. G. Postelberg v. 27. Nov. 1879, Nr. 5658, aufheb. Decr. des D. L. G. Prag vom 26. Jänner 1880, Nr. 2633). Jur. Bl. 1880, Nr. 20.

Das unmündige Kind der Eheleute A und B, welche sich ohne gerichtliche Ingerenz getrennt hatten, lebte bei der Mutter und wurde nach ihrem Tod dem Wunsch der Sterbenden gemäß von den mütterlichen Großeltern übernommen. Der Vater A hatte dagegen keine Einsprache erhoben. Nach einiger Zeit wollte er sich aber mit dem Kinde wieder vereinigen, forderte es von den Großeltern zurück und belangte die Letztern in Folge ihrer Weigerung auf die Herausgabe des Kindes. Auf die Klage wurde das Streitverfahren eingeleitet, in welchem die Beklagten dem Begehren des Klägers den als letzten Willen ausgesprochenen Wunsch der Mutter, daß dieselben das Kind übernehmen, und die Zustimmung des Klägers entgegensezten. — In erster Instanz wurde der Klage stattgegeben. — Auf die Appellation der Beklagten vernichtigte das D. L. G. den erstgerichtlichen Spruch und das vorausgegangene Verfahren mit dem Auftrag, die für das Streitverfahren nicht geeignete Klage dem A zurückzustellen und denselben an das competente Curatelgericht zu verweisen. Gründe: Nach §. 265 a. G. D. hat der obere Richter das ihm im Appellations- oder Revisionsweg vorgelegte, von der Partei mit der Nullitätsbeschwerde nicht angefochtene Urtheil des unteren Richters zu cassiren, wenn von ihm eine Richtigkeit wahrgenommen wird. Dies ist hier der Fall. Denn es muß eine Nullität darin erkannt werden, daß die Pflicht zur Zurückstellung eines Kindes an seinen ehelichen Vater zum Gegenstand eines Processes gemacht und in demselben Verhältnisse erörtert wurden, welche, da hierbei nicht bloß die Rechte der Proceßparteien sondern insbesondere auch das Interesse des Kindes selbst zu berücksichtigen ist, nach den Vorschriften des dritten Hauptstücks I. Theil des a. b. G. B. von der Curatelbehörde von Amts-

wegen zu erheben und zu entscheiden sind (§. 185 des kaiserl. Patents vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208). Insbesondere greift in dem vorliegenden Fall die nahe liegende Analogie des §. 142 a. b. G. B. Platz, wornach es Sache des Klägers war, wegen der Zurückstellung seines Kindes sich an das zuständige Curatelgericht zu wenden, welchem oblag, von Amtswegen, die Gründe seines Begehrens zu erheben, die Stichhaltigkeit der Weigerung der Beklagten zu prüfen und nach reiflicher Erwägung der hier vorzüglich in Betracht kommenden, in dem Rechtsstreit aber gar nicht erörterten persönlichen Verhältnisse beider Theile und des Kindes die Entscheidung zu fällen. Es mußte daher, da die Sache auf den Rechtsweg nicht gehört, das Proceßurtheil nebst den vorausgegangenen Verfahren von Amtswegen aufgehoben werden. (Hofdecr. vom 28. October 1815, Nr. 1187 und 5. October 1816, Nr. 1285 der J. G. G.).

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 7917.

Verkauf und Uebergabe einer Sache mit Vorbehalt des Eigenthums bis zur gänzlichen Zahlung des Kaufschillings.

Entsch. v. 1. April 1880, Nr. 3450 (Best. des Urth. des B. G. Aussig vom 15. Nov. 1879, Nr. 16251, Abänd. des Urth. des O. L. G. Prag vom 22. Dec. 1879, Nr. 36332). Jur. Bl. 1880, Nr. 21.

Mit der gegen B und C angestellten Klage beehrte A die Anerkennung des Eigenthums an dem in der Mobiliarexecution des B gegen den C am 19. Mai 1879 gepfändeten Orchestrion und die Ausscheidung desselben aus der Pfändung. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagebegehren, wenn A mit dem ihm in dem (summarischen) Proceß zurückgeschobenen Eid beschwört, daß er das Orchestrion dem C am 14. April 1879 um den in Raten zahlbaren Preis von 600 fl. verkauft und übergeben habe; daß hiebei von den Contrahenten das Uebereinkommen getroffen worden sei, daß das Instrument bis zur vollen Zahlung des Kaufpreises Eigenthum des A verbleibe und dieser im Fall des Versäumnisses einer Zahlungsrate berechtigt sei, das Instrument ohne gerichtliche Schritte wegzunehmen und das als Anzahlung empfangene Geld als Miethzins für die Abnutzung zurückzubehalten; daß C die bis zum 3. Juni 1879 verfallenen Kaufschillingsraten nicht gezahlt habe. Gründe: Nach den Ausführungen des Klägers, welche mit dem sententionirten Haupttheil bewiesen werden sollen, und nach dem damit übereinstimmenden Mevers vom des C liegt ein sogenannter „gemischter

Vertrag" vor, dessen Zulässigkeit nach §. 935 a. b. G. B. nicht bezweifelt werden kann; nämlich zunächst ein Kaufvertrag, insoferne A das Orchestrion dem C um den Preis von 600 fl. verkaufte, sodann ein Miethvertrag, insoferne ausgemacht wurde, daß das dem C übergebene Instrument solange das Eigenthum des A bleibt, bis der Kaufpreis vollständig bezahlt ist und daß im Falle der Nichteinhaltung einer Rate des Kaufschillings A berechtigt sein soll, das Instrument ohne gerichtliche Schritte wegzunehmen, die gemachten Anzahlungen für verfallen zu erklären und als Mieth für die Abnutzung des Instrumentes anzusehen. Ein solcher Vertrag ist nach den §§. 878, 897, beziehungsweise 699 und 902 a. b. G. B., gesetzlich zulässig, zumal nach den §§. 18 und 1444 a. b. G. B. Jedermann unter der vom Gesetze vorgeschriebenen Bedingung Rechte erwerben oder darauf verzichten, der Eigenthümer einer Sache nach den §§. 354 und 362 a. b. G. B. über dieselbe frei verfügen, dieselbe bedingt oder unbedingt auf Andere übertragen kann. Nachdem nun von den Beklagten die Behauptung des Klägers, daß er zur Zeit der Abschließung dieses Vertrages das Orchestrion im Eigenthume hatte, nicht bestritten wurde, oblag ihm nur der Beweis, daß der dargestellte gemischte Vertrag zwischen ihm und dem C zu Stande gekommen sei und daß dieser zur Zeit der überreichten Klage den verfallenen Kaufschillingsrest noch nicht gezahlt habe. — In zweiter Instanz wurde die Klage unbedingt abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Der Kläger hat das Orchestrion dem C verkauft und übergeben. Es liegt demnach ein perfecter Kaufvertrag vor und der Käufer C ist nach den §§. 423, 424, 425 und 1053 a. b. G. B. Eigenthümer des Instrumentes geworden. Eine andere dem Gesetze zuwiderlaufende Bestimmung ist, wenn auch wirklich vereinbart, wirkungslos; insbesondere kann die vom Kläger aufgestellte Behauptung, „daß er dem C das Orchestrion nur zum einstweiligen Gebrauche übergeben habe, bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises dessen Eigenthümer verblieb und daß C bis dahin bloß Miether des Orchestrion war“, einer Berücksichtigung nicht gewürdigt werden. Ein Bestandvertrag neben dem Kaufvertrage, mit diesem zu gleicher Zeit abgeschlossen, liegt schon deshalb nicht vor, weil die Grundbedingung hierfür: die Vereinbarung eines bestimmten Bestandszinses abgeht (§§. 1090 und 1094 a. b. G. B.). Die weiteren, nach der Anführung des Klägers von ihm mit C vereinbarten Vertragsbedingungen weisen vielmehr unzweifelhaft darauf hin, daß sich der Kläger durch dieselben dem Käufer gegenüber wegen der pünktlichen Zahlung des restlichen Kaufpreises decken und zu diesem Behufe das Orchestrion als Pfandobject vorbehalten wollte. Nach dieser seiner wahren Beschaffenheit muß das Geschäft gemäß §. 916 a. b. G. B. auch beurtheilt und daher der Kläger mit seinem Begehren abgewiesen werden, ohne daß es nothwendig wäre, in die Prüfung, ob mit Rücksicht auf die Bestimmung

§. 1371 a. b. G. B. ein gültiger Pfandvertrag vorliege, einzulegen, da das Begehren nicht auf die Anerkennung des Pfandes, sondern auf die Geltendmachung des Eigenthums gerichtet ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte das erstgerichtliche Urtheil. Gründe: Wenn auch das Orchesterion vom Kläger dem C um 600 fl. verkauft und schon nach Berichtigung der ersten Rauffschillingsrate von 10 fl. übergeben worden ist, so stellt sich doch der Eigenthumsanspruch des Klägers auf dieses nachmals von B in Execution gezwungene Instrument als gerechtfertigt dar, sobald durch den im erstgerichtlichen Urtheile sententionirten Haupteid der Beweis der in die Eidesformel aufgenommenen entscheidenden Thatumstände erbracht wird. §. 1063 a. b. G. B. enthält zwar die Bestimmung, daß dann, wenn die Sache dem Käufer von dem Verkäufer, ohne das Kaufgeld zu erhalten, übergeben wird, die Sache auf Borg verkauft ist und das Eigenthum derselben gleich auf den Käufer übergeht. Allein diese gesetzliche Bestimmung findet im vorliegenden Falle keine Anwendung, wenn erwiesen wird, daß der Kaufvertrag von dem Kläger und C nur unter den durch obigen Haupteid zu constatirenden Modalitäten geschlossen, insbesondere daß das Orchesterion dem Käufer nur zum einstweiligen Gebrauch übergeben, das Eigenthum derselben aber bis zur vollen Zahlung des Kaufpreises von dem Kläger vorbehalten worden ist. Denn unter dieser Voraussetzung war den vom Gericht erster Instanz angeführten Gründen am Tage der Pfändung das Eigenthum dieses Instruments von dem C als Käufer noch nicht erworben, sondern dasselbe noch Eigenthum des Klägers. Da die hier maßgebende Vereinbarung der Contrahenten nicht durch kein Gesetz ausdrücklich verboten, somit deren Rechtswirksamkeit nicht zu bezweifeln ist, so hat das Gericht erster Instanz mit Recht seine Entscheidung von der Ablegung des dem Kläger zurückgeschobenen Haupteides abhängig gemacht.

Nr. 7918.

Grenzung des Wirkungsbereiches der Gerichte und der Verwaltungsbehörden: Beseitigung einer auf einem öffentlichen Platze gegen Plazmieth stehenden Krambude durch die Gemeindebehörde.

Urt. v. 2. April 1880, Nr. 3379 (Abänd. der gleichförmigen Decr. d. O. Bielezka v. 16. Nov. 1879, Nr. 5388 und des O. L. G. Arolan v. 29. Dec. 1879, Nr. 19896). G. S. 1880, S. 284.

Die Stadtgemeinde B bewilligte der A die Aufstellung einer Krambude auf dem Ringplatz der Stadt gegen Zahlung eines jähr-

lichen Pachtzins von 5 fl. Nach Verlauf von neun Jahren, währen welcher Zeit die A den Miethzins schuldig blieb, wurde sie von der Gemeinde aufgefordert, den Zinsausstand zu zahlen, und die Baderen Belassung auf dem Ringplatze aus Polizeirücksichten nicht mehr statthaft sei, in einem bestimmten Termine zu beseitigen, widrigenfalls dies von Amtswegen verfügt werden würde. Da die A den Anstreich nicht befolgte, ließ die Gemeinde die Bader abbrechen und deren Bestandtheile ihr in das Haus stellen. Deshalb belangte die A die Stadtgemeinde in *possessorio summariissimo*. — Beide Unterggerichte erkannten nach dem Klagebegehren.

Von dem obersten Gerichtshof wurde mit Aufhebung der untergerichtlichen Entscheidungen die Klägerin an die zuständige politische Behörde gewiesen. Gründe: Es ist offenbar, daß die vorliegende Angelegenheit nicht zur Competenz der Gerichte, sondern vor die Verwaltungsbehörden gehört. Denn die Stadtgemeinde ist als Ortsbehörde eingeschritten, welcher die Sorge für die Herstellung und Erhaltung der Gemeindeftraßen, Wege, Plätze, Brücken und für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf Straßen und Gewässern zukommt, wie überhaupt die Handhabung der Ortspolizei in den Wirkungskreis der Gemeinde gehört (§. 27 der Gemeindeordnung vom 12. August 1866, R. G. Bl. für Galizien Nr. 19). Wenn nun die Klägerin durch die in einer solchen Angelegenheit von der Stadtgemeinde B beschlossene Verfügung sich gekränkt erachtet, so steht ihr nur die Beschwerde an die politische Bezirksbehörde (§. 104, 105, 106 der Gemeindeordnung), keineswegs aber der Weg des Rechtsverfahrens bei den Gerichten offen, woran der Umstand nichts ändert, daß durch diese administrative Verfügung ein Privatrechtsverhältnis betroffen wird.

Nr. 7919.

Syndicatsproceß: Anwaltszwang für den Kläger.

Entsch. v. 2. April 1880, Nr. 3380 (Best. des Decr. des D. L. G. Anklam v. 17. Februar 1880, Nr. 2221). G. S. 1880, S. 249.

In dem nach dem Gesetze vom 12. Juli 1872, R. G. Bl. Nr. 112 bei dem Gerichtshof zweiter Instanz anhängig gemachten Syndicatsproceß des A gegen den Bezirksrichter B wurde von dem D. L. G. die schriftliche Replik dem Kläger zur Nachtragung der Unterschrift eines Advocaten zurückgestellt und diese Verordnung von dem obersten Gerichtshof bestätigt, in der Erwägung, daß das citirte Gesetz über die Einrichtung schriftlicher Aufsätze in dem Verfahren über Syndicatsklagen keine besondere Bestimmung enthält, daher die

angefochtene obergerichtliche Verfügung durch die maßgebende Vorschrift des §. 11 dieses Gesetzes in Verbindung mit §. 15 westgal. G. D. und Hofdecr. vom 4. Sept. 1818, J. G. G., Nr. 1494 gerechtfertigt ist.

Nr. 7920.

Unzulässigkeit sofortigen Zuspruchs des Ersatzes der Kosten eines erfolgreichen Recurses gegen die Bewilligung der Waarenbeschau in einem handelsrechtlichen Proceß.

Entsch. v. 2. April 1880, Nr. 3439 (theilweise Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 27. Jänner 1880, Nr. 1391). G. S. 1881, S. 32.

Auf Ansuchen des A wurde von dem J. G. die gerichtliche Constatirung der Qualität des von ihm dem B gelieferten Zunders und die Veräußerung desselben, im Falle der unterlassenen rechtzeitigen Uebnahme, bewilligt. — B ergriff dagegen den Recurs an das D. L. G., welches den erstrichterlichen Bescheid, mit Hinblick auf die Bestimmungen der Art. 343 und 348 J. G., als verfrüht aufhob und den A in den Ersatz der Recurskosten des B verfallte.

Der oberste Gerichtshof beseitigte den von A angefochtenen Kostenzuspruch in der Erwägung, daß dem Recurse des B ein contradictorisches Verfahren nicht vorangegangen war, somit von einer Zuerkennung der Kosten, in Gemäßheit des Gesetzes vom 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, keine Rede sein kann und dieser Recurskostenzuspruch auch durch kein anderes Gesetz gerechtfertigt ist.

Nr. 7921.

Anmeldung einer privilegierten Merarialforderung vor Aufhebung des Concurses, aber nach eingetretener Rechtskraft der Genehmigung des Ausgleiches.

Entsch. v. 8. April 1880, Nr. 4003 (Best. des Decr. des J. G. Wien vom 21. Februar 1880, Nr. 23702, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien v. 9. März 1880, Nr. 4202). Jur. Bl. 1880, Nr. 20.

Nachdem in dem kaufmännischen Concurse des B der Zwangsausgleich geschlossen und gerichtlich in letzter Instanz bestätigt worden war, erließ das Steueramt an den Concursmassenverwalter den Auftrag zur Zahlung einer Vermögensübertragungsgebühr von 200 fl. und auf Grund des rechtskräftig gewordenen Zahlungsauftrags wurde

diese Gebührenforderung von der Finanzprocuratur in dem noch nicht aufgehobenen Concurse des B mit Anspruchnahme der ersten Classe (§. 43, Nr. 4 E. O.) angemeldet. — Von dem Concursgerichte wurde die Anmeldung zurückgewiesen mit der Begründung, daß die Verhandlung des über das Vermögen des B eröffneten Concurs durch den rechtskräftig bestätigten Zwangsausgleich ihre meritale Erledigung erhalten hat; daß, obgleich die Beendigung des Concurs formell, nach §. 235 E. O., noch nicht ausgesprochen ist, es nicht angeht, durch eine Anmeldung in diesem Stadium die Concursverhandlung zum Theil in das Stadium des Liquidationsverfahrens zurückzuleiten, die durch den rechtskräftigen Zwangsausgleich begründeten Rechte der Concursgläubiger und des Gemeinschuldners (§§. 23 bis 236 E. O.) zu alteriren, und insbesondere das zur Erfüllung des Zwangsausgleiches gewidmete Vermögen diesem Zwecke zu entziehen, welche Consequenzen aber im Falle der Liquidation der angemeldeten Forderung durch deren Zahlung und im Falle der Nichtliquidation durch deren Sicherstellung, im Wege des gerichtlichen Erlages aus dem Concursmassevermögen eintreten müßten; daß die Anmeldung von Ansprüchen bei der Concursmasse den Bestand der selben zur Zeit der Concursöffnung zur Voraussetzung hat (§§. 1 und 74 E. O.), die angemeldete Forderung aber gegen den Gemeinschuldner rücksichtlich dessen Concursmasse, erst durch den während des Concurses ertheilten Zahlungsauftrag begründet wurde. — Das O. L. G. verordnete die Annahme und weitere gesetzliche Erledigung der Anmeldung, weil die Beendigung des Concurses über das Vermögen des A gemäß §. 235 E. O. noch nicht ausgesprochen wurde, und weil durch den Zwangsausgleich die Rechte der Gläubiger erster Classe nach den §§. 209, 221 und 222 E. O. nicht berührt werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung in der Erwägung, daß nach den §§. 123 und 186 E. O. eine erst nach Ablauf der im §. 105 E. O. bestimmten Frist eingebrachte Anmeldung nur insoferne berücksichtigt werden kann, als nicht bereits auf Grund eines förmlichen Vertheilungsentwurfs (§. 173 E. O.) eine Vertheilung des gesamten Concursvermögens stattgefunden hat; daß der gerichtlich bestätigte Zwangsausgleich im Concurs des B seiner Natur nach einer auf Grund eines förmlichen Vertheilungsentwurfs stattgefundenen Vertheilung des gesamten Concursvermögens gleichgestellt werden muß, die Anmeldung der Gebührenforderung aber erst nach eingetretener Rechtskraft des Zwangsausgleiches überreicht worden ist.

Nr. 7922.

Unzulässigkeit des Ansuchens um Vollstreckung hierländiger Urtheile in Rußland.

Entsch. v. 6. April 1880, Nr. 4009 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. Oden v. 13. Jänner 1880, Nr. 1422 und des D. L. G. Wien v. 17. Februar 1880, Nr. 2875). G. J. 1880, S. 239.

In dem Executivproceß des A gegen B in Odeffa begehrte der Kläger die Mobilienexecution zur Sicherstellung und die Ausfertigung des Ersuchschreibens an die Gerichtsbehörde in Odeffa um den Vollzug der Execution.

Das Gesuch wurde in allen drei Instanzen abgewiesen, weil nach der Justizministerialverordnung vom 19. April 1865, R. G. Bl. Nr. 27, in Rußland auswärtige Urtheile, semit auch Erkenntnisse auf Execution zur Sicherstellung, unter keiner Bedingung vollstreckt werden.

Nr. 7923.

Eidesdelation an den im Proceß durch einen Curator vertretenen Abwesenden.

Entsch. v. 7. April 1880, Nr. 885 (Best. des Urth. des B. G. Romnic v. 5. Nov. 1879, Nr. 6410, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag v. 9. Dec. 1879, Nr. 34691). G. J. 1881, Nr. 78.

In der summarisch verhandelten Rechtsache des A gegen die abwesende B, unbekannten Aufenthaltes, pecto. Zahlung von 120 fl. lengnete der Curator absentis die von A angeführte Thatsache der von ihm mit der B gepflogenen Abrechnung und ihrer Anerkennung seines obigen Guthabens. In Folge dessen deferirte A der B den Haupteid, auf welchen das Gericht erster Instanz erkannte. — Von dem D. L. G. wurde die Klage ohne Weiteres abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Daß dem Curator der Beklagten der obige Haupteid nicht aufgetragen werden kann, ergibt sich aus der Bestimmung des §. 207 a. G. O., und ist überdies im vorliegenden Falle unbestritten. Einem Abwesenden aber, dessen Aufenthalt unbekannt ist, kann ein Haupteid nicht aufgetragen werden, da die Heranziehung desselben zur Eidesleistung eben wegen der Abwesenheit unmöglich ist, und die Ansicht des Klägers, daß es die Sache des Curators sei, jene Person zu bezeichnen, welche den seiner Curandin aufgetragenen Haupteid ablegen soll, steht im Widerspruch mit der Bestimmung des §. 32 des Gesetzes über den summarischen Proceß. Es mußte daher, bei der Unzulässigkeit des einzigen von dem Kläger angebotenen Beweismittels, die Klage abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Aus der Vorschrift des §. 207 a. G. D. läßt sich nicht folgerichtig ableiten, daß einem Abwesenden, welcher durch einen Curator vertreten wird, ein Haupteid nicht aufgetragen werden kann. Durch die Abwesenheit des Delaten wird die Rechtslage des Gegners nicht geändert, die im §. 203 a. G. D. ausgesprochene Zulässigkeit der Delation des Haupteides nicht beseitigt, da die Gerichtsordnung für diesen Fall eine Ausnahme von der Regel des §. 203 nicht festsetzt. Der Curator hat die Obliegenheit, die Rechte seines Curanden möglichst zu wahren, ohne daß jedoch die Rechte eines Anderen, welche mit dem Abwesenden in einem, den Letzteren verpflichtenden Verhältnisse steht, in ihrem Gange gehemmt werden sollen (§. 276 a. b. G. B.). Es ist Sache des Curators, die Hindernisse der Rechtsverfolgung, welche durch die Abwesenheit des Curanden veranlaßt sind, möglichst zu beseitigen, den Aufenthaltsort desselben zu erforschen, ihn von seinen Rechtsangelegenheiten zu unterrichten, mit ihm sich in das erforderliche Einvernehmen zu setzen; das Hinderniß der Abwesenheit kann aber keinen gesetzlichen Grund bieten, den Gegner des Abwesenden von dem Beweismittel der Austragung des Haupteides über Thatfachen auszuschließen, welche auf den eingeklagten Rechtsanspruch oder eine demselben entgegengesetzte Einwendung sich beziehen, da überhaupt die Folgen eines unverschuldeten Zufalles Derjenige, in dessen Person sich derselbe ereignet, zu tragen hat. Das erstgerichtliche Urtheil entspricht daher der Actenanlage und dem Gesetze.

Nr. 7924.

Unstatthaftigkeit der Klage auf Aufhebung der Gemeinschaft des Eigenthums an einem einzelnen Bestandtheil eines Grundbuchskörpers.

Entsch. v. 7. April 1880, Nr. 1756 (Best. des Urth. des B. G. O. Wien v. 30. Sept. 1879, Nr. 5886, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag vom 1. Dec. 1879, Nr. 34152). G. Z. 1881, Nr. 71.

A und B sind bürgerliche Eigenthümer pro indiviso der Wirthschaft X, zu welcher das Waldgrundstück Y gehört. Mit der gegen B angestellten Klage beehrte A die Aufhebung der Gemeinschaft an dem Waldgrundstück, die Veräußerung desselben mittelst gerichtlicher Feilbietung und Vertheilung des Erlöses. — Dem in erster Instanz abgewiesenen Klagebegehren wurde von dem D. L. G. stattgegeben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Die zur Wirthschaft X gehörige Waldparcelle Y ist von dieser Wirthschaft bürgerlich nicht abgetrennt und bildet mit derselben

Einen Grundbuchskörper. Nun hat der Miteigenthümer einer gemeinschaftlichen, einen Grundbuchskörper bildenden Realität nach §. 843 a. b. G. B. allerdings das Recht, die Aufhebung der Gemeinschaft und unter der Voraussetzung des citirten Paragraphen die gerichtliche Feilbietung der gemeinschaftlichen Sache, das ist der ganzen Realität, zu begehren, er ist aber nicht berechtigt, dieses Begehren nur auf einen von dieser Realität bürgerlich noch nicht abgetrennten, mit derselben vereint einen Grundbuchskörper und nach §. 3 des Grundb.-G. ein Ganzes bildenden Bestandtheil zu richten, in Bezug auf welchen eine separate gerichtliche Feilbietung und Vorschreibung des Erstebers an den bürgerlichen Besitz unausführbar erscheint. Es mußte daher der Kläger abgewiesen werden.

Nr. 7925.

Einfluß des eine auf Meineid lautende Frage mit dem Zusatz: „jedoch nicht wissentlich“ beantwortenden Wahrspruches der Geschworenen auf die Giltigkeit des abgelegten Eides.

Entsch. v. 7. April 1880, Nr. 3361 (Best. der gleichförmigen Urth. des B. G. Billabund v. 5. Mai 1879, Nr. 2666 und des O. L. G. Wien v. 15. Oct. 1879, Nr. 11099). Jur. Bl. 1880, Nr. 31.

B wurde wegen Verbrechens des Betruges durch Ablegung eines falschen Eides in dem von ihm gegen A wegen Zahlung einer Geldschuld geführten Civilproceß in strafgerichtliche Untersuchung gezogen und von der Anklage freigesprochen, weil die Geschworenen die Schuldfrage mit dem beschränkenden Zusatz „jedoch nicht wissentlich“ bejaht hatten. Auf Grund des Wahrspruches trat A gegen den B klagend auf und begehrte, daß der Eid des B für nicht abgeschworen erklärt und die von demselben gegen ihn geführte Execution aufgehoben werde. — Beide Untergerichte erkannten auf Abweisung der Klage.

A ergriff die a. o. Revisionsbeschwerde, welche von dem obersten Gerichtshof verworfen wurde. Gründe: Die Thatsache der Ablegung eines falschen gerichtlichen Eides kann nach der Vorschrift des Hofdec. v. 6. März 1821, J. G. G. Nr. 1743, mit Rechtswirklichkeit nur durch den Ausspruch des Strafrichters erwiesen werden. Dieser Beweis ist aber nicht hergestellt worden, da B durch rechtskräftiges Urtheil des Strafgerichtes von der wider ihn erhobenen Anklage des Verbrechens des Betruges durch Ablegung eines falschen Eides freigesprochen wurde. Die Ansicht des Klägers, daß dieser Nachweis durch den Wahrspruch der Geschworenen geliefert worden sei, ist unrichtig, da nach den klaren Vorschriften der Strafproceßordnung der

Wahrspruch der Geschwornen für sich allein keine weitere straf- oder civilrechtliche Wirkung hat, als daß er die Grundlage für den Anspruch des Schwurgerichtshofes bildet und nur in diesem letzteren die einzige rechtswirksame Entscheidung über die Schuld oder Nichtschuld des Angeklagten gelegen ist. Dem nach dem Ergebniß der strafgerichtlichen Verhandlung von dem Civilrichter zu schöpfenden Erkenntniß kann somit nichts Anderes zu Grunde gelegt werden, als das rechtskräftige Urtheil des Schwurgerichtshofes. Wenn daher die beiden Untergerichte auf Grundlage des vorliegenden freisprechenden Urtheils wider den Beklagten die Klage abgewiesen haben, so kann darin eine offenbare Ungerechtigkeit nicht gefunden werden.

Nr. 7926.

Behauptung der widerrechtlichen Erweiterung einer Wegservitut: Possessorischer oder petitorischer Rechtsweg?

Entsch. v. 7. April 1880, Nr. 3976 (Best. der gleichförmigen Decr. d. O. G. Podiebrad v. 17. Dec. 1879, Nr. 8629 und des O. L. G. Prag v. 11. Februar 1880, Nr. 4347). Jur. Bl. 1880, Nr. 36.

Die Eheleute B, welche bisher den Fahrweg durch den Wald des A zu Heufuhren von ihrer Wiese X und zu Wirtschaftsfuhren von und zu ihrem Grundstück Y benutzt hatten, verwandelten die Wiese X in ein Ackerfeld, erbauten auf dem Grundstück Y eine Ziegelei und benutzten nun den Waldweg des A zu Wirtschaftsfuhren an das Feld X und zu Baumaterialsfuhren nach dem Grundstück Y. Die bestimmte den A gegen die Eheleute B wegen ungebührlicher Ausdehnung der Servitut mit der Besitzstörungsklage aufzutreten. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen, weil mit der Servitut des Fahrweges das Recht, mit einem oder mehreren Jügen zu fahren, verbunden ist (§. 492 a. b. O. G.), ohne Rücksicht auf den Inhalt und Ladung, und weil darin, daß die Beklagten mit Material zum Baue der Ziegelei und zur Fabrication von Ziegeln über den Fahrweg des Klägers gefahren sind, keine Erweiterung der ihnen zustehenden Wegservitut liegt. — Das O. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung mit folgender Motivirung: Da die Beklagten zugestandenenermaßen im Besitz der Weggerechtigkeit sind, so kann die vom Kläger behauptete Erweiterung oder Vergrößerung derselben eine Störung seines Besitzes nicht begründen und nur Gegenstand eines ordentlichen Servitutsprocesses sein.

Der oberste Gerichtshof verwarf die a. o. Revisionsbeschwerde des Klägers mit Verweisung auf die Gründe der untergerichtlichen Entscheidungen.

Nr. 7927.

**Störung im Besitz eines Rechts durch das Verbot der
Ausübung desselben?**

Entsch. v. 7. April 1880, Nr. 3978 (Best. des Decr. des O. G. Preßnitz v. 12. Dec. 1879, Nr. 10447, Abänd. des Decr. des O. L. G. Prag vom 13. Jänner 1880, Nr. 1158). O. G. 1880, S. 424.

In der Besitzstörungs-Klage der A gegen den B wurde von der Klägerin angeführt, daß ihr der Beklagte das Fahren zu ihrem Grundstück über sein Grundstück verboten und die Drohung beigelegt habe, „daß, wenn sie trotz des Verbotes über sein Feld fahre, ein Malheur geschehen werde“, und das Erkenntniß begehrt, daß B sie hierdurch in dem (durch mehrjährige Ausübung erworbenen) Besitze des Fahrweges über sein Grundstück gestört habe. — Nach durchgeführter Verhandlung, in welcher das Verbot des Fahrens, nicht aber auch die obige Drohung festgestellt wurde, erkannte das Gericht erster Instanz auf Abweisung der Klage. — Von dem O. L. G. wurde dem Klagebegehren mit der Begründung stattgegeben, daß, wenn auch die drohende Aeußerung, welche der Beklagte dem Verbot des weiteren Fahrens über sein Grundstück beigelegt haben soll, von den Zeugen der Klägerin nicht bestätigt worden ist, dieses Verbot für sich allein schon als ein Besitzstörungsact angesehen werden muß, welcher das auf den §. 339 a. b. G. B. und §. 2 der kaiserl. Verordnung vom 27. October 1879, R. G. Bl. Nr. 12, gestützte Klagebegehren rechtfertigt, weil nach letzterer Gesetzesbestimmung auch dem bloß bedrohten Besitzstand richterlicher Schutz zu gewähren ist, in dem Verbot die Manifestirung des Willens, die Ausübung des Fahrens nicht zuzulassen, gelegen war und zur Begründung des Besitzstörungsfactums es durchaus nicht erforderlich gewesen ist, daß die Klägerin erst einen gewaltsamen Widerstand hätte hervorrufen sollen, übrigens nach §. 313 a. b. G. B. man sich durch ein Verbot in den Besitz setzen, daher mittelst desselben einen anderen entsetzen kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung. Gründe: Durch die Aussagen der Zeugen wurde zwar das Verbot, nicht aber die demselben angeblich beigelegte Drohung erwiesen. Da nun ein bloßes mündliches Verbot, wenn nicht eine Drohung oder ein tatsächliches Eingreifen, wodurch die Ausübung des Besitzes gehindert wird, hinzutritt, nicht als eine Handlung angesehen werden kann, wodurch der Besitz wirklich gestört oder auch nur bedroht erscheint, so mußte die A mit ihrer Besitzstörungsklage abgewiesen werden.

Nr. 7928.

Abgrenzung des Wirkungskreises der Gerichte und der Finanzbehörden: Entscheidung über die Verpflichtung zur Verichtigung einer Verwahrungsgebühr bei Ausfolgung von Pupillengeldern aus der Waisencasse.

Entsch. v. 7. April 1880, Nr. 3980 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. O. Smichow v. 8. Jänner 1880, Nr. 100 und des D. L. G. Prag v. 3. Februar 1880, Nr. 4202). G. S. 1880, S. 284.

Dem Vormund des A, welchem von dem Pupillargerichte die Ausfolgung von 11.250 fl. aus der Waisencasse bewilligt und dieser Betrag von dem Steueramte mit Abzug der 10percentigen Verwahrungsgebühr ausgezahlt wurde, begehrte von dem Pupillargerichte die Bestätigung, daß die Ausfolgung zählgeldfrei zu geschehen hatte, und die an das Steueramt zu erlassende Anweisung zur Zurückstellung der ihm abgenommenen Verwahrungsgebühr. — Von beiden Untergerichten wurde das Gesuch abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs des Vormundes, weil die Entscheidung der Frage, ob und in welchem Betrage bei Abfertigungen und Erfolglassungen aus der gemeinschaftlichen Waisencasse eine Verwahrungsgebühr zu entrichten sei, nach §. 21 der Verordnung vom 24. Juni 1859, Nr. 123 und §. 16 des Patentgesetzes vom 26. Jänner 1853, Nr. 18 des R. O. Bl., nicht in die Competenz der Gerichte fällt.

Nr. 7929.

Frist zum Recurse gegen die Bewilligung der Einverleibung des executiven Pfandrechtes: Grundbuchs- oder Executionsbefcheid?

Entsch. v. 7. April 1880, Nr. 3985 (Best. des Decr. des D. L. G. Prag v. 27. Nov. 1879, Nr. 16249). G. S. 1880, S. 249. G. Z. 1881, Nr. 71.

Gegen den Befcheid, womit das Erkenntnißgericht (zugleich Grundbuchsgericht) dem A zur Hereinbringung der urtheilsmäßigen Forderung gegen B von 688 fl. die Einverleibung des executiven Pfandrechtes auf der Liegenschaft des Letzteren bewilligte, ergriff B am 23. Tag der Zustellung den Appellationsrecurs, welcher von dem D. L. G. als verspätet (§. 350 westgal. G. D.) zurückgewiesen wurde.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung. Gründe: Es handelt sich hier nicht um die Verbücherung eines bestellten Pfandrechtes, sondern erst um die Bewilligung des im Er-

cutionsverfahren angeforderten Pfandrechtes, somit um die Erwirkung des ersten Executionsgrades nach §§. 396 und 426 westgal. G. D., wozu das Erkenntnißgericht, auch wenn es nicht zugleich Grundbuchgericht wäre, berufen war. Der Recurs gegen den Bescheid des Erkenntnißgerichtes, beziehungsweise Executionsgerichtes war sonach nicht in der für Grundbuchbescheide im §. 127 Grundb.-G. festgesetzten 30tägigen, sondern in der im Executionsverfahren bestimmten kürzeren Frist von 14 Tagen einzubringen.

Nr. 7930.

Ausnahme der Alimentationsforderungen von dem Executionsprivilegium für Dienstbezüge: Anwendung derselben auf den Anspruch der Mutter eines unehelichen Kindes auf Rückerstattung der Alimentationskosten.

Entsch. v. 7. April 1880, Nr. 4020 (Best. des Decr. des B. G. Pilsen v. 4. Jänner 1880, Nr. 83, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 10. Februar 1880, Nr. 5131). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 20.

Die A ersucht gegen den B, Vater ihres unehelichen Kindes C, das Urtheil auf Zahlung von 35 fl. für die von ihr bis zum Tode des Kindes bestrittenen Alimente und begehrte für diese Forderung im Executionswege die Einantwortung des Betrages von 10 fl. aus dem jeweiligen vierzehntägigen Lohne des in einer Fabrik angestellten B. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen in der Erwägung, daß die Dienstesbezüge des B, da sie den Betrag jährlicher 600 fl. nicht erreichen, nach der im §. 2 des Gesetzes v. 29. April 1873, R. G. Bl. Nr. 68, enthaltenen Regel von der Execution befreit sind und daß die im §. 7 lit. b ibid. statuirte Ausnahme von dieser Regel hier nicht eintritt, weil die Forderung der A keine Alimentenforderung, sondern auf Zahlung eines von ihr für den B bestrittenen Aufwandes (§. 1042 a. b. G. B.) gerichtet ist.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung, weil B zur Zahlung der von der A bestrittenen Kosten der Erhaltung des C im Betrage von 35 fl. verurtheilt, laut der Urtheilsgründe diese Summe der A nach §§. 163, 167 und 1042 a. b. G. B. zuerkannt wurde und die Form des Ersatzanspruches, in welcher die A die Forderung für die Alimentation des C erhoben hat, an der Beschaffenheit derselben als Alimentenforderung keine Aenderung bewirken kann.

Nr. 7931.

Publicitätsprincip: Ungiltigkeit einer vom Verkäufer Grundstückes nach erfolgter Tradition, aber vor gesch. Verfassung der Verkaufsurkunde (in Tirol) einem von Sachverhalt unterrichteten Dritten bestellten und verp. Servitut.

Entsch. v. 8. April 1880, Nr. 3249 (Best. der gleichförmigen II B. G. Kastelnth v. 6. Oct. 1879, Nr. 2643 und des D. L. G. J. v. 20. Jänner 1880, Nr. 6557). Jur. Bl. 1880, Nr. 18.

A kaufte von dem C das in Tirol belegene Grundstück B nahm dasselbe nach gezahltem Kaufpreis in den physischen Besitz und belangte sodann den C auf Ausstellung der verfassungsfähigen Verkaufsurkunde. Während des Processes bestellte C dem B eine Servitut an dem Grundstück. Die Bestellungsurkunde wurde verfaßt und trat A gegen den B mit der negatorischen Klage auf, indem er Begehren stellte, daß die Verfassung der besagten Urkunde als unwirksam und die darin eingeräumte Servitut als nicht zu bestehend erklärt werde. — Beide Untergerichte erkannten auf Klagebegehren.

Der Beklagte ergriff die a. o. Revisionsbeschwerde, welche dem obersten Gerichtshof verworfen wurde. Gründe: Nach den Ausführungen des Klägers, deren Richtigkeit der Beklagte zugab, mußte er zu der Zeit der Bestellung der Servitut wissen, daß C das Grundstück dem Kläger verkauft hatte. Nur der Eigentümer einer Liegenschaft kann daran gültig eine Dienstbarkeit bestellen; war C, welcher dem Kläger das Grundstück nicht nur verkauft, sondern auch den physischen Besitz desselben eingeräumt hatte, nicht berechtigt, obgleich er den bürgerlichen Besitz des Grundstückes noch nicht übertragen hatte, und der Beklagte könnte die bürgerliche Erwerbung der Servitut gegen den Kläger nur dann geltend machen, wenn er sich im guten Glauben befunden hätte, daß C damals das Dispositionsrecht eines Eigentümers besaß, wie aus der Auslegung des §. 527 a. b. G. B. klar hervorgeht, wornach im Falle, wenn das bloß zeitliche Recht des Bestellers dem Servitutinhaber aus dem öffentlichen Buche oder auf andere Art bekannt wurde, mit dem Verlaufe dieser Zeit die Servitut von selbst erlosch. Mag man daher den Verfaßbüchern bezüglich der Erwerbung des Eigentumes und anderer dinglicher Rechte an unbeweglichen Sachen auch den gleichen Schutz der publica fides wie den Grundbesitz einräumen, so kommen diese Wirkungen nur dem gutgläubigen Erwerber zu Statten, nicht aber Demjenigen, welcher gleich bei der Bestellung der Servitut in mala fide befand.

Nr. 7932.

Statthastigkeit der Anbringung des Gesuches um executive Schätzung einer Liegenschaft bei dem Proceßgericht statt bei der Realinstanz.

Entsch. v. 8. April 1880, Nr. 3880 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des k. k. Kaiser v. 3. Februar 1880, Nr. 870 und des D. L. G. Prag vom 16. Februar 1880, Nr. 5702). G. Z. 1881, Nr. 100.

A, welcher bei dem Erkenntnißgerichte im Executionswege die Bewilligung der Einverleibung des Pfandrechtes an der in einem anderen Gerichtsbezirk belegenen Realität seines Schuldners B erwirkt hatte, überreichte bei demselben Gerichte das Gesuch um die executive Schätzung der Realität, welches von beiden Untergerichten in der Erwägung abgewiesen wurde, daß der §. 69 J. N. im ersten Absatz dem Erkenntnißrichter nur die Bewilligung des ersten Executionsgrades zuweist und im zweiten Absatz zur Frage: ob die weiteren Executionsgrade unmittelbar bei dem Gerichte, in dessen Bezirk die Execution vollzogen werden soll, angesucht werden könne, auf die Gerichtsordnung verweist; daß die Gerichtsordnung in §. 323 für die Bewilligung der auf die Pfändung folgenden Grade der auf ein liegendes Gut geführten Execution das Tabulargericht als berufen erklärt und nicht etwa ein Electioforum normirt, da der dort gebrauchte Ausdruck: der Kläger ist „befugt“ nur auf den Zeitpunkt, wann (id est nach rechtskräftiger Einverleibung des Pfandrechtes) um die executive Schätzung anzusuchen ist, sich bezieht und bezüglich der Gerichtscompetenz durch die Bezeichnung des Tabulargerichtes in dem citirten Paragraph eine bindende Norm gegeben ist.

Auf den a. o. Recurs des A annullirte der oberste Gerichtshof die untergerichtlichen Entscheidungen mit dem Auftrage an das Gericht erster Instanz, das Gesuch des A mit Abstandnahme von dem angeführten Abweisungsgrund zu erledigen. Gründe: Gemäß §. 69 J. N. und §. 323 a. G. D. ist der Exequent lediglich befugt, nicht aber mit Ausschließung des Erkenntnißgerichtes angewiesen, nach erwirktem ersten Executionsgrade die Schätzung bei der Realinstanz anzusuchen. Da die Bewilligung und der Vollzug eines Realactes von einander trennbar sind, so steht auch der §. 51 J. N. dieser Auffassung nicht entgegen, zumal dieser Paragraph nur die Vornahme der dort bezeichneten Realacte, nicht aber die Bewilligung derselben der Realinstanz ausschließlich vorbehalten hat.

Nr. 7933.

Erschindungsklage gegen den Creditverein der Ersten österr. Sparcasse in Wien: Eidesbelation an den Vorstand der letzteren.

Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 1358 (Best. des das Urth. des O. G. Krjak v. 9. August 1879, Nr. 4354, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 11. Nov. 1879, Nr. 15818). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 37.

Die A belangte den Creditverein der Ersten österreichischen Sparcasse in Wien auf Anerkennung des Eigenthumes an mehreren in der Executionsführung des Creditvereines wider ihren Ehegatten E wegen einer Forderung von 127 fl. 14 kr. gepfändeten und geschätzten Gegenständen, Unwirksamkeit der daran vollzogenen executiven Pfändung und Schätzung und der bereits erwirkten Feilbietungsanordnung. Zur Erweisung des Eigenthums der Klägerin an den von ihr in Anspruch genommenen Mobilien trug sie dem C als Obercurator der Ersten österreichischen Sparcasse, und dem D, als Referenten dieser Sparcasse, die negativen Haupteide darüber auf, daß sie (Klägerin) von dem als ihr Eigenthum angesprochenen Gegenständen, einige von ihr namentlich bezeichnete zur Zeit ihrer Verheirathung im Jahre 1859 behufs ihrer Ausstattung bei dem Tischlermeister X in Linz gekauft habe, einige ebenfalls namentlich angeführte von ihrem Vater und ihrer Mutter als Ausstattung erhalten habe. Der beklagte Verein hat die ihm aufgetragenen Haupteide vorsichtsweise zurückgeschoben. — In erster Instanz wurde die Klage ohne weiteres abgewiesen. — Das O. L. G. erkannte auf die der Klägerin zurückgeschobenen Haupteide mit folgender Begründung: Die Ansicht des ersten Richters, daß die dem C als Obercurator der Ersten österreichischen Sparcasse, und dem D, als Referenten eben dieser Sparcasse, aufgetragenen Haupteide nach §. 207 a. G. D. unzulässig seien, da diese beiden Personen, wenn sie auch in ihren erwähnten Eigenschaften die Erste österreichische Sparcasse repräsentiren und nach §. 26 der Creditvereinssatuten berechtigt sind, für den Creditverein zu zeichnen, Erklärungen auszustellen und im Namen des Creditvereines solche Rechtshandlungen vorzunehmen, wozu nach §. 1008 a. b. G. D. eine besondere Vollmacht erforderlich ist, doch den Creditverein, der nach eben diesem Paragraphen nur durch die Plenarversammlung der Credittheilnehmer und durch das von den Letzteren gewählte Comité repräsentirt und verwaltet wird, nicht repräsentiren, sondern nur dessen Stellvertreter sind, welche für den Creditverein, also für einen Dritten Recht führen, ist nicht richtig, weil die Haupteide dem Creditverein aufgetragen sind, dem sie zweifellos eben so wie einer Actiengesellschaft oder einer anderen juristischen Person, die in eigenem Namen Recht führen dürfen, aufgetragen werden können, und nicht der Ersten österreichischen Sparcasse, weil Letztere eben so wie Actiengesellschaften,

Genossenschaften u. s. w. die ihnen aufgetragenen Eide durch den Vorstand zu leisten haben, und weil die Klägerin dadurch, daß sie im Laufe des Processes jene Personen namhaft machte, welche ihrer Anschauung nach den Eid im Namen des beklagten Vereines ablegen sollten, welche aber vielleicht, weil sie keine Vorstandsmitglieder sind, hierzu nicht geeignet erscheinen, nicht ihres einzigen Beweismittels verlustig wird, da es eben Sache des beklagten Vereines war, jene seiner Vorstandsmitglieder, welche die Eide ablegen sollten, zu bezeichnen, wenn er es vermeiden wollte, daß die Eide dem Vereine überhaupt aufgetragen werden. Nachdem dem Gesagten zufolge jedenfalls die Eide dem beklagten Vereine aufgetragen werden konnten, die Klägerin nicht verpflichtet war, jene Personen, die Namens des Vereines die Eide ablegen sollten, zu bezeichnen, sie deshalb, falls sie hierzu nicht berufene Personen bezeichnet hätte, ihres Beweismittels nicht verlustig werden kann, der beklagte Verein aber die ihm aufgetragenen Eide vorsichtsweise zurückschob und in dieser Weise die Frage, welche von seinen Vorstandsmitgliedern die Eide leisten sollen, entfällt, so war auf die der Klägerin zurückgeschobenen Eide zu erkennen, da dieselben über die wesentlichen entscheidenden Thatumstände aufgetragen und die Ausführungen der Klägerin auch derart sind, daß dem Beklagten es keineswegs unmöglich war, über die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Angaben die nöthigen Erkundigungen einzuholen und sich hierüber die erforderliche Ueberzeugung zu verschaffen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das oberlandesgerichtliche Urtheil. Gründe: Die A hat im Laufe der Verhandlung denjenigen Personen, welche statutenmäßig den wider ihren Ehegatten E Execution führenden Creditverein der Ersten österreichischen Sparcasse repräsentiren und dem Advocaten F die Vollmacht zur Vertretung vor Gericht, auch mit der Befugniß, Eide anzunehmen und zurückschieben, ertheilten, über die Umstände der ihrerseits geschehenen Erwerbung jener Mobilien, welche ihr im obergerichtlichen Urtheile bedingt zugesprochen wurden, den zurückschiebbaren Haupteid aufgetragen und war zum Gebrauche dieses Beweismittels nach der bestehenden Ordnung des Verfahrens berechtigt, weil jene Personen selbst die Proceßpartei repräsentiren und von ihnen nicht gesagt werden kann, daß sie für einen Dritten Proceß führen; weil Demjenigen, welcher im eigenen Namen Proceß führt, der Haupteid auch über fremde Handlungen aufgetragen werden kann; weil die Eidessätze keineswegs nur abstracte Behauptungen, sondern bei jedem Gegenstande die begleitenden Geschichtsumstände der Zeit, des Ortes und der Personen enthalten in einer Weise, welche der Möglichkeit Raum ließ, Wahrnehmungen zu machen und Erkundigungen einzuholen, um sich zur Wahl der Annahme der Ablegung des Haupteides in negativer Form oder der Zurückschiebung in affirmativer Form zu bestimmen; weil den genannten Executionsführern zulam, die dem Executen gehörenden

Gegenstände, auf welche Execution geführt werden sollte, zu bezeichnen und ihnen daher auch zusam, über die der Voransetzung des d. Executen zustehenden Eigenthumes der gepfändeten Fahrnisse entgegengestellten, übrigens zugegebenermaßen schon vor der Ueberreichung d. Klage mitgetheilten Umstände, wenn nicht selbst, so doch durch ihr mittelbar Bestellten Wahrnehmungen zu machen, um hiernach ihr weiteres Benehmen gegenüber den Haupteidauftragungen zu regeln, weil die Beweissätze der zurückschiebbar aufgetragenen Haupteide erscheidende Thatsachen und darunter auch den Umstand enthielten, d. die Klägerin die in Rede stehenden Gegenstände bereits vor ihr im Jahre 1859 erfolgten Verehelichung mit E erworben und bezugsweise zu ihrer Ausstattung hierzu erhalten hat. Da hiern die Belangten und Eidesdelaten vermöge processualen Rechtes verpflichtet waren, die Haupteide anzunehmen oder zurückzuschieben, war die eventuell ausgesprochene Zurückschiebung dem Urtheile Grunde zu legen.

Nr. 7934.

Trennbarkeit der Ehen von Confessionslosen mit Jüdinne
— Bestimmung der Frist der wegen unüberwindlich Abneigung vorläufig verfügten Scheidung im Urtheil über d. Trennungsbegehren?

Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 3105 (Best. der Urth. des L. G. Wien v. 21. Jänner 1879, Nr. 4410 und des O. L. G. Wien v. 26. Nov. 1878, Nr. 18456). G. Z. 1880, Nr. 104.

Der confessionslose A und die Israelitin B, welche sich am 30. März 1878 vor dem Wiener Bürgermeister verehelicht hatten, beehrten nach einigen Monaten die Trennung der Ehe wegen unüberwindlicher Abneigung (§. 115 a. b. G. B. und §. 2 des Gesetzes v. 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 51). Nach Anhörung des angestellten defensor matrimonii erkannte das angerufene L. G. die Abweisung des Ehetrennungsbegehrens zur Zeit und vorgängige Scheidung der Ehegatten auf ein Jahr von Tisch und Bett, in folgender Begründung: Die Frage der von dem defensor matrimonii selbst nicht bestrittenen Anwendbarkeit des §. 115 a. b. G. B. und die von dem confessionslosen A und der Jüdin B vor der weltlichen Behörde nach §. 7 des Gesetzes vom 25. Mai 1868, R. G. Bl. Nr. 47, geschlossene Ehe hat der Richter von Amtswegen zu prüfen. Durch die neue Ehegesetzgebung wurden die Rechtsnormen des §. 115 a. b. G. B. ausdrücklich auf die von Personen, welche keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgenossenschaft angehören, geschlos-

senen Ehen ausgedehnt. Denn nach §. 10 des Gesetzes vom 25. Mai 1868, R. G. Bl. Nr. 47 haben für die vor der weltlichen Behörde geschlossenen Ehen rücksichtlich der Scheidung und Trennung derselben die Vorschriften des a. b. G. B. zu gelten, und §. 2 des Gesetzes vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 51, bestimmt, daß hinsichtlich der Trennbarkeit der Ehen von Personen, welche keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgenossenschaft angehören, dieselben den nicht katholischen christlichen Religionsverwandten gleichzuhalten sind. Sollte man übrigens die Norm des §. 2 des Gesetzes vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 51 (wonach hinsichtlich der Trennbarkeit der Ehen die confessionslosen Personen den Katholiken gleichzuhalten sind) nur für den confessionslosen, nicht auch für den andern, einer Confession angehörenden Eheheil gelten lassen, so hat doch jedenfalls der Erstere, vorliegend der Ehemann A das Recht, gemäß §. 115 a. b. G. B. wegen unüberwindlicher Abneigung beider Ehegatten die Ehetrennung zu verlangen, welches Recht durch den Umstand, daß seine Ehefrau israelitischen Glaubens ist, nicht alterirt wird. Denn der §. 116 *ibid.*, dessen Norm jetzt auch für Confessionslose gilt, gestattet dem nicht katholischen Ehegatten selbst dann die Ehetrennung nach §. 115 zu verlangen, wenn der andere Theil zur katholischen Kirche übergetreten ist, obschon für den Katholiken das kirchliche und gesetzliche Princip der Unauflöslichkeit der Ehe gilt; der confessionslose Ehegatte wird daher nach der Auslegungsregel *a majori ad minus* das Recht der Ehetrennung nach §. 115 um so mehr auch im Einverständnisse mit der jüdischen Gattin, deren Eherecht nur eine freiwillige Ehetrennung (§. 133 a. b. G. B.) kennt, und bezüglich einer Ehe geltend machen können, welche, weil nicht zwischen Juden und nicht nach dem jüdischen Eherechte geschlossen, keine Judenehe, und daher auch bezüglich der israelitischen Gattin keineswegs als den Normen des a. b. G. B. über Judenehen (§§. 124—136 a. b. G. B.) unterworfen betrachtet werden kann. Es ist daher nicht zu bezweifeln, daß das Begehren beider Ehegatten um Trennung ihrer Ehe auf Grund und mit der Proceßur des §. 115 a. b. G. B. keiner gesetzlichen Vorschrift zuwider und in den bezogenen Gesetzen selbst begründet sei. Sollte man aber annehmen, daß der Fall der Trennung einer vor der weltlichen Behörde nach dem Gesetze vom 25. Mai 1868, R. G. Bl. Nr. 47, zwischen einem Confessionslosen und einer Jüdin geschlossenen Mischehe in den citirten Gesetzen nicht normirt sei, so würden nach §. 7 a. b. G. B., mit Rücksicht auf Grund und Absicht der Gesetzgebung die Normen des §. 115 a. b. G. B. *per analogiam* anzuwenden sein. Die analoge Anwendung des §. 136 a. b. G. B. über die Auflösung der durch den Uebertritt eines jüdischen Ehegatten zur christlichen Religion aus einer Judenehe entstandenen Mischehe auf den vorliegenden Fall ist schon darum ausgeschlossen, weil die Ehe der

beiden Trennungskläger keine Judenehe ist, und weil die Bestimmungen des bürgerlichen Ehegesetzes für Juden in den neuen Gesetzen nicht (so wie das bürgerliche Ehegesetz für Katholiken im Gesetze vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 51) citirt sind. Mit Rücksicht auf die in dem §. 10 des Gesetzes vom 25. Mai 1868 R. G. Bl. Nr. 47, dann in den §§. 1 und 2 des Gesetzes vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 51, ausdrücklich und principiell festgesetzte Auflösbarkeit der vor den weltlichen Behörden geschlossenen Ehen, und zwar durch Ehetrennung und Ehescheidung, dann mit Rücksicht auf die in den §§. 44, 47, 48, 49, 55—59, 80 a. b. G. B. als leitendes gesetzliches Princip zum Ausdruck gelangene Vertragseigenschaft der Ehen dürfen, wenn nach Analogie zu entscheiden ist, nicht die einen exceptionellen confessionellen Charakter tragenden Normen des bürgerl. Gesetzbuches für katholische Ehen oder Judenehen, sondern nur die ihrem Inhalte und ihrer Natur nach der civilrechtlichen Auffassung des Ehevertrages am meisten congruente Bestimmungen des §. 115 a. b. G. B. per analogiam angewendet werden um so mehr, als die Bestimmungen des a. b. G. B. bezüglich des Ehegesetzes der katholischen Christen schon ausdrücklich als Normen für das Ehegesetz des confessionlosen Ehegatten von der Gesetzgebung anerkannt sind. Die in jeder Richtung nachgewiesene Anwendbarkeit des §. 115 a. b. G. B. vorangesezt, war, nach dem Antrag des defensor matrimonii mit Rücksicht auf die kurze Dauer der Ehe zur Erprobung, ob der angeführte Ehetrennungsgrund der unüberwindlichen Abneigung sich bewähren werde, nach §. 115 a. b. G. B. erst zeitliche Scheidung der Ehegatten von Tisch und Bett auszusprechen und ihr Ehetrennungsbegehren für bermalen abzuweisen. — Daß von dem Appellationshofe gefochtene Erkenntniß wurde in zweiter Instanz bestätigt aus den nachstehenden Gründen: Da die Ehe einer Jüdin an sich schon eine wechselseitige, freie Einwilligung trennbar ist und nicht eine Judenehe sondern eine nach dem Gesetze vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 51, geschlossene Ehe einer Jüdin mit einem Confessionslosen vorliegt, bezüglich welcher Ehe der §. 2 des erwähnten Gesetzes ausdrücklich bestimmt, daß hinsichtlich der Trennbarkeit der Ehe Diejenigen welche keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgenossenschaft angehören, den nicht katholischen christlichen Religionsverwandten gleich zuhalten sind, so kann es einem begründeten Zweifel nicht unterliegen, daß auf die Frage der Trennbarkeit dieser Ehe der §. 11 a. b. G. B. anwendbar sei. In dem §. 115 a. b. G. B. ist nur für den Fall, als die Trennung der Ehe wegen unüberwindlicher Abneigung begehrt wird, selbst, wenn diese Trennungsbefugnis nach §. 14 des Hofdecr. vom 23. August 1819, J. G. G. Nr. 1591 für erwiesen angenommen werden könnte, vorgeschrieben, daß die Trennung nicht sogleich bewilligt werden darf, sondern erst eine Scheidung von Tisch und Bett, und zwar nach Beschaffenheit der Umstände

auch zu wiederholten Malen versucht werden muß. Es mag dahingestellt bleiben, ob bei diesem Wortlaute des §. 115 a. b. G. B. über die Trennung der Ehe wegen unüberwindlicher Abneigung in dem Falle, wenn vorerst auf die Scheidung von Tisch und Bett erlannt wird, das Trennungsbegehren für „derzeit“ abzuweisen oder dasselbe in Schwebe zu lassen sei; gewiß aber ist es, daß dieser Versuch mit der Scheidung nur ein Schritt im Verfahren wegen Trennung ist, daher auch nicht den Vorschriften für die bloße Scheidung unterliegt. Daher kann die Beschwerde des A weder in der Richtung, daß nicht die für die selbstständige Scheidung vorgeschriebenen dreimaligen Versöhnungsversuche vorgenommen wurden, noch in der Richtung, daß nicht sofort auf Trennung der Ehe erlannt wurde, für begründet gehalten werden.

Auf die a. o. Revisionsbeschwerde des A bestätigte der oberste Gerichtshof die untergerichtlichen Urtheile. Gründe: Daß die Vorschriften des §. 115 a. b. G. B. bei der Entscheidung der Frage über die Trennung der von A mit der B geschlossenen Civilehe in Anwendung kommen, wurde bereits in den unterrichterlichen Motiven umständlich erörtert und ist auch von keinem Streittheile bestritten. Ebenso wenig ist gegenwärtig über die Zulässigkeit der von beiden Instanzen im Sinne der obenerwähnten Gesetzesstelle verfügten Scheidung von Tisch und Bett durch die Dauer eines Jahres zu entscheiden, weil der Revisionswerber in einem frühern Protokoll vom.. die Zweckmäßigkeit und Statthaftigkeit dieser Verfügung selbst anerkannt hat und zudem angenommen werden muß, daß er sich darüber im Wege der a. o. Revision zu beschweren nicht im Sinne hatte, weil er in der Revisionsbeschwerde nur den Ausspruch begehrt, daß die auf ein Jahr bewilligte Scheidung von der Zustellung des erstrichterlichen Urtheiles zu rechnen sei, da keines der unterrichterlichen Urtheile über den Anfang des Scheidungsjahres eine Bestimmung enthält. Aber auch dieses Begehren ist unstatthaft, weil eine solche Bestimmung im Urtheilstexte überhaupt nicht aufzunehmen ist, und weil die Entscheidung darüber, als zur Durchführung des Erkenntnisses gehörig und nur auf dessen Rechtsfolgen sich beziehend, den betreffenden Gerichten seinerzeit überlassen bleiben muß.

Nr. 7935.

Abgrenzung des Wirkungskreises der Gerichte und der Verwaltungsbehörden: Einleitung des Rechnungsprocesses über die von einem abgetretenen Bürgermeister gelegte Gemeinderrechnung.

Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 3317 (Best. des das Urth. des R. G. Revisionsr. v. 7. Oct. 1879, Nr. 5807, abänd. Urth. des D. L. G. Brunn vom 30. Dec. 1879, Nr. 13394), G. Z. 1881, Nr. 66.

Der Altbürgermeister der Stadtgemeinde B belangte dieselbe mit der im §. 100 a. G. D. normirten Aufforderungsklage auf Genehmhaltung oder Bemänglung der von ihm gelegten Gemeinderrechnung. Die Beklagte wendete die Unzuständigkeit des Gerichtes ein, da die Angelegenheit vor der Verwaltungsbehörde auszutragen sei. — Die Incompetenzeinrede wurde in erster Instanz zugelassen dagegen von dem D. L. G. aus den nachstehenden Gründen zurückgewiesen: Nach §. 100 a. G. D. kann der Rechnungsleger gerichtlich fordern, daß Demjenigen, dem er Rechnung gelegt hat, aufgetragen werde, solche genehm zu halten oder zu bemängeln. Das Gesetz unterscheidet hierbei nicht, in welcher Eigenschaft der Rechnungsleger die Rechnung gelegt hat, und auch nicht bezüglich des Gegenstandes der gelegten Rechnung. Allerdings ist nach den §§. 30 und 65 des Gemeindegesetzes für Mähren vom 15. März 1864, R. G. Bl. Nr. 4, die von einem Gemeindevorsteher der Gemeinde gelegte Rechnung von dem Gemeindevorstand zu erledigen und hat nach §. 98 ibid., sowie nach Art. 18 des Gesetzes vom 5. März 1862, R. G. Bl. Nr. 18, der Landesausschuß über eine wider die Rechnungserledigung des Gemeindevorstandes ergriffene Berufung zu entscheiden. Allein so wenig aus diesen gesetzlichen Bestimmungen der Schluß gezogen werden könnte, daß der Gesetzgeber dem Gemeindevorsteher bezüglich einer der Gemeinde gelegten Rechnung den Rechtsweg überhaupt abschneiden wollte, ist die auf die letztbezogenen Normen gestützte Ansicht begründet, daß dem Gemeindevorsteher rücksichtlich einer solchen Rechnung der Rechtsweg erst dann offen stehe, wenn der Gemeindevorstand die Rechnung erledigt und der Landesausschuß über die Berufung gegen die Rechnungserledigung des Gemeindevorstandes entschieden hat, und daß auch der Landesausschuß um die Anhaltung des säumigen Gemeindevorstandes zur Erledigung der Rechnung anzugehen sei. Abgesehen davon, daß der Kläger dormalen nicht mehr Gemeindevorsteher ist, und sein Klagbegehren als Privatperson gestellt hat, steht der dem erstgerichtlichen Urtheile zu Grunde liegenden Auffassung auch schon die Erwägung entgegen, daß der Streit bezüglich einer gelegten Rechnung definitiv doch nur im Rechtswege ausgetragen werden kann, es mithin auch völlig zwecklos gewesen wäre,

gesetzlich die Zulässigkeit des Rechtsweges von der vorgängigen Erledigung der Rechnung im administrativen Wege abhängig zu machen. Wenn aber das Patent vom 16. Jänner 1786, J. G. G. Nr. 516, §. 2, dennoch — für Verrechnungen mit dem Staatsschatz — eine solche Bestimmung getroffen hat, so wurde damit den besonderen Verhältnissen im staatlichen Verwaltungsorganismus Rechnung getragen und kann diese Anordnung als eine singuläre Bestimmung nicht per analogiam angewendet werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil des Obergerichtes aus dessen Gründen, und in der Erwägung, daß es sich im vorliegenden Falle gar nicht um die Berechtigung des Gemeindevorstandes zur Prüfung und Erledigung der vom Kläger als einstigen Gemeindevorsteher gelegten Rechnung, sondern darum handelt, den Gemeindevorstand anzuhalten, die Rechnung der Erledigung zuzuführen, und daß ein die Erledigung der Rechnungen über die Verwaltung des Staatsvermögens regelndes Ausnahmsgesetz nicht auf Gemeindevorstandesrechnungen angewendet werden kann.

Nr. 7936.

Rangirung der über drei Jahre ausstehenden Zinsen nach dem Tage der Einverleibung des executiven Pfandrechtes für dieselben.

Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 3614 (Best. des das Decr. des O. G. Wersitz v. 20. Februar 1879, Nr. 1047, abänd. Decr. des O. L. G. Prag vom 12. Jänner 1880, Nr. 205). G. Z. 1881, Nr. 92.

In der Vertheilung des Meistgebots für die am 23. December 1878 im Executionsweg verkaufte Liegenschaft des B wurden dem Executionsführer A die vom 1. December 1872 bis 23. December 1878 ausstehenden Zinsen seiner Hypothekarforderung in der Rangordnung der letzteren angewiesen. — Dagegen recurrirte ein späterer Hypothekar an das O. L. G., welches die Rangordnung des Capitals nur den dreijährigen Zinsrückständen vom 23. December 1878 rückgerechnet zuerkannte. Gründe: Nach §. 33 der E. O. und §. 17 des Grundb.-G. gebührt nur den nicht länger als drei Jahre vor der Feilbietung der Realität rückständigen Zinsen der Hypothekarforderung des A die Priorität des Capitals und das erst am 24. Mai 1877 im Executionsweg für ihn einverleibte Pfandrecht wirkt nur in der Rangordnung dieser Eintragung.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz aus den vorstehenden Gründen.

Nr. 7937.

Abgrenzung des Wirkungskreises der Gerichts- und Finanzbehörden: Einstellung sog. Idealgebühren in das von der Finanzprocuratur zur gerichtlichen Bestimmung vorgelegte Kostenverzeichnis.

Entsch. v. 13. April 1879, Nr. 3918 (Abänd. der gleichförmigen Dec. des O. G. Wien v. 2. Dec. 1879, Nr. 84519 und des O. L. G. Wien v. 11. Februar 1880, Nr. 2270). Jur. Bl. 1880, Nr. 25.

Im Zuge der von der Finanzprocuratur auf die Eigenschaft X des B zur Hereinbringung einer Vermögensübertragungsgebühr geführten Execution überreichte die Finanzprocuratur zur gerichtlichen Liquidirung das Verzeichniß der erwachsenen Kosten, in welchem sie unter anderem einen Betrag für sogenannte Idealstempelgebühren und Idealeintragsgebühren (Stempel- und Insulirungskosten, welche die Finanzprocuratur hätte aufwenden müssen, wenn sie nicht gesetzlich gebührenfrei wäre) einstellte. — In erster Instanz wurden diese Kosten ausgeschieden, weil die Gebührensicherung gesetzlich gebührenfrei erfolgt. Auch das O. L. G. eliminierte die besagten Kosten und zwar die Idealeintragsgebühren auf dem vom ersten Richter angeführten Grunde, die Idealstempelgebühren aber, welche nach §. 13 des Gebührengesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50 und Finanzministerialerlaß vom 1. December 1853, Nr. 37.060, vom Executen zu vergüten seien, aus einem andern Grunde.

In Erwägung, daß gemäß §. 6 des kaiserl. Patentgesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, weder über die Frage, ob eine Gebühr zu entrichten ist oder nicht, noch über das Ausmaß derselben ein gerichtliches Verfahren stattfindet, hat der oberste Gerichtshof die untergerichtlichen Entscheidungen in dem Punkt der von der gerichtlichen Bestimmung ausgeschiedenen Gebühren dahin abgeändert, daß das Gesuch um die Liquidirung dieser Gebühren als zu einer Erledigung im richterlichen Wirkungskreise nicht geeignet zurückgewiesen wird.

Nr. 7938.

Bermächtniß eines Grundstücks mit der Auflage, daß dasselbe nach dem Tode des Legatars einem Dritten „zu beliebigem Preis zu überlassen sei“: Fideicommissarische Substitution?

Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 4084 (Best. des das Decr. des B. G. Wilbenschwert v. 27. Nov. 1879, Nr. 7757, abänd. Decr. des D. L. G. Prag v. 5. Jänner 1880, Nr. 350). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 23. Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 29.

Die B verpfändete dem C für eine Schuld von 800 fl. die Liegenschaft X, welche ihr testamentarisch von ihrem Ehemann M mit der Bestimmung: „daß nach ihrem Tod oder Auswirthschaftung dieselbe dem A, Sohn erster Ehe des Testators, zu beliebigem Preis zu überlassen ist“, zugewendet, eingewortet und grundbücherlich zugeschrieben worden ist. — Das von ihr und dem C angebrachte Gesuch um Einverleibung des dem Letztern daran bestellten Pfandrechts wurde in erster Instanz abgewiesen, weil die B in Folge der im Grundbuch angemerkten Verpflichtung, die Liegenschaft X dem A seinerzeit zu beliebigem Preis zu überlassen, nicht unbeschränkte bürgerliche Eigenthümerin derselben ist.

In Uebereinstimmung mit dem D. L. G. bewilligte der oberste Gerichtshof die Pfandrechtsintabulation, weil die obige in dem Grundbuch angemerkte Bestimmung des Testators M nicht als eine solche aufgefaßt werden kann, welche einer fideicommissarischen Substitution im Sinne des §. 608 a. b. G. B. gleichkommen und das freie Verfügungsrecht über die Substanz vollkommen aufheben würde, und weil im Zweifel nach §. 614 a. b. G. B. die freie Ausübung der Eigenthumsrechte zu schützen ist.

Nr. 7939.

Geltendmachung des Anspruchs des von der Concursmasse und dem Gemeinschuldner erfolglos Beklagten auf Ersatz der Proceßkosten wider den Gemeinschuldner nach Aufhebung des Concurses.

Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 4089 (Best. des Decr. des B. G. Brunn v. 31. Dec. 1879, Nr. 52654, Abänd. des Decr. des D. L. G. Brunn vom 17. Februar 1880, Nr. 1893). G. S. 1880, S. 345.

Die von dem Verwalter der Concursmasse des A gemeinschaftlich mit dem Creditur gegen die B angestellte Besitzstörungs-klage

wurde abgewiesen mit Verfallung der Kläger in den Ersatz der Proceßkosten der Beklagten, welche zur Hereinbringung derselben nach Aufhebung des Concurſes des A im Executionsweg die Pfändung und Schätzung seines Mobilienvermögens begehrte und in erster Instanz erwirkte. — In zweiter Instanz wurde das Executionsgesuch der I abgewiesen mit der Begründung, daß nach §. 1 der E. O. durch die Eröffnung des Concurſes das gesammte, der Execution unterliegende Vermögen des Gemeinschuldners der freien Verfügung desselben entzogen wird, an seine Stelle die Gesamtheit der Gläubiger tritt und jede Rechts-handlung des Gemeinschuldners in Bezug auf sein zur Masse gehöriges Vermögen ungiltig ist; daß wenn die Concurſmasſeverwaltung als Repräsentantin der Berechtigung des Creditors eintritt, deren processuale Persönlichkeit mit der des Letzteren zusammenfällt, im vorliegenden Falle daher, wo der abgeführte Besitzstörungstreit doch nur auf die Sicherung eines in die Concurſmasſe gehörig gewesenen Vermögens gerichtet sein konnte, die Hinstellung des Creditors neben die Concurſmasſeverwaltung ohne processuale Bedeutung ist und die in diesem Streit aufgelaufenen Kosten als Masseschulden im Sinne des §. 29 E. O. betrachtet werden müssen, nämlich welcher die Beklagte B als Massegläubigerin erscheint; daß dieselbe die in ihrem Executionsgesuche aufgestellte Behauptung, daß der Concurſ über das Vermögen des A schon im Laufe des Processes aufgehoben wurde, mit nichts bescheinigt hat und daß, wenn dieses der Fall war, ihr gegen den A deshalb kein Executionrecht zusteht, weil mit der Aufhebung des Concurſes auch die Legitimation des Masseverwalters zur Fortsetzung des Processes erlosch, der Streit aber von Letzterem fortgesetzt und ihm auch das Enderkenntniß zugestellt wurde, bei dieser Sachlage daher eine Execution gegen A auf Grund eines Erkenntnisses, welches ihm entgegen der Bestimmung des §. 250 a. G. O. gar nicht zugestellt wurde, nach §. 298 a. G. O. nicht stattfinden kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Verordnung. Gründe: Das im Besitzstörungstreit geschöpfte Erkenntniß ist rechtskräftig geworden und daraus nach §. 76 und 78 E. O. für die Concurſmasſe die Verpflichtung erwachsen, die gemäß §. 133 §. 29, Nr. 2 E. O. als Masselkosten anzusehenden Gerichtskosten der B zu berichtigen. Wenn mittlerweile der Concurſ über das Vermögen des A aufgehoben worden ist und A wieder in seine, während des Concurſes vom Masseverwalter ausgeübten Rechte der Vermögensverwaltung trat, so wurde hierdurch der Forderung der B an dem Besitzstörungserkenntniß kein Object entzogen; denn gemäß §. 54 und §. 55 E. O. wurde nun A persönlich zur Befriedigung ihrer Forderung verpflichtet und dies muß sich nun der Schuldner umso mehr gefallen lassen, als den Masselkosten gesetzlich sogar Vorrang vor den übrigen Forderungen eingeräumt sind und es geradezu nicht

, weshalb bezüglich der Massekosten die Vorschrift des
außer Geltung bleiben soll. Wird noch erwogen, daß
rungsfrage mitfertigte und somit, als Mitkläger an-
sehung des Rechtsstreites durch den Masseverwalter
Namen gutgeheißen hat; daß die Zustellung des Er-
den Masseverwalter allein nach §. 388 a. O. D.
ieses Mitklägers zur Herbeiführung der Rechtskraft
wenn der Concurß noch vor Schöpfung jenes Er-
gehoben worden ist, dies der Rechtskraft desselben
weniger im Wege stehen kann, als durch die Con-
der Schuldner außer allen Zweifel berechtigt wurde,
beit persönlich einzutreten, und die seinerseits unter-
ng dieses Rechtes der B keinesfalls zum Nachtheile
daß es keinem Gesetze widerstreitet, wenn der Gemein-
vom Masseverwalter angestregten Rechtsstreiten als
it der gesetzlichen processualischen Wirkung beitrifft, so
A die Eintreibung der in Rede stehenden Gerichtskosten
len lassen und ist demnach die vom ersten Richter zu diesem
hn bewilligte Mobilarexecution gesetzlich gerechtfertigt.

Nr. 7940.

durch Versehen des Gerichtes unterbliebenen
ung der Pränotationsrechtsfertigungsfrage.

pril 1880, Nr. 4126 (Aufheb. der gleichförmigen Decr.
tschein v. 16. Nov. 1879, Nr. 7918, und des D. L. G.
inner 1880, Nr. 197). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 32.

die Vorschußcasse A die grundbücherliche Pränotation
an einer Hypothekarforderung ihres Schuldners C
belangte sie denselben mit der Rechtsfertigungsfrage,
cherliche Anmerkung von ihr begehrt wurde, allein unter-
des Justificirungsprocesses erwirkte die B als Ges-
r von dem C abgetretenen Hypothekarforderung die
: Pränotation. Nach erflossenem Justificirungserkenntniß
orschußcasse im Executionsweg die Einverleibung ihres
- Dieses Gesuch wurde von beiden Untergerichten nach
inistrialverordnung v. 19. September 1860, R. G. Bl.
§§. 59 und 60, Grundb. G. abgewiesen, weil die
rung inzwischen auf die B grundbüchertlich übertragen
das Urtheil, auf Grund dessen die Execution begehrt
h gegen die Letztere lautet.

Der oberste Gerichtshof bewilligte die Einverleibung des executiven Pfandrechts. Gründe: Die Abweisung des Begehrens der Vorschußcasse, welches sich auf ein die Liquidität ihrer Forderung den Pränotaten C außer Zweifel stellendes und rechtskräftiges Urtheil stützt, erscheint nicht als gerechtfertigt, wenn erwogen wird, daß die Vorschußcasse auf Grund des Urtheiles nichts Anderes als eine zwangsweise Intabulation eines Pfandrechts anstrebt, das ihr bisher nur in bedingter Weise zu stand, und daß mit dieser Einverleibung die für sie schon bestehende Pränotation gerechtfertigt, das erlangte bedingte Pfandrecht in ein unbedingtes umgewandelt werden so kann. Einer solchen Intabulation steht der Umstand nicht im Wege, daß nach der Einbringung ihrer Rechtfertigungsklage auf die ihr verheißene Hypothekarforderung des C sich in der Person der B ein Eigenthumsprätendent gefunden hat, der seine Ansprüche auch pränotirt ließ. Denn die Pränotation konnte von Seite der Vorschußcasse nur im Rechtswege und nur gegen ihren unmittelbaren Schuldner C als Pränotaten, justificirt werden; und wenn auch die Anmerkung der Klage bei der Satzpost aus Versehen des Gerichtes unterblieb und die Vorschußcasse dieses Versehen zu saniren unterließ, so gibt die der B noch kein Recht, sich mit Hilfe des §. 6 der Justizministerialverordnung vom 19. September 1860, R. G. Bl. Nr. 212, dem Begehren der Vorschußcasse zu widersetzen, weil die angerufene Justizministerialverordnung auf Pränotationsrechtfertigungen keine Anwendung findet, und die B als bloße Cessionarin, der überdies die Anmerkung ihrer angeblichen Eigenthumsansprüche auf die Satzpost mit der ausdrücklichen Beschränkung „unbeschadet des vorgemerkten Supereinfandrechtes der Vorschußcasse A“ bewilligt wurde, in ihren Rechten nicht beeinträchtigt erscheint, nachdem sie eine mit einem Pfandrecht belastete Forderung übernommen hat, die vor Allem zur Befriedigung gelangen muß. Der Umstand, daß das Gesuch der Vorschußcasse um Intabulation des executiven Pfandrechts auch gegen sie gerichtet ist, ist nicht erheblich genug, um gegen den Intabulationswerber die Satzungen des §. 6 der erwähnten Justizministerialverordnung in Anwendung zu bringen, zumal in dem für den Erkenntnißrichter allein maßgebenden Begehren von der B mit keinem Wort Erwähnung geschieht und das Gesuch sich seinem Wesen nach nur als ein Gesuch um executive Supereinverleibung des rechtskräftigen Urtheiles zur Rechtfertigung der erwirkten Pränotation darstellt, da die Cessionarin B gar nicht entgegenzutreten kann.

Nr. 7941.

Bewilligung der Einverleibung des executiven Pfandrechts an der Hypothekarforderung eines vom Strafrichter zu Schadenersatzleistung verurtheilten Minderjährigen.

Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 4188 (Best. des das Decr. des B. G. Notizen v. 26. Nov. 1879, Nr. 17176, abänd. Decr. des D. L. G. Prag vom 19. Jänner 1880, Nr. 1781). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 24. Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 36.

Gegen den B, welcher durch strafgerichtliches Erkenntniß zur Zahlung einer Geldsumme als Schadenersatz an den Privatbetheiligten A rechtskräftig verurtheilt worden war, begehrte dieser die Einverleibung des executiven Pfandrechts bei einer Hypothekarforderung des B. — In erster Instanz wurde das Gesuch wegen der — grundbücherlich angemerkten — Minderjährigkeit des B abgewiesen. — Das D. L. G. bewilligte die Einverleibung aus folgenden Gründen: Das Gesuch des A stützt sich auf ein wider den minderjährigen B ergangenes strafgerichtliches Urtheil, gegen dessen Execution, unmittelbar wider den Verurtheilten, nach §. 373 St. P. O. und §. 248 a. b. G. B., somit in formeller und materieller Richtung, kein Anstand obwaltet, ebensowenig auch nach §. 33 lit. d und §. 94, Nr. 2 des Grundb.-G. gegen deren bürgerlichen Vollzug, der daher bewilligt werden mußte, da die Bestimmung des §. 64 a. G. D. nur für einen erst zu entscheidenden Civilrechtsstreit maßgebend wäre.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung aus deren Gründen.

Nr. 7942.

Verfahren bei Anlegung neuer Grundbücher: Unzulässigkeit des Recurses gegen Entscheidungen über Bestand und Rang bürgerlicher Eintragungen.

Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 4212. G. S. 1880, S. 297.

In dem behufs Anlegung eines Grundbuches nach dem Gesetze v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, eingeleiteten Verfahren hat die Finanzprocuratur ein Belastungsrecht der Pfarrkirche A (auf Leistung von Stiebigkeiten) zum Grundbuchskörper X angemeldet und die Eintragung des Rechtes bei demselben als „alte Last“ mit der Rangordnung vor den Hypotheken begehrt (§§. 12 und 13 cit.). — Das Grundbuchsgericht verweigerte die Eintragung, weil das Pfarrinventar, auf Grund dessen dieselbe verlangt wird, eine einseitige Urkunde ist,

welche bei dem Mangel der in den §§. 26, 27, 32 und 33 Grundb.-G. aufgestellten Erfordernisse zur Grundlage einer Eintragung nicht dienen kann. — Das D. L. G. verordnete die von der Finanzprocuratur begehrte Eintragung.

Dagegen ergriff B, der Besitzer des Grundbuchkörpers X, den Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshofe mit folgender Begründung zurückgewiesen wurde: Nach dem Gesetz vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, haben alle Diejenigen, welche sich durch den Bestand oder die bürgerliche Rangordnung einer solchen Eintragung in ihren Rechten verletzt erachten, ihren Widerspruch binnen der Edictalfrist, unter der angedrohten Strafe zu erheben (§. 14) und es ist auch das Verfahren normirt, welches im Falle eines Widerspruches Platz zu greifen hat (§. 15 ff.). Angesichts dieser speciellen gesetzlichen Bestimmungen kann demnach eine Entscheidung, sei es über den Bestand, sei es über die Rangordnung einer solchen Eintragung im Recurswege nicht stattfinden, also auch ein in dieser Richtung ergriffener Recurs nicht als zulässig angesehen werden.

Nr. 7943.

Relative Rechtskraft eines von mehreren Eiden bedingten Spruches: Einfluß derselben auf die Frist zum Eidesantritt?
 Entsch. v. 13. April 1880, Nr. 4270 (Ber. des k. k. Decr. des L. G. Wien v. 20. Jänner 1880, Nr. 3849, aufgeh. Decr. des D. L. G. Wien vom 24. Februar 1880, Nr. 3182). G. J. 1880, S. 484.

Mit erstgerichtlichem Urtheil wurde die von der A gegen B eingeklagte Schadenersatzforderung herabgesetzt, der Klägerin unter der Bedingung eines von ihr durch zurückziehbaren Haupteid erbrachten Beweises in dem reducirten Betrag zuerkannt, dem B zum Antritt des ihm aufgetragenen Eides die Frist von drei Tagen a dato des Eintrittes der Rechtskraft des Urtheils und der A zum Antritt des zurückgeschobenen Eides die Frist von drei Tagen a dato der ausdrücklichen oder stillschweigenden Zurückziehung desselben (§§. 209 und 211 a. G. D.) bestimmt. Von der Klägerin wurde gegen das Urtheil wegen der Herabsetzung des Betrages der Klageforderung die Appellation ergriffen und im Zuge des Rechtsmittelverfahrens nach Verlauf von 18 Tagen seit Zustellung des Urtheils an den Beklagten der Eid als stillschweigend zurückgeschoben angetreten. — In erster Instanz wurde die Eidesantretung aufrecht verbeschieden, und zur Legung des Eides Tagfahrt angeordnet. — Von dem D. L. G. in Folge der Eidesantretung als verfrüht zurückgewiesen, weil, in Folge der Appellation der Klägerin gegen das erstgerichtliche Urtheil, das

noch nicht in Rechtskraft getreten war. — Dagegen ergriff die Klägerin den Revisionsrecurs, worin sie geltend machte, daß ihre Appellation nicht gegen das Urtheil im Ganzen, sondern nur gegen jenen Theil desselben gerichtet war, wodurch ihre Forderung in dem mit der Klage angesprochenen Betrag herabgesetzt wurde, daß somit das erstrichterliche Urtheil in dem condemnirenden Theile, wider welchen von keiner Seite appellirt worden ist, in Rechtskraft erwachsen und sonach der sententionirte Eid sofort anzutreten war.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung aus deren Gründen und in der Erwägung, daß, nachdem die Appellation der A gegen die Herabsetzung des von ihr angesprochenen Ersatzbetrages gerichtet ist und der sententionirte Haupteid sich auf diesen Anspruch bezieht, von einer (partiellen) Rechtskraft des erstrichterlichen Urtheiles in dem Punkt, welcher den Ersatzanspruch betrifft, keine Rede sein kann, übrigens in dem Urtheile die Frist zur Erklärung des Beklagten, ob er den ihm aufgetragenen Haupteid ablegen oder zurückschieben wolle, mit Bezug auf die Rechtskraft des Urtheiles, also des Urtheiles im Ganzen, bestimmt worden ist.

Nr. 7944.

Actio hypothecaria eines durch Hypothek gedeckten Wechselgläubigers gegen die Concurssmasse: Ausschließliche Zuständigkeit der Realinstanz.

Entsch. v. 14. April 1880, Nr. 4016 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. B. Prag v. 25. Februar 1880, Nr. 11580 und des k. k. O. B. Prag v. 8. März 1880, Nr. 7740). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 52.

Nachdem A dem Handelsmann B einen Credit eröffnet und dafür die Einverleibung des Pfandrechtes auf dem Hause X des B bis zum Höchstbetrage von 800 fl. erwirkt hatte (§. 14 Grundb.-G.), wurde ihm der Letztere 147 fl. aus einem Wechsel schuldig und verfiel darauf in den Conkurs, welcher bei dem k. k. O. B. Prag eröffnet wurde. Nun belangte A vor diesem Gerichte den Concurssmassenverwalter und begehrte die Ertheilung des Auftrages zur Zahlung der Wechselforderung von 147 fl. bei sonstiger Execution in das ihm verpfändete Haus des Creditors. — Die Klage wurde von dem angerufenen Gericht wegen Incompetenz a limine zurückgewiesen, weil mit derselben die Durchführung des an dem Hause X erworbenen Pfandrechtes und die Befriedigung aus dieser vor Eröffnung des Concurses erlangten Hypothek angestrebt wird (§. 138 C. O.), mithin die Klage keine Wechselflage ist und nicht vor das Handelsforum gehört und ein Anspruch nur mittelst der Hypothekarklage bei der Real-

instanz geltend zu machen ist. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Verordnung.

In Erwägung, daß nach dem Inhalt der Klage es sich um Hereinbringung einer pfandrechlich sichergestellten Forderung handelt, deren Befriedigung nur aus der Hypothek verlangt wird, solche Klagen aber nach §. 138 C. D. bei dem nach §. 56 Z. N. zuständigen Gerichte anzubringen sind, zumal das Handelsgericht über den Bestand von Hypothekarrechten abzusprechen nicht competent ist, — hat der oberste Gerichtshof den a. o. Revisionsrecurs des A gegen die untergerichtliche Abweisung seiner Klage verworfen.

Nr. 7945.

Bauaufforderungsklage: Unstatthaftigkeit der alternativen Verbescheidung derselben zur Beantwortung der Verühmung oder zur Einbringung der Klage.

Entsch. v. 14. April 1880, Nr. 4184 (Best. des das Decr. des D. L. G. Aufsig v. 19. Dec. 1879, Nr. 18534, abänd. Decr. des D. L. G. Prag vom 16. Februar 1880, Nr. 5314). Jur. Bl. 1880, Nr. 22.

Die Klage, mit welcher A den B zur Ausführung seiner Rechte gegen den von A beabsichtigten Bau aufforderte, wurde in erster Instanz dem B mit dem Auftrage zugestellt, binnen 30 Tagen die ihm angeschuldete Verühmung gegen den von A vorzunehmenden Bau zu beantworten oder seine Klage einzubringen, widrigens er zu gewärtigen hätte, daß ihm das ewige Stillschweigen anferlegt, dem Aufforderer aber gestattet würde, den Bau nach dem eingelegten Risse vorzunehmen. — Auf den Recurs des A eliminirte das D. L. G. aus dem erstgerichtlichen Bescheid die Worte „die ihm angeschuldete Verühmung gegen den von A vorzunehmenden Bau zu beantworten oder“. Gründe: Nach dem §. 72 a. G. D., welcher das Verfahren für die Aufforderung bei einem vorzunehmenden Baue normirt, ist ein Auftrag zur Beantwortung der Verühmung im Sinne des §. 68 a. G. D. nicht zu ertheilen, wenn (wie im vorliegenden Falle) die Aufforderungsklage mit den erforderlichen Behelfen instruirt ist, weil in diesem Falle die Verühmung durch das mit der Klage als Behelf vorgelegte Ergebnis der Baucommission bereits constatirt ist. Die Einrede der Unstatthaftigkeit der Aufforderung ist in dem Aufforderungsproceß wegen eines vorzunehmenden Baues in dem Falle unzulässig, wenn der Aufforderer den Bau auf einem Grunde aufzuführen Willens ist, in dessen Besitz sich der Aufgeforderte befindet. Allein eben deshalb geht es nicht an, dem Letzteren die Beantwortung der Aufforderungsklage mittelst Einrede im Allgemeinen zu gestatten; viel-

mehr ist die Erledigung der Klage auf den im §. 72 a. O. D. bezeichneten Auftrag zu beschränken und erst, wenn der Aufgeforderte innerhalb der bestimmten Frist statt der provocirten Klage eine Einrede vorbringt, in die Prüfung oder Entscheidung über die Zulässigkeit derselben einzugehen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die von dem B angefochtene Verordnung des D. L. G., weil dieselbe den Bestimmungen des §. 72 a. O. D., des Hofdecr. vom 5. März 1787, J. G. G. Nr. 641, und des Hofkanzleidecr. vom 25. März 1841, Nr. 8303, entspricht, zumal die Aufforderungsklage nur die Verühmung, welche bei der Baucommission stattfand, zum Gegenstande hat.

Nr. 7946.

„Gehörige Kündigung“ eines intabulirten Miethvertrages durch den Ersteher des zwangsweise veräußerten Hauses.

Entsch. v. 14. April 1880, Nr. 4220 (Best. des Urth. des B. G. Karlsbad v. 23. Februar 1880, Nr. 3771, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag vom 8. März 1880, Nr. 7743). G. S. 1881, S. 506.

B hatte im Hause des C, welches am 22. December 1879 im Exentionswege veräußert wurde, ein Cassengewölbe auf zwei Jahre, bis 15. September 1880, gemiethet und war sein Bestandrecht auf dem Hause intabulirt. Am 16. Jänner 1880 kündigte der Ersteher A dem B die Miethе auf 14 Tage. B bestritt die Gültigkeit der Kündigung. — Beide Untergerichte kamen darin überein, daß bei intabulirtem Miethrecht dem Miether auch im Falle des Zwangsverkaufes der Miethsache gehörig, d. i. zur rechten Zeit, gekündigt werden müsse (§§. 1120 und 1121 a. b. G. B.) Da aber die Miethе des B auf zwei Jahre geschlossen wurde und nach §. 2 der kaiserl. Verordnung vom 16. November 1858, R. G. Bl. Nr. 213 (über das Verfahren in Bestandstreitigkeiten), Miethen, deren vertragsmäßige Dauer Ein Jahr erreicht, auf drei Monate zu kündigen sind, erklärte das Gericht erster Instanz die 14tägige Kündigung des A für unwirksam, wogegen das D. L. G. die Miethе des B als eine Miethе mit unbestimmter Vertragszeit behandelte, weil der Ersteher A sich um die Vertragsbestimmungen nicht zu kümmern habe, und mit Anwendung des §. 1116 a. b. G. B. (14tägige Kündigung von Miethen unbeweglicher Sachen bei nicht bestimmter Dauer des Bestandvertrages) die Aufkündigung des A als rechtswirksam erkannte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstrichterliche Entscheidung. Gründe: Als eine gehörige Kündigung, namentlich im vorliegenden Falle, wo eine Kündigungsfrist nicht bestimmt worden ist,

kann nur jene angesehen werden, welche der in §. 2 der kaiserl. Verordnung vom 16. November 1858, R. G. Bl. Nr. 213, enthaltenen Vorschrift entspricht. Nach dieser gesetzlichen Anordnung müssen aber Miethen in Ermangelung eines besonderen Uebereinkommens oder localer Satzungen über die Kündigungsfrist, wenigstens drei Monate, und Miethen, deren vertragsmäßige Dauer ein Jahr nicht erreicht, 14 Tage früher aufgekündigt werden, als die Besandsache übergeben werden soll. Da nun im vorliegenden Falle die Dauer der Miethen auf zwei Jahre bestimmt wurde, so kann nur eine dreimonatliche Kündigung als eine gehörige angesehen werden.

Nr. 7947.

Unanwendbarkeit der Vorschriften für bei Mercantilbehörden anhängige Streitsachen auf beim Bezirksgericht angebrachte Klagen in Handelsachen.

Entsch. v. 20. April 1880, Nr. 4518 (Best. des das Decr. des R. G. Postelberg v. 18. Februar 1880, Nr. 896, aufheb. Decr. des D. L. G. Prag v. 1. März 1880, Nr. 7255). G. G. 1880, S. 259.

A belangte die in Postelberg wohnhafte B wegen Zahlung einer Handelschuld bei dem R. G. in Postelberg, wo kein Gerichtshof erster Instanz residirt (§. 59 Z. N.). Gegen das der B am 8. Februar 1880 zugestellte Proceßurtheil überreichte sie am 17. desselben Monats die Appellationsanmeldung und -Beschwerde, welche das R. G. wegen Ueberschreitung der im §. 9 des Patentgesetzes vom 9. April 1782, Z. G. G. Nr. 41 (Verfahren in Handelsstreitigkeiten), normirten acht täglichen Frist als verspätet zurückwies. — Von dem D. L. G. wurde dem R. G. verordnet, die Rechtsmittelschrift der B anzunehmen und mit Abstandnahme von dem geltend gemachten Zurückweisungsgrunde nach dem Gesetze zu erledigen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verurtheilung, weil der Kläger von der ihm in dem §. 59 Z. N. eingeräumten Wahl Gebrauch machend, die Klage nicht bei dem Handelsgerichte, sondern bei dem zuständigen gewöhnlichen Gerichte anbracht hat, folglich die in dem Patentgesetz v. 9. April 1782, Z. G. G. Nr. 41, nur für die bei Mercantilbehörden, d. i. bei Handelsgerichten anhängigen Streitsachen gegebenen Ausnahmsbestimmungen hier nicht anzuwenden sind.

Nr. 7948.

Verletzung durch ein auf dem Transport befindliches
ärarisches Gestütspferd: Reizung oder Vernachlässigung
der Verwahrung desselben?

Entsch. v. 21. April 1880, Nr. 2147 (Best. des das Urth. des L. G. Linz
v. 13. Oct. 1879, Nr. 9450, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 7. Jänner
1880, Nr. 21048). Jur. Bl. 1881, Nr. 51.

Am 7. März 1877 wurde auf dem Platz in Böcklabrud, als
ein Transport ärarischer Gestütspferde in Begleitung der Beschäl-
mannschaft den Ort passirte, eines der Pferde des A, die einem mit
Sand beladenen Wagen vorgespannt waren, von dem Gestütshengst
Ephorus durch einen Schlag auf den rechten Vorderfuß derart ver-
letzt, daß es getödtet werden mußte. In Folge dessen belangte A
unter Vertretungsleistung seines Kofknechtes C, welcher den Wagen
geführt hatte, das Ackerbauministerium (unter Vertretung der Finanz-
procuratur) um den Ersatz des erlittenen Schadens. Nach Aufnahme
der von beiden Theilen angebotenen Zeugenbeweise erkannte das Gericht
erster Instanz auf den Schätzungsseid des Klägers über den Geld-
betrag des Schadens und verurtheilte das Ackerbauministerium zur
Zahlung der Hälfte der von dem Kläger beschworenen Summe, aus
den nachstehenden Gründen: Daß sich der von A gegen die Finanz-
procuratur noc. des Ackerbauministeriums erhobene Anspruch zur Ent-
scheidung im Rechtswege eigne, und daß die Klage mit Recht gegen
das Ackerbauministerium gerichtet worden sei, ergibt sich aus dem
Hofkanzleidecrete vom 28. Juli 1843, J. G. G. Nr. 726, wonach
die durch Remonten beschädigte Partei ihren Entschädigungsanspruch
auch im Rechtswege geltend machen kann und aus der Kundmachung
des Ackerbauministeriums vom 24. Jänner 1869, R. G. Bl. Nr. 15,
laut welcher die Verwaltung der Staatsgestüte und Hengstendepôts
mit 1. Jänner 1869 an das Ackerbauministerium übergegangen ist.
Es hat sich auch das Ackerbauministerium, laut der Replikbeilagen 1
und 6, vor dem Beginne des Rechtsstreites mit dem Kläger in Unter-
handlungen über den Gegenstand des Processes eingelassen. Das
Hofdecr. vom 14. März 1806, J. G. G. Nr. 758, findet daher
auf den vorliegenden Rechtsstreit nicht Anwendung, wie denn auch die
Finanzprocuratur den Klagebescheid gar nicht angefochten hat. In merito
handelt es sich um die Frage, ob der Gestütsmannschaft, welche die
ärarischen Hengste zu transportiren hatte, ein Verschulden nach §. 1320
a. b. G. B. zur Last liegt, und ob nicht auch dem Knechte C nach
§. 1304 a. b. G. B. ein Verschulden an dem eingetretenen Schaden
zur Last fällt. Was die Beschälmannschaft betrifft, so kann darin, daß
der Abtheilungscommandant Lieutenant Brazda, zur Zeit des Un-
falles abwesend war, ein Verschulden, wie der Kläger vermeint, nicht
gefunden werden, weil sowohl von Brazda, als auch von allen

vernommenen Gestütsoldaten bezeugt wird, daß seine Entfernung durch die Obsorge für die neun weggeführten Pferde veranlaßt worden ist und daß er auch nicht länger von der zurückgebliebenen Mannschaft abwesend war, als die Obsorge erforderte. Obschon von diesen Zeugen Korschalka behauptet, daß die zurückgebliebenen zwölf Pferde vorschriftsmäßig beaufsichtigt wurden; Mauser, daß die Pferde zur kritischen Zeit noch unverändert gestanden seien, wie sie beim Commando des Lieutenants „Halt!“ stehen geblieben waren; Rayer, daß die Hengste vorschriftsmäßig bei den Zügeln kurz gehalten und gut beaufsichtigt wurden; Rozum, daß damals Pferd an Pferd und Mann an Mann gestanden seien, und daß Korschalka und Rayer die Pferde überwacht haben; endlich Meznil, daß die Mannschaft in Marschcolonnen längs der Straße gestanden sei; so muß doch in Erwägung, daß Korschalka und Rayer damals mit der Aufsicht über die Mannschaft und Pferde betraut waren, und daher bei der Beantwortung der Frage, ob sie dieser ihrer Pflicht nachgekommen seien, nicht für ganz unbefangene anzusehen sind; daß sie, da sie auch selbst Pferde zu überwachen hatten, die Aufsicht über die andere Mannschaft und die anderen Pferde nur in geringerem Maße ausüben konnten; daß auch den übrigen Zeugen die Pflicht oblag, ihre Pferde zu beaufsichtigen, daher eine unbefangene Aussage darüber, ob sie dieser ihrer Pflicht nachgekommen seien, unter allen Umständen nicht zu erwarten ist; daß nicht nur die in dieser Beziehung unbefangenen Zeugen des Klägers: Forstinger, Baumann und Sögner vorbrachten, daß zur Zeit des Unfalles die Aufsicht mangelhaft war und daß die Beschälhengste rudelweise beisammenstanden (Forstinger); daß die Pferde nicht in geordneter Reihe, sondern haufenweise auf dem Platze standen (Baumann); daß die Hengste nicht in Reich und Glied, sondern durcheinander auf dem Platze standen (Sögner); daß auch der Gestütsoldat Wibiral bezeugt, daß die Pferde bei der Entfernung des Lieutenants Brazda in unregelmäßigen Kreisen und nicht, wie sie hätten stehen sollen, je zwei Mann hintereinanderstanden; der Gestütsoldat Smerda, daß die Pferde wohl Anfangs in Ordnung standen, daß aber, als ein Theil einquartiert wurde, die Reihen in Unordnung kamen, daß einzelne Soldaten rechts und links in die an der Straße liegenden Häuser gegangen sind, — nach den §§. 137 und 144 a. G. D. als bewiesen angenommen werden, daß zur Zeit der Beschädigung des Pferdes des A die ärarischen Hengste nicht gehörig beaufsichtigt wurden, und daß dieselben auch nicht in Reihen von je zwei Pferden längs der Straße in Büldabrud aufgestellt waren, wie denn auch der mit der Aufsicht über den „Ephorus“ betraute Wibiral bekennt, daß ihm dieses Pferd beim Aufbäumen den Zügel aus der Hand gerissen, und daß er denselben nur noch beim Ende erwischt habe. Immerhin waren aber die Hengste nicht ohne jede Aufsicht und auch das beschädigte Pferd des Klägers nicht sich selbst überlassen, sondern unter der Aufsicht seines Knechtes C.

ß nun die Beschädigung des Pferdes des Klägers zum Theile dem C zur Last fällt, ergibt sich zweifellos aus den folgenden Aussagen. Wenn auch die von Forstinger, Baumann und Sögner ergriffene Aufforderung des C an die Geflütsoldaten, ihm platzzugeben, als bewiesen angenommen wird, obschon Rozum behauptet, C nicht gerufen habe, und Korschalka, Wibiral, Kayer und Smerda behaupten, von dieser Aufforderung nichts gehört zu haben, erscheint C deshalb nicht frei von allem Verschulden, weil er dem nicht stillgehalten hat, sondern weitergefahren ist, und es dieses Verschulden um so klarer, als nicht bloß Wibiral bezeugt, er dem C zurief, zu halten, sondern auch Mauser, Kayer und Smerda die Angabe des Wibiral bestätigen, und Mauser und Meznitz bezeugen, daß sie selbst dem C zugerufen haben, zu halten, und Smerda bezeugt, daß Wibiral und andere Geflütsoldaten dem C zugerufen haben, zu halten. Wenn auch Forstinger und Baumann bezeugen, daß sie nichts davon gehört haben, und Sögner behauptet, zur Zeit des Unfalles der Wagen, welchen die Pferde des Klägers zogen, stillstehen mußte, weil er wegen der Hengste nicht weiter konnte, so darf doch als bewiesen angenommen werden, daß C trotz Aufforderung von Geflütsoldaten, zu halten, nicht gehalten habe, sondern fortgefahren sei, bis er nicht mehr weiter konnte. Die Aussagen des Klägers, Forstinger, Baumann und Sögner, behaupten, nicht einmal gesehen zu haben, daß C eine Peitsche gegen das Pferd schlug. Für das Gegentheil aber sprechen die Aussagen des Korschalka, der geschworen hat, des Wibiral, der bezeugt, daß C schlug, als der Hengst „Ephorus“ schon unruhig war, des Kayer, Smerda, Rozum und Meznitz, die Alle bestimmt behaupten, daß C als, als er sich den ärarischen Hengsten näherte, geschlagen habe. Die Mehrzahl dieser Zeugen und da es sich hierbei nicht um eine Aufklärung der Geflütsmannschaft handelt, ist als bewiesen anzunehmen, daß C unmittelbar vor der Beschädigung des Pferdes des Klägers mit einer Peitsche geschlagen und daß er dadurch den Hengst gereizt habe. Wenn auch bei dem Widerspruch der Aussagen des Forstinger, Baumann und Sögner einerseits, und des Wibiral, Mauser, Kayer, Smerda, Rozum und Meznitz andererseits über, ob die Beschädigung des Pferdes wahrscheinlich nicht erfolgt wäre, wenn C auf der anderen Seite, als auf derjenigen, auf der er gefahren ist, an den ärarischen Pferden vorbeigefahren wäre, darin, daß C an der Seite des D'schen Gasthauses an den ärarischen Pferden vorbeigefahren ist, ein Verschulden desselben nicht abzuweisen werden kann, so muß doch durch die Aussage des Lieutenants Brazda und aller vernommenen Geflütsoldaten als bewiesen angenommen werden, daß sich bis zur Zeit der Beschädigung des Pferdes der Kläger als gutmüthig bewährt habe, daß daher auch dieser Umstand für die als erwiesen anzunehmende Behauptung spricht, daß das

letzte Pferd damals gereizt worden sei. Ebenso ist durch die Aussagen des Brazda und der Gestütsoldaten als bewiesen anzunehmen, daß C nur kurze Zeit zu warten brauchte, bis die noch aufgestellten Gestütspferde abgeführt worden wären. Da somit einerseits die ärarischen Hengste damals, als der Ephorus das Pferd des Klägers geschlagen hat, nicht gehörig beaufsichtigt gewesen waren, und auch die, wenn schon gerechtfertigte Abwesenheit des Brazda von der Gestütsmannschaft zu dieser Zeit nach §. 1311 a. b. G. B. den Anspruch des Klägers unterstützt, andererseits C von Gestütsoldaten aufgefordert worden ist, zu halten, und nicht gehalten hat, wenngleich er die Gestütsoldaten aufgefordert hat, ihm Platz zu machen, und daß er mit einer Peitsche geschналzt und dadurch die ärarischen Pferde gereizt hat, so erschien dem Gerichte bei der Beurtheilung der Frage, wer den durch die Beschädigung des Pferdes des Klägers verursachten Schaden zu tragen habe, die Anwendung des §. 1304 a. b. G. B. gerechtfertigt und wurde daher die Tragung des mit dem Schätzungsseid zu beschwörenden Schadens beiden Parteien zu gleichen Theilen aufgelegt. — Von dem D. L. G. wurde die Klage vollständig abgewiesen, mit nachstehender Begründung: Die Einwendung der Finanzprocuratur, daß die Person des Beklagten verfehlt sei, da nicht das Ackerbauministerium als Behörde, sondern der Fiskus zu belangen war, ist unbegründet; denn die Gestüte unterstehen dem Ackerbauministerium, und wenn auch nicht der Fiskus als solcher beklagt ist, erscheint er dennoch als beklagte Partei, sofern alle Auslagen der verschiedenen Verwaltungszweige nach dem in dem Finanzgesetze jedes Jahres aufgestellten Budget durch das Finanzärar ihre Bedeckung finden. Uebrigens ist der Klagebescheid, ohne daß dagegen eine Beschwerde ergriffen worden wäre, in Rechtskraft erwachsen und in der Gegenschlußrede wird ausdrücklich hervorgehoben, daß das beklagte Ackerbauministerium zur Stellung der Weisartikel berechtigt sei. Was die Hauptsache betrifft, so handelt es sich nur darum, ob an dem Unfall vom 7. März 1877 und dem daraus entstandenen Schaden die auf dem Platz in Böcklabruck mit Gestütshengsten aufgestellte Mannschaft oder der Knecht C des Klägers die Schuld trägt, ob daher den Fiskus eine Ersatzpflicht trifft oder ob der Schade vom Kläger zu tragen ist. Vor Allem muß bemerkt werden, daß von dem Zeugen der Finanzprocuratur weder Lieutenant Brazda, noch die Soldaten Mauser, Mayer, Smerda, Rozum, Meznil und Korschalka irgendwie als relativ verwerfliche oder auch nur als bedenkliche Zeugen angesehen werden können, da der Verwerflichkeitsgrund des §. 141 lit. d) a. G. D. vom Kläger nicht einmal wahrscheinlich gemacht wurde. Bibiral allein, welcher an jenem Tage den Hengst Ephorus führte und den allein eine Ersatzpflicht treffen könnte, ist nach dem obigen Paragraphen als ein relativ verwerflicher Zeuge anzusehen, dessen Aussage aber nach §. 141 zur Ergänzung des Beweises dienen

lann. Wenn nun auch die Angaben der Gefütsmannschaft sowie jene der Zeugen des Klägers in nicht relevanten Umständen nicht vollkommen übereinstimmen, so muß doch hervorgehoben werden, daß alle Zeugen vom Militärstande, die erst lange nach dem Ereignisse und an den verschiedensten Orten vernommen wurden, und von denen Bibiral jetzt Sattlergehilfe, Mauser Gendarm, Rayer Schuhmacher ist, in der Hauptsache in Betreff der Verletzung des Pferdes und deren Veranlassung vollkommen übereinstimmend aussagen; daß ihre Angaben, soweit sie übereinstimmen, als vollkommen unbedenklich angesehen werden müssen. Was nun die Aufstellung der Gefütsmannschaft mit ihren Hengsten betrifft, so ist es für die Beurtheilung der Sache selbst und des Verschuldens an der Verletzung des Zugpferdes des Klägers vollkommen gleichgiltig, ob die Aufstellung der Hengste beim Herannahen des Sandwagens des Klägers reglementmäßig war oder nicht, ob Jemand und wer commandirte. Thatsache und zugegeben ist, daß die Mannschaft eben im Abrücken in die Quartiere begriffen, ein Theil schon abgerückt war, daß der Platz, insbesondere auf der rechten Seite, vor dem Gasthause des D, derart von den Beschälhengsten und der Mannschaft occupirt war, daß kein hinreichender Raum, wenigstens auf dieser rechten Seite, zum Vorüberfahren blieb. Erwiesen ist durch die Aussagen der Zeugen Rayer, Rozum, Meznil, Bibiral und Smerda, daß der Knecht C auf eine Entfernung von circa 20 Schritten von Bibiral oder von anderen Soldaten angerufen wurde, stehen zu bleiben, daß er dies nicht that, sondern in dem engen Raume weiterfuhr und im Momente wo er sich mit dem Wagen dem Ephorus näherte, mit der Peitsche schmalzte, wodurch dieser Hengst gereizt wurde, sich bäumte, ein oder zwei Schritte zurückwich und ausschlug, so daß er das eine Pferd des Lastwagens traf und ihm einen Vorderfuß zerschmetterte. Bibiral, Rozum und Smerda bemerkten, daß die Hengste überhaupt unruhig waren. Wenn die Zeugen des Klägers ein Schmalzen nicht gehört haben oder nichts davon wissen, so ist dies kein Beweis dafür, daß C nicht geschmalzt hat oder keine Peitsche hatte. Es war nach der Angabe mehrerer Zeugen damals überhaupt auf dem Platze Unruhe und Lärm; ein Zeuge bestätigt auch, daß auf der rechten Seite kein Platz für das anstandslose Durchfahren eines Lastwagens war. Die Zeugen des Klägers behaupten, daß der Knecht C der Gefütsmannschaft zugerufen habe, weiter vorwärts zu reiten; nach den Aussagen der Mannschaft wurde ihm zugerufen, zu halten. Mag nun das eine oder das andere oder beides wahr sein, in keinem Fall war das Verhalten des C gerechtfertigt, der nicht auf das Vorwärtsreiten wartete, noch auf den Zuruf von ihnen stillstand, sondern ohne zwingende Ursache in den schmalen Raum fuhr und im kritischen Momente, als seine Kasse neben den Gefütsperden waren, noch mit der Peitsche schmalzte. Der Kläger hat keinen Grund angeführt, warum sein

Knecht nicht wartete und sich nicht erkundigte, ob die Mannschaft bald abrücken werde. Dafür, daß dies nicht geschah, kann die Phrase der Replik „Zeit ist Geld“ keine Rechtfertigung bilden, wenn es sich um eine Sandsuhr oder einen dieselbe begleitenden Knecht und um einen Aufenthalt von wenigen Minuten handelte. Es muß vielmehr das ganze Verschulden der Verletzung des Pferdes seines Dienstherrn dem Knechte um so mehr imputirt werden, als ein Fuhrknecht, der sich stets mit Pferden beschäftigt, die Natur dieser Thiere und besonders der Hengste kennen mußte, die Pferde seines Herrn keiner Gefahr aussetzen durfte und er keinen Grund hatte, nicht zu warten während die Mannschaft der Ordre zum Einrücken in's Quartier gewärtig war und mit den mehr oder minder unruhigen Beschälhengsten vollauf zu thun hatte. Jedenfalls übernahm der Knecht ein Risiko, für dessen Ausgang nicht andere, sondern nur er einzustehen hat. Es kann demnach von einem Verschulden seitens der Gestütsmannschaft, von einem Mangel der gehörigen Aufmerksamkeit derselben (§. 1294 a. b. G. B.) keine Rede sein, wohl aber trifft den Knecht C die Schuld (§. 1297 a. b. G. B.), da es seine Sache war, nicht so nahe an den Hengsten vorüberzufahren, sondern zu halten und mindestens nicht in deren Nähe mit der Peitsche zu schwalzen (§. 1321 a. b. G. B.). Es kann daher auch von einer Theilung des Schadens nach §. 1304 a. b. G. B. keine Rede sein und war das Klagebegehren gänzlich abzuweisen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil des D. L. G. aus dessen der Sachlage und dem Gesetze entsprechenden Gründen.

Nr. 7949.

Kosten der Veröffentlichung eines auf dem Recurswege aufgehobenen Concurseröffnungsdictes.

Entsch. v. 21. April 1880, Nr. 4491 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. G. Larnow v. 3. April 1879, Nr. 4354 und des D. L. G. Arslan v. 12. Nov. 1879, Nr. 11983). G. S. 1880, S. 266.

Nachdem der auf Antrag der Firma A über das Vermögen der B eröffnete Conkurs in zweiter und dritter Instanz wieder aufgehoben worden war, ertheilte das Gericht erster Instanz der Firma A den Auftrag zur Zahlung der von der Wiener Zeitung berechneten Gebühren der Einschaltung des Concursedictes. Dagegen recurrirte die Firma, weil nach dem Justizministerialerlasse vom 22. Juni 1869, Z. 7614, die Kosten für die Einschaltung des Concursedictes zu den Massalosen gehören und aus der Masse zu bezahlen, in jenen Fällen aber, in denen die Gebühr aus der Concursmasse nicht hereingebracht

werden kann, abzuschreiben seien. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Verordnung.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Recurs der Firma A. Gründe: Da der erstgerichtliche Beschluß der Concurseröffnung nicht rechtskräftig geworden ist, hat eine Concurssmasse niemals existirt, und kann daher von einer Anwendung des citirten Justizministerial-Erlasses (Abschreibung der Edictsinsertionsgebühren, wenn die Concurssmasse zur Berichtigung der Massekosten nicht ausreicht) per analogiam keine Rede sein, weil diese Verordnung immer das Vorhandensein einer Concurssmasse voraussetzt, aus welcher die ausdrücklich als Masseschulden bezeichneten Zeitungs-Insertionsgebühren nicht hereingekracht werden können, wornach erst die Abschreibung derselben auf Grund des Contractsverhältnisses mit der Zeitungsredaction verlangt werden kann.

Nr. 7950.

Zusammenfassung von mehreren Affecuranzverträgen über verschiedene Objecte in Einer Affecuranzpolizze: Rechtliche Folgen.

Entsch. v. 22. April 1880, Nr. 3244 (Best. des das Urth. des R. G. Reichenberg v. 23. Dec. 1879, Nr. 10616, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 27. Jänner 1880, Nr. 2193). Jur. Bl. 1880, Nr. 25.

A hat bei der Affecuranzanstalt B das Dachwerk und zwei Kammern seines Hauses, Stall, Scheuer und Schoppen für 500 fl., Kleidungsstücke, Wäsche und Betten in seinem Wohnzimmer und auf dem Dachboden für 200 fl., Getreide auf dem Dachboden für 200 fl. und Hausgeräthschaften auf dem Dachboden für 150 fl., alles zusammen für 1050 fl. versichert. Im Mai 1878 brach in dem Hause ein Feuer aus und zerstörte dasselbe. Gegen A wurde wegen Brandlegung die Untersuchung eingeleitet und wegen Mangels eines Thatbestandes wieder eingestellt. Dagegen wurde er mit strafgerichtlichem Urtheil des Verbrechens des an der Affecuranzanstalt versuchten Betruges für schuldig erklärt, weil er von den versicherten Mobilien theils gerettete und von ihm verschleppte, theils gar nicht vorhanden gewesene Gegenstände fälschlich als verbrannt angegeben hatte. Der Brandschaden an dem Dachwerk belief sich nach der von den Organen der Affecuranzgesellschaft veranstalteten Erhebung auf 254 fl., welchen Betrag A gegen die Letztere einlagte. Die Affecuranzgesellschaft bestritt das Forderungsrecht des Klägers mit Berufung auf den §. 26 des Versicherungsvertrages, nach welchem sie berechtigt ist, „jede Entschädigung zur Gänze“ zu verweigern, wenn der Beschädigte in Rück-

sicht auf den versicherten Gegenstand des Betruges schuldig befunden wurde, wenn er gerettete Gegenstände verbarg und dafür eine Entschädigung in Anspruch nahm oder wenn er vorsätzlich seinen Schaden zu hoch berechnete und mehr als verloren angab, als zur Zeit des Unfalls vorhanden war. Der Kläger machte dagegen geltend, daß die Versicherungspolizze nicht Einen, sondern vier Asscuranzverträge über vier unterschiedene Objecte mit verschiedenen Versicherungssummen und Prämienansätzen enthalte; daß ihm bezüglich dreier Objecte allerdings ein Verschulden zur Last falle, wodurch er des Ersatzanspruches verlustig geworden sei; daß aber, nachdem die gegen ihn wegen Brandlegung eingeleitete strafgerichtliche Untersuchung eingestellt worden, ein sträfliches Verschulden und eine böse Absicht in Bezug auf den Brand des versicherten vierten Objectes, nämlich des Dachstuhles, auf seiner Seite gänzlich ausgeschlossen sei. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf Abweisung der Klage, indem es die obige (§. 26) Bestimmung des Versicherungsvertrages in dem von der Beklagten behaupteten Sinne auslegte.

In Uebereinstimmung mit dem D. R. G. erkannte der oberste Gerichtshof nach dem Klagebegehren. Gründe: Dadurch, daß die affecurirten Objecte in eine einzige Polizze einbezogen und die Summe der Versicherungs- und Prämienbeträge gezogen wurde, sind die versicherten Gegenstände nicht zu einem einzigen Versicherungsgegenstand, die separat versicherten beweglichen Sachen nicht in einen untrennbaren Zusammenhang mit dem eigens versicherten Dachstuhl gebracht worden, um so weniger, als in den §§. 10, 11, 14, 15, 18 und 23 des Versicherungsvertrages für die beweglichen und unbeweglichen Versicherungsobjecte verschiedene Versicherungsbedingungen festgesetzt worden sind. Nach §. 26 lit. e ibid. ist die bellagte Versicherungsanstalt allerdings berechtigt, „jede Entschädigung zur Gänze“ zu verweigern und den Beschädigten mit seinen Ansprüchen abzuweisen, wenn derselbe in Rücksicht des versicherten Gegenstandes der Brandstiftung oder des Betruges schuldig befunden wird; allein die daraus abgeleitete Einwendung der Beklagten, daß der nur des Verbrechens des Betruges schuldig erkannte Kläger auch des Entschädigungsanspruches für den abgebrannten Dachstuhl verlustig geworden sei, ist unhaltbar. Denn es handelt sich hier, wie gezeigt, nicht um Einen, sondern um mehrere Versicherungsgegenstände, bezüglich deren §. 26 selbst unterscheidet, indem die lit. d dieses Paragraphs von dem Schaden spricht, welcher aus einem von dem Versicherten gelegten oder durch Nachlässigkeit verschuldeten Brand entstanden ist; dann die Absätze lit. f und lit. h die Entschädigung dem Versicherten in den Fällen versagen, wenn derselbe gerettete Gegenstände verborgen hat (lit. f), und wenn er vorsätzlich seinen Schaden zu hoch berechnet oder mehr verloren zu haben angibt, als zur Zeit des Unfalls vorhanden war (lit. h). Nur auf die letzteren Fälle (f und h) ist die wegen Verbrechens des Betruges er-

folgte Verurtheilung des Klägers zu beziehen, welcher aber für angeblich zu Grunde gegangene (bewegliche) Versicherungsobjecte eine Entschädigung nicht begehrt, sondern nur den Ersatz für den abgebrannten Dachstuhl eingeklagt hat, der ihm gebührt, weil wegen Brandes des Daches ein sträfliches Verschulden oder eine böse Absicht des Klägers durch Einstellung der betreffenden Vorerhebungen ausgeschlossen (§. 1311 a. b. G. B.) und, da auch sonst gegen Niemanden ein Verschulden constatirt wurde, ein zufälliger Brand anzunehmen ist, durch welchen der versicherte Dachstuhl vernichtet wurde, wofür dem an dem Brande nicht schuldtragenden versicherten Kläger nach den Versicherungsbedingungen der Versicherungsbetrag gebührt.

Nr. 7951.

Voraussetzung der Anwendbarkeit des Gesetzes v. 19. Juli 1877 (für Galizien) wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften: Nachweis der Herbeiführung oder Beförderung des wirthschaftlichen Ruines des Darlehensempfängers.

Entsch. v. 27. April 1880, Nr. 4488 (Best. des Decr. des B. G. Krzeszowice v. 16. August 1879, Nr. 5136, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 8. Jänner 1880, Nr. 18170). G. S. 1880, S. 301.

In dem Schuldschein vom 26. Februar 1875 bekannten sich die Eheleute B als Darlehensschuldner des A und verpflichteten sich zu 16percentiger Verzinsung des dargeliehenen Capitals von 1200 fl. Nach eingetretener Fälligkeit der Forderung führte A gegen die Schuldner die Realexecution und erwirkte in erster Instanz die Bewilligung der Feilbietung der in Execution gezogenen Liegenschaft für das Capital und den Ausstand der 16 % Zinsen. — Auf den Recurs der Executen wurden von dem D. L. G. mit Anwendung des §. 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend die Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften), die Zinsen von 16% auf 6% herabgesetzt.

Der oberste Gerichtshof resituirte in Betreff des Zinssfußes den erstrichterlichen Bescheid. G r ü n d e: Für die Beurtheilung der Frage, ob die bedungenen Zinsen das wirthschaftliche Verderben des Schuldners herbeiführen oder befördern müssen (§. 1 des citirten Gesetzes), hat als entscheidendes Moment der Zeitpunkt der Aufnahme des Darlehens zu gelten. Es müßte daher in dem gegebenen Falle aus den Umständen hervorgehen, daß die Schuldner am 26. Februar 1875, als dem Tage des Abschlusses des Darlehensvertrages, sich in der vom Gesetze vorausgesetzten Lage befunden haben. Hierfür liefert aber der vom D. L. G. geltend gemachte Umstand, daß die Executen Landleute sind, keinen genügenden Anhaltspunkt.

Nr. 7952.

Unzulässigkeit der Parteienvertretung durch Nicht-Advocaten
im mündlichen Verfahren.

Entsch. v. 27. April 1880, Nr. 4596 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Przemyśl v. 30. Sept. 1879, Nr. 6545 und des O. L. G. Krakau v. 31. Jänner 1880, Nr. 20481). O. G. 1880, S. 280.

In dem mündlichen Proceß des A gegen B überreichte C, Bevollmächtigter des B, das Gesuch, ihm eröffnen zu wollen, ob er als Parteienvertreter in Rechtsfachen auftreten könne. — Von dem Proceßgericht und — im Recursweg — von dem O. L. G. wurde ihm bedeutet, daß im mündlichen Verfahren die Annahme fertiger Sätze von den Parteien untersagt ist, und daß über die Frage, ob sich die Parteien im Streitverfahren durch Personen, welche Nichtadvocaten sind, vertreten können, das Gericht von Fall zu Fall zu entscheiden hat.

Dagegen ergriff C den a. o. Revisionsrecurs, welcher von den obersten Gerichtshof verworfen wurde. Gründe: Die westgal. O. D enthält in dem Capitel über das mündliche Streitverfahren keine Bestimmung, daß in dem Falle, wenn die Parteien sich nicht selbst unter richterlicher Leitung vertreten wollen, sie befugt seien, andere Personen, welche nicht Advocaten sind, als Bevollmächtigte zu bestellen. Hieraus folgt, daß die Partei, wenn sie selbst sich vor Gericht nicht vertreten will, einen Advocaten zu ihrem Vertreter bestellen muß. Der Recurrent, welcher nicht Advocat ist, hätte daher als bevollmächtigter Vertreter des Beklagten B gar nicht zugelassen werden sollen und hat somit keinen Grund zur Beschwerde.

Nr. 7953.

Executive Einverleibung eines wider den Vormann des
Besizers der Liegenschaft erwirkten Zahlungsauftrages über
eine Vermögensübertragungsgebühr.

Entsch. v. 27. April 1880, Nr. 4850 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Komotau v. 29. Dec. 1879, Nr. 17449 und des O. L. G. Prag v. 27. Jänner 1880, Nr. 2982). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 50.

Für die Uebertragung des Eigenthumes der Liegenschaft X auf den C wurde von der Steuerbehörde die Gebühr von 692 fl. bemessen, der Zahlungsauftrag erlassen und dem C zugestellt, welcher die Liegenschaft grundbücherlich dem B veräußerte. Nun begehrte das Steueramt auf Grund des gegen C rechtskräftig gewordenen Zahlungsauftrages die Einverleibung des executiven Pfandrechtes bei der Liegen-

schaft X für die obige Gebührenforderung. — Der die Intabulation bewilligende Bescheid der ersten Instanz wurde auf den Recurs des B von dem D. L. G. mit der Begründung bestätigt, daß die für die Uebertragung des Eigenthumes der Liegenschaft X auf den C zu entrichtende Gebühr nach §. 72 des Gesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, auf dieser Realität ohne Rücksicht auf den Besitzer derselben haftet, die Rechtskraft des Zahlungsauftrages durch den beigebrachten Ausweis der Zustellung desselben an den zahlungspflichtigen C nachgewiesen ist, somit das Gesuch des Steueramtes um Einverleibung des executiven Pfandrechtes für diese Gebühr auf der genannten Realität der Vorschrift der Ministerialverordnung v. 13. December 1852, R. G. Bl. Nr. 256, entspricht, nach welcher zur Bewilligung des Gesuches nicht nothwendig ist, daß der Zahlungsauftrag auch noch dem späteren und dormaligen Besitzer der Realität zugestellt worden sei.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Recurs des B wegen Mangels der Bedingungen des Hofdecr. vom 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593.

Nr. 7954.

Hemmung der Execution auf das „Besitzrecht“ an einer Liegenschaft wegen behaupteten Fruchtgenußrechtes eines Dritten an derselben.

Entsch. v. 27. April 1880, Nr. 4873 (Best. des Decr. des D. L. G. Glitsch v. 12. Februar 1880, Nr. 272, Abänd. des Decr. des D. L. G. Triest vom 4. März 1880, Nr. 749). G. S. 1880, S. 375.

Nachdem auf Einschreiten des A gegen seinen Schuldner B die Zwangsversteigerung des als eine bewegliche Sache behandelten Besitzrechtes des Letzteren an dem Grundstück X ausgeschrieben worden war, trat die C gegen den A mit einer Klage auf, worin sie um das Erkenntniß bat, daß die Feilbietung nur mit der Beschränkung des ihr gebührenden lebenslänglichen Nutznießungsrechtes an dem Grundstück X statthast sei, und begehrte unter Einem die Sistirung der Feilbietung, welche in erster Instanz verfügt wurde. — Das D. L. G. verwarf das Sistirungsgesuch mit der Begründung, daß, abgesehen von der fraglichen Identität des in Execution gezogenen Grundstückes mit der Liegenschaft, woran der C der lebenslängliche Fruchtgenuß zustehen soll, dieser Anspruch der Klägerin sich als eine einfache Last des Grundstückes X darstellen würde, auf welche bei ihrem wirklichen Bestande nur in den Feilbietungsbedingen und Bedingungen eine Rücksicht genommen werden könnte; daß somit das von der C

geltend gemachte Recht zum lebenslänglichen Fruchtgenusse, seiner Natur nach, durch den Vollzug der Feilbietung von einem unwiederbringlichen Nachtheile nicht bedroht, und zudem von der C eine Caution für den Schaden des Executionsführers (§. 3 des Hofocr. vom 29. Mai 1845, J. G. G. Nr. 889), nicht angeboten worden ist.

In Erwägung, daß nach dem citirten Gesetz die C allerdings die Innehaltung mit der executiven Feilbietung des Besitzrechtes des B insoferne verlangen kann, als durch Nichtberücksichtigung im Edict und den Feilbietungsbedingungen des mit ihrer Klage geltend gemachten lebenslänglichen Fruchtgenusses an dem Grundstück X ihr ein unwiederbringliche Nachtheil erwachsen würde, daß ihr Obliegen in dem anhängig gemachten Rechtsstreite gegenüber dem Ersteher oder dessen Rechtsnachfolger wirkungslos wäre; daß der angeregte Zweifel über die Identität des Grundstückes X mit der Eigenschaft, woran die C das Nutznießungsrecht geltend macht, nicht von solcher Erheblichkeit ist, daß ihr Anspruch nicht als hinlänglich bescheinigt betrachte und die Sistrung nur gegen Caution bewilligt werden könnte, nachdem die executive Pfändung von dem Grundstück X begehrt und bewilligt wurde und es ganz unentscheidend ist, daß in dem Protokoll der hierauf vollzogenen Schätzung die Benennung X unterblieben ist, — hat der oberste Gerichtshof die Sistrungsverordnung des Gerichtes erster Instanz bestätigt.

Nr. 7955.

Superpfändung von Mobilien: Voraussetzungen der Giltigkeit und Zeitpunkt der Vollenbung des Pfändungsactes.]

Entsch. v. 27. April 1880, Nr. 4963 (Best. des Decr. des R. G. Arden vom 31. Oct. 1879, Nr. 27283, Abänd. des Decr. des D. R. G. Arden vom 17. Februar 1880, Nr. 1625). G. S. 1881, S. 314. Jur. Bl. 1881, Nr. 37.

Nachdem am 10. October 1879 die in der Wohnung des E befindliche Fahrniß für seine Gläubigerin C gepfändet worden war bewilligte das Gericht am 14. October die Pfändung dieser Fahrniß auch für den Gläubiger A und der mit dem Vollzug betraute Gerichtsabgeordnete begab sich sofort in das Handelsgeschäftslocal des B verständigte ihn von der Pfändungsbewilligung, vollzog die Pfändung am 15. October durch Anmerkung derselben in dem für die C am 10. October aufgenommenen Pfandbeschreibungprotokoll und überreichte dem Gericht das Superpfändungsprotokoll, welches von demselben angenommen wurde. Da an eben diesem Tage, 15. October über den B der Concurß verhängt wurde, recurrirte der Concurßmassenverwalter gegen die erstgerichtliche Annahme des Pfändungspro

tolles an das D. L. G., welches in Erwägung, daß die Pfändung der beweglichen Sachen nach §§. 451, 452, 455 a. b. G. D. und Hofdecr. vom 19. November 1829, Nr. 6649, durch die Beschreibung derselben vorgenommen wird, der Gerichtsabgeordnete in der Wohnung des Executen nicht einmal gewesen ist, den Bestand der früheren Pfändung nicht constatirt und die Anmerkung der vollzogenen Superpfändung erst am Tage der Concurseröffnung vorgenommen hat, die Zurückweisung des Pfändungsprotokolles verordnete.

Der oberste Gerichtshof bestätigte den erstrichterlichen Bescheid. Gründe: Bei der für den A bewilligten Ausdehnung der Execution konnte es nach der Natur der Sache nicht auf eine nochmalige Beschreibung der Fahrnisse (§. 455 westgal. G. D.) ankommen. Auf das Hofdecr. vom 19. November 1829, Nr. 6649, oder eigentlich auf die in Folge dieses Hofdecretes vom böhmischen Appellationsgerichte erlassene Verordnung vom 29. November 1829, Nr. 14255, welche in keiner officiellen Gesetzesammlung vorkommt, kann man sich in dieser Hinsicht wohl auch nicht berufen. Eine specielle gesetzliche Anordnung über den Vorgang bei derlei Executionsausdehnungen besteht nicht. Es kann daher nur die Frage entstehen, ob der im gegebenen Falle beobachtete Vorgang der Wesenheit der Sache entspreche. Das D. L. G. hat einen Anstand darin gefunden, daß der Gerichtsabgeordnete in der Wohnung des Executen behufs der Vornahme der zweiten Pfändung der daselbst befindlichen Fahrniß gar nicht gewesen ist; daß er nicht constatirt hat, ob die bereits gepfändete Fahrniß noch dort sei; daß er die Anmerkung in dem früheren Protokolle nicht gleich am 14. October 1879, sondern erst am nächsten Tage vollzogen hat, an welchem der Concurß über das Vermögen des Schuldners eröffnet wurde. Es ist aber nicht in Frage gestellt, daß die Fahrniß, welche laut des von demselben Gerichtsabgeordneten einige Tage früher, nämlich am 10. October 1879 aufgenommenen Protokolles für die C gepfändet und geschätzt wurde, am 14. October 1879 noch in der Wohnung des Schuldners war; daß es dem Gerichtsvollzieher, als er am 14. October 1879 in später Stunde die zweite Execution vornehmen sollte, unmöglich war, das Protokoll vom 10. October 1879, welches sich damals bei Gericht befand und noch nicht erledigt war, noch am 14. October 1879 zum Behufe der Amtshandlung zu erheben; daß er erst am nächsten Tage in der Lage sein konnte, dies zu thun und speciell die Anmerkung in dem Protokolle zu bewirken. In Anbetracht, daß der Gerichtsabgeordnete schon am 14. October 1879 dem Schuldner, obwohl nicht in der Wohnung, aber doch in dem Geschäftslocale desselben erklärte, daß die für die C vollzogene Pfändung und Schätzung der in seiner Wohnung befindlichen Fahrniß auch zur Sicherstellung der Forderung eines anderen Gläubigers ausgedehnt werde, und daß er diese Ausdehnung in dem aufgenommenen Executionsprotokolle constatirte, darf

kein entscheidendes Gewicht darauf gelegt werden, daß der Gericht abgeordnete sich zum Vollzug der bloßen Ausdehnung der bereits vorgenommenen Executionsacte nicht in die Wohnung des Schuldner begeben und daselbst eine Constatirung vorgenommen und daß er erst am nächsten Tage die Anmerkung der dem Schuldner gegenüber noch am 14. October 1879 geschehenen Ausdehnung der Execution bewirkt hat.

Nr. 7956.

Unzulässigkeit der Bekämpfung der Erschindirungsklage durch die Einwendung der Simulation der Eigenthumsabtretung.

Entsch. v. 28. April 1880, Nr. 3421 (Best. des das Urth. des O. L. Lublitz v. 20. Dec. 1878, Nr. 8173, abänd. Urth. des O. L. G. Lublitz v. 20. Juli 1879, Nr. 17206). O. L. 1880, S. 402.

B erwirkte gegen seinen Schuldner C die Bewilligung der Pfändung des nicht verbücherten Grundstückes X, welche mittelst gerichtlicher Pfandbeschreibung vollzogen wurde. Darauf belangte die Ehefrau des Schuldners, den B mit der Eigenthumsklage auf Auflösung des Pfandverbandes, unter Vorlage einer noch vor der Pfändung bewilligung notariell errichteten Urkunde, mit welcher C ihr das Grundstück X für eine Forderung von 100 fl. an Zahlungsstatt überlassen hat. — Das Gericht erster Instanz erkannte gegen das Klagebegehren weil es den Beweis der vom Beklagten eingewendeten Simulation der Eigenthumsabtretung an die Klägerin für erbracht hielt.

In Uebereinstimmung mit der zweiten Instanz hat der oberste Gerichtshof dem Klagebegehren stattgegeben. Gründe: Durch die Notariatsurkunde vom 2. Februar 1874 in Verbindung mit der gleichzeitigen Uebergabe derselben an die Klägerin wurde von ihr der Beweis erbracht, daß sie an diesem Tage das Eigenthum des Objectes der erst am 4. März 1874 bewilligten und am 21. Juli 1874 bewirkten executiven Pfändung erworben hat. Dem entgegen behauptet der Beklagte, daß die Urkunde nur zum Scheine errichtet wurde, um die nicht verbücherte Liegenschaft seiner Execution und ihm den Deckungsfond zu entziehen. Diese Einwendung ist unzulässig, weil nur die interessirten Parteien, keineswegs jedoch der Beklagte, der die Urkunde weder Pflichten auferlegt noch Rechte gibt, befugt ist, die Gültigkeit derselben als einer öffentlichen, vollkommen glaubwürdigen Urkunde zu bestreiten. Ihm mag es zustehen, falls er sich durch das damit beurkundete Geschäft in seinen Rechten verkürzt erachtet, nach §. 1295 a. b. O. B. den Schadenersatz zu fordern. Uebrigens hat — hiervon auch abgesehen — der Beklagte den Beweis der Simulation nicht hergestellt (folgt die nähere Begründung). Die von ihm vor-

gebrachte Einwendung, daß die Klägerin ihren Gatten C als Executen und früheren Eigenthümer des Streitobjectes hätte mitbelangen sollen, ist gleichfalls ohne Bedeutung, weil der Belangte nicht berufen ist, die allfälligen Rechte des C zu vertreten, und es ihm freistand, falls er sich vor Schaden bewahren wollte, dem C den Streit zu verklünden.

Nr. 7957.

Actio negatoria: Geltendmachung der dreißigjährigen Erßigung der Servitut des Fahrwegs gegen den Erßteher des zwangsweise veräußerten dienenden Grundstücks.

Entsch. v. 28. April 1880, Nr. 3671 (Best. des das Urth. des O. G. Thernembl v. 20. Oct. 1879, Nr. 5670, abänd. Urth. des O. L. G. Graz v. 28. Jänner 1880, Nr. 13412). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 42.

A, grundbücherlicher Eigenthümer der in öffentlicher Feilbietung erstandenen Liegenschaft X, bestritt mit der gegen die B angestellten negatorischen Klage die von ihr als Besitzerin der Realität Y ausgeübte, auf seiner Liegenschaft nicht intabulirte Servitut des Fahrwegs. Die Beklagte vertheidigte sich mit der Einrede des durch dreißigjährige Ausübung erworbenen Rechtes der Dienstbarkeit. Der Kläger replicirte, daß er die Liegenschaft X im Vertrauen auf die öffentlichen Bücher als servitutsfrei erworben habe. (§. 1500 a. b. G. B.). — Nach Ausnahme des von der Beklagten für die Erßigung angebotenen Zeugenbeweises erkannte das Gericht erster Instanz nach dem Klagebegehren in der Erwägung, daß die Beklagte den Erßigungsbeweis durch die Zeugen nicht erbracht hat und daß — hiervon abgesehen — die Erßigung der Servitut gegen die negatorische Klage des A als Singularsuccessor im Eigenthum der Liegenschaft X nur dann mit Erfolg hätte eingewendet werden können, wenn A von der Ausübung der Dienstbarkeit Kenntniß gehabt hätte oder bei Anwendung der erforderlichen Aufmerksamkeit sich Kenntniß hätte verschaffen können, was aber weder die Beklagte behauptet oder erwiesen, noch der Kläger zugestanden hat. — Von dem O. L. G. wurde die Klage abgewiesen, aus folgenden Gründen: Der Erßigungsbeweis der Beklagten ist vollständig gelungen (folgt die Kritik der Zeugenaussagen). Nun meint zwar der Kläger und mit ihm der erste Richter, daß gegen die Klage die außerbücherliche Erwerbung der Servitut durch Erßigung nach §. 1500 a. b. G. B. nicht eingewendet werden könne, weil er die dienende Realität im Wege öffentlicher Feilbietung als servitutsfrei im Vertrauen auf die öffentlichen Bücher erworben hat. Allein auf den §. 1500 a. b. G. B. kann sich nur derjenige berufen, der beim Erwerbe der Realität von dem factischen Besitzstande einer Ser-

vitut keine Kenntniß hatte oder trotz Anwendung gewöhnlicher Aufmerksamkeit solche nicht erlangen konnte. Dies trifft jedoch beim Klage nicht zu, der in dem Orte, wo das von ihm erstandene Gut liegt sesshaft ist und beim geringsten Grade von Aufmerksamkeit von der Ausübung der Servitut Kenntniß erlangt haben muß, zumal die Ausübung der Servitut naturgemäß nicht ohne Zurücklassung der Spure geschehen konnte und, wie ein Zeuge bestätigt, thatsächlich auch deutlich wahrnehmbare Spuren zurückgelassen hat. Ist aber die Erwerbung der Servitut durch Ersetzung gemäß den §§. 1468, 1470 und 1471 a. b. G. B. bewiesen, so ist die Ausübung derselben keine Ermäßigung mehr und das darauf gegründete Klagebegehren unstatthaft.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das oberlandesgerichtliche Urtheil aus dessen Gründen.



Nr. 7958.

Unstatthaftigkeit der Executionsführung der Gläubiger der Fiduciarerben auf die Substitutionsmasse.

Entsch. v. 28. April 1880, Nr. 4669 (Best. des Decr. des O. G. Wien 26. Jänner 1880, Nr. 3746, Abänd. des Decr. des O. L. G. Wien v. 24. Februar 1880, Nr. 3302). Jur. Bl. 1880, Nr. 52. Zeitschr. für d. Notariat 1880, Nr. 38. G. S. 1880, S. 255.

Die B ist die Fiduciarerbin des von M hinterlassenen, durch eine fideicommissarische Substitution gebundenen Vermögens, zu welchem einige gerichtlich deponirte Werthpapiere gehören. Um eine Forderung gegen die B hereinzubringen, begehrte A die Pfändung des ihr zustehenden, durch die fideicommissarische Substitution beschränkten Eigenthums und Fruchtgenussrechtes an diesen Werthpapieren. — In erster Instanz wurde nur die Pfändung des Fruchtgenussrechtes, nicht auch jene des beschränkten Eigenthums der B bewilligt, weil vor der Erlöschen der Substitution dieses Eigenthumsrecht kein Executionsobject bildet. — Das O. L. G. bewilligte auch die Pfändung des beschränkten Eigenthums an den deponirten Papieren mit der Begründung, daß auch das durch eine fideicommissarische Substitution eingeschränkte Eigenthum ein Object des Vermögens des eingesetzten Erben ist und nach den §§. 311 und 340 a. G. O. in Execution gezogen werden kann, da die Pfändung unter Vorbehalt aller den substituirtten Erben hierauf zustehenden Rechte stattfindet.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Entscheidung, weil der §. 613 a. b. G. B. dem eingesetzten Erben, bis der Fall der fideicommissarischen Substitution eintritt, nur das eingeschränkte Eigenthum an dem Substitutionsvermögen mit den Rechten und Verbindlichkeiten eines Fruchtnießers einräumt, der Umfang seiner B

jugnisse darauf beschränkt ist und somit das eingeschränkte Eigenthum selbst kein gesetzlich zulässiges Object der Executionsführung gegen den Fiduciarerben abgeben kann.

Nr. 7959.

Zuständigkeit des Handelsgerichtes zur Entscheidung über das gegen einen gewesenen Handelsmann nach Löschung seiner Einzelfirma eingebrachte Gesuch um Concurseröffnung wegen Nichtbezahlung älterer Handelsschulden.

Entsch. v. 29. April 1880, Nr. 4613 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. Wien v. 13. Februar 1880, Nr. 22222 und des D. L. O. Wien v. 2. März 1880, Nr. 4169). O. G. 1880, S. 262. Jur. Bl. 1880, Nr. 24.

Nachdem die beim k. k. O. in Wien protokollierte Einzelfirma des B bereits gelöscht worden war, überreichte der Kaufmann A bei dem genannten k. k. O. das Gesuch um Eröffnung des kaufmännischen Concurses über das Vermögen des B mit Berufung auf den §. 192 E. O., indem er anführte und nachwies, daß er für Wechselforderungen aus Handelsgeschäften, welche B noch als protokollierter Kaufmann mit ihm contrahirt hatte, wegen derselben ohne Erfolg die Mobilienexecution geführt hat und daß B auch von einem zweiten Gläubiger mit der Execution verfolgt wird. — Von dem k. k. O. wurde der Antrag des A wegen Incompetenz des k. k. O. abgewiesen, weil die Firma des B im Handelsregister nicht mehr eingetragen erscheint, und auch die Voraussetzungen des §. 192 E. O. nicht vorliegen. — Das D. L. O. bestätigte diesen Bescheid mit der Begründung, daß eine förmliche Liquidation des Geschäftes nur bei Handelsgesellschaften stattfindet, daher der §. 192 E. O. hier nicht zur Anwendung kommt, sondern die Competenz des k. k. O. sich im vorliegenden Falle nur nach §. 191 E. O. zu richten hat.

Der oberste Gerichtshof hat die untergerichtlichen Verordnungen aufgehoben, die Competenz des angerufenen k. k. O. zur Entscheidung über das Gesuch des A um Eröffnung des Concurses über das Vermögen des B ausgesprochen und demselben die gesetzliche Erledigung des Gesuches aufgetragen, weil nach §. 192 E. O. die Bestimmungen über den kaufmännischen Concurse auch auf Kaufleute, welche ihr Geschäft bereits aufgegeben haben, Anwendung zu finden haben, insoferne der Concurse noch vor der Beendigung der Liquidation eröffnet wird; weil bei dem Umstande, als bei der Auflösung des Handelsgeschäftes einer protokollierten Einzelfirma ein Liquidationsverfahren, wie es bei der Auflösung einer Gesellschaftsfirma gesetzlich angeordnet ist, nicht eintritt, unter dem im §. 192 E. O. gebrauchten Ausdrucke „Been-

bigung der Liquidation" nur die Ordnung des aus dem aufgegebenen Geschäftsbetriebe des Kaufmannes herrührenden Schuldenstandes zu verstehen ist, im vorliegenden Falle aber nicht angenommen werden kann, daß die Ordnung der Schulden des B aus seinem Handelsgeschäftsbetriebe bereits erfolgt sei, da die Forderungen, wegen welcher A als Gläubiger um Concurseröffnung eingeschritten ist, zu auf Wechsel des B gründen, die er noch vor der Löschung seiner Firm acceptirt hat.

Nr. 7960.

Eidesdelation an einen Blödsinnigen.

Entsch. v. 4. Mai 1880, Nr. 2332 (Best. des Urth. des J. O. Prag v. 3. Nov. 1879, Nr. 74149, Abänd. des Urth. des D. L. O. Prag v. 23. Dec. 1880, Nr. 36468). Jur. Bl. 1880, Nr. 32.

In der Rechtsache des Verwalters der Concurssmasse des blödsinnigen A gegen B pcto. Zahlung einer Geldschuld erkannte das Gericht erster Instanz auf den Haupteid, den der Beklagte zum Beweis seiner gegen die Klage vorgebrachten Einwendungen dem Erida rückschiebbar aufgetragen hatte. — In zweiter Instanz wurde das Beweismittel des Haupteides wegen der Blödsinnigkeit des Delaten ausgeschlossen und der Beklagte unbedingt zur Zahlung der Klagesforderung verurtheilt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urtheil Gründe: Kein Gesetz spricht direct aus, daß einem Geisteskranken ein Haupteid nicht aufgetragen werden kann; es läßt sich dies auch nicht aus den gesetzlichen Bestimmungen durch Schlußfolgerungen ableiten, und die Anwendung des Hofdec. vom 31. August 1798 J. O. G. Nr. 430, per analogiam ist unzulässig, weil es eine Ausnahmebestimmung enthält. Der Geisteskranke ist allerdings eides unfähig; allein die Geisteskrankheit ist ein Unglück, ein Zufall, der die Person des Kranken trifft, daher nach §. 1311 a. b. C. B. von diesem allein getragen werden muß und den Proceßgegner des ihm im §. 203 a. G. D. eingeräumten Rechtes, einen Beweis durch den Haupteid zu führen, um so minder verlustig machen kann, als es nicht unmöglich ist, daß die Geisteskrankheit behoben wird und der gesetzliche Vertreter des Geisteskranken auch freisteht, den Haupteid zurückzuschieben, wodurch sein Curand unter dem erwähnten Zusa weniger zu leiden hat, als sein Gegner, der eines gesetzlichen, ja von ihm zu Gebote stehenden einzigen Beweismittels beraubt wäre. Wenn daher das D. L. O. die wichtigen, vom ersten Richter beachteten Einwendungen des Beklagten deshalb unbeachtet lassen zu müssen geglaubt

hat, weil der darüber aufgetragene Haupteid wegen der Eidesunfähigkeit des Delaten unzulässig sei, so war es im Irrthum und mußte das erstrichterliche Urtheil bestätigt werden.

Nr. 7961.

Gerichtlicher Vergleich über Executionsmodalitäten.

Entsch. v. 4. Mai 1880, Nr. 3748 (Best. des Decr. des B. G. Sadagora v. 12. Juli 1879, Nr. 7577, Abänd. des Decr. des D. L. G. Lemberg v. 10. Dec. 1879, Nr. 28046). G. Z. 1881, Nr. 77. Zeitschr. für das Notariat 1881, Nr. 9.

Auf Grund eines mit der Vollstreckungsklausel (§. 3 der Not.-Ordn.) versehenen notariellen Instrumentes führte A gegen den B zur Hereinbringung seiner Forderung von 300 fl. die Realexecution und erwirkte die Ausschreibung der drei Termine zur Feilbietung der in Execution gezogenen Liegenschaft. Vor Abhaltung des dritten Termines kam zwischen A und B ein gerichtlicher Vergleich zu Stande, in welchem A dem B zur Zahlung seiner Schuld eine neue Frist gewährte und deshalb auf die Vornahme der dritten Citation verzichtete, B dagegen ihm für den Fall der versäumten Zahlungsfrist das Recht einräumte, die Feilbietung mit Ausschreibung eines einzigen Termines (mit der Clausel, daß in demselben die Realität auch unter dem Schätzungswerth losgeschlagen wird) zu begehren. Auf Grund dieses Vergleiches wurde dem A nach fruchtlos verstrichener Zahlungsfrist die executive Feilbietung in Einem Termin bewilligt, in diesem Termin die auf 783 fl. geschätzte Realität um 450 fl. verkauft und der Feilbietungsact in erster Instanz genehmigt. — Auf den Recurs des B wurde von dem D. L. G. unter Aufhebung der erstrichterlichen Verfügungen das Feilbietungsgesuch des A abgewiesen mit der Begründung, daß die Execution nur auf einen richterlichen Spruch oder gerichtlichen Vertrag ertheilt werden darf (§. 298 a. G. D.); daß als ein gerichtlicher Vergleich nur der über eine angebrachte Klage geschlossene Vergleich gilt (Hofdecr. vom 22. Juni 1805, J. G. G. Nr. 735), der vorliegende Vergleich aber nicht auf eine angebrachte Klage, sondern im Executionsverfahren geschlossen wurde.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Feilbietungsgenehmigung, weil der in Rede stehende Vergleich, welcher auf Grund vorausgegangener rechtskräftiger Executionsacte vor Gericht abgeschlossen wurde, als ein gerichtlicher Vergleich im Sinne der Hofdecrete vom 22. Juni 1805, Nr. 735 und vom 15. Jänner 1821, Nr. 308 der J. G. G., anzusehen ist und daher eine entsprechende Grundlage für die Fortsetzung der Execution bildet.

Nr. 7962.

**Ungiltigkeit der Mobilienfeilbietung wegen unterbliebener
Zustellung des Feilbietungsbescheides an den Executen?**

Entsch. v. 4. Mai 1880, Nr. 4588 (Best. des Decr. des B. G. Kolomes v. 25. August 1879, Nr. 12006, Abänd. des Decr. des D. L. G. Lemberg vom 16. Dec. 1879, Nr. 30290). G. S. 1881, S. 122.

Auf Ansuchen des A wurde die Zwangsversteigerung der Fahrniß seines Schuldners B bewilligt, auf den 19. und 28. August 1879 ausgeschrieben, der Verlauf der Fahrniß noch im ersten Termin zu Stande gebracht und das Feilbietungsprotokoll von dem Gerichte genehmigt. Gegen diese Genehmigung ergriff der Schuldner den Recurs, in welchem er die Nichtigkeit des Feilbietungsactes behauptete, weil ihm der die Feilbietung bewilligende Bescheid erst am 25. August 1879, nach Abhaltung der Feilbietung behändigt wurde, und er durch diese Verspätung der Möglichkeit beraubt worden sei, die Identität der versteigerten Fahrniß mit der in Execution gezogenen zu constatiren. — Das D. L. G. annullirte den Feilbietungsact mit Bezugnahme auf den §. 504 westgal. G. D. und in der Erwägung, daß die verspätete Behändigung des Feilbietungsbescheides es dem Executen unmöglich machte, von dem ihm eingeräumten Rechte der Bezahlung der Schuld vor oder spätestens in dem Feilbietungstermine Gebrauch zu machen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Verordnung. Gründe: Die Verspätung der Zustellung des die Feilbietung bewilligenden Executionsbescheides hat dem Executen keinen Nachtheil gebracht, da ihm nach §. 449 westgal. G. D. nicht gestattet ist, mit zu licitiren und er überdies weder gegen die der Feilbietungsbewilligung vorangegangenen Executionsbescheide, noch gegen diese Bewilligung selbst eine Beschwerde erhoben hat. Der bloße Verdacht einer Verwechslung der Mobilien bei der Vornahme der Feilbietung, welche übrigens ganz gerichtsordnungsmäßig vor sich ging, ist nicht geeignet, deren Giltigkeit zu erschüttern, zumal der Execut seit dem 20. Juni 1878, an welchem Tage die Pfändung und Schätzung der Fahrniß stattfand, hinreichende Zeit hatte, den nachtheiligen Folgen eines eventuellen Verkaufes derselben zu begegnen.

Nr. 7963.

Rechtliche Natur des sog. Schlüsselgeldes. — Nichtberücksichtigung mündlicher Verabredungen bei schriftlichem Vertragsabschluß.

Entsch. v. 4. Mai 1880, Nr. 4592 (Best. des Urth. des L. G. Arlau vom 7. März 1879, Nr. 3916, Abänd. des Urth. des D. L. G. Arlau v. 23. Nov. 1879, Nr. 14038). O. G. 1880, S. 262. Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 5.

Nachdem A mit schriftlichem Vertrag sein Gut X dem B um 38.000 fl. verkauft hatte, belangte er ihn auf Zahlung von 525 fl. mit der Anführung, daß während der Vertragsverhandlung mündlich eine Abrede getroffen wurde, laut welcher A sich verpflichtete, dem B das genannte Gut um 38.000 fl. zu verkaufen, und der Letztere die Verbindlichkeit einging, nach endlicher Unterfertigung des Vertrages dem A ein Schlüsselgeld von 100 Ducaten oder 525 fl. auszusahlen, welcher Verpflichtung B nicht nachgekommen sei. — In erster Instanz wurde das Klagebegehren unbedingt abgewiesen. — Das D. L. G. erlaute auf den Haupteid, welchen A zum Beweis seiner Anführung dem B aufgetragen hat.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urtheil. Gründe: Das Schlüsselgeld kann durchaus nur als eine Zugabe zum Kaufpreise aufgefaßt werden, dessen Festsetzung und Bestimmung zu den wesentlichen Erfordernissen des Kaufvertrages gehört (§. 1054 a. b. G. B.). Da nun im vorliegenden Falle der Kaufvertrag schriftlich zu Stande gekommen ist, und darin von dem Schlüsselgelde keine Erwähnung geschieht, so kann der Kläger zur Begründung seines Anspruches auf dasselbe, sich keineswegs bloß auf das, dem schriftlichen Vertrage vorausgegangene bezüglich mündliche Uebereinkommen berufen, weil einem solchen Zurückgehen auf eine vorgeschützte frühere mündliche Verabredung die ausdrückliche Vorschrift des §. 887 a. b. G. B. entgegensteht. Diese Auffassung der Natur des Schlüsselgeldes gestattet daher auch nicht, das darauf Bezug nehmende behauptete Versprechen für einen abgesonderten selbstständigen Nebenvertrag anzunehmen, weil es dem Begriffe eines schriftlich geschlossenen Kaufvertrages widersprechen würde, über Bestimmungen, welche zum Wesen desselben gehören, sich theils auf die schriftliche Vertragsurkunde, theils wieder auf Abmachungen, welche demselben vorangegangen sind, zu berufen, und das ganze Uebereinkommen in so viel Nebenverträge aufzulösen, als darin Theilbestimmungen vorkommen. Als einer Verabredung den Vertrag erst künftig schließen zu wollen, fehlen aber dem der Klage zu Grunde gelegten Versprechen die im §. 936 a. b. G. B. festgesetzten Erfordernisse (Bestimmung des Zeitpunktes der Abschließung des Vertrages).

Nr. 7964.

Frist zum Recurse gegen einen die Sistirung der Execution eines in einem Wechselproceß gefällten Urtheils betreffenden Bescheid.

Entsch. v. 4. Mai 1880, Nr. 4870. G. S. 1880, S. 320.

B und Genossen, gegen welche ihr Gläubiger A auf Grund einer Wechselzahlungsauflage die Mobilienexecution eingeleitet hatte, belangten den Letzteren mit der Oppositionsklage (Hofdecr. v. 22. Jun 1836, J. G. S. Nr. 145), indem sie die Erlöschung seines Executionsrechtes durch eine der Zahlungsauflage nachgefolgte Novation behaupteten, und begehrten die Suspension der bereits angeordneten Mobilienfeilbietung bis zur Entscheidung des Oppositionsprozesses. — Von beiden Untergerichten mit dem Sistirungsgesuche abgewiesen, ergriffen die Oppositionskläger den a. o. Revisionsrecurs.

Von dem obersten Gerichtshof wurde der Recurs nach den Vorschriften über den Wechselproceß (Justizministerialverordnung von 25. Jänner 1850, R. G. Bl. Nr. 52) behandelt und, da derselbe erst am neunten Tage nach Zustellung der obergerichtlichen Abweisung an die Kläger überreicht worden war, nach §. 12 lit. d der citirten Verordnung als verspätet abgewiesen.

Nr. 7965.

Unzulässigkeit der Bestreitung eines Gesuches um Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß wegen angeblicher Verfehlung der Person des Beweisgegners; Ersatz der auf diesem Incidentfall erwachsenen Kosten?

Entsch. v. 4. Mai 1880, Nr. 5165 (theilweise Best. der Decr. des L. G. Zara v. 24. Nov. 1879, Nr. 1707 und des D. L. G. Zara v. 26. Jänner 1880, Nr. 293). Gazz. del Trib. 1880, Nr. 16.

In der Verhandlung, welche auf das gegen die dalmatinische Finanzprocuratur in Vertretung des Gendarmerie-Provinzialcommando angebrachte Gesuch des A um Aufnahme eines Sachbefundes zum ewigen Gedächtniß behufs Feststellung der von ihm im Auftrage einiger Beamter der Gendarmerie ausgeführten Restaurationen in der Gendarmeriecasernen und des Werthes derselben angeordnet wurde (siehe Nr. 7762 der Sammlung), wiederholte die Finanzprocuratur die von ihr bereits im Recurse gegen die Einleitung der Verhandlung vorgebrachte Einwendung, daß das Gesuch um die Beweisaufnahme verfehltermaßen gegen das von ihr vertretene Gendarmerie-Provinzialcommando gerichtet wurde, da das-

selbe vielmehr gegen den von dem Landesausschuß gesetzlich vertretenen Fond für Bequartierung der Gendarmerie hätte gerichtet werden sollen, weil für den Ersatz der Kosten der angeblichen Restaurationen der genannte Fond aufzukommen habe. — Von beiden Untergerichten wurde 1. mit Abweisung dieser Einwendung die Beweisaufnahme bewilligt, 2. der Finanzprocuratur der Ersatz der Kosten des Gesuches um die Beweisaufnahme und der dem A durch die Verhandlung über dasselbe erwachsenen Kosten auferlegt. — Die Finanzprocuratur ergriff in beiden Richtungen den Revisionsrecurs.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs ad 1, weil das Gendarmerie-Provinzialcommando, gegen welches A das Beweisaufnahmegesuch gerichtet hat, anerkanntermaßen unter der gesetzlichen Vertretung der Finanzprocuratur steht, die Frage aber: aus welchem Fond die Zahlung von dem A angeblich bestrittenen Herstellungskosten begehrt werden könne und ob daher das Gesuch um die Beweisaufnahme von ihm mit Recht gegen das Gendarmerie-Provinzialcommando angebracht worden sei, in dem gegenwärtigen Stadium der Sache nicht zu entscheiden ist. Ad 2 wurde von dem obersten Gerichtshof dem Recurs zum Theil stattgegeben und die Finanzprocuratur von dem Ersatz der Kosten des Beweisaufnahmegesuches freigesprochen, weil dieselbe als unterliegende Partei dem A allerdings die durch ihre nicht begründete Opposition verursachten Kosten der Verhandlung zu ersetzen hat (§. 24 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69), hierzu aber nicht die Kosten des Gesuches um die von dem A ausschließlich im eigenen Interesse beehrten Beweisaufnahme zu rechnen sind, die er vor der Hand selbst tragen muß.

Nr. 7966.

Kündigung eines auf unbestimmte längere Zeit geschlossenen Miethvertrages.

Entsch. v. 4. Mai 1880, Nr. 5242 (Best. des das Urth. des B. G. Leopoldstadt in Wien v. 9. April 1880, Nr. 15218, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 20. April 1880, Nr. 6603). Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 48.

Die A hat dem B im October 1879 eine Wohnung von November 1879 an vermietet, welche sie im Jänner 1880 auf den letzten April 1880 kündigte. A bestritt die Giltigkeit der Aufkündigung mit der Auführung, daß er bei der Unterhandlung erklärt habe, den Miethvertrag nur unter der ausdrücklichen Bedingung eingehen zu wollen, daß derselbe nicht für die Dauer eines Vierteljahres oder eines Halbjahres, sondern für einen längeren Zeitraum geschlossen werde, weil viele Auslagen für die Herrichtung der Localien erforderlich seien,

und daß er die Wohnung, wenn nicht für längere Zeit, lieber gar nicht nehmen werde; daß die A erwidert habe: „Fürchten Sie sich nicht, richten Sie alles schön her, Sie können Jahre lang bei mir wohnen“, worauf von ihm das Angeld erlegt worden sei; daß die A diese Äußerung Anfang November 1879 bei der Empfangnahme des Miethzinses wiederholt habe. Aus diesem Sachverhalt ergebe sich, daß die A nicht berechtigt war, ihm — nachdem er auf die Herstellung der Wohnung bei 400 fl. verwendet — die Mieth schon nach Ablauf des ersten Vierteljahres auf das nächste Vierteljahr zu kündigen, weil unter dem Ausdruck: „Jahre lang“ doch mindestens ein Jahr zu verstehen sei. — In erster Instanz wurde die Kündigung aufrecht erhalten aus folgenden Gründen: Nach §. 1090 a. b. G. B. muß der Bestandvertrag auf eine gewisse, d. i. bestimmte Zeit geschlossen werden, welche zum Mindesten durch die im Gesetz (§§. 1113 und 1116 ibid.) geregelten, an bestimmte Termine gebundenen Kündigungsrechte begrenzt ist. Es ist daher die ausdrückliche oder stillschweigende, oben die durch besondere Vorschriften festgesetzte Fixirung der Dauer des Gebrauches ein wesentliches Merkmal eines Bestandvertrages. Eine solche Bestimmung kann aber in der von der Vermietherin gemachten, ganz allgemeinen und unbestimmten Äußerung nicht erkannt und dieselbe am allerwenigsten dahin ausgelegt werden, daß der Gegner den Miethvertrag mindestens auf die Dauer eines Jahres geschlossen habe. Diese Auslegung ist eine rein willkürliche. Wollte man überhaupt in jenen Äußerungen eine vertragsmäßige Verpflichtung der A erkennen, so wäre man mit Rücksicht auf den gewählten Ausdruck „Jahre lang“ weit eher berechtigt anzunehmen, daß die Verpflichtung auf „mehrere“, somit wenigstens auf zwei Jahre eingegangen wurde. Gerade aus dieser Möglichkeit einer mehrfachen Deutung geht aber die Unbestimmtheit jener Äußerungen und der Mangel des obbezeichneten wesentlichen Erfordernisses des Bestandvertrages klar hervor. Aus diesen Äußerungen kann aber eine Verpflichtung der A auf eine längere Dauer des Miethvertrages überhaupt nicht abgeleitet werden, weil sich dieselben als bloße Redensarten darstellen, welche bei Vermiethungen häufig gebraucht werden und welchen die Ernstlichkeit mangelt (§. 869 a. b. G. B.). Daß dieselben keine rechtliche Bedeutung haben, geht auch aus der Erwägung hervor, daß der Miether B daraus gewiß nicht das Recht ableiten könnte, um den bedungenen Miethzins von 300 fl. Jahre lang oder auch nur ein Jahr in der gemietheten Wohnung zu verbleiben. Ist dies aber nicht der Fall, dann hat das angebl. Versprechen der A keine praktische Wirkung, weil derselben unbenommen ist, den Miethzins beliebig zu erhöhen und die Miether auf diese Art aus dem Hause zu bringen. B hätte sich mit dieser allgemeinen und unbestimmten Redensarten nicht begnügen und auf eine bestimmte Willenserklärung der A dringen sollen; hat er diese Vorsicht unterlassen, so muß er auch die widrigen Folgen tragen. Es ist vorauszusetzen,

der Miethvertrag als auf unbestimmte Zeit eingegangen anzusehen und war als solcher nach §. 1116 a. b. G. B. und der Verordnung des österr. D. L. G. v. 11. October 1865, L. G. Bl. Nr. 11 für 1866, vierteljährig kündbar. — Das D. L. G. erklärte die Aufkündigung für unwirksam mit nachstehender Begründung: B erklärte, daß er nicht auf ein Viertel- oder auf ein halbes Jahr, sondern auf längere Zeit miethen wolle, und erhielt zur Antwort: „Fürchten Sie sich nicht, richten Sie Alles schön ein, Sie können Jahre lang bei mir wohnen.“ Es ist sicher, daß B eine längere Miethdauer als ein halbes Jahr in Anspruch nahm, und es muß der Antwort der Hauseigentümerin der Sinn beigelegt werden (§. 914 a. b. G. B.), daß sie die verlangte, mehr als halbjährige Dauer zugestand, wenngleich die Antwort darüber in Zweifel läßt, an welche Maximaldauer des Miethvertrages die Vermietherin sich binden wollte. Es handelt sich nur darum, ob der geschlossene Miethvertrag nur in den gesetzlich bestimmten Kündigungsterminen seine Begrenzung finden sollte oder ob demselben eine längere Dauer gegeben wurde, deren Minimalgrenze festzustellen derzeit nicht nothwendig ist, wobei der gesetzliche Bestand des Miethvertrages durch die Uebereinstimmung der über den gesetzlichen Kündigungstermin hinausreichenden Zeitgrenze nicht aufgehoben wird. Steht nun der Abschluß auf eine mehr als halbjährige Dauer fest, so war die Kündigung zur Zeit des ersten Viertels verfrüht.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Urtheil aus dessen der Sachlage und dem Gesetze entsprechenden Gründen.

Nr. 7967.

**Nachweis der Voraussetzungen der Execution auf Dienstbezüge einer im Privatdienst bleibend angestellten Person:
Beweislast.**

Entsch. v. 4. Mai 1880, Nr. 5246 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des L. G. Graz v. 9. Jänner 1880, Nr. 180 und des D. L. G. Graz vom 25. Februar 1880, Nr. 2558). G. Z. 1880, Nr. 51.

Das Gericht erster Instanz ertheilte im Executionswege dem A das Pfandrecht an dem Gehalt, welchen sein Schuldner B als Concipient des Advocaten C in monatlichen Decursivraten bezieht, soweit derselbe die executionsfreie Summe von 600 fl. übersteigt. Dagegen ergriff B den Recurs, worin er geltend machte, daß er bei dem Advocaten C, im Sinne des §. 2 des Gesetzes vom 29. April 1878, R. G. Bl. Nr. 68, nicht dauernd angestellt sei, weil der Dienstvertrag zwischen ihm und dem Advocaten weder auf eine bestimmte Zeit, resp. mindestens auf ein Jahr abgeschlossen, noch eine dreimonatliche Kündigung dieses Dienstverhältnisses von den Con-

trahenten vereinbart wurde, daß daher auch der 600 fl. übersteigende Betrag seines Gehaltes executionsfrei sei. — Das D. L. G. verworft den Recurs mit der Begründung, daß die erstgerichtliche Bewilligung der Execution nach den Angaben des Executionsführers dem Gesetze vom 29. April 1873, R. G. Bl. Nr. 68, entspricht, und auf die in keiner Weise bescheinigten Angaben des Recurrenten keine Rücksicht genommen werden kann, da es sonst im Belieben jedes Executen stünde, eine Execution auf seine Dienstbezüge unwirksam zu machen.

In Erwägung, daß es Sache des Executionsführers ist, in Ansehung der Bezüge des Executen das Zutreffen der Bedingungen des §. 2 des Gesetzes vom 29. April 1873, R. G. Bl. Nr. 68 nachzuweisen, dieser Nachweis aber in dem Executionsgesuche nicht geliefert wurde, — hat der oberste Gerichtshof auf den a. o. Recurs des B die untergerichtlichen Verordnungen beseitigt und dem Gerichte erster Instanz aufgetragen, zur Vernehmung der Parteien über den Executionsgesuch des A eine Tagssatzung anzuberaumen und sodann das weitere geschäftsmäßige Amt zu handeln.

Nr. 7968.

Recursrecht des durch einen Executionsact betroffenen Dritten.

Entsch. v. 5. Mai 1880, Nr. 5080 (Best. des das Decr. des B. G. Lemberg v. 12. Nov. 1879, Nr. 13477, aufheb. Decr. des D. L. G. Lemberg v. 27. Jänner 1880, Nr. 1033). G. S. 1881, S. 286.

Auf Grund des Erkenntnisses, mit welchem der Beklagte B zu Herausgabe der Liegenschaft X an die Klägerin A verurtheilt worden ist, wurde im Executionswege die Einführung der Klägerin in den Besitz der erledigten Hälfte der Grundwirthschaft angeordnet. Dem damit betrauten Gerichtsbelegirten erklärte die C, welche eine Hütte auf der Liegenschaft bewohnt, daß die Letztere seit einem Jahre in Kaufwege vom Executen auf den D übergegangen sei. Ungeachtet dessen übergab der Gerichtsbelegirte der Executionsführerin das Grundstück sammt Gebäuden und das Executionsgericht nahm das Protokoll der executiven Uebergabe zur Wissenschaft und trug auf Antrag der Executionsführerin dem Gerichtsbelegirten noch auf, die C und je andere Person, die im Besitze des Grundes oder der Hütte zu sein angegeben sollte, nöthigenfalls zwangsweise zu entsetzen und der A den Besitz zu übergeben. Gegen diesen Bescheid recurrirte der angebl. neue Eigenthümer der Liegenschaft an das D. L. G., welches den Bescheid aufhob und dem Executionsgerichte auftrug, erst zu constatiren

ob das streitige Grundstück wirklich im Kaufwege auf den Recurrenten übergegangen sei und zur Zeit der Uebergabe sich in dessen Besitze befunden habe. — Die Executionsführerin ergriff den Revisionsrecurs, in welchem sie ausführte, daß es nur einer proceßführenden Partei gestattet sei, gerichtliche Bescheide im Instanzenzuge anzufechten, und der Recurs des D, als einer ganz fremden Person gegen einen Bescheid in einer fremden Sache nicht berücksichtigt werden könne; daß D mit seinen etwaigen Beschwerden auf den ordentlichen Rechtsweg zu verweisen sei und, wenn er durch den richterlichen Bescheid in seinem Besitze gestört wurde, die richterliche Hilfe in *possessorio summarissimo* anrufen habe.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs. Gründe: Die Ansicht, worauf die obergerichtliche Entscheidung beruht, ist in der Richtigkeit der Sache ganz richtig und es können die im Revisionsrecurs enthaltenen Argumentationen und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen, wornach der Appellationsrecurs des D nicht zu berücksichtigen gewesen wäre und derselbe im ordentlichen Rechtswege auftreten müßte, keine Beachtung verdienen, indem es keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Vollzug einer Execution gegen eine andere Person, als diejenige, gegen die sie bewilligt worden ist, nicht stattfinden darf; daß demnach, wenn dennoch mit dem Vollzuge gegen einen Dritten vorgegangen werden sollte, derselbe schon auf seine einfache Anzeige oder Beschwerde geschützt und ein in irgend welcher Richtung erhobener Zweifel durch eine angemessene Erhebung der eigentlichen Sachlage beseitigt oder dessen Beseitigung wenigstens ermöglicht werden muß.

Nr. 7969.

Passive Sachlegitimation: Klage eines Gläubigers des Erblassers wider einen Erben während der Pendenz des Erbrechtsstreites.

Entsch. v. 7. Mai 1880, Nr. 4094 (Best. des das Urth. des O. G. Graz v. 17. Oct. 1879, Nr. 26751, abänd. Urth. des O. L. G. Graz v. 4. Februar 1880, Nr. 12874). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 85.

A belangte den B, welcher die Erbschaft der M unbedingt angetreten hatte, auf Zahlung einer Schuld der Erblasserin. B wendete den Mangel seiner passiven Sachlegitimation ein, weil auch C und D die Erbschaft der M angetreten haben und der durch die Collision seiner Erbserklärung mit jener des C und D hervorgerufene Erbrechtsstreit noch nicht entschieden ist. — Das Gericht erster Instanz verwarf die Einwendung des Beklagten und verurtheilte ihn nach dem

Klagebegehren. — In zweiter Instanz wurde seiner Einwendung stattgegeben und die Klage abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung des D. L. G. Gründe: Wenn im Falle widerstreitender Erbserklärungen die Erbsprüche im ordentlichen Rechtswege ausgetragen werden müssen, so können die streitenden Erbprätendenten, so lange ihr Recht in Frage steht, weder selbst sich als Repräsentanten des Erblassers geriren, noch auch von Gläubigern der Verlassenschaft in solcher Eigenschaft belangt werden. Die aus der Erbserklärung erworbenen Rechte bleiben bis zum Austrag des Streites suspendirt, um für den obliegenden Theil nach Maßgabe des richterlichen Spruches, und zwar mit der Rückwirkung auf den Zeitpunkt des Antrittes der Erbschaft, wieder aufzuleben. So wenig nun der Gläubiger in der Geltendmachung seiner Ansprüche an den Nachlaß bis zum Austrage des Erbrechtsstreites gehindert und schlechter daran sein kann, als wenn eine Erbserklärung noch nicht eingebracht worden wäre, können die Erbprätendenten während der Dauer ihres Streites, in welcher Zeit sie von der Besorgung und Verwaltung der Verlassenschaft ausgeschlossen sind und die Verfolgung ihres Erbrechtes im Verhandlungswege sistirt ist, als zur Vertretung der Verlassenschaft berechtigt und vermöge ihrer Erbeneigenschaft als persönlich verpflichtet angesehen werden. Dem Gesagten zufolge ist der als Erbe der M belangte B zur Vertretung ihrer Verlassenschaft gegenüber dritten Personen derzeit nicht ermächtigt

Nr. 7970.

Zinsen von Verzugszinsen?

Entsch. v. 7. Mai 1880, Nr. 4560 (theilweise Best. des das Urth. der Prätin Zara v. 26. Nov. 1879, Nr. 9646, abänd. Urth. des D. L. G. Zara von 7. Februar 1880, Nr. 442). Gazz. del Trib. 1881, Nr. 12.

Der oberste Gerichtshof entschied, daß auf Grund des Gesetzes vom 14. Juni 1868, R. G. Bl. Nr. 62, welches im §. 3 das Recht auf Zinsen von „fälligen“ Zinsen einräumt, Zinsen von Verzugszinsen nicht gefordert werden können, weil Morazinsen begrifflich nicht verfallen können.

Nr. 7971.

Active Sachlegitimation: Abtretung des bereits eingeklagten Anspruchs.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 4354 (Best. des das Urth. des R. G. St. Pölten v. 5. Sept. 1879, Nr. 1174, abänd. Urth. des D. L. G. Wien v. 3. Februar 1880, Nr. 17101). G. Z. 1880, Nr. 50.

Die n. ö. Südwestbahngesellschaft belangte am 17. December 1877 den B auf Zahlung von 2000 fl. für von ihm gezeichnete Actien. In der Duplik wurde von dem Beklagten eingewendet, daß die Klägerin zum Anbringen der Replik nicht mehr legitimirt war, weil damals, laut Rundmachung des Handelsministeriums v. 3. August 1878, R. G. Bl. Nr. 104, auf Grund des Gesetzes vom 5. Juli 1878, R. G. Bl. Nr. 88, die der Klägerin gehörigen Eisenbahnlinien sammt allen Rechten bereits auf die Staatsverwaltung übergegangen waren. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf Abweisung der Klägerin wegen Mangels ihrer Sachlegitimation. — Von dem D. L. G. wurde die Einrede der fehlenden Sachlegitimation der Klägerin zurückgewiesen und dem Klagbegehren (gegen einen Eiddeweis derselben) stattgegeben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: Die Einwendung des Mangels der Klagelegitimation ist vom Obergerichte mit Recht zurückgewiesen worden. Denn zur Zeit der Ueberreichung der Klage war sie zweifellos vorhanden, und die Uebertragung der eingeklagten Forderung auf eine andere Person im Zuge des Processes, hat daran nichts geändert, weil durch dieselbe nach §. 1395 a. b. G. B. nur zwischen dem Ueberträger und dem Uebernehmer der Forderung, nicht aber zwischen dem letzteren und dem Schuldner eine neue Verbindlichkeit entsteht. Da der Ueberträger dem Uebernehmer für die Richtigkeit und Einbringlichkeit der Forderung haften muß, so hat er dem letzteren in einem hierüber entstandenen Rechtsstreit auch Vertretung zu leisten. Ist zur Zeit der Uebertragung der Forderung ein solcher Rechtsstreit bereits anhängig, so hängt es nach §. 59 a. G. D. von dem Uebereinkommen des Ueberträgers und Uebernehmers ab, wer von ihnen den Rechtsstreit führen soll. Nirgends ist aber dem Schuldner das Recht eingeräumt, zu untersuchen, ob der Uebernehmer berechtigt war, die Fortführung des Rechtsstreites dem Ueberträger zu überlassen, oder daraus eine Einwendung gegen die bereits angestellte Klage zu erheben. Dazu kommt aber noch, daß im vorliegenden Falle die ausdrückliche Erklärung des Uebernehmers vorliegt, daß die Fortführung des Rechtsstreites dem Ueberträger überlassen werde. Diese Erklärung wurde von der laut Rundmachung des Handelsministeriums vom 3. August 1878 auf Grund des Gesetzes vom 5. Juli 1878 mit der Verwal-

tung der Bahnlinien betrauten Ministerialcommission ausgestellt, welche hierzu als berechtigt angesehen werden muß, da die Führung eines Rechtsstreites in Bezug auf eine Eisenbahnunternehmung jedenfalls zur Verwaltung derselben gehört.

Nr. 7972.

Vertheilung des bei einer Immobilienexecution erzielten Meistgebotes: Behandlung von Simultanhypotheken (außerhalb eines Concurſes) und von gleichzeitig mit der Capitalsforderung eingetragenen Zinserrückständen.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5201 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. O. Gabeln v. 29. Nov. 1879, Nr. 11100 und des O. O. G. Prag v. 1. März 1880, Nr. 6582). O. O. 1880, S. 396.

Nach der im Executionswege vollzogenen Versteigerung der Liegenschaften I und II, welche für eine Forderung des A simultan verpfändet waren, wurde von dem A die ganze Forderung zur Vertheilung beider Meistgebote angemeldet und in erster Instanz im Vollbetrage auf jedes der Meistgebote angewiesen. Dadurch kam B um seine nur bei der Liegenschaft I intabulierte Forderung und recurrite deshalb an das O. O. G., welches die erstgerichtliche Vertheilung bestätigte.

Auf den a. o. Recurs des B hat der oberste Gerichtshof die untergerichtlichen Verordnungen aufgehoben und dem Gericht erster Instanz die Verfassung einer neuen Vertheilung im Sinne des zur Anwendung zu bringenden §. 37 E. O. aufgetragen, — weil über den Vorgang bei Vertheilung des Erlöses executiv versteigelter Realitäten, welche auch mit Simultanhypotheken behaftet sind, in der allgemeinen Gerichtsordnung keine denselben normirenden Bestimmungen enthalten sind, daher die Anwendung des §. 37 E. O. per analogiam zu Folge §. 437 a. O. dem Richter gestattet ist, um so mehr als der §. 87 E. O. weder dem §. 447 a. b. O. B. noch dem §. 15 Grundb.-G. derogirt, sondern vielmehr gleichfalls bestimmt, daß es dem Gläubiger freisteht, seine Befriedigung aus einem einzelnen Gute oder aus mehreren der simultan verhafteten Güter zu verlangen, und nur vorschreibt, daß die einzelnen Hypotheken zur Berichtigung der simultan haftenden Passiven verhältnißmäßig beizutragen haben.

In der nämlichen Executionssache entschied der oberste Gerichtshof, daß der im §. 17 Grundb.-G. ausgesprochene Grundsatz, wonach nur dreijährige Zinserrückstände eine gleiche Priorität mit dem Capitale genießen, nur auf die nach der Einverleibung der Capital-

forderung verfallenden Zinsen bezogen werden kann, und daß Zinsrückstände, welche zugleich mit dem Capitale im Executionswege inabulirt worden sind, die ihnen nach dem Zeitpunkte ihrer Einverleibung zukommende gleiche Rangordnung mit dem Capitale selbst nicht verlieren können.

Nr. 7973.

Zulässigkeit der Vertretung eines Advocaten durch einen Advocaturscandidaten im mündlichen Verfahren auf dem Lande.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5266 (Best. des das Decr. des B. G. Schuchat v. 11. Nov. 1879, Nr. 5168, abänd. Decr. des D. L. G. Wien v. 9. Dec. 1879, Nr. 20393). G. Z. 1881, Nr. 74.

Der oberste Gerichtshof entschied: Da im ordentlichen mündlichen Streitverfahren auf dem Lande die Beiziehung eines Advocaten nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, so darf in einem solchen Fall der Advocat der Partei sich von dem bei ihm in Verwendung stehenden Advocaturscandidaten (der mit der Legitimation des Ausschusses der Advocatenkammer versehen ist) vertreten lassen (§. 15 Advoc.-Ordn.).

Nr. 7974.

Voraussetzungen der Fortführung der Execution wider den Nachfolger im Besitz der verpfändeten Liegenschaft.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5330 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des B. G. Kralan v. 7. April 1879, Nr. 7160 und des D. L. G. Kralan v. 19. Juni 1879, Nr. 7137). G. Z. 1880, S. 266.

In erster und zweiter Instanz wurde dem A, welcher zur Herbeibringung rückständiger Zinsen seiner auf dem Hause der B sichergestellten Capitalsforderung die Execution führte, die Schätzung bewilligt.

Auf den a. o. Recurs der B wurde das Schätzungsgesuch von dem obersten Gerichtshofe abgewiesen. Gründe: Das Urtheil, mit welchem dem A die Zinsforderung zugesprochen wurde, ist gegen den C, vormaligen Besitzer des Hauses der B, erflissen. Auf Grund dieses Urtheils könnte die Execution gegen die B, als gegenwärtige Eigentümerin der zur Hypothek dienenden Realität nach den ausdrücklichen Bestimmungen der §§. 5 und 6 der Ministerialverordnung vom

19. September 1860, R. G. Bl. Nr. 212, und der damit übereinstimmenden Vorschrift des §. 60 des Grundb.-G. nur dann platzgreifen, wenn die Klage, über welche jenes Urtheil ergangen ist, grundbücherlich angemerkt worden wäre. Die Klageanmerkung ist aber nicht erfolgt. Um daher die Execution wider die genannte gegenwärtige Eigenthümerin der Hypothek führen zu können, müßte erst gegen sie selbst ein rechtskräftiges Erkenntniß erwirkt oder mit ihr selbst ein executionsfähiger Vergleich eingegangen oder von ihr ein executionsfähiger Notariatsact erlangt werden. Es wurde zwar auf Grund des Urtheils bereits die executive Intabulation des Pfandrechtes vollzogen; da jedoch das Urtheil gegen die B überhaupt nicht executionsfähig ist, kann auf diese Intabulation kein Gewicht gelegt werden, um so weniger, als der die Intabulation bewilligende Bescheid nicht gegen die B, gegen welche allein er in Anbetracht, daß dieselbe damals schon als Eigenthümerin der Hypothek intabulirt war, hätte erlassen werden können, wenn die gesetzlichen Bedingungen dazu vorgelegen wären, sondern gegen den C, welchem gegenüber von einer Execution auf die bereits der B gehörige Hypothek nicht mehr die Rede sein konnte, erlassen und die B auch nicht einmal von dem Vollzuge der executiven Intabulation verständigt wurde, demnach nicht behauptet werden kann, daß diese gesetzwidrig vollzogene executive Intabulation ihr gegenüber in Rechtskraft erwachsen sei.

Nr. 7975.

Unstatthaftigkeit der grundbücherlichen Anmerkung einer Klage auf Zuerkennung des Fruchtgenusses.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5355 (Best. des das Decr. des R. G. Görz v. 31. Mai 1879, Nr. 2558, abänd. Decr. des D. L. G. Triest v. 16. Jänner 1880, Nr. 105). G. J. 1880. S. 109.

Die A beehrte, daß ihre gegen den B, bürgerlichen Eigenthümer des Hauses X, angestellte Klage auf Zuerkennung des Fruchtgenusses an demselben bei dem Hause grundbücherlich angemerkt werde.

Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem obersten Gerichtshof in Uebereinstimmung mit der zweiten Instanz abgewiesen, weil nach dem Grundb.-G. die bürgerliche Streitanmerkung nur dann zulässig ist, wenn mit der Klage entweder eine grundbücherliche Einverleibung als ungiltig bestritten oder die Löschung eines einverleibten Rechtes aus dem Grunde der Verjährung, oder die Zuerkennung eines dinglichen Rechtes an einem Grundbuchskörper aus dem Grunde der Ersetzung begehrt wird (§§. 61, 69, 70 Grundb.-G.).

Nr. 7976.

Einfluß der Concurseröffnung auf das am gleichen Tage angebrachte Gesuch um Einverleibung des Pfandrechts für eine Uebertragungsgebühr?

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5384 (Best. des Decr. des R. O. Trappan v. 31. Dec. 1879, Nr. 11096, Abänd. des Decr. des R. O. Brunn v. 2. März 1880, Nr. 2595). Zeitschr. für das Notariat 1880, Nr. 27. Allgem. Juristen-Zeit. 1880, Nr. 32.

Die Firma B erwarb für ihre Forderung von 50.000 fl. gegen C durch grundbücherliche Einverleibung das Pfandrecht an der dem C gehörigen Liegenschaft X. Von dem Steueramt wurde die Einverleibungsgebühr bemessen, deren Zahlung der Firma B aufgetragen und nach eingetretener Rechtskraft der Zahlungsauflage die grundbücherliche Intabulation bei der erwähnten Hypothekarforderung der Firma begehrt. Am demselben Tage erfolgte die Eröffnung des Concurfes über das Vermögen der Letzteren. — Das in erster Instanz bewilligte Intabulationsgesuch wurde von dem R. O. abgewiesen aus folgenden Gründen: Nach §. 11 E. O. konnte seit der Eröffnung des Concurfes über das Vermögen der Firma B an dem in die Concursmasse gehörigen Vermögen, mithin auch an der für die Firma auf der Realität X haftenden Forderung per 50.000 fl., ein Pfandrecht nur insoferne erworben werden, als die §§. 12 und 13 E. O. von der Anordnung des §. 11 E. O. eine Ausnahme machen. Eine solche Ausnahme liegt aber hier nicht vor, da §. 12 nur die Bewilligung und den Vollzug einer vor Eröffnung des Concurfes angesuchten Einverleibung und §. 13 nur zur Einbringung oder Sicherstellung von öffentlichen Abgaben die Einleitung oder Fortsetzung der Execution auf diejenigen Gegenstände, worauf diese Abgaben ein Vorrecht genießen, nach Eröffnung des Concurfes gestattet, die Einverleibung des einfachen Pfandrechts aber keinen Executionsschritt repräsentirt, auch zu Gunsten der Einverleibung oder Vormerkung des Pfandrechts für Gebührenforderungen eine den Anordnungen der Concursordnung und der Grundbuchordnung derogirende gesetzliche Bestimmung nicht besteht, im Gegentheile die Ministerialverordnung vom 17. December 1852, R. O. Bl. Nr. 256, in Erläuterung des Finanzministerialerlasses vom 3. Mai 1850, R. O. Bl. Nr. 181, über die grundbücherliche Ersichtlichmachung von Vermögensübertragungs- und Einverleibungsgebühren, denen ein gesetzliches Pfandrecht zusteht, ausdrücklich erklärt, daß durch diese Bestimmungen an den über die Eintragungen in die öffentlichen Bücher bestehenden gesetzlichen Anordnungen nichts geändert werde.

In Erwägung, daß die Gebühr per 312 fl. aus Anlaß der Einverleibung des Pfandrechts für die obenerwähnte Forderung der Firma B von 50.000 fl. bemessen wurde, daher dieser Gebühr nach

§. 72 des Gebührengesetzes das gesetzliche Pfandrecht vor allen a Privatrechtstiteln entspringenden Forderungen zukommt; daß dem Gesuche des Steueramtes der Umstand, daß am Tage der Ueberreichung desselben über das Vermögen der Firma B der Concurs eröffnet wurde, beziehungsweise die Bestimmung des §. 11 C. D. nicht entgegensteht, weil für die Gebühr nicht erst ein Pfandrecht erworben sondern lediglich der Verjährung der Pfandrechtopriorität im Sinne der §§. 13 und 14 der Finanzministerialverordnung vom 3. D. 1850, R. G. Bl. Nr. 181, vorgebeugt werden soll; daß die Ministerialverordnung vom 17. December 1852, R. G. Bl. Nr. 25 bestimmt, daß die im §. 14 der citirten Ministerialverordnung vom 3. Mai 1850 angeordnete Ersichtlichmachung der Gebührenrückstände im Wege der Intabulation oder Pränotation nach den zur Erlangung eines dinglichen Rechtes auf ein unbewegliches Gut bestehenden Gesetzen stattfinden kann, — bestätigte der oberste Gerichtshof die gerichtliche Verordnung.

Nr. 7977.

Unstatthaftigkeit der Einleitung des Executivprocesses a Grund einer die causa debendi nicht enthaltenden Schuldanerkennung.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5511 (Best. des das Decr. des R. G. v. 12. Februar 1880, Nr. 1809, abänd. Decr. des D. R. G. Wien v. 9. März 1880, Nr. 3992). G. Z. 1881, Nr. 80.

A belangte den B unter Vorlage der ihm von dem Letzteren ausgestellten Anerkennung einer Schuld von 2500 fl. auf Zahlung dieser Summe und begehrte die Einleitung des Executivprocesses nach §. 298 a. G. D. und Hofdecr. vom 7. Mai 1839, J. G. Nr. 358. — Dieses Begehren wurde in erster Instanz bewilligt und von dem D. R. G. abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz, weil die vorgelegte Urkunde keine causa debendi enthält eine Schuldschreibung aber, in welcher der Rechtsgrund nicht angegeben ist, als eine vollen Glauben verdienende und zur Einleitung des Executivverfahrens nach dem Hofdecr. v. 7. Mai 1835, J. G. Nr. 358, geeignete Urkunde nicht angesehen werden kann.

Nr. 7978.

Voraussetzungen der Rückwirkung der civilrechtlichen Bestimmungen des Gesetzes v. 19. Juli 1877 (für Galizien) wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5532 (Best. des Decr. des D. L. G. Melnica v. 28. August 1879, Nr. 5197, Abänd. des Decr. des D. L. G. Lemberg vom 2. März 1880, Nr. 1230). G. S. 1880, S. 104.

Die Klage des A gegen den B wurde durch den vor Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes v. 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften), von den Parteien geschlossenen gerichtlichen Vergleich abgethan, in welchem B sich dem A als Schuldner eines Capitals von 200 fl. bekannte und versprach, dasselbe mit 104 % jährlich (wöchentlich mit 2 Kreuzer von jedem Gulden) zu verzinsen. Auf Grund dieses Vergleiches erwarb A im Executionswege zur hereinbringung des Capitals und der rückständigen Zinsen im obigen Maß die Pfändung und Schätzung einer Liegenschaft des Schuldners, sowie die Bewilligung der Feilbietung, welche aber in dem festgesetzten Termin nicht abgehalten wurde, worauf er die Ausschreibung eines neuen Termines begehrte. — Von beiden Untergerichten wurde sein Gesuch bewilligt, jedoch von dem D. L. G. mit Anwendung des §. 4 des Gesetzes vom 19. Juli 1877, Nr. 66, der Fuß der hereinzubringenden Zinsen auf 6 % per Jahr herabgesetzt.

Der oberste Gerichtshof beseitigte die obergerichtliche Zinsenreduction in der Erwägung, daß angesichts des Umstandes, daß bereits der erste und zweite Executionsgrad auf Grundlage eines gerichtlichen Vergleiches, in welchem die Parteien selbst die Höhe des Zinsfußes vereinbarten, rechtskräftig durchgeführt worden ist, der von dem D. L. G. angezogene §. 4 des Gesetzes vom 19. Juli 1877, Nr. 66, nicht angewendet werden kann und daß bei der Ausschreibung der ersten Feilbietung der Zinsfuß eben auch rechtskräftig zuerkannt worden ist, mit dem späteren Bescheide aber nur die neuerliche Feilbietung ausgeschrieben wurde.

Nr. 7979.

Unzulässigkeit der Einverleibung einer Gebührenschuld des Erblassers wider den intabulirten Legatar.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5535 (Best. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 12. Dec. 1878, Nr. 30183, abänd. Decr. des D. L. G. Krakau vom 1. Mai 1879, Nr. 5058). G. S. 1880, S. 317. Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 15 und 17.

Für eine Gebührenschuld des verstorbenen M begehrte das Steueramt die Einverleibung des Pfandrechtes an der von M der B

vermachten Fideicommiss X nach erfolgter Pränotation des Eigenthumes der Vermächtnisnehmerin. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. R. G. abgewiesen mit der Begründung, daß nach den §§. 21 und 59 Grundb.-G. zur Bewilligung der Intabulation eines Pfandrechtes im Executionsweg erfordert wird, daß der Schuldner als Eigenthümer der in Execution zu ziehenden Fideicommiss eingetragen sei, zur Zeit der Ueberreichung des Intabulationsgesuches des Steueramtes aber nicht mehr der Schuldner M, resp. sein Nachlaß, sondern die B grundbücherliche Eigenthümerin der Fideicommiss X war.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung des D. R. G., da die Vorschrift des §. 21 Grundb.-G. keinen Unterschied kennt, welcher zur Annahme berechtigen würde, daß im Falle, wenn Jemand auf Grund eines Vermächtnisses als Eigenthümer einer Fideicommiss eingetragen ist, gegen ihn das Pfandrecht an derselben für eine persönliche Schuld des Erblassers eingetragen werden könnte, wenn keine Urkunde vorliegt, durch welche eine persönliche Verbindlichkeit des Legatars selbst begründet wäre.

Privilegienstreitsachen: Nr. 7980.
Gerichtliche Requisition der gehö-
gehaltenen Beschreibung auf Ansuchen des Privilegir-
inhabers.

Entsch. v. 11. Mai 1880, Nr. 5616 (Abänd. der gleichförmigen
des D. R. G. Prag v. 2. März 1880, Nr. 6383 und des D. R. G. Pra-
23. März 1880, Nr. 9353). Jur. Bl. 1880, Nr. 35.
Inhaber eines Privilegiums für Erzeugung von Ma-
die Firma B auf Einstellung des Ver-
...airten Fabricates und d-
...gerichtlichen Aug-
...ahme

dem vorliegenden Falle der citirte §. 36 der Vollzugsvorschrift keine Anwendung findet, vielmehr nach den Bestimmungen der allgemeinen Gerichtsordnung vorzugehen ist, nach welchen die vollständige Instruirung eines Gesuches und Beischaffung der erforderlichen Behelfe nicht von dem Richter, sondern durch die Partei zu geschehen hat. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Abweisung, weil das Privilegiumsgesetz vom 15. August 1852, R. G. Bl. Nr. 184, außer der im §. 54 enthaltenen Reception des summarischen Streitverfahrens, keine der allgemeinen Gerichtsordnung derogirende Bestimmungen enthält; die vom Handelsministerium erlassene, in das Reichsgesetzblatt nicht aufgenommene Vollzugsvorschrift vom 5. October 1852 selbstverständlich Abweichungen von der allgemeinen Gerichtsordnung nicht statuiren konnte, und auch nicht statuirte; zudem der vom Recurrenten citirte §. 36 dieser Vorschrift in dem das Verfahren der politischen Behörden regelnden Abschnitte enthalten ist und daher auch nur in dem Verfahren der politischen Behörden Anwendung findet.

Auf den a. o. Recurs des A verordnete der oberste Gerichtshof, daß das Handelsministerium um die Mittheilung der dort verwahrten, geheimgehaltenen Privilegiumsbeschreibung angegangen werde, weil auch der Civilrichter, der nach §. 47 des Privilegiumsgesetzes vom 15. August 1852, Nr. 184, auf das Gesuch eines Beschädigten um die Feststellung des Eingriffes in sein Privilegium und um Beschlagnahme zur Amtshandlung berufen ist, sich nach der Bestimmung des §. 36 der Vollzugsvorschrift vom 5. October 1852 in Betreff der zur Herstellung des Beweises der Privilegiumsverletzung erforderlichen Einsichtnahme von der Privilegiumsbeschreibung zu benehmen hat und weil die Herbeischaffung der Privilegiumsbeschreibung von Amtswegen auch der Vorschrift des §. 30 des nach §. 54 des Privilegiumsgesetzes in Privilegienstreitigkeiten anzuwendenden Gesetzes über den summarischen Proceß entspricht.

Nr. 7981.

Fortdauer der vertragsmäßigen Verpflichtung zur Ueberlassung der Localitäten für eine Volksschule.

Entsch. v. 12. Mai 1880, Nr. 2509 (Best. des das Urth. des R. G. Budweis v. 23. Sept. 1879, Nr. 6520, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 10. Dec. 1879, Nr. 32584). Jur. Bl. 1880, Nr. 27.

In der Klage der Stadtgemeinde Budweis gegen die Schulgemeinde Elernitz wegen Räumung der für die Volksschule von Elernitz bestimmten Localitäten in dem Schloßgebäude des der Klägerin gehörigen Gutes Elernitz wurde angeführt, daß die Stadtgemeinde

Budweis das gesetzliche Schulpatronat der besagten Volksschulen besaß; daß dieses Patronat durch das Landesgesetz v. 13. Sept. 1864, L. G. Bl. für Böhmen Nr. 33, aufgehoben wurde und daß nach demselben die Sorge für die Herstellung, Erhaltung und Einrichtung der Volksschule und für die Miete der nöthigen Localitäten auf die belangte Schulgemeinde überging, welche daher die im Schloß Eternitz hiezu benutzten Gelaße nur mehr precario modo inhabe und verpflichtet sei, sie auf Verlangen der Klägerin zurückzustellen (§. 974 a. b. G. B.). Die Beklagte wendete ein, daß es sich nicht um das gesetzliche, sondern um ein durch Vertrag gegründetes Schulpatronat der Klägerin handle, welches von dem citirten Landesgesetz nicht berührt wurde, und producirte zum Beweis ihrer Anführung das von einer Commission des Budweiser Kreisamts in Eternitz am 26. Jänner 1860 wegen der Concurrenz zur Beistellung eines zweiten Lehrzimmers und der Unterlehrerswohnung aufgenommene Protokoll, in welchem die durch Abgeordnete vertretene Stadtgemeinde Budweis als damaliger Pfarr- und Schulpatron sich verpflichtete, die zwei Lehrzimmer und die Wohnungen des Lehrers und Unterlehrers fortwährend im Schloß Eternitz zu belassen oder, falls sie diese Localitäten benöthigen sollte, auf ihre Kosten ein anderes Schullocale zu erbauen, und sich für beide Eventualitäten nur bezüglich der Reparaturen den Anspruch auf die gesetzliche Concurrenz vorbehielt. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagebegehren aus folgenden Gründen: Abgesehen davon, daß das von der Beklagten vorgelegte Protokoll v. 26. Jänner 1860 die im §. 108 des provisorischen Gemeindegesetzes v. 17. März 1849, R. G. Bl. Nr. 170, vorgeschriebene Genehmigung des Gemeindevorstandes nicht erhalten hat, war die in demselben versprochene Herstellung der Schulräumlichkeiten eine Leistung, welche der Gemeinde schon vermöge des damals bestehenden Schulpatronats oblag. Mit der Aufhebung des Schulpatronats ist aber die Verbindlichkeit der Stadtgemeinde Budweis, der Beklagten die Schul- und Wohnungslocalitäten für die Lehrer in dem Schloß Eternitz zu überlassen, weggefallen und die Letztere benutzt seitdem diese Räumlichkeiten ohne Rechtsgrund nur precario modo. Es mußte daher nach §. 974 a. b. G. B. dem Klagebegehren stattgegeben werden. — Das D. L. G. erkannte auf Abweisung der Klage aus den nachstehenden Gründen: Wenn auch nicht vorliegt, daß der Ausschuß der Stadtgemeinde Budweis den von den Abgeordneten der Gemeinde im Protokoll vom 26. Jänner 1860 für dieselbe abgegebenen Erklärungen zugestimmt hat, so ist andererseits durch die von der Beklagten vorgelegte amtliche Intimation jenes Protokolls an die Stadtgemeinde v. 13. Februar 1860 erwiesen, daß diese von der Verpflichtung, welche ihre Abgeordneten eingegangen sind, Kenntniß erlangt hat. Haben nun die Abgeordneten ihre Instruction überschritten, so war die Stadtgemeinde in der Lage, diese Überschreitung zu saniren; und da sie nicht be-

haupte, dieses gethan zu haben, so muß dafür gehalten werden, daß sie das, was ihre Mandatare für sie gethan haben, nachträglich genehmigte. Wie nun in der Replik ganz richtig ausgeführt wird, wäre es auch bei Bestand des Schulpatronats niemals eine Pflicht der Stadtgemeinde Budweis gewesen, alle Kosten des Schulhausbaues zu tragen, ohne sich bei den Concurrenten mit den betreffenden Theilkosten zu regressiren. Allein eben darin, daß die Stadtgemeinde eine Verbindlichkeit auf sich genommen hat, zu welcher sie „nach dem System“ in keiner Weise verpflichtet war, liegt der Grund, daß die Erörterung der Genesis des ihr zugestanden gewesenen Patronates, ob Vertrags- oder gesetzliches Patronat, für die Entscheidung dieses Streites ohne allen Einfluß ist. Gellagt wird auf Räumung aus dem Grunde des Precariums; durch die Vereinbarung vom 26. Jänner 1860 erweist aber die Ortschaftsgemeinde Elexnitz, daß sie für ihre Schule die Räumlichkeiten in dem Schlosse zu Elexnitz mit einem Privatrechtstitel, also nicht precario modo benützt, und deshalb muß die Klage unbedingt abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Urtheil. Gründe: Nach §. 368 der politischen Schulverfassung haben den Bau eines Schulgebäudes die Grundobrigkeiten, die Patrone und Gemeinden gemeinschaftlich dergestalt zu bestreiten, daß die Grundobrigkeiten die Baumaterialien, die Patrone die Auszahlung der Professionisten und die Gemeinde die Hand- und Zugrobot beitragen. Wenn daher nach Inhalt des kreisamtlichen Commissionsprotokolles vom 26. Jänner 1860 die Stadtgemeinde Budweis als Patron sich verpflichtete, die zwei Lehrzimmer für die Elexnitzer Schule, dann die Wohnung des Lehrers und Unterlehrers fortwährend im Elexnitzer Schlosse zu belassen, oder falls sie diese Localitäten bedürftigen sollte, auf alleinige Kosten der Stadtgemeinde ein anderes Schullocale zu erbauen, wobei nur im Falle eintretender Reparaturen die gesetzliche Concurrenzpflicht einzutreten habe, so hat die Stadtgemeinde hiemit jedenfalls eine Verpflichtung übernommen, welche ihr als Patron nach der gesetzlich bestimmten Concurrenzpflicht nicht oblag, und die daher auch durch die mit dem Gesetze vom 13. September 1864, L. G. Bl. Nr. 33, erfolgte Aufhebung des lediglich im Gesetze begründeten Schulpatronates nach §§. 1 und 3 dieses Gesetzes nicht aufgehoben wurde, welche Verpflichtung vielmehr sowohl nach §. 43 des Gesetzes v. 19. Februar 1870, L. G. Bl. Nr. 22, als nach §. 1 des Gesetzes v. 24. Februar 1873, L. G. Bl. Nr. 16, fortan zu wahren ist. Bei dem Bestand dieser Verbindlichkeit kann von einer bloß leihweisen Innehabung und Benützung der Localitäten im Elexnitzer Schlosse von Seite der belangten Schulgemeinde keine Rede sein und war daher das die Klage abweisende obergerichtliche Urtheil zu bestätigen.

Nr. 7982.

Folgen der unterlassenen speciellen Bestreitung der in der Klage selbst nicht einzeln wiederholten Ansätze des derselben beigeschlossenen Buchauszuges.

Entsch. v. 12. Mai 1879, Nr. 4785 (Best. des das Urth. des B. G. Hernals v. 20. Oct. 1879, Nr. 9854, abänd. Urth. des D. L. G. Wien v. 4. Februar 1880, Nr. 21177). Jur. Bl. 1880, Nr. 28.

In der gegen B angestellten Klage peto. Zahlung von 1163 fl. nebst Zinsen wurde von dem Kläger angeführt, daß er mit dem Beklagten seit dem Jahre 1864 in Geschäftsverbindung stehe, indem er demselben Wagen liefere, welche dieser in seinem Geschäfte als Erzeuger von Feuersprizen weiterveräußere, und daß der Beklagte ihm laut des (mit der Klage vorgelegten) aus seinen ordnungsmäßig geführten Handelsbüchern ausgezogenen Conto, zu dessen Beschwörung mit dem Erfüllungs- und dem Schätzungsseid er sich erbiere, den Betrag von 1163 fl. schuldig geworden sei. Der Beklagte bestritt die Richtigkeit des Conto im Allgemeinen, ohne gegen die einzelnen Posten desselben ausdrücklichen Widerspruch zu erheben, und stellte die ordnungsmäßige Buchführung des Klägers sowie die Uebereinstimmung des Conto mit den Handelsbüchern desselben in Abrede. — Nach Aufnahme des vom Kläger angebotenen Beweises durch Sachverständige über die letzteren zwei Punkte erlachte das Gericht erster Instanz gegen das Klagebegehren, weil es den zugelassenen Beweis als mißlungen betrachtete. — Von dem D. L. G., welches der entgegengesetzten Ansicht war, wurde dem Klagebegehren gegen den Erfüllungs- und Schätzungsseid des Klägers stattgegeben.

Auf die Revisionsbeschwerde des Beklagten bestätigte der oberste Gerichtshof das Urtheil der zweiten Instanz in der Erwägung, daß, da Beklagter, gegen die bestimmte Vorschrift des §. 5 a. G. D. die einzelnen Positionen des Klageconto, welcher als integrierender Bestandtheil der den Rechtstitel der Lieferung der darin specificirten Gegenstände allerdings enthaltenden, ausdrücklich darauf Beziehung nehmenden Klage zu betrachten ist, nicht widersprochen hat, dessen unbedingte Verurtheilung statthaft gewesen wäre; daß daher der Beklagte keinen Grund zur Beschwerdeführung gegen das obergerichtliche Urtheil hatte, mit welchem der Zuspruch an den Kläger von dem Erfüllungs- und Schätzungsseide desselben abhängig gemacht wurde.

Nr. 7983.

Summarisches Verfahren: Unzulässigkeit des Recurses gegen einen das Ausbleiben von der Eidestagfahrt für gerechtfertigt erklärenden Bescheid.

Entsch. v. 12. Mai 1880, Nr. 5337 (Aufheb. des das Decr. des O. L. G. Krakau v. 23. Juni 1879, Nr. 15935, abänd. Decr. des O. L. G. Krakau v. 5. Nov. 1879, Nr. 10548. G. S. 1880, S. 309.

Zur Ablegung des in dem Summarproceß des A wider B sententionirten Haupteides durch den Letzteren wurde der Termin anberaumt, allein von dem B nicht besucht, welcher zwei Tage vorher ein Gesuch um Erstreckung der Tagfahrt wegen Dringlichkeit einer nothwendigen Badereise eingereicht hatte. A, dem das Erstreckungsgesuch bei der Eidestagfahrt vorgewiesen wurde, protestirte dagegen und begehrte, daß in contumaciam des B der Eid für nicht abgelegt erklärt werde. — In erster Instanz wurde die Eidestagfahrt überlegt. — Auf den Recurs des A entschied das O. L. G., daß der Eid für nicht abgeschworen zu halten sei, weil B die vorgeschützte Krankheit und die Nothwendigkeit der unverzüglichen Badereise nicht nachgewiesen hat.

Dagegen recurrirte B an den obersten Gerichtshof, welcher den Appellationsrecurs des A als unzulässig erklärte und dessen Abweisung verordnete. Gründe: Der erste Richter hat das Ausbleiben des Belangten von der zur Ablegung des sententionirten Haupteides bestimmten Tagfahrt für gerechtfertigt erklärt, die Tagsetzung erstreckt und folgerecht das Ansuchen, daß dieser Haupteid als nicht abgelegt erklärt werde, zurückgewiesen. Gegen einen solchen Beschluß ist aber ein Recurs nach §. 46 des Gesetzes über den Summarproceß unzulässig.

Nr. 7984.

Unstatthaftigkeit der Löschung einer bei der Meistgebotsvertheilung vorläufig leer ausgehenden, aber auf eventuelle Ausfälle vorausgehender Forderungen gewiesenen Sackpost.

Entsch. v. 12. Mai 1880, Nr. 5494 (Best. des Decr. des O. G. Raabitz v. 17. Oct. 1879, Nr. 10979, Abänd. des Decr. des O. L. G. Prag vom 16. Februar 1880, Nr. 5826). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 6.

Bei der Vertheilung des Meistgebotes für die im Executionswege versteigerte Liegenschaft X ging die Hypothekarforderung des B per 1113 fl. wegen Unzulänglichkeit des durch die älteren von dem Ersucher A übernommenen Forderungen erschöpften Rauffschillings leer

aus. In dem gerichtlichen Meistgebotsvertheilungsbefehle wurde nun dem Ersteher das Recht, die obige Forderung löschen zu lassen, eingeräumt, zugleich aber die Bestimmung getroffen, „daß, wenn eine der zugewiesenen Forderungen aus dem Meistgebote nicht gezahlt werden mußte, sei es, weil sie bereits gezahlt oder weil sie aus einer Simultanhypothek zur Zahlung gelangt, eine neuerliche Zuweisung erfolgen werde“. Nach dem Eintritt der Rechtskraft dieses Befehles beehrte der Ersteher A die Einverleibung der Löschung der Forderung des B. — Das in erster Instanz abgewiesene Gesuch wurde von dem O. L. G. bewilligt in der Erwägung, daß der rechtskräftige Meistgebotsvertheilungsbefehl, mit welchem die Löschung der Forderung des B ausgesprochen wurde, auch wirksam sein muß und daß der darin gemachte Vorbehalt nachträglicher Anweisung dieser Forderung auf das Meistgebot der Löschung nicht entgegensteht, weil die Pfandrechte an der Liegenschaft X für die von dem A auf den Rausschilling übernommenen Forderungen stehen bleiben.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Entscheidung, weil der Meistgebotsvertheilungsbefehl zwar die Forderung des B dermalen als leer ausgehend anführt, allein den Befehl enthält, daß, wenn eine der zugewiesenen Forderungen aus dem Meistgebot nicht gezahlt werden mußte, sei es, weil sie bereits gezahlt ist, oder weil sie aus einer Simultanhypothek zur Zahlung gelangt, eine neuerliche Zuweisung erfolgen werde, daher, solange die Zuweisung des Meistgebots nicht endgiltig erfolgt ist, mit der Löschung des Pfandrechtes für die Forderung des B nicht vorgegangen werden kann.

Nr. 7985.

Meistgebotsvertheilung: Voraussetzungen der Zulässigkeit gerichtlicher Bestreitung eines als Vorzugspost angemeldeten Steuerrückstandes durch einen Realgläubiger.

Entsch. v. 12. Mai 1880, Nr. 5597 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. L. G. Wien v. 23. Jänner 1880, Nr. 7456 und des O. L. G. Wien v. 10. März 1880, Nr. 3580). Jur. Bl. 1880, Nr. 35.

Zur Vertheilung des Erlöses aus dem Zwangsverlaufe eines Hauses hat die Finanzprocuratur einen Hauszinssteuerrückstand als Vorzugspost angemeldet. Der erste Hypothekargläubiger, dessen Forderung bei Anweisung der Steuersumme auf das Meistgebot nicht mehr gedeckt war, wendete ein, daß die angemeldete Steuer bereits abgestattet sei, was von der Finanzprocuratur bestritten wurde. — Von beiden Untergerichten wurde die Steuerforderung als Vorzugspost auf den Kauf-

schilling angewiesen, weil durch die Bestätigung des Steueramtes nachgewiesen ist, daß die Hauszinssteuer im angemeldeten Betrage unberichtigt aushaftet und über die Behauptung des Hypothekargläubigers A, daß dieser Steuerrückstand nicht mehr zu Recht bestehe, nur im administrativen Wege entschieden werden kann. — A ergriff den a. o. Revisionsrecurs.

In Erwägung, daß bei der Entscheidung über die Vertheilung des Rausschillings einer im Executionswege versteigerten Realität nach Hofdec. vom 15. April 1825, J. G. G. Nr. 2089, und den übrigen die Vorrechte betreffenden Verordnungen, und nach Hofdec. v. 15. Jänner 1787, J. G. G. Nr. 621, nur der Grundbuchsstand und die gesetzlichen Bestimmungen über die mit einem Vorrechte versehenen Gläubiger maßgebend sind; daß die Finanzprocuratur bei der zur Liquidirung der Forderungen und Geltendmachung der Vorrechte anberaumten Tagssatzung die laut Bestätigung des Magistrates Wien als Steuerbehörde rückständige, unbestritten mit einem gesetzlichen Vorrechte vor den übrigen Gläubigern versehene Hauszinssteuer sammt Zuschlag im Betrage von angemeldet hat und von dem Executen der rechtliche aufrechte Bestand derselben nicht bestritten ward; daß der Hypothekar A, welcher nur gegen die angesprochene Priorität Einsprache zu erheben berechtigt ist, einen strikten urkundlichen Beweis der behaupteten Zahlung des Steuerrückstandes nicht beigebracht hat; daß demzufolge die Untergerichte ganz mit Recht die von der Steuerbehörde kraft ihres Wirkungskreises als rückständige Steuer angemeldete Steuer sofort ohne Vorbehalt auf den Rausschillingserlös zur Befriedigung angewiesen haben und den Interessenten anheimgestellt bleiben muß, ihre allfälligen Rechte bei den betreffenden Finanzbehörden zur Geltung zu bringen, — hat der oberste Gerichtshof den Recurs verworfen.

Nr. 7986.

Abgrenzung des streitigen Verfahrens vom nicht-streitigen:
Unzulässigkeit officioſer Regelung der gegenseitigen Besitzverhältnisse von Miterben nach erfolgter Einantwortung.

Entsch. v. 12. Mai 1880, Nr. 5685 (Best. des Decr. des B. G. Wienitz v. 1. August 1879, Nr. 452, Abänd. des Decr. des D. L. G. Kralan vom 20. Jänner 1880, Nr. 14308). G. S. 1880, Nr. 325.

Der ohne Testament verstorbene M hinterließ als Intestaterben seine Mutter, seine Ehefrau und zwei Schwestern, welchen die in der Grundwirthschaft X bestehende Verlassenschaft, deren Besorgung und Verwaltung während der Abhandlung der Witwe des Verstorbenen überlassen worden war, nach dem Rechte der gesetzlichen Erb-

folge eingewortet wurde. Nun beehrten die zwei Schwestern b Erblaffers, daß die Grundwirthschaft, resp. ihr Antheil an derselben der Witwe des M abgenommen und ihnen übergeben werde. — In erster Instanz wurde das Gesuch abgewiesen. — Das O. L. G. beordnete die Einführung der zwei Schwestern in die gemeinschaftliche Verwaltung der Grundwirthschaft mit Berufung auf den §. 145 b kaiserl. Patenten vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208 und §. 81 a. b. G. B., wornach den ausgewiesenen und erklärten Erben b Nachlaß allsogleich in Besitz und Verwaltung zu überlassen ist, in in der Erwägung, daß das Recht zum Besitz und zur Verwaltung dem Erben, welchem der Nachlaß bereits eingewortet worden ist um so mehr zusteht.

Der oberste Gerichtshof bestätigte den abweisenden Bescheid b ersten Instanz mit der Begründung, daß die Bestimmungen b §. 145 des kaiserl. Patenten vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208 und des §. 810 a. b. G. B. in Bezug auf die Verwaltung des Nachlasses sich lediglich auf Verfügungen während der Dauer der Erbverhandlung beziehen, sohin im vorliegenden Falle, wo b Verlassenschaft längst eingewortet wurde, nicht mehr zur Anwendung kommen können; daß ferner die Witwe des M, welcher die Besorgung und Verwaltung des Nachlasses während der Abhandlung überlassen wurde, im Besitze der Grundwirthschaft sich befindet und auf die Grundwirthschaft bereits während der Erbverhandlung Eigenthumsansprüche auf Grund der von ihr vorgelegten Schenkungsurkunde vom erhoben hat; daß es sich sonach um streitige Rechte zwischen den Erben des M handelt, über welche im Abhandlungswege überhaupt nicht und um so weniger nach beendigter Verlassenschaft abhandlung entschieden werden kann; daß ebensowenig im Wege der Execution des Einantwortungsdecretes nach §. 2 des cit. kais. Patenten eine Besitzentsetzung stattfinden kann, zumal auch streitig ist, ob b Besitz der Ehefrau des Erblaffers vor oder nach dem Tode desselben angefangen hat.

Nr. 7987.

Publicitätsprincip: Redlicher Erwerb einer executiv eingeworteten, aber nicht umgeschriebenen Hypothekalforderung.

Entsch. v. 13. Mai 1880, Nr. 4247 (Best. des das Urth. des O. L. G. Friedl. v. 24. Dec. 1879, Nr. 15947, abänd. Urth. des O. L. G. Brünn vom 23. Jänner 1880, Nr. 905). G. Z. 1881, Nr. 65.

Am 10. Jänner 1878 erwirkte A im Executionswege gegen seinen Schuldner C die Einantwortung der dem C gegen den B zu stehenden Forderung pr. 52 fl., welche damals in Streit versangen

war, und die gerichtliche Verständigung des B von der Einantwortung. Mit Urtheil vom 22. Juni 1878 wurde der Streit um die Forderung ausgetragen und B dem C zur Zahlung condemnirt. Am 15. November 1878 erwirkte C im Executionswege für die erflegte Forderung auf Grund dieses Urtheils die Einverleibung des Pfandrechts an einer Liegenschaft des B. Am 11. December 1878 wurde dieser Pfandsatz der D, Gläubigerin des C, im Executionswege eingewantwortet und die Einantwortung grundbücherlich vollzogen. Darauf belangte A den B auf Zahlung der 52 fl. — In erster Instanz wurde der Klage stattgegeben aus den nachstehenden Gründen: In Folge der dem B bekannt gegebenen Einantwortung der dem C gegen ihn zustehenden Forderung von 52 fl. an den A durfte B dieselbe nur dem A zahlen und war gehalten gegen jede nachher von anderer Seite in's Werk gesetzte Execution, somit gegen die von C erwirkte Pfandrechtsinverleibung und gegen die von der D erwirkte Einantwortung der Forderung die gesetzlichen Rechtsmittel des Recurses und der Opposition in Anwendung zu bringen. Die Gefahr zweimaliger Zahlung der Forderung (an den A und an die D), der B ausgesetzt ist, kann dem Rechte des A keinen Abbruch thun, zumal dem B immer frei steht, seinem Regreß an den C zu nehmen. — Das D. L. G. erkannte auf Abweisung der Klage mit folgender Begründung: Durch den richterlichen Einantwortungsbescheid vom 10. Jänner 1878 erhielt A allerdings einen Eigenthumsanspruch auf die von ihm eingeklagte Forderung (§. 424 a. b. G. B.). Da aber nachher die D in gutem Glauben und im Vertrauen auf das öffentliche Buch das bücherliche Eigenthum dieser Forderung und das von C dafür erwirkte Pfandrecht nach den §§. 425, 431, 445 und 451 a. b. G. B., und §. 315 a. G. D. erworben hat, B die Forderung der bücherlichen Eigenthümerin D zahlen muß und zu dem A, abgesehen von der gerichtlichen Einantwortung, in keinem Obligationsverhältnisse steht, so kann ihn der Letztere auf die Zahlung dieser Forderung nicht belangen, weil B sonst den eingeklagten Betrag zweimal zahlen müßte. Daß A die ihm eingewantwortete Forderung nicht realisiren kann, beruht auf seinem eigenen Verschulden, weil er, als C die Forderung gegen den B erflegt hatte, nicht sofort die zur Realisirung und Sicherstellung derselben erforderlichen Schritte eingeleitet hat. Ob B verpflichtet war, im Rechtsstreite gegen den C Einwendungen wegen der an den A erfolgten Einantwortung der Forderung zu erheben oder sonstige dahinzielende Schritte zu machen, und ob er sich wegen Unterlassung derselben in einem Verschulden befinde und daher dem A haftpflichtig sei, ist hier nicht zu erörtern, weil A gegen den B nicht die Schadenersatzklage angestellt hat.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 7988.

Nichteinrechnung des Postenlaufs in die Frist zur unmittelbaren Ueberreichung von Eingaben beim Obergericht.

Entsch. v. 19. Mai 1880, Nr. 5484 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Wien v. 31. März 1880, Nr. 3607). G. Z. 1881, Nr. 79.

In einem Proceß wurde das erstgerichtliche Urtheil von dem D. L. G. im Berufungswege cassirt, der Richter in den Ersatz der Kosten verfällt und den Parteien bedeutet, daß sie im Falle eines Ersatzanspruches das mit den gehörigen Beweisen versehene Verzeichniß der Schäden und Kosten binnen 14 Tagen dem D. L. G. vorzulegen haben. Eine der Parteien übergab das Verzeichniß ihrer Kosten am 13. Tage nach der Zustellung des obergerichtlichen Erkenntnisses der Postanstalt ihres Wohnortes, durch welche es am zweiten Tage darauf dem D. L. G. zukam. — Das D. L. G. wies die Eingabe als verspätet zurück.

Dagegen recurrirte die Partei an den obersten Gerichtshof, welcher in Erwägung, daß das auf die Appellationsbeschwerde ergangene Erkenntniß den Parteien am 8. März 1880 zugestellt worden ist; daß nach dem Wortlaute dieses Erkenntnisses das Verzeichniß von jedem Streittheile erwachsenen Schäden und Kosten nicht dem Richter erster Instanz, sondern unmittelbar dem D. L. G. vorzulegen war; daß nach den Bestimmungen der Hofdecr. vom 6. December 1784 Nr. 600, und vom 9. October 1813, Nr. 1071 der J. G. G., bei jenen Beschwerdeführungen und den darauf bezüglichen Eingaben, welche nicht beim Richter erster Instanz, sondern unmittelbar beim D. L. G. einzubringen sind, die Tage des Postenlaufes in die gesetzliche Frist nicht einzurechnen sind; daß die Partei das Kostenverzeichniß am 21. März, somit innerhalb der 14tägigen Frist, zur Weiterbeförderung bei der Post aufgegeben hat, die obergerichtliche Verordnung aufhob und dem D. L. G. austrug, mit Abstandnahme von dem angeführten Abweisungsgrunde das Gesuch der Partei meritorisch zu erledigen.

Nr. 7989.

Vollziehung von die Pfändung zur Sicherstellung bewilligenden Bescheiden ungarischer Gerichte im diesseitigen Gebiete.

Entsch. v. 19. Mai 1880, Nr. 5655 (Best. des Decr. des D. L. G. Wien v. 27. Februar 1880, Nr. 12782, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien v. 24. März 1880, Nr. 5166). G. Z. 1880, S. 386.

Während des bei dem Gerichtshof in Preßburg anhängigen Rechtsstreites der, A gegen den B wegen Zahlung einer Leibrente

wurde nach Vorschrift der ungar. Pr. O. die Pfändung, Transferirung und enge Sperre des in Wien befindlichen beweglichen Vermögens des B zur Sicherstellung der eingeklagten Forderung bewilligt und der Vollzug der Execution von dem V. G. Wieden in Wien auf Ansuchen des Proceßgerichts angeordnet. — Von dem D. L. G. wurde die Requisition des ungarischen Gerichtes zurückgewiesen in der Erwägung, daß der Vollzug einer nicht auf Grund eines rechtskräftigen Urtheiles eines ungarischen Gerichtes, sondern nur zur Sicherstellung bewilligten Execution weder nach den für die Execution ausländischer Urtheile geltenden allgemeinen Bestimmungen noch nach den bezüglich der Vollstreckbarkeit der in Ungarn bewilligten Executionen bestehenden Verordnungen, welche rechtskräftige Erkenntnisse voraussetzen, statthaft, und daß die Reciprocität bezüglich des Vollzuges sicherstellungsweiser Executionen nicht ausgewiesen ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Vollzugsanordnung. Gründe: In dem Erlaß des k. k. Justizministeriums vom 23. September 1862, Nr. 9627 wurde auf Grund des a. h. Rescripts vom 24. Juni 1862 ausgesprochen, daß die rechtskräftigen Erkenntnisse der österr.- nicht ungar. Civilgerichte bezüglich der in Ungarn befindlichen Vermögensschaften und umgekehrt die rechtskräftigen Erkenntnisse der ungarischen Civilgerichte in Bezug auf das in den übrigen Kronländern befindliche Vermögen ohne vorgängige Prüfung derselben durch eine andere Behörde unbedingt executionsfähig sind und daß demzufolge die ungarischen und die nicht ungarischen Civilgerichte der Monarchie den gegenseitigen an sie gelangenden Requisitionen und insbesondere auch jenen, in welchen der Vollzug der Execution auf ein im Bezirke des requirirten Gerichtes gelegenes Vermögen ersucht wird, unbedingt Folge zu leisten haben. Die Erlässe des k. k. Justizministeriums vom 7. September 1871, Nr. 9971 und vom 9. November 1872, Nr. 14028, haben das Princip gewahrt, daß das requirirende Gericht der einen, wie der anderen Reichshälfte bei dem Vollzuge der Requisition nach den Gesetzen des Landes, in welchem das in Execution zu ziehende Vermögen sich befindet, vorzugehen hat, mithin die Execution nur in der nach den Gesetzen dieses Landes zulässigen Weise zu vollziehen und alle zu diesem Zwecke erforderlichen Handlungen nach Maßgabe dieser Gesetze vorzunehmen sind. Wenn es nun bei dem Wortlaute des Justizministerialerlasses vom 23. September 1862, Nr. 9627, schon an und für sich nicht angeht, zwischen der Requisition um Vornahme einer Execution auf Grund eines rechtskräftigen Urtheiles und der Requisition um Vornahme einer nur zur Sicherstellung bewilligten Execution zu unterscheiden und in letzterer Beziehung einen Nachweis der Reciprocität zu fordern, da die Reciprocität sich schon aus den für die ungarischen ebenso wie für die diesseitigen Gerichte maßgebenden Bestimmungen des dem citirten Justizministerialerlasse

zum Grunde liegenden a. h. Rescriptes vom 24. Juni 1862 ergibt, so kann andererseits der Vollzug der von dem königl. ungarischen Gerichtshofe in Preßburg bewilligten Execution zur Sicherstellung auch nicht durch den Nachweis der Rechtskraft dieses Bescheides bedingt sein; denn die Vollziehbarkeit desselben ergibt sich aus dem vom erkennenden Gerichte selbst gestellten Vollzugsansuchen und die Vornahme einer sicherstellungsweisen Mobiliarpfändung wird auch nach den hierlands geltenden Gesetzen durch den gegen den bewilligenden Bescheid offenstehenden Recurs nicht gehemmt. Aus diesen Gründen mußte der erstrichterliche Bescheid aufrecht erhalten werden.

Nr. 7990.

Solidarische Darlehensschuld: Schuldverlaß? Persönliche Befreiung eines Mitschuldners oder Erlaß der Gesamtschuld?

Entsch. v. 20. Mai 1880, Nr. 3966 (Abänd. der Urth. des O. G. Menhaus v. 21. Oct. 1879, Nr. 12366 und des O. L. G. Prag v. 31. Dec. 1879, Nr. 36880). O. Z. 1881, Nr. 74.

A belangte die Eheleute B und C als Solidarschuldner auf Zurückzahlung eines Darlehens von 600 fl. B wendete ein, daß A ihm die Schuld im Jahre 1870 mit den Worten: „Behalte nur die 600 fl., Du wirst sie noch brauchen“, erlassen habe; die C wendete ein, daß ihr in späterer Zeit die Schuld von dem A mit den Worten: „Ich schenke Dir die 600 fl.“ erlassen worden sei. Von dem Kläger wurde die Ansführung des B als wahr bezeichnet und jene der C widersprochen. — In erster Instanz wurde B unbedingt freigesprochen, die C zur Zahlung der 600 fl. verurtheilt, wenn sie ihre obige Ansführung durch den Haupteid nicht beweist, und bei Herstellung des Beweises gleichfalls freigesprochen, aus folgenden Gründen: A hat durch seine Aeußerung gegen den B sich des Rechtes, das Darlehen von ihm zurückzufordern, begeben, und war somit nicht mehr befugt, dasselbe gegen ihn einzuklagen. Desgleichen kann er das Darlehen von der C nicht mehr begehren, wenn er ihr die Forderung geschenkt hat, und es mußte daher, da Kläger dies in Abrede stellt, auf den Haupteid über diesen Umstand erkannt werden. — Von dem O. L. G. wurde B unbedingt zur Zahlung der 600 fl. verurtheilt und in Betreff der C das erstgerichtliche Urtheil bestätigt. Die obergerichtliche Abänderung ist damit begründet, daß in der Aeußerung des A gegen den B, ihm das Darlehen noch weiters belassen zu wollen, ein Schuldverlaß nicht gelegen ist; daß diese Erklärung als ein Schuldverlaß um so weniger geedeutet werden darf, als es sich hier um einen schen-

tungsweisen Schulverlaß handeln würde, der aber aus der Aeußerung des A sich bestimmt und deutlich ergeben müßte, weil Schenkungen nicht vermuthet werden.

Auf die Revisionsbeschwerde des B erkannte der oberste Gerichtshof, daß B zur Zahlung der 600 fl. dann verpflichtet sei, wenn der in den untergerichtlichen Urtheilen der C vorbehaltene (Eid-) Beweis der angeblich von C ihr gemachten Schenkung nicht erbracht wird. Gründe: Die Ansicht des Obergerichtes, daß die Aeußerung des A zu dem B einen Schulverlaß nicht begründet, ist vollkommen zutreffend. Dagegen ist in der Erklärung des A gegen die C, daß er ihr die Forderung von 600 fl. schenke, mehr enthalten, als eine bloß der C für ihre Person gewährte Nachsicht oder Befreiung von der Schuld, weil durch die Schenkung einer Schuld auf das Recht, den geschenkten Betrag zu fordern, überhaupt verzichtet wird, und mit einer solchen Verzichtserklärung der Vorbehalt des Rechtes, gleichwohl die Forderung von dem Mitschuldner zu verlangen, sich nicht vereinigen läßt. Wird daher erwiesen, daß der Kläger die erwähnte Erklärung der C abgegeben hat, so ist auch B von seiner Solidарverpflichtung zur Zahlung des eingeklagten Darlehensbetrages befreit.

Nr. 7991.

Zulässigkeit eines Repliknachtrages. Unzulässigkeit der Leistung des Neuerungsseides durch den Advocaten, statt durch die Partei selbst. Kosten des Incidentstreites über die Legung von Neuerungen.

Entsch. v. 20. Mai 1880, Nr. 4667 (theilweise Best. des das Urth. des R. G. Wien v. 11. Nov. 1879, Nr. 68700, zum Theil abänd. Urth. des D. R. G. Wien v. 11. Februar 1880, Nr. 1729). Jur. Bl. 1880, Nr. 44.

In der schriftlich verhandelten Rechtsache der Actiengesellschaft A gegen den B erstattete die Klägerin die Replik und hat in einem besonderen Gesuch um die Gestattung der in der Replik vorgebrachten Neuerungen. Vor Abhaltung des auf dieses Gesuch anberaumten Verhandlungstermines überreichte die Klägerin einen Repliknachtrag und ein Gesuch um Bewilligung des Anbringens der in demselben enthaltenen neuen Umstände und Beweismittel und erbot sich zum Eide durch ihren Rechtsfreund Dr. C als freiwilligen Vertretungsleister, daß sie die Neuerungen des Repliknachtrages in der Klage nicht geflissentlich verschwiegen habe. Auch auf dieses Gesuch wurde eine Verhandlungstagfahrt angeordnet und der Repliknachtrag auf dieselbe gewiesen. In der Verhandlung machte der Beklagte geltend,

daß Nachträge zu Proceßschriften überhaupt unzulässig seien; sollte aber eine Theilung der Satzschriften, somit der Repliknachtrag als zulässig erachtet werden, so könnte das Anbringen der darin enthaltenen Neuerungen nur gegen Ablegung des Eides bewilligt werden, daß dieselben in der Klage und Replik nicht geflissentlich verschwiegen wurden, und müßte dieser Eid von der Proceßpartei selbst, nicht aber durch einen Vertretungsleister abgelegt werden. Darauf erklärte sich die Klägerin zwar bereit, den Eid, daß die Neuerungen des Repliknachtrages in der Klage und Replik nicht geflissentlich verschwiegen wurden, abzulegen, jedoch immer nur durch ihren Rechtsfreund Dr. C als freiwilligen Vertretungsleister, wogegen der Beklagte sich verwahrte. — Das Gericht erster Instanz entschied auf Abweisung des Gesuches um Gestattung der Neuerungen des Repliknachtrages aus folgenden Gründen: Das erste und das dritte Capitel der allgemeinen Gerichtsordnung bestimmen deutlich die Formen, in welchen sich die Proceßführung und der schriftliche Proceß zu bewegen hat, und es muß nach dem Inhalte dieser Vorschriften die Einbringung einer zweifachen Satzschrift zum Mindesten ohne Einwilligung des Gegentheiles geradezu als ausgeschlossen angesehen werden. Es war sonach das Vergehren um Zulassung von Neuerungen zum eingebrachten Repliknachtrage bei dem Widerstreben des Gegners abzuweisen. — Das O. L. G. bewilligte die Legung der im Repliknachtrag enthaltenen Neuerungen und verurtheilte den Beklagten zum Ersatz der Kosten des Incidentstreites im Betrage von 214 fl. 17 kr., wenn die Klägerin durch ihren Vertreter (nicht Vertretungsleister) den Eid ablegt, daß die in dem Repliknachtrage angeführten neuen Umstände in der Klage und Replik nicht geflissentlich verschwiegen wurden. Gründe: Die Bewilligung der Legung von Neuerungen im Repliknachtrage hängt vor Allem davon ab, ob überhaupt ein Repliknachtrag gestattet werden könne. Allerdings spricht die Gerichtsordnung von sechs Satzschriften und erwähnt eines Nachtrages zu einer solchen nicht. Es kann sich daher nur darum handeln, ob durch einen Nachtrag zur Replik die Principien der Gerichtsordnung oder das Proceßrecht des Gegentheiles verletzt werden oder nicht. Die Gerichtsordnung gestattet jedem Theile drei Satzreden, und darüber hinaus kann nicht gegangen werden. „Eine Theilung“ der Satzschriften ist in derselben nicht behandelt, daher ausdrücklich nicht untersagt; das Verbot derselben kann auch aus den §§. 47 und 48 a. O. D. nicht erschlossen werden und muß vielmehr unter der Voraussetzung, daß durch Einbringung des Repliknachtrages das Recht des Gegners zur Erstattung der folgenden Satzschrift nicht beeinträchtigt wird, der Nachtrag als ein „integrirender Bestandtheil der Replik selbst“ angesehen werden, auf welche der Gegner in der Duplik seine Einwendungen sowohl gegen die Zulässigkeit als gegen den Inhalt des Nachtrages, sowie gegen Veräufstchtigung bei der Proceßentscheidung anzubringen in der

Lage ist, worüber dann die weitere Verhandlung den folgenden Satzschriften und die Entscheidung dem Endurtheile vorbehalten bleibt. Im vorliegenden Falle wird aber der Beklagte in seinem Rechte nicht verkürzt, da bei Einbringung des Nachtrages die Replik noch gar nicht um die Duplik verbeschieden war. Der Repliksnachtrag kann aber auch wegen der Fristen nicht beanstandet werden, da eine Proceßschrift auch nach längst verstrichener Frist noch erstattet werden kann, sobald das Inrotulirungsgesuch noch nicht eingebracht ist. Unbedingt aber konnte die Legung nicht bewilligt werden, da die Einredeschrift nichts als Widersprechungen enthält, auf welche die Klägerin schon bei Einbringung der Klage gesagt sein mußte, und hier schon die Replik eine große Anzahl neuer Umstände und Beweismittel enthält. Was nun die Person betrifft, welche den Neuerungs Eid abzulegen hat, so kann dies nur die Proceßpartei selbst sein und nicht eine dritte Person, wenn sie auch dem Streite als Vertretungsleister beigetreten ist und zur Beischaffung der Behelfe und Beweise mitgewirkt hat, da diese dritte Person in keiner Weise einen Eid des Wissens für andere ablegen kann, der Proceßpartei aber die Angabe und Mittheilung der Beweismittel an ihren Vertreter obliegt, daher auch sie den Eid, daß sie wissentlich nichts verschwiegen habe, abzulegen vermag. Die Entscheidung über die Kosten gründet sich auf die §§. 24 und 26 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69. — Beide Theile ergriffen das Rechtsmittel der Revision. Die Klägerin beschwerte sich vornehmlich dagegen, daß die Ablegung des Neuerungs Eides durch einen Vertretungsleister für unzulässig erklärt wurde; der Beklagte führte an, 1. daß der Repliksnachtrag als principiell unzulässig abzuweisen, 2. daß auf den von der klagenden Bank abzulegenden Eid nicht zu erkennen war, da ein solcher Eid von der Klägerin gar nicht angeboten ward, und beschwerte sich 3. gegen die Höhe der ihr zugesprochenen Kosten, weil in diesen Kosten auch jene des Legungsgesuches im Betrage von 135 fl. 41 kr. enthalten sind, für welche er keinesfalls aufzukommen habe.

Von dem obersten Gerichtshof wurde die Revisionsbeschwerde der Klägerin verworfen, und auf jene des Beklagten das obergerichtliche Urtheil in dem Punkte der gegen Ablegung des sententionirten Eides bewilligten Legung der Neuerungen des Repliksnachtrages bestätigt, in dem Kostenpunkt hingegen dahin abgeändert, daß im Falle des Obfiegens der Klägerin im Incidentstreit, der Beklagte die Kosten desselben mit Ausscheidung der für das Legungsgesuch angelegten Kosten pr. 135 fl. 41 kr., bezüglich welcher die Entscheidung dem Hauptproceß vorbehalten bleibt, im Betrage von 78 fl. 76 kr. (statt 214 fl. 17 kr.) zu ersetzen habe. Gründe: Das O. L. G. hat in Ermangelung anderer Behelfe, aus welchen zu entnehmen wäre, daß die angebrachten Neuerungen in der Klage und Replik nicht geflissentlich verschwiegen wurden, mit Recht auf den im §. 48 a. G. D.

vorgeschriebenen Eid erkannt und in seinen Motiven hinreichend wiesen, daß dieser Eid als ein Eid des Wissens nur von der Vertretung der klagenden Actiengesellschaft gesetzlich berufenen Vertretenden, nicht aber von einem Vertretungsleister abzulegen ist, war daher die Revisionsbeschwerde der Klägerin, welche sich eine außerordentliche darstellt, weil sie gegen das der Klägerin gegünstige Urtheil der zweiten Instanz gerichtet ist, wegen Abganges der Revisionsbegründung vom Hofocr. v. 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 100 zu verwerfen. Was die ordentliche Revisionsbeschwerde des Beklagten und zwar Punkt 1 und 2 derselben betrifft, so wurde bereits in den obergerichtlichen Entscheidungsgründen umständlich erörtert, und der Repliksnachtrag als ein integrierender Bestandtheil der Replik angesehen ist, auf welche der Beklagte seine Einwendungen in der erstattenden Duplik anzubringen in der Lage ist; und nach der Revisionsbewilligung ohnehin nur gegen Ablegung des im §. 401 a. G. D. vorgeschriebenen Eides erteilt wurde, so findet diese Revisionsbeschwerde hierin seine hinreichende Erledigung. Es verbleibt daher nur noch um die im dritten Punkte der Revisionsbeschwerde angeregte Kostenfrage handeln. In dieser Beziehung muß nun unterschieden werden zwischen den Kosten, welche für die Revisionsantragstellung angelegt werden und sich auf den namhaften Betrag von 135 fl. 41 kr. belaufen, und den für die Verhandlung über die Revisionsbegründung entstandenen Kosten, welche mit 78 fl. 17 kr. bestimmt sind. Daß über die letzteren Kosten in dem Urtheile entschieden ist, ergibt sich aus der Vorschrift des §. 401 a. G. D. des Hofocr. vom 27. September 1792, J. G. G. Nr. 53 und ebenso kann es wohl keinem begründeten Zweifel unterliegen, daß bei dieser Entscheidung nach den im Allgemeinen bestehenden Vorschriften über den Kostenersatz, wornach der unterliegende Partei der Ersatz der Kosten des Gegners verfällt werden soll, vorzugehen ist, da eine besondere gesetzliche Vorschrift diesfalls nicht besteht, die in dem Patente vom 1. Juli 1790, J. G. G. Nr. 31 für die Restitution wegen versäumter Fallfrist erlassene Vorschrift als eine streng auszulegende Ausnahme nicht hierher herangezogen werden kann. Anders verhält es sich aber mit den Kosten, die der Revisionsantrag selbst betreffen und auf welche im vorliegenden Falle bei dem bedeutenden Betrage von 135 fl. 41 kr., also beinahe ein Drittel der Gesamtkosten per 214 fl. 17 kr. ein besonderer Rücksicht genommen werden muß. Zum Ersatz dieser Kosten könnte der Antragsteller selbst wenn er im Revisionsstreit unterliegt, nach dem Gesetz v. 1. April 1874, R. G. Bl. Nr. 69, nur dann angehalten werden, wenn es ergäbe, daß sie zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig waren, worüber aber erst in der auf Grundlage des ganzen Actenmaterials zu fällenden Entscheidung der Hauptsache entschieden werden kann.

Nr. 7992.

**Unzulässigkeit der Zurückweisung der Sequestrationsrechnung
a limine wegen Mangels von Belegen.**

Entsch. v. 25. Mai 1880, Nr. 5470 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des R. G. Tarnow v. 19. Juni 1879, Nr. 7907 und des D. L. G. Aralan v. 10. Dec. 1879, Nr. 16159). G. S. 1880, S. 329.

Auf den a. o. Recurs des Sequesters A gegen die gleichförmigen untergerichtlichen Verordnungen, womit ihm seine Verwaltungsrechnung wegen Mangels von Beilagen zur Ergänzung zurückgestellt wurde, — hat der oberste Gerichtshof entschieden, daß die Rechnung dem Executionsführer nach §§. 393 und 423 westgal. G. D. zur Genehmigung oder Bemängelung mitzutheilen ist, weil in Streit-
sachen nach §. 1 ibid. von Amtswegen nicht vorgegangen werden darf.

Nr. 7993.

**Verbot: Unzulässigkeit des Ersatzes des Nachweises der
Forderung durch Cautionslegung.**

Entsch. v. 25. Mai 1880, Nr. 5965 (Best. des das Decr. des R. G. Wien v. 24. Mai 1879, Nr. 2971, abänd. Decr. des D. L. G. Aralan v. 29. Dec. 1879, Nr. 16878). G. S. 1880, S. 320.

Der oberste Gerichtshof entschied, daß nach §§. 376 und 377 westgal. G. D. auch zur Verbotsbewilligung gegen Caution Beweismittel erforderlich sind, wodurch sich der Verbotswerber als Gläubiger des Gegners legitimirt; daß daher für eine mit nichts bescheinigte Forderung das Verbot selbst nicht gegen Caution bewilligt werden darf.

Nr. 7994.

**Unzulässigkeit der Umwandlung der executiven Pfändung
einer Forderung des inzwischen in Concurs gerathenen
Executen in executive Einantwortung.**

Entsch. v. 25. Mai 1880, Nr. 6044 (Best. des das Decr. des R. G. Tetschen v. 27. Jänner 1880, Nr. 835, abänd. Decr. des D. L. G. Brünn vom 6. April 1880, Nr. 3896). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 33.

A erwirkte die Pfändung einer Forderung seines Schuldners B und sodann die Bewilligung der Feilbietung derselben. Vor dem

Vicitationstermine wurde über das Vermögen des B der Concurſ eröffnet und A ſtellte nun, von der Feilbietung zurücktretend, das Begehren um executive Einantwortung der Forderung. — In erſter Inſtanz wurde ihm die Forderung mit dem Beiſatz „unbeſchadet früherer Rechte“ (d. i. der älteren Pfandrechte anderer Gläubiger des B) eingewantwortet. — Von dem D. L. G. wurde das Geſuch des A abgewieſen.

Der oberſte Gerichtshof beſtätigte die obergerichtliche Entſcheidung in der Erwägung, daß nach §. 12, Nr. 2 der E. O. die Execution zur Geltendmachung eines vor der Concurſeröffnung erworbenen Pfandrechts allerdings nach eröffnetem Concurſ erwirkt und fortgeſetzt werden kann, im vorliegenden Falle aber es ſich nicht um dieſe, ſondern um eine andere Executionsart (Einantwortung der gepfändeten Forderung ſtatt des gerichtlichen Verkaufes derſelben und der Befriedigung aus dem Meiſtgebot) handelt.

Nr. 7995.

Cautio actoria: Hemmung des Proceſſes bis zum Erlage der dem Kläger auferlegten Ergänzung derſelben.

Entſch. v. 31. Mai 1880, Nr. 3570 (Beſt. der Decr. des k. k. Wien' vom 30. Dec. 1879, Nr. 188804 und des D. L. G. Wien v. 3. Februar 1880, Nr. 1781). Jur. Bl. 1880, Nr. 37.

A belangte den B auf Zahlung einer Geldforderung und legte unter Einem 300 fl. als actoriſche Cautio. Der Beklagte begehrte die Erhöhung der Cautio bis 800 fl. — Von dem Gerichte erſter Inſtanz wurde dem Kläger aufgetragen, weitere 300 fl. zur Sicherſtellung der Proceßkoſten zu erlegen oder den Paupertätseid zu ſchwören, widrigenſ das Verfahren in der Hauptsache auf Verlangen des Beklagten ſuspendirt werden würde. — Von dem D. L. G. wurde dem Kläger unter Androhung der nämlichen Rechtsfolge der Cautionszuſchuß von 500 fl. auferlegt. — A ergriff den Reviſionsrecurs, in welchem er die von beiden Untergerichten ausgesprochene Sanction als geſetzwidrig anfocht: Die Siſtirung des Verfahrens in der Hauptsache ſei nach §. 406 a. G. O. nur dann ſtatthaft, wenn für die Proceßkoſten keine Sicherheit geleistet wurde; iſt aber eine ſolche ſchon beſtellt worden und handelt es ſich um eine dem Kläger aufgetragene Ergänzung der Cautio, ſo könne dieſelbe nur auf dem Wege der Execution, nicht durch Einſtellung des Verfahrens erzwungen werden.

Der oberſte Gerichtshof verwarf den Recurs in der Erwägung, daß nach §. 408 a. G. O. durch das vom Beklagten angebrachte

Begehren um Erhöhung der vom Kläger bestellten actorischen Caution das Verfahren in der Hauptsache während des über dieses Begehren schwebenden Nebenstreites allerdings nicht gehemmt wird, daß aber in dem Falle, wo die Unzulänglichkeit der vom Kläger bestellten actorischen Caution bereits durch gerichtliches Erkenntniß ausgesprochen und dem Kläger die Bestellung einer größeren Sicherheit aufgetragen wurde, der Beklagte nicht angehalten werden kann, vor Erfüllung dieses Auftrages auf die Klage Rede und Antwort zu geben, da die Bestellung einer unzulänglichen Caution dieselbe Wirkung haben muß, welche nach §. 406 a. G. D. die unterlassene Sicherstellung für die Gerichtskosten hat.

Nr. 7996.

Streithängigkeit: Unzulässigkeit abgesonderter Einklagung der abgesondert versprochenen Zinsen einer eingeklagten Wechselschuld?

Entsch. v. 1. Juni 1880, Nr. 6121 (Best. des das Urth. des B. G. Lauent v. 5. Dec. 1876, Nr. 7920, abänd. Urth. des O. L. G. Arslan v. 10. Dec. 1879, Nr. 14287). Jur. Bl. 1881, Nr. 24.

Nachdem A auf einen gegen B beim Handelsgericht eingeklagten Wechsel den Zahlungsbefehl erwirkt hatte, belangte er den B bei dessen ordentlichem Personalgericht wegen Zahlung von Zinsen der Wechselschuld auf Grund des ihm von B abgesondert ausgestellten Zinsenversprechens.

Der oberste Gerichtshof hat die Klage abgewiesen, weil das Handelsgericht über die Hauptschuld des B mit dem ertheilten Zahlungsauftrag bereits rechtskräftig erkannt hat und es nicht angeht, über eine Nebenverbindlichkeit abgesondert dort zu erkennen, wo nicht zugleich auch über die rechtliche Natur des Hauptgeschäftes verhandelt wurde.

Nr. 7997.

Verpflichtung der Nacherben zur neuerlichen Entrichtung (gesetzlicher) Nachlaßgebühren.

Entsch. v. 1. Juni 1880, Nr. 6314 (Best. der gleichförmigen Decr. des L. G. Wien v. 16. Jänner 1880, Nr. 2352 und des O. L. G. Wien vom 23. März 1880, Nr. 4974). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 33.

Die M setzte den N als Universalerben ein und substituirte ihm für zwei von ihr hinterlassene Liegenschaften fideicommissarisch ihre

Keffen A, welche nach dem Tode des N die Zuweisung des Substitutionsvermögens ohne Abzug der gesetzlichen Gebühren (Schulbeitrag und Beiträge zum allgemeinen Krankenhaus und zum allgemeinen Versorgungsfond in Wien) ansuchten, weil dieselben nur einmal zu zahlen und in der Abhandlung des Nachlasses der M als berichtigt ausgewiesen seien. — Beide Untergerichte entschieden, daß die obigen Gebühren von dem Substitutionsvermögen zu bemessen seien. — Von dem D. L. G. wurde hierbei insbesondere auf die Bestimmung des §. 26 des Gesetzes v. 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, hingewiesen, wornach in dem Falle, wenn der Verstorbene außer seinem frei vererblichen Vermögen ein mit fideicommissarischer Substitution behaftetes Vermögen hinterließ, das letztere als eine besondere Erbschaftsmasse der Abhandlung zu unterziehen ist.

Der a. o. Revisionsrecurs der substituirtten Legatäre wurde von dem obersten Gerichtshof verworfen, weil die angefochtenen Entscheidungen weder eine offenbare Gesetz- oder Actenwidrigkeit, noch eine Nullität enthalten. (§. 16 des Patentgesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208.)

Nr. 7998.

Unzulässigkeit der Executionsführung auf die aus der noch fortbauernenden Gütergemeinschaft erwachsenden Rechte eines Ehegatten.

Entsch. v. 1. Juni 1880, Nr. 6395 (Best. des das Decr. des D. L. G. Wien v. 20. Februar 1880, Nr. 10436, abänd. Decr. des D. L. G. Wien vom 6. April 1880, Nr. 5648). Jur. Bl. 1880, Nr. 37.

Auf Grund der von den Eheleuten B und C geschlossenen Gütergemeinschaft wurde das Recht des B zur Gemeinschaft bei dem der C gehörenden Hause X intabulirt (§. 1236 a. b. G. B.). Zur Hereinbringung einer Forderung gegen den B beehrte A im Executionswege die Einverleibung des executiven Pfandrechtes bei dem mit der Einverleibung des Rechtes zur Gütergemeinschaft nach §. 1236 a. b. G. B. erworbenen dinglichen Rechte des B an der Hälfte der Substanz des Hauses X. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz, weil das Recht eines Ehegatten zur Gütergemeinschaft nach §. 1234 a. b. G. B. nur als ein eventuelles, den Tod des anderen Ehegatten, rücksichtlich die Auflösung der Ehe voraussetzendes Recht sich darstellt und die im §. 1236 ibid. bezeichneten Rechtsfolgen der grundbücherlichen Eintragung dieses Rechtes bei der Realität des anderen Eheheiles nur in dem Verhältnisse zu dem Letzteren begründet werden.

Nr. 7999.

Gerichtliche Bestimmung der dem Advocaten durch Vertretung des Erstehers einer executiv feilgebotenen Liegenschaft erwachsenen Expensenforderung.

Entsch. v. 1. Juni 1880, Nr. 6407 (Aufheb. des das Decr. des L. G. Prag v. 31. Jänner 1880, Nr. 2694, abänd. Decr. des D. L. G. Prag vom 23. März 1880, Nr. 9016). Jur. Bl. 1880, Nr. 35.

B, Erster einer im Executionswege versteigerten Liegenschaft, ließ sich bei der Meistgebotsvertheilung durch den Advocaten A vertreten. Nach Durchführung derselben überschickte A seinem Clienten die Deservitenrechnung, welche B nicht berichtigte, sondern nach Verlauf von zwei Jahren dem Executionsgericht mit der Bitte um gerichtliche Adjustirung (Hofdecr. v. 4. October 1833, J. G. G. Nr. 2633) vorlegte. Der Advocat A, welchem das Gesuch des B zur Abgabe seiner Äußerung zugestellt wurde, erklärte dasselbe für unstatthaft, weil das citirte Hofdecret nur den Fall vor Augen habe, wenn der Advocat gegen seinen Clienten um die Nichtigstellung der Kosten bei Gericht einschreitet; weil B die ihm vor zwei Jahren zugesandte Rechnung nicht beanständet, somit nach §. 863 a. b. G. B. stillschweigend als richtig genehmigt habe; weil derselbe von ihm (A) bereits auf Anerkennung der Deservitenrechnung belangt worden sei und, so lange diese Klage nicht abgewiesen ist, eine gerichtliche Adjustirung nicht eintreten könne. — In erster Instanz wurde die Adjustirung der Rechnung vorgenommen. — Von dem D. L. G. wurde das Adjustirungsgesuch des B mit der Begründung abgewiesen, daß der Richter gemäß §. 425 a. G. D. und Hofdecr. v. 4. October 1833, J. G. G. Nr. 2633, nur die im Verfahren in Streitsachen erwachsenen Kosten zu bestimmen hat, die hier in Frage stehenden Kosten aber sich auf Geschäfte im nicht streitigen Verfahren beziehen.

Der oberste Gerichtshof trug dem D. L. G. auf, in der Sache selbst zu entscheiden, weil abgesehen davon, daß es sich hier um Gebühren und Kosten handelt, die der Advocat A für die dem B in einer Executionssache, mithin in einer Angelegenheit des streitigen Verfahrens geleistet hat, weder der Schlußsatz des §. 425 a. G. D., welcher im Capitel 38, „Von den Advocaten“ steht, noch das Hofdecr. v. 4. October 1833, J. G. G. Nr. 2633, eine Beschränkung des Befugnisses des Richters zur Bestimmung der Advocatengebühren auf die aus Anlaß der Vertretung in Processen auflaufenden Gebühren ausspricht, das citirte Hofdecret vielmehr ganz allgemein bestimmt, daß die Gebühren der Advocaten von jenem Richter, vor welchem das Geschäft (ohne zu unterscheiden, ob es eine Streitsache, oder eine nichtstreitige Angelegenheit betrifft), woraus sie entstanden sind, verhandelt wurde, zu liquidiren sind.

Nr. 8000.

Unstatthaftigkeit eines Gebührenanspruchs des Notars für die Vornahme der executiven Feilbietung von Mobilien im Werthe unter 100 fl.

Entsch. v. 1. Juni 1880, Nr. 6487 (Best. des Decr. des R. G. Czernowitz v. 31. Jänner 1880, Nr. 1660, Abänd. des Decr. des D. L. G. Lemberg v. 2. März 1880, Nr. 5345). G. Z. 1880, Nr. 68.

Dem Notar A als Gerichtskommissär wurde die executive Versteigerung von auf 48 fl. geschätzten Mobilien in Czernowitz übertragen. Nach Vornahme derselben, bei welcher ein Erlös von 73 fl. erzielt wurde, begehrte der Notar den Zuspruch von Commissionsgebühren im Betrage von 7 fl. 80 kr. und die Ausfolgung dieser Summe aus dem Feilbietungserlös. — Das in erster Instanz nach §. 4 der Justizministerialverordnung v. 7. Mai 1860, R. G. Bl. Nr. 120, abgewiesene Gesuch wurde von dem D. L. G. bewilligt. Nach der Ansicht des Obergerichtes trifft der vom ersten Richter angerufene §. 4 der Verordnung vom 7. Mai 1860 im gegenwärtigen Fall nicht zu, weil nach §. 27 des Gebührentarifes der Notare v. 21. Mai 1855, R. G. Bl. Nr. 94, nur bei Todfallsaufnahmen, wenn das Vermögen den Betrag von 100 nicht erreicht, der Notar nichts ansprechen kann, in allen übrigen Fällen aber namentlich für die Vornahme einer Feilbietung demselben eine entsprechende Vergütung gebührt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung. Gründe: In dem §. 183 der Not.-Ordn. v. 21. Mai 1855, welcher sammt dem Gebührentarife in der Not.-Ordn. vom 25. Jul 1871, R. G. Bl. Nr. 75, ausdrücklich aufrecht erhalten worden ist, werden jene Geschäfte in und außer Streitsachen, angeführt, zu deren Vornahme die Notare verwendet werden dürfen, und der §. 27 des Gebührentarifes bestimmt, daß der Notar für eine Todfallsaufnahme in Orten, wo er allgemein delegirt ist, nichts anzusprechen hat, wenn der inventirte Werth des Vermögens 100 fl. nicht erreicht. In der ebenfalls aufrecht erhaltenen Verordnung vom 7. Mai 1860 wurde bestimmt, daß zur Besorgung der im §. 183 angeführten Geschäfte in und außer Streitsachen in Orten, wo Gerichtshöfe bestehen (was in Czernowitz der Fall ist), Notare bestellt werden müssen. Dadurch wurde nun der Umfang der Thätigkeit der Notare erweitert, indem ihnen Geschäfte ausschließlich zugewiesen werden, zu denen sie vordem nur verwendet werden konnten; dafür bestimmt nun der §. 4 dieser Verordnung allgemein, daß die Notare die ihnen übertragenen Amtshandlungen, wenn der Werth des Vermögens, in Ansehung dessen sie vorgenommen werden, 100 fl. nicht erreicht, unentgeltlich zu besorgen haben. Da nun der Werth der auf 48 fl. geschätzten und um 73 fl. versteigerten Mobilien den Betrag von 100 fl. nicht erreicht, so hat

das Gericht erster Instanz mit Recht den §. 4 der Verordnung vom 7. Mai 1860 zur Anwendung gebracht und es muß diese Anwendung um so mehr als zutreffend erlaunt werden, als im Schlusse dieses Paragraphen gesagt wird, daß die übrigen Bestimmungen des Gebührenentariess unberührt bleiben, was ganz überflüssig wäre, wenn unter den gebührenfreien Geschäften nur die Todesaufnahmen zu verstehen wären.

Nr. 8001.

Haftung des um Concurseröffnung erfolglos ansuchenden Gläubigers für die hieraus erwachsenen Kosten.

Entsch. v. 2. Juni 1880, Nr. 6473 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. O. Odenburg v. 23. März 1880, Nr. 2510 und des D. L. O. Prag v. 20. April 1880, Nr. 11858). Jur. Bl. 1880, Nr. 32.

Von dem D. L. O. wurde das in erster Instanz abgewiesene Gesuch des A um Eröffnung des Concurses über das Vermögen des B bewilligt und die Concurseröffnung angeordnet. Im Revisionswege bestätigte der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Abweisung des Gesuches des A. — In Folge dessen wurde von dem Gerichte erster Instanz der bereits eröffnete Concurse wieder aufgehoben und dem A der Ersatz der Concurskosten (Gebühren der Insertion des Concursdictes und Kosten der Aufnahme des Vermögensinventars) aufgetragen. — Das D. L. O. bestätigte diesen von A angefochtenen Auftrag, weil grundsätzlich Derjenige, welcher gerichtliche Amtshandlungen veranlaßt hat, zum Ersatz der dadurch erwachsenen Kosten verpflichtet ist, wenn der von ihm angestrebte Erfolg nicht erzielt wurde, und, da die Concursordnung in Betreff der zur Frage stehenden Kosten eine von diesem Rechtsgrundsatz abweichende Bestimmung nicht enthält, derselbe consequenterweise auch im vorliegenden Falle in Anwendung kommen muß.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs des A mit Bezugnahme auf die Motive des D. L. O.

Nr. 8002.

Verabredung einer monatlich verfallenden Conventionalstrafe für die unterbleibende Rückzahlung einer hypothecirten Darlehensschuld: Unterbrechung der Verpflichtung zur Bezahlung derselben während der Liquidirung und Vertheilung des Erlöses aus der Veräußerung der Hypothek

Entsch. v. 2. Juni 1880, Nr. 6532 (Abänd. der gleichförmigen Dec. des O. L. G. Wien v. 9. Jänner 1880, Nr. 63688 und des O. L. G. Wien v. 9. März 1880, Nr. 3154). Jur. Bl. 1880, Nr. 43.

In dem Schuldbriefe, welchen B dem A über ein verzinssliches Darlehen von 1500 fl. ausstellte, verpflichtete er sich, für den Fall der Versäumung des zur Zurückzahlung bestimmten Termines zur Zahlung eines Pönale von 75 fl. für jeden Monat der Mora. Nach dem A zur Sicherstellung seiner Forderung die Intabulation des Pfandrechtes an dem Hause X seines Schuldners erwirkt hatte, wurde dasselbe in Execution gezogen und am 22. August 1879 zwangsweise verkauft. Nun meldete A zur Vertheilung des Meistgebots das Capital, die Zinsen und das Pönale an, das Letztere bis zum Tage der Zahlung des Capitals. — Gegen den Widerspruch nachfolgender Hypothekare wurde in erster Instanz das Pönale in der angemeldeten Ausdehnung, d. i. bis zur effectiven Zahlung des Capitals, auf das Meistgebot angewiesen, weil das Pfandrecht für dieses Pönale grundbücherlich einverleibt ist und die Anweisung des Capitals auf das Meistgebot der Zahlung nicht gleichgehalten werden kann. — Das O. L. G. bestätigte die von den besagten Hypothekaren angefochtene Entscheidung, worauf sie den a. o. Revisionsrecurs ergriffen.

In Erwägung, daß A die Zahlung des Capitals aus der in Executionswege veräußerten Hypothek in Anspruch nimmt; daß diese Zahlung nach den Vorschriften der Gerichtsordnung erst nach vorgängiger Liquidirung und Vertheilung des Meistgebots erfolgen kann; daß daher bei dem Aufschub derselben bis zur Anweisung auf das Meistgebot von einer Mora, welche die Pflicht zur Zahlung des Pönale von 75 fl. aus der Hypothek für jeden Monat des Säumnisses nach sich ziehen würde, keine Rede sein kann; daß andererseits die Recurrenten selbst die Anweisung des Pönale (über den 22. August 1879, als den Versteigerungstag, hinaus) bis zum 15. October auf den Aufschilling zugestehen, — hat der oberste Gerichtshof dasselbe bis zu diesem Tage auf das Meistgebot angewiesen und das Begehren des A um Anweisung des Pönale über den 15. October 1879 hinaus bis zur Zahlung des Capitals verworfen.

Nr. 8003.

Zeitpunkt des Anfalls und der Transmiffion einer fideicommissarischen Erbschaft.

Entsch. v. 8. Juni 1880, Nr. 5356 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des S. O. Pissus v. 20. Oct. 1878, Nr. 10176 und des D. L. G. Triest vom 29. August 1879, Nr. 2337). Jur. Bl. 1880, Nr. 28.

M hat seinen kinderlosen Sohn C als Erben eingesetzt und auf den Todesfall desselben den D fideicommissarisch substituirt. C überlebte den D, welcher von dem B beerbt wurde, und hinterließ als seinen Erben den A. Da B sich eigenmächtig in den Besitz der Erbschaft des M gesetzt hatte, trat A gegen ihn klagend auf mit dem Begehren, daß die von M angeordnete fideicommissarische Substitution des vor dem C verstorbenen D in Folge seines Todes für erloschen erklärt und B zur Herausgabe der Erbschaft des M verurtheilt werde. — Von beiden Untergerichten wurde die Klage mit der Begründung abgewiesen, daß der fideicommissarische Nacherbe D das Recht der Succession in den Nachlaß des M schon mit dem Tod des Letzteren erworben, folglich auf seinen Erben, den Beklagten, transmittirt habe.

Von dem obersten Gerichtshof wurde dem Klagebegehren stattgegeben. Gründe: In Folge der Erbeinsetzung des C mit fideicommissarischer Substitution des D (§. 608 a. b. G. B.) wurde C nach §. 613 a. b. G. B. als Fiduciarerbe beschränkter Eigenthümer des von M hinterlassenen Vermögens mit den Rechten und Pflichten eines Fruchtnießers. Diese Beschränkung hörte mit dem Tode des substituirtten D auf, weil dieses Ereigniß vor dem Tode des C, also vor dem Fall eintrat, für welchen D substituirt war. Die fideicommissarische Substitution des D war eine suspensiv bedingte Erbseinssetzung desselben, davon abhängig gemacht, daß er den Tod des Fiduciarerben erlebt, es kamen somit die Bestimmungen des §. 703 a. b. G. B. zur Anwendung. Im Widerspruche mit diesen Grundsätzen und daher unhaltbar ist die Ansicht der Untergerichte, welche mit Berufung auf die §§. 537 und 705 a. b. G. B. annahmen, daß die Erbseinssetzung des fideicommissarischen Erben keine bedingte sei; daß vielmehr derselbe bereits mit dem Tode des Erblassers das Recht der Nachfolge erworben habe; daß nur die Ausübung dieses Rechtes bis zu einem Zeitpunkte, welcher kommen mußte, dem Tode des Fiduciarerben nämlich, aufgeschoben war; daß daher dieses Recht gleich jedem anderen auf den Beklagten, als Erben des fideicommissarischen Substituten D, übergegangen sei. Diese Ansicht kann um so weniger als die richtige gelten, als auch nicht zugegeben werden darf, daß es Absicht und Wille des M gewesen sei, die Erben des eigenen Sohnes von der Erwerbung seines Nachlasses vollständig auszuschließen, da sein Sohn noch erbfähige Nachkommen erhalten konnte, in welchem Falle die Substitution nach §. 617 a. b. G. B. von selbst erloschen

wäre und die Interessenten C und D selbst in dem gerichtlichen Protokoll vom dies anerkannten, indem sie übereinstimmend den Willen des M in dem Sinne interpretirten, daß es dem Fideuciarerben C freistehe, nach eigenem Gutdünken mittelst Testamentes über das vom Vater ererbte Vermögen zu verfügen. Das Recht des fideicommissarischen Erben, den Nachlaß zu erhalten, war demnach nicht nur bis zu einem sicher eintretenden Ereignisse, dem Tode des Fideuciarerben, aufgeschoben, dasselbe konnte vielmehr von diesem Letzteren durch Errichtung eines Testamentes beseitigt werden, oder nach dem Gesetze dadurch erlöschen, daß der Fideuciarerbe Nachkommen erhielt. Das Recht der fideicommissarischen Erben war folglich ein ungewisses, von einer auflösenden Bedingung abhängiges Recht, weshalb die Bestimmungen der §§. 615 und 703 a. b. G. B. anzuwenden waren und diesem gemäß dem Klagebegehren stattgegeben werden mußte.

Nr. 8004.

Versprechen eines Heiratsgutes: Notariatszwang?

Entsch. v. 8. Juni 1880, Nr. 6200 (Best. der gleichförmigen Urth. des O. G. Labositz v. 7. Februar 1880, Nr. 757 und des O. L. G. Prag v. 23. März 1880, Nr. 8678). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 29.

A belangte seinen Schwiegervater B auf Zahlung von 1000 fl. mit der Anführung, daß vor seiner Verheirathung mit der Tochter der Beklagten derselbe ihm mündlich ein Heiratsgut von 1000 fl. versprochen und er dieses Versprechen angenommen habe. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen in der Erwägung, daß nach dem Gesetze vom 25. Juli 1871, N. G. Bl. Nr. 76, §. 1 lit. a, die Gültigkeit von Ehepacten von der Aufnahme eines Notariatsactes bedingt ist; daß der in Absicht auf die eheliche Verbindung geschlossene Vertrag, welcher das Heiratsgut zum Gegenstand hat, im §. 1217 a. b. G. B. zu den Ehepacten gezählt wird; daß nach §. 1218 a. b. G. B. unter Heiratsgut dasjenige Vermögen zu verstehen ist, welches von der Ehegattin oder für sie von einem Dritten dem Mann zur Erleichterung des mit der ehelichen Gemeinschaft verbundenen Aufwandes übergeben oder zugesichert wird; daß daher auch der den Klagebegehren zu Grunde gelegte Vertrag, in welchem das Heiratsgut von einem Dritten — dem Beklagten, der übrigens nach §. 1221 a. b. G. B. zur Bestellung einer dos verpflichtet war — versprochen wurde, eine Ehepact ist; daß aber die Errichtung eines Notariatsactes über denselben unterblieben ist. — Das O. L. G. bestätigte das Urtheil.

Der oberste Gerichtshof hat die a. o. Revisionsbeschwerde des Klägers gegen die gleichförmigen untergerichtlichen Urtheile, welche in

der namentlich vom ersten Richter angeführten Begründung ihre volle sachgemäße und gesetzliche Rechtfertigung finden, beim Abgang der gemäß Hofdecr. vom 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, zur oberstrichterlichen Abänderung zweier gleichförmiger unterrichterlicher Urtheile erforderlichen Bedingungen verworfen.

Nr. 8005.

Feilbietung einer Liegenschaft zum Zweck urtheilsmäßiger Aufhebung der Gemeinschaft: Feststellung der Feilbietungsbedingungen.

Entsch. v. 8. Juni 1880, Nr. 6488 (Abänd. der Decr. des B. G. O. O. b. r. u. b. v. 19. Oct. 1879, Nr. 2395 und des D. L. G. Graz v. 7. April 1880, Nr. 3663). G. H. 1880, S. 206.

Auf die Theilungsklage des A gegen B wurde der Beklagte für schuldig erkannt, die Aufhebung der Gemeinschaft des ihm und dem Kläger an der Liegenschaft X zustehenden Eigenthums durch gerichtliche Versteigerung derselben und Theilung des Kaufschillings zu gestatten. Auf Grund dieses Urtheiles erwirkte A die Schätzung der Realität und beehrte sodann die Versteigerung mit Vorlage des Entwurfes der Citationsbedingungen. Nach vorgängiger Verhandlung, in welcher B gegen diesen Entwurf Einwendungen vorbrachte, bewilligte das Gericht erster Instanz die Versteigerung nach den vom A beantragten Bedingungen. — Auf den Recurs des B hat das D. L. G. von dem Entwurf des A abweisende Citationsbedingungen festgesetzt, dabei aber den Parteien vorbehalten, sich über andere Bedingungen außergerichtlich einzuverstehen und dieselben binnen 14 Tagen dem Gerichte zur Genehmigung vorzulegen.

Auf den Revisionsrecurs des A hat der oberste Gerichtshof in Erwägung, daß in der dem Theilungserkenntniß vorausgegangenen Streitverhandlung die Feilbietungsbedingungen, beziehungsweise die Art und Weise, wie die Aufhebung der Gemeinschaft vollzogen werden soll, nicht festgestellt wurden; daß es beiden Theilen überlassen ist, sich über die Feilbietungsbedingungen zu einigen, und daß der Richter nach §. 277 des Gesetzes v. 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, wohl darüber zu wachen hat, daß die Bedingungen des Verkaufes bestimmt und deutlich ausgedrückt und keine unerlaubten oder ungiltigen Verträge in Vorschlag gebracht werden, keineswegs aber berufen ist, in dem Falle, wenn eine Einigung der Parteien über die Bedingungen des Verkaufes nicht stattfindet, dieselben durch eine im officiosen Wege getroffene Entscheidung festzustellen, — mit Aufhebung der unter-

gerichtlichen Verordnungen dem Gerichte erster Instanz aufgetragen, das von A überreichte Feilbietungsgesuch demselben mit dem Bedeuten zurückzustellen, daß dessen aufrechte Erledigung erst nach vorgängiger Einigung der gemeinschaftlichen Eigenthümer über die Feilbietungsbedingnisse oder nach deren Feststellung im Proceßwege erfolgen kann.

Nr. 8006.

Analoge Anwendung des §. 37 E. O. von Amtswegen auf die Collision zwischen einer auf der ganzen Hypothek und einer nur auf einem executiv feilgebotenen idealen Theil derselben haftenden Forderung?

Entsch. v. 8. Juni 1880, Nr. 6666 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Arden v. 6. August 1879, Nr. 6701). G. S. 1881, S. 461.

Auf der Liegenschaft X haftet das bürgerliche Pfandrecht für die Forderungen des A, B und C und auf einem dem D gehörigen Zwölftel derselben im Rang nach jenen Forderungen das Pfandrecht für die Forderungen des E, F und G. Zur Hereinbringung seiner Forderung erwirkte E die Zwangsversteigerung des ihm verpfändeten zwölften Theiles der Liegenschaft. Bei der Meistgebotsvertheilung wurde der ganze Betrag der Hypothekarforderungen des A, B und C auf den Rausschilling angewiesen, so daß die Gläubiger E, F und G leer ausgingen. — Auf den Recurs des E verordnete das D. L. G. in Anbetracht, daß durch die Anweisung des ganzen Betrages der Hypothekarforderungen des A, B und C auf das verkaufte Zwölftel des Pfandgutes, die Hypothekargläubiger E, F und G den Zahlungsfond verloren haben, dem Gerichte erster Instanz, zum Zwecke der Sicherstellung jener Summe, welche bei verhältnißmäßiger Vertheilung des Meistgebots auf die dermal unbedeckten Gläubiger entfallen wäre, im Sinne des §. 37 E. O., was Rechtens ist, zu verfügen.

Der oberste Gerichtshof beseitigte die obergerichtliche Anordnung, weil dieselbe bei der Verhandlung über die Liquidität und Rangordnung der aus dem Meistgebote zu befriedigenden Forderungen von keinem der Betheiligten begehrt wurde und überhaupt kein Gegenstand dieser Verhandlung war, nach §. 1 westgal. G. O. aber der Richter über Privatrechte nur auf Antrag der Parteien, nicht von Amtswegen entscheiden darf.

Nr. 8007.

Gerichtsstand des Vertrags: Angabe eines Zahlungsortes auf der erst nach erfolgter Leistung zugesendeten Rechnung; Ueberklebung eines Theils der Clausel mit der Stempelmarke; Vergütung der Kosten der Einsendung des Geldes durch den Empfänger.

Entsch. v. 9. Juni 1880, Nr. 5199 (Best. des Urth. des B. G. Komotau v. 7. Februar 1880, Nr. 1051, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag vom 3. März 1880, Nr. 7080). Jur. Bl. 1880, Nr. 27.

A, Besitzer einer Färberei in Komotau, belangte bei dem B. G. Komotau den in einem anderen Gerichtsbezirk etablirten Garnfabrikanten B auf Zahlung von 63 fl. für das Färben von Garnen und begründete den von ihm angerufenen Gerichtsstand des Vertrages (§. 43 Z. N.) damit, daß alle von ihm dem Beklagten zugesendeten Färberrechnungen — auch diejenige, welche sich auf die eingeklagte Forderung bezog — mit der vom Beklagten niemals beanstandeten Clausel: „Zahlbar bei mir in Komotau“ versehen waren. Der Beklagte erhob die Einwendung der Incompetenz des angerufenen Gerichtes. Er producirte die letzten drei Färberrechnungen und bestritt, daß er durch die vorbehaltlose Annahme derselben die Zahlungen in Komotau versprochen habe, weil die obige Clausel in diesen Rechnungen von dem darauf geklebten Rechnungstempel verdeckt war, folglich für ihn nicht existirte, und der Kläger das Porto für die nach Komotau gesendeten Beträge, womit er die Rechnungen saldirte, ihm jedesmal gut geschrieben habe. — In erster Instanz wurde der Incompetenzeinrede stattgegeben. — Das D. L. G. verwarf dieselbe aus folgenden Gründen: Dem in den beigebrachten Rechnungen enthaltenen Beisatze „zahlbar bei mir in Komotau“ kann nicht die gleiche Wirkung beigemessen werden, welche diese Clausel in einer Factura über zum Kaufe oder commissionellen Verkaufe eingesendete Waaren zuläme. Denn der Vertrag, welcher dem Anspruche des Klägers zu Grunde liegt und in Folge dessen er dem Beklagten diese Rechnungen übersendete, ist ein Lohnvertrag, zu dessen Zustandekommen es zufolge §. 1152 a. b. G. B. der Bestimmung der Preise nicht bedarf, sondern welcher schon durch die Bestellung der Arbeit, beziehungsweise Einsendung der Garne zum Färben, perfect geworden ist. Der Vertrag ist somit nicht erst durch die Uebernahme der nicht beanstandeten Rechnung geschlossen worden, und es liegt hierin nicht eine Annahme der in dieser Rechnung gestellten Bedingungen, zumal, wie der Kläger selbst zugesteht, die Rechnungen nicht mit den abgelieferten gefärbten Garnen, sondern diese partienweise, wie sie eben fertig gefärbt waren, die Rechnungen aber erst später, gewöhnlich am Schlusse des Monats, die letzte Rechnung sogar erst nach einem Monat

seit der Zurücksendung der gefährdeten Garne dem Beklagten zugesandt wurde. Hiernach stellt sich die in diesen Rechnungen aufgenommene Clausel der Zahlung der aufgerechneten Beträge in Komotau als einseitiger, den Beklagten durch die bloße Uebernahme und Nichtbeanstandung der Rechnungen nicht bindender Antrag des Klägers dar, welcher erst dann zur Vertragsbestimmung geworden wäre, wenn ihn der Beklagte ausdrücklich oder stillschweigend durch wirklich concludente Handlungen (§. 863 a. b. B. G.) angenommen hätte. Solch concludente Handlungen hat aber der Kläger nicht angeführt; er hat vielmehr zugestanden, daß sich der Beklagte bei den Abzahlungen an den Kläger in Komotau durch Postanweisungen das Postporto zu gerechnet, oder ihm der Kläger solches zu Gute gerechnet hat, woraus sich ergibt, daß der Beklagte dem vermeintlichen Antrage des Klägers, die Zahlung in Komotau zu leisten, sich nicht gefügt hat, und es der Kläger hierbei auch bewenden ließ. Aber auch der Behauptung des Klägers, daß er den Antrag auf Zahlung „bei ihm in Komotau“ durch den in den Rechnungen enthaltenen Beisatz mit Wirkung gestellt habe, kann nicht beigepflichtet werden. Denn ein solcher Antrag muß deutlich und zweifellos gemacht worden sein. Nun sind in den vorgelegten Rechnungen von der Clausel „zahlbar bei mir in Komotau“ die zwei ersten Worte mit der darauf geklebten Stempelmarke bedeckt. Wenn daher dem Beklagten als Fabrikanten auch bekannt gewesen sein mag, daß unter der Stempelmarke die Worte „zahlbar bei“ gedruckt waren, so kann in Folge der Verklebung derselben die Clausel nicht mehr als ein unzweifelhaft gestellter Antrag auf Zahlung in Komotau gehalten werden, vielmehr berechtigt die Bedeutung der wesentlichsten Worte mit der Stempelmarke zu der Annahme, daß der Kläger hierdurch dem im Blanquette vorgebrachten Beisatz die Geltung benehmen und ihn unwirksam machen wollte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung. Gründe: Die dem Beklagten zugesendeten Rechnungen des Klägers enthalten den Vermerk: „Zahlbar bei mir in Komotau.“ Der Beklagte hat den Inhalt der Rechnungen in dieser Beziehung nicht beanstandet, und die nicht beanstandete Annahme einer die Zahlung an einem bestimmten Orte bedingenden Factura begründet in Sinne des §. 43 J. N. den Gerichtsstand des Zahlungsortes, und wenn die Factura die Sendung nicht begleitet. Nichts steht entgegen jenem Vermerke in den Rechnungen die gleiche Wirkung, wie in einer Factura über verkaufte Waaren beizumessen, weil immer nur aus der Nichtbeanstandung des Vermerkes die Zustimmung des Empfängers zu demselben gefolgert wird, die sonstigen Folgen bezüglich des Geschäftes selbst aber nicht hierher gehören. Der Umstand, daß der Beklagte das Postporto nach Komotau in Abzug gebracht hat, ist nicht entscheidend, weil er das Geld doch nach Komotau eingesendet hat.

ebensowenig, daß der Vermerk zum Theile von der Stempelmarke verdeckt war, weil er noch immer lesbar blieb. Die Einwendung des ungehörigen Gerichtsstandes war daher zurückzuweisen.

Nr. 8008.

Gerichtsstand der Verlassenschaftsabhandlung: Klage gegen eine als caduc angezeigte, aber dem Fiscus noch nicht ausgefolgte Verlassenschaft.

Entsch. v. 9. Juni 1880, Nr. 6606 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des O. G. Wien v. 21. Februar 1880, Nr. 1913 und des O. L. G. Prag v. 20. April 1880, Nr. 12461). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 33.

A befragte die Verlassenschaft der B wegen Zahlung einer Nachlassschuld bei dem zur Abhandlung berufenen Gericht (§. 37 J. R.), welches die Klage wegen Incompetenz zurückwies, weil der Nachlaß erblos ist, die Caducität desselben der zuständigen Behörde (Finanzprocuratur) nach §. 130 des Gesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, angezeigt wurde und die Letztere in Vertretung des erblosen Nachlasses bereits eingeschritten ist. — Das O. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Verordnung, weil das Abhandlungsgericht im Falle der Erblosigkeit den Nachlaß, ohne daß eine Erbverhandlung zu pflegen wäre, dem Fiscus zu übergeben (nicht einzunehmen) hat, mithin die Zuständigkeit des von A angerufenen Gerichtes nach §. 37 J. R. nicht vorliegt, da dieser Paragraph eine Erbschaftsverhandlung voraussetzt.

In Erwägung, daß die Abhandlung des Nachlasses der B derzeit noch anhängig ist, indem die Caducität des erwähnten Nachlasses noch nicht ausgesprochen wurde und die Uebergabe desselben als erblos an den Fiscus noch nicht erfolgt ist, vielmehr mit Rücksicht auf die im Zuge der Verlassenschaftsabhandlung erst angemeldete und jetzt eingeklagte Forderung des A stirbt erscheint; daß sonach die Voraussetzungen zur Begründung des im ersten Satze des §. 37 J. R. für Klagen in Verlassenschaftsangelegenheiten normirten Gerichtsstandes im vorliegenden Falle eintreten, — hat der oberste Gerichtshof mit Aufhebung der untergerichtlichen Verordnungen dem Gerichte erster Instanz aufgetragen, die Klage des A mit Abstandnahme von dem Abweisungsgrund der Unzuständigkeit zu verbescheiden.

Nr. 8011.

Unzulässigkeit der Zurückweisung einer in Schlesien deutscher Sprache eingebrachten Wechsellage wegen Nichtbeifügung einer Uebersetzung des der Lage zu Grunde liegenden polnischen Wechsels.

Entsch. v. 15. Juni 1880, Nr. 4408 (Aufheb. der gleichförmigen U. des R. O. Teschen v. 20. Februar 1880, Nr. 1628 und des D. L. O. Brieg v. 9. März 1880, Nr. 2898). Jur. Bl. 1881, Nr. 18.

Die Genossenschaft „Towarzystwo oszczędności i zaliczeń“ (Spar- und Vorschußgenossenschaft) zu Teschen überreichte bei dem dortigen Kreisgerichte eine in deutscher Sprache verfaßte Klage gegen Johann B wegen Zahlung einer Wechselforderung von 83 fl. „Grund eines in polnischer Sprache ausgestellten Wechsels, mit dem Begehren um Ertheilung des Zahlungsbefehles. — Das R. O. sie die Klage mit dem Bedeuten zurück, daß nach §. 13 a. O. D. Hofber. v. 22. December 1835, J. O. E. Nr. 109, eine beglaubigte deutsche Uebersetzung des beigelegten, in polnischer Sprache ausgestellten Wechsels beizubringen sei, bevor die Klage meritorisch erledigt werden könne. — Das D. L. O. bestätigte diese Verordnung, weil im Sprengel des R. O. zu Teschen nur die deutsche Sprache als Landes-, und sichtlich Gerichtssprache erscheint.

Auf den Recurs der Klägerin verordnete der oberste Gerichtshof, daß die Wechsellage sofort, ohne Abforderung der beglaubigten deutschen Uebersetzung des in polnischer Sprache ausgestellten Wechsels verbeschieden werde, weil die Wechsellage selbst in deutscher Sprache verfaßt ist und der alleinige Umstand, daß dem beigelegten, in polnischer Sprache ausgestellten Wechsel eine beglaubigte deutsche Uebersetzung nicht angeschlossen wurde, nicht als hinreichender Grund darstellt, die sofortige Rechtshilfe, insbesondere im beschleunigten Wechselverfahren, zu versagen — dies um so weniger, als mit Grund vorausgesetzt werden muß, daß die Sprache, in welcher der Wechsel ausgestellt wurde, dem Gerichtshofe erster Instanz nicht fremd sei.

Nr. 8012.

Folgen der Nichtbeachtung des Notariatszwanges bei Rechtsgeschäften zwischen Ehegatten: Compensation mit einmangelnder dieser Form ungiltigen Gegenforderung.

Entsch. v. 15. Juni 1880, Nr. 4564 (Abänd. der gleichförmigen U. des R. O. Prag v. 18. Nov. 1879, Nr. 37335 und des D. L. O. Prag v. 20. Jänner 1880, Nr. 2424). Jur. Bl. 1880, Nr. 33. Zeitschrift f. d. Notariat 1881, Nr. 8.

In dem notariell errichteten Vertrag vom 24. November 1877 mit welchem A seiner Ehefrau B ein Specereigeschäft verkaufte, wurd

die Compensation des Kaufschillings von 2090 fl. mit Gegenforderungen der Käuferin aus in demselben Monat dem Verkäufer gegebenen Darlehen vereinbart. Bald darauf verfiel A in Concurs und der Concursmassenverwalter belangte die B auf Zahlung des Kaufschillings von 2090 fl., indem er behauptete, daß, nachdem über die Darlehensverträge, die den obigen Gegenforderungen der B zu Grunde liegen sollen, gegen die imperative Norm des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 76, §. 1 lit. b, kein Notariatsact aufgenommen worden ist, dieselben nicht zu Recht bestehen und die Kaufgeldschuld der B damit nicht compensirt werden konnte. — Beide Untergerichte gingen auf diese Klagebegründung ein und verurtheilten die B zur Zahlung der 2090 fl.

Auf die a. o. Revisionsbeschwerde der B wurde in dritter Instanz die Klage abgewiesen. Gründe: Wenn davon, daß in dem notariellen Kaufvertrage der Verkäufer A, indem er in die Compensation der Kaufschillingsforderung mit den unter Angabe des Rechtstitels in dem Kaufcontracte aufgeführten Gegenforderungen der Käuferin eingewilligt, den Bestand dieser Forderungen seiner Ehefrau anerkannt, somit das Bekenntniß seiner Darlehensschuld in diesem Notariatsacte selbst niedergelegt hat und auf diese Weise die Vorschrift des §. 1 lit. b des Gesetzes v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 76, erfüllt worden ist, — ganz abgesehen wird, könnte daraus, daß über die zur Compensation verwendeten Gegenforderungen keine besonderen Notariatsacte vorliegen, die Ungiltigkeit der Compensation und die Verpflichtung der Beklagten zur Zahlung des Kaufschillings nicht gefolgert werden. Der Mangel der Notariatsacte über die Verträge, aus welchen die Gegenforderungen der Beklagten entstanden sind, hat allerdings im Sinne des §. 1 des Gesetzes v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 76, die Ungiltigkeit dieser Verträge zur Folge. Doch folgt daraus nur, daß die Beklagte eine Forderung aus diesen Verträgen im Klagewege nicht geltend machen könnte; keineswegs aber, daß Derjenige, welcher in Folge eines solchen gesetzlich ungiltigen Vertrages zur Erfüllung desselben etwas erhalten hat, von der Rückstellung des Empfangenen befreit ist und sich mit dem Schaden des anderen Theiles bereichern darf. Die Ungiltigkeit des Vertrages hat im Gegentheile, wie dieses im §. 877 a. b. G. B. bei der Aufhebung eines Vertrages vorgeschrieben ist, die Rückstellung alles Desjenigen zur Folge, was ein Theil aus einem solchen Vertrage erhalten hat. Es könnte demnach aus einem ungiltigen Darlehensvertrage allerdings der Darleiher keine Darlehenszinsen begehren, der Anleiher aber sich gegen die Verpflichtung zur Zurückzahlung nicht auf die etwa stipulirte Aufständigung oder die vertragsmäßige Rückzahlungsfrist berufen, da er zur Zurückstellung des Empfangenen sowohl nach dem §. 877, als auch nach dem §. 1431 a. b. G. B. verpflichtet bleibt. Die im §. 1 des Ges. v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 76, ausgesprochene Ungiltigkeit der

dort angeführten Verträge ist eine formale, lediglich gegründet im Abgange der zur Gültigkeit derselben gesetzlich vorgeschriebenen Förmlichkeiten. Wenn daher die aus einem solchen, nach dem §. 1 li des citirten Gesetzes ungiltigen Darlehensvertrage resultirende Summe des Anleihera gezahlt worden ist, so tritt dann die Bestimmung §. 1432 a. b. G. B. in Wirksamkeit, wornach das Gezahlte zurückgefordert werden kann. Die Aufrechnung der im Kaufvertrage angeführten Forderungen der Beklagten auf den ihrem Ehegatten entrichtenden Kaufpreis, beziehungsweise die Compensirung desselben ist nach dem §. 1438 a. b. G. B. der wirklichen Zahlung gleich zu halten, und der Letztere, beziehungsweise dessen Concursmasse dem §. 1432 a. b. G. B. zur Einflagung des hierdurch getilgten Kaufschillings nicht mehr berechtigt.

Nr. 8013.

Kosten der Vollziehung eines auswärtigen Urtheils
Zuständigkeit des requirirten inländischen Gerichtes
Entscheidung darüber.

Entsch. v. 15. Juni 1880, Nr. 6793 (Aufheb. des Decr. des D. L. Wien v. 13. April 1880, Nr. 6042). G. Z. 1880, Nr. 99. Allgem. Jur. Zeitung 1880, Nr. 35.

Von dem ungarischen Gerichtshofe in Kaschau wurde dem A Execution in das in Wien befindliche Mobilienvermögen seines Sohnes B bewilligt und dieselbe auf Requisition des ungar. Gerichtes von dem L. G. Wien durch den Verkauf von bei dem Letzteren deponirten Werthpapieren des B vollzogen. Darauf überreichte A dem genannten L. G. das Gesuch um Liquidirung der Kosten Vollzuges des Requisitionsumsatzes der ungarischen Gerichtsbehörde. Das L. G. liquidirte die Kosten. — Von dem D. L. G. hingen wurde das Kostenbestimmungsgesuch des A abgewiesen, weil das L. G. Wien, welches von dem Gerichtshofe in Kaschau als Erkenntnißgebendes bloß um den Vollzug der von dem Letzteren bewilligten Execution ersucht worden war, nach §. 69 der Z. N. v. 20. November 1874 N. G. Bl. Nr. 251, zur Nichtigstellung der von A angesprochenen Executionskosten nicht berufen ist.

Der oberste Gerichtshof hob die Entscheidung des D. L. G. auf und verordnete demselben, über den Recurs des B gegen erstrichterliche Berechnung und Bemessung der Kosten in der Sache zu entscheiden, in der Erwägung, daß, wenn auch dem ungarischen Gerichtshofe in Kaschau, welcher die Execution bewilligt hat, die Entscheidung der Frage der Kostenersatzpflicht des B grundsätzlich zust

doch zur Beurtheilung, welche Kosten dem Executionsführer aus Anlaß des Vollzuges der Execution durch das Wiener L. G. aufgelaufen sind und zur bezüglichen Rechtsverfolgung erforderlich waren, vermöge der Natur der Sache die hiesigen Gerichte berufen sind.

Nr. 8014.

Kostenerfassungspflicht des Executen bei Anbringung mehrerer abgesonderter Pfändungsgesuche desselben Executionsführers.

Entsch. v. 15. Juni 1880, Nr. 6894 (Best. des Decr. des L. G. Prag vom 19. Februar 1880, Nr. 10319, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 5. Mai 1880, Nr. 13451). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 2.

Nachdem A im Executionswege für seine Forderung gegen B das Pfandrecht an dem Gute X des B erwirkt hatte, begehrte er auch die Intabulation des Pfandrechtes an den Grundstücken Y und Z des B und den Zuspruch der Kosten dieses zweiten Executionsgesuches. — Beide Untergerichte bewilligten die Einverleibung des Pfandrechtes; das in erster Instanz gleichfalls bewilligte Gesuch um den Kostenanspruch wurde aber in zweiter Instanz abgewiesen, weil das zweite Executionsbegehren mit dem früheren Executionsgesuch verbunden werden konnte, daher zur Ausführung des dem A zustehenden Executionsrechtes nicht nothwendig war, überflüssige Kosten aber der Execut zu ersetzen nicht schuldig ist.

Auf den Recurs des A gegen die obergerichtliche Entscheidung im Kostenpunkte, bestätigte der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Verordnung, weil A nach §. 311 a. G. D. und §. 108 Grundb.-G. berechtigt war, mittelst abgesonderter Gesuche die Execution auf mehrere, verschiedenen Grundbuchsbehörden unterstehende Realitäten zu begehren, jedes dieser Gesuche sich als ein selbstständiges Executionsgesuch darstellt und als solches zu erledigen war; weil für die Annahme, daß A beide Executionsbitten in Einem Gesuche hätte anbringen können und sollen, jede Grundlage mangelt, zumal selbst der Fall nicht ausgeschlossen ist, daß A, wie er im Revisionsrecurse behauptet, erst nach Ueberreichung des ersten Executionsgesuches in Erfahrung brachte, daß B außer dem landtäflichen Gute X noch andere, nämlich die in dem zweiten Gesuche aufgeführten Realitäten besitzt.

Nr. 8015.

~~Versteigerung~~ der Taxe für den eine Baubewilligung
~~ausgegebenen~~ Amtssact des Wiener Magistrates bei Ver
~~steigerung~~ des Meistgebotes für das betreffende Gebäude

~~am~~ 27. Juni 1880, Nr. 7005 (Abänd. der gleichförmigen Dec
~~reten~~ v. 5. März 1880, Nr. 2298 und des O. L. G. Wien
~~am~~ Nr. 6257). O. G. 1880, S. 401. Jur. Bl. 1881, Nr. 1.

Die Maschinen- und Waffenfabriksgesellschaft B in d
~~er~~ Wien zu Wien das Fabriksgebäude aufführen wollt
~~am~~ Anordnung des Magistrates zur Bestimmung der Baulin
~~ien~~ geschriebene Localaugenschein abgehalten, auf Grundlage desselbe
~~fest~~ festgelegt, sodann die Augenscheinsgebühr nach dem ge
~~setzten~~ Tarif (Landesgesetz für Niederösterreich vom 13. Februa
r. O. Bl. Nr. 3) mit 235 fl. 40 kr. bemessen und a
m 1. März 1878 für diesen Betrag die Vormerkung des Pfandrechte
an dem inzwischen errichteten und im Grundbuch eingetragenen Fa
briksgebäude erwirkt. In Folge der von dem Fabriksgläubiger
angeforderten Execution wurde das Fabriksgebäude feilgeboten, von den
erstanden und von dem Vertreter der Gemeinde Wien bei der
Meistgebotsvertheilung die obige Augenscheinsgebühr als Vorzugspost
angemeldet. Der Executionsführer und Ersteher A bestritt das Vor
zugsrecht, weil das Landesgesetz v. 13. Februar 1866, L. O. Bl.
Nr. 3 für Niederösterreich, dieser Taxe kein Vorzugsrecht einräumt,
und weil das den Landesumlagen gewährte Vorrecht auf dieselbe nicht
ausgedehnt werden könne. — Der Vertreter der Gemeinde bezog sich auf
das Judicat des obersten Gerichtshofes v. 27. Juni 1865, Nr. 5384,
Judicatenbuch Nr. 65 (Nr. 2210 der Sammlung), wornach die zu
Gemeindefzwecken ausgeschriebenen und umgelegten Beträge, welche im
Wege der politischen Execution eingetrieben werden können, gleiche
Rechte mit den landesfürstlichen Steuern genießen. Der Executions
führer A replicirte, daß das, was das citirte Judicat von Landes
umlagen sagt, hier nicht anwendbar sei, weil Landesumlagen alle
Landesbewohner oder doch bestimmte Kreise derselben gleich oder ver
hältnißmäßig treffen, während die fragliche Taxe nur für einen ver
einzelten Act des Magistrates erwachsen ist und nur einen Einzelnen
trifft. — Von beiden Untergerichten wurde die angemeldete Taxe als
Vorzugspost auf das Meistgebot gewiesen, weil die Baulinienbestim
mung im communalen öffentlichen Interesse angeordnet wurde, daher
die nach §. 3 der kaiserl. Verordnung v. 20. April 1854, R. O. Bl.
Nr. 96, zur Eintreibung im Wege der politischen Execution geeig
nete, nach dem landesgesetzlichen Tarife (L. O. Bl. Nr. 3 vom Jahre
1866) bemessene Taxe ihrer Natur nach zu den Lastungen der
Realität gehört, für welche die Baulinienbestimmung stattfand, somit

im Sinne des Hofdec. vom 4. Jänner 1836, J. G. G. Nr. 113, als Concurrenzbeitrag erscheint.

In Erwägung, daß die nach §. 1 des niederöstrerr. Landesgesetzes vom 18. Februar 1866, Nr. 3, für die Augenscheinsvornahme aus Anlaß von Bauhülfen und Bauveränderungen bei Privatgebäuden in Wien und resp. nach Post 3 des Taxtarthes für die Ausmittlung und Bestimmung der Baulinie an die Wiener städtische Casse zu entrichtende Gebühr nur das gesetzlich fixirte Ausmaß der von der betreffenden Partei für die an ihrem Eigenthumsobjecte vorgenommene Amtshandlung zu leistenden Vergütung darstellt, nicht aber die Natur einer zu Gemeindebezwecken ausgeschriebenen und nach dem Maßstabe der Besteuerung auf die Gemeindeglieder umgelegten Leistung und nicht die Natur eines nach dem Hofdec. vom 4. Jänner 1836, J. G. G. Nr. 113, bei der gerichtlichen Eintreibung gleiche Vorrechte mit den landesfürstlichen Steuern genießenden Concurrenzbeitrages hat; daß, wenngleich die Bestimmung der Baulinie zu Gemeindebezwecken und im communalen Interesse erfolgt und zur Eintreibung der für die diesfällige Amtshandlung gesetzlich benannten Gebühr nach §. 3 der kaiserl. Verordnung vom 20. April 1854, R. G. Bl. Nr. 96, die für die Eintreibung der Rückstände an directen Steuern platzgreifenden Executionsmittel in Anwendung zu bringen wären, hieraus noch keineswegs ein gesetzliches Vorrecht der in Rede stehenden Taxe vor den auf dem executiv versteigerten Fabrikgebäude, auf welches sich diese Baulinienbestimmungsgebühr bezieht, vorgemerkten Pfandgläubigern gefolgert werden kann, da eine Haftung der Realität für eine derartige Schuldigkeit gesetzlich nicht ausgesprochen ist, — hat der oberste Gerichtshof auf den a. o. Revisionsrecurs des A entschieden, daß die angemeldete Taxe von 235 fl. 40 kr. bei der Meistgebotsvertheilung nicht als Vorzugspost, sondern nach Maßgabe ihrer bürgerlichen Rangordnung zu behandeln ist.

Nr. 8016.

Aufrechterhaltung der Eigenschaft als dritte Feilbietung trotz der Nichteinhaltung des zuerst dafür ausgeschriebenen Termines.

Entsch. v. 15. Juni 1880, Nr. 7006 (Best. des das Decr. des O. G. Langenlois v. 18. Februar 1880, Nr. 991, aufheb. Decr. des O. L. G. Wien vom 1. April 1880, Nr. 5262). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 32.

Auf Einschreiten der A wurden die drei Termine zur Feilbietung des von ihr in Execution gezogenen Hauses ihres Schuldners B ausgeschrieben, — der dritte Termin mit dem Beisatz, daß bei demselben

das Haus auch unter dem Schätzungswerth hintangegeben wird. Nach fruchtloser Verstreichung der ersten beiden Termine wurde der letzte Termin auf Ansuchen der A überlegt, der neu ausgeschriebene Termin jedoch nicht abgehalten, weil der Nachweis der Publication desselben durch die Zeitung nicht herbeigeschafft wurde. Nun beehrte die A die neuerliche Anordnung einer Tagsatzung zur Vornahme der Feilbietung im dritten Termin mit dem Beisatz, daß bei demselben das Haus auch unter dem Schätzungswerth losgeschlagen wird. — In erster Instanz wurde das Gesuch abgewiesen, weil durch die Nichtabhaltung der zum dritten Termin angeordnet gewesenen Feilbietungstagsatzung die Feilbietung frustriert sei. — Auf den Recurs der A hat das D. L. G. in der Erwägung, daß durch die Nichtabhaltung des dritten Feilbietungstermines, das Recht der Executionsführerin, nach fruchtlos abgehaltenem ersten und zweiten Feilbietungstermin zu verlangen, daß das Haus bei dem dritten Termin auch unter dem Schätzungswerth hintangegeben werde, nicht überhaupt, sondern nur insoweit erloschen ist, als der dritte Termin nicht mehr an dem hierzu bestimmt gewesenen Tage abgehalten werden kann, den erstrichterlichen Bescheid aufgehoben, mit dem Auftrag, das Gesuch der A unter Abständnahme von dem angeführten Abweisungsgrunde zu erledigen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die von einem Hypothekengläubiger angefochtene Entscheidung des D. L. G. aus denselben Gründen.

Nr. 8017.

Legitimation zur Proceßführung für einen Ortsschulrath
Entscheidung über die Kosten des wegen Mangels derselben
annullirten Verfahrens.

Entsch. v. 16. Juni 1880, Nr. 6413 (Best. der Decr. des B. G. Anttenberg v. 3. März 1880, Nr. 1960 und des D. L. G. Prag v. 6. April 1880, Nr. 10526). G. Z. 1880, Nr. 75.

Auf die Klage des Ortsschulrathes in A, gegen die Eheleute B peto. Eigenthums einer Grundparcelse, wurde das Streitverfahren eingeleitet und durchgeführt, in Folge der Einwendung der Beklagten aber, daß der Ortsschulrath ohne Intervention der Finanzprocuratur zur Verhandlung nicht befugt sei, in erster Instanz auf Grund der §§. 2, 57, 66, 67 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 62, und der Ministerialverordnung v. 14. Juli 1872, R. G. Bl. Nr. 119, mit Uebergehung des Spruches über die Proceßkosten, als nichtig aufgehoben. Dagegen recurrirten 1. der Kläger wegen der Cassirung des Verfahrens; 2. die Beklagten wegen der unterbliebenen

Entscheidung über die Proceßkosten. — Das D. L. G. bestätigte ad 1 die Aufhebung des Verfahrens, weil nach §. 26 des Gesetzes vom 24. Februar 1873, R. G. Bl. für Böhmen Nr. 17, die rechtliche Vertretung des Schulbezirkes in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten dem Bezirksschulrath zusteht, daher der Ortsschulrath in A schon deshalb zur Einbringung der Klage und zur Vertretung vor Gericht in dieser Angelegenheit nicht berechtigt ist, und die Annahme der Klage und die gepflogene Verhandlung nach den im angefochtenen Bescheide bezogenen Gesetzesstellen allerdings richtig ist und zu cassiren war; weil ferner die staatlichen Schulbehörden (Orts-, Bezirks- und Landeschulräthe) auf die ihnen in Gemäßheit der Ministerialverordnung v. 14. Juli 1872, R. G. Bl. Nr. 119, für ihre Rechtsangelegenheiten aus öffentlichen Rücksichten, nämlich zur Wahrung des ihnen zukommenden Charakters öffentlicher Behörden gewährte fiscalämthliche Vertretung ohne höhere Genehmigung gar nicht verzichten dürfen. Ad 2 verordnete das D. L. G. dem Gerichte erster Instanz, über die Proceßkosten abzusprechen, weil die Aufhebung des Verfahrens und die Rückstellung der Klage in Ansehung der Proceßkosten einer Absehung von der Klage gleichzuhalten ist, daher auch über die Kosten erkannt werden muß.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs des Klägers und den ordentlichen Revisionsrecurs der Beklagten mit der Begründung, daß die Vertretung des Orts-, Bezirks- und Landeschulrathes durch die Ministerialverordnung vom 14. Juli 1872, R. G. Bl. Nr. 119, den Finanzprocuraturen nicht facultativ, sondern imperativ zugewiesen ist, zumal der Schulrath den Charakter einer öffentlichen Behörde hat; und daß über die in einer bereits verhandelten Rechtsache von den Streittheilen liquidirten Kosten auch dann abgesprochen werden muß, wenn die Verhandlung wegen mangelnder Befugniß zur Vertretung eines der Streittheile aufgehoben wird.

Nr. 8018.

Vertheilung des Meistgebots: Rechtliche Natur der Erwerbs- und Einkommensteuer von einem mit der versteigerten Realität verbundenen Gewerbe.

Entsch. v. 16. Juni 1880, Nr. 6417 (Best. des Decr. des B. G. Senftenberg v. 27. Oct. 1879, Nr. 9318, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag v. 1. März 1880, Nr. 6491). Jur. Bl. 1880, Nr. 36.

Bei der Vertheilung des Meistgebots für die im Executionswege versteigerte Mülhrealität des B wurde in erster Instanz der von dem Steueramt angemeldete einjährige Ausstand der Erwerbs-

und Einkommensteuer auf den Kaufpreis nicht angewiesen. — Da D. R. G. verordnete, daß der Steuerrückstand auf das Meistgebot in der Classe der privilegiirten Vorzugsposten angewiesen werde, aus folgenden Gründen: Die angemeldete Erwerb- und Einkommensteuer ist von dem mit der veräußerten Realität verbundenen Mühlgewerbe vorgeschrieben, sie trifft die Realität selbst und ist von dieser zu entrichten. Schon deshalb besteht kein gesetzlicher Grund, sie anders als eine eigentliche Grundsteuer zu behandeln. Für diese Art der Behandlung spricht weiter der Umstand, daß nach dem Hofdecr. vom 16. September 1825, J. G. S. Nr. 2132, den dreijährigen Rückständen an landesfürstlichen Steuern, ohne Unterschied der verschiedenen Arten derselben, auch außer dem Falle eines Concurse ein gesetzliches Pfandrecht gesichert ist; daß in dem Erwerbsteuerepaten vom 31. December 1812 dem Fiscus jene Rechte vorbehalten werden, welche demselben hinsichtlich der übrigen landesfürstlichen Steuern gleichfalls zukommen; und daß im §. 31 des kaiserl. Patenten vom 29. October 1849, R. G. Bl. Nr. 439, auch der Grundsatz ausgesprochen ist, daß die Einbringung der Einkommensteuer auf die selbe die Einbringung der directen Steuern vorgeschriebene Art zu geschehen hat.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Verordnung. Gründe: Nach der auch in Executionen anwendbaren Bestimmung des §. 31, Nr. 1 C. D., genießen nur die von dem Gute selbst zu entrichtenden Steuern ein Vorzugsrecht; die angemeldete Erwerb- und Einkommensteuer ist aber nicht von dem Gute, sondern von dem auf demselben in dem dazu eigens vorgerichteten Gebäude betriebenen Müllergewerbe und dem aus diesem Gewerbsbetriebe erzielten Einkommen, und zwar stets nur von Demjenigen zu entrichten, der das Müllergewerbe, gleichviel ob als Eigenthümer der Mülhrealität oder als Bestandnehmer ausübt. Die Erwerb- und Einkommensteuer vom Mühlgewerbe und dem Einkommen aus demselben ist daher eine Personalsteuer, auf welche die Bestimmung des §. 42 Nr. 4 C. D., Anwendung findet, und der Umstand, daß das Gewerbe in einer Mühle, somit in einem zum Betriebe dieses Gewerbe eigens eingerichteten Gebäude ausgeübt wird, kann der hiervon zu entrichtenden Steuer ebensowenig den Charakter einer Realsteuer geben, als in dem Falle, wenn es sich um ein Schmiede-, Schlosser- oder ein anderes Gewerbe handeln würde, welches ebenso zum Betriebe eigens vorgerichteter Localitäten benöthigte. Da die angemeldete Erwerb- und Einkommensteuer nicht vom Gute, nämlich der feilgebotenen Realität entrichtet wird, so kommt derselben das im §. 31 Nr. 1 C. D., den Realsteuern eingeräumte Vorrecht nicht zu flatten

Nr. 8019.

Verletzung eines Erfindungsprivilegiums: Maßstab für die Höhe der behufs Erwirkung der Beschlagnahme zu legenden Caution.

Entsch. v. 16. Juni 1880, Nr. 6607 (Best. des Decr. des B. G. Königgrätz v. 17. März 1880, Nr. 3953, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 13. April 1880, Nr. 11842). G. S. 1880, S. 352.

Auf Ansuchen des A, Inhabers der Firma „A'sche Maschinenpapierfabrik“, welchem das Privilegium auf die Erfindung, Zuckerpapier mit Fabriketiquette bedruckt, herzustellen, erteilt worden war, bewilligte das Gericht erster Instanz die Beschlagnahme des in den Localitäten der B'schen Papierfabrik vorgefundenen, angeblich privilegiumswidrig mit Firmendruck versehenen Zuckerpapieres gegen Leistung einer Caution von 200 fl. — Von dem D. L. G. wurde das Gesuch des A abgewiesen, aus folgenden Gründen: Nach §. 47 des Privilegiumsgesetzes vom 15. August 1852, R. G. Bl. Nr. 184, setzt die Bewilligung der Beschlagnahme voraus, daß der Bestand eines Eingriffes entweder glaubwürdig bescheinigt oder durch Sachverständige dargethan sei. Nach §. 38 lit. a des citirten Gesetzes ist ein Privilegiumseingriff vorhanden, wenn Jemand ohne Zustimmung des Privilegirten den Gegenstand des Privilegiums auf die in der eingelegten Beschreibung dargestellte Art nachmacht oder nachahmt. Für die angebliche Privilegiumsverletzung ist daher nur die Art der Erzeugung entscheidend. Nach der von dem A vorgelegten Beschreibung erzeugt derselbe sein Zuckerpapier mit Firmendruck auf dem sogenannten Formrahmen einer Druckerpresse oder auf einer Form nach der Größe des Zuckerpapieres. Die Sachverständigen haben erklärt, nicht bestimmt sagen zu können, ob das ihnen vorgewiesene Privilegiumsmuster identisch sei mit den in der B'schen Papierfabrik vorgefundenen Erzeugnissen und sie haben ihr Gutachten berichtungsweise darauf beschränkt, daß die Erzeugung mittelst einer Stampiglie, welche die Firma in Messing gestochen enthält, geschah und geschieht. Bei dieser Sachlage erscheint der behauptete Eingriff in das dem A erteilte Privilegium nicht dargethan.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Beschlagnahme, jedoch gegen Leistung einer Caution im Betrage von 5000 fl., in der Erwägung, daß nach der Privilegiumsurkunde dem A, Inhaber der Firma „A'sche Maschinenpapierfabrik“, das Privilegium ausdrücklich auf die Erfindung, Zuckerpapier mit Fabriketiquette bedruckt herzustellen, somit ein Privilegium im Sinne des §. 1 lit. a des kaiserl. Patentgesetzes vom 15. August 1852, R. G. Bl. Nr. 184, erteilt worden ist; daß demnach im Sinne des §. 38 lit. a des cit. Patentgesetzes ein Privilegiumseingriff dann als vorhanden anzunehmen ist, wenn Zuckerpapier mit Fabriketiquette bedruckt auf eine der in

der hinterlegten Privilegiumsbeschreibung dargestellten Arten nachgemacht oder nachgeahmt wird, somit keineswegs eine vollkommene Identität, sondern bloß eine Ähnlichkeit des Erzeugnisses zum Vorhandensein des Privilegiumseingriffes erforderlich ist; daß nach dem Gutachten der Sachverständigen in dem von der B'schen Papierfabrik erzeugten Zuckerpapier mit Fabriksetiquetten in Stampigliendruck mindestens eine Nachahmung des privilegierten Erzeugnisses erkannt werden muß und somit die von A angesuchte Beschlagnahme nach dem §. 47 des citirten Patentgesetzes als zulässig erscheint; daß aber nach dem in §. 47 des citirten §. 44 des Patentgesetzes stets darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß dem Beschuldigten ohne dringende Noth kein unerseßlicher Schaden zugefügt werde und daher nöthigenfalls von dem Verletzten die Leistung einer angemessenen Sicherstellung für Schimpf und Schaden zu fordern ist, die vom Richter erster Instanz dem A auferlegte Caution von 200 fl. mit Rücksichtnahme auf die vorgefundene große Quantität des mit Fabriksetiquetten bedruckten Zuckerpapiers, die durch eine länger dauernde Beschlagnahme, da die Zuckerfabriken das benötigte Zuckerpapier sich anderweitig zu beschaffen veranlaßt werden, der Gefahr einer vielleicht gänzlichen Entwerthung ausgesetzt wird, und mit Rücksichtnahme auf die Gefährdung der Fabrications- und Verkehrsverhältnisse der des Privilegiumseingriffes beschuldigten Fabrik insbesondere ihren bisherigen Abnehmern gegenüber sich als unverhältnißmäßig niedrig darstellt.

Nr. 8020.

Publicitätsprincip: Unstatthaftigkeit der Einwendung der *exceptio non numeratae pecuniae* gegenüber dem redlichen Cessionar einer hypothecirten Darlehensforderung.

Entsch. v. 17. Juni 1880, Nr. 6367 (Best. des Urth. des O. G. Tetsch v. 30. Dec. 1879, Nr. 24785, Abänd. des Urth. des O. L. G. Prag vom 24. Februar 1880, Nr. 6184). Jur. Bl. 1880, Nr. 39.

A, bürgerlicher Cessionar der verbrieften Darlehensforderung des C gegen die Eheleute B im Betrage von 12.000 fl., belangte die Letzteren mit der Hypothekarklage, gegen welche sie die Einwendung vorbrachten, daß der Cedent C ihnen das Darlehen nicht gezahlt habe. — In erster Instanz wurde diese Einwendung abgewiesen und der Klage stattgegeben. — Das O. L. G. erkannte gegen das Klagebegehren, wenn die Beklagten mit dem von ihnen rückschiebbar deferirten Haupteid die *exceptio non numeratae pecuniae* beweisen — aus folgenden Gründen: Wenn die Beklagten den Beweis erbringen, daß ihnen das Darlehen nicht gezahlt wurde, dann hat die

Forderung des C per 12.000 fl., für welche das Pfandrecht an ihrer Realität einverleibt wurde, nach der im §. 983 a. b. G. B. enthaltenen Begriffsbestimmung des Darlehensvertrages als eines Realvertrages niemals zu Recht bestanden, und da sich das Pfandrecht nach §. 449 a. b. G. B. immer nur auf eine gültige Forderung bezieht, dasselbe also nur in so fern bestehen kann, als die Forderung, für welche das Pfand bestellt wurde, wirklich besteht, oder doch wenigstens (§. 469 a. b. G. B.) bestanden hat, kann auch das für die Forderung des C eingetragene Pfandrecht nicht als existent angesehen werden. Die Einwendung der unterbliebenen Zuzahlung des Darlehens ist daher auch für den Bestand des Pfandrechtes entscheidend und es handelt sich nur noch um die Frage, ob dieselbe dem Kläger als gutgläubigen bürgerlichen Erwerber der Forderung mit Erfolg entgegengesetzt werden könne. Daß die Beklagten den Bestand der Forderung, sohin auch des Pfandrechtes dem C gegenüber, mit dem sie das Rechtsgeschäft abgeschlossen haben, bestreiten können, unterliegt nach dem Gesetze, insbesondere nach dem Patente v. 1. März 1787, J. G. G. Nr. 636, keinem Zweifel; nach §. 1394 a. b. G. B. sind aber die Rechte des Uebernehmers mit den Rechten des Ueberträgers in Rücksicht auf die überlassene Forderung eben dieselben; wenn daher die Beklagten gegenüber dem Cedenten zur Bestreitung des Bestandes des Forderungsrechtes und seines Accessoriums des Pfandrechtes berechtigt sind, so muß sich dieses Anfechtungsrecht nach §. 1396 a. b. G. B. auch der Cessionar gefallen lassen, selbst wenn die Forderung Gegenstand der öffentlichen Bücher ist. Denn die gesetzlichen Bestimmungen über die Cession enthalten bezüglich solcher Forderungen keine Ausnahme von der Regel des §. 1394 a. b. G. B. und der §. 1398 a. b. G. B., welcher das Institut der öffentlichen Bücher berührt, ist hier ohne Belang, da derselbe nicht die Richtigkeit, sondern die Einbringlichkeit der Forderung betrifft. Die vom Kläger gegen die Anwendbarkeit der Rechtsregel der §§. 1394 und 1396 a. b. G. B. auf das vorliegende Rechtsverhältniß angeführten §§. 469 und 1443 a. b. G. B. behandeln aber den Fall der Erlöschung eines erworbenen bürgerlichen Rechtes und statuiren, wie die §§. 526 und 1446 a. b. G. B., im Interesse des Realcredites Ausnahmen von den für die Erlöschung von Rechten im Allgemeinen aufgestellten Regeln; sie können daher als Ausnahmsbestimmungen per analogiam nicht angewendet werden, und insbesondere auf den Fall, wenn die Forderung, für welche das Pfandrecht eingetragen wurde, niemals bestand, daher dieses Recht gar nicht existent wurde, keine Anwendung finden. Dieser Fall liegt aber vor, wenn die Beklagten den Beweis der Nichtzuzahlung des Darlehens herstellen.

Der oberste Gerichtshof restituirte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Die Einwendung der nicht geschehenen Zuzahlung der Darlehensvaluta kann dem Kläger mit Erfolg nicht entgegengesetzt

werden, weil es sich um eine Hypothekarforderung, somit um ein durch den Grundbuchsact gedecktes, unter den Schutz der besonderen gesetzlichen Vorschriften der §§. 469 und 1443 a. b. G. B. gestelltes, durch das Grundprincip der Publicität der öffentlichen Bücher mit Rücksicht auf die Rechtssicherheit im Verkehre laut der §§. 443, 468, 1398 und 1446 a. b. G. B. garantirtes dingliches Recht handelt, welches von dem Kläger im guten Glauben und Vertrauen auf das öffentliche Buch erworben wurde und so lange haftet, bis es in demselben gelöscht ist. Die Beklagten können sich nicht auf das Patent v. 1. März 1787, J. G. G. Nr. 636, ebensowenig auf die §§. 449 und 1394 a. b. G. B. mit Erfolg berufen, weil es sich hier nicht um eine persönliche Forderung des Gläubigers gegen seinen Personalschuldner handelt. Der Kläger repräsentirt nicht den ursprünglichen Forderungsberechtigten, wie dessen Erbe. Er erwarb als gutgläubiger Cessionar auf entgeltlichem Wege eine unter besondere gesetzliche Vorschriften gestellte Hypothekarforderung, ein dingliches Recht, auf welches §. 1398 a. b. G. B., welcher von der Uneinbringlichkeit, nicht aber von der Richtigkeit der cedirten Forderung spricht, nicht anwendbar ist. Die Beklagten können nach den citirten Gesetzesvorschriften über Hypothekarforderungen die im Prozesse stehende Forderung gegen den bürgerlichen Cessionar mit Erfolg nicht bestreiten. Dem Kläger gegenüber muß dafür gehalten werden, daß das Pfandrecht für ein perfectes Darlehen bestellt und gegeben worden sei.

Nr. 8021.

Unstatthaftigkeit der Alterirung der Rechte der Hypothekargläubiger im Falle der Aufhebung der Gemeinschaft des Eigenthums durch Feilbietung der Liegenschaft.

Entsch. v. 22. Juni 1880, Nr. 6345 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des L. G. Ararat v. 13. Dec. 1878, Nr. 31428 und des D. L. G. Ararat v. 11. Dec. 1879, Nr. 10403). G. Z. 1881, Nr. 96. G. S. 1881, S. 282.

Zur Vollstreckung des Urtheils, mit welchem die Eigenthumsgemeinschaft des A und des B an der Liegenschaft X aufgehoben und auf Vertheilung des durch die Feilbietung der Liegenschaft zu erzielenden Erlöses unter den Gemeinschaftern erkannt wurde, begehrte A die Feilbietung. — Beide Untergerichte bewilligten dieselbe mit Genehmigung der von A vorgelegten Citationsbedingungen, nach welcher der Kaufpreis baar erlegt und die Pfandforderungen im Wege der Meistgebotsvertheilung darauf angewiesen werden sollten.

Der oberste Gerichtshof verweigerte die Genehmigung des Edictsentwurfes und trug dem Gerichte erster Instanz auf, mit Zu-

ziehung beider Streittheile eine Tagssatzung zur Feststellung der Feilbietungsbedingungen anzuordnen, in welchen die Verpflichtung des Erstehers, die Hypothekarschulden nach dem dermaligen Tabularstande zu übernehmen, als grundsätzliche Bedingung aufzunehmen sein wird. Gründe: Die Untergerichte sind von der Ansicht ausgegangen, daß die Uebertragung der Hypothekarschulden auf den durch die Veräußerung der Realität zu erzielenden Kaufpreis auch ohne Zustimmung der beteiligten Hypothekargläubiger zulässig sei und daß eine Kaufschillingsvertheilung unter denselben mit allen Consequenzen dieses Vorganges stattfinden könne. Hierdurch würden aber die Rechte der Hypothekargläubiger verletzt, welche von der Vornahme der hier in Rede stehenden Feilbietung unberührt bleiben müssen. Es handelt sich hier nicht um die zwangsweise Hereinbringung einer Hypothekarforderung im Sinne der §§. 449 und 461 a. b. G. B., bei welcher allerdings den Hypothekargläubigern die Bezahlung ihrer Forderungen aufgezwungen werden darf, wogegen ihnen aber auch das Einlösungsrecht zur Hintanhaltung der Feilbietung im §. 462 a. b. G. B. gewahrt ist, — sondern um die zwangsweise Auseinandersetzung der aus dem vorhandenen Miteigenthume den Theilhabern zukommenden Rechte, welche ohne Verletzung der auf der gemeinschaftlichen Realität eingetragenen Gläubiger vorgenommen werden muß, weil die Letzteren gar nicht in die Lage kommen, das Einlösungsrecht nach §. 462 a. b. G. B. auszuüben und sie nur unter dieser Voraussetzung zur Aufhebung ihrer Hypotheken genöthigt werden könnten.

Nr. 8022.

Eröffnung der Servitut des Fahrweges oder des Eigenthumsrechtes am Fahrweg? — Actio negatoria.

Entsch. v. 22. Juni 1880, Nr. 6729 (Abänd. der gleichförmigen Urth. des O. G. Röstschach v. 31. Oct. 1879, Nr. 2639 und des O. L. G. Graz v. 18. März 1880, Nr. 2873). Jur. Bl. 1880, Nr. 30.

A benutzt einen im Gebiete der Gemeinde X in Rärnten gelegenen Weg als Fahrweg für Wirthschaftsfuhren nach seiner Liegenschaft Y. Da B sich desselben Weges zu Wirthschaftsfuhren nach seiner Liegenschaft Z bediente, trat A gegen ihn klagend auf und begehrte das Erkenntniß, daß die von B ausgeübte Begegerechtigkeit demselben nicht zustehe. Zur Begründung der Klage wurde von A unter Anbietung des Zeugenbeweises angeführt, daß seine Vorgänger im Besitze von Y und er selbst seit 30 und 40 Jahren ausschließlich den Weg zum Fahren benutzt, besessen und im Stand gehalten haben, daß er somit das Eigenthum des Weges oder wenigstens das Recht

des Fahrweges eressen habe. B leugnete die Anführung des Klägers und erbot sich zum Gegenbeweis durch Zeugen, daß der Weg von den Insassen der Gemeinde X allgemein und ungestört zum Gehen und Fahren benutzt wurde und benutzt wird. — Nach Aufnahme beider Zeugenbeweise erkannte das Gericht erster Instanz auf Abweisung der Klage mit folgender Begründung: Vier von den Zeugen des Klägers haben ausgesagt, seit mehr als 30 Jahren nur die Besitze der Liegenschaft Y auf dem Wege fahren gesehen zu haben. Dadurch diese Benutzung das Eigenthum des Weges für den Kläger nicht eressen worden ist, kann nach §. 315 a. b. G. B. und bei dem — durch die Zeugen des Beklagten angeführten und vom Kläger selbst zugegebenen — Umstand, daß der Weg allgemein zum Gehen benutzt wird, keinem Zweifel unterliegen. Hat aber der Kläger die Servitut des Fahrens auf dem Wege eressen, so ist er nicht berechtigt, gegen den B mit der negatorischen Klage aufzutreten, welche nach §. 523 a. b. G. B. nur dem Eigenthümer des praedium serviens zusteht. — Das O. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung.

Auf die a. o. Revisionsbeschwerde des A wurde von dem obersten Gerichtshof dem Klagebegehren stattgegeben. Gründe: Der fragliche Weg ist nach amtlicher Auskunft des lärntnerischen Landesausschusses kein Gemeinbeweg und dem allgemeinen Verkehr nicht geöffnet. Die Zeugen des Klägers haben die von ihm und seinen Besitzvorgängern durch einen Zeitraum von mehr als 40 Jahren fortgesetzte Benutzung und Unterhaltung des Weges bestätigt. Die Anführung des Beklagten hingegen, daß der Weg seit 30 Jahren allgemein von den Insassen der Gemeinde X oder doch von dem Beklagten und von vier anderen von ihm genannten Personen befahren wird, wurde durch die Aussagen seiner Zeugen nicht bekräftigt; vielmehr geht aus denselben das gerade Gegentheil hervor. Daraus, daß Bewohner von X den Weg zum Gehen benutzen, kann auf den rechtlichen Bestand eines Dienstbarkeitsverhältnisses nicht geschlossen werden, weil Handlungen, wie das Begehen eines Fahrweges, sich nicht schon vermöge ihrer Beschaffenheit als Ausübungen eines Rechtes kundgeben (§§. 312, 313 a. b. G. B.). Wenn aber von Jenem, der allein den Grund, welchen ein ordentlicher Weg einnimmt, fortwährend zum Fahren benutzte, der Fahrweg auch unterhalten worden ist, womit eben die Absicht an den Tag gelegt wurde, die zum Wege verwendete Bodenfläche ausschließlich als Weg zu benutzen, so erscheint ein Besitz begründet, wodurch zum Wege das Eigenthum des Bodens selbst eressen werden konnte. Daher ist der Besitz, den nach den Ergebnissen des Beweisverfahrens der Kläger und sein Vorfahr an dem Wege ausübten, nicht als der Besitz einer Dienstbarkeit, sondern als Eigenthumsbesitz (§§. 312, 314, 315 a. b. G. B.) anzusehen, welcher, nachdem er durch mehr als 40 Jahre, folglich jedermann

falls durch die im Gesetze bestimmte Zeit fortgesetzt wurde, zur Er-
füllung des Eigenthumsrechtes an dem Wege geführt hat, selbst wenn
der Grund und Boden, worauf der Weg angelegt ist, ein Gemeindegut
gewesen (§§. 1460, 1465, 1468, 1472, 1493 a. b. G. B.). Da
nun der Beklagte das von ihm angesprochene Recht, auf dem erwähnten
Wege zu fahren, nicht bewiesen hat, mußte der im §. 523 a. b. G. B.
begründeten Klage stattgegeben werden.

Nr. 8023.

Unstatthaftigkeit der Anwendung ex officio der civilrechtlichen
Bestimmungen des Gesetzes v. 19. Juli 1877 (für Galizien)
wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften.

Entsch. v. 22. Juni 1880, Nr. 6852 (Abänd. der gleichförmigen Decr.
des R. G. Lancut v. 7. Sept. 1879, Nr. 5643 und des D. R. G. Kralau
v. 4. Februar 1880, Nr. 1232). Jur. Bl. 1881, Nr. 25.

Auf dem Gut des B ist eine mit 24% verzinsliche Darlehens-
schuld desselben an den A intabulirt, welcher zur Hereinbringung des
Capitals und der ausstehenden Zinsen die Execution der Pfandsache
begehrte. — Von beiden Untergerichten wurde die Execution bewilligt,
jedoch mit Anwendung des inzwischen promulgirten Gesetzes vom
19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unred-
liche Vorgänge bei Creditgeschäften), das Maß der hierdurch herein-
zubringenden Zinsen auf 8% herabgesetzt.

Der oberste Gerichtshof bewilligte die Execution auch zur Her-
einbringung der 24percentigen Zinsen. Gründe: Die nicht auf
Antrag des Schuldners, sondern von Amtswegen verfügte Herab-
setzung der mit der Hauptforderung intabulirten 24percentigen Zinsen
auf 8% widerspricht dem Grundsatz des §. 1 westgal. G. D. und
ist auch durch die Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juli 1877,
R. G. Bl. Nr. 66, nicht gerechtfertigt, weil nach §. 4 dieses Gesetzes
der Civilrichter das Geschäft nur dann als nichtig erklären kann,
wenn festgestellt ist, daß die Voraussetzungen des §. 1 ibid. vor-
handen sind, eine solche Feststellung aber hier nicht vorliegt.

Nr. 8024.

Summarisches Verfahren: Unstatthaftigkeit eines abgesonderten Recurses gegen die Verweigerung der Sistrung bei auf Ausbleiben einer Partei angeordneten Beweisverfahren bis zur Entscheidung über die Rechtfertigung des Ausbleibens

Entsch. v. 22. Juni 1880, Nr. 7285 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Z. v. 2. April 1880, Nr. 1280). Gazz. del Trib. 1880, Nr. 16.

In dem Summarproceß des A gegen B wurde auf das Ausbleiben des B von der letzten Verhandlungstagfahrt das Verfahren geschlossen und behufs der Proceßentscheidung die Vernehmung von Zeugen des A angeordnet. Vor dem Termin dieser Beweisaufnahme überreichte B das Contumazpurgirungsgesuch und begehrte unter Einschiebung die Suspension des Zeugenverhörs bis zur Entscheidung über sein Gesuch. — In erster Instanz wurde die Sistrung der Beweisaufnahme verweigert. — Dagegen recurrirte B an das D. L. G., welches dem Sistrungsbegehren stattgab und das inzwischen aufgenommenes Protokoll der Zeugenvernehmung cassirte.

Auf den Recurs des A wurde von dem obersten Gerichtshof die obergerichtliche Verordnung aufgehoben und dem D. L. G. die Zurückstellung des von dem B angebrachten Appellationsrecurses an denselben aufgetragen, weil nach §. 46 des Gesetzes über das summarische Verfahren der abgesonderte Recurs gegen den Beschluß des Proceßgerichtes, mit welchem eine Zeugenvernehmung angeordnet wurde, ausgeschlossen ist, daher auch der von B ergriffene Appellationsrecurs gegen die Abweisung seines Begehrens um Sistrung bei von dem Proceßgerichte angeordneten Aufnahme des von A angetragenen Zeugenbeweises unzulässig war.

Nr. 8025.

Eingeschränktheit des Executivprocesses auf Geldansprüche

Entsch. v. 22. Juni 1880, Nr. 7328 (Best. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Wien v. 9. März 1880, Nr. 15563 und des D. L. G. Wien v. 20. April 1880, Nr. 6713). G. Z. 1880, Nr. 66.

Mit der am 5. März 1880 angebrachten Klage belangte den B auf Uebergabe von fünf mit dem Accept des B versehenen medio März, April, Mai, Juni, August verfallenden Wechseln à 347 fl. und begründete den Klageanspruch mit einer vollen Glaubenswürdigen Urkunde, in welcher B die Uebergabe dieser Wechsel auf den 5. Februar 1880 versprochen hatte. Auf diese Klage wurde

nach dem Antrage des A von beiden Untergerichten der Executivproceß (§. 298 a. G. D. und Hofdec. v. 7. Mai 1839, J. G. E. Nr. 358) eingeleitet.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs des B gegen die Einleitung des Executivprocesses, weil die den untergerichtlichen Bescheiden zu Grunde liegende Auffassung, daß der Executivproceß auch in dem Falle von Klagen, welche andere Leistungen als die Zahlung einer Geldsumme zum Gegenstand haben, statthaft sei, dem cit. Hofdec. vom 7. Mai 1839 nicht widerstreitet, welches, indem es dem Kläger berechtigt, in der Klage das angemessene Begehren um die Execution zur Ausführung des eingeklagten Rechtes zu stellen, eine Einschränkung des Executivprocesses auf Klagen, mittelst welcher die Zahlung einer Geldsumme angesprochen wird, nicht zu erkennen gibt, und weil die mit der Klage des A begehrte Leistung als eine zur Zeit der am 5. März 1880 angebrachten Klage bereits fällig gewesen angesehen werden muß, da zufolge der der Klage zu Grunde liegenden Urkunde die fünf Wechsel dem Kläger bis 5. Februar zu übergeben zu waren.

Nr. 8026.

Voraussetzungen des Anspruchs der unehelichen Mutter gegen den Vater des Kindes auf Ersatz der Alimentirung desselben: Animus obligandi.

Entsch. v. 23. Juni 1880, Nr. 5357 (Best. des das Urth. des L. G. Triest v. 29. Oct. 1879, Nr. 6327, abänd. Urth. des O. L. G. Triest vom 29. Jänner 1880, Nr. 4348). Gazz. del Trib. 1881, Nr. 1.

Mit der gegen den B angestellten Paternitätsklage begehrte die Mutter des unehelichen Kindes auch den Ersatz der von ihr aufgewendeten Kosten der Verpflegung des Kindes seit der Geburt bis zum Tage der Klage.

Dieses Begehren wurde von dem obersten Gerichtshofe in der Erwägung abgewiesen, daß der Anspruch der Klägerin auf den §. 1042 a. b. G. B. gegründet ist, daher, um demselben stattgeben zu können, die allgemeinen Voraussetzungen eintreten müssen, von welchen das Recht des negotiorum gestor auf den Ersatz des gemachten Aufwandes abhängt, nämlich: die Absicht desselben, das fremde Geschäft zum Nutzen des Anderen zu führen (§. 1037 ibid.); daß die Klägerin, die, wenn auch in zweiter Linie, zur Verpflegung ihres unehelichen Sohnes verpflichtet ist (§§. 166, 167, 171 ibid.), denselben von dem Tage der Geburt (8. October 1872) bis zu jenem der Klage (12. September 1878), somit durch 6 Jahre aus eigenen

verpflichtet hat, ohne jemals den Beklagten um die Verpflegung
den Ersatz der aufgewendeten Kosten des Unterhaltes anzu-
sagen, daß sie für ihre von dem Beklagten widersprochene Behau-
rung dessen langjährige Abwesenheit daran verhindert gewesen
keinen Beweis angeboten hat, was eben zur Annahme b
daß sie aus mütterlicher Zuneigung oder im Bewußtsein ihr
Verbindlichkeit das Kind verpflegt hat, ohne die Absicht, hierb
die Stelle des hauptverpflichteten Vaters des Kindes zu vertreten

Nr. 8027.

Abkürzen von Erbserklärungen aus dem Gesetze und al
Grund einer (negativ) bedingten Erbseinfegung.

v. 23. Juni 1880, Nr. 7216 (Best. des das Decr. des B. C.
v. 16. März 1880, Nr. 5685, abänd. Decr. des D. R. G. Wi
April 1880, Nr. 6644). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 3
Jur. Bl. 1881, Nr. 7.

Das von M hinterlassene Testament enthält die Anordnung:
„Als Universalerin setze ich meine derzeitige Haushälterin B und
unter Bedingung ein, daß sie in dieser Eigenschaft bis zu meinem To-
de mir ausharret, sich treu und redlich gegen mich benimmt und in
der letzte Treue erweist; wenn dies ihrerseits nicht geschieht, so f
es von dieser Erbeinfegung sein Abkommen erhalten.“ Die Erbsch
wurde ex testamento von der B, ex lege von A und C, den nä
sten Verwandten des M, angetreten und in Folge der Collision d
Erbserklärungen die im §. 125 des Patentes vom 9. August 185
R. G. Bl. Nr. 205, vorgesehene Verhandlung eingeleitet, in welche
die gesetzlichen Erben die Echtheit des Testaments des Erblasser
anerkannten, allein die Erfüllung der testamentarischen Bedingung de
Erbeinfegung der B bestritten. — In erster Instanz wurde die E
angewiesen, die Erbrechtsklage gegen A und C anzustellen, in de
Erwägung, daß das Verwandtschaftsverhältniß der Letzteren zum Ver-
storbenen ihnen ohne Weiteres das Erbrecht gewährt, wogegen di
unter einer Suspensivbedingung testamentarisch berufene B bis zum
Beweis der Erfüllung der Bedingung nicht als Erbin angesehen
werden kann; daß mithin ihr Erbrechtstitel der schwächere und jene
der Prätendenten A und C der stärkere ist und deshalb nach den
den ganzen §. 126 des citirten Patentes beherrschenden Grundsatz
daß derjenige, welcher, um sein Erbrecht geltend machen zu können
den stärkeren Erbrechtstitel seines Gegners vorerst entkräften müßte
als Kläger aufzutreten hat, die Klägerrolle in dem Erbrechtsstreit
der B zerschlägt. — Das Oberlandesgericht verwies die gesetzlichen
Erben zur Erbrechtsklage mit folgender Begründung: Aus der (oben

textuell angeführten) letztwilligen Anordnung des M ergibt sich, daß der Testator die B definitiv zu seiner Universalerin ernannte und daß diese Erbeinsetzung nach seinem ausgesprochenen Willen nur in dem Falle rechtsunwirksam sein soll, wenn sich die ernannte Universalerin in der Zwischenzeit, vom Tage der Testamentserrichtung bis zu seinem Tode, der Erbeinsetzung unwürdig macht, indem sie entweder seinen Dienst verläßt, sich untreu und unredlich gegen ihn benimmt, oder ihm die letzte Treue nicht erweist. Wer daher auf Grund des Gesetzes Anspruch auf die Verlassenschaft des M machen will, muß erweisen, daß die B durch eine der vom Testator bezeichneten Handlungsweisen sich erbunwürdig gemacht hat und dadurch ihre Einsetzung als Erbin rechtsunwirksam geworden ist. Die B hat somit in dem in der gehörigen Form errichteten und hinsichtlich seiner Echtheit unbestrittenen Testamente des M derzeit den stärkeren Rechtstitel für sich; und A und C, deren Ansprüche nur auf der gesetzlichen Erbfolge beruhen, haben nach §. 126 des cit. Patentes als Kläger gegen die testamentarische Erbin B aufzutreten.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung aus deren Gründen.

Nr. 8028.

Widerspruch oder (qualificirtes) Geständniß?

Entsch. v. 23. Juni 1880, Nr. 7266 (Best. des das Urth. des L. G. Aralan v. 13. Dec. 1878, Nr. 30047, abänd. Urth. des O. L. G. Aralan v. 23. Oct. 1879, Nr. 13131). G. S. 1881, S. 342.

A belangte die B wegen Zahlung einer Wechselforderung von 200 fl. Die Beklagte wendete ein, daß sie auf diese Forderung 95 fl. Angezahlt habe und deferirte hierüber dem A den Haupteid. Der Kläger replicirte, daß die Zahlung der 95 fl. von der B ausdrücklich auf eine andere Schuld derselben geleistet und von ihm angenommen worden sei und trug ihr zum Beweis hierfür den Haupteid auf.

Beide Obergerichte erkannten auf den von der Beklagten dem Kläger aufgetragenen Haupteid, weil dieser die Anführung der Beklagten, daß sie von der eingeklagten Schuld 95 fl. gezahlt habe, mit seiner obigen Behauptung widersprochen hat (negatio unius per positionem alterius), daher der Beklagten der Beweis ihrer Anführung oblag (§. 170 westgal. G. D.).

Nr. 8029.

Unzulässigkeit der Auftragung des Haupteides an den Verwalter der mit einer Erfindungsflage belangten Concurssmasse.

Entsch. v. 24. Juni 1880, Nr. 6587 (Best. des das Urth. des R. O. Ungar.-Pradisch v. 6. März 1880, Nr. 243, abänd. Urth. des D. L. O. Brunn v. 28. April 1880, Nr. 4221). Jur. Bl. 1880, Nr. 46.

Die A beehrte mit der gegen den Verwalter der Concurssmasse ihres verstorbenen Ehemannes angestellten Klage den Zuspruch des Eigenthums an einigen in die Concurssmasse einbezogenen Mobilien, und zur Nachweisung der Rechtsgeschäfte, durch welche sie nach ihrer gegnerischerseits widersprochenen Anführung diese Sachen von dritten Personen erworben hat, deferirte sie darüber dem Concurssmasseverwalter den rückschiebbaren Haupteid, auf welchen das Gericht erster Instanz auch erkannte. — Von dem D. L. O. wurde die Klage unbedingt abgewiesen aus folgenden Gründen: Die Klägerin hat zur Erweise ihrer Anführungen über Titel und Art der Erwerbung der von ihr als Eigenthum angesprochenen Sachen nur den dem Concurssmasseverwalter aufgetragenen Haupteid angeboten. Dieser Haupteid ist nicht zulässig, weil dem Concurssmasseverwalter, welcher nach §. 76 der E. O. Vertreter der Gläubigerschaft und Verwalter des in der Concurss gehörigen Vermögens ist, daher nicht im eigenen Namen Proceß führt, nach §. 207 a. E. O. nur über seine eigenen Handlungen der Haupteid aufgetragen werden kann, der ihm deferirte Eid aber Handlungen der Klägerin und dritter Personen zum Gegenstand hat und die Klägerin überdies nicht einmal behauptet, daß der Concurssmasseverwalter von den zu erweisenden Umständen Kenntniß habe oder doch sich verschaffen konnte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 8030.

**Art der Execution eines die periodische Verfrachtung von Waaren gegen einen bestimmten Preis auftragenden Urtheils
Unzulässigkeit der Erzwingung durch Geldstrafen.**

Entsch. v. 24. Juni 1880, Nr. 6893 (Best. des das Decr. des R. O. Ege v. 21. Jänner 1880, Nr. 538, abänd. Decr. des D. L. O. Prag von 13. April 1880, Nr. 11857). G. S. 1880, S. 325.

B war verurtheilt worden, dem Fabrikanten A die Verfrachtung der Waaren von der Fabrik des Letzteren nach einem bestimmten Orte gegen eine Vergütung von acht Kreuzern für jeden Zollcentner der Fracht zu besorgen und die diesfalls erforderlichen Führen gegen je

weilig am Tage vorher zu erstattende Anzeige des Bedarfes beizustellen. Da B dieser Verpflichtung nicht nachkam, beehrte A im Executionswege, daß dem B die Leistung der Führen bei Geldstrafe aufgetragen werde. — Das Gericht erster Instanz erließ diesen Auftrag. — Von dem D. L. G. wurde das Gesuch des A abgewiesen aus folgenden Gründen: Wenn in dem §. 301 a. G. D. dem Kläger die Befugniß eingeräumt ist, nach eingetretener Rechtskraft des Urtheiles die Execution zu führen, so bestimmt andererseits die Gerichtsordnung in den §. 302 ff. genau die einzelnen Arten der zulässigen Execution selbst, welche sich nach der Beschaffenheit des zu erkannten Rechtes und nach dem Objecte, auf welches die Execution geführt wird, richtet. Da es sich hier um eine Arbeit handelt, welche der Beklagte zu leisten hat und in einem solchen Falle nach §. 309 und 310 a. G. D. unterschieden werden muß, ob dieselbe von einem Dritten zu Stande gebracht werden kann oder nicht und nur in dem letzteren Falle die Arbeit mittelst Geld- oder Leibesstrafen erzwungen werden darf, so erscheint die von A angesuchte Art der Execution als verfehlt und kann dem gestellten Begehren nicht willfahrt werden, weil die Besorgung von Waarenverfrachtungen nicht eine Arbeit ist, welche von einer dritten Person nicht zu Stande gebracht werden könnte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung mit Beziehung auf die gesetzmäßige Begründung derselben und mit dem Beisatz, daß der in dem Revisionsrecurs des A angeführte Umstand, daß ein Dritter die Beistellung der Führen um acht Kreuzer per Zollcentner nicht leisten werde, der Anwendbarkeit des §. 309 a. G. D. nicht im Wege steht, weil der hierdurch bedingte Mehraufwand bei Verfrachtung der Waaren eben jenen Schaden bilden wird, welchen der Executionsführer nach dem citirten Paragraph berechtigt ist, gegen den Executen einzulagen.

Nr. 8031.

Nichtberechtigung des von dem Ausschuss der Advocatenkammer bestellten interimistischen Stellvertreters eines verstorbenen Advocaten zu Vergleichabschlüssen für Clienten des letzteren. Pflicht des Proceßgerichtes zur Prüfung der Legitimation bei Abschluß gerichtlicher Vergleiche.

Entsch. v. 30. Juni 1880, Nr. 7396 (Best. des Decr. des R. G. Eger v. 24. April 1880, Nr. 3428, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 12. Mai 1880, Nr. 14322). Jur. Bl. 1881, Nr. 42.

Nach dem Tode des Advocaten M, welcher in dem Proceß des A gegen B den Beklagten vertreten hatte, bestellte der Ausschuss der Advoca-

catenkammer gemäß §. 28 lit. h der Advoc.-O. den Advocaten C als mittlerweiligen Stellvertreter des Verstorbenen. In dieser Eigenschaft schloß C für den B einen gerichtlichen Vergleich mit dem A zur Austragung des Rechtsstreites unter Beibringung der schriftlichen Vollmacht, die von dem B dem M ausgestellt worden war und die Ermächtigung zum Abschluß von Vergleichen enthielt. Das Proceßgericht trug dem C auf, ein ihm selbst ausgestelltes Mandat des B zur Abschließung von Vergleichen vorzulegen, und als C diesem Auftrag nicht nachkam, erklärte es den geschlossenen Vergleich wegen mangelnder Legitimation des C zum Vergleichsabschluß als rechtswirksam. — Auf den Recurs des Klägers A verordnete das D. L. G. dem Gericht erster Instanz die Intimation des abgeschlossenen Vergleichs an die Proceßparteien aus folgenden Gründen: Nachdem das Proceßgericht den Vergleich einmal zu Protokoll genommen hat und der Kläger A an dem Vergleich festhält, so dürfte dasselbe ohne seine Zustimmung dem C den Auftrag zur Vorlage einer ihm von dem B ausgestellten Vergleichsvollmacht nicht ertheilen, umsoweniger den Vergleich aufheben, und es muß dem B selbst überlassen bleiben, den Vergleich anzufechten.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Verfügung. Gründe: Die Bestellung eines mittlerweiligen Stellvertreters für einen mit Tod abgegangenen Advocaten (§. 28 lit. h Advoc.-O.) hat den Zweck, einerseits den von dem verstorbenen Advocaten vertretenen Parteien jene Person namhaft zu machen, an welche sie sich wegen Zurückgabe ihrer Schriften zu wenden haben, andererseits zu verhindern, daß die Klienten des verstorbenen Advocaten bis zur Zeit, wo sie selbst eine Verfügung zu treffen in der Lage sind, einen Nachtheil erleiden; einem solchen mittlerweiligen von dem Ausschusse der Advocatenkammer bestellten Stellvertreter kommen daher nicht jene Befugnisse zu, welche einem im Sinne des §. 420 a. G. D. und §. 14 der Advoc.-O. von dem Advocaten selbst bestellten Substituten zustehen, insbesondere jene Befugnisse nicht, die nach dem §. 1008 a. b. G. B. eine besondere Vollmacht erfordern. Da sonach der Advocat C als im Sinne des §. 28 lit. h Advoc.-O. bestellter mittlerweiliger Stellvertreter zum Vergleichsabschluß für den B nicht legitimirt war, so hat das Proceßgericht, welches verpflichtet war, vor der Hinausgabe des Vergleichsintimates die Legitimation der bei dem Vergleichsabschlusse eingeschrittenen Parteienvertreter zu prüfen, nach erfolglosem Versuch der Sanirung des vorwaltenden Formgebrehens mit vollem Recht die Hinausgabe der Vergleichserledigung verweigern und den geschlossenen Vergleich als unwirksam erklärt.

Nr. 8032.

Gerichtsstand für Bestandsstreitsachen: Geltung desselben für Klagen gegen die Concurssmasse auf Zahlung des Bestandszinses für eine über den Zeitpunkt der Concurs-eröffnung hinausgehende Periode.

Entsch. v. 30. Juni 1880, Nr. 7444 (Aufheb. des das Urth. des O. G. Wien in Wien v. 18. März 1880, Nr. 4987, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 4. Mai 1880, Nr. 6380). O. G. 1880, S. 374.

Ueber das Vermögen des B, welcher von A ein Haus gemiethet hatte, wurde der Conkurs eröffnet und sodann von A gegen die Concurssmasse der Rest eines noch vor der Concursöffnung verfallenen Miethzinses bei dem Gericht der belegenen Sache (§. 1 der kais. Verordnung v. 16. November 1858, Nr. 213), anstatt des Concursgerichtes, eingeklagt. Das Klagebegehren lautete auf Zahlung bei sonstiger Execution. Der Beklagte wendete die Unzuständigkeit des angerufenen Gerichtes ein, weil das Begehren nicht auf die Execution der *invecta* und *illata* eingeschränkt ist. — Der in erster Instanz abgewiesenen Incompetenzeinrede wurde von dem O. L. G. mit folgender Begründung stattgegeben: Würde A sich auf die Geltendmachung des ihm an den *invectis* et *illatis* zustehenden gesetzlichen Pfandrechtes beschränken, so stünde ihm nach §§. 137 und 138 E. O. allerdings frei, sein Recht, wie außer dem Concurs, auch im Wege der Klage bei dem competenten Gerichte zu verfolgen. Da er aber die Zahlung ohne Einschränkung des Executionsobjectes begehrt, so kann er den Klageanspruch nur im Wege der Anmeldung bei dem Concursgerichte geltend machen, weil es sich um einen noch vor der Concursöffnung verfallenen Miethzins handelt und nach §. 23 E. O. bei Mieth- und Pachtverträgen, wenn der Gemeinschuldner Miether oder Pächter ist, die Masse erst von dem Zeitpunkte der Eröffnung des Concurses in den Vertrag eintritt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung in der Erwägung, daß der eingeklagte Betrag den Rest des Miethzinses darstellt, der am 1. Febr. 1880 für das Quartal vom 1. Febr. bis Ende April 1880 voraus zu zahlen war; daß diese Zinsschuld, nachdem der Conkurs über das Vermögen des Miethers bereits am 7. Febr. 1880 eröffnet worden und von diesem Tage die Concurssmasse in den Miethvertrag eingetreten ist, unzweifelhaft auf eine Gebruchszeit sich bezieht, in welcher die Concurssmasse als Miethpartei zu betrachten ist; daß demnach in Gemäßheit der §§. 23, 29, Nr. 3 und §. 137 E. O. diese Miethzinsforderung der Anmeldung im Concurs nicht unterliegt und wie außer dem Falle des Concurses, jedoch gegen den Masseverwalter geltend zu machen ist; daß nach §. 1 der kais. Verordnung v. 16. November 1858, Nr. 213 R. G. B. sämtliche Streitigkeiten aus Bestand-

verträgen, sie mögen was immer für Punkte betreffen, ausschließend und ohne Unterschied der Person vor das Bezirksgericht gehören, in dessen Bezirk der Bestandgegenstand liegt, mithin der Umstand, daß eine Concurssmassenverwaltung Miethpartei ist, keinen Unterschied machen kann; daß der Anwendung dieser Competenzvorschrift und sohin der Annahme der Zuständigkeit des von dem Kläger nach §. 1 der citirten kaiserl. Verordnung angerufenen Gerichtes auch nicht der §. 138 E. O. im Wege steht, weil dieser Paragraph im Zusammenhange mit dem vorhergehenden §. 137 und mit den Bestimmungen des ersten Abschnittes des II. Hauptstückes der Jurisdictionsnorm nur den allgemeinen persönlichen Gerichtsstand der Concurssmasse, als juristischen Person und des Concurssmassenverwalters als solchen feststellt, die in dem zweiten Alinea des §. 138 hervorgehobenen Fälle weder ausdrücklich, noch selbstverständlich als die einzigen bezeichnet sind, in welchen gegenüber dem Concurssmassenverwalter auch vor einem anderen Gerichte als dem Concurssgerichte ein gerichtliches Verfahren stattfinden kann und weil umsoweniger angenommen werden kann, daß durch die im citirten §. 138 aufgestellte Regel dem Specialgesetze über die Gerichtscompetenz in Bestandsachen in dem Fall des Eintrittes der Concurssmasse in einen vom Eridar geschlossenen Miethvertrag oder einer von dem Massenverwalter selbst im Interesse der Masse eingegangenen Miethverträge berührt worden sei, als sich die Durchführung einer solchen Annahme in vielen Fällen, insbesondere bei entfernter Lage des Bestandobjectes und beim Vorhandensein anderer Streitpunkte als des der Zahlung des Bestandszinses mit der klaren Absicht des Gesetzes, welche den Vorschriften des §. 138 E. O. und dem §. 1 der Ordnung über das Verfahren in Bestandsachen zu Grunde liegt, in keinerlei Weise vereinbaren ließe.

Nr. 8033.

Unanwendbarkeit der für den Fall der Nullitätsanzeige durch den gesetzlichen Vertreter eines Minderjährigen angeordneten Richtigerklärung der Proceßverhandlung auf die persönliche Anzeige des inzwischen großjährig Gewordenen.

Entsch. v. 30. Juni 1880, Nr. 7446 (Best. des Decr. des k. k. O. Wien v. 19. März 1880, Nr. 35325, Abänd. des Decr. des k. k. O. Wien v. 4. Mai 1880, Nr. 7294). Allgem. Jur.-Zeitung 1880, Nr. 34.

Auf die Wechselklage des A gegen den B wurde der Zahlungsbefehl erlassen, dem Beklagten am 4. November 1879 zugestellt, nachdem die Frist für die Einwendungen gegen den Zahlungsauftrag

mit dem 7. November abgelaufen war, am 10. November die Mobilienpfändung bewilligt und vollzogen. Einige Wochen nachher überreichte B bei dem Proceßgericht das Gesuch um Aufhebung des Zahlungsbefehls und der Executionsacte, indem er nachwies, daß er bis zum 9. November 1879 minderjährig war. — In erster Instanz wurde das Gesuch abgewiesen, weil nach dem Hofdecrete vom 4. Juni 1789, Nr. 1015 lit. f. J. G. S. das Recht, die Nullität des Erkenntnisses anzuzeigen, nur dem gesetzmäßigen Vertreter des damals minderjährigen B zustand, dieses Recht mit dem Eintritte der Großjährigkeit des Letztern erloschen ist und ihm nur mehr freisteht, im ordentlichen Rechtswege die Annullirung des angeblich ungiltigen Verfahrens zu begehren. — Von dem D. L. G. wurde die Zahlungsauflage, der Pfändungsbescheid und die Pfändung aufgehoben mit folgender Begründung: Die Bestimmung des Hofdecretes vom 4. Juni 1789, J. G. S. Nr. 1015, lit. f, wornach nur dem gesetzlichen Vertreter eines Minderjährigen das Recht zusteht, die Nichtigkeit des richterlichen Spruches zu begehren, ist in dem Sinne auszulegen, daß während des Bestandes der gesetzlichen Vertretung die Nichtigkeitsklärung allerdings nur vom gesetzlichen Vertreter verlangt werden kann, daß aber in dem Falle, wenn der Minderjährige mittlerweile seine Großjährigkeit erlangt hat, dem nunmehr großjährig gewordenen Streittheile das Recht gewahrt bleiben muß, die unterlaufene Nullität dem Gerichte zur Kenntniß zu bringen und das entsprechende Begehren zu stellen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Verordnung. Gründe: Wenn es auch außer Zweifel steht, daß dem B das Recht nicht benommen sein kann, nach erreichter Großjährigkeit das Geeignete zur Wahrung der durch jene Proceßdur während seiner Minderjährigkeit vermeintlich verletzten Rechte zu unternehmen, so konnte dies doch nicht auf dem von ihm eingeschlagenen Wege geschehen; da die im Hofdecrete vom 4. Juni 1789, Nr. 1015, vorgesehene Nullitäts-Anzeige nur dem gesetzlichen Vertreter der zur eigenen Vertretung nicht berechtigten Person zusteht und über dieselbe, wie das Hofdecret vom 14. October 1803, J. G. S. Nr. 629, bestimmt, von Amtswegen zu erkennen ist, ein solcher Vorgang aber in dem Falle, wenn der gesetzliche Vertreter der minderjährigen Partei die Nullitäts-Anzeige nicht erstattet hat, auf das von der inzwischen großjährig gewordenen Person gestellte Begehren um Aufhebung des ergangenen und formell in Rechtskraft erwachsenen Erkenntnisses der Gegenpartei gegenüber nicht als zulässig erkannt werden kann.

Nr. 8034.

Contumacirung eines durch einen jüdischen Advocaten vertretenen Israeliten im Falle des Ausbleibens von einer auf einen Sabbath angeordneten Tagfahrt.

Entsch. v. 30. Juni 1880, Nr. 7566 (Abänd. des das Urth. des J. G. Wien v. 5. März 1880, Nr. 31478, aufheb. Decr. des D. L. G. Wien v. 12. Mai 1880, Nr. 7402). G. J. 1880, S. 304. Jur. Bl. 1880, Nr. 32. G. J. 1881, Nr. 96.

In dem Wechselrechtsproceß des A unter Vertretung des Advocaten C gegen den vom Advocaten D vertretenen B wurde die zur Aufnahme der Duplik auf einen Sabbathtag verlegte Tagsetzung beklagterseits nicht besucht und B auf Andringen des Klägers in contumaciam nach dem Klagebegehren verurtheilt. — Der Beklagte ergriff die Nullitätsbeschwerde, weil er und sein Vertreter Juden sind, daher nach dem Hofdecr. vom 17. Jänner 1818, J. G. G. Nr. 1405, nicht verpflichtet waren, zu der auf einen Sabbathtag anberaumten Tagfahrt vor Gericht zu erscheinen. — Mit Bezugnahme auf das citirte Hofdecret und auf das Hofdecr. v. 16. Juni 1788, J. G. G. Nr. 844, wornach die gesetzwidrige Anordnung einer Tagsetzung in den Gerichtsferien eine Nullität begründet, cassirte das D. L. G. das erstgerichtliche Urtheil.

Der oberste Gerichtshof verwarf dagegen die Nullitätsbeschwerde des Beklagten, weil die Bestimmung des Hofdecr. v. 17. Jänner 1818, J. G. G. Nr. 1405, welche untersagt, die Juden an ihren Festtagen vor Gericht zu fordern, nur von der persönlichen Vorforderung einer Partei mosaischen Glaubensbekenntnisses verstanden, nicht aber auch auf den Fall, in welchem die Partei nach den für das gerichtliche Verfahren bestehenden Vorschriften zur eigenen Vertretung gar nicht zuzulassen ist, sondern durch einen Rechtsfreund vertreten werden muß, ausgedehnt werden kann, und weil, insoferne die Bestimmung des citirten Hofdecretes auch für den ebenfalls dem mosaischen Glaubensbekenntnisse angehörigen Vertreter des Beklagten geltend gemacht werden wollte, hierauf um so weniger Rücksicht genommen werden kann, als dieser Vertreter, falls er den Pflichten seines Amtes als Advocat an einem Sabbathtag nachzukommen Anstand zu nehmen erachtete, die Verlegung der auf einen solchen Tag angeordneten Tagsetzung anzusuchen hatte, oder sich bei dieser Tagsetzung durch einen Substituten vertreten lassen konnte, keinesfalls aber berechtigt war, durch sein Ausbleiben die Gegenpartei in der Verfolgung ihrer Rechte zu behindern und hinzuhalten.

Nr. 8035.

Execution eines zur Anerkennung eines Rechtes condemnirenden Urtheils.

Entsch. v. 30. Juni 1880, Nr. 7614 (Best. des das Decr. des R. G. Leoben v. 11. März 1880, Nr. 634, abänd. Decr. des D. L. G. Graz vom 29. April 1880, Nr. 4929). G. Z. 1881, Nr. 47.

In dem Rechtsstreite des A gegen die Gemeinde B wurde in zweiter und dritter Instanz nach dem Klagebegehren erkannt: „Die beklagte Gemeinde sei schuldig anzuerkennen, daß das Fischereirecht im Rienbache ein ausschließliches Eigenthum des Klägers sei.“ Auf Grund dieses Urtheiles beehrte A im Executionswege die Einführung in den Besitz und Genuß des Fischereirechtes im Rienbache, indem er anführte, daß ihn die beklagte Gemeinde an der Ausübung des fraglichen Fischereirechtes hindere. — Das Gericht erster Instanz bewilligte das Gesuch und requirirte den Richter der belegenen Sache um den Vollzug der Einführung. — Von dem D. L. G. wurde das Executionsgesuch des A verworfen, in der Erwägung, daß der Tenor des in letzter Instanz bestätigten Urtheils des D. L. G. für die Zulässigkeit und den Umfang des im Executionsgesuche gestellten Begehrens maßgebend ist; daß nach Inhalt dieses Urtheiles weder dem Kläger in der Hauptsache etwas zuerkannt, noch der beklagten Gemeinde eine Leistung aufgetragen, sondern lediglich erkannt wurde, daß die Letztere schuldig sei, die Fischerei im Rienbache als ein ausschließliches Eigenthum des Klägers anzuerkennen. — A ergriff den Revisionsrecurs, in welchem er geltend machte, daß in der Verurtheilung der Gemeinde zur Anerkennung seines Eigenthumsrechtes auch die Verurtheilung derselben zu einer Leistung, d. i. zur Duldung der Ausübung des zuerkannten Eigenthumsrechtes liege und daß er nach §. 354 a. b. G. B. berechtigt sei, der sachfälligen Gemeinde gegenüber mit der Substanz und den Nuzungen dieses Fischereirechtes nach Willkür zu schalten und sich im Wege der Execution in den Besitz desselben zu setzen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die oberlandesgerichtliche Entscheidung aus deren Gründen.

Mitteln verpflegt hat, ohne jemals den Beklagten um die Verpflegung oder um den Ersatz der aufgewendeten Kosten des Unterhaltes anzugehen; daß sie für ihre von dem Beklagten widersprochene Behauptung, durch dessen langjährige Abwesenheit daran verhindert gewesen zu sein, keinen Beweis angeboten hat, was eben zur Annahme berechtigt, daß sie aus mütterlicher Zuneigung oder im Bewußtsein ihrer eigenen Verbindlichkeit das Kind verpflegt hat, ohne die Absicht, hierbei nur die Stelle des hauptverpflichteten Vaters des Kindes zu vertreten.

Nr. 8027.

Collision von Erbserklärungen aus dem Gesetze und auf Grund einer (negativ) bedingten Erbseinsetzung.

Entsch. v. 23. Juni 1880, Nr. 7216 (Best. des das Decr. des R. O. Schönhof v. 16. März 1880, Nr. 5685, abänd. Decr. des D. L. O. Wien v. 20. April 1880, Nr. 6644). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 32. Jur. Bl. 1881, Nr. 7.

Das von M hinterlassene Testament enthält die Anordnung: „Als Universalerin setze ich meine derzeitige Haushälterin B unter der Bedingung ein, daß sie in dieser Eigenschaft bis zu meinem Tode bei mir ausharrt, sich treu und redlich gegen mich benimmt und mir die letzte Treue erweist; wenn dies ihrerseits nicht geschieht, so soll es von dieser Erbseinsetzung sein Abkommen erhalten.“ Die Erbschaft wurde ex testamento von der B, ex lege von A und C, den nächsten Verwandten des M, angetreten und in Folge der Collision der Erbserklärungen die im §. 125 des Patentes vom 9. August 1854, R. O. Bl. Nr. 205, vorgesehene Verhandlung eingeleitet, in welcher die gesetzlichen Erben die Echtheit des Testaments des Erblassers anerkannten, allein die Erfüllung der testamentarischen Bedingung der Erbseinsetzung der B bestritten. — In erster Instanz wurde die B angewiesen, die Erbrechtsklage gegen A und C anzustellen, in der Erwägung, daß das Verwandtschaftsverhältniß der Letzteren zum Verstorbenen ihnen ohne Weiteres das Erbrecht gewährt, wogegen die unter einer Suspensivbedingung testamentarisch berufene B bis zum Beweis der Erfüllung der Bedingung nicht als Erbin angesehen werden kann; daß mithin ihr Erbrechtstitel der schwächere und jener der Prätendenten A und C der stärkere ist und deshalb nach dem den ganzen §. 126 des citirten Patentes beherrschenden Grundsatz, daß derjenige, welcher, um sein Erbrecht geltend machen zu können, den stärkeren Erbrechtstitel seines Gegners vorerst entkräften mußte, als Kläger aufzutreten hat, die Klägerrolle in dem Erbrechtsstreit der B zuffällt. — Das Oberlandesgericht verwies die gesetzlichen Erben zur Erbrechtsklage mit folgender Begründung: Aus der (oben

textuell angeführten) letztwilligen Anordnung des M ergibt sich, daß der Testator die B definitiv zu seiner Universalerin ernannte und daß diese Erbeinsetzung nach seinem ausgesprochenen Willen nur in dem Falle rechtsunwirksam sein soll, wenn sich die ernannte Universalerin in der Zwischenzeit, vom Tage der Testamentserrichtung bis zu seinem Tode, der Erbeinsetzung unwürdig macht, indem sie entweder seinen Dienst verläßt, sich untreu und unredlich gegen ihn benimmt, oder ihm die letzte Treue nicht erweist. Wer daher auf Grund des Gesetzes Anspruch auf die Verlassenschaft des M machen will, muß erweisen, daß die B durch eine der vom Testator bezeichneten Handlungsweisen sich erbunwürdig gemacht hat und dadurch ihre Einsetzung als Erbin rechtsunwirksam geworden ist. Die B hat somit in dem in der gehörigen Form errichteten und hinsichtlich seiner Echtheit unbestrittenen Testamente des M derzeit den stärkeren Rechtstitel für sich; und A und C, deren Ansprüche nur auf der gesetzlichen Erbfolge beruhen, haben nach §. 126 des cit. Patentes als Kläger gegen die testamentarische Erbin B aufzutreten.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung aus deren Gründen.

Nr. 8028.

Widerspruch oder (qualificirtes) Geständniß?

Entsch. v. 23. Juni 1880, Nr. 7266 (Best. des das Urth. des L. G. Arlau v. 12. Dec. 1878, Nr. 30047, abänd. Urth. des D. L. G. Arlau v. 23. Oct. 1879, Nr. 13131). G. S. 1881, S. 342.

A belangte die B wegen Zahlung einer Wechselforderung von 200 fl. Die Beklagte wendete ein, daß sie auf diese Forderung 95 fl. angezahlt habe und deferirte hierüber dem A den Haupteid. Der Kläger replicirte, daß die Zahlung der 95 fl. von der B ausdrücklich auf eine andere Schuld derselben geleistet und von ihm angenommen worden sei und trug ihr zum Beweis hierfür den Haupteid auf.

Beide Obergerichte erkannten auf den von der Beklagten dem Kläger aufgetragenen Haupteid, weil dieser die Anführung der Beklagten, daß sie von der eingellagten Schuld 95 fl. gezahlt habe, mit seiner obigen Behauptung widersprochen hat (negatio unius per positionem alterius), daher der Beklagten der Beweis ihrer Anführung oblag (§. 170 weßgal. G. D.).

Nr. 8038.

Constitutum possessorium: Eigenthumsübertragung durch Ausstellung eines Depôtscheines. — Zulassung eines Zeugen- und eines Sachverständigenbeweises durch zwei successive Urtheile. — Theilweise Vernichtung eines Urtheils.

Entsch. v. 2. Juli 1880, Nr. 7342 (Best. des das Urth. des L. O. Arden v. 30. März 1878, Nr. 7940, zum Theil abänd. Urth. des D. L. O. Arden v. 28. Nov. 1878, Nr. 11108). G. S. 1880, S. 444.

Das Bankhaus B erhielt von der A den Auftrag, 1100 Stück Domänenpfandbriefe, welche sie bei demselben hintergelegt hatte, zu verkaufen, dafür 1100 Stück ungar. Eisenbahn-Anlehens-Obligationen zu kaufen und der Bank C einzusenden. Das Bankhaus effectuirte den Verkauf und Ankauf, ohne jedoch die angelaufenen 1100 Stück ungar. Eisenbahn-Anlehens-Obligationen der Bank C einzusenden. Nach längerem Zögern des Bankhauses vertraute die A mit der Begleichung dieser Angelegenheit ihren Sohn, welcher es dahin brachte, daß der Chef des Bankhauses, anstatt die Eisenbahn-Anlehens-Obligationen zu behändigen, ihm am 15. Februar 1870 einen Depositschein ausstellte, des Inhalts, daß das Haus B von der A 1100 Stück ungar. Eisenbahn-Anlehens-Obligationen, deren Nummern in einem besonderen Verzeichnisse notirt waren, erhalten habe. Das Bankhaus B verfiel in Concurß und aus dem Inventar der Concurßmasse ergab sich, daß von den 1100 Obligationen 449 Stücke fehlten und die übrigen 651 Stücke, deren Nummern in dem der A übergebenen Verzeichnisse enthalten waren, mit anderen Werthpapieren, bei der Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien zur Sicherstellung einer Forderung von 60.715 fl. der Creditanstalt gegen das Bankhaus erlegt worden waren. Von der Concurßmassenverwaltung wurden diese Papiere bei der Creditanstalt ausgelöst und für Rechnung der Concurßmasse um 71.574 fl. verkauft. Nun trat die A gegen die Concurßmasse mit einer Klage auf, worin sie bei dem Umstand, daß am Tage der Concurßeröffnung von ihren 1100 Obligationen noch 651 Stück in natura vorhanden und als ihr Deposit in den Büchern des Bankhauses angemerkt waren, daher ungehörig für Rechnung der Concurßmasse verkauft wurden, nach §. 26 E. O. die Herausgabe des Verkaufserlöses von 71.574 fl. und der hievon zugewachsenen Nutzungen forderte. — Nachdem durch Urtheil ein Zeugenbeweis, durch ein zweites Interlocut ein Sachbefund zugelassen und beide Beweise aufgenommen worden, verurtheilte das Gericht erster Instanz die Concurßmasse zur Ausfolgung der 71.574 fl., der vom Tage des Verkaufes der 651 Stück Obligationen berechneten 6percentigen Zinsen und aller zugewachsenen Nutzungen, mit Vorbehalt des Rechtes der Concurßmasse auf Vergütung der bei dem Verkauf der Obligationen gemachten Auslagen (§. 27 E. O.) — aus

folgenden Gründen: In dem vorliegenden Proceß handelt es sich um die Entscheidung der Frage: was für ein Rechtsverhältniß zwischen der Firma B und der Klägerin bezüglich der 1100 ungar. Eisenbahn-Anlehens-Obligationen bestanden hat, worüber der letzteren der Depositionsschein des genannten Bankhauses ausgestellt wurde. Es ist unbestritten, daß die Klägerin weder am 15. Februar 1870 noch vorher ungar. Eisenbahn-Anlehens-Obligationen bei dem Bankhause hinterlegt hat. Darauf gründet der Concursmasse-Verwalter die Einwendung, daß die Depositionsquittung nur zum Schein ausgestellt wurde; daß das nach seiner wahren Beschaffenheit (§. 916 a. b. G. B.) zu beurtheilende Geschäft ein Commissionsgeschäft war; daß die Klägerin demnach nur das Recht hatte, zu fordern, daß ihr Auftrag erfüllt und 1100 Obligationen geliefert werden, keineswegs aber das Eigenthum an Obligationen, welche sie nie in Besitz übernommen hat, geltend machen kann (§. 380 a. b. G. B.), und daß ihr Verhältniß zum Bankhause sich als ein Mandatsverhältniß gemäß §§. 1009 und 1012 a. b. G. B. und Art. 360—362 §. G. B. darstellt. Diese Ansicht muß jedoch als irrig bezeichnet werden. Das anfängliche Verhältniß zwischen der Klägerin und Beklagten war zwar ein solches, wie es der Masseverwalter dargestellt hat, später ist jedoch eine Neuerung eingetreten, indem die Ausstellung der Depositionsquittung und Einzahlung der Consignation kein Scheinact, sondern die Abschließung eines neuen Vertrages war, welcher ein verschiedenes Rechtsverhältniß begründete, und aus der ganzen Verhandlung nicht zu ersehen ist, was die Parteien, namentlich die Klägerin veranlaßt haben könnte, ein Scheingeschäft abzuschließen. Nachdem das Bankhaus, zugestandenvermessen, für Rechnung der Klägerin 1100 Obligationen angekauft hat und wirklich besaß, so konnte es das Eigenthum derselben auf irgend welche der im Gesetze angedeuteten Arten auf die Klägerin übertragen, daher nicht nur durch physische Uebergabe, sondern auch nach §. 428 a. b. G. B. durch Erklärung, daß es die Obligationen von nun an, d. i. vom 15. Februar 1870 im Namen der Klägerin als ihr Depositar inne haben wolle, durch welche Erklärung das Eigenthum der Obligationen auf die Klägerin übergegangen ist. Die Depositionsquittung enthält demnach die wahrheitsgetreue Bestätigung, daß am Tag der Ausstellung derselben zwischen dem Bankhause und der A ein Verwahrungsvertrag gemäß §. 957 a. b. G. B. zu Stande gekommen ist, d. h., daß an diesem Tage das Bankhaus 1100 Stück ungar. Eisenbahn-Anlehens-Obligationen der Klägerin in Verwahrung genommen hat. Die Letztere war daher nach §§. 957 und 961 a. b. G. B. und §. 26 E. O. berechtigt, die Ausfolgung der Obligationen zu verlangen und da dieselben nach Eröffnung des Concurses verkauft worden sind, so ist die Concursmasse nach §. 26 E. O. verpflichtet, den erzielten Erlös sammt allen Nutzungen zurückzustellen; andererseits hat sie jedoch das Recht, die Vergütung der beim Verkauf

gemachten Auslagen zu fordern (§. 27 E. O.). — Der Concursmasse-Verwalter ergriff die Nullitätsbeschwerde 1. weil zwei Beurtheile geschöpft, 2. weil der Klägerin, ohne daß sie es begehrt hat von der Summe von 71.574 fl. die 6percentigen Zinsen seit dem Tag des Verkaufs der Obligationen zugesprochen wurden, und außerdem die Appellationsbeschwerde. — Von dem D. L. G. wurde die Nichtigkeitsbeschwerde im 1. Punkt verworfen und im 2. Punkt durch Beseitigung des erstgerichtlichen Zuspruchs der Zinsen, derselben stattgegeben auf folgenden Erwägungen: Ad. 1 ist der Belangte der Ansicht, daß das zweite Beurtheil nichtig sei, und bekämpft aus diesem Grund das Endurtheil. Das besagte Beurtheil kann aber nicht als nichtig angesehen werden, denn aus dem Hofocr. vom 9. August 1833, J. G. E. Nr. 2625, aus welchem der Belangte die Nullität herleitet ist zu entnehmen, daß im Allgemeinen zwei Beurtheile nicht untersagt sind, daß im Falle eines Beurtheiles auf Zeugen kein neues Urtheil auf Zeugen und bei einem Beurtheile auf Kunstverständige kein neues Urtheil auf Kunstverständige erlassen werden kann, ein Beurtheil auf Zeugen und ein zweites auf Kunstverständige aber zulässig ist. Aber auch im Falle der Unzulässigkeit zweier Beurtheile würde doch daraus die Nichtigkeit des zweiten Beurtheiles nicht gefolgert werden können, weil dieses Verbot in keinem Gesetze mit der Nichtigkeit sanctionirt ist. Ad. 2. Der Zuspruch der Zinsen ist allerdings nichtig, weil derselbe der Schlußbestimmung des §. 325 wiffg. E. O. widerspricht; er zieht aber nicht die Nichtigkeit des ganzen Urtheils nach sich. In merito bestätigte das D. L. G., mit Verwerfung der Appellationsbeschwerde, das erstgerichtliche Urtheil.

Der oberste Gerichtshof verwarf die Nullitäts- und die außerordentliche Revisionsbeschwerde des Concursmasse-Verwalters. Gründe Was die Nullitätsbeschwerde anbelangt, so kann dieselbe nicht als begründet anerkannt werden. Wenn man auch das Hofd. vom 9. August 1833, J. G. E. Z. 2625 (und das Hofocr. vom 22. Juni 1836 J. G. E. Nr. 42, §. 2) bezüglich der Frage: ob, nachdem ein Beurtheil auf den Beweis durch Zeugen oder Sachverständige ergangen ist, noch ein weiteres Beurtheil gefällt werden dürfe, nicht in der Weise interpretirt, wie dies von Seite des D. L. G. geschieht, sondern dahin auslegt, daß alle Beweise durch Zeugen oder Sachverständige welche erheblich sein können, mittelst eines und desselben Beurtheiles zugulassen seien, und wenn man auch davon abieht, daß gegenwärtig durch den §. 17 des Gesetzes vom 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69 das Beweisverfahren anders geregelt ist, so ist doch so viel sicher daß es sich um eine Vorschrift handelt, deren Nichtbeachtung nicht ausdrücklich mit der Nullität bedroht ist und deren Tendenz vielmehr nur dahin gerichtet ist, einer Verschleppung des Verfahrens vorzubeugen. Darin, daß das Oberlandesgericht, indem es den 6percentigen Zinsen betreffenden Absatz des erstgerichtlichen Urtheil

als nichtig ansah, blos diesen Absatz cassirte, kann keine Gesetzeswidrigkeit, um so weniger eine Nichtigkeit erblickt werden. Denn die allgemeine Bestimmung des §. 344 westg. G. D. kann wohl nur auf jene Fälle bezogen werden, wo es sich um eine Nullität handelt, welche ihrer Natur nach die Aufhebung des ganzen Urtheils und die Anordnung eines neuerlichen ordnungsmäßigen Verfahrens nothwendig macht, da nicht abzusehen ist, warum in dem Fall, wo nur ein Absatz des Urtheils, der von dem übrigen Inhalt des Urtheils trennbar ist und denselben nicht berührt, als nichtig befunden wird und zur Behebung einer solchen Nichtigkeit die Cassirung dieses einzigen Absatzes als nothwendig sich darstellt, dennoch das ganze Urtheil vernichtet und die Fällung eines neuen Urtheils in erster Instanz angeordnet werden müßte. — Belangend das Wesen der Sache, so kann die von dem Belangten gegen die untergerichtliche Beurtheilung des Rechtsverhältnisses vorgebrachte Einwendung, daß die Annahme eines Verwahrungsvertrages dadurch ausgeschlossen sei, daß die in Rede stehenden Obligationen in der Wirklichkeit nicht vorhanden waren, indem sie sonst der Klägerin auf ihr Verlangen ausgefolgt worden wären, nicht als richtig angesehen werden. Denn beklagterseits wurde zugestanden, daß die Obligationen mit dem Gelde, welches durch den Verkauf der von der Klägerin ursprünglich erlegten 1100 Stück Domainen-Pfandbriefe gewonnen worden war, angekauft wurden und in der That vorhanden waren, jedoch in Folge der von dem Bankhause getroffenen Disposition nebst anderen Effecten in die Verwahrung der Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, zur Deckung der Rechnung des Bankhauses bei derselben gekommen sind. Es wurde außerdem zugestanden, daß namentlich jene 651 Stück Obligationen, um deren Erlös es sich jetzt handelt und die auch in das Inventar der Concurssmasse einbezogen erscheinen, nach der Concurseröffnung bei der Creditanstalt, gegen Befriedigung ihrer Guthabung erhoben und sodann veräußert wurden. Es kann demnach auch der Grund, weshalb die Obligationen, namentlich aber jene 651 Stücke der Klägerin auf ihr Verlangen nicht ausgefolgt wurden, offenbar nicht in dem Nichtvorhandensein derselben gesucht werden.

Nr. 8039.

Rechtliche Wirkungen der in integrum restitutio: Ein der Restitution (wegen schlechter Vertretung) auf Unterbrechung der Verjährung? — Zeitpunkt des Beg der Verjährung der Klage auf Annullirung eines Testam

Entsch. v. 2. Juli 1880, Nr. 7481 (Best. der gleichförmigen Urth. des Graz v. 30. Dec. 1879, Nr. 29510 und des D. L. G. Graz v. 14. 1880, Nr. 2243). G. Z. 1881, Nr. 75.

Nachdem die Verlassenschaft des am 5. September 1871 storbenen M seiner Witwe B als testamentarischer Erbin eing wortet und für sie das Eigenthum an den Nachlassimmobilien bühert worden war, traten die gesetzlichen Erben des M am 6. Dec 1872 gegen die B klagend auf und begehrten die Ungiltigkeit des Testamentes und der Einantwortungsurkunde, die Anerkennung Erbrechtes nach M und die Umschreibung und Herausgabe der lassrealitäten. In dem Proceß sachfällig geworden, begehrten die testaterben die Wiedereinsetzung wegen schlechter Vertretung, weil Vertreter zum Beweise ihrer Klagelegitimation einen Stamm allegirt hatte, welchem keine Beweisraft zuerkannt wurde, und Mangel der Hauptgrund der Abweisung ihrer Klage war. Die stitution wurde mit Urtheil vom 7. November 1876 bewilligt, und ausdrücklich zur Vervollständigung der Klage vom 6. December durch Beibringung der zum Beweise der Klagelegitimation erforderlichen Tauf-, Trauungs- und Todtenscheine. Nun überreichte Kläger am 16. März 1877, einen Klagenachtrag, in welchem sie, ein Begehren ausdrücklich zu stellen, sich unter Berufung auf frühere Klageschrift darauf beschränkten, zu derselben die erforderlichen Behelfe zu allegiren. Dieser Klagenachtrag wurde zur Ei der B verbeschieden, welche in formeller Beziehung einwendete, über den Klagenachtrag kein Urtheil gefällt werden kann, weil ein drückliches Begehren nicht gestellt wurde und die Beziehung auf andere Klage unstatthaft sei, und in merito dem Begehren der K auf Umstoßung des letzten Willens die Triennalverjährung des §. 1 a. b. G. B. entgegensezte. — In erster Instanz wurden die K abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Es würde nicht nur den Sinn und den Wortlaut des Restitutionsurtheiles verst sondern auch geradezu eine Irreführung der Kläger involviren, jetzt, nachdem bei Erledigung des Klagenachtrages die Bezug auf eine frühere Klage gestattet worden ist, die Berücksichtigung letzteren und der damit im Zusammenhange stehenden früheren handlung verweigert werden wollte. Es ist daher auf die früheren Klagenachtrage bezogene Klage und auf die über letztere gepflichte Verhandlung Rücksicht zu nehmen. Jedoch muß gleich hier b

werden, daß die in dieser Weise geschehene Vereinfachung der dem Kläger im Restitutionswege gestatteten Proceßführung sich eben nur auf die Frage der Instruirung dieses Proceßes beziehen kann, und daß es nicht angeht, auch in Bezug auf die materiell-rechtlichen Wirkungen der Klage die Sache nunmehr so anzusehen, als ob die Klage des vorliegenden Proceßes schon im Jahre 1872 eingebracht worden wäre. Der über die Klage vom Jahre 1872 abgeführte Proceß ist vielmehr definitiv abgethan, und der im Restitutionswege eingebrachte Klagenachtrag erscheint nur seiner Bezeichnung und seiner Form nach als eine Ergänzung der frühern Klage, der Sache nach aber als eine neue Klage, gleichwie auch die über den Klagenachtrag gepflogene Verhandlung nur der Form nach die Ergänzung der früheren Verhandlung, thatsächlich und dem Wesen nach aber eine vollständig neue Proceßverhandlung ist. Eine andere Auffassung wäre mit den Grundsätzen des Civilverfahrens nicht vereinbar, und würde auch der processualischen Restitution Folgen beimessen, die mit ihr nicht verbunden sein können. Denn die Restitution kann selbstverständlich nicht die Wirkung haben, daß ein mittelst rechtskräftigen Erkenntnisses abgewiesener Klageanspruch wieder auflebt; die Restitution kann nur bewirken und für zulässig erklären, daß ein bereits früher erhobener Anspruch neuerdings geltend gemacht werde, und die materiell-rechtlichen Wirkungen des wieder vorgebrachten Anspruches können erst mit dem Zeitpunkte der neuerlichen Geltendmachung eintreten. In merito wendet die Beklagte die Triennialverjährung (§. 1487 a. b. G. B.) des Klageanspruches ein, welche am 5. September 1871, als dem Sterbetag des M, begonnen habe, durch die im Jahr 1872 angestellte, allein abgewiesene Klage nicht unterbrochen worden und zur Zeit des erst nach 5 Jahren seit dem Todestag überreichten Klagenachtrags vom 16. März 1877 bereits vollendet gewesen sei. Es steht außer Zweifel, daß die Verjährung durch die unbedingt abgewiesene Klage vom Jahre 1872 nicht unterbrochen worden ist (§. 1497 a. b. G. B.), und diese Rechtswirkung, nämlich der ununterbrochene Fortgang der Verjährung, konnte nicht, wie die Kläger behaupten, durch die ihnen bewilligte Restitution wieder beseitigt werden, weil bei solcher Annahme der Fall einer Restitution gegen materiell-rechtliche Folgen vorliegen würde, eine derartige Restitution aber ganz ausgeschlossen ist (§. 1450 a. b. G. B.). Die Kläger bestreiten weiter, daß der Lauf der Verjährung schon vom Todestage des Erblassers an beginne. Diefür sei vielmehr der Zeitpunkt maßgebend, in welchem die Erbserklärung aus einer letztwilligen Anordnung vom Gerichte angenommen worden ist, während früher die Anfechtung wegen Mangels der passiven Klagelegitimation unmöglich sei, und zur Verjährung doch der Nichtgebrauch eines Rechtes, welches an sich ausgeübt werden konnte, vorausgesetzt werde. Diese Meinung kann jedoch nur dann für richtig erkannt werden, wenn der testamentarisch eingesetzte Erbe erst mit der Erbserklärung

sein Recht aus dem Testamente geltend macht. Im vorliegenden Fall aber war für die Kläger gleich nach dem Tode des M für die in §. 823 a. b. G. B. vorgesehene Erbschaftsklage die rechte Bellage vorhanden. Desgleichen hatten die Kläger am 12. September 1871, an welchem Tage der letzte Wille gerichtlich kundgemacht worden ist, die volle Gewißheit darüber, daß M das nunmehr angefochtene Testament hinterlassen habe. Demzufolge waren an diesem Tage für die Kläger alle Bedingungen gegeben, ihren Anspruch auf Herausgabe der von der Bellagten schon damals besessenen Erbschaft und auf Anfechtung des letzten Willens des M geltend zu machen, und es hat demnach gegen die Kläger die Verjährung des vorliegenden Klageanspruches gemäß §. 1487 a. b. G. B. am 12. September 1871 zu laufen begonnen. Zur Vollendung dieser Verjährung genügte aber gemäß §. 1487 a. b. G. B. ein Zeitraum von drei Jahren, welcher am 11. September 1874 vollendet war. Die Kläger mußten daher, um die Einwendung der Verjährung zu entkräften, beweisen, daß sie schon vor dem 11. September 1874, oder doch an diesem Tage in die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Geltendmachung ihres Klageanspruches eingeschritten sind. Dieser Beweis wurde aber von ihnen nicht erbracht. Sie haben nicht einmal angegeben, an welchem Tage das Restitutionsgesuch, über welches das Urtheil vom 7. November 1876 erging, von ihnen überreicht worden ist und es liegt in dieser Beziehung lediglich die Anführung der Bellagten in der Duplik vor, daß das Restitutionsgesuch erst am 22. November 1874, also nach Ablauf des Verjährungstermines, angebracht worden ist. Da somit die von der Bellagten erhobene Einwendung der Verjährung begründet erscheint, mußten die Kläger schon deshalb abgewiesen werden. — Das D. L. G. bestätigte das erstrichterliche Urtheil mit Bezugnahme auf die vorstehenden Motive, denen es die nachfolgenden Erwägungen beifügte: Die Annahme des ersten Richters, daß die materiellen Rechtswirkungen der in Folge des Restitutionsurtheiles eingebrachten Klage oder des Klagenachtrages nicht auf den Zeitpunkt der Ueberreichung der Klage, 6. December 1872, zurückzuführen sind, widerspricht weder dem Wesen der Restitution, noch der Actenlage. Das Wesen der Restitution besteht darin, daß der Restitutionswerber die Befugniß erhält, sein bereits entschiedenes Recht ausnahmsweise noch einmal vor Gericht geltend zu machen, ohne daß ihm der Bellagte die entschiedene Streitsache einwenden könnte. Darin liegt nicht nothwendig, daß der restituirte Kläger in jeder Beziehung auch rückichtlich der materiellen Rechtslage so gestellt werden müßte, wie er zur Zeit der Ueberreichung der ersten Klage gestellt war. Vielmehr würde die Annahme einer solchen Wirkung der Vorschrift des §. 1497 a. b. G. B. widersprechen, wonach eine rechtskräftig abgewiesene Klage rückichtlich der Unterbrechung der Verjährung als eine ganz wirkungslose Handlung anzusehen ist, die im Rechtszustande des Gegentheils

keine Veränderung hervorbringen kann. Wenn im Restitutionsurtheile erkannt worden ist, daß es von dem vorigen Urtheile sein Abkommen habe, so wurde damit nur das Hinderniß der neuerlichen Verhandlung und Entscheidung derselben Rechtsache, jedoch einer im wesentlichsten Punkte ergänzten, somit von der ersten materiell verschiedenen, also neuen Klage beseitigt, keineswegs aber über die Statthaftigkeit der ersten Klage neuerdings erkannt, welche als solche gar nicht mehr existirt. Was endlich die Behauptung betrifft, daß die Frist zur Klage auf Annullirung des Testaments erst mit der Erbserklärung, und nicht mit dem Tage der Kundmachung des Testaments und Erbvertrages zu laufen begonnen hat, so entbehrt sie der gesetzlichen Begründung. Denn da die Verjährung nach §. 1487 a. b. O. B. durch den Nichtgebrauch eines Rechtes, welches an sich schon hätte ausgeübt werden können, durch die vom Gesetze bestimmte Zeit bewirkt wird, ist für den Beginn des Laufes der Verjährungsfrist die Möglichkeit der Ausübung des Rechtes maßgebend, und diese Möglichkeit war seit dem Tage der Kundmachung des Testaments vorhanden, umso mehr, als die Beklagte auch im Besitze des Nachlasses war, und schon dadurch die Absicht, denselben in Anspruch zu nehmen, an den Tag gelegt hat.

Der oberste Gerichtshof verwarf die a. o. Revisionsbeschwerde der Kläger. Gründe: Die Klage vom Jahre 1872 wurde abgewiesen, folglich die dreijährige Verjährung des mit derselben angesprochenen Rechtes nicht unterbrochen. Die Wiedereinsetzung, welche den Klägern zu dem Ende bewilligt wurde, damit sie von dem im früheren Rechtsstreite nicht beigebrachten Beweismitteln Gebrauch machen können, hat, wie das O. L. G. ganz richtig bemerkt, nur die Wirkung, daß auf Grund derselben das abgesprochene Recht neuerlich geltend gemacht werden kann, ohne daß die Einwendung der entschiedenen Streitsache zu besorgen wäre und ist hiebei der Umstand unentscheidend, daß die Wiedereinsetzung wegen mangelhafter Vertretung bewilligt wurde, welche binnen 14 Tagen nach Kundmachung des Urtheiles an die verklärte Partei zu begehren war, da sich die im Sinne des Hofd. v. 19. Dec. 1801, J. G. G. Nr. 545, zu bewilligende Wiedereinsetzung von jener der lit. b. des §. 372 a. O. D. nur dadurch unterscheidet, daß es nicht darauf ankommt, ob der Verklärte die nach dem Spruche gefundenen erheblichen Beweismittel nicht finden konnte, sondern der Nachweis genügt, daß aus Verschulden des Rechtsfreundes davon kein Gebrauch gemacht wurde. In beiden Fällen ist aber die Verjährung als durch die frühere Klage nicht unterbrochen zu betrachten. Denn das Erkenntniß vom 7. Nov. 1876, womit den Klägern die Wiedereinsetzung zur Vervollständigung der Klage vom 6. December 1872 durch Beibringung der Beweise über die in derselben angeführten Umstände bewilligt und hiezu eine 30tägige Frist ertheilt wurde, hatte keineswegs die Wirkung, daß durch das Anbringen dieser

Vervollständigung innerhalb der erteilten Frist die Klage als im Sinne des §. 1497 a. b. G. B. gehörig fortgesetzt zu betrachten ist. Eine Unterbrechung der Verjährung hätte daher erst mit Einbringung des sog. Klagenachtrages vom 16. März 1878 eintreten können, wenn damals die dreijährige Verjährungsfrist noch nicht abgelaufen gewesen wäre, keineswegs aber durch die Vorbringung des Begehrens um Wiedereinsetzung, daher die Frage, ob die drei Jahre vom Tage der Kundmachung des umzustößenden letzten Willens oder von jenem der auf Grund derselben erfolgten Erbserklärung laufen, für die Entscheidung des Rechtsstreites belanglos ist, weil am 16. März 1877 die Frist längst abgelaufen war.

Nr. 8040.

Anspruch der Eltern im Falle verschuldbeter Tödtung eines sie alimentirenden Kindes auf Schadenersatz.

Entsch. v. 7. Juli 1880, Nr. 7090 (Best. des Urth. des k. k. O. Wien v. 3. Oct. 1879, Nr. 101608, Abänd. des Urth. des O. L. G. Wien vom 21. April 1880, Nr. 19533). Jur. Bl. 1880, Nr. 48. G. Z. 1881, Nr. 14.

Auf einer Strecke der von der Gesellschaft B betriebenen Eisenbahn wurde der Bremser M durch den Zusammenstoß eines Schotterzuges mit in das Rollen gerathenen Waggon getödtet und durch Strafurtheil wurde festgestellt, daß zwei zum Bahnbetrieb angestellte Personen den Unfall verschuldet haben. In Folge dessen trat die A, Mutter des M, gegen die Bahngesellschaft mit einer Klage auf, worin sie anführte, daß sie nur von der Unterstützung lebe, die ihr M im Vertrag von 10 fl. monatlich gewährte, und auf Grund des Gesetzes von 5. März 1869, R. G. Bl. Nr. 27, die Verurtheilung der Beklagten zur Zahlung dieses Alimenterbetrags bis an ihr Lebende beehrte. — In erster Instanz wurde dem Klagebegehren stattgegeben, wenn Klägerin mit dem Haupteid den Beweis erbringt, daß sie von M bis zu seinem Tode in dem obigen Maß unterstützt wurde. — Das O. L. G. erkannte auf unbedingte Abweisung der Klage aus folgenden Gründen: Nach den Bestimmungen des dreißigsten Hauptstückes des zweiten Theiles des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches ist in der Regel nur der Beschädigte, als welcher im Falle einer körperlichen Verletzung nur der Verletzte (eventuell dessen Rechtsnachfolger) zu erkennen ist, berechtigt, den Ersatz des ihm verursachten Schadens zu begehren. Von dieser Regel sind nun allerdings Ausnahmen in den §§. 1327 und 1329 a. b. G. B. statuiert, von welchen beiden Paragraphen hier der erstere in Frage kommt, welcher nebst den vorgehenden §§. 1325 und 1326 im §. 1 des Gesetzes

vom 5. März 1869, R. G. Bl., Nr. 27, citirt ist. Allein die im §. 1327 zu Gunsten der Frau und der Kinder des Getödteten gemachte Ausnahme kann auf die Eltern des Getödteten, selbst wenn ihnen gegen den Letztern ein Anspruch auf den anständigen Unterhalt nach §. 154 a. b. G. B. zufland, nicht ausgedehnt, sie muß vielmehr als eine eigens nur zu Gunsten der Frau und der Kinder getroffene Bestimmung erachtet werden, da keineswegs erhellt, daß der Gesetzgeber in dem Falle, wenn aus einer körperlichen Verletzung der Tod erfolgt, allen Personen, welche dadurch in der Verwirklichung eines Rechtsanspruchs gegen den Getödteten, speciell des gesetzlichen Anspruchs auf Unterhalt beeinträchtigt sind, und nicht eben nur der Frau und den Kindern, als zunächst an den Getödteten angewiesenen Personen, Ersatzansprüche einräumen wollte. Das Klagebegehren ist daher im Gesetz nicht begründet.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Beide Untergerichte haben übereinstimmend ausgesprochen, daß in dem vorliegenden Falle der §. 1 des Gesetzes vom 5. März 1869, R. G. Bl. Nr. 27, zur Anwendung kommt, daß demnach die geklagte Eisenbahnunternehmung verpflichtet ist, den durch die Tödtung des M. entstandenen Schaden zu ersetzen. Da die bezogene Gesetzesstelle weiter die Vermuthung aufstellt, daß die Ereignung — die Tödtung — durch ein Verschulden eingetreten sei, so ist das Maß des zu leistenden Ersatzes nach den §§. 1323 und 1324 a. b. G. B. zu bestimmen, deren ersterer anordnet, daß, um den Ersatz des verursachten Schadens zu leisten, Alles in den vorigen Stand zurückversetzt werden müsse; der zweite aber, daß der Beschädigte volle Genugthuung zu fordern berechtigt sei. Da nun im Falle einer Tödtung der unmittelbare Beschädigte, der Getödtete, keinen Ersatz fordern und erhalten kann, so folgt daraus von selbst, daß dieses Recht, den Ersatz zu fordern, jenen Personen zukommen müsse, welchen aus dem Tode einer Person ein Schaden im Sinne des §. 1293 a. b. G. B. entstanden ist. Als solche Personen macht der §. 1327 a. b. G. B. zunächst jene Personen, denen durch den Tod eines Menschen Kosten erwachsen sind, dann die Frau und Kinder des Getödteten namhaft. Aber aus den bezogenen Gesetzstellen und namentlich aus der Anwendung des §. 1295 a. b. G. B., nach welchem Jedermann berechtigt ist, von dem Beschädiger den Ersatz des ihm aus Verschulden zugefügten Schadens zu fordern, geht hervor, daß die zuvor genannten Personen nicht die einzigen sein können, welchen im Falle einer Tödtung ein Ersatzanspruch zusteht, daß vielmehr dieser Anspruch allen Personen zukommt, welche durch den Todesfall in einem Rechtsanspruch beeinträchtigt worden sind. Zu diesen gehören jene Personen, denen der Getödtete einen Unterhalt zu leisten gesetzlich verpflichtet war, also nicht nur die im §. 1327 a. b. G. B. ausdrücklich Genannten, sondern insbesondere auch die Eltern, denen das getödtete

Kind in Erfüllung der ihm durch §. 154 a. b. G. B. auferlegten Pflicht bis zu seinem Tode den anständigen Unterhalt geleistet. Die Richtigkeit dieser Ansicht ergibt sich auch aus der Stellung der §§. 1323—1331 des bürgerlichen Gesetzbuches, welche unter der Ueberschrift: „Arten des Schadenersatzes“ — vereinigt sind, woraus folgt, daß der Gesetzgeber hier nur bestimmen wollte, was zu ersetzen und auf welche Art der Ersatz zu leisten sei, während die Anordnung, wem ein Ersatz gebühre, schon früher im §. 1295 gegeben worden ist. Damit stimmt auch der §. 1 des Gesetzes vom 5. März 1879 (R. G. Bl. Nr. 27, überein, wenn er sagt, daß die Eisenbahnenverwaltung den durch die körperliche Verletzung oder Tödtung Menschen entstandenen Schaden „nach Maßgabe der §§. 1325—1331 zu ersetzen habe. Es war demnach das der Klage stattgebende Urtheil der ersten Instanz aufrecht zu erhalten.

Nr. 8041.

Sequestration eines streitigen Grundstückes wegen schlechter Bewirthschaftung; Auferlegung der Cautionsleistung (rechtzeitiges) Anerbieten derselben durch den Sequestrationswerber.

Entsch. v. 13. Juli 1890, Nr. 7582 (Best. des Decr. des O. G. D. v. 6. August 1879, Nr. 4993, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 31. Dec. 1879, Nr. 18538). O. G. 1881, S. 323.

Nach Anstellung der Klage gegen den B auf Zuerkennung des Eigenthumes an der Grundwirthschaft X und Herausgabe derselben begehrte der Kläger A nach §. 388 westg. O. D. die Sequestration der Grundwirthschaft, welche das Gericht erster Instanz bewilligte. — Von dem D. L. G. wurde das Sequestrationsgesuch abgewiesen, weil die Gefahr eines Verderbnisses des Streitgegenstandes während der Dauer des Processes im Sinne des §. 388 westg. O. D. nicht dargethan ist, indem der vom Kläger angeführte (von Zeugen bestätigte) Umstand, daß die Grundstücke weder im Herbst noch im folgenden Frühjahr gedüngt wurden, keine Vernichtung der Substanz der Grundwirthschaft darstellt, und weil der Kläger auch keine Cautionsleistung für den dem Beklagten aus der Beschlagnahme erwachsenden Schaden geboten hat.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Entscheidung mit Beifügung des Cautionsantrages an den A. Gräfin. Der Kläger hat durch Zeugen dargethan, daß der Beklagte im Besitz der Grundwirthschaft ist und dieselbe der üblichen Wirthschaftsordnung zuwider in einer Weise benützt, daß die Grundstücke in f

dessen vollständig und für eine längere Reihe von Jahren die Eignung zum regelrechten Anbau verlieren können; daß er sie also vernachlässigt und ihre Ertragsfähigkeit herabmindert, wodurch allerdings eine zum Nachtheile des Klägers reichende Benützung derselben ausgewiesen ist. Es sind somit die im §. 388 westg. G. D. vorgesehenen Erfordernisse der Bewilligung der Sequestration vorhanden, und wenn Kläger im Zuge des Incidentstreites den Erlag einer Caution zur Sicherstellung für den dem Beklagten etwa erwachsenden Schaden nicht angeboten hat, so ist dies ein Verschulden des Leiters der Verhandlung im Hinblick auf die Gesekunkenntniß des Klägers, welche nach seinem Stande als Grundwirth vorausgesetzt werden muß. Dieser Mangel kann jedoch derzeit um so eher behoben werden, als der Kläger im Revisionsrecurse ausdrücklich seine Bereitwilligkeit zum Erlage einer von der Gerichtsbehörde etwa verlangten Caution an den Tag gelegt hat.

Nr. 8042.

Obergerichtliche Anordnung der Anwendung des Gesetzes v. 19. Juli 1877 für Galizien (wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften) oder bloße Mahnung zur Beachtung desselben?

Entsch. v. 13. Juli 1880, Nr. 7817 (Best. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 21. Jänner 1880, Nr. 19964). G. S. 1881, S. 119.

In der von A gegen B zur hereinbringung einer Forderung und der ausstehenden 60percentigen Jahreszinsen geführten Execution bewilligte das Gericht erster Instanz die Feilbietung. — Auf den Recurs des B wurde von dem D. L. G. der Feilbietungsbescheid aus formellen Gründen aufgehoben und das Gericht angewiesen, nach Beseitigung der formellen Anstände zur neuen Erledigung des Feilbietungsgesuches des A zu schreiten und hiebei die Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften), sich vor Augen zu halten.

Wegen dieses Befehles ergriff der Executionsführer den Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshofe mit folgender Begründung verworfen wurde: Das D. L. G. hat nicht, wie der Recurrent behauptet, dem ersten Richter verordnet, bei der neuerlichen Erledigung seines Feilbietungsgesuches eine Zinsenermäßigung im Sinne des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66, zu decretiren, sondern nur aus Anlaß der von dem Executen gegen das übertriebene Zinsenausmaß im Sinne des bezogenen Gesetzes erho-

neuen Beschwerde, den ersten Richter angewiesen, bei der neuerlich Erledigung des Feilbietungsgesuches die Bestimmungen des gedachten Gesetzes in Erwägung zu ziehen. Ein solcher Auftrag enthält keine präjudicirliche Anordnung des oberen Richters und wahrt dem erst Richter noch immer die Freiheit, nach seinem Ermessen mit Berücksichtigung des Inhaltes der vorliegenden Acten und der Parteianträge das erwähnte Gesetz zur Anwendung zu bringen oder dessen Anruf abzulehnen.

Nr. 8043.

Verpflichtung des Proceßgerichtes zur Bestätigung seiner Zuständigkeit und der Vollstreckbarkeit des Urtheils auf Ansuchen der Partei behufs Vollstreckung desselben im Auslande.

Entsch. v. 13. Juli 1880, Nr. 8230 (Abänd. der gleichförmigen Decreten des R. O. Leitmeritz v. 18. Mai 1880, Nr. 3759 und des D. L. G. B. v. 2. Juni 1880, Nr. 16618). G. S. 1880, S. 35.

Von dem Kreisgerichte Leitmeritz wurde dem A eine Geldforderung gegen B zugesprochen. Um dieselbe durch Zwangsvollstreckung in das im Auslande befindliche Vermögen des B hereinzubringen, gehörte A von dem genannten Erkenntnißgerichte die amtliche Bestätigung, daß dasselbe nach den in Oesterreich geltenden Gesetzen in Verhandlung und Entscheidung des von A gegen den B geführten Rechtsstreites competent war und daß das geschöpfte Erkenntniß rechtskräftig und vollstreckbar, d. i. executionsfähig sei. — Das Gesuch wurde in erster und zweiter Instanz abgewiesen mit der (obergerichtlichen) Begründung, daß nach §. 281 des Patentgesetzes vom 9. Aug. 1854, R. O. Bl. Nr. 208, allerdings „über actenmäßig bei Gericht bekannte Thatsachen“ den Parteien diejenigen Amtszeugnisse, worin und insoferne sie in ihren Rechtsangelegenheiten Gebrauch zu machen in dem Falle sind, auf Ansuchen auszufertigt werden sollen; daß aber das von A vorgebrachte Gesuch dieser gesetzlichen Bestimmung nicht entspricht, da ein directer Ausspruch begehrt wird, der nur in dem wegen der Gerichtszuständigkeit abgeführten Nebenstreit am Platze wäre, überdies schon aus dem Erkenntnisse des Kreisgerichtes Leitmeritz selbst hervorgeht, daß sich dasselbe zur Verhandlung und Entscheidung für competent hielt, und insoferne die Rechtskraft und Vollstreckbarkeit des kreisgerichtlichen Urtheils bestätigt werden soll, nicht die Bestätigung actenmäßig bekannter Thatsachen, sondern vielmehr die aus solchen Thatsachen sich ergebenden gesetzlichen Rechtsfolge festgestellt wird.

Von dem obersten Gerichtshofe wurde dem a. o. Recurse des A stattgegeben und dem Kreisgerichte aufgetragen, dem Recurrenten die angesuchten Bestätigungen, insoweit sie in den bei dem Kreisgerichte liegenden Acten ihre Begründung finden, auszufertigen, weil die Umstände, daß das Kreisgericht sich zur Verhandlung und Entscheidung des im Gesuche des A bezeichneten Rechtsstreites als zuständig erlannt hat, und daß das in diesem Rechtsstreite ergangene Urtheil in Rechtskraft erwachsen, sohin executionsfähig ist, nicht als bloße Rechtsfolgerungen angesehen werden können, vielmehr allerdings zu jenen actenmäßig bei Gericht bekannten Thatsachen gehören, worüber die Gerichte den Parteien in ihren Rechtsangelegenheiten über ihr Ansuchen Amtszeugnisse auszufertigen nach §. 281 des kais. Patentes vom 9. August 1854, Nr. 208, berufen sind.

Nr. 8044.

Nichtberechtigung der Mitglieder eines Concursgläubigerausschusses zur Ausübung ihrer Functionen durch selbstgewählte Stellvertreter.

Entsch. v. 13. Juli 1880, Nr. 8260 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. Wien v. 6. April 1880, Nr. 49853 und des O. L. G. Wien vom 20. Mai 1880, Nr. 8405). Jur. Bl. 1880, Nr. 33.

In dem beim Wiener Handelsgerichte schwebenden Concurs des B wurden die fünf Gläubiger: C, D, E, die Firma F und die n. ö. Escomptegesellschaft in den Gläubigerausschuß gewählt, ohne ausdrückliche Ertheilung der Befugniß, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen; als Ersatzmänner wurden G und H bestimmt. Als der Concursmasserverwalter die Verwaltungsrechnung vorlegte, erschienen bei der zur Prüfung derselben durch den Gläubigerausschuß anberaumten Tagfahrt die Ausschußmitglieder D und E und der Ersatzmann H persönlich, für F der Advocat Dr. J, für C und die n. ö. Escomptegesellschaft der Advocat Dr. K als Bevollmächtigte. Die Rechnung des Concursmasserverwalters wurde einstimmig approbirt. Da somit die genehmigende Erklärung von der Majorität (D, E und H) des fünfgliedrigen Creditorenausschusses persönlich abgegeben worden war, verständigte der Concursscommissär den Masserverwalter von der Genehmigung, trug aber demselben unter Einem auf, in Zukunft zur Theilnahme an den Agenden des Gläubigerausschusses die Ausschußmitglieder in Person, respective ihre gesetz- und statutenmäßigen Repräsentanten, und nicht deren Rechtsfreunde zuzuziehen, weil das Amt eines Gläubigerausschusses im Sinne der Concursordnung ein höchst persönliches Amt ist, insbesondere §. 140 E. O. für den Fall der

Verhinderung von Ausschußmitgliedern die Zuziehung
Ersatzmänner anordnet und durch diese gesetzliche Sub-
stituiertheit einer vertragsmäßigen Substitution ausge-
grieffen der Masseverwalter und sämtliche
Ausschußmitglieder die Beschwerde an das Concursericht,
erhoben wurde, daß in der vorliegenden Concurse-
mehrfache und complicirte Rechtsfragen zur Erörterung
kommen, daß es den Mitgliedern des Gläubigerausschusses
sehr erwünscht und in ihrem Interesse gelegen erschien,
Hörerschaft ihrer Rechtsfreunde über die rechtliche und sach-
liche Behandlung der fraglichen Agenden volle Beruhigung zu er-
reichen auch der frühere Concursscommissär sich mit diesem Vor-
stande erklärte; daß insbesondere in den zahlreichen
Fällen in welchen die niederösterreichische Escomptegesellschaft in einen
Gläubigerausschuß gewählt wurde, die Berechtigung ihres Rechts-
bevollmächtigten Dr. K, sie bei Ausschußsitzungen mit voller Rechtswirksam-
keit zu vertreten, noch niemals angezweifelt wurde; daß das Gesetz
das Amt der Mitglieder des Gläubigerausschusses nirgends als ein
persönliches bezeichne; daß dasselbe nichts anderes als ein
Mandat ist und damit auch die Berechtigung zur Bestellung eines
Substituten gegeben sei; daß selbst der Concursmasseverwalter nach
§. 77 E. O. berechtigt ist, für einzelne Geschäfte einen Bevollmäch-
tigten zu bestellen; daß daher §. 140 E. O. dahin aufzufassen sei,
daß die Ersatzmänner eben nur in dem Falle beigezogen werden sollen,
wenn die Ausschußmitglieder persönlich verhindert sind zu erscheinen
und nicht durch irgend einen Bevollmächtigten dieses Amt ausüben
wollen. — Das Concursericht bestätigte die angefochtene Verfügung
des Concursscommissärs, welche auch von dem O. U. G. mit nach-
stehender Begründung aufrecht erhalten wurde: Nach den §§. 84, 85
und 140 E. O. ist das Amt eines Mitgliedes des Gläubigeraus-
schusses als eine demselben von der Gesamtheit der Gläubiger über-
tragene Interessen- und Vertrauensstellung anzusehen; dasselbe ist daher
persönlich auszuüben, und wenn Ausschußmitglieder verhindert sind,
haben für sie die bestellten Ersatzmänner, keineswegs die von ihnen be-
vollmächtigten Rechtsfreunde einzutreten. Hierauf weist schon der Umstand
hin, daß bei der ersten Wahltagssatzung nur Gläubiger zu Mitgliedern
des Ausschusses gewählt werden dürfen und daß dieselben auf eine
Belohnung keinen Anspruch haben. Ferner wird besonders im kauf-
männischen Concurse die persönliche Mitwirkung der Ausschüsse auch
als Fachmänner nothwendig, damit sie über den Bestand der Handels-
schulden des Erclars, über die zweckmäßigste Weise der Realisirung
des Massevermögens und über alle Maßregeln, welche zur entspre-
chenden und möglichst beschleunigten Abwicklung der ganzen Concurse-
verhandlung dienen, ihr Urtheil abgeben und zur Durchführung mit-
wirken. Dem steht der §. 143 E. O. nicht entgegen, da immerhin

Fälle eintreten können, wo es die Gesamtheit der Gläubiger oder wenigstens die Mehrheit derselben für zweckmäßig hält, in jenem Stadium der Concursverhandlung, wo sich die Verhältnisse bereits mehr geklärt haben, auch andere Personen ihres Vertrauens in den Ausschuss zu wählen; allein nie darf der Gewählte selbst sich wieder durch eine andere Person oder durch seinen Rechtsfreund vertreten lassen, wenn es ihm auch freisteht, sich im Bedarfsfalle mit Letzterem zu berathen. Wird eine Handelsgesellschaft oder speciell eine Actienunternehmung in den Gläubigerausschuss gewählt, so versteht es sich von selbst, daß auch sie bei allen Berathungen durch jene Gesellschaftsmitglieder interveniren muß, welche zur Vertretung der Gesellschaft und zur Zeichnung der Firma nach dem Vertrage oder den genehmigten Statuten berufen sind, indem dieselben keine Ausnahmstellung besitzen, daher ebenfalls nach den Vorschriften der Concursordnung ihr Amt zu verwalten oder die Uebernahme desselben abzulehnen haben.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs der Firma F und der n. ö. Escomptegesellschaft mit Bezugnahme auf die dem Gesetze vollkommen entsprechende Begründung der untergerichtlichen Verordnungen und mit dem Zusätze, daß die Bürgschaften für eine genaue Erfüllung der Obliegenheiten der Mitglieder der Gläubigerausschüsse nach den §§. 84 und 85 C. D. eben nur in ihrer directen Betheiligung als Gläubiger im Concurse und in dem persönlichen Vertrauen, das die Wähler in sie setzen, zu suchen sind; daß es daher der Absicht des Gesetzes widerspricht, wenn sich dieselben durch Bestellung von Bevollmächtigten der persönlichen Pflichterfüllung, zu der sie durch das in sie gesetzte Vertrauen berufen wurden, entziehen, während doch für den Fall ihrer persönlichen Verhinderung die eben auch von den Gläubigern gewählten Ersatzmänner jene Personen sind, die an ihre Stelle zu treten haben.

Nr. 8045.

Ungiltigkeit von Separatabmachungen bei einem außergerichtlichen Ausgleiche des Insolventen mit seinen Gläubigern.

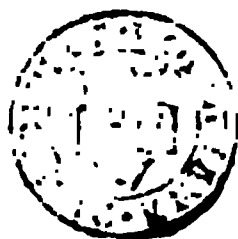
Entsch. v. 15. Juli 1880, Nr. 5609 (Best. der gleichförmigen Urth. des O. G. Prag v. 26. Februar 1880, Nr. 10984 und des O. L. G. Prag v. 22. März 1880, Nr. 8605). G. Z. 1880, Nr. 76.

Nach Einstellung seiner Zahlungen hat der Kaufmann B, ohne daß über sein Vermögen der Concurse eröffnet worden wäre, sich mit

seinen Gläubigern durch schriftlichen Ausgleich in der Art abgefunden, daß er sich zur Zahlung von 35 Percent ihrer Forderungen in vier Raten verpflichtete und die Gläubiger auf 65 Percent ihrer Forderungen und das Recht, dafür Sicherstellung zu begehren, verzichteten. Unter diesen Gläubigern befand sich die Firma A, welche gegen B als Acceptant eines Wechsels von 1500 fl. die Klage auf Sicherstellung der Wechselforderung (Art. 29 der Wechselordnung und Justiz-Ministerialverordnung vom 2. November 1858, R. G. Bl. Nr. 198) anbrachte. Nach der Anführung der Klägerin wurde von ihr mit B ein besonderes Uebereinkommen getroffen, in welchem B sich verpflichtete, der Klägerin nicht nur die 35 Percent, sondern weitere 15 Percent, somit im Ganzen 50 Percent ihrer Forderung zu bezahlen, und in welchem von dem Verzicht auf die Sicherstellung keine Erwähnung gemacht war. — In erster Instanz wurde das Klagebegehren abgewiesen aus nachstehenden Gründen: Obwohl die gesetzlichen Erfordernisse (Art. 29 W. O. und Verordnung vom 2. Nov. 1858, Nr. 198) vorhanden sind, kann dennoch dem Begehren um Erlassung des Sicherstellungsbefehles keine Folge gegeben werden, weil die Gläubiger der B, und insbesondere auch die Klägerin sich des Rechtes, Sicherstellung zu begehren, begeben haben. (Absatz 6 des von ihnen abgeschlossenen Vergleiches: „Die gefertigten Gläubiger nehmen den von B proponirten Ausgleichsantrag an und verpflichten sich daher, unter Verzichtleistung auf die 65 Percent ihrer Forderungen, gegen B keine Klage zu überreichen und keine Sicherstellung zu erwirken.“) Wenn die Klägerin vorbringt, daß der Vergleich für sie nicht bindend ist, weil von ihr und B ein besonderes Uebereinkommen geschlossen wurde, in welchem B sich verpflichtete, ihr 50 Percent zu bezahlen, und weil sie um unter dieser Bedingung die mit sämmtlichen Gläubigern über den Vergleich aufgenommene Urkunde unterfertigt hatte; daß der sämmtlichen Gläubiger betreffende Vergleich von ihr nur zum Scheine unterschrieben wurde; daß ferner B sich verpflichtet hatte, ihr über das erwähnte Separatübereinkommen einen Revers auszuhändigen, was jedoch von B nicht geschehen ist, so ist dem entgegenzuhalten, daß dieses Vorbringen mit Rücksicht auf die Bestimmung des §. 887 a. b. G. B. und in Hinblick auf die von der Klägerin geschehene Unterfertigung des mit sämmtlichen Gläubigern eingegangenen Vergleiches keine Beachtung verdient. Es ist der schriftliche Inhalt der Vergleichsurkunde bestimmend und es kann in diesem Vertrage ein Scheingeschäft nach §. 916 a. b. G. B. auch dann nicht erkannt werden, wenn einzelnen Gläubigern größere Vortheile als in der Urkunde enthalten ist, insbesondere eingeräumt worden wären. Dem Begehren des Klägers kann somit nicht stattgegeben werden. — Das D. L. G. bestätigte das erstinstanzliche Urtheil. Gründe: Wenn es auch erwiesen wäre, daß zwischen den beiden Streittheilen das von der Klägerin behauptete Separatübereinkommen abgeschlossen worden ist, so wäre dennoch dieser Ver-

trag gemäß §. 226 der Concursordnung nichtig; die Nichtigkeit tritt aber auch im vorliegenden Falle, wo über das Vermögen des Beklagten ein Concurſ nicht eröffnet worden iſt, ein, weil dieſe geſetzliche Beſtimmung überhaupt zum Schutze der Gläubiger bei eingetretener Zahlungsunfähigkeit und zur Förderung reeller Ausgleichs gegeben iſt und daher auch bei Ausgleichen, welche ohne Intervention des Gerichtes zu Stande gekommen ſind, ihre Anwendung finden muß.

Der oberſte Gerichtshof verwarf die a. o. Reviſionsbeſchwerde der Firma A mit folgender Begründung: Die untergerichtlichen Urtheile ſind durch die beigegebenen Motive und durch die Erwägung gerechtfertigt, daß die Entſcheidung den §. 916 a. b. G. B. nicht wider ſich hat, weil die Klägerin durch die Unterzeichnung der Ausgleichsurkunde mit dem Inhalte derſelben in Concurrenz mit den übrigen Gläubigern ſich einverſtanden erklärte und nur nebenher von dem Beklagten noch weitere 15 Percent ſeiner Forderung ſich verſprechen ließ, ſohin nicht eine Scheinhandlung, wohl aber ein nach §. 226 der Concursordnung ungiltiges Nebengeſchäft vorliegt; und daß nicht abzusehen iſt, wie die Klägerin daraus, daß ſie die Unterſchrift dem Ausgleich nur zum Scheine und um die übrigen Gläubiger des Beklagten zu täuſchen, beigeſügt hat, beim Beſtande der §§. 887 a. b. G. B. und 226 der Concursordnung Rechte für ſich ableiten wollte.



Nr. 8046.

Einverleibung des executiven Pfandrechts für eine den Gemeinſchuldner treffende Uebertragungsgebühr nach Eröffnung des Concurſes.

Entsch. v. 20. Juli 1880, Nr. 8299 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. G. Diebing v. 4. Mai 1880, Nr. 6435 und des O. L. G. Wien v. 8. Juni 1880, Nr. 9596). Jur. Bl. 1880, Nr. 50.

Nachdem B durch Tausch die Liegenschaft X grundbücherlich erworben hatte und der an ihn erlassene Auftrag der Steuerbehörde zur Zahlung der Uebertragungsgebühr von 108 fl. für das Tauschgeſchäft in Rechtskraft getreten war, wurde über ſein Vermögen der Concurſ eröffnet. Nun begehrte die Finanzprocuratur in Vertretung des Fiskus zur Hereinbringung der Uebertragungsgebühr die executive Einverleibung des Pfandrechts an der beſagten Liegenschaft. — Das Geſuch wurde von beiden Untergerichten wegen des hängenden Concurſes abgewieſen.

Der oberſte Gerichtshof bewilligte die Pfandrechtsintabulation. Gründe: Nach §. 72 des Gebührengeſetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, haftet die in Rede ſtehende Gebühr auf der

Liegenschaft X, welche den Gegenstand der Uebertragung ausmacht, mit dem Vorrechte vor allen aus Privatrechtstiteln entspringenden Forderungen. Die Bestimmungen des §. 11 E. O., daß nach der Eröffnung des Concurfes wegen einer Forderung an den Gemeinschuldner an dem in die Concursmasse gehörigen Vermögen desselben ein Pfandrecht nicht mehr erworben werden kann, findet auf den vorliegenden Fall keine Anwendung, weil es sich hier nicht um die Erwerbung eines Pfandrechtes nach der Concurseröffnung, sondern um die Geltendmachung eines zur Zeit der Concurseröffnung bereits bestehenden gesetzlichen Pfandrechtes an der Concurrealität X handelt, dessen Ersichtlichmachung mittelst Pränotation oder Intabulation, wie sich aus dem §. 14 der Finanzministerialverordnung vom 3. Mai 1850, R. G. Bl. Nr. 181, und der Verordnung der k. k. Ministerien der Justiz und Finanzen vom 13. December 1852, R. G. Bl. Nr. 256, ergibt, nur den Zweck hat, die Verjährung des dem betreffenden Gebührenrückstande nach dem Gebührengesetze vom 9. Febr. 1850 gebührenden Vorrechtes zu unterbrechen und dem Gebührenrückstande für den Fall der Erlöschung des gesetzlichen Vorrechtes das Pfandrecht in der dem Zeitpunkte der Eintragung in die öffentlichen Bücher entsprechenden Rangordnung zu sichern. Nach §. 12, Nr. 2 der E. O., kann die Execution zur Geltendmachung des Pfandrechtes an beweglichen und unbeweglichen Gütern auch nach der Eröffnung des Concurfes erwirkt und fortgesetzt werden. Der §. 13 E. O. enthält rücksichtlich der landesfürstlichen Steuern und Abgaben keine Beschränkung dieses im §. 12 Nr. 2 jedem Pfandgläubiger eingeräumten Rechtes und kann eine solche Beschränkung um so weniger in Ansehung öffentlicher Abgaben bezwecken, welche nach dem Gesetze selbst ein Vorrecht vor den aus Privatrechtstiteln entspringenden Forderungen genießen; insbesondere kann eine solche Beschränkung nicht aus dem (vom D. L. G. angezogenen) Hofdecrete vom 3. Februar 1821, S. G. S. Nr. 1737, abgeleitet werden, weil dasselbe, im Anschlusse an die Grundsätze der damals geltenden allgemeinen Concursortnung, sich nur auf die Anmeldung und Liquidirung von Steuerschuldsigkeiten im Concurse und auf die Art ihrer Berichtigung bezieht, nicht aber daß nach den Grundsätzen der heutigen Concursortnung über die Geltendmachung des Pfandrechtes zulässige Recht der Executionsführung zum Behufe der Eintreibung beeinträchtigen kann, was der Fall wäre, wenn der Fiscus durch die für den Concursmasseverwalter etwa vorhandene Unmöglichkeit, die rückständige Gebühr aus dem anderweitigen Concursmassevermögen zu berichtigen und die sich verzögernde Realisirung des mit der Gebühr belasteten Immobile an der executiven Eintreibung derselben verhindert werden würde.

Nr. 8047.

Schriftliche Verhandlung über ein „Gesuch“ um Wiedereinsetzung ob noviter reperta gegen ein im schriftlichen Verfahren ergangenes Urtheil.

Entsch. v. 20. Juli 1880, Nr. 8303 (Best. des das Decr. des L. G. Salzburg v. 21. April 1880, Nr. 2564, abänd. Decr. des O. L. G. Wien v. 4. Mai 1880, Nr. 7564). G. S. 1880, S. 350.

Auf das „Gesuch“ des A um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ob noviter reperta gegen das in seinem schriftlichen Proceß wider B geschöpfte Urtheil wurde in erster Instanz zur mündlichen Verhandlung Tagfahrt angeordnet. — Von dem O. L. G. wurde mit Beseitigung dieses Bescheides dem Erstgericht aufgetragen, das Gesuch dem B zur Erstattung der schriftlichen Einrede zu stellen zu lassen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung, weil dieselbe in der Vorschrift des §. 493 westg. G. O. im Gegensatz zu jener des §. 494 ibid. und in der Anordnung des §. 1 des Gesetzes vom 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, begründet ist und weil der Umstand, daß die Eingabe, womit die Wiedereinsetzung gegen das Urtheil wegen neu aufgefundenen Beweismittel begehrt wird, von außen als „Gesuch“ und als „dringend“ bezeichnet ist, der Behandlung derselben nach den citirten gesetzlichen Bestimmungen nicht entgegen steht.

Nr. 8048.

Einbringung gerichtlich bestimmter Advocatengebühren: Unzulässigkeit neuerlicher Verhandlung über die Richtigkeit und Nothwendigkeit der angesprochenen Vertretungskosten.

Entsch. v. 21. Juli 1880, Nr. 7755 (Best. des das Urth. des O. G. Wien in Wien v. 15. Februar 1879, Nr. 3935, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 12. Februar 1880, Nr. 21725). Jur. Bl. 1880, Nr. 41.

Der Advocat A belangte seinen Clienten B auf Zahlung der nach Hofdecr. vom 4. October 1833, J. G. S. Nr. 2633, gerichtlich liquidirten Gebühren und Kosten. Der Beklagte leugnete, daß A die in der adjustirten Expensennote angeführten Vertretungshandlungen vorgenommen und die dort verzeichneten Auslagen gemacht habe, und bestritt auch die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit derselben. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagbegehren gegen den vom Kläger durch den Haupteid zu erbringenden Beweis der Vertretungssacte und des gemachten Kostenaufwandes, ohne über die Zweckmäßigkeit oder Nothwendigkeit derselben einen Beweis zu fordern.

— In zweiter Instanz wurde der Beklagte unbedingt nach dem Klagebegehren verurtheilt, aus folgenden Gründen: Die Bestimmungen des Hofdecr. vom 4. October 1833, J. O. G. Nr. 2633, über die Liquidirung der Advocatengebühren sind durch den §. 17 der Adv. L nicht aufgehoben worden. Die in diesem Hofdecrete vorgesehene Tagssatzung hat aber eben den Zweck, die Partei darüber einzuvernehmen, ob die in dem vorgelegten Expensar eingestellten Arbeiten und Auslagen von dem Advocaten auch wirklich gemacht wurden, und stel hiebei der Partei das Recht zu, sich darüber auszusprechen, ob und inwieferne die einzelnen Arbeiten und Auslagen als geleistet anzusehen seien. Der Richter hat sohin die einzelnen Ansätze der Expensas unter Einsichtnahme der bezüglichen Acten und mit Bedachtnahme an die von der Partei zu Protokoll gegebenen Erinnerungen zu prüfen, hiebei auch die Nothwendigkeit und Angemessenheit der von dem Advocaten angesprochenen Vertretungskosten in Erwägung zu ziehen und auf dieser Grundlage die von dem Advocaten verzeichneten Gebühren festzustellen. Es kann aber dem Advocaten, wenn er die auf die Weise bestimmten Gerichtskosten im Rechtsstreite geltend macht, nicht neuerlich ein Beweis bezüglich der einzelnen Ansätze aufgebürdet werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Erkenntniß des D. L. G. aus den vorstehenden Gründen.

Nr. 8049.

Ehepacten: Mündliche Verabredung eines höheren als der in dem notariellen Vertrag angegebenen Kaufpreises für die Ueberlassung einer Wirthschaft.

Entsch. v. 28. Juli 1880 Nr. 7223 (Best. des das Urth. des B. G. Leipzig v. 21. Dec. 1879, Nr. 6469, abänd. Urth. des D. L. G. Berlin v. 1. April 1880, Nr. 3691). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 52.

In den Ehepacten, welche anlässlich der Verheirathung der A mit dem C notariell errichtet wurden, überließ die A, Mutter der B ihre Wirthschaft X den Brautleuten um den zur Hälfte am 1. April und zur Hälfte am 31. Dec. 1877 zahlbaren Kaufpreis von 2000 fl. Nach eingetretener Fälligkeit der zweiten Rate forderte die A die Klage von den Eheleuten B und C die Zahlung von 979 fl., indem sie anführte, daß die Beklagten die erste Rate von 1000 fl. gezahlt haben und auf die zweite Rate noch 979 fl. schuldig seien. — Die Aufnahme eines Zeugenbeweises der Klägerin wurde in erster Instanz die Klage abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Die belangte Eheleute wendeten ein, daß die ganze Abtretungssumme per 2000 fl. bereits gezahlt worden sei, indem nach Errichtung der Ehepacten die

Vater des Bräutigams für sie 1000 fl. und sie selbst am Verfallstermin der ersten Rate, 1. April 1877, weitere 1000 fl. der Klägerin gezahlt haben. Die Klägerin replicirte, daß jene ersten 1000 fl. von dem Vater des C noch vor der Errichtung der Ehepacten gezahlt worden seien und daß diese Zahlung sich nicht auf die in den Ehepacten ersichtlich gemachten Beträge beziehen könne, weil sie den belangten Eheleuten die Wirthschaft X um 3000 fl. abgetreten habe, und daß, nur um der höheren Uebertragungsgebühr zu entgehen, in den Ehepacten die Abtretungssumme mit 2000 fl. statt mit 3000 fl. angegeben worden sei. Nach §. 887 a. b. G. B. haben mündliche Verabredungen, welche gleichzeitig mit der Errichtung einer Vertragsurkunde geschehen sein sollen, jedoch mit der Urkunde nicht übereinstimmen oder neue Zusätze enthalten, keine rechtliche Gültigkeit. Ueber die Abtretungssumme für die Wirthschaft X entscheidet mithin nur der Notariatsact, in welchem jedoch die den Betrag von 2000 fl. übersteigende Summe keine Basis hat. Da nun die Klägerin zugestand, daß sie theils von den Beklagten, theils von einem Dritten für die abgetretene Wirthschaft 2000 fl. erhalten hat, mußte ihre Klage abgewiesen werden. — Das O. L. G. erkannte nach dem Klagebegehren mit folgender Begründung: Die Belangten haben nicht einmal behauptet, viel weniger erwiesen, was ihnen zu beweisen oblag, daß jene 1000 fl., welche der Vater des C der Klägerin zahlte, gerade auf die erste am 1. April 1877 fällige Rate der Abtretungssumme per 2000 fl. gezahlt wurden, da sie nur anführten, daß jene 1000 fl. auf Abschlag der vereinbarten Abtretungssumme berichtigt wurden. Dagegen hat Klägerin durch Zeugen den Beweis erbracht, daß bei Errichtung des Notariatsactes ausdrücklich vereinbart worden sei, daß in den Ehepacten bloß der Abtretungsbetrag per 2000 fl. statt der thatsächlich bedungenen 3000 fl. für die abgetretene Wirthschaft aufgenommen, jedoch von der hierauf geschehenen Abstattung keine Erwähnung gemacht werden soll. Es erscheint daher sichergestellt, daß von den beiden in der schriftlichen Vertragsurkunde enthaltenen Raten bloß eine, und zwar jene vom 1. April 1877, berichtigt wurde, und daß die Belangten die zweite am 31. December 1877 fällige Rate noch schuldig sind. Die Belangten bestreiten zwar die Gültigkeit der Verabredung, daß die Abtretungssumme 3000 fl. betragen soll, mit Berufung auf den §. 887 a. b. G. B. Allein das Substrat des Klageanspruches ist gerade die Erfüllung der in dem Notariatsact ausgedrückten Verbindlichkeit, und der Klageanspruch beruht auf keiner derartigen mündlichen Verabredung, welche zugleich mit der Errichtung der Urkunde geschehen sein sollte und daher zufolge der Nichtübereinstimmung mit dem Notariatsacte nach §. 887 a. b. G. B. unbeachtet bleiben mußte. Aus diesen Erwägungen wurde das Urtheil erster Instanz, welches die Klage lediglich nach §. 887 a. b. G. B. abweist, abgeändert und dem Klagebegehren stattgegeben.

benen Beschwerde, den ersten Richter angewiesen, bei der neuerlichen Erledigung des Feilbietungsgesuches die Bestimmungen des gedachten Gesetzes in Erwägung zu ziehen. Ein solcher Auftrag enthält keine präjudicirliche Anordnung des oberen Richters und wahrt dem ersten Richter noch immer die Freiheit, nach seinem Ermessen mit Berücksichtigung des Inhaltes der vorliegenden Acten und der Parteianträge das erwähnte Gesetz zur Anwendung zu bringen oder dessen Anrath abzulehnen.

Nr. 8043.

Verpflichtung des Proceßgerichtes zur Bestätigung seiner Zuständigkeit und der Vollstreckbarkeit des Urtheils auf Ansuchen der Partei behufs Vollstreckung desselben im Auslande.

Entsch. v. 13. Juli 1880, Nr. 8230 (Abänd. der gleichförmigen D. des R. G. Leitmeritz v. 18. Mai 1880, Nr. 3759 und des D. L. G. v. 2. Juni 1880, Nr. 16618). G. S. 1880, S. 35.

Von dem Kreisgerichte Leitmeritz wurde dem A eine Geldforderung gegen B zugesprochen. Um dieselbe durch Zwangsvollstreckung in das im Auslande befindliche Vermögen des B hereinzubringen, gehörte A von dem genannten Erkenntnißgerichte die amtliche Bestätigung, daß dasselbe nach den in Oesterreich geltenden Gesetzen Verhandlung und Entscheidung des von A gegen den B geführten Rechtsstreites competent war und daß das geschöpfte Erkenntniß rechtskräftig und vollstreckbar, d. i. executionsfähig sei. — Das Gesuch wurde in erster und zweiter Instanz abgewiesen mit der (obergerichtlichen) Begründung, daß nach §. 281 des Patentgesetzes vom 9. Aug. 1854, R. G. Bl. Nr. 208, allerdings „über actenmäßig bei Gericht bekannte Thatsachen“ den Parteien diejenigen Amtszeugnisse, welche und insoferne sie in ihren Rechtsangelegenheiten Gebrauch zu machen in dem Falle sind, auf Ansuchen auszufertigt werden sollen; daß aber das von A vorgebrachte Gesuch dieser gesetzlichen Bestimmung nicht entspricht, da ein directer Ausspruch begehrt wird, der nur in dem wegen der Gerichtszuständigkeit abgeführten Nebenstreit am Platze wäre, überdies schon aus dem Erkenntnisse des Kreisgerichtes Leitmeritz selbst hervorgeht, daß sich dasselbe zur Verhandlung und Entscheidung für competent hielt, und insoferne die Rechtskraft und Vollstreckbarkeit des kreisgerichtlichen Urtheils bestätigt werden soll, und die Bestätigung actenmäßig bekannter Thatsachen, sondern vielmehr der aus solchen Thatsachen sich ergebenden gesetzlichen Rechtsfolge gestrebt wird.

Von dem obersten Gerichtshofe wurde dem a. o. Recurse des A stattgegeben und dem Kreisgerichte aufgetragen, dem Recurrenten die angesuchten Bestätigungen, insoweit sie in den bei dem Kreisgerichte liegenden Acten ihre Begründung finden, auszufertigen, weil die Umstände, daß das Kreisgericht sich zur Verhandlung und Entscheidung des im Gesuche des A bezeichneten Rechtsstreites als zuständig erlannt hat, und daß das in diesem Rechtsstreite ergangene Urtheil in Rechtskraft erwachsen, sohin executionsfähig ist, nicht als bloße Rechtsfolgerungen angesehen werden können, vielmehr allerdings zu jenen actenmäßig bei Gericht bekannten Thatsachen gehören, worüber die Gerichte den Parteien in ihren Rechtsangelegenheiten über ihr Ansuchen Amtszeugnisse auszufertigen nach §. 281 des kais. Patentes vom 9. August 1854, Nr. 208, berufen sind.

Nr. 8044.

Nichtberechtigung der Mitglieder eines Concursgläubigerausschusses zur Ausübung ihrer Functionen durch selbstgewählte Stellvertreter.

Entsch. v. 13. Juli 1880, Nr. 8260 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. Wien v. 6. April 1880, Nr. 49853 und des O. L. G. Wien vom 20. Mai 1880, Nr. 8405). Jur. Bl. 1880, Nr. 33.

In dem beim Wiener Handelsgerichte schwebenden Concurse des B wurden die fünf Gläubiger: C, D, E, die Firma F und die n. ö. Escomptegesellschaft in den Gläubigerausschuß gewählt, ohne ausdrückliche Ertheilung der Befugniß, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen; als Ersatzmänner wurden G und H bestimmt. Als der Concursmasseverwalter die Verwaltungsrechnung vorlegte, erschienen bei der zur Prüfung derselben durch den Gläubigerausschuß anberaumten Tagfahrt die Ausschußmitglieder D und E und der Ersatzmann H persönlich, für F der Advocat Dr. J, für C und die n. ö. Escomptegesellschaft der Advocat Dr. K als Bevollmächtigte. Die Rechnung des Concursmasseverwalters wurde einstimmig approbirt. Da somit die genehmigende Erklärung von der Majorität (D, E und H) des fünfgliedrigen Creditorenausschusses persönlich abgegeben worden war, verständigte der Concursscommissär den Masseverwalter von der Genehmigung, trug aber demselben unter Einem auf, in Zukunft zur Theilnahme an den Agenden des Gläubigerausschusses die Ausschußmitglieder in Person, respective ihre gesetz- und statutenmäßigen Repräsentanten, und nicht deren Rechtsfreunde zuzuziehen, weil das Amt eines Gläubigerausschusses im Sinne der Concurssordnung ein höchst persönliches Amt ist, insbesondere §. 140 C. O. für den Fall der

Nr. 8051.

**Zeitpunkt der Beendigung der Verlassenschaftsabhandlung:
Nichtberücksichtigung der auf die Mundirung und Expedirung
des Einantwortungsdecretes verwendeten Zeit.**

Entsch. v. 29. Juli 1880, Nr. 8857 (Best. der gleichförmigen Decr. des
S. O. Kirchdorf v. 22. Mai 1880, Nr. 2448 und des D. L. G. Wien vom
8. Juni 1880, Nr. 9516). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 52.

Die in Folge des Gläubigerconvocationsedicts von A am 20. Mai 1880 überreichte Anmeldung einer Forderung an die M'sche Verlassenschaft wurde von dem Abhandlungsgericht als verspätet zurückgewiesen, weil die Verlassenschaftsabhandlung bereits beendet und der Nachlaß den Eheleuten B eingewantwortet worden sei. Die Einantwortungsurkunde wurde erst am 25. Mai 1880 mundirt und, mit dem Datum des 13. Mai (an welchem Tag sie entworfen worden war) versehen, expedirt. — Auf den Recurs des A bestätigte das D. L. G. den erstrichterlichen Bescheid mit der Begründung, daß die Einantwortung des Nachlasses am 13. Mai 1880 erfolgte, mit dieser Einantwortung die Verlassenschaftsabhandlung beendet war und der Umstand, daß die Einantwortungsurkunde vom 13. Mai 1880 erst am 25. Mai 1880 mundirt und expedirt worden ist, keinen Einfluß nehmen kann.

Der a. o. Revisionsrecurs des A wurde von dem obersten Gerichtshof mit Berufung auf den §. 16 des kais. Patentgesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208 verworfen, weil in den gleichförmigen untergerichtlichen Erledigungen weder eine Gesetz- oder Actenwidrigkeit der Entscheidung, noch eine Nullität enthalten ist.

Nr. 8052.

**Eidesdelation an das Steuerärar im Exscindierungsproceß:
Steuerexecutor?**

Entsch. v. 3. August 1880, Nr. 7208 (Best. des das Urth. des S. O. Gießing v. 19. Nov. 1879, Nr. 13272, abänd. Urth. des D. L. G. Wien v. 6. April 1880, Nr. 3519). Allgemeine Juristen-Zeitung 1880, Nr. 46.

Zur Hereinbringung von Steuerrückständen wurde im Jahre 1878 von der Verwaltungsbehörde im Wege der politischen Execution die Pfändung und Schätzung von Mobilien bei dem Steuerschuldner C angeordnet und von dem beim Steueramt angestellten Amtsdienner D als Steuerexecutor vollzogen. Nun trat die A, Ehefrau des Executen, gegen den Fiscus klagend auf und begehrte, daß ihr an

einigen Pfändungsobjecten das Eigenthum zuerkannt und deren Ausscheidung aus der Execution ausgesprochen werde, weil sie diese Sachen theils gelegentlich ihrer Verheirathung im Jahr 1863 von ihrer Mutter zur Ausstattung bekommen und übernommen, theils im Jahre 1865 von ihrem Ehegatten als Geschenk erhalten und theils im Jahr 1866, von ihrer Mutter geerbt habe. Sie erbot sich diese Ausführungen mit dem rückschiebbar aufgetragenen Haupteid zu beweisen und bezeichnete den obengenannten Steuerexecutor D als die Person, welche den Eid für die beklagte Partei abzulegen hätte. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf den rückschiebbaren, im Fall der Antretung durch den Delaten von dem Steuerexecutor abzulegenden Haupteid. — In zweiter Instanz wurde die Klage unbedingt abgewiesen aus folgenden Gründen: Die Klägerin hat für ihre, den Klageanspruch begründenden und gegnerischerseits widersprochenen Ausführungen lediglich den Beweis durch den vom Steuerexecutor D zu leistenden Haupteid angeboten. Die Ablegung des Eides durch diese Person ist aber unzulässig, weil kein Anhaltspunkt für die Annahme vorliegt, daß den D in der der Klage zu Grunde liegenden Executionssache irgend eine Haftung gegenüber dem Fiskus treffe, daß er ein rechtliches Interesse an dem Rechtsstreite habe oder den Fiskus in dieser Angelegenheit repräsentire. Es mußte daher die Klage abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das oberlandesgerichtliche Urtheil. Gründe: Dem Fiskus, als einer juristischen Person, kann ein Eid nicht aufgetragen werden und ebensowenig der für ihn einschreitenden Finanzprocuratur. Es wird hiermit nicht, wie die Klägerin vermeint, für die Finanzprocuratur in den ihr zugewiesenen Vertretungen — mit Verletzung der Gleichheit vor dem Gesetze — eine exceptionelle Stellung in Anspruch genommen, sondern es gilt für sie daselbe, wie in anderen Fällen, in welchen durch Curatoren oder andere Privatvertreter vertretene juristische Personen oder Personen, welche wegen geistiger Gebrechen oder wegen unmündigen Alters nicht eidesfähig sind, als Proceßpartei eintreten. Eine gesetzliche Bestimmung, vermöge deren unter allen Umständen der Partei im Civilrechtsstreite der Gebrauch des Beweismittels des zurückschiebbaren Haupteides vorbehalten bleibt, besteht nicht und der Gebrauch dieses Beweismittels ist eben nur unter Voraussetzung der nach dem Wortlaute und Sinne der bezüglichen Bestimmungen der Civilproceß-Ordnung erforderlichen Bedingungen zulässig. Wenn es nun im vorliegenden Fall sich darum handelte, eine physische Person zu benennen, die verpflichtet werden sollte, über die Umstände, auf welche sich die Klage stützt, für den belangten Fiskus den Haupteid verneinend abzulegen oder denselben der Klägerin zurückschieben, so konnte es vermöge der Natur dieses Beweismittels und vermöge der einschlägigen Verhältnisse nicht genügen und beziehungsweise nicht angehen,

irgend einen Functionär des betreffenden Steueramtes — hier geschehen ist — den bei demselben angestellten Amtsdiensten welcher als sogenannter Steuerexecutor im Auftrage der Bezihermannschaft und des Steueramtes das Pfändungs- und Sequesterprotokoll errichtet hat, als Eidesleister oder unmittelbaren Eid zu bezeichnen, weil dieser Amtsdienster hier nicht mit dem Eid identifizirt, oder als Proceßpartei betrachtet, noch dem Eid als Vertretungsleister aufgenöthigt werden kann; weil es die Stellung dieses Functionärs keineswegs mit sich brachte und von den in Rede stehenden Umständen — zumal mit einem Steuerärar als juristische Person treffenden Verantwortlichkeits-Präjudizfolge — Kenntniß zu nehmen oder hinterher Forschungen zur Gewinnung einer behufs der Wahl der Annahme zurückschiebung erforderlichen Ueberzeugung anzustellen; weßhalb dieser Amtsdienster unter den vorliegenden Verhältnissen den Thatsachen, die das Thema des aufgetragenen Eides bilden, nur zugegebenermaßen keine Kenntniß hat, noch haben kann, auch offenbar nicht in der Lage ist, sich irgendwie Kenntniß zu verschaffen, ob und inwieferne sie auf Wahrheit beruhen, und ob er genöthigt wäre, die Eide zurückschieben, was dem in den §§ 205 der a. O. ausgesprochenen inneren Wesen des Eides mittels der Auftragung eines zurückschiebbaren Haupteides widersteht und der durch die a. h. Entschließung vom 1. October 1844, I Nr. 836, ausgeschlossenen Zulassung eines Eides, wodurch Anbietende das Bestehen des von ihm angesprochenen Rechtes erweisen wollte, gleichkame. Demzufolge war das die Klage ablehnende Urtheil der zweiten Instanz zu bestätigen.

Nr. 8053.

Paternitätsklage: Beweis des außergerichtlichen Geständnisses der Vaterschaft. — Alimente pro praeterito. — Unzulässigkeit der Auftragung des Haupteides über die Verurtheilung zum Beischlaf.

Entsch. v. 3. August 1880, Nr. 8688 (theilweise Best. des das Urth. I Zara v. 30. Juni 1879, Nr. 1164, theilweise abänd. Urth. des II Zara v. 28. Februar 1880, Nr. 297; Abänd. des gleichförmigen Urth. beider Instanzen). Gazz. del Trib. 1880, Nr. 22.

Der Vormund und die Mutter des außer der Ehe gebornen A belangten B 1. auf Anerkennung der Vaterschaft zu dem Zweck der Leistung der Alimente pro futuro; 2. auf Ersatz der Entbindungskosten und Wochenbettkosten der Mutter; 3. auf Ersatz der von ihr

tenen Kosten des Unterhalts des Kindes pro praeterito. Die von dem Beklagten geleugnete Paternität suchten die Kläger durch sein außergerichtliches Geständniß zu beweisen und führten zu dem Ende drei Zeugen, von denen jeder aussagte, daß in seiner Gegenwart der Beklagte sich vor der Mutter des Kindes als dessen Vater einbekannt hat. Zur Ergänzung dieser Probe erbot sich die Mutter sowohl das ihr abgelegte Geständniß der Vaterschaft als auch die Thatsache des von dem Beklagten in der kritischen Zeit mit ihr gepflogenen Beischlafs zu beschwören, und deferirte dem Beklagten über den Beischlaf subsidiarisch den rückschiebbaren Haupteid, welchen sie ihm auch über die Verführung als Grundlage des ad 2 erhobenen Anspruchs anstrug. — In erster Instanz wurde der Erfüllungseid der Mutter über den Beischlaf zugelassen, im Fall der Ablegung desselben dem Klagbegehren 1 und 2 stattgegeben und das 3. Begehren unbedingt abgewiesen. — Das D. L. G. machte den Zuspruch ad 1 von dem Erfüllungseid der Mutter über das außergerichtliche Vaterschaftsbekennniß des Beklagten abhängig, verwarf unbedingt das ad 2 gestellte Begehren um Ersatz der Entbindungs- und Wochenbettkosten und bestätigte ad. 3 das unbedingt abweisende Erkenntniß der ersten Instanz.

Der oberste Gerichtshof erkannte im Revisionszug auf den Erfüllungseid der Mutter über das außergerichtliche Paternitätsgeständniß und für den Fall der Eidesleistung auf Zulassung des ersten und des von beiden Untergerichten unbedingt abgewiesenen dritten Begehrens und verwarf unbedingt das zweite Begehren. Gründe: Ad 1. Der Beklagte bestreitet die Zulässigkeit des von dem D. L. G. sententionirten Erfüllungseides der Mutter über das außergerichtliche Geständniß der Paternität, weil der §. 163 a. b. G. B. nur von dem außergerichtlichen Geständniß des während der kritischen Zeit vollzogenen Beischlafs spricht, daher die unehliche Vaterschaft durch das außergerichtliche Einbekennniß derselben nicht bewiesen werden könne. Dieser Schluß des Beklagten ist unrichtig; aus der citirten Bestimmung des §. 163 a. b. G. B. kann nicht gefolgert werden, daß das außergerichtliche Geständniß der Vaterschaft durchaus keinen Beweis mache; das Gegentheil hievon ergibt sich deutlich aus der Anordnung des §. 164 ibid., und da das Vaterschaftsgeständniß des Beklagten von unbedenklichen Zeugen, die nicht gleichzeitig dasselbe vernommen haben, bestätigt wurde und der Mutter des Kindes, vor welcher der Beklagte das Geständniß ablegte, daran lag, die Wahrheit zu erfahren (§. 176 weßg. G. D.), so kann die Relevanz und Zulässigkeit des zur Ergänzung der Probe angebotenen Erfüllungseides der Mittlägerin über das besagte außergerichtliche Geständniß nicht bezweifelt werden. Ad 2. Die rechtliche Grundlage des Anspruches auf den Ersatz der Kosten der Entbindung und des Wochenbetts ist die Verführung, die der Beklagte leugnet und die Mittlägerin mit dem ihm

darüber, daß er sie unter der Zusage der Ehe zum Beischlaf verleitet habe, aufgetragenen Haupteid beweisen will. Dieser Beweis ist unzulässig, weil derselbe eine durch das allgemeine Strafgesetz verpönte Handlung zum Gegenstand hat (§. 506 St. G.), und da ein anderes Beweismittel nicht vorgebracht wurde, mußte der Anspruch der Mitklägerin auf den Ersatz der obigen Kosten abgewiesen werden. Ad. 3 Zur Verpflegung eines unehelichen Kindes ist in erster Linie dessen Vater verpflichtet (§. 167 a. b. G. B.). Wenn daher ein Dritter es verpflegt hat, so ist er berechtigt von dem Vater den Ersatz des dabei gemachten Aufwandes zu fordern (§. 1042 ibid.), — auch die Mutter des Kindes, wenn der Vater in der Lage war, den Unterhalt dem Kind zu verschaffen. Nun hat der Beklagte nicht einmal behauptet, daß er während der Zeit von der Geburt des Kindes (4. Februar 1876) bis zur Klageanstellung (1. December 1876) sich in schlechteren Vermögensverhältnissen, als heute, befunden habe und außer Stand gewesen sei, die Verpflegungskosten zu bestreiten. Der die Ersatzforderung der Mitklägerin unbedingt abweisende Spruch der Untergerichte enthält daher eine offenbare Verletzung des Gesetzes (§§. 167 und 1042 a. b. G. B.) und mußte, mit Abänderung desselben, der Mutter der Ersatz ihres Aufwandes (in ermäßigtem Betrag) zuerkannt werden. Der von den Untergerichten angeführte Grund, daß die Mitklägerin vor Anstellung der Klage den Beklagten niemals um die Bestreitung der Unterhaltskosten angegangen hat, rechtfertigt nicht die Abweisung ihrer Ersatzforderung; denn das von ihr während eines so kurzen Zeitraumes (10 Monate) beobachtete Stillschweigen involvirt keineswegs den Verzicht auf den ihr zustehenden Ersatzanspruch und berechtigt ebensowenig zur Annahme, daß sie aus Liberalität oder um ihre eigene Pflicht zu erfüllen, die Bestreitung der Verpflegung auf sich genommen habe.

Nr. 8054.

Nichtberücksichtigung des einen Nachlaßbestandtheil belastenden Fruchtgenusses bei der Bemessung der Nachlaßgebühr.

Entsch. v. 3. August 1880, Nr. 8924 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. der inneren Stadt Wien v. 31. März 1880, Nr. 17031 und des O. L. G. Wien v. 20. April 1880, Nr. 6536). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 42.

In der von dem Erben des M nach Vorschrift des Ministerialerlasses vom 23. März 1852, R. G. Bl. Nr. 84, überreichten Nachweisung des gebührenpflichtigen Nachlasses wurde der mit 4392 fl. berechnete Werth des von M der B inter vivos eingeräumten lebens-

länglichen Fruchtgenusses von den im Nachlaß befindlichen ungarischen Grundentlastungsoobligationen im Betrage von 9000 fl. als Abzugspost eingestellt. — Beide Untergerichte haben diese Abzugspost nicht passirt und deren Betrag ekenfalls der Gebührenbemessung unterzogen, weil durch das der B lebenslänglich zustehende Fruchtgenußrecht von den in den Nachlaß des Erblassers gehörigen Grundentlastungsoobligationen die Substanz dieses Nachlaßbestandtheiles nicht geschmälert, sondern hierdurch nur der Zeitpunkt, in welchem der Erbe in das volle Eigenthum dieses Nachlaßobjectes tritt, auf ungewisse Zeit hinausgeschoben wird, daher es nicht gerechtfertigt wäre, dieses Fruchtgenußrecht bei Bemessung der Staats- und frommen Gebühren als Abzugspost in Abrechnung zu bringen, um so weniger, als nach dem Tode der Fruchtgenußberechtigten eine abermalige Abhandlung des hierdurch frei gewordenen Nachlaßbestandtheiles nicht mehr platzzugreifen hat, so daß bei Anerkennung der von dem Erben eingestellten Abzugspost der diesfällige Theil des Nachlaßvermögens sich der Gebührenentrichtung vollständig entziehen würde.

Der von dem Erben ergriffene a. o. Revisionsrecurs wurde von dem obersten Gerichtshof verworfen, da in den angefochtenen Entscheidungen weder eine Nullität, noch eine offenbare Gesetz- oder Actenwidrigkeit erkennbar ist, welche zur Abänderung derselben nach §. 16 des kaiserl. Patentes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, Veranlassung geben könnte.

Nr. 8055.

Unzulässigkeit der Anhaltung des Producenten eines Urkundenauszeuges zur Beibringung einer vollständigen Abschrift.

Entsch. v. 3. August 1880, Nr. 8929 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des R. G. Zara v. 5. Sept. 1879, Nr. 2373 und des D. R. G. Zara v. 17. April 1880, Nr. 1442). Gazz. del Trib. 1881, Nr. 5.

Zur Einsicht des Originals einer Duplikatsbeilage wurde Tagsetzung anberaumt, bei welcher der Kläger von dem Beklagten die Mittheilung einer vollständigen Abschrift der Originalurkunde forderte (§. 192 westgal. G. D.), von der die Duplikatsbeilage nur ein Auszug war. Auf die Weigerung des Beklagten trug das Proceßgericht demselben auf, dem Kläger eine vollständige Abschrift des Originals mitzutheilen, und verlegte den Termin zur Originalieneinsicht. Dagegen ergriff der Beklagte den Appellationsrecurs, worin er ausführte, daß er mit dem der Duplikat beigelegten Auszug nur das Datum der Originalurkunde constataren wollte; daß ihm nur daran lag, den Gegner

von der Existenz und dem Datum des Originals Gewißheit zu verschaffen, und dieser Zweck erreicht wurde; daß er zur Mittheilung einer vollständigen Abschrift des Originals nicht genöthigt werden könne und sich dessen aus dem Grunde weigere, weil er die Kosten der Uebersetzung der in einer fremden Sprache errichteten, umfangreichen Originalurkunde vermeiden wolle. — Das O. L. G. bestätigt, mit Bezugnahme auf den §. 192 westgal. G. D. den erstgerichtlichen Auftrag an den Beklagten.

In Erwägung, daß keine Partei genöthigt werden kann, von einer Urkunde Gebrauch zu machen; daß der Anwendung dieses Grundsatzes der §. 192 westgal. G. D. nicht im Wege steht, weil derselbe nur die Art der Mittheilung jener Urkunden normirt, deren sich ein Proceßpartei bedienen will, — hat der oberste Gerichtshof auf den a. o. Recurs des Beklagten die untergerichtlichen Verordnungen beseitigt und dem Proceßgerichte aufgetragen, in Erledigung der abgehaltenen Originalieneinsichtstagsfahrt nur den Parteien zu eröffnen, daß der Beklagte das Original der Duplitsbeilage zur Einsichtnahme vorgezeigt, daß der Kläger die Mittheilung einer vollständigen Abschrift der Originalurkunde, statt des ihm mitgetheilten Auszuges, mit Berufung auf den §. 192 westgal. G. D. verlangt und daß der Beklagte mit der Anführung, daß er mit der producirten Beilage die Zeit der Errichtung der Originalurkunde bescheinigen wollte, die Mittheilung der verlangten Abschrift verweigert habe.

Nr. 8056.

Steuer für den theilweise auch der Concursmasse statuten kommenden Gewerbebetrieb des Gemeinschuldners
Masseschuld?

Entsch. v. 3. August 1880, Nr. 8968 (Best. des Decr. des O. L. G. Wien v. 16. April 1880, Nr. 20201, Abänd. des Decr. des O. L. G. Wien v. 25. März 1880, Nr. 8542). Jur. Bl. 1880, Nr. 48.

In dem über das Vermögen des Bildhauers B eröffneten Concurs beehrte die Finanzprocuratur in Vertretung des Fiscus, den dem Concursmassevertreter die Zahlung der seit der Concursöffnung verfallenen und der bis zur Beendigung des Concurses verfallenden Steuern für das besagte Kunstgewerbe des Eribars aufgetragen werde. Das Gesuch war damit motivirt, daß B in Folge einer mit dem Concursmasseverwalter getroffenen Uebereinkunft 10% seines Verdienstes der Concursmasse zuführe, daher die während des Concurses fällig werdenden Steuern von dem Gewerbe des B der Concursmasse treffen (§. 29, 1, lit. c G. D.). Der hierüber gehörende Concursmasseverwalter stellte nicht in Abrede, daß der Eribar v.

Zeit zu Zeit kleine Beträge aus seinem Verdienste der Concurssmasse zuführe, wohl aber, daß diese Leistungen die Höhe von 10% seiner Einnahmen erreichen und daß der Cridar desfalls mit ihm ein Uebereinkommen getroffen habe. Der Concurssmassenverwalter opponirte weiters, daß B das Bildhauergewerbe selbstständig und unabhängig von der Massenverwaltung betreibe und daß dasselbe kein Bestandtheil des Concurssvermögens sei (§. 5 E. O.). — In erster Instanz wurde das Gesuch der Finanzprocuratur abgewiesen. — Das O. L. G. verordnete die Zahlung der in Frage stehenden Steuern als Masseschuld, weil auch aus der Aeußerung des Concurssmassenverwalters sich ergibt, daß aus dem Betriebe des Kunstgewerbes des Cridars der Concurssmasse ein Nutzen zufließt, mithin die Steuern für das im Interesse derselben betriebene Gewerbe im Sinne des §. 29, 1, lit. c E. O. die Concurssmasse treffen und als Masseschuld gefordert werden können.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung in der Erwägung, daß nach §. 29, 1, lit. c E. O. nur jene Steuern und öffentlichen Abgaben zu den Masseschulden, resp. Masselosten zu rechnen sind, welche die Masse, das heißt die in den Concurss einbezogenen Vermögensobjecte treffen und während des Concursses fällig werden; daß das Bildhauergewerbe des Cridars nicht als ein der Execution unterliegendes Vermögen in die Concurssmasse einbezogen worden ist und nicht auf Rechnung der Concurssmasse betrieben wird, wenn auch der Gemeinschuldner der Concurssmasse von Zeit zu Zeit aus seinem Gewerbebetriebe herrührende Geldbeträge zur Verfügung gestellt hat; daß demnach die für den Gewerbebetrieb des Cridars zu entrichtenden, während des Concursses fällig werdenden Steuern und öffentlichen Abgaben nicht als Masselosten zu behandeln sind, und zwar um so weniger, als dieselben von der Steuerbehörde nicht der Concurssmasse, sondern dem Gemeinschuldner vorgeschrieben wurden.

Nr. 8057.

Voraussetzungen der Vollstreckung deutscher, speciell bayerischer Urtheile in Oesterreich.

Entsch. v. 5. August 1880, Nr. 6827 (Best. des Urth. des L. G. Linz vom 1. April 1880, Nr. 3095, Abänd. des Urth. des O. L. G. Wien v. 5. Mai 1880, Nr. 7023). G. Z. 1881, Nr. 63. Jur. Bl. 1880, Nr. 41.

Auf die Klage der Eheleute A gegen den österreichischen Staatsangehörigen B erkannte das bayerische B. G. Passau mit Urtheil in contumaciam des Beklagten auf Löschung der von ihm auf der im Amtssprengel des Gerichtes Passau gelegenen Realität der Kläger

erwirkten Eintragung des Einschuldungsverbotess und verfallte den Beklagten in den Ersatz der Proceßkosten. Nach der vollzogenen Zustellung des Urtheils an den B belangten ihn die Eheleute A bei dem L. G. Linz mit dem Begehren, um die Erklärung der Vollstreckbarkeit des Urtheils in Betreff der Proceßkosten. — Das angerufene Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagbegehren. — Von dem D. L. G. wurde die Klage abgewiesen aus folgenden Gründen: Nach der Hofdecreten vom 18. Mai 1792, Nr. 16, und vom 15. Februar 1805, Nr. 711 der J. G. G., ist für die Vollstreckbarkeit ausländischer Urtheile in Oesterreich das unerläßliche Erforderniß der Nachweis der gleichen Rechtshilfe für Urtheile österreichischer Gerichte in dem fremden Staate. Nach der neuen deutschen, mit 1. October 1876 in Wirksamkeit getretenen Civilproceßordnung vom 30. Jänner 1877 §. 661, Abs. 5, ist ein Vollstreckungsurtheil über die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung eines ausländischen Urtheils dann nicht zu erlassen wenn die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist. Da nun nach Inhalt des Justizministerialerlasses vom 28. März 1880, Nr. 3731, seit der Wirksamkeit dieser Proceßordnung ein Austausch von die Gegenseitigkeit verbürgenden Erklärungen der Regierungen nicht stattgefunden hat so folgt daraus, daß Urtheile österreichischer Gerichte in Baiern nicht vollstreckbar sind, daher auch Urtheile bayerischer Gerichte in Oesterreich nicht vollstreckt werden können.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Der Begründung des Obergerichtes kann nicht beigespflichtet werden. Denn die seit 1. October 1879 im deutschen Reich in Wirksamkeit stehende deutsche Civilproceßordnung bestimmt zwar allerdings im §. 661, Abs. 5, daß über das Urtheil eines ausländischen Gerichtes das Vollstreckungsurtheil nicht erlassen werden könne, wenn die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist; hiermit ist aber nicht ausgesprochen, daß die von den einzelnen Bundesstaaten, für welche dermalen die deutsche Civilproceßordnung vom 30. Jänner 1877 gilt, mit anderen auswärtigen Staaten bezüglich der Vollstreckbarkeit gerichtlicher Entscheidungen in Civilrechtsstreitigkeiten getroffenen Vereinbarungen mit dem Eintritte der Wirksamkeit der deutschen Civilproceßordnung außer Kraft getreten seien. Es kann daher, indem der §. 661, Abs. 5 der deutschen Civilproceßordnung die verbürgte Gegenseitigkeit als eine Voraussetzung für die Zwangsvollstreckung eines ausländischen Gerichtes hinstellt, diese Bestimmung wohl nur dahin aufgefaßt werden, daß allerdings die Gerichte eines deutschen Bundesstaates, welchem ein außerdeutscher Staat durch Staatsvertrag, Erklärung oder durch sein eigenes Gesetz die Beobachtung der Reciprocität bezüglich der Vollstreckung civilrechtlicher Urtheile verbürgt hat, die Zwangsvollstreckung von Urtheilen der Gerichte dieses außerdeutschen Staates unter der Voraussetzung der sonstigen Bedingungen des Gesetzes des Landes, in welchem das ausländische Urtheil vollstreckt werden soll,

auch fortan noch zu bewilligen haben. Es kann demzufolge auch der Umstand, daß seit dem Eintritte der Wirksamkeit der deutschen Civilproceßordnung zwischen Oesterreich und dem deutschen Reiche ein Austausch von die Gegenseitigkeit verbürgenden Erklärungen nicht stattgefunden hat, hier nicht als entscheidend angesehen werden, da es sich im vorliegenden Rechtsstreite nicht um eine Reciprocitätserklärung des deutschen Reiches, sondern nur um die Frage der Continuität der in Gemäßheit der Justizministerialverordnung v. 20. December 1870, R. G. Bl. Nr. 142, gegenüber dem Königreiche Baiern gelübten Reciprocität handelt, an welcher bisher durch keine anderweitige hierländige gesetzliche Verfügung etwas geändert worden ist. Das L. G. in Linz hat demnach mit Recht seiner Entscheidung die Verordnung vom 20. December 1870 zu Grunde gelegt. Da nun aber alle in dieser Verordnung angeführten Voraussetzungen, unter welchen die Gerichte des Königreiches Baiern die civilrechtlichen Urtheile eines österreichischen Gerichtes zu vollstrecken haben, in reciproker Anwendung auf die Vollstreckung eines bayerischen Urtheiles durch das österreichische Gericht im vorliegenden Falle vorhanden sind, indem das in Rede stehende Urtheil des bayerischen V. G. Passau die Rechtskraft besprochen hat und von dem erkennenden Gerichte für vollstreckbar erklärt worden ist, indem weiters die Kläger die Vollstreckbarkeitserklärung der im Auslande ergangenen Entscheidung mittelst Klage und zwar bei dem nach §. 70 der J. N. zuständigen L. G. in Linz als demjenigen Gerichtshofe erster Instanz, in dessen Gerichtsbezirk die Execution vollzogen werden soll, angesucht haben, indem ferner über die von dem Beklagten gegen die Verurtheilung geltend gemachten Einwendungen das L. G. in Linz zu entscheiden berufen war und hierbei die Ergebnisse des im Auslande stattgehabten Verfahrens berücksichtigen konnte, diese Einwendungen aber in Bezug auf die mit Rücksicht auf den Gegenstand der dem Urtheile des bayerischen V. G. Passau zu Grunde gelegenen Klage und auf den Inhalt dieses Urtheiles nach dem österreichischen Gesetze (§. 52 der J. N.) unbestreitbare Zuständigkeit des genannten bayerischen Gerichtes und ebenso in Bezug auf den dem Beklagten mittelst des besagten Urtheils auferlegten Kostenersatz völlig unbegründet erscheinen, mußte das der Klage stattgebende Urtheil der ersten Instanz bestätigt werden.

ionsführung zur Sicherstellung wegen einer Schuld
 Erblässers auf eine für dieselbe verpfändete Nachlass-
 At: Unanwendbarkeit der Vorschrift des §. 822 a. b.
 B. — Zulässigkeit der Sequestration ohne speziellen
 Nachweis der Unzulänglichkeit des Pfandes.

14. v. d. R. 1890, Nr. 8058 (Ver. des Dec. des D. G. Mannes
 14. Mai 1890, Nr. 6236, Abm. des Dec. des D. G. v. d. R. 1890, Nr. 44.
 22. Juni 1890, Nr. 18106). Zeitschrift f. d. Notariat 1890, Nr. 44.

Während der Abhandlung des Nachlasses der M ermittelte A
 gegen ihren erklärten Universalerben B den Zahlungsbefehl für eine
 Schuld der M und begehrte die Bewilligung der Execution zur Sicher-
 stellung mittelst Sequestration der von ihr hinterlassenen Eigenschaft
 X, welche sie dem A grundbücherlich verpfändet hatte. — Das in
 erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. G. S. abgewiesen,
 weil bei dem Umstand, daß die Eigenschaft X grundbücherlich noch
 der Erblasserin M zugeschrieben ist, die Execution zur Sicherstellung
 auf diese dem B als ihrem Erben angefallene Realität nur mit der
 Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. zulässig wäre, die Ertheilung
 der Execution im Sinne des §. 822 aber von dem A nicht begehrt
 wurde.

Gründe: Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung,
 daß D. G. S. die Anwendung des §. 822 a. b. G. B., auf den sich
 weil B als erklärter Erbe der M auf Zahlung einer Schuld der
 Realität X stützt, belangt und ihm in dieser Verlassenschaft gehörigen
 Zahlung mit dem Zahlungsbefehle aufgetragen worden ist, hiernach
 es sich nicht um eine eigene Schuld des B, sondern um eine Schuld
 der Erblasserin M handelt, während der §. 822 a. b. G. B. per-
 sönliche Schulden des Erben im Sinne hat. Wenn aber der Um-
 stand, daß A seinem Begehren um Execution zur Sicherstellung die
 Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. nicht beigelegt hat, der Be-
 willigung des Executionsgesuches nicht im Wege steht, so kann es sich
 nur noch um die Frage handeln, ob die von A angeforderte Seque-
 stration der Früchte der Realität X für die eingeklagte, auf dieser
 Realität bereits pfandrechtlich haftende Forderung im Sinne des
 §. 4 der Verordnung des Justizministeriums vom 18. Juli 1856
 Pfandes, zulässig sei. Diese Frage ist zu bejahen, weil dem
 Schlusse des citirten §. 4 beigelegten beschränkenden Beisage,
 die Bedeutung beigelegt werden kann, daß dem zur Execution
 rung zur Sicherstellung berechtigten Gläubiger, welchem bereits

Executi
 gericht
 zu fäh
 auf ei
 dort s
 Laßm
 Bertr
 Natur
 ja de
 remill

Len

Len

7

Pfand bestellt ist, verwehrt sein soll, ohne Darthnung der Unzulänglichkeit der bereits erhaltenen Deckung auf das ihm verpfändete Gut die Execution zur Sicherstellung in der ganzen vom citirten §. 4 vorgeschriebenen Ausdehnung, also auch durch Sequestration dieses Gutes zu führen, zumal das Pfandrecht nach §. 457 a. b. G. B. sich auch auf die Früchte des Pfandobjectes, insolange sie noch nicht abgetrennt oder bezogen sind, erstreckt, und folglich bei grundsätzlicher Zulassung der Executionsführung zur Sicherstellung auf das bereits durch Vertrag verpfändete Gut auch gestattet sein muß, sich der schwebenden Natural- und Civilfrüchte, auf welche sich das Pfandrecht erstreckt, zu versichern. Es war daher der die Sequestration des Pfandgutes bewilligende Bescheid der ersten Instanz zu bestätigen.

Nr. 8059.

Competenz der Personalinstanz für Klagen auf Löschung einer Hypothek in Folge geleisteter Zahlung.

Entsch. v. 10. August 1880, Nr. 9197 (Best. des das Decr. des R. G. Labor v. 1. Juni 1880, Nr. 4760, aufheb. Decr. des D. L. G. Prag vom 23. Juni 1880, Nr. 18349). G. S. 1880, S. 375.

A belangte die Gemeinde B bei dem Personalgerichte der letzteren mit einer Klage, welche das Begehren enthielt, daß das für ihre Forderung gegen ihn im Betrage von 260 fl. auf seinem Hause inskribirte Pfandrecht in Folge der geleisteten Zahlung als erloschen erklärt werde. — Die Klage wurde von dem angerufenen Gerichte wegen Incompetenz zurückgewiesen, weil nach §. 52 J. N. Klagen, welche ein dingliches Recht zum Gegenstande haben, nur bei der Realinstanz angebracht werden können. — Das D. L. G. verordnete die Annahme und aufrechte Verbescheidung der Klage, weil mit derselben zuvörderst die Anerkennung, daß die Schuld von 260 fl. bezahlt sei, gefordert, sodann das Klagebegehren auf die Erlöschung des Pfandrechtes als unmittelbare Folge der Zahlung gestellt ist, mithin die Klage in erster Linie das persönliche Forderungsrecht der beklagten Gemeinde zum Gegenstande hat, wodurch die Zuständigkeit des angerufenen Gerichtes nach §. 14 lit. b J. N. begründet ist.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Decret mit Bezugnahme auf dessen gesetzliche Begründung.

Nr. 8060.

Begehren um Concurseröffnung: Unzulänglichkeit einer noch streitigen Wechselforderung zur Begründung desselben.

Entsch. v. 10. August 1880, Nr. 9340 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. L. G. Wien v. 8. Juni 1880, Nr. 38437 und des O. L. G. Wien v. 1. Juli 1880, Nr. 10696). Jur. Bl. 1880, Nr. 36.

A, der für eine Wechselforderung gegen B den Zahlungsauftrag und in Folge der von B angebrachten Einwendungen die Execution zur Sicherstellung gegen denselben erwirkt hatte, beehrte die Eröffnung des Concurses über das Vermögen des B auf Grund der Zahlungsaufgabe, der bewilligten Execution zur Sicherstellung und der gehörig bescheinigten Thatsache, daß B mit Executionen verfolgt ist — In erster Instanz wurde die im §. 63 C. D. vorgeschriebene Tagfahrt angeordnet und das O. L. G. bestätigte diesen Bescheid mit der Begründung, daß die Voraussetzungen des §. 63 C. D. gegeben seien.

Von dem obersten Gerichtshofe wurde das Gesuch des A für dormalen abgewiesen, weil bei dem Umstande, daß B gegen die Zahlungsaufgabe Einwendungen erhoben hat, über welche noch keine Entscheidung getroffen worden ist, das Forderungsrecht des A nicht für ausgewiesen betrachtet werden kann und somit dem Erfordernisse des §. 63 C. D. derzeit nicht entsprochen ist.

Nr. 8061.

Obervormundschaftliche Ermächtigung des Vormunds zum Abschluß eines Vergleichs über eine Schuld des Mündels: Inhalt und Umfang derselben. — Voraussetzungen der Einleitung des Executivprocesses.

Entsch. v. 10. August 1880, Nr. 9392 (Best. des das Decr. des O. L. G. Wien v. 7. Mai 1880, Nr. 30511, abänd. Decr. des O. L. G. Wien v. 22. Juni 1880, Nr. 10392). G. S. 1881, S. 48.

Der Vormund des B war von dem Pupillargerichte ermächtigt worden, wegen einer Schuld seines Pupillen an den A im Betrage von 5000 fl. einen Vergleich zu schließen, und errichtete deshalb mit dem A eine Urkunde, in welcher, in wörtlicher Uebereinstimmung mit der dem Vormund erteilten Ermächtigung des Pupillargerichtes, die Zahlung der 5000 fl. in halbjährigen Raten von 600 fl. bei Terminverlust versprochen wurde. Nach dem Verfall der zweiten Rate verlangte A den großjährig gewordenen B auf Zahlung von 4400 fl.

unter Vorlage der vorerwähnten Ermächtigung des Pupillargerichtes und der Schulburtunde, mit der Bitte um Einleitung des Executivprocesses, welche in erster Instanz bewilligt, von dem obersten Gerichtshof aber, in Uebereinstimmung mit der zweiten Instanz, abgelehnt wurde, weil die Ermächtigung des Vormundschaftsgerichtes auf Abschluß eines Ausgleiches, nicht auf Ausstellung einer Schulburtunde lautet, und die vorgelegte Schulburtunde nicht mit der nach §. 189 des Patentgesetzes vom 9. August 1854 auf die Originalburtunde bezuziehenden gerichtlichen Genehmigung versehen ist.

Nr. 8062.

Rechtsbestand und Umfang der Haftung von militärischen Kameraden als „Bürgen und Zahler“ für das von einem minderjährigen Soldaten (Cadeten) geleistete Versprechen der Bezahlung seiner Darlehensschuld „aus Demjenigen, was er sich durch seinen Fleiß erwirbt und erwerben kann“ und der Verzinsung derselben bei Terminverlust.

Entsch. v. 11. August 1880, Nr. 7321 (Best. des Urth. des L. G. Wien v. 23. Dec. 1879, Nr. 80021, Abänd. des Urth. des D. L. G. Wien vom 31. März 1880, Nr. 5280). Jur. Bl. 1880, Nr. 40.

In dem am 4. Jänner 1878 dem A ausgestellten Schuldschein verpflichtete sich der damals minderjährige Artilleriecadet F, seine mit Einrechnung der Zinsen auf 700 fl. sich belaufende Darlehensschuld „aus Demjenigen, was er sich durch seinen Fleiß erwirbt und erwerben kann“, am 1. Mai 1878 zu zahlen und bei Versäumung dieses Zahlungstermines vom 1. Mai 1878 ab mit 10 Percent per mose zu verzinsen. Der Schuldschein wurde von den damaligen Artilleriecadeten B, C, D und E als Bürgen und Zahler mit unterschrieben. Nach verstrichener Zahlungsfrist belangte A die genannten vier Bürgen wegen Zahlung der Hauptschuld von 700 fl. und der von ihm aus freien Stücken von 10 auf 5 Percent per mose herabgesetzten Zinsen seit dem Verfallstage, 1. Mai 1878. Die hierüber angeordnete Verhandlungstagsfahrt wurde nur von dem Kläger und von dem für den abwesenden mitbelangten E bestellten Curator besucht, welcher erklärte, daß er gegen die Klage keine Einwendung habe, nachdem ihm sein Curand brieflich mitgetheilt, daß er den Schuldschein unterschrieben habe. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen aus folgenden Gründen: Indem der Hauptschuldner B sich verpflichtete, die 700 fl. und die Zinsen seit dem Verfallstage lediglich aus den Mitteln zu zahlen, die er sich durch seinen Fleiß er-

werben werde und erwerben könne, hat er sein Zahlungsverprechen unter eine Bedingung gestellt. Nun hat A in seiner Klage nicht geführt, daß diese Bedingung eingetreten sei, daß sich nämlich B durch seinen Fleiß so viel erworb und erwerben konnte, um seine Schulden zu können. Es mußte daher die gegen die Bürgen und Zahl gerichtete Klage abgewiesen werden, da ihre Verbindlichkeit nicht we geht, als jene des Hauptverpflichteten. — Das D. L. G. erla nach dem Klagebegehren mit folgender Begründung: Die im Schu scheine vorkommende Beschränkung, daß dessen Aussteller das ein kannte Darlehen sammt Zinsen nur aus seinem Erwerbe zurückzuzah habe, steht der Verurtheilung der Beklagten nicht im Wege, weil ihren Gunsten eine solche Beschränkung nicht beigelegt ist, sondern Beitritt zu der am 1. Mai 1878 zahlbaren Schuld des B un schränkt und unbedingt lautet und das Geltenlassen der erwähn Beschränkung auch gegenüber den Bürgen und Zahlern das Mitschu verhältniß der Bürger und Zahler ganz aufheben würde.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urth in der Erwägung, daß der Bürgschaftsvertrag nach §. 1353 a. G. B. streng auszulegen ist und diese Vorschrift auch für je Bürgschaftsvertrag zu gelten hat, in welchem sich die zur Befestig fremder Verbindlichkeit eintretende Person als Bürge und Zahler b zutreten erklärt hat; daß nach dem Wortlaute des Schuldscheines v 4. Jänner 1878 und nach den Angaben des Klägers, der Anteil B vermöge des nach §. 151 a. b. G. B. während seiner Minu jährigkeit ihm zustehenden Rechtes, über Alles das, was er sich d seinen Fleiß erwirbt, frei zu verfügen, gegen den A die Verpflichtu übernommen hat, die Schuld von 700 fl. aus Demjenigen, was sich durch seinen Fleiß erwirbt und erwerben kann, und mit Beschrü lung des Erholungsbefugnisses des Gläubigers auf diesen Erw abzutragen, wozu der Termin bis 1. Mai 1878 in Aussicht gene men und mit der Clausel festgesetzt wurde, daß er bei Versäum dieses Termines die Schuld vom 1. Mai 1878 an mit 10 Perc per mese zu verzinzen haben wird (was einem Saumsalvergütun betrage von 120 Percent auf das Jahr gleichkommt); daß bei sol Textirung des Schuldscheines und bei dem Mangel einer nähe Auseinandersetzung des hinzutretenden Bürgschaftsverhältnisses, welc nur durch die Contrasignirung des Schuldscheines mit dem Beis als Bürge und Zahler Ausdruck gegeben wurde, es nicht völlig ist, ob die Bürgen die Mithaftung für mehr übernehmen, als A n weißbar aus dem persönlichen Erwerbe des B zu erholen in der L war und ist, und ob sie sich auch zur Leistung der stipulirten Sa salvergütung verpflichten; daß, nachdem Dasjenige, was sich B d seinen persönlichen Fleiß erworb, so viel aus diesem Proceffe zu e nehmen ist, lediglich in der Röhnung eines Cadetenführers der t illeriewaffe bestand und ein Termin von nur vier Monaten zur Z

lung der Schuld von 700 fl. bestimmt war, das von den Beklagten, damaligen Artilleriescabineten im Range von Feldwebeln und Feuerwerkern, gegebene Versprechen der Haftung für die unter solchen Umständen offenbar unmögliche Erfüllung der Verbindlichkeit des B den Stempel der Widersinnigkeit an sich trägt, und überdies die im Schuldscheine bestimmte und nach der Behauptung des Klägers auch den Bürgen zu Last fallende Saumsalsvergütung unter den gegebenen Verhältnissen von so ungeheurer Höhe ist, daß einerseits der Zweifel begründet erscheinen kann, ob sie ernstlich gemeint war, und daß andererseits, wenn sie ernstlich gemeint war, hierin auf Seite des A eine offenbar gegen das Sittengesetz verstoßende Bedrückung und Ausbeutung vorliegt, durch welche nach §. 878 a. b. G. B. ein einlagbares Vertragsrecht nicht begründet wird; daß der Umstand, daß A in seiner Klage das Begehren um Saumsalsvergütung auf monatliche 5 Percent einschränkte, dem Geschäfte, wie es ursprünglich abgemacht wurde, im Wesentlichen keine andere Gestalt verleiht; daß endlich dieses Geschäft auch einem positiven Verbotsgesetze zuwiderläuft, weil — einerseits zur Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin und Fahnentreue, andererseits zur Hintanhaltung der Möglichkeit der Verkümmernng des Soldes, welcher zur Erhaltung des Mannes in der von ihm bekleideten Militär-Charge zu dienen hat — durch die am 15. Jänner 1783, 23. April 1785, F. 353, und 25. Februar 1790 republicirte kriegsräthliche Verordnung vom 2. Juni 1753 (sog. Schuldenpatent), welche nach dem siebenten Absatz des Rundmachungspatentes zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche aufrechterhalten blieb und in ihrer Wesenheit seither keine Aenderung erlitt, ausdrücklich verboten ist, einem Unterofficier oder gemeinen Soldaten etwas zu borgen oder darzuleihen, widrigens derselbe gestraft und auf das solchergestalt vorgestreckte Darlehen keine Rücksicht genommen werden soll, dieses Verbotsgesetz vermöge der Natur der Angelegenheit auch jene Militärpersonen der genannten Kategorie treffen soll, welche zur Ermöglichung der Erlangung eines Darlehens oder einer Creditgewährung für einen Cameraden als Bürge und Zahler und hiemit als ungetheilte Darlehensmitschuldner Verbindlichkeiten übernehmen.

Nr. 8063.

Verwerflichkeit eines Zeugen: Folgen der Unterlassung der Einsprache gegen dessen Vernehmung; Umfang der Belehrungspflicht des Richters; Behandlung der Aussage als einer „bedenklichen“. — Unterstützung des directen Beweise einer Thatsache durch den Beweis des außergerichtliche Eingeständnisses derselben.

Entsch. v. 11. August 1880, Nr. 7843 (Best. des das Urth. des B. i. Wollersdorf v. 12. Februar 1880, Nr. 488, abänd. Urth. des D. L. i. Wien v. 20. April 1880, Nr. 5068). Allgem. Juristen-Zeit. 1880, Nr. 4

Die Witwe A belangte ihren Sohn B auf Zahlung von 200 fl. indem sie anführte und durch Zeugen und Erfüllungseid, subsidiär mit dem dem B deferirten Haupteid, zu beweisen sich erbot, daß der selbe sich gegenüber seinen Eltern, M und A, verpflichtet habe, für ein von ihnen bei seiner Verheirathung von C aufgenommenes Darlehen nach dem Tode seines Vaters der Mutter und Klägerin A den Betrag von 200 fl. zu bezahlen. — Nach Aufnahme des Zeugenbeweises erkannte das Gericht erster Instanz auf den Haupteid auf folgenden Gründen: Durch den von der Klägerin geführten Zeugenbeweis erscheint die erste halbe Probe ihrer Anführung nicht erbracht. Obwohl nämlich die Zeugin D, Schwester des Beklagten, das Klagesfactum, und ihr Gatte E sein außergerichtliches Geständniß der Schuld bestätigt, obwohl ferner diese Aussagen durch das Zugeständniß des Beklagten, daß er seiner Mutter unentgeltlich Arbeiten geleistet habe unterstützt werden, können doch diese Beweise eine halbe Probe bei dem Umstande nicht herstellen, da beide Zeugen gegenüber der Zeugenführerin als verwerfliche Zeugen erscheinen. Es mußte daher trotz der vorliegenden Wahrscheinlichkeit des Klagesfactums auf den von dem Beklagten abzulegenden Haupteid erkannt werden. — Das D. L. G. verurtheilte den Beklagten nach dem Klagbegehren unter der Bedingung, daß die Klägerin mit dem Erfüllungseide das Thema des Haupteides beschwört, in der Erwägung, daß die Zeugin D den in der Formel des Erfüllungseides aufgenommenen entscheidenden Thatumstand vollen Inhaltes bestätigt hat, und daß diese Zeugenansage durch jene des Zeugen E, der ein außergerichtliches Schuldbekenntniß des Beklagten bestätigt, unterstützt wird; daß von Seite des Beklagten gegen die Glaubwürdigkeit dieser Zeugen, die auch mit ihm nahe verwandt, resp. verschwägert sind, im Laufe des Verfahrens keinerlei Bedenken ausgesprochen, und weder die Einwendung der Verwerflichkeit noch jene der Bedenklichkeit erhoben wurde, daher auch die Aussage der D, da keinerlei Grund vorliegt, an der Wahrheit ihrer Aussage zu zweifeln, eine halbe Probe als erbracht anzusehen ist.

welche die Klägerin durch ihren Erfüllungseid zur Kraft des vollen Beweises zu erheben berechtigt ist.

Auf die Revisionsbeschwerde des Beklagten bestätigte der oberste Gerichtshof das oberlandesgerichtliche Urtheil. Gründe: Die D, Tochter der Klägerin und Zeugenführerin, war eine verwerfliche Zeugin in dem Sinne, daß sie auf eine vom Beklagten gegen die Aufnahme und Berücksichtigung ihrer Zeugenschaft erhobene Einwendung gar nicht zum Zeugeneide zugelassen gewesen wäre. (Eingangsworte des §. 141 der a. O. D. in Verbindung mit dem §. 140 und mit der Textirung der §§. 214—216 der westg. O. D.) Der Beklagte hat aber in der Verhandlung gegen die Zulassung der Zeugenschaft der D, die zugleich seine Schwester ist, keine Einwendung vorgebracht und ist diese Zeugin auch in seiner persönlichen und seines Rechtsfreundes Gegenwart ohne irgend welche Einsprache und Zwischenfrage von dieser Seite als Zeugin beeidet und umständlich verhört worden. Demnach erscheint sie keineswegs als eine verwerfliche und beziehungsweise verworfene, d. h. rechtsbeständig abgelehnte und ausgeschlossene Zeugin, sondern als eine zu einer Beweisconstituierung formell verwendbare, wohl aber wegen ihres der Klägerin näher, als dem Beklagten, stehenden Verwandtschaftsgrades immerhin als eine bedenkliche Zeugin, indem der Art. a) des §. 142 der a. O. D. durch nothwendige Schlußfolgerung auch auf die Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie anzuwenden ist, wenn sie bei dem Mangel einer Einwendung gegen ihre Verwendung zur Herstellung eines Zeugenbeweises im Allgemeinen wirklich zum Zeugeneide zugelassen worden sind. Dies vorausgeschickt und in Erwägung, daß nach §. 144 der a. O. D. dem Richter eingeräumt ist, nach genauer Ueberlegung aller Umstände zu beurtheilen, wie viel Glauben einem bedenklichen Zeugen beizumessen sei; daß die genannte Zeugin das Eidesthema mit umfassender Umständlichkeit in Gegenwart des Beklagten und seines Rechtsfreundes eidlich bestätigt hat; daß insoferne nun erst in der Revisionsbeschwerde eine Unbestimmtheit in der Aussage dieser Zeugin gefunden werden will, dem Beschwerdeführer und seinem Rechtsfreunde nach §. 20 des Gesetzes vom 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, vorgelagert wäre, dies durch Zwischenfragen zu constatiren; daß derselbe auch erst jetzt die Glaubwürdigkeit dieser Zeugin mit neuen Ausführungen belämpft, während er in erster Instanz keinerlei Bedenken dagegen erhoben hatte; daß die Aussage dieser Zeugin durch theilweises Zugestehen von Seite des Beklagten in Betreff damit in Verbindung stehender Umstände und außerdem durch das Zeugniß des E (der wohl auch insofern als ein bedenklicher Zeuge erscheint, als er mit der Klägerin im ersten Grade und mit dem Beklagten im zweiten Grade verschwägert ist, gegen dessen Glaubwürdigkeit aber auch in erster Instanz kein Bedenken eingewendet wurde) unterstützt wird, welcher ebenfalls in Gegenwart des Beklagten eidlich bestätigt

hat, daß der Letztere wiederholt das Bestehen der in Rede stehenden Schuld eingestanden habe, ist im Sinne des citirten §. 144 und des §. 212 der a. O. D. mit Recht angenommen worden, daß die Klägerin eine halbe, durch ihren Erfüllungseid zu ergänzende Probe darüber hergestellt habe, daß die von ihr behauptete Verabredung und Vereinbarung zu Stande kam, welche als ein Vergleich über gegenseitig erhobene Ansprüche und keineswegs, wie der Beschwerdeführer vermeint, als ein mündliches Schenkungsversprechen sich darstellt. — Wenn übrigens der Beklagte in der Revisionsbeschwerde hervorhebt, daß ihm bei der Verhandlung in erster Instanz kein Rechtsfreund zur Seite stand und daß er vom Richter auf die Zulässigkeit der Verwerfung der Zeugenschaft der D nicht aufmerksam gemacht worden sei, so ist dagegen zu erinnern, daß es auch ohne Kenntniß der Förmlichkeiten des gerichtlichen Verfahrens bei gemeiner Aufmerksamkeit nahe gelegen wäre, sich über die Berücksichtigung der Zeugin zu äußern, wenn damals etwas dagegen vorzubringen gewesen wäre, welche Aeußerung dann unter Anleitung des Richters in die Form der Einwendung der Verwerflichkeit zu kleiden gewesen wäre; daß es aber nach der Resolution vom 11. September 1784, J. O. E. Nr. 336, keineswegs Aufgabe des Richters war, dem Beklagten Einwendungen in den Mund zu legen, die dem inneren Wesen nach demselben nicht in den Sinn gekommen waren.

Nr. 8064.

Unzulässigkeit der Eidesdelation an den Verlassenschaftscurator über Handlungen des Erblassers.

Entsch. v. 11. August 1880, Nr. 8057 (Best. des das Urth. des O. G. Salzburg v. 2. April 1880, Nr. 1968, abänd. Urth. des O. L. G. Wien vom 1. Juni 1880, Nr. 8546). Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 7.

Die Eheleute A belangten die ruhende Verlassenschaft des M unter der Vertretung des gerichtlich bestellten Curators B auf Zahlung von 156 fl. 75 kr., indem sie anführten, daß sie im Auftrag des M in seinem Wald 130 Klafter Scheiter und 49 Klafter Knüttel, gegen den bedungenen Lohn von 1 fl. 30 kr. per Klafter Scheiter und von 75 kr. per Klafter Knüttel, gemacht, auf den verdienten Arbeitslohn von 206 fl. 75 kr. eine Anzahlung von 50 fl. von dem M erhalten, mithin noch 156 fl. 75 kr. zu fordern haben. In dem summarisch verhandelten Proceß leugnete der Curator die Bestellung und Verrichtung der Holzarbeit und schob den ihm hierüber aufgetragenen Haupteid den Klägern zurück. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf den zurückgeschobenen Haupteid und verurtheilte die Verlassen-

den Fall der Ablegung desselben, zur Zahlung der Klage-

oberste Gerichtshof bestätigte das die Klage unbedingt abtheil der zweiten Instanz. Gründe: Das obergerichtsmäßig mußte bestätigt werden, weil kein Gesetz besteht, jen einer eigenberechtigten Streitpartei der Gebrauch des der Auftragung des Haupteides an den Gegner überne entscheidende Gesichtsumstände jedenfalls und unter den gewahrt zu bleiben habe; weil insbesondere dem weßg. G. D. im Zusammenhange mit den weiteren beordnungen ein solcher Sinn, wie von Seite der Kläger werden scheint, keineswegs unterstellt werden kann; weil seit des Gebrauches dieses Beweismittels auch davon ab die Gegenpartei vermöge ihrer Eigenschaft selbst und in son den Eid abzulegen fähig ist, oder daß, wenn der sonst Gegner nicht im eigenen Namen Proceß führt, das Eidesauf eigene Handlungen dieses Proceßführers bezieht; weil nicht unter Eidschwur abgegebene feierliche Erklärung der als ein unter gewissen Bedingungen zulässiges Zeugniß Sache darstellt; weil auch zur Zulassung des ordentlichen ises nothwendig ist, daß der Zeuge eine eidesfähige Person i der von der Gerichtsordnung vorgesehenen Auftragung des vorausgesetzt ist, daß von der Gegenpartei wenigstens in Eid angenommen und abgelegt werden könne, indem einer Haupteidesauftragung nicht die Rede sein könnte; rliegenden Falle die eigentliche Gegenpartei die erblose aft des M ist, welche als selbstständig gedachte juristische n Eid offenbar nicht ablegen kann; weil der zur Ver selben aufgestellte Curator nicht gleich einem erklärten ihr identificirt werden kann, und ihm als einem von Amts- lten Sachwalter, der nicht im eigenen Namen, sondern te, nämlich die besagte juristische Person Proceß führt, gene Handlungen oder doch Vorkommnisse, bei denen er interveniren Gelegenheit hatte, ein Eid aufgetragen werden l die Gesichtsumstände, welche das Eidessthema bilden, bei denen er nicht nur nicht intervenirte, sondern bezüglich uch vermöge seiner Stellung nicht berufen und nicht in t, Erfahrungen zum Behufe einer Wahl zwischen An- Zurückschiebung einzuholen, wornach also der Eid jedu- endiger Weise zurückgeschoben werden müßte, wie er auch Berwahrung gegen eine solche Zwangslage zurückgeschoben fah aber unter solchen Verhältnissen lediglich als ein an- id darstellt, womit die Partei selbst einzig durch eigene hauptung den Beweis herstellen möchte, was nach der rung und insbesondere nach der a. h. Entschließung vom 1844, J. G. G. Nr. 836, unzulässig und ausgeschlossen ist.

Nr. 8065.

Executive Sequestration und Pfändung von Pachtrechten

Entsch. v. 17. August 1880, Nr. 9262 (Best. des das Decr. des R. O. Bih. v. 16. April 1880, Nr. 2411, abänd. Decr. des D. L. O. Prag v. 27. Apr. 1880, Nr. 13080). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 43.

Das Gesuch des A gegen seinen Schuldner B um die executive Pfändung und Sequestration der dem Letzteren als Pächter der Liegenschaft des C zustehenden Pachtrechte wurde in erster Instanz mit der Begründung abgewiesen, daß nach der Bestimmung des §. 320 b. a. O. die angesuchte Execution im Grundbuche angemerkelt werden müßte, was aber im vorliegenden Falle nicht angeht, da die Pachtrechte des B nicht verbüchert sind; daß, was die angesuchte Pfändung der Pachtrechte anbelangt, dieselbe, selbst wenn eine Mobilarexecution in dieser Beziehung als durchführbar angesehen werden wollte, in der vorliegenden Falle nicht zulässig ist, weil der Executionsführer die Pachtrechte bezüglich ihrer Dauer und ihres vermögensrechtlichen Umfangs nicht genau beschrieben hat. — Das D. L. O. bewilligte das Gesuch des A, weil die Bestimmung des §. 320 a. O. D., betreffend die Eintragung des Spruches in die öffentlichen Bücher offenbar nur solche Executionsobjecte im Auge hat, welche in der Landtafel oder in dem Grundbuche eingetragen sind, wodurch aber nicht ausgeschlossen ist, daß andere in der Landtafel oder in dem Grundbuche nicht eingetragene und deshalb zu den beweglichen Sachen zu rechnenden Rechte, somit auch die Pachtrechte des Executen an der Liegenschaft des C gleich beweglichen Sachen in Execution gezogen als solche gepfändet und der Sequestration unterzogen werden können, durch welche kein Eingriff in die Rechte des Verpächters geschieht, sondern lediglich die aus diesen Pachtrechten für den Pächter resultirenden Nutzungen des Pachtobjectes für die Befriedigung der Gläubigers des Letzteren gesichert werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung mit Hinweisung auf die dem Gesetze entsprechende Begründung derselben.

Nr. 8066.

Ungiltigkeit einer von einem Oesterreicher mit einer Engländerin in der Capelle der großbritannischen Botschaft in Wien nach anglikanischem Ritus geschlossenen Ehe.

Entsch. v. 17. August 1880, Nr. 9614 (Best. der gleichförmigen Urth. d. R. O. Wien v. 4. Nov. 1879, Nr. 76456 und des D. L. O. Wien v. 10. März 1880, Nr. 1305). Jur. Bl. 1880, Nr. 40.

Die von dem Oesterreicher A mit der Engländerin B in der Capelle der großbritannischen Botschaft zu Wien vor dem Stellve

treter des Bottschaftscaplans nach dem Ritus der englischen Kirche geschlossene Ehe wurde in allen drei Instanzen wegen Mangels der feierlichen Erklärung der Einwilligung vor dem ordentlichen Seelsorger eines der Brautleute (§. 75 a. b. G. B. und Gesetz vom 31. December 1868, R. G. Bl. Nr. 4 vom Jahre 1869) als ungültig erklärt.

Gründe des obersten Gerichtshofs: Die Gültigkeit der Ehe des A und der B ist nach dem österreichischen Recht zu beurtheilen, weil sie von einem Oesterreicher mit einer Ausländerin in Oesterreich geschlossen wurde (§. 36 a. b. G. B.), und der Capelle der großbritannischen Botschaft zu Wien, in welcher die Trauung stattfand, die Eigenschaft der Exterritorialität nicht zukommt. Es ist daher die Frage zu erörtern, ob der Bottschaftscaplan, resp. sein Stellvertreter, der die Trauung vornahm, der berufene öffentliche Functionär war, um der Entgegennahme der Einwilligung der Brautleute zur Ehe jene Feierlichkeit zu verleihen, die von dem österreichischen Gesetz zur Gültigkeit des Ehevertrags im öffentlichen Interesse gefordert wird. Diese Frage muß verneint werden, weil unter dem Ausdruck „ordentlicher Seelsorger“ im §. 75 a. b. G. B. derjenige Priester verstanden wird, welcher nach der staatlich geordneten Verfassung einer im Geltungsgebiet des a. b. G. B. staatlich anerkannten Kirche für die in diesem Gebiet ihr Domicil oder Quasidomicil habenden Bekenner desselben Glaubens nach den Satzungen dieses Glaubens die Acte der Gottesverehrung und die Kirchengewalt auszuüben und Civilstandsregister über geschlossene Ehen unter österreichisch-staatlicher Autorität zu führen hat, die Angehörigen des anglicanischen Religionsbekenntnisses aber in Oesterreich eine staatlich anerkannte Genossenschaft oder Kirche nicht bilden und dem Priester dieses Bekenntnisses eine zur Geltung in Oesterreich organisirte Kirchengewalt oder Administration von Acten öffentlichen Rechts nicht eingeräumt ist. Um eine in Oesterreich gültige Ehe zu schließen, mußten sich die Brautleute A und B entweder an den katholischen Pfarrer des Pfarrsprengels des Bräutigams (§. 75 a. b. G. B. und Gesetz vom 31. December 1868, R. G. Bl. Nr. 4 vom Jahre 1869) oder, wenn die Braut nach ihrem religiösen Gefühl dagegen Bedenken hatte, nach dem Gesetz vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 51 (über die Ehen von Personen, die keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören) an das Wiener Gemeindeamt werden.

Nr. 8067.

Einverleibung des Pfandrechts zur Sicherstellung auf Grund eines dem Schuldner noch nicht zugestellten Urtheils.

Entsch. v. 19. August 1880, Nr. 9478 (Best. des Decr. des B. G. Trenten v. 25. Februar 1880, Nr. 2833, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 15. Juni 1880, Nr. 17901). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 46.

Zur Sicherstellung der in erster Instanz dem A gegen B zuerkannten Geldforderung begehrte A unter Vorlegung des Urtheils die Einverleibung des Pfandrechts auf einer Liegenschaft des B, welchem das Urtheil noch nicht zugestellt worden war. — Das in erster Instanz bewilligte Intabulationsgesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil die Zulässigkeit der Execution zur Sicherstellung zum mindesten die Zustellung des Urtheiles an beide Theile zur nothwendigen Voraussetzung hat.

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstgerichtlichen Bescheid mit der Motivirung, daß die vom ersten Richter bewilligte Einverleibung des Pfandrechts als Execution zur Sicherstellung vorliegendenfalls im Gesetze begründet und durch die Analogie des §. 259 a. G. D. gerechtfertigt ist, zumal dem B, wenn er das Urtheil nicht in Rechtskraft erwachsen lassen will, nur die Ergreifung der Appellation offen steht, in welchem Falle die Anwendung dieses Paragraphen eintreten muß.

Nr. 8068.

Recurs gegen einen vor Ablauf der Recursfrist und vor Einbringung des Recurses vollstreckten Bescheid.

Entsch. v. 19. August 1880, Nr. 9731 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Prag v. 20. Juli 1880, Nr. 20901). Jur. Bl. 1880, Nr. 52.

Auf Einschreiten des A, welcher von der Firma B eine Partie Mehl gekauft und der Verkäuferin zur Verfügung gestellt hatte, wurde am 10. Juni der öffentliche Verkauf des Mehles bewilligt und die Feilbietung wegen der durch das Verderben der Waare bedingten Gefahr im Verzuge schon auf den 18. Juni ausgeschrieben. Dagegen ergriff die Firma B am 20. Juni innerhalb der gesetzlichen Frist den Recurs, nachdem inzwischen die Feilbietung stattgefunden hatte. — Das D. L. G. verwarf den Recurs a limine, weil der am 18. Juni vollzogene Licitationsverkauf des Mehles nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, und weil die Firma B den Recurs gegen den Feilbietungsbescheid erst am 20. Juni, nach vollzogener Feilbietung

überreicht hat, obwohl ihr der Bescheid schon am 15. Juni (drei Tage vor der Versteigerung) zugestellt worden war.

Der oberste Gerichtshof cassirte den obergerichtlichen Erlaß mit dem Auftrage über den Recurs meritorisch zu entscheiden, weil der Umstand, daß ein erstrichterlicher Bescheid noch vor Ablauf der gesetzlichen Recursfrist in Vollzug gesetzt wurde, den oberen Richter nicht entbindet, in die Entscheidung des in der gesetzlichen Frist eingebrachten Recurses einzugehen und die Frage, ob der Vollzug, im vorliegenden Falle die erfolgte Feilbietung des Mehles, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, bei der Entscheidung des Recurses außer Betracht zu bleiben hat.

Nr. 8069.

Erscindungsfrage: Substantiirung des Klagegrundes und des Eidessthema.

Entsch. v. 20. August 1880, Nr. 7596 (Best. des Urth. des R. G. Reichenberg v. 17. April 1880, Nr. 1798, Abänd. des Urth. des O. L. G. Prag v. 19. Mai 1880, Nr. 13980) Jur. Bl. 1880, Nr. 42.

Die A belangte die Vertreter der Firma B und C auf Anerkennung ihres Eigenthums an einem Theil der für die Firma bei ihrem Ehemann G zur Vereinarbringung einer Forderung gerichtlich gepfändeten Mobilien und auf Ausscheidung dieser Sachen aus dem Pfändungsprotokoll. — In erster Instanz wurde die Klage unbedingt abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Die Klägerin führt an, daß die bei ihrem Ehegatten wegen der Forderung der Firma B & C per 124 fl. gepfändeten und in dem Pfändungsprotokolle unter Post Nr. 1—6 aufgenommenen Gegenstände ihr alleiniges Eigenthum seien, da sie die unter Post Nr. 1, 2, 4 und 6 beschriebenen Schnittwaaren theils bei D, theils bei E, die unter Post Nr. 3 und 5 bezeichneten Waaren aber bei F in Langenbrunn in ihrem Geschäftsbetriebe und für ihr Geld gekauft und übernommen habe und will dies durch den rückwärts aufgetragenen Haupteid erweisen. Durch Kauf kann nach dem Gesetze allerdings das Eigenthum einer Sache erworben werden, wenn der Kauf auf eine gültige Art zu Stande kam. Allein im vorliegenden Falle hat die Klägerin nur im Allgemeinen den Erwerb der gepfändeten Sachen durch Kauf behauptet, ohne daß sie bei Post Nr. 1, 4 und 6 nachzuweisen vermöchte, von wem jedes einzelne Pfandstück gekauft wurde; sie hat ferner bei allen Pfandobjecten anzugeben unterlassen, zu welcher Zeit der Kauf geschah und wie viel der Kaufpreis eines jeden Stückes betrug. Es läßt sich somit nicht beurtheilen, ob ein Kaufvertrag im Sinne des

§. 1053 a. b. G. B. zu Stande kam. Aber selbst wenn diese Umstände nachgewiesen wären, könnte auf Grund des angeführten Kaufes ihr Eigenthum an den vindicirten Gegenständen nicht anerkannt werden, weil sie behauptet, diese Sachen für ihr Geld erworben zu haben, die Worte „ihr Geld“ aber nur einen allgemeinen Begriff bilden, welcher verschiedener Auslegung fähig ist und aus welchen nicht mit Gewißheit gefolgert werden kann, auf welche Art die Klägerin das Eigenthum des für die gekauften Sachen gezahlten Geldes erworben hat. Die Klägerin hat nirgends angegeben, was sie für ihr Geld hält, daher diese Worte als eine bloße individuelle Anschauung aufgefaßt werden können, keineswegs aber als ein thatsächliches Moment. Da nun nach §. 203 a. G. D. und dem Hofdecrete vom 18. Februar 1846, J. G. G., Nr. 935 Haupteide nur über den Bestand oder Nichtbestand einer Thatsache aufgetragen werden können, die Klägerin aber über den von ihr behaupteten Kauf der gepfändeten Sachen keine solchen Thatsachen angeführt hat, durch welche ihr Eigenthum an diesen Gegenständen nachgewiesen wurde, so konnte an den angebotenen Haupteid nicht erkannt werden. Dieser Eid stellt sich aber auch in anderer Beziehung als unzulässig dar, weil der behauptete Kauf keine solchen bestimmten Momente enthält, aus welchen die Gegner sich von der Wahrheit derselben überzeugen könnten, um die Möglichkeit zu erlangen, den ihnen aufgetragenen Eid entweder anzutreten oder den Gegenbeweis zu führen. Ein anderes Beweismittel über die Erwerbung des Eigenthumes der vindicirten Gegenstände wurde nicht angeboten, daher die Klägerin unbedingt abgewiesen werden mußte. — Das D. L. G. erkannte nach dem Klagbegehren, wenn die Klägerin mit dem Haupteid beweist, daß sie die erciscindirten Gegenstände von den ihrerseits namhaft gemachten Personen gekauft und übernommen habe, — aus folgenden Gründen: Die Klägerin hat angeführt und durch den Haupteid zu beweisen sich erboten, daß sie die in das Pfändungsprotokoll einzugehenden Schnittwaaren, und zwar jene sub Post Nr. 1, 2, 4, 6 in ihrem Geschäfte für ihr Geld und für sich theils bei D, theils bei E, dann jene sub Post Nr. 3 und 5 bei F gekauft und übernommen habe. Wird dies erwiesen, so hat die Klägerin den gültigen Titel und die echte Erwerbungsart bezüglich dieser Gegenstände dargethan, was zur Begründung ihrer Erscindirungsklage nach §. 372 a. b. G. B. hinreicht. Der Umstand, daß die Klägerin nicht angegeben hat, von welchem der verschiedenen Vormänner, wann und um welchen Preis sie die einzelnen Waaren gekauft habe, reicht ebensowenig, wie die allgemeine Angabe, daß sie diese Waaren für ihr Geld erlangt habe, aus, um mit Uebergehung des Haupteides die Klage unbedingt abzuweisen, weil unter jeder der oben angeführten Postnummern des Pfändungsprotokolles verschiedene Stücke Schnittwaaren von verschiedenen Mustern begriffen sind, die Klägerin daher zu einer näheren

Specification, als das Protokoll selbst enthält, nicht angehalten werden kann, was auch von der Zeit des Kaufes und von dem Kaufpreise gilt, da eine Angabe dieser Daten eine genaue Aufzählung und Beschreibung der einzelnen Stücke im Pfändungsprotokolle voraussetzt, solche Daten übrigens hier unwesentlich sind, und weil, wenn die Klägerin behauptet, daß sie diese Sachen für ihr Geld erkauft habe, hierunter wohl nur verstanden werden kann, daß sie diese Sachen aus ihrem Vermögen angeschafft hat. Nicht übersehen kann werden, daß die Beklagten selbst anführen, daß seit der zweiten Hälfte des Jahres 1878 nicht mehr der Ehemann der Klägerin, sondern sie selbst das Schnittwaarengeschäft betreibt. Es erscheint sonach der von der Klägerin den Beklagten aufgetragene Haupteid relevant und wurde deshalb die Entscheidung davon abhängig gemacht.

Der oberste Gerichtshof restituirte das Urtheil erster Instanz in Erwägung, daß jene Thatsachen, aus welchen die Klägerin ihr Eigenthum zu den sub Post Nr. 1 bis 6 gepfändeten Gegenstände ableitet, wie schon in den erstgerichtlichen Motiven erörtert wurde, so allgemein, unklar und unbestimmt sind, daß sie der belangten Firma zu einer beruhigenden Annahme des ihr aufgetragenen Haupteides keine sicheren Anhaltspunkte zu bieten vermögen, und daß im Falle der Zurückschiebung des Eides der Beweis des Widerspiels der Eidesätze vornherein als unmöglich erscheint.

Nr. 8070.

Executionsbefreiung der Privatdienst-Bezüge von 600 fl. abwärts: Berücksichtigung sonstigen Einkommens?

Entsch. v. 24. August 1880, Nr. 9744 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. Brunn v. 12. Juni 1880, Nr. 10650 und des k. k. O. Brunn vom 30. Juni 1880, Nr. 7082). G. S. 1880, S. 387.

Das im Executionsweg angebrachte Gesuch des A gegen seinen Schuldner B um Einantwortung des Honorars, welches der Letztere als Bahnarzt der Kaiser Ferdinands-Nordbahn-Gesellschaft bezieht, wurde von beiden Untergerichten mit der Begründung abgewiesen, daß das Honorar des B nach der Anführung des Gesuchstellers sich nur auf jährliche 600 fl. beläuft und daß der §. 2 des Gesetzes vom 29. April 1873, R. G. Bl. Nr. 68, die Execution auf den Gehalt oder die sonstigen Dienstesbezüge der in Privatdiensten dauernd Angestellten nur dann gestattet, wenn „diese Bezüge“, also die Bezüge aus der Privatanstellung den Betrag von 600 fl. übersteigen, daher nicht unterscheidet, ob der im Privatdienst Angestellte auch aus seinen anderweitigen Arbeiten ein Einkommen bezieht oder nicht; daß somit

ter von A angeführte Umstand, daß B neben dem Einkommen als Bahnarzt der Kaiser Ferdinands-Nordbahn-Gesellschaft ein Einkommen aus seiner sonstigen ärztlichen Praxis bezieht, die Anwendbarkeit des §. 2 des citirten Gesetzes auf dessen Honorar nicht aufheben kann.

A ergriff den a. o. Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshof verworfen wurde, weil die Bedingungen des Hofdecret vom 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, zur Abänderung gleichförmiger Entscheidungen nicht vorhanden sind, zumal der Recurren nur behauptet und nicht nachgewiesen hat, daß B außer dem in Rede stehenden Honorar noch ein anderweitiges Einkommen besitzt.

Nr. 8071.

Vorgang behufs Erwirkung einer in Vollstreckung eines inländischen Urtheils in Deutschland auszuführenden Mobilienpfändung.

Entsch. v. 24. August 1880, Nr. 9918 (theilweise Abänd. der gleichförmigen Decr. des J. G. Wien v. 9. Juni 1880, Nr. 85284 und des D. L. G. Wien v. 6. Juli 1880, Nr. 10944). Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 44.

Nachdem A bei dem Wiener J. G. gegen die Firma B in Albertsweiler (Rheinpfalz) das Urtheil auf Zahlung von 1406 Mark erwirkt hatte, überreichte er dem Erkenntnißgerichte das Gesuch um Bestätigung der Rechtskraft und Vollstreckbarkeit dieses Urtheils, um Bewilligung der Mobilarexecution und um die zur Vornahme der selben erforderliche Verfügung. — In erster Instanz wurde das Gesuch zurückgewiesen, weil nach dem mit Justizministerialerlaß vom 8. März 1880, Nr. 3938, bekannt gegebenen §. 660 der Civilproceßordnung für das deutsche Reich die Zwangsvollstreckung des Urtheils eines ausländischen Gerichtes nur dann stattfindet, wenn ihre Zulässigkeit durch eine bei dem nach diesem Paragraphen berufenen Gerichte eingebrachte Klage und erflommenes Vollstreckungsurtheil ausgesprochen ist, somit eine Executionsbewilligung des hierländigen Gerichtes vollkommen zwecklos erscheint. — Das D. L. G. bestätigte den erstinstanzlichen Bescheid aus denselben Gründen, weil eben nur um die Bewilligung der Execution und Veranlassung des Vollzuges desselben auf das in Deutschland befindliche Vermögen nachgesucht wurde, im Umstand, daß die Executionsbewilligung möglicherweise die Erwirkung des Vollstreckungsurtheiles erleichtern dürfte, nicht in Betracht gezogen werden kann. — A ergriff den a. o. Revisionsrecurs.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs in dem Punkte der Verweigerung der Mobilarexecution, weil in dem Executionsgesuch

kein in Execution zu ziehendes hierlands befindliches Vermögen der beklagten Firma bezeichnet wurde, eine Executionsbewilligung des hierländigen Gerichtes, bezüglich des am Wohnsitz dieser Firma befindlichen Vermögens aber nur unter den Bedingungen des §. 660 der dormalen im deutschen Reiche in Wirksamkeit stehenden Civilproceßordnung ausführbar ist. — In Betreff der angesuchten Bestätigung der Rechtskraft des handelsgerichtlichen Urtheiles wurde von dem obersten Gerichtshof dem Recurs stattgegeben und dem H. O. aufgetragen, diesen Theil des gestellten Begehrens der Sachlage entsprechend zu erledigen und falls das Urtheil die Rechtskraft bereits beschritten hat, dem Recurrenten die Bestätigung dieses Umstandes in angemessener Form zu ertheilen, weil die bei dem zuständigen Gerichte des deutschen Reiches zur Erwirkung der Zwangsvollstreckung eines ausländischen Urtheils anzubringende Klage des Nachweises der nach den Gesetzen des Landes, in welchem dieses Urtheil geschöpft worden ist, eingetretenen Rechtskraft bedarf, dieser Nachweis nur mittelst einer amtlichen Bestätigung des erkennenden Gerichtes geliefert und demnach auch die Ertheilung dieser Bestätigung bei diesem Gerichte begehrt werden kann.

Nr. 8072.

Störung im Besiz der Servitut des Fahrweges durch Absperrung desselben mittelst eines mit einem Vorhängschloß versehenen Schrankens unter gleichzeitiger Anbietung eines Schlüssels zum Oeffnen desselben?

Entsch. v. 24. August 1880, Nr. 9971 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Waldhofen a. d. Thaya v. 21. Juni 1880, Nr. 2210 und des O. L. G. Wien v. 21. Juli 1880, Nr. 11828). G. S. 1880, S. 380.

Das Grundstück X, welches den wegen Blödsinnes unter Curatel gesetzten Geschwistern C und D gehört, durchzieht ein Fahrweg, den die Eheleute A bisher unbehindert benutzten, um mit Wirthschaftsfuhren nach ihrem Grundstück Y und zurück zu fahren. Dieser Fahrweg wurde von B, einem entfernten Verwandten der Geschwister C und D ohne Einholung der Zustimmung des Curators, durch einen mit einem Vorhängschloß versehenen Schranken abgesperrt. B bot den Eheleuten A einen Schlüssel an zum Oeffnen des Vorhängschlosses, welchen sie mit der Erklärung zurückwiesen, daß sie berechtigt seien, unbehindert durch eine Sperrvorrichtung, ihr Fahrrecht auszuüben, und da B die Wegräumung des Schrankens verweigerte, belangten sie ihn wegen Störung im Besiz des Fahrweges. — In erster Instanz

wurde die Klage mit folgender Begründung abgewiesen: Die Kläger befinden sich im Besitze des Rechtes, über das Grundstück X zu fahren und zwar derart ungehindert, daß sie, mindestens in der letzteren Zeit, nicht erst eine Thüre oder Balken zu öffnen hatten. In den Besitze dieses Rechtes sind sie durch die Aufrichtung des Schranke und dessen Absperrung nicht gestört worden, weil ihnen vom Beklagten der Schlüssel zum Öffnen des Balkens zur Verfügung gestellt wurde so daß sie, allerdings erst nach Aufsperrern des Balkens, über das Grundstück X fahren können. Die Einwendung der Kläger, daß ihnen das Fahrrecht dadurch erschwert wird, kann nicht in Betracht kommen um so minder, als in dem Falle, wenn das Grundstück X ganz offen bleibt, Jedermann, wie der Augenschein lehrt, darüber fährt, der besagten Eigenthümer des Grundstückes aber nicht zugemuthet werden kann, den Fahrweg bewachen zu lassen, um zu verhindern, daß dritte Personen sich das Fahrrecht anmaßen. Da nun die Ausübung einer Servitut eines Fahrweges derart stattfinden hat, daß sie für den Besitzer der dienstbaren Sache am wenigsten nachtheilig wird und Servituten überhaupt einzuschränken sind, mußten die Kläger abgewiesen werden. — Das O. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung und in der Erwägung, daß in dem Aufrichten und Versperren des Schranke und dem fast gleichzeitigen Anerbieten eines zum Aufsperrern geeigneten Schlüssels an die Kläger überhaupt nur eine zum Schutze des Grundstückes X getroffene Maßregel, ohne die irgendwie erkennbare Absicht, die Kläger in dem Besitze des Servitutsrechtes zu stören, ersichtlich ist.

Der a. o. Revisionsrecurs der Kläger wurde von dem obersten Gerichtshof mit dem Bedenken verworfen, daß die untergerichtlichen Entscheidungen durch die denselben beigegebenen Gründe gerechtfertigt seien.

Nr. 8073.

Anmerkung der bürgerlichen Rangordnung für ein in ziffermäßig bestimmter Höhe aufzunehmendes Darlehen: Gegenseitiger Rang mehrerer auf Grund dieser Anmerkung successive aufgenommener und einverleibter Darlehen.

Entsch. v. 25. August 1880, Nr. 9261 (Best. des das Decr. des O. G. St. Leonhard in W. B. in Steiermark v. 15. Februar 1880, Nr. 602, abänd. Decr. des O. L. G. Graz v. 12. Mai 1880, Nr. 5295). Zeitschr. für das Notariat 1880, Nr. 45.

Nachdem B bei seiner Liegenschaft X die Anmerkung der bürgerlichen Rangordnung für ein aufzunehmendes Darlehen von 20.000 F

te (§. 53 Grundb.-G.), nahm er vier Darlehen auf im
trage von 19.000 fl., und zwar 7000 fl. bei dem A und
. bei C, D und E. Innerhalb der gesetzlichen Frist von
nach Bewilligung der bürgerlichen Anmerkung (§. 55
i.) wurde die Einverleibung des Pfandrechtes für die vier
orderungen auf der Liegenschaft X angesucht und bewilligt:
die Forderung von 7000 fl. des A und nach einigen
leichzeitig) für die Forderungen von je 4000 fl. des C, D
in der Folge wurde die Liegenschaft in Execution gezogen
sch um 17.000 fl. verkauft. In der Meistgebotsvertheilung
: Vorzugsposten und eine ältere Satzpost von dem Kauf-
61 fl. 24 kr. in Anspruch, so daß für die Forderungen
, D und E nur mehr der Betrag von 7738 fl. 76 kr.
g blieb, welchen das Gericht erster Instanz auf dieselben
vertheilte, weil die Gesuche um die Intabulation dieser
nungen innerhalb der im §. 55 Grundb.-G. vorgeschrie-
: angebracht worden sind, daher allen vier Eintragungen
rkte bürgerliche Rangordnung (§. 56 Grundb.-G.), das
iche Rang zukommt. — Von dem D. L. G. wurde die
des A im Vollbetrage von 7000 fl. auf die vom Kauf-
übrigten 7738 fl. 76 kr., und der nach dieser Anweisung
Rest desselben cridamäßig auf die Forderungen des C, D
theilt mit der Begründung, daß die Vorschrift des §. 29
b.-G. mit den in den §§. 53 ff. des Grundb.-G. enthal-
mungen über die Anmerkung der Rangordnung weder
och durch die letzteren abgeändert wird, indem diese nur
iftigung des Besitzers der Pfandsache bezwecken, welchem es
Erwirkung dieser Anmerkung ermöglicht werden soll, für
a bestimmten Betrag seinem Gläubiger die Rangordnung,
: Vorrang vor den nachfolgenden Eintragungen auf das
zu wahren; daß demnach von den Darlehensforderungen
und D und E, welche nach der bürgerlichen Anmerkung der
ng intabulirt worden sind, jene des A vor den übrigen
leistgebot zu befriedigen ist, weil sie vor den Letzteren in-
rde.

oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung
ahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 8074.

Auslobung: Versprechen einer Prämie für das „Aufbringen“ veruntreuten Geldes.

(Entsch. v. 31. August 1880, Nr. 6466 (Best. des das Urth. des O. G. Prag v. 31. Dec. 1879, Nr. 40580, abänd. Urth. des O. G. Prag v. 9. März 1880, Nr. 7460). Jur. Bl. 1880, Nr. 43.

C veruntreute seinem Dienstherrn B 37.000 fl. und wurde am 4. November 1878 flüchtig. Der Beschädigte machte die Anzeige bei der Polizeibehörde und veröffentlichte durch die Zeitungsblätter das Versprechen, Demjenigen, der das unterschlagene Geld oder einen Theil desselben aufbringt, 10% der aufgebrachten Summe zu zahlen. In der Nacht des 8. November 1878 lieferte A den C der Polizeibehörde ein, welche bei ihm eine Barschaft von 17.372 fl. vorfand und, da er dieselbe als einen Theil des von ihm veruntreuten Geldes bezeichnete, dem B zurückstellte. Dieser verweigerte dem A den versprochenen 10percentigen Lohn und wurde von ihm auf Zahlung desselben im Betrage von 1737 fl. 20 kr. belangt. — Das Gericht erster Instanz erkannte gegen das Klagebegehren aus folgenden Erwägungen: Jede Belohnung setzt ein gewisses Verdienst voraus; ohne eine verdienstliche Thätigkeit fehlt der Anspruch auf Lohn (§§. 1151 und 1152 a. b. G. B.). Nun ist durch die beigebrachten Behelfe (Verhörprotokolle aus dem strafgerichtlichen Verfahren gegen C) festgestellt, daß C in der Nacht des 8. November aus freien Stücken zu dem A kam, um sich von ihm der Behörde einliefern zu lassen und demselben die von B ausgesetzte Prämie zuzuwenden. Die ganze Thätigkeit des A beschränkte sich somit darauf, daß er den C, der sich entschlossen hatte, selbst sich der Polizeibehörde zu stellen, dahin begleitete, und war jedes Verdienstes bar, welches den Anspruch auf die von B versprochene Belohnung zu rechtfertigen vermöchte. — In zweiter Instanz wurde dem Klagebegehren stattgegeben aus den nachstehenden Gründen: In Betreff der Thätigkeit des Klägers, auf welche sich sein Klageanspruch stützt, ist vor Allem festzuhalten und für die Beurtheilung der Zahlungspflicht des Beklagten maßgebend, daß er die 10percentige Prämie für das Zustandebringen der veruntreuten Summe aussetzte; denn begreiflicherweise hatte der Beklagte einzig und allein an diesem Erfolge ein Interesse, während ihm die Art der Thätigkeit des Zustandebringers, der Grad der von diesem dabei angewendeten List u. s. w. ganz gleichgiltig sein muß. Es ist demnach ganz irrelevant, ob der Kläger, wie er in der Klage anführt, die Ausforschung des C sich wirklich angelegen sein ließ, oder ob ihm der Zufall den C in die Hände spielte; ob dieser aus eigenem Antriebe oder erst auf Zureden des Klägers sich der Polizei stellte. Durch die Ablieferung des C an die Polizeibehörde wurde auch das in seinem Besitze befindliche, von der Veruntreuung herrührende Geld zur Stelle ge-

bracht. Daß der Kläger diesen Erfolg lediglich durch die Begleitung des C zur Sicherheitsbehörde erzielt hat, ist gleichgiltig und gegen die Behauptung des Beklagten, daß C schon mit der Absicht, sich selbst zu stellen, zum Kläger gekommen sei, braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß die Ausführung dieser Absicht noch durch verschiedene Zufälle unterbleiben oder unmöglich gemacht werden, C seine Absicht wieder ganz aufgegeben, sich und die veruntreute Geldsumme noch weiterhin aller Nachforschungen entziehen und letztere noch gänzlich vergeuden konnte, während nach den vorliegend erwiesenen Thatsachen anzunehmen ist, daß C hauptsächlich in Folge der Begleitung von Seite des Klägers seinen Entschluß auch ausgeführt hat. Demnach ist der Anspruch des Klägers auf die von dem Beklagten zugesicherte Belohnung vollständig begründet.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das oberlandesgerichtliche Urtheil. Gründe: Das obergerichtliche Urtheil ist durch die demselben beigelegten Motive und insbesondere durch die Erwägung gerechtfertigt, daß der Beklagte die Belohnung ganz allgemein demjenigen, welchem es gelingt, das veruntreute Geld oder einen Theil desselben zu Stande zu bringen, versprochen hat; daß ihm nur um die Wiedererlangung des Geldes zu thun war, und die Art, wie es zur Stelle gebracht wird, ihm gleichgiltig sein konnte; daß dem Beklagten eine Prüfung der Thätigkeit des Zustandebringers des Geldes, der Absicht und der Verdienstlichkeit desselben nicht zusteht, er vielmehr schon darum, weil das Geld aufgebracht und ihm zurückgestellt wurde, auch den versprochenen Lohn demjenigen zu zahlen hat, der es zu Stande gebracht hat, als welcher nach den Ergebnissen der strafgerichtlichen Untersuchung und des vorliegenden Processes der Kläger anzusehen ist, weil er den C, nachdem dieser sich ihm als Thäter entdeckt hatte, was bei dem damaligen Zustand der Trunkenheit des C fast einem Zufalle gleichzuhalten ist, sofort zur Sicherheitsbehörde geleitete und dadurch, wie es in seiner Absicht lag, verhinderte, daß C, welcher durch vier Tage den polizeilichen Nachforschungen sich zu entziehen mußte, in dem Entschlusse, sich zu stellen, wankend werde, oder den Theil des aus dem Verbrechen gewonnenen Geldes, den derselbe noch bei sich hatte, beseitige.

Nr. 8075.

Meistgebotsvertheilung: Rechtliche Natur der öffentlichen Abgaben für ein auf der feilgebotenen Liegenschaft betriebenes Gewerbe.

Entsch. v. 31. August 1880, Nr. 9822 (Best. der gleichförmigen Decr. des S. O. Wels v. 28. Jänner 1880, Nr. 8237 und des O. L. G. Wien vom 18. Juli 1880, Nr. 10788). Allgemeine Juristen-Zeitung 1880, Nr. 51.

Zur Vertheilung des Meistgebotes für die im Executionswege verkaufte Mühle des B und der dazu gehörigen Grundstücke wurden von der Steuerbehörde die Rückstände der Einkommen- und der Erwerbsteuer und der Handelskammerumlage als Vorzugsposten angemeldet: — Beide Untergerichte entschieden, daß diese Forderungen nicht als Vorzugsposten zu behandeln und von der Meistgebotsvertheilung ganz auszuschließen seien, weil die angemeldeten Steuern mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse und die Beschäftigung des Steuerpflichtigen und nicht auf Grund seines Eigenthumes oder Besitzrechtes an der im Executionswege verkauften Liegenschaft eingehoben werden, mithin Personalsteuern sind, für welche die Liegenschaft gesetzlich nicht in Haftung steht.

Die Finanzprocuratur ergriff den a. o. Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshofe mit Hinweisung auf die vorstehende Begründung der untergerichtlichen Entscheidungen verworfen wurde.

Nr. 8076.

Begehren um Concurseröffnung: Zulänglichkeit einer noch streitigen Wechselforderung zur Begründung derselben.

Entsch. v. 31. August 1880, Nr. 10152 (Best. des Decr. des S. O. Wien v. 26. Mai 1880, Nr. 77896, Abänd. des Decr. des O. L. G. Wien vom 30. Juni 1880, Nr. 10702). Jur. Bl. 1881, Nr. 1.

Die Firma A hat gegen den Acceptanten B zwei Wechsellagen angestellt und im Laufe der Prozesse die Mobilienexecution zur Sicherstellung der beiden Wechselforderungen erwirkt. Da sie sich durch den Werth der Pfandsachen nicht vollständig gedeckt sah, überreichte sie gegen B das Gesuch um Anordnung einer Tagsatzung nach §. 63 E. O. unter Vorlage der beiden Originalwechsel. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem O. L. G. mit der Begründung abgewiesen, daß die vorgelegten Wechsel sich nicht als vollen Glauben verdienende Urkunden darstellen (§. 63 E. O.), da, wie in dem Gesuche angeführt ist, die Forderungen, worauf sich dieselben beziehen, im Proceß verfangen sind.

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstgerichtlichen Bescheid.
Gründe: Die Anordnung einer Tagsatzung nach §. 63 E. O. ist nicht durch den Nachweis einer unbestrittenen, oder bereits rechtskräftig zuerkannten Forderung bedingt, da dieser Paragraph nur voraussetzt, daß der Gläubiger sein Forderungsrecht durch eine vollen Glauben verdienende Urkunde nachweist. Nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Beweisraft der Urkunden sind aber die von der Firma A vorgelegten Wechsel vollen Glaubens würdige Urkunden und der Umstand, daß die Forderungen aus diesen Wechseln zur Zeit noch im Streite befangen sind, steht der Anordnung der Tagsatzung nach §. 63 E. O. um so weniger entgegen, als der dem Schuldner nach §. 63 E. O. zu ertheilende Auftrag nicht auf Zahlung, sondern nur auf Sicherstellung gerichtet und der Firma für beide Wechselorderungen die Execution zur Sicherstellung bereits bewilligt worden ist.

Nr. 8077.

Voraussetzungen des Anspruchs des allgemeinen Wiener Versorgungsfondes auf die Nachlaßgebühr: Ordentlicher Wohnsitz des Erblassers in Wien.

Entsch. v. 31. August 1880, Nr. 10244 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. Mariabist. in Wien v. 21. Juni 1880, Nr. 10667 und des D. L. G. Wien v. 27. Juli 1880, Nr. 12683). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 38.

Die Oesterreicherin M, welche im Jahre 1874 ihren Wohnsitz von Wien nach Baden-Baden verlegt hatte, kam 1879 nach Wien, wo sie nach kurzem Aufenthalt starb und ihre Verlassenschaft abgehandelt wurde. Da die M die letzte Zeit ihres Lebens in Wien verbracht hat, entstand die Frage, ob im Sinne des Hofdecr. v. 22. Juni 1821, J. G. S. Nr. 1770, von ihrer Verlassenschaft der Beitrag zum Wiener allgemeinen Versorgungsfond abzunehmen sei. — Beide Untergerichte entschieden die Frage verneinend.

Dagegen ergriff der Wiener Magistrat den a. o. Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshofe verworfen wurde, weil in der den untergerichtlichen Entscheidungen zum Grund liegenden Ansicht, daß die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe zum allgem. Wiener Versorgungsfond im Sinne des Hofdecr. v. 22. Juni 1821, J. G. S. Nr. 1770, bei den von einem Gerichte im Wiener Armenbezirke abgehandelten Verlassenschaften nur in dem Falle eintritt, wenn der Erblasser an dem Orte im Wiener Armenbezirke, an welchem sich sein Todfall ereignete, seinen ordentlichen Wohnsitz gehabt hat, eine offenkundige Gesetzeswidrigkeit, welche nach §. 16 des kais. Patentes

vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, die Abänderung der angefochtenen gleichlautenden Entscheidungen zu rechtfertigen vermöchte nicht gefunden werden kann.

Nr. 8078.

Exceptio fori declinatoria: Unzulässigkeit der Berücksichtigung eines in der Klage nicht angegebenen Competenzgrundes.

Entsch. v. 1. Sept. 1880, Nr. 9005 (Best. des Urth. des R. G. Znaim vom 30. März 1880, Nr. 1480, Abänd. des Urth. des D. L. G. Brünn vom 25. Mai 1880, Nr. 5328). G. S. 1881, S. 12.

B, Besitzer des im Sprengel des B. G. Znaim gelegenen landtäflichen Gutes X, wurde von dem A bei dem R. G. Znaim, dessen Umkreis das B. G. Znaim liegt, als dem Personalgerichte des angeblich auf seinem Gute wohnenden B (§. 14 lit. c J. N. wegen Zahlung des bedungenen Lohnes für Herrichtungen in der an dem Gute befindlichen Spiritusbrennerei belangt und wendete die Gerichtsunzuständigkeit ein, weil er nicht auf dem Gute wohne. — In erster Instanz wurde der Incompetenzeinrede stattgegeben, weil die zur Sache vernommenen Zeugen bestätigten, daß sich B nur selten und vorübergehend einige Tage in X aufhalte, woraus der Schluß gezogen werden müsse, daß X wenigstens der ordentliche Wohnsitz des Beklagten nicht ist und auch zur Zeit der Klageanbringung nicht war. — Auf die Appellationsbeschwerde des Klägers, worin er die Zuständigkeit des angerufenen Gerichtes auf die weder in der Klage, noch in der Verhandlung des Competenzstreites von ihm geltend gemachte Bestimmung des §. 43 J. N. (forum contractus) gründete, wurde vom D. L. G. die Einrede der Gerichtsunzuständigkeit mit folgender Motivierung abgewiesen: Es ist unbestritten, daß die Arbeiten, für welche der Kläger den Lohn fordert, auf die von der Gutsverwaltung des Beklagten in X gemachte Bestellung in der dortigen Branntweinbrennerei des Beklagten geleistet wurden. Es wurde ferner vom Beklagten eingeräumt, daß sein Gutsdirector rechtsverbindlich für sich verpflichtet hat, dem Kläger den bedungenen Lohn dafür zu bezahlen. Hat sich hiernach der Beklagte verbindlich gemacht, diese Zahlung durch seine Gutsverwaltung, deren Sitz in X ist, zu leisten, so erscheint dieser Ort als der im Vertrage bestimmte Erfüllungsort und ist die vom Beklagten erhobene Einwendung der Incompetenz des angerufenen Gerichtes nicht gegründet.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung. Gründe: Der Kläger hat in der Klage und in der Verhandlung

für die Competenz des R. G. Znaim keinen anderen Grund geltend gemacht, als daß der Beklagte Besitzer der Herrschaft X sei, und hat in der Replik behauptet, daß derselbe einen großen Theil des Jahres auf diesem Gute wohne. Er hat daher die Klage bei dem R. G. Znaim, als dem vermeintlichen Gerichtsstande des Wohnsitzes des Beklagten angebracht, und davon, daß das R. G. als Gerichtsstand des Vertrages competent sein soll, im Zuge der ganzen Verhandlung keine Erwähnung gemacht; erst in der Appellationsbeschwerde wurde dieser Competenzgrund von ihm angeführt. Da nun der Richter auch bei Beurtheilung der Competenzfrage an die Angaben der Parteien gebunden und nicht berechtigt ist, einen vom Kläger nicht geltend gemachten Competenzgrund von Amtswegen zu berücksichtigen; da ferner ... der erste Richter an der Hand der vom Beklagten beigebrachten Behelfe mit vollem Rechte angenommen hat, daß X nicht der ordentliche Wohnsitz des Beklagten ist, so muß auf die Revisionsbeschwerde des Beklagten die seiner Incompetenzeinrede stattgebende Entscheidung des R. G. bestätigt werden.

Nr. 8079.

Art der Execution auf eine Geldrentenforderung.

Entsch. v. 1. Sept. 1880, Nr. 9850 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. u. H. v. 26. Mai 1880, Nr. 6006 und des O. L. G. Prag v. 20. Juni 1880, Nr. 18779). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 46.

Nachdem A gegen seinen Schuldner B im Executionswege die Pfändung der Rentenforderung desselben an C erwirkt hatte, begehrte er die Feilbietung der Rente.

In Uebereinstimmung mit den Untergerichten hat der oberste Gerichtshof das Gesuch abgewiesen, weil der §. 321 a. G. O. im Falle der Execution auf in Geld bestehende Einkünfte des Schuldners als Executionsmodalität ausdrücklich die Einantwortung derselben nach dem Maße der Forderung des Gläubigers bezeichnet und, davon abgesehen, die executive Feilbietung erst künftig fällig werdender und — da das Bezugsrecht des Executen B auf seine Lebensdauer beschränkt ist — bezüglich ihrer Existenzwerdung ungewisser Renteraten als Feilbietung eines ganz ungewissen und daher ziffermäßig nicht zu fixirenden Vermögensobjectes an und für sich als unzulässig erscheint.

Nr. 8080.

Executive Sequestration der Einkünfte einer Pachtung, Einspruchsrecht des Verpächters?

Entsch. v. 7. Sept. 1880, Nr. 9577 (Best. des das Decr. des D. L. G. Lemberg v. 7. Februar 1880, Nr. 5591, abänd. Decr. des D. L. G. Lemberg v. 31. März 1880, Nr. 6179). Allgemeine Juristen-Zeitung 1881, Nr. 40

Das Gesuch der A um executive Sequestration der Früchte des von ihrem Schuldner B gepachteten Gutes wurde in erster Instanz mit folgender Begründung abgewiesen: Die Sequestration der Früchte und Gefälle, auf welche die A die Execution führen will, setzt voraus, daß dieselben sich als ein Einkommen des Schuldners darstellen; hier handelt es sich aber um Früchte, welche der Schuldner gepachtet hat, er ist somit kraft des Pachtvertrages zu einer Gegenleistung verbunden, welche den Preis der Früchte repräsentirt; es genügt wohl an, dem Gläubiger eine Forderung, ein Recht zu überantworten, nicht aber, dem Gläubiger Pflichten aufzutragen, die dem Schuldner kraft des Pachtvertrages obliegen; dies wäre eine Assignation, welche der Gerichtsordnung fremd ist. Es können zwar die bereits erzielten Früchte des Pachtgutes in Execution gezogen werden, die Pachtung selbst dagegen, als Inbegriff der Rechte und Pflichten, ist kein Gegenstand der Sequestration. — Das D. L. G. bewilligte die Sequestration aus den nachstehenden Gründen: Die A begehrt die Sequestration der Einkünfte des vom Schuldner gepachteten Gutes, nicht aber die Sequestration der Pachtung, welchem Umstande gegenüber die erstrichterliche Begründung des abweislichen Bescheides als nicht zutreffend betrachtet werden kann, zumal der gewöhnlichen Annahme zufolge die Einkünfte einer Pachtung die Gegenleistung des Pächters d. i. den Pachtzins übertreffen, somit nicht dem Preise für die Pachtung der Früchte gleichkommen. Das Begehren der A ist daher dem Gesetze (§. 422 westgal. G. D.) vollkommen begründet.

Gegen die obergerichtliche Entscheidung ergriff die Finanzprocuratur in Vertretung des lateinischen Seminars in C, als Eigenthümer des Pachtgutes, den Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshofe verworfen wurde. Gründe: Das Pachtrecht ist kein Personenrecht, sondern ein persönliches Sachenrecht (§. 307 a. G. B.), nämlich das vom Verpächter dem Pächter eingeräumte Recht zum Gebrauche einer unverbrauchbaren Sache (§§. 1090 und 1091 a. b. G. B.) und da nach dem §. 448 a. b. G. B. jede Sache, im Verkehre steht, als Pfand dienen kann, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die vom Schuldner B gepachteten Rechte, nämlich die Einkünfte dieser Pachtung, selbstverständlich unbeschadet der Rechte des Verpächters, nach dem §. 422 westgal. G. D. durch Sequestration in Execution gezogen werden können, weil der zu bestellende Sequester nur als Sachwalter und Machthaber des Executionsführers

Stelle des Pächters vertritt, wodurch kein Eingriff in die Rechte des Verpächters geschieht, indem durch die executive Sequestration weder der Executionsführer, noch der Sequester in ein Vertragsverhältniß zu dem Verpächter gebracht wird, vielmehr nur die bereits in Ausübung der Pachtung vom Pächter erzielten Vermögensobjecte zc. oder die hieraus eventuell noch zu erzielenden Sachen zur Befriedigung des Executionsführers, und zwar innerhalb der vom Gesetze für Sequestrationen vorgeschriebenen Bestimmungen herangezogen werden. Da überdies die Rechte des Pächters aus dem Vertrage nach dem Gesetze von der Execution nicht ausgenommen sind, diese eben gemäß §. 422 westgal. G. D. mittelst Sequestration zu führen ist, und die Recurrentin, wenn sie glaubt, daß dadurch das Seminar in C in seinen Rechten aus dem Vertrage verletzt sei, zur Wahrung derselben den ordentlichen Rechtsweg betreten kann, so mußte der erstgerichtliche, das Sequestrationsgesuch abweisende Bescheid als unbegründet erkannt, und die entgegengesetzte oberlandesgerichtliche Entscheidung als gesetzlich gerechtfertigt bestätigt werden.

Nr. 8081.

Unzulässigkeit des abgesonderten Recurses gegen die Bewilligung eines Sachverständigenbeweises ad vitandum perjurium.

Entsch. v. 7. Sept. 1880, Nr. 9679 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Aralan v. 13. Mai 1880, Nr. 3830). G. S. 1880, S. 467.

In der Rechtsache des A gegen den B pcto. Zahlung von 262 fl. erbot sich der Beklagte, den von ihm über die Zahlung der Klageforderung deferirten und vom Richter zugelassenen Haupteid ad vitandum perjurium durch Zeugen und Sachverständige zu vertreten, worauf durch Urtheil der Zeugenbeweis über die Echtheit der Unterschrift der Klägerin auf einer Vertragsurkunde und für den Fall des Gelingens dieses Zeugenbeweises, der Beweis durch Kunstverständige über den Umstand zugelassen wurde, daß die Unterschrift auf der über die Zahlung der 262 fl. ausgestellten Quittung von derselben Hand wie die Unterschrift auf jener Vertragsurkunde, d. i. von der Hand der Klägerin, herrühre. Nach durchgeführtem Zeugenbeweise verordnete das Gericht erster Instanz die Ausnahme des Kunstbefundes, weil es die Echtheit der Unterschrift der A auf der Vertragsurkunde durch den Zeugenbeweis für erwiesen hielt. Dagegen recurirte die A an das D. L. G., welches die erstgerichtliche Verordnung beseitigte, weil es den Zeugenbeweis für nicht gelungen erachtete.

Auf den Recurs des B wurde von dem obersten Gerichtshofe die obergerichtliche Entscheidung als nichtig aufgehoben mit der Begründung, daß nach §. 17 des Gesetzes vom 16. Mai 1874, R. G. B. Nr. 69, gegen die Zulassung des Beweises durch Sachverständige ein abgesondertes Rechtsmittel unzulässig ist, und demnach das D. L. G. gar nicht in der Lage war, den erstrichterlichen Bescheid aufzuheben.

Nr. 8082.

Unzulässigkeit der Errichtung eines Verlassenschaftsinventars wegen differirender Angaben in den eidesstattigen Vermögensbekenntnissen der Miterben.

Entsch. v. 7. Sept. 1880, Nr. 9925 (Best. des Decr. der Stadtprätur Triest v. 20. Mai 1880, Nr. 17890, Abänd. des Decr. des D. L. G. Triest vom 1. Juli 1880, Nr. 2096). Gazz. del Trib. 1880, Nr. 21.

Nachdem A, B und C sich zur Verlassenschaft des M zu gleichen Antheilen unbedingt erbserklärt hatten, wurden zwei eidesstattige Vermögensbekenntnisse überreicht; das eine von dem A, das andere von B und C. In dem Bekenntniß des A waren Activen und Passiven als Bestandtheile des Nachlasses angeführt, die in jenem des B und C fehlten, und umgekehrt enthielt der letztere Activen und Schulden, die in dem ersteren nicht aufgeführt waren. Nun begehrte A die Aufnahme eines gerichtlichen Inventars zur Beseitigung dieser Differenzen. B und C opponirten der Bitte des A. — In Erwägung, daß, wenn auch die unbedingte Erbserklärung eines Erben, da sie nur das Maß seiner Haftung für Forderungen dritter Personen bestimmen soll (§. 801 a. b. G. B.), ihm nicht das Recht benimmt, die Aufnahme des gerichtlichen Inventars, an Stelle des eidesstattigen Vermögensbekenntnisses, zur Ermittlung und Feststellung der activen und passiven Bestandtheile des Nachlasses und des Werthes der ersteren zu begehren, in dem vorliegenden Fall die Bitte des A um die Inventaraufnahme diesen Zweck nicht mehr haben kann, nachdem er und die Miterben B und C bereits eidesstattige Vermögensbekenntnisse vorgelegt haben, worin die Vermögensobjecte, welche der Eine und die Anderen in der Erbschaftsmasse aufgenommen, resp. davon ausgeschlossen wissen wollen, genau bezeichnet und bewerthet sind; daß auch nicht durch die Inventaraufnahme, was immer für ein Ergebnis sie haben mag, die einzige unter den Erben streitige Frage: was zur Verlassenschaft gehöre, gelöst würde und daß diese Frage überhaupt im Abhandlungsweg vor dem Richter nicht entschieden werden kann, welcher durch die Feststellung der Activen und Schulden, die nach den Behauptungen des A einerseits und des B und C andererseits

Bestandtheile des von M hinterlassenen Vermögens sind und durch die genaue Bestimmung der unter ihnen streitigen Punkte seine Aufgabe als Abhandlungsrichter vollendet, das Weitere den Parteien zu überlassen hat und insbesondere nicht zur Entscheidung berufen ist, welche von den Parteien gegen die andere zur Austragung ihrer Differenzen den Proceßweg zu betreten hätte, weil es sich dabei nicht um streitige Erbrechte (§§. 125 und 126 des Patentes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208) handelt; daß der Verlassenschaftsausweis für die Bemessung der Erbschaftsgebühr auf Grundlage beider eidesstattiger Vermögensbekenntnisse zu verfassen und in demselben sowohl das von dem A, wie das von B und C manifestirte Vermögen mit Anführung der zwischen den eidesstattigen Bekenntnissen obwaltenden Unterschiede aufzunehmen sein wird, hat das Gericht erster Instanz das Gesuch des A um Aufnahme des Inventars verworfen und sämtliche Erben angewiesen, den zur Bemessung der Erbschaftstaxe dienenden Verlassenschaftsausweis vorzulegen, welcher das in beiden eidesstattigen Bekenntnissen angegebene Vermögen, sowie die Anmerkung der Unterschiede derselben zu enthalten hat. — Auf den Recurs des A verordnete das D. L. G. die Aufnahme des Erbschaftsinventars, weil mit Rücksicht auf die §§. 802, 804, 812 a. b. G. B. und §. 92 des Patents vom 9. August 1854, Nr. 208, das Gesuch des Recurrenten um Errichtung eines den Vorschriften des cit. Patentes entsprechenden Vermögensinventars nicht abgewiesen werden kann, noch dessen Aufnahme die weiteren nöthigen Verfügungen im Abhandlungsweg zu treffen sein werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Verordnung mit der Begründung, daß die vom D. L. G. citirten Vorschriften die Aufnahme des Verlassenschaftsinventars in dem vorliegenden Fall nicht rechtfertigen und daß als Grundlage der Abhandlung des M'schen Nachlasses nach §. 114 des Patentes vom 9. August 1854, Nr. 208, die vorgelegten eidesstattigen Bekenntnisse an Stelle des Inventars zu dienen haben, durch dessen Aufnahme, wie in den erstgerichtlichen Motiven ausgeführt ist, die Differenzen der Erbsinteressenten über den Vermögensstand nicht ausgeglichen werden könnten.

Nr. 8083.

Kosten der Kündigung einer Capitalsforderung.

Entsch. v. 7. Sept. 1880, Nr. 10082 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des L. G. Krakau v. 13. Februar 1880, Nr. 1647 und des D. L. G. Krakau v. 14. April 1880, Nr. 4564). G. S. 1880, S. 456.

Der oberste Gerichtshof entschied, daß die Kosten der Kündigung eines auf Kündigung gestellten Capitals, wenn nichts anderes ver-

abredet worden ist, den kündigenden Gläubiger und nicht den Schuldner treffen, indem hiedurch der Schuldner bloß in die Kenntniß gesetzt wird, daß der Gläubiger bei demselben das Capital nicht weiter belassen will.

Nr. 8084.

Einverleibung des executiven Pfandrechts auf Grund eines vollstreckbaren, aber den Pfandrechtstitel nicht ausdrücklich enthaltenden Notariatsactes.

Entsch. v. 7. Sept. 1880, Nr. 10240 (Abänd. der gleichförmigen Dec. des R. G. Linz v. 4. Mai 1880, Nr. 6560 und des O. L. G. Wien vom 30. Juni 1880, Nr. 10761). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 45.

Auf Grund der notariellen Urkunde, in welcher die Eheleute B dem A die Zurückzahlung eines Darlehens von 1000 fl. binnen Monatsfrist versprochen und die Zustimmung gaben, daß der Notariatsact in Ansehung der anerkannten Schuld sofort vollstreckbar sein soll, begehrte A, nach abgelaufener Zahlungsfrist die Einverleibung des executiven Pfandrechts bei der den Eheleuten B gehörenden Liegenschaft X. — Das Gesuch wurde von beiden Untergerichten abgewiesen, weil — nach den obergerichtlichen Motiven — gemäß §. 33 lit. a des Grundbuchsgesetzes die Einverleibung auf Grund einer vom Notar innerhalb der Grenzen seiner Amtsbesugnisse aufgenommenen Urkunde nur dann erfolgen kann, wenn die Urkunde mit den im §. 32 Grundb.-G. vorgeschriebenen Erfordernissen versehen ist, der von A vorgelegten Notariatsurkunde aber diese Erfordernisse fehlen, da sie den Consens der Eheleute B zur Einverleibung des Pfandrechts an der Liegenschaft X nicht enthält.

In Erwägung, daß der von A vorgelegte Notariatsact nach §. 3 N. D. vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 75, gleich einem vom Gerichte abgeschlossenen Vergleiche executionsfähig ist; daß daher nicht der §. 33 lit. a, sondern vielmehr der §. 33 lit. b des Grundb.-G. Anwendung hat, wornach die von den Gerichten oder anderen dazu berechtigten Behörden oder Personen aufgenommenen executionsfähigen Vergleiche zu den öffentlichen Urkunden zählen, auf Grund welcher Einverleibungen stattfinden können; daß, wenn auch die Notariatsurkunde einen Titel zum Pfandrechte an der Liegenschaft X nicht enthält, dieser Titel durch den richterlichen Ausspruch nach §. 449 a. b. G. D. und §. 322 a. G. D. dem Executionsführer ertheilt wird, — hat der oberste Gerichtshof die von A begehrte Einverleibung des executiven Pfandrechts bei der genannten Realität bewilligt.

Nr. 8085.

Gerichtssprache im Kreisgerichtsprengel Trient.

Urh. v. 9. Sept. 1880, Nr. 9444 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. L. G. Trient v. 4. Juni 1880, Nr. 2462 und des D. L. G. Innsbruck v. 30. Juni 1880, Nr. 3851). O. S. 1880, S. 300.

In einem bei dem O. L. G. Trient anhängigen Concurs hat die mährische Handelsfirma A eine Forderungsanneldung in czechischer Sprache erreicht, welche von dem Concursgerichte zurückgestellt wurde, weil dieselbe gegen die Vorschrift des §. 14 westg. O. D. nicht in italienischer Sprache verfaßt war, — mit dem Beifügen, daß auch die bloße Übersetzung einer italienischen Uebersetzung für genügend erachtet werde. Dagegen ergriff die Firma den hauptsächlich auf die Bestimmung des Art. 19 des Gesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. December 1867, R. G. Bl. Nr. 142, gestützten Appellationsrecurs. — In Erwägung, daß nach §. 14 der Kronlande Tirol und Vorarlberg geltenden westgalizischen Gerichtsordnung beide Streittheile, sowohl als auch ihre Rechtsfreunde ihren Reden sich der im Lande beim Gerichte üblichen Sprache zu bedienen haben, welche Bestimmung durch das Gesetz vom 10. Juni 1869, R. G. Bl. Nr. 113, um so weniger für aufgehoben oder abgeändert betrachtet werden kann, als die im §. 2 dieses Gesetzes enthaltene Anordnung auch im Schlusssatze des Rundmachungs-Patentes besagten westgal. O. D. vorkommt, und der §. 14 der letzteren, die Art der Behandlung der Geschäfte bei Gericht, dagegen das Gesetz vom 10. Juni 1869, die Art der Rundmachung der Geschäfte zum Gegenstande hat; daß der Gerichtsbezirk Trient kein in jeder Hinsicht gemischter Bezirk und in dessen Bevölkerung italienische Sprache die einzig landesübliche ist, daher auch die im Kreisgerichte Trient übliche Sprache sowohl im Verkehr des Gerichtes mit den Parteien, wie auch in jenem der Parteien untereinander stets ausschließlich die italienische Sprache war und auch derzeit ist und in dieser Sprache beim genannten Kreisgerichte ausgenommen die Eingaben in streitigen Rechtsangelegenheiten überreicht, Tagungsprotokolle aufgenommen, sowie auch die Entscheidungen gefällt wurden und fortan gefällt werden; daß in gleicher Weise auch in jenen Gerichten dieses Kronlandes, bei welchen die deutsche Sprache ausschließlich als Gerichtssprache in Übung ist, nur in dieser Sprache verfaßt wird, somit auch bloß in deutscher Sprache verfaßte Eingaben angenommen werden, — hat das D. L. G. den erstgerichtlichen Bescheid bestätigt.

Der a. o. Recurs der Firma A wurde von dem obersten Gerichtshofe mit Bezugnahme auf die dem Gesetze und der Sachlage vollkommen entsprechende Begründung des D. L. G. verworfen.

Nr. 8086.

Meistgebotsvertheilung: Rang von über drei Jahre ausstehenden, executiv intabulirten Zinsen.

Entsch. v. 9. Sept. 1880, Nr. 9678 (Best. des das Decr. des L. G. Krakau v. 31. Oct. 1879, Nr. 24787, abänd. Decr. des D. L. G. Krakau v. 3. März 1880, Nr. 698). G. S. 1880, S. 417. Zeitschrift für das Notariat 1881, Nr. 16.

Gegen die erstgerichtliche am 31. Oct. 1879 vorgenommene Vertheilung des Erlöses aus dem Zwangsverkauf einer Liegenschaft recurrirte der Hypothetargläubiger B, weil ältere als dreijährig Zinsen der ihm vorangehenden Forderung des A in gleicher Priorität mit dem Capital collocirt wurden. — Von dem D. L. G. wurde dem Recurse stattgegeben und für A nur der Zinsausstand der letzte drei Jahre, vom 28. November 1875, als dem Tage der Versteigerung zurückgerechnet, in der Priorität seines Capitals collocirt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz. Gründe: Nach §. 17 Grundb.-G. genießen bloß dreijährig Zinsen gleiche Priorität mit dem Capitale. Dem steht nicht im Wege, daß für die Forderung des A auch das executive Pfandrecht intabulirt ist, weil diese Intabulirung erst am 22. Juni 1877 vollzogen wurde, somit die Voraussetzung der oberstgerichtlichen Entscheidung vom 8. April 1873, Nr. 3302, Spruchrepert. Nr. 47 (Nr. 492 der Sammlung) abgeht. Auch ändert es nichts an der Sache, daß die executive Intabulirung mit Bezugnahme auf die frühere Einverleibung (des vertragsmäßigen Pfandrechts) erfolgt ist, weil die Intabulirung mit Bezug auf die frühere Intabulirung, nicht so viel bedeutet als „mit dem Vorrechte der früheren Intabulirung“ und in diesem Sinne auch gar nicht hätte bewilligt werden können, wobei es keinen Unterschied macht, daß wegen nicht eingetretener Fälligkeit des Capitals die executive Intabulirung vor dem 1. Jänner 1876 nicht erfolgen konnte. Eben so wenig kann der Umstand, daß die Execution von A ununterbrochen fortgesetzt wurde, eine günstigere Collocirung der Zinsen begründen, weil §. 17 Grundb.-G. ausnahmslos bloß dreijährigen Zinsrückständen gleiches Vorrecht mit dem Capitale einräumt

Nr. 8087.

Berechtigung des Vormundes zur Erbserklärung für seinen Mündel, auch bezüglich der testamentarisch einem Curator zur Verwaltung überwiesenen Erbschaft.

Entsch. v. 9. Sept. 1880, Nr. 10289 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. G. der inneren Stadt Wien v. 21. Mai 1880, Nr. 25101 und des O. L. G. Wien v. 13. Juli 1880, Nr. 11712). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 52.

Die in Wien verstorbene M hat ihre minderjährige, unter der Vormundschaft des A stehende Großnichte C in Linz als Erbin eingesetzt und in dem Testamente folgende Verfügung getroffen: „Ich ersuche den Dr. B, die Abhandlung zu übernehmen und ernenne denselben gleichzeitig zum Curator des der C in diesem meinen letzten Willen zugewendeten Vermögens, da ich bei dem Umstande, daß der Vormund sich in Linz befindet, es nicht für zweckmäßig erachte, daß dieses Vermögen dort und vom Vormunde verwaltet werde“. — Von dem Abhandlungsgerichte wurde Dr. B verständigigt, daß ihn die M in ihrem Testamente zum Abhandlungspfleger und bezüglich des der minderjährigen C zugewendeten Vermögens zum Curator ernannt habe, und A als Vormund der C aufgefordert, die Erbserklärung für dieselbe einzubringen. Dr. B recurrirte gegen diese Verordnung, insofern mit derselben nicht ihm, sondern dem A die Abgabe der Erbserklärung für die C aufgetragen wurde. — Das O. L. G. bestätigte den erstrichterlichen Bescheid, weil der Vormund A der gesetzliche Vertreter der minderjährigen C ist und sie vor Gericht zu vertreten hat; weil nach §. 76 des kaiserl. Patentgesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, die den Minderjährigen angefallenen Erbschaften den Vormündern derselben mit dem Auftrage bekannt zu machen sind, die Erbserklärung anzubringen; weil Dr. B im Testamente der M nur bezüglich des der C in diesem letzten Willen zugewendeten Vermögens, also nur zur Verwaltung dieses Vermögens zum Curator der letzteren ernannt ist; und weil die Ueberreichung der Erbserklärung nicht als ein Act der Vermögensverwaltung in dem Sinne, daß nicht der für die C bestellte Vormund, sondern der testamentarisch zur Verwaltung des im Testamente ihr zugewendeten Vermögens zur Erbserklärung im Namen der C berechtigt sei, angesehen werden kann.

Dr. B ergriff den a. o. Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshofe verworfen wurde, weil bei dem Umstande, daß der Recurrent für das von der Erblasserin der minderjährigen C zugewendete Vermögen zum Curator bestimmt worden ist, die Einflusnahme desselben auf jenes Erbvermögen erst von dem Zeitpunkte beginnen kann, wo die Erbschaft von der Minderjährigen angenommen sein wird, zur Erklärung der Erbschaftsannahme aber, nämlich zur Abgabe der Erbserklärung, nur der bestellte Vormund der Pupillin gesetzlich berufen ist.

Nr. 8088.

Bewilligung der Einverleibung des executiven Pfandrechts mit der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B.

Entsch. v. 14. Sept. 1880, Nr. 9950 (Best. des das Decr. des O. L. G. Prag v. 14. Februar 1880, Nr. 4598, abänd. Decr. des O. L. G. Prag vom 28. April 1880, Nr. 12310). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 44.

Während der Abhandlung der Verlassenschaft des M, zu welcher sich B erbserklärt hatte, begehrte A die Einverleibung des executiven Pfandrechts auf der zum Nachlasse des M gehörigen Liegenschaft X für die ihm aus einem vollstreckbaren Notariatsact (§. 3 N. O.) gegen B zustehende Geldforderung mit der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. — In erster Instanz wurde nur die Vormerkung des Pfandrechts bewilligt, weil nach §. 822 a. b. G. B. nur provisorische Sicherstellungsmittel zulässig sind. — Das O. L. G. bewilligte die angesuchte Einverleibung des executiven Pfandrechts mit der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B., weil der mit der Vollstreckbarkeit versehene Notariatsact die gleiche Wirkung wie ein rechtskräftiges Urtheil hat, und der §. 822 a. b. G. B. nur die Wirksamkeit der Execution bis nach Rechtskraft der Einantwortung hemmt, folglich kein Grund vorliegt, die Execution unter dieser Beschränkung zu verweigern.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 8089.

Voraussetzungen der Einleitung des Executivprocesses: Instruierung der Klage mit der Originalurkunde?

Entsch. v. 14. Sept. 1880, Nr. 10501 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. G. Weiskirchen v. 13. Mai 1880, Nr. 5128 und des O. L. G. Brünn v. 23. Juni 1880, Nr. 6837). G. S. 1880, S. 420.

A belangte die B wegen Zahlung einer Darlehensschuld unter Vorlage einer einfachen Abschrift des angeblich von ihr und zwei Zeugen unterschriebenen Schuldscheines und bat um Einleitung des Executivprocesses nach §. 298 a. G. O. und Hofdecr. vom 7. Mai 1839, J. G. S. Nr. 358 — Von dem Gerichte erster Instanz wurde das ordentliche Verfahren eingeleitet, weil sich nach der beigebrachten unbeglaubigten Abschrift des der Klage zum Grunde liegenden Schuldscheines nicht beurtheilen läßt, ob derselbe eine vollen Glauben verdienende Urkunde sei. — Das O. L. G. bestätigte den erstrichterlichen Bescheid mit folgender Begründung: Wird erwogen,

98 a. O. D. und das Hofdec. vom 7. Mai 1839, S. O. 158, schon an die Einleitung des Executivprocesses die wichtige Insipien, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Exe-: Sicherstellung auf das Vermögen des Beklagten schon im Verfahren erteilt werden kann, dann muß der Vorschrift men Gesetzesstellen, daß das Verfahren einzuleiten sei, wenn sich auf vollen Glauben verdienende Urkunden gründet, noth- e Auslegung gegeben werden, daß der Kläger das Original mden, anzuschließen verbunden sei, und keinesfalls eine ein- brift derselben genüge, aus welcher nicht beurtheilt werden die Originalurkunde mit jenen äußeren Förmlichkeiten ver- welche das Gesetz für deren volle Glaubwürdigkeit vor- id ob nicht Gebrechen an der Urkunde vorhanden sind, durch : frühere Glaubwürdigkeit vermindert und aufgehoben würde. Erwägung, daß die Klage des A sich auf den Schuldschein also auf eine Urkunde gründet, welche nach §. 113 und 114 . und §. 1001 a. b. O. B. vollen Glauben verdient, und nd, daß der Schuldschein nur in Abschrift beigebracht wurde, hren des Klägers nicht entgegensteht, weil nach der aus- Bestimmung des Hofdec. vom 13. Februar 1795 S. O. S. lit. 1, keiner Partei aufgedrungen werden kann, ihrer Exe- die Originalurkunde, auf welche sich das Klagerrecht gründet, jen, — hat der oberste Gerichtshof auf den a. o. Recurs : Einleitung des Executivprocesses angeordnet.

Nr. 8090.

Haftlichkeit der Beweismittel: Anspruch des wegen : in ein geheim zu haltendes Privilegium Belangten theilung einer Abschrift der vom Kläger beigebrachten Privilegiumsbeschreibung?

14. Sept. 1880, Nr. 10620 (Best. des das Decr. des L. O. Brünn i 1880, Nr. 7242, abänd. Decr. des D. L. O. Brünn v. 3. August 1880, Nr. 8618). O. S. 1880, S. 429.

der Rechtsache des A gegen B puncto Verletzung des dem theilten ausschließlichen Privilegiums zur Verfertigung von streibriemen aus Textilstoffen begehrte der Beklagte die Er- einer einfachen Abschrift der Privilegiumsbeschreibung, welche :härtung der Privilegiumsverletzung bei der Verhandlungs- am 9. Juli 1880 producirt hatte. — Das Proceßgericht die Ausfolgung der Abschrift in der Erwägung, daß die :nger u. Balthar Entsch. XVIII.

Privilegiumsbeschreibung, auf welche sich A zur Constatirung der Privilegiumsverletzung beruft und welche dem Protokolle vom 9. Juli 1880 in einer von B als richtig anerkannten Abschrift beiliegt, als eine von dem A zur Erhärtung der angeblichen Privilegiumsverletzung gelegte Urkunde, ein instrumentum commune geworden ist, auf dessen Inhalt sich auch der Gegner B zu seiner Vertheidigung berufen darf; daß somit die Geheimhaltung der Privilegiumsbeschreibung dem B gegenüber um so weniger mehr am Platze sein kann, als derselbe bereits bei der Tagfahrt am 9. Juli 1880 von deren Inhalt mit Einverständnis des A Einsicht genommen hat. — Von dem D. L. G. wurde das Begehren des B mit der Begründung abgewiesen, daß es sich im vorliegenden Falle um den Eingriff in ein Privilegium handelt, um dessen Geheimhaltung angesucht wurde, und daß der Privilegiumsinhaber dadurch, daß er bei der Verhandlung vom 9. Juli 1880 eine Abschrift der Privilegiumsbeschreibung eingelegt hat, noch keineswegs die Publicirung desselben bewilligte; daß die Vorschriften des Summarprocesses, nach welchen bei Privilegienstreitigkeiten vorzugehen ist (§. 46 des kaiserl. Patentges vom 15. August 1852, R. G. Bl. Nr. 184), bloß in Bezug auf die formelle Streitverhandlung Geltung haben, dagegen die sonstigen Vorschriften desselben, insoweit sie die Rechte der Parteien betreffen, durch den officiösen Charakter des Verfahrens in Privilegienstreitigkeiten und die Vorschriften über die Geheimhaltung der Privilegien eine Aenderung erleiden; daß der §. 32 des citirten Privilegiumsgesetzes den Parteien bei geheim gehaltenen Privilegien keineswegs das Recht einräumt, die Register einzusehen und von der Privilegiumsbeschreibung eine Abschrift zu nehmen, und daß nach §. 36 des Ministerialerlasses vom 5. October 1852 (Vollzugsvorschrift zum Privilegiumsgesetz vom 15. August 1852, Nr. 184) selbst im Civilprocesse das Recht der Einsicht in die Privilegiumsbeschreibung nicht den Parteien, sondern nur dem Gerichte und auch diesem nur in so weit zusteht, als dieselbe der Proceßentscheidung nothwendig zu Grunde gelegt werden muß.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung aus den Gründen derselben und in der Erwägung, daß B in seinem Gesuche als Zweck der begehrten Mittheilung einer Abschrift der Privilegiumsbeschreibung die von ihm beabsichtigte Annullirung des Privilegiums des A durch das Handelsministerium und nicht seine Rechtfertigung angegeben hat, welche durch die ihm gestattete Acteneinsicht gewahrt ist.

Nr. 8091.

grundbücherliche Cessibilität einer Hypothek, deren vertragsmäßig beschränkte Geltendmachung nicht verbüchert ist.

§. 2. 14. Sept. 1880, Nr. 10620 (Best. des Decr. des B. G. Lebes v. April 1880, Nr. 4212, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 15. Mai 1880, Nr. 15765). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 47.

C verkaufte sein Haus dem B, welcher ihm 200 fl. von dem Preis schuldig blieb. Die über den Vertrag errichtete Urkunde 4. Jänner 1877 enthielt die Bestimmung, daß B die 200 fl. C nur dann zu zahlen hat, wenn die Eltern des B dazu die Billigung geben. Nach vollzogener bücherlicher Einverleibung des Titumes des B an dem ihm verkauften Hause und des Pfandes des C für die Forderung der 200 fl., cedirte C dieselbe dem B, welcher sodann die grundbücherliche Einverleibung der Cession betete. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil die Kaufvertragsurkunde vom 4. Jänner 7, welche am 16. Februar 1877 zur bücherlichen Einverleibung diente, die Bestimmung enthält, daß B nur dann verpflichtet sein soll, Betrag von 200 fl. dem C zu bezahlen, wenn hierzu die Eltern Ersteren ihre Einwilligung geben, durch diese Bestimmung die Positionsfähigkeit des C in Betreff der Forderung der 200 fl. beeinträchtigt erscheint, die in der Urkundensammlung eingelegte Vertragsurkunde nach den §§. 1 und 5 des Grundb.-G. auch einen Theil des Grundbuchs bildet, somit in ihren einzelnen Bestimmungen als den öffentlichen bekannt angesehen werden muß, und A die Aufhebung der Beschränkung des C in der Disposition, allenfalls durch Vorlage einer Einwilligungserklärung der Eltern des B oder in anderer Weise dargethan hat.

In Erwägung, daß in der am 16. Februar 1877 vollzogenen Einverleibung der Forderung von 200 fl. für den C in Betreff der Forderung derselben durch B an C weder eine Bedingung noch Beschränkung enthalten ist; daß bei einer Cession nach §. 1394 a. b. B. die Rechte des Uebernehmers mit den Rechten des Ueberlassers in Rücksicht auf die übertragene Forderung eben dieselben sind, — hat der oberste Gerichtshof den erstrichterlichen Bescheid bestätigt.

Nr. 8092.

Zulässigkeit der Beantwortung einer Bauaufforderungsklage mit einer Einrede gegen die Statthastigkeit der Aufforderung

Entsch. v. 14. Sept. 1880, Nr. 10655 (Best. des Decr. des D. L. G. Paris v. 25. Juni 1880, Nr. 6727, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag von 21. Juli 1880, Nr. 21625). G. S. 1880, S. 485.

Die Aufforderungsklage des A gegen die Eheleute B wegen eines vorzunehmenden Neubaus seines Hauses wurde den Letzteren mit dem Auftrage zugestellt, binnen dreißig Tagen ihre Rechte da-
wider auszuführen, widrigens ihnen das ewige Stillschweigen auf-
erlegt und dem Aufforderer bewilligt werden würde, den Bau nach
dem vorgelegten Risse vorzunehmen. Statt der Klage überreichten die
Eheleute B eine gegen die Zulässigkeit der Aufforderung gerichtete Ein-
rede, welche vom Gerichte erster Instanz angenommen und aufrecht
verbeschieden wurde. — Das D. L. G. verordnete die Zurückstellung
der Einrede, weil der auf die Aufforderungsklage erlassene Bescheid
in Rechtskraft erwachsen ist, daher den Eheleuten B die Wahl, ob sie
die Aufforderung beantworten oder die provocirte Klage einbringen
wollen, nicht mehr zusteht.

In Erwägung, daß gegen eine Aufforderung wegen eines Baus
die Einrede der Unstatthastigkeit der Aufforderung zulässig ist, wenn
der Aufforderer den Bau ganz oder zum Theile auf einem Grunde
führen will, in dessen Besitze der Aufgeforderte sich befindet; daß die
Einrede der Beklagten diesen Inhalt hat, indem sie die Statthastig-
keit der Aufforderung mit der Behauptung bestreiten, daß sie sich im
Alleinbesitze jener Mauer befinden, welche der Aufforderer als angeb-
liches Eigenthum bei dem vorhandenen Baue benützen will; daß
den Beklagten das Recht, die Zulässigkeit der Aufforderung zu be-
streiten, durch den im Sinne des §. 72 a. G. D. erlassenen Klage-
bescheid nicht entzogen werden kann, — hat der oberste Gerichtshof
die erstgerichtliche Verordnung restituirt.

Nr. 8093.

**Collidirende Erberklärungen: Unzulässigkeit der sofortigen
Ueberlassung der Verwaltung des Nachlasses an den
Testamentserben.**

Entsch. v. 15. Sept. 1880, Nr. 8396 (Abänd. der gleichförmigen Decr.
des D. L. G. Aralan v. 16. Jänner 1880, Nr. 514 und des D. L. G. Aralan
v. 14. April 1880, Nr. 3411). G. S. 1880, S. 438.

M berief seine Tochter A als Universalerin mit Uebergehung
seiner Enkel B und C. Die A erklärte sich ex testamento als Allein-

erbin; B und C erklärten sich, unter Bestreitung der Echtheit des Testaments, ex lege als Erben zu je einem Viertheile des Nachlasses. — In Erledigung der vom Notar D als Gerichtscommissär aufgenommenen Verlassenschaftsacten wurde von dem Abhandlungsgerichte 1. die Abhandlung der Verlassenschaft auf Grund des Testaments eingeleitet; 2. die vom Notar versügte Ueberlassung der einstweiligen Verwaltung des Nachlasses an die A genehmigt; 3. zur Einvernehmung der Interessenten wegen Feststellung des dem B und C gebührenden gesetzlichen Pflichttheiles eine Tagsatzung angeordnet. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtlichen Anordnungen 1 und 2, weil ad 1) nach §. 61 des Patentges vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, schriftliche Testamente und Codicille, selbst wenn ihnen ein gesetzliches Erforderniß mangelt, kundzumachen sind und nach Hofdecr. vom 12. August 1812, J. G. G. Nr. 1002, von dem Gerichte nicht von Amtswegen verworfen werden dürfen, daher die Abhandlung der M'schen Verlassenschaft mit Recht auf Grund seines Testaments eingeleitet wurde; weil ad 2) die A nach §. 810 a. b. G. B. ihr Erbrecht nachgewiesen hat, die Erbserklärung des B und C ex lege Angesichts des noch nicht für ungiltig anerkannten Testaments zur Ausweisung ihres Erbrechtes nicht hinreicht, daher der A mit richtiger Anwendung des citirten Paragraphes und des §. 145 des Patentges vom 9. August 1854, Nr. 208, die Verwaltung des Nachlassvermögens belassen wurde. Die Anordnung 3 wurde bei dem Umstande, daß einander widerstreitende Erbserklärungen vorliegen, von dem D. L. G. dahin abgeändert, daß der Termin nach §. 125 des Patentges vom 9. August 1854 nur zur Einvernehmung der Parteien über die Frage, welcher Theil im Erbschaftsprozesse als Kläger aufzutreten habe, abzuhalten sei. — Gegen die ad 1 und 2 gleichförmigen Verordnungen der Untergerichte ergriffen die Erbprätendenten ex lege, B und C, den a. o. Recurs.

In Erwägung, daß die Echtheit des Testaments des M, auf Grund dessen sich die A erbserklärt hat, von B und C bestritten wird, und in Folge dessen von den Letzteren die Erbserklärung nach der gesetzlichen Erbfolge überreicht wurde, was zur Folge hatte, daß beim Vorliegen widersprechender Erbserklärungen vom Gerichte (zweiter Instanz) die Verhandlung nach §. 125 des Patentges vom 9. August 1854 wegen des stärkeren Erbrechtes eingeleitet wurde und vor Durchführung dieser Verhandlung nicht ausgesprochen werden kann, welche Art der Erbfolge der Verlassenschaftsabhandlung zu Grunde gelegt werden soll; daß nach der ausdrücklichen Anordnung des §. 145 des berufenen Gesetzes, jenem Erben, dessen Erbrecht hinreichend ausgewiesen ist, die Besorgung und Verwaltung der Verlassenschaft überlassen werden soll, welche Ausweisung aber im vorliegenden Falle noch von keinem Erben erbracht ist — hat der oberste Gerichtshof die Verordnungen der Untergerichte ad 1 als vorzeitig aufgehoben und

ad 2 dahin abgeändert, daß die vom Gerichtscommissär verfügte Ueberlassung der Verwaltung des Nachlasses an die A nicht genehmigt und das Abhandlungsgericht angewiesen wurde, nach §. 127 des cit. Gesetzes, wenn sich die Parteien nicht anders vereinigen, die Sequestration einzuleiten und nach Vernehmung der Parteien durchzuführen.

Nr. 8094.

Voraussetzungen der Executionsführung auf ein zu Cultuszwecken (einer israelitischen Gemeinde) dienendes Gebäude.

Entsch. v. 15. Sept. 1880, Nr. 8809 (Best. des das Decr. des S. G. Rimpolung v. 19. Mai 1879, Nr. 11336, abänd. Decr. des D. L. G. Lemberg v. 16. Sept. 1879, Nr. 22653). G. Z. 1881, Nr. 11. Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 40.

A erwirkte im Executionswege gegen die israelitische Cultusgemeinde B das Pfandrecht an dem nicht verbücherten Hause X durch pfandweise Beschreibung und begehrte nach vorgängiger Schätzung die Feilbietung des Hauses, welche in erster Instanz bewilligt, von dem D. L. G. verweigert wurde, weil gemäß Mittheilung der Bezirkshauptmannschaft die Realität das öffentliche Bet-, beziehungsweise Badehaus der israelitischen Cultusgemeinde ist, mithin nach dem Hofdecr. vom 4. April 1839, J. G. G. Nr. 354, als ein dem Privatverkehre entzogenes Gut kein Gegenstand einer Execution sein kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz. Gründe: Abgesehen von der Frage, ob die Realität bei ihrer Bestimmung zum Bet- und Badehause der israelitischen Cultusgemeinde als öffentliches oder Privatgut zu qualificiren sei, muß im vorliegenden Falle einer Prüfung unterzogen werden, ob die Verpfändung dieser Realität auf eine zur Giltigkeit eines solchen Actes gesetzmäßig vorgezeichnete Art und Weise zu Stande gekommen ist. Da ergibt sich vorerst der Umstand, daß der Executionsführer nicht dargethan hat, wegen Abgangs anderer Zahlungsmittel auf jene Realität der israelitischen Cultusgemeinde, welche laut Aufschrift der Bezirkshauptmannschaft deren einziges zur Ausübung des Gottesdienstes unentbehrliches Bet- und Badehaus ist, greifen zu müssen, während es doch keinem Zweifel unterliegen kann, daß die Veräußerung eines solchen Gebäudes einer Cultusgemeinde zum Schimpfe gereichen würde und gemäß Vorschrift des §. 453 w. g. G. D. die Execution auf solche Sachen nur beim Abgang anderer Zahlungsmittel geführt werden darf. Da ferner nach Vorschrift des Hofkanzleidecretes vom 4. April 1839, J. G. G. Nr. 354, die Belastung oder Veräußerung eines zum

Gottesdienste bestimmten Gebäudes ohne politischen Consens nicht zulässig, die Realität aber laut Pfändungsprotokoll trotz Widerspruches des hiebei intervenirenden Vertreters der Cultusgemeinde pfandweise beschrieben worden ist, ohne daß zuvor die Zustimmung der politischen Behörde eingeholt worden wäre, so ist dies ein weiteres Hinderniß der Rechtsgiltigkeit dieses Executionsactes. Muß nun die pfandweise Beschreibung der Realität als ungesetzlich bewilligt und vollzogen bezeichnet werden, so ergibt sich hieraus auch die Nichtigkeit der späteren executiven Schätzung und Feilbietungsbewilligung.

Nr. 8095.

Darlehensvertrag mit Verpflichtung des Empfängers zur Rückzahlung an die minderjährige Tochter des Gebers: Selbständige Berechtigung des Darleihers zur Anstellung der *condictio mutui*.

Entsch. v. 15. Sept. 1880, Nr. 9737 (Best. des Urth. des R. O. Reuttschlein v. 23. März 1880, Nr. 1878, Abänd. des Urth. des D. L. G. Brunn vom 15. Juni 1880, Nr. 6225). G. S. 1881, S. 218.

A belangte „als Vater und gesetzlicher Vertreter seiner minderjährigen Tochter C“ die Concurssmasse des B wegen Liquidhaltung einer Forderung von 3378 fl. mit dem Vorbringen, daß er dem B 1000 fl., mit 8 Percent verzinslich, dargeliehen und mit ihm ausgemacht habe, daß die Zinsen und Zinseszinsen zum Capital geschlagen werden, bis dasselbe auf 4000 fl. angewachsen sein wird, und daß B sodann diese Summe der genannten Tochter des Klägers behändigen soll; daß zur Zeit der Concurseröffnung das Capital mit Zinsen und Zinseszinsen auf 3378 fl. gestiegen sei. Zum Beweis dieser Anführung deferirte der Kläger den rückschiebbaren Haupteid. Der belangte Concurssmassenverwalter wendete ein, daß Kläger A zur Anstellung der Klage nicht berechtigt war, weil er sich mit dem Consense des Curatelgerichtes nicht ausgewiesen habe, und leugnete die von ihm angeführte Thatsache. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf den vom Kläger deferirten Haupteid mit Verwerfung der obigen Einwendung des Concurssmassen-Verwalters, weil es sich bei dem vom A angeführten Vertrage um ein Geschenk handelte, welches er seiner Tochter zu geben intendirte, die darauf noch keinen Rechtsanspruch hatte, weshalb die Bewilligung der Pflégschaftsinstanz zur Anstellung der Klage und zur Proceßführung keineswegs nothwendig war. — Von dem D. L. G. wurde die Klage zur Zeit abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Die Zustimmung der Pflégschaftsinstanz zur Einreichung der Klage war allerdings nicht erforderlich, allein nicht aus dem vom ersten Richter

geltend gemachten Grunde, sondern deshalb, weil der minderjährige C auf die eingeklagten 3378 fl. ein Rechtsanspruch zusteht, nach §. 23 a. b. G. B. der Vormund und ebenso der Vater eines Minderjährigen als dessen Vermögenscurator (§. 282 ibid.) die Pflicht hat, die nicht sichergestellten Forderungen des letzteren zur Verfallszeit einzutreiben, folglich A verpflichtet war, die mit der Concurseröffnung (§. 1 E. O.) fällig gewordene Forderung der 3378 fl. einzuklagen, obgleich er hierzu der Einwilligung der Pflégschaftsinstanz bedurft hätte. Es waltet aber ein anderes Formgebrechen ob, auf welches der Richter von Amtswegen Bedacht zu nehmen hat. Nach der Bestimmung des §. 233 a. b. G. B., welcher gemäß §. 152 ibid. auch für den Vater als gesetzlichen Vertreter seiner minderjährigen Kinder gilt, darf der Vormund ohne Bewilligung des Vormundschaftsgerichtes keinen Rechtsstreit vergleichen und die Hofdecrete vom 11. September 1784, Nr. 336 und 3. November 1789, Nr. 1069 der k. k. G. O. verordnen, daß ein Verhab oder Curator eigenmächtig weder einen Eid austragen, noch einen Rechtsstreit vergleichen darf. Nach diesen Bestimmungen war A verpflichtet, vor der Einreichung der Klage oder mindestens im Zuge des Verfahrens bei der Pflégschaftsinstanz um die Bewilligung einzuschreiten, Eide aufzutragen, anzunehmen und zu rückschieben, und weil er dies nicht gethan, mußte seine Klage der Zeit abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof restituirte das Urtheil erster Instanz. Gründe: A belangte die Concursmasse des B auf Grund eines Vertrages, den er selbst, zwar zu Gunsten seiner minderjährigen Tochter C, keineswegs aber in ihrem Namen geschlossen hat, wie auch davon ihm dem B dargeliehene Geld nicht von ihrem Vermögen herührte. Er bedurfte daher zur Klage auf Erfüllung dieses Vertrages und zur Eidesauftragung keiner gerichtlichen Bewilligung.

Nr. 8096.

Gerichtlicher Erlag einer Löschungserklärung.

Entsch. v. 15. Sept. 1880, Nr. 10504 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. G. Friedeck v. 30. Juni 1880, Nr. 8719 und des O. L. G. Brünn v. 20. Juli 1880, Nr. 7886). G. S. 1880, S. 429.

Während des Processes des A gegen den B, unbekannten Inhaltes, überreichte der Kläger eine für den B bestimmte Hypotheken Löschungserklärung mit der auf den §. 1425 a. b. G. B. (Abwesenheit des B) gegründeten Bitte, daß diese Urkunde bei dem Steneramt als der Gerichts-Depositenbehörde, hinterlegt werde. — Von beiden Untergerichten wurde das Erlagsanbringen abgewiesen; — in zweiter

Instanz mit der Begründung, daß nach §. 8 der Vorschrift vom 16. November 1850, R. G. Bl. Nr. 448, zur gerichtlichen Hinterlegung bei den Depositenämtern nur Geld, öffentliche Obligationen, Privatschuldbonumente, andere wichtige auf einen Geldwerth Bezug nehmende Urkunden und Präciosen geeignet sind, die von A überreichte Löschungserklärung aber als eine zur Deposition geeignete Werthurkunde nicht erkannt werden kann, und daß um eine anderweitige gerichtliche Einleitung zur Verwahrung dieser Urkunde nicht ange sucht worden ist.

Der oberste Gerichtshof verordnete die Deposition der Urkunde. Gründe: Weber aus den Bestimmungen des §. 1425 a. b. G. B., und aus der Vorschrift des §. 8 der Ministerialverordnung vom 16. November 1850, R. G. Bl. Nr. 448, ergibt sich ein Anstand gegen die Deposition der Löschungserklärung, indem einerseits durch die Annahme eines Erlages der Frage: ob der Schuldner durch den Ertrag seine Verbindlichkeit erfüllt hat, nicht präjudicirt wird und andererseits die Löschungserklärung mit Rücksicht auf die darin enthaltenen Daten sich allerdings als eine wichtige, auf einen Geldwerth Bezug nehmende Urkunde darstellt.

Nr. 8097.

Vertheilung des Meistgebots für eine während der Verlassenschaftsabhandlung executiv verkaufte Liegenschaft: Behandlung der auf dieselbe entfallenden Nachlaß- (Uebertragungs-) Gebühr.

Entsch. v. 15. Sept. 1880, Nr. 10660 (Best. des das Decr. des O. L. G. Graz v. 9. April 1880, Nr. 9336, abänd. Decr. des O. L. G. Graz v. 7. Juli 1880, Nr. 7682). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 50.

Nachdem die zum Nachlasse des M gehörige Liegenschaft X während der Verlassenschaftsabhandlung wegen einer Schuld des Erblassers im Executionswege verkauft worden war, wurde von der Finanzprocuratur zur Meistgebotsvertheilung die Gebühr für die durch den Erbansfall stattgefundene Veränderung in dem Besitze der Liegenschaft als Vorzugspost angemeldet und in erster Instanz gegen den Anspruch des Hypothetargläubigers B auf das Meistgebot vor allen Gläubigern angewiesen, weil nach §. 72 des Gesetzes vom 9. Febr. 1850, R. G. Bl. Nr. 50, die Gebühr von Vermögensübertragungen auf der Sache haftet, welche den Gegenstand der Uebertragung bildet und allen aus Privatrechtstiteln entspringenden Forderungen vorgeht. — Auf den Recurs des B eliminirte das O. L. G. den angemeldeten Gebührenbetrag aus der Meistgebotszumeisung mit folgender

Begründung: Da die gerichtliche Veräußerung der Liegenschaft X an dem Nachlasse des M noch vor der Einantwortung des Nachlasses durch das Gericht geschehen ist und nach §. 5 der kaiserl. Verordnung vom 19. März 1853, R. G. Bl. Nr. 53, in einem solchen Falle die Einhebung einer Gebühr von dem verkauften Objecte für die durch den Erbanfall stattgefundene Besitzveränderung gegen dem zu unterbleiben hat, daß bei der Bemessung der von der Veräußerung entfallenden Gebühr die Dauer des dieser Veräußerung vorhergegangenen letzten Besitzes von dem Zeitpunkte an, in welchem der Erblasser die Sache erworben hat, anzurechnen ist, so ergibt sich die Illiquidität des von der Finanzprocuratur angemeldeten Gebührenbetrages schon aus dem Gesetze und es wäre ein unstatthafter Umgang wenn man denselben aus dem Meistgebote zuweisen würde, da er doch wieder erstattet werden müßte. Auch kann einer durch Bemessung nachgefolgter Thatfachen schon kraft des Gesetzes illiquid gewordenen Percentualgebühr das ihr sonst gemäß §. 72 des Gebührengesetzes zukommende gesetzliche Pfandrecht nicht mehr zuerkannt werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung mit Hinweisung auf die in derselben angeführten Gründe, insbesondere in der Erwägung, daß die Liegenschaft X des verstorbenen Executen M im Verlaufe der Abhandlungspflege veräußert worden ist, daher die von dieser Realität entfallende Nachlaß-, richtiger Uebertragungsgebühr, nach dem Wortlaute des §. 5 der kaiserl. Verordnung vom 19. März 1853, R. G. Bl. Nr. 53, nicht aus dem Nachlasse oder von den Erben, sondern nur von dem Ersteher einzubringen war und auf das Meistgebot ohne offenbare Verkürzung der Tabulargläubiger, deren Pfandrechte der Richter bei jeder Meistbotsvertheilung von Amtswegen zu wahren hat, nicht angewiesen werden konnte.

Nr. 8098.

Nichtberechtigung eines als Gerichtscommissär einschreitenden Notars zur unmittelbaren Abforderung eines Gebührenvorschusses von der Partei.

Entsch. v. 16. Sept. 1880, Nr. 8075 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Bzwier v. 30. Mai 1879, Nr. 3449 und des O. L. G. Krakau v. 20. Jänner 1880, Nr. 15058). O. G. 1880, S. 469. Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 9.

Von beiden Untergerichten wurde dem Notar A als Gerichtscommissär untersagt, in der Verlassenschaftspflege eigenmächtig den Parteien Vorschüsse auf Abschlag seiner Gebühren für Aufnahme der Verlassenschafts-Abhandlungsacten abzufordern. Das O. L. G. begründete das Verbot folgendermaßen: Nach dem §. 186 R. D. von

21. Mai 1855, R. G. Bl. Nr. 94, dessen Anordnung im Art. II des Einführungsgesetzes zur R. O. vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 75, aufrecht erhalten wurde, hat der Notar bei den Geschäften, die er als Gerichtscommissär vornimmt, die für die Gerichte selbst bestehenden Vorschriften zu beobachten. Ein Gerichtsbeamter darf aber nicht eigenmächtig Vorschüsse von Kosten einer gerichtlichen Amtshandlung verlangen; er hat vielmehr das Gericht um Anweisung eines entsprechenden Vorschusses bei der betreffenden Partei anzugehen. Es hat daher auch der Notar in einem jeden Falle, wo der Vollzug der gerichtlichen Amtshandlung, namentlich die Aufnahme von Verlassenschafts-Abhandlungsacten nothwendig mit Auslagen verbunden ist, unter Nachweisung dieser Nothwendigkeit und des erforderlichen Vorschussbetrages bei Gericht um Anweisung desselben anzusuchen und er ist als Gerichtscommissär nicht berechtigt, in Fällen, wo die Vornahme einer gerichtlichen Amtshandlung in Verlassenschaftssachen dringend nothwendig ist, diese Amtshandlung bis zum Erlage des Vorschusses aufzuschieben, weil er als Gerichtscommissär eine solche Amtshandlung ungesäumt vorzunehmen hat. — Der Notar A ergriff den a. o. Revisionsrecurs, worin er besonders hervorhob, daß durch den letzten Absatz der obergerichtlichen Motive, wornach der Notar den Erlag des Vorschusses in keinem Falle abwarten dürfe, sein Recht, das Ansuchen um Anweisung des Vorschusses zu stellen, illusorisch gemacht wird, indem es von der Willkür des Gerichtes abhängt, wann es dieses Gesuch erledigen will.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs und bemerkte, daß der Notar keinen Grund hat, sich gegen den angeführten Ausspruch des O. L. G. zu beschweren, da derselbe auf die Fälle einer unabweislichen Dringlichkeit beschränkt ist und nicht zugelassen werden kann, daß unaufschiebbare, dem Gerichte obliegende Amtshandlungen von dem vorläufigen Erlage der Commissionskosten-Vorschüsse abhängig gemacht und das Gericht Verantwortungen ausgesetzt werde.

Nr. 8099.

Berechnung des Werthes einer Nachlaßrealität behufs Bestimmung des Beitrages für den (Prager) Krankenhausfond — nach dem hundertfachen Steuerbetrage ohne Hinzurechnung des Drittelzuschlages.

Entsch. v. 16. Sept. 1880, Nr. 10646 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. L. G. Prag v. 12. Juni 1880, Nr. 19089 und des O. L. G. Prag v. 20. Juli 1880, Nr. 21141). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 46.

Bei der Berechnung des von der Verlassenschaft des M zu entrichtenden Beitrags zu dem weltlichen Stiftungsfond (Krankenhaus-

fond) in Prag wurde von dem Abhandlungsgericht der Werth des zum Nachlaß gehörigen Hauses Nr. 906 in Prag mit Zugrundelegung des hundertfachen Betrages der jährlichen Hauszinssteuer per 482 fl. 66 kr. und des Drittelzuschlags per 160 fl. 89 kr., zusammen 643 fl. 55 kr., auf 64.355 fl. 50 kr. richtiggestellt und sodann von dem nach Abzug der Passiven per 15.625 fl. 21 kr. resultirenden reinen Nachlaß per 48.730 fl. 29 kr. der einhalbpersentige Beitrag zum weltlichen Stiftungsfond mit 243 fl. 65 kr. bemessen. — Das D. L. G. bestätigte die Verordnung des Abhandlungsgerichts.

Der oberste Gerichtshof entschied, daß der Werth des von M hinterlassenen Hauses mit der hundertfachen Summe der Hauszinssteuer ohne den Drittelzuschlag, d. i. mit 48.266 fl. zu berechnen und der Beitrag zum weltlichen Stiftungsfond von dem nach dieser Berechnung nur 32.640 fl. 79 kr. betragenden reinen Nachlaß mit 163 fl. 20 kr. zu bemessen sei, weil nach §. 50 des Gesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, zur Gebührenbemessung der Werth der gebührenpflichtigen Realität mit dem Hundertfachen der Grund- oder Hauszinssteuer zu veranschlagen ist, bei dieser Bemessung somit die Zuschläge abzurechnen sind und auch der Berechnung des Beitrags zum weltlichen Stiftungsfond in Prag nur der auf solche Weise ermittelte reine Werth des Nachlasses zum Grund gelegt werden kann.

Nr. 8100.

Rang der Ansprüche auf Ersatz der vom Gemeinschuldner als Verwalter kirchlichen Vermögens unterschlagenen Werthe. Legitimation der Finanzprocuratur zur hereinbringung der dem Gemeinschuldner behufs Errichtung kirchlicher Stiftungen übergebenen Gelder.

Entsch. v. 21. Sept. 1880, Nr. 9001 (theilweise Abänd. der gleichförmigen Urth. des R. G. Znaim v. 31. Dec. 1879, Nr. 7646 und des D. L. G. Brünn v. 1. April 1880, Nr. 3503). Jur. Bl. 1880, Nr. 49.

Nach dem Tode des Pfarrers B wurden mehrfache Abgänge an dem von ihm verwalteten Kirchen-, Pfründen-, Stiftungs- und Armeninstitutsvermögen constatirt und von der Finanzprocuratur in dem über die Verlassenschaft des B eröffneten Concurs angemeldet. Der Concursmassenverwalter bestritt die Richtigkeit der angemeldeten Ersatzforderungen, worauf die Finanzprocuratur dieselben mit dem Begehren um Einreihung in die zweite Gläubigerklasse gegen die Concursmasse einlegte. Eine dieser Forderungen, im Betrag von 1100 fl., bezog

4 auf Gelder, welche B von Privatpersonen zur Errichtung von Stiftungen übernommen hatte. Der Concurssmassenverwalter bestritt die Liquidität der eingeklagten Forderungen und die dafür in Anspruch genommene zweite Gläubigerklasse. — Von dem Concurssgericht wurde die Forderung der obigen 1100 fl. als nicht liquid erklärt und den übrigen für liquid erklärten Forderungen die dritte Gläubigerklasse zugesprochen. Gründe: Ad 1. Zur Einklagung dieser Forderung war die Finanzprocuratur nicht legitimirt. Nach dem Hofdecr. v. 13. Jänner 1821, J. G. G. Nr. 1730, kommt der Finanzprocuratur allerdings die Vertretung von Stiftungen zu; als solche werden aber keineswegs Vermögensmassen angesehen, die einer natürlichen Person mit der Auflage Stiftungen zu creiren übergeben worden sind, allein bis nun die wesentlichen Erfordernisse einer Stiftung nicht haben, als da sind: die Erklärung der Annehmbarkeit der Stiftung und die Ausfertigung des Stiftbriefes, welche Amtshandlungen nach Hofdecr. vom 7. Juli 1841, J. G. G. Nr. 541, im Zusammenhang mit §. 47 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 50, der Kompetenz der Ordinariate gehören. Daraus ergibt sich, daß von der Finanzprocuratur nach den bestehenden Vorschriften zu handelndes Subject desfalls nicht vorhanden ist, und daß es vielmehr den Beschädigten oder deren Rechtsnachfolgern vorbehalten bleibt, die desfallsigen Ansprüche gegen die B'sche Concurssmasse geltend zu machen. Ad 2. Die Subsumtion der eingeklagten übrigen Forderungen unter eine der qualificirten Forderungen, die im §. 44 C. D. aufgeführt sind, ist nicht zulässig und es kann denselben nur die dritte Klasse der Concurssgläubiger zugesprochen werden, weil ein Pfarrer in der Verwaltung kirchlichen Vermögens weder als Curator, noch als Staatsbeamter anzusehen ist. Als Curator deshalb nicht, weil, nach der gesetzlichen Begriffsbestimmung der Curatel, der Curator ein vom Gericht bestellter Beistand von Personen ist, welche ihre Angelegenheiten nicht gehörig zu besorgen vermögen, und weil zu den Personen (unter wohl auch moralische Personen), für welche vom Gericht ein Curator bestellt werden kann, nicht auch kirchliche Fonde und Stiftungen gehören, für die das Gesetz in anderer Weise sorgt. Als Staatsbeamte aber können Pfarrer in ihrer Eigenschaft als Verwalter kirchlichen Vermögens nach den für Staatsbeamte bestehenden Normen wenigstens betrachtet werden, was sich auch aus der Fassung der §§. 38 und 45 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 50, ergibt, nach welchem die den Kirchen- und Staatsbehörden obliegende Kontrolle der Verwaltung des Kirchen- und Pfründenvermögens nebeneinander besteht. — Das O. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung. — Die Finanzprocuratur ergriff die a. o. Revisionsbeschwerde.

Von dem obersten Gerichtshof wurde 1. die Ersatzforderung 1100 fl. für die zur Errichtung von Stiftungen von dem Pfarrer

eingekommenen Gelder als liquid erklärt und 2. die Revisionsbeschwerde in dem Punkt der den eingeklagten Forderungen abgesprochenen zweiten Classe verworfen. Gründe: Ad 1. Die Statthalterei hat mit Erlaß vom die Finanzprocuratur zur Geltendmachung des Ersatzes gegen die Concurssmasse des Pfarrers B angewiesen und auch das Ministerium für Cultus und Unterricht hat mit dem Erlasse vom die Finanzprocuratur zur Einbringung der Ersatzklage beauftragt. Es wurde also die Finanzprocuratur von den staatlichen Cultusverwaltungsbehörden, denen nach §. 38 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 50, das Recht zusteht, die Erhaltung des Stammvermögens der Kirchen und kirchlichen Anstalten zu überwachen, sich jederzeit von dem Vorhandensein desselben die Ueberzeugung zu verschaffen und wegen Einbringung wahrgenommener Abgänge das Erforderliche einzuleiten, geradezu beauftragt, wegen Einbringung der Ersatzklage am Stiftungsvermögen die Klage bei dem Concurssgerichte einzubringen, und dieser Auftrag war im Gesetze vollkommen begründet. Denn nach Absatz 4 des §. 2 des Finanzministerial-Erlasses vom 16. Februar 1855, R. G. Bl. Nr. 34, gehört zur Geschäftsaufgabe der Finanzprocuraturen die gerichtliche Vertretung überhaupt, und insbesondere die Führung der Rechtsstreitigkeiten der unmittelbar von landesfürstlichen Behörden verwalteten Stiftungen. Solchen Stiftungen, welche nicht unmittelbar von landesfürstlichen Behörden verwaltet werden, gebührt die Vertretung durch die Finanzprocuratur insofern, als es sich um die Einbringung des gestifteten Vermögens zum Behufe der Constituirung der Stiftung, nicht insofern es sich nach bereits constituirter Stiftung um weitere Rechtsgeschäfte und Processe handelt. Nun ist der in Frage stehende Abgang am Stiftungsfonde dadurch entstanden, daß der Pfarrer B von einer Anzahl von Personen die Summe von 1100 fl. zum Behufe der Errichtung von Stiftungen in Empfang nahm, jedoch die erhaltenen Beträge ihrer Bestimmung nicht zuführte, und die Klage der Finanzprocuratur hat gerade die Einbringung des bereits eingezahlten, aber dem Stiftungsfonde entzogenen Vermögens zum Behufe der Constituirung der Stiftung zum Gegenstande. Die Finanzprocuratur war daher schon aus dem Gesetze selbst, abgesehen von dem ihr von der zuständigen Verwaltungsbehörde ertheilten speciellen Auftrage, zur Klage in der hier in Rede stehenden Richtung legitimirt; und da dem Stiftungsfonde durch die in beiden Instanzen erfolgte Abweisung des Klagebegehrens in Betreff der 1100 fl. ein offenkundiges Unrecht zugefügt wurde, so wurden nach dem Hofdecr. vom 15. Februar 1833, J. G. S. Nr. 2593, die unterrichterlichen Urtheile in der angegebenen Richtung abgeändert. Ad 2. Dagegen konnte in den untergerichtlichen Urtheilen in dem Punkte, in welchem das Begehren um Versetzung der als liquid anerkannten Ersatzforderungen in die zweite Classe der Concursgläubiger abgewiesen wurde, ein

offenbare Ungerechtigkeit nicht gefunden werden, da die angefochtenen Entscheidungen dem §. 44 E. O. (dessen erster Absatz als Ausnahmsbestimmung streng ausgelegt werden muß und nicht per analogiam auf andere Personen angewendet werden darf) entsprechen und der Erlass weder vom Staatschätze noch aus dem Dienstverhältnisse begehrt wird.

Nr. 8101.

Entrichtung des Kaufpreises durch Behändigung von Cassenscheinen: Zahlung oder datio in solutum?

Entsch. v. 21. Sept. 1880, Nr. 9627 (Best. des Urth. des L. O. Prag vom 27. März 1880, Nr. 8171, Abänd. des Urth. des O. L. O. Prag v. 26. Mai 1880, Nr. 14744). Jur. Bl. 1880, Nr. 48.

Am 30. November 1870 verkaufte der Banquier A dem B Silberrente um den nach dem Cours berechneten Preis von 3327 fl. 57 kr., erhielt von dem B zur Begleichung des Kaufpreises mehrere bereits gekündigte und am 13. December 1870 zahlbare Cassenscheine der Actiengesellschaft C, deren Betrag mit Einschluß der bis 30. November 1870 berechneten Zinsen, sich auf 3382 fl. 44 kr. belief, und behändigte dem B im Baaren 54 fl. 87 kr., um welche Summe der von den Cassenscheinen repräsentirte Betrag den Kaufpreis überstieg. Am 6. December 1870 versiel die Actiengesellschaft C in Concurß und konnte daher die Cassenscheine am Verfallstag nicht einlösen. A forderte sofort die Einlösung von dem B, welcher sie verweigerte, und nachdem er im Concurß der Actiengesellschaft die Summe von 846 fl. 40 kr. hereingebracht hatte, belangte er den B auf Zahlung von 2536 fl. 4 kr. als des unerbringlich gewordenen Restbetrags der Cassenscheine. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen aus folgenden Gründen: Es fragt sich, ob durch die Behändigung der Cassenscheine an den Kläger die Zahlung des Kaufpreises der Silberrente, oder bloß eine datio in solutum stattgefunden habe. Diese Frage muß im erstern Sinn beantwortet werden. Der Kläger übernahm die Cassenscheine nach ihren Nennwerth mit den bis 30. November 1870 berechneten Zinsen als wirkliche Zahlung des Kaufpreises der Silberrente, was schon daraus erhellt, daß er die Differenz zwischen dem Betrag der Cassenscheine und dem kleineren Betrag des Kaufpreises dem Beklagten sofort baar gezahlt hat. Der Kläger verkaufte die Silberrente gegen Cassenscheine der Firma C und indem der Beklagte ihm die bedungenen Cassenscheine behändigte, die von dem Kläger ohne Vorbehalt angenommen wurden, leistete er die Zahlung, welche in der Leistung dessen besteht, was man zu leisten schuldig ist, und liberirte sich vollständig von der gegen

den Kläger übernommenen Verbindlichkeit (§. 1412 a. b. G. B. Durch die Tradition der Cassenscheine an den Kläger ist dieser in beschränkter Eigenthümer derselben geworden, als welchen er sich an angesehen hat, indem er das aus den Cassenscheinen ihm zustehende Forderungsrecht im Concurs der Firma C vorbehaltlos angemessen und die erdammäßige Quote im Betrag von 846 fl. 40 kr. in Empfang genommen hat. Die vor dem Zahlungstermine der Cassenscheine eingetretene Insolvenz der Ausstellerin derselben ist daher ein Zufall, welcher nach §. 1311 a. b. G. B. den Kläger als Eigenthümer der Cassenscheine trifft und die Ersatzpflicht des Beklagten ausschließt. — Das O. L. G. verurtheilte den B zur Zahlung des eingeklagten Betrages sammt angesprochenen Zinsen an den Kläger gegen Zurückstellung der Cassenscheine aus den nachstehenden Gründen. Die Frage: ob der Kläger berechtigt war, in Folge der Zahlungseinstellung der Firma C, welche die Cassenscheine ausgestellt hat, deren Einlösung mittelst Baargeld von dem Beklagten zu verlangen, muß nach dem Gesetz bejaht werden. Der Ansicht, daß durch die Hingabe dieser Scheine eine solutio, eine Zahlung im Sinne des §. 1412 a. b. G. B. geleistet worden sei, kann nicht beigelegt werden. Es darf nicht übersehen werden, daß die Cassenscheine zwar gekündigt, aber erst nach 13 Tagen zahlbar waren. Die Abtretung solcher Cassenscheine von dem Beklagten an Stelle der ihm obliegenden Zahlung des nach §. 1053 a. b. G. B. in baarem Gelde bestehenden und auf 3382 fl. 44 kr. berechneten Kaufpreises an den Kläger ist eine im §. 1414 a. b. G. B. als ein entgeltliches Geschäft bezeichnete datio in solutum. Nicht das Mindeste liegt vor, welches darauf schließen ließe, daß sich der Kläger mit einem zweifelhaften Werthpapiere zufrieden gestellt haben würde. Aus dem Umstande, daß der Kläger selbst die aus den Cassenscheinen ersichtlichen Zinsrückstände dem Beklagten zu Guten rechnete, muß gefolgert werden, daß der Kläger die Cassenscheine nur in der Voraussetzung übernommen habe, daß am 13. December 1870 von der Firma C auf die Cassenscheine baare Zahlung der darin vorgeschriebenen Capitalssumme und der bis zum 13. December 1870 fälligen Zinsen erhalten werde. Wenn, wie der Beklagte behauptet, in der Begebung dieser auf Inhaber lautenden Scheine seinerseits und in deren Uebernahme von Seite des Klägers eine Assignation läge, so fände nach dem Vorgesagten doch nicht der §. 1407 a. b. G. B., sondern der §. 1406 a. b. G. B. hier Anwendung; der Beklagte als Assignant hätte dem Kläger als Assignatar für die von den Assignatarien nicht erlangte Zahlung zu haften. In Wirklichkeit ist aber die Ueberlassung der sofort nicht realisirbaren, sondern erst in Zukunft fällig werdenden Cassenscheine von Seite des Beklagten nichts als eine Abtretung von Forderungen, für deren Rechtswirkung, namentlich was die Haftung des Beklagten als Ueberträger für Richtigkeit und Ein-

bringlichkeit der Forderungen betrifft, die Bestimmungen der §§. 1397—1399 a. b. G. B. maßgebend sind.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstrichterliche Urtheil mit der Motivirung, daß dasselbe durch seine Sachlage und dem Gesetze vollkommen entsprechende Begründung nach jeder Richtung hin gerechtfertigt ist und daher dem unhaltbaren Ausspruche des D. L. G. gegenüber, dessen Schwerpunkt in der unbegründeten und unberechtigten Annahme liegt, daß die Cassenscheine vom Kläger nur unter der Voraussetzung, daß Bellagter für die Baarzahlung in obligo verbleibe, übernommen wurden, wieder hergestellt werden mußte.

Nr. 8102.

Unzulässigkeit der Abweisung der Beweisantretung bezüglich eines im Urtheil zugelassenen Zeugen wegen eines seiner Vernehmung entgegenstehenden, schon früher bekannt gewesenen Hindernisses.

Entsch. v. 21. Sept. 1880, Nr. 9770 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Krafau v. 12. März 1880, Nr. 5779 und des D. L. G. Krafau v. 20. Mai 1880, Nr. 7610). G. S. 1880, S. 451.

In dem Proceß des A gegen B und C hat der Kläger einen Zeugenbeweis angeboten und begehrt, daß einer der Zeugen, der in München wohnhafte Priester D, zum ewigen Gedächtniß vernommen werde. Von dem Proceßgerichte wurde die Einvernehmung des D bewilligt und zu dem Ende das Stadtgericht in München ersucht, welches aber das Verhör nicht aufnahm, weil D erklärte, daß er durch die Aussage, die ihm als Seelsorger obliegende Gewissenspflicht der Verschwiegenheit verletzen würde, und daher mit Berufung auf die Art. 400 und 401 der (damals geltenden) bayerischen Civilproceßordnung die Zeugenschaft verweigerte. Nach geschlossenem Prozesse wurde mit Urtheil der vom Kläger angebotene Beweis durch Zeugen, worunter auch D, zugelassen und vom Kläger angetreten. — Beide Untergerichte haben die Vernehmung des Zeugen D verweigert; das D. L. G. mit der Begründung, daß die wiederholte Requirirung des Münchener Gerichtes um Einvernehmung dieses Zeugen wegen des angeführten Hindernisses erfolglos sein würde.

Der oberste Gerichtshof hat mit Abänderung der untergerichtlichen Entscheidungen die Einvernehmung des Zeugen angeordnet. Gründe: Dadurch, daß die Einvernehmung des Zeugen D zum ewigen Gedächtnisse vom Stadtgerichte in München, unter Angabe von Gründen verweigert worden ist, sind die untergerichtlichen, die Beweisantretung des Klägers, bezüglich dieses Zeugen abweisenden

Entscheidungen keineswegs gerechtfertigt, weil der mit dem Beirtheil zugelassene, unter Anderen auch den neuerdings zur Zeugenschaft berufenen D umfassende Zeugenbeweis unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf das zu Tage geförderte, übrigens zur Zeit der Schöpfung des in Rede stehenden Beirtheiles auch bereits bekannt gewesene Ergebniß der Zeugenvernehmung zum ewigen Gedächtniß durchzuführen, beziehungsweise wegen dessen Durchführung das Nöthige zu verfügen war.

Nr. 8103.

Anlegung neuer Grundbücher: Abgrenzung der Aufgaben des Anmeldungs- und des Richtigstellungsverfahrens. Recurs gegen die Annahme einer Anmeldung.

Entsch. v. 21. Sept. 1880, Nr. 10713 (Best. des Decr. des B. G. Neu-Sandez v. 8. Juli 1879, Nr. 5971, Abänd. des Decr. des D. L. G. Lemberg v. 4. Februar 1880, Nr. 16521). G. S. 1880, S. 457.

Auf die Anmeldung der Finanzprocuratur für die röm.-kathol. Pfarre in A hat das Gericht erster Instanz dem Grundbuchsamt aufgetragen, in der, im neuen Grundbuche der Katastralgemeinde A sub Nr. 51 für die in A sub R.-Nr. 51 liegende Realität des B errichteten Grundbucheinlage, die aus dem Patronatsrechte für den jeweiligen Besitzer dieser Realität entspringenden Verbindlichkeiten, auf dem für alte Lasten bestimmten Blatte, als alte Lasten zu Gunsten der röm.-kathol. Pfarre in A mit der Rangordnung vor allen anderen Hypothekarlasten einzutragen. — Dagegen recurrirte B an das D. L. G., welches die Finanzprocuratur mit dieser Anmeldung und mit dem darin gestellten Begehren abwies, weil die Finanzprocuratur in der Anmeldung die aus dem Patronatsrechte fließenden Verbindlichkeiten, auf welche die Pfarre ein Recht erworben haben soll, nicht angeführt hat und nicht anführt, worauf sich dieses Recht und die für dasselbe angemeldete Rangordnung vor allen anderen Gläubigern gründe, die Anmeldung daher den Anforderungen des §. 12 des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, nicht entspricht. Gegen diese Entscheidung ergriff die Finanzprocuratur die Richtigkeitsbeschwerde (wegen Unzulässigkeit des Appellationsrecurses des B) und in merito den Revisionsrecurs.

Von dem obersten Gerichtshof wurde mit Verwerfung der Richtigkeitsbeschwerde dem Recurs stattgegeben und die erstrichterliche Verordnung bestätigt. Gründe: Wiewohl es richtig ist, daß nur im Richtigstellungsverfahren allein die geeignete Gelegenheit zur Befreiung einer Anmeldung geboten ist, so kann doch schon in der Er-

nägung, daß das Rechtsmittel des Recurses gegen im Anmelbungsverfahren ergangene Bescheide, mögen diese bewilligenden oder abweisenden Inhaltes sein, gesetzlich nicht ausgeschlossen, und da die im Recurswege erfolgte Prüfung, ob ein Anmelbungsgeſuch den geſetzlichen Vorſchriften gemäß eingerichtet ſei, mit der Nichtigkeitsbeſchwerde nicht bedroht iſt, in dem Verfahren des D. L. G. eine Nullität nicht wahrgenommen werden, weshalb auch die Nichtigkeitsbeſchwerde als unbegründet zurückzuweiſen war. — Dagegen iſt der Reviſionsrecurs als begründet anzusehen, weil die Anmeldung den Anforderungen des §. 12 des Geſetzes v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 96, allerdings inſofern entſpricht, als in derſelben das einzutragende Recht, beziehungsweise der Anſpruch des jeweiligen Pfarrers in A auf die aus dem Patronatsrechte entſpringenden Leiſtungen und der betreffende Grundbuchskörper angegeben und zugleich angeführt wurde, daß dieſes Recht ſich auf die Erſitzung und die hierfür angeſprochene Rangordnung auf den Umſtand begründet, daß ſolches ſeit den älteſten Zeiten her ausgeübt wurde. Der erſte Richter hat daher entſprechend der Vorſchrift des §. 13 des bezogenen Geſetzes, die Eintragung des angemeldeten Rechtes als alte Grundlaſt veranlaßt und wenn der Eigentümer der belaſteten Realität den Beſtand dieſes Rechtes oder die Eignung deſſelben zur Eintragung in das öffentliche Buch für Kleingrundbeſitz beſtreiten will, ſo muß er dies im Nichtigſtellungsverfahren und nicht im Recurse thun.

Nr. 8104.

Versprechen der Einſendung des Schuldbetrages: Gerichtsſtand des Vertrages?

Entſch. v. 21. Sept. 1880, Nr. 10924 (Beſt. des das Decr. des B. G. Ulanow v. 15. März 1880, Nr. 979, abänd. Decr. des D. L. G. Krakau vom 7. Juli 1880, Nr. 7776). G. S. 1881, S. 4.

Der in X wohnhafte A belangte bei dem dortigen B. G. als *forum solutionis* (§. 43 J. N.) den in Krakau domicilirten B auf Zahlung eines Kaufſchillings mit der Anführung, daß B versprochen habe, das Kaufgeld nach X abzuſenden. — Die in erſter Inſtanz infrecht verbeſchiedene Klage wurde auf den Recurs des B in zweiter Inſtanz wegen Unzuſtändigkeit des angerufenen Gerichtes *a limine* abgewieſen.

Der oberſte Gerichtshof beſtätigte die Entſcheidung des D. L. G., weil das angebliche Versprechen des in Krakau wohnhaften Beklagten, den eingellagten Betrag dem Kläger nach ſeinem Wohnorte X einzusenden, im Sinne des §. 905 a. b. G. B. nur die Verpflichtung des Beklagten, den Vertrag in Krakau durch Uebergabe

des Gelbbetrages mittelst Postsendung oder eines anderen Beförderungsmittele daselbst zu erfüllen, und noch keineswegs seine Verpflichtung, dem Kläger in X Zahlung zu leisten, daher auch nicht die Competenz des B. G. in X als Gerichtsstand des Vertrages nach §. 43 J. R. begründet.

Nr. 8105.

Ausschließung der Concursgläubiger, welche ihre bestrittenen Forderungen nicht eingeklagt haben, von der Wahl der Concurfunctionäre.

Entsch. v. 22. Sept. 1880, Nr. 9789 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. G. Warschau v. 25. Oct. 1879, Nr. 8312 und des D. L. G. Lemberg v. 27. April 1880, Nr. 5708). G. S. 1881, S. 122.

Zu dem Concurs des B wurde bei der allgemeinen Liquidirungstagfahrt von mehreren Gläubigern die Neuwahl des Masseverwalters, seines Stellvertreters und des Gläubigerausschusses in Antrag gebracht und geraume Zeit nach der Liquidirungstagfahrt unter Antheilnahme der Gläubiger C und D vorgenommen, deren Forderungen bei der Liquidirungstagfahrt bestritten worden waren. Mit Hinzurechnung der von diesen Gläubigern abgegebenen Stimmen wurde die absolute Stimmenmajorität für C als Masseverwalter und D als dessen Stellvertreter zusammengebracht. — Diese Wahl wurde vom dem Concurgericht nicht bestätigt, weil die nach Abhaltung der Liquidirungstagfahrt vollzogene Neuwahl der Gläubigerschaftsorgane nur dann als gültig anerkannt werden könne, wenn die gewählten Personen mit der absoluten Stimmenmehrheit aller angemeldeten Forderungen, welche als liquid anerkannt oder in Folge der Bestreitung bei der Liquidirungstagfahrt eingeklagt worden sind, aus der Wahlurne hervorgegangen sind, im vorliegenden Falle aber constatirt ist, daß die Gläubiger C und D, welche an dem Wahlaacte theilnahmen und durch ihre Stimmen die Majoritätswahl zu Stande brachten, zur Geltendmachung ihrer, der Richtigkeit nach bestrittenen Forderungen den besonderen Proceß nicht anhängig gemacht haben. — Gegen diesen Beschluß ergriffen C und D den Recurs, in welchem insbesondere betont wurde, daß die Annahme der ersten Instanz im Concursgesetze nicht nur keine Unterstützung findet, sondern dem Wortlaute und Geiste des §. 143 E. O. diametral zuwiderläuft, da dieser Paragraph von der bei der allgemeinen Liquidirungstagfahrt, nach Beendigung des Liquidirungsgeschäftes, sofort vorzunehmenden Neuwahl spricht, in diesem Stadium aber die besonderen Prozesse für die bestrittenen Forderungen noch nicht angestrengt sein können. — Das D. L. G. bestätigte den Beschluß des Concur-

gerichtet, weil seit der Liquidirungstagfahrt bereits eine geraume Zeit verfloßen ist, mithin den Gläubigern, deren Forderungen für nicht liquidirt anerkannt wurden, möglich war, ihre nicht anerkannten Forderungen mittelst Klage geltend zu machen und sich darüber bei dem Concurscommissär auszuweisen.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs des C und D, weil in den gleichlautenden untergerichtlichen Entscheidungen weder eine offenbare Gesetz- oder Actenwidrigkeit, noch eine Nullität erblickt werden kann.

Nr. 8106.

Executive Einverleibung des Pfandrechts auf dem zur Liegenschaft des Schuldners gehörigen Antheil an den zu mehreren Wirthschaften gehörigen gemeinsamen Ueberlandgrundstücken.

Entsch. v. 22. Sept. 1880, Nr. 11018 (Best. des das Decr. des B. G. Groß-Enzersdorf v. 25. April 1880, Nr. 3154, abänd. Decr. des D. L. G. Wien v. 8. Juni 1880, Nr. 9377). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 45.

Das Executionsgesuch des A gegen seinen Schuldner B, Eigenthümer des behauften Gutes Nr. 9 zu Stadlau, um Einverleibung des Pfandrechts an dem zehnten Antheil der im Grundbuche Ragrau, Anhang Fol. 11, inliegenden 72 Joch untrennbarer Hausüberlandgründe der zehn behauften Güter zu Stadlau wurde in erster Instanz abgewiesen, weil B nicht als Eigenthümer eines $\frac{1}{10}$ -Antheiles an der im Grundbuche Ragrau, Anhang Fol. 11, inliegenden Realität einverleibt ist, nach §. 21 Grundb.-G. aber grundbücherliche Eintragungen nur wider Denjenigen zulässig sind, welcher zur Zeit des Ansuchens als Eigenthümer der Liegenschaft oder des Rechtes, in Ansehung deren die Eintragung erfolgen soll, im Grundbuche erscheint oder doch gleichzeitig als solcher einverleibt oder vorgemerkt wird. — Das D. L. G. bewilligte die angesuchte executive Pfandrechteinverleibung. Gründe: Aus dem das Haus Nr. 9 zu Stadlau betreffenden Grundbuchsauszug ergibt sich, daß zu diesem Hause der zehnte Theil der ungetheilten Hausüberlandgründe per 72 Joch gehört, und wird daselbst auf Fol. 11 des Grundbuchs des Bürgerospitals in Wien hingewiesen, in welchem diese 72 Joch als Eigenthum der zehn behauften Güter in Stadlau erscheinen; und daß die einzelnen Antheile auch belastet werden können, geht aus den bestehenden Pfandrechteinverleibungen aus den Jahren 1878, 1879 und 1880 hervor. Bei dieser Sachlage kann ein Anstand gegen die Belastung des dem B gehörigen $\frac{1}{10}$ -Antheiles an diesen Grundstücken nicht erhoben werden.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Revisionsrecurs des B mit Hinweisung auf die sachgemäße Begründung des D. L. G.

Nr. 8107.

Anspruch auf Alimente (pro praeterito et pro futuro) gegen den kurz vor der Geburt des unehelichen Kindes in den Dienst des stehenden Heeres eingetretenen minderjährigen Vater.

Entsch. v. 23. Sept. 1880, Nr. 8095 (Best. des Urth. des L. G. Linz vom 22. Dec. 1879, Nr. 14647, Abänd. des Urth. des D. L. G. Wien vom 3. März 1880, Nr. 1739). Jur. Bl. 1880, Nr. 45.

Von dem Vormund und von der Mutter der außer der Ehe geborenen A wurde B als Vater des Kindes belangt: 1. Auf Zahlung der Alimente seit dem Klagetage im Betrage von 6 fl. per Monat; 2. auf den Ersatz der von der Mutter bis zum Tage der Klage bestrittenen Alimente in dem gleichen Ausmaß. Der Beklagte ist minderjährig, Bildhauer und zur Zeit im Dienste des stehenden Heeres, den er, um seiner Wehrpflicht zu genügen, kurz vor der Geburt des Kindes angetreten hat. — In erster Instanz wurde dem Klagebegehren stattgegeben, ad 2 unter der Bedingung, daß die Mutter des Kindes mit dem ihr zurückgeschobenen Haupteid und mit dem Schätzungseid beschwöre, daß sie dasselbe bisher verpflegt und dafür wenigstens 6 fl. monatlich aufgewendet habe. Gründe: Daß der Betrag von monatlich 6 fl. zum Unterhalte eines Kindes erforderlich sei, bedarf als notorisch keines Beweises, und dieser Alimentationsbetrag entspricht auch dem Erwerb des Beklagten als Bildhauer. Auf den Umstand, daß derselbe dermalen Soldat ist, wurde bei der Bemessung der Alimentationsgebühr keine Rücksicht genommen, weil für diese nur sein Erwerbsverhältniß als Bildhauer im Allgemeinen maßgebend sein konnte, nicht aber ein vorübergehendes Ausnahmeverhältniß, welches seinen Erwerb beschränken kann, indem eine solche zufällige und zeitweise Beschränkung eben nur bei der hereinbringung des Unterhaltsbeitrages, für welchen in erster Linie das Bedürfnis des Kindes entscheidend ist, zu berücksichtigen sein wird. Wird durch die zugelassenen Eide bewiesen, daß die Mutter des Kindes für dessen Unterhalt monatlich 6 fl. aufgewendet hat, so ist der Beklagte nach den §§. 1042, 166 und 167 a. b. G. B. auch ihr zum Ersatz dieses Aufwandes verpflichtet. — Das D. L. G. erkannte auf Abweisung des Klagebegehrens aus folgenden Gründen: Nach §. 167 a. b. G. B. fällt die in erster Linie den Vater treffende Verbindlichkeit zur Verpflegung seines unehelichen Kindes auf die Mutter, wenn der Vater nicht im Stande ist, das Kind zu verpflegen. Daß der minderjährige Beklagte ein Vermögen besitze, wurde von der Klägerin nicht behauptet; andererseits ist unbestritten, daß er im Militärdienst steht. Die Bezüge und die Dienstesobliegenheiten der präsent dienenden Militärmannschaft sind aber nicht derart, daß der Mann von den

ersteren die Kosten der Verpflegung eines Kindes zu bestreiten vermag, oder daß anzunehmen wäre, daß die Letzteren ihm gestatten, einem Erwerb nachzugehen, der ihn in den Stand setzen würde, solche Kosten zu tragen. Der Beklagte kann daher nicht angehalten werden, für die seit Anstellung der Klage erwachsenen Kosten der Verpflegung der A aufzukommen und der Mutter des Kindes die in der Zeit von der Geburt des Kindes bis zur Anbringung der Klage von ihr bestrittenen Verpflegungskosten zu ersetzen, und da der Schöpfung des Urtheiles nur die gegenwärtige Sachlage zur Grundlage zu dienen hat und die Frage, in wie weit er von dem Zeitpunkte angefangen, wo das seiner Erwerbsfähigkeit entgegenstehende Hinderniß beseitigt ist, die Kosten der Verpflegung der A zu tragen haben wird, derzeit nicht Gegenstand der richterlichen Entscheidung sein kann, so kann er selbst nicht bedingungsweise zur Bestreitung der weiter auflaufenden Verpflegskosten verurtheilt werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urtheil aus dessen Gründen.

Nr. 8108.

Ungültigkeit eines gegen den ad hoc bestellten Curator einer beflagten hereditas jacens geführten Processes wegen unterbliebener Edictalkundmachung?

Entsch. v. 23. Sept. 1880, Nr. 10135 (Aufheb. des das Urth. des R. G. Görg v. 31. Dec. 1879, Nr. 7613, aufheb. Decr. des D. R. G. Triest v. 15. April 1880, Nr. 1180), G. S. 1881, S. 112.

Die A belangte die ruhende Verlassenschaft des B bei dem Abhandlungsgericht mit einer Eigenthumsklage. Das Gericht bestellte den Advocaten C als Verlassenschaftscurator, ohne diese Bestellung durch Edict zu veröffentlichen, ließ die Klage demselben zur Erstattung der Eintrede zustellen und erkannte nach durchgeführtem Proceß auf Abweisung der Klage. — Auf die Appellation der Klägerin cassirte das D. R. G. das Urtheil nebst dem vorausgegangenen Verfahren und ertheilte dem Gerichte erster Instanz den Auftrag, die Klage neuerlich, unter edictaler Bekanntgabe der Bestellung des Verlassenschaftscurators, zu verbescheiden. Diese Verordnung war damit begründet, daß die Klage der A nicht gegen einen im Abhandlungswege bestellten allgemeinen Curator der ruhenden Verlassenschaft des B (§§. 78, 128, 129 des kaiserl. Patentes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208), sondern gegen einen besonderen, erst im Proceßwege für die Verlassenschaft, beziehentlich die noch unbekannten Erben des B zu bestellenden Curator (Specialcurator) gerichtet ist, daher das angerufene Gericht bei aufrechter Verbescheidung der Klage

die erfolgte Ernennung des Specialcurators (§. 85 Z. N. und §. 267 a. b. G. B.) nach Vorschrift der §§. 391 und 392 a. G. D. und des Hofdecr. v. 18. Mai 1790, Z. G. G. Nr. 23, durch Edict zu veröffentlichen hatte; daß die unterbliebene Beobachtung dieser wesentlichen Förmlichkeiten des Verfahrens, durch deren genaue Befolgung allein dem beklagten Theile und beziehungsweise den Erben des B. die Möglichkeit geboten wird, von der Klageanstellung Kenntniß zu erlangen, den bestellten Curator mit den zur Vertheidigung nöthigen Mitteln und Behelfen zu versehen oder einen anderen Bevollmächtigten zu wählen und dem Gerichte namhaft zu machen, einen von Amtswegen zu berücksichtigenden Nullitätsgrund bildet. (§§. 264 und 265 a. G. D.)

In Erwägung, daß zur Zeit der Klage die Erbschaft des E noch nicht angetreten war, die Klage also nur gegen einen Curator der ruhenden Verlassenschaft gerichtet werden konnte und daher ein besonderer Curator bestellt werden mußte (Hofdecr. vom 19. Jänner 1790, Z. G. G. Nr. 1094 und §. 811 a. b. G. B.), dessen Ernennung jedenfalls dem angerufenen, auch mit der Abhandlung befaßten Gerichte zustand; daß aber die edictale Veröffentlichung der Bestellung eines Curators im Gesetze nicht vorgeschrieben ist, — hat der oberste Gerichtshof mit Aufhebung der obergerichtlichen Verordnung, dem D. L. G. aufgetragen, über die Appellationsbeschwerde der Klägerin den Proceß in merito zu entscheiden.

Nr. 8109.

Besitzstörungsproceß: Frist zum Recurse gegen Bescheide im Vollstreckungsverfahren.

Entsch. v. 23. Sept. 1880, Nr. 10979 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Fürstfeld v. 28. Sept. 1879, Nr. 3401 und des D. L. G. Graz v. 23. Juni 1880, Nr. 6931). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 44.

Der Besitzstörungsproceß des A gegen B wurde durch gerichtlichen Vergleich abgethan, in welchem der Beklagte den Besitz des Klägers anerkannte und bei Geldstrafe die Unterlassung jeder weiteren Besitzstörung versprach. Nach einigen Monaten begehrte A mit der Anführung, daß sich B eine neue Besitzstörung habe zu Schulden kommen lassen, die Verfallung desselben in die festgesetzte Geldstrafe und die Mobilarexecution zur Einbringung der Executionskosten. Mit seinem Gesuche abgewiesen, ergriff A den Appellationsreкурс am 14. Tage nach Zustellung des abweisenden Bescheides. — Das Gericht erster Instanz wies den Recurs als verspätet zurück, weil in der kaiserl. Verordnung v. 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12,

das von derselben normirte Verfahren in Besitzstörungssachen wiederholt als ein summarisches bezeichnet wird und in dem Vollstreckungsverfahren, über welches in jener Verordnung keine besonderen Bestimmungen enthalten sind, nach §. 7 a. b. G. B. die in dem Justizhofocr. v. 24. Oct. 1845, J. G. G. Nr. 906 (summarischer Proceß), enthaltenen Vorschriften per analogiam zur Anwendung zu kommen haben. — Das O. L. G. bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid in der Erwägung, daß zwar die Anwendung der Vorschriften über das summarische Verfahren auf das durch die kaiserl. Verordnung vom 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, geregelte Besitzstreitverfahren bei dem Abgange jeder hierauf bezüglichen Bestimmung in dieser Verordnung nicht zulässig erscheint, daß jedoch zufolge der im §. 17 ibid. enthaltenen Vorschrift die Frist zur Einbringung von Recursen in diesem besonderen Verfahren ebenfalls auf acht Tage beschränkt ist und das Motiv der Beschleunigung des Rechtszuges, welches die einschränkende Vorschrift veranlaßt hat, für das Executionsverfahren nicht minder als für das Erkenntnißverfahren zutrifft.

Der oberste Gerichtshof verordnete die Annahme und Erledigung des Appellationsrecurses mit der Begründung, daß in der kaiserl. Verordn. v. 27. Oct. 1849, R. G. Bl. Nr. 12, nur die Frist für den Recurs gegen den Endbescheid festgesetzt (§. 17), daher für die Recursfristen in dem Vollstreckungsverfahren, welches auf Grund des im Besitzstörungstreit gefällten Erkenntnisses stattfindet, die allgemeine Vorschrift des §. 267 a. G. O. maßgebend ist, nach welcher der Appellationsrecurs des A rechtzeitig angebracht wurde.

Nr. 8110.

Mandatsproceß: Verweigerung der Erlassung des auf Grund einer legalisirten Urkunde angesuchten Zahlungsbefehles im Falle der grundbücherlichen Anmerkung der Streitigkeit der Forderung.

Entsch. v. 23. Sept. 1880, Nr. 11064 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. G. Wien v. 11. Juni 1880, Nr. 37352 und des O. L. G. Wien v. 3. August 1880, Nr. 12827). G. S. 1880, S. 445.

A belangte den B wegen Zahlung einer auf dem Hause des B grundbücherlich einverleibten Forderung von 2000 fl. unter Vorlage des vom Beklagten ausgestellten Schuldscheines, mit der Bitte um Erlassung des Zahlungsbefehles, welche von beiden Untergerichten abgewiesen wurde, obgleich der Schuldschein gerichtlich legalisirt war (§. 1 lit. b der Justizministerialverordnung v. 18. Juli 1859, R. G. Bl.

Nr. 130) — weil in dem Grundbuch die Streitigkeit der Forderung angemerkt ist (§. 1 lit. c ibid.).

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Recurs mit der Begründung, daß in den untergerichtlichen Entscheidungen weder ein Nichtigkeit, noch eine offenbare Ungerechtigkeit zu erkennen ist, indem die grundbücherliche Anmerkung, daß die eingeklagte Forderung streitig sei, nach lit. c des §. 1 der Justizministerialv. v. 18. Juli 1859 R. G. Bl. Nr. 130, jeder Urkunde gegenüber, auf deren Grund die eingeklagte Forderung grundbücherlich einverleibt ist, den Mandatsproceß ausschließt und durch die Legalisirung der Schulburlunde an die Echtheit der Unterschriften beglaubigt ist, die Bestreitung der Forderung aber auch aus anderen Gründen erfolgen kann.

•

Nr. 8111.

Einleitung des Executivprocesses über ein Gesuch um Vollstreckung einer bedingten Verurtheilung.

Entsch. v. 28. Sept. 1880, Nr. 10999 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. B. Wien v. 27. Juni 1880, Nr. 96228 und des k. k. O. B. Wien vom 21. Juli 1880, Nr. 12349). Jur. Bl. 1880, Nr. 43.

Auf die Klage der Baugesellschaft des ersten allgemeinen Beamtenvereines der österr.-ungar. Monarchie gegen die Börsen- und Arbitrage-Mallerbant in Liquidation und gegen den B wurden beide Beklagte rechtskräftig verurtheilt: entweder 1. binnen drei Monaten bei sonstiger Execution über die mit Vertrag vom 27. Jänner 1872 übernommene Durchführung der Subscription auf die auszugebenden 50.000 Actien der klagenden Baugesellschaft die Schlußrechnung, worin Namen, Charakter und Wohnort der Subscribenten, die Anzahl der von jedem gezeichneten, so wie der in Folge der Ueberzeichnung und Repartition auf jeden Subscribenten entfallenden Actien und die von denselben geleisteten Einzahlungen darzustellen sind, abzulegen, oder, nach Wahl des Beklagten, 2. binnen drei Monaten bei sonstiger Execution alle auf die Subscription dieser Actien sich beziehenden Behelfe als herauszugeben, und im Falle der Nichterfüllung der Aufträge 1 und 2 in der festgesetzten Frist, 3. der Klägerin binnen 14 Tagen bei sonstiger Execution in solidum 157.820 fl. als Schadenersatz zu zahlen. Auf Grund dieses Urtheiles überreichte die Klägerin gegen B das Gesuch um Pfändung seines mobilen Vermögens zur hereinbringung, eventuell zur Sicherstellung der in dem Urtheile sub 3 zuerkannten Schadenersatzforderung von 157.820 fl. Das Gesuch wurde damit begründet, daß die Börsen- und Arbitrage-Mallerbant in Liquidation zwar eine Rechnung vorgelegt hat, welche

jedoch den Bestimmungen ad 1 des Urtheiles in keiner Weise entspricht, indem bei vielen Posten nicht ersichtlich ist, welche Zahlungen die einzelnen Subscribenten auf die subscribirten Actien geleistet haben und welche Beträge bei den einzelnen säumigen Subscribenten noch anhaften, und bei vielen Posten nicht einmal ersichtlich ist, wie viel Stück Actien auf die einzelnen säumigen Subscribenten bei der Repartition entfallen sind. Was aber den B betrifft, so habe derselbe die ihm im Urtheile selbstständig auferlegte Leistung der Rechnungslegung weder allein, noch gemeinschaftlich mit der Börsen- und Arbitrage-Maklerbank in Liquidation bewirkt und sei daher zur Zahlung des zuerkannten Schadenersatzbetrages verpflichtet. — Auf dieses Executionsgesuch wurde in erster Instanz auf Grund des Hofdec. vom 10. Februar 1785, J. G. G. Nr. 387, der Executivproceß eingeleitet und nach §. 298 a. G. D. und Hofdec. vom 7. Mai 1839, J. G. G. Nr. 358, eine Tagsatzung mit dem Beisatze angeordnet, daß der Beklagte im Ausbleibensfalle der in dem Gesuche angeführten Thatsachen für geständig gehalten und über die von der Klägerin angesuchte Execution, was Rechtens ist, erkannt werden würde. Dagegen ergriff B den Recurs. In demselben wurde vor Allem bestritten, daß das Urtheil ein bedingtes sei, und darauf hingewiesen, daß zur Erfüllung der ad 1, 2 und 3 aufgetragenen Leistungen ganz dieselbe Zeit gesetzt sei, das Urtheil daher eine alternative Obligation constituire und dem Beklagten die Wahl zwischen den einzelnen Leistungen freistelle. Allein, selbst wenn das Urtheil ein bedingtes wäre, könne auf das Gesuch der Klägerin der Executivproceß nicht eingeleitet werden, weil in solchem Fall durch ein zweites Urtheil erkannt werden soll (Hofdec. vom 10. Februar 1785, Nr. 387), ob die in dem ersten Urtheile bestimmte Bedingniß erfüllt sei oder nicht, das Gesuch der Gegnerin aber keine Klage ist, auch nicht als solche behandelt werden kann, da in demselben das für das zweite Urtheil erforderliche Begehren gar nicht gestellt wurde. Endlich sei Recurrent dadurch, daß die Börsen- und Arbitrage-Maklerbank in Liquidation die ad 1 aufgetragene Rechnung gelegt hat, als Solibarschuldner von jeder Leistung befreit worden und es könne darüber, ob diese Rechnung dem Urtheile entspreche, nur im Rechnungsproceße entschieden werden. — Das D. L. G. bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid mit der Begründung, daß in dem Urtheile der Börsen- und Arbitrage-Maklerbank und dem B in solidum die Zahlung von 157.820 fl. für den Fall aufgetragen wurde, wenn sie den im Urtheile ausgesprochenen Alternativen 1 und 2 binnen drei Monaten nicht nachkommen, mithin die Zahlung in dem Urtheile allerdings auf ein vorläufiges Bedingniß gesetzt ist; daß das Hofdec. v. 10. Februar 1785, J. G. G. Nr. 387, nicht eine förmliche Klage voraussetzt, sondern ausdrücklich anordnet, daß für den Fall, als auf ein bedingnißweise ergangenes Urtheil die Execution angesucht wird, nach den §§. 298, 299 und 300 a. G. D.

vorzugehen sei; daß demnach die Einleitung des Executivprocesses über das vorliegende Gesuch gerechtfertigt ist.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs de B, weil in den angefochtenen Entscheidungen der ersten und zweiten Instanz eine zur Abänderung derselben berechtigende Wichtigkeit oder offenbare Ungerechtigkeit nicht wahrgenommen werden kann und der Recurrenten unbenommen bleibt, die im Recurs dagegen angebrachte Anstände bei der eingeleiteten Verhandlung in erster Instanz geltend zu machen.

Nr. 8112.

Unanwendbarkeit der civilrechtlichen Bestimmungen des für Galizien erlassenen Gesetzes wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften in Folge älterer statutenmäßiger Befreiungen von der Zinstaxe.

Entsch. v. 28. Sept. 1880, Nr. 11022 (Best. des Decr. des R. G. Wien v. 20. Dec. 1879, Nr. 4354, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau vom 18. Juni 1880, Nr. 8745). G. S. 1881, S. 27.

Das Gericht erster Instanz hat der k. k. priv. Austriacal-Creditanstalt zu Lemberg die Feilbietung der von ihr in Execution gezogenen Eigenschaft ihres Schuldners B zur Hereinbringung einer Capitalsforderung und des Ausstandes der vertragsmäßigen 12percentigen Zinsen bewilligt. — Von dem D. L. G. wurde das Maß der durch die Feilbietung hereinbringenden Zinsen mit Anwendung des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften), auf 8% herabgesetzt.

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstgerichtlichen Bescheid, weil der in zweiter Instanz abgeänderte Theil desselben im Art. 3 der Statuten der k. k. priv. galizischen Austriacal-Creditanstalt und in der Ministerialverordnung vom 28. October 1865, R. G. Bl. Nr. 116 seine gesetzliche Rechtfertigung findet.

Nr. 8113.

Umfang der Vertretungsbefugnisse des behufs Unterbrechung der Verjährung zur Empfangnahme einer Wechsellage bestellten Curators.

Entsch. v. 28. Sept. 1880, Nr. 11183 (Best. des Urth. des R. G. Wien v. 27. Februar 1880, Nr. 23904, aufheb. Decr. des D. L. G. Wien vom 25. Mai 1880, Nr. 5907). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 49.

Auf die Wechsellage des A gegen den abwesenden B poter 414 fl. bestellte das Gericht behufs Unterbrechung der Wechselver-

jährrung den Dr. C als Curator des Beklagten ad actum der Empfangnahme der Klage und ließ demselben die Klage nebst der Zahlungsaufgabe zustellen. Dr. C erhob Einwendungen gegen den Zahlungsbefehl, welche nach geführtem Proceß in erster Instanz durch Urtheil verworfen wurden. — Auf die Appellation des Dr. C cassirte das O. L. G. das erstgerichtliche Urtheil nebst dem vorausgegangenen Verfahren und verordnete die Zurückweisung der von Dr. C überreichten Einwendungen, weil derselbe nur als curator ad actum zur Empfangnahme der Klage behufs Unterbrechung der Verjährung bestellt wurde und sonach nur zu dieser Empfangnahme, nicht aber zur Einbringung von Einwendungen berechtigt war, und dieses Recht dem Beklagten oder dem allfällig zu bestellenden curator absentis vorbehalten werden muß.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung und verordnete zur Ergänzung derselben, daß das Gericht erster Instanz wegen Zustellung der Zahlungsaufgabe an den Beklagten, und wenn sein Aufenthalt unbekannt sein sollte, wegen Bestellung eines Curators für denselben und Ausfertigung eines Edictes nach Vorschrift des §. 391 der a. G. D. das Nöthige verfüge. Gründe: Nachdem Dr. C für den Beklagten nur behufs Unterbrechung der Verjährung, nicht aber im Sinne des §. 391 der a. G. D. als Curator bestellt worden ist, so war derselbe in dieser Eigenschaft nur zur Empfangnahme der Klage berufen, und es hätte vielmehr dem Proceßgerichte obgelegen, zugleich die Zustellung der Klage und der hierüber ergangenen Zahlungsaufgabe an den Beklagten oder erforderlichen Falles die Bestellung eines Curator für denselben nach Vorschrift des §. 391 a. G. D. zu verfügen. Da dies bisher nicht geschehen ist, mußte zwar die obergerichtliche Entscheidung, mit welcher das erstgerichtliche Urtheil nebst dem vorausgegangenen Verfahren aufgehoben und die Einwendungen des Curators Dr. C zurückgewiesen wurden, bestätigt werden, weil eben dem Dr. C die Legitimation für Anbringung von Einwendungen im Namen des Beklagten mangelt; jedoch war zugleich zu veranlassen, daß jener Vorgang beobachtet werde, welcher erforderlich ist, damit entweder die Zahlungsaufgabe rechtskräftig werden oder der Beklagte seine allfälligen Einwendungen dagegen anbringen könne.

Nr. 8114.

~~unter Vorbehalt~~ der Vorschrift des §. 456 a. b. G. B.
An Fall gerichtlicher Pfändung fremder Sachen.

~~am 2. Sept. 1880, Nr. 8258 (Best. des das Urth. des B. G.~~
~~am 2. März 1880, Nr. 3348 und des D. L. G. Wien v. 25. Mai~~
~~am 2. März 1880, Nr. 8277). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 49.~~

Die Klage der A wider B auf Anerkennung des Eigenthumes
an den Beflagten zur Hereinbringung seiner Forderung gegen
den C bei denselben gerichtlich gepfändeten Mobilien wurde
in erster Instanz abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Wenn
richtig ist, daß die von der Klägerin indicirten Sachen ihr
Eigenthum und, wie durch die Zeugenaussagen der Eheleute C und
D nachgewiesen wird, mit den gepfändeten Gegenständen identisch
sind, ist trotzdem gemäß der Vorschrift der §§. 456 und 367 a. b. G. B.
wider den B die Eigenthumsklage nicht statthaft, weil durch das
Pfändungsprotokoll, in welchem von einem Eigenthumsrechte der Klä-
gerin keine Erwähnung geschieht, als amtliche Urkunde für erwiesen
gehalten werden muß, daß zur Zeit der Pfändung die Executen C,
wenn schon nicht Eigenthümer der gepfändeten Gegenstände, denn doch
zum mindesten solche Personen waren, denen die Klägerin in irgend
einer Absicht dieselben anvertraut hat. — Das D. L. G. erkannte
nach dem Klagebegehren mit folgender Begründung: Durch den Kauf-
vertrag vom in Verbindung mit den eiblichen Zeugenaussagen
der Eheleute C, des D und des E ist erwiesen, daß die Klägerin die
von ihr indicirten Gegenstände von den Eheleuten C gekauft hat
und daß ihr dieselben übergeben worden sind. Ebenso ist durch die
Aussagen der Eheleute C erwiesen, daß die Klägerin noch immer mit
ihnen gemeinschaftlich wohnt, daß die Räumlichkeiten, in welchen die
Execution vorgenommen wurde, von der Klägerin gemiethet sind und
die Eheleute C nur mit Erlaubniß der Klägerin davon Gebrauch
machen können. Endlich ist durch die obigen Zeugen die Identität
der von der Klägerin eigenthümlich erworbenen mit den gepfändeten
Mobilien dargethan. Die Einwendung des Beklagten, daß, nachdem
die Eigenthumsansprüche der Klägerin von Seite der Executen bei
Vornahme der Execution nicht erwähnt worden seien, einer der Fälle
des §. 367, resp. §. 456 a. b. G. B. vorliege, in welchen die Eigen-
thumsklage gegen den redlichen Pfandinhaber nicht stattfindet, war
nicht zu berücksichtigen; denn abgesehen davon, daß aus dem Um-
stande, daß im vorliegenden Pfändungsprotokolle von der Anmeldung
eines Eigenthumsanspruches nichts vorkommt, noch nicht mit Sicher-
heit darauf geschlossen werden kann, daß die Anmeldung in der That
unterblieb, ist zu bemerken, daß der §. 456 a. b. G. B. dann keine
Anwendung findet, wenn eine fremde Sache gerichtlich gepfändet
worden ist, weil der §. 367 a. b. G. B., auf welchem die Anord-

nung des §. 456 a. b. G. B. beruht, voraussetzt, daß der Gewerbsmann oder überhaupt derjenige, welcher die fremde Sache verpfändete, sie von dem Eigenthümer selbst erhalten habe, welcher letzterer sich die Schuld beimessen muß, wenn er durch die Verpfändung seiner Sache einen Nachtheil erleidet, was aber bei der gerichtlichen Pfändung wohl nicht gesagt werden kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz aus dessen Gründen und in der weiteren Erwägung, daß das Gesetz die Ausdrücke „verpfänden“ (§§. 451, 454, 457, 632, 1343 a. b. G. B.) und „pfänden“ (§§. 1321 und 1322 *ibid.*), „Pfändung“ (§§. 822 und 1136) sehr wohl von einander unterscheidet und mit den ersteren durchwegs den Begriff der freiwilligen Verpfändung verbindet.

Nr. 8115.

Abgrenzung des Wirkungskreises der Gerichte und der Finanzbehörden: Gestundete Mauthgebühren.

Entsch. v. 29. Sept. 1880, Nr. 10724 (Best. des Urth. des B. G. Siedling v. 1. Juni 1880, Nr. 1185, Abänd. des Urth. des O. L. G. Wien vom 4. August 1880, Nr. 10721). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 46.

A, Austerpächter einer Wegmauth in Niederösterreich, belangte den B auf Zahlung von 249 fl. für von B nicht entrichtete Mauthgebühren. Der Beklagte wendete ein, daß die Entscheidung über den Klageanspruch nicht dem Richter, sondern der Verwaltungsbehörde zuzulege. — Die in erster Instanz zugelassene Incompetenzeinwendung wurde von dem O. L. G. abgewiesen aus den nachstehenden Gründen: Es handelt sich hier um die Forderung gestundeter Mauthgebühren, also um ein Civilrechtsverhältniß. Wenn der Beklagte behauptet, von der Entrichtung der Mauthgebühren befreit zu sein, so muß er die Befreiung gegen den Widerspruch des Klägers im Civilproceß nachweisen; es steht ihm nicht zu, darüber erst die Entscheidung der Administrativbehörde hervorzurufen und die Incompetenz der Gerichtsbehörde einzuwenden, wo es sich um Zahlung von Mauthgebühren handelt, die er schuldig geblieben ist und der im §. 19 des Mauthgesetzes für Niederösterreich v. 17. Mai 1866, L. G. Bl. Nr. 15, aufgestellte Fall nicht vorliegt.

In Erwägung, daß A als Austerpächter der Wegmauth die Zahlung angeblich von B nicht entrichteter Mauthgebühren einlagt und daß der Letztere die Zahlungspflicht überhaupt und insbesondere mit der ihm angeblich zugestandenen Befreiung von der Entrichtung der Mauthgebühren bestreitet; daß schon mit dem Hoflammerdecret vom 23. Mai 1838, Nr. 6555, die Entscheidung der auf die Ein-

hebung und Handhabung der Mauth sich beziehenden Streitigkeiten zwischen den Mauthpächtern und den Parteien den Finanzbehörden zugewiesen und diese Bestimmung auch in das auf den vorliegenden Fall anzuwendende Gesetz v. 17. Mai 1866, L. G. Bl. Nr. 15, für Niederösterreich aufgenommen wurde, welches im §. 19 anordnet, daß die Entscheidung der Streitigkeiten wegen Befreiung von Mauthgebühren u. s. w. für jede Kategorie von Straßen der Staatsverwaltung vorbehalten bleibt; daß demnach der Gegenstand des von A angestregten Processes nicht zur Competenz der Gerichte gehört, — hat der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Entscheidung bestätigt.

Nr. 8116.

Anstellung einer Klage auf Restitution wegen schlechter Vertretung behufs Einbringung einer neuen Einrede nach Erstattung der Replik: Einfluß auf die Erledigung der Replik.

Entsch. v. 20. Sept. 1880, Nr. 11170 (Best. des das Decr. des k. k. O. B. v. 3. Juni 1880, Nr. 32271, abänd. Decr. des D. L. G. Prag v. 20. Juli 1880, Nr. 21463). G. J. 1881, S. 62.

Die Firma B hat die gegen sie angestellte Klage der Firma A mit der Einrede beantwortet, welche der A zur Erstattung der Replik zugestellt wurde, und sodann die Klage auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen schlechter Vertretung zur Erstattung einer neuen Einrede angebracht, welche der A zur Einrede behändigt wurde. Die Letztere überreichte beide Proceßschriften, von denen die Replik der Firma B zur Erstattung der Duplik zugestellt wurde. — Dagegen recurrirte die Firma B an das D. L. G., welches mit Abänderung des Replikbescheides dem Proceßgerichte auftrug, die Replik der Firma A mit dem Bedeuten zurückzustellen, daß diese Schrift erst nach rechtskräftiger Entscheidung des von der beklagten Firma abhängig gemachten Restitutionsprocesses, resp. nach rechtskräftiger Abweisung der Restitutionsbitte zu überreichen sein wird; weil der durch den Incidentstreit in Frage gestellte processuale Bestand der im Hauptproceß angebrachten und zur Erstattung der Replik verbefehenden Einrede vorerst außer Zweifel gestellt sein muß, wenn von einer auf Beantwortung derselben gerichteten Replik die Rede sein soll. Die Firma A ergriff den Revisionsrecurs, worin sie anführte, daß die obergerichtliche Sistirung des Hauptprocesses der Vorschrift der Hofdecr. vom 25. August 1783, Nr. 179 und 14. November 1785, Nr. 495 der J. G. G., widerstreite.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die oberlandesgerichtliche Verordnung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung derselben.

Nr. 8117.

anspruch eines Arbeiters auf Schadenersatz wegen eines bei
n Betriebe der Unternehmung ihm zugestoßenen Unfalls. —
obatio ad vitandum perjurium: Verhältniß derselben
zur restitutio ob noviter reperta.

Urh. v. 30. Sept. 1880, Nr. 9073 (Best. der gleichförmigen Urth. des R. G.
in v. 17. Februar 1880, Nr. 9806 und des O. R. G. Wien v. 12. Mai
1880, Nr. 6018). Jur. Bl. 1880, Nr. 51.

In der Nähe der I. I. Militärschießstätte im Prater befinden
die nach amerikanischem Systeme gebauten Eishäuser (Magazine)
Firma „Norddeutsche Eiswerke, Actiengesellschaft in Wien“, welche
in Hauptsitz in Berlin hat, jedoch zum Geschäftsbetriebe in den
I. österreichischen Staaten zugelassen ist. Die Eishäuser sind an
em seeähnlichen Donauarm gelegen und geschieht die Eisgewinnung
der Art, daß die auf der gefrorenen Wasserfläche postirten Arbeiter
Eis in etwa metergroße Rechtecke zersägen, diese sodann bis an
Ufer heranschwimmen lassen, wo ein durch ein Locomobil getriebenes
ternosterwerk die Eisplatten erfäßt, sie auf der sogenannten Rutsche
gerhalb des Eishauses hinauf und zu der in der Wand desselben
gebrachten Oeffnung, dem Einfallsloche, hinzuführt; dort übergeht
Eisplatte auf die im Inneren des Hauses befindliche, geneigte
Rutsche, auf welcher das Eisstück in Folge seiner eigenen Schwere
abwärts mit wachsender Geschwindigkeit in das Eishaus hin-
einführt. Zu beiden Seiten der schiefen Ebene im Innern des
Hauses sind mit langen Haken versehene Arbeiter aufgestellt. Diese
sollen die Ordnung zu halten. Wenn die Eisplatten mit mächtigem
Geschwindigkeit auf der Rutsche herabkommen, müssen die Arbeiter dar-
auf achten, daß die Stücke die Längsachse ihrer Bahn nicht zu früh
verlassen. Die Arbeiter müssen die unten angekommenen Platten zur-
ückziehen, wenden und aufschlichten, damit sodann schönes großes
Eis an die Kunden verkauft werden könne. In eben dieser Weise
am 18. Jänner 1875 der Arbeiter „Tagelöhner“ A in einem
Eishäuser beschäftigt. Eine Eisplatte, die ihrer Größe nach ein
zwei Centner schwer sein mochte, entgleiste auf der Rutschbahn
hinunter und stürzte seitwärts herab. A sprang zur Seite. Allein das Eis-
stück, welches pfeilschnell und mit großer Gewalt am Boden dahin-
fuhr, erreichte den Arbeiter und schlug ihn nieder. Es ergab sich,
daß A einen doppelten Querbruch des linken Schienbeines erlitten
hatte, so daß der Verletzte vier Monate im Rudolfspitale zubringen
musste. Dahin hatte die Direction des Eisetablissements ihn über-
weisen lassen. Sie bestritt auch die Heilungskosten. Nachdem jedoch
Patient aus dem Spitale entlassen worden war, ging er vorerst
zu zwei Stücken, und auch nach drei Jahren war A, der ursprüng-
lich

lich nur für sogenannte schwere Tagelöhnerarbeit qualificirt war, zu dieser noch unfähig. Derselbe überreichte im Jänner 1876 gegen die genannte Actiengesellschaft die Klage auf Zahlung von 1 fl. 80 kr. täglich bis zum Aufhören seiner Arbeitsunfähigkeit und begründete das Begehren, rückichtlich das behauptete Verschulden der Gesellschaft, mit der Angabe, daß die Eisrutschen im Innern der Häuser von mangelhafter, ja für die Arbeiter lebensgefährlicher Beschaffenheit, nämlich an beiden Seiten nicht derart mit Pfosten oder Wänden verwahrt seien, daß die einzelnen Eisschollen nicht zur Seite hinuntergeschleubert werden können. Für seine Anführung erbot er sich zum Beweis durch den Zeugen C mit dem Erfüllungseide und deferirte subsidiarisch der Beklagten den rückschiebbaren Haupteid. Die Beklagte wendete ein, daß nicht sie, sondern den Beschädigten selbst ein Verschulden treffe, indem dieser bei der Arbeit sich auf einem Platz postirt habe, welchen zu betreten den Arbeitern ausdrücklich verboten war, und daß die Eisrutsche vollkommen kunstgerecht und die Arbeiter gegen jede Gefahr sichernd hergestellt sei, und berief sich hiefür auf Zeugen und Sachverständige. Nach Aufnahme der beiderseits angebotenen Beweise erkannte das Gericht erster Instanz, daß die Beklagte schuldig sei, dem Kläger den Betrag von 1 fl. 15 kr. für jeden Tag bis zum Aufhören seiner Arbeitsunfähigkeit zu zahlen, wenn der Kläger durch den dem Vorstand der klagten Gesellschaft rückschiebbar aufgetragenen Haupteid den Beweis erbringt, daß an der im Eishause der Gesellschaft nächst der k. k. Schießstätte im Prater befindlichen Eisrutsche, von welcher am 13. Jänner 1875 ein Eisstück herabfiel und den Arbeiter A auf den Fuß traf, beziehungsweise an jenem Theile dieser Rutsche, welche eine stark geneigte schiefe Ebene bildete, am 13. Jänner 1875 Pfosten, welche das Herabfallen des Eises zu verhindern bestimmt waren, an beiden Seiten nicht angebracht waren“, — aus folgenden Gründen: Die einvernommenen Aerzte erklärten den dem Kläger zugefügten doppelten Querbruch des linken Schienbeins als eine sehr schwere Verletzung, welche die Erwerbsunfähigkeit des Beschädigten als Tagelöhner, einem Berufe, der langes Gehen und Stehen mit sich bringt, zweifelsohne zur Folge hat. Durch Geständniß der Gesellschaft ist festgestellt, daß dieser Knochenbruch von dem Ereignisse des 13. Jänner 1875 herrührt, es ist somit das Substrat des Schadenersatzprocesses, der eingetretene Schaden, vollkommen constatirt. Festzustellen kommt sohin, ob das Herabstürzen des Eisstückes von der Eisrutsche auf den Fuß des Klägers auf ein Verschulden der klagten Gesellschaft zurückgeführt werden kann oder nicht. Von beiden Theilen ist zugegeben, daß die Eisrutschen alle Jahre nach Beendigung der Arbeit auseinander genommen und bei Beginn der Arbeit neu construirt werden, daß daher die Rutsche, von welcher damals die Eisplatte herabstürzte, zur Zeit des aufgenommenen (ersten) Kunstbefundes gar nicht mehr bestand. Die Sachverständigen

Haben aber die derzeit bestehenden Eisrutschen bei der zweiten Augenscheinsaufnahme vom 18. Jänner 1878 besichtigt und Aufschlüsse gegeben, welche für die Entscheidung des Processes von Wichtigkeit sind. Sie erklärten, daß diejenigen Eisrutschen, welche sie gesehen haben, vollkommen kunstgerecht hergestellt, von beiden Seiten mit Pfosten versehen und die Arbeiter hiebei außer Gefahr sind. Beide Sachmänner erklärten jedoch weiters mit aller Bestimmtheit, daß eine Eisrutsche, welche die fraglichen Seitenpfosten nicht hat, mangelhaft construirt und für die Arbeiter lebensgefährlich sei und daß die Anlegung solcher Seitenpfosten zu den gewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln gegen zufällige oder durch Unvorsichtigkeit der Arbeiter entstehende Beschädigungen derselben gehöre. Durch die Zeugenbeweise konnte eine Gewißheit darüber, ob die Eisrutsche am 13. Jänner 1875 mit Seitenpfosten versehen war oder nicht, nicht erlangt werden. Es erübrigte als weiteres Beweismittel nur noch der in der Klage der Actiengesellschaft deferirte Haupteid, auf welchen daher der Gerichtshof auch erkannt hat. Die Höhe des eventuell zu leistenden Schadenersatzes wurde mit 1 fl. 15 kr. täglich, als dem Durchschnitte der von den Sachverständigen angegebenen Grenzen entsprechend, bemessen. — Nachdem die Beklagte den Haupteid angetreten hatte, überreichte der Kläger das Gesuch um Zulassung zur Führung des Beweises durch die Zeugen: D, E, F und G pro vitando perjurio; und während die Verhandlung hierüber schwebte, begehrte er die Vernehmung dieser Zeugen zum ewigen Gedächtniß, welche so wie die auch von der Beklagten nachgesuchte Vernehmung der Zeugen K, L und M in perpetuam rei memoriam, bewilligt wurde und stattfand. Die Verhandlung über das Gesuch des Klägers um Zulassung zur Führung des Zeugenbeweises pro vitando perjurio schloß mit der Zustimmung der Beklagten zur Beweisführung. Nun überreichte A die mit den Aussagen seiner zum ewigen Gedächtniß verhörten vier Zeugen instruirte Beweisllage (Hofdec. vom 30. October 1788, 3. O. S. Nr. 911), worin er das Erkenntniß begehrte: Es sei durch diesen nöthigenfalls mit dem Erfüllungseide zu ergänzenden ordentlichen Zeugenbeweis der Beweis hergestellt, daß zc. (vide die Eidesformel oben im Urtheile), und sei der sententionirte, von der Beklagten angetretene Haupteid für nicht abgelegt zu halten. — Das Gericht erster Instanz erkannte: Durch den von A zum ewigen Gedächtnisse mit den Zeugen D, E, F und G geführten Beweis ist der Beweis hergestellt, daß an der in dem Eishause der bellagten Gesellschaft nächst der 1. l. Schießstätte im Prater befindlichen Eisrutsche, von welcher am 13. Jänner 1875 ein Eisstück herabfiel und den Arbeiter A auf den Fuß traf, beziehungsweise an jenem Theile dieser Rutsche, welche eine stark geneigte schiefe Ebene bildete, am 13. Jänner 1875 Pfosten, welche das Herabfallen des Eises zu verhindern bestimmt waren, an beiden Seiten nicht angebracht waren. Demnach ist der

sententionirte und von der beklagten Gesellschaft angetretene negative Haupteid über diesen Umstand für nicht abgelegt zu halten. Gründe: Der §. 231 a. G. O. trifft ganz allgemein für alle Parteien die Verfügung, daß, wenn ein Theil vor abgelegtem Eide neue Beweis- oder Gegenbeweismittel ausfindig gemacht hätte und durch Beibringung ständhafter Behelfe oder in Ermangelung derselben durch seinen Eid darzuthun vermöchte, daß er dieselben während des Processes nicht geflissentlich verschwiegen habe, in diesem Falle der Gegentheil nicht zum Eide, sondern er zur Führung seines Beweises oder Gegenbeweises zugelassen sei. Aus dieser Fassung des Paragraphen ergeben sich zwei Corollarien, welche mit Beziehung auf die in den Satzschriften enthaltenen Rechtsausführungen einer Präcisirung bedürfen. Vor Allem ist es nämlich wichtig hervorzuheben, daß die probatio ad vitandum perjurium keineswegs als Gegenbeweis, welcher gegen das Eidesthema gerichtet erscheint, im Allgemeinen aufgefaßt werden kann; gerade im Gegentheile hat im Falle der Eidessdelation die probatio ad vitandum perjurium das Beweisthema des Deferenten unmittelbar selbst zum Gegenstande; je nachdem nun die Eidessdelation selbst als Beweis- oder Gegenbeweismittel gebraucht wurde, nehmen die in der probatio ad vitandum perjurium angebotenen Beweismittel selbst die Natur von Beweis- und Gegenbeweismitteln an, und analog würde der Fall sein, wenn dieses Rechtsmittel gegen einen Erfüllungseid in Anwendung gebracht wird, wo es sich alsdann nur darum handeln kann, ob der Erfüllungseid zur Ergänzung einer zum Beweise oder zum Gegenbeweise erbrachten halben Probe zu dienen hat; es läßt sich demnach nicht schon allgemein behaupten, wie es der Kläger gethan hat, daß es gegen die ad vitandum perjurium angebotenen Beweismittel keinen directen Gegenbeweis geben könne, weil ein Gegenbeweis gegen einen Gegenbeweis nicht statthaft sei, sondern es kommt auf die Natur des Falles an, ob die mit Beweisführung einen als Beweis oder Gegenbeweis zugelassenen Eid surrogiren soll; und in dem ersten Falle wird man die probatio ad vitandum perjurium als eine directe Beweisführung, und im anderen Falle bloß als eine Gegenbeweisführung anzusehen haben. Es ist aber weiters auch wichtig hervorzuheben, daß die probatio ad vitandum perjurium allerdings mannigfache Analogie mit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen neu aufgefundenen Befehle habe, ja daß gewissermaßen die probatio ad vitandum perjurium als ein specieller Fall dieses außerordentlichen Rechtsmittele anzusehen sei. Noch wichtiger aber ist es, wenn man sich die letzteren Ausdruckes bedient, scharf im Auge zu behalten, daß Vorschriften des §. 372 a. G. O. keineswegs auf die probatio ad vitandum perjurium Anwendung leiden, daß vielmehr die §. 231 a. G. O. und im Hofdecrete vom 30. October 1788, G. G. Nr. 911, enthaltenen Bestimmungen weitgreifende Ver-

denheiten von dem gewöhnlichen Restitutionsverfahren ob noviter reperta zeigen. Freilich, in der Nothwendigkeit eines Vorverfahrens zeigt sich in beiden Restitutionsfällen eine gewisse Analogie; während aber im Falle einer gewöhnlichen Restitution ob noviter reperta der Restitutionswerber die Rescindirung des Urtheiles und des Verfahrens bis zu jener Sagschrift begehren muß, in welcher er von dem neuen Beweismittel Gebrauch machen will, läßt das Verfahren, welches der probatio ad vitandum perjurium vorangeht, das auf den Eid ergangene Urtheil vollkommen intact, und hat die Entscheidung bloß die Zulassung der neuen Beweisführung bedingt oder unbedingt auszusprechen oder abzuweisen. Wenn daher im Falle einer gewöhnlichen Restitution ob noviter reperta das erste Urtheil rescindirt worden sein muß und, von der betreffenden Sagschrift angefangen, in welcher die neu aufgeführten Behelfe geltend gemacht werden wollen, ein vollkommen neues Verfahren beginnt, bleibt im Falle der probatio ad vitandum perjurium die ganze frühere Streitverhandlung sammt allen Beweisführungen unberührt und die neue Beweisführung tritt nun an die Stelle der früheren Eidesdelation oder Eidesanerbietung mit der Wirkung, daß, wenn der Proband mit einem ordentlichen Beweise oder der Reproband mit einem ordentlichen Gegenbeweise nicht aufkommt, der Eid von dem Gegentheile nicht mehr zu fordern, sondern für abgeschworen zu halten ist. Es ergibt sich demnach, daß dem Prozesse, welcher über die Klage in einem solchen Falle geführt wird, enge Grenzen gesteckt sind; und wenn auch das Hofdec. vom 30. October 1788, Nr. 911, sagt, daß über eine solche Klage wie über jedes andere Klagerecht zu verfahren sei, so ergibt dennoch eine aufmerksame Erwägung des Wesens dieses Rechtsmittels bis zur vollsten Evidenz, daß die Klage keinen anderen Zweck haben kann, als den Ausspruch, ob durch die von dem Kläger beigebrachten Beweismittel das Widerspiel des vom Gegner zu beschwörenden Eidesjages bewiesen werde oder nicht; ferner daß die Verhandlung, welche über diesen Proceß geführt wurde, nur im innigsten Zusammenhange mit dem abgeführten Hauptproceße geprüft und gewürdigt werden kann. Werden diese gesetzlichen Bestimmungen auf den vorliegenden Fall angewendet, so kommt vor Allem hervorzuheben, daß die beklagte Gesellschaft in die Innehaltung mit der Eidesleistung, in die Einbringung der Klage und in die Beweisführung durch die Zeugen D, E, F und G, sammt dem Erfüllungseide des Klägers gewilligt, daß somit das Verfahren ohne Urtheilsschöpfung sein Ende gefunden hat. Nunmehr wird zu untersuchen sein: 1. Ob durch die Aussage der geführten Zeugen D, E, F und G dargethan sei, daß an der in dem Eishause der beklagten Gesellschaft nächst der k. k. Schießstätte im Prater befindlichen Eisrutsche, von welcher am 13. Jänner 1875 ein Eisstück herabfiel und den Arbeiter A auf den Fuß traf, beziehungsweise an jenem Theile dieser Rutsche, welcher eine stark geneigte schiefe Ebene

bilbete, am 13. Jänner 1875 Pfosten, welche das Herabfallen des Eises zu verhindern bestimmt waren, an beiden Seiten nicht angebracht waren? 2. Ob in dem Falle, als dieser Beweis ganz oder doch bis zur ersten halben Probe durch Zeugen hergestellt wird, das Beweismaterial des Hauptprocesses zur Ergänzung und Bestärkung oder zur Entkräftung des durch die Zeugen erbrachten Beweises dienlich sei? 3. Ob die von der Beklagten gegen die Beweisführung des Klägers durch die Zeugen K, L, M, angebotene Gegenbeweisführung zulässig sei und ob im Bejahungsfalle die Wirkung des vollen oder halb erbrachten Beweises durch diese Beweisführung zerstört wurde? Und 4. ob schließlich nach dem gesammten Materiale der Beweisführung noch Raum für den von A angebotenen Erfüllungseid sei? Nach diesen vier Punkten haben sich daher die Entscheidungsgründe zu gliedern und es erscheint zweckmäßig, die gewählte Ordnung beizubehalten, weil durch deren Einhaltung die verschiedenen streitigen That- und Rechtsfragen ihre entsprechende Würdigung am besten finden können. Ad 1. Faßt man das Ergebniß der (in den Motiven analysirten) Zeugenaussagen zusammen, so kann man keinen Zweifel haben, daß — wenn die Zeugen als glaubwürdig angenommen werden — der Beweis zur Vermeidung eines Meineides, der Beweis des Widerspiels des bestrittenen Haupt-eides vollkommen hergestellt ist. Zwei Zeugen haben die Eisrutsche, an welcher A verunglückte, zur entscheidenden Zeit gesehen und haben, mit Berufung auf den abgelegten Zeugeneid, mit vollster Bestimmtheit angegeben, daß die Eisrutsche ohne jedwede Seitenpfosten construiert war; zwei andere Zeugen bestätigen, daß in den anderen Eishäusern derselben Gesellschaft die Eisrutschen eine ganz gleiche Construction hatten; die Zeugen wissen, daß von den Eisrutschen wiederholt Eisstücke auf der Seite heruntergefallen sind; alle Zeugen bestätigen, daß bei keiner Eisrutsche, welche sie gesehen haben, im Winter 1875 Seitenpfosten vom Einfallsloche bis zur Ebene angebracht waren. — Ad 2. Der Zustand der Eisrutsche, in deren Nähe A beschädigt wurde, konnte durch den Augenschein nicht mehr erhoben werden, denn die Eisrutschen werden alljährlich neu construiert und als die Gerichtscommission den Augenschein vornehmen wollte, bestand die Eisrutsche, um die es sich handelte, lange nicht mehr. Es ist indessen wohl sehr bemerkenswerth, daß die Eisrutschen, welche die Sachverständigen in den Eishäusern der geklagten Gesellschaft im Winter 1878 in Augenschein nahmen, eine ganz andere Construction hatten, als wie dieselben von den Zeugen D, E, F und G im Winter 1875 wahrgenommen wurde. Die Sachverständigen fanden im Winter 1878, daß die Eisrutschen an jenem Theile der schiefen Ebene, welcher stark geneigt ist, an beiden Seiten mit Pfosten versehen waren, welche das Herabgleiten oder Stürzen des Eises verhindern; sie fanden daher aus diesem Grunde die Eisrutschen

ganz vollkommen zweckentsprechend construirt und versicherten, daß bei einem ordentlichen Betriebe der Eiswerke die Eisstücke von der Seite nicht leicht herabgeschleudert werden können, weil eben die Seitenpfosten das Eis an dem Herabstürzen verhindern. Diese Aussage der Sachverständigen reicht vollkommen aus, um die Glaubwürdigkeit der Zeugenaussagen erheblich zu unterstützen; denn das häufige Vorkommen des Herabstürzens des Eises von der Eisrutsche im Jahre 1875 ist durch alle vier obengenannten Zeugen übereinstimmend, constatirt worden; und wenn man erwägt, daß die Sachverständigen bei der im Jahre 1878 in Augenschein genommenen Rutsche die Möglichkeit des Herabstürzens des Eises als eine sehr entfernte bei ordentlichem Betriebe des Eiswerkes bezeichneten, so liegt der Schluß sehr nahe, daß das behauptete häufige Herabstürzen des Eises in der unvollkommenen Construction der Eisrutsche im Jahre 1875 seinen Grund hatte, so daß die Angaben der Zeugen über die mangelhafte Construction der Eisrutsche im Jahre 1875 auch von dieser Seite her eine sehr erhebliche Betätigung und Unterstützung erhalten. Ein Material, welches die Beweiskraft der Aussage der Sachverständigen zu schwächen vermöchte, hat das Beweisverfahren in der Hauptsache nicht zu Tage gefördert. — Ad. 3. Die beklagte Gesellschaft hat aber durch die Zeugen K, L und M einen directen Gegenbeweis gegen die Aussagen der Zeugen D, E, F und G, angeboten und beziehungsweise sich in ihrer Sagschrift auf die Aussage dieser zum ewigen Gedächtniß vernommenen Zeugen berufen, um das Gewicht der klägerischerseits geführten Beweise zu entkräften. Es ist nun wohl klar, daß in keinem Falle mit Beurtheil auf die wiederholte Abhörung dieser bereits zum ewigen Gedächtniß einvernommenen Zeugen erkannt werden kann; denn entweder ist die Führung eines solchen Gegenbeweises — wie der Kläger behauptet — in diesem Prozesse nicht zulässig und in diesem Falle kann von einer Verlässichtigung der bereits zum ewigen Gedächtniß einvernommenen Zeugen eben so wenig als von einer nochmaligen Abhörung derselben die Rede sein, oder aber es erscheint die Führung eines solchen Gegenbeweises gegen die Klagebehauptungen in dem eben vorliegenden Rechtsstreite als zulässig, dann müssen die Aussagen der zum ewigen Gedächtniß einvernommenen Zeugen sofort schon in diesem Prozesse verworthen werden und bedarf es eines Beurtheiles so wenig, daß dessen Schöpfung vielmehr ganz und gar unzulässig wäre. Wenn nun das vorliegende Verfahren als ein einfacher Fall einer Restitution wegen neu aufgefundenener Behelfe angesehen werden könnte, so wäre die Entscheidung allerdings leicht; in einem solchen Falle, in welchem das erlassene Urtheil sammt allen Parteischriften bis zu jener, in welcher von dem neuen Beweismittel Gebrauch gemacht werden soll, einfach rescindirt wird, ist es ganz klar, daß der Gegner des Restitutionswerbers keineswegs an die in dem früheren Prozesse

gebrauchten Beweismittel gebunden ist; hat er eine Einrede auf eine neue Klage zu erstatten, so ist die Einrede eben eine ganz neue, weil die alte rechtlich gar nicht mehr existirt, und er kann alle That-
sachen und Beweismittel vorbringen, welche ihm passend erscheinen, ohne durch die im rescindirten Proceß überreichte Einrede irgend in der Wahl der Beweismittel beschränkt zu sein; und ganz dasselbe gilt in dem Falle, wenn das Verfahren bis zur Einrede rescindirt wurde, von dem auf die neue Einrede replicirenden Kläger. Ganz anders liegt aber die Sache in dem Falle der probatio ad vitandum perjurium, in welchem Falle, wenn man gleichwohl in demselben eine Restitution wegen neu aufgefundener Behelfe erblicken muß, eine Rescindirung des früheren Urtheiles und des früheren Verfahrens in keiner Weise eintritt. In diesem Falle kann daher der Gegner des Probanden Beweise, welche er im ersten Hauptproceß hätte führen sollen, in dem neuen Verfahren nicht ohneweiters nachtragen; er kann nicht verlangen, zu einer neuen zweiten Einrede gegen die erste Hauptklage zugelassen zu werden; oder, was auf dasselbe hinauskommt, er kann nicht ohneweiters und ohne eigentliches Restitutionsbegehren die Mängel seiner Vertheidigung im ersten Hauptproceß nunmehr durch Neuerungen in dem Proceß, welcher ad vitandum perjurium geführt wird, nachtragen. Die Behauptung, daß die Eiserutsche ohne Seitenpfosten construirt war, ist schon in der Klage vorgebracht und vom Kläger der Haupteid über diesen Umstand angeboten worden; in der Einrede hat die bellagte Gesellschaft diese Thatsache einfach widersprochen, ohne einen Gegenbeweis anzubringen; in der Duplik hat sie mit Legungsbewilligung einen Beweis durch die Zeugen H und I angeboten, auf welchen Zeugenbeweis auch erkannt wurde und dessen Würdigung schon im Hauptproceß erfolgt ist. In der Einrede also oder doch in der Duplik hätte die bellagte Gesellschaft daher auch den Beweis auch durch die Zeugen K, L und M über die ordnungsgemäße Construction der Eiserutsche führen sollen und es kann nicht angehen, daß die bellagte Gesellschaft von diesem Beweismittel jetzt nach rechtskräftig ergangenem Haupturtheile einen Gebrauch macht. Um von diesem Zeugenbeweise rechtlich Gebrauch zu machen, bedurfte es der Restitution wegen neu aufgefundener Behelfe, der Rescindirung des ersten Endurtheiles und der Erstattung einer neuen Einrede und Duplik, und es kann in keiner Weise zulässig erkannt werden, diese vorlängst unterlassene Beweisführung in dem gegenwärtigen Proceß nachzutragen. Es ergibt sich die Richtigkeit dieser Anschauung auch daraus, daß der Kläger selbst, um die Zeugen D, E, F und G führen zu dürfen, auch der im §. 231 a. G. O. normirten Restitution bedurfte, und es kann die Bellagte sohin auch nicht günstiger als der Kläger gestellt sein und ohne Restitution zu Beweisen zugelassen werden, welche schon im Hauptproceß so leicht anzubieten und durchzuführen gewesen wären. Dem steht auch

keineswegs entgegen, daß der Kläger selbst damals seine heute geführten Zeugen auch nicht geführt hat; denn die Thatsache selbst, gegen welche die Beklagte den Gegenbeweis führen will, war ja in der Klage behauptet worden, und wenn die Beklagte gegen diese Thatsache Beweismittel im Hauptprocesse nicht geltend gemacht hat, so sind dieselben für sie unter allen Umständen verloren, falls sie nicht ebenso um Restitution wirbt, wie sie der Kläger selbst nachgesucht und erwirkt hat. Wären daher die Zeugen K, L, M nicht schon zum ewigen Gedächtnisse vernommen worden, so könnte nach dem dermaligen Stande der Sache niemals ein Beirtheil auf Zulassung dieser Zeugen gefällt werden, und ganz logisch folgt hieraus, daß das Ergebniß des zum ewigen Gedächtniß abgeführten Zeugenbeweises in dem vorliegenden Processe nicht verwerthet werden darf. Es geschieht daher auch nur zum Ueberflusse, daß auf die Aussagen dieser drei Zeugen hier noch näher eingegangen wird, um vor Allem klarzustellen, ob nicht auch unter einer entgegengesetzten Rechtsanschauung das Resultat der Beweisführung zu dem gleichen Schlussergebnisse führen müßte. (Folgt die Analyse der Zeugenaussagen.) Hält man nun das Resultat dieser Beweisführung mit dem Eidessthema zusammen, so ist es ganz klar, daß die einvernommenen Zeugen in keiner Weise bestätigen konnten, daß die Eisrutsche im Allgemeinen, und daß insbesondere die in Rede stehende Eisrutsche durch den ganzen Lauf ihrer stark geneigten Ebene mit Seitenpfosten versehen war; sie sprechen nur davon, daß die Pfosten am Einfallsloche und an der ersten Rutsche, daß sie, so weit es nöthig war, so weit das Eis einen starken Lauf hatte, angebracht waren. Dagegen hat auch nicht Ein Zeuge ausgesagt, daß der ganze stark geneigte Theil der Eisrutsche mit Seitenpfosten versehen war, und auf diese Weise konnten die Aussagen dieser Zeugen nicht nur keinen Gegenbeweis gegen die Aussagen der Zeugen D, E, F und G erbringen, wenn selbst die Zeugenbeweisführung zulässig wäre, sondern es müßte eben in denselben vielmehr eine Bestätigung des Beweissatzes mindestens so weit erkannt werden, als aus diesen Zeugenaussagen mit großer Wahrscheinlichkeit hervorgeht, daß der Schutz der Eisrutschen durch Seitenpfosten sich auf die obersten Theile der stark geneigten schiefen Ebene überhaupt und im concreten Falle insbesondere beschränkt hatte. Ad. 4. Wird aus allen diesen Aussagen und aus dem gesammten Beweismaterial das Endergebniß gezogen, so kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die probatio ad vitandum perjurium dem Kläger vollkommen gelungen ist, und daß es auf die erfüllungsweise Beschwörung dieser Thatsache durch ihn gar nicht mehr ankommen kann. Die Aussagen der ad vitandum perjurium einvernommenen Zeugen stellten den Beweissatz selbst auf unmittelbare Weise fest; das Gutachten der Sachverständigen unterstützt in hohem Grade die Aussagen dieser Zeugen; der Gegenbeweis durch die

Zeugen K, L, M ist in diesem Verfahren ohne Restitution wegen neu aufgefundenener Behelfe unzulässig; und wenn selbst diese Anschauung nicht richtig oder wenn die Restitution geworben worden wäre, können die Aussagen dieser Zeugen nimmermehr zur Erhärtung des von dem Delaten angebotenen Eides dienen, da im Gegentheile diese Aussagen die Thatsache, daß der ganze stark geneigte Theil der schiefen Ebene mit Seitenpfosten versehen war, nicht bestätigen und überdies auch mit der Aussage des Zeugen C im Widerspruche stehen. Es ist demnach durch die ad vitandum perjurium einvernommenen Zeugen und durch die Resultate des Beweisverfahrens im Hauptproceß der durch Einvernehmung der Gegenzeugen keineswegs geschwächte Beweis erbracht, daß der stark geneigte Theil der schiefen Ebene nicht mit Seitenpfosten (mindestens nicht in der ganzen Ausdehnung dieses Theiles der schiefen Ebene) geschützt war und es mußte daher die Erbringung dieses Beweises, welcher ad vitandum perjurium angeboten wurde, durch Urtheil ausgesprochen werden. — Das D. L. G. bestätigte das erstgerichtliche Urtheil aus dessen Gründen.

Die a. o. Revisionsbeschwerde der Beklagten wurde von dem obersten Gerichtshof verworfen, in der Erwägung, daß nicht bloß in den übereinstimmenden Urtheilen der unteren Instanzen keine Richtigkeit und keine offenbare Ungerechtigkeit zu erkennen, sondern in der eingehenden und umfassenden Begründung des erstgerichtlichen Urtheiles die vollste Rechtfertigung derselben gelegen ist.

Nr. 8118.

Kauf bricht Miethe: Perfection des Kaufvertrages.

Entsch. v. 30. Sept. 1880, Nr. 10862 (Best. des das Urth. des B. G. Richter v. 28. März 1880, Nr. 1704, abänd. Urth. des D. L. G. Prasan vom 18. Mai 1880, Nr. 7633). G. S. 1880, S. 479.

A kaufte das dem B verpachtete Gut des minderjährigen C und kündigte dem B nach §. 1120 a. b. G. B. den Pachtvertrag, ohne die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung des Kaufes erwirkt zu haben. — B bestritt die Kündigung, welche in erster Instanz aufrecht erhalten, in zweiter Instanz hingegen für unwirksam erklärt wurde.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung. Gründe: Der Vertrag, mit welchem A das Gut gekauft hat, kann nicht als perfect gelten, bis derselbe vormundschaftsgerichtlich genehmigt wurde. Solange diese Genehmigung aussteht, hat A das Gut nicht

erben, wie er dasselbe auch nicht in den Besitz übernommen hat. fehlen daher die Voraussetzungen, unter welchen er zur Pacht-Ünbigung nach §. 1120 a. b. G. B. berechtigt war.

Nr. 8119.

summarisches Verfahren: Unzulässigkeit der Revisionsbeschwerde gegen die zu Gunsten des Beschwerdeführers erfolgte Abänderung der Eidesformel.

Entsch. v. 5. Oct. 1880, Nr. 7574. G. S. 1880, S. 464.

In der summarisch verhandelten Rechtsache des A wider B verurtheilte der oberste Gerichtshof die Revisionsbeschwerde des Klägers gegen das obergerichtliche Urtheil, wodurch die Formel des in erster Instanz mentionirten Haupteides zu seinen Gunsten abgeändert wurde, nach § 51 des Gesetzes über den summarischen Proceß als unzulässig verworfen.

Nr. 8120.

Relicitation: Einbeziehung des verfallenen Badium in die Meistgebotsvertheilung; Terminus a quo für Berechnung des dreijährigen Zinsenausstandes.

Entsch. v. 5. Oct. 1880, Nr. 10742 (theilweise Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. G. St. Leonhard in Steiermark v. 14. März 1880, 1882 und des O. L. G. Graz v. 7. Juli 1880, Nr. 7719). G. S. 1881, Nr. 45.

Die von A in Execution gezogene Liegenschaft des B wurde am 14. November 1878 im dritten Feilbietungstermine von C erstanden, sodann wegen Versäumung der im Edict festgesetzten Fristen zur Relicitation des Meistgebotes am 24. October 1879 relicitirt und dem C zugeschlagen. — Bei der Vertheilung des Meistgebotes wurde in der ersten und zweiten Instanz, 1. das von dem Ersteher C bei der Vertheilung vom 14. November 1878 erlegte Badium in den Vertheilungsfond nicht einbezogen und 2. die Pfandrechtopriorität der Capitalforderung des Executionsführers nur den dreijährigen Zinsen der Relicitationstage zurückgerechnet, zugesprochen, während er die Vertheilung des Capitals für die dreijährigen Zinsen vom Tage der ersten Feilbietung, 14. Nov. 1878, in Anspruch genommen hatte. A ergriff den a. c. Revisionsrecurs.

In Erwägung ad 1, daß die Relicitation nur eine Fortsetzung der Execution ist; daß das vom ersten Ersteher C erlegte Badium nach Inhalt der Feilbietungsbedingungen den Gläubigern im Falle der Relicitation für den etwaigen Meistgebotsabfall und verursachten Schaden zu haften hat; daß die Vergleichung des ersten Meistgebotes von 1650 fl. mit dem in der Relicitation erzielten von 1360 fl. einen Ausfall von 290 fl. ergibt, welcher durch das vom ersten Ersteher deponirte Badium von 181 fl. nicht gedeckt, geschweige denn überschritten wird; daß bei dieser Sachlage den Satzgläubigern auf das aus der Execution der Hypothekarrealität herrührende Badium ein Anspruch, beziehungsweise das Recht unzweifelhaft zusteht, die Verwendung dieses Badiums zur Ergänzung des geringeren Relicitationserlöses und zu ihrer Befriedigung nach Maßgabe der Rangordnung zu begehren; ad 2, daß es sich um die Vertheilung des durch die Relicitation erzielten Meistgebotes handelt, daher für die Ermittlung der in der Rangordnung des Capitals auf das Meistgebot anzuweisenden Zinsen der letzten drei Jahre vom Versteigerungstage zurückgerechnet, der Tag der Relicitation, nicht der Tag der früheren Versteigerung maßgebend ist, — hat der oberste Gerichtshof ad 2 den Recurs verworfen und ad 1 die Einbeziehung des von C erlegten Badiums in den Vertheilungsfond angeordnet.

Nr. 8121.

Einfluß des relativen Anwaltszwanges auf die Bestellung eines Armenvertreters.

Entsch. v. 5. Oct. 1880, Nr. 11099 (Best. des Decr. des D. L. G. Graz v. 19. August 1880, Nr. 9311). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 11.

Das Gesuch des in Wien wohnhaften Vormundes der vermögenslosen A um Beigabe eines unentgeltlichen Vertreters zur Aufstreuung und Durchführung des Paternitätsprocesses gegen ihren in Marburg domicilirten unehelichen Vater B wurde von dem Advocatenkammerauschuß in Graz abgewiesen. — Von dem D. L. G. wurde das Gesuch bewilligt und der Kammerauschuß zur Bestellung der Person des Vertreters aufgefordert, in der Erwägung, daß nach §. 17 a. G. D. in Rechtsfachen, die zum mündlichen Verfahren geeignet sind, die Partei nach Belieben die Klage mündlich oder schriftlich anbringen kann und diese Bestimmung durch den Art. II des Einführungsgesetzes zur Advoc.-Ordn. v. 6. Juli 1868, R. G. Bl. Nr. 96, nicht außer Kraft gesetzt worden ist; daß der in Wien wohnhafte Gesuchsteller den Willen, die Klage schriftlich einzureichen, damit an den Tag gelegt hat, daß er anführte, nicht in der Lage zu sein, nach

Marburg zu reisen, um dort die Vaterschaftsklage bei Gericht protokollieren zu lassen; daß in Marburg mehrere Advocaten bestehen und deshalb die von ihm intendirte schriftliche Klage gemäß Ministerialverordnung v. 5. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 122, mit der Unterschrift eines Advocaten versehen sein muß.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 8122.

Unrechtle Erledigung des vor Ablauf der urtheilsmäßigen Erfüllungsfrist eingebrachten Executionsgesuches nach Ablauf derselben.

Entsch. v. 5. Oct. 1880, Nr. 11132 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Prag v. 8. Mai 1880, Nr. 14098 und des O. L. G. Prag v. 14. Juli 1880, Nr. 20770). G. S. 1881, S. 22.

Der Beklagte B wurde gegen einen Haupteid des Klägers A zur Zahlung von 10.000 fl. verurtheilt, der Eid von dem A abgehört und B hiervon mit dem gerichtlichen Bescheid vom 10. April 1880, zugestellt am 14. April, verständigt. Am 28. April begehrte der Kläger im Executionswege die Einverleibung des Pfandrechtes für die urtheilsmäßige Forderung pr. 10.000 fl. bei der Liegenschaft X des Beklagten, welche ihm in erster Instanz mit Bescheid vom 8. Mai bewilligt wurde. Dagegen recurrirte der Beklagte und machte geltend, daß die 14tägige Frist zur Erfüllung seiner Urtheilsobligation, welche am 15. April als dem Tage nach der Zustellung der Verständigung von der Eidesleistung des Klägers zu laufen begann, am 28. April 1880 noch nicht abgelaufen war, daher das an diesem Tage überreichte Executionsgesuch als verfrüht hätte zurückgewiesen werden sollen. — Das O. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung, weil das Executionsgesuch des Klägers erst am 8. Mai 1880, also nach Rechtskraft des Bescheides vom 10. April erledigt worden ist und Recurrent nicht behauptet, daß er inzwischen die judicatmäßige Zahlung geleistet habe.

B ergriff den a. o. Revisionsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshof wegen Mangels der Voraussetzungen des Hofdecr. vom 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, für die Abänderung gleichförmiger Entscheidungen der Untergerichte verworfen wurde.

Nr. 8123.

Formelle Vorbedingungen der Einverleibung einer (cedirten) Forderung bei der eingetragenen Hypothek für einen eröffneten Credit.

Entsch. v. 5. Oct. 1880, Nr. 11169 (Best. des das Decr. des O. L. G. Prag v. 28. Februar 1880, Nr. 6267, abänd. Decr. des O. L. G. Prag v. 8. Juni 1880, Nr. 16677). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 49. Jur. Bl. 1881, Nr. 6.

B hat mit Urkunde vom 5. April 1878 dem C für den ihm von demselben eröffneten Credit im Höchstbetrage von 2400 fl. eine Hypothek bestellt, welche verbüchert wurde. Mit Urkunde v. 19. Februar cedirte C eine ihm angeblich aus der Benutzung des Creditcs durch den B erwachsene Forderung von 1781 fl. gegen den Letzteren dem A, welcher darauf die Einverleibung der Cession bei der für die Creditforderung des Cedenten intabulirten Hypothek begehrte. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem O. L. G. mit nachstehender Begründung abgewiesen: Durch die Einverleibung der Pfandbestellungsurkunde v. 5. April 1878 wurde lediglich die Rangordnung bestimmt, in welcher die Forderung des Gläubigers innerhalb des Höchstbetrages von 2400 fl. aus dem Pfande zur Zahlung gelangt; die Forderung des Gläubigers aber muß, um innerhalb des Rahmens des intabulirten Höchstbetrages zur Befriedigung zu gelangen, liquid gestellt sein, und zwar durch in tabularmäßiger Form ausgesprochene Anerkennung des Pfandbestellers oder durch ein Judicat. Dies ist nun im concreten Falle nicht geschehen, da aus der Cessionsurkunde vom 19. Februar 1880 die Liquidität der Forderung pr. 1781 fl. nicht ersichtlich ist, diese Forderung daher Gegenstand einer bücherlichen Amtshandlung in keiner Weise sein kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung, weil auf Grund der Pfandbestellungsurkunde vom 5. April 1878 noch keineswegs ein Pfandrecht für eine bestimmte bereits bestehende Forderung vorgemerkt worden ist, demnach tabularmäßig eine übertragbare Forderung noch nicht besteht, und wenn eine in den Rahmen des pfandrechtl. sichergestellten Creditcs fallende Forderung, beziehungsweise das Pfandrecht hiersür bücherlich übertragen werden soll, diese Uebertragung zur nothwendigen Voraussetzung hat, daß eine bereits liquid gestellte ziffermäßige Forderung innerhalb des Höchstbetrages des Creditcs zur bücherlichen Vorschreibung gelangt sei, was vorliegend nicht der Fall ist und auf Grund der Cessionsurkunde allein nicht geschehen kann.

Nr. 8124.

Voraussetzungen der Pränotationsbewilligung.

J. v. 5. Oct. 1880, Nr. 11494 (Best. des Decr. des B. G. Saaz vom Mai 1880, Nr. 7333, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag v. 13. Juli 1880, Nr. 20651). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 10.

A beehrte für eine Forderung von 1201 fl. gegen die B die Verletzung des Pfandrechts bei einer Hypothekarforderung der Leg. per 2500 fl. Das Gesuch war instruiert 1. mit einem Schreiben B an den A ohne Zeitdatum, worin sie sich als seine Schuld- für den Betrag von 1201 fl. einbekannte und ihm die obige Hypothekarforderung verpfändete; 2. mit dem Couvert, worin der A nach der Angabe des A eingeschlossen war und dessen Post- sel das in dem Brief fehlende Zeitdatum ersetzen sollte. — In Instanz wurde das Gesuch mit der Begründung abgewiesen, die beigebrachten Urkunden, nämlich der Brief und das Couvert, n Nichtanführung eines gültigen Rechtsgrundes, nichtgenauer ichnung der aus der Erklärung berechtigten Person, Nichtangabe Ortes, Tages, Monates und Jahres der Ausfertigung des Brie- in welchem auch der Rechtsgrund zum Pfandrechte für die For- ag von 1201 fl. nicht ersichtlich ist, und da das Couvert mit dem se in gar keinem sichtlichem Zusammenhange steht, den Vorschriften §§. 26, 27 und 36 Grundb.-G. nicht entsprechen. — Auf den rrs des A bewilligte das D. L. G. die Pränotation, weil dem se und dem Couvert mit Rücksicht auf die Ueberschrift beider und Recurrenten Besitz derselben die allgemeinen Erfordernisse der 26 und 27 Grundb.-G. nicht mangeln, und weil auch durch die em Briefe enthaltene ausdrückliche Schuldanerkennung und die n eingeräumte Sicherstellung sowohl die Forderung des Recur- m als auch der Rechtsgrund zum Pfandrechte im Sinne des 36 Grundb.-G. hinlänglich bescheinigt sind.

Der oberste Gerichtshof resituirte den erstgerichtlichen Bescheid dessen Gründen.

Nr. 8125.

istgebotsvertheilung: Rang des auf Grund eines bulirten Pachtrechts beanspruchten Ersatzes der Bewirth- chastungskosten und des vorausgezählten Pachtzinses.

J. v. 5. Oct. 1880, Nr. 11517 (Best. des das Decr. des B. G. Thalgaun 6. Juli 1880, Nr. 1375, abänd. Decr. des D. L. G. Wien v. 24. August 1880, Nr. 13800). G. S. 1880, S. 434.

Bei der Vertheilung des Meistgebots für die im Executions- e versteigerte und von dem Executionsführer A am 18. Juni

1880 erstandene Liegenschaft X wurden die von dem Pächter derselben B als Vorzugsposten angemeldeten Entschädigungsforderungen von 135 fl. für die von ihm im Frühjahr 1880 bestrittenen Kosten der Bewirthschaftung und für den von ihm am 3. April 1880 vorausgezählten Pachtschilling pr. 250 fl. in erster Instanz auf den Pachtschilling weder als Vorzugspost noch nach der Rangordnung der Eintragung des Pachtvertrages angewiesen, weil für den genannten Pächter nur das Bestandrecht auf der in Execution gezogenen Liegenschaft einverleibt worden ist, der Pächter daher nur ein dingliches Recht im Sinne des §. 1095 a. b. G. B., nicht aber auch ein Pfandrecht an demselben erworben hat, und das dem Bestandnehmer in Rücksicht auf die Entschädigung im Schlusse des §. 1121 a. b. G. B. vorbehaltene Vorzugsrecht nur gegen den Bestandgeber, wie es der gleichfalls von der Veräußerung des Bestandsstückes handelnde §. 1120 a. b. G. B. in seiner Schlußbestimmung ausdrücklich verordnet, geltend gemacht werden kann. — Das O. L. G. entschied, daß der Anspruch des B auf den Betrag von 135 fl. für die bestrittenen Kosten der Bewirthschaftung als Vorzugspost zu behandeln sei und daß seiner Forderung des Ersatzes des vorausgezählten Pachtschillings pr. 250 fl. die Rangordnung der grundbücherlichen Eintragung des Pachtvertrages zukomme, weil die Bewirthschaftungskosten als zum Nutzen aller Gläubiger aufgewendet angesehen werden müssen, die Zurückzahlung des vorausgezählten Pachtschillings sich nur als eine Entschädigung des vorzeitig aufgelösten Bestandverhältnisses darstellt und das einverlebte Bestandrecht als dingliches nicht bloß gegen die Person des Bestandgebers wirksam ist, daher der Schlusssatz des §. 1121 a. b. G. B. Anwendung findet und die Pachtschillingentschädigung wenigstens den Vorzug der grundbücherlichen Rangordnung genießt.

Auf den Recurs des Erstehers A bestätigte der oberste Gerichtshof die obergerichtliche Entscheidung aus den Gründen derselben und in der weiteren Erwägung, daß nach den Feilbietungsbedingungen der Meistbieter den physischen Besitz der Realität sogleich nach dem Zuschlage zu übernehmen hatte und Recurrent nicht in Abrede gestellt hat, den Besitz am Erstehungstage, d. i. am 18. Juni angetreten zu haben, daher die von dem Pächter B seit 3. April 1880 für die Bewirthschaftung des Gutes aufgewendeten Kosten insbesondere dem Ersteher zu Gute kommen.



Nr. 8126.

Cautio actoria: Kürzlich errichtetes Commissionsgeschäft als Nachweis „fattamer“ Bemitteltheit?

Entsch. v. 5. Oct. 1880, Nr. 11550 (Best. des das Decr. des V. G. Wieden in Wien v. 7. Juli 1880, Nr. 28616, abänd. Decr. des D. L. G. Wien v. 4. August 1880, Nr. 13001). G. S. 1880, S. 493.

B, von A wegen Zahlung von 235 fl. beim V. G. Wieden in Wien belangt, begehrte die Leistung der actorischen Cautio im Betrage von 100 fl., weil der Kläger in der Provinz nicht fattsam bemittelt sei (§. 406 a. G. D.). Zum Beweis des Gegentheils producirte der Letztere den ihm vom Wiener Magistrate ausgestellten Gewerbeschein, gemäß welchem er für den Commissionsverschleiß von Börseffecten besteuert ist. — In erster Instanz wurde das Cautionsbegehren abgewiesen mit folgender Begründung: Da der Beklagte den aufrechten Bestand des vom Kläger angeführten Geschäftsbetriebes nicht in Abrede zu stellen vermag und als selbstverständlich voraussetzen ist, daß demjenigen, der mit Börseffecten handelt, die zum Handel mit derlei Papieren erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen, welche Voraussetzung durch den Umstand, daß der Kläger erst kurze Zeit dieses Geschäft betreibt, nur noch mehr bekräftigt wird, weil er ja doch zum Antritt desselben einen entsprechenden Fond haben mußte, so kann er, als derzeit aufrecht stehender Kaufmann, nicht für unbemittelt angesehen und nach §. 406 a. G. D. zu einer Cautionsleistung nicht angehalten werden. — Von dem D. L. G. wurde dem A die Leistung der Cautio im obigen Betrag, eventuell die Ablegung des Armuthseides auferlegt, in der Erwägung, daß, wenn eine seit einer Reihe von Jahren in dem Handelsregister eingetragene Handelsfirma als fattsam bemittelt gelten mag, dasselbe von dem Kläger, der durch den Gewerbeschein nur darthut, daß er am 23. Jänner 1880 einen Commissionsverschleiß von Börseffecten am Schottenring Nr. . . . als Betriebsort anmeldete, nicht gesagt werden kann, um so weniger, als er weder die Höhe der von ihm zu entrichtenden Steuer angibt, noch auch nur annäherungsweise den Fond, mit dem er dieses Commissionsgeschäft betreibt, bezeichnet; daß der Beklagte überdies leugnete, daß der Kläger ein derartiges Geschäft am Schottenring betreibe; daß der Kläger in der Verhandlung wegen der Cautionsbestellung die Ausführungen des Beklagten, daß der anhängig gemachte Streit jedenfalls eine genaue Rechnungslegung seitens des Klägers und eine Besprechung zahlreicher Posten erfordern, daher einen größeren Umfang nehmen werde, unwidersprochen ließ, unter diesen für wahr zu haltenden Umständen aber die von dem Beklagten begehrte actorische Cautio pr. 100 fl. nicht zu hoch gegriffen erscheint.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung, weil der beigebrachte Gewerbeschein vom 23. Jänner 1880, wornach A erst kurz vor der am 19. März 1880 geschehenen Ueberreichung der Klage den Commissionsverschleiß von Börseseffecten begonnen haben kann, in Ermangelung anderer Behelfe keineswegs als eine solche Bescheinigung anzusehen ist, welche ihn im Sinne des §. 406 a. O. von der vom Beklagten begehrten Leistung der actorischen Caution zu befreien geeignet ist.

Mr. 8127.

Anspruch eines verführten Frauenzimmers auf Schadenersatz und Schmerzensgeld im Falle geschlechtlicher Ansteckung. Mitverschulden? — Irreferibler Haupteid über eine (venerische) Krankheit des Delaten.

Entsch. v. 6. Oct. 1880, Mr. 9163 (Best. des das Urth. des L. O. Wien v. 21. Oct. 1879, Mr. 73845, theilweise abänd. Urth. des D. L. O. Wien v. 27. April 1880, Mr. 3160). Allgem. Juristen-Zeitung 1880, Nr. 47.

Die A verlangte den B auf Zahlung einer lebenslänglichen Jahresrente von 180 fl. als Entschädigung für ihre durch den Verlust des linken Auges geminderte Erwerbsfähigkeit und eines Schmerzensgeldes von 500 fl., und führte zur Begründung der Klage an, daß sie, fünfzehnjährig, in das Haus des Bruders des B, bei welchem dieser selbst wohnte, in Dienst trat, von B verführt und mit einer Geschlechtskrankheit (Blennorrhoe) angesteckt wurde, die sich auf das linke Auge verpflanzte, welches ihr herausgenommen werden mußte; daß sie mit keinem andern Mann, als B, Umgang gepflogen habe, daher ihre Geschlechtskrankheit nur auf den Verkehr mit B zurückzuführen und dieser schuldig sei, ihr allen Schaden, der ihr aus dieser Krankheit erwachsen ist, zu ersetzen. — Nach Aufnahme der angelegenen Beweise durch Sachverständige und Zeugen wurde in erster Instanz das Begehren des Schmerzensgeldes unbedingt verworfen und der Beklagte zur Zahlung einer lebenslangen Rente von 60 fl. in Monatsraten à 5 fl. unter der Bedingung verurtheilt, 1. daß die Klägerin mit dem rückschiebbaren Haupteid beweist, daß B der erste Mann war, mit dem sie geschlechtlichen Umgang gepflogen, und daß sie seitdem bis zu ihrer Erkrankung und Aufnahme in dem Spital nur mit ihm fleischlichen Verkehr hatte; 2. daß sie mit dem unrück-schiebbaren Haupteid beweist, daß B während der Zeit ihres geschlechtlichen Verkehrs geschlechtskrank war; 3. daß sie mit dem Schätzungseid beschwört, daß sie infolge der durch den Verlust des Auges verminderten Erwerbsfähigkeit einen Schaden von wenigstens 10 fl.

monatlich erleide. Gründe: Die Klägerin hat den Beweis zu erbringen, daß sie den angeführten Schaden (Verlust des Auges) erlitten hat, daß ihr dieser Schaden durch das Verschulden des Beklagten zugefügt wurde und wie hoch sich der Schaden belaufe. Die beiden Sachverständigen Zeugen, Dr. C und Dr. D, bestätigen übereinstimmend, daß die Klägerin im Jahre 1874, an einer Blenorrhoe des linken Auges leidend, in das Spital aufgenommen und von den Zeugen behandelt wurde, daß sich das Leiden am linken Auge bis zur völligen Erblindung verschlimmerte, daß dasselbe, um das rechte Auge vor einem ähnlichen Schicksale zu bewahren, im operativen Wege herausgenommen werden mußte und durch ein künstliches Auge ersetzt wurde. Die beiden Zeugen geben ferner an, daß kein Zweifel obwalte, daß eine directe Uebertragung des Krankheitsstoffes auf das Auge stattgefunden habe. Die Aussage der Zeugen wird durch das Gutachten der beiden Sachverständigen Prof. E und F unterstützt, welche übereinstimmend erklärten, daß nur die durch venerische Ansteckung hervorgerufene Blenorrhoe des Auges einen so gefährlichen Verlauf zu nehmen pflegt, wie dies bei der Klägerin der Fall war. Nach diesem Ergebniß des Zeugenbeweises und der Expertise unterliegt es keinem Zweifel, daß derjenige Mann, der selbst mit einer Blenorrhoe befaßt, der Klägerin beigewohnt hat, daran Schuld trägt, daß sie an dem gleichen Uebel erkrankt ist und daß ihn auch mittelbar das Verschulden trifft, daß das Auge der Klägerin erkrankt ist, weil diese Erkrankung durch eine Uebertragung des Krankheitsstoffes auf das Auge hervorgerufen wurde. Wenn daher die Klägerin den Beweis bringt, daß der Beklagte der erste Mann war, mit welchem sie geschlechtlichen Verkehr hatte, daß ihr bis zu ihrer Erkrankung und Aufnahme in das Spital kein anderer Mann als der Beklagte beigewohnt hat, und daß Beklagter zur Zeit dieses Verkehrs mit ihr mit einer Geschlechtskrankheit befaßt war, dann ist auch die Schuld des Beklagten an ihrer Erkrankung und mittelbar auch an der Erkrankung des Auges der Klägerin vollkommen dargethan. Die Thatfache, daß Beklagter der erste Mann war, der überhaupt, und der einzige Mann, der ihr bis zu ihrer Erkrankung und Aufnahme in das Spital beiwohnte, will Klägerin durch den referiblen Haupteid, die Thatfache, daß derselbe zu dieser Zeit krank war, durch den irreferiblen Haupteid darthun. Auf beide Haupteide mußte erkannt werden, weil die so nachzuweisenden Thatfachen entscheidend sind. Wenn übrigens nicht im Allgemeinen und in allen Fällen es zulässig ist, das Dasein einer bestimmten Krankheit bei einer gewissen Person zu einer bestimmten Zeit durch einen Haupteid nachzuweisen, weil bei vielen Krankheiten zu deren Diagnose ärztliche Kenntnisse gehören, somit diese Krankheiten nur durch Sachverständige constatirt werden können, so ist doch in allen jenen Krankheiten, deren äußere Kennzeichen allgemein bekannt sind, zu welcher letzterer Gattung auch nach

den Erklärungen der vernommenen Sachverständigen die Erkrankung der Klägerin gehörte (und an welcher, eine Ansteckung nachgewiesen, auch Beklagter gelitten haben muß), Jedermann, auch ohne sachverständiger Arzt zu sein, im Stande, mit Sicherheit zu beurtheilen, ob er von einer solchen Krankheit zu einer gewissen Zeit befallen gewesen sei oder nicht, und daher der über die Krankheit des Klägers demselben aufgetragene Haupteid statthast. Wenn diese Beweise hergestellt werden, ist dem Beklagten die unmittelbare Schuld an der Erkrankung der Klägerin und die mittelbare Schuld an der Erkrankung ihres Auges beizumessen. Die letztere Schuld trifft ihn aber nur zum Theil. Denn nach dem Gutachten der Sachverständigen ist die Erkrankung des Auges keine gewöhnliche Folge einer solchen Erkrankung und konnte der Krankheitsstoff auf das Auge nicht durch das Blut, sondern nur auf äußerem, mechanischem Wege übertragen werden. Da nun eine Uebertragung der Ansteckung auf das Auge durch mechanische Mittel von der Klägerin dem Beklagten nicht zur Last gelegt wurde, so trifft ihn an der Erkrankung ihres Auges nicht die alleinige Schuld, sondern nur die Schuld in der Weise, daß ohne Erkrankung der Klägerin überhaupt, eine Erkrankung ihres Auges in der obigen Art und Weise nicht stattgefunden hätte. Die Krankheit des Auges muß daher von einer zweiten Person mitverschuldet worden sein und wie aus dem Gutachten der Sachverständigen und der Aussage des Zeugen Dr. G. hervorgeht, war diese Person die Klägerin selbst. Sie hat daher nach §. 1304 a. b. G. B., da sich ein Verhältniß des beiderseitigen Verschuldens hier nicht bestimmen läßt, den Schaden zu gleichem Theil mit Jenem zu tragen. Was nun den Betrag dieses Schadens anbelangt, mußte die Klägerin nach §. 214 a. G. D. zu dessen Beschwörung mit dem Schätzungseid zugelassen werden. Da aber der von ihr angesprochene Entschädigungsbetrag von monatlich 15 fl. zu hoch gegriffen ist, wurde derselbe nach §. 216 ibid. ermäßigt, auf den dem Stand der Klägerin als einer Dienstmagd angemessenen Betrag von monatlich 10 fl. herabgesetzt und, da nach §. 1304 a. b. G. B. der Schade zwischen ihr und dem Beklagten gleich zu theilen ist, der Klägerin die Hälfte dieser Summe zuerkannt. Der Anspruch auf Schmerzensgeld wurde abgewiesen, weil nach dem klaren Sinn des §. 1325 a. b. G. B. in Verbindung mit dem §. 1304 ein Schmerzensgeld nur in dem Fall gefordert werden kann, wenn der Beschädigte nicht selbst an seiner Beschädigung Schuld trägt. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung in dem Punkt der Zulassung beider Haupteide und des Schätzungseides und verurtheilte beim Gelingen der Haupteidbeweise den Beklagten zur Zahlung eines Schmerzensgeldes von 300 fl. und, wenn auch der Schätzungseid geschworen wird, zur Zahlung einer lebenslangen Jahresrente von 120 fl. in Monatsraten à 10 fl. — aus folgenden Gründen: Die Entschädigungspflicht des Beklagten ist in den erstgerichtlichen Motiven nachgewiesen und der

h dem erstgerichtlichen Erkenntniß von der Klägerin zu beschwö-
be Schadensbetrag von 10 fl. monatlich ist den obwaltenden Ver-
hältnissen angemessen. Es muß aber dem Beklagten die Zahlung
des ganzen Betrages, nicht der Hälfte, auferlegt werden, da er
st bloß die unmittelbare, sondern auch die mittelbare Verletzung
A zu verantworten hat und nicht vorliegt, daß der A an der
Übertragung der Krankheit auf das Auge irgend ein Versehen zur
s fällt und daß sie den Verlust des Auges mitverschuldet hat,
er im gegenwärtigen Falle die vom ersten Richter angewendete
Methode des §. 1304 a. b. G. B. ausgeschlossen ist. Dem in
der Instanz abgewiesenen Anspruch auf Schmerzensgeld mußte statt-
gegeben werden, weil derselbe im §. 1325 a. b. G. B. gegründet
; der Betrag des Schmerzensgeldes wurde mit Rücksicht auf die
Schwere der Verletzung, auf die Dauer der Erkrankung und auf
; mit derselben, sowie mit der Operation am Auge offenbar ver-
ursachten Schmerzen bestimmt. — Von beiden Streittheilen wurde
; außerordentliche Revisionsbeschwerde und von dem Beklagten auch
; ordentliche Revisionsbeschwerde (gegen die obergerichtliche Abän-
derung des erstgerichtlichen Urtheils) ergriffen.

Der oberste Gerichtshof verwarf die außerordentlichen Revisions-
beschwerden und bestätigte auf die ordentliche Revisionsbeschwerde des
Klagten das oberlandesgerichtliche Urtheil. Gründe: Die a. o.
Revisionsbeschwerde der Klägerin mußte verworfen werden, weil nicht
; keine Wichtigkeit und keine offenbare Ungerechtigkeit vorliegt,
; sondern die unterrichterlichen Erkenntnisse dem Gesetze und der Sach-
e entsprechen, was insbesondere auch von dem angefochtenen, sub
; 2. Sententionirten irreferiblen Haupteide gilt, indem nur dann,
; wenn die Sachverständigen mit absoluter Gewißheit constatirt hätten,
; daß die Krankheit der A nur durch Verwundung entstanden sein konnte,
; der Haupteid überflüssig und, als gegen den Befund der Sachver-
ständigen gerichtet, auch unzulässig wäre, im vorliegenden Falle aber
; nach dem Sachbefund diese Entstehungsursache der Krankheit der A
; als höchst wahrscheinlich und nicht als ganz gewiß constatirt ist,
; der besagte Eid mit dem Sachbefund nicht im Widerspruch
; steht, vielmehr denselben zur vollen Evidenz zu erheben vermag. —
; Die a. o. Revisionsbeschwerde des Beklagten war ebenfalls wegen
; Mangels einer Wichtigkeit oder offenbaren Ungerechtigkeit zu verwerfen.
; Die ordentliche Revisionsbeschwerde des Beklagten ist gegen das
; erstgerichtliche Urtheil wegen Nichtanwendung des §. 1304 a. b.
; G. B. und Anspruch des Schmerzensgeldes gerichtet. Auch diese
; Beschwerde ist ungegründet, weil auch bei der Annahme, daß die
; Klägerin selbst den Krankheitsstoff auf das Auge übertragen habe, ein
; Anspruch derselben mit Rücksicht auf ihre jugendliche Unerfahrenheit
; und die Natur ihres Uebels nach den §§. 1304 und 1294 a. b.
; G. B. nicht supponirt werden kann, vielmehr der Beklagte als causa
; causa dafür verantwortlich ist.

Nr. 8128.

**Aufhebung einer Erbschaftseinantwortung wegen unterbliebener
Verständigung der Statthalterei von einer durch Vermächtniß
angeordneten Messenstiftung.**

Entsch. v. 6. Oct. 1880, Nr. 10929 (Aufheb. der gleichförmigen Decr.
des B. G. Cieszowice v. 16. Dec. 1861, Nr. 201 und des D. L. G. Arlau
v. 17. März 1880, Nr. 18317). G. S. 1880, S. 479.

M hat in seinem Testamente der Kirche A ein Grundstück ver-
macht und angeordnet, daß dasselbe veräußert, mit dem Erlös eine
Staatsobligation angelauft und die Zinsen hiervon zur Abhaltung
einer jährlichen Trauerandacht für sein Seelenheil auf ewige Zeiten
verwendet werden. Das Grundstück wurde im Abhandlungswege auf
52 fl. geschätzt und die Verlassenschaft dem Universalerben B ein-
geantwortet.

In Folge des a. o. Revisionsrecurses der Finanzprocuratur hat
der oberste Gerichtshof mit Berufung auf den §. 84 des kaiserl. Pat.
v. 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, woruach die den Staats-
cassen oder öffentlichen Anstalten, Kirchen u. s. w. zugefallenen Erb-
schaften und „bedeutenden“ Vermächtnisse von dem Abhandlungsgericht
der Statthalterei bekannt zu machen sind, und auf die Bestimmung
des §. 159 ibid., daß vor ausgewiesener Bezahlung oder Sicher-
stellung der frommen Legate die Einantwortung der Verlassenschaft
nicht erfolgen „darf“, — die Einantwortung des M'schen Nachlasses
aufgehoben und dem Abhandlungsgericht aufgetragen, von dem obigen
Legate die Statthalterei zu verständigen und nach erfolgter Sicher-
stellung dieses frommen Legates ein neues Einantwortungsdecret zu
erlassen.

Nr. 8129.

**Ueberreichung der Erbserklärung nach Ablauf der vom
Gericht hierzu bestimmten Frist.**

Entsch. v. 6. Oct. 1880, Nr. 11519 (Best. des Decr. des B. G. Landstrasse
in Wien v. 15. Juni 1880, Nr. 15732, Abänd. des Decr. des D. L. G.
Wien v. 10. August 1880, Nr. 13582). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 49.

Die M hinterließ als gesetzlichen Erben ihren außerehelichen
Sohn A, und als testamentarischen Erben ihren Ehemann B. Von
dem Abhandlungsgerichte wurde die Erbserklärung ex lege des A
angenommen und unter Einem der Testamentserbe B aufgefordert,
binnen sechs Wochen die Erbserklärung einzubringen, widrigens nach
§. 120 des kaiserl. Patentes v. 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208,

die Erbschaft ohne Rücksicht auf seinen Anspruch nur mit jenen, welche sich als Erben erklärt haben, verhandelt und ihnen eingewantwortet werden würde. B überreichte seine Erbserklärung erst nach dem Verlaufe der ihm gesetzten Frist. — Das Abhandlungsgericht nahm dieselbe an und leitete wegen der Collision beider Erbserklärungen das in §. 120 des cit. Patentgesetzes bezeichnete Verfahren ein. — Auf den Recurs der A wurde in zweiter Instanz die Erbserklärung des B als verspätet a limine zurückgewiesen und derselbe mit seinem Erbsanspruch auf den Rechtsweg verwiesen.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Verordnung, weil der Umstand, daß B die Erbserklärung nicht innerhalb der ihm unter Androhung der Rechtswirkungen des §. 120 des cit. Patentgesetzes ertheilten Frist von sechs Wochen eingebracht hat, nach dem Sinne und Zwecke dieser Gesetzesstelle der Annahme derselben nicht hinderlich sein konnte und daher die vom ersten Richter darüber getroffene Verfügung gesetzmäßig war.

Nr. 8130.

Dotalversprechen? Notariatszwang.

Entsch. v. 7. Oct. 1880, Nr. 9301 (Best. des Urth. des B. G. Dobczyce v. 1. März 1880, Nr. 1062, Abänd. des Urth. des D. L. G. Kralau vom 29. April 1880, Nr. 5421). G. S. 1880, S. 457.

Die A belangte den B wegen Räumung der Wohnung in ihrem Hause. Der Beklagte wendete ein, daß er zur Benützung der Wohnung berechtigt sei, weil die Klägerin gelegentlich seiner Verlobung mit ihrer Ziehtochter auf seine Frage: „ob sie nicht Willens wäre, ihm und ihrer Ziehtochter ein Haus zu bauen?“ erklärt habe, „es sei nicht nothwendig, ein Haus zu bauen, denn sie gebe ihnen die Wohnung in ihrem Hause“. Zur Erweisung dieser Thatsache deferirte B der A den Haupteid. — In erster Instanz wurde dem Klagebegehren stattgegeben. — Das D. L. G. erkannte auf den Haupteid.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urtheil. Gründe: Die vom Beklagten angeführte mündliche Erklärung der Klägerin könnte, unter der Voraussetzung der Annahme derselben von Seite der Brautleute, mit Rücksicht auf die dabei deutlich ausgesprochene Absicht im Sinne des §. 1218 a. b. G. B. nur als Bestimmung des Heiratsgutes aufgefaßt werden. Darauf kann sich aber der Beklagte mit Erfolg nicht berufen, weil Dotalverträge zu den Eheacten zählen (§. 1217 a. b. G. B.), deren Gültigkeit nach §. 1 lit. a des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 76, durch die Aufnahme eine Notariatsactes bedingt ist.

Nr. 8131.

Kosten des Processes über einen sofort nach Mittheilung der Klage anerkannten Erfindungsanspruch.

(Entsch. v. 12. Oct. 1880, Nr. 8404 (Best. des das Urth. des B. G. Kremsier v. 28. April 1880, Nr. 5566, abänd. Urth. des D. L. G. Brunn v. 1. Juni 1880, Nr. 5741). G. S. 1881; S. 20.

B wurde von dem A auf Anerkennung des Eigenthums an den auf Einschreiten des B bei dessen Schuldner C gerichtlich gepfändeten Mobilien belangt und überreichte am 14. Februar 1880 noch vor der zur Verhandlung (auf den 17. Februar 1880) anberaumten Tag-satzung dem Gerichte eine Eingabe des Inhaltes: daß er die Eigen-thumsansprüche des Gegners, jedoch nur compensatis expensis an-erkenne. Das Gericht verständigte hiervon mit Bescheid vom 16. Fe-bruar den Kläger, welcher die Verhandlungstagfahrt vom 17. Februar allein besuchte, bei derselben erklärte, daß er auf den Kostenersatz nicht verzichten könne und auf der Fortsetzung des Streites bestand. Dem-gemäß wurde die Tag-satzung verlegt und der Proceß — in welchem es sich eigentlich nur um die Kostenfrage handelte, da der Beklagte neuerlich den Eigenthumsanspruch des Klägers anerkannte — zu Ende geführt. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klage-begehren, daß B schuldig sei, das Eigenthum des A an der bei C gepfändeten Fahrniß anzuerkennen und dem A die Proceßkosten im Belaufe von 20 fl. zu ersetzen. — Das D. L. G. erkannte, mit theilweiser Abänderung des Urtheils, auf die Compensation der erst-gerichtlichen Proceßkosten mit folgender Begründung: Nachdem A bei dem Vollzuge der Pfändung seine Eigenthumsansprüche auf die ge-pfändete Fahrniß nicht namhaft gemacht, vor Anstellung der Klage den B weder von seinen Eigenthumsansprüchen überhaupt in Kenntniß gesetzt, noch denselben insbesondere zur Anerkennung dieser Ansprüche aufgefordert, andererseits aber B noch vor der auf die Klage angeord-neten Verhandlungstagfahrt die Eigenthumsansprüche des A anerkannt hat, so ist kein Grund zur Annahme vorhanden, daß B vor An-stellung der Klage des A demselben die Anerkennung dieser Eigenthums-ansprüche außergerichtlich verweigert haben würde. Es können daher weder die Kosten der Klage, noch auch jene des ungeachtet der Ein-gabe des B vom 14. Februar von dem A fortgesetzten und durch-geführten Processus als zur Rechtsverfolgung nothwendige Kosten an-gesehen werden; vielmehr erscheint der in dieser Eingabe enthaltene Antrag des B auf Compensation der bis dahin erwachsenen Kosten vollkommen berechtigt, da hier auch die Anwendung der Vorschrift des §. 399 a. G. D. (Verurtheilung der Partei, die vor dem Er-kenntniß von dem Proceß abgestanden ist, zum Kostenersatz) an-geschlossen ist. Die Proceßkosten konnten daher dem Kläger nicht zu-

sprochen, und eben so wenig dem in der Hauptsache sachfälligen Klägten zuerkannt, sondern mußten gegenseitig aufgehoben werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Erkenntniß mit Hinweisung auf dessen richtige Begründung.

Nr. 8132.

**Rechtliche Natur einer Klage auf Unterlassung des rechts-
idrigen Gebrauches einer gemeinschaftlichen Sache. —
Unerwerbbarkeit (Erfisbarkeit) eines (dinglichen) Rechtes auf
stimmte Benutzung einer gemeinschaftlichen Sache seitens
eines Gemeinschafters?**

Abh. v. 12. Oct. 1880, Nr. 10967 (Best. des Urth. des O. G. Wadowice
24. Jänner 1880, Nr. 9349, Abänd. des Urth. des O. L. G. Arad v.
21. April 1880, Nr. 4905). O. G. 1881, S. 165.

Der Feldrain X war gemeinschaftliches Eigenthum des A und
C und wurde von ihnen als Weide benutzt. Der Eigenthumsantheil
C überging auf den B, welcher den Feldrain als Fahrweg be-
nutzte. In Folge dessen trat A gegen den B als negatorischer „Ser-
vitutskläger“ auf, indem er das Fahren des B als angemessene Aus-
übung einer Dienstbarkeit qualifizierte und um das Erkenntniß bat,
daß demselben das Recht des Fahrens über den Feldrain nicht zu-
stehe. Der Beklagte erbot sich zum Zeugenbeweis dafür, daß der Feld-
rain durch mehr als 30 Jahre theils von seinen Besitzvorgängern,
theils von ihm selbst als Fahrweg benutzt worden ist. — Nach Ver-
nehmung der Zeugen wurde in erster Instanz dem Klagebegehren
abgegeben. — Das O. L. G. erkannte auf Abweisung der Klage
unter dem Erfüllungseid des Beklagten, daß er und seine Vorgänger

den Feldrain über 30 Jahre als Fahrweg benutzt haben, aus fol-
genden Gründen: Die von A seiner Klage gegebene Bezeichnung einer
negatorischen Servitutsklage, als welche sie auch von dem ersten
Instanz behandelt wurde, ist verfehlt, weil Grunddienstbarkeiten zwei
verschiedene Grundbesitzer voraussetzen, deren Einem als Verpflichteten

die Dienstbare, und dem Anderen als Berechtigten das herrschende
Grundstück gehört (§. 474 a. b. O. B.), während es sich im gegenwärtigen
Falle um die Ausübung der Rechte auf einem von einer zweiten
Person getheilten Sache nicht beherrschten Grundstück handelt, an welchem
beide Theile das Miteigenthum zusteht, so daß jeder von ihnen voll-
ständiger Eigenthümer seines Antheiles ist, den er, insofern er dabei
die Rechte der Mitgenossen nicht verletzt, willkürlich benutzen darf
(§. 361, 362, 829 a. b. O. B.). Beiden Streittheilen steht das

Recht an dem gemeinschaftlichen Feldrain ungetheilt zu; es besteht unter ihnen ein condominium pro indiviso, weshalb gemäß §. 828 a. b. G. B. die willkürliche Benutzung des Feldraines durch die Theilhaber nur auf Grund gegenseitigen Einverständnisses stattfinden kann. Ein solches Einverständniß ist hier nicht vorhanden, indem der Kläger den Feldrain als Weide, der Beklagte aber auch als Fahrweg benutzt, daher eine Veränderung, resp. Erweiterung in der Benutzungsart herbeigeführt wissen will, wodurch die Rechte des Klägers beeinträchtigt werden. Es müßte daher nach §. 828 a. b. G. B. dem klägerischen Begehren stattgegeben werden, wenn der Beklagte nicht zu erweisen vermöchte, daß er die erwähnte Benutzungsart trotz des Widerstrebens des Klägers als ein Recht erworben hat, daher das Recht des Fahrens auf dem besagten Raine als Ausfluß des ihm als Miteigenthümer daran zustehenden Eigenthumsrechtes und nicht als einer bloßen Dienstbarkeit ausübe. Dieses Recht stützt nun der Beklagte auf die Erfsizung (§§. 1452 und 1468 a. b. G. B.), indem er anführte und durch Zeugen zu beweisen sich erbot, daß seine Vorgänger und er durch mehr als 30 Jahre den Feldrain nicht nur als Viehweide, sondern nach Bedarf auch als Fahrweg benutzt haben. Da ihm der Zeugenbeweis nicht vollkommen gelungen ist, so mußte auf seinen Erfüllungsseid erkannt werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urtheil. Gründe: Es widerspricht dem gesetzlichen Begriffe des gemeinschaftlichen Eigenthumes, welches darin besteht, daß jeder Theil der physisch ungetheilten Sache den Theilhabern gemeinschaftlich ist, wenn behauptet wird, daß ein Theilhaber gegen den Anderen an der gemeinschaftlichen Sache, mag nun diese von ihnen pro diviso oder pro indiviso benutzt worden sein, eine Grunddienstbarkeit erwerben könne, da die Letztere ein herrschendes und ein dienstbares Gut voraussetzt und diese beiden Eigenschaften neben einander in einem und demselben gemeinschaftlichen, daher physisch nur ein einziges Ganzes bildenden Gute unmöglich vereinigt werden können (§§. 361, 473, 474, 825 und 842 a. b. G. B.). Es muß daher als von vornherein ausgeschlossen betrachtet werden, daß der Beklagte an dem Feldrain X, welcher, wie dies beide Gerichte angenommen haben, gemeinschaftliches Eigenthum beider Streittheile ist, eine Grundservitut durch Erfsizung oder auf eine andere Weise überhaupt erworben haben konnte. Die Klage des A kann daher nicht als eine negatorische, die Abwehr gegen eine Servitutsanmaßung an dem gemeinschaftlichen Feldrain bezweckende, sondern nur als Klage eines Theilhabers gegen den Anderen auf Unterlassung des rechtswidrigen Gebrauches der gemeinschaftlichen Sache angesehen werden. Als solche ist aber diese Klage und das derselben Geltung verschaffende Urtheil des ersten Richters gesetzlich gerechtfertigt, wenn erwogen wird, daß eine gemeinschaftliche Sache nur insolange nach Belieben von den Theilhabern

benutzt werden kann, als darüber das Einverständniß unter ihnen besteht und daß diese Benutzung aufhören muß, sobald dagegen vom anderen Theilhaber Einsprache erhoben wurde; daß die Umgestaltung des gemeinschaftlichen, bisher nur als Viehweide benutzten Feldraums in einen Fahrweg nothwendig eine Veränderung der gemeinschaftlichen Sache, daher eine willkürliche Verfügung über den Antheil des Mitgenossen hervorbringt, welche dieser nach §. 828 a. b. G. B. sich nicht gefallen lassen muß; daß das Recht, die gemeinschaftliche Sache auf eine bestimmte Art gebrauchen zu dürfen, mit Rücksicht auf die jederzeitige Widerrufbarkeit desselben, als ein perennes Recht, von einem Theilhaber gegen den anderen überhaupt nicht, daher auch nicht durch Erfindung erworben werden kann, wozu auch noch der Umstand kommt, daß der Zeitraum des Besitzvorgängers dem Beklagten in die Erfindungszeit gar nicht eingerechnet werden könnte, weil die der Person eines Theilhabers zugestandene Gestattung einer bestimmten Benutzungsart der gemeinschaftlichen Sache mit dessen Austritt aus der Gemeinschaft von selbst erlischt, daher auf seinen Nachfolger nicht übertragbar ist.

Nr. 8133.

Unzulässigkeit eines selbständigen Recurses gegen die Zulassung eines Zeugenbeweises in Ehescheidungsachen.

Entsch. v. 12. Oct. 1880, Nr. 11516 (Best. des Decr. des O. L. G. Wien v. 9. Juli 1880, Nr. 26855, Abänd. des Decr. des O. L. G. Wien vom 18. August 1880, Nr. 13488). Jur. Bl. 1880, Nr. 48. G. Z. 1881, Nr. 13.

In dem Proceß der Eheleute A und B wurde nach §. 10 des Hofdecr. v. 23. August 1819, J. G. G. Nr. 1595, mit Bescheid ein Zeugenbeweis zugelassen. Dagegen ergriff ein Streittheil den Recurs, welchen das Gericht erster Instanz mit Anwendung des §. 17 des Gesetzes vom 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, als unzulässig *ex limine* zurückwies. — Das O. L. G. sprach die Zulässigkeit des ergriffenen Rechtsmittels aus mit der Begründung, daß das citirte Hofdecr. vom 23. August 1819, Nr. 1595, im §. 10 ausdrücklich den Parteien gegen einen Bescheid auf den Zeugenbeweis den Recurs offen läßt und diese in einem ganz besonderen Verfahren erlassene Bestimmung durch den §. 17 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, Nr. 69, nicht aufgehoben worden ist, um so weniger, als dieser Paragraph nur die Unstatthaftigkeit von Appellationen gegen Zeugenbeweismurtheile anordnet.

In Erwägung, daß nach §. 1 des Hofdecr. vom 23. August 1819, Nr. 1595, Streitigkeiten zwischen Ehegatten über die Scheidung von Tisch und Bett im Wesentlichen nach den allgemeinen

Grundsätzen des rechtlichen Verfahrens in Streitfachen zu behandeln sind; daß nach §. 27 des Gesetzes vom 16. Mai 1874, Nr. 69, auch in den besonderen Verfahrensarten, bei welchen die Bestimmungen über das mündliche, schriftliche oder summarische Verfahren als ergänzende Norm zu dienen haben, die in diesem Gesetz enthaltenen Abänderungen anzuwenden sind; daß somit der §. 17 des letzteren Gesetzes, nach welchem gegen Urtheile auf den Beweis durch Zeugen oder durch Sachverständige ein selbstständiges Rechtsmittel nicht stattfindet, auch für die im Ehescheidungsverfahren erlassenen, die Stelle von Urtheilen vertretenden Bescheide zu gelten hat, mit welchen die im Zuge dieses Verfahrens angebotenen Beweise zugelassen werden, — hat der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Recursabweisung bestätigt.

Nr. 8134.

Unzulässigkeit der Einverleibung des executiven Pfandrechts für künftige Alimentationsraten.

Entsch. v. 12. Oct. 1880, Nr. 11813 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. St. Paul v. 25. Juni 1880, Nr. 1876 und des O. L. G. Graz v. 12. August 1880, Nr. 9122). Jur. Bl. 1881, Nr. 49.

(Nach den Acten berichtet.)

Nach eingetretener Rechtskraft des Urtheils, mit welchem B schuldig erkannt wurde, dem unehelichen Kinde A vom 1. März 1880 ab bis zu dessen Selbsterhaltungsfähigkeit den monatlichen Alimentationsbetrag von 4 fl. anticipatim zu Händen des Vormundes zu entrichten, begehrte der Letztere im Executionswege die Einverleibung des Pfandrechts auf einer Hypothekarforderung des B 1. zur Herbeibringung der bis Juni 1880 verfallenen Raten pr. 16 fl. und 2. zur Sicherstellung des Rechtes auf die künftigen Raten im Höchsbetrage von 960 fl. — Das Gesuch wurde in dem zweiten Punkt von beiden Untergerichten abgewiesen, weil (Gründe der zweiten Instanz) nach §. 301 a. G. O. und §. 33 lit. d Grundb.-G. die Execution durch bürgerliche Einverleibung des Pfandrechts auf Grund eines rechtskräftigen Urtheils nur in dem Falle statthaft ist, wenn die in dem Urtheil zur Erfüllung der darin ausgesprochenen Verbindlichkeit gesetzte Frist verstrichen und das Urtheil vollziehbar ist, die Unterhaltsraten aber, zu deren Sicherstellung in dem Gesuche des Vormundes ad 2 die Einverleibung des Pfandrechts für den Höchsbetrag von 960 fl. begehrt wird, noch nicht fällig und das Urtheil in dieser Beziehung noch nicht vollziehbar ist.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Recurs des Vormundes des A wegen Abganges der Voraussetzungen des Hofdecr. v. 15. Februar 1883, J. G. G. Nr. 2593.

Nr. 8135.

Uwirksamkeit einer mündlich gemachten schenkungsweisen
Expromission.

Id. v. 12. Oct. 1880, Nr. 8186 (Best. des Urth. des O. G. Pettau vom
Dec. 1879, Nr. 20385, Abänd. des Urth. des O. L. G. Graz vom
31. März 1880, Nr. 3155). O. B. 1881, Nr. 48.

C hatte eine Forderung von 12.600 fl. gegen den A, sicher-
stellt auf dem Realbesitz des Schuldners. Nach dem Verfall der
Forderung intercedirte B, indem er die Schuld im restringirten Betrage
8600 fl. als Bürge und Zahler übernahm und dafür dem
Wechselaccepte pr. 8600 fl. behändigte. An den A, der bei dieser
Ereignis anwesend war, stellte hierauf B die Frage: „Bist Du
einverstanden, daß ich die Forderung des C pr. 12.000 fl. für
Summe von 8600 fl. ablöse?“ Und als A die Frage bejahte,
ergabte B: „Nun ich schenke Dir die ganze abgelöste Summe“,
gab dem A die Hand, der die Schenkung dankend annahm. Erst
dem Tode des B wurden die Wechsel fällig und von der Ver-
lassenschaft desselben eingelöst, worauf C seine Forderung in dem
obiges Uebereinkommen herabgesetzten Betrag von 8600 fl. der
Verlassenschaft des B grundbücherlich cedirte. Nun belangte A mit
Anspruch auf den Schuldverlaß des B die Verlassenschaft desselben auf
Kündigung des Forderungsrechtes pr. 8600 fl. und Löschung
Pfandrechtes. Der Vertreter des Nachlasses wendete ein, daß
eine mündliche Schenkung ohne wirkliche Uebergabe und ohne
schriftliche Urkunde vorliege; eine solche Schenkung aber gemäß §. 943
O. B. nicht klagbar sei. — Das Gericht erster Instanz er-
theilte nach dem Klagebegehren, welches von dem O. L. G. aus den
folgenden Gründen abgewiesen wurde: Wenn B nach Abschluß
mit dem C getroffenen Uebereinkommens dem A erklärte, daß er
die ganze abgelöste Darlehenssumme schenke, so kann diese vom
A angenommene Zusage nach dem damaligen Stande
Rechtsangelegenheit für B nur die Verbindlichkeit begründet haben,
Bekundmachung jenes Ersatzanspruches zu unterlassen, welcher ihm
die Zahlung der im Expromissionswege übernommenen Dar-
lehensschuld des A an den C gegen den A gemäß §§. 1345 und
8 a. b. O. B. erwachsen würde. Daß durch diese Erklärung des
B deren Annahme von Seite des Klägers A in rechtsgültiger
Form ein Vertrag, und zwar ein Schenkungsvertrag zu Stande ge-
kommen ist, kann nach den Bestimmungen des §§. 861, 989 und 1381
O. B. keinem Zweifel unterliegen. Wenn aber der Kläger A und
erste Richter denselben als einen schenkungsweisen Erlaßvertrag
(Erlaßvertrag) qualificiren, so kann diese Auffassung als berechtigt
erkannt werden. Gegenstand eines Erlaßvertrages im Sinne des
§. 444 a. b. O. B. können nur solche Rechte sein, welche dem

Entsagenden bereits zustehen, die derselbe schon erworben hat, nicht aber Rechte, die für ihn erst zur Existenz gelangen sollen, möglicherweise nicht einmal entstehen werden. Es ergibt sich dies nicht nur aus dem Wortlaute der citirten Gesetzesstelle, welche einen „Gläubiger“ und „Schuldner“, also ein bereits bestehendes Rechtsverhältniß beim Erlaßvertrage voraussetzt, sondern auch aus der Aufnahme dieser gesetzlichen Vorschrift in das Hauptstück über „die Aufhebung der Rechte und Verbindlichkeiten“, wie auch die den Eingang dieses Hauptstückes bildende Vorschrift (§. 1412 a. b. G. B.) entnehmen läßt, daß in diesem Hauptstücke nur die Aufhebung bereits constituirter Rechte und Verbindlichkeiten geregelt werde. Nun hat B zur Zeit des Schenkungsactes weder ein Forderungsrecht gegen den Kläger A besessen, weil die Darlehensforderung des C erst nach dem Tode des B durch Cession des C auf den Nachlaß des B übergegangen ist, noch ist ihm damals ein Recht auf Ersatz des Betrages der von ihm im Expromissionewege übernommenen Darlehensschuld zugestanden worden, da sein Recht auf Ersatz dieser Summe, durch die effective Zahlung bedingt war, und erst mit dieser zur Existenz gelangen konnte, diese Zahlung aber zur Zeit des Schenkungsactes nur versprochen, und erst nach seinem Tode geleistet wurde. Der von B mit dem Kläger A geschlossene Vertrag kann daher nicht nach den für den Erlaßvertrag gültigen Bestimmungen beurtheilt werden, und damit erscheinen alle jene Argumente unberechtigt, welche den Klageanspruch in Gemäßheit dieser Bestimmungen für begründet erachten. Der in Rede stehende Schenkungsvertrag ist als eine obligatorische Schenkung (Schenkungsversprechen) anzusehen, und kann der Umstand, daß der Gegenstand derselben in einer Unterlassung besteht, diese Qualifikation nicht beirren, weil die Leistung, welche im Gegensatze zur liberatorischen, zum Wesen einer obligatorischen Schenkung gehört, auch ein Unterlassen zum Gegenstande haben kann. Wird aber auf Grund eines Schenkungsvertrages vom Geschenkgeber eine Leistung gefordert, dann bedarf es zur Eintragbarkeit dieser Leistung einer schriftlichen Vertragsurkunde (§. 943 a. b. G. B.), die jedoch über den zwischen B und A geschlossenen Schenkungsvertrag nicht errichtet wurde.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstrichterliche Urtheil. Gründe: B hat die Schuld des A an C zur Zahlung übernommen, und es ist diese Schuld in dem vereinbarten restringirten Betrage pr. 8600 fl. aus dem Nachlaß des B bezahlt worden. Hiermit ist der in den §§. 1345 und 1400 a. b. G. B. vorgesehene Fall der Umänderung der Rechte und Verbindlichkeiten eingetreten und dieses Rechtsverhältniß der vorliegenden Entscheidung zu Grunde zu legen. Nach §. 1358 a. b. G. B. tritt Derjenige, der die Schuld eines Anderen bezahlt, in die Rechte des Gläubigers und ist befugt, von dem Schuldner den Ersatz der gezahlten Schuld zu fordern. Dieses Recht des Intercedenten und die entsprechende Verbindlichkeit des

Schuldners wird unter der Voraussetzung der seinerzeitigen Zahlungsleistung schon mit dem Zeitpunkte begründet, wo zwischen dem Gläubiger und dem Intercedenten mit Zustimmung des Schuldners das rechtsverbindliche Uebereinkommen getroffen wurde, daß der Intercedent in die Zahlungsverpflichtung eintritt, weil schon mit diesem Zeitpunkte der ursprüngliche Schuldner seiner Verpflichtung gegen den Gläubiger enthoben und dieselbe auf den Intercedenten übertragen wird. Die Geltendmachung dieses Ersatzanspruches kann allerdings erst nach erfolgter Zahlungsleistung eintreten, allein es kann deshalb eben so wenig behauptet werden, daß dieses Recht erst aus der Zahlung entspringt und früher nicht bestanden habe, als dies von irgend einem Ansprüche gesagt werden kann, der vor Eintritt eines bestimmten Zeitpunktes oder einer Bedingung nicht geltend gemacht werden kann. Wenn nun B erklärt hat, daß er dem A die zur Zahlung übernommene Forderung schenke, so enthält diese Willensäußerung ohne Zweifel die Verzichtleistung des Ersteren auf das ihm aus seiner Intercession entsprungene Recht auf Ersatz und die Befreiung des Letzteren von der entsprechenden Verbindlichkeit. Eine solche Verzichtleistung, beziehentlich Liberation des Verpflichteten bedarf aber zu ihrer Rechtswirksamkeit einer schriftlichen Urkunde nicht, weil der Titel und die Uebergabe des geschenkten Objectes in dem Acte selbst gelegen ist.

Nr. 8136.

Uebnahme einer Hypothekarschuld auf Abschlag des Rausschillings: Persönliche Haftung des Uebernehmers?

Entsch. v. 13. Oct. 1880, Nr. 8919 (Best. des das Urth. des B. G. Neumärken v. 12. März 1880, Nr. 2329, abänd. Urth. des D. L. G. Wien v. 16. Juni 1880, Nr. 5913). G. S. 1881, S. 15.

C verkaufte seine Liegenschaft X dem B, welcher die darauf pfandrechtlich sichergestellte Schuld des Verkäufers an den Advocaten Dr. A (für Expensen) im Betrag von 152 fl. auf den Rausschilling zur Zahlung übernahm. Die Kaufsurkunde wurde von dem Dr. A verfaßt und in seiner Gegenwart von den beiden Contrahenten — nicht auch von ihm — unterschrieben. Von dem B überging die Liegenschaft durch Verkauf an den D und wurde sodann im Executionsweg veräußert. Bei der Meistgebotsvertheilung fiel Dr. A mit seiner Hypothekarsforderung von 152 fl. durch und belangte hierauf den B als Personalschuldner auf deren Zahlung. Der Beklagte bestritt, mit Berufung auf die oberstgerichtlichen Judicate vom 22. Jänner 1879 Nr. 14246 und vom 10. Juli 1879, Nr. 6724 (Nr. 7298 und Nr. 7538 der Sammlung), daß er durch die Uebnahme

der Forderung in seinem mit C geschlossenen Kauf Personalschulden des Klägers geworden sei. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Klagebegehren, weil B in der mit C errichteten Kaufurkunde die Forderung des A zur Zahlung übernommen, der Urkunde durch seine Gegenwart bei der Unterfertigung der von ihm selbst verfaßten Urkunde durch die Contrahenten seine Zustimmung zum Inhalt derselben stillschweigend erklärt habe (§. 863 a. b. O. B.) mithin eine vollständige Assignation (§. 1401 ibid.) zu Stande gekommen sei. — Von dem O. L. G. wurde das Klagebegehren in folgender Begründung abgewiesen: Der zur Frage stehenden Vertragbestimmung (Übernahme der Forderung des Klägers auf Abschlag des Kaufschillings) kann kein anderer Sinn als der im §. 443 a. b. O. B. enthaltene beigelegt werden, daß nämlich mit dem Eigenthume der Liegenschaft K von dem Beklagten auch die daran haftenden grundbücherlich eingetragenen Lasten übernommen wurden. Der Kaufvertrag wurde zwischen dem Verkäufer C und dem Käufer B allein abgeschlossen; es geschieht mit keinem Worte Erwähnung darin, daß auch der Kläger als Contrahent intervenirt hätte. Die von dem Kläger behauptete Assignation setzt das im §. 1401 a. b. O. B. angegebene Uebereinkommen voraus, daß der Verkäufer C anstatt seiner den Käufer B als Zahler bestellt, den Gläubiger A an den Käufer B angewiesen und A den letzteren anstatt des C angenommen habe. Ein ausdrückliches Uebereinkommen, daß der zur Zeit des Vertragsabschlusses als Personalschuldner verpflichtete C von dieser persönlichen Verpflichtung befreit werde, und daß B nunmehr nicht nur im Sinne des §. 443 a. b. O. B., sondern mit seinem ganzen Vermögen für die Zahlung des Betrages mit 152 fl. haften soll, enthält der Vertrag nicht und es kann die Thatsache, daß der Kläger als Verfasser des Vertrages den Festsetzungen desselben zugestimmt hat, nicht als rechtsverbindliche Willenserklärung unter den vorliegenden Umständen, welche ihn in keiner Weise als Contrahenten erscheinen lassen, aufgefaßt werden. Da nun B nicht mehr im Besitze der Hypothek ist, daher von dem A mit der Hypothekarklage nicht belangt werden kann und dem Vorausgeschickten zu Folge die von A behauptete Assignation nicht stattgefunden hat, der Beklagte daher auch nicht als Assignat des Personalschuldners des A anzusehen ist, so mußte der Beklagte mit seinem Klagebegehren abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung. Gründe: Im §. 2 des Vertrages, welcher lediglich zwischen dem Beklagten B und dem Verkäufer C abgeschlossen wurde, hat Ersterer nur erklärt, die Forderung per 152 fl. auf Abschlag des Kaufschillings zu übernehmen, resp. als Hypothekbesitzer dafür zu haften; da er nun zur Zeit der Klageanbringung nicht mehr Besitzer war, so konnte eine Anforderung an ihn auf Grund dieser Vertragsstipulation von dem Kläger nicht gestellt werden.

Nr. 8137.

Actio Publiciana des Ersteher's einer von zwei zugleich feilgebotenen Liegenschaften auf Herausgabe einer von dem Ersteher der anderen Liegenschaft in Besitz genommenen, zu derselben gehörigen, aber im Schätzungsprotokoll unrichtig der anderen Liegenschaft zugeschriebenen Grundparcelle.

Entsch. v. 13. Oct. 1880, Nr. 8974 (Best. der gleichförmigen Urth. des O. O. Rittschach v. 30. Dec. 1879, Nr. 2800 und des D. L. G. Graz v. 5. Mai 1880, Nr. 2628). G. S. 1880, S. 439.

In dem Protokoll der executiven Schätzung der Liegenschaften X und Y des C wurden die dazu gehörigen Grundparcellen aufgeführt und die Grundparcelle Z als Bestandtheil des Gutes X bezeichnet. Bei der executiven Versteigerung beider Liegenschaften erstand A das Gut X und B das Gut Y. Da der Letztere mit der Liegenschaft Y auch die im Schätzungsprotokoll dem Gut X zugeschriebene Parcelle Z in Besitz nahm, wurde er von A mit der publicianischen Klage auf Herausgabe der Parcelle belangt. — Nach Aufnahme eines von B angebotenen Zeugenbeweises erlaunte das Gericht erster Instanz gegen das Klagebegehren aus folgenden Gründen: Jeder der beiden Streittheile hat mit der von ihm erstandenen Realität nur jene Grundparcellen erworben, die zur Zeit der Feilbietung wirklich zur Realität gehörten. Da nun, nach der übereinstimmenden Aussage der Zeugen D und E, die Parcelle Z seit jeher und mindestens seit 30 Jahren immer nur von den Besitzern der Liegenschaft Y und nur im Wirthschaftsbetriebe bei dieser Liegenschaft besessen und benutzt wurde, beide Streittheile sich auf denselben Rechtstitel, nämlich die Ersetzung bei der gerichtlichen Feilbietung stützen, dem Beklagten aber mit Rücksicht auf seinen Besitz der Parcelle Z, dessen Unechtheit weder behauptet noch viel weniger erwiesen wurde, nach §. 374 a. b. G. B. der Vorzug gebührt, und da das Realschätzungsprotokoll zwar bezüglich der Höhe des Werthes der geschätzten Realitäten, nicht aber bezüglich der zu den geschätzten Realitäten gehörigen Bestandtheile unbedingt beweiskräftig sein kann, mußte das Klagebegehren abgewiesen werden. — Das D. L. G. bestätigte das erstgerichtliche Urtheil.

Der oberste Gerichtshof verwarf die a. o. Revisionsbeschwerde des Klägers. Gründe: Es kann in den angefochtenen untergerichtlichen Entscheidungen eine offenbare Ungerechtigkeit nicht gefunden werden. Denn — abgesehen von der sachgemäßen Begründung des Urtheiles der ersten Instanz — ist noch zu erwägen, daß der Kläger auf das Vertrauen in die Schätzung, in welchem er die Liegenschaft X erworben hat, sich nicht berufen kann, da ihm vor

der Versteigerung derselben die dazu gehörigen Grundtheile gezeigt und laut Aussage der beiden Zeugen D und E die Parcelle Z als Zubehör dieser Realität nicht bezeichnet wurde, der Kläger in Folge dessen von dem im Schätzungsprotokolle unterlaufenen Irrthum Kenntniß haben konnte, zum mindesten aber dazu aufgefordert war, vor der Feilbietung die Klarstellung der zwischen dem Schätzungsprotokolle und den tatsächlichen Verhältnissen obwaltenden Differenz anzuregen, und sich nicht auf seinen „guten Glauben“ stützen kann, wenn er es seinerseits an der erforderlichen Aufmerksamkeit fehlen ließ, welche durch die berührten Umstände geboten schienen.

Nr. 8138.

Abgrenzung des Wirkungsbereiches der Gerichte und der Verwaltungsbehörden: Störung im Besitze von Anpflanzungen zum Uferschutz.

Entsch. v. 13. Oct. 1880, Nr. 10429 (Best. des das Decr. des D. O. Jaslo v. 30. April 1878, Nr. 1634, aufheb. Decr. des D. O. Krakau v. 6. Dec. 1878, Nr. 16614). G. S. 1881, S. 21.

Die Klage der Finanzprocuratur in Vertretung des Fiskus gegen B, wegen Störung im Besitze der Weidenpflanzungen am Wistokafusse, wurde von dem angerufenen Gerichte angenommen und nach gepflogener Verhandlung in possessorio summariissimo auf meritorischen Gründen abgewiesen. — Das D. O. G. cassirte die Entscheidung nebst dem vorausgegangenen Verfahren und verwies die Finanzprocuratur an die Verwaltungsbehörde.

Der oberste Gerichtshof bestätigte nach eingeholter Meinung des Ministeriums des Innern die Verordnung der zweiten Instanz. Gründe: Es handelt sich hier um Schutz im Besitze von Weidenpflanzungen auf Grundflächen, die durch Anlegung von Verwahrungsbauten am Ufer des Wistokafusses gewonnen wurden; solche Schutzbauten werden aus volkswirtschaftlichen Rücksichten angelegt, die Eigenthümer von Flußuferstrecken sind zur Herstellung derselben aus öffentlichen Rücksichten verpflichtet und wenn sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen, werden dieselben auf Staatskosten unternommen. Zu diesen Wasserbananlagen gehören auch die von Privaten oder vom Staate bewirkten Weidenpflanzungen. Dies Alles ergibt sich aus den Bestimmungen der Strompolizei- und Pflanzungsordnung für Galizien vom 2. März 1842, Gubernialzahl 9605, in den §§. 26, 30, 32 und 34; nach §. 35 hat das Wasserbauamt zu bestimmen, wie weit gegen das Flußufer gepflanzt werden darf, und sind daher die Pflanzungen gehörig abzugrenzen. Aus diesen Bestimmungen folgt auch,

die Benützung solcher Pflanzungen demjenigen zusteht, der sie gelegt hat. Der §. 47 des Wasserrechtsgesetzes für Galizien vom März 1875, L. G. Bl. Nr. 38, bestimmt sogar, daß der durch gutturungsbauten im Regulirungsbereiche gewonnene Grund und Boden demjenigen zufalle, welcher die Kosten der Unternehmung trägt; ist dieses Eigenthum kein peremptorisches, weil dieser Paragraph festsetzt, daß, wenn der Unternehmer desselben zu dem angegebenen Zwecke nicht mehr bedarf, er den Grund und Boden dem Staate auf Verlangen und gegen Erstattung des Werthes abtreten muß, was aber zufolge §. 40 der oben bezeichneten Strompolizei- und Lenkungsordnung wieder nur im Einverständniß mit dem Wasser-
 minister geschehen darf. Da sonach sowohl die Anlegung und der Verlauf, als auch die Erhaltung, Benützung und der Fortbestand der Pflanzungen an öffentliche Rücksichten gebunden sind, deren Vertheilung nicht in das Privatrecht gehört, so können auch Streitigkeiten über solche Gegenstände nicht zum Wirkungskreis der Gerichte gehören.

Nr. 8139.

summarisches Verfahren: Verwerfung der verspäteten Incompetenzeinwendung von Amtswegen.

Urh. v. 13. Oct. 1880, Nr. 10030 (Best. des das Decr. des L. G. Krakau vom 24. Dec. 1879, Nr. 30152, abänd. Decr. des D. L. G. Krakau vom 3. März 1880, Nr. 3400). G. S. 1881, S. 67.

Auf die Klage der A gegen den abwesenden B wegen Zahlung von 258 fl. wurde, unter Bestellung des C als curator absentis, ein summarisches Verfahren eingeleitet, die Tagfahrt zur Verhandlung des Begehrens des C zweimal überlegt und im dritten Termin von demselben die Einwendung der Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts vorgebracht, die er sich bei seinen Erstreckungsgesuchen nicht vorbehalten hatte. Die Klägerin replicirte auf die Incompetenzeinrede, indem sie das verspätete Anbringen derselben zu rügen. — In erster Instanz wurde der Incompetenzeinwendung stattgegeben, von dem D. L. G. wurde sie wegen Verspätung zurückgewiesen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz. Gründe: Das (mit Hofdecr. vom 25. Jänner 1822, G. S. Nr. 1832, auf das ganze Geltungsgebiet der westgal. G. D. übertragene) Hofdecr. v. 7. November 1820, J. G. S. Nr. 1714, lautet ausdrücklich, daß die Einwendung der Gerichtsanzuständigkeit im mündlichen Verfahren bei der ersten auf die Klage angeordneten Tagfahrt einzubringen oder zu diesem Zwecke insbesondere eine Erklärung zu erwirken sei, widrigens der Belangte mit dieser Einwen-

bung nicht mehr zu hören sei. Der beigelegte Rigor läßt deutlich erkennen, daß das Gericht die zu spät vorgebrachte Einwendung, selbst wenn die Verspätung vom Gegner nicht ausdrücklich gerügt wurde, von Amtswegen zu verwerfen habe, für welche Auffassung auch der Wortlaut der ersten Alinea des §. 48 der F. R. überzeugende Unterstützung gewährt. Dies gilt auch für den summarisch geführten Proceß, weil nach §. 7 des Gesetzes über das summarische Verfahren die über das gerichtliche Verfahren im Allgemeinen bestehenden Vorschriften auch im Summarverfahren, insoferne dieses Gesetz keine besondere Bestimmung enthält, zu befolgen sind, in diesem Gesetz aber bezüglich der Einwendung der Gerichtsunzuständigkeit eine abweichende besondere Anordnung nicht enthalten ist und §. 26 desselben sich lediglich über die Verhandlung und Entscheidung dieser Einwendung, keineswegs aber über den Zeitpunkt ihrer Anbringung ausspricht. Es ist daher durch die Unterlassung dieser Einwendung in der gesetzlichen Präklusivfrist die Zuständigkeit des angerufenen Gerichtes zur Verhandlung und Entscheidung des Rechtsstreites bereits anerkannt worden.

Nr. 8140.

Zusicherung eines Heiratsgutes: Notariatszwang.

Entsch. v. 14. Oct. 1880, Nr. 11056, (Best. des das Urth. des R. G. Fallenan v. 20. Mai 1880, Nr. 5374, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 21. Juli 1880, Nr. 18374). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 4.

In Uebereinstimmung mit dem D. L. G. erkannte der oberste Gerichtshof auf Abweisung der Klage des A gegen seine Schwiegermutter B pcto. Auszahlung des ihm von derselben mündlich versprochenen Heiratsgutes, weil der Vertrag, mit welchem aus Anlaß einer einzugehenden oder eingegangenen Ehe von einer dritten Person eine Dos bestellt wird, einen Ehepact darstellt (§. 1217 a. b. G. B.), dessen Giltigkeit durch die Aufnahme eines Notariatsactes bedingt ist (Gesetz v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 76, §. 1 lit. a).

Nr. 8141.

Voraussetzungen der Pfandrechtspränotation: Specialisirung des Pfandrechststitels.

Entsch. v. 19. Oct. 1880, Nr. 8468 (Best. des Decr. des R. G. Chyzanow v. 6. Nov. 1879, Nr. 14073, Abänd. des Decr. des D. L. G. Krakau vom 31. Jänner 1880, Nr. 20143). G. H. 1881, S. 63.

Das auf die Schuldschreibung des B vom . . . gegründete Gesuch des A um Pränotation des Pfandrechtes auf einer Liegenschaft

es B wurde von dem obersten Gerichtshof mit nachstehender Motivierung abgewiesen: Nach §. 36 Grundb.-G. findet die Vormerkung zur Erwerbung des Pfandrechtes nur dann statt, wenn sowohl die Forderung als auch der Rechtsgrund zum Pfandrechte hinlänglich bescheinigt sind. Nun enthält die Schuldverschreibung des B vom . . . , auf Grund welcher A die Vormerkung des Pfandrechtes begehrt, zwar die Erklärung des Schuldners, daß er dem Gläubiger die Freiheit lasse, Sicherstellungsschritte zu thun; allein diese Erklärung lautet zu allgemein und kann in dem Sinne, daß der Schuldner hiermit dem Gläubiger die pfandrechtliche Sicherstellung seiner Forderung bewillige, nicht ausgelegt, daher mit Rücksicht auf die §§. 447 und 449 a. b. B. B. in der Vorlage dieser Urkunde eine hinlängliche Bescheinigung des Rechtsgrundes zur Erwerbung des Pfandrechtes nicht gefunden werden.

Nr. 8142.

Einfluß des status cridae eines Miterben auf die Art der Einbringung der gesetzlichen Nachlaßfondsgebühren.

Entsch. v. 19. Oct. 1880, Nr. 9393 (theilweise Best. des das Decr. des O. G. Wien v. 20. April 1880, Nr. 27694, abänd. Decr. des O. L. G. Wien v. 15. Juni 1880, Nr. 9503). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 1.

In der Abhandlung der Verlassenschaft der in Wien verstorbenen M, welche den Eridaren A und B und dem unter Curatel stehenden C erbsweise angefallen ist, wurde von dem Abhandlungsgerichte in Betreff der gesetzlichen Fondsgebühren (Beitrag zum allgemeinen Krankenhaus und zum allgemeinen Versorgungsfond in Wien) dem Wiener Magistrate, resp. der n. ö. Statthalterei die Einbringung der auf die Eridare A und B fallenden Antheile an der Gebührenschuld überlassen und dem Curator des Erben C, welcher erklärt hatte, daß der Gebührenanteil des C aus dessen Vermögen bestritten werden könne, die Zahlung dieses Antheiles aufgetragen. — Auf den Recurs des Magistrates in Vertretung des allgemeinen Versorgungsfondes hat das O. L. G. dem Abhandlungsgerichte verordnet, den Verwalter der Concurssmasse des A und B mit besonderem Hinweis auf den §. 29, Abs. 3 der E. O. und den Curator des C zur Berichtigung der Fondsgebühren unter Festsetzung einer Frist aufzufordern und nach fruchtloser Verstreichung derselben auf dem im §. 19 des Gesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, bezeichneten Zwangsweg vorzugehen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die von dem Concurssmassenverwalter angesuchte Verordnung des O. L. G. mit Beseitigung des Hinweises auf den §. 29, Abs. 3 der E. O. Gründe: Die

obergerichtliche Verordnung steht im Einklange mit den §§. 2, 149, 154 und 19 des Gesetzes v. 9. August 1854, St. G. Bl. Nr. 208, und insoferne der Auftrag zur Verichtigung der Fondsgebühren im Allgemeinen und ohne Rücksichtnahme auf die Erbtheile der einzelnen Erbinteressenten erlassen wurde, ist derselbe im §. 550 a. b. G. B. begründet, weil diese Gebühren von dem Nachlaß zu entrichten sind. Weil aber deren Verichtigung aus dem Nachlaßvermögen und keineswegs aus dem Vermögen der Erbare zu erfolgen hat, zumal nur bedingte Erbsertklärungen vorliegen, können sie nicht als Concursmasselosten im Sinne des §. 29, Abs. 3 der E. O. betrachtet, und mußte daher die Hinweisung auf diesen Paragraph der E. O. aus der obergerichtlichen Verordnung beseitigt werden.

Nr. 8143.

Unzuständigkeit der Gerichte für Ansprüche von Gemeinden an den Hauseigenthümer poto. Zinskreuzer und Canalreinigung.

Entsch. v. 19. Oct. 1880, Nr. 12031 (Best. der gleichförmigen Dec. des L. G. Wien v. 23. Juli 1880, Nr. 49121 und des O. L. G. Wien v. 31. August 1880, Nr. 14625). G. B. 1881, S. 8.

Die Klage des Bürgermeisters der Gemeinde Rudolphsdorf gegen die Hauseigenthümer B und C poto. Zahlung rückständiger Zinskreuzer und Canalreinigungslosten im Betrage von 987 fl., wurde von beiden Untergerichten wegen Incompetenz der Gerichtsbehörden a limine abgewiesen. — Der Kläger ergriff den a. o. Revisionsrecurs, worin er ausführte, daß die Zinskreuzer die Miethpartei und nicht der Hausherrn treffen, der sie nur einhebe und in dessen Hand sie ein ihm anvertrautes Geld seien, auf dessen Herausgabe die Gemeinde gegen ihn ein persönliches, im gerichtlichen Wege verfolgbares Recht habe; daß die Canalreinigungsgebühr die Entschädigung für einen von der Gemeinde für den Hauseigenthümer gemachten Aufwand darstelle (§. 1042 a. b. G. B.), daher ebenfalls bei dem Richter anlagbar sei.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs in der Erwägung, daß die Verpflichtung der Wohnparteien zur Entrichtung der Zinssteuer, und jene der Hauseigenthümer zur Tragung der Kosten der Canalreinigung, so wie die Art und Weise der Einhebung derselben durch die politischen Gesetze geregelt sind, daher Ansprüche der Gemeinden hieraus gegen die Hauseigenthümer der Entscheidung der politischen Behörden anheimgestellt bleiben müssen.

Nr. 8144.

Genehmigung eines von dem Vormunde der substituirtten ehelichen Kinder der zur Universalerin eingesetzten Tochter Erblassers mit derselben geschlossenen Uebereinkommens die Abhandlungs- (und Vormundschafts-) Behörde.

H. v. 19. Oct. 1880, Nr. 12008 (Best. der gleichförmigen Herr B. G. Engelszell v. 3. März 1880, Nr. 400 und des D. L. G. Wien 25. Mai 1880, Nr. 8584). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 48.

Die M setzte ihre Tochter A, als Universalerin ein und substituirte deren uneheliche Kinder B und C für den Fall, „daß sich A in eine wie immer Namen habende eheliche oder außereheliche Verbindung mit dem Vater ihrer Kinder, D, einlassen würde“. Der Vormund der genannten unehelichen Kinder und die A schlossen nun Uebereinkommen, worin die Substituten gegen Einräumung einiger Theile auf ihr Erbrecht verzichteten und in die Uebergabe des Nachlasses an die A willigten. — Das Abhandlungsgericht, zugleich Vormundschaftsgericht des B und C, versagte die Genehmigung des ihm vorgelegten Uebereinkommens, weil der letzte Wille der Erblasserin nicht zu umgangen werden darf, sondern nach Möglichkeit erfüllt werden muß (§. 558 a. b. G. B.), derselbe erfüllbar und die der Universalerin A gesetzte Bedingung, wenn auch hart, doch gesetzlich zulässig (§. 700 a. b. G. B.) ist. Auf die Frage der obervormundschaftlichen Genehmigung des Uebereinkommens für B und C wurde von dem Abhandlungsgerichte nicht eingegangen, weil dieselbe den Consens des Abhandlungsgerichtes voraussetze, der nach dem Gesagten nicht erteilt werden kann. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Verordnung aus denselben Gründen.

Der a. o. Revisionsrecurs des Vormundes und der A, in welchem geltend gemacht wurde, daß der Erblasser auf sein Erbe verzichten könne; daß es nicht wahrscheinlich sei, daß die A mit dem D, hier inzwischen geheiratet habe, nochmals in eine Verbindung treten werde; daß das Testament die A einer beständigen Gefahr aussetze, wurde von dem obersten Gerichtshof verworfen in der Erwägung, nach §. 16 des kaiserl. Patentgesetzes v. 9. August 1854, R. G. Bl. 208, gleichförmige unterrichterliche Erledigungen nur im Falle der offensibaren Gesetz- oder Actenwidrigkeit abgeändert werden können, welche Voraussetzungen hier nicht zutreffen; daß der Abschluß in Rede stehenden Uebereinkommens durch das Interesse der Substituten keineswegs geboten erscheint; daß zudem bisher zum Nachtheile der M nicht einmal die Erbserklärungen eingebracht und die Verhältnisse in keiner Beziehung fest- und klargestellt sind.

Nr. 8145.

Unanwendbarkeit der civilrechtlichen Bestimmungen des für Galizien erlassenen Gesetzes wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften in Folge älterer statutenmäßiger Befreiungen von der Zinstaxe.

Entsch. v. 20. Oct. 1880, Nr. 11223 (Best. des das Urth. des O. G. Lark u. 19. März 1880, Nr. 1319, abänd. Urth. des O. L. G. Lemberg vom 30. Juni 1880, Nr. 12678). G. S. 1881, S. 213.

In dem von B der I. I. priv. galizischen landwirthschaftlichen Creditbank über eine Darlehensschuld ausgestellten Schuldschein vom 21. April 1872 verpflichtete sich B zur jährlichen Verzinsung des Capitals mit 12% und außerdem, für den Fall seiner Mora, zur Zahlung 3percentiger Verzugszinsen. Nach Verfall der Schuld verlangte die Creditbank den Curator der ruhenden Verlassenschaft des inzwischen verstorbenen B auf Zahlung des Capitals der ausstehenden 12percentigen Zinsen und der 3percentigen Morazinsen. — Das Gericht erster Instanz reducirte das Maß der Zinsschuld auf 8% mit Anwendung des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften).

In Uebereinstimmung mit der zweiten Instanz wurden von dem obersten Gerichtshof der Creditbank die eingeklagten Zinsen in dem von ihr begehrten Maß zugesprochen. Gründe: Die I. I. priv. landwirthschaftliche Creditbank gehört in die Kategorie jener Anstalten, für die noch unter der Herrschaft des Bucherpatentes v. 2. December 1803, J. G. G. Nr. 640, durch die Ministerialverordnung vom 28. October 1865, R. G. Bl. Nr. 110, ausnahmsweise Begünstigungen normirt, und welche namentlich im Art. V dieser Verordnung bei ihren statutenmäßigen Geschäften von jeder gesetzlichen Beschränkung in Betreff der Höhe des Zinsfußes und der sonst bei Darlehen bedungenen Leistungen befreit worden sind. Im vorliegenden Falle handelt es sich bloß um die Interessen, welche in Gemäßheit der von der Staatsregierung bestätigten Statuten der klagenden Bank ausbedungen wurden; es kann demnach von der Anwendung des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66, keine Rede sein. Ebensovienig kann die Berufung des Beklagten — in der Revisionsbeschwerde — auf die angebliche Rundmachung der Direction der klagenden Bank, in Gemäßheit deren die Interessen auch pro praeterito auf 5% vom Hundert erniedrigt worden sein sollten, eine Beachtung finden, weil hiervon in der Verhandlung des Rechtsstreites keine Erwähnung geschah (§§. 333 und 340 westgal. G. D.).

Nr. 8146.

Perfection eines (handelsrechtlichen) Kaufvertrages. Zeitpunkt der Erwerbung des Eigenthums an einer (mittels Eisenbahn) überschickten Sache. Tragung der Gefahr während des Transportes.

Entsch. v. 21. Oct. 1880, Nr. 10340 (Best. des das Urth. des B. G. Ungar.-Pradisch v. 13. Mai 1880, Nr. 6736, abänd. Urth. des D. L. G. Brünn v. 1. Juli 1880, Nr. 6542). Jur. Bl. 1881, Nr. 1.

Der Kaufmann C in Ungar.-Pradisch bestellte bei dem Kaufmann A in Olmütz Spiritus ohne Festsetzung des Preises. In Folge dessen versandte A am 5. Februar 1880 durch die Kaiser Ferdinands-Nordbahn ein an C adressirtes Faß mit 671 Liter Spiritus nach der Endstation Ungarisch-Pradisch und verständigte hiervon den Besteller unter Einsendung der Factura. Am 8. Februar schrieb C dem A zurück, daß er den Spiritus nicht um den facturirten Preis von 38 fl., sondern nur um 36 fl. per 100 Liter annehmen könne. Auf diese Anzeige telegraphirte A am 9. Februar an das Bahnamt Ungarisch-Pradisch die Ordre, den Spiritus dem C nicht auszufolgen, da er anderweitig damit verfügen werde, und verständigte hiervon unter Einem brieflich den C. Inzwischen, am 8. Februar, hatte B für eine Forderung gegen C das richterliche Pfandrecht an dem im Frachtenmagazin der Station Ungarisch-Pradisch lagernden Faß Spiritus erwirkt. Nun belangte A den B mit der Eigenthumsklage auf Ausscheidung des Spiritus aus der von dem Letzteren gegen C geführten Execution. — Nach Ausnahme eines kaufmännischen Sachbefundes verwarf das Gericht erster Instanz das Klagebegehren. — Von dem D. L. G. wurde dem Klagebegehren stattgegeben aus den nachstehenden Gründen: Die erstgerichtliche Abweisung beruht nach den beigelegten Motiven auf der Annahme, daß C durch die am 5. Februar von dem A vollzogene Uebergabe des Spiritus an die Eisenbahnverwaltung in Olmütz zur Verfrachtung an den C nach Ungarisch-Pradisch Eigenthümer der Waare geworden sei, und diese Annahme wird mit dem Gutachten der Sachverständigen begründet, welche erklärten, daß nach Handelsgebrauch Spiritus ohne Ausnahme auf feste Rechnung, das heißt, vor der Verfrachtung an den Käufer, verkauft wird, so daß der Letztere noch vor der Verfrachtung Eigenthümer der Waare wird, und ihren Ausspruch mit der vom Käufer zu tragenden Gefahr des partiellen oder gänzlichen Verlustes der Waare während des Transportes motivirten. Allein abgesehen davon, daß Sachverständige wohl einen Handelsgebrauch über thatsächliche Vorgänge und Formen, an die das Gesetz gewisse Rechtsfolgen knüpft, keineswegs aber die damit verbundenen Rechtsfolgen selbst, daher auch nicht die Erwerbung des Eigenthums feststellen können, schließt der

durch das erwähnte Gutachten erwiesene Handelsgebrauch, daß Spiritus stets auf feste Rechnung gekauft wird, einen davon abweichenden Vorgang der Parteien nicht aus, und ein solcher abweichender Vorgang wurde von ihnen eben in dem gegenwärtigen Falle beobachtet. Denn der Brief des C vom 8. Februar, worin er die Annahme des ihm zugeschiedten Spiritus um den Facturapreis ablehnte und einen Kaufantrag mit niedrigerem Preis machte, und die in Folge dessen von dem A an ihn und an die Bahnverwaltung am 9. Februar gerichteten Briefe, worin er den Antrag des C ablehnte und über das versandte Faß Spiritus anderweitig verfügte, sprechen dafür, daß zwischen dem A und C kein definitiver Kauf, zu welchem die Festsetzung des Preises gehört, zu Stande gekommen ist, daß erst durch Annahme der Factura und des versendeten Gutes der Kauf perfect geworden wäre, welcher aber, da C die Empfangnahme um den facturirten Preis ablehnte, nicht perfect wurde. Allein selbst wenn trotz dieser Behelfe ein fester Kauf anzunehmen wäre, kann doch durch diesen Kauf und selbst durch die Uebergabe des gekauften Objectes an die Bahnverwaltung zur Verfrachtung an den Käufer C das Eigenthum des Kaufgegenstandes als für den C erworben nicht angesehen werden. Das H. O. B. enthält darüber, wann das Eigenthum einer dem Käufer von einem anderen Orte übersendeten Waare an denselben übergeht, keine ausdrückliche Bestimmung. Die Art. 344 und 345 H. O. B. enthalten nur Bestimmungen darüber, wer bei entsendeten Waaren die Gefahr in der Zwischenzeit von der Uebergabe der Waare an den Frächter bis zur Empfangnahme durch den Käufer nach Verschiedenheit der Fälle zu tragen hat; dieselben gestatten aber nicht den Schluß, daß in jenen Fällen, in welchen die Gefahr den Käufer trifft, das Eigenthum der Waare schon mit der Uebergabe an den Frächter auf den Käufer übergeht, weil der Art. 402 H. O. B. und §. 59 des Betriebsreglementes vom 10. Juni 1874, H. O. B. Nr. 75, dem Verkäufer das Verfügungsrecht über die Waare bis zur erfolgten Uebergabe des Frachtbriefes an den Käufer vorbehalten, welches Recht das Eigenthum des Käufers an der Waare ausschließt. Nach dem a. b. O. B., auf welches zurückzugehen ist (Art. 1 H. O. B.), wird das Eigenthum einer gekauften Sache nur durch die Uebergabe und Uebernahme erworben (§. 425) und sind überschiede Sachen erst nach deren Empfang durch den Uebernehmer als übergeben anzusehen, wenn nicht dieser die Ueberschidungsart selbst bestimmt oder genehmigt hat. Daß dies bei dem in Rede stehenden Faß Spiritus geschehen sei, wurde aber nicht einmal behauptet. Es ist daher der Beweis, daß der Spiritus aus dem Eigenthum des Verkäufers A in jenes des Käufers C übergegangen sei, nicht erbracht worden, und da der Spiritus nur unter der Voraussetzung dieses Eigenthumsüberganges am 8. Februar mit Rechtswirkung für den B gepfändet werden konnte, so ist die Klage des A auf Anerkennung seines Eigenthums an dem

piritusfaß und Ausscheidung desselben aus der von B darauf gerichteten Execution rechtlich begründet.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: Die obergerichtliche Entscheidung ist durch die Motive derselben gerechtfertigt, um so mehr, als selbst dann, wenn die r Spirituskäufe von den Sachverständigen bestätigte Handelsusage maßgebend angenommen wird, damit nicht ausgeschlossen ist, daß an den Parteien ein davon abweichendes Uebereinkommen getroffen worden dürfte, und in der That vorliegt, daß der Kläger A und C ihrem Geschäfte nicht nach dem Handelsgebrauche vorgingen, wegen dritten Personen eine Einwendung nicht zusteht. Hat aber C am 8. Februar 1880 das Eigenthum des Fasses Spiritus noch nicht erworben, so ist es nicht weiter entscheidend, ob er zur Zeit, als er die Annahme des Spiritus ablehnenden Brief an den A abgab, wußte, daß der im Bahnhofe zu Ungarisch-Gradiß lagernde Spiritus für seinen (des C) Gläubiger und heutigen Beklagten B pfändet werden sollte oder gepfändet worden war, was dieser durch sein Hauptleid zu beweisen antrug.

Nr. 8147.

rißt zum Recurs gegen die Bewilligung der Abtrennung von Bestandtheilen eines Grundbuchskörpers.

entsch. v. 21. Oct. 1880, Nr. 10925 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. vom 3. Juni 1880, Nr. 7126), Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 15.

Gegen die erstgerichtliche Verordnung, womit nach dem Gesetze vom 6. Februar 1869, R. G. Bl. Nr. 18, die grundbücherliche Trennung eines Theiles von einem Grundbuchskörper bewilligt wurde, griff ein Interessent am 15. Tage nach der Zustellung der Verordnung den Appellationsrecurs, welchen das D. L. G. als verspätet zurückwies.

Von dem obersten Gerichtshof wurde dem D. L. G. die Annahme des Recurses aufgetragen, in der Erwägung, daß es sich im vorliegenden Falle um eine blücherliche Eintragung zur Erwerbung des Eigenthums einzelner Bestandtheile eines Grundbuchskörpers, beziehungsweise um die Abtrennung von Bestandtheilen eines Grundbuchskörpers, handelt, wobei nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 6. Februar 1869, R. G. Bl. Nr. 18, vorzugehen ist; daß dieses Gesetz in den §§. 11 und 74, Alinea 2 des allgemeinen Grundbuchgesetzes v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 95, bernfen wird und daher als ein integrierender Bestandtheil des Letzteren angesehen werden muß, mithin, da das erstere Gesetz eine Bestimmung über

Recursfristen nicht enthält, in dem Verfahren bei der grundbücherlichen Zertheilung einer Liegenschaft die Bestimmungen des allgemeinen Grundbuchsgesetzes und namentlich jene des §. 127 über die Recursfristen (30, resp. 60 Tage) anzuwenden sind.

Nr. 8148.

Beschädigung einer Person in Folge der unterlassenen Auf-
richtung einer Schutzwehr an einer von einer Eisenbahn-
gesellschaft umgebauten Zufahrtstraße zum Bahnhofe: Haf-
tung der Eisenbahngesellschaft für das Verschulden der zur
Vauführung vertragsweise bestellten Person.

Entsch. v. 26. Oct. 1880, Nr. 10699 (Best. des das Urth. des B. G. Uk-
und Menstadt Prag v. 7. Mai 1880, Nr. 18541, abänd. Urth. des O. L. G.
Prag v. 14. Juli 1880, Nr. 17853). G. Z. 1881, Nr. 12. Jur. Bl. 1880, Nr. 49.

Die Eisenbahngesellschaft B ließ die von ihr gebaute Zufahrt-
straße von dem Dorfe zu dem Bahnhofe X im Jahre 1874 erwei-
tern, wobei von den neben der Straße liegenden Grundstücken das
Erdreich in der Ausdehnung von circa 62 Schritten längs derselben
ausgehoben und zur Aufschüttung verwendet wurde, so daß eine
stellenweise bis zwei Klafter tiefe Ausgrabung, resp. Böschung an der
Straße entstand. Bevor die Arbeit gänzlich vollendet war, wurde die
Straße zur Benützung übergeben, ohne daß an der Abböschung eine
Schutzwehr errichtet oder ein Warnungszeichen aufgestellt worden
wäre. Im September 1874 fuhr A mit einem Zweigespann zur
Nachtzeit von der Station zum Dorfe X; in der Mitte der Straße
wurde der Sattelgaul scheu und drückte das Handpferd an die Straßen-
böschung; der Hintertheil des Wagens hingte sich aus und stürzte
über die Böschung herab; der Vordertheil bog auf der abschüssigen
Höhe um und warf den A herab, der hierbei unter die Vorderräder
gerieth und von den Pferden getreten wurde. Dadurch erlitt A schwere
körperliche Beschädigungen, die auch seine theilweise Arbeitsunfähigkeit
herbeiführten, und belangte die Eisenbahngesellschaft auf Zahlung von
200 fl. Schmerzensgeld und von 300 fl. als Ersatz für den zukünf-
tigen Verdienstentgang. — In erster Instanz wurde die Klage aus
den nachstehenden Gründen abgewiesen: Die Unterlassung der Auf-
stellung einer Barrière an der Böschung der Straße ist allerdings
als ein „Verschulden“ anzusehen; jedoch hat die beklagte Gesellschaft
hierfür nicht aufzukommen, weil sie die Vauführung contractlich dem
A übertragen hat, bei der Wahl dieser Person eine culpa in eligendo
nicht dargethan werden konnte, und ferner die Uebung erwiesen ist,

daß Eisenbahngesellschaften größere Erdarbeiten einem Partieführer zur selbstständigen Ausführung übertragen. Aber auch aus der Verordnung vom 14. September 1854, R. G. Bl. Nr. 238, kann die Haftpflicht der Beklagten nicht abgeleitet werden; denn die Straße wurde bereits zur Zeit des Baues der Eisenbahn von der beklagten Gesellschaft errichtet, und im Jahre 1874 nur erweitert; diese Erweiterung kann nicht als ein Eisenbahnbau angesehen werden, um so weniger, als dieselbe außerhalb der Bahneinfriedung liegt und nach Aussage der Sachverständigen nicht als ein Bahnobject zu betrachten ist. Dazu kommt, daß der §. 10 der obigen Verordnung nur von Schäden an öffentlichem oder Privatgute, welche durch die Errichtung einer Bahn oder in Folge derselben entstehen, spricht, während es sich im vorliegenden Falle um einen Schaden wesentlich anderer Art handelt. — Von dem D. L. G. wurde dem Klagebegehren stattgegeben mit folgender Begründung: Bei dem Umstande, daß der Unfall des Klägers durch den Abgang einer Schutzwehr an der Straße verursacht wurde; daß die Erweiterung der Straße der Eisenbahngesellschaft oblag und, zur Erzielung einer größeren Drehe für Lastfahren vorgenommen, unter der Aufsicht des Streckenchefs der Beklagten ausgeführt wurde; und daß die Erweiterung vermöge ihrer Bestimmung, die Zufuhr von Frachten zur Eisenbahn zu erleichtern, als ein Eisenbahnbau im Sinne der Verordnung vom 14. September 1854 anzusehen ist: erscheint die Beklagte nach §. 10 dieser Verordnung verpflichtet, dem Kläger den aus Anlaß des Umbaues der Zufahrtsstraße zugefügten Schaden zu ersetzen; daß das, was in diesem Paragraph rücksichtlich der Sache bestimmt ist, um so mehr auf die Beschädigung von Personen anzuwenden sei, bedarf keiner weiteren Erörterung. Hierzu kommt, daß der C nicht als Bauunternehmer oder Bauführer anzusehen ist, weil derselbe der Baubehörde gar nicht namhaft gemacht, eine behördliche Bewilligung zum Umbau der Straße gar nicht erteilt wurde, somit die Eisenbahngesellschaft als Bauführerin auf Grund der ihr erteilten allgemeinen Concession erscheint, und auch der Streckenchef die Aufsicht über die accordmäßige Herstellung der Straße zu führen hatte. Daraus folgt, daß die Beklagte nach den §§. 1294 und 1295 a. b. G. B. zum Ersatze des dem Kläger zugegangenen Schadens verpflichtet ist, und sie kann deshalb, weil sie die Ausführung des Baues einem Partieführer im Accordwege überlassen hat, von ihrer Haftpflicht nicht als entbunden gelten.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil des D. L. G. aus dessen Gründen.

Nr. 8149.

Immobilienexecution: Einfluß der Feilbietungsbedingungen auf die Rechte Dritter? Collision zwischen dem Pächter und Ersteher der Liegenschaft bezüglich der stehenden Früchte.

Entsch. v. 26. Oct. 1880, Nr. 11354 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. L. G. Jechutz v. 20. Juli 1880, Nr. 7149 und des O. L. G. Prag vom 16. August 1880, Nr. 24421). O. G. 1881, S. 113.

Am 12. April 1880 wurde die executive Feilbietung des dem C gehörigen Pachtgutes X bewilligt und mittels Edictes ausgeschrieben, in welchem die Bestimmung aufgenommen war, daß der Käufer auch auf die zur Zeit der Ersteigerung auf den Grundstücken des Gutes stehenden Früchte Anspruch hat. Die Feilbietungsbewilligung wurde am 12. Mai auch dem Gutspächter B intimirt, der am 26. April die Intabulation seines Bestandrechtes bei dem Gut erwirkt hatte, sodann die Versteigerung abgehalten und dem A als Meistbieter das Gut zugeschlagen. Als nun A durch die Gerichtscommission in den Besitz des Pachtgutes eingeführt werden sollte, protestirte B gegen die von A begehrte Uebergabe der stehenden Früchte mit Berufung auf sein Pachtrecht. — In Erledigung des Besitzeinführungsprotokolles erließ das Gericht erster Instanz an den B den Bescheid, daß auf sein Pachtrecht kein Bedacht genommen werden könne und daß er mit seinem Einspruch gegen die Uebergabe der Feldfrüchte an den Ersteher auf den ordentlichen Rechtsweg gewiesen werde. — Das O. L. G. bestätigte diesen Bescheid in der Erwägung, daß nach §. 1121 a. b. G. B. bei einer executiven Veräußerung der Bestandnehmer selbst in dem Falle, wenn sein Recht als ein dingliches eingetragen ist, dem neuen Käufer weichen muß und ihm nur in Rücksicht auf die Entschädigung sein Vorzugsrecht vorbehalten bleibt; daß der Ersteher A dadurch, daß er sich in den Besitz der Früchte der zum Pachtgut gehörigen Grundstücke einführen ließ, sofort seinen Willen, diese Grundstücke in eigene Benützung zu übernehmen, bekannt gegeben hat und daß B um so minder Grund hat, durch diese Besitzeinführung sich für beschwert zu erachten, als in die Feilbietungsbedingungen ausdrücklich die Bestimmung aufgenommen ist, daß der Ersteher auch auf die zur Zeit der Ersteigerung auf diesen Grundstücken noch stehenden Früchte Anspruch hat, und B, obgleich von der Bewilligung der Feilbietung unter dieser genehmigten Bedingung noch vor der Feilbietung verständigt, dagegen keine Einsprache erhoben hat, daher diese Bedingungen auch gegen ihn, welcher seine Rechte eben nur vom Executen ableitet, Wirkung haben.

Auf den a. o. Recurs des B hat der oberste Gerichtshof das Begehren des A um Einführung in den Besitz der stehenden Früchte des Pachtgutes abgewiesen. Gründe: Die festgesetzten Bedingungen

ner executiven Feilbietung sind wohl für das Rechtsverhältniß zwischen dem Executen und dem Ersteher und ebenso für das Rechtsverhältniß, welches durch den executiven Verkauf zwischen dem Executionsführer und dem Ersteher begründet wird, von maßgebender Bedeutung; sie können aber, nach der Analogie des §. 12 a. b. G. B., die Rechte dritter, an dem Verkaufe nicht unmittelbar beteiligter Personen nicht berühren und selbst die Rechte der Hypothekengläubiger erleiden dadurch nur die im Gesetze besonders ausgesprochenen Veränderungen. Wenn also auch die Bedingungen der Feilbietung des Pachtgutes X die Bestimmung enthielten, daß der Ersteher auch auf die zur Zeit der Ersteigerung auf den Grundstücken der Wirthschaft noch stehenden Früchte Anspruch hat, so gilt dieses nur doch nur für das Rechtsverhältniß zwischen dem Ersteher und dem Executen, ändert aber an sich nichts an dem Rechte des Pächters als einer dritten Person. Deshalb war auch dem Begehren des Erstehers um die Einführung in den Besitz jener Früchte nicht ohne Weiteres stattzugeben, die Erlöschung der intabulirten Bestandrechte des A vielmehr nach der Analogie des §. 1120 a. b. G. B. von der Kündigung des neuen Eigenthümers abhängig und, da diese Kündigung nicht erfolgte, das Begehren des Erstehers abzuweisen.

Nr. 8150.

Einverleibung einer Servitut auf Grund eines vor der Grundlastenablösungskommission geschlossenen Vergleiches trotz des Mangels einer besonderen Einverleibungsbewilligung.

entsch. v. 26. Oct. 1880, Nr. 12021 (Best. des Decr. des k. k. Linz vom 1. Mai 1879, Nr. 2092, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien v. 3. August 1880, Nr. 12744). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 3.

In dem bei der Grundlastenablösungs- und Regulirungskommission für Steiermark geschlossenen Vergleich hat die Finanzverwaltung in Vertretung des Fiskus den Besitzern der Bauerngüter A, B und C Servituten an den dem Fiskus gehörenden landtäfellichen Gütern D und E bestellt. Unter Vorlage des Erlasses, mit welchem die steiermärkische Statthalterei den Vergleich bestätigte, begeherten die Besitzer von A, B und C die Intabulation der bestellten Servituten an den dienenden Landtafelgütern D und E. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil in dem vorgelegten Erlasse der steiermärkischen Statthalterei als erster Instanz in Grundlastenablösungs- und Regulirungsangelegenheiten keine Einverleibungsbewilligung nicht enthalten ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Verordnung in der Erwägung, daß es sich hier um Servitutsrechte handelt, zu deren Erwerbung nach §. 481 a. b. G. B. die Eintragung in das öffentliche Buch erforderlich ist; daß nach §. 38 des kaiserl. Patentgesetzes vom 5. Juli 1853, R. G. Bl. Nr. 130 (betr. die Grundlastenablösung und Regulirung), die nach diesem Gesetze zu Stande gekommenen und genehmigten Vergleiche die Rechtswirkung gerichtlicher Vergleiche haben und gleich diesen auf Verlangen der Parteien von dem Civilrichter zu vollstrecken sind, daß daher auch der hier vorliegende Vergleich nach §. 33 lit. b des Grundb.-G. zu beurtheilen ist und eine besondere Einverleibungsbewilligung des Besitzers der belasteten Güter zur Verbücherung nicht bedarf; daß, nachdem dieser Vergleich von der steiermärkischen Statthalterei bestätigt worden ist und mit der Zustellung in Wirksamkeit zu treten hat, dessen Vollstreckbarkeit um so weniger bezweifelt werden kann, als auch die Finanzprocuratur in ihrem Appellationsrecurs einen Anstand nicht wegen noch nicht eingetretener Rechtskraft des Vergleiches, sondern nur wegen Abganges einer besonderen Einverleibungsbewilligung erhoben hat.

Nr. 8151.

Bestandstreitsachen: Bedeutung der für Räumungsgesuche bestimmten sechsmonatlichen Frist.

Entsch. v. 26. Oct. 1880, Nr. 12194 (Best. des Urth. des B. G. Lausitz v. 4. Mai 1880, Nr. 3250, Abänd. des Urth. des D. L. G. Araden v. 17. August 1880, Nr. 11740). G. S. 1881, S. 27.

Am 20. Jänner 1880 kündigte der Verpächter A dem Pächter B gerichtlich den Bestandvertrag auf den 13. September 1880, an welchem Tage die vertragsmäßige Pachtzeit ablief. Da die Pachtung nicht auf Kündigung gestellt war, so behandelte das Gericht die Aufkündigung des A als Räumungsgesuch im Sinne des §. 11 der kaiserl. Verordnung vom 16. November 1858, R. G. Bl. Nr. 213, und ertheilte demnach dem B den Auftrag, das Pachtgut am 13. September zurückzustellen oder binnen 8 Tagen seine Einwendungen vorzubringen. B überreichte in offener Frist Einwendungen, welche nach gepflogener Streitverhandlung in erster Instanz abgewiesen wurden. — Auf die Appellation des B wurde von dem D. L. G. der erstgerichtliche Räumungsauftrag aufgehoben und A mit seinem Begehren abgewiesen, weil das Räumungsgesuch gegen die Vorschrift des §. 11 der citirten kaiserl. Verordnung nicht erst innerhalb der letzten sechs Monate der Pachtzeit, sondern noch vor diesem Zeitraum angebracht worden ist, daher verfrüht war.

Der oberste Gerichtshof restituirte das erstrichterliche Urtheil. Gründe: Die Motivirung des D. L. G. ist nicht zutreffend, indem das Gesetz durch die Bestimmung des §. 11, wornach ein Räumungsgesuch „nur innerhalb der letzten 6 Monate vor Ablauf der Bestandszeit angenommen werden darf“, eine frühere Ueberreichung des Räumungsgesuches nicht verbietet und nur ausspricht, daß nach diesem Termine derlei Gesuche nicht anzunehmen seien.

Nr. 8152.

Execution während des Rechtsmittelzuges durch Sequestration der Einkünfte des für die zuerkannte Forderung verpfändeten Gutes: Nachweis der Insufficienz des Pfandes?

Entsch. v. 26. Oct. 1880, Nr. 12197 (Best. des Decr. des R. G. Neusandee v. 10. Jänner 1880, Nr. 7826, Abänd. des Decr. des D. L. G. Aralan v. 1. Juli 1880, Nr. 5817). G. S. 1881, S. 183.

Pendente appellatione des Beklagten gegen das Urtheil, mit welchem er dem Kläger zur Zahlung einer Schuld von 14.000 fl. condemnirt worden war, begehrte dieser zur Sicherstellung der erstigten Forderung die Sequestration der Früchte der ihm für dieselbe verpfändeten Liegenschaft. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen in der Erwägung, daß nach §. 4 der Justizministerialverordnung vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130, die Sequestration der Einkünfte des Gutes, auf welchem die Forderung des Klägers pfandrechtlich versichert ist, nur in dem Falle bewilligt werden könnte, wenn er die Unzulänglichkeit dieser Hypothek darthun würde; daß aber aus dem Gesuche selbst zu entnehmen ist, daß die Liegenschaft einen Werth von 100.000 fl. repräsentirt, und daß der Forderung des Klägers nur eine Hypothekarforderung von 15.000 fl. vorangeht, der Kläger daher hinreichend sichergestellt ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte den bewilligenden Bescheid der ersten Instanz. Gründe: Der Kläger ist in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 339 wettgal. G. D. und der §§. 12 und 4 Ministerialverordnung vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130, allerdings berechtigt, zur Sicherstellung der ihm erstrichterlich zuerkannten Forderung auch die Sequestration der Einkünfte der dieser Forderung bereits zur Hypothek dienenden Liegenschaft zu begehren, und es kann der Schlußsatz des §. 4 der citirten Ministerialverordnung nicht dahin gedeutet werden, daß dem Gläubiger zur Ausübung dieses Rechtes vorher obliege, die Unzulänglichkeit der Hypothek darzuthun, da das Pfandrecht nach §. 457 a. b. G. B. sich ohnehin auch auf

die noch nicht abgesonderten Früchte des Pfandgutes erstreckt, daher dem Pfandgläubiger gestattet sein muß, sich der hängenden Früchte seiner Hypothek im Wege der Sequestration zu versichern.

Nr. 8153.

Voraussetzungen der Hemmung der Execution wegen einer die nachträgliche Erlöschung der zuerkannten Forderung (durch Compensation) behauptenden Klage: Nachweis oder bloße Bescheinigung der Erlöschung des Executionsrechts? Einstellung der Execution gegen Caution?

Entsch. v. 27. Oct. 1880, Nr. 11092 (Abänd. der gleichförmigen Dec. des B. G. Ehrhau v. 16. Sept. 1879, Nr. 12420 und des D. L. G. Kralau v. 30. Juni 1880, Nr. 7482). G. S. 1881, S. 36.

Nach Anstellung der Klage, mit welcher A gegen den Vorschußverein B die Nichtigerklärung der von dem Vorschußverein wegen einer Forderung von 364 fl. gegen ihn geführten Execution aus dem Grunde der Erlöschung des Executionsrechtes gefordert hatte (Hofdec. vom 22. Juni 1836, J. G. S. Nr. 145), begehrte er die Suspension der dem Verein bereits bewilligten Feilbietung der in Execution gezogenen Fahrniß bis zur Entscheidung des Processes. — Von beiden Untergerichten wurde die Sistirung gegen Caution des A bewilligt.

Der oberste Gerichtshof verwarf das Suspensionsgesuch. Gründe: Der Schuldner A hat für seine Behauptung, die dem Vorschußverein rechtskräftig zuerkannte Forderung von 364 fl. nachmals gezahlt zu haben, eine vollkommen beweisende Urkunde nicht beigebracht. Er will nur die Compensation seiner Schuld mit dem Geschäftsantheile geltend machen, der ihm, nachdem er aus dem Verein nach vorgängiger Kündigung ausgetreten ist, gebühren soll. Allein es steht noch in Frage, ob A dem Verein, der eine Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung ist, die Mitgliedschaft in der That und zur gehörigen Zeit gekündigt habe (§. 54 des Gesetzes vom 9. April 1873, R. G. Bl. Nr. 70); ob ihm das Recht zustehe, die Ausfolgung seines Geschäftsantheiles zu verlangen; insbesondere, ob dieser Antheil wirklich in jenem Betrage zur Ausfolgung gelangen werde, der sich aus dem von ihm vorgelegten Antheilsbüchel ergibt und ob sohin die gesetzlichen Bedingungen einer Compensation (§. 1438 a. b. G. B.) gegeben seien. Das Suspensionsgesuch des A kann daher, wegen Mangels der Erfordernisse des Hofdec. v. 22. Juni 1836, J. G. S. Nr. 145, §. 2, nicht bewilligt werden. Von einer Executionseinstellung gegen

caution kann aber nach dem citirten und hier maßgebenden Gesetze in Rede sein. Das Gesetz begnügt sich nicht etwa mit einer bloßen Bescheinigung der Erlöschung des Executionsrechtes, die im Falle der Unzulänglichkeit durch eine Caution etwa zu ergänzen wäre, sondern verlangt ausdrücklich vollkommen beweisende Urkunden und enthält deshalb auch keine Bestimmung über die Zulässigkeit einer Caution.

Nr. 8154.

Sachlegitimation des Besizgnachfolgers des Ersteher einer Zwangsweise verkauften Liegenschaft zur Anfechtung der auf das Meistgebot gewiesenen Hypothekarforderungen?

Urth. v. 28. Oct. 1880, Nr. 12044 (Best. des Urth. des O. G. Prag v. 15. Juli 1880, Nr. 5710, abänd. Urth. des O. L. G. Prag v. 24. August 1880, Nr. 23214). O. G. 1881, S. 240.

Das Haus X des D wurde im Executionswege feilgeboten, von dem C erstanden und, nach vorgängiger Anweisung der Hypothekarforderungen auf das Meistgebot, demselben eingeworben. C kaufte sodann das ihm bürgerlich nicht zugeschriebene Haus den Heuten A, welche nach erfolgter Intabulirung ihres Eigenthumes in B auf Löschung des für eine Forderung desselben von 31 fl. an dem Haus X einverleibten Pfandrechtes belangten, weil diese in der Meistgebotsvertheilung auf den Rauffchilling angewiesene Forderung dem B noch von dem früheren Hypothekbesitzer D gezahlt worden sei. Der Beklagte wendete ein, daß den Klägern die Sachlegitimation fehle und daß er, nachdem D die Forderung von 31 fl. bezahlt hatte, mit demselben übereingekommen sei, daß die Forderung in seinen Gunsten einverleibt bleiben soll, weil er eine Schuld des A an den E berichtet hatte. Der Beklagte berief sich auch auf den Rauffchillingszuweisungsbescheid, in welchem es heißt: „Die Forderung des B per 31 fl. wird bis zur Löschung belassen, weil B zwar einkennt, daß sie gezahlt wurde, jedoch weiters einwendet, daß das Pfandrecht dadurch wieder aufgelebt sei, daß er mit dem Hypothekarzulohner das Uebereinkommen traf, demselben einen neuen Credit in dem gleichen Betrage einzuräumen, und diesen Credit ihm effectiv räumte.“ — In erster Instanz wurde dem Klagbegehren stattgegeben. — Das O. L. G. erkannte auf Abweisung der Klage wegen Mangels der Sachlegitimation der Kläger.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: Die Kläger haben das Haus X außergerichtlich durch Kauf von dem Ersteher C erworben und haben, da dieser Kauf auf den Grundbuchsstand, beziehungsweise auf die Vertheilung des Meist-

gebotes des C ohne Einfluß bleiben mußte, die in besagter Reparation festgesetzten Zahlungsverbindlichkeiten so zu erfüllen, wie dies C als Erstehrer hätte thun müssen, — um so mehr, als sie nicht behaupten, daß nach der Meistgebotsvertheilung ein Umstand eingetreten sei, wodurch dieselbe irgendwie alterirt worden wäre. Als Rechtsnachfolger des Erstehers der Realität müssen die Kläger das zugewiesene Meistgebot bezahlen und es könnte hier, wo die Forderung des Beklagten nur verwahrt wurde, nur noch fraglich werden, ob sie dem Belangten oder anstatt seiner einem der leer ausgegangenen Gläubiger oder noch dem Executen zu zahlen haben. Diese Frage zur Lösung zu bringen, kann aber nur Sache jener Gläubiger und des Executen sein, welche allein davon berührt werden, indem die Ersteren durch das Freiwerden der dem Kläger verwahrten Summe zur Befriedigung gelangen können und der Letztere die Liberirung von der persönlichen Haftung erreichen würde. Daß die Kläger nicht der Execut sind, ist gewiß; sie haben aber auch nicht behauptet und ist auch sonst nicht ersichtlich, daß sie Hypothekargläubiger gewesen und auch in dieser Beziehung an die Stelle des Erstehers getreten wären. Es fehlt ihnen daher jedes rechtliche Interesse daran, daß der Belangte nicht zur Befriedigung gelange, und das D. L. G. hat demnach mit Recht wegen Mangels ihrer Sachlegitimation die Klage abgewiesen.

Nr. 8155.

Verhandlungssprache bei Proceßführungen vor dem Consulatsgericht inairo.

Entsch. v. 3. Nov. 1880, Nr. 11888 (Best. des das Decr. des Consulates inairo v. 10. Juli 1880, Nr. 780, abänd. Decr. des D. L. G. Trifft vom 5. August 1880, Nr. 2670). G. S. 1881, S. 84.

Die laptisch-katholische Gemeinde inairo wurde von A bei dem dortigen österr. Consulate mit einer deutsch geschriebenen Schadenersatzklage belangt, versäumte den Einredetermin und begehrte deshalb die Restitution. Bei der zur Verhandlung dieses Incidentstreites anberaumten Tagssatzung forderte der Kläger, ein Ungar von Geburt, mit Bezugnahme auf den §. 14 westgal. G. D. („die im Lande bei Gericht übliche Sprache“), daß die Verhandlung in deutscher Sprache geführt werde. Er bemerkte, daß er zwar als Ungar das Recht habe, zu verlangen, daß seine Ausführungen in seiner Muttersprache zu Protokoll genommen werden; da jedoch bei dem Consulate kein Gerichtsbeamter dieser Sprache mächtig ist und er, Kläger, deutsch versteht, glaube er mit Grund darauf bestehen zu können, daß das Protokoll in deutscher Sprache errichtet werde. Der Vertreter der Beklagten wünschte dagegen, daß die Verhandlung in der ihm verständ-

in der italienischen Sprache geführt werde. — Das Consulat entschied, daß das Protokoll über die Verhandlung des Incidentstreites in der italienischen Sprache aufzunehmen sei, weil eine schriftliche Vereinbarung der Parteien, daß der Hauptproceß in der deutschen Sprache geführt werde, nicht besteht; weil in mehreren anderen Streitigkeiten, welche in früherer Zeit zwischen A und der koptisch-katholischen Gemeinde durchgeführt wurden, die Parteien sich stets der italienischen Sprache (die auch A kennt) bedient haben und weil die italienische Sprache bei dem österr. Consulate in Kairo die gebräuchlichste (*la più usitata*) und in allen jenen Fällen zur Anwendung gekommen ist, in welchen dem einen der beiden Streittheile die deutsche Sprache nicht geläufig war. — Auf den Recurs des A verordnete das O. L. G. Triest dem Consulate, die Ausführungen des A in der deutschen Sprache zu Protokoll zu nehmen, und dem Gegentheile den Gebrauch der italienischen Sprache frei zu stellen, in Erwägung, daß in dem gegenwärtigen Proceße die Klage und mehrere in früherer Zeit aufgenommenen Protokolle in der deutschen Sprache verfaßt worden sind, und daß mit Rücksicht auf das dem österr. Consulate in Kairo zur Verfügung stehende Personal auch die Möglichkeit gegeben ist, die gerichtliche Verhandlung in der deutschen Sprache zu führen; daß deshalb dem A das Recht nicht abgesprochen werden könne, zu fordern, daß seine Ausführungen in der deutschen Sprache zu Protokoll gebracht werden, dem anderen Theil aber unbenommen bleiben müsse, seine Gegenansführungen in der italienischen Sprache zu Protokoll zu geben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung aus deren Gründen und in der weiteren Erwägung, daß nach §. 14 der westgal. G. D. die Streittheile sich in ihren Reden vor dem Lande beim Gerichte üblichen Sprache zu bedienen haben und das österr.-ungar. Consulat in seinem obigen Bescheide angeführt hat, daß bei demselben sowohl die deutsche als auch die italienische Sprache als Gerichtssprache in Uebung sei.

Nr. 8156.

Zuständigkeit für die nach Aufhebung des Concurse auf Grund des Liquidirungsprotokolles angesuchte Execution. Nothwendigkeit ausdrücklicher Anrufung des mit dem ordentlichen Civilgericht vereinigten Handelsgerichtes.

Entsch. v. 3. Nov. 1880, Nr. 12539 (Best. des das Decr. des O. L. G. Brünn v. 25. Mai 1880, Nr. 4996, abänd. Decr. des O. L. G. Brünn v. 31. August 1880, Nr. 9359. G. S. 1880, S. 478.

In dem vom O. L. G. in Brünn als S. G. über das Vermögen des B eröffneten Concurse wurde die angemeldete Forderung des A

im Betrage von 8641 fl. bei der Liquidirungstagfahrt von der Gläubigerschaft und von dem Cridar nicht bestritten. Nach Aufhebung des Concurſes überreichte A bei dem genannten L. G., ohne dasselbe als F. G. zu bezeichnen, das mit dem amtlichen Auszug aus dem im Concurſ aufgenommenen Liquidirungsprotokoll (§§. 121 und 55 E. D.) belegte Gesuch um Ertheilung des executiven Pfandrechtes an einer Liegenschaft des B für seine im Concurſ liquidirte Forderung von 8641 fl. — Von dem L. G. wurde das Gesuch bewilligt. — Auf den Recurs des A cassirte das D. L. G. den erstgerichtlichen Bescheid mit dem Auftrag an das L. G., das Pfändungsgesuch als beim L. G. unzuständig eingebracht, dem A zurückzustellen, in der Erwägung, daß nach §. 69 der J. N. der erste Grad der Execution bei demjenigen Gerichte anzufuchen ist, von welchem das Erkenntniß erster Instanz ergangen, oder bei welchem der zur Execution geeignete Vergleich geschlossen worden ist, und daß das nach §. 121 E. D. wie ein gerichtlicher Vergleich executionsfähige Liquidirungsprotokoll, worauf das Pfändungsgesuch des A gegründet ist, in dem vom L. G. Brünn als F. G. gegen B eröffneten Concurſ aufgenommen wurde, daher, insoferne dasselbe als gerichtlicher Vergleich in Betracht kommt, als ein von dem L. G. als F. G. geschlossener Vergleich anzusehen ist; daß bei dem L. G. in Brünn das Einreichungsprotokoll für handelsgerichtliche Angelegenheiten abgeſondert geführt wird; daß bei den Gerichten, wo dies der Fall ist, nach §. 108 der Gerichtsinstruction vom 3. Mai 1853, R. G. Bl. Nr. 81, die Parteien die Eingaben in Handelsſachen genau als solche zu bezeichnen haben; daß A sein Executionsgesuch bei dem L. G., ohne dasselbe als F. G. oder die Angelegenheit als eine handelsgerichtliche zu bezeichnen, eingebracht hat, daher das Gesuch als bei dem L. G. als Civilgericht eingebracht anzusehen war und, wie die Eintragung desselben in dem civilgerichtlichen Einreichungsprotokoll und die ohne Beziehung eines Handelsbeißers darüber getroffene Entscheidung beweist, als solches auch behandelt wurde; daß somit das Executionsgesuch bei einem nach §. 69 J. N. incompetenten Gerichte angebracht worden ist und daß nach §. 1 der J. N. jedes Gericht seine Zuständigkeit von Amtswegen zu prüfen und wenn es dieselbe nicht begründet findet, die Partei von Amtswegen zurückzuweisen hat.

Der Revisionsrecurs des A wurde von dem obersten Gerichtshof verworfen mit Verweisung auf die ſachgemäße und geſetzmäßige Begründung der obergerichtlichen Entscheidung.

Nr. 8157.

Unzulässigkeit der Aufforderung des unehelichen Kindes gegen Verühmung der Paternität seitens der unehelichen Mutter.

Hd. v. 3. Nov. 1880, Nr. 12613 (Best. des das Decr. des B. G. Bist. v. August 1880, Nr. 9035, abänd. Decr. des D. L. G. Prag vom 14. Sept. 1880, Nr. 27024). G. S. 1881, S. 26.

In der von A gegen den Vormund und gegen die Mutter des unehelichen Kindes C angestellten Aufforderungsklage ex lege famari hat der Kläger angeführt, daß ihn die Mutter des B als Vater des Kindes bezeichne, und deshalb das Begehren gestellt, gegen den Beklagten die Ausführung der angeblichen Rechte gegen ihn in Anerkennung der Vaterschaft und Erfüllung der Vaterpflichten aufgetragen und in Ermangelung dessen dem Kinde B diesfalls das ewige Stillschweigen auferlegt werde. — Das Gericht erster Instanz beschied die Klage nach Vorschrift des §. 68 a. G. D. — Von dem D. L. G. wurde die Aufforderungsklage als unzulässig zurückgewiesen, weil es sich im vorliegenden Falle in erster Linie um unäußerliche persönliche Rechte handelt, auf die Unterlassung der Äußerung derselben aber das ewige Stillschweigen nicht anzuwenden ist, dieselben vielmehr jederzeit geltend gemacht werden können.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung. Gründe: In der Klagebitte: daß dem unehelichen Kinde B, dessen Mutter angeblich dem Kläger die Vaterschaft zugemuthet hatte, im Falle der Nichtausführung der ihm nach dem dritten Hauptstück, Theils des a. b. G. B. zukommenden Rechte das ewige Stillschweigen in Ansehung dieser Rechte aufgetragen werde, ist die Person des Aufzufordernden verfehlt, weil vorausgesetztermaßen die Verühmung nicht von dem Kinde, sondern von der Mutter ausgegangen ist.

Nr. 8158.

Ungültigkeit der Vereinbarung höherer als der gesetzlich bestimmten Verzugszinsen für Wechselschulden.

Hd. v. 3. Nov. 1880, Nr. 12749 (Best. des das Decr. des B. G. Prag vom 4. Juni 1879, Nr. 3205, abänd. Decr. des D. L. G. Prag vom 17. Februar 1880, Nr. 19976). G. S. 1881, S. 15.

In der notariellen, mit der Vollstreckungsklausel (§. 3 Not.-G. v. 1877) versehenen Urkunde vom 9. Jänner 1877, wurde die aus mehreren Wechselfen entstandene Schuld der Eheleute B an den A mit

2374 fl. festgesetzt, die Zahlung auf den 12. Jänner 1877 und für den Fall der Mora die Zahlung von 15percentigen Verzugszinsen versprochen. Nach dem Verfall der Forderung erwirkte A für dieselbe und die 15percentigen Morazinsen das Pfandrecht an einer Fidejusschaft der Eheleute B und begehrte sodann die Schätzung, welche erster Instanz bewilligt wurde. — Auf den Recurs des Schuldners reducirte das O. L. G. mit Anwendung des Gesetzes v. 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften), das Maß der durch die Execution herbeizubringenden Zinsen auf 6%.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung. Gründe: Da in der Wechselordnung (Art. 50) die Verzugszinsen für Wechselfschulden mit 6% normirt sind, daher das Ausbedingen höherer Zinsen unzulässig ist, so erscheint die obergerichtliche Herabsetzung der bedungenen 15percentigen Morazinsen als gesetzlich gerechtfertigt, ohne daß es erforderlich war, auf die Beschränkungen des Uebermaßes der Zinsen nach dem Gesetz v. 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66, zu übergehen.

Nr. 8159.

Zulassung von Nachträgen zu noch nicht beantworteten Proceßschriften trotz des Protestes des Gegners.

Entsch. v. 3. Nov. 1880, Nr. 12756 (Best. des Decr. des O. L. G. Wien v. 8. Juni 1880, Nr. 38790, Abänd. des Decr. des O. L. G. Wien v. 14. Sept. 1880, Nr. 15175). O. S. 1880, S. 409.

A hat in seinem schriftlichen Proceß gegen B einen Nachtrag zur Replik eingereicht, worin er Umstände vorbrachte, die er in der Replik selbst nicht anführen konnte, weil sie ihm erst nach Erstattung derselben bekannt wurden, und zugleich um Gestattung des Ausbruchs dieser Nova gebeten. Bei der zur Vernehmung des B abgehaltenen Tagfahrt protestirte dieser gegen die Annahme des Repliknachtrages und begehrte, daß derselbe so wie das Gesuch um Gestattung des Vorbringens der Neuerungen abgewiesen werde. — In erster Instanz wurde dem Kladerlag des Repliknachtrages nicht stattgegeben, weil kein Gesetz verbietet, einen Repliknachtrag, der sohin als Theil der Replik selbst sich darstellt, einzubringen, solange als die Replik nicht erstattet ist. — Von dem O. L. G. wurde der Repliknachtrag als gerichtsordnungswidrig zurückgewiesen, mit nachstehender Begründung: Die a. O. D. setzt in dem §. 2 fest, daß jedem Theile in gemein und außer den in der Gerichtsordnung ausdrücklich ausgenommenen Fällen zwei Reden und nicht mehr gestattet sind, nämlich die

Kläger die Klage und Replik, dem Beklagten aber die Einrede und Duplik, und §. 55 a. O. D. läßt nur unter der dort angegebenen Voraussetzung den Parteien noch eine Schlussschrift und Gegenschlussschrift zu. So ist durch das Gesetz die Zahl und die Ordnung der Sabschriften geregelt und die Gerichtsordnung hält an der Einheit dieser Sabschriften unabweichlich in dem Maße fest, daß sie im Hofdecr. vom 23. August 1799, J. O. S. Nr. 474, vorschreibt, daß Streitgenossen, selbst wenn sie sich verschiedener Vertreter bedienen, ihre gemeinsamen und besonderen Rechte stets in einer und derselben Sabschrift ausführen müssen. Damit sind die Nachträge zu den Sabschriften von dem durch die Gerichtsordnung festgesetzten Proceßgang geradezu ausgeschlossen und müssen um so mehr ausgeschlossen bleiben, als durch das Zulassen solcher Nachträge zu den Sabschriften, deren Zahl dann bei keiner der gesetzlichen Proceßschriften mit Grund beschränkt werden könnte, das so nothwendig gewordene Fristengesetz v. 16. Mai 1874, R. O. Bl. Nr. 69, wieder um seine vom Gesetzgeber beabsichtigte wohlthätige Wirkung gebracht und, statt Quelle der Ordnung und Beschleunigung des Verfahrens zu sein, zur Handhabe für Verzögerungen und Verwirrung des Verfahrens werden würde. Wurde in einer Sabschrift etwas versehen, so sind die Legung von Neuerungen, der Rücktritt von der Klage, das Anbringen einer neuen Klage und die Restitution die gerichtsbildungsmäßigen Mittel, um dem Versehen abzuhelpfen, soweit es eben thunlich ist. So ist das processuale Recht gleichmäßig wirkend für und gegen jeden Streittheil, und wenn auch die Gerichtsordnung es zuläßt, daß durch die Uebereinstimmung der Proceßparteien Abweichungen vom gesetzlichen Verfahren Platz greifen, so kann dies eben nur durch ein Uebereinkommen geschehen, welches dann auch für die Frist zur Beantwortung der Schrift Vorsorge zu treffen hätte. Da nun der Beklagte B sich gegen die Annahme des Repliknachtrages des A verwahrt und sich auf sein processuales Recht gegen diese Gerichtsordnungswidrigkeit beruft, so mußte der Repliknachtrag zurückgewiesen werden.

In Erwägung, daß A den Repliknachtrag noch vor der Duplik des Gegners eingebracht hat; daß es sich hierbei nicht um eine Vermehrung der den Streittheilen im schriftlichen Verfahren gestatteten Zahl der Proceßschriften handelt, indem der Repliknachtrag nur einen Theil der Replik, mit dieser ein Ganzes bildet und mit der Replik verbunden, von der Gegenpartei in der Duplik zu beantworten sein wird; daß es sich nur um die Frage der formellen Zulässigkeit des Repliknachtrages, nicht um die materielle Frage der Zulässigkeit der darin angeführten Umstände und angebotenen Beweismittel handelt, — hat der oberste Gerichtshof den erstgerichtlichen Bescheid restituirt.

Nr. 8160.

Verpflichtung des Vaters zur Alimentation seines großjährigen erwerbsunfähig gewordenen Kindes.

Entsch. v. 4. Nov. 1880, Nr. 9337 (Best. des das Urth. des V. O. Laibach v. 31. März 1880, Nr. 5605, abänd. Urth. des D. L. G. Graz v. 9. Juni 1880, Nr. 4888). Allgemeine Juristen-Zeitung 1880, Nr. 50. Jur. Bl. 1881, Nr. 2.

Die C betrieb nach — im Jahre 1881 — erreichter Großjährigkeit ein Putzwaarengeschäft und erwarb sich damit ihren Unterhalt. Im Jahre 1875 wurde sie gerichtlich als wahnsinnig erklärt und am 1. Jänner 1876 in die Irrenabtheilung des allgemeinen Krankenhauses zu Laibach aufgenommen. Nach Ablauf dieses Jahres belangte die Finanzprocuratur in Vertretung des krainerischen Landesfondes den B als Vater der C wegen Zahlung der Kosten ihrer Verpflegung im Betrage von 128 fl. — Das Gericht erster Instanz erkannte gegen das auf §. 141 a. b. G. B. gegründete Klagebegehren, indem es diesen Paragraph in dem Sinne auslegte, daß die Verpflichtung des Vaters zur Alimentation seiner Kinder erlischt, sobald dieselben die Fähigkeit, sich selbst zu ernähren, erlangt haben, und nicht wider auflebt, wenn sie diese Fähigkeit verlieren. — Das D. L. G. verurtheilte den B nach dem Klagebegehren.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung. Gründe: Es handelt sich um die Frage, ob dem Vater eines Kindes, welches großjährig geworden ist und die Selbsterhaltungsfähigkeit bereits erlangt, sie aber später wieder verloren hat, die Unterhaltspflicht obliege? Mit Recht hat das D. L. G. diese Frage bejaht. Denn der Grund der in dem §. 141 a. b. G. B. den Eltern auferlegten Pflicht ist der hilflose Zustand des Kindes; so lange also derselbe fortbauert, währt auch die Verpflichtung des Vaters, welche auf ein bestimmtes Alter des Kindes nicht beschränkt ist und von Neuem beginnt, sobald der erwähnte Zustand wieder eintritt. Der §. 166 a. b. G. B. bestimmt: „Aber auch ein uneheliches Kind hat das Recht von seinen Eltern eine ihrem Vermögen angemessene Verpflegung, Erziehung und Versorgung zu fordern“; das Wörtchen „auch“ kann wohl nichts anderes bedeuten, als daß das in diesem Satz erwähnte Recht auch den ehelichen Kindern zusteht, und es kann auch einem begründeten Zweifel nicht unterliegen, daß die Versorgung, welche die Kinder zu fordern berechtigt sind, sich auf den Fall der bereits erreichten Großjährigkeit des Kindes beziehe. Auch der §. 1220 a. b. G. B. spricht von der Verpflichtung der Eltern, ihre Kinder zu ernähren und zu versorgen, und der §. 1481 a. b. G. B. bestimmt, daß die in dem Familienrechte gegründete Verbindlichkeit, den Kindern den unentbehrlichen Unterhalt zu verschaffen, nicht verjähren kann. Das Gesetz erkennt das Recht der Kinder, von den Eltern den

angelobten Unterhalt zu fordern, mittelbar auch dadurch an, daß es Kindern das Recht gibt, die Eltern in dem Falle zu enterben, in welche sie im Nothstande hilflos gelassen haben (§§. 768 und 769 a. b. G. B.); denn hätten die Kinder nicht das Recht, im Nothstande von ihren Eltern Hilfe zu fordern, so ließe sich nicht begreifen, warum die Eltern wegen einer Unterlassung, welche keinem Gesetze wider wäre, durch die Enterbung sollten bestraft werden. Aus dem obigen ergibt sich, daß der Beklagte die gesetzliche Verpflichtung, seiner großjährigen Tochter C, welche durch ihren Geisteszustand verunsähig geworden ist, den Unterhalt zu leisten, und daß daher der kaiserliche Landesfond nach §. 1042 a. b. G. B. das Recht hat, ihm den Ersatz für die der C im Irrenhause geleistete Verpflegung zu fordern. Dieser Ersatz kann aber nur in einem dem Vermögen und Stande des Beklagten entsprechenden Maß gefordert werden, weil auch seine Verpflichtung zum Unterhalte mit dieser Bestimmung gesetzlich normirt ist. Erwägt man nun, daß der Beklagte eine jährliche Pension von 800 fl. bezieht, so erscheint der eingeklagte Alimentationsbetrag von täglich 35 kr. nicht zu hoch, da er nicht gethan hat, daß er noch andere Familienglieder versorgen muß.

Nr. 8161.

Uebertretung einer Forderung an den Gläubiger des Cedenten unter Intervention des Cessus.

Urt. v. 4. Nov. 1880, Nr. 11231 (theilweise Best. des obigen Urt. des B. G. O. v. 12. Dec. 1879, Nr. 5753, abänd. Urt. des D. L. G. O. v. 13. Mai 1880, Nr. 1461). G. S. 1881, S. 56.

Im Jahr 1877 hat B von C eine Wohnung für drei Jahre gemiethet, die Zahlung des Miethzinses für das zweite Jahr im Betrage von 115 fl. auf den 1. November 1878 versprochen und für den Tag des Verzuges sich zur Zahlung einer Conventionalstrafe von 1 fl. verpflichtet. Mit schriftlichem Vergleich vom 22. Jänner 1878 hat C dem A, welchem er 109 fl. schuldig war, den gleichen Betrag aus der obigen Miethzinsforderung unter Intervention des B abgetreten und die Einhebung des Restes derselben im Betrage von 6 fl. für ihn (C) aufgetragen. Am 28. November 1878, nach Verfallszeit (1. November), wurde die nämliche Miethzinsforderung dem D, einem anderen Gläubiger des C, im Executionswege beantwortet und B davon verständigt. Bald darauf belangte A, als Cessionar des C (für 109 fl.), theils als dessen Mandatar (für 6 fl.), den B auf Zahlung der 115 fl. und der aus seiner Verzugszeit seit 1. November 1878 erwachsenen Conventionalstrafe. B be-

tritt das Pfandrecht des A aus dem Grunde der an den D erfolgte executiven Einantwortung. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen. — Das D. L. G. verurtheilte den Beklagten zur Zahlung von 115 fl. und (an Stelle der Conventionalstrafe) 6procentig Morazinsen.

In dritter Instanz wurden dem Kläger 109 fl. nebst 6procentigen Verzugszinsen zuerkannt. Gründe: In dem Vergleich vom 22. Jänner 1878 hat C dem A für dessen Forderung von 109 fl. den ihm (C) von B gebührenden Miethzins von 115 fl. als Zahlungsfond in der Art angewiesen, daß er diesen Betrag am Fälligkeitstage — 1. November 1878 — von dem B zu erheben, & daraus bezahlt zu machen und den Rest ihm herauszugeben habe. Da B diesem Uebereinkommen durch Mitunterfertigung des Vergleichs beigetreten ist, so wurde hierdurch zwischen den Betheiligten ein neues Rechtsverhältniß, und zwar für den Betrag von 109 fl. in Gestalt einer vollständigen Assignment, beziehungsweise einer nach §. 140 a. b. G. B. zu beurtheilenden Abtretung, und für den Rest von 6 fl., welche A für den C einzufassen sollte, in Gestalt einer Bevollmächtigung geschaffen, welches nicht nur den B als Assignaten, & beziehungsweise Cession verpflichtet, den Miethzins am Fälligkeitstage zu Händen des A zu bezahlen, sondern welches auch nach §. 140 a. b. G. B. zur Folge hat, daß B den seinerseits eingetretenen Zahlungsverzug, insoferne solcher die dem A daraus cedirten 109 fl. betrifft, diesem gegenüber zu vertreten hat. Auf die Einantwortung des Miethzinses an D kann sich B, so weit es sich um die dem abgetretenen 109 fl. handelt, mit Erfolg nicht berufen, weil dieser Theil der Miethzinsforderung damals schon in das Vermögen des A übergegangen war, daher von Gläubigern des C im Wege einer durch das Gericht zu vermittelnden zwangsweisen Cession, worin das Wesen der executiven Einantwortung besteht, nicht mehr in Anspruch genommen werden konnte. Anders verhält es sich aber mit dem Ueberschuß von 6 fl. Es unterliegt zwar keinem Zweifel, daß A als Mandatar des C zur Uebernahme desselben berechtigt, und daß B so lange er nicht von der Einantwortung an den D verständigt war, verpflichtet war, den Ueberschuß dem A für den C zu zahlen. Allein nachdem die Einantwortung erfolgt und B angewiesen worden ist, diesen Betrag als Theil seiner Miethzinsschuld bis auf weitere Befehlsgabe zurückzubehalten, ist das von C dem A ertheilte Mandat zur Einhebung dieses Restes der Miethzinsforderung von selbst erloschen, und A nicht mehr legitimirt, denselben gegen B einzuklagen.

Nr. 8162.

im Besitz eines Rechtes durch Verbot der Ausübung desselben.

4. Nov. 1880, Nr. 12469 (Best. des Decr. des B. G. Sainfeldt v. 1880, Nr. 2876, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien vom 20. Sept. 1880, Nr. 16234). G. G. 1881, S. 50.

Der Kläger A bezieht das Wasser aus dem Brunnen seines Nachbarn B, ohne denselben je um die Erlaubniß zur Verschöpfung ersucht zu haben. In neuester Zeit verbot B dem Kläger A den Wasserbezug und wurde deshalb von dem A mit der Festsetzung belangt. — Das Gericht erster Instanz entschied nach dem Begehren, welches von dem D. L. G. in der Erwägung angenommen wurde, daß das bloße Verbot des ferneren Wasserbezuges aus dem Brunnen des Beklagten für sich allein noch keine Störung der Ausübung des Klägers begründet, da der Letztere nicht einmal begehrt, daß er durch dieses Verbot thatsächlich an der Ausübung seines geblichen Rechtes des Wasserbezuges gehindert worden wäre. Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der ersten Instanz mit dem Grunde: Dadurch, daß der Beklagte den Leuten des Klägers A das Wasserholen aus diesem Brunnen verboten hat, ist er den Kläger offenbar in der ungestörten Ausübung seines Rechtes beeinträchtigt und diese Beeinträchtigung ist nach dem Inhalte des §. 2 der kaiserl. Verordnung vom 27. October 1854 (G. B. Nr. 12, ein hinreichender Grund für den Kläger, die gerichtliche Hilfe anzusuchen, um so mehr, als der Beklagte, wenn er sich dem Verbote gefügt hätte, eben nach §. 318 a. b. C. in den Besitz des Unterjagungsrechtes getreten wäre.

Nr. 8163.

Abweisung des Gesuches um Acteninrotulirung wegen nicht rechtzeitiger Einrede in Folge eines im Laufe der Einredefrist eingetragenen Begehrens um Leistung der actorischen Cautio.

4. Nov. 1880, Nr. 12484 (Best. des Decr. des B. G. Prag v. 1880, Nr. 46602, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 14. Sept. 1880, Nr. 26827). G. G. 1880, S. 485.

Der Kläger A hat das Gesuch um die Acteninrotulirung, welches er in erster Instanz abgewiesen wurde, weil B noch im Laufe der Einredefrist den Erlag der actorischen Cautio begehrt hatte und die Leistung derselben, resp. vor rechtskräftiger Abweisung seines

Ansuchens nicht gehalten werden kann, auf die Klage Rede und Antwort zu geben. — In zweiter Instanz wurde dem Gesuch des A stattgegeben und dem Proceßgericht die Anordnung der Acteninrotirungstagsfahrt aufgetragen, weil der Executionswerber B die Sistirung des Verfahrens in der Hauptsache nicht begehrt hat und dem Richter nicht zusteht, von Amtswegen dem Nebenstreite um Klagecaution eine Wirkung beizumessen, die weder im Gesetze angeordnet, noch von der Partei angesucht worden ist.

Der oberste Gerichtshof bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid. Gründe: So lange die actorische Caution nicht geleistet oder rechtskräftig entschieden wurde, daß der Kläger zum Erlage derselben nicht verpflichtet sei, ist der Beklagte auf die Klage Rede und Antwort zu geben nicht schuldig und kann daher wegen unterlassener Erstattung der Einrede auch nicht contumacirt werden.

Nr. 8164.

Privilegienstreitsachen: Sistirung der gerichtlichen Verhandlung bis zur administrativen Entscheidung über die angesuchte Annullirung des Privilegiums?

Entsch. v. 4. Nov. 1880, Nr. 12726 (Best. des Decr. des L. G. Wien von 18. Juni 1880, Nr. 24147, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien von 14. Sept. 1880, Nr. 12450). Jur. Bl. 1881, Nr. 6.

Nachdem A wegen angeblichen Eingriffes in sein Privilegium die Beschlagnahme eines Walzenstuhles erwirkt hatte, der von der Firma B gelegentlich des Wiener Saatenmarktes öffentlich ausgestellt worden war, machte er im Sinne des §. 47, Alinea 2 des Privilegiengesetzes vom 15. August 1852, R. G. Bl. Nr. 184, mittelst Klage den Rechtfertigungsproceß anhängig. Die belangte Firma, welche ihrerseits bei dem Handelsministerium die Klage auf Annullirung des Privilegiums des A angebracht hatte, beehrte die Sistirung des Rechtfertigungsprocesses bis zur handelsministeriellen Entscheidung über ihre Richtigkeitsklage, da die Frage, ob die Beschlagnahme gerechtfertigt sei, vor Allem von der Vorfrage nach dem aufrechten Bestande des Patentes abhängt, diese letztere aber nur dem Erkenntnisse des Handelsministeriums unterliege. — In erster Instanz wurde das Begehren der Firma abgewiesen mit der Begründung, daß in der a. G. D. die Fälle der zulässigen Streitsistirung genau bezeichnet sind, der vorliegende Fall aber nicht aufgenommen ist; daß es sich hier eigentlich nur um die Beibringung eines Beweismittels, welches der Gesuchstellerin zu Gute kommen soll, nämlich um die Beibringung des eventuellen Erkenntnisses des Handelsministeriums, daß das in

Frage stehende Privilegium nichtig sei, handelt und zu diesem Behufe die begehrte Streitsiftung nicht eintreten kann. — Von dem D. L. G. wurde die Proceßsiftung nach Analogie des Hofdec. vom 6. März 1821, J. G. G. Nr. 1743, angeordnet.

Der oberste Gerichtshof bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid in der Erwägung, daß es sich hier um ein Beweismittel handelt, dessen Beibringung der Firma B obliegt, die sich in dem Rechtferigungsproceß desselben bedienen will, die Schwierigkeit der Beschaffung und rechtzeitigen Beibringung eines Beweismittels aber keinen Grund bieten kann, das Verfahren bis zu dessen Erwirkung zu siften, wofür weder im Privilegiengesetze, noch in den Vorschriften der a. G. D. oder des Hofdec. v. 6. März 1821, J. G. G. Nr. 1743, ein Anhaltspunkt gegeben ist.

Nr. 8165.

Depositum: Befreiung des Depositors von der (sofortigen) Restitutionspflicht durch gerichtlichen Erlag der deponirten Sachen wegen Verdachts der Defraudation?

Entsch. v. 5. Nov. 1880, Nr. 11087 (Best. des Urth. des B. G. Jüdin vom 17. Juni 1880, Nr. 9096, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag v. 3. August 1880, Nr. 20893). Jur. Bl. 1880, Nr. 50.

Die B, welche von der A eine Barschaft von 200 fl. und ein Lospapier zur Verwahrung übernommen hatte, schöpfte Verdacht, daß die Letztere diese Sachen der Verlassenschaft des M entfremdet habe, und machte hiervon dem C, Bruder des Verstorbenen, Mittheilung, welcher den Fall dem Strafrichter anzeigte. Von der Abhandlungsbehörde, die gleichfalls hiervon Kenntniß erhielt, wurde die gerichtliche Verwahrung der Sachen für die Verlassenschaft des M verfügt und, um den Anspruch der Verlassenschaft zum Austrage zu bringen, eine Tagfahrt zur Vernehmung der drei genannten Personen angeordnet. Die B behändigte die Sachen zur gerichtlichen Deposition dem C, welcher den Erlag vollzog; die anberaumte Tagfahrt blieb unbesucht und wurde, da inzwischen das Strafgericht gegen die A wegen Betruges die Untersuchung eingeleitet hatte, auf unbestimmte Zeit verlegt. Nun begehrte die A mittelst Klage von der B die Herausgabe der ihr in Verwahrung gegebenen Sachen. — Nach durchgeführtem Proceß, in dessen Verlauf das strafgerichtliche Verfahren gegen die A eingestellt worden ist, erkannte das Gericht erster Instanz nach dem Klagebegehren aus folgenden Gründen: Die Beklagte gesteht, von der Klägerin die angeführten Gegenstände in Verwahrung erhalten zu haben (§. 957 a. b. G. B.), und ist daher nach §. 961

a. b. G. B. verpflichtet, dieselben ihr zurückzustellen. Von dieser Verpflichtung kann die Beklagte deshalb, weil sie die Sachen (durch den C) für die M'sche Verlassenschaft bei Gericht erlegte, nicht lastgezhält werden; es ging sie nichts an, ob diese Sachen der Klägerin oder dem M angehörten; sie war nicht berufen, noch befugt, noch auch von Seite der Klägerin ermächtigt, mit den Gegenständen auf die von ihr gewählte Art zu verfügen (§. 965 *ibid.*). Die Beklagte mußte daher zur Restitution verurtheilt werden, um so mehr, als das Strafverfahren gegen die Klägerin eingestellt, somit der Verwahrungsvertrag aufrecht erhalten worden ist. — Von dem D. L. G. wurde die Klage für dormalen abgewiesen mit nachstehender Begründung: Es ist constatirt, daß die Beklagte von der verdächtigen Provenienz der ihr von der Klägerin in Verwahrung gegebenen Sachen dem Bruder des Erblassers Mittheilung machte; daß dieser von dem Rechte des §. 86 St. P. O. Gebrauch machend, die Angelegenheit zur gerichtlichen Kenntniß brachte; daß das Abhandlungsgericht die gerichtliche Verwahrung der Effecten für die Verlassenschaft des M verfügte und zugleich zur Austragung der Ansprüche dieser Verlassenschaft eine Tagfahrt zur Vernehmung der Klägerin, des Anzeigers C und der Beklagten anordnete. Dieser Bescheid ist von der Klägerin nicht angefochten worden, die Tagfahrt wurde bisher nicht vorgenommen und es ist daher noch nicht in's Klare gestellt, wem die Sachen eigenthümlich gehören. Wenn auch die strafgerichtliche Untersuchung wegen Betruges gegen die Klägerin eingestellt wurde, so kann sie doch die Herausgabe dieser Sachen dormal noch nicht verlangen, weil der gerichtliche Auftrag, wodurch die Verwahrung der der Beklagten übergebenen Effecten bei Gericht verfügt und die Tagfahrt zur Auseinandersetzung der Ansprüche auf dieselben angeordnet wurde, auch gegen die Klägerin in Rechtskraft erwachsen und dormal noch nicht ermittelt ist, ob die Effecten der Klägerin oder der Verlassenschaft des M gehören. Da nun die Klägerin auch nicht dargethan hat, daß die Erben des M damit einverstanden sind, daß die Effecten ihr ausgefolgt werden, und da vor Erweisung des Eigenthumsanspruches der Klägerin oder vor Beibringung der Zustimmung des Gegentheiles die Ausfolgung dieser Sachen aus der gerichtlichen Verwahrung an irgend Jemanden rechtlich unmöglich ist, muß die Klägerin für dormal abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der ersten Instanz mit Bezugnahme auf die erstgerichtlichen Motive und in der weiteren Erwägung, daß der Bescheid des Abhandlungsgerichtes, mit welchem zur Austragung des Anspruches der Verlassenschaft des M auf die zur Frage stehenden Sachen eine Tagfahung angeordnet wurde, in keiner Weise dem Anspruche der Klägerin zu präjudiciren vermag, indem die gegen die Klägerin eingeleitete strafgerichtliche Untersuchung eingestellt wurde, die Beklagte sich die Folgen ihrer voreiligen Aus-

igung des ihr anvertrauten Gutes an den C selbst zuzuschreiben ist, und der Umstand, daß der gedachte Bescheid in Rechtskraft erwachsen ist und die angeordnete Tagsatzung bisher nicht abgehalten wurde, um so weniger etwas relevirt, als die Tagsatzung, bei welcher der Interessent erschien, wegen der strafgerichtlichen Untersuchung von Amtswegen auf unbestimmte Zeit verlegt wurde; daß ferner von einer auf Seiten der Beklagten nicht möglichen Leistung nicht gesprochen werden kann, da einerseits der Klageanspruch vertretbare Sachen umfaßt, andererseits aber der Beklagten im geeigneten Wege die Möglichkeit geboten ist, die bei Bestand der eingestellten strafgerichtlichen Untersuchung ohne Noth durch den C geschehene Deponirung zu aniren.

Nr. 8166.

Einverleibung des executiven Pfandrechts für eine notariell verschriebene und „auf jedesmaliges Verlangen sofort zahlbare“ Widerlage während des Bestandes der Ehe.

Entsch. v. 9. Nov. 1880, Nr. 11403 (Best. der gleichförmigen Decr. des L. O. Arthan v. 31. Dec. 1879, Nr. 33717 und des D. L. O. Arthan v. 11. Juni 1880, Nr. 7953). G. S. 1881, S. 71.

In einem mit der Vollstreckungsklausel (§. 3 Not.-Ordn.) versehenen notariellen Instrument hat B seiner Ehefrau A 1200 fl. als Widerlage verschrieben mit dem Versprechen, diese Summe auf ihr jedesmaliges Verlangen zu bezahlen. Unter Vorlage der Notariatsurkunde begehrte die A im Executionswege die Einverleibung des Pfandrechts für die 1200 fl. bei einer Liegenschaft des B. — Beide Untergerichte bewilligten das Gesuch. — In dem Appellations- und Revisionsrecurse, womit B die untergerichtlichen Bescheide anfocht, machte er geltend, daß gemäß §. 1230 a. b. G. B. die Widerlage den Bestand eines Heiratsgutes voraussetze, die A jedoch ihm kein Heiratsgut zugebracht habe; daß ferner nach dem citirten Paragraph die Widerlage erst nach dem Tode des Mannes gefordert werden könne.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die untergerichtlichen Verordnungen mit der Begründung, daß die Vorschrift des §. 1230 a. b. G. B., wornach der Ehegattin während der Ehe kein Genuß der Widerlage und, wenn sie den Mann überlebt, das freie Eigenthum derselben gebührt, nur für den Fall gilt, wenn die Parteien nichts anderes bestimmt haben, der Recurrent aber der Executionsführerin die Widerlage mit dem Versprechen, ihr dieselbe auf jedesmaliges Verlangen zu bezahlen, verschrieben und hierbei der Executionsstrenge sich unterworfen hat.

Nr. 8167.

Vertheilung des Meistgebotes für Mobilien: Unzulässigkeit der Vertagung derselben bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Giltigkeit angemeldeter Forderungen.

Entsch. v. 9. Nov. 1880, Nr. 11565 (Aufheb. des das Decr. des D. L. G. Krakau v. 19. Oct. 1879, Nr. 4595, aufheb. Decr. des D. L. G. Krakau v. 20. April 1880, Nr. 2604). G. S. 1881, S. 32.

In der gegen B geführten Mobilarexecution hat das Gericht erster Instanz nach vollzogenem Verkauf der Mobilien den Erlös unter die Interessenten vertheilt, hierbei die von der Firma A angemeldete Forderung ausgeschlossen und die Firma auf das anderweitige Vermögen des Schuldners gewiesen, weil für diese Forderung kein Pfandrecht an der in Execution gezogenen Fahrniß erworben worden sei. Auf den Recurs der Firma verordnete das D. L. G. die Suspension der ganzen Rausschillungsvertheilung bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die von der Firma A wegen ihrer Forderung angebrachten Klage.

Der oberste Gerichtshof beseitigte diese Verordnung und trug dem D. L. G. auf, über den Recurs der Firma A (gegen die erstgerichtliche Rausschillungsvertheilung) meritorisch zu entscheiden. Gründe: Es liegt kein gesetzlicher Grund vor, mit der Zuweisung des durch den Verkauf der Mobilien gewonnenen Erlöses bis zur rechtskräftigen Zu- oder Aberkennung einer zu diesem Rausschilling concurrirenden Forderung innezuhalten, weil die Vorschrift des mit Verordnung des galizischen Appellationsgerichtes vom 4. November 1794, Nr. 7658, kundgemachten Hofdecr. vom 23. October 1794 (über das Verfahren bei der Vertheilung des Meistgebotes in Immobilienexecutionen) in Verbindung mit §. 460 westgal. G. D. hinlängliche Grundlage zur Entscheidung bietet, wenn eine solche Forderung bei der Execution hinsichtlich ihrer Richtigkeit oder ihres Vorrechtes bestritten wird.

Nr. 8168.

Cautio actoria: Unzulässigkeit der Verweisung auf eine Hypothekarforderung oder ein für den Cautionspflichtigen erliegendes Depositum.

Entsch. v. 9. Nov. 1880, Nr. 11965 (Best. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Krakau v. 31. Dec. 1879, Nr. 33991 und des D. L. G. Krakau v. 17. Februar 1880, Nr. 2396). G. S. 1881, S. 457.

A, welchem der Erlag einer actorischen Cautio pr. 50 fl. aufgetragen worden war, stellte die Bitte um Annahme einer ihm

stehenden, bestimmt bezeichneten Hypothekarforderung von 2367 fl. über eines angeblich für ihn bei Gericht verwahrten Gelddepositums im Betrage von 50 fl. anstatt des Baarerlages der Caution. — Beim Gesuch wurde von beiden Untergerichten abgewiesen, in zweiter Instanz mit der Begründung, daß der Kläger A nach §. 539 westgal. B. O. eine annehmliche Sicherheit für die Gerichtskosten zu bestellen verpflichtet ist, und eine solche in baarem Gelde bestehen muß, weil nur eine Baarcantion als zur sofortigen Befriedigung der ausgelegten Proceßkosten geeignet angesehen werden kann; daß bezüglich der vom Kläger angebotenen Hypothekarforderung und des angeblich für ihn bei Gericht liegenden Gelddepositums keine rechtliche Gewißheit besteht, daß sie ein genügender Fond zur Realisirung der actorischen Caution sind, und überdies der Beklagte im Falle der Zuerkennung der Gerichtskosten nicht genöthigt sein darf, dieselben erst aus einer aus zweifelhaften Fonds bestehenden Caution zu realisiren.

Der oberste Gerichtshof verwarf den von A ergriffenen a. o. Revisionsrecurs.

Nr. 8169.

Zweijähriger Bestand einer protokolirten Firma als Voraussetzung des Zwangsausgleichs: Unterbrechung desselben durch Löschung der alten und Protokolirung einer neuen Firma in Folge des Eintritts des bisherigen Procuristen als Gesellschafter?

Entsch. v. 9. Nov. 1880, Nr. 12443 (Best. der gleichförmigen Decr. des L. G. Magensfurt v. 19. Juni 1880, Nr. 4742 und des O. L. G. Graz v. 12. August 1880, Nr. 8939). Jur. Bl. 1881, Nr. 11.

In das Handelsgeschäft, welches A unter der seit 1863 protokolirten Firma betrieben hat, trat im Jahre 1877 sein Sohn und langjähriger Procurist B als Compagnon ein. In Folge dessen wurde am 31. December die Firma A gelöscht und die Firma A & Sohn protokolirt. Am 21. August 1879 wurde über das Vermögen derselben der Conkurs eröffnet, das Ausgleichsverfahren (§. 208 lit. a E. O.) eingeleitet, der Ausgleich von der Majorität der Concursgläubiger (§. 217 ibid.) geschlossen, allein die Bestätigung desselben von dem Concursgericht verweigert in der Erwägung, daß nach §. 208 lit. a E. O. die Einleitung und nach §. 228, 1 ibid. die Bestätigung eines Zwangsausgleiches nur unter der Voraussetzung erfolgen darf, daß die Firma des Gemeinschuldners wenigstens zwei Jahre vom Tage der Concursöffnung zurückgerechnet in das Handelsregister eingetragen ist; daß diese Bedingung bei

der Firma A & Sohn nicht vorhanden ist, weil dieselbe erst am 31. December 1877 protokolliert und der kaufmännische Conkurs schon am 21. August 1879 eröffnet wurde; daß es nicht angehen kann, diesem Mangel durch die Fiction abzuhelpen, daß durch die Protokollierung vom 31. December 1877 eigentlich nur die alte Firma A durch Heranziehung eines Compagnons in der Person des B erweitert worden sei und es sich somit nicht um eine erst seit 31. December 1877, sondern um eine alte, längst bestandene Firma handle, weil eine solche Fiction den Bestimmungen über die Firmaprotokollierung widerspricht und die Firma A am 31. December 1877 im Handelsregister gelöscht wurde und nicht mehr existirt. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung mit der Begründung, daß der Recurs über das Vermögen der erst am 31. December 1877 durch die Protokollierung begründeten Handelsgesellschaft A & Sohn schon am 21. August 1879 eröffnet wurde, mithin, wenn auch das Handelsgeschäft von dem Socius A früher allein betrieben worden und seine seit 1863 protokollierte Einzelfirma in die Gesellschaftsfirma A & Sohn übergegangen ist, die Bedingung des §. 208 lit. a der E. O., daß der Gemeinschuldner durch wenigstens zwei Jahre vor der Concurs-eröffnung ein Handelsgeschäft unter einer protokollierten Firma betrieben haben muß, rücksichtlich des Socius B nicht erfüllt ist, daher dem von beiden Gesellschaftern geschlossenen Ausgleich die Bestätigung zu versagen war. — A und B nebst mehreren Gläubigern ergriffen den Nullitäts- und den Revisionsrecurs, in welchem sie ausführten: Das D. L. G. hat sich der erstgerichtlichen Ansicht angeschlossen, allein mit einer anderen Argumentation. Während das Gericht erster Instanz die Identität der Worte, aus welchen der kaufmännische Name, die „Firma“, besteht, durch zwei Jahre als Voraussetzung der Zulässigkeit des Zwangsausgleiches fordern zu müssen glaubt, formulirt das D. L. G. die Bedingung des §. 208 lit. a E. O., dahin, daß der Gemeinschuldner durch wenigstens zwei Jahre vor der Concurs-eröffnung ein Handelsgeschäft unter einer protokollierten Firma betrieben haben müsse. Allein der Gesetzestext lautet: „Wenn die Firma des Gemeinschuldners nicht wenigstens durch zwei Jahre vor der Concurs-eröffnung zurückgerechnet in einem Handelsregister eingetragen ist“, und davon, daß der Gemeinschuldner das Geschäft unter dieser oder einer Firma überhaupt betrieben haben muß, sagt das Gesetz nichts. Wird auf die Betreibung des Handelsgeschäftes das entscheidende Gewicht gelegt, so ist eine Kategorie von Fällen von der Rechtswohlthat des Zwangsausgleiches ausgeschlossen, welche der Gesetzgeber darunter begreifen wollte, alle jene Fälle nämlich, in denen ein lange Jahre bestehendes Handelsgeschäft durch Kauf, im Erbwege ganz oder durch Aufnahme eines Gesellschafter zum Theil an einen Anderen übergeht. Der Zweck des Gesetzes geht dahin, vorzubeugen, daß ein schon insolventer Kaufmann die Protokollierung erwirke, um der Rechts-

wohlthat des Zwangsausgleiches theilhaftig zu werden. Die Forderung nach einem gewissen Maß kaufmännischer Vertrauenswürdigkeit bildet den Grund der fraglichen Bestimmung. Dieses Maß kaufmännischer Vertrauenswürdigkeit ist aber viel mehr in dem — vorliegenden — Fall vorhanden, wenn der langjährige Procurist als Gesellschafter in das Geschäft eintritt, als, wenn Jemand seine Firma napp zwei Jahre im Handelsregister eingetragen hat. Das Gesetz macht keinen Unterschied zwischen einer ursprünglichen und einer erworbenen Firma. Ist der Bestand der Firma durch mehr als zwei Jahre festgestellt, so ergibt sich als Folge die Zulässigkeit des Zwangsausgleiches. Es ist festgestellt, daß das Geschäft, über welches am 21. August 1879 der Conkurs eröffnet wurde, damals seit mehr als sechszehn Jahren und auch Jahrzehnte vor der Anlegung der neuen Handelsregister von A betrieben, daß B seit dem Jahre 1869 als Procurist in diesem Geschäfte thätig war, daß bei der Eintragung der Aufnahme des Letzteren in die Firma und Abänderung der Firmenbezeichnung die Identität des Geschäftes ausdrücklich gewahrt und vom Berichte constatirt wurde. Alle diese Thatsachen lassen nur den Schluß zu, daß das unter der Firma A & Sohn in Conkurs verfallene Geschäft ein seit langen Jahren fortwährend bestehendes Geschäft war, daß demselben daher auch keiner jener Mängel der Vertrauenswürdigkeit anhaftete, welche nach der Absicht des Gesetzes die Zulässigkeit der Rechtswohlthat des Zwangsausgleiches ausschließen sollten. Man braucht nur den Satz aufzustellen, daß durch die Heranziehung eines langjährigen Procuristen zum öffentlichen Gesellschafter in altes und angesehenes Geschäft des Rechtes auf den Zwangsausgleich beraubt werden soll, um durch die schreiende Ungerechtigkeit desselben die Unhaltbarkeit der untergerichtlichen Entscheidungen nachzuweisen. Die überwältigende Majorität, mit welcher die Gläubigerschaft sich für die Annahme des Ausgleiches entschied, zeigt, daß der vorgeschlagene Vergleich im Interesse der Gläubiger gelegen sei; dadurch daß das Concursgericht die Einleitung des Zwangsausgleiches ohneweiters bewilligte, hat dieses selbst, und dadurch, daß alle Conkursgläubiger die den Zwangsausgleich einleitende Verordnung in Rechtskraft erwachsen ließen, haben auch die Letzteren anerkannt, daß der Einleitung des Zwangsausgleiches keiner der im §. 208 C. D. angeführten Gründe entgegenstehe. Es waren daher die erste Instanz und die Gläubigerschaft an die rechtskräftig festgestellte Sachlage gebunden. Diese Frage von Amtswegen neu zu erörtern und neu zu entscheiden ist unzulässig und muß als Nichtigkeitsgrund erscheinen. Der Revisionsrecurs schloß mit dem Begehren um Bestätigung des geschlossenen Ausgleiches.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs mit Bezugnahme auf den §. 16 des kaiserl. Patentes v. 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208.

Nr. 8170.

Unstatthaftigkeit der grundbücherlichen Anmerkung einer Klage auf Löschung des Pfandrechts wegen geleisteter Zahlung.

Entsch. v. 9. Nov. 1880, Nr. 12609 (Best. des das Decr. des B. G. Turin v. 16. Juli 1880, Nr. 7338, abänd. Decr. des D. L. G. Prag vom 25. August 1880, Nr. 25125). Zeitschr. für das Notariat 1881, Nr. 44.

Auf der Liegenschaft des A ist das Pfandrecht für eine Forderung des B gegen den A einverleibt. Der Letztere beehrte mit Klage gegen den B die Löschung des Pfandrechts auf Grund der von ihm nachmals geleisteten Zahlung seiner Schuld und die grundbücherliche Anmerkung der Klage.

Die in erster Instanz bewilligte Anmerkung wurde von den Obergerichten verweigert, weil A mit seiner Klage nicht die ursprüngliche Einverleibung des Pfandrechts aus dem Grunde der Ungiltigkeit derselben bestreitet, sondern die Löschung des Pfandrechts wegen der angeblich seither erfolgten Zahlung seiner Schuld beehrt, auf welchen Fall der §. 61 Grundb.-G. keine Anwendung findet.

Nr. 8171.

Voraussetzungen der Zulässigkeit einverständlicher Aufhebung eines Substitutionsbandes.

Entsch. v. 9. Nov. 1880, Nr. 12755 (Best. des Decr. des B. G. der inneren Stadt Wien v. 18. August 1880, Nr. 24293, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien v. 7. Oct. 1880, Nr. 16377). Zeitschr. f. d. Notariat 1880, Nr. 51.

Das Testament des M lautet: „Ich ernenne meine Nichte A als Universalerin; für den Fall ihres Todes substituire ich ihr mein und fideicommissarisch ihre eheleiblichen Nachkommen nach Stämmen zu gleichen Theilen, wenn sie aber ohne Hinterlassung von Nachkommen sterben sollte, die nachbenannten Kinder meiner Schwester B zu gleichen Theilen.“ Nachdem die verwitwete Fiduciärerbin A von ihren zahlreichen Gläubigern mit Executionen verfolgt wurde, und insbesondere die derselben an dem Substitutionsvermögen zustehenden Fruchtgenussrechte mehrfach in executive Sequestration gezogen worden waren, stellte sie einverständlich mit ihrer einzigen Tochter C als der substituirtten Erbin bei der Substitutionsbehörde, behufs Durchführung eines Ausgleiches die Bitte, es möge die Aufhebung des Substitutionsbandes in Ansehung eines Theiles des Substitutionsvermögens in der Art bewilligt werden, daß ihr dieser Theil nach

abgewiesener Zustimmung der vorgemerkten Gläubiger behufs Befriedigung ihrer Gläubiger erfolgt werde. Dieses Begehren war auf die misliche Vermögenslage der Fiduciarerin, auf die bereits früher beigegebene Verzichtserklärung der in zweiter Linie als Substitutionserben berufenen Kinder der B, auf die Zustimmung ihrer Tochter C und auf ein rechtliches Zeugniß gegründet, welches besagte, daß die A keine Nachkommenschaft mehr zur Welt bringen könne. Die A berief sich weiters darauf, daß der angestrebte Ausgleich auch für die minderjährigen Enkel der Gesuchstellerin insofern vortheilhaft erscheine, als deren Mutter, die substituirte Erbin C, den Gläubigern der Fiduciarerin als Solidarschuldnerin mitverpflichtet war und das Substitutionsvermögen daher in dem wahrscheinlicheren Fall des früheren Ablebens der Fiduciarerin A vor ihrer Tochter C von den zahlreichen Gläubigern verschlungen werden würde, während beim Zustandekommen des angestrebten Ausgleiches wenigstens der nicht ausgefolgte und mit dem Substitutionsbände behaftet bleibende Theil des Substitutionsvermögens den minderjährigen Kindern der C erhalten werden würde. Der Substitutionscurator, welchem das Gesuch um seine Aeußerung vorgelegt worden war, beantragte die unbedingte Abweisung desselben, indem er geltend machte, daß in erster Linie der Wille des Erblassers genau in der angeordneten Weise durchzuführen sei; daß durch die Auflösung des Substitutionsbandes die Rechte minderjähriger und selbst noch ungeborener Personen verletzt werden, weil ja die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß die zunächst berufene Substitutionserbin C vor der Fiduciarerin A mit Tod abgehe, in welchem Falle dann die schon derzeit lebenden oder die bis zu diesem Zeitpunkte noch geboren werdenden Kinder der Ersteren als substituirte Erben berufen wären; daß durch die Anordnung des Testators, nach welcher er die eheleiblichen Nachkommen seiner Nichte A derselben substituiert hat, mit Rücksicht auf die Bestimmung des §. 612 a. b. O. B., eventuell auch die Kindeskinder der C als letzter Grad der substituirten Erben berufen, die Möglichkeit aber, daß die Fiduciarerin A ihre Tochter sowohl als auch ihre Enkel überlebe, bei den Altersverhältnissen derselben nicht ausgeschlossen sei. — In erster Instanz wurde das Gesuch der A abgewiesen, in der Erwägung, daß sowohl die Interessen der minderjährigen Kinder der C, als auch die Interessen noch Ungeborener durch die beantragte Auflösung des Substitutionsbandes in Frage gestellt sind. — Von dem D. L. G. wurde dem Gesuche stattgegeben und die Zulässigkeit der Auflösung des Substitutionsbandes in der begehrten Weise ausgesprochen, mit der Begründung, daß der Gewährung der gestellten Bitte kein Hinderniß entgegensteht, weil unter der vom Erblasser in seinem Testamente der eingesetzten Erbin A substituirten eheleiblichen Nachkommenschaft derselben nur ihre Söhne und Töchter verstanden werden können (§§. 614 und 681 a. b. O. B.), folglich bei dem Verzicht der vom Erblasser zur eventuellen Nachfolge

im Genuße des Substitutionsvermögens berufenen Kinder der B überhaupt nur die Ansprüche der Söhne und Töchter der instituirten Erbin, nicht aber auch jene der an deren Stelle tretenden Nachkommen in Frage kommen; weil von dem Substitutionscurator selbst nicht in Zweifel gezogen wird, daß die C die einzige derzeit am Leben befindliche Tochter der instituirten Erbin sei, durch das beigebrachte ärztliche Zeugniß aber bereits in vollkommen glaubwürdiger Weise die Unmöglichkeit dargethan erscheint, daß die A noch Kinder gebären könne, und weil sonach bei dem Einverständnisse der einzig substituirtten Erbin C ein Bedenken gegen die Zulässigkeit des gestellten Anspruches nicht obwaltet.

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstrichterlichen Bescheid Gründe: Das Begehren der A wurde auf das Einverständniß derselben, ihrer Tochter C und der Kinder der verstorbenen B gestützt. Dieses Einverständniß könnte nur maßgebend sein, wenn der Substitutionsbehörde klar vorläge oder in gesetzlicher Weise erwiesen wäre, daß die erwähnten, in die Aufhebung des Substitutionsbandes einwilligenden Personen die alleinigen Substitutionserben sind, nämlich, wenn unter den der A substituirtten Nachkommen derselben nur ihre eheleiblichen Kinder begriffen wären. Wenn auch das von der A beigebrachte ärztliche Zeugniß zur hinlänglichen Bescheinigung darüber, daß bei ihr die Möglichkeit zur Erzeugung von Kindern ausgeschlossen und daher die C als ihr einziges Kind zu betrachten sei, genügend erlannt wird, so kommt doch in Betracht, daß M in seinem Testamente der A für den Fall ihres Ablebens gemein und fideicommissarisch deren eheleibliche Nachkommen nach Stämmen in gleichen Theilen, und wenn sie ohne Hinterlassung von Nachkommen mit Tod abgehen sollte, die Kinder der B zur Nachfolge berufen hat. Wenn nun unter Nachkommen nicht lediglich die Kinder der A zu verstehen sind, so sind zur Nachfolge auch schon die vorhandenen und etwa noch geboren werdenden Kinder der C und je nach der Rechtsansicht über den Umfang der Substitution (§. 612 a. b. C. B.) eventuell auch die etwa seinerzeit vorhandenen Nachkommen der Letzteren berufen. Da nun der Substitutionscurator der letztwilligen Anordnung die eben dargestellte Auslegung gibt, vorzüglich im Interesse der etwa noch geboren werdenden Substituirtten die Zustimmung verweigert, diese dem Wortlaute entspricht und, da zwischen den Interessenten über den Umfang der Substitutionsanordnung divergirende Ansichten obwalten, im Sinne des §. 2, Nr. 7 des kaiserl. Patentes v. 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, im officiösen Wege mit der Entscheidung nicht vorgegangen werden kann, so erscheint die erstrichterliche Abweisung der Gesuchsteller gerechtfertigt, um so mehr als es sich nicht bloß um eine Aenderung des Deckungsobjectes handelt und auch seitens der Gesuchsteller nicht die mindeste Garantie dahin geboten ward, daß durch die Bewilligung des Gesuches der angestrebte

ch wirklich erreicht werden wird, und dieses selbst nicht aus-
eßung im Gesuche und Recurse mit einiger Sicherheit ent-
werden kann.

Nr. 8172.

istigkeit des Begehrens des Verkäufers um Seque-
ation der vom Käufer zurückgestellten Sache.

9. Nov. 1880, Nr. 12816 (Best. des das Decr. des L. G.
14. Sept. 1880, Nr. 4371, abänd. Decr. des D. L. G. Prag
v. 6. Oct. 1880, Nr. 28977). G. S. 1881, S. 81.

iegehrte die Sequestration eines in seinem Stalle befind-
rdes mit der Anführung, daß er dieses Pferd dem B ver-
übergeben, B aber nachträglich ohne Grund es ausgeschla-
zur Verfügung gestellt und in seinen (des A) Stall zurück-
be. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von
L. G. abgewiesen, weil eine Sequestration im Sinne des
L. G. D. nur dann platzgreifen kann, wenn sowohl der
B der Beklagte den Besitz einer Sache in Anspruch nehmen,
in dem vorliegenden Falle, wo beide Theile den Besitz

oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entschei-
Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 8173.

otsvertheilung: Einfluß der behaupteten Erhebung
raubation der als rückständig angemeldeten Steuern
durch den behördlich bestellten Sequester.

1. Nov. 1880, Nr. 12842 (Best. der gleichförmigen Decr. des
v. 14. Mai 1880, Nr. 9974 und des D. L. G. Graz vom
Juni 1880 Nr. 9059). Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 4.

Vertheilung des Meistgebotes für das im Executionswege
Haus X in Graz hat der dortige Stadtrath einen Steuer-
nebst Verzugszinsen im Gesamtbetrage von 1624 fl. als
ist angemeldet. Der Execut und die Hypothekargläubiger
die Wichtigkeit dieser Forderung, weil zur Zeit, als das
jen Steuerrückständen im Verwaltungswege sequestrirt war,
te Sequester C laut Mittheilung des Stadtrathes von Graz

die ihm zur Zahlung der Steuern aus den Miethzinsen übergebene Geldsumme von 1200 fl. defraudirt hat und über die Verwaltung des Sequesters überhaupt noch keine Rechnung gelegt worden ist. — In Folge dessen verordnete das Gericht erster Instanz die gerichtliche Verwahrung von 1624 fl. des Rauffchillings für die angemeldete Steuerforderung. Dagegen recurrirte die Finanzprocuratur wegen der verweigerten Anweisung der Steuerforderung auf das Meistgebot. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Verfügung in der Erwägung, daß der zur Vertheilung des Meistgebotes als Vorzugspost angemeldete Steuerrückstand von den Interessenten deshalb nicht liquidirt wurde, weil die Zahlung dieser Rückstände schon geleistet, rücksichtlich die Miethzinse in einem die Steuerrückstände überschreitenden Betrage vom behördlich bestellten Sequester zur Deckung dieser Rückstände eingehoben worden sind; daß der Stadtrath diese Einhebung wenigstens hinsichtlich eines Betrages von 1200 fl. zugestanden hat; daß über die Frage, ob der bestellte Sequester C als Mandatar der Steuerbehörde anzusehen sei und an ihn mit befreiender Wirkung für den Schuldner bezahlt werden konnte, im Rechtswege zu entscheiden ist, im Falle der Bejahung dieser Frage aber das für die fraglichen Steuerrückstände angemeldete Pfandrecht erloschen wäre und die betreffende Forderung bei der Meistgebotsvertheilung nicht mehr berücksichtigt werden könnte; daß das Gericht erster Instanz sich darüber, wer als Kläger aufzutreten habe und innerhalb welcher Frist die Klage anzubringen ist, nicht ausgesprochen hat und daher auch diesbezüglich von der zweiten Instanz nichts verfügt werden kann, sondern den Parteien überlassen bleiben muß, im geeigneten Wege ihre Rechte auf das Depositum geltend zu machen.

Der a. o. Revisionsrecurs der Finanzprocuratur wurde von dem obersten Gerichtshof verworfen. Gründe: Aus den Acten geht hervor, daß vom Stadtrathe in Graz wegen der von dem Hause X in Graz aushaftenden Steuerrückstände per 889 fl. nach fruchtlos versuchter Mobilarexecution die politische Sequestration der Hauseinkünfte verhängt, C als Sequester bestellt und hiervon der Besitzer des Hauses sowie die Wohnparteien verständigt worden sind. Aus der Note des Stadtrathes erhellt ferner, daß der genannte Sequester bis zu seiner erfolgten Enthebung von der Sequestration Miethzinse im Betrage von 1200 fl. in Empfang genommen hat. Wenn nun erwogen wird, daß der rechtswirksamen Bestellung des Sequesters der in dem a. o. Revisionsrecurse hervorgehobene Umstand, daß eine besondere Einführung desselben nicht stattgefunden hat, nicht entgegensteht, weil eine solche vom Gesetze nicht vorgeschrieben ist, und weil von der Sequestrationsverhängung der Besitzer und die Wohnparteien des Hauses verständigt worden sind; daß also der Sequester als Organ der Steuerperceptionsbehörde zur Einhebung von Geldern behufs Berichtigung der aushaftenden Steuer

stände als berechtigt anzusehen ist; daß die Gesetzesbestimmungen, welche denen die Gerichte sich mit den steuerämtlichen Rückstandsweisen zu begnügen haben, nicht soweit gehen können, daß auch solche Umstände, wie die von den Interessenten gegen den Bestand der angemeldeten Steuerforderung angeführten, bei der Meistgebotsvertheilung keine Rücksicht genommen werden solle, zumal die Gerichte nach Hofdec. v. 17. Mai 1796, J. G. G. Nr. 298, von Amts wegen die auf der Realität haftenden Forderungen, denen das Gesetz ein Vorzugsrecht vor anderen Gläubigern einräumt, zu berücksichtigen, und nach das Pfandrecht zu prüfen haben; daß durch die vorerwähnte Aufhebung die Rückstände bis zu dem eingehobenen, von dem Sequester pfandirten Betrage als gezahlt und das gesetzliche Pfandvorrecht als erloschen zu betrachten sein können, welche Frage im geeigneten Falle anzutragen sein wird; und daß bei dieser Sachlage das Pfandrecht für den angemeldeten Steuerrückstand keineswegs außer Zweifel steht, so läßt sich in den den gerichtlichen Erlag verordnenden richterlichen untergerichtlichen Entscheidungen weder eine Nullität, noch eine offenbare Ungerechtigkeit erblicken, und sind die Bedingungen nicht vorhanden, unter denen im Sinne des Hofdec. v. 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, allein die Abänderung derselben statt-
ist wäre.

Nr. 8174.

Mobilienseilbietung: Nullität der Seilbietung einer im
Erschindungsproceß befangenen und nur aus Versehen
ersteigerten Sache? Eigenthumserwerb auf Grund des
§. 367 a. b. G. B.

Hofd. v. 9. Nov. 1880, Nr. 12910 (Best. des Decr. des O. G. Aussig
2. August 1880, Nr. 10593, Abänd. des Decr. des O. L. G. Prag vom
22. Sept. 1880, Nr. 27476). G. S. 1881, S. 119.

Von den bei C in Execution gezogenen Mobilien vindicirte A
im Erschindungsproceß eine Eisenhobelmaschine als sein Eigenthum
zu begehren, daß die dem Executionsführer bereits bewilligte Seil-
bietung der Mobilien in Betreff dieser Maschine bis zur Entscheidung
des Proceßes suspendirt werde. Die Suspension wurde bewilligt,
da der mit der Versteigerung betraute Beamte aus Versehen hiervon
nicht verständigt und die Hobelmaschine mit den anderen Mobilien
verkauft. Nun fordernte A die Aufhebung der Seilbietung der Ma-
chine. Nach vorgängiger Vernehmung des Ersteheres B, welcher den
hierbei gemachten Antrag, von dem Kaufe der Hobelmaschine
wegen Bezahlung des Kaufpreises zurückzutreten, ablehnte, wurde in

erster Instanz das Begehren des A um die Aufhebung der Feilbietung abgewiesen. — Das O. L. G. cassirte den Vollzug der Feilbietung in Betreff der Hobelmaschine in der Erwägung, daß auf Ansuchen des A die executive Feilbietung des dem C gepfändeten beweglichen Vermögens in Betreff der im Pfändungsprotokolle Post geführten Hobelmaschine ausdrücklich sistirt und dem Exekutivamte getragen wurde, diese Hobelmaschine nicht zu verkaufen; daß B bei der am abgehaltenen Feilbietung diese Maschine kein Angebot derselben zu bilden hatte, und daß, wenn sie demungeachtet als solches behandelt und zum Verlaufe gebracht wurde, sich dieser Act als nicht darstellend und nicht aufrecht erhalten werden kann, zumal die Person des Käufers bekannt ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte den abweisenden Bescheid erster Instanz mit der Begründung, daß die von B in Anspruch genommene Eisenhobelmaschine von dem Gerichtsabgeordneten unter gesetzlichen Förmlichkeiten angeboten und von dem B erstanden worden, daß nicht hervorkommt, daß dem B die von A erhobenen Ansprüche oder die Bewilligung der Feilbietungssistirung in Betreff jener Hobelmaschine bekannt gewesen; daß das Gericht nach dem Gesetze berufen ist, einen in gesetzlicher Form vollzogenen Feilbietung aufzuheben und den Ersteher zur Rückstellung der erstandenen Summe anzuhalten; daß vielmehr nach §. 367 a. b. G. B. der redliche Käufer einer in öffentlicher Versteigerung erstandenen beweglichen Sache das Eigenthum erwirbt und dem vorigen Eigenthümer gegen den Schuldtragenden das Recht auf Schadenersatz gewahrt bleibt.

Nr. 8175.

Ungenügende Substantiirung eines Klageanspruchs Rückzahlung eines Heiratsguts.

Entsch. v. 10. Nov. 1880, Nr. 9072 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. L. G. Wien v. 26. Jänner 1880, Nr. 1942 und des O. L. G. Wien 4. Mai 1880, Nr. 7353). Jur. Bl. 1881, Nr. 26.

Die A belangte ihren Ehemann B auf Zahlung von 650 fl. mit der Anführung, daß bei ihrer Verheirathung ihre Vormundschaft dem B 650 fl. als Heiratsgut von ihrem Vermögen behändigt worden, wofür von Letzterem ein Schuldschein ausgestellt worden sei, und B dieses Geld vor mehr als drei Jahre ihr hätte zurückzahlen sollen, da ihre Ehe aus seinem Verschulden gerichtlich geschieden worden. Bei der auf die Klage angeordneten Tagfahrt beschränkte sich B auf die Erklärung, daß er auf die Klage nicht eher Rede und Antwort geben wolle, bis ihm nicht der in derselben angezogene (nicht)

legte) Schuldschein vorgewiesen wird. Hiermit wurde das Verfahren geschlossen. — Beide Untergerichte erkannten auf Abweisung der Klägerin; das D. L. G. mit folgender Begründung: Der Beklagte hat mit Inhalt der Klage allerdings nicht widersprochen, sondern bei der Abfertigung nur erklärt, daß er auf die Klage nicht eher Rede und Antwort geben wolle, bevor ihm nicht der in derselben bezogene Schuldschein vorgewiesen wird. Hieraus folgt nur, daß die in der Klage angeführten Thatsachen für wahr zu halten, nicht auch, daß sie von der Klägerin daran geknüpften Rechtsfolgerungen als richtig anzunehmen sind. Nun wird in der Klage angegeben, daß B über das empfangene Heiratsgut pr. 650 fl. einen Schuldschein ausstellte, und daß er diesen Betrag schon vor mehr als drei Jahren an die Klägerin hätte zurückzahlen sollen. Die letztere Behauptung ist nicht die Anführung einer Thatsache, sondern eine Rechtsfolgerung, und da er Schuldschein nicht vorgelegt und auch nicht dessen Inhalt angegeben, da ferner über die aus Anlaß der gerichtlichen Ehescheidung getroffene vermögensrechtliche Vereinbarung der Streittheile keine weitere Angabe gemacht wurde, so war das Gericht nicht in der Lage zu entscheiden, ob der Klägerin das Recht zustehe, dieses Heiratsgut zurückzufordern oder ob sie dieses Recht nicht habe. Da es aber Pflicht der Klägerin ist, zu zeigen, daß aus dem von ihr angegebenen Sachverhalte auch das in der Klage gestellte Begehren hervorgehe, und diese Pflicht von ihr außer Acht gelassen wurde, so mußte die Klage abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof verwarf die a. o. Revisionsbeschwerde der Klägerin wegen Abgangs der Erfordernisse (Hofdecr. v. 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593) zur Abänderung gleichförmiger Erkenntnisse.

Nr. 8176.

Aufforderungsklage des nachfolgenden Pfandgläubigers gegen den vorgehenden behufs Herbeiführung der Entscheidung über einen dem Letzteren eventuell vorbehaltenen Theil des Meistgebotes.

Entsch. v. 10. Nov. 1880, Nr. 9421 (Best. des Urth. des L. G. Klagenfurt v. 13. Februar 1880, Nr. 556, Abänd. des Urth. des D. L. G. Graz v. 26. Mai 1880, Nr. 3925). Jur. Bl. 1881, Nr. 4.

Im Jahre 1859 wurde die Liegenschaft des C im Executionswege verkauft und der Rausschilling von dem Ersteher bei Gericht deponirt. Zur Vertheilung des Meistgebotes meldete der älteste Pfandgläubiger B eine Forderung von 4000 fl. an, deren Richtigkeit der

Executen zum Theil, nämlich für den Betrag von 1937 fl. bestritt. In Folge dessen wurden bei der Meistgebotsvertheilung von dem Kaufschilling 1937 fl. ausgeschieden, B mit 2063 fl. (dem Rest seiner angemeldeten Forderung), nach ihm der nächstfolgende Pfandgläubiger A mit seiner Forderung auf den Rest des Kaufschillings angewiesen und verordnet, daß der verwahrte Betrag von 1937 fl. dem B oder dem A auszufolgen sei, je nachdem B mit der ihm (ohne Fristbestimmung) vorbehaltenen Klage die Liquidirtenennung des von dem Executen bestrittenen Theilbetrages von 1937 fl. seiner angemeldeten Forderung durchsetzen wird oder nicht. Da B die Klageführung unterließ, wurde er im Jahre 1880 von dem A mittelst Klage ex loco diffamari aufgefordert, sein Recht auf die in gerichtlicher Verwahrung gebliebenen 1937 fl. binnen 30 Tagen bei sonstiger Auflage des ewigen Stillschweigens auszuführen. — In erster Instanz wurde der Aufforderungsklage stattgegeben. — Das O. L. G. erkannte auf Abweisung derselben aus den nachstehenden Gründen: Jede Aufforderungsklage setzt eine gegen den Auffordernden gerichtete Rechtsverletzung voraus (§. 66 a. G. O.). Abgesehen davon, ob die Anmeldung einer auf dem executiv versteigerten Gute pfandrechtslich versicherten Forderung zur Meistgebotsvertheilung an und für sich eine Verletzung im gesetzlichen Sinne enthalte, so kann dieselbe doch nur als gegen den Eigenthümer der Hypothek, nicht aber als gegen den nachfolgenden Pfandgläubiger gerichtet angesehen werden, da der Tabulargläubiger durch die Eintragung des Pfandrechts nur das Recht auf Befriedigung aus dem Meistgebot in der Rangordnung der Eintragung erwirbt und daher die Anmeldung einer Forderung, deren Vorrang unbestritten ist und deren Rangordnung auch nicht Gegenstand der Anmeldung und Liquidirung war, nicht als ein unberechtigter Eingriff in die Rechtssphäre des postlocirten Gläubigers zu betrachten ist. Da übrigens im vorliegenden Falle das Factum der angeblichen Verletzung nach den Ansführungen des Klägers nur in der Anmeldung der Forderung des B zur Meistgebotsvertheilung bestanden hat, so kann deren Thatbestand auch nur nach der damaligen Sachlage beurtheilt und konnte derselbe weder durch die nachgefolgte Meistgebotsvertheilung, noch durch die Deponirung und grundbücherliche Löschung der Forderung des B geändert werden. Zur Zeit der Anmeldung befand sich aber B im Besitze des auf der Realität einverleibten Pfandrechts und konnte daher in Folge der auf die Geltendmachung dieses Pfandrechts abzielenden Handlungen auch nach der Bestimmungen des §. 323 a. b. G. B. und Hofdecr. v. 15. Jänner 1787, J. G. G. Nr. 621 lit. cc, zur Nachweisung seines Titels im Aufforderungswege nicht angehalten werden. Wenn dagegen vom Kläger eingewendet wird, daß die Forderung des Beklagten vom Executen nicht liquidirt und demzufolge B durch den Meistgebotsvertheilungsbescheid mit seinem Ansprüche auf den Rechtsweg gewiesen,

Im den Fall der nicht erfolgenden Liquidirung auf diesem Wege aber er ausgeschiedene Betrag dem Kläger zugewiesen wurde, so muß bemerkt werden, daß über den Bestand der Forderung des Beklagten im vorliegenden Rechtsstreite nicht zu entscheiden ist, und daß auch durch die Verweisung des B auf den Rechtsweg die Berechtigung der gegenwärtigen Aufforderung nicht begründet werden kann, weil im Meistgebotsvertheilungsverfahren dem anmeldenden Gläubiger die Liquidirung seiner Forderung nur gegen den Hypothekarschuldner, nicht gegen den nachfolgenden Tabulargläubiger obliegt; weil auch im vorliegenden Falle nur der Execut die angemeldete Forderung bestritten hat und sonach die Frage, ob der Beklagte seinen Anspruch auch gegen den nachfolgenden Tabulargläubiger, beziehungsweise gegen den Kläger zu liquidiren und gegen denselben als Kläger aufzutreten habe, durch die Meistgebotsvertheilung nicht entschieden ist. Es kann daher der A, wenn auch die Meistgebotsvertheilung in Rechtskraft erwachsen ist, aus derselben nicht die Berechtigung folgern, den B zur Austragung eines Anspruchs innerhalb einer bestimmten, in der Vertheilung nicht ausgesprochenen Frist, und zwar gegen ihn (A) den Kläger im Klagewege, aufzufordern, und dem A steht nur bevor, zur Geltendmachung seiner Rechte auf das Depositum gegen den B im geeigneten Wege einzuschreiten. Es mußte daher das Klagebegehren als unbegründet abgewiesen werden.

Der oberste Gerichtshof restituirte das Urtheil erster Instanz. Gründe: Das Begehren des A kann nicht als unstatthaft erkannt werden. Denn es handelt sich nicht darum, ob schon die Anmeldung einer Hypothekarforderung zur Vertheilung des Meistgebotes für die zwangsweise versteigerte Pfandsache einer Verjährung gleich zu halten sei, welche einen nachstehenden Hypothekargläubiger zur Aufforderungs-Klage im Sinne des §. 66 a. G. D. berechtigt, sondern um die Frage, ob A, um seinen unbestrittenen Eventualananspruch auf die verwahrten 1937 fl. zur Geltung zu bringen, entweder mittelst Klage gegen den B die Liquidität der Forderung des Letzteren pr. 1937 fl. bestreiten oder den Ablauf der Verjährung der dem B in der Meistgebotsvertheilung vorbehaltenen Klage abwarten müsse. Dem Umstand, daß in dem Meistgebotsvertheilungserkenntniß dem B zum Anbringen der ihm vorbehaltenen Klage, gegen den Gerichtsbrauch, keine Frist gesetzt und von dem A wegen der unterbliebenen Fristbestimmung der Recurs nicht ergriffen wurde, kann nicht die Tragweite beigemessen werden, daß selbst nach Verlauf von zwanzig Jahren das Begehren des A unstatthaft sein soll, durch den Richter die Festsetzung der unbestimmt gelassenen Frist für die dem B vorbehaltene Klage unter Androhung des ewigen Stillschweigens zu erwirken. Aus diesen Gründen war der Revisionsbeschwerde des Aufforderungsklägers Folge zu geben und das erstgerichtliche Urtheil zu bestätigen.

Nr. 8177.

Kosten des in der Hauptsache durch Submittirung erledigten
Erfcindirungsprocesses.

Entsch. v. 10. Nov. 1880, Nr. 10530 (Best. des das Urth. des R. G. Karlsbad v. 28. Juni 1880, Nr. 11949, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 5. August 1880, Nr. 21231). Jur. Bl. 1881, Nr. 2.

Der Klage der A auf Anerkennung ihres Eigenthums an der für den Beklagten B bei ihrem Ehemanne C gepfändeten Mobilien wurde in erster Instanz unter Verfällung der Klägerin in den Ersatz der Proceßkosten des Beklagten stattgegeben aus den nachstehenden Gründen: Die Klage enthält das doppelte Begehren: 1. Auf Anerkennung des Eigenthums der Klägerin an den gepfändeten Sachen, 2. auf Ersatz der Proceßkosten, welches letzteres Begehren sich nur als Folge des ersteren darstellt. Auf das Begehren der Eigenthumsanerkennung hat der Beklagte bei der Verhandlungstagfahrt submittirt, weshalb ein Rechtsstreit darüber gar nicht stattfand und das Urtheil lediglich als Beurkundung der Anerkennung erscheint. Mit dem Wegfall des durch die Submittirung vermiedenen Rechtsstreites entfiel aber der Anspruch der Klägerin auf den Ersatz von Proceßkosten, zumal die Sachfälligkeit des Beklagten, als Voraussetzung seiner Kostenersatzpflicht, in Folge der Submittirung nur eine scheinbare ist. Die Klägerin hat sonach nur Anspruch auf die Kosten ihrer Klage, wenn anders die Klageanstellung zur Durchsetzung ihres Rechtes nothwendig war, weil man denjenigen, welcher nicht außergerichtlich, sondern erst durch Klage zur Anerkennung eines Anspruches gebracht werden konnte, gleich dem im Proceß sachfällig gewordenen oder in contumaciam verurtheilten Beklagten behandeln kann. Die Klägerin hat aber die Nothwendigkeit der Betretung des Rechtsweges nicht darzuthun vermocht. Der Beklagte intervenirte nicht bei dem Vollzuge der ihm bewilligten Pfändung und wurde davon in Kenntniß gesetzt, ohne Mittheilung des Eigenthumsanspruches der Klägerin, so daß er gar nicht in die Lage kam, diesen Anspruch anzuerkennen. Die durch den Pfändungsact bewirkte Verletzung der Rechtssphäre der Klägerin war daher auf Seite des Beklagten eine völlig unbewußte und für die Klägerin kein Grund zur Beschreitung des Rechtsweges vorhanden, bevor sie sich nicht vergewissert hatte, daß der Beklagte ihre Ansprüche nicht anerkennen will. Dies ist aber ihrerseits nicht geschehen. Sie hat zwar im Verlaufe der Verhandlung behauptet, ihr Ehegatte habe dem Beklagten einige Wochen nach der Pfändung mitgetheilt, daß alle gepfändeten Effecten der Klägerin gehören; allein abgesehen davon, daß diese Mittheilung nicht von der Klägerin selbst ausging, kann hierauf schon deshalb keine Rücksicht genommen werden, weil nicht ersichtlich ist, ob sie noch vor Anstellung der Klage geschah. Nach der Einbringung der Klage konnte Beklagter aber nichts mehr thun, als bei der ersten Tagfahrt auf das Klage-

gehren submittiren. Die Klägerin kann daher nicht behaupten, daß : genöthigt war, die Klage zu erheben. War aber die Klage kein : thwendiges Mittel der Rechtsverfolgung, so entfällt der letzte Rechts- und des Kostenanspruches der Klägerin, und nachdem dieselbe in diesem Punkte, welcher allein Gegenstand einer Streitverhandlung ist, unterlegen ist, hat sie auch nach §. 24 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, dem Beklagten die Kosten dieser Verhandlung zu ersetzen. — Auf ihre den Kostenpunkt betreffende Appellation verfallte das O. L. G. den Beklagten in den Ersatz der Proceßkosten der Klägerin mit folgender Begründung: Es gibt kein Gesetz, welches den Erschindenten zwingen würde, seinen Eigenthumsanspruch auf die gepfändeten Güter dem Executionsführer noch vor Uebernahme der Erschindungsklage auf außergerichtlichem Wege auszuweisen. Dagegen verordnet der §. 342 a. G. O., daß der Executionsführer bei der Vornahme der Execution zugegen sein soll, ferner zu dem Ende, damit er die Güter bezeichne, auf welche ergriffen werden soll. Wenn nun der belangte Executionsführer behauptet, daß er bei der Vornahme der Execution nicht zugegen war und daher von den Eigenthumsansprüchen der Klägerin erst durch ihre Klage Kenntniß erlangte, so kann daraus nicht gefolgert werden, daß er von dem Verschulden an der Beschlagnahme des Eigenthums der Klägerin frei sei, sondern er muß alle Consequenzen seines Eingriffes in ihre Rechtssphäre tragen und es war seine Sache, nach Ausbruch der Klage dasjenige vorzulehren, was die Beseitigung seines Eingriffes ohne eigenen Nachtheil ermöglicht hätte. Der Beklagte hat aber in dieser Beziehung nichts gethan, vielmehr, nach seiner eigenen Angabe, vor der ersten Tagfahrt seine Submission auf die Klage an die Bedingung geknüpft, daß ihm die bisher erwachsenen Gerichtskosten ersetzt werden. Es ist demnach gar kein Grund vorhanden, welcher sich nur in Erwägung gezogen werden könnte, um von der ausnahmslosen Regel des §. 24 des Gesetzes vom 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, wonach die vollständig unterliegende Partei in allen Fällen die der Gegenpartei verursachten, zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nothwendigen Kosten zu ersetzen hat, abzuweichen. Es mußte daher das erstrichterliche Urtheil abgeändert und der Klägerin der Ersatz der Proceßkosten zugesprochen werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 8178.

Tag des Ablaufs der im Edict den unbekannten Erben eingeräumten Frist eines Jahres. — Zulässigkeit der Gewährung einer weiteren Frist zur nachträglichen Darthnung des von den bisher unbekannten Erben angemeldeten Erbrechtes.

Entsch. v. 10. Nov. 1880, Nr. 11510 (Best. des das Decr. des R. O. Wien v. 30. Juni 1880, Nr. 34980, zum Theil abänd. Decr. des D. R. O. Wien vom 10. August 1880, Nr. 13518, Abänd. des gleichförmigen Inhalts beider Decr.). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 27.

Nach dem Tode des ohne letztwillige Anordnung verstorbenen M hat das Abhandlungsgericht mit dem Formular III zum §. 128 des kaiserl. Patentess vom 9. August 1854, R. O. Bl. Nr. 208, entsprechendem Edict vom 23. Mai 1879 die unbekannten Erben des M aufgefordert, ihr Erbrecht binnen Einem Jahr, vom 23. Mai 1879, gerechnet, anzumelden. Am 23. Mai 1880 überreichte A seine bedingte Erbserklärung mit der Bitte um Ertheilung einer Frist bis 1. Jänner 1881 zur Darthnung des von ihm behaupteten Verwandtschaftsgrades. — Von dem Abhandlungsgerichte wurde die Erbserklärung wegen Versäumung der mit 22. Mai 1880 abgelaufenen Edictalfrist als verspätet, und aus dem weiteren Grunde abgewiesen, daß auch der rechtzeitige Erbrechtsausweis nicht vorliegt, zu dessen nachträglicher Webringung, da in den Fällen der §§. 128 und 130 des kaiserl. Patentess vom 9. August 1854 nicht mehr der §. 122 zur Geltung kommen kann, eine Frist vom Gerichte wegen der in Folge Ablaufes der Jahresfrist nach §§. 128 und 130 des citirten Patentess eingetretenen Rechtsfolgen nicht mehr ertheilt werden darf; daß also selbst die Annahme der Erbserklärung Mangels des rechtzeitigen Erbrechtsausweises ohne weitere Rechtswirkung für die Verlassenschaftsabhandlung sein würde. — Auf den Recurs des A verordnete das D. R. O. die Annahme seiner Erbserklärung und bestätigte die erstgerichtliche Abweisung seiner Bitte um Ertheilung einer Frist zur Ausweisung des Erbrechtes. — Die Finanzprocuratur recurrirte in Vertretung des Fiscus gegen die obergerichtliche Annahme der Erbserklärung des A und dieser ergriff den a. o. Revisionsrecurs gegen die in erster und zweiter Instanz erfolgte Abweisung seines Fristgesuches.

Von dem obersten Gerichtshof wurde 1. der Recurs der Finanzprocuratur verworfen, 2. dem Recurs des A stattgegeben und demselben die begehrte Frist zum Erbrechtsausweis bewilligt. Gründe: Ad 1. Die obwohl erst am 23. Mai 1880 überreichte Erbserklärung ist rechtzeitig angebracht, weil schon nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche bei der Bestimmung einer Monats- oder Jahresfrist a dato der gleiche

Kalendertag jenes Datums als der Tag des Ablaufes der Frist verstanden wird und weil kein Grund vorliegt, für Fristen, welche im officiosen Verfahren ertheilt werden, einen strengeren Maßstab als im Streitverfahren anzulegen. Ad 2. Das zweite Hauptstück des Patentess vom 9. August 1854 (über die Abhandlung der Verlassenschaften) ist durchgehends unverkennbar von der Absicht getragen, nach dem Ableben einer Person, welche ein Vermögen zurückgelassen hat, mit möglichster Vermeidung eines Streitverfahrens durch die von Amtswegen eintretende Thätigkeit und Hilfe des Richters jene Personen ausfindig zu machen, welche, sei es durch Erbvertrag, sei es durch Testament oder durch gesetzliche Intestaterbfolge, berufen und gewillt sind, die Verlassenschaft zu übernehmen, für die Klarstellung der bezüglichen Rechte Sorge zu tragen und dem unzweifelhaft berechtigten Ansprecher das Nachlaßvermögen zuzuwenden. Mit Rückblick auf diese klare Absicht ist der Sinn der einschlägigen Bestimmungen, insoweit über ihre Tragweite Zweifel entstehen kann, aufzufassen. Das citirte Patent hat zwar im §. 121 durch die Berufung auf die §§. 799 und 800 des a. b. G. B. angeordnet, daß der Nachlaßansprecher zur Erklärung, die Erbschaft übernehmen zu wollen, den Titel hierzu nicht nur anzuführen, sondern auch auszuweisen habe; es hat aber, während es im §. 118 vorschrieb, daß den dem Gerichte bekannten, zur Erbfolge berufenen und zur Erbserklärung aufgeforderten Personen zur Einbringung derselben eine Frist, doch nicht länger als auf die Dauer eines Jahres, ertheilt werden könne, andererseits in Betreff der Ausweisung des angeführten Erbrechtstitels im §. 122 bestimmt, daß diese Ausweisung auch nachträglich, also auch dann, wenn die Erbserklärung erst in der letzten Zeit der vorgedachten Jahresfrist abgegeben war, füglich in einem nach Ermessen des Richters ertheilten weiteren Termine beigebracht werden könne, und hat am Schlusse dieses Paragraphen noch beigelegt, daß der Richter dem erklärten Erben zur Erwirkung der in den §§. 810 und 819 des a. b. G. B. erwähnten gerichtlichen Verfügungen (Einräumung der Besorgung, Benützung und Einantwortung) die erforderliche Anweisung zu ertheilen habe, was auch mit den allgemeinen, im §. 2 des citirten Patentess ausgedrückten Grundsätzen des officiosen Verfahrens im Einklange steht. Die Wohlthat, die den bekannten, namentlich zur Erbserklärung aufgeforderten Personen zu Gute kommt, muß folgerichtig auch den unbekannten, nach §. 128 durch Edict auf ein Jahr zur Einbringung der Erbserklärung aufgeforderten, zur erbrechtlichen Nachfolge berufenen Personen eingeräumt gedacht werden, und zwar um so mehr, als solche Personen meistens entfernte Wohnsitze haben, später zur Kenntniß des Erbanfalles gelangen und in der Regel auch mehrere Schwierigkeiten in der Ausweisung des Titels zu bestehen haben. Der citirte §. 128, welcher die Verlautbarung des Edictes anordnet, spricht auch — unter der Warnung vor den daselbst

angedeuteten Folgen — nur von der Vorladung der unbekannten Erben: daß sie sich binnen Einem Jahre zu melden und ihre (selbstverständlich nach den Vorschriften der §§. 121 und 122 eingerichtete) Erbserklärung anzubringen haben; und wenn in dem Edictsformulare zu diesem Paragraphen auch der Ausdruck „unter Ausweisung ihres Erbrechtes“ eingeschaltet ist, so kann dies im Zusammenhange mit dem in den §§. 121 und 122 Vorausgeschickten und nach der klaren Absicht des Gesetzes nur die Erinnerung an die überhaupt eintretende Nothwendigkeit, den Rechtstitel nicht nur anzuführen, sondern auch auszuweisen, bedeuten, aber nicht den Sinn haben, daß Diejenigen, die sich innerhalb der Jahresfrist gemeldet und eine sonst ordnungsmäßig abgefaßte und ausgestellte Erbserklärung, jedoch mit dem Vorbehalte, die Ausweisung des Erbrechtstitels, wie im §. 122 für jede Erbserklärung vorgesehen ist, nachzutragen, eingebracht haben, gleichwohl von der weiteren Betretung des Weges der officiosen Erbrechtsverhandlung ausgeschlossen bleiben sollen, und kann auch in diesem Zusammenhange und mit Rücksicht auf das Hofdecr. v. 12. October 1835, J. G. G. Nr. 90, dessen Anordnung (daß erblose Verlassenschaften nach fruchtlos gebliebener Einberufung der Erben allsogleich, ohne den Ablauf der Verjährungszeit allfälliger Erbrechtsansprüche abwarten zu müssen, von dem Fiscus eingezogen werden können, resp. demselben zu übergeben sind) im §. 130 aufgenommen wurde, in der Textirung des §. 130 nicht die Voraussetzung einer an die unbekannten Erben gerichteten strengeren Anforderung, als im §. 122 vorgesehen ist, gefunden werden. Die unbedingte Abweisung des Begehrens um eine Frist zur nachträglichen Darthnung des behaupteten Erbrechtstitels erschien demnach mit dem nach den Auslegungsregeln des §. 6 des a. b. G. B. zu ermittelnden Sinne des Gesetzes im Widerspruche; und nachdem die begehrte Frist den Umständen angemessen sich darstellt, war in Gemäßheit des §. 16 des Patentes vom Jahre 1854 mit Abänderung der untergerichtlichen abweisenden Entscheidungen die nachgesuchte Frist zu erteilen.

Nr. 8179.

Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit rumänischer Urtheile.

Entsch. v. 10. Nov. 1880, Nr. 12994 (Best. des die Decr. des L. G. Wien v. 13. August 1880, Nr. 54659 und 54760, abänd. Decr. des L. G. Wien v. 29. Sept. 1880, Nr. 16564). G. J. 1881, S. 8.

Auf Grund des mit der Bestätigung der Vollstreckbarkeit versehenen Urtheiles des Bularester Appellhofes vom 1. December 1879,

begehrte A zur Hereinbringung der gegen B ersiegten Forderung von 8748 Frcs. im Executionswege die Einverleibung des Pfandrechtes an dem in Wien gelegenen Hause des B und die Pfändung seiner darin befindlichen Fahrniß. — In erster Instanz wurde das Gesuch sofort bewilligt. — Das D. L. G. verordnete, daß auf das Gesuch vorerst eine Tagfahrt mit Zuziehung der Streittheile zur Erörterung der Frage: ob die der Execution zu Grunde liegenden Urtheile, nämlich das in dem vorgelegten Urtheil des Appellhofes angezogene Urtheil des Ilfover Civilgerichtes und das Appellhofsurtheil von den competenten Gerichten erlassen wurden, anberaumt und sodann über das Executionsgesuch entschieden werde.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Verfügung des D. L. G. Gründe: Nach den Hofdecreten vom 18. Mai 1792, Nr. 16 und 15. Februar 1805, Nr. 711 der J. G. G., muß, um die Vollstreckung eines auswärtigen Urtheils zu bewilligen, vor Allem die Zuständigkeit des auswärtigen Richters, die Rechtskraft des Urtheiles und die Gegenseitigkeit außer Zweifel gesetzt sein. In diesem Sinne ist auch die für die Execution der in den Donaufürstenthümern gefällten Urtheile erlassene Justizministerialverordnung vom 27. October 1871, R. G. Bl. Nr. 131, aufzufassen. Denn diese Verordnung sagt, daß die k. k. Regierung und die Regierung der vereinigten Fürstenthümer der Moldau und Wallachei durch den Austausch gegenseitiger Ministerialerklärungen constatirt haben, daß „im Sinne der in ihren Staatsgebieten geltenden Gesetze“ die von den „competenten“ Gerichten des einen Theiles in Civilsachen gefällten und „executionsfähig“ gewordenen Erkenntnisse unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit, auch im Staatsgebiete des anderen Theiles vollstreckbar sind, und publicirt den Austausch dieser Erklärungen zu dem Ende, damit „solche“ Erkenntnisse durch die zum Vollzug berufenen Gerichte nach dem Grundsatz der vollen Reciprocität zur Vollstreckung gelangen. Nun wurde aber im vorliegenden Falle das Urtheil des Ilfover Civilgerichtes gar nicht beigebracht und ist in dem vorgelegten Urtheil des Bukarester Appellhofes die Competenzfrage ganz mit Stillschweigen übergegangen, so daß jeder Anhaltspunkt zur Beurtheilung der Zuständigkeit der eingeschrittenen ausländischen Gerichte in dieser Rechtsache fehlt.

Nr. 8180.

Statutarische Festsetzung des Gerichtsstandes für Forderungen der Genossenschaft an die Genossenschafter: Geltung desselben für Klagen gegen Nichtgenossen als Bürgen und Zahler?

Entsch. v. 11. Nov. 1880, Nr. 8329 (Best. des Urth. des B. G. Königinhof v. 9. April 1880, Nr. 3571, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag vom 19. Mai 1880, Nr. 14320). G. S. 1880, S. 463.

In einer der Vorschußcasse für Gewerbe und Landwirtschaft zu Königinhof ausgestellten Urkunde hat sich die B für die aus Handels- und Wechselgeschäften entstandene Schuld ihres Ehemannes C an die Vorschußcasse solidarisch verbürgt. Nachdem der Letztere einen Theil der Schuld abgetragen hatte und die Vorschußcasse in Concurs verfallen war, belangte der Concursmassenverwalter die in Wien wohnhafte B wegen Zahlung des Schuldbrestes bei dem B. G. Königinhof mit Berufung auf den §. 21 der Statuten der Vorschußcasse (deren Eintragung in dem handelsgerichtlichen Genossenschaftsregister zur Zeit ihrer Verbürgung bereits öffentlich kundgemacht worden war), durch welchen die Competenz des genannten Gerichtes für alle, nicht einem Causalgerichte vorbehaltenen, Fälle der gerichtlichen Geltendmachung von Forderungen der Vorschußcasse festgesetzt worden ist. Mit Bezugnahme auf ihren Wohnsitz wendete die Beklagte die Unzuständigkeit des angerufenen Gerichtes ein. — In erster Instanz wurde der Incompetenzeinrede stattgegeben. Das D. L. G. verwarf dieselbe in der Erwägung, daß im Sinne der Art. 87, 25, 110 G. O. B. die Statuten der Vorschußcasse durch die Registrirung und Publication der Eintragung für alle Personen, die zur Vorschußcasse in ein Obligationsverhältniß treten, maßgebend geworden sind; daß nach §. 21, Nr. 1 der Statuten das B. G. Königinhof, die Fälle des Causalgerichtsstandes ausgenommen, für alle Rechtsstreite der Vorschußcasse gegen ihre Schuldner ohne Unterschied, ob sie directe Schuldner oder aber Mitschuldner, Bürgen, oder Bürgen und Zahler sind, competent ist; daß die Beklagte durch die Ausstellung der Bürgschaftsurkunde in ein Obligationsverhältniß zur Vorschußcasse getreten ist und dadurch den Statuten derselben sich unterworfen hat; daß die Verpflichtung der Beklagten, wenn auch ihr Ehemann C Wechselschuldner der Klägerin ist, sich als eine gemeinrechtliche heranstellt; und daß, obgleich die Schuld des Letzteren aus einem Handelsgeschäfte entstand, im Hinblick auf den Art. 3 G. O. B. die Competenz des Handelsgerichtes als Causalgericht nicht begründet erscheint.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung. Gründe: Da die Beklagte ihren Wohnsitz in Wien hat, könnte die Competenz des B. G. in Königinhof zur Verhandlung

es Rechtsstreites nur auf den §. 43 oder den §. 47 der Z. N. gegründet werden. Daß der Gerichtsstand des Vertrages im Sinne des §. 43 Z. N. vorliege, hat der Kläger nicht einmal behauptet. Aber auch eine freiwillige Unterwerfung im Sinne des §. 47 Z. N. liegt nicht vor, da dieser Paragraph ein ausdrückliches Uebereinkommen fordert. Dadurch, daß die Beklagte gegen die Vorschußcasse eine Verbindlichkeit übernommen, beziehungsweise sich für die Forderung derselben an ihren Ehegatten als Solidarschuldnerin verbürgt hat, ist eine Prorogirung des Gerichtsstandes im Sinne des §. 47 der Z. N. noch keineswegs erfolgt und kann diese Prorogirung auch aus der Bestimmung des §. 21 der Statuten der Vorschußcasse nicht abgeleitet werden, wenngleich diese Statuten in das Genossenschaftsregister eingetragen und diese Registrirung durch die Zeitung kundgemacht worden ist. Durch die Eintragung der Statuten in das Genossenschaftsregister und die Kundmachung dieser Eintragung erlangen diese Statuten noch keineswegs die Eigenschaft allgemein verbindlicher Gesetze; sie bilden lediglich Vertragstipulationen für diejenigen, welche der Genossenschaft auf die im §. 6 dieser Statuten bezeichnete Weise als Mitglieder beigetreten sind, und welche demnach an die Bestimmungen dieser Statuten als Genossenschaftsmitglieder gebunden sind. Auf Personen, jedoch, welche, wie die Beklagte, außerhalb der Genossenschaft stehen, wenngleich dieselben in ein Rechtsverhältniß zu der Genossenschaft getreten sind, können die Bestimmungen der Statuten nicht in Anwendung kommen; insbesondere kann der §. 21 dieser Statuten, betreffend den Gerichtsstand, bei welchem die Genossenschaft ihre Forderungen gegen die Genossenschaftsmitglieder einklagen darf, gegen die B nicht zur Geltung gebracht werden. Daß der Einwendung der Incompetenz stattgebende Urtheil erster Instanz ist demnach als Gesetz gegründet.

Nr. 8181.

Unlässigkeit und Bedeutung der Gestattung von Neuerungen in der Schlußschrift; Kosten des Ansuchens und der Verhandlung darüber.

Entsch. v. 17. Nov. 1880, Nr. 9813 (theilweise Best. des das Urth. des S. G. Wien v. 5. Dec. 1879, Nr. 125215, abänd. Urth. des O. L. G. Wien vom 12. Mai 1880, Nr. 3314). Jur. Bl. 1881, Nr. 49.

Das Gesuch des Klägers A gegen den Beklagten B um Gestattung des Anbringens von Neuerungen in der Schlußschrift, wurde, nach vorgängiger Verhandlung, in erster Instanz mit der Begründung abgewiesen, daß, wenn diese Neuerungen (wie der Kläger behauptet)

nur zur Entkräftung der Neuerungen der Duplik dienen sollen, der Kläger zur Legung derselben einer Bewilligung gar nicht braucht (§. 57 a. G. D.); daß aber, wenn es Neuerungen im eigentlichen Sinne (*ad fundandam actionem*) sind, das Anbringen derselben dem Kläger nicht bewilligt werden darf, weil dem Beklagten, welchem das Anbringen neuer Umstände und Beweismittel in der Gegenschlussschrift „unter keinerlei Vorwand zu gestatten ist“ (§. 57), verwehrt wäre, die bewilligten *Nova* durch Gegenbeweise zu widerlegen, was gegen den Grundsatz der Gleichheit der processualen Stellung beider Parteien verstoßen würde. — Das D. L. G. bewilligte die angesuchte Legung der Neuerungen gegen Ablegung des im §. 54 a. G. D. vorgeschriebenen Eides, mit Verfallung des Beklagten in den Ersatz der Kosten des Incidentstreites, aus den nachstehenden Gründen: Wird erwogen, daß die gesetzlichen Vorschriften über Legung von Neuerungen im schriftlichen Proceß rein formeller Natur sind und durch dieselben in keiner Weise dem richterlichen Urtheile bei Entscheidung des Rechtsstreites bezüglich der Berücksichtigung von Neuerungen vorgegriffen wird; daß der Zweck dieser gesetzlichen Vorschriften vielmehr lediglich darin besteht, daß keine Partei an Weibbringung ihrer Behelfe und Ausführungen, welche sie in den früheren Schriften nicht absichtlich verschwiegen hat, gehindert werden soll; daß die in der Gegenschlussschrift gezogene Schranke durch die Natur der Sache geboten ist; daß durch die richterliche Zulassung von eigentlichen Neuerungen in der Schlussschrift noch keineswegs das processuale Recht des Beklagten beeinträchtigt wird, weil es ihm freisteht, sich in seiner letzten Schrift in eine Beantwortung derselben nicht einzulassen und sich gegen deren Berücksichtigung zu verwahren; daß nach dem Hofdecr. v. 15. Jänner 1787, J. G. E. Nr. 621, selbst in dem Falle, als der Beklagte auf Replikneuerungen in der Duplik freiwillig Rede und Antwort gibt, noch immer dem freien Ermessen des Richters vorbehalten bleibt, auf diese Neuerungen bei Entscheidung der Rechtsache nach Lage der Umstände Rücksicht zu nehmen oder nicht, was um so mehr von der Schlussschrift gelten muß, so ergibt sich, daß auch in der Schlussschrift ohne Gefährdung der gegnerischen Proceßrechte die Legung von eigentlichen Neuerungen statthast ist, zumal dieselbe ausdrücklich nicht untersagt ist und für deren Zulässigkeit die Analogie des §. 48 a. G. D. spricht. Was nun den concreten Fall betrifft, so kann nach den Vorlagen nicht behauptet werden, daß die zur Frage stehenden Neuerungen nur zur Entkräftung der Duplikneuerungen dienen sollen, da durch die Mehrzahl derselben nur Zeitpunkte, die der Kläger in den früheren Ausführungen unbestimmt gelassen hat, bestimmt werden sollen und von ihm zur Rechtfertigung derselben nur die *duplicando* hervorgehobene Unbestimmtheit seiner früheren Angaben geltend gemacht wird. Es sind demnach diese Ausführungen als wirkliche Neuerungen zu

betrachten und nach dem Gesagten gegen Ablegung des vom Kläger angebotenen Eides, sie nicht verschwiegen zu haben, zuzulassen.

Von dem obersten Gerichtshof wurde die oberlandesgerichtliche Entscheidung in merito mit Bezugnahme auf die Gründe derselben bestätigt, in dem Kostenpunkt aber zum Theil, durch Ausschreibung der Kosten des Gesuches um die Bewilligung des Anbringens der Neuerungen und der ersten Tagfahrt aus den dem Kläger zugesprochenen Proceßkosten des Incidentprocesses, abgeändert, weil der unterliegende Theil nur die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung nothwendigen Kosten des Gegners zu ersetzen hat (§. 24 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69), dem Kläger aber die Kosten des Legungsgesuches und jene der ersten Tagfahrt auch dann erwachsen wären, wenn der Beklagte zur Legung sofort seine Zustimmung gegeben hätte.

Nr. 8182.

Zulässigkeit der gerichtlichen Execution zur hereinbringung vom Verwaltungsgerichtshofe zugesprochener Kosten.

Entsch. v. 17. Nov. 1880, Nr. 12932 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des R. G. Leopoldstadt in Wien v. 15. August 1880, Nr. 35112 und des D. L. G. Wien v. 28. Sept. 1880, Nr. 16206). Jur. Bl. 1881, Nr. 48. Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 13.

Die Finanzprocuratur beehrte die gerichtliche Pfändung der Mobilien des B zur hereinbringung der Kosten im Betrage von 12 fl., zu deren Ersatz an den Fiskus B durch ein Erkenntniß des Verwaltungsgerichtshofes verurtheilt worden war. — Von beiden Untergerichten wurde die Finanzprocuratur mit ihrem Gesuche auf den administrativen Weg gewiesen (§. 40 des Gesetzes vom 22. October 1875, R. G. Bl. Nr. 36 vom Jahre 1876, Schlußsatz: „Die hereinbringung der — vom Verwaltungsgerichtshof — zugesprochenen Kosten erfolgt im administrativen Wege“).

In Erwägung, daß dem Schlußsatz des §. 40 des citirten Gesetzes im Zusammenhange mit den übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes, in der Richtung des Vollzuges der Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes nur der Sinn beigelegt werden kann, daß jene Administrativbehörde, zu deren Gunsten dem abgewiesenen Beschwerdeführer von dem Verwaltungsgerichtshof ein Kostenersatz auferlegt wurde, nicht durch den Verwaltungsgerichtshof, sondern im eigenen Wege nach Art der Eintreibung analoger Abstattungen für die hereinbringung der ihr zugesprochenen Kosten zu sorgen hat, wobei dieselbe nach gemeinen Rechtsgrundsätzen, wie sie bei öffentlichen Abgaben zur Anwendung kommen, wenn die im administrativen Wege geschehenen

Einmahnungen erfolglos bleiben, mit Abstandnahme von dem Privilegium der politischen Execution die Hilfe des ordentlichen Richters in Anspruch nehmen kann, — hat der oberste Gerichtshof die untergerichtlichen Verordnungen aufgehoben und dem Gerichte erster Instanz aufgetragen, das Executionsgesuch der Finanzprocuratur, als zur gerichtlichen Behandlung geeignet, zu erledigen.

Nr. 8183.

Cautio actoria: Unzulässigkeit des auf Unfähigkeit zur Leistung einer Baarcaution lautenden Paupertätseides im Falle des klägerischen Angebots hypothekarischer Sicherstellung.

Entsch. v. 17. Nov. 1880, Nr. 13118 (Best. des Decr. des B. G. Brüssel v. 24. August 1880, Nr. 8384, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 14. Sept. 1880, Nr. 26718). G. J. 1880, S. 499.

A hat in der gegen B angestellten Klage pcto. Zahlung von 112 fl. zur Sicherstellung der Proceßkosten seine Liegenschaft X angeboten. Der Beklagte verlangte dagegen eine Baarcaution von 50 fl., indem er ausführte, daß die von A angebotene Sicherheit nur dann „annehmlich“ wäre (§. 406 a. G. D.), wenn derselbe die Schätzung der Liegenschaft und den Grundbuchsextract vorgelegt und mit diesen Behelfen bescheinigt hätte, daß die eventuelle Kostenersatzforderung in dem Gutswerthe noch Bedeckung findet. Der Kläger erklärte, die Baarcaution nicht leisten zu können, und erbot sich zum Paupertätseid. — In erster Instanz wurde dem A der Erlag von 35 fl. als Cautio aufgetragen, ohne Zulassung der Alternative des angebotenen Eides, weil das in der Klage gemachte Angebot der Sicherstellung die Möglichkeit, auf den Paupertätseid, daß A die von B geforderte Cautio nicht schaffen könne, zu erkennen, ganz ausschließe, indem das Anerbieten dieses Eides einen in der Sache selbst begründeten Widerspruch enthalte. — Von dem D. L. G. wurde A zu dem Eide: „daß er die actorische Baarcaution von 50 fl. zu schaffen nicht vermöge“, zugelassen, in der Erwägung, daß, wenn B von dem Kläger den Erlag einer Baarcaution statt der ihm angebotenen anderweitigen Cautio begehrt, der Kläger aber erklärt, diese nicht leisten zu können und dies zu beschwören sich erbietet, kein gesetzlicher Grund vorliegt, den Letzteren von diesem Eide auszuschließen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung und bemerkte in den Motiven, daß der vom Kläger in der Verhandlung bedingt angebotene Paupertätseid in der Form, wie derselbe angeboten wurde, geradezu gegen die Bestimmung des §. 406 a. G. D. verstößt.

Nr. 8184.

Legitimation des auf den Rechtsweg gewiesenen Testaments-
erben zur Klage auf Anerkennung der Gültigkeit des
Testaments als mündlicher letztwilliger Erklärung trotz
seiner Erbserklärung auf Grund des Testamentes als
schriftlicher letztwilliger Erbserklärung. — Formulierung der
Erbeinsetzung.

Entsch. v. 18. Nov. 1880, Nr. 9993 (Best. des das Urth. des O. G.
Rohrbach v. 12. Jänner 1880, Nr. 187, abänd. Urth. des O. L. G. Wien
v. 16. Juni 1880, Nr. 4557). Jur. Bl. 1881, Nr. 6.

In der Klage des A gegen die gesetzlichen Erben seiner Ehe-
rau M wegen Anerkennung seines testamentarischen Erbrechts zu dem
ganzen Nachlaß der M wurde angeführt, daß dieselbe am 25. No-
vember 1877 vor den ersuchten Zeugen D, E und F erklärt habe,
daß A ihr Universalerbe sein soll; daß diese Anordnung sofort von
dem F mit Bleistift notirt, der M am 30. November in Form des
der Klage in Abschrift beige-schlossenen Aufsatzes vorgelegt, von ihr
in Gegenwart des D, E und F als ihrem Willen gemäß erklärt
und mit dem Handzeichen versehen worden sei. Auf Grund dieses
Aufsatzes, welchen später D, E und G als Zeugen unterfertigt haben,
erhob der Kläger das Begehren, daß die von der M am 25. November
1877 getroffene letztwillige Anordnung als schriftliches, eventuell als
mündliches Testament, für gültig erklärt und ihm das Alleinerbrecht
in ihrem Nachlaß zuerkannt werde. Die Beklagten wendeten ein:
1. Daß die letztwillige Anordnung als schriftliches Testament ungültig
sei wegen Verletzung gesetzlicher Förmlichkeiten (§. 579 a. b. G. B.),
2. von den drei Zeugen D, E und G, welche dieselbe unterschrieben
haben, G nicht gegenwärtig war, als die M den Aufsatz als ihren
letzten Willen bestätigte, und D denselben nicht als Zeuge „des letzten
Willens“ unterfertigte; 3. daß die Erklärung der M auch nicht als
mündliches Testament gelten könne, weil die Aussagen der Zeugen
über den Wortlaut der Erbeinsetzung nicht übereinstimmend seien,
da derselben sogar hervorgehe, daß keine eigentliche Erbeinsetzung
getroffen worden sei, daß theilweise nur die Bejahung eines Vor-
standes stattgefunden habe und der Ausdruck „Universalerbe“ von
der M gar nicht gebraucht worden sei, dieselbe sich vielmehr nur des
Ausdruckes bedient habe: „So lange er lebt, gehöre die Sache
ihm“, womit weder der Ehegatte bestimmt bezeichnet wäre, noch das
gesamte Vermögen gemeint sein müsse. — Nach Aufnahme der von
beiden Parteien angebotenen Beweise durch Zeugen, worunter die
auch schon im Abhandlungsweg verhörten) Testamentzeugen, er-
kannte das Gericht erster Instanz auf Abweisung der Klage aus
den nachstehenden Gründen: In dem vorliegenden Falle handelt es

sich um zwei Fragen: in erster Linie, ob das schriftliche Testament der M ddo. 25. November 1877 als solches rechtsgültig, im verneinenden Falle aber zweitens, ob nicht dasselbe doch als mündlich letztwillige Anordnung aufrecht zu halten sei. Die erste Frage ist unbedingt zu verneinen, weil die wesentliche Vorschrift des §. 571 a. b. G. B. nicht beobachtet wurde. Es fragt sich also nur mehr, ob nicht die gesetzlichen Erfordernisse einer gültigen mündlichen letztwilligen Anordnung vorhanden seien, da der von den Beklagten geführte Zeugenbeweis, daß die Erblasserin ausschließlich die Errichtung eines schriftlichen Testamentes beabsichtigt habe, nicht gelungen ist und diese Absicht aus den Aussagen der gehörten Zeugen nicht im mindesten entnommen werden kann. Prüft man nun auch in diese Hinsicht das vorliegende Beweismaterial, so gelangt man, zumal durch die, wenngleich in Einzelheiten schwankende, doch den Totalindruck am besten wiedergebende Aussage des vollständig unbedenklichen Zeugen D nicht zu der Ueberzeugung, daß die Erblasserin in Gegenwart des Witwers frei von jedweden äußeren Einflüsse ihren letzten Willen erklärt habe; es geht vielmehr hervor, daß bald der Witwer gegen eine Bestimmung unwillig Protest eingelegt, bald einer oder der andere der Zeugen Vorstellung, Ueberredung oder Widerspruch angewendet (bezüglich der Legate für die C und ihr Kind) hat und daß unter solchen Umständen der wahre Wille der todtmüthig darniederliegenden Erblasserin nicht zum Ausdruck gekommen ist. Es ist daher ihr letzter Wille nicht nach Vorschrift des §. 565 a. b. G. B. erklärt worden und überdies fehlt auch die nach §. 586 a. b. G. B. geforderte Uebereinstimmung aller drei Zeugenaussagen. — Das O. L. G. erkannte nach dem Klagebegehren mit folgender Begründung: Obwohl das Klagebegehren in erster Linie auf Anerkennung der letztwilligen Anordnung der M vom 25. November 1877 als schriftliches Testament gerichtet ist und der Kläger im Abhandlungsverfahren nach §. 126 des kaiserl. Patentgesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, auf den Rechtsweg gewiesen wurde, um die Gültigkeit dieses in seiner Erbserklärung als schriftliches Testament bezeichneten letzten Willens zu erweisen, so unterblieb doch jeder Versuch desselben, diesen Theil des Begehrens zu begründen, der übrigens fruchtlos gewesen wäre, da bei dem Umstand, daß der auf dem Testamente als Zeuge unterfertigte G bei der Bestätigung desselben durch die Erblasserin nicht zugegen war, der bei dieser Bestätigung zugegen gewesene D aber das Testament nicht als Zeuge unterfertigt hat, dasselbe nach §§. 579 und 601 a. b. G. B. als schriftliches Testament ungültig ist. Wenn nun das eigentliche Klagebegehren auf Anerkennung der von der M errichteten letztwilligen Anordnung vom 25. November 1877 als mündliches Testament gerichtet ist, so kann selbstverständlich nicht der als Testament publicirte Aufsatz, sondern nur die durch die Zeugen des letzten Willens erweisliche,

Tage errichtete mündliche letzte Willenserklärung der M mündliche Testament gelten. Um seine Rechte aus diesem Testamente verfolgen zu können, bedarf A nicht erst einer Erbserklärung auf Grund des mündlichen Testaments; es genügt schon davon, daß auch die Erbschaftsklage ohne die Einmündung einer Erbserklärung (die nach erfolgter Einantwortung gar nicht stattfinden kann, genügt überhaupt nach §§. 533 . b. G. B. die Angabe des Erbrechtstitels bei der Erbschaftsklage) und da A ein testamentarisches Erbrecht anspricht, schriftliche Testamente aber keinen Unterschied in diesem Punkte begründen und die Beklagten ihren Erbrechtstitel auf Grund der Erbserklärung stützen, so erscheint A auch ohne Aenderung seiner Erbschaftsklage der Klage vollständig legitimirt. Bezüglich der formellen Voraussetzungen zur Gültigkeit des von der M angeblich errichteten Testaments ist durch die in diesen Punkten vollkommen übereinstimmende Aussage der Zeugen D, E und F, gegen deren Fähigkeit, Testamentszeugen sein Bedenken erhoben wurde, constatirt, daß die M ersuchte Testamentszeugen fungirten; daß die M ihren Willen nicht durch bloße Bejahung von ihr gemachten Vorurtheilen erklärte, daß sie frei von Zwang war und daß die Annahme des Richters, daß der wahre Wille der Erblasserin nicht zum Ausdruck kam, eine in der Sachlage nicht begründete ist: denn sämmtliche Zeugen, auch die (als Legatarin) verwerfliche Zeugin C, sagen nur bei einer mit der Frage der Erbseinsetzung des Klägers in nicht in Verbindung stehenden Anordnung eines Legats für die C der Kläger zornig, oder ungehalten, oder die verschiedenen Zeugen sagen) bemerkte: „das ist zu abgesehen davon, daß eine derartige Bemerkung keinen Beweiskraft hat, zeigt sich gerade daraus, daß die Erblasserin trotz der Bemerkung des Klägers das Legat in der ursprünglichen Höhe für die C unter keinem Zwange stand, und ihren wahren Willen zum Ausdruck brachte. Daraus aber, daß über das Legat für den jährigen Sohnes der C einige Erörterungen zwischen der M und dem Zeugen F stattfanden, wobei schließlich auch der Kläger, die Erblasserin, diesen Knaben in das Testament zu setzen, kann ebensowenig auf eine Entstellung des wahren Willens der Erblasserin geschlossen werden. Ist nach dem Gesagten die letzte Willenserklärung der M, die, nebenbei gesagt, laut der Aussage der Zeugen zu Ende November 1877 stattfand und daher das wesentliche Datum vom 25. November 1877 nicht unbedeutend einen läßt, formell gültig, so handelt es sich nur noch um die Frage, ob in derselben der Kläger in der That als Erbe ihres Vaters eingesetzt worden ist. Ueber die Erbseinsetzung des Klägers durch die Zeugen E und F bei ihrer ersten Vernehmung (durch den Richter) dahin aus, daß die Erblasserin gesagt habe:

„ihr Mann soll Universalerbe sein“, bei der zweiten Vernehmung (zum ewigen Gedächtniß) geben beide zu, daß das Wort „Universalerbe“ von der Erblasserin nicht gebraucht worden sei, wohl aber ein Ausdruck, der dasselbe bedeute. E sagt, die Erblasserin habe erklärt: was nach ihrem Tod übrig bleibt, soll ihr Mann erben oder bekommen; F: „was nach der Auszahlung übrig bleibt, gehört dem Mann“. Zeuge D referirt die Aeußerung der Erblasserin in seiner ersten und zweiten Vernehmung mit den Worten: „So lange a (womit sie ihren Gatten meinte) lebt, gehört die Sache sein.“ Alle drei Zeugen bestätigen daher übereinstimmend, daß die Erblasserin eine Aeußerung gethan habe, die nach ihrer Auffassung eine Erbscheinsetzung ist, und wenn man jede dieser Aeußerungen für sich prüft, so geht aus jeder auch wirklich der Wille der Erblasserin, daß der Kläger die Verlassenschaft in Besitz nehme, ganz deutlich hervor. Daß diese Aeußerungen nicht wörtlich übereinstimmen, ist eben der Gedächtnißschwäche der Zeugen zuzuschreiben, kann aber die Thatsache, daß die Erblasserin in gültiger Form erklärte, ihr Nachlaß gehöre ihrem Gatten, nicht alteriren. Wesentlich unterstützt wird diese Auffassung durch die von allen drei Zeugen übereinstimmend bestätigte Thatsache, daß nach der erfolgten Erklärung der Erblasserin der Kläger sie fragte, „die Sache gehört jetzt mein?“ worauf sie mit „Ja“ antwortete und damit die richtige Auffassung ihrer früheren Erklärung als Erbscheinsetzung bekräftigte. Daß unter „Sache“ nach dem Volkssprachgebrauche der Inbegriff des Vermögens verstanden wird und hier wirklich nur in diesem Sinne gemeint sein konnte, dazu bedarf es nicht erst eines Sachverständigenbeweises.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Urtheil mit Beseitigung des darin angeführten Monatstages (25. November) der Errichtung des Nuncupativtestamentes der M. Gründe: Die Bemerkung der belangten Revisionswerber, daß von einer am 25. November 1877 errichteten letztwilligen Anordnung der M nicht die Rede sein könne, weil sie widersprochen hätten, daß die Erblasserin an diesem Tage eine letztwillige Anordnung errichtet habe, und der Tag der Errichtung des letzten Willens der M durch das Zeugenverhör durchaus nicht constatirt worden sei, ist allerdings richtig, insofern sich keiner der vernommenen Zeugen an den Tag zu erinnern weiß, an welchem die Erblasserin vor ihnen ihren letzten Willen erklärt hat und aus den Aussagen der Zeugen E und F nur so viel zu entnehmen ist, daß dieses im Monate November 1877 geschehen sei, was die Beklagten in ihrer Einrede ausdrücklich zugestanden haben. Allein hieraus folgt keineswegs, daß das Klagebegehren abgewiesen, sondern nur, daß der oberlandesgerichtliche Spruch, insofern in demselben die letztwillige Anordnung der M als am 25. November 1877 errichtet bezeichnet wird, der erörterten Sachlage gemäß berichtigt werden muß, wie dies in dem oberstrichterlichen Ur-

geschieht; denn wenn auch das Klagebehren von einer am 25. October 1877 errichteten letztwilligen Anordnung der M spricht, so doch nach der ganzen Lage des Processes auf den Tag der Willenserklärung von keiner Seite ein Gewicht gelegt und aus demselben keinerlei Rechte oder Rechtsfolgen abgeleitet, so es handelt sich zwischen beiden Theilen immer nur um den Inhalt und die rechtliche Natur jener letztwilligen Erklärung, welche, wie zugestanden ist, im Monate November 1877 vor den Zeugen abgegeben hat. Abgesehen von dieser in Bezug auf den eigentlichen Streitgegenstand offenbar ganz nebensächlichen Bedeutung, die nur deshalb stattfinden mußte, weil sich dieselbe auf die Sachlage gründet, mit welcher das Urtheil in voller Uebereinstimmung stehen soll, und weil dieser Mangel des obergerichtlichen Urtheiles von den Revisionswerbern ausdrücklich zum Gegenstande der Beschwerde gemacht wurde, muß das angefochtene Reformativ-Urtheil in jeder anderen Beziehung als gerechtfertigt angesehen werden. Der Kläger zur Proceßführung legitimirt ist, auch insofern sie die Anerkennung eines mündlichen Testamentes zum Gegenstande hat; Alle formellen Erfordernisse zur Gültigkeit der mündlichen letzten Willenserklärung der M erfüllt sind, ist in den oberlandesgerichtlichen Revisionsgründen eingehend und in sachgemäßer sowie gesetzlicher Weise erörtert und bereits von dem ersten Richter bemerkt worden, daß aus den Aussagen der vernommenen Zeugen nicht im Mindesten zu entnehmen sei, daß die Erblasserin beabsichtigt habe, schriftlich zu testiren. Was aber die Frage anbelangt, ob der Inhalt der letzten letztwilligen Erklärung der M in Betreff der Erbseinssetzung ihres Gatten A durch die Aussage der Zeugen D, E und F diesen sei, so ist zu erwägen, daß nach §. 552 a. b. G. B. Anordnung, wodurch ein Erblasser sein Vermögen oder einen Theil desselben Einer oder mehreren Personen widerruflich auf den Fall überläßt, als eine Erklärung des letzten Willens, und daß nach §. 532 a. b. G. B. Derjenige als Erbe anzusehen ist, welcher das Recht hat, die ganze Verlassenschaft oder einen in Beziehung auf das Ganze bestimmten Theil derselben in Besitz zu nehmen; so daß daher zu einer gültigen Erbseinssetzung nicht einer bestimmten Form bei der letztwilligen Erklärung bedarf; daß es nicht angeht, bei der Beurtheilung der Zeugenaussagen einzelne Antworten oder Auslassungen der Zeugen aus ihrem Zusammenhange zu reißen, vielmehr die Aussage eines jeden Zeugen in ihrer Gesamtheit aufzufassen und daß nur dadurch der richtige Sinn und die richtige Bedeutung dieser Ausdrücke klar wird; daß endlich die Erklärungen der Erblasserin mit Rücksicht auf alle Umstände, unter welchen sie abgegeben worden sind, nach dem Sprachgebrauche der Leute ihres Standes und der Gegend, in welchem sie ihren Wohnsitz hat, beurtheilt werden müssen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend muß aber der

Ansicht des D. L. G. beigespflichtet werden, daß, obgleich nach den Aussagen der obigen Zeugen feststeht, daß die M sich in Bezug auf ihren Ehegatten des Ausdrucks „Universalerbe“ nicht bedient hat, und obgleich die einzelnen Zeugen die Worte, deren sich die Erblasserin in Bezug auf den Kläger bediente, nicht in gleicher Weise wiedergaben, doch die bezügliche Erklärung der M, sowie sie nach der Angabe eines jeden dieser drei Zeugen lautet, nicht anders aufgefaßt werden könne, als daß ihr Vermögen für den Fall ihres Todes ihrem Ehegatten gehören soll, daß demnach durch die im Wesentlichen übereinstimmenden Aussagen der erwähnten drei Zeugen nach §. 586 a. b. G. B. der Beweis dafür erbracht ist, daß die M in der im Monate November 1877 vor ihnen errichteten mündlichen letzten Willenserklärung den Kläger rechtswirksam zum Erben eingesetzt hat.

Nr. 8185.

Ersatz des Todtenscheines durch von einem auswärtigen Standesbeamten beurkundete Zeugenaussagen.

Entsch. v. 18. Nov. 1880, Nr. 11155 (Abänd. der gleichförmigen Dec. des R. G. Larnow v. 29. April 1880, Nr. 5508 und des D. L. G. Arden v. 21. Juli 1880, Nr. 9688). G. S. 1881, S. 76.

A bat um Einleitung der Abhandlung des Nachlasses seines seit dem polnischen Aufstand in Russisch-Polen vermißten Bruders M unter Vorlage einer Bestätigung des Civilstandsbeamten aus Verzow im Königreich Polen, wornach vor demselben zwei Zeugen ausgesagt haben, daß M unter den am 20. Juni 1863 in dem Gefechte bei Komorow Gefallenen sich befand und daß sie seinen Leichnam vor der, mit 69 Anderen, auf dem Friedhofe in Verzow erfolgten Beerdigung genau gesehen und erkannt haben. — Beide Untergerichte haben den Antrag auf Einleitung der Verlassenschaftsabhandlung mit der Begründung abgelehnt, daß der beigebrachte Act keinesweges jene Urkunde, auf Grund welcher nach §. 180 lit. f westgal. G. D. und des Patentess vom 20. Februar 1784, J. G. G. Nr. 799, der Tod eines Menschen für erwiesen angesehen werden kann, zu vertreten im Stande ist und der Wittsteller auch kein gerichtliches Erkenntniß gemäß §§. 24 und 277 a. b. G. B. oder gemäß Patentess vom 17. Februar 1827, J. G. G. Nr. 2259, vorgelegt hat, durch welche M für todt erklärt worden wäre.

In Erwägung, daß laut des in der Amtskanzlei des Civilstandes der Pfarrei Verzow in Polen von dem Civilstandsbeamten aufgenommenen Actes zwar der Sterbeact des M, der in dem Treffen am 20. Juni 1863 geblieben, in der Sterbematrikel nicht speciell auf-

gezeichnet, sondern nur bestätigt ist, daß in diesem Treffen 69 Personen umgekommen sind; daß aber von dem Civilstandesbeamten bestätigt wird, daß nach den dortigen Gesetzen der Todtenschein durch den auf Grundlage von Zeugenaussagen aufgenommenen Act vertreten werden kann; daß dieser Act in Gemäßheit der Hofdecr. v. 13 Jänner 1809, Nr. 880 und vom 8. Februar 1812, Nr. 971 der S. O. G., gehörig legalisirt ist und von dem k. k. Generalconsulate zugleich bestätigt ist, daß der Civilstandesbeamte C zur Ausstellung von Auszügen aus den Standesregistern berechtigt ist; daß sonach dieser Act beweisfähig ist und den Todtenschein des M, den die im Acte genannten zwei Zeugen unter den 69 Todten erkannt haben, vertreten kann, — hat der oberste Gerichtshof verordnet, daß auf Grundlage dieses Actes nach §. 20 des Gesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, die Nachlaßverhandlung einzuleiten sei.

Nr. 8186.

Voraussetzungen der Bereicherungsklage auf Grund des Art. 83 W. O.

Entsch. v. 18. Nov. 1880, Nr. 11473 (Best. des das Urth. des R. O. Bräg v. 14. Juli 1880, Nr. 4906, abänd. Urth. des O. L. G. Prag vom 17. August 1880, Nr. 22915). G. Z. 1881, Nr. 28.

Zur Begleichung seiner aus einem Waarenkauf entstandenen Schuld von 167 fl. an den A girirte B demselben einen von ihm auf den C gezogenen und von diesem acceptirten Wechsel, welchen C nach der Verfallszeit nicht bezahlte. A unterließ die Protestlevirung, verlor dadurch den wechselfmäßigen Anspruch gegen den B und verfolgte sein Wechselrecht gegen den Acceptanten, bei welchem er aber trotz der geführten Execution die Wechselforderung nicht hereinbringen konnte. Nun belangte A den B auf Grund dieses — von dem Beklagten in dem Proceß zugegebenen — Sachverhaltes wegen Zahlung der Waarenkaufschuld von 167 fl. aus dem Titel der „Bereicherung“ (Art. 83 W. O.). — In erster Instanz wurde B zur Zahlung verurtheilt aus folgenden Gründen: Der Anspruch des A ist durch die Bestimmung des Art. 83 der W. O. gerechtfertigt. Denn, wenn erwogen wird, daß der B den eingeklagten Betrag für Waaren, die er von A gekauft hat, demselben schuldig geworden ist; daß er ihm zur Zahlung den auf C ausgestellten Wechsel gegeben hat; daß B durch die unterbliebene Protestlevirung seiner wechselfmäßigen Verpflichtung ledig geworden ist und daß A die Zahlung von dem Acceptanten nicht erhalten kann, so ergibt sich, daß A seine Forderung verlieren, dadurch einen Schaden erleiden und B einen Vor-

theil auf Kosten des A erreichen würde. Es liegt somit ein Schaden auf Seite des Klägers und Vortheil auf Seite des Beklagten vor; Schaden und Vortheil stehen miteinander in untrennbarem Zusammenhang und der von dem Kläger auf den Titel der Bereicherung gestützte Anspruch ist daher vollkommen begründet. — Das D. L. G. erkannte auf Abweisung der Klage mit nachstehender Begründung: Der Kläger fordert von dem Beklagten die Zahlung von 167 fl. als Waarensaldorest und gründet seinen Anspruch auf den Art. 83 der W. O. Soll dem Kläger aus diesem Rechtsgrund der obige Betrag zuerkannt werden, so muß er nachweisen, daß er aus dem in der Klage angeführten Geschäfte durch Annahme des Wechsels einen Schaden erlitten, und daß sich der Beklagte durch die Befreiung von der Zahlung des dem Kläger an Zahlungsstatt gegebenen Wechsels bereichert hat. Dies hat aber der Kläger nicht bewiesen, ja nicht einmal behauptet. Ist aber nicht erwiesen, daß dem Beklagten die von dem Acceptanten des Wechsels nicht bezahlte Wechselsumme unmittelbar oder mittelbar zu Gute kam, oder daß er das Äquivalent dieses Wechsels ohne Entgelt in Händen hat, so kann nicht behauptet werden, daß sich der Beklagte durch die von Seite des Acceptanten unterbliebene Zahlung des Wechsels bereichert habe, weil nicht festgestellt ist, daß durch den aus der nicht erfolgten Zahlung dieses Wechsels entstandenen Schaden des Klägers dem Beklagten eine Vermehrung seines Vermögens und zwar in der Art zugekommen ist, daß er dem Acceptanten des Wechsels entweder gar keine Deckung oder nur eine solche Deckung gegeben hat, aus welcher sich ergeben würde, daß er sich um den eingeklagten Betrag bereichert hat.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz unter Hinweisung auf die obergerichtlichen, das Wesen der Bereicherungsklage dem Gesetze gemäß darthuenden Gründe.

Nr. 8187.

Unzulässigkeit der von Amtswegen verfügten Beschränkung der bereits bewilligten executiven Feilbietung einer ganzen Liegenschaft auf einen ideellen Theil derselben.

Entsch. v. 18. Nov. 1880, Nr. 11497 (Best. des das Decr. des D. L. G. Chotebor v. 6. Juni 1880, Nr. 7981, aufheb. Decr. des D. L. G. Prag v. 28. Juli 1880, Nr. 21851). G. S. 1881, S. 90.

Auf Grund der Zahlungsauflage, welche A für eine Wechselforderung von 106 fl. gegen die B (deren Minderjährigkeit verschwiegen wurde) und gegen den C erwirkt hatte, wurde ihm im Executionswege die Einverleibung des Pfandrechtes an der beiden

Schuldnern zu gleichen Antheilen eigenthümlichen Liegenschaft X be-
willigt und vollzogen, obgleich bei der Guts Hälfte der B die Minder-
jährigkeit derselben grundbücherlich angemerkt war. Die Execution
tritt fort bis zum dritten Feilbietungstermin, bei welchem die Min-
derjährigkeitsanmerkung dem Versteigerungscommissär auffiel und ihn
entschied, nur die dem C gehörige Guts Hälfte ausbieten zu lassen,
wie von dem D erstanden wurde. — Das Gericht erster Instanz ge-
nehmigte die Feilbietung und schrieb die Tagsatzung für die Meist-
gebotsvertheilung aus. — Auf den Recurs des Executionsführers
wurde von dem Oberlandesgerichte der Versteigerungssact und der
an Termin zur Meistgebotsvertheilung anordnende Bescheid auf-
gehoben und dem Gerichte erster Instanz aufgetragen, dem Recur-
renten und den Executen zu bedeuten, daß bei dem Umstande, als die
Executin B minderjährig und die Minderjährigkeit bei der Liegenschaft
bucherlich angemerkt, die Abhaltung des dritten Feilbietungstermines
auf weiteres Einschreiten des Executionsführers sistirt werde.
Gründe: Nachdem der Executionsführer die Feilbietung der ganzen
Realität einmal erwirkt hat, kann ohne dessen Wissen und Zustimmung
die Feilbietung nicht auf die Hälfte der Realität beschränkt werden;
vielmehr muß, um sein Executionsrecht nicht zu benachtheiligen, die
executive Feilbietung der ganzen Realität sistirt und der Executions-
führer unter Mittheilung des Hemmungsgrundes davon verständigt
werden, weil, wie gesagt, dem Richter eine Verfügung, mit welcher
das Executionsrecht auf einen Theil der Realität beschränkt wird,
ohne Zustimmung des Executionsführers nicht zusteht, sondern der
letztere das Object der Execution zu bezeichnen hat.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verord-
nung aus denselben Gründen und in der weiteren Erwägung, daß
durch den Verkauf der Hälfte der Realität auch die Interessen des
Executen C und der Tabulargläubiger wesentlich verletzt werden
würden, da anzunehmen ist, daß, wenn nur die Feilbietung der
Hälfte der Realität ausgeschrieben worden wäre, dies auf die Menge
der Kauflustigen von Einfluß gewesen sein würde.

Nr. 8188.

Requisition eines ausländischen Gerichtes zur Vornahme der
einem Ehescheidungsproceß vorangehenden Versöhnungsversuche.

entf. v. 18. Nov. 1880, Nr. 13154 (Best. des das Decr. des R. G.
Sambor v. 29. Juli 1879, Nr. 11416, abänd. Decr. des D. R. G. Lemberg
v. 28. April 1880, Nr. 7143). Jur. Bl. 1881, Nr. 14.

In dem beim R. G. Sambor anhängig gemachten Eheschei-
dungsproceß der in Paris lebenden Eheleute A und B hat die Schei-

dingungsklägerin in Anbetracht der bedeutenden Kosten der Reise von Paris nach Sambor und der durch ein ärztliches Zeugniß bestätigten Unmöglichkeit des Reisens für die an einem chronischen Uebel leidende Klägerin die Bitte gestellt, den vorgeschriebenen dreimaligen Versöhnungsversuch (§. 104 a. b. C. B. und Gesetz vom 31. December 1868, R. G. Bl. 1869, Nr. 3) durch das Civiltribunal erster Instanz des Departement der Seine in Paris vornehmen zu lassen. — Von dem R. G. wurde das Gesuch abgewiesen, zur Anstellung der Versöhnungsversuche bei demselben drei Termine ausgeschrieben und den Eheleuten das persönliche Erscheinen aufgetragen.

Der oberste Gerichtshof entschied in Uebereinstimmung mit der zweiten Instanz, daß das Pariser Gericht um die Vornahme der Sühnversuche anzugehen sei. Gründe: Nach der allgemeinen Regel des §. 11 der J. R. ist es den Gerichten gestattet, einzelne Amtshandlungen, die sie selbst vorzunehmen berechtigt wären, anderen Behörden zu übertragen, wenn dadurch die zweckmäßige Behandlung der Sache erleichtert oder unnützer Kostenaufwand vermieden werden kann, und es besteht kein Gesetz, welches in Ehescheidungssachen, namentlich für die Versöhnungsversuche eine Ausnahme von dieser Regel statuiert und die Requisition eines fremden Gerichtes zu diesem Zwecke verbietet. Da nun die gesetzlichen Voraussetzungen, unter denen ein anderes Gericht um seinen Beistand angegangen werden soll, in dem vorliegenden Falle vorhanden sind (Länge, Beschwerlichkeit und Kostspieligkeit der Reisen von und nach Paris, Kränklichkeit der Ehescheidungsklägerin, Beschleunigung der Sache), so läßt sich vom gesetzlichen Standpunkte eine gegründete Einwendung gegen die Entscheidung des D. L. G. nicht machen. Die gegen die Ingerenz des französischen Gerichtes im Allgemeinen von dem Revisionsrecurrenten (Beklagter) erhobenen Bedenken können nicht als gegründet angesehen werden, weil es sich dabei nicht um die Durchführung eines Ehescheidungsprocesses nach österreichischem Gesetz, sondern nur um die vorgängige Anstellung des Versöhnungsversuches, beziehentlich um die Constatirung der Fruchtlosigkeit desselben handelt. Ebenso ungegründet ist auch die Einwendung des Recurrenten, daß sein Erscheinen vor dem französischen Gerichte auf Veranlassung des Samborer Kreisgerichtes als Anerkennung der Zuständigkeit dieses Gerichtes zur Verhandlung und Entscheidung des Ehescheidungsprocesses gedeutet werden könnte, welche gleichsam erzwungene Anerkennung ihm die Möglichkeit benehmen würde, die beabsichtigte Einwendung gegen die Competenz desselben zu erheben. Denn es handelt sich dabei nicht um einen eigentlichen processualischen Schritt, sondern nur um einen Act, welcher nach dem Gesetze vom 31. December 1868, R. G. Bl. 1869, Nr. 3, der Verhandlung des Ehescheidungsprocesses voranzugehen hat, daher dem Recurrenten die Gelegenheit zum Vorbringen der Einwendung des nicht gehörigen Gerichtsstandes noch immer offen bleibt.

Nr. 8189.

Einverleibung des executiven Pfandrechts an einer Nachlassrealität für eine Schuld des Erben mit der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B.

Entsch. v. 18. Nov. 1880, Nr. 13183 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. O. Bilsen v. 3. Mai 1880, Nr. 6755 und des D. L. O. Prag vom 13. Juli 1880, Nr. 20771). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 7.

A beehrte für seine executionsfähige Forderung gegen den B die Einverleibung des Pfandrechts an der dem B, als Erben des M, angefallenen Liegenschaft X mit der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. Gegen den das Gesuch bewilligenden Bescheid der ersten Instanz recurrirte B, weil nach §. 822 a. b. G. B. die Einverleibung des Pfandrechts an einem Immobile der dem Schuldner angefallenen Verlassenschaft nicht zulässig sei (argum. „Vormerkung“ §. 822). — Das D. L. O. bestätigte die erstgerichtliche Verordnung. Gründe: Daß die Sicherstellung der Gläubiger des Erben auf der demselben angefallenen Liegenschaft des Erblassers auch zur Zeit, wo noch Letzterer als Eigenthümer der Liegenschaft eingetragen ist, nach dem allgemeinen Grundbuchsgesetze zulässig sei, geht aus §. 24 desselben hervor, der nur auf §. 822 a. b. G. B. verweist; daß aber nach letzterem Paragraphen die Sicherstellung auf unbeweglichen Gütern nicht bloß durch Vormerkung im Sinne des allgemeinen Grundbuchsgesetzes (§. 8, Absatz 2), sondern auch durch Einverleibung erfolgen könne, ergibt sich daraus, daß mit dem Worte „Sicherstellung“ in dieser Gesetzesbestimmung materiellen Rechts die im §. 1343 a. b. G. B. mit dem nämlichen Wort bezeichnete Befestigung von Rechten gemeint ist, welche nach §§. 1368 und 1373 durch Bestellung eines Pfandes, worunter auch die Hypothek begriffen ist (§. 448 a. b. G. B.), erfolgen kann. Wird dieses Recht im Executionszuge gegen den Willen des Schuldners ausgeübt, so ist es eben Pfändung im Sinne des §. 822 a. b. G. B., mit welcher daher sowohl bewegliche als unbewegliche Erbschaftsachen belegt werden können, während von den andern im §. 822 angeführten Sicherstellungsmitteln das Verbot nur bei beweglichen und die Vormerkung bei unbeweglichen Sachen anwendbar ist. Die von A mit der gesetzlichen Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. beehrte Pfandrechts-einverleibung wurde daher nach §. 8, Absatz 1, und §. 33 lit. d Grundb.-G. mit Recht bewilligt.

Der a. o. Revisionsrecurs des B wurde von dem obersten Gerichtshofe mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung verworfen.

Nr. 8190.

Löschung der im Grundbuch angemerkten Clausel des §. 822 a. b. G. B. auf Grund der erfolgten Einantwortung der Erbschaft.

Entsch. v. 18. Nov. 1880, Nr. 13184 (Best. des Decr. des B. G. Aralows v. 8. Juni 1880, Nr. 4199, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag v. 13. Juli 1880, Nr. 20772). Zeitschr. für das Notariat 1881, Nr. 7.

A, welcher gegen seinen Schuldner B im Executionswege die Einverleibung des Pfandrechtes auf die dem B, als Erben des M, angefallene Liegenschaft X mit der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. erwirkt hatte, begehrte nach erfolgter Einantwortung der Erbschaft an den B und vollzogener Einverleibung der Einantwortungsurkunde im Grundbuch, die Löschung der in demselben angemerkten Clausel des §. 822 a. b. G. B. Dermalen steht im Grundbuch C als Eigenthümer der Liegenschaft X, welchem B dieselbe abgetreten hat. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil die von A vorgelegte Einantwortungsurkunde eine derartige Löschungsbewilligung nicht enthält und der Tabularrichter auf bloße Rechtsfolgerungen hin bücherliche Acte vorzunehmen nicht berechtigt ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte die erstgerichtliche Verordnung. Gründe: Die Beschränkung der Einverleibung des Pfandrechtes auf die dem Schuldner im Erbwege angefallene Liegenschaft im Sinne des §. 822 a. b. G. B. besteht nur in dem Vorbehalte, daß die Einverleibung erst von der Zeit der erfolgten Einantwortung wirksam und den bei der Verlassabhandlung vorkommenden Ansprüchen unmaßtheilig sein soll. In dem vorliegenden Falle aber sind mit der nachgewiesenen, ohne Beschränkung erfolgten Einantwortung der Realität X an den Schuldner B und der grundbücherlichen Eintragung der Einantwortungsurkunde zum Zwecke der Uebertragung des Eigenthumes an B die Voraussetzungen des §. 822 a. b. G. B. für die unbedingte Eintragung, nämlich daß die Hypothek dem Schuldner B eingeantwortet worden ist und daß die von A erwirkte Pfandrechteinverleibung den bei der Verlassabhandlung hervorgetretenen Ansprüchen Dritter nicht zum Nachtheile gereicht, ausgewiesen. Es kann daher jener Vorbehalt auch gelöscht werden, um dem A die Fortsetzung der gegen seinen Schuldner eingeleiteten Execution zu ermöglichen, wobei selbstverständlich die erst nach der Pfandrechteinverleibung verbücherte Abtretung der Realität an den C der begehrten Löschung nicht entgegensteht.

Nr. 8191.

Unzulässigkeit der Ausnahme eines Sachbefundes auf dem Grundstück eines hiermit nicht einverstandenen Dritten.

Entsch. v. 18. Nov. 1880, Nr. 13280 (Best. des das Decr. des B. G. Oablonz v. 21. Sept. 1880, Nr. 8492, abänd. Decr. des D. L. G. Prag v. 12. Oct. 1880, Nr. 29854). G. S. 1881, S. 42.

In dem Proceß des A gegen B peto. Schadenersatz beehrte der Kläger die Aufnahme des Beweises zum ewigen Gedächtnisse durch Sachverständige über die Ergiebigkeit des auf dem Grundstück des C befindlichen Lehmlagers. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde auf den Recurs des C in zweiter Instanz abgewiesen, weil die Beweisaufnahme nur rücksichtlich eines den Streittheilen gehörigen Objectes ohne Weiteres stattfinden könnte, hier aber es sich um die Beweisaufnahme auf den dem Recurrenten gehörigen Grundstücken in einem zwischen dem Gesuchsteller und einem Dritten anhängigen Rechtsstreite handelt, zu welcher der Recurrent als Eigenthümer nicht zustimmt.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Revisionsrecurs mit Verweisung auf die oberlandesgerichtliche Begründung.

Nr. 8192.

Klage des Verpfänders einer Hypothekarforderung auf Zahlung: Verurtheilung des Hypothekarschuldners zum Erlag der Schuld und zum Ersatz der Proceßkosten.

Entsch. v. 19. Nov. 1880, Nr. 11477 (Abänd. der Urth. des B. G. Humpolek v. 30. Mai 1880, Nr. 5261 und des D. L. G. Prag v. 10. August 1880, Nr. 21223). G. S. 1881, S. 76.

B hat von A ein Gut gekauft, einen Theil des Kaufschillings bezahlt und für den Rest von 106 fl. das Gut grundbücherlich dem A verpfändet, welcher diese Forderung grundbücherlich dem B für eine Forderung verpfändete, die der Letztere an den A zu stellen hatte. A belangte nach eingetretener Fälligkeit seiner Forderung den B auf deren Zahlung. — Das in erster Instanz zugelassene Klagebegehren wurde von dem D. L. G. zur Zeit abgewiesen mit folgender Begründung: Auf der eingeklagten Forderung haftet grundbücherlich das Pfandrecht für eine noch ungetilgte Schuld des Klägers an den Beklagten. Nun liegt es im Begriffe des Pfandrechtes, daß der Gläubiger nicht verpflichtet ist, das Pfand zurückzustellen, bevor er mit seiner durch das Pfand versicherten Forderung befriedigt ist. Es kann somit, da die Zahlung der eingeklagten Forderung von Seite des

Beklagten dem Aufgeben des Pfandes für seine Forderung an den Kläger gleich käme, dem Klagebegehren für dormalen nicht stattgegeben werden.

Der oberste Gerichtshof verurtheilte den B zum gerichtlichen Erlag der eingeklagten 106 fl. und zum Ersatz der erstgerichtlichen Proceßkosten. Gründe: Die obergerichtliche Ansicht, daß A die Zahlung der eingeklagten Forderung von dem B noch nicht verlangen könne, weil seine Schuld an den B, für welche er ihm seine Forderung verpfändet hat, noch nicht getilgt ist, läßt sich durch das Gesetz nicht begründen. Denn durch die grundbücherliche Verpfändung einer Forderung wird an dem Rechtsinhalte derselben nichts geändert und in dem §. 455 a. b. G. B. ist nur in Betreff der Art, wie der Eigentümer der Pfandsache seine Zahlungsverbindlichkeit zu erfüllen hat, verordnet, daß derselbe seine Schuld nur mit Willen dessen, der das Austerpfand hat, dem Gläubiger abführen kann oder daß er sie gerichtlich hinterlegen muß, widrigens das Pfand dem Inhaber des Austerpfandes verhaftet bleibt. Es ist daher der von dem A geltend gemachte Anspruch auf Zahlung seiner fälligen Rausschillingsforderung nicht vorzeitig erhoben und insoweit nach dem Gesetze begründet, daß der Betrag derselben nicht unmittelbar an den A zu zahlen ist, sondern wegen der Austerpfändung zu Gericht erlegt werden muß. In dieser Richtung waren daher die untergerichtlichen Urtheile abzuändern. Der Spruch über die Gerichtskosten erster Instanz beruht nach den §§. 24 und 25 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, auf der Erwägung, daß der Kläger im Wesentlichen in der Hauptsache obgeseigt hat, da nur die Modalität der von dem Beklagten zu leistenden Zahlung durch das oberstgerichtliche Urtheil geändert wurde.

Nr. 8193.

Geltenbmachung des Rechts auf Aufhebung eines Pachtvertrags im Falle der Versäumung der Zahlung einer Pachtzinsrate mittelst Aufkündigung.

Entsch. v. 19. Nov. 1880, Nr. 12982 (Abänd. der Urth. des B. G. Podiebrad v. 3. Sept. 1880, Nr. 5685 und des D. L. G. Prag v. 22. Sept. 1880, Nr. 26571). Jur. Bl. 1881, Nr. 10.

A, Verwalter der Herrschaft X, verpachtete im Jahre 1876 auf 12 Jahre einen Complex von Grundstücken der Herrschaft des B, welcher sich zur Zahlung des Pachtchillings in vierteljährigen Raten — am 1. Jänner, April, Juli, October — verpflichtete und dem Verpächter für den Fall der Versäumung einer dieser Zahlungsfristen das Recht, den Pachtvertrag aufzuheben, einräumte. Im

1. April 1880 kündigte A dem B den Pacht wegen unterbliebener Zahlung der am 1. Jänner 1880 verfallenen Zinsrate. B bestritt die Gültigkeit der Aufkündigung, 1. weil der auf bestimmte Zeit geschlossene Pachtvertrag nicht mittelst Kündigung, sondern nur durch eine Klage aufgehoben werden könne, und 2. weil er gelegentlich der von ihm am 1. October 1879 dem herrschaftlichen Rentmeister C geleisteten Zinszahlung mit demselben das Uebereinkommen getroffen habe, daß in Zukunft der Pachtschilling in halbjährigen Raten am 1. April und 1. October zu zahlen sei. Diese Vereinbarung erbot er sich durch den Zeugen C und seinen Erfüllungseid zu beweisen. — Das Gericht erster Instanz erklärte die Aufkündigung für rechtswirksam aus folgenden Gründen: Der §. 1118 a. b. G. B., auf welchen B seine erste, formelle Einwendung stützt, schreibt nicht vor, daß der Bestandgeber, der den Vertrag wegen verzögerter Zahlung des Zinses vor Ablauf der Bestandszeit aufheben will, auf die Aufhebung des Bestandvertrages klagen muß; dieser Paragraph sagt nur, daß der Bestandgeber „die frühere Aufhebung des Vertrages fordern kann“. Aus dem §. 1116 ibid. ist aber zu ersehen, daß unter dieser Aufhebung die Aufhebung mittelst Kündigung verstanden wird, woraus folgt, daß das dem Bestandgeber nach §. 1118 zustehende Recht auch durch einfache Aufkündigung geltend gemacht werden kann. Was die zweite meritale Einwendung des B anbetrifft, so konnten die Bestimmungen des von ihm mit dem Verwalter der Herrschaft geschlossenen Pachtvertrages durch eine dritte Person (C), welche hierzu nicht bevollmächtigt war, nicht abgeändert werden. — Von dem O. L. G. wurde die Rechtsunwirksamkeit der Pacht Kündigung ausgesprochen mit der nachstehenden Begründung: Die Fälle, in welchen der Pachtvertrag mittelst einer Aufkündigung aufgelöst werden kann, sind sowohl im a. b. G. B. (§§. 1114 und 1115), als auch in der kaiserl. Verordnung vom 16. November 1858, R. G. Bl. Nr. 213, ausdrücklich angeführt. Hiernach ist die Aufkündigung eines Pachtvertrages statthaft, wenn sie durch den Pachtvertrag ausdrücklich bedungen worden ist, oder wenn die eine oder andere der den Vertrag abschließenden Parteien bei auf bestimmte Zeit abgeschlossenen Verträgen der stillschweigenden Erneuerung des Vertrages zuvorkommen und (der Verpächter) sich nach Ablauf der Vertragszeit die Rückstellung des Pachtobjectes sichern will. Im gegenwärtigen Falle handelt es sich weder um die Auflösung eines kündbaren Vertrages, weil die Aufkündigung nicht bedungen, sondern der Vertrag auf eine bestimmte Dauer von zwölf Jahren abgeschlossen worden ist, noch um einen Vertrag, dessen Erneuerung man zuvorkommen wollte, weil das Ende der Pachtzeit hier noch allzuweit hinausgerückt ist und der §. 11 der kaiserl. Verordnung vom 16. November 1858, Nr. 213, hier nicht benutzt werden kann. Ueberhaupt kommen hier die Bestimmungen des §. 12 der citirten Verordnung keineswegs zur Anwendung, weil

beim Bestande der auf bestimmte Zeit abgeschlossenen Verträge von ortsüblichen Kündigungsterminen oder von gesetzlichen Kündigungs-terminen keine Rede sein kann. Hieraus folgt, daß der Pachtvertrag, da hier der im §. 11 der kaiserl. Verordnung vorhergesehene Fall nicht vorliegt, mittelst einer Aufkündigung nicht aufgehoben werden kann, und daß, wenn der Verpächter sich das Recht ausbedungen hat, bei verzögerter Zahlung des Pachtschillings vom Vertrage zurückzutreten, ihm, so wie in anderen Fällen der nicht gehörigen Erfüllung des Vertrages, das bezügliche Klagerrecht zusteht, er daher dem ihm zustehenden Rechte der Auflösung des Pachtvertrages nur mittelst einer ordentlichen Klage Geltung verschaffen kann. Es mußte daher die Aufkündigung des herrschaftlichen Verwalters als ungiltig abgewiesen werden.

Von dem obersten Gerichtshofe wurde dem Gericht erster Instanz die Abhörung des Zeugen C, Rentmeister der Herrschaft X, über die Aenderung der Pachtschillingszahlungsfristen und sodann die Fällung eines neuen Urtheiles unter Abstandnahme von dem in zweiter Instanz für die Aufhebung der Kündigung geltend gemachten Formalgrundes, verordnet. Gründe: Daß dem Verpächter eingeräumt Recht, bei Nichterfüllung der Pachtbedingungen die sogleiche Aufhebung des Pachtvertrages zu verlangen, kann, wie sich selbst aus dem Zusammenhalte der §§. 1116 und 1118 a. b. G. B. ergibt, auch mittelst einer einfachen Aufkündigung ausgeübt werden, ohne daß es einer Klage auf Aufhebung des Pachtvertrages bedarf, und dies um so mehr in dem vorliegenden Falle, wo sich der Bestandnehmer nur durch den Nachweis, daß er die Bedingungen des Pachtvertrages erfüllt, in der Benützung der gepachteten Grundstücke erhalten kann.

Nr. 8194.

Besitzstörungsproceß: Erlöschung des Klagerrechts wegen Mangels „gehöriger Fortsetzung“ der rechtzeitig erhobenen Besitzstörungsklage.

Entsch. v. 23. Nov. 1880, Nr. 11618 (Best. des Decr. des R. O. C. C. v. 10. Februar 1880, Nr. 170, Abänd. des Decr. des R. O. C. C. v. 8. Mai 1880, Nr. 1338). Gazz. del Trib. 1881, Nr. 2.

Mit der rechtzeitig, innerhalb 30 Tage a tempore scientie (§. 2. der kaiserl. Verordnung vom 27. October 1849, R. O. B. Nr. 12), angestellten Klage vom 19. Juni 1874 belangte A den B in *possessorio summarissimo* wegen Besitzstörung. Nach Aufnahme des Augenscheines wurde die Tagssatzung zur Verhandlung auf den 25. November 1874 verlegt; dieselbe wurde von den Parteien nicht

sucht und der Proceß blieb liegen bis zum 7. September 1878, an welchem Tage der Kläger die Wiederaufnahme des Verfahrens beehrte. In der hierauf durchgeführten Verhandlung erhob der Beklagte eine mittelst Combination des §. 2 des Gesetzes über das Besitzungsverfahren und des §. 1497 a. b. G. B. gebildete Einwendung der Erlöschung des Klagerrechtes. — In erster Instanz wurde dieser Einwendung stattgegeben und deshalb die Klage abgewiesen. — Das O. R. G. verwarf die Einwendung und erkannte nach dem Angebegehren.

In Erwägung, daß Rechte durch die Nichtausübung während der vom Gesetz bestimmten Zeit erlöschen (§. 1451 a. b. G. B.); daß die Verjährung mittelst Klage nur dann unterbrochen wird, wenn die Klage gehörig fortgesetzt wird (§. 1497 ibid.); daß das Klagerrecht in *possessorio summariissimo* nach 30 Tagen *a tempore scientiae* erlischt (§. 2 der kaiserl. Verordnung vom 27. October 1849, R. . Bl. Nr. 12); daß mit Rücksicht auf die vom Gesetzgeber intendirte Beschleunigung des Verfahrens in Besitzstörungenfällen die Anwendung des §. 2 der citirten kaiserl. Verordnung, gemäß welcher der Ablauf des für die Klage in *possessorio summariissimo* bestimmten Frist von 30 Tagen der angeblich gestörte Besitzer auf das *possessorium ordinarium* zu verweisen ist, nicht nur auf den besagten, sondern auch auf den Fall zu beziehen ist, wenn die in *possessorio summariissimo* angebrachte Klage durch mehr als 30 Tage nicht fortgesetzt wurde, und daß es absurd wäre, einen solchen Proceß nach Beendigung des Still-Liegens wieder aufleben zu lassen; daß, wenn auch die der Kläger in *revisorio* behauptet) der gegenwärtige Proceß in Folge der Recurse, die in zweiter und dritter Instanz wegen des Anfalles der Kosten des in der Sache an Ort und Stelle aufgenommenen Augenscheines ergriffen wurden, liegen geblieben ist und der Richter unterlassen hat, bei der Verständigung der Parteien von den Recursentscheidungen unter Einem zur Fortsetzung des Verfahrens in der Hauptsache einen neuen Termin anzunordnen, dies auf die Folgen durch so viele Jahre von dem Kläger beobachteten Schweigens keinen Einfluß hatte, da die Anhängigkeit eines in obiger Richtung wegen der Augenscheinkosten) ergriffenen Recurses der gehörigen Fortsetzung des Processus nicht im Wege stand; daß somit wegen dieses Still-Liegens die Klage in erster Instanz mit Recht ohne Weiteres abgewiesen wurde, — hat der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Entscheidung wieder hergestellt.

Nr. 8195.

Summarisches Verfahren: Klage auf Ausstellung einer Urkunde unter Vereiterklärung zur Annahme einer Abfindung von 500 fl.

Entsch. v. 23. Nov. 1880, Nr. 13376 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des D. L. G. Lemberg v. 19. Juni 1880, Nr. 26808 und des D. L. G. Lemberg v. 7. Sept. 1880, Nr. 20859). G. J. 1881, S. 276.

A belangte den B auf Ausstellung einer Urkunde des Inhaltes, daß er dem Beklagten aus ihrer Geschäftsverbindung nichts mehr schuldig sei, und begehrte die Einleitung des summarischen Verfahrens, indem er sich erbot, die Abfindungssumme von 500 fl. anzunehmen. — Beide Untergerichte verweigerten die Einleitung des Summarverfahrens, weil das Klagebegehren nicht auf Zahlung einer bestimmten Geldsumme, sondern auf Ausstellung einer Urkunde gerichtet ist, die sich nicht bewertben läßt, und der Kläger nicht einmal ein Eventualbegehren auf Zahlung von 500 fl. gestellt hat.

Der oberste Gerichtshof verordnete die Einleitung des summarischen Processes. Gründe: Der Streitgegenstand ist allerdings nicht eine bestimmte Geldsumme, sondern eine auszustellende Urkunde; allein der Kläger hat ausdrücklich sich erboten, anstatt des unmittelbaren Streitgegenstandes, einen Geldbetrag von 500 fl. anzunehmen, wodurch im Sinne des §. 2 des Hofdecr vom 24. October 1845, Nr. 906 der J. G. G. und §. 2 des Gesetzes v. 16. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 69, die gesetzliche Voraussetzung zur Einleitung des Summarverfahrens unzweifelhaft gegeben ist.

Nr. 8196.

Voraussetzungen der Hemmung der Execution wegen einer Erschindirungsklage: Angebot einer Caution für allen Schaden?

Entsch. v. 23. Nov. 1880, Nr. 13444 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 13. Mai 1880, Nr. 274). G. J. 1881, S. 202.

In erster Instanz wurde das Gesuch der Erschindirungsklägerin A um Suspension der Feilbietung der für den Beklagten B bei seinem Schuldner C gepfändeten Mobilien bis zur Entscheidung des Eigenthumsprocesses bewilligt. — Auf den Recurs des B verordnete das D. L. G. die Zurückstellung des Sistirungsgesuches an die A zur Abgabe ihrer Erklärung, ob und welche Sicherstellung sie im Sinne des Hofdecr. v. 29. Mai 1845, J. G. G. Nr. 889, §. 3, dem B für allen Schaden zu leisten bereit sei.

Dagegen recurrirte die A an den obersten Gerichtshof, welcher in Anbetracht, daß die Eingabe der Erschindungsflägerin, worin dieselbe das Begehren um Sistirung der Execution in unbedingter Weise gestellt hat, einen formellen Mangel nicht ersehen läßt; daß der vom zweiten Richter hervorgehobene Abgang des Angebots einer Sicherstellung, resp. der Mangel des Begehrens um bedingte Executionsfristung im obigen Gesuche kein Umstand ist, der gesetzlich verhindert, über das Gesuchsbegehren, so wie es gestellt wurde, was Rechtens ist, zu entscheiden, oder welcher einen nothwendigen Anlaß geben konnte, vor meritorischer Erledigung des Gesuches von der Sistirungswerberin die Erklärung über ihre Geneigtheit zum Anbieten einer Cautio abzuverlangen, — die obergerichtliche Verordnung beseitigte und dem D. L. G. auftrug, den Appellationsrecurs des B mit Umgangnahme von dem bemerkten Anstande zu erledigen.

Nr. 8197.

Voraussetzungen der Eröffnung des kaufmännischen Concurſes: Begehren eines Gläubigers um Tagfahrt nach §. 63 E. O. ohne Darthnung anderweitiger Executionen.

Beweis der erfolgten Zahlungseinstellung.

Entsch. v. 23. Nov. 1880, Nr. 13546 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. Wien v. 25. Sept. 1880, Nr. 142374 und des D. L. G. Wien vom 12. Oct. 1880, Nr. 17121). G. S. 1881, S. 70.

Die Firma A, welche gegen den Kaufmann B auf Grund von zwei wechselgerichtlichen Zahlungsaufträgen pecto. 15.000 und 14.000 Francs Execution geführt, allein nur für einen kleinen Theil ihrer Forderung Deckung gefunden hatte, überreichte das Gesuch um Anordnung einer Tagfahrt nach §. 63 E. O., indem sie anführte, daß durch die Thatsache der erfolglosen Executionsführung die Zahlungseinstellung des B im Sinne des §. 198 E. O. dargethan sei, somit der Antrag auf sofortige Concurseröffnung begründet wäre; daß sie sich diesen Antrag auch vorbehalte, aber aus Rücksichten für den B nur die Tagfahrtanordnung nach §. 63 E. O. begehre. — Von beiden Untergerichten wurde das Gesuch abgewiesen, in zweiter Instanz mit nachstehender Begründung: Die Firma A begehrt die Anordnung einer Tagfahrt nach §. 63 E. O. Um aber diese Tagfahrt anberaumen und den von der Tagfahrtanberaumung untrennbaren Auftrag an den Gegner, daß er entweder bis zur Tagfahrt die A sicherstelle oder bei derselben ein Verzeichniß seines Vermögens- und Schuldenstandes vorlege und die Möglichkeit der Befriedigung seiner sämtlichen Gläubiger darthue, erlassen zu können, mußte die A nicht allein nachweisen, daß

sie Forderungen an B zu stellen habe, sondern auch, daß derselbe nicht allein von ihr, sondern auch wenigstens noch von einem anderen Gläubiger mit Execution verfolgt ist, da der §. 63 E. O. von einem mit Executionen verfolgten Schuldner spricht, und diese Bestimmung doch mindestens zwei Executionsführer und nicht einen einzigen Gläubiger, wenn dieser auch wegen zwei oder mehrerer Forderungen Execution führt, voraussetzt, wie dieses auch aus jener Bestimmung der Concurseröffnung (§. 66) hervorgeht, welcher zufolge überhaupt von einer Concurseröffnung, wenn nur ein Gläubiger vorhanden ist, keine Rede sein kann. Die Firma A hat aber nicht einmal behauptet, noch weniger einen Nachweis erbracht, daß B wenigstens noch von einem anderen Gläubiger mit Executionen verfolgt sei. Deshalb wurde ihr Begehren um Anordnung einer Tagfahrt nach §. 63 E. O. von der ersten Instanz mit vollem Rechte zurückgewiesen. Auf Grund des §. 198 E. O. hat aber die Firma A keinen Antrag gestellt, es ist daher auch nicht nöthig, über das, was sie in ihrem Appellationsrecurs über den bei B angeblich vorhandenen Zustand der Zahlungseinstellung vorbrachte, derzeit in eine Erörterung einzugehen. — Die Firma A ergriff den a. o. Revisionsrecurs, in welchem sie ausführte: 1. Der §. 63 E. O. setze allerdings eine Mehrheit von Executionen voraus; die Concurseröffnung über das Vermögen eines Kaufmannes sei aber nach §. 198 E. O. eben nicht an die Voraussetzungen des §. 63 geknüpft. Wenn nun das D. L. G. meint, daß, weil die Concurseröffnung nach §. 198 E. O. nicht begehrt wurde, die Frage der Zahlungseinstellung gleichgiltig, die Tagfatzungsanordnung nach §. 63 aber, da eine Mehrheit von Executionen nicht nachgewiesen wurde, unzulässig sei, so habe es hierbei erstens übersehen, daß der §. 198 E. O. die Concurseröffnung von Amtswegen normirt, und zweitens habe es das minus für unzulässig erklärt, wo das majus gesetzlich zulässig ist. Der kaufmännische Concurrs sei nicht durch den Antrag eines Gläubigers bedingt, sondern von Amtswegen zu eröffnen, sobald das Gericht wie immer von der Zahlungseinstellung Kenntniß erlangt hat. Die im §. 63 E. O. vorhergesehene Verhandlung habe nur den Zweck, dem Schuldner Gelegenheit zur Discussion der Voraussetzungen der Concurseröffnung zu geben und diese abzuwenden; dies stelle sich als eine Rechtswohlthat für den Schuldner dar, auf welche der insolvente Kaufmann nach §. 198 E. O. eben keinen Anspruch hat. Es könne daher die obergerichtliche Auffassung nicht die richtige sein, indem nach derselben zur Concurseröffnung ohne Einvernehmung und gegen den Willen des Insolventen die Insolvenz genügen würde, zur milderen Behandlung nach §. 63 E. O. aber noch der Nachweis einer mehrfachen Executionsführung erforderlich wäre; während doch das Gesetz gegen Kaufleute strenger sein wollte, und deshalb im §. 198 erklärte, daß nicht nur unter den Voraussetzungen des §. 63, sondern auch in

allen anderen Fällen der Insolvenz der kaufmännische Concurß zu eröffnen ist. Der vom D. L. G. citirte §. 66 E. D. normirt nicht das dem Antrage auf Concurßeröffnung vorangehende, sondern das nachfolgende Verfahren, und werde daher erst dann anzuwenden sein, wenn sich ergeben haben wird, daß der status cridae nicht vorliegt; bevor aber B seinen Status vorgelegt hat, könne das Gericht nicht Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Concurßeröffnung erheben. Uebrigens bestehe die Recurrentin nicht auf der Anordnung einer Tagsatzung nach §. 63, sondern begnüge sich auch, wenn eine Tagsatzung zur Einvernehmung über den status cridae anberaumt wird.

2. Was die Frage nach dem Vorhandensein der Erfordernisse des §. 198 E. D. anbetrifft, sei durch die constante Judicatur des obersten Gerichtshofes festgestellt, daß es weder einer Mehrheit von Gläubigern oder gar Executionsführungen bedürfe, um die Insolvenz eines Kaufmannes annehmen und den §. 198 anwenden zu können, und sei durch die fruchtlose Execution wegen zweier Wechselforderungen die Insolvenz mehr als genügend dargethan.

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs. Gründe: Der Umstand, daß die Recurrentin das in ihrem Gesuche gegen B gestellte Begehren lediglich auf die Anordnung einer Tagsatzung nach §. 63 E. D. gerichtet hat, ohne die in diesem Paragraph vorausgesetzte Thatsache, daß B mit Executionen verfolgt wird, nachzuweisen, konnte dem Eingehen auf ihr Begehren nicht entgegenstehen, weil nach §. 198 E. D. der Concurß über das Vermögen eines Kaufmannes oder einer Handelsgesellschaft, auch wenn die Voraussetzungen der §§. 62 bis 64 E. D. nicht eintreten, in allen Fällen der von dem zuständigen Gerichte erlangten Kenntniß der erfolgten Zahlungseinstellung von Amtswegen zu eröffnen ist, und weil, falls die Bedingungen zur Concurßeröffnung nach §. 198 E. D. vorhanden wären, das Ansuchen eines Gläubigers um Anordnung einer Tagsatzung mit dem im §. 63 E. D. enthaltenen Auftrage und zu dem dort bezeichneten Zwecke, zwar nicht nothwendig, aber auch nicht als gesetzlich unzulässig anzusehen wäre. Gleichwohl konnten im vorliegenden Falle die nach dem Hofdecr. vom 15. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, zur Abänderung gleichlautender Entscheidungen erforderlichen Voraussetzungen nicht gefunden werden. Denn der §. 198 E. D. setzt voraus, daß das Gericht von der erfolgten Zahlungseinstellung eines Kaufmannes entweder durch die Anzeige des Letzteren selbst, oder durch einen mit ausreichenden Beweisen unterstützten Antrag eines Gläubigers Kenntniß erlangt hat. Die Recurrentin hat nun aber in ihrem Gesuche einen Antrag auf Concurßeröffnung nicht gestellt, vielmehr sich einen solchen Antrag ausdrücklich nur vorbehalten, und andererseits kann auch darin, daß in der einzigen im Gesuche angeführten Thatsache, daß B die der Recurrentin zuerkannten beiden Wechselforderungen nicht bezahlt und die Execution nicht zur vollen Deckung dieser Forderungen geführt

habe, ein ausreichender Beweis der erfolgten Zahlungseinstellung nicht gefunden wurde, ein offenkundiges Unrecht nicht erlannt werden. Was endlich das im Recurswege gestellte Begehren um Anordnung einer Tagsatzung wenigstens zur Einvernehmung der belangten Firma über den status eridiae anbelangt, so konnte darauf nicht eingegangen werden, weil bei Abgang der Voraussetzungen sowohl des §. 63 als auch des §. 198 E. O. für die Einleitung einer solchen Einvernehmung im Gesetze kein Anhaltspunkt gegeben ist.

Nr. 8198.

Unstatthaftigkeit der Anordnung einer Zinsenreduction von Amtswegen (im Stadium der Execution) auf Grund des für Galizien erlassenen Gesetzes gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften.

Entsch. v. 23. Nov. 1880, Nr. 13593 (theilweise Aufheb. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 29. Dec. 1879, Nr. 19917). G. S. 1881, S. 192.

In dem Executionsverfahren des A gegen B poto. 176 fl. nebst Zinsen hat das D. L. G. im Recurswege, mit Anwendung des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften), die durch die Execution hereinzubringenden Zinsen von 78 % ($1\frac{1}{2}$ Kreuzer per Woche von jedem Gulden), welche durch Vertrag bedungen waren, auf 6 % herabgesetzt.

Der oberste Gerichtshof vernichtete diese Entscheidung. Gründe: Dem D. L. G. lag zur Reduction der Zinsen kein gesetzlicher Anlaß vor, da B in seinem Appellationsrecurse nach dieser Richtung sich gar nicht beschwert hat. Die von Amtswegen verfügte Zinsenreduction verstößt daher gegen die allgemeine Regel des §. 1 der westgal. G. O., daß in Streitsachen von Amtswegen nicht verfahren werden darf und mußte wegen offenkundiger Nichtigkeit aufgehoben werden (§. 346 ibid.).

Nr. 8199.

Totalversprechen: Notariatszwang.

Entsch. v. 24. Nov. 1880, Nr. 12166 (Best. des das Urth. des B. G. Krakau v. 8. August 1880, Nr. 12145, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 13. Sept. 1880, Nr. 26132). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 26.

In erster Instanz wurde der von seinem Schwiegersohn A belangte B in contumaciam dem Klagebegehren gemäß zur Zahlung

des von ihm dem Kläger mündlich versprochenen Heiratsgutes von 500 fl. verurtheilt.

In Uebereinstimmung mit dem D. L. G. erkannte der oberste Gerichtshof auf Abweisung der Klage, weil der Vertrag, mit welchem aus Anlaß einer einzugehenden oder eingegangenen Ehe ein Heiratsgut bestellt wird, einen Ehepact darstellt (§. 1217 a. b. G. B.), dessen Gültigkeit durch die Aufnahme eines Notariatsactes bedingt ist (Gesetz vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 76, §. 1 lit. a).

Nr. 8200.

Unzulässigkeit der Executionsführung auf die Nähmaschine eines Schneiders.

Entsch. v. 24. Nov. 1880, Nr. 13309 (Best. des das Decr. des S. G. Zglan v. 14. Sept. 1880, Nr. 12999, abänd. Urth. des D. L. G. Brünn v. 12. Oct. 1880, Nr. 10842). G. S. 1881, S. 188.

Die pfandweise Beschreibung der illata, welche der Vermiether A gegen die das Schneiderhandwerk betreibenden kinderlosen Eheleute B in Geltendmachung des gesetzlichen Pfandrechtes (§. 1101 a. b. G. B.) für seine Miethzinsforderung erwirkt hatte (Hofdecr. vom 3. November 1819, J. G. S. Nr. 1621), wurde auch an der Nähmaschine der genannten Miethleute vollzogen. — Das D. L. G. verordnete die Ausscheidung der Nähmaschine aus dem Pfandbeschreibungssprotokoll in Erwägung, daß nach §. 340 a. G. D. der Gläubiger auf die nöthigen Werkzeuge, womit dessen Schuldner sich täglich die Nahrung für sich und seine Familie verschaffen kann, die Execution zu führen nicht berechtigt ist, bei einem Schneider aber eine Nähmaschine zu diesen nöthigen Werkzeugen gehört; daß diese Ausnahme von dem Rechte der Exequenten auch auf die Geltendmachung des im §. 1101 a. b. G. B. eingeräumten Pfandrechtes, als einen die Execution vorbereitenden Schritt Anwendung finden muß, und daß nach Inhalt des Pfändungsprotokolles die in demselben pfandweise beschriebene Nähmaschine das einzige bei den Schuldnern vorgefundene Werkzeug dieser Art ist.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung, weil dieselbe durch die beigelegte Begründung gerechtfertigt ist, indem eine Nähmaschine bei einem Schneider als ein nöthiges Werkzeug zu seinem Geschäftsbetriebe angesehen werden muß, welche unter die Bestimmung des §. 340 a. G. D. fällt, der nicht fordert, daß der Execut Kinder haben müsse, wie A in dem Revisionsrecurs vermeint, wenn er die Begünstigung des Gesetzes in Anspruch nehmen will, da er mit seiner Frau schon eine Familie bildet.

habe, ein ausreichender Beweis der erfolgten Zahlungseinstellung nicht gefunden wurde, ein offenkundiges Unrecht nicht erlannt werden. Endlich das im Recurswege gestellte Begehren um Anordnung einer Tagsatzung wenigstens zur Einvernehmung der belangten Firma über den status eridae anbelangt, so konnte darauf nicht eingegangen werden, weil bei Abgang der Voraussetzungen sowohl des §. 63 als auch des §. 198 C. D. für die Einleitung einer solchen Einvernehmung im Gesetze kein Anhaltspunkt gegeben ist.

Nr. 8198.

Unstatthaftigkeit der Anordnung einer Zinsenreduction von Amtswegen (im Stadium der Execution) auf Grund des für Galizien erlassenen Gesetzes gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften.

Entsch. v. 23. Nov. 1880, Nr. 13593 (theilweise Aufheb. des Decr. des D. L. G. Krakau v. 29. Dec. 1879, Nr. 19917). G. S. 1881, S. 192.

In dem Executionsverfahren des A gegen B poto. 176 fl. nebst Zinsen hat das D. L. G. im Recurswege, mit Anwendung des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften), die durch die Execution hereinzubringenden Zinsen von 78 % ($1\frac{1}{2}$ Kreuzer per Woche von jedem Gulden), welche durch Vertrag bedungen waren, auf 6 % herabgesetzt.

Der oberste Gerichtshof vernichtete diese Entscheidung. Gründe: Dem D. L. G. lag zur Reduction der Zinsen kein gesetzlicher Anlaß vor, da B in seinem Appellationsrecurse nach dieser Richtung sich gar nicht beschwert hat. Die von Amtswegen verfügte Zinsenreduction verstößt daher gegen die allgemeine Regel des §. 1 der westgal. C. D., daß in Streitsachen von Amtswegen nicht verfahren werden darf und mußte wegen offenkundiger Nichtigkeit aufgehoben werden (§. 346 ibid.).

Nr. 8199.

Totalversprechen: Notariatszwang.

Entsch. v. 24. Nov. 1880, Nr. 12166 (Best. des das Urth. des D. L. G. Krakau v. 8. August 1880, Nr. 12145, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 13. Sept. 1880, Nr. 26132). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 24.

In erster Instanz wurde der von seinem Schwiegersohn A verlangte B in contumaciam dem Klagebegehren gemäß zur Zahlung

des von ihm dem Kläger mündlich versprochenen Heiratsgutes von 500 fl. verurtheilt.

In Uebereinstimmung mit dem D. L. G. erkannte der oberste Gerichtshof auf Abweisung der Klage, weil der Vertrag, mit welchem aus Anlaß einer einzugehenden oder eingegangenen Ehe ein Heiratsgut bestellt wird, einen Ehepact darstellt (§. 1217 a. b. G. B.), dessen Gültigkeit durch die Aufnahme eines Notariatsactes bedingt ist (Gesetz vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 76, §. 1 lit. a).

Nr. 8200.

Unzulässigkeit der Executionsführung auf die Nähmaschine eines Schneiders.

Entsch. v. 24. Nov. 1880, Nr. 13309 (Best. des das Decr. des B. G. Jgls v. 14. Sept. 1880, Nr. 12999, abänd. Urth. des D. L. G. Brünn v. 12. Oct. 1880, Nr. 10842). G. S. 1881, S. 188.

Die pfandweise Beschreibung der illata, welche der Vermiether A gegen die das Schneiderhandwerk betreibenden kinderlosen Eheleute B in Geltendmachung des gesetzlichen Pfandrechtes (§. 1101 a. b. G. B.) für seine Miethzinsforderung erwirkt hatte (Hofdecr. vom 3. November 1819, J. G. S. Nr. 1621), wurde auch an der Nähmaschine der genannten Miethleute vollzogen. — Das D. L. G. verordnete die Ausscheidung der Nähmaschine aus dem Pfandbeschreibungsprotokoll in Erwägung, daß nach §. 340 a. G. D. der Gläubiger auf die nöthigen Werkzeuge, womit dessen Schuldner sich täglich die Nahrung für sich und seine Familie verschaffen kann, die Execution zu führen nicht berechtigt ist, bei einem Schneider aber eine Nähmaschine zu diesen nöthigen Werkzeugen gehört; daß diese Ausnahme von dem Rechte der Exponenten auch auf die Geltendmachung des im §. 1101 a. b. G. B. eingeräumten Pfandrechtes, als einen die Execution vorbereitenden Schritt Anwendung finden muß, und daß nach Inhalt des Pfändungsprotokolles die in demselben pfandweise beschriebene Nähmaschine das einzige bei den Schuldnern vorgefundene Werkzeug dieser Art ist.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung, weil dieselbe durch die beigelegte Begründung gerechtfertigt ist, indem eine Nähmaschine bei einem Schneider als ein nöthiges Werkzeug zu seinem Geschäftsbetriebe angesehen werden muß, welche unter die Bestimmung des §. 340 a. G. D. fällt, der nicht fordert, daß der Execut Kinder haben müsse, wie A in dem Revisionsrecurs vermeint, wenn er die Begünstigung des Gesetzes in Anspruch nehmen will, da er mit seiner Frau schon eine Familie bildet.

cursvermögen. Nach Erstattung der Einrede, aus welcher fließen mochte, daß die Klage vergriffen und insbesondere nicht zur Durchsetzung des Klageanspruches nöthigen Beweismittel sei, überreichte sie dem Proceßgericht, um der muthmaßlich abweisung vorzubeugen, die Erklärung, von der Klage mit Vorbehalt der Einbringung einer neuen Klage zurückzutreten. beider Untergerichten, in zweiter Instanz mit Berufung auf westgal. G. D., wurde dieser bedingte Rücktritt als zulässig — Der Beklagte ergriff den a. o. Revisionsrecurs, worin er machte: Der Rücktritt von einer Klage mit dem Vorbehalt der Einbringung einer neuen Klage sei nur solange statthaft, als contestation noch nicht stattgefunden hat. Sobald aber derselbe schon im Zuge ist, könne der Kläger eben im Sinne des westgal. G. D. nur unbedingt von der Klage zurücktreten, auf einen neuen Streit etwa auf Leistung eines anderen Standes und auf Grund eines anderen Rechtsitels anzustreben. Vorbehalt einer neuen verbesserten Klage sei nach dem Hofdecret vom 15. Jänner 1787, J. G. G. Nr. 620 lit. e, unstatthaft, dieselbe ausdrücklich verordnet, daß man eine übel instruirte Klage in der Absicht zurückziehen dürfe, um dieselbe zu verbessern übergangene Beweismittel nachzutragen. Die Berücksichtigung des Vorbehalts wäre daher eine Umgehung der Bestimmungen des decretes und würde auch die definitive Austragung einer Klage unmöglich machen, da die klageführende Partei beliebig oft Klage zurücktreten und fort und fort Klagen wegen desselben Gegenstandes und aus demselben Titel überreichen könnte. Er berief sich der Recurrent auch auf die oberstgerichtliche Entscheidung vom 4. November 1879, Nr. 12239 (Nr. 7635 der Sammlung).

Der oberste Gerichtshof verwarf den Recurs, weil in den gerichtlichen Entscheidungen in dem vom D. L. G. citirten westgal. G. D. ihre Rechtfertigung finden und bei dem Umfange der Klage als Grund des Rücktrittes keineswegs die Unvollständigkeit der Klage angegeben hat, das vom Recurrenten citirte Hofdecret im vorliegenden Falle nicht anwendbar ist.



Nr. 8203.

**Abgrenzung des streitigen und nicht streitigen Verfahrens:
Anhaltung des Vaters zur Alimentirung seines ehelichen
Kindes.**

Entsch. v. 30. Nov. 1880, Nr. 13714 (Aufheb. der gleichförmigen Decr. des D. O. der Alt- und Neustadt Prag v. 22. August 1880, Nr. 40386 und des D. L. O. Prag v. 21. Sept. 1880, Nr. 28042). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 18.

Die minderjährige A verließ das Haus ihres ehelichen Vaters B wegen schlechter Behandlung von Seite ihrer Eltern. Da B sich weigerte, sie wieder bei sich aufzunehmen, und zur Unterhaltung der A außer seinem Hause sich nicht herbeiliess, wurde für die Letztere ein Curator bestellt, welcher im Wege des Verfahrens außer Streitsachen unter Darstellung der Familien- und der Vermögensverhältnisse des wohlhabenden B das Gesuch vorbrachte, daß demselben die Leistung der Alimente an die A im Betrage von monatlichen 30 fl. unter Androhung der Execution auferlegt werde. Hierüber wurde zur Verhandlung eine Tagfahrt angeordnet, welche B, nachdem er in einer gerichtlichen Eingabe dem Ansinnen des Curators entgegengetreten war, unbefucht ließ. — Das Gericht erster Instanz ertheilte dem B den vom Curator begehrten Auftrag, welchen das D. L. O. bestätigte.

In Erwägung, daß der Richter im Verfahren außer Streitsachen über streitige Rechtsansprüche nicht voreilig entscheiden darf, sondern entweder sogleich die rechtliche Verhandlung einzuleiten oder die Betheiligten auf den Rechtsweg zu verweisen hat (§. 2, Abs. 7, des kaiserl. Patentgesetzes vom 9. August 1854, R. O. Bl. Nr. 208), wurden von dem obersten Gerichtshof auf den a. o. Recurs des B die untergerichtlichen Verordnungen aufgehoben und der Curator der A mit seinem Gesuch auf den ordentlichen Rechtsweg gewiesen.

Nr. 8204.

**Gesuch um Löschung eines executiven Pfandrechtes auf Grund
eines Restitutionserkenntnisses.**

Entsch. v. 30. Nov. 1880, Nr. 13717 (Best. des das Decr. des D. O. Rohitsch v. 18. April 1880, Nr. 2642, abänd. Decr. des D. L. O. Graz v. 7. Juli 1880, Nr. 7593). Zeitschr. für das Notariat 1880, Nr. 52.

Gegen das Urtheil, mit welchem B zur Zahlung von 780 fl. an die A verurtheilt wurde, erwirkte er die Restitution und begehrte auf Grund des Restitutionserkenntnisses die Löschung des für die urtheilsmäßige Forderung der A im Executionswege auf seiner Liegen-

schaft X einverleibten Pfandrechtes. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil mit dem Restitutionsurtheil nicht ausgesprochen wurde, daß das Pfandrecht der A gelöscht werden soll, daher auf Grund dieses Urtheiles die Löschung der Hypothek im Executionswege nicht erwirkt werden kann, und weil nach dem Hofdecr. vom 22. Juni 1836, J. G. G. Nr. 145, die Erlöschung eines erworbenen Executionsrechtes durch dem Urtheile nachgefolgte Facta nur mittelst Klage geltend gemacht werden kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Verordnung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Nr. 8205.

Cautio für den durch ein Verbot zugesügten Schimpf und Schaden: Freiwerden der Cautio durch Aufhebung des das Verbot bewilligenden Bescheides.

Entsch. v. 30. Nov. 1880, Nr. 13854 (Best. des das Decr. des J. G. Prag v. 20. Sept. 1880, Nr. 53605, abänd. Decr. des D. L. G. Prag v. 19. Oct. 1880, Nr. 30444). Jur. Bl. 1881, Nr. 2.

Die Firma A erwirkte am 26. Mai 1880 das Verbot auf eine Forderung ihres Schuldners B an C und erlegte am 7. Juni bei Gericht die ihr aufgetragene Cautio von 150 fl. für Schimpf und Schaden. In zweiter Instanz wurde das Verbot am 16. Juni aufgehoben und vom obersten Gerichtshof am 20. Juli die Aufhebung bestätigt. Nun beehrte die Firma A die Zurückstellung der Cautio. Nach vorgängiger Verhandlung, in welcher B gegen die Ausfolgung der Cautio protestirte, wurde in erster Instanz das Gesuch der Firma in der Erwägung, daß das Verbot thatsächlich bis zum Zeitpunkte der oberstgerichtlichen Entscheidung vom 20. Juli 1880 bestand, somit nicht ausgeschlossen ist, daß hierdurch dem B Schimpf und Schaden zugesügt worden ist, und mit Rücksicht auf den Protest des Letzteren für dormalen abgewiesen und unter Einem B angewiesen, seine Genugthuungsklage im Sinne des Hofdecr. vom 15. Jänner 1787, J. G. G. Nr. 621, gegen die Firma A binnen 30 Tagen anbringen und sich hierüber bei dem Verbotsrichter auszuweisen, widrigens auf erneuertes Ansuchen der Firma A die Ausfolgung der Verbotscaution bewilligt würde. — Dagegen recurrirte die Firma A, nachdem B die Genugthuungsklage überreicht hatte, an das D. L. G., welches die Ausfolgung der Cautio an die Firma bewilligte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung in der Erwägung, daß der §. 291 a. G. D., welcher ausdrücklich die Fälle bestimmt, in welchen von Seite des Verbotsver-

bers eine billige Genugthuung für den erlittenen Schimpf und Schaden zu leisten ist, hierbei ein rechtskräftig erwirktes Verbot voraussetzt, welche Voraussetzung hier nicht vorhanden ist, nachdem das in erster Instanz bewilligte Verbot von den Obergerichten aufgehoben worden ist.

Nr. 8206.

Cautio actoria: Frist zum Begehren derselben; Einfluß der Rechtskraft des die Klage erledigenden Bescheides?

Entsch. v. 1. Dec. 1880, Nr. 13796 (Best. des Decr. des O. L. G. Wien vom 24. Sept. 1880, Nr. 64654, Abänd. des Decr. des O. L. G. Wien vom 12. Oct. 1880, Nr. 17214). Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 8.

Das Gesuch des Klägers A gegen den Beklagten B um Inrotulirung der Acten wegen versäumter Einredefrist wurde von dem Proceßgerichte auf die inzwischen erfolgte Anberaumung des Termines zur Verhandlung über das noch vor Ablauf der Einredefrist gestellte Begehren des B um Leistung der actorischen Cautio und die hierdurch eingetretene Sistirung des Streitverfahrens gewiesen. — Das O. L. G. verordnete die Inrotulirung der Acten, weil der Klagebescheid in Rechtskraft erwachsen ist und B innerhalb der Frist zum Recurs gegen denselben die Leistung der actorischen Cautio nicht begehrt und die Sistirung des Verfahrens nicht erwirkt hat, mithin der Kläger nach Ablauf der unberührt gebliebenen Einredefrist berechtigt war, die Acteninrotulirung zu verlangen (§. 36 a. G. D.).

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstgerichtlichen Bescheid. Gründe: Da der Sinn des §. 406 a. G. D. im Zusammenhange mit den allgemeinen Grundsätzen des Verfahrens in Streitsachen nicht dahin aufgefaßt werden kann, daß das Proceßgericht berufen gewesen wäre, von Amtswegen wahrzunehmen und beziehungsweise zu untersuchen, ob der Fall der Obliegenheit, dem Beklagten annehmliche Sicherheit für die Gerichtsunkosten zu bestellen oder zur Leistung des bezüglichen Unvermögensseides sich zu erbieten, hier für den Kläger eintrat, und übrigens es auch dem Beklagten freistand, von dem möglicherweise nach Lage der Dinge ihm zustehenden Rechte Gebrauch zu machen oder nicht, so konnte der Bescheid, mit welchem die Klage dem Beklagten zur Erstattung der Einrede zugestellt wurde, auch nicht selbstverständlich die Bedeutung, Wirkung und Tragweite haben, daß die Klage, in welcher eine actorische Cautio weder bestellt, noch angeboten wurde, nun sofort ohneweiters mit Umgehung einer solchen Sicherheitsbestellung und des gegentheiligen Anspruches hierauf in Verhandlung zu nehmen sei, und war demnach für den Beklagten

auch nicht die Nothwendigkeit eingetreten, innerhalb der Frist, in welcher der Bescheid in Rechtskraft erwuchs, dagegen in der letztgedachten Richtung durch Anbringung des Begehrens um actorische Caution Einsprache zu erheben. Das Gesetz setzt überhaupt keinen Termin fest, innerhalb welchem ein solches Begehren gestellt werden kann; es ergibt sich aber aus der Gegenüberstellung der §§. 406 und 408 unzweifelhaft, daß, wenn von dem Beklagten, noch bevor er sich in das Streitverfahren eingelassen hat, der Anspruch auf Leistung der actorischen Caution erhoben wurde, bis zur Austragung dieser Incidentangelegenheit das Verfahren im Hauptstreit gehemmt wird. Da nun im vorliegenden Falle der Beklagte vor Ablauf der Einredefrist, ohne sich in die Verhandlung der Hauptsache eingelassen zu haben, das Begehren um Leistung actorischer Caution angebracht hat und die Verhandlung des Nebenstreites auch angeordnet worden ist, so konnte dem Begehren des Klägers um die Acteninrotulirung wegen Versäumnisses der Einredefrist nicht stattgegeben werden und wurde derselbe ordnungsgemäß nach processualischem Rechte auf die angeordnete Incidentverhandlung gewiesen.

Nr. 8207.

Nachträgliche Meistgebotsvertheilung in Folge des Freiwerdens eines Ausgebingcapitals: Beschränkung der daraus zu befriedigenden Hypothekargläubiger auf die bis zum Feilbietungstage erwachsenen Zinsen.

Entsch. v. 1. Dec. 1880, Nr. 13855 (Best. des das Decr. des O. G. holt v. 5. Juli 1880, Nr. 6058, abänd. Urth. des O. L. G. Prag v. 29. Sept. 1880, Nr. 27157). Jur. Bl. 1881, Nr. 14.

Bei der Vertheilung des Meistgebotes für die am 7. December 1876 im Executionswege versteigerte Liegenschaft X wurde zur Deckung des darauf sichergestellten Ausgebings der M der Betrag von 1858 fl. verwahrt und die M für ihr Ausgebing auf die Interessen dieses Capitals angewiesen. Nach dem im Jahre 1880 erfolgten Tode der M vertheilte das Gericht den erwähnten, nunmehr frei gewordenen Betrag unter die Hypothekargläubiger A und C, die bei der Meistgebotsvertheilung zunächst durchgefallen waren, indem es ihre Capitalsforderungen und die bis zum Ablauf von drei Jahren seit dem Verlaufsstage der Hypothek berechneten Zinsen darauf anwies. — Auf den Recurs eines jüngeren, dadurch verkürzten Pfandgläubigers beschränkte das O. L. G. die Anweisung in Betreff der Zinsen auf die bis zum Feilbietungstage erwachsenen Zinsen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung in der Erwägung, daß das nunmehr zur Vertheilung gelangende Verpfändungsbedeckungscapital ein Theil des Meistgebotes für die am December 1876 veräußerte Realität X ist, aus welchem Theile Hypothekargläubiger A und C mit ihren Forderungen befriedigt werden sollen, daher mit ihnen ebenso wie mit allen übrigen Tabularinhabern die Abrechnung auf den Tag der Feilbietung der Realität pflegen und das einstweilen verwahrte Bedeckungscapital nach Maß der bis auf den Feilbietungstag richtig gestellten Forderungen Capital und Nebengebühren zuzuwiesen war.

Nr. 8208.

Mündliches Verfahren: Annullirung der Verhandlung wegen genügender Beschreibung des Streitgegenstandes in der Klage.

Hof. v. 2. Dec. 1880, Nr. 11156 (Abänd. der gleichförmigen Urth. v. O. G. Laurent v. 9. August 1879, Nr. 3708 und des O. L. G. Graz v. 16. März 1880, Nr. 1026). G. S. 1881, S. 178.

In der mündlich verhandelten Streitsache der A wider B wegen Vergebung einer Grundwirthschaft erkannten beide Untergerichte gegen B Klagebegehren.

Auf die a. o. Revisionsbeschwerde der Klägerin cassirte der oberste Gerichtshof die Urtheile mit dem Auftrage, zur Ergänzung des Verfahrens eine Tagfahrt anzusetzen und ein neues Erkenntniß schöpfen. Gründe: Die Klägerin fordert von dem Belangten die Vergebung einer aus Gebäuden und Grundstücken bestehenden Realität, welche keinen Grundbuchskörper bildet, daher gleich einer beweglichen Sache und genau nach allen ihren Bestandtheilen beschrieben werden muß (§. 370 a. b. G. B.). In dieser Beziehung ist aber die Klage mangelhaft verfaßt, indem darin die zu dieser Realität gehörigen Grundstücke, nach Lage, Grenzen, Umfang und der üblichen Bezeichnung nicht angeführt sind, sondern nur im Allgemeinen gesagt wird, daß dazu Grundstücke gehören, ohne dieselben zu specificiren. Dieser Mangel ein wesentliches Gebrechen bildet, mußten wegen obstehender Nullität nach §. 346 westgal. G. D. und Hofdec. vom 1. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, beide unterrichterlichen Urtheile aufgehoben und die Ergänzung der Streitverhandlung anordnet werden.

Nr. 8209.

Zurückweisung der Eidesantretung eines von beiden Parteien anerkannten öffentlichen Gesellschafters behufs Nachweisung dieser Eigenschaft?

Entsch. v. 9. Dec. 1880, Nr. 13787 (Best. des das Decr. des B. G. Arnan v. 26. Sept. 1880, Nr. 5189, aufheb. Decr. des D. L. G. Prag v. 12. Oct. 1880, Nr. 30017). G. J. 1881, S. 128.

In dem Proceß der Gesellschaftsfirma A gegen B wegen Erfüllung eines Vertrages wurde auf den von einem öffentlichen Gesellschafter der klagenden Firma abzulegenden Haupteid über die den angerufenen Gerichtsstand des Vertrages (§. 43 J. N.) begründenden Thatsachen erkannt und der Eid von dem C angetreten, welchen beide Streittheile in der Verhandlung als öffentlichen Gesellschafter der Firma A bezeichnet hatten. — Von dem Gerichte erster Instanz wurde die Eidesantretung zur Beibringung des Nachweises, daß C öffentlicher Socius der klagenden Firma ist, zurückgestellt. — Das D. L. G. verordnete dem Gerichte die Verbescheidung der Eidesantretung mit Abstandnahme von dem angeführten Abweisungsgrunde.

Auf den Revisionsrecurs des Beklagten, in welchem er durch handelsgerichtlichen Registerauszug nachwies, daß C nicht öffentlicher Gesellschafter der Firma A ist, bestätigte der oberste Gerichtshof die obergerichtliche Entscheidung in der Erwägung, daß im Laufe der Verhandlung beide Theile den C als öffentlichen Gesellschafter der klagenden Firma bezeichnet haben, das Gericht bei einer solchen Uebereinstimmung der Proceßansführungen deren Richtigkeit zu prüfen nicht berufen ist, und der erst mit dem Revisionsrecurs vorgelegte Registerauszug bei Erledigung der Eidesantretung nicht berücksichtigt werden kann.

Nr. 8210.

Frist zur Appellationsbeschwerde in einem die Aufhebung eines Bestandvertrages wegen Ablaufs der Bestandszeit betreffenden Rechtsstreit.

Entsch. v. 9. Dec. 1880, Nr. 13910 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Prag v. 19. Oct. 1880, Nr. 27237). G. J. 1881, S. 139.

Nach §. 12 der kaiserl. Verordnung vom 16. November 1858, R. G. Bl. Nr. 213, sind Streitigkeiten aus Bestandverträgen nach den Vorschriften über das Summarverfahren zu verhandeln und die im §. 15 ibid. enthaltenen Abweichungen von den Vorschriften über den summarischen Proceß, worunter (lit. d) die Beschränkung der

Appellations- und Revisionsfrist auf drei Tage, haben nach diesem Paragraph für den Fall, wo die Aufhebung des Bestandvertrages wegen Ablauf der Bestandszeit begehrt wird, keine Geltung. Aus dieser Erwägung hat der oberste Gerichtshof in der Rechtsache des A gegen den B pcto. Zurückstellung einer Bestandsache wegen abgelaufener Bestandszeit die oberlandesgerichtliche Verordnung, mit welcher die innerhalb der Frist des Gesetzes über den Summarproceß, allein nach Verlauf von drei Tagen seit der Urtheilszustellung angebrachte Appellationsbeschwerde des Klägers als verspätet zurückgewiesen wurde, aufgehoben und dem D. L. G. die Meritalentscheidung der Streitache angetragen.

Nr. 8211.

Abgrenzung des Wirkungskreises der Gerichte und der Verwaltungsbehörden: Regreßansprüche an eine Gemeinde wegen Verpflegung eines von derselben zu versorgenden Armen.

Entsch. v. 10. Dec. 1880, Nr. 11319 (Best. des Urth. des R. G. Wels vom 11. Mai 1880, Nr. 907, Abänd. des Urth. des D. L. G. Wien v. 10. August 1880, Nr. 9887). G. J. 1881, S. 208.

A belangte die Gemeinde B auf Ersatz der von ihm durch zwei Monate bestrittenen Kosten der Verpflegung des M und begründete sein Begehren damit, daß M in der Gemeinde B heimatberechtigt war und selbst arm, auch keine vermöglichen Verwandten hinterlassen habe. Die Gemeinde wendete die Incompetenz des Gerichtes ein. — In erster Instanz wurde dieser Einwendung stattgegeben, aus den nachstehenden Gründen: Der §. 36 des Gesetzes v. 3. December 1863, R. G. Bl. Nr. 105 (betreffend die Regelung der Heimatsverhältnisse) verweist die Verhandlung und Entscheidung in Angelegenheiten, welche das Heimatsrecht betreffen, die in diesem Gesetze bezeichneten Fälle ausgenommen, vor die politischen Behörden. Nun ist der Anspruch des Klägers darauf gegründet, daß M in der Gemeinde B heimatberechtigt, daher diese Gemeinde zur Verpflegung desselben verpflichtet war. Allein die Art und Weise der Versorgung ihrer armen Heimatsberechtigten bestimmt die Gemeinde selbst (§. 25) und es kann nicht einmal der Arme selbst, vielweniger ein Dritter einen Versorgungsanspruch gegen die Gemeinde im Rechtswege geltend machen. Nachdem der Anspruch des Klägers unter die von dem §. 36 ausgenommenen Fälle der §§. 37 und 38 nicht gehört, da derselbe nicht eine streitige Frage des Civilrechtes, sondern eine Frage des Heimatsrechtes betrifft und gegen eine Gemeinde er-

hoben wird, und der Kläger wohl behauptet, aber nicht dargethan hat, daß er von der politischen Behörde auf den Civilrechtsweg gewiesen wurde, so tritt die Bestimmung des §. 36 in volle Kraft. Aber auch der §. 1042 a. b. G. B. gibt dem Kläger keinen privatrechtlichen Titel, weil eben die Vorfrage, ob und wie die Gemeinde B zur Verpflegung des M verpflichtet war, wie gezeigt, sich der Entscheidung des Civilrichters entzieht. — In Erwägung, daß es sich nach dem Klagebegehren und der darüber gepflogenen Verhandlung weder um eine Armenversorgung des M im Sinne der §§. 1 und 44 des Heimatsgesetzes vom 3. December 1863, R. G. Bl. Nr. 105, noch um eine das Heimatsrecht betreffende Angelegenheit im Sinne des §. 36, sondern um den Ersatz der angeblich von dem Kläger bestrittenen Kosten der Verpflegung des M, also um eine streitige Frage des Civilrechtes im Sinne des §. 37 handelt und der Ersazanspruch nicht von der Gemeinde, sondern gegen die Gemeinde erhoben wird, daher auch nicht der §. 39 in Anwendung gebracht werden kann, — hat das D. L. G. die Incompetenzeinrede verworfen.

Der oberste Gerichtshof restituirte das erstgerichtliche Erkenntniß. Gründe: Es ist ganz richtig, daß die Frage, ob Jemand nach §. 1042 a. b. G. B. verpflichtet sei, den von einem anderen für ihn gemachten Aufwand zu ersetzen, eine Frage des Civilrechtes und im Falle eines Streites darüber in der Regel von dem Civilrichter zu entscheiden ist. Allein dabei ist vorausgesetzt, daß der Civilrichter auch in der Lage sei, über das Vorhandensein der Bedingung des im §. 1042 a. b. G. B. gegründeten Ersazanspruches, nämlich daß der Andere den Aufwand „nach dem Gesetze selbst“ hätte machen müssen, zu entscheiden. Nun ist im vorliegenden Falle die Vorfrage, ob die Gemeinde B nach dem Gesetze verpflichtet gewesen wäre, für M die Kosten der Verpflegung überhaupt und in der Art, wie es durch den Kläger geschehen ist, zu bestreiten, nach der klaren Verfügung der §§. 25, 26, 36 und 44 des Gesetzes v. 3. December 1863, R. G. Bl. Nr. 105, ausdrücklich von der Verhandlung auf dem Civilrechtswege ausgeschlossen und der Entscheidung theils der politischen, theils der autonomen Gemeinde und Landesbehörden anheimgegeben. Daraus folgt aber mit Nothwendigkeit, daß, wenn Jemand behauptet, er habe einen Armen versorgt, den eine bestimmte Gemeinde zu versorgen nach dem Gesetze verpflichtet gewesen wäre und dafür den Ersaz anspricht, auch darüber nur von jenen Behörden entschieden werden kann, welche von dem Gesetze zur Entscheidung der Streitigkeiten über die Armenversorgung überhaupt berufen sind. Da nun die Entscheidung, ob und in welchem Maße eine Armenversorgung gebühre, im Rechtswege nicht herbeigeführt werden kann, so ist die Incompetenzeinwendung der belangten Gemeinde gegründet.

Mr. 8212.

Abschließung eines Kaufvertrags mit dem beiderseitigen Vorbehalt des Rücktritts gegen Zahlung eines Neugeldes: Voraussetzungen des Anspruchs des Verkäufers auf Zahlung desselben.

Entsch. v. 10. Dec. 1880, Nr. 13191 (theilweise Best. des das Urth. des D. O. Gurfeld v. 29. Mai 1880, Nr. 5285, abänd. Urth. des D. L. G. Grog v. 19. August 1880, Nr. 9382). Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 6.

A hat in der gegen B angestellten Klage angeführt, daß er dem B eine Partie Wein um 1400 fl. verkauft habe, daß sich beide Contrahenten das Recht des Rücktrittes von dem Vertrag, gegen Zahlung eines Kugelbess von 100 fl., vorbehalten hätten, und daß B dem A die von dem Letzteren geforderte Zahlung des Kaufpreises verweigert habe. Auf Grund dieses Sachverhaltes beehrte A die Verurtheilung des B zur Zahlung von 100 fl. als Kugelb. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf Abweisung der Klage, weil A, der den Vertrag zu erfüllen bereit war, den vertragsbrüchigen Paciscenten B nach §. 919 a. b. G. B. nur auf die Erfüllung des Vertrages belangen kann und demselben die ihm nach §. 909 a. b. G. B. zustehende Wahl: den Vertrag zu erfüllen oder sich durch Entrichtung des bedungenen Kugelbess hiervon zu befreien, überlassen muß. — Das D. L. G. erkannte nach dem Klagebegehren, weil der Beklagte, indem er die Zahlung des Kaufpreises verweigerte, die ihm nach §. 909 a. b. G. B. zustehende Wahl bereits getroffen habe.

Von dem obersten Gerichtshofe wurde die Klage für vermalen abgewiesen. Gründe: Das Klagebegehren wird gestützt auf einen von dem Kläger als Verkäufer und dem Beklagten als Käufer mit dem Rechte des Rücktritts gegen Zahlung eines Neugeldes von 100 fl. geschlossenen Kaufvertrag und auf die Behauptung, daß Beklagter von dem Vertrage zurückgetreten sei. Der Beklagte bestreitet, daß der Kaufvertrag überhaupt perfect geworden, insbesondere, daß er in der vom Kläger angegebenen Weise zu Stande gekommen sei, und wendet ein, daß ihm nach dem Gesetze (§. 909 a. b. G. B.) jedenfalls die Wahl zustehe, entweder den Vertrag zu erfüllen oder das Neugeld zu entrichten, und daß eine solche Wahl in der Verweigerung der Zahlung des Kaufpreises keineswegs erblickt werden könne. Wenn erwogen wird, daß der Kläger auf Anerkennung der Giltigkeit des Vertrages ein Begehren zu stellen unterlassen hat, daß also der Richter auch nicht berufen sein kann, zu beurtheilen und darüber abzusprechen, ob und in welchem Umfange der Kaufvertrag gegen den Widerspruch des Beklagten zu Recht besteht; daß demzufolge über das vorliegende, lediglich auf Zahlung des bedungenen Neugeldes gerichtete Begehren des Klägers um so minder ausgesprochen werden kann, daß Beklagter

vertragsbrüchig geworden sei und durch Verweigerung der Zahlung des Kaufpreises die nach §. 909 a. b. G. B. ihm eingeräumte Wahl bereits getroffen habe, so erscheint das Klagebegehren, wegen Mangels des Nachweises der Voraussetzungen, unter denen das Kausalgeld gefordert werden könnte, nicht begründet und war das erstgerichtliche Urtheil, jedoch mit der dem Sachverhalt entsprechenden Beschränkung, daß das Begehren derzeit abgewiesen werde, wiederherzustellen.

Nr. 8213.

Sofortige Abweisung des Gesuches um Sistrung der Urtheilsfällung wegen des inzwischen gestellten Begehrens um Restitution ob noviter reperta.

Entsch. v. 14. Dec. 1880, Nr. 14345 (Best. des Decr. des J. G. Prag v. 7. Oct. 1880, Nr. 56290, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 2. Nov. 1880, Nr. 31945). G. J. 1881, S. 68.

Vor der Entscheidung des von A gegen B geführten Processus peto. Zahlung von 10.000 fl. belangte der Letztere den Ersteren auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ob noviter reperta und beehrte mit Berufung auf die Restitutionsklage die Aufschiebung der Urtheilsfällung im Hauptproceß. — In erster Instanz wurde das Begehren nach Hofdec. v. 14. November 1785, J. G. G. Nr. 495, a limine abgewiesen. — Das D. L. G. cassirte den erstgerichtlichen Bescheid mit dem Auftrage, zur Vernehmung des Gegners über das Sistrungsgesuch eine Tagfahrt anzuordnen und sodann über dasselbe zu entscheiden, weil in Fristangelegenheiten das Ansuchen eines Streittheils nicht von Amtswegen, ohne Anhörung des Gegners, abgewiesen werden darf und die Bitte des B um Sistrung der Hinausgabe des Urtheils im Hauptproceß bis zum Austrage des Restitutionsprocesses eben ein Fristansuchen ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte den durch die ganz klare Anordnung des Hofdec. v. 14. November 1785, J. G. G. Nr. 495, begründeten Bescheid der ersten Instanz.

Nr. 8214.

Voraussetzungen und Grenzen der Zulässigkeit einer die Zahlungswährung betreffenden Textesabänderung bei Hinausgabe neuer Coupons von Theilschuldverschreibungen einer Actiengesellschaft: Statuten- oder vertragsmäßiges Recht der Prioritätengläubiger auf unveränderte Beibehaltung des ursprünglichen Textes? — Rechtliche Natur eines Coupons.

Entsch. v. 15. Dec. 1880, Nr. 10143 (Best. des das Urth. des O. G. Wien v. 17. Februar 1880, Nr. 5441, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 9. Juni 1880, Nr. 7426). Jur. Bl. 1881, Nr. 3. Allgemeine Juristen-Zeitung 1881, Nr. 3.

Die k. k. priv. Kaiser Franz Josef - Bahngesellschaft hat zur Beschaffung ihres Unternehmungsfondes Theilschuldverschreibungen im Gesamtbetrage von 49,560.000 fl. à 200 fl. ö. W. Silber oder 233 $\frac{1}{3}$ fl. südd. W. oder 133 $\frac{1}{3}$ Thaler der Thalerwährung oder 500 Francs emittirt, deren Coupons statutengemäß folgendermaßen textirt waren: „1. Coupon. Obligation Nr. 000.000 1. April 1868. Zinsencoupon über 5 fl. ö. W. in Silbermünze oder 5 fl. 50 kr. südd. W. oder 3 Thaler 10 Gr. Thalerwährung oder 12 Francs 50 Cent., zahlbar ohne jeden Abzug an Einkommensteuer am 1. April 1868 in Wien bei der Hauptcasse der Gesellschaft und bei der k. k. priv. österr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe oder im Auslande bei den vom Verwaltungsrathe bekanntzugebenden Bankhäusern. K. k. priv. Kaiser Franz Josef - Bahn.“ Nachdem der letzte Coupon am 1. October 1877 fällig geworden und den Prioritätenbesitzern neue Coupons für die späteren Verfallstermine auszufolgen waren, hat die Gesellschaft denjenigen Besitzern der Theilschuldverschreibungen, welche ihre Titres zur Erlangung neuer Couponsbögen präsentirten, Coupons mit wesentlich verändertem Texte hinausgegeben. Diese Coupons mit den Verfallsterminen vom 1. April 1878 bis 1. Oct. 1897 lauten: „21. Coupon. Obligation Nr. —. 1. April 1878 u. f. w. — Zinsencoupon über 5 fl. ö. W. in Silbermünze, zahlbar ohne jeden Abzug an Einkommensteuer am 1. April 1878 (resp. 1. April und 1. October der folgenden Jahre) in Wien bei der Hauptcasse der Gesellschaft oder im Auslande bei den vom Verwaltungsrathe bekannt zu gebenden Bankhäusern mit dem Äquivalente in der betreffenden ausländischen Währung. K. k. priv. Kaiser Franz Josef - Bahn.“ — Gegen die Aenderung des Coupontextes protestirten viele Prioritätenbesitzer und es wurde auf Einschreiten eines derselben vom Handelsgerichte Wien Dr. A in Gemäßheit des §. 3 des Gesetzes vom 24. April 1878, R. G. Bl. Nr. 49, als gemeinsamer Curator für die Besitzer der Theilschuldverschreibungen bestellt, um von der Bahngesellschaft gegen Einziehung der für die Verfallstermine vom 1. April

1878 bis 1. October 1897 ausgegebenen Coupons, die Hinausgabe von andern nach dem statutenmäßigen Formular textirten Coupons für obige Verfallstermine zu erwirken. In Folge dessen belagte Dr. A die Bahngesellschaft und stellte das Begehren, daß dieselbe verurtheilt werde, bei sonstiger Execution binnen Monatsfrist an Stelle der zu den Theilschuldverschreibungen des im Jahre 1867 emittirten Anlehens per 49,560.000 fl. für die Verfallstermine vom 1. April 1878 bis 1. October 1897 von ihr ausgegebenen Coupons folgenden Inhaltes: „— (s. denselben oben) —“ — andere Coupons, welche im Texte mit den bisherigen, bis inclusive 1. October 1877 verfallenen Coupons, sowie mit dem den Statuten der Gesellschaft beigelegten Formulare übereinstimmend, wie folgt lauten: „— (s. den Wortlaut des alten Coupons oben) —“ — auszugeben und den Prioritätenbesitzern, welche die Couponsbögen mit verändertem Texte für die Verfallstermine vom 1. April 1878 bis 1. October 1897 bereits behoben haben, gegen Rückgabe dieser Couponsbögen, den andern Prioritätenbesitzern gegen Vorweisung der betreffenden Prioritätsobligationen auszufolgen. — Das Gericht der ersten Instanz erlaubte nach dem Klagebegehren aus folgenden Gründen: Im §. 15 ihrer Statuten hat die belagte Eisenbahngesellschaft sich verpflichtet, die mit Coupons versehenen Prioritätsobligationen nach dem den Statuten beigelegten Formulare auszufertigen. Wenn auch diese Verpflichtung zunächst nur der Staatsverwaltung gegenüber übernommen worden ist, so haben doch späterhin auch die Prioritätengläubiger das Recht auf einen diesem Formulare gleichlautenden Inhalt ihrer Obligationen und Coupons erlangt. Denn in der Einladung zur Subscription wurde auf diese Statuten, also auch auf das denselben angeschlossene Obligations- und Couponsformular hingewiesen, und durch die wirklich erfolgte Ausgabe von Prioritäten und Coupons in Gemäßheit des genehmigten Formulars haben die Gläubiger nicht nur diese Urkunde, sondern auch das Recht erworben, daß der Wortlaut dieser Obligationen und der dazugehörigen Coupons ohne ihre Zustimmung oder gerichtliche Bewilligung nicht geändert werden dürfe. Gleichwohl hat die geklagte Gesellschaft nach der am 1. October 1877 eingetretenen Verfallszeit des letzten Coupons der zuerst ausgegebenen Couponsbögen den ursprünglichen Coupontext eigenmächtig abgeändert und für die Zeit vom 1. April 1878 bis 1. Oct. 1897 laufende Coupons ausgegeben, welche dahin lauten, daß die Zinsen von 5 fl. ö. W. in Silbermünze im Auslande nunmehr mit dem Äquivalente in der betreffenden ausländischen Währung werden bezahlt werden, während die früheren Coupons in Gemäßheit der Obligation und des Couponformulars auf Zahlung der Zinsen in Wien mit 5 fl. ö. W. in Silber, in Süddeutschland mit 5 fl. 50 kr. südd. W., und an den Thalerplätzen mit 3 Thaler 10 Groschen und in Paris mit 12 Francs 50 Cent. gelautet hatten. Es ist nun die

Frage, ob durch diese Aenderung des Coupontextes die Gläubiger auch in ihrem materiellen Rechte geschädigt werden können. Ein solcher Schaden könnte nur dann nicht eintreten, wenn zwischen dem Inhalte der neuen Coupons einerseits und dem Inhalte der Obligationen und der früheren Coupons andererseits ein sachlicher Unterschied nicht bestände und der ursprüngliche Coupontext zweifellos nur den Sinn hätte, daß die Zinsen in ausländischer Währung für alle Zukunft oder bis zum Jahre 1897 nur mit dem Äquivalente von 5 fl. ö. W. in Silber zu bezahlen seien. In dem im Jahre 1877 abgeführten Währungsproceß der nämlichen Parteien, in welchem es sich um die Einlösung der Coupons in Paris mit 12 Francs 50 Cent. effectiv handelte, wurde mit dem rechtskräftig gewordenen Urtheile der ersten Instanz vom 18. Mai 1877 (siehe Nr. 6893 der Sammlung) das hierauf gestellte Klagebegehren nur dermaßen, das ist insoweit, das bei Ausstellung der Obligationen bestandene Gleichheitsverhältniß durch die Aufhebung der Beschränkung der Prägefreiheit in Frankreich nicht wieder hergestellt ist, abgewiesen. Nach diesem Urtheile erscheint also die Eliminirung der 12 Francs 50 Cent. im Text der emittirten neuen Coupons überhaupt und für einen Zeitraum von zwanzig Jahren insbesondere, nicht gerechtfertigt. In Deutschland ist seit der Aufhebung der Silberwährung die Einlösung der Coupons in den darin bezeichneten Münzen allerdings nicht mehr möglich; allein da für die hierdurch bedingte Umrechnung das deutsche Münzgesetz vom 9. Juli 1873 ausreichende und auch für ausländische Schuldner verbindliche Bestimmungen getroffen hat, war auch in dieser Beziehung die Aenderung des Coupontextes nicht nothwendig, und mit Rücksicht auf die vom Kläger angezogenen Urtheile deutscher Gerichte, welche die Frage in einem dem jetzigen Coupontexte entgegenstehenden Sinne entschieden haben, auch nicht zweifellos richtig. — Wenn auch in den Entscheidungsgründen zum Urtheile des Währungsproceßes ausgesprochen ist, daß die beklagte Gesellschaft sich schon bei Contrahirung ihrer Schuld nur zur Zahlung der Zinsen in 5 fl. ö. W. Silber oder dem Äquivalente der ausländischen Währung verpflichtet habe, so ist diese Frage dadurch doch nicht urtheilsmäßig entschieden und wegen der noch immer möglichen Concurrency der ausländischen Gerichte auch nicht definitiv gelöst. Auch dem im Währungsproceß enthaltenen Zugeständnisse des Curators kann wegen der hiezu mangelnden Legitimation und mit Rücksicht auf §. 108 a. G. D. keine Bedeutung beilegt werden. Läßt also der Text der den Gläubigern gebührenden Coupons im Punkte der ausländischen Währung noch immer Zweifel zu, so können die Gläubiger mit Rücksicht auf die zwischen den Gold- und Silbermünzen bestehenden Werthdifferenzen durch die einseitig erfolgte Couponabänderung wirklich benachtheiligt werden. Die Ansicht der beklagten Gesellschaft, daß der Coupon ein bloßes Legitimationszeichen zur Zinsenbehebung und daß sein Inhalt ganz gleichgiltig sei,

auch nicht die Nothwendigkeit eingetreten, innerhalb der Frist, in welcher der Bescheid in Rechtskraft erwuchs, dagegen in der letztgedachten Richtung durch Anbringung des Begehrens um actorische Caution Einsprache zu erheben. Das Gesetz setzt überhaupt keinen Termin fest, innerhalb welchem ein solches Begehren gestellt werden kann; es ergibt sich aber aus der Gegenüberstellung der §§. 406 und 408 unzweifelhaft, daß, wenn von dem Beklagten, noch bevor er sich in das Streitverfahren eingelassen hat, der Anspruch auf Leistung der actorischen Caution erhoben wurde, bis zur Austragung dieser Incidentangelegenheit das Verfahren im Hauptstreit gehemmt wird. Da nun im vorliegenden Falle der Beklagte vor Ablauf der Einredefrist, ohne sich in die Verhandlung der Hauptsache eingelassen zu haben, das Begehren um Leistung actorischer Caution angebracht hat und die Verhandlung des Nebenstreites auch angeordnet worden ist, so konnte dem Begehren des Klägers um die Acteninrotulirung wegen Versäumnisses der Einredefrist nicht stattgegeben werden und wurde derselbe ordnungsgemäß nach processualischem Rechte auf die angeordnete Incidentverhandlung gewiesen.

Nr. 8207.

Nachträgliche Meistgebotsvertheilung in Folge des Freiwerdens eines Ausgebingcapitals: Beschränkung der daraus zu befriedigenden Hypothekargläubiger auf die bis zum Feilbietungstage erwachsenen Zinsen.

Entsch. v. 1. Dec. 1880, Nr. 13855 (Best. des das Decr. des O. G. Halle v. 5. Juli 1880, Nr. 6058, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 20. Sept. 1880, Nr. 27157). Jur. Bl. 1881, Nr. 14.

Bei der Vertheilung des Meistgebotes für die am 7. December 1876 im Executionswege versteigerte Liegenschaft X wurde zur Dedung des darauf sichergestellten Ausgebings der M der Betrag von 1858 fl. verwahrt und die M für ihr Ausgebing auf die Interessen dieses Capitals angewiesen. Nach dem im Jahre 1880 erfolgten Tode der M vertheilte das Gericht den oberwähnten, nunmehr frei gewordenen Betrag unter die Hypothekargläubiger A und C, die bei der Meistgebotsvertheilung zunächst durchgefallen waren, indem es ihre Capitalsforderungen und die bis zum Ablauf von drei Jahren seit dem Verlaufsstage der Hypothek berechneten Zinsen darauf anwies. — Auf den Recurs eines jüngeren, dadurch verkürzten Pfandgläubigers beschränkte das D. L. G. die Anweisung in Betreff der Zinsen auf die bis zum Feilbietungstage erwachsenen Zinsen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung in der Erwägung, daß das nunmehr zur Vertheilung gelangende Verdingungsbedeckungscapital ein Theil des Meistgebotes für die am December 1876 veräußerte Realität X ist, aus welchem Theile Hypothetargläubiger A und C mit ihren Forderungen befriedigt werden sollen, daher mit ihnen ebenso wie mit allen übrigen Tabularinhabigern die Abrechnung auf den Tag der Feilbietung der Realität pflegen und das einstweilen verwahrte Bedeckungscapital nach Maß der bis auf den Feilbietungstag richtig gestellten Forderungen Capital und Nebengebühren zuzuwiesen war.

Nr. 8208.

Mündliches Verfahren: Annullirung der Verhandlung wegen genügender Beschreibung des Streitgegenstandes in der Klage.

Hsh. v. 2. Dec. 1880, Nr. 11156 (Abänd. der gleichförmigen Urth. v. B. G. Laurent v. 9. August 1879, Nr. 3708 und des D. R. G. Krause v. 16. März 1880, Nr. 1026). G. S. 1881, S. 178.

In der mündlich verhandelten Streitsache der A wider B wegen Vergabe einer Grundwirthschaft erkannten beide Untergerichte gegen B Klagebegehren.

Auf die a. o. Revisionsbeschwerde der Klägerin cassirte der erste Gerichtshof die Urtheile mit dem Auftrage, zur Ergänzung des Verfahrens eine Tagfahrt anzusetzen und ein neues Erkenntniß schöpfen. Gründe: Die Klägerin fordert von dem Belangten die Vergabe einer aus Gebäuden und Grundstücken bestehenden Realität, welche keinen Grundbuchskörper bildet, daher gleich einer beweglichen Sache und genau nach allen ihren Bestandtheilen beschrieben werden muß (§. 370 a. b. G. B.). In dieser Beziehung ist aber die Klage ungelieft verfaßt, indem darin die zu dieser Realität gehörigen Grundstücke, nach Lage, Grenzen, Umfang und der üblichen Bezeichnung nicht angeführt sind, sondern nur im Allgemeinen gesagt wird, daß dazu Grundstücke gehören, ohne dieselben zu specificiren. Dieser Mangel ein wesentliches Gebrechen bildet, mußten wegen obwaltender Nullität nach §. 346 westgal. G. D. und Hofdec. vom 1. Februar 1833, J. G. G. Nr. 2593, beide unterrichterlichen Urtheile aufgehoben und die Ergänzung der Streitverhandlung anordnet werden.

Nr. 8209.

Zurückweisung der Eidesantretung eines von beiden Parteien anerkannten öffentlichen Gesellschafters behufs Nachweisung dieser Eigenschaft?

Entsch. v. 9. Dec. 1880, Nr. 13787 (Best. des das Decr. des B. G. Arns v. 26. Sept. 1880, Nr. 5189, aufheb. Decr. des D. L. G. Prag v. 12. Oct. 1880, Nr. 30017). G. S. 1881, S. 128.

In dem Proceß der Gesellschaftsfirma A gegen B wegen Erfüllung eines Vertrages wurde auf den von einem öffentlichen Gesellschafter der klagenden Firma abzulegenden Haupteid über die den angerufenen Gerichtsstand des Vertrages (§. 43 J. N.) begründenden Thatsachen erkannt und der Eid von dem C angetreten, welchen beide Streittheile in der Verhandlung als öffentlichen Gesellschafter der Firma A bezeichnet hatten. — Von dem Gerichte erster Instanz wurde die Eidesantretung zur Beibringung des Nachweises, daß C öffentlicher Socius der klagenden Firma ist, zurückgestellt. — Das D. L. G. verordnete dem Gerichte die Verbescheidung der Eidesantretung mit Abstandnahme von dem angeführten Abweisungsgrunde.

Auf den Revisionsrecurs des Beklagten, in welchem er durch handelsgerichtlichen Registerauszug nachwies, daß C nicht öffentlicher Gesellschafter der Firma A ist, bestätigte der oberste Gerichtshof die obergerichtliche Entscheidung in der Erwägung, daß im Laufe der Verhandlung beide Theile den C als öffentlichen Gesellschafter der klagenden Firma bezeichnet haben, das Gericht bei einer solchen Uebereinstimmung der Proceßansführungen deren Richtigkeit zu prüfen nicht berufen ist, und der erst mit dem Revisionsrecurs vorgelegte Registerauszug bei Erledigung der Eidesantretung nicht berücksichtigt werden kann.

Nr. 8210.

Frist zur Appellationsbeschwerde in einem die Aufhebung eines Bestandvertrages wegen Ablaufs der Bestandszeit betreffenden Rechtsstreit.

Entsch. v. 9. Dec. 1880, Nr. 13910 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Prag v. 19. Oct. 1880, Nr. 27237). G. S. 1881, S. 139.

Nach §. 12 der kaiserl. Verordnung vom 16. November 1858, R. G. Bl. Nr. 213, sind Streitigkeiten aus Bestandverträgen nach den Vorschriften über das Summarverfahren zu verhandeln und die im §. 15 ibid. enthaltenen Abweichungen von den Vorschriften über den summarischen Proceß, worunter (lit. d) die Beschränkung der

Appellations- und Revisionsfrist auf drei Tage, haben nach diesem Paragraph für den Fall, wo die Aufhebung des Bestandvertrages wegen Ablauf der Bestandszeit begehrt wird, keine Geltung. Aus dieser Erwägung hat der oberste Gerichtshof in der Rechtsache des A gegen den B pcto. Zurückstellung einer Bestandsache wegen abgelaufener Bestandszeit die oberlandesgerichtliche Verordnung, mit welcher die innerhalb der Frist des Gesetzes über den Summarproceß, allein nach Verlauf von drei Tagen seit der Urtheilszustellung angebrachte Appellationsbeschwerde des Klägers als verspätet zurückgewiesen wurde, aufgehoben und dem O. L. G. die Meritalentscheidung der Streitache angetragen.

Nr. 8211.

Abgrenzung des Wirkungskreises der Gerichte und der Verwaltungsbehörden: Regreßansprüche an eine Gemeinde wegen Verpflegung eines von derselben zu versorgenden Armen.

Entsch. v. 10. Dec. 1880, Nr. 11319 (Best. des Urth. des R. G. Wels vom 11. Mai 1880, Nr. 907, Abänd. des Urth. des O. L. G. Wien v. 10. August 1880, Nr. 9887). G. J. 1881, S. 208.

A belangte die Gemeinde B auf Ersatz der von ihm durch zwei Monate bestrittenen Kosten der Verpflegung des M und begründete sein Begehren damit, daß M in der Gemeinde B heimatberechtigt war und selbst arm, auch keine vermöglichen Verwandten hinterlassen habe. Die Gemeinde wendete die Incompetenz des Gerichtes ein. — In erster Instanz wurde dieser Einwendung stattgegeben, aus den nachstehenden Gründen: Der §. 36 des Gesetzes v. 3. December 1863, R. G. Bl. Nr. 105 (betreffend die Regelung der Heimatsverhältnisse) verweist die Verhandlung und Entscheidung in Angelegenheiten, welche das Heimatsrecht betreffen, die in diesem Gesetze bezeichneten Fälle ausgenommen, vor die politischen Behörden. Nun ist der Anspruch des Klägers darauf gegründet, daß M in der Gemeinde B heimatberechtigt, daher diese Gemeinde zur Verpflegung desselben verpflichtet war. Allein die Art und Weise der Versorgung ihrer armen Heimatsberechtigten bestimmt die Gemeinde selbst (§. 25) und es kann nicht einmal der Arme selbst, vielweniger ein Dritter einen Versorgungsanspruch gegen die Gemeinde im Rechtswege geltend machen. Nachdem der Anspruch des Klägers unter die von dem §. 36 ausgenommenen Fälle der §§. 37 und 38 nicht gehört, da derselbe nicht eine streitige Frage des Civilrechtes, sondern eine Frage des Heimatsrechtes betrifft und gegen eine Gemeinde er-

hoben wird, und der Kläger wohl behauptet, aber nicht dargethan hat, daß er von der politischen Behörde auf den Civilrechtsweg gewiesen wurde, so tritt die Bestimmung des §. 36 in volle Kraft. Aber auch der §. 1042 a. b. G. B. gibt dem Kläger keinen privatrechtlichen Titel, weil eben die Vorfrage, ob und wie die Gemeinde B zur Verpflegung des M verpflichtet war, wie gezeigt, sich der Entscheidung des Civilrichters entzieht. — In Erwägung, daß es sich nach dem Klagebegehren und der darüber gepflogenen Verhandlung weder um eine Armenversorgung des M im Sinne der §§. 1 und 44 des Heimatsgesetzes vom 3. December 1863, R. G. Bl. Nr. 105, noch um eine das Heimatsrecht betreffende Angelegenheit im Sinne des §. 36, sondern um den Ersatz der angeblich von dem Kläger bestrittenen Kosten der Verpflegung des M, also um eine streitige Frage des Civilrechtes im Sinne des §. 37 handelt und der Ersazanspruch nicht von der Gemeinde, sondern gegen die Gemeinde erhoben wird, daher auch nicht der §. 39 in Anwendung gebracht werden kann, — hat das O. L. G. die Incompetenzeinrede verworfen.

Der oberste Gerichtshof restituirte das erstgerichtliche Erkenntniß. Gründe: Es ist ganz richtig, daß die Frage, ob Jemand nach §. 1042 a. b. G. B. verpflichtet sei, den von einem anderen für ihn gemachten Aufwand zu ersetzen, eine Frage des Civilrechtes und im Falle eines Streites darüber in der Regel von dem Civilrichter zu entscheiden ist. Allein dabei ist vorausgesetzt, daß der Civilrichter auch in der Lage sei, über das Vorhandensein der Bedingung des im §. 1042 a. b. G. B. gegründeten Ersazanspruches, nämlich daß der Andere den Aufwand „nach dem Gesetze selbst“ hätte machen müssen, zu entscheiden. Nun ist im vorliegenden Falle die Vorfrage, ob die Gemeinde B nach dem Gesetze verpflichtet gewesen wäre, für M die Kosten der Verpflegung überhaupt und in der Art, wie es durch den Kläger geschehen ist, zu bestreiten, nach der klaren Verfügung der §§. 25, 26, 36 und 44 des Gesetzes v. 3. December 1863, R. G. Bl. Nr. 105, ausdrücklich von der Verhandlung auf dem Civilrechtswege ausgeschlossen und der Entscheidung theils der politischen, theils der autonomen Gemeinde und Landesbehörden anheimgegeben. Daraus folgt aber mit Nothwendigkeit, daß, wenn Jemand behauptet, er habe einen Armen versorgt, den eine bestimmte Gemeinde zu versorgen nach dem Gesetze verpflichtet gewesen wäre und dafür den Ersaz anspricht, auch darüber nur von jenen Behörden entschieden werden kann, welche von dem Gesetze zur Entscheidung der Streitigkeiten über die Armenversorgung überhaupt berufen sind. Da nun die Entscheidung, ob und in welchem Maße eine Armenversorgung gebühre, im Rechtswege nicht herbeigeführt werden kann, so ist die Incompetenzeinwendung der belangten Gemeinde gegründet.

Nr. 8212.

Abschließung eines Kaufvertrags mit dem beiderseitigen Vorbehalt des Rücktritts gegen Zahlung eines Neugeldes: Voraussetzungen des Anspruchs des Verkäufers auf Zahlung desselben.

Entsch. v. 10. Dec. 1880, Nr. 13191 (theilweise Best. des das Urth. des D. L. G. Osthelf v. 20. Mai 1880, Nr. 5285, abänd. Urth. des D. L. G. Graz v. 19. August 1880, Nr. 9382). Allgem. Juristen-Zeitung 1881, Nr. 6.

A hat in der gegen B angestellten Klage angeführt, daß er dem B eine Partie Wein um 1400 fl. verkauft habe, daß sich beide Contrahenten das Recht des Rücktrittes von dem Vertrag, gegen Zahlung eines Neugeldes von 100 fl., vorbehalten hätten, und daß B dem A die von dem Letzteren geforderte Zahlung des Kaufpreises verweigert habe. Auf Grund dieses Sachverhaltes begehrte A die Verurtheilung des B zur Zahlung von 100 fl. als Neugeld. — Das Gericht erster Instanz erkannte auf Abweisung der Klage, weil A, der den Vertrag zu erfüllen bereit war, den vertragsbrüchigen Paciscenten B nach §. 919 a. b. G. B. nur auf die Erfüllung des Vertrages belangen kann und demselben die ihm nach §. 909 a. b. G. B. zustehende Wahl: den Vertrag zu erfüllen oder sich durch Entrichtung des bedungenen Neugeldes hiervon zu befreien, überlassen muß. — Das D. L. G. erkannte nach dem Klagebegehren, weil der Beklagte, indem er die Zahlung des Kaufpreises verweigerte, die ihm nach §. 909 a. b. G. B. zustehende Wahl bereits getroffen habe.

Von dem obersten Gerichtshofe wurde die Klage für dormalen abgewiesen. Gründe: Das Klagebegehren wird gestützt auf einen von dem Kläger als Verkäufer und dem Beklagten als Käufer mit dem Rechte des Rücktrittes gegen Zahlung eines Neugeldes von 100 fl. geschlossenen Kaufvertrag und auf die Behauptung, daß Beklagter von dem Vertrage zurückgetreten sei. Der Beklagte bestreitet, daß der Kaufvertrag überhaupt perfect geworden, insbesondere, daß er in der vom Kläger angegebenen Weise zu Stande gekommen sei, und wendet ein, daß ihm nach dem Gesetze (§. 909 a. b. G. B.) jedenfalls die Wahl zustehe, entweder den Vertrag zu erfüllen oder das Neugeld zu entrichten, und daß eine solche Wahl in der Verweigerung der Zahlung des Kaufpreises keineswegs erblickt werden könne. Wenn erwogen wird, daß der Kläger auf Anerkennung der Giltigkeit des Vertrages ein Begehren zu stellen unterlassen hat, daß also der Richter auch nicht berufen sein kann, zu beurtheilen und darüber abzusprechen, ob und in welchem Umfange der Kaufvertrag gegen den Widerspruch des Beklagten zu Recht besteht; daß demzufolge über das vorliegende, lediglich auf Zahlung des bedungenen Neugeldes gerichtete Begehren des Klägers um so minder ausgesprochen werden kann, daß Beklagter

vertragsbrüchig geworden sei und durch Verweigerung der Zahlung des Kaufpreises die nach §. 909 a. b. G. B. ihm eingeräumte Wahl bereits getroffen habe, so erscheint das Klagebegehren, wegen Mangels des Nachweises der Voraussetzungen, unter denen das Reuegeld gefordert werden könnte, nicht begründet und war das erstgerichtliche Urtheil, jedoch mit der dem Sachverhalt entsprechenden Beschränkung, daß das Begehren derzeit abgewiesen werde, wiederherzustellen.

Nr. 8213.

Sofortige Abweisung des Gesuches um Sistrung der Urtheilsfällung wegen des inzwischen gestellten Begehrens um Restitution ob noviter reperta.

Entsch. v. 14. Dec. 1880, Nr. 14345 (Best. des Decr. des J. G. Prag v. 7. Oct. 1880, Nr. 56290, Abänd. des Decr. des D. L. G. Prag vom 2. Nov. 1880, Nr. 31945). G. J. 1881, S. 68.

Vor der Entscheidung des von A gegen B geführten Processus pto. Zahlung von 10.000 fl. belangte der Letztere den Ersteren auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ob noviter reperta und beehrte mit Berufung auf die Restitutionsklage die Aufschiebung der Urtheilsfällung im Hauptproceß. — In erster Instanz wurde das Begehren nach Hofdec. v. 14. November 1785, J. G. G. Nr. 495, a limine abgewiesen. — Das D. L. G. cassirte den erstgerichtlichen Bescheid mit dem Auftrage, zur Vernehmung des Gegners über das Sistrungsgesuch eine Tagfahrt anzuordnen und sodann über dasselbe zu entscheiden, weil in Fristangelegenheiten das Ansuchen eines Streittheils nicht von Amtswegen, ohne Anhörung des Gegners, abgewiesen werden darf und die Bitte des B um Sistrung der Hinausgabe des Urtheils im Hauptproceß bis zum Austrage des Restitutionsprocesses eben ein Fristansuchen ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte den durch die ganz klare Anordnung des Hofdec. v. 14. November 1785, J. G. G. Nr. 495, begründeten Bescheid der ersten Instanz.

Nr. 8214.

Voraussetzungen und Grenzen der Zulässigkeit einer die Zahlungswährung betreffenden Textesabänderung bei Hinausgabe neuer Coupons von Theilschuldverschreibungen einer Actiengesellschaft: Statuten- oder vertragsmäßiges Recht der Prioritätengläubiger auf unveränderte Beibehaltung des ursprünglichen Textes? — Rechtliche Natur eines Coupons.

Entsch. v. 15. Dec. 1880, Nr. 10143 (Best. des das Urth. des O. G. Wien v. 17. Februar 1880, Nr. 5441, abhänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 9. Juni 1880, Nr. 7426). Jur. Bl. 1881, Nr. 3. Allgemeine Juristen-Zeitung 1881, Nr. 3.

Die k. k. priv. Kaiser Franz Josef - Bahngesellschaft hat zur Beschaffung ihres Unternehmungsfondes Theilschuldverschreibungen im Gesamtbetrage von 49,560.000 fl. à 200 fl. ö. W. Silber oder 233 $\frac{1}{2}$ fl. südd. W. oder 133 $\frac{1}{3}$ Thaler der Thalerwährung oder 500 Francs emittirt, deren Coupons statutengemäß folgendermaßen textirt waren: „1. Coupon. Obligation Nr. 000.000 1. April 1868. Zinsencoupon über 5 fl. ö. W. in Silbermünze oder 5 fl. 50 kr. südd. W. oder 3 Thaler 10 Gr. Thalerwährung oder 12 Francs 50 Cent., zahlbar ohne jeden Abzug an Einkommensteuer am 1. April 1868 in Wien bei der Hauptcasse der Gesellschaft und bei der k. k. priv. österr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe oder im Auslande bei den vom Verwaltungsrathe bekanntzugebenden Bankhäusern. K. k. priv. Kaiser Franz Josef - Bahn.“ Nachdem der letzte Coupon am 1. October 1877 fällig geworden und den Prioritätenbesitzern neue Coupons für die späteren Verfallstermine auszufolgen waren, hat die Gesellschaft denjenigen Besitzern der Theilschuldverschreibungen, welche ihre Titres zur Erlangung neuer Couponsbögen präsentirten, Coupons mit wesentlich verändertem Texte hinausgegeben. Diese Coupons mit den Verfallsterminen vom 1. April 1878 bis 1. Oct. 1897 lauten: „21. Coupon. Obligation Nr. —. 1. April 1878 u. f. w. — Zinsencoupon über 5 fl. ö. W. in Silbermünze, zahlbar ohne jeden Abzug an Einkommensteuer am 1. April 1878 (resp. 1. April und 1. October der folgenden Jahre) in Wien bei der Hauptcasse der Gesellschaft oder im Auslande bei den vom Verwaltungsrathe bekannt zu gebenden Bankhäusern mit dem Äquivalente in der betreffenden ausländischen Währung. K. k. priv. Kaiser Franz Josef - Bahn.“ — Gegen die Aenderung des Coupontextes protestirten viele Prioritätenbesitzer und es wurde auf Einsprechen eines derselben vom Handelsgerichte Wien Dr. A. in Gemäßheit des §. 3 des Gesetzes vom 24. April 1878, R. G. Bl. Nr. 49, als gemeinsamer Curator für die Besitzer der Theilschuldverschreibungen bestellt, um von der Bahngesellschaft gegen Einziehung der für die Verfallstermine vom 1. April

1878 bis 1. October 1897 ausgegebenen Coupons, die Hinausgabe von andern nach dem statutenmäßigen Formular textirten Coupons für obige Verfallstermine zu erwirken. In Folge dessen belangte Dr. A die Bahngesellschaft und stellte das Begehren, daß dieselbe verurtheilt werde, bei sonstiger Execution binnen Monatsfrist an Stelle der zu den Theilschuldverschreibungen des im Jahre 1867 emittirten Anlehens per 49,560.000 fl. für die Verfallstermine vom 1. April 1878 bis 1. October 1897 von ihr ausgegebenen Coupons folgenden Inhaltes: „— (s. denselben oben) —“ — andere Coupons, welche im Texte mit den bisherigen, bis inclusive 1. October 1877 verfallenen Coupons, sowie mit dem den Statuten der Gesellschaft beigelegten Formulare übereinstimmend, wie folgt lauten: „— (s. den Wortlaut des alten Coupons oben) —“ — auszugeben und den Prioritätenbesitzern, welche die Couponsbögen mit verändertem Texte für die Verfallstermine vom 1. April 1878 bis 1. October 1897 bereits behoben haben, gegen Rückgabe dieser Couponsbögen, den andern Prioritätenbesitzern gegen Vorweisung der betreffenden Prioritätsobligationen auszufolgen. — Das Gericht der ersten Instanz erlaubte nach dem Klagebegehren aus folgenden Gründen: Im §. 15 ihrer Statuten hat die beklagte Eisenbahngesellschaft sich verpflichtet, die mit Coupons versehenen Prioritätsobligationen nach dem den Statuten beigelegten Formulare auszufertigen. Wenn auch diese Verpflichtung zunächst nur der Staatsverwaltung gegenüber übernommen worden ist, so haben doch späterhin auch die Prioritätengläubiger das Recht auf einen diesem Formulare gleichlautenden Inhalt ihrer Obligationen und Coupons erlangt. Denn in der Einladung zur Subscription wurde auf diese Statuten, also auch auf das denselben angeschlossene Obligations- und Couponsformular hingewiesen, und durch die wirklich erfolgte Ausgabe von Prioritäten und Coupons in Gemäßheit des genehmigten Formulars haben die Gläubiger nicht nur diese Urkunde, sondern auch das Recht erworben, daß der Wortlaut dieser Obligationen und der dazugehörigen Coupons ohne ihre Zustimmung oder gerichtliche Bewilligung nicht geändert werden dürfe. Gleichwohl hat die geklagte Gesellschaft nach der am 1. October 1877 eingetretenen Verfallszeit des letzten Coupons der zuerst ausgegebenen Couponsbögen den ursprünglichen Coupontext eigenmächtig abgeändert und für die Zeit vom 1. April 1878 bis 1. Oct. 1897 laufende Coupons ausgegeben, welche dahin lauten, daß die Zinsen von 5 fl. ö. W. in Silbermünze im Auslande nunmehr mit dem Äquivalente in der betreffenden ausländischen Währung werden bezahlt werden, während die früheren Coupons in Gemäßheit der Obligation und des Couponformulars auf Zahlung der Zinsen in Wien mit 5 fl. ö. W. in Silber, in Süddeutschland mit 5 fl. 50 kr. südb. W., und an den Thalerplätzen mit 3 Thaler 10 Groschen und in Paris mit 12 Francs 50 Cent. gelautet hatten. Es ist nun die

Frage, ob durch diese Aenderung des Coupontextes die Gläubiger auch in ihrem materiellen Rechte geschädigt werden können. Ein solcher Schaden könnte nur dann nicht eintreten, wenn zwischen dem Inhalte der neuen Coupons einerseits und dem Inhalte der Obligationen und der früheren Coupons andererseits ein sachlicher Unterschied nicht bestünde und der ursprüngliche Coupontext zweifellos nur den Sinn hätte, daß die Zinsen in ausländischer Währung für alle Zukunft oder bis zum Jahre 1897 nur mit dem Äquivalente von 5 fl. ö. W. in Silber zu bezahlen seien. In dem im Jahre 1877 abgeführten Währungsproceß der nämlichen Parteien, in welchem es sich um die Einlösung der Coupons in Paris mit 12 Francs 50 Cent. effectiv handelte, wurde mit dem rechtskräftig gewordenen Urtheile der ersten Instanz vom 18. Mai 1877 (siehe Nr. 6893 der Sammlung) das hierauf gestellte Klagebegehren nur dermalen, das ist insolange das bei Ausstellung der Obligationen bestandene Gleichheitsverhältniß durch die Aufhebung der Beschränkung der Prägefreiheit in Frankreich nicht wieder hergestellt ist, abgewiesen. Nach diesem Urtheile erscheint also die Eliminirung der 12 Francs 50 Cent. im Text der emittirten neuen Coupons überhaupt und für einen Zeitraum von zwanzig Jahren insbesondere, nicht gerechtfertigt. In Deutschland ist seit der Aufhebung der Silberwährung die Einlösung der Coupons in den darin bezeichneten Münzen allerdings nicht mehr möglich; allein da für die hierdurch bedingte Umrechnung das deutsche Münzgesetz vom 9. Juli 1873 ausreichende und auch für ausländische Schuldner verbindliche Bestimmungen getroffen hat, war auch in dieser Beziehung die Aenderung des Coupontextes nicht nothwendig, und mit Rücksicht auf die vom Kläger angezogenen Urtheile deutscher Gerichte, welche die Frage in einem dem jetzigen Coupontexte entgegenstehenden Sinne entschieden haben, auch nicht zweifellos richtig. — Wenn auch in den Entscheidungsgründen zum Urtheile des Währungsproceßes ausgesprochen ist, daß die beklagte Gesellschaft sich schon bei Contrahirung ihrer Schuld nur zur Zahlung der Zinsen in 5 fl. ö. W. Silber oder dem Äquivalente der ausländischen Währung verpflichtet habe, so ist diese Frage jedoch doch nicht urtheilsmäßig entschieden und wegen der noch immer möglichen Concurrenz der ausländischen Gerichte auch nicht definitiv gelöst. Auch dem im Währungsproceß enthaltenen Zugeständnisse des Curators kann wegen der hiezu mangelnden Legitimation und mit Rücksicht auf §. 108 a. G. O. keine Bedeutung beigelegt werden. Läßt also der Text der den Gläubigern gebührenden Coupons im Punkte der ausländischen Währung noch immer Zweifel zu, so können die Gläubiger mit Rücksicht auf die zwischen den Gold- und Silbermünzen bestehenden Werthdifferenzen durch die einseitig erfolgte Couponabänderung wirklich benachtheiligt werden. Die Ansicht der beklagten Gesellschaft, daß der Coupon ein bloßes Legitimationszeichen zur Zinsenbehebung und daß sein Inhalt ganz gleichgiltig sei,

ist nicht begründet, wenn erwogen wird, daß der Coupon nach seiner Trennung vom Hauptpapiere eine selbstständige abstracte Obligation bildet und für sich allein zur Geltendmachung der Zinsforderung genügend ist. Uebrigens wird diese selbstständige Natur des getrennten Coupons von der beklagten Gesellschaft in der Schuldverschreibung selbst anerkannt, weil bei Rückzahlung der verlosten Obligation die an derselben fehlenden noch nicht fälligen Zinscoupons vom Capitalbetrage in Abzug gebracht werden sollen. Hieraus folgt, daß die Abänderung des Coupontextes weder formell noch materiell gerechtfertigt ist und daß die Gläubiger an der Wiederherstellung des ursprünglichen Coupontextes ein begründetes Interesse haben. Die Befürchtung, daß durch diese Wiederherstellung neue Währungsproceße veranlaßt werden können, ist kein Grund zur Rechtfertigung der geschehenen Textesänderung und zur Abweisung des Klagebegehrens; die beklagte Gesellschaft muß wie jeder andere Schuldner die aus der Fassung ihrer Schuldtunden hervorgehenden Folgen über sich ergehen lassen. Die Behauptung der Beklagten, daß die Gläubiger durch die Annahme und das Behalten der neuen Coupons, sowie durch die Eincastrung einiger verfallener Stücke sich mit der Textesänderung einverstanden erklärt haben, ist gesetzlich nicht begründet. Denn nach §. 863 a. b. G. B. und Art. 279 §. G. B. kann nur aus solchen Handlungen oder Unterlassungen ein Schluß auf eine bestimmte Willensmeinung gezogen werden, welche mit Ueberlegung aller Umstände an dem Vorhandensein dieses Willens nicht zweifeln lassen. Nun haben aber laut der vom Kläger vorgelegten Proteste mehrere Gläubiger gegen die Abänderung des Coupontextes Einspruch erhoben, die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft zum Zweck der Klageführung sogar um Aufstellung eines Curators ange sucht und andere Gläubiger den Curator zur Proceßführung besonders bevollmächtigt. Mit Rücksicht auf diese Umstände kann aus den obigen Thatfachen wohl nicht mehr auf eine Zustimmung der Gläubiger zur Aenderung der noch nicht behobenen Coupons geschlossen werden; und wenn auch nicht Proteste der Mehrheit der Gläubiger vorliegen, so folgt daraus doch nicht, daß die Majorität die Couponsänderung geheißsen habe und daß die Minorität an diesen Beschluß gebunden wäre. Da endlich der Curator nicht bloß für die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft als Gläubigerin, sondern für sämtliche Besitzer der Theilschuldverschreibungen aufgestellt worden ist, so kann aus dem Grunde, daß die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft, welche die Bestellung des Curators ange sucht hatte, ein verlorene Obligation sammt Coupons behoben und zurückgestellt hat, die Legitimation des Curators zur Klageführung nicht bestritten werden. Was schließlich die Durchführung des Klagebegehrens anbelangt, so ist die Herstellung der neuen Coupons binnen Monatsfrist wohl möglich; und wenn auch die Hinausgabe der neuen Coupons einige Zeit

ang Complicationen zur Folge haben kann, so sind dieselben doch nicht derart, um dem begründeten Klagebegehren nicht stattgeben zu können. — Von dem D. L. G. wurde die Klage mit folgender Begründung abgewiesen: Das Klagebegehren könnte nur dann als rechtmäßig begründet angesehen werden, wenn die durch den Kläger vertretenen Gläubiger ein vertragsmäßiges Recht auf unveränderte Beibehaltung des früheren Textes der Coupons bei einer neuen Ausgabe von solchen für spätere Zinstermine hätten, oder wenn durch diese Textesänderung den Gläubigern ein materieller Nachtheil erwinge. Der Kläger beruft sich in erster Linie auf die Statuten der Beklagten, in welchen das Formular der Coupons im §. 15 ausdrücklich angezogen wurde, und durch deren staatliche Genehmigung nach dieses Formular genehmigt und demnach für die Beklagten ihren Gläubigern gegenüber rechtswirksam wurde. Man bestimmen aber die Statuten einer Actiengesellschaft lediglich das Rechtsverhältniß der Actionäre zu einander, sie sind der Gesellschaftsvertrag derselben (Art. 207 ff. S. G.). Ueber das Rechtsverhältniß der Gesellschaft gegenüber ihren Gläubigern sind die über die contrahirten Schulden ausgestellten Urkunden entscheidend und es würde daher, wenn beispielsweise die Theilschuldverschreibungen von dem in den Statuten gegebenen Formulare in wesentlichen Punkten abweichen würden, eine Berufung auf die Statuten und den darin angeführten Text keine Wirkung üben können. Aber selbst wenn die Statuten als eine Urkunde angesehen werden sollten, welche für die Beklagte gegenüber ihren Gläubigern Rechtsverbindlichkeiten begründet, so folgt aus diesen Statuten nicht, daß die Gläubiger ein statutenmäßiges Recht auf den Text der Coupons haben, wie er im Anhange des Formulars der Theilschuldverschreibungen erscheint. Denn der §. 15 der Statuten lautet: „Die Prioritätsobligationen werden nach dem beiliegenden Formulare ausgefertigt, mit Coupons versehen“ &c. Damit ist nur das Formular der Obligationen, nicht jenes der Coupons berufen, welches letztere nur dann der Fall wäre, wenn von den Coupons im §. 15 eine Rede wäre oder wenn der §. 15 lauten würde: Die Prioritätsobligationen sammt den dazu gehörigen Coupons werden nach dem beiliegenden Formular ausgefertigt &c. Auf diesem Standpunkte steht auch der von der Beklagten producirte Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. September 1877, welcher in der Abänderung des Textes der Coupons eine Aenderung der Statuten nicht kannte. Es kann daher ein statutenmäßiges Recht der Prioritäts- auf Beibehaltung des Textes der Coupons nicht anerkannt werden. Aber auch von dem weiters geltend gemachten Gesichtspunkte, daß der Coupon als ein Bestandtheil der Schuldburkunde vom Schuldner an seinem Texte ebensowenig geändert werden darf, als der Text der Schuldburkunde selbst, ist das Begehren nicht zu begründen. Das Bedürfniß des Verkehrs hat bei Entstehung der auf Ueberbringer

lautenden Schulverschreibungen zur Einführung der Zinsencoupons geführt, um den umständlichen Vorgang zu vermeiden, daß bei jedem Zinsstermine die Obligation in natura zur Zahlstelle gebracht, dadurch die Legitimation des Ueberbringers zur Zinsenbehebung angewiesen und von Letzterem eine Quittung über die bezahlten Zinsen ausgestellt und dem Schuldner übergeben wird. Der Besitzer des betreffenden Coupons gilt als zur Behebung der Zinsen für die auf demselben bezeichnete bestimmte Schulverschreibung und Zeitperiode legitimirt, und der eingelöste Coupon repräsentirt für den Schuldner die Quittung des aus der bestimmt bezeichneten Theilschulverschreibung berechtigten Gläubigers über die bezahlte Zinsensrate. Der Coupon ist also nichts als ein Legitimationszeichen, das nur immer mit Bezug auf eine bestimmte Schulverschreibung Geltung hat, eine selbstständige Verpflichtung aber nicht enthält und deshalb auch nicht mit der Formlichkeit eines Verpflichtungsdocumentes — mit der Unterschrift des Verpflichteten — ausgerüstet ist. Daß derlei Coupons, eben weil sie als eine Legitimation zur Behebung eines Geldbetrages dienen, im Verkehre circuliren, kann ihnen die Natur selbstständiger Verpflichtungsurkunden nicht geben, ebensowenig als beispielsweise die als Zahlungsmittel hie und da circulirenden Brief- oder Stempelmarken durch diese Circulationsmöglichkeit zu Verpflichtungsurkunden werden. Da nach dem Gesagten den Prioritären weder ein statutenmäßiges, noch ein im Darlehensvertragsverhältnisse begründetes Recht auf unveränderte Textirung der Coupons zusteht, so ist nur noch zu fragen, ob die von der Beklagten vorgenommene Textänderung die in den Theilschulverschreibungen begründeten Rechte der Gläubiger verletzt. Die Weglassung der Worte „bei der priv. österr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe“, auf welche vom Kläger selbst kein Gewicht gelegt wird, ist ganz unwesentlich und für die Gläubiger eher von Vortheil als von Nachtheil. Denn da die Creditanstalt, wie unwidersprochen vorliegt, ihre Function als Zahlstelle der Coupons aufgegeben hat und sie auch nicht gezwungen werden kann, als Zahlstelle zu fungiren, so enthalten diese Worte eine Unwahrheit und könnten nur manche Gläubiger zu einem vergeblichen Gange zur Creditanstalt verleiten. Die Ersetzung der Worte: „oder 5 fl. 50 kr. südb. W. oder 3 Thaler 10 Gr. Thalerwährung oder 12 Francs 50 Cent.“ durch die Worte „mit dem Äquivalente in der betreffenden ausländischen Währung“ wird von der Beklagten mit dem Hinweis auf den Inhalt der Schulburlunde, auf die seit der Ausgabe der ersten am 1. October 1877 abgelaufenen Coupons eingetretenen Veränderungen in den Währungsverhältnissen durch Einführung der Goldwährung in Deutschland mit dem Reichsgesetze vom 9. Juli 1873 und durch Sistirung der Silberausprägung in Frankreich mit dem Gesetze vom 5. August 1876, und auf das zur Zeit der Ausgabe der neuen Coupons bereits obergerichtlich bestätigte Urtheil der ersten Instanz

am 18. Mai 1877, womit in dem vorausgegangenen Währungsproceß das Begehren des Klägers auf Zahlung der Coupons mit je 50 Francs in effectiver französischer Währung für denselben abgewiesen wurde, gerechtfertigt und betont, daß die neue Entscheidung eben nur die Verpflichtung der Beklagten, wie sie sich aus den Thatfachen ergebe, zweifellos feststelle. Die Prioritätenobligationen, lautend in ihrem Titel auf 200 fl. ö. W. Silber gleich 31 1/2 fl. südd. W. oder 133 1/2 Thaler der Thalerwährung oder 100 Francs, verbürgen die jährliche fünfprocentige Verzinsung in effectiver Silbermünze und ebenso die Rückzahlung in effectiver Silbermünze. Die Zahlung der Zinsen und eventuell des Capitals erfolgt jährlich nach Wahl der Besitzer entweder in Wien mit 5 fl. ö. W. Silber oder in Süddeutschland mit 5 fl. 50 kr. südd. W., an Thalerplätzen mit 3 Thaler 10 Groschen, in Paris mit 12 Francs 50 Cent. Hiernach bildet die Silbermünze, und zwar der österreichische Ungulden, die Grundlage für das Maß der Zahlungsverpflichtung; die übrigen Währungsbeträge von Ländern, welche zur Zeit der Ausstellung der Obligationen die Silberwährung theils ausschließlich, theils zugleich mit Goldwährung hatten, bedeuten eben nur das dem Silbergulden entsprechende Aequivalent. Diese Auffassung des Inhaltes der Schuldburkunde, die nach dem oben Gesagten auch den Inhalt der Coupons maßgebend sein muß, wurde in dem erwähnten Währungsproceß von allen drei Instanzen der österreichischen Gerichte als die richtige bezeichnet, und da die Schuldverschreibungen in Oesterreich von einer österreichischen Gesellschaft ausgestellt sind, die Garantie des österreichischen Staates für das für die Zahlung der Zinsen und des Capitals haftende Reinerträgniß eintritt, dieß das Rechtsverhältniß daher Oesterreich ist, muß dem Ausspruche der einheimischen Gerichte wohl größeres Gewicht beigelegt werden, als den Aussprüchen ausländischer Gerichte, welche überdies nicht durchwegs im entgegengesetzten Sinne ergangen sind. Durch das im Währungsproceß gefällte, in zweiter und dritter Instanz bestätigte Urtheil vom 18. Mai 1877 ist überdies ausdrücklich ausgesprochen, daß dormalen eine Zahlung der Coupons in effectiver französischer Währung nicht stattfinden. Dieses Urtheil ist daher für lange maßgebend, als nicht nachgewiesen ist, daß die Gründe, welche dormalen diese Zahlung unzulässig erscheinen lassen, weggefallen sind. Dieser Nachweis ist nur im Wege eines neuerlichen Rechtsmittels möglich und in dem gegenwärtigen gar nicht versucht worden.

Dieses Urtheil bezüglich der Zahlung der Coupons in effectiver französischer Währung maßgebend, so ist bezüglich der anderen in dem obigen Coupontexte aufgeführten Währungen: süddeutsche Währung, Thalerwährung, zu constatiren, daß dieselben zur Zeit der Ausstellung der veränderten textirten Couponbögen nicht mehr existirten, sondern deren Stelle die Goldwährung getreten war. Die Prioritäre

haben aber kein Recht, aus dieser Währungsänderung zu folgern, daß ihnen nunmehr die Zinsen in Goldwährung zu entrichten sind. Auf Schuldverbindlichkeiten, welche in süddeutscher Währung oder Thalerwährung eingegangen wurden, kann ein derartiger in einem ausländischen Gesetze normirter Umrechnungsmodus Anwendung finden, nicht aber auf solche, welche, wie die vorliegende, in der Währung des österreichischen Silberguldens in Oesterreich eingegangen wurden. Da somit die Währungen, die die Berechnung eines ziffermäßig bestimmten Äquivalentes des österreichischen Silberguldens ermöglichten, nicht mehr bestehen und die Beklagte nach dem Inhalte der Schuldverschreibung auch zur Zeit des Bestandes dieser Währungen zu keiner anderen Leistung als der des Äquivalentes der österreichischen Währung verbunden war, so kann sie nur zur Leistung des Äquivalentes des österreichischen Silberguldens in den derzeit bestehenden ausländischen Währungen verhalten werden. Dies und nichts Anderes ist durch die neue Textirung der Coupons festgestellt und zweifellos gemacht, und die Prioritäre erleiden dadurch keinen Nachtheil, da sie dasselbe erhalten, was ihnen nach den Schuldverschreibungen und dem früheren Texte der Coupons gebührt. Allerdings kann ihnen die Aussicht auf einen Vortheil entgehen, da die Beibehaltung des früheren Textes ihnen die Möglichkeit eröffnete, durch Aussprüche ausländischer Gerichte die Zahlung der in Silber bedungenen Zinsen in Gold zu erzielen und dadurch das Agio der letzteren zu gewinnen. Dieser Vortheil kann aber hier nicht in Betracht kommen, da er den Gläubigern zufolge der übereinstimmenden Aussprüche der österreichischen Gerichte nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen und der früheren Coupons nicht gebührt und ihnen weiters noch immer freisteht, auf Grund des ungeänderten und unabänderlichen Textes der Schuldverschreibungen selbst ihre vermeintlichen Rechte geltend zu machen. Da nach dem Gesagten die Prioritäre auf die Beibehaltung des Textes der Coupons ein Recht nicht erworben haben und die Aenderung des Textes sie in ihren Rechten nicht beeinträchtigt, ist das Klagebegehren abzuweisen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: Bereits mit der oberstgerichtlichen Entscheidung vom 2. April 1878, Z. 86 (Nr. 6893 der Sammlung), wurde in dem vorausgegangenen Währungsproceß, obwohl es sich damals zunächst nur um die Einlösung der Coupons zu den von der belagten Gesellschaft über das Anlehen von 49,560.000 fl. ö. W. in Silber angegebenen Theilschuldverschreibungen bei der Zahlstelle in Paris gehandelt hat, doch in Uebereinstimmung mit den Erkenntnissen der ersten und zweiten Instanz im Allgemeinen der Grundsatz ausgesprochen, daß, so wie der Schuldscheinsbetrag von 200 fl. ö. W. Silber das eigentliche Maß der von der gellagten Gesellschaft in dieser Schuldverschreibung übernommenen Zahlungsverbindlichkeit ausdrückt und die beigefügten Worte: „gleich 233 $\frac{1}{2}$ Gulden südd. W. oder 133 $\frac{1}{2}$

Thaler in der Thalerwährung oder 500 Francs" — lediglich als das Equivalent des Nominalbetrages der Schuldverschreibung, der in 200 fl. ö. W. in Silber besteht, zu betrachten sind, dasselbe auch bezüglich der Verzinsung zu gelten habe: daß nämlich nach den daselbst angeführten Verzinsungs- und Einlösungsbedingungen für jede Schuldverschreibung per 200 fl. ö. W. in Silber der Zinsbetrag zu fünf vom Hundert für das Jahr mit 10 fl. ö. W. in Silber und für den halbjährigen Coupon mit 5 fl. ö. W. in Silber festgesetzt wurde, und daß, wenn es in den Coupons heißt, daß die Auszahlung der Zinsen nach Wahl der Besitzer entweder in Wien mit 5 fl. ö. W. in Silber oder in Süddeutschland mit 5 fl. 50 kr. südd. W., an den Thalerplätzen mit 3 Thaler 10 Gr. Thalerwährung und in Paris mit 12 Francs 50 Cent. erfolgt, diese letzteren Beträge nach dem Zusammenhange der ganzen Schuldverschreibung nicht als eine selbstständige Verbindlichkeit, sondern wieder nur als Equivalente des eigentlich mit 5 fl. ö. W. in Silber festgesetzten Zinsbetrages anzusehen sind, indem es dem durch die Obligation ausgedrückten Vertragsverhältnisse geradezu widerstreiten würde, wenn die beklagte Gesellschaft jetzt zu einer größeren Leistung, als die versprochene, gehalten werden sollte und angenommen würde, daß sie für eine und dieselbe Darlehenssumme, je nach der Verschiedenheit des Einlösungsortes, verschiedene, den Normalbetrag von 200 fl. ö. W. in Silber an Capital und 5 fl. ö. W. in Silber an Zinsen für den halbjährigen Coupon sogar übersteigende Einlösungsbeträge versprochen habe und habe versprechen wollen. An diesem Grundsatz muß auch bei der Entscheidung des gegenwärtigen Processes festgehalten werden und mit Rücksicht hierauf ist anzuerkennen, daß die Textirung der für die Zeit vom 1. April 1878 bis 1. October 1897 zu den obenerwähnten Prioritätenobligationen neu ausgegebenen Zinsencoupons: „Zinsencoupon über 5 fl. ö. W. in Silbermünze, zahlbar ohne jeden Abzug an Einkommensteuer am in Wien bei der Hauptcassa der Gesellschaft oder im Auslande bei den vom Verwaltungsrathe bekanntzugebenden Bankhäusern mit dem Equivalente in der betreffenden ausländischen Währung. R. l. priv. Kaiser Franz Josef-Bahn" — der von der beklagten Gesellschaft in diesen Theilschuldverschreibungen übernommenen Verzinsungsverbindlichkeit vollkommen entspricht. Der Anlaß und die Nothwendigkeit zu einer Abänderung der früher bestandenen Textirung ergibt sich aus der seither eingetretenen Aenderung der bisherigen Verhältnisse. Man kann jetzt nicht mehr die k. k. priv. Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien als Zahlstelle bezeichnen, weil dieselbe aufgehört hat, in dieser Eigenschaft zu functioniren. Man kann jetzt nicht mehr die Zahlung in süddeutscher Währung oder in Thalerwährung versprechen, weil diese Währungen gegenwärtig nicht mehr bestehen. In Betreff der Zahlung in Francs ist gegen den klagenden Curator und die von ihm vertretenen Priori-

tätenbesitzer bereits rechtskräftig entschieden worden, daß die Einlösung der Coupons zwar in effectiven Francs, jedoch nur in jenem Betrage, welcher dem Normalbetrage von 5 fl. ö. W. in Silber gleichkommt, zu leisten sei, wonach die Anführung des Betrages von 12 Francs 50 Cent., als den dormaligen Verhältnissen nicht mehr entsprechend, entfallen mußte. Würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen die früher bestandene Textirung des Coupons beibehalten, so würden die Worte „oder 5 fl. 50 kr. südd. W. oder 3 Thaler 10 Gr. Thalerwährung oder 12 Francs 50 Cent.“ jetzt eine ganz andere Bedeutung erhalten, als sie am 30. September 1867, zur Zeit der Errichtung der Theilschuldverschreibungen, gehabt haben; man könnte daraus die Folgerung ableiten, daß, nachdem die süddeutsche Währung und die Thalerwährung nicht mehr bestehen und an deren Stelle die Goldwährung getreten ist, und nachdem in Frankreich seit dem mit dem Gesetze vom 5. August 1876 ergangenen Verbot, für Private Silbermünze auszuprägen, nunmehr auch den Silber-Fünffrancsstücken das Goldagio anhaftet, die beklagte Gesellschaft durch ein solches jetzt gemachte Versprechen sich zur Einlösung ihrer Coupons mit den angegebenen Beträgen in Gold verpflichtet habe, was jedoch ihrer ausdrücklich nur auf Zahlung in österreichischer Währung in Silber übernommenen Verbindlichkeit geradezu widerstreiten würde und wozu sie nicht angehalten werden kann. Auch daraus ergibt sich also die Nothwendigkeit der obenerwähnten Textesänderung. Was die übrigen in der Revisionsbeschwerde des Klägers enthaltenen Ausführungen betrifft, so haben dieselben bereits in den obergerichtlichen Entscheidungsgründen ihre hinreichende Widerlegung gefunden. Schon in diesen Motiven wurde umständlich nachgewiesen, daß den Prioritätengläubigern weder ein vertragsmäßiges noch ein statutenmäßiges Recht auf unveränderte Beibehaltung des früheren Coupontextes zusteht, weil ihr Recht auf Verzinsung des dargeliehenen Betrages eben nur aus der ihnen hierüber ausgestellten Schuldverschreibung entspringt und hienach beurtheilt werden muß, der Inhalt dieser Schuldverschreibungen aber unverändert geblieben ist und die dormalige Textirung der Zinsencoupons hiemit im vollen Einflange steht. Daraus ergibt sich zugleich, daß von einem arglistigen Vertrauensmißbrauch, der durch die Ausgabe neuer Coupons mit einem den dormaligen Verhältnissen entsprechenden Texte begangen worden sein soll, überhaupt keine Rede sein kann, und selbst der Umstand, daß diese Textesänderung von der geklagten Gesellschaft eigenmächtig vorgenommen wurde, kann ihr nicht als eine Vertragsverletzung zugerechnet werden, weil es sich eben darum handelte, nach Ablauf der Periode, für welche die den Obligationen ursprünglich beigegebenen Coupons bestimmt waren, den Prioritätengläubigern den Bezug der weiterlaufenden Zinsen sofort zu ermöglichen, was offenbar vereitelt worden wäre, wenn man die Ausgabe der neuen Coupons erst von der vorläufigen

Unterhandlung mit den Prioritätengläubigern und der Entscheidung eines diesfälligen Rechtsstreites abhängig gemacht hätte. Daß der Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. September 1877*) die Aenderung des Coupontextes nicht bloß vom Standpunkte des garantirenden Staatschazes für unbedenklich gehalten, sondern hierin auch keine Abweichung von den genehmigten Statuten gefunden hat, ergibt sich daraus, daß der Erlaß von einer dieserwegen vorzunehmenden Abänderung der Statuten keine Erwähnung macht, während bei entgegengesetzter Ansicht vermöge des dem Staate zustehenden Aufsichtsrechtes das Einschreiten um eine solche Abänderung ohne Zweifel ausdrücklich gefordert worden wäre; und wenn darin die Aenderung des Coupontextes als eine zwischen der klagten Gesellschaft und den Prioritätengläubigern auszutragende Privatangelegenheit bezeichnet wird, so ist dieser ganz richtigen Auffassung eben durch die Bestellung eines gemeinsamen Curators für die Prioritätengläubiger in dieser Angelegenheit und durch den von demselben erhobenen vorliegenden Rechtsstreit Rechnung getragen worden. Was endlich die Frage betrifft, ob der Coupon bloß ein Legitimationszeichen für den Zinsenbezug sei oder eine selbstständige Verpflichtung begründe, so kann derselben nur eine secundäre Bedeutung beigemessen werden, da die Verbindlichkeit der klagten Gesellschaft zur Zinsenzahlung doch nur in der Schuldverschreibung und in dem daselbst gemachten Versprechen, den Schuldbetrag mit fünf vom Hundert in effectiver Silbermünze in halbjährig verfallenen Raten zu verzinsen, ihre eigentliche Grundlage hat, wie dies schon oben bemerkt und eben daraus die Zulässigkeit der vorgenommenen Abänderung in der Textirung der neu ausgegebenen Coupons nachgewiesen worden ist.

*) Dieser Erlaß lautet: „Das k. k. Ministerium des Innern findet im Einvernehmen mit den theilhaftigen Ministerien dem geehrten Verwaltungsrathe der k. k. priv. Kaiser Franz Josef-Bahn über die hieramts überreichte Eingabe vom 30. April l. J., Z. 17632, und die im Wege des k. k. Handelsministeriums anhergelangte Eingabe vom 6. Juli l. J., Z. 17632, in welcher um die Genehmigung und beziehungsweise um die Zustimmung zur Herausgabe des beantragten neuen Textes der Coupons für die Prioritätenobligationen erster Emission angesucht wird, zu eröffnen, daß, obzwar der erbetenen Aenderung vom Standpunkte des garantirenden Staatschazes keine Bedenken entgegenstehen würden, dem gestellten Begehren nicht Folge gegeben zu werden vermöge, weil die Zulässigkeit der Aenderung des Textes der Prioritäten-coupons eine zwischen der Kaiser Franz Josef-Bahn und ihren Prioritätengläubigern auszutragende rein privatrechtliche Angelegenheit ist, welche nur im Einverständnisse der gesetzlichen Vertretung der gedachten Gläubiger oder durch gerichtliche Entscheidung ausgetragen werden kann.“

Nr. 8215.

Cautio actoria: Einfluß des Begehrens derselben auf den Lauf der Frist für die Einrede der Incompetenz.

Entsch. v. 15. Dec. 1880, Nr. 14243 (Best. des Decr. des O. L. G. Prag v. 4. Sept. 1880, Nr. 20294, Abänd. des Decr. des O. L. G. Prag v. 6. Oct. 1880, Nr. 20173). Allgem. Jur.-Zeitung 1881, Nr. 11.

Auf die Klage des A, welche dem Beklagten B Ende März 1880 zur Erstattung der Einrede binnen 30 Tagen zugestellt worden war, überreichte der Letztere das Gesuch um Auflage der actorischen Cautio, welches nach vorgängiger Verhandlung in erster und zweiter Instanz abgewiesen wurde. Darauf wurde von dem Beklagten am 1. September 1880, vor Ablauf des 15. Tages seit der Zustellung der obergerichtlichen Entscheidung, die schriftliche Einwendung der Unzuständigkeit des angerufenen Gerichtes vorgebracht, worüber das Gericht erster Instanz nach §. 40 a. O. D. eine Tagfahrt zur Vernehmung des Gegners anberaumte. — Auf den Recurs des Klägers verordnete das O. L. G. die Abweisung der Incompetenz-einwendung a limine wegen versäumter Frist (§. 40 a. O. D.) zum Anbringen derselben.

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstrichterlichen Bescheid, weil vor rechtskräftiger Entscheidung über das Gesuch des Beklagten um Auflage der actorischen Cautio derselbe auf die Klage Rede und Antwort zu geben nicht verpflichtet war, daher die Frist zur Erstattung der Einrede und somit auch die im §. 40 a. O. D. bestimmte Frist zur Anbringung der Einwendung des unzuständigen Richters erst vom Tage der Zustellung der obergerichtlichen Entscheidung über sein Cautionsgesuch zu laufen begonnen hat.

Nr. 8216.

Störung im Besitz durch Ziehung eines Grabens auf dem nachbarlichen Grundstück längs des gemeinsamen Grenzraines?

Entsch. v. 15. Dec. 1880, Nr. 14250 (Best. des Decr. des O. L. G. Jaslowitz v. 25. Mai 1880, Nr. 2302, Abänd. des Decr. des O. L. G. Lemberg v. 20. Juli 1880, Nr. 16741). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 20.

Der Acker des A ist von dem Grundstücke seines Nachbarn B durch einen gemeinsamen Grenzrain getrennt. B zog längs des Grenzraines und knapp an demselben einen Graben und wurde deshalb von dem A in possessorio summarissimo belangt, welcher behauptete, daß er bei der Bebauung seines Feldes den Pflug ohne Gefahr, mit demselben in den Graben zu fallen, nicht wenden könne

daß ihm aus dem gleichen Grund das Fahren über den gemeinsamen Grenzrain unmöglich gemacht sei. — In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen aus folgenden Gründen: Der Kläger behauptet einmal, daß ihm ein Servitutsrecht an dem nachbarlichen Grunde zusteht, nämlich entweder das Recht, diesen Grund bei Bedarf des Pfluges an den äußersten Rändern zu benützen, oder auch das Recht des Fahrens darauf auszuüben, und er bestreitet auch, daß der Beklagte auf Grund seines Eigenthumsrechtes den Grund in seiner eigenen Parcellen aushebe, ohne den Grenzrain zu berühren. Mithin ist die Besitzstörungsklage wider den Beklagten, er die Rechte, die ihm zweifelsohne als Eigenthümer seines Grundstückes zustehen, nicht überschritten hat, unbegründet, umso mehr, als in der Klage angeführte Factum der Störung im Besitze Erschwerung des Zutrittes und der Zufahrt, sohin der Verletzung des klägerischen Aders, bei dem Augenscheine nicht constatirt werden konnte. Insbesondere wurde nicht wahrgenommen, daß der Grenzrain behufs der Zufahrt benützt worden wäre, was sogar unumgänglich erscheint, weil derselbe in der Breite durchgehend nicht mehr eine Elle mißt, daher zur Befahrung im Allgemeinen sich keineswegs eignet; und überdies hat der Kläger auch nicht den Besitz des Grundstückes, diesen Rain zu befahren, dargethan. — Das D. L. G. hat der Besitzstörungsklage stattgegeben mit nachstehender Begründung: Ob der Augenschein wurde constatirt, daß die dem Kläger gehörende Grundparcelle von dem Grunde des Beklagten durch einen Grenzrain geschieden ist, und daß längs dieses Grenzraines auf dem Grunde des Beklagten ein Graben ausgehoben wurde. Wird nun angenommen, daß der Grenzrain ein gemeinschaftliches Eigenthum beider Theile im Sinne des §. 854 a. b. G. B. ist und daß der Kläger einen dem entgegengesetzten Stand des Eigenthumes nicht nachgeben hat; wird weiters erwogen, daß der Kläger als Miteigenthümer des Grenzraines im Sinne der §§. 829 und 361 a. b. G. B. denselben beliebig benützen kann, ohne die Rechte des Andern hiedurch zu verletzen, und thatsächlich auch bis zur Aushebung des Grabens benützt, was durch die von dem Beklagten nicht widersprochene Benutzung des Klägers dargethan wird, daß der Letztere seine Grundparcelle immer bis zum Grenzraine selbst eingeadert habe, und durch den Augenschein erhärtet worden ist; wird endlich erwogen, daß der Beklagte in Folge der Aushebung des Grabens dem Kläger den Gebrauch seiner Grundparcelle unmöglich gemacht hat, indem er die Gefahr aussetzte, daß er mit dem Pfluge in den ausgehobenen Graben falle, daß mithin der Kläger seine Grundparcelle nicht mehr am Grenzraine adern kann, vielmehr einen Raum von zwei Ellen weit längs des Raines brach liegen lassen mußte: so erscheint das Factum der Störung des Klägers im ruhigen Genuße seiner Grundparcelle im Sinne des §. 340 a. b. G. B. dargethan. Ingleichen hat

der Belangte dem Kläger die Fahrt über den gemeinschaftlichen Grenzrain unmöglich gemacht, indem er ihn der Eventualität aussetzte, daß der Wagen in den unmittelbar anstoßenden Graben hinabgleitet, und demzufolge der Kläger, zumal bei einer so geringen Breite des Raines, gezwungen wäre, mit seinem Wagen nur in entsprechender Entfernung von dem Graben zu fahren. Zwar hat der Belangte widersprochen, daß der Kläger den in Rede stehenden Rain zur Fahrt benötigte; allein dieser Widerspruch ist im Hinblick auf die §§. 829 und 361 a. b. G. B. irrelevant, weil der Kläger, insofern er die Rechte des Miteigentümers nicht verletzt, von dem gemeinschaftlichen Eigenthum beliebigen Gebrauch machen kann und gegen das Vorgehen des Belangten, durch welches ihm die Ausübung dieses Rechtes unmöglich gemacht wird, nach §. 340 a. b. G. B. geschützt werden muß, zumal der Belangte zur Aushebung des Grabens die Bewilligung der competenten Behörde nicht erwirkt hat.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung erster Instanz. Gründe: Der Belangte hat nach übereinstimmender Behauptung beider Theile den Graben auf seinem Grunde ausgehoben, ohne den Grenzrain zu verletzen. Hierzu war er als Eigenthümer berechtigt. Es kann daher von einer Störung des Klägers im Besitze seines jenseits des Grenzraines gelegenen Grundstückes keine Rede sein, umfoweniger, als der Kläger nicht bewiesen, ja nicht einmal behauptet hat, daß ihm irgend ein Servitutsrecht an dem Grundstücke des Belangten zustehe. Demgemäß liegt kein Grund vor, den Kläger in einem Besitze zu schützen, der gar nicht gestört erscheint, insbesondere im vorliegenden Falle, in welchem es sich nicht um eine Ausführung nach den politischen Bauvorschriften, sondern bloß um Aushebung von Gräben handelt, daher auch §. 340 a. b. G. B. nicht zur Anwendung gelangen kann.

Nr. 8217.

Gerichtliche Schätzung eines Bergwerkstuzes zum Zweck der Verlassenschaftsabhandlung: Einsicht in die Geschäftsbücher der Gewerkschaft.

Entsch. v. 21. Dec. 1880, Nr. 14322 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Pilsen v. 14. Sept. 1880, Nr. 13422 und des O. L. G. Prag vom 19. Oct. 1880, Nr. 30378). G. S. 1881, S. 108.

Die M besaß 12 Ruz eines Steinkohlenbergwerkes. Da wegen des Eintrittes minderjähriger Erben ihr Nachlaß inventarisiert werden mußte, wurde von dem Abhandlungsgerichte die Aufnahme des Inventars und die Schätzung der Ruz an Ort und Stelle angeordnet und hiervon der Vorstand der Gewerkschaft und der Bergverwalter

mit dem Auftrage verständigt, der Gerichtscommission die Einsicht der Geschäftsbücher zu gewähren. — Das D. L. G. bestätigte diese von dem Vorstande der Steinkohलगewerkschaft angefochtene Verfügung aus den nachstehenden Gründen: Für den Modus der Schätzung von Ruzen ist nicht der §. 106 des kais. Patenten vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, maßgebend, weil ein Ruz im Sinne der §§. 137, 138, 139 und 140 des allgem. Berggesetzes nicht einem Gesellschaftsantheile an einer Handlung, Fabrik oder Gewerbsunternehmung gleich zu halten ist, zur Ermittlung des gemeinen Preises (§. 306 a. b. G. B.) bei dem Antheile an einem Bergwerke als Unternehmen, das möglicherweise durch eine Reihe von Jahren mit Zubuße und später erst mit Ausbente geführt wird, nicht die Ermittlung des aus der Bilanz des letzten Jahres oder der drei letzten Jahre (§§. 149 und 151 allgem. Berggesetz) ersichtlichen, sondern nur jene des im Ganzen zu gewärtigenden Erträgnisses genügen kann und hierzu, wenn sich der Ausspruch der Kunstverständigen nicht auf bloße Vermuthungen gründen soll, nebst anderen Behelfen jedenfalls die Einsicht in die Geschäftsbücher erforderlich ist, welche um so weniger verweigert werden darf, als das durch das Berggesetz nicht aufgehobene Recht der Theilhaber, auf Ablegung der Rechnung zu bringen (§. 830 a. b. G. B.), ohne Einsichtnahme in die Geschäftsbücher nicht ausgeübt und der Rechnungsabschluß und die Bilanz nach §. 151 allgem. Berggesetz in Bezug auf seine Richtigkeit nicht geprüft werden könnte. Die im Recurse hervorgehobenen Opportunitätsgründe können an der gesetzlichen Zulässigkeit der getroffenen Verfügung nichts ändern. — Der Vorstand der Gewerkschaft ergriff den a. o. Revisionsrecurs.

In Erwägung, daß von dem Abhandlungsgerichte keineswegs, wie Recurrent vermeint, die Schätzung des Steinkohlentwerkes als solches verordnet wurde; daß, wenn gleich der Ruz nach §. 140 allgem. Berggesetz die rechtliche Eigenschaft einer beweglichen Sache hat, der Besitzer des Ruzes, welcher nach §§. 137 und 138 ibid. als Mitgewerke auch als Mitbesitzer des Bergwerkes anzusehen ist, für berechtigt gehalten werden muß, die gerichtliche Werthserhebung an dem gewerkschaftlichen Vermögen zu begehren; daß diese Befugniß in dem Falle, wo nach dem Gesetze der Werth eines Bergwerkstuzes zu erheben ist, auch dem Gerichte zustehen muß, daß mit Hinblick auf §. 139 allgem. Berggesetz, wonach der Mitgewerke nur Theilung des Ertrages ansprechen kann, behufs der Werthbestimmung die Einsicht in die Geschäftsbücher sich als erforderlich darstellt und die Bestimmung des §. 106 des kaiserl. Patenten v. 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, desfalls nicht Anwendung findet, — hat der oberste Gerichtshof den Recurs verworfen.

Mr. 8218.

Gerichtssprache in Schlesien: Erforderniß der Beilegung einer deutschen Uebersetzung des einer Wechsellage zu Grunde liegenden polnischen Wechsels?

Entsch. v. 21. Dec. 1880, Nr. 14588 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. G. Teschen v. 26. Oct. 1880, Nr. 9136 und des D. L. G. Brünn vom 9. Nov. 1880, Nr. 12095). Jur. Bl. 1881, Nr. 18.

Die Genossenschaft „Towarzystwo oszczędności i zaoszczędzenia“ (Spar- und Vorschußgenossenschaft) zu Teschen überreichte bei dem dortigen R. G. eine in deutscher Sprache verfaßte Klage gegen B wegen Zahlung einer Wechselforderung von 200 fl. auf Grund eines in polnischer Sprache ausgestellten Wechsels mit dem Begehren um Ertheilung des Zahlungsbefehles. — Das R. G. stellte die Klage mit dem Bedeuten zurück, daß nach §. 13 a. G. D. und Hofdecr. vom 22. December 1835, J. G. G. Nr. 109, eine beglaubigte deutsche Uebersetzung des beigelegten, in polnischer Sprache ausgestellten Wechsels beizubringen sei, bevor die Klage meritorisch erledigt werden könne. — Das D. L. G. bestätigte den erstgerichtlichen Bescheid, weil durch die Verordnung des Ministeriums des Innern v. 25. September 1851, Nr. 4665, dann die Weisung des Justizministeriums vom 8. November 1851, Nr. 13470, und die Justizministerialverordnung vom 22. Juli 1861, Nr. 6099, für die Behörden und Gerichte grundsätzlich festgestellt wurde, daß in Ober- und Niederschlesien ausschließlich die deutsche Sprache die officiële Landes-, Gesetz- und Gerichtssprache sei, und diese Verordnungen bisher keine Aenderung erlitten haben.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Recurs der Klägerin in der Erwägung, daß in Gemäßheit des Hofdecr. v. 22. December 1835, J. G. G. Nr. 109, den Parteien obliegt, allen nicht in der Gerichts- oder Landessprache ausgestellten Urkunden, wovon bei Gericht Gebrauch gemacht werden soll, beglaubigte Uebersetzungen in die Gerichtssprache beizulegen; daß durch die von dem D. L. G. citirten Verordnungen in Ober- und Niederschlesien die deutsche Sprache als officiële Landes-, Gesetz- und Gerichtssprache erklärt wurde, mithin durch die gleichlautenden Verfügungen beider Instanzen keine Willkür oder augenfällige Ungerechtigkeit begangen worden ist.

Nr. 8219.

Execution auf Dienstbezüge: Unstatthaftigkeit der klageweisen Geltendmachung der aus dem rechtskräftigen Executionsbescheid nachfolgenden Aenderungen der Bezüge abgeleiteten Befreiung von der Execution.

Entsch. v. 22. Dec. 1880, Nr. 13810 (Best. des das Urth. des O. G. Wolfberg v. 31. März 1880, Nr. 8408, aufheb. Urth. des O. L. G. Graz v. 9. Sept. 1880, Nr. 7688). Jur. Bl. 1881, Nr. 33.

Mit gerichtlichem Bescheid vom 24. September 1875 wurde dem B im Executionswege zur Hereinbringung seiner durch Urtheil vom 21. August 1875 erzielten Forderung von 1.604 fl. gegen den A von dem auf 960 fl. sich belaufenden Jahresgehalt des Letzteren als Geschäftsführer des C, der Betrag von 360 fl. eingeworfen und dem C aufgetragen, von den monatlich fällig werdenden Gehaltsraten des A je 30 fl. zurückzubehalten und dem B auszufolgen. Gegen diesen Bescheid wurde kein Rechtsmittel ergriffen. C, der nach einiger Zeit die Auszahlung an den B verweigerte, wurde von diesem im Jahre 1876 auf Zahlung einer verfallenen Monatsrate von 30 fl. belangt und wendete ein, daß A nur einen (nach §. 1 des Gesetzes vom 29. April 1873, R. G. Bl. Nr. 68, executionsfreien) Gehalt von 600 fl. bei ihm beziehe, indem weitere 600 fl. des nominell 1200 fl. betragenden Gehaltes im Sinne des §. 4 zweiter Satz des citirten Gesetzes auszuscheiden seien. — Von beiden Untergerichten wurde dem Klagebegehren mit der Begründung stattgegeben, daß die Tendenz des von dem Beklagten C angerufenen Gesetzes dahin gehe, den Schuldner seinem Gläubiger gegenüber in Ansehung des festgesetzten Einkommensminimum zu schützen, daß daher nur der Schuldner A ein rechtliches Interesse an der Geltendmachung dieses Schutzes habe und C hierzu nicht legitimirt sei. Nun belangte A den B mit Klage vom 22. October 1877 auf Anerkennung, daß die dem B mit dem Gerichtsbescheid vom 24. September 1875 bewilligte executive Einantwortung rechtsunwirksam sei, und begründete sein Begehren, unter Hinweis auf die §§. 2 und 4 des citirten Gesetzes, mit der bereits in dem früheren Proceß von C aufgestellten Behauptung, daß von seinem ursprünglich 960 fl. und dann 1200 fl. betragenden Gehalte nur 600 fl. wirkliches Gehaltseinkommen, die übersteigenden Beträge nach §. 4 des citirten Gesetzes in Abschlag zu bringen seien, und mit der weiteren Anführung, daß am 1. Juni 1877 zwischen ihm und C ein neuer Dienstvertrag zu Stande gekommen sei, in welchem sein Gehalt auch nominell auf 600 fl. festgesetzt und ihm außerdem nur für gewisse andere Leistungen, insbesondere Verpflegung des übrigen Dienstpersonales, bestimmte Entschädigungsbeträge zugesichert wurden. Der Beklagte widersprach diesen Anführungen und

wendete die Rechtskraft des Executionsbescheides vom 24. September 1875 ein. — Nach Aufnahme von Beweisen und Gegenbeweisen wurde in erster Instanz dem Klagebegehren, gegen Beschwörung der von A angeführten Thatfachen mit dem Erfüllungsseid, stattgegeben aus den nachstehenden Gründen: Durch den Executionsbescheid vom 24. September 1875 wurde dem B nicht der 600 fl. übersteigende Gehalt des A im Allgemeinen, sondern ein ganz bestimmter Betrag eingewantwortet und dem C die Ausfolgung eines ziffermäßig bestimmten Betrages von monatlich 30 fl. an B aufgetragen. C konnte daher nicht ohneweiters die Ausfolgung eines Gehaltstheiles des A an B mit der Motivirung verweigern, daß ein Ueberschuß über ein Einkommen von 600 fl. nicht vorhanden sei, und er wurde denn auch zur Auszahlung der von ihm vorenthaltenen Monatsrate von 30 fl. verurtheilt. Das Klagebegehren im vorliegenden Rechtsstreite ist zwar nicht correct gefaßt, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß ein derartiger Einantwortungsbescheid doch nicht fortwährend, ohne Rücksicht auf die Veränderung der Executionsobjecte, seine Rechtswirksamkeit äußern könne, weil er sonst ad absurdum führen müßte. Eine Vernichtung dieser Rechtswirksamkeit kann aber jetzt nur im Klagewege erfolgen, weshalb dem Klagebegehren gegen Ablegung der sententionirten Erfüllungsseide über im Sinne des §. 4 des citirten Gesetzes entscheidende Thatfachen, stattgegeben wurde. — Auf die Appellation des Beklagten wurde von dem D. L. G. das erstgerichtliche Urtheil nebst dem vorausgegangenen Verfahren aufgehoben und die Zurückstellung der Klage verordnet, mit der Begründung, daß von der Unwirksamkeit eines gerichtlichen Executionsbescheides nur dann die Rede sein könne, wenn die in demselben als Executionsobject bezeichnete Sache entweder gar nicht vorhanden oder vermöge allgemeiner gesetzlicher Vorschrift dem Verkehre überhaupt entzogen ist, daß dagegen in dem Falle, wo durch einen solchen Bescheid eine Sache in Execution gezogen wurde, die zwar existirt und im Verkehre steht, allein zufolge besonderer gesetzlicher Bestimmung von der Execution befreit ist, dieser Bescheid nicht als unwirksam, sondern vielmehr nur als ungesetzlich und daher ungiltig angefochten werden kann; daß A in der vorliegenden Klage nur geltend machen will, daß sein durch den Bescheid vom 24. September 1875 dem Beklagten eingewantelter Gehaltsbezug vermöge der besonderen Bestimmungen der §§. 2 und 4 des Gesetzes vom 29. April 1873, R. G. Bl. Nr. 68, von der Execution befreit sei, demnach seine Klageführung nur die Ungiltigkeitserklärung dieses Bescheides zum Zwecke hat; daß nach der ausdrücklichen Vorschrift des Hofdecretes vom 22. Juni 1836, J. G. G. Nr. 145, wider Executionsbescheide des Richters erster Instanz nur allein der Beschwerbeweg mittelst Recurses an das D. L. G. offen steht, dagegen Klagen, mit welchen die Erklärung der Nullität oder Ungiltigkeit begehrt wird, von dem Richter erster Instanz von Amt-

wegen zurückzuweisen sind, somit die Einleitung eines Rechtsverfahrens auf eine solche Klage und die Schöpfung eines Urtheiles selbst dann nicht platzgreifen kann, wenn die Parteien sich auch in eine Verhandlung darüber eingelassen hätten.

Auf den Revisionsrecurs des Klägers bestätigte der oberste Gerichtshof die Verordnung des D. L. G. in der Erwägung, daß er auf Grund des Urtheils vom 21. August 1875 von dem Beklagten erwirkte Executionsbescheid vom 24. September 1875 mit den Bestimmungen des §. 2 des Gesetzes vom 29. April 1873, R. G. Bl. Nr. 68, im Einklange und auch längst in Rechtskraft erwachsen ist; daß die Klage des Recurrenten auf keine solchen dem Urtheile nachgefolgten Thatfachen gestützt wird, kraft welcher die Forderung des Gläubigers B durch Zahlung, Novation, Erlassung der Schuld u. s. w. erloschen wäre; daß daher die Klage nach §. 1 des Hofdecr. vom 22. Juni 1836, J. G. G. Nr. 145, schon vom ersten Richter a limine hätte zurückgewiesen werden sollen.

Nr. 8220.

Inzulässigkeit der Anmerkung einer Klage auf bücherliche Uebertragung einer Hypothekarforderung.

Entsch. v. 22. Dec. 1880, Nr. 14343 (Best. des das Decr. des D. L. G. vom 27. Juli 1880, Nr. 4355, abänd. Decr. des D. L. G. Prag v. 6. Sept. 1880, Nr. 26389). Zeitschr. f. d. Notariat 1881, Nr. 16.

A beehrte die grundbücherliche Anmerkung der von ihm gegen B angestellten Klage auf bücherliche Cession einer Hypothekarforderung. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil bücherliche Klageanmerkungen nur in den §§. 59 bis 71 des Grundb.-G. bestimmten Fällen zulässig sind, von denen hier keiner vorliegt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung und in der weiteren Erwägung, daß der §. 73 Grundb.-G. zur Frage, inwiefern der Richter in anderen, als den im Grundb.-G. bestimmten Fällen eine Anmerkung im Grundbuche anzunordnen hat, auf das Gesetz vom 6. Februar 1869, R. G. Bl. Nr. 18, auf die Civilproceß- und Concursordnung verweist, keines dieser Gesetze aber von der Anmerkung von Klagen spricht, womit die Uebertragung einer bücherlichen Forderung begehrt wird.

Nr. 8221.

Directer Anspruch des Frachtführers gegen den Empfänger der Waare auf Ersatz des für die vom Absender unrichtig declarirte Waare gezahlten Nachtragszolles.

Entsch. v. 23. Dec. 1880, Nr. 12473 (Best. des das Urth. des B. G. der Alt- und Neustadt Prag v. 25. Juni 1880, Nr. 26936, abänd. Urth. des D. L. G. Prag v. 14. Sept. 1880, Nr. 21910). G. S. 1881, S. 250.

Die Firma C in Dresden versandte durch die österr. Nordwestbahn an B in Prag 54 Ballen, deren Inhalt als Reisabfälle declarirt war. Dem Frachtbrief gemäß hatte die Bahngesellschaft die Einfuhrzollgebühr vorzuschießen, deren Betrag per 33 fl. ihr B nach Empfang der Waare vergütete. Die Zollbehörde hatte von der Waarensendung eine Probe zurückbehalten, mittelst welcher sie constatirte, daß die als „Reisabfall“ declarirte Waare „enthülfter Reis“ war, und ließ sich die höhere Zollgebühr per 78 fl. von der Bahngesellschaft auszahlen, welche sodann mittelst Klage gegen B den von ihm verweigerten Ersatz forderte. — Dem in erster Instanz abgewiesenen Klagebegehren wurde von dem D. L. G. stattgegeben aus den nachstehenden Gründen: Die für den vorliegenden Fall entscheidende Hauptfrage: Ob der Beklagte für die richtige Zollgebühr der klagenden Bahngesellschaft haftbar sei, muß bejaht werden. Es ist allerdings richtig, daß ein unmittelbares, directes Vertragsverhältniß ursprünglich nur zwischen dem Frachtführer und dem Absender begründet und durch den betreffenden Frachtbrief erwiesen wird (Art. 391 S. G. B.). Allein nach Ankunft des Frachtgutes am Orte der Ablieferung ist der im Frachtbriefe bezeichnete Empfänger berechtigt, die durch den Frachtvertrag begründeten Rechte gegen Erfüllung der Verpflichtungen, wie sie der Frachtbrief ergibt, im eigenen Namen gegen den Frachtführer geltend zu machen, insbesondere den Frachtführer auf Uebergabe des Frachtbriefes und Auslieferung des Gutes zu belangen (Art. 405 S. G. B.), und hat der Frachtführer nach Uebergabe des Frachtbriefes an den hierin bezeichneten Empfänger nur dessen Anweisungen zu befolgen. Hierdurch tritt also der Empfänger in ein Rechtsverhältniß mit dem Frachtführer gemäß des Frachtbriefes ein. Im vorliegenden Falle hatte die klagende Bahngesellschaft die Zollgebühr für die vom Absender als Reisabfall declarirte Waare entrichtet; sie hat dieselbe im Betrage von 33 fl. gezahlt; der Beklagte hat nach Empfang der Waare diese Auslage ihr ersetzt und dadurch die Verfügung des Absenders, daß der Zoll von der Bahngesellschaft vorgeschossen und ihr von dem Empfänger vergütet werde, resp. seine Verpflichtung zur Zahlung des auf die Waare entfallenden Zolles überhaupt anerkannt. Bald nach dem Bezug der Waare hat die Zollbehörde gefunden, daß die als „Reisabfall“ declarirte Waare

enthältlicher Reis war, und demgemäß die höhere Zollgebühr per 78 fl. vorgeschrieben, welche die Bahngesellschaft zahlte und deren Ersatz sie an vom Beklagten begehrt. Der Beklagte vermeint nun für diese weitere Zollgebühr nach Uebernahme des Gutes und Zahlung der ursprünglich vorgeschriebenen Zollgebühr überhaupt nicht haftbar zu sein. Dies ist nicht richtig. Nachdem er die Waare empfangen hat, ist er nach §. 77 der Zoll- und Staatsmonopolsordnung für die Waarenerklärung und diese umfaßt nach §. 71 der Zoll- und Staatsmonopolsordnung die Verbindlichkeit, die entfallende Zollgebühr zu entrichten und für die nachtheiligen Folgen einzustehen, welche eine Unrichtigkeit in der Angabe der Erklärung nach sich zieht. Der überhaupt geltende Grundsatz, daß ein unverschuldeter Irrthum Niemanden zum Nachtheile, beziehungsweise Vortheile gereiche, ist auch im §. 219 d. Zoll- und Staatsmonopolsordnung ausgesprochen. Wenn nun die Finanzorgane später gefunden haben, daß die declarirte Waare nicht Reisabfall, sondern „Reis enthält“ enthalte, welche die Einhebung des höheren Zolles erfordert, so waren sie auch berechtigt, diesen höheren Zoll vorzuschreiben, und von der Bahngesellschaft, die zufolge Nachtragszoll und des Gesetzes dafür haftete, einzuhoben. Sie hat nun diesen Nachtragszoll gezahlt, und da auch der Beklagte nach dem Befragten für den richtigen Zoll haftbar ist, so hat er ihr denselben auch zu ersetzen (Art. 412 §. 3. G. B. und §. 1042 a. b. G. B.). In der Identität der Waare, von der der höhere Zoll berechnet wurde, ist der von dem Beklagten übernommenen Sendung kann nach den Aussagen der einvernommenen Zeugen und den vorliegenden Behelfen nicht wohl gezweifelt werden; daß die Sendung wirklich „Reis enthält“ enthielt und hierfür der richtige Zoll berechnet wurde, muß lange angenommen werden, als nicht das Gegentheil erwiesen ist. Der Umstand, daß die Klägerin den Beklagten erst mit Schreiben vom 21. Juni 1879 von der bereits am 7. Mai 1879 bezahlten höchsten Zollgebühr verständigte und ihn um deren Ersatz anging, kann den Beklagten von seiner Zahlungsverbindlichkeit nicht liberiren, einmal er nicht dargethan hat, daß er bei sofortiger Verständigung von der erfolgten Vorschreibung der höheren Zollgebühr irgend ein Resultat erzielt hätte, und daß ihm dies durch die von der Bahngesellschaft bereits geleistete Zahlung der Zollgebühr unmöglich geworden ist. Demnach mußte er dem Klagebegehren gemäß verurtheilt werden.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Erkenntniß mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung und in der weiteren Erwägung, daß den Gerichten eine Entscheidung über die Richtigkeit der Zollobmessung und die Gesetzmäßigkeit der Amtshandlung des Zollbeamten, resp. über die Identität der Probe, von welcher der Nachtragszoll bemessen wurde, mit der vom Beklagten bezogenen Waare gar nicht steht und es sich nur um die Entscheidung der Frage handelt, ob

der Beklagte der Klägerin den von ihr entrichteten Nachtragszoll zu vergüten habe, diese Frage aber nach §. 77 der Zoll- und Staatsmonopolsordnung und §. 1042 a. b. G. B. mit Recht bejahend beantwortet worden ist.

Nr. 8222.

Unstatthaftigkeit des Anspruchs auf pfandweise Beschreibung eines nichtverbücherten Hauses zur Sicherstellung des Miethrechts.

Entsch. v. 23. Dec. 1880, Nr. 13330 (Best. der gleichförmigen Decr. des O. G. Prosciutto v. 3. August 1879, Nr. 1643 und des O. L. G. Arden v. 27. Jänner 1880, Nr. 15753). G. S. 1881, S. 144.

Gegen B, der sein nicht verbüchertes Haus auf mehrere Jahre der k. k. Gendarmerie vermietet hatte, begehrte die Finanzprocuratur die pfandweise Beschreibung des Hauses zur Sicherstellung des Miethrechts.

Von dem obersten Gerichtshofe wurde das Gesuch in Uebereinstimmung mit den Untergerichten mit der Begründung abgewiesen, daß die Finanzprocuratur einen Rechtsgrund zum Pfandrecht (§. 451 a. b. G. B. und §. 36 Grundb.-G.) nicht bescheinigt hat; daß der vorgelegte Bestandvertrag einen Pfandrechtstitel um so weniger abzugeben vermag, als die in den §§. 1095 und 1121 a. b. G. B. vorgesehene Eintragung des Bestandrechts in die öffentlichen Bücher nur die Verdinglichung des ursprünglich persönlichen Bestandrechts, nicht auch die Erwerbung eines Pfandrechts zum Zweck hat; daß die citirten Gesetzstellen singuläre, durch Anwendung per analogiam nicht ausdehnbare Rechtsnormen enthalten; daß somit das angebrachte Gesuch um die pfandweise Beschreibung des nicht verbücherten Miethhauses zur Sicherstellung des Miethrechts jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt.

Nr. 8223.

Erwähnung des Legates des Fruchtgenusses in dem dem Testamentserben erteilten Einantwortungsdecrete.

Entsch. v. 28. Dec. 1880, Nr. 13925 (Abänd. der gleichförmigen Decr. des O. G. Arden v. 15. Mai 1880, Nr. 11323 und des O. L. G. Arden v. 26. August 1880, Nr. 10996). G. S. 1881, S. 161.

Die Verlassenschaft der M wurde ihrer testamentarischen Alleinerbin A eingeantwortet. Der Ehemann der Verstorbenen recurrirte

gegen das Einantwortungsdecret, weil darin von dem in dem Testament ihm vermachten Nutzgenuß der Nachlassrealität X keine Erwähnung geschah. — Das D. L. G. verwarf den Recurs.

Der oberste Gerichtshof verordnete im Wege der a. o. Revision mit Berufung auf die Vorschrift des §. 174, Abs. 3 des Gesetzes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, die Ergänzung der Einantwortungsurkunde durch den Beisatz, daß dem A in Folge der letztwilligen Anordnung der M der Fruchtgenuß der Liegenschaft X vorbehalten wird.

Nr. 8224.

Rückwirkung der civilrechtlichen Bestimmungen des für Galizien erlassenen Gesetzes gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften: Nichtberücksichtigung statutarischer Befreiungen von der vormaligen Zinstaxe.

Entsch. v. 28. Dec. 1880, Nr. 14201 (Best. der gleichförmigen Decr. des R. G. Colla v. 12. April 1880, Nr. 431 und des D. L. G. Lemberg v. 21. Sept. 1880, Nr. 23932). G. S. 1881, S. 213.)

In dem von B der k. k. priv. galiz. landwirthschaftlichen Creditbank im Jahre 1873 über eine Darlehensschuld von 178 fl. ausgestellten Schuldschein verpflichtete sich B zur jährlichen Verzinsung des Capitals mit 12 % und außerdem, für den Fall seiner Mora, zur Zahlung 15percentiger Verzugszinsen, unter Verpfändung seiner Liegenschaft. Im Jahre 1880 wurde das Pfandgut in Execution gezogen, zwangsweise verkauft und von der Creditbank das Capital mit den 12 % Zinsen, die zur Verfallszeit noch nicht berichtigt waren, und den 15% Verzugszinsen seit der Verfallszeit zur Meistgebotsvertheilung angemeldet. — Das Executionsgericht schloß von der Anweisung auf den Rausschilling die 15% Morazinsen aus mit folgender Begründung: Da ein derart überhöhter Zinsfuß unzweifelhaft den Ruin eines jeden Schuldners, insbesondere eines bäuerlichen Grundbesitzers nach sich ziehen muß, so war das Gesetz v. 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften) zur Anwendung zu bringen, ohne Beachtung der von der Creditbank vorgebrachten Einwendung, daß die in Rede stehende Forderung noch vor der Emanation des citirten Gesetzes entstanden ist. Denn dieses Gesetz wirkt nur in jenen Fällen nicht zurück, wo es sich um Anwendung der strafgesetzlichen Normen durch den Strafrichter handelt. Anders verhält es sich mit den civilrechtlichen Bestimmungen desselben. Wenn nämlich die Strafuntersuchung wegen anderer Gründe, als wegen Abgangs des Thatbestandes einer strafwürdigen

Handlung nicht Platz greifen kann, ist der Civilrichter von Amtswegen verpflichtet, das erwähnte Gesetz bei Inbetrachtung von Creditgeschäften anzuwenden, während die strafgerichtliche Erhebung mit Rücksicht auf den vor der Promulgation des Gesetzes erfolgten Geschäftsschluß nicht eintreten kann. — Das D. L. G. bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung und der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs der Creditbank mit der Bemerkung, daß, wenn dieselbe in dem Recurse die Zulässigkeit der Anwendung des Gesetzes vom 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66, mit Berufung auf ihre Privilegien bestreitet, dagegen in Betracht zu ziehen ist, daß diese Privilegien im Sinne des Art. VII der Ministerialverordnung vom 28. October 1865, R. G. Bl. Nr. 110, insoweit erloschen sind, als sie durch spätere gesetzliche Bestimmungen derogirt wurden.

Nr. 8225.

Löschung der Pränotation einer Wechselforderung nach rechtskräftiger Abweisung der Wechselflage ungeachtet der hierauf erfolgten Anstellung der gemeinrechtlichen Klage.

Entsch. v. 28. Dec. 1880, Nr. 14211 (Best. des Decr. des R. G. Taron v. 8. Mai 1880, Nr. 5739, Abänd. des Decr. des D. L. G. Kratoch von 25. August 1880, Nr. 12796). G. S. 1881, S. 192.

A belangte die B wegen Zahlung einer Wechselforderung von 900 fl., erwirkte die Zahlungsauflage und sodann die Bewilligung der Pränotation des Pfandrechtes auf einem Grundstück der B zur Sicherstellung, welche auf Requisition des Proceßgerichtes von dem Grundbuchsgericht vollzogen wurde. In Folge der Einwendungen der B wurde der Zahlungsbefehl aufgehoben und die Klage des A rechtskräftig abgewiesen, worauf er gegen die B eine neue, gemeinrechtliche Klage auf Zahlung der dem Wechselgeschäft unterliegenden Darlehensschuld von 900 fl. anstellte. Nun überreichte die B gegen den A das Gesuch um Löschung der Pfandrechtspränotation, welches, nach vorgängiger Verhandlung (§. 45 Grundb.-G.), in erster Instanz bewilligt und von dem D. L. G. mit der Begründung abgewiesen wurde, daß die B erst nach der zweiten Klage des A um die Löschung der Pränotation gebeten und nicht behauptet hat, daß der Gegenstand des Wechselprocesses ein anderer war, als jener der zweiten Klage; daß Wechselforderungen auch im ordentlichen Rechtswege eingeklagt werden können, A daher nachgewiesen hat, daß der Rechtsstreit, auf Grund dessen die Pränotation gerechtfertigt werden kann, im Zuge ist.

Der oberste Gerichtshof restituirte den erstgerichtlichen Bescheid.
Gründe: Das Löschungsgeſuch der B iſt durch die maßgebenden Vorſchriften der §§. 40, 41 lit. b und 47 Grundb.-G. gerechtfertigt und es wird die Geſetzmäßigkeit des demſelben willfahrenden erſtgerichtlichen Beſcheides dadurch nicht alterirt, daß A nach Aufhebung der Wechſelzahlungsaufſage, auf Grund welcher die Pränotation beſtellt wurde, gegen die B die Klage auf Zahlung der Darlehensſumme per 900 fl. angebracht hat, weil dieſe Klage, als auf einem ganz anderen Rechtsgrunde beruhend, mit dem früher durchgeführten Wechſelſtreite nichts gemein hat und daher auch nicht auf Wiederherſtellung der aufgehobenen Zahlungsaufſage gerichtet iſt.

Nr. 8226.

Rückwirkung der civilrechtlichen Beſtimmungen des für Galizien erlaſſenen Geſetzes wider unredliche Vorgänge bei Kreditgeſchäften: Nichtberückſichtigung ſtatutarischer Befreiungen von der vormaligen Zinſtaxe.

Entſch. v. 28. Dec. 1880, Nr. 14253 (Beſt. der gleichförmigen Decr. des O. G. Czernowitza v. 11. Mai 1880, Nr. 3252 und des O. L. G. Lemberg v. 21. Juli 1880, Nr. 17935). G. S. 1881, S. 213.

Thatbeſtand und Judicate wie bei der oberſtgerichtlichen Entſcheidung vom 28. December 1880, Nr. 14201 (Nr. 8224 der Sammlung).

Nr. 8227.

Executiver Verlauf der Brandſtätte einer verſicherten Mühle: Zuweiſung der Brandſchadenvergütung an die Tabulargläubiger.

Entſch. v. 28. Dec. 1880, Nr. 14474 (Beſt. des Decr. des O. G. Lemberg v. 1. Auguſt 1880, Nr. 7950, Abänd. des Decr. des O. L. G. Prag vom 21. Sept. 1880, Nr. 27997). Jur. Bl. 1881, Nr. 10.

Nachdem die gegen Brand verſicherte Mühle des B durch einen Feuerbrand zerstört und im Executionswege als Brandſtätte veräußert worden war, ertheilte das Gericht erſter Inſtanz auf das Geſuch des Tabulargläubigers A der Verſicherungsanſtalt den Aufſag, den dem B zukommenden Brandſchadenersatzbetrag für Rechnung der Tabulargläubiger der abgebrannten Mühle bei Gericht zu depo-

niren. — Auf den Recurs der Affecuranzgesellschaft und des Ersterers der Mühle verordnete das D. R. G. die gerichtliche Deposition des Brandschadenersatzbetrages für Rechnung der abgebrannten Realität, weil bei dem Umstand, daß die Brandschadenvergütungen ihrem Zwecke zur Wiederherstellung der durch Feuer beschädigten Gebäude nicht entzogen werden dürfen und die Hypothetargläubiger nur berechtigt sind, zu begehren, daß diese Entschädigungen auf wirkliche Herstellung des Gebäudes verwendet werden (Hofdec. vom 18. Juli 1828, J. G. G. Nr. 2354), die Brandschadenersatzsumme keineswegs zu Handen der Hypothetargläubiger, sondern zu Handen des abgebrannten Reale in die gerichtliche Verwahrung zu erlegen ist.

Auf den Recurs des A restituirte der oberste Gerichtshof den erstgerichtlichen Bescheid. Gründe: Das Hofd. vom 18. Juli 1828, J. G. G. Nr. 2354, verordnet, daß die den Inhabern affecurirter Gebäude von den Feueraffecuranzanstalten zu leistenden Brandschadenvergütungen weder durch Cessionen, noch durch gerichtliche Verbote und Executionsführungen ihrem Zwecke zur Wiederherstellung der durch Feuer beschädigten Gebäude entzogen werden dürfen, und dieser Verordnung liegt die darin ausgesprochene Absicht zum Grunde, daß die Vergütungsgelder unfehlbar ihrem Zwecke gemäß zur Herstellung der beschädigten Gebäude verwendet, und daß insbesondere die Hypothetargläubiger im entgegengesetzten Falle nicht an ihren Pfandrechten verkrüzt werden. Der erwähnte „entgegengesetzte Fall“ ist eben jener, wo der Wiederaufbau des abgebrannten Gebäudes durch den Inhaber des affecurirten Gebäudes nicht mehr stattfinden kann, es sei, daß ihm die Wiederherstellung des abgebrannten Objectes von der Behörde nicht mehr bewilligt wurde, oder daß er durch den executiven Verlauf der Brandstätte aus dem Besitze gekommen ist. In diesen und anderen Fällen sollten durch die oben citirte Verordnung die Pfandrechte der Hypothetargläubiger der abgebrannten Realität anderen Ansprüchen gegenüber in Schutz genommen werden; es haben daher in dem vorliegenden Falle der executiven Veräußerung der Brandstätte jene Hypothetargläubiger, welche aus dem Meistgebot nicht befriedigt werden können, nach ihrer bürgerlichen Rangordnung auf die Brandschadenvergütung den nächsten Anspruch und nicht der licitatorische Ersteher der abgebrannten Mühlrealität, welcher dieselbe nach den Feilbietungsbedingungen als Brandstätte gekauft hat. Die erstgerichtliche Bestimmung, daß der Erlag des in Rede stehenden Brandschadenvergütungsbetrages zu Handen der Tabulargläubiger der Mühlrealität zu geschehen habe, steht demnach im Einklange mit der citirten Verordnung.

Nr. 8228.

Unzulässigkeit von Arreststrafen zur Erzwingung der Rückkehr der Ehegattin in das Haus des Eatten.

Sch. v. 28. Dec. 1880, Nr. 14825 (Abänd. der gleichförmigen Decr. d. O. Lomitz v. 22. Oct. 1880, Nr. 5803 und des O. L. G. Prag v. 16. Nov. 1880, Nr. 33968). Jur. Bl. 1881, Nr. 5.

Auf Einschreiten des A wurde in erster Instanz seiner Ehefrau welche — nach ihrer Angabe wegen Mißhandlung und vielfacher Anklagen — sein Haus verlassen hatte, die Rückkehr mit Androhung einer Arreststrafe von vier Tagen aufgetragen, der Austrag nach Istredung der Strafe unter Androhung des achttägigen Arrestes zuerkannt, sodann der Vollzug dieser Strafe gegen die unfolgsame B befohlen und ihr unter Einem die Rückkehr in das Haus des A Strafe des 16tägigen Arrestes anbefohlen.

Gegen diese in zweiter Instanz bestätigte Verfügung ergriff die B den a. o. Recurs an den obersten Gerichtshof, welcher demselben stattgab und das Begehren des A um Vollzug der achttägigen und Androhung der 16tägigen Arreststrafe abwies. Gründe: Nach der Bestimmung des §. 19 des kaiserl. Patentgesetzes vom 9. August 1854, G. Bl. Nr. 208, sind gegen eine Partei, welche die an sie ergangene Verfügung des Richters unbefolgt gelassen, angemessene Zwangsmittel in Anwendung zu bringen. In dem vorliegenden Falle, es sich um die Durchsetzung der Verbindlichkeit der B ihrem Ehemann in dessen Wohnsitz zu folgen, handelt, können als angemessene Zwangsmittel nur jene erkannt werden, welche dem zu erreichenden Zweck entsprechen und den beabsichtigten Erfolg herbeizuführen geeignet sind. Als solche Zwangsmittel können aber keineswegs Arreststrafen angesehen werden, die nur geeignet wären, die Abneigung der B, ihre Pflicht durch die von ihr behauptete üble Behandlung, namentlich die von A selbst in dem Protokolle vom eingestandene Mißhandlung derselben (durch Schläge) begründet wurde, zu verstärken ja bis zur Erbitterung zu steigern und die anzustrebende Ausöhnung unmöglich zu machen. Das von A gestellte Begehren ist daher aus dem Standpunkte des Gesetzes nicht gerechtfertigt.

Nachtrag.

Nr. 8229.

Schenkung unter Lebenden oder auf den Todesfall? —
Annahme der Schenkung für den Bewidmeten durch eine
Mittelsperson.

Entsch. v. 11. Jänner 1879, Nr. 12447 (Best. des Urth. des L. G. Czernowitz
v. 17. Dec. 1878, Nr. 28189, Abänd. des Urth. des D. L. G. Lemberg v.
29. Juli 1879, Nr. 14375). Zeitschrift f. d. Notariat 1880, Nr. 48.

Am 3. November 1876 übergab der krank darniederliegende M
dem A drei Staatsschuldverschreibungen à 3000 fl. mit den Worten:
„Diese 9000 fl. in Obligationen schenke ich der Universität C.
Daraus soll ein meinen Namen führender Stipendienfond erricht
und die Renten zu gleichen Theilen als Jahresstipendien unter die
Universitätshörer vertheilt werden. Behalte diese geschenkten und Dir
übergebenen Obligationen vorläufig bei Dir und mache bis zu meinem
Tode Niemand davon eine Mittheilung. Nach meinem Tod trage sie zu
meinem Freund, dem rechtskundigen D, damit er die weiteren Schritte
zur Errichtung der Stiftung unternehme.“ Nach dem Tod des M
ließ sich der in der Verlassenschaftsabhandlung als Gerichtscommissär
fungirende Notar die Obligationen von dem A herausgeben und
deponirte sie bei Gericht. In Vertretung der von der Landesbehörde
genehmigten Stiftung begehrte die Finanzprocuratur die Ausfolgung
der Werthpapiere und als ihr von dem Abhandlungsgericht dieselbe
verweigert wurde, belangte sie unter freiwilliger Vertretungsleistung
des A die Erben des M mit dem Begehren um Zuerkennung des
Eigenthums der Stiftung an den deponirten drei Obligationen und
um deren Ausfolgung. — Das Gericht erster Instanz erkannte nach
dem Klagebegehren unter der Bedingung, daß die Klägerin mit dem

en Beklagten bestritten und im Rückschiebungsfall von A zu schwörenden Haupteid den oben angeführten — von den Beklagten gegnerten — Vorgang zwischen dem M und dem A beweise. — Vom D. L. G. wurde die Klage unbedingt abgewiesen aus folgenden Gründen: Es kommt nur darauf an, ob die Erklärung des M in Verbindung mit der Uebergabe der Obligationen als eine Schenkung unter Lebenden oder als eine Schenkung auf den Todesfall (Vermächtniß) aufzufassen sei. Erwägt man, daß M seine Erklärung mündlich abgab, sich des Befugnisses des Widerrufs nicht ausdrücklich gab und aussprach, es solle vor seinem Ableben Niemandem Mittheilung gemacht werden; daß A bloß Depositar und Vollstrecker des letzten Willens war, übrigens auch als negotiorum gestor die Schenkung rechtsgiltig erst nach dem Tode des M Namens der Stiftung annehmen konnte, so kann man im Hinblick auf die klare Bestimmung des §. 956 a. b. G. B. die Erklärung des M nur als ein Vermächtniß ansehen, welches aber wegen Außerachtlassung der Formlichkeiten eines letzten Willens den von den Beklagten bestrittenen Forderungsanspruch nicht zu begründen vermag.

Der oberste Gerichtshof restituirte das erstgerichtliche Urtheil. Gründe: Das D. L. G. hat mit Recht angenommen, daß die Entscheidung in erster Linie von der Frage abhängt, ob eine Schenkung unter Lebenden oder auf den Todesfall vorliegt, weil je nach Beantwortung derselben die gerichtlich deponirten Obligationen als Eigenthum der Stiftung oder noch als Eigenthum der Verlassenschaft des M anzusehen sind. Die Folgerung des D. L. G. aber, daß hier keine Schenkung auf den Todesfall vorliege, kann nicht als richtig angenommen werden; denn wenn M wirklich dem A in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer ohne Auftrag für die Universität C die Obligationen zu dem Zwecke schenkte und übergab, damit daraus ein Stipendienfond für die von ihm vorgesehene Stiftung creirt werde, so sind hierin alle gesetzlichen Erfordernisse einer unter Lebenden perfect gewordenen mündlichen Schenkung einer beweglichen Sache im Sinne der §§. 938 und 943 a. b. G. B. erschöpft. Durch die weiters beigefügten Bestimmungen des Geschenkgebers, die Schenkung bis zu seinem Tode geheim zu halten, und sodann die Obligationen dem D behufs Realisirung der Stiftungsanordnung zu übergeben, wird hieran nichts geändert, weil die Schenkung unter Lebenden nach obiger Erklärung des M und durch die Uebergabe der Obligationen an den vom Geschenkgeber selbst gewählten Vermittler und negotiorum gestor der Universität bereits vollzogen war und durch die weiteren Anordnungen des M (Geheimhaltung bis zu seinem Tode, Realisirung der Stiftung nach seinem Tode durch D) die Natur des bereits perfect gewordenen und die Erwerbung des Eigenthumes für die beschenkte Universität begründenden Schenkungsactes unter Lebenden nicht alterirt werden kann. Denn abgesehen davon, daß der

Geschenkgeber mannigfache Motive haben konnte, die beabsichtigte Schenkung zu Gunsten einer moralischen Person bis zu seinem Tode der Oeffentlichkeit zu entziehen, und daß die dem D vom Geschenkgeber überlassene Intervention nicht als zum Wesen des bereits perfecten Schenkungsactes gehörig, sondern nur als eine zum Zwecke der formellen Realisirung durch eine vollkommen gesetzkundige Person getroffene Verfügung angesehen werden muß, liegt es schon im Begriff einer Schenkung auf den Todesfall, daß die Uebergabe des geschenkten Gegenstandes erst nach dem Tode des Geschenkgebers erfolge, während bei der sofortigen Uebergabe dieses Objectes eben darin die deutliche Erklärung, daß der Beschenkte sogleich Eigenthümer der Sache werden sollte, gefunden werden muß, weshalb auch der vom D. R. G. betonte Abgang eines Verzichtes auf den Widerruf sich als bedeutungslos herausstellt, weil es sich eben um eine perfecte Schenkung inter vivos und nicht um eine Schenkung auf den Todesfall handelt. Liegt nun in der That eine Schenkung inter vivos vor, so ist in zweiter Linie die Frage zu entscheiden, ob die Intervention des A im Namen der Universität und in der Eigenschaft als Geschäftsführer ohne Auftrag zur Annahme des Schenkungsversprechens und Uebernahme des Schenkungsobjectes gesetzlich zulässig war und somit rechtliche Wirkung habe. Diese Frage muß nach §. 1037 a. b. G. B. bejaht werden, weil A durch die Uebernahme der Obligationen für die Universität, der hiedurch keine Lasten und Verbindlichkeiten auferlegt, sondern nur Rechte eingeräumt wurden, zum klaren und überwiegenden Vortheile derselben gehandelt hat und sonach im Sinne des citirten Paragraphen als Geschäftsführer ohne Auftrag der Universität anzusehen ist, vom Geschenkgeber auch offenbar als solcher angesehen wurde und in dieser Eigenschaft das Eigenthum der geschenkten Obligationen nicht für sich, sondern wie ein Bevollmächtigter nur für die Universität erworben hat, und daher seine Intervention in dieser Eigenschaft gesetzlich gerechtfertigt erscheint. In Erwägung aller dieser gesetzlichen Bestimmungen kommt es nur auf den Beweis der in der Klage geltend gemachten, von den Beklagten in Abrede gestellten Vorgänge an, von welchem das Gericht erster Instanz mit Recht die Entscheidung des Processes abhängig gemacht hat.

Nr. 8230.

Unzulässigkeit der Execution eines die Zahlung „nach Thunlichkeit“ zusichernden, gerichtlichen Vergleiches.

Entsch. v. 24. Dec. 1879, Nr. 14107 (Best. der gleichförmigen Decr. des k. k. O. B. Wien v. 2. Sept. 1879, Nr. 132463 und des O. L. G. Wien vom 5. Nov. 1879, Nr. 17289). Allgem. Juristen-Zeit. 1881, Nr. 26.

Der Proceß des A gegen den B wurde durch gerichtlichen Vergleich vom 17. Juni 1878 abgethan, in welchem B sich verpflichtete, dem A 1050 fl. „nach Möglichkeit und Thunlichkeit“ zu zahlen. Am 2. April 1879 überreichte A das Gesuch um Pfändung der Mobilien des B zur Hereinbringung dieser Forderung, eventualiter um Festsetzung der Erfüllungsfrist (§. 904 a. b. G. B.) nach vorgängigem Gehör der Parteien. Von dem Gericht erster Instanz wurde die Pfändung verweigert, in Gemäßheit der Eventualbitte eine Tagfahrt zur Verhandlung anberaumt und, da dieselbe zu einer Einigung der Parteien nicht führte, mit Endbescheid auch das Eventualbegehren des A abgewiesen. — Das O. L. G. bestätigte diesen Bescheid in der Erwägung, daß die streitige Frage der Fälligkeit einer Forderung, gleich jener nach ihrer Richtigkeit, nur nach vorgängiger Klage entschieden werden kann (§. 1 a. G. O.); daß der §. 904 a. b. G. B. die Vorschriften der Civilproceßordnung unberührt läßt und nur bestimmt, daß in dem dort vorausgesetzten Fall der nach Möglichkeit der Thunlichkeit zugesagten Erfüllung eines Vertrags der richterliche Spruch den Vertragswillen zu suppliren hat; daß also bei dem Mangel einer gesetzlichen Bestimmung, wornach diese Frage auf amtlichem Weg zu entscheiden wäre, es bei der obigen Regel der a. G. O. zu verbleiben hat; daß die Rechtskraft des ersten Bescheides, mit welchem zur Bestimmung der Erfüllungsfrist eine Verhandlung eingeleitet wurde, dem nicht entgegensteht, weil durch diese Einvernehmung der Parteien der definitiven Entscheidung des Richters in keiner Weise vorgegriffen worden ist.

Der oberste Gerichtshof verwarf den a. o. Revisionsrecurs des A mit Bezugnahme auf die vorstehende Begründung der obergerichtlichen Entscheidung.

Verzeichniß

der einschlägigen und citirten Gesetzstellen.

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch.

Rundm.-Pat. Nr. 91,	§§.	Nr.	§§.	Nr.
713, 1694, 3797,		3765, 3797,		1703, 1879,
4488, 5510,		3975, 4488,		3615, 4182,
6803, 7037,		4586, 4637,		5024, 5423,
7444		4678, 4729,		6568, 6804,
§§.	Nr.	4863, 4948,		7589, 7689,
1 2859, 5223,		5088, 5862,		7934, 8109
6172		5932, 6488,	8 6332, 7573	
2 .. 585, 587, 833,		7037, 7117,	10 1154, 2402,	
1386, 2398,		7181, 7444,	3650, 4231,	
3106, 4684,		7574, 7596,	6061	
5737, 6209,		7693	12 .. 130, 412, 679,	
6259, 6964	6 ... 251, 311, 507,		931, 978, 1003,	
3 5737	628, 671, 676,		1024, 1071,	
4 1320, 3849,	1412, 1425,		1245, 1252,	
4018, 4290,	1832, 1864,		1620, 1643,	
5510, 5904,	2132, 2798,		2412, 2580,	
6141, 6471,	3839, 4592,		2709, 3064,	
7289	5697, 5912,		5510, 5527,	
5 40, 78, 389,	6272, 6337,		6061, 6332,	
481, 565, 694,	6350, 6379,		6432, 6891,	
764, 1079, 1194,	6453, 7506,		7159, 7674,	
1694, 1780,	8178		8149	
1783, 1850,	7 ... 408, 573, 575,			
1986, 2701,	867, 904, 917,	17 3101		
2887, 3104,	973, 1145,	18 7917		
3264, 3570,	1374, 1443,	19 1523, 3245,		

№т.	§§.	№т.	§§.
3462, 3634, 3933, 594391, 5223, 419, 491, 1832, 3244, 5454, 6392, 6414 423, 1498, 2823, 6317, 7755 5346, 6584 929, 2042, 3847, 3988, 4168, 4608, 5494, 8185 3577 547, 3101, 3207, 3642 ... 4828, 6291, 6471, 6867, 7064, 7099 ... 6867, 7064 ... 2148, 6867, 7064, 7289, 8066, 8201 82, 1320, 1511, 3904, 4290, 4971, 5704, 6101, 6867, 7064 6867 5477 ... 1910, 3665, 4386, 5225, 7934 773, 1704, 3074, 4419 .. 3074, 4700 7934 7934 .. 5909, 7934 6016 .. 6016, 6110 .. 3998, 7934 .. 5909, 7934 .. 5555, 7934	58524, 5626, 7934 59 7934 605902, 5966, 6271 613958, 5233, 5234 624018, 6289, 6471, 7289, 8201 63 5904, 6141 64 6366, 6867 695555, 5654, 5909 70 5555, 5909 71 5909 74 5555, 5909 755225, 5556, 5654, 6964, 8066 80 5225, 7934 81 5225 88 5909 91 ..290, 390, 867, 889, 1119, 1639, 1712, 1779, 1896, 1931, 2148, 2606, 2635, 2646, 2677, 2947, 3021, 3063, 3335, 3653, 3860, 4258, 4545, 4590, 4623, 4882, 4946, 5090, 5110, 5491, 6286, 6683, 7104, 7251, 7556, 7705, 8010 92 609, 1363, 1931, 2635, 2646, 2869,	5626, 7934 7934 5966, 6271 5233, 5234 6289, 7289, 8201 6141 6867 5654, 5909 5909 5909 5556, 6964, 8066 7934 5225 5909 867, 1639, 1779, 1931, 2606, 2646, 2947, 3063, 3653, 4258, 4590, 4882, 5090, 5491, 6683, 7251, 7705, 8010 1363, 2635, 2869,	3576, 3665, 4152, 4386, 4621, 4650, 4664, 5166, 5912, 5958, 6721, 7251, 7348, 7366, 7736, 8010, 8228 93 ...1712, 2635, 2869, 3021, 3076, 3665, 3782, 4343, 4386, 4590, 4621, 4750, 5125, 5907, 6480, 6683, 6721, 7251, 7366, 7563, 7736, 8010 94 ...3998, 4974, 5225, 5909, 6141, 6289, 6964, 8201 95 5909 96 ... 4399, 4974, 5909, 6271, 6964 97 5909 98 ... 5909, 6471 99 ...6, 557, 5902 100 5902 101 5909 102 5909 103 8, 3020, 4343, 4590 104 8, 3602, 5351, 7251, 8188 105 ...8, 867, 889, 4590, 5426 106 889 107 .. 8, 609, 1954, 2101, 3335,

§§.	9r.	§§.	9r.	§§.	9r.
	3602, 3665,		7703, 7705,		5477, 5535,
	4590, 5110,		7757, 8010		7348, 7916
	5166, 5288,	119	6471	143	2636, 3244,
	5351, 5426,	120	524, 5994		4613, 4814,
	6563, 6683,	121	524, 5994		5477
	7168, 7366,	123	1356	144	5477
	7705, 7806	124	7934	145	4061, 5958,
108	290, 867, 1145,	125	5807, 7934		6909
	1702, 1910,	126	7934	146	5477
	2806, 3021,	127	5225, 7934	147	2132, 2545
	3860, 4623,	128	7934	148	2132, 3260,
	5090, 7703,	129	7934		4061, 5477,
	7757	130	7934		6872
109	1356, 1987,	131	7934	149	269, 788,
	2101, 2105,	132	2854, 7934		2132, 3050,
	4077, 4337,	133	1356, 7589,		3777, 4525,
	4421, 4432,		7934		5477, 5523
	5366, 5650,	134	1356, 7083,	150	129, 728,
	5907, 6855,		7589, 7934		2132, 3744,
	7031, 7251	135	1356, 4387,		3777, 3935,
110	4399, 4882,		7083, 7589,		4236, 4613,
	5560		7934		7801
111	4018, 5047,	136	7589, 7934	151	2132, 8062
	6289, 6471,	137	6332	152	423, 550,
	6495, 7289,	138	1926, 1981,		1676, 2132,
	7589, 8201		2881, 3895,		2937, 2963,
114	3196, 7495		4416, 4928,		4171, 4953,
115	525, 1356,		5620, 6885,		5523, 6642,
	2101, 2283,		7055, 7242,		7402, 7787,
	4421, 4750,		7785		8095
	5047, 6471,	139	307, 616,	153	1676
	6941, 7245,		2636, 3426,	154	3626, 4749,
	7563, 7589,		4024, 4061,		5477, 6142,
	7934		5958, 7056,		6778, 7247,
116	6471, 7589,		7467, 7780		7836, 8040
	7934	141	1119, 2619,	155	2619, 3605,
117	290, 867,		4373, 5477,		3692, 7785
	1145, 1702,		6872, 7801,	156	615, 3605,
	1842, 1910,		8160		3692, 4704,
	2806, 3021,	142	881, 1050,		5620, 5867
	3244, 3860,		1119, 1130,	157	5867, 7785
	4623, 5090,		2007, 2146,	158	554, 557,
	6715, 7562,		2492, 3262,		1651, 1926,
					1981, 2727,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	2745, 3310,		3676, 3758,	168	... 326, 1571,
	3895, 4080,		4115, 4290,		3758, 4689,
	4523, 5620,		4373, 4417,		5111, 6142,
	5662, 5867,		4613, 4636,		6347, 6872
	6885, 7055,		4668, 4749,	169	... 4689, 6142
	7242, 7780		4828, 5111,	170	... 3541, 4373,
9	... 1651, 1981,		5177, 5231,		5111, 5281,
	2885, 2881,		5320, 5338,		5320, 5338,
	3310, 3895,		5476, 5727,		6872, 8037
	4523		5990, 6142,	171	6, 1534, 2268,
0	... 6511		6347, 6872,		2735, 4373,
1	... 2723, 3605,		6977, 7242,		5177, 5990
	6488, 6511		7319, 7442,	172	... 3891, 4171
2	... 6511		7464, 7780,	173	... 575, 3891
3	... 6, 133, 326,		7867, 8026,	174	... 989, 2937,
	420, 634, 852,		8107, 8160		3260, 4171,
	875, 1029,	167	... 6, 46, 326,		5360, 5965
	1136, 1278,		517, 733, 773,	175	... 1028, 3469,
	1426, 1899,		851, 1029, 1089,		3769, 3777,
	2157, 2376,		1092, 1248,		5400, 7267,
	2660, 2723,		1375, 1426,		7373
	2897, 3122,		1534, 1889,	176	... 685, 4061
	3182, 3373,		2054, 2262,	177	... 4061
	3443, 3605,		2619, 2735,	178	... 3244, 3260,
	3628, 3854,		2951, 3181,		5322, 7168
	3862, 4028,		3369, 3378,	179	... 4206, 5449
	4416, 4872,		3400, 3443,	181	... 1539, 2627
	5269, 5338,		3541, 3677,	182	... 4206
	5620, 5867,		3758, 3974,	186	... 4613
	6884, 6958,		4004, 4096,	187	... 7353
	7055, 7290,		4115, 4290,	188	... 7512
	7327, 7785,		4306, 4417,	192	... 4342
	7930, 8053		4613, 4636,	193	... 1742
4	... 2723, 2729,		4668, 4770,	195	... 6540
	8053		5111, 5177,	197	... 2318, 4525
5	... 133, 4529		5231, 5338,	198	... 6540
6	... 6, 46, 307,		5714, 5727,	200	... 3891
	326, 733, 773,		5990, 6052,	209	... 2318
	1029, 1248,		6142, 6248,	213	... 2833
	1426, 1832,		6561, 6872,	218	... 1571
	2262, 2268,		6977, 7442,	219	... 773, 4613
	2619, 2735,		7464, 7867,	220	... 4373, 4613
	3227, 3400,		7930, 8026,	221	... 2636, 4613
	3443, 3541,		8053, 8107		

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
228613, 1804, 2318, 7909		6642, 7353, 7900, 7941		1445, 1804, 2318, 3777,
230	...3309, 5097, 7402	252989, 2545, 3254, 3260,		3891, 7909, 8095
2317402		3469, 3723,	287488, 573, 1194, 1421,
2327077		4171, 4321,		3109, 7596
233	361, 362, 371, 466, 550, 682, 866, 960, 1139, 1445, 1706, 1804, 2666, 2881, 2963, 3003, 4842, 5195, 5523, 6642, 6768, 7402, 8095	254	...1742, 2318, 7077	288573, 3378, 7595
2341706	2562318	2893378
236509, 613, 2942, 8095	2597697	290	...4422, 4774, 6716
2377337	260	...3769, 5400	292771, 2582, 7409
238	...2132, 4376, 7077	2627011	293559, 1343, 1462, 4943
239804	2633777	294	..96, 392, 711, 1178, 1343, 1496, 2534, 3906, 4208, 4646, 5087, 5519, 5547, 5605, 5683, 5705, 5805, 6389, 6450, 6757, 7160, 7573
241804	264613, 7011	295587, 1064, 1201, 1496, 4208, 4463, 5519, 5547, 6389, 6770
2427386	2651824	296	...1496, 2534, 3814, 4208, 5547, 5683, 6306, 6389, 7160
243	...1676, 3168, 3309, 4693, 7103	266531	297711, 817, 1178, 1343, 1427, 3517, 3618, 3936, 4208, 4232, 4457, 4646, 4926, 5087,
24410, 2963, 2991, 3168, 3535, 4693, 6642	267531, 8108		
246	10, 1426, 2991, 3168, 3713, 6642, 7103	2683260		
24710, 1426, 2991, 3713, 7103, 7353	269	...1554, 1651, 6768, 7077		
248	...1101, 1386, 1676, 2106, 2497, 2991, 3168, 3535, 3713, 4884, 6326, 6332,	2703958		
		2717512		
		272	...3308, 7512		
		273491, 575, 982, 4653, 6023, 7512		
		274423, 7512		
		275	...2506, 7512		
		276	...1105, 1554, 2038, 2465, 3048, 3084, 4856, 5061, 5350, 6755, 6768, 7512, 7909, 7923		
		277929, 2042, 3988, 8185		
		278	...2042, 7648		
		279	...3958, 5233, 5234		
		2806768		
		2817077		
		282466, 613,		

№.	§§.	№.	§§.	№.
5683, 5761,	313	101, 208, 257,	321	1008, 1797,
5850, 6389,		300, 321, 345,		2678, 3799,
7160, 7578		495, 1044, 1193,		8883, 4850,
..90, 96, 5256,		1588, 1897,		5850, 6640,
7398, 7862		2050, 2057,		7463
...5377, 7165,		2090, 2107,	322	...484, 556,
7398		2118, 2267,		2867, 3799,
....547, 1719,		2372, 2449,		4170, 4850,
2496, 5510		2748, 2893,		4892, 4981
.....59, 1716,		2969, 3135,	323	..14, 110, 138,
2894, 3476		3184, 3462,		208, 294, 306,
...1496, 4487,		3528, 3536,		511, 795, 935,
7229		3691, 3710,		958, 1026,
...3728, 7191		3952, 3968,		1044, 1620,
.....3581		4044, 4066,		1917, 2118,
...3485, 8217		4220, 4287,		2332, 2366,
.....323, 330,		4483, 4988,		2877, 2917,
683, 4850,		5219, 5276,		3083, 3357,
5347, 5549,		5646, 5761,		3614, 3641,
5856, 6507,		5771, 5811,		3985, 4089,
6804, 8080		6195, 6465,		4134, 4203,
.....330, 495,		6486, 6626,		4219, 4220,
1344, 1579,		6803, 6842,		4412, 4589,
6804		6877, 6950,		4666, 4745,
....511, 1797,		7271, 7305,		5306, 5452,
2569, 3665,		7554, 7555,		5455, 5597,
3757, 4192,		7667, 7743,		5623, 5771,
5219, 5379,		7789, 7927,		5772, 5809,
6224, 7409		8022		5850, 6224,
.....2665	314	8022		6420, 6428,
.....573, 604,	315	1085, 2534,		6529, 6953,
8462, 5861,		7271, 7743,		6986, 7005,
6803		8022		7282, 7735,
...1867, 1897,	316	2912, 6224,		8176
2050, 2090,		7590	324	..14, 208, 795,
3462, 3952,	317	756, 4981,		958, 971, 1044,
4044, 4192,		7590		2867, 2877,
4220, 4691,	318	5379, 8162		4589, 5455,
4988, 5761,	319	511, 1496,		5772, 5809,
5771, 5849,		1645		6224, 6604,
5898, 6213,	320	511, 556,		6986
6486, 7305,		4850, 5292,	326373, 720,
7667, 7729,		6604, 6658,		1028, 2374,
7789, 8022		7271, 7735		4850, 5377,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	5499, 5968, 7590		7740, 7749, 7776, 7927		4280, 5317, 6901
328670, 1026, 1417, 4850, 5455	340348, 713, 1535, 1626, 2057, 2475, 3331, 3528, 3540, 3835, 4035, 4721, 4968, 5605, 6093, 7718, 8216	348346, 723, 6901
329165, 2141, 3952, 4190, 5898, 5926			3496901
330	..165, 587, 720, 2141, 2299, 3013, 4190, 4527			350	...6388, 6901, 7463
3317797	341713, 1535, 3540, 3835, 4572, 4968, 6093, 7718	351	300, 495, 787, 795, 2002, 3536, 3729, 3968, 4559, 6901, 6950, 7120, 7235
3344439			352	...2569, 4357, 6901
335293, 1628, 2374, 3065, 3394, 4439, 4659, 4850	342713, 1535, 3528, 3540, 4035, 5605	353	...3325, 3378, 6901
3364167	343	...1535, 6093	354788, 916, 1044, 1147, 1194, 1634, 1917, 2118, 2212, 2247, 2748, 3618, 3952, 4287, 4559, 4981, 4988, 5467, 6743, 6901, 7917, 8035
337	...6296, 7320	344925, 1535, 3634, 4035, 5701, 6152, 6901, 7235, 7387	3551495
338293, 1580, 1628, 1984, 2933, 3065, 3394, 4167, 4570	345	..26, 106, 257, 916, 1193, 1503, 1997, 2267, 2364, 2485, 3252, 3729, 3770, 4107, 6592, 6647, 6901, 7590, 7795	356	...3983, 7590
339	..26, 300, 925, 1146, 1523, 1535, 1867, 1905, 2000, 2057, 2204, 2580, 2722, 2971, 3049, 3252, 3462, 3582, 3729, 3991, 4008, 4192, 4379, 4424, 4714, 4981, 5219, 5811, 5898, 5943, 6187, 6435, 6493, 6662, 6901, 6998, 7014,	346	..26, 106, 1503, 1997, 2057, 2374, 2475, 3252, 3729, 4035, 4107, 4203, 6493, 6592, 6647, 6901	357238, 1412, 4334, 5991
				358116, 238, 5991
		347106, 1026, 2848, 3729,	360116, 238, 1662, 5991
				361363, 1245, 5093, 8132, 8216
				362573, 897, 1412, 1634, 2057, 2309, 3065, 3209, 3736, 4059,

	Pr.	§§.		Pr.	§§.		Pr.
4334,	4803,		1028,	1417,		4559,	5310,
4937,	5646,		2549,	3448,		6847,	6993,
5989,	6217,			7323		7841,	8038
7917,	8132	369	...1400,	1496,	384	1662
....573,	1421,		1759,	3032,	388	5274
2057,	2823,		3476,	3646,	389	...3864,	5274,
4287,	4937,		3981,	4412,			7149
4981,	5722,		4428,	4559,	390	... 1745,	5274
5898,	6217,		5816,	6346,	391181,	1716,
	6832		6592,	6849,		3864,	5274,
....573,	1421,			7590		7149,	7191
1948,	2443,	370	...3931,	5996,	392	...1716,	1745,
3381,	4259,		6849,	6953,			5274
5014,	6768,			8208	395	356
	6832	371373,	760,	396 356,	3864
....511,	1629,		1047,	1400,	399	4802
1645,	1917,		2549,	3005,	404156,	1496,
3476,	3736,		5998,	6531,			4232
3931,	4439,		6849,	6953	405	3065
4646,	4652,	372	..268,402,	412,	407	...1014,	1021,
4848,	5952,		723,	835, 1620,			1873
6157,	6420,		1645,	1759,	408	1021
	7874		2549,	2917,	409 287,	1021
... 373,	498,		3083,	3268,	410287,	1021,
	556,		3736,	3984,			1873
1028,	1047,		3985,	4524,	411	1021
1417,	2010,		6213,	6224,	412	1021
2389,	2549,		6640,	6847,	413713,	1021,
2867,	2917,		6901,	7590,		1194,	2057
2939,	3019,			8069	414	4646
3043,	3448,	373268,	373,	415	3705
3576,	4055,		1645,	2374,	417	4232
4069,	4235,		2549,	2917,	418	...3084,	4232,
4437,	4534,		4524,	6224		5397,	5850,
4938,	5377,	374165,	2917,		6296,	6328,
5499,	5619,		3005,	4524,			6450
6111,	6327,		6125,	6343,	419	4232
6608,	6641,			8137	420	772
6646,	6804,	375346,	5085,	421	5729
6833,	6849,			5722	422600,	3517,
6953,	7179,	378666,	1574,		3527,	3549,
7323,	8114,			4133		5729,	7180
	8174	380666,	759,	423	...3005,	6871,
....498,	556,		1014,	3646,		6993,	7917

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
424	.533, 756, 5921, 6252, 6303, 6871, 7590, .. 7917, 7987	430	...2292, 4428, 4850, 7862		1707, 1810, 1840, 2208, 2222, 2247, 2413, 2570, 2988, 3350, 3495, 3682, 3920, 4031, 4201, 4736, 5077, 5272, 5708, 5871, 6564, 6686, 6891, 6918, 7159, 7360
425711, 824, 1661, 1801, 2762, 3690, 4282, 5850, 5921, 6346, 6462, 7341, 7398, 7452, 7917, 7987, 8146		1008, 1629, 1661, 1759, 1801, 2115, 2979, 2988, 3883, 4170, 4232, 4787, 4802, 4961, 5850, 5968, 6328, 6503, 7341, 7492, 7987	439243, 439, 775, 802, 1279, 1582, 1661, 2247, 2413, 2489, 2577, 3920, 3996, 4031, 4736, 4928, 4948, 5708, 6564, 6686, 6850, 6891, 6918, 7159, 7433
426	..7, 696, 1400, 4015, 4428, 4530, 5310, 7452, 7529, 7673, 7786	432941, 1008, 1845, 2312, 2593, 2604, 2808, 3883, 3966, 5247, 5591, 6099		
427	..163, 445, 922, 1312, 1620, 2547, 2800, 3030, 3695, 4015, 4081, 4410, 4428, 4487, 4534, 4938, 5631, 6420, 7229, 7398, 7529, 7673, 7786, 7862	433 336, 6364		
		434 886, 2119, 2139, 2245, 2656, 4078, 4600, 5063, 5425, 5708, 5715, 6007	440556, 758, 1369, 2338, 2374, 2480, 3717, 3810, 4170, 4850, 4919, 4960, 5114, 5145, 5596, 5871, 5968, 6425, 7341, 7463
428445, 1620, 1714, 2010, 3695, 4015, 4428, 4581, 4836, 4938, 6090, 6833, 7229, 7529, 7673, 7786, 8038	435153, 901, 1096, 1186, 1406, 1845, 2808, 2979, 3283, 5708, 5777, 6007, 6686	441	... 5850, 6210
		436	...1567, 2406, 3417	442509, 679, 843, 857, 1085, 1395, 2389, 2550, 3637, 4012, 4488, 4996, 5272, 5454
		437	...3477, 4407, 4657		
429	..503, 538, 578, 651, 1222, 1359, 4114, 5193, 6261, 7476	438195, 258, 355, 439, 502, 869, 871, 1122, 1249, 1532, 1582, 1661,		

	Fr.	§§.	Fr.	§§.	Fr.
5755,	5816,	446	6009		1586, 1778,
5850,	6804,	447	413, 438,		2247, 2366,
6953,	7232,		574, 605,		2389, 2477,
7360,	7669,		648, 918,		2505, 2512,
7835,	7891		1017, 1028,		2678, 3307,
168, 241, 593,			1082, 1496,		3370, 3542,
595, 672, 780,			1566, 1898,		3544, 4081,
850, 941, 988,			1961, 2385,		4165, 4171,
1193, 2241,			2535, 2663,		4649, 5035,
1390, 1845,			2678, 2681,		5062, 5349,
1960, 2810,			2953, 3095,		5460, 5569,
2905, 2953,			3130, 3358,		5824, 6007,
2993, 3139,			3372, 3736,		6029, 6124,
3687, 3785,			3746, 3822,		6154, 6426,
3896, 3929,			3830, 3832,		7004, 7341,
3943, 4012,			4165, 4649,		7374, 7402,
4170, 4173,			4657, 4807,		7529, 7644,
4205, 4464,			5153, 5284,		8020, 8021,
4579, 4646,			5460, 5991,		8084, 8141
4684, 4696,			6009, 6477,	450	236, 901,
4806, 4871,			6718, 6729,		1961, 3211,
5015, 5377,			6743, 6804,		3358, 3736,
5670, 5696,			6847, 6853,		3830, 3987,
5977, 5978,			6891, 7004,		4055, 4081,
6009, 6328,			7066, 7529,		4437, 4713,
6388, 6401,			7578, 7600,		5842, 6833,
6415, 6668,			7808, 7972,		7341
6891, 6915,			8141	451	168, 494,
7244, 7298,	448	90, 771,	1718,		587, 901,
7301, 7427,		1820, 1961,			936, 641,
7433, 7481,		2582, 2853,			1028, 1110,
7538, 7578,		3370, 3736,			1312, 1406,
7645, 7669,		3759, 3822,			1845, 2119,
7706, 7907,		3966, 4912,			2139, 2299,
8020, 8136		5153, 5856,			2366, 2593,
1186, 1550,		5991, 7066,			2604, 2650,
4012		7529, 8080,			3198, 3806,
1186, 1254,		8189			3966, 4713,
1406, 2988,	449	184, 236,			5347, 5533,
3372, 3682,		666, 901,			5534, 5569,
4997, 5247,		939, 1049,			5730, 6368,
5272, 5591,		1051, 1162,			6686, 6708,
5696, 6007,		1388, 1406,			6923, 6975,
7360, 7987		1570, 1577,			7229, 7341,

§§.	№r.	§§.	№r.	§§.	№r.
	7460, 7529,		2153, 2158,		2225, 2584,
	7534, 7585,		2177, 2187,		2837, 4767,
	7955, 7987,		2207, 2215,		5882, 5957,
	8114, 8222		2222, 2224,		6833, 7080,
452	... 973, 1123,		2281, 2247,		7384, 7529,
	1812, 1496,		2273, 2320,		7808, 7955,
	4055, 4081,		2375, 2379,		8192
	4530, 6923,		2405, 2410,	456	... 373, 402,
	7229, 7529,		2413, 2422,		498, 936,
	7585, 7955		2436, 2450,		1028, 1417,
453	.. 92, 195, 231,		2453, 2464,		1803, 2389,
	237, 249, 260,		2477, 2494,		2867, 2939,
	283, 339, 355,		2509, 2530,		3019, 4235,
	439, 468, 568,		2532, 2538,		4437, 4534,
	569, 572, 629,		2544, 2570,		4938, 5499,
	639, 716, 753,		2579, 2581,		5619, 5816,
	775, 802, 871,		2602, 2621,		6111, 6157,
	901, 939, 963,		2645, 2658,		6327, 6641,
	1034, 1049,		2659, 2661,		6804, 6833,
	1112, 1113,		2662, 2690,		6849, 6953,
	1116, 1122,		2692, 2763,		7323, 8114
	1175, 1204,		2793, 2808,	457	.. 96, 241, 246,
	1235, 1236,		3046, 3047,		330, 392, 574,
	1249, 1299,		3155, 3251,		576, 587, 648,
	1324, 1344,		3385, 3792,		800, 995, 1178,
	1346, 1387,		3817, 3996,		1488, 1496,
	1388, 1406,		4031, 4736,		2299, 2618,
	1424, 1437,		4771, 4853,		2739, 3107,
	1446, 1512,		4871, 4928,		3261, 4084,
	1530, 1532,		4948, 5598,		4088, 4354,
	1570, 1577,		5737, 5862,		4548, 4736,
	1578, 1579,		6564, 6686,		4957, 5410,
	1582, 1586,		6823, 6850,		5532, 5571,
	1624, 1649,		6891, 6985,		5906, 6534,
	1674, 1681,		7159, 7181,		6757, 6833,
	1696, 1710,		7433		6915, 7133,
	1714, 1780,	454	... 1778, 2196,		7219, 7573,
	1783, 1810,		2389, 4012,		7577, 7756,
	1845, 1855,		5272, 6833,		8058, 8114,
	1861, 1863,		7360, 7812,		8152
	1868, 1885,		8114	458	... 245, 963,
	1892, 1899,	455	... 318, 485,		1150, 1388,
	1916, 1934,		592, 716,		1578, 1863,
	2033, 2133,		1097, 1564,		1898, 1907,

§.	9r.	§§.	9r.	§§.	9r.
	2375, 3138,		7256, 7324,	471732, 2822,
	3213, 4160,		7427, 7578,		4680
	4326, 5078		7885, 7907	472 244, 795,
50271, 2894,	467	...1109, 1898,		1098, 1322,
	3130, 5406		2829, 4912,		3100, 5019,
51 271, 438,		6804, 7229,		5696, 5771,
	605, 1324,		7324, 7577		6444, 7600
	1566, 1783,	468	...1017, 2438,	473	...3732, 4488,
	1898, 1961,		3736, 4012,		8132
	2663, 3746,		5025, 6804,	474150, 1322,
	3822, 3832,		7835, 8020		2212, 8132
	5217, 5406,	469 258, 318,	475	...1322, 4803,
	5616, 5679,		593, 611,		5771, 7554
	5782, 6668,		618, 1017,	476	... 235, 1779,
	6774, 7066,		1051, 1109,		2587, 2748,
	7256, 7564,		1345, 1659,		2893, 3690,
	7578, 7808,		1778, 1782,		4220, 4803,
	7885, 8021		1803, 2021,		4988, 7554
2	... 305, 2159,		2167, 2196,	477	...2212, 2758,
	2297, 4330,		2389, 2688,		5019
	5992, 7256,		2822, 2829,	478	...3378, 4488,
	7856, 8021		2837, 2940,		6027, 7410,
3377, 4738,		3067, 3070,		7514
	5853, 7586		3214, 3288,	479	... 1098, 3710
4	...1017, 1898,		3395, 3557,	480	..101,257,666,
	2381, 5011,		3619, 3725,		1009, 1044,
	7427		3803, 3842,		1546, 1997,
5 907, 1898		3865, 4012,		3204, 3690,
6	..74, 241, 278,		4153, 4165,		3770, 4559,
	433, 438, 570,		4430, 4777,		4699, 5771
	605, 806, 842,		4880, 5076,	481134, 244,
	918, 995, 1109,		5084, 5272,		1322, 1546,
	1324, 1560,		5377, 5564,		3690, 4530,
	1566, 1780,		5772, 6090,		4699, 6328,
	1783, 2510,		6111, 6118,		8150
	2535, 2953,		6345, 6599,	482	..85, 101, 1098,
	3095, 3301,		6681, 6718,		3100, 4699,
	3401, 4055,		6804, 6990,		4881, 5771,
	4173, 4354,		7004, 7058,		6444
	4807, 4871,		7163, 7256,	483	... 1098, 1546
	5679, 5687,		7324, 7644,	484628, 1147,
	5977, 5978,		7717, 7835,		1388, 1546,
	6419, 6804,		7891, 8020		1634, 2212,
		470 258		2286, 2717,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	2945, 3002,	519 ...	1258, 2141,		4520, 4559,
	3383, 3536,		3013, 7518		4842, 4924,
	3689, 5504,	520	464, 1211,		5423, 5467,
	5958, 6970,		2213, 4065		5714, 5842,
	7320	521	628, 916,		6027, 7282
485 ...	1389, 2988,		1012, 1306,	532	247, 310,
	3002, 3378,		3002, 5958,		1236, 2327,
	4488, 5492,		6082, 6444		2371, 2445,
	5504, 6027	522	916		3284, 3575,
486 ...	3150, 7405	523 ..	14, 174, 208,		4218, 4601,
487	1098		218, 224, 244,		4842, 5074,
488	897, 3740		383, 897, 916,		5151, 5423,
492 ...	4184, 4468,		971, 1003,		7388, 7498,
	6986, 7320,		1044, 1062,		8184
	7926		1147, 1322,	533 ..	39, 247, 1037,
504	628, 1012,		1546, 1588,		6303, 8184
	2855, 6082,		1594, 1725,	534	1037
	6444, 6847,		1779, 1894,	535	247, 1529,
	7514		1917, 1997,		2028, 2327,
505 ...	1012, 2945,		2748, 2758,		2371, 3204,
	3002, 6082		2877, 2893,		3575, 3917,
506	628, 916,		2969, 3002,		7388
	2945, 4024,		3161, 3169,	536	151, 154,
	5958		3184, 3770,		207, 565,
507 ...	1460, 1890,		4039, 4219,		1236, 2473,
	2855, 3110,		4559, 4666,		5345
	3158, 4268,		4705, 4745,	537	151, 270,
	4488, 5260,		4803, 5326,		2121, 2473,
	5492, 7516		5771, 6738,		4924, 8008
508 ...	2855, 6598		6986, 7020,	538	270, 335,
509	464, 661,		7555, 7743,		1498, 3702
	788, 870,		7931, 7957,	539	270, 2815,
	1670, 2571,		8022		4342, 7590
	3378, 4681,	525 ...	4699, 7600	540	155, 947,
	6082, 6669,	526 ...	1051, 1322,		7370
	7097, 7410		2837, 4012,	541	151
510 ...	1716, 2213,		7600, 8020	543	430, 2523,
	2571, 3476	527 ...	7600, 7931		5627, 6829
511 ...	1670, 4906	528 ...	6027, 7600	545	62, 1498,
512	561, 3647,	529 ...	3710, 4024,		2523, 5345,
	4881		4662, 6027,		5627, 6488,
513 ...	464, 4065,		6444, 7514		6829, 7370
	6598, 6669	531 ...	1639, 1767,	547 ..	48, 294, 334,
518	464		4218, 4384,		461, 618, 801,

Pr.	§§.	Pr.	§§.	Pr.
816, 843, 907,	555	741	1083, 1188,	
1025, 1236,	556	820	1225, 1261,	
1367, 1442,	558	7491, 8144	1327, 1347,	
1566, 2360,	559	741, 1806,	1604, 2097,	
2445, 2518,		2884	3419, 3764,	
2642, 2699,	560	820, 1283,	4148, 4162,	
3023, 3398,		1403, 7376,	4334, 4583,	
3409, 3648,		7805	4778, 5420,	
3653, 3821,	562	820	5895, 6266,	
3877, 4196,	564	251, 1143,	6287, 6337,	
4218, 4384,		1806, 4334,	7049, 7079,	
4488, 4924,		4793, 6846,	7546, 7694,	
5273, 5374,		7491	7901, 8184	
5454, 5469,	565	93, 148, 218,	580	306, 478,
5801, 5937,		306, 428, 478,		549, 1083,
6083, 6135,	562	982, 1143,		1188, 1261,
6320, 6669,		1600, 2371,		1327, 1883,
7286, 7319,		3277, 4174,		2322, 3764,
7586, 7915,		4583, 5883,		4162, 4583,
....816, 907,		6266, 6699,		5420, 5895,
1566, 2445,		7491, 7599,		6287, 6337,
3653, 3877,		8184		7049, 7694
4842, 5298,	566	419, 6528	581	306, 549,
5469, 6669,	567	334, 6528		968, 1083,
7319	568	419, 575		1261, 1327,
....71, 3227,	569	419, 575,		1888, 2322,
3650, 4668,		5895, 6699		3277, 3764,
4973, 5486	570	2632, 3940		4025, 4828,
269, 816, 830,	571	2632, 7491		5420, 5895,
2121, 3398,	572	1229, 2784,		6287, 7049,
4351, 4475,		3005, 3940,		7536, 7694
4842, 5058,		6526	582	563, 5895
5374, 6135,	573	4342	583	5895
7319, 8142	574	3958, 5233,	584	44, 367,
....151, 335,		5234		4583, 5895
7618	576	3764	585	44, 148, 367,
1143, 1498,	577	161, 4025,		535, 968, 1600,
1600, 2371,		5895, 6621		1604, 1627,
3277, 6846,	578	335, 563,		2322, 2371,
8184		793, 5895,		2734, 3147,
....310, 311,		6337, 7569		3277, 3764,
350, 1143,	579	93, 118, 281,		4583, 4823,
2371, 3846,		306, 428, 478,		5895, 6287,
5151, 6846		562, 979, 982,		6621, 7049

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
586 218, 367, 1261, 1600, 1627, 2371, 2734, 2884, 3147, 3160, 3277, 4583, 5895, 6287, 6434, 7491, 8184		4681, 7319, 7938, 8003	632 8114
587	... 5895, 6699	609	... 2473, 4334,	633 357, 5959, 7750
588	... 1600, 5895, 6699, 7694	610	.. 78, 116, 140, 154, 186, 3630	634 357, 3543, 5959
589 5895	611 78	635	... 3382, 3543, 3797, 6253
590 5895	612 78, 423, 1498, 3797, 8171	641 357, 2546, 3382, 6253, 7533
591	... 5895, 7101	613	.. 62, 116, 140, 238, 423, 788, 1412, 1994, 2571, 2855, 3075, 3158, 3370, 4217, 4334, 5260, 6743, 7198, 7319, 7390, 7958, 8003	642 4747
592	... 3764, 4159, 5895	614 154, 946, 1412, 1662, 2102, 4321, 4324, 4334, 7938, 8171	645 7117
593 5895			646	... 3240, 7117
594	... 4174, 4453, 5420, 5895, 7164			647	... 1327, 1498, 3575, 4334
596 5895			648 13, 7044
597 367, 718, 5895	615 788, 2473, 3177, 4321, 7390, 8003	649 13, 4622, 5469, 6202, 7379
598 367, 718, 5895	616 2473	650 269
599 5895	617	... 2473, 8003	651 1806
600 5895	618	.. 78, 423, 1498	652 423, 682, 1830
601	.. 93, 118, 563, 793, 1188, 1261, 3012, 3277, 4453, 4778, 4828, 6337, 6846, 7079, 7491, 7546, 7694, 7901, 8184	621 6008	655 162, 251, 292, 311, 820, 965, 1180, 1317, 1341, 1412, 1830, 1856, 2049, 2423, 2666, 3116, 3298, 4364, 4486, 4639, 5883, 5989, 6558, 6678, 6846, 6942
602	... 1838, 2500	622 3797	656 107, 292, 5788
603 753, 6621	623 3797	657 107, 2423
604 154, 2473	626 3797	658 5788
608 154, 186, 423, 2473, 2855, 3630, 4324, 4334,	627	... 423, 1809, 3797, 5959, 7533	660 263, 6942
		628 423	662 570, 967, 4205, 6343
		629 116, 140, 238, 423, 4747		
		630 7874		
		631	... 357, 4341, 7533		

	№.	§§.	№.	§§.	№.
5	... 2461, 4322		5212, 5681,	713 183, 239,
6 1317		6433, 7352		335, 535,
7 493	693 7352		2428, 2734,
8 3116	694	... 3077, 5212,		3651, 3812,
1 13		5423, 5489,		5795, 6013
2	... 307, 4373,		7501	716	.. 72, 147, 161,
	5883, 7442	695 7365		183, 239, 296,
3 6778	696 128, 411,		2428, 6013
4 162		1043, 1301,	717 296
7 162, 3266		1877, 3563,	719 335
0	... 4364, 4639		4360, 6422,	720 1347
1	... 1498, 4681,		6444	721 335, 1240,
	5477, 8171	697	... 1425, 2200		4716, 6405,
2 741, 2164	698 128, 203,		7569
3 493		327, 1425,	722 44, 3327,
4 269, 682,		2200, 3284,		6287, 6405
	1253, 1820,		3626, 3797	724	... 1855, 2423,
	1942, 2049,	699 327, 411,		5277
	3966, 5469,		689, 861,	726 486, 3966
	5997, 6412		1043, 1301,	727 306, 798,
5 869, 879,		1373, 1877,		1403, 7376
	1190, 1191,		2049, 2666,	729 3253
	1253, 1318,		8254, 5454,	730	... 5152, 5346
	2357, 2704,		6444, 6558,	731 5346
	4205, 4230,		6812, 7917	732 292, 4186,
	4486, 4748,	700 327, 487,		5346
	4766, 5788,		1618, 8144	733 565
	5846, 6412,	703 62, 1373,	734 565
	6823		2049, 2579,	735 160, 3253,
6	... 1190, 1191,		3376, 3391,		4396, 5346
	2071		3749, 8003	736 2884
7	... 142, 1190,	704	... 2049, 2579,	737 5346
	1191, 5592		2942, 4601,	738 160, 741
8	... 3917, 4622,		5423	752	... 5305, 6488
	5376, 5788,	705	... 2049, 6028,	753 5305
	5997, 6066		7506, 8003	754	... 1453, 2268,
9 269, 796,	707 4601		3035, 3604,
	1283, 1403,	709	... 1978, 2028,		4529, 4749,
	3240, 4681,		2783, 3917,		5305
	7876		4581, 5617,	755 5305
0	... 2274, 3966,		6422, 6561,	756	... 3604, 4668,
	5212		7498		4749, 5305,
2	... 1211, 1639,	710	... 4581, 7322,		5714
	8120, 4999,	711 3002	757	... 2445, 3575,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	4186, 4842,	777207, 4523,	797186, 1001,
	5703, 7388		5389, 6317		1236, 1859,
758	...3504, 4092,	778207, 904,		2500, 2887,
	4186, 6286,		1974, 4523,		2954, 2987,
	7044, 7388		6317		3596, 3829,
759	...1910, 2646,	7792075		4524, 4530,
	4186, 5305,	780151, 2075		5195, 5469,
	6715, 7388	7814707		6162, 6304,
7601403, 2164,	783583, 1338,		6930, 7376
	2473, 6528,		1339	799118, 247,
	7805	78427, 1576,		703, 786,
7614342		3265, 3759,		1073, 2508,
762151, 583,		6433, 6481,		2684, 2929,
	799, 1043,		7863		2954, 3020,
	1453, 1497	785	...3265, 7254		3035, 3284,
763151, 799,	786583, 688,		3604, 3969,
	1453, 1974,		4388, 5044,		5152, 5346,
	4749		7863, 7865		5999, 6008,
764151, 1511	787	...1339, 1994,		6083, 6412,
765583, 799,		2986, 3200,		7319, 7376,
	2175, 2268,		4442		7599, 7840,
	2473	788151, 292,		8178, 8184
766	...3686, 7370		661, 1043,	800	...2929, 2954,
767151, 2175,		2986, 4069,		3020, 3969,
	6422		4442, 6272,		5005, 5152,
768947, 4707,		7127, 7402		5346, 6008,
	8160	790	..27, 151, 292,		6083, 8178
769	...3780, 8160		661, 1058,	801	...1863, 1921,
770155, 947,		2986, 4395,		2030, 2929,
	3780, 4707		4442, 6740,		8082
771	...3493, 4707		7127	802	...5, 118, 146,
772	...2075, 6286	79127, 1058,		907, 944, 1114,
7732075		1352, 2986,		1115, 1998,
774786, 1043,		6272, 6740,		2310, 2508,
	1339, 1511,		7127		2684, 2929,
	2268, 2473,	792	...2986, 4442,		3646, 4630,
	2986, 3012,	793107, 1058,		4999, 6433,
	3203, 4525,		3625, 6512		7732, 7824,
	7365	795	...1910, 2646,		8082
775	...1339, 3253,		3860, 6286	8034842
	3381, 4523	796889, 1910,	804	...2503, 2684,
776207, 2075,		2606, 2646,		8082
	3253, 4707,		3653, 3860,	805	...6323, 7376
	5389, 6317		6184, 6286	806118, 2883,

№r.	§§.	№r.	§§.	№r.
3504, 3702,		3023, 3204,		2121, 2418,
6083, 6841,		3417, 3761,		3575, 4308,
7876, 7868		3683, 3966,		4351, 5374,
....319, 2503,		4074, 4139,		5923, 6066,
2684		4630, 5040,		6170, 7319,
.... 118, 486,		5107, 5530,		7412
1339, 1453,		5681, 5964,	822	..339, 432, 532,
3012, 3504,		5997, 6097,		667, 789, 1236,
4505		6789, 7039,		1333, 1488,
....464, 1011,		7512, 7620,		1567, 1576,
1211, 1236,		7732, 7771,		1584, 1695,
1434, 1921,		7880, 8082		1791, 1807,
2022, 2076,	813957, 1190,		1808, 1810,
2642, 3499,		1191, 1442,		1820, 1863,
3673, 4630,		1472, 1625,		1891, 1929,
4972, 5038,		2310, 2798,		2030, 2032,
5044, 5195,		3404, 3409,		2047, 2191,
5226, 5346,		4070, 5373,		2246, 2406,
6320, 6390,		5642, 7125		2536, 2578,
6412, 7225,	814	...1472, 2798,		2590, 2637,
7735, 7986,		8404, 3409,		2659, 2673,
8178		4070, 5050,		2707, 3015,
..48, 221, 319,		5642, 7125		3127, 3253,
461, 1442,	815944, 1442,		3376, 3391,
1919, 1975,		1625, 2224,		3417, 3558,
2022, 2074,		2310, 2798,		3759, 3768,
3280, 3409,		3404, 5373		3820, 4030,
4070, 4614,	816	...1156, 2076,		4160, 4201,
5345, 5385,		2965, 3050,		4214, 4346,
5681, 6037,		5617, 7379		4450, 4622,
6066, 6390,	817 486, 879,		4720, 4736,
7620, 7880,		1253, 2269,		4771, 4986,
7915, 8108		2307, 3093,		4999, 5108,
..146, 455, 486,		5074, 5469,		5315, 5345,
617, 665, 879,		5997, 6412,		5376, 5497,
1236, 1338,		6558		5580, 5587,
1531, 1557,	81962, 1001,		5703, 5748,
1605, 1739,		1236, 1577,		5903, 6202,
1921, 1999,		2954, 5195,		6388, 6433,
2022, 2184,		6162, 6754,		6567, 6823,
2221, 2224,		8178		6948, 6949,
2274, 2310,	820	... 3575, 7319		7039, 7155,
2337, 2454,	821816, 1114,		7365, 7527,
2743, 3017,		1115, 2064,		7620, 7688,

§§.	№r.	§§.	№r.	§§.	№r.
	7764, 7822, 7863, 7865, 8058, 8088, 8114, 8189, 8190		3446, 4190, 4547, 4928, 5044, 5276, 5728, 5746, 6447, 6539, 7018, 7097, 7343, 7792, 7911		4248, 4690, 5093, 5132, 5673, 5694, 5841, 5891, 5897, 6053, 6637, 6672, 6793, 6871, 7170, 7422, 7689, 7924
823 334, 703, 1055, 1403, 1920, 3124, 3571, 3889, 3966, 6498, 6588, 6754, 7599, 8039	834	. 123, 363, 877, 4928, 5746, 7018, 7701	844 337, 4036, 5504
824	... 2933, 4235, 6754	835 877, 2806, 8023, 5746, 6656, 7018	847 1891
825	... 4218, 6871, 8132	836 749, 877, 923, 2806, 8105, 4190, 5746, 6656, 7018, 7343, 7792, 7911	848 7658
826 5694			850	... 1827, 2563, 3344, 4249, 4857, 4966, 5817, 5573, 6088, 6246, 6865, 6371, 6569, 7397, 7744
827 2954	837	... 2502, 2964, 4190, 5312, 5746, 6593, 7792	851	... 1827, 3344, 4857, 4966, 5317, 6088, 6246, 6371, 6569, 7744
828	. 363, 866, 1245, 2121, 3023, 4010, 4475, 4547, 5250, 7311, 8132	838	... 5312, 5746	852	... 1827, 4966, 5317, 6371, 6569
829	. 259, 363, 877, 2023, 2060, 2121, 2988, 3023, 5438, 5953, 6525, 8132, 8216	839 479, 1082, 3023, 4351, 5614, 5746, 7422, 7792, 7824	853	... 1827, 5317, 6371
830 180, 363, 877, 3023, 3210, 3264, 3872, 4690, 4951, 5093, 5746, 5891, 5897, 6053, 6672, 7170, 7701, 8217	840	... 5746, 6637, 6793	854	... 1873, 4010, 4297, 6877, 8216
831 5746	841 164, 363, 1145, 3016, 3461, 5746, 6420, 6593, 6656, 7895	855 4010
832 520	842	... 2206, 5746, 6656, 8132	859	.. 309, 509, 783, 1008, 3896, 4850, 5549, 6957
833 123, 749, 866, 877, 2502, 3023, 3105, 3243,	843 180, 363, 520, 649, 1145, 1640, 3016, 3372, 3457, 3867,	861	.. 194, 393, 423, 930, 1229, 1273, 1693, 2548, 2963, 3062, 3283,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	3577, 3962,		5036, 5287,		5446, 5502,
	3968, 4141,		5324, 5378,		5594, 5619,
	4632, 4785,		5395, 5420,		5697, 6332,
	5290, 5446,		5480, 5490,		6467, 7730,
	5697, 5842,		5697, 5725,		7966
	6043, 6147,		5990, 6009,	870	1499
	6350, 6355,		6062, 6126,	871	118, 585,
	6451, 6940,		6185, 6195,		707, 912,
	7453, 7480,		6262, 6272,		1138, 1499,
	7730, 8135		6326, 6355,		2643, 4414,
194	393, 533,		6405, 6451,		4578, 4649,
	930, 1039,		6805, 6985,		5941, 6888,
	2516, 6355		6996, 7019,		7374
60	63, 103,		7878, 7427,	872	118, 1138
157	288, 335,		7651, 7836,		2643, 6860
401	458, 481,		7866, 7999,	873	118, 7007
482	579, 759,		8007, 8136,	874	118, 5619,
784	809, 873,		8214		6860, 7900
	982, 1035,	864	2711, 2829,	875	118, 2984,
	1106, 1229,		3283, 4785,		3032
	1245, 1260,		5785, 6514,	876	118, 1134,
	1273, 1302,		6526, 6720,		1217, 1499,
	1327, 1371,		6887		3032, 4414,
	1408, 1457,	865	10, 873, 1039,		6209
	1475, 1693,		1466, 2963,	877	1386, 3713,
	1703, 1729,		3535, 3711,		4342, 4502,
	1779, 1940,		4408, 4466,		4967, 6642,
	1953, 1978,		4612, 4953,		7797, 7900,
	2061, 2113,		6642, 7353,		8012
	2280, 2288,		7787	878	51, 149, 392,
	2531, 2584,	866	358, 810,		810, 832, 859,
	2674, 2704,		1386, 3713,		882, 1060,
	2800, 2953,		4884, 7353,		1103, 1455,
	2963, 2978,		7900		1477, 1585,
	3062, 3233,	868	3958, 5233,		1718, 1928,
	3241, 3256,		5234		1979, 2398,
	3332, 3336,	869	336, 1193,		2480, 2667,
	3374, 3650,		1273, 1291,		2855, 2915,
	3708, 3727,		1444, 1453,		3066, 3171,
	3978, 4147,		1541, 2361,		3225, 3577,
	4179, 4204,		3672, 3833,		3811, 3877,
	4218, 4429,		3925, 3968,		4010, 4297,
	4485, 4535,		4404, 4429,		4426, 5599,
	4557, 4778,		4452, 5290,		5808, 5968,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	6172, 6214, 6480, 7051, 7180, 7483, 7526, 7618, 7900, 7917, 8062		2300, 2758, 2970, 2992, 3139, 3216, 4048, 4178, 4371, 4499, 4515, 4516, 4549, 5080, 5691, 6025, 6092, 6350, 6475, 6621, 6860, 7480, 7508, 7608, 7730, 7963, 8045, 8049		6444, 7506, 7917
879	...2045, 2579, 2855, 5808, 6567			898128, 3234, 6812
8801978			900	... 5423, 6028
881163, 404, 567, 1060, 1073, 1193, 1227, 1477, 3374, 3451, 4313, 4808, 5480, 5842, 6214, 6537		4515, 4516, 4549, 5080, 5691, 6025, 6092, 6350, 6475, 6621, 6860, 7480, 7508, 7608, 7730, 7963, 8045, 8049	901149, 585, 1229, 1978, 8002, 3005, 8563, 3574, 4581, 5137, 6209, 6528
882	...1233, 1477, 3396, 6886	888241, 479, 3849, 3992, 5953, 6837	902658, 678, 852, 924, 1133, 1374, 1464, 1491, 2157, 3263, 3396, 3373, 3862, 4028, 4416, 4514, 5269, 5566, 6201, 7483, 7917
883219, 445, 1631, 1812, 2066, 3062, 6090, 7453, 7661, 7699, 7846	889241, 1449, 2418, 2616, 3798, 3992, 4351, 5614, 5953, 6316, 6837	903386
884152, 165, 219, 336, 2970, 3062, 3218, 4078, 4219, 5048, 6062, 6777, 7480, 7846	890320, 3992,	904166, 297, 303, 861, 1141, 1190, 1191, 1469, 1509, 1661, 1767, 2227, 2924, 3056, 3303, 3317, 4142, 4514, 4811, 5340, 5957, 6063, 7619, 8230
885152, 336, 1073, 5120, 6062	891	..391, 708, 914, 1086, 1405, 1863, 3301, 3798, 4354, 5700, 7107, 7167, 7637, 7866, 7902	905922, 1222, 1320, 6261, 6606, 7665, 8104
886	...1188, 2150, 3001, 6282	892479, 598, 6806	906107, 2516, 4127, 7333
887	..11, 178, 482, 763, 970, 1134, 1217, 1454, 1878, 2015, 2155, 2241, 2245,	8936806	9077023
		894	... 1405, 7902	908	..76, 152, 276, 312, 384, 840,
		896391, 593, 1754, 1866, 4898, 6305, 6477, 7121		
		897128, 411, 689, 861, 1301, 1373, 3563, 3574, 5423, 5454,		

№.	№.	№.	№.	№.	№.
	997, 1045,		1683, 1699,		2025, 2126,
	1509, 1744,		1823, 1825,		2717, 3002,
	1825, 2056,		1882, 1864,		3139, 3225,
	2155, 2630,		1956, 1965,		3405, 3833,
	2712, 2728,		2020, 2025,		4111, 4142,
	3256, 3276,		2043, 2068,		4204, 4334,
	3405, 4142,		2200, 2537,		4371, 4632,
	4550, 5024,		2547, 2759,		5220, 5398,
	5144, 6167,		2809, 2924,		5785, 6039,
	6463, 7023,		2984, 3107,		6042, 6272,
	7287, 7304,		3194, 3225,		6744, 7021,
	7781, 7796,		3246, 3257,		7220, 7332,
91	82, 840, 984,		3281, 3283,		7885, 7441,
	1065, 1539,		3305, 3317,		7647, 7907,
	1825, 5024,		3405, 3710,		8062
	7022, 7796,		3781, 3839,	916	68, 104, 166,
	8212		3957, 4037,		201, 232, 295,
92	840, 5024		4111, 4124,		776, 799, 827,
1	288, 4785		4141, 4176,		1162, 1295,
2	78, 128, 3791,		4349, 4404,		1497, 1507,
	3955, 4861,		4680, 4996,		1828, 1906,
	8130, 7380		5004, 5018,		2185, 2992,
3	4861, 7380		5697, 5913,		3216, 4419,
4	12, 27, 33, 67,		5915, 5953,		4492, 5011,
	68, 120, 143,		5958, 6039,		5084, 5338,
	254, 349, 411,		6042, 6272,		6332, 6350,
	415, 458, 492,		6350, 6379,		7029, 7508,
	510, 530, 628,		6453, 6462,		7780, 7917,
	671, 699, 676,		6666, 6667,		8088, 8045,
	777, 783, 789,		6744, 6889,		8049
	813, 891, 916,		6893, 7232,	917	410
93	932, 934, 1039,		7382, 7385,	918	113, 294,
	1060, 1073,		7441, 7506,		2702, 2703,
	1077, 1091,		7591, 7619,		3162, 3708,
	1096, 1101,		7643, 7684,		3741, 6028
	1106, 1172,		7696, 7787,	919	1, 68, 37, 149,
	1222, 1246,		7907, 7966,		276, 309, 380,
	1264, 1265,		7990		384, 391, 421,
	1301, 1454,	915	12, 127, 479,		527, 550, 700,
	1469, 1519,		676, 813, 878,		810, 832, 840,
	1540, 1563,		1060, 1091,		920, 984, 987,
	1583, 1596,		1231, 1313,		1133, 1176,
	1629, 1635,		1453, 1757,		1204, 1357,
	1665, 1670,		1864, 1865,		1381, 1619,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	1902, 1908,	924	3424, 4514,		1390, 1514,
	2272, 2669,		4967, 6362,		1597, 1668,
	2799, 2855,		6752		1761, 1968,
	2876, 2946,	925	537, 4514,		2431, 3144,
	2983, 3430,		6362		3255, 4514,
	3577, 3791,	926	537, 2564,		4862, 4967
	4078, 4405,		3424, 4514,	934	125, 412,
	4514, 4808,		6752		1268, 1497,
	5017, 5137,	927	3818, 4514,		1992, 2361,
	5667, 5852,		6752		2915, 3728,
	5865, 5913,	928	89, 302, 595,		3963, 4485,
	6359, 6386,		737, 850, 941,		4502, 6138,
	6556, 6887,		1390, 3139,		7029, 7480,
	7007, 7047,		3563, 4012,		7797
	7342, 7781,		4205, 4514,	985	1413, 2861,
	8212		4544, 6364,		4485, 4659,
920	1, 423, 1141,		6532, 6915,		6362, 7029,
	2488, 2825,		7244		7917
	3097, 3256,	929	1390, 4514,	936	328, 386,
	4913, 6359		5926		410, 528,
921	3577, 6467,	930	1390, 1496,		783, 1073,
	6514, 6720,		4514		1455, 1908,
	6887, 7514	931	558, 831,		3067, 3079,
922	125, 475,		1164, 1390,		4616, 4913,
	599, 737,		2051, 4514,		5144, 5691,
	856, 882,		4558, 5205,		5806, 6759,
	1148, 1413,		6364, 6532,		7022, 7726,
	1514, 1597,		6651, 7067,		7804, 7963
	1968, 2051,		7392, 7468	937	1444, 2361,
	2536, 3401,	932	125, 202, 537,		3276, 3375
	4514, 5205,		707, 737, 1148,	938	763, 1072,
	5926, 6439,		1413, 1514,		1273, 1549,
	6597, 6666,		1761, 2051,		1631, 2353,
	6870, 7038,		2855, 3529,		2711, 3199,
	7151, 7287,		3563, 4514,		3623, 3636,
	7392, 7468		4862, 4967,		4005, 4492,
923	125, 431, 475,		5205, 5926,		4682, 5912,
	1188, 1413,		5941, 6362,		6090, 6362,
	2051, 2538,		6532, 6870,		6370, 6526,
	3529, 3843,		7038, 7287,		6686, 6720,
	4514, 5205,		7468, 7797		6891, 6902,
	5926, 6532,	933	171, 475,		7643, 8229
	6870, 7151,		640, 737,	939	3695, 6902,
	287, 74787		1148, 1164,		8135

№.	№.	№.	№.	№.
... 3199, 3340,	952 ... 2268, 4105,	...	5664, 6196,	
3811, 5912,	4659		6946	
6902, 7480,	953 ... 1507, 3265,	985 ... 4836, 6514,	8165	
7643	4105, 4492,			
... 763, 3199,	4659, 5912,	966 ... 2926, 4530,		
6902	6312, 6325,	5189, 5406,		
... 1497, 4659	6811, 6921,	5664		
... 165, 335,	7122, 7643,	967 ... 215		
445, 519,	7816	968 ... 819, 3397,		
763, 1362,	954 ... 4659	4713, 5605,		
1539, 1631,	955 ... 4659	7740		
1812, 2066,	956 ... 72, 165, 265,	969 ... 3397, 6126		
2853, 2711,	335, 404, 583,	970 ... 2531, 2672,		
2769, 3061,	723, 753, 1671,	2800, 2926,		
3199, 3340,	1699, 1931,	4530, 5189,		
3577, 3695,	2400, 2428,	5664, 5931,		
3807, 3811,	2987, 3062,	6196, 6654,		
3983, 4232,	3162, 3200,	6873		
4283, 4315,	3375, 4334,	971 ... 3476, 4811,		
4581, 4682,	5277, 6028,	4836, 6847		
4785, 5131,	6161, 6329,	972 ... 4836, 6847		
5228, 5649,	6621, 7101,	973 ... 4836		
5983, 6090,	7622, 8229	974 ... 935, 1193,		
6370, 6452,	957 ... 2800, 2926,	7410, 7981		
6503, 6545,	3576, 3580,	978 ... 1		
6686, 6891,	6196, 6514,	979 ... 215, 3476,		
7208, 8135,	6531, 8038,	4836		
8229	8165	983 ... 104, 1608,		
... 335, 423,	958 ... 114, 819,	1714, 2119,		
1671, 7101	2894, 3580,	2139, 2789,		
... 1497, 4105,	4530, 5605,	3476, 4811,		
4659	7740	5011, 5806,		
... 1072, 1497,	959 ... 1608, 2894,	5932, 6370,		
4105, 4659,	5932	6803, 6847,		
5003, 6680	960 ... 3337, 7512	7244, 7333,		
... 1497, 4659	961 ... 1608, 3130,	8020		
... 1497, 3265,	3580, 5254,	984 ... 497, 534,		
4105, 4659	5406, 6514,	1608, 4811,		
... 282, 583, 799,	6904, 8038,	5932, 6092		
991, 1474,	8165	985 ... 1094, 1172,		
1497, 1660,	964 ... 1949, 2672,	1608, 3476,		
2268, 3265,	2784, 2800,	4364, 4639,		
4105, 4659,	2926, 3580,	986 ... 3302, 5510		
7254		987 ... 1377, 3202		

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
989....	697, 1079, 2149	1004....	1919, 2040, 3397, 7260		3905, 6468, 7147, 8038
990....	3476, 4668, 5406, 5816, 5932, 6847, 7333	1006.....	1882	1013...	1273, 3512
991.....	104, 295, 1094, 4475, 5932, 6320	1007.....	1882	1014...	2502, 3930, 4597, 5496, 5878, 6201, 6482, 7190, 7200
993....	534, 2015,	1008.....	145, 221, 655, 789, 848, 853, 992, 1007, 1350, 1445, 1549, 1593, 1596, 1706, 1779, 1882, 1955, 2046, 2437, 2691, 2846, 3267, 3305, 3492, 4425, 4660, 5004, 5219, 5812, 5725, 6822, 6642, 6768, 7104, 7194, 7556, 7656, 7870, 7933, 8031	1016.....	145, 784, 789, 1351, 1779, 2108, 2109, 4597, 5621, 7175, 7595
994.....	40, 170, 1079, 1251, 1318, 1406, 1518, 6851			1017..	81, 381, 588, 784, 1108, 1295, 1351, 1645, 2010, 2238, 3468, 4143, 4652, 4808, 5621, 5674, 5816, 5943, 5968, 6449, 6468, 6849, 7007, 7175, 7795, 7859
995....	1, 170, 328, 378, 534, 653, 920, 1251, 1286, 1318, 1518, 2357, 2871, 3224, 3975, 5932, 6933	1009.....	124, 145, 163, 538, 655, 784, 805, 1060, 1301, 1384, 1596, 1645, 1955, 2108, 2238, 4143, 4597, 4776, 4808, 5496, 5621, 5678, 5926, 6201, 7392, 7656, 7712, 8038	1019.....	163, 423, 747, 1588, 4313, 4344, 5842, 6378, 6555, 7101, 7379, 7714, 7845
996..	40, 523, 953, 2015, 3975, 5932	1010...	2108, 3292, 3305, 3337, 5402, 5406, 5979, 6254, 7469	1020.....	423, 604, 1176, 6867, 7911
997...	4805, 6552,			1021.....	3305
998.....	104, 284, 497, 1286			1022....	747, 2318, 8170, 3988, 6631, 6751
1000.....	6851			1023.....	7783
1001...	53, 61, 325, 1011, 1923, 1866, 2461, 2733, 2905, 3283, 3544, 4515, 4516, 5002, 5123, 5756, 5816, 5852, 5932, 6262, 6840, 7200, 7659, 8089	1011.....	647	1024.....	410, 785, 1533
1002...	5866, 6201, 6449	1012....	784, 1301,		

	92r.	§§.		92r.	§§.		92r.
5...	4384, 5618, 7783			1393, 1580, 1617, 1712, 1750, 1773, 1775, 1887, 1889, 1961, 2003, 2054, 2110, 2265, 2373, 2395, 2537, 2636, 2735, 2741, 2747, 2756, 2976, 3085, 3304, 3426, 3443, 3541, 3591, 3629, 3630, 3640, 3677, 3713, 3739, 3898, 3923, 3930, 3974, 4004, 4096, 4115, 4135, 4167, 4256, 4290, 4295, 4306, 4406, 4417, 4593, 4613, 4642, 4770, 4786, 4828, 5111, 5177, 5212, 5329, 5381, 5714, 5747, 5749, 5878, 5941, 5990, 6052, 6248, 6272, 6283, 6370, 6423, 6460, 6598, 6778, 6920, 6977, 7111, 7279, 7355, 7464, 7543, 7551, 7797, 7836, 7867, 7930,			8026, 8053, 8107, 8143, 8160, 8211, 8221 1043....330, 542, 3930 1044...5096, 7060 1045..7, 934, 4682, 6870 1046.....6870 1047....392, 527, 559, 824, 1060, 1322, 2056, 3013, 3791, 3883, 5913, 5968, 6870, 6887 1048...1322, 1683. 7342 1049.....1496 1050....559, 5549, 7518 1051.....559 1052....380, 421, 689, 824, 920, 1036, 1291, 1541, 1661, 1893, 2979, 3214, 3529, 3599, 3883, 4428, 4485, 5848, 5853, 6118, 6886, 7326, 7662 1053....7, 68, 82, 651, 824, 859, 1060, 1106, 1497, 1575, 1908, 3672, 3978, 4183, 4499, 4680, 5596, 5968, 6332, 6451, 6887, 7452,
6...	124, 381, 853, 2846						
7...	221, 7175						
8...	124, 381, 805, 853, 2108, 2238, 3238, 4355, 4776, 5812, 6449, 7104						
9...	400, 853, 2846						
0...	1351						
1...	2053, 3243, 7104						
2...	305, 2116, 4167, 5714, 7101, 7468						
3...	3930, 4167, 5714						
4...	2852, 3930, 4167, 5378, 5714, 6272, 7101, 7468, 8026, 8229						
5...	3930, 5714 7047						
6...	3930, 4376, 7047						
7...	1210, 2852, 3930, 4167, 7047						
8...	330, 542, 552, 1773, 3048, 3739, 3930, 5381, 5816, 6423						
9...	71, 212, 226, 330, 338, 552, 646, 733, 822, 851, 1089, 1214, 1375,						

\$§.	№.	\$§.	№.	\$§.	№.
	7745, 7804,	1070....	988, 1694,	1091....	316, 361,
	7917, 8069,		2384, 2438,		526, 1501,
	8101		4012, 4728,		1616, 2790,
1054....	1060, 1291,		5011, 5423		2805, 5028,
	2143, 2667,	1072....	1366, 3887,		5502, 6643
	5697, 7963		3896, 3943,	1092...	1902, 5697
1055.....	6167		6831, 7645	1093....	1257, 1271,
1056....	700, 1872,	1073....	1366, 2438,		2823
	2402, 5599,		3887, 3896,	1094.....	386, 643,
	5697		3943, 5989,		3923, 4632,
1058.....	68, 4588		6831, 7645		5697, 5856,
1060.....	2143	1074....	1366, 3887,		6217, 7023,
1061....	559, 1060,		3943, 6831,		7917, 8080
	1381, 1575,		7506, 7645	1095.....	111, 452,
	2056, 3013,	1075....	3887, 3896,		983, 1116,
	3457, 3791,		3943, 7645		1579, 4679,
	5968	1076....	3887, 3943,		5581, 6722,
1062	170, 380,		7645		8125, 8222
	421, 676, 824,	1077....	3887, 3943,	1096....	156, 176,
	920, 1291,		7645		1036, 1448,
	1541, 1575,	1078....	1366, 3887,		1585, 1843,
	1902, 2361,		3943, 5989,		2303, 2903,
	2630, 2712,		7645		3459, 4124,
	2979, 3256,	1079....	3887, 3896,		4357, 4634,
	4142, 4485,		3943, 5989		6217, 6475
	4514, 4779,	1080.....	4657	1097.....	5502
	5017, 5117,	1082....	4557, 7807	1098.....	410, 643,
	5853, 6453	1083.....	7807		922, 1036,
1063.....	170, 509,	1084....	1116, 7807		1157, 1201,
	653, 920,	1089....	471, 6915		1306, 3459,
	1106, 2630,	1090.....	386, 643,		4124, 5761,
	4191, 7917		996, 1053,		6217
1064....	559 1496,		1116, 1157,	1099.....	3923
	1683, 7342,		1257, 1271,	1100....	2299, 2671,
	7518		1344, 1501,		2985, 4632
1065.....	5599		1504, 2427,	1101.....	4, 23, 37,
1066....	475, 527,		2628, 2671,		236, 285, 413,
	559, 1060,		3833, 3853,		498, 541, 732,
	1322, 1661,		3856, 4264,		936, 1046,
	3529, 3599,		4268, 5028,		1125, 1151,
	5913, 7326		5697, 5728,		1153, 1419,
1068....	2438, 5691,		5856, 6427,		1496, 1737,
	6831		7023, 7917,		1788, 2047,
1069.....	2438		7966, 8080		2079, 2331,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	2387, 2679,		1504, 1753,		6643, 6905,
	2755, 2787,		3833, 4585,		8193
	2805, 2909,		4632, 6143,	1119...	1535, 6354,
	2925, 2985,		6854, 7966		6905
	3045, 3198,	1114....	323, 783,	1120....	323, 345,
	3448, 3542,		1457, 1501,		384, 774,
	3576, 3617,		1587, 1753,		1168, 1258,
	3621, 3825,		1953, 3134,		1429, 1579,
	3913, 3932,		3530, 3856,		2936, 3246,
	3970, 3976,		5324, 6151,		3328, 4012,
	4069, 4212,		6354, 7078,		4038, 4064,
	4256, 4264,		7141, 7690,		4242, 4527,
	4497, 4713,		8193		4671, 4830,
	4714, 4800,	1115....	185, 323,		4875, 4998,
	5217, 5259,		783, 1501,		5324, 5480,
	5499, 5747,		3281, 3678,		6038, 6129,
	5810, 6427,		5324, 6354,		6185, 6238,
	6438, 6490,		7078, 8193		6354, 6537,
	6608, 6617,	1116....	185, 386,		7067, 7946,
	6657, 6733,		783, 974,		8050, 8118,
	7132, 7179,		987, 1168,		8125, 8149
	7197, 7323,		1258, 1344,	1121....	111, 720,
	7331, 7387,		1420, 1461,		756, 774, 983,
	7414, 7587,		1501, 3008,		1241, 1344,
	8200		3134, 4585,		1575, 3246,
1102....	364, 587,		5324, 5502,		3328, 4038,
	983, 1128,		5697, 5728,		4064, 4463,
	2299, 4736,		6185, 6238,		4493, 4527,
	7219, 7488,		6354, 6643,		4679, 5581,
	7520		7946, 7966,		5684, 6038,
1103.....	2427		8193		6185, 6354,
1104....	176, 714,	1117....	1, 1535,		6504, 6537,
	2242, 3923,		2303, 2504,		7946, 8125,
	6003, 7629		5517, 6354		8149, 8222
1105....	176, 1843,	1118...	1, 137, 410,	1122.....	137
	3923, 6739,		868, 1148,	1125.....	7176
	6905, 7629		1535, 1591,	1126.....	1661
1109....	722, 1288,		1902, 1909,	1128....	2490
	2686		2525, 3008,	1133.....	624
1111.....	5564		3526, 3528,	1135.....	805
1112...	1501, 2369,		4085, 4357,	1136.....	8114
	6354		5667, 5945,	1137.....	137
1113....	386, 1344,		6354, 6556,	1140.....	2490
	1457, 1501,			1142.....	4012

§§.	№.	§§.	№.	§§.
1151...	475, 767, 996, 3446, 3512, 4314, 6454, 7480, 7663, 8074	1159...	3397, 6126, 7147	1192... 4927,
1152...	52, 122, 192, 492, 607, 809, 1408, 1919, 2040, 2198, 2402, 3397, 3426, 3590, 3650, 3727, 3772, 4151, 4179, 4185, 4314, 4456, 5101, 5378, 5905, 6454, 6639, 6919, 6957, 7480, 7696, 8007, 8074	1160...	1176, 1329, 4405, 6386, 7467	1193... 3705, 6454
1153...	1, 475, 1792, 2170, 3446, 3772, 4046, 4068, 5398, 6666, 7047, 7136, 7663	1161...	8292, 7469	1194... 5694
1154...	1, 527, 4227, 4605, 5913, 7136	1163...	52, 767, 1792, 4151, 7260	1195.....
1155...	604, 898, 1329, 1433, 2819, 4227, 4405, 6386, 6838, 6845, 6854	1166...	1	1196... 5694
1156...	920, 1073, 1378, 2720, 4227, 7047, 7136, 7480, 7684	1178...	4785, 6068, 6720	1197... 4905, 6454
1157.....	4605	1174...	51, 1273, 3577, 3811, 3995, 4021, 4144, 4426, 5764, 6147, 7030, 7526	1198... 2421,
1158....	475, 6359, 6666	1175...	934, 1329, 4218, 4927, 5446, 5694, 6454, 7029	1199... 2421, 4905, 6454
		1176...	4927, 5694	1200.....
		1177...	5694, 5746	1201... 22, 3233
		1178 ..	2411, 5694, 5746	1202.....
		1179.....	5694	1203... 1230
		1180...	5694, 6981	1204... 1230, 1885
		1181...	4218, 5694, 7514	1205... 5694
		1182...	4927, 5694, 7029	1206... 2964, 4905
		1183...	4927, 5694, 6454	1207.....
		1184.....	5694	1208.....
		1185...	5694, 6454	1209.....
		1186.....	5694	1210..... 1
		1187.....	5694	1211.....
		1188...	4928, 5694	1212.....
		1189...	4928, 5694,	1213.....
		1190....	647, 3233	1214... 221
		1191.....	5694	1215... 4700,
			5694	1216.....
			5694	1217... 31, 1981, 4582, 5897, 6042

№.	§§.	№.	§§.	№.
7049, 7650,		6350, 7179,		5838, 6158,
7661, 7672,		7185, 7860		6173, 7637
8004, 8130,	1228.....	59, 120,	1236...	1175, 2835,
8140, 8199		1631, 2077,		2362, 3929,
....370, 943,		3378, 3576,		5372, 5694,
992, 1352,		4680, 5916,		5897, 6158,
1583, 2077,		7185, 7618		6173, 6297,
3686, 3807,	1229..	76, 107, 293,		6436, 6981,
4005, 4582,		992, 1145,		7669, 7998
4680, 6042,		1540, 1631,	1237...	1076, 2254,
6350, 6545,		2077, 2216,		2522, 3757,
7672, 8004,		2500, 2919,		4412, 4517,
8130		3378, 4680,		4553, 5694,
....77, 1664,		5916, 6042,		6319, 6903,
3807, 5983		7402, 7618,	1238.....	692, 992,
...107, 1743,		7860		1151, 1477,
2077, 2619,	1230.....	67, 265,		1779, 3243,
2636, 3027,		1145, 2020,		3564, 4034,
3807, 4749,		2104, 4343,		5000, 5491,
5476, 5983,		5883, 6042,		5694, 5850,
6110, 6680,		8166		6145, 7104,
7402, 7661,	1231....	661, 1743,		7179
8004, 8160		2619, 4069,	1239....	390, 1779,
...307, 1743,		4749, 5099,		2362, 3564,
2077, 3027,		6452, 6508		4034, 5694
3244	1232...	4343, 7066	1240....	390, 5694
..1743, 2077,	1233.....	694, 764	1241.....	5694
6110		3233, 4218,	1242.....	1931
..1743, 2077,		5694, 5746,	1243.....	1639
5099, 7402		5897	1245...	2216, 3425,
.....2077	1234.....	67, 1175,		6680, 7402,
...370, 2077,		1540, 1635,		7566
4005, 7661		2138, 3222,	1247....	692, 1704,
....67, 132,		3929, 4017,		4520
2077, 6014,		4183, 4218,	1248....	311, 1662,
6319, 7661		5372, 5694,		2627, 3651,
..59, 67, 992,		5746, 5838,		4324, 7049
1151, 1395,		5897, 6158,	1249....	311, 445,
1540, 1583,		6173, 6981,		1058, 1083,
1631, 1664,		7637, 7669,		1443, 1662,
2077, 2919,	1235.....	7998		1931, 2428,
3378, 3476,		67, 2770,		2500, 2627,
4343, 5916,		4017, 4183,		3200, 3651,
		5372, 5694,		

§§.	№.	§§.	№.	§§.
	3812, 7049,		328, 445,	210
	7164		1078, 1212,	285
1250.....	1058		1301, 1871,	294
1252.....	1037		2738, 2759,	324
1253.....	811, 1037,		2973, 3114,	419
	1199, 1208,		3624, 3995,	489
	2627, 3200,		4592, 5764,	523
	3686		5967, 6068	574
1254.....	311, 1037,	1272....	1078, 2738,	602
	2428, 2627,		2973, 3995,	625
	3200, 3451,		5764, 6068	647
	3651	1273.....	7029	701
1257.....	3378	1275.....	68, 4488,	746
1258.....	4186		5137	805
1260....	1834, 2216,	1276....	4264, 5011,	
	5916		5137, 5599	1295.....1
1262....	410, 2770,	1278....	1236, 1734,	5
	2771, 4017,		2121, 2855,	8
	5746, 5838,		4183, 6567	92
	5897, 6158,	1282....	1236, 1734	126
	6173, 6981,	1284....	799, 1033,	138
	7637		1497	138
1263....	3860, 5897	1286....	799, 3110,	174
1264....	1, 845, 867,		4881	237
	889, 1145,	1287.....	4928	266
	1383, 1910,	1288.....	94, 5618,	285
	1987, 2138,		7385	329
	2397, 2646,	1289.....	5618	358
	2677, 3715,	1290.....	5618	371
	3860, 4623,	1291.....	5618	419
	4680, 5897,	1293....	226, 384,	446
	6350, 6715		1060, 1386,	491
1265....	1145, 5897		2054, 2448,	501
1266....	845, 1145,		3074, 3677,	523
	5897, 6981		4558, 4896,	540
1267.....	68, 799,		5230, 5678,	587
	2855, 4494,		5878, 5973,	595
	4927		6028, 6370,	602
1268.....	1		6475, 6724,	619
1269.....	4494		6739, 7355,	622
1270....	68, 82, 328,		7469, 8040	637
	1060, 1212,	1294..	25, 784, 798,	646
	4592, 4809,		833, 1133,	647
1271....	68, 94, 262,		1944, 1949,	665

№.	§§.	№.	§§.	№.
6928, 7011,	1302...	1616, 3428,	1315...	519, 863,
7067, 7256,		3627, 3798,		2746, 3292,
7287, 7300,		3992, 5001,		4163, 5210,
7355, 7469,		5189, 5230,		6057, 6654,
7686, 7797,		6816, 7167,		7469
8040, 8060,		7469, 7519	1316...	215, 381,
8117, 8148	1304...	858, 863,		2672, 2800,
...542, 798,		1384, 1389,		3387, 4530,
948, 1269,		2116, 2820,		5189, 5664,
2189, 2784,		4195, 4298,		5931, 6196,
3304, 4896,		4911, 4998,		6873
5210, 5664,		5189, 5230,	1320...	2189, 5744,
5745, 6123,		5664, 6191,		6654, 7948
...315, 613,		7819, 7948,	1321...	3991, 4118,
798, 1269,		8127		5081, 6654,
1384, 2116,	1305...	235, 345,		7550, 8114
2672, 2746,		573, 948,	1322...	6654, 8114
3130, 3580,		1245, 1412,	1323...	84, 309, 384,
4289, 5210,		1421, 2057,		668, 912,
7948		2541, 2629,		1378, 1386,
...1, 163, 288,		2933, 3570,		1389, 1619,
381, 920, 997,		4151, 4287,		2086, 2278,
1045, 1084,		4361, 4527,		2374, 2669,
1114, 1115,		4837, 4981,		2876, 3430,
1201, 1619,		5093, 5808,		3713, 3931,
1744, 2056,		5821, 5898,		4064, 4103,
2116, 2672,		6021, 5051,		4195, 4502,
2712, 2784,		7304, 7305,		4514, 4837,
2800, 3130,		7550, 7686		5010, 5406,
3580, 4530,	1306...	542, 948,		5952, 6129,
4550, 5210,		2933		6196, 6201,
5406, 5664,	1309...	7467		6475, 6478,
6191, 6196,	1310...	5973		6558, 7067,
6739, 7047,	1311...	542, 1269,		7287, 7630,
7686		1580, 2189,		7797, 8040
...306, 358,		2876, 2946,	1324...	315, 680,
863, 1792,		4372, 5313,		1619, 2855,
2034, 2116,		6439, 6458,		2933, 3990,
3292, 5210,		7629, 7948,		4064, 4195,
5926, 6209,		7949, 7960,		4884, 5230,
6468, 7469		8101		6057, 6478,
..1792, 7392	1313...	2541, 4163,		6504, 6739,
..5001, 5189,		7469		6928, 7287,
6739, 7519				7300, 7469,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	7630, 7768,		5932, 6748,		3925, 4141,
	7797, 7819,		7151, 7781		7898
	8040	1334...	653, 920,	1347...	143, 3849,
1325...	680, 2471,		1190, 1191,		4798, 5700,
	2653, 2719,		1443, 1481,		7107
	2901, 2935,		2567, 2704,	1349...	3736, 5755
	3038, 3804,		2742, 2933,	1350...	6821
	4166, 4231,		2988, 4748,	1351...	8, 614, 2389,
	4335, 4446,		4766, 5329,		5148, 4408,
	5744, 7556,		5406, 6375,		4667, 4997,
	7571, 8040,		6823, 7151,		5035, 5080
	8117, 8127		7165, 7346,	1352...	1093, 1866,
1326...	8040		7871, 7781		4667
1327...	5431, 5477,	1335...	389, 1443	1353...	416, 751,
	8040	1336...	1, 76, 128,		1405, 1866,
1328...	25, 56, 652,		137, 523,		3925, 4511,
	680, 773,		534, 1374,		5640, 7726,
	846, 875,		1539, 2081,		8062
	1836, 2065,		2173, 2651,	1354...	1405
	2471, 2716,		3405, 3975,	1355...	1313, 1450,
	2927, 3199,		4761, 4861,		1482, 3843,
	3697, 4004,		6017, 5228,		4627, 7898
	4828, 5010,		6570, 5848,	1356...	1209, 1313,
	5263, 6347,		5932, 6130,		1450, 1866,
	6977, 8040		6821, 6933		2009, 3843,
1329...	5875, 8040	1338...	25, 3592,		4941, 7898
1330...	25, 56, 652,		4335, 5230,	1357...	1209, 1246,
	680, 2471,		6458		1405, 1482,
	5815, 8040	1340...	25, 1162,		3849, 7739,
1331...	25, 3389,		5377		7902
	3931, 4742,	1341...	1824	1358...	338, 646,
	5973, 6057,	1343...	2829, 5460,		792, 822,
	8040		8114, 8189		1102, 1117,
1332...	668, 3931	1344...	570, 1101,		1402, 1566,
1333...	1, 117, 170,		2457, 2999,		1866, 2211,
	284, 293,		4667, 5700,		2381, 3167,
	378, 514,		7726, 7866		4205, 4459,
	920, 1190,	1345...	2769, 2953,		4544, 4579,
	1191, 1286,		4528, 4667,		5377, 5490,
	1318, 1337,		5192, 7902,		5700, 6272,
	2567, 2948,		8135		6364, 6370,
	3104, 3975,	1346...	143, 658,		6724, 8135
	4766, 4891,		1866, 2457,	1359...	6477
	5406, 5932,				

	9r.	§§.	9r.	§§.	9r.
60...	4544, 4964, 6477		2608, 2839, 2919, 3146, 3241, 3962, 4452, 4467, 4767, 6527, 7010	1886...	497, 5080, 5231
63....	751, 1313, 1405, 1866, 2009, 2457, 3843			1387...	1897, 3940, 5231, 6888
64....	391, 1405, 2457, 4544	1877....	104, 169, 349, 497, 867, 909,	1388...	36, 38, 2814, 4649, 5231, 6983, 7335, 7386, 7614
65....	391, 2457,		1209, 1280,	1389...	1987, 5231
66...	2457, 4928		1311, 1866,	1390...	2009, 6103
67...	2457, 5377		1986, 2608,	1391...	8257, 3305, 4683, 5665, 7891
68....	482, 570, 3180, 3736, 4649, 6737, 6847, 7324, 8189		2919, 3146, 3241, 3719, 4452, 4467, 4574, 4767, 6025, 7010	1392...	61, 349, 529, 570, 696, 1328, 1413, 2119, 2139, 3358, 3935, 4810, 5377, 5926, 6175, 6514, 6597, 7699, 7812, 7891
69....	482, 648, 1186, 2828, 2894, 3130, 3214, 3736, 3905, 4767, 5377, 5406, 5434, 6118, 6737, 7306	1378...	909, 1209, 1714, 1866, 1986, 2009, 3146, 3621, 3962, 4409, 4767, 6025, 7902	1393....	320, 373, 696, 736, 800, 938, 3005, 3803, 4534, 5936, 6420, 7516, 7891
71....	271, 523, 434, 1094, 1575, 1834, 2015, 7303	1879...	1209, 1866, 1986, 2634, 2919, 3146, 3962, 5827, 5926, 7010, 7902	1394....	320, 509, 529, 618, 800, 843, 938, 1328, 1395, 1653, 1782, 2652, 2763, 2955, 3288, 3307, 3358, 3599, 3803, 4012, 4258, 4925, 5177, 5816, 6437, 6514, 6702, 6774,
72...	2894, 7199				
73...	2743, 4065, 4193, 5376, 7566, 8009, 8189	1880...	497, 655, 867, 1827, 1866, 2009, 3719, 4283, 5231, 6103, 6888, 6930, 7180		
74...	1074, 2626, 4326, 4575, 6116	1881...	1862, 3695, 4283, 4315, 6090, 8135		
75....	349, 1209, 4452				
76....	104, 142, 427, 909, 1209, 1280, 1311, 1405, 1611, 1714, 1866, 1986,	1382.....	5231		
		1383.....	5231		
		1384...	1499, 5231		
		1385...	1499, 1709, 1987, 5231		

§§.	9r.	§§.	9r.	§§.
	6777, 7004,		3728, 3843,	7339
	7835, 7852,		3996, 4336,	7427
	7891, 8020,		4574, 4579,	777
	8091		5313, 5808,	1402...60,74
1395...	820, 421,		6028, 6123,	1915
	856, 983,		6175, 6439,	2674
	1109, 1237,		6597, 6693,	2966
	1328, 1395,		7038, 7151,	3741
	1782, 1915,		7362, 7891,	4833
	2389, 2517,		8101	5192
	2955, 2991,	1398....	175, 320,	6355
	3307, 3803,		510, 1668,	7019
	4012, 4410,		1968, 2431,	7187
	4810, 6175,		2460, 3309,	7256
	6702, 7835,		3843, 4012,	7855
	7862, 7891,		4336, 5377,	
	7971		6123, 6175,	1403...1533
1396....	421, 529,		6597, 6693,	3741
	614, 618,		7038, 7478,	
	857, 1118,		7891, 8020,	1404....61
	1328, 1782,		8101	3537
	1851, 1915,	1399....	60, 1968,	
	1976, 1995,		2460, 3843,	1405...4528
	2021, 2202,		4336, 6123,	
	2389, 2517,		6175, 6597,	1406....60
	2551, 2953,		6599, 6693,	6378
	2955, 3148,		7038, 7151,	6599
	3307, 3803,		8101	7038
	3883, 3935,	1400....	567, 2176,	742
	4431, 4767,		4333, 4528,	1407....60
	5619, 5924,		5192, 6009,	3599
	5926, 6028,		7187, 7208,	7427
	6175, 7004,		7298, 7438,	
	7644, 7835,		7787	1408....166
	7852, 7862,	1401..	96, 567, 747,	4528
	7891, 8020		1227, 1703,	5313
1397...	19, 60, 127,		2113, 2176,	6378
	166, 189,		2409, 3599,	7433
	231, 320,		4333, 4528,	
	421, 510,		4777, 5192,	1409...2953
	797, 1413,		5287, 5395,	7774
	1668, 1866,		6009, 6355,	
	1968, 2460,		6378, 6667,	1410.....
	3309, 3401,		7019, 7298,	1411.....

r.	§§.	§§.	Mr.	§§.	Mr.
112....	618, 983, 1395, 1659, 1778, 2409, 2792, 4528, 4957, 4987, 6261, 6439, 6806, 6834, 6915, 6990, 7151, 8101, 8135		5000, 5177, 5490	1426...	2828, 3283, 3806, 4299, 4371, 4638, 4987, 4994, 5490, 6990, 7306, 7384
		1424....	983, 2108, 2541, 2846, 5882, 6261, 7187, 7339, 7384, 7568, 7808	1428...	1137, 1971, 2541, 2708, 3097, 3423, 4116, 4431, 5455, 5866, 6272, 6910, 7010
113...	2669, 3423, 4957, 6028, 6456, 6834, 6915	1425..	23, 318, 592, 677, 914, 945, 1006, 1069, 1186, 1223, 1564, 1593, 1667, 1738, 1755, 1760, 1762, 1853, 1971, 1993, 2041, 2159, 2225, 2584, 2708, 2712, 3080, 3149, 3214, 3250, 3595, 3644, 4054, 4072, 4204, 4299, 4638, 4679, 4767, 4805, 4900, 4901, 4910, 5000, 5054, 5081, 5202, 5203, 5229, 5406, 5434, 5699, 5846, 5882, 5957, 6030, 6160, 6191, 6230, 6651, 6664, 6785, 6834, 6925, 6994, 7165, 7307, 7371, 7384, 7568, 7808, 7860, 8096		
114...	1118, 1514, 2400, 3146, 3241, 3326, 3358, 3423, 3728, 3935, 5313, 6028, 6439, 6597, 6693, 6834, 7151, 8101			1429.....	5395
				1430...	4200, 5895
115....	103, 6834			1431....	141, 414, 431, 585, 720, 814, 1129, 1148, 1282, 1887, 2398, 2643, 3097, 3570, 3940, 4262, 4518, 4578, 4593, 5924, 5926, 6079, 6081, 6086, 6225, 6252, 6281, 6303, 6332, 6468, 6494, 6527, 6870, 6888, 8012
116....	103, 2250, 2704, 5099, 6030, 6456, 6476, 6972			1432....	127, 328, 445, 759, 794, 1518, 1704, 2667, 2795, 4518, 6259, 6281, 6494, 6552, 6908
117...	5340, 5770			1434....	720, 2106
118....	517, 4096, 5111			1435....	323, 814, 1141, 1509,
119...	1222, 2159, 6261, 6606				
120.....	2106				
121...	1102, 1117, 1659, 2159, 2211, 4459, 4661, 5000, 7256				
123....	822, 1061, 1102, 2211, 3067, 3167, 4459, 4528,				

§§.	9r.	§§.	9r.	§§.	9r.
	1887, 2051,		3695, 4229,		1821, 3124,
	2242, 2759,		4315, 4682,		3732, 4066,
	3303, 3325,		6090, 6161,		4696, 5510,
	3704, 3900,		6891, 7141,		6237, 6803,
	5206, 6622,		7917, 8135		8022
	6729, 6870,	1445....	146, 3830,	1461....	91, 441,
	6887, 6908,		7058, 7732		670, 994,
	7051, 7237,	1446....	1051, 2837,		4680, 5460,
	7304, 7704,		3070, 3557,		6237
	7781, 7796		3842, 4012,	1462.....	91, 441,
1437....	4998, 5599,		4661, 6090,		843, 3984,
	5853, 5866,		7058, 8020		4680, 6237
	5926, 6147,	1447....	504, 1386,	1463.....	91, 184,
	6228		2829, 3332,		670, 883,
1438.....	291, 309,		3713, 4185,		1162, 4680,
	699, 770,		4342, 5599,		6237
	857, 1035,		6028, 6214,	1464.....	91, 184,
	1087, 1262,		7038, 7187,		1193, 4745,
	1525, 1939,		7237, 7302,		6237
	2264, 3624,		7804, 7797,	1465.....	91, 5326,
	4355, 5739,		7900		8022
	5808, 5888,	1448.....	7806	1467.....	184, 994,
	6619, 6777,	1449.....	7141		1162, 1821,
	7066, 7136,	1450.....	1, 2577,		2383, 3339,
	7757, 7797,		8039		4012, 4334,
	8012	1451.....	130, 843,		4997, 5460,
1439.....	176, 264,		1491, 1805,		6450, 7004
	699, 765, 770,		5755, 7835,	1468....	3464, 7957,
	828, 857, 1035,		8194		8022, 8132
	1087, 1262,	1452.....	91, 1193,	1469.....	184, 883,
	1525, 2264,		6803, 8132		3464, 3710,
	3624, 5806,	1453.....	6803		4012, 4334,
	5888, 6364,	1455.....	331, 573,		5955, 6237
	6619, 6777		1641, 4297,	1470.....	224, 244,
1440....	857, 2894		5510, 5861,		303, 670,
1442....	857, 3844,		6803		1098, 1779,
	4459, 6061	1456....	488, 6803		1997, 3169,
1443....	421, 1051,	1457.....	91, 488		3710, 4220,
	1395, 2196,	1459.....	208, 795,		6195, 7020,
	4012, 4880,		2748, 3968,		7957
	6364, 7644,		4059, 4988,	1471....	1098, 1779,
	7891, 8020		6195, 6803		3710, 6803
1444....	401, 445,	1460....	91, 101, 935,	1472....	91, 484, 579,
	1362, 3061,		1027, 1193,		885, 962,

	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	1415, 1759,		6812, 6975,		416, 486,
	4084, 4674,		7355, 7835		563, 640,
	6420, 8022	1480....	46, 79, 142,		904, 1037,
173.....	6420		291, 341, 497,		1268, 1355,
175.....	3084		544, 659, 673,		1684, 1761,
177.....	196, 244,		688, 733, 767,		1883, 2371,
	257, 441,		818, 900, 911,		3012, 3084,
	488, 1546,		954, 959, 962,		3124, 3253,
	2039, 2374,		966, 1039,		3375, 3381,
	2383, 2587,		1089, 1184,		4200, 4282,
	3124, 4134,		1192, 1214,		4849, 4764,
	5019, 5771,		1234, 1405,		4928, 6070,
	6420, 6901,		1805, 1813,		6138, 6564,
	7020, 7957		1831, 1889,		6850, 7087,
178.....	169, 184,		2026, 2054,		7840, 8039
	226, 257, 416,		2098, 2110,	1488....	488, 795,
	565, 640, 670,		2126, 2205,		1003, 1009,
	688, 818, 842,		2720, 2735,		1471, 3084,
	904, 1009,		8192, 3235,		3100, 3464,
	1055, 1085,		4032, 4084,		6950
	1089, 1098,		4096, 4106,	1489....	215, 226,
	1148, 1164,		4115, 4427,		287, 788,
	1355, 2167,		4500, 4519,		809, 961,
	2431, 2994,		4669, 4764,		1214, 1539,
	3014, 3026,		4893, 4973,		1668, 1726,
	3144, 3616,		5017, 5023,		1761, 1889,
	4334, 4427,		5102, 5115,		1968, 2054,
	4507, 4514,		5177, 5564,		2448, 2685,
	4627, 4680,		5932, 5993,		2756, 3084,
	5023, 5157,		6052, 6225,		3255, 3375,
	5367, 5932,		6381, 6625,		3677, 3843,
	6729, 7301		6729, 7147,		3927, 3931,
179....	383, 843,		7301, 7494		4004, 4115,
	1013, 1055,	1481....	46, 157,		4185, 4241,
	1085, 1234,		441, 517,		4345, 4466,
	2054, 2110,		1234, 2110,		4514, 4669,
	2167, 2756,		6052, 8160		4861, 5010,
	2904, 2994,	1482....	4040, 4084		5017, 5177,
	3100, 3616,	1483....	258, 1013,		5682, 5743,
	3843, 4084,		5564, 6975,		5932, 6370,
	4427, 4627,		7433		6724, 7036,
	4973, 5177,	1485....	759, 962,		7300, 7355,
	5294, 5755,		1055, 3616		7712
	6160, 6237,	1487....	118, 130,	1490.....	3084

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
1491.....	3084	894, 904,		2962, 3169,	
1492...	3084, 6029	905, 911,		5326, 6237,	
1493.....	196, 224,	1003, 1037,		7468	
	244, 268,	1039, 1471,	1499.....	169, 258,	
	670, 1725,	1614, 1726,		759, 2167,	
	1759, 1779,	1779, 1805,		2178, 4928,	
	2587, 3014,	2126, 2205,		6029, 6564,	
	3249, 3464,	2685, 2904,		6850, 7835	
	3732, 3907,	3235, 3616,	1500.....	174, 196,	
	4134, 5771,	3708, 4058,		213, 224,	
	6530, 6950,	4466, 4555,		618, 843,	
	7004, 7468,	4893, 5367,		971, 1486,	
	8022	5682, 5755,		1725, 1779,	
1494..	46, 416, 565,	5933, 5988,		1995, 2904,	
	818, 1684,	6485, 6901,		2962, 3169,	
	1813, 2167,	6950, 6995,		3908, 4012,	
	2994, 4131,	7020, 7036,		4044, 4134,	
	6996	7147, 7437,		4164, 4684,	
1495....	565, 4680	7540, 7561,		4696, 5019,	
1496.....	565	7653, 7743,		5294, 5755,	
1497..	46, 169, 240,	7840, 8039,		5982, 7561,	
	488, 497,	8194		7835, 7891,	
	565, 673,	1498.....	244, 556,	7957	
	759, 843,		759, 2085,	1501....	900, 2178
			2167, 2587,	1502....	759, 3145

Allgemeines Grundbuchsgesetz vom 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 9.

Einführungs- Gesetz	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
Art. I..	4423, 4617,	1	7244		6704, 6741,
	4678, 5372,	2	7855		6780, 8147
	5737, 6121	3	6704, 7853,	12	5243, 5991,
			7924	13	5447, 5474,
„ II..	7613, 7818	4	7244		5939, 5991,
„ III..	4600, 7181	5	6810, 7244		6269, 6334,
„ IV..	4423, 4600,	7	6888		6774, 6810,
	4617, 4753,	8	6810, 8189		7853
	5075, 5248,	9	5789, 5818,	14	4979, 5088,
	5372, 5376,		5991, 6664,		5243, 5293,
	5598, 5645,		6810, 6831,		5684, 5991,
	5679, 5737,		7624, 7800		6133, 6352,
	5956, 6340,	10	5991, 6741		6774, 6869,
	7181	11	5777, 5991,		7181, 7214,

	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	7380, 7431,		5687, 5808,		6352, 6997,
	7645, 7944		5818, 5827,		7186, 7351,
....	4657, 5991,		5968, 6099,		7942, 8124
	6419, 6718,		6210, 6415,	29	4423, 5064,
	6774, 7972		6565, 6684,		3608, 5871,
....	4897, 5401,		6705, 7527,		6425, 7255,
	5713, 5991,		7979, 8106		7649, 7652,
	6035, 6423,	22	5049, 5247,		8073
	6774, 7217,		6078, 6099,	30	6987, 7809
	7431, 7451,		6525	31	4600, 4904,
	7691, 7910	23	5195, 5247		5120, 5391,
....	4929, 5023,	24	5247, 5315,		5399, 5425,
	5401, 5554,		5345, 6202,		5796, 5946,
	5991, 6774,		7039		5956, 6086,
	7431, 7451,	25	5247		6858, 6425,
	7652, 7936,	26	4600, 4733,		7646
	7972, 8086		4787, 5120,	32	4904, 5120,
....	5991, 6774		5153, 5215,		5154, 5293,
....	5684, 5991,		5293, 5308,		5308, 5399,
	7624		5325, 5360,		5425, 5668,
....	4684, 4690,		5376, 5399,		5796, 5944,
	4728, 4737,		5526, 5665,		6352, 6546,
	4740, 4869,		5677, 5708,		7270, 7541,
	4870, 4973,		5715, 5796,		7624, 7942,
	5140, 5148,		5797, 5816,		8084
	5214, 5281,		5868, 5896,	33	4655, 4720,
	5332, 5510,		5956, 6079,		4739, 4844,
	5596, 5918,		6081, 6086,		4853, 4994,
	5991, 6051,		6225, 6252,		5120, 5391,
	6333, 6369,		6281, 6303,		5399, 5526,
	6402, 6499,		6332, 6352,		5790, 6425,
	6565, 6637,		6426, 7447,		6426, 6546,
	6672, 6745,		7451, 7624,		6574, 6579,
	6760, 6793,		7646, 7942,		7633, 7941,
	6798, 6811,		8124		7942, 8084,
	6921, 7092,	27	4600, 4733,		8134, 8150,
	7094, 7106,		4787, 5120,		8189
	7122, 7265,		5153, 5293,	34	4973, 5120,
	7361, 7366,		5325, 5376,		5399
	7416, 7525,		5399, 5677,	35	4733, 4739,
	7548, 7603,		5797, 5816,		4787, 5060,
	7649, 7759,		5896, 5956,		5120, 5154,
	7800, 7881		6079, 6081,		5376, 5708,
....	5247, 5315,		6086, 6332,		5737, 5797,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	6081, 6086,		5679, 5687,		6565, 6672,
	6225, 6352,		5737, 5791,		7366, 8073
	7186, 7270,		6840, 6387,	54 4728, 6210,
	7851, 7646		6415, 6466,		6425, 6672,
36 4733, 4753,		6861, 6985,		7366
	4994, 5060,		7011, 7159,	55 4728, 6425,
	5062, 5078,		7181, 7192,		6672, 7366,
	5092, 5120,		8225		8073
	5153, 5154,	42 5030, 5088,	56 4728, 6210,
	5168, 5303,		5101, 5401,		6425, 6672,
	5325, 5376,		5598, 5687,		7366, 8073,
	5399, 5537,		5737, 5862,	57 4728, 6210,
	5552, 5868,		6121, 6340,		6425, 6672,
	5896, 5944,		6863, 7011,		7366
	6007, 6066,		7076, 7159,	58 4728, 6672,
	6079, 6081,		7192, 7459,		7366
	6202, 6352,		7493	59 3946, 4728,
	7541, 7633,	43 4796, 5316,		5076, 5140,
	8124, 8141,		6177		5148, 5214,
	8222	44 5737, 6466		5281, 5315,
38 4855, 4864,	45 5015, 5121,		5600, 5977,
	5086, 5060,		5272, 5655,		5978, 6078,
	5062, 5102,		5679, 5791,		6333, 6368,
	5208, 5213,		6085, 6340,		6565, 6637,
	5215, 5248,		6369, 6415,		6672, 6734,
	5325, 5398,		6466, 6636,		6793, 6811,
	5399, 5537,		6723, 6863,		6921, 7009,
	5545, 5669,		7123, 7159,		7069, 7366,
	6036, 6081,		7459, 8225		7940, 7979,
	6840, 6409,	46 4703, 5182,		8220
	6574, 6861,		5183, 5272,	60 3946, 4690,
	6862, 7011,		5354, 5450,		4728, 5140,
	7157, 7192,		5470, 7459		5148, 5214,
	7221, 7459,	47 8225		5315, 5510,
	7633, 7709,	48 5052, 5064,		5977, 5978,
	7791		6176		6333, 6368,
39 6664, 7384	49 5272, 6425,		6637, 6672,
40 5401, 6409,		7360		6793, 6811,
	7181, 7493,	50 5272, 7360		6921, 7361,
	8225	51 5025, 5272,		7366, 7940,
41 3946, 5030,		5308, 7360		7974, 8220
	5036, 5183,	52 4728	61 4685, 4728,
	5401, 5406,	53 4728, 5768,		4757, 4783,
	5598, 5644,		6210, 6425,		4800, 4851,

№r.	§§.	№r.	§§.	№r.
4869, 4870,		6333, 6499,		4851, 4869,
5003, 5103,		6672, 6675,		5003, 5214,
5214, 5258,		6722, 6760,		5258, 5332,
5332, 5463,		6798, 7094,		5645, 5864,
5645, 5794,		7366, 7374,		6333, 6499,
5800, 5803,		7548, 7674,		6672, 6675,
5864, 5918,		7821, 7890,		6760, 6798,
6056, 6171,		8220		7094, 7366,
6221, 6279,	64	4728, 4851,		7548, 7821,
6290, 6333,		4869, 5003,		8220
6499, 6565,		5214, 5258,	68	4728, 4851,
6672, 6675,		5332, 5645,		4869, 5003,
6722, 6734,		5864, 6333,		5214, 5258,
6760, 6798,		6499, 6672,		5332, 5645,
6811, 6921,		6675, 6722,		5864, 6333,
7094, 7105,		6760, 6798,		6499, 6672,
7106, 7122,		7094, 7366,		6675, 6760,
7336, 7366,		7548, 7674,		6798, 7094,
7416, 7473,		7821, 8220,		7366, 7548,
7548, 7580,	65	4728, 4851,		7821, 8220
7644, 7674,		4869, 5003,	69	4728, 4851,
7676, 7702,		5214, 5258,		4869, 5003,
7714, 7767,		5272, 5332,		5214, 5258,
7821, 7890,		5645, 5864,		5332, 5645,
7975, 8170,		6307, 6499,		5864, 5918,
8220		6672, 6675,		6279, 6333,
4728, 4851,		6760, 6798,		6499, 6565,
4869, 5003,		7094, 7366,		6672, 6675,
5214, 5258,		7548, 7821,		6734, 6760,
5332, 5645,		8220		6798, 7094,
5864, 5864,	66	4685, 4728,		7366, 7548,
6237, 6333,		4757, 4851,		7821, 7975,
6499, 6672,		4869, 5003,		8220
6675, 6722,		5214, 5258,	70	4728, 4757,
6760, 6798,		5332, 5645,		4851, 4869,
7094, 7366,		5864, 5918,		5003, 5158,
7374, 7548,		6221, 6499,		5214, 5258,
7674, 7821,		6565, 6672,		5332, 5645,
7890, 8220		6675, 6760,		5864, 5987,
4728, 4851,		6798, 7094,		6279, 6333,
4869, 5003,		7366, 7374,		6499, 6565,
5214, 5258,		7548, 7821,		6672, 6675,
5332, 5645,		8220		6734, 6760,
5864, 5955,	67	4685, 4728,		6798, 7094,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	7366, 7548, 7821, 7975, 8220		6076, 6133, 6334, 6745	96	... 5425, 6741, 6862
71	... 4728, 4851, 4869, 5003, 5214, 5258, 5332, 5645, 5864, 6333, 6499, 6672, 6675, 6760, 6798, 7366, 7548, 7821, 8220	78	... 4851, 5247, 5587, 5769, 5812, 6076, 6133, 6565, 6745, 6948, 6949, 7451	97	... 5825, 6388, 6745, 7662, 7857
				98	... 6810, 7244
				102	... 5800, 6810
				103	... 3608
		79	... 6133	104	... 5075, 5800, 7256
		80	... 6133	108	... 8014
		82	... 7674	112	... 7581, 7611
		84	... 5134, 5135	115	... 7159, 7517
		85	... 4864, 4904, 5393, 5399, 5944, 7270	123	... 5134, 5135, 6210
72	... 4728, 5328, 5864, 5871, 6565, 6672, 7058, 7341, 7366, 7547, 7603	87	... 5308, 5391, 5668, 5946, 6745	125	... 5134, 5135
				126	... 6709, 6997
				127	... 4617, 4816, 6709, 7105, 7123, 7310, 7929, 8147
73	... 4728, 5258, 5864, 6565, 6672, 7106, 7366, 7603, 8220	88	... 4874, 5668, 6066, 6177	130	... 4637, 4675, 4676, 4677, 4678, 4702, 4729, 4796, 4863, 4962, 5587, 6165, 7142, 7164, 7613, 7640, 7818
		92	... 4885		
		93	... 4678, 5871, 6096, 6210, 6425		
74	... 4423, 5777, 7640, 8147	94	... 4819, 4851, 5134, 5135, 5215, 5360, 5818, 6099, 6421, 6972, 7447, 7881, 7941, 8036		
75	... 5102, 5215, 5626, 6334, 7155				
77	... 4851, 5015, 5247, 5769,			133	... 4816

Allgemeines bürgerl. Gesetzbuch vom Jahre 1786.

I. Theil, 4. Hauptstück	§. 2	... Nr. 3310
"	§. 16	... Nr. 6488
"	§. 17	... Nr. 6488
"	§. 30	... Nr. 5626

Französisch-Italienisches Civilgesetzbuch.

Nr.	Art.	Nr.	Art.	Nr.
..... 368	896.....	423	1978.....	1
..... 1511	931.....	3623	2002.....	1959
..... 2148	971.....	7037	2228.....	3030
..... 2148	972.....	7037	2249.....	885
..... 694, 764,	973.....	7037	2250.....	885
..... 368	974.....	7037	2251.....	7037
..... 4488	1098.....	1511	2252.....	7037
..... 4488	1335.....	917	2253.....	7037
..... 4488	1399.....	694, 764,	2254.....	7037
..... 4488		2701	2255.....	7037
..... 4488	1400	694, 764	2256.....	7037
..... 4488	1582.....	4488	2257.....	7037
..... 3770	1583.....	4488	2258.....	7037
..... 4488	1604.....	3030	2259.....	7037
... 3264, 4488	1605.....	3030	2262... 1013, 3616,	7037
..... 4488	1607... 3030,	4488		
..... 3210	1738.....	783	2277.....	959
..... 3210	1832.....	4488		
..... 3210	1965.....	82		

Bürgerliches Gesetzbuch für Dalmatien vom Jahre 1797.

II. Theil, §. 578 Nr. 2175

Allgemeines Handelsgesetzbuch vom 17. December 1862.

Gesetz	Nr.	§§.	Nr.	Art.	Nr.
.....	5588		6999, 7115	3	8180
.... 4582, 6014			7419	25	8180
.... 2222, 4301		39	5694, 5865,	34	2222, 4965,
.... 2215, 2222,			6999, 7115,		6508, 6896
4327, 4753			7419	37	1850, 2834,
..... 7061		40	7419		5851, 6897,
..... 4200		41	2483, 3183,		7041
.... 4200, 4301,			3232, 5888,	38	5851
4327			7419	40	2199, 6712,
.... 1900, 1986,		42	6575	41	4776
2496, 2803,		43	3183, 5694	42	4776
3224, 5865,		Art.		47	2978, 4776,
6073, 6935,		1	7038, 7778,		5123, 6379
			8146	48	5123

Art.	Nr.	Art.	Nr.	Art.	Nr.
49	... 6379, 6693	244	... 5601	315	... 5347
52	... 5123, 6379	245	... 5588, 5601	319	... 2516
54	... 5866	270	... 4905	322	... 4709
55	... 5123	271	... 1986, 2803,	324	... 3232, 4889,
82	... 2402		3224, 5024,		5229, 5237,
86	... 7888		6999, 7115,		6453, 7158
87	... 8180		7419	325	... 3232, 4512,
90	... 6099	272	... 6953, 6999,		4732, 4762,
91	... 6099		7115, 7419		4757, 4889,
94	... 4781	273	... 2496, 6935,		5229, 5237,
103	... 7906		6999, 7115,		5726, 6453,
110	... 8180		7419		7158
112	... 7061, 7888	274	... 7115, 7778	334	... 5926
113	... 7888	275	... 6999	335	... 5398
114	... 4781	277	... 5024, 7778	336	... 6898
117	... 6750	278	... 4588, 6379,	337	... 4588
123	... 2199, 6099		6453, 6893,	342	... 5227, 5550,
133	... 2199, 6099,		7778		6453
	7312	279	... 4588, 4762,	343	... 7444, 7920
137	... 6706, 7781		6453, 8214	344	... 8146
142	... 6099	280	... 7637	345	... 3858, 8146
145	... 4905	281	... 6693	346	... 5398
146	... 7061	282	... 5678	347	... 5550, 5926,
147	... 5601	283	... 4891, 6838,		7021
202	... 5588		7195, 7630	348	... 5220, 7920
207	... 8214	288	... 5550	355	... 5865, 6777
208	... 5588	291	... 4452	360	... 5180, 8038
210	... 5588	300	... 5155, 5289,	361	... 8038
227	... 7312		7889	362	... 8038
228	... 7312	301	... 4273, 4754,	376	... 2010
229	... 7312		5123, 5155,	379	... 6208
230	... 7312		5161, 5289,	380	... 6208
231	... 7312		6597, 6693,	386	... 6208
232	... 5984, 7312		7038, 7889	391	... 8221
234	... 7312	303	... 5289, 7038	392	... 7340
235	... 7312	305	... 5289	401	... 7340
236	... 7312	307	... 2549, 6953	402	... 7340, 8146
237	... 7312	309	... 7585	403	... 7340
238	... 7312	310	... 7444, 7778	405	... 7340, 8221
239	... 7312	311	... 7444, 7778	406	... 7091, 7340
240	... 5582, 7312	312	... 7444	408	... 6208
241	... 7312	313	... 3886, 5347	412	... 8221
242	... 5601	314	... 3886		

Codex de commercio.

Art.	Nr.	Art.	Nr.	Art.	Nr.
46	32	191	909	627	612
93	1023	277	1159	628	612, 1251
06	499	279	1159		
68	210	306	1724		

Wechselordnung vom 1. October 1763.

Art. 48 Nr. 75, 472, 1262

Wechselordnung vom 25. Jänner 1850, N. G. Bl. Nr. 51.

Art.-Pat.	Nr.	Art.	Nr.	Art.	Nr.
5	472	26	2621	78	2379
5		29	568, 1570, 2158, 2661, 4082, 6747, 8045	80	48, 797, 829, 3145, 3148, 7433, 7437
Beckel- zahlung					
3	414	33	7875	81	797, 1209, 1413, 3578, 4484
4	794, 2795, 5868	36	414, 792, 938, 3325, 5310	82	3962, 4350, 7010
7	794, 5868				
8	3414	38	6030		
9	343, 938	39	2968	83	829, 1280, 1811, 1313, 1481, 1674, 2142, 2379, 2448, 2453, 3223, 3238, 3239, 3325, 3326, 3578, 3963, 3964, 4241, 4558, 4940, 5083, 5421, 5625, 5678, 6029, 6679, 7010, 7433, 8186
0	938, 5450, 5470	41	1570, 2661, 2791, 5678		
2	343, 1512, 2621, 2795	43	1124, 7875		
3	343, 1512, 2621	45	2379		
4	797	48	792, 3325		
5	1713	50	5678, 8158		
6	343	51	792		
7	2795	62	6209		
8	3886	63	6209		
9	792, 2483, 3414, 3578, 8735, 3962, 4484, 5092, 5868, 7010	73	7191		
0	279, 778	75	414, 2795, 3414		
		76	414, 2795, 3414		
		77	48, 1313, 3148, 6029, 6618, 7433	92	1374, 4182
				95	124

Allgemeines Berggesetz.

§§.	Nr.
137	8217
138	8217
139	8217
140	8217
149	8217
151	8217

Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852, R. G. Bl. Nr. 251.

Rundm.-Pat. Art.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
5	5065, 5350, 5773, 5884	5473, 6020, 6033	14	1797, 2802, 3101, 3165, 3891, 4238, 4631, 4664, 4784, 5012, 5166, 5654, 6019, 6912, 6974, 7313, 7562, 7582, 7754, 7811, 7898, 8059, 8078
Einj.-Verordn.		3		
7	1169, 4023, 5334, 6453	5		
8	1169	6		
9	5553	9		
10	5553	10		
12	1430	11		
Jurisdic- tionsnorm		12		
§§.		13		
1	382, 631, 675, 713, 1748, 2230, 2318, 2859, 3215, 3455, 3519, 4890, 5083, 5096, 5199, 5162, 5425, 5861, 6020, 6023, 6033, 6216, 6339, 7011, 7838, 8156	14		
2	387, 2414, 3004, 3455, 3471, 3756, 4286, 4621, 5065, 5191,	15		
		16		
		17		
		18		
		19		

	Pr.	§§.		Pr.	§§.		Pr.
	5296, 7373,			2414, 2474,			4194, 4286,
	7903			2487, 2600,			4340, 4461,
....	1612, 1650,			2803, 3183,			4512, 4568,
	3262, 3891,			3230, 3700,			4580, 4709,
	5296, 5535,			4471, 4580,			4732, 4734,
	7174, 7373			5050, 5428,			4762, 4797,
....	2856, 5482			5642, 6510,			4867, 4886,
....	5065, 7313,			6879, 7329,			4889, 5065,
	7811			8008			5191, 5193,
....	343, 4073,	38	5428, 7419			5227, 5237,
	4378, 5065,	39	5428			5352, 5362,
	5362, 5367	40	633, 660,			5428, 5551,
....	2533, 2574,			4126, 5428,			5561, 5612,
	2603, 6206			5822, 5865,			5640, 5704,
....	2694			6060, 6117,			5969, 6132,
....	1358, 1430,			6339			6356, 6410,
	1545, 1719,	41	605, 913,			6453, 6510,
	1724, 2694,			3004, 4303,			6606, 6668,
	3101, 4455,			5428, 6041,			6735, 7021,
	5428, 5553,			7481, 7898			7042, 7064,
	5704, 6289,	42	3756, 5428,			7091, 7158,
	6356, 7377,	43	2, 227, 387,			7188, 7244,
	7754			446, 503, 578,			7329, 7340,
....	1900, 2900,			579, 641, 658,			7476, 7481,
	5428, 5561,			762, 766, 777,			7543, 7582,
	6019			839, 847, 922,			7601, 7638,
....	2541, 2802,			942, 1077,			7651, 7665,
	3089, 5428			1222, 1260,			7851, 8007,
....	890, 4265,			1302, 1359,			8078, 8180,
	5138, 5428,			1371, 1430,			8209
	5888, 6041,			1519, 1562,	44	5428
	7210, 7419,			1563, 1748,	45	3175, 3176,
	7496			2043, 2255,			4378, 5428
....	890, 1470,			2344, 2414,	46	541, 547,
	1542, 1581,			2458, 2474,			1545, 2802,
	1839, 5428,			2487, 2516,			3101, 5380,
	6510, 6999			2566, 2644,			5428, 6037,
....	5205, 5428,			2764, 2840,			6073, 6747,
	7677			2856, 3088,			6879, 7377
....	5428			3232, 3388,	47	605, 1519,
....	1127, 1133,			3585, 3724,			2293, 2474,
	1228, 1542,			3751, 3978,			3086, 3118,
	1719, 1857,			4000, 4147,			3224, 5428,
	1900, 2377,						6041, 6931,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	6956, 7042, 7898, 8180	53353, 4249, 5694	691107, 1392, 2195, 2631, 2721, 2808, 2943, 4631, 5425, 6178, 6186, 6302, 6879, 7470, 7932, 8013, 8156
48379, 382, 658, 713, 1470, 2041, 2206, 2293, 2668, 3004, 3224, 3237, 3919, 4451, 4607, 4774, 4890, 5428, 5774, 5821, 5869, 6339, 6555, 6954, 7060, 7278, 7395, 7707, 7741, 7747, 8139	542617, 4447, 5847, 6117, 6912, 7292	704289, 4455, 4971, 8057
		552802, 4034, 4199, 4249, 6879, 7358, 7542	714631, 4971
		561124, 1127, 1198, 1228, 1394, 1857, 3416, 4073, 4110, 4484, 5050, 5439, 6005, 6117, 6267, 6668, 6956, 7115, 7244, 7517, 7898, 7944	721290, 1423, 3948, 3960, 4782, 4971, 5026, 5100, 5356, 5482, 6879
49	..220, 353, 418, 426, 605, 754, 2631, 2721, 2808, 2923, 3059	5757, 99, 343, 347, 547, 1077, 1124, 1188, 2414, 2488, 2496, 3224, 4940, 5083, 5380, 5888, 7115	731650, 1746,
				77220, 426, 1612, 2802, 3059, 6879
50353, 418, 1502, 2923, 3096, 4631, 5205, 6186			78220, 267, 426, 3059
511392, 1470, 1502, 2923, 5205, 7053, 7068, 7162, 7731, 7932	581358, 1724, 2487, 2694, 2803, 3183, 7064	797903
52922, 1015, 1228, 1476, 1903, 2099, 2696, 2923, 3096, 3230, 3416, 3556, 3737, 4378, 4683, 5439, 5649, 5694, 6019, 6507, 6668, 6913, 8057, 8059	5999, 5694, 5865, 7053, 7651, 7947	81136, 1719, 6781
		60	..99, 382, 1124, 1394, 3416, 5083, 6005, 6267, 6956	822887
		615690	83507, 682, 1139, 1752, 2802, 2833, 2858, 3262, 3482, 3642, 3891, 4504, 5195, 5535, 6162, 6879, 7099
		638104	853280, 5385, 7651, 8108
		655405	863891, 7267
		66267, 7459	897552
		671187, 6268,	90754
				926879
				932802

Jurisdictionsnorm für das lomb.-venez. Königreich vom 20. November 1852, R. G. Bl. Nr. 252.

Verordn.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
		18	254, 2099	55	254, 1127,
.....	868, 1169	15	868		1128, 1857,
.....	926, 1169	30	254		2802
		49	199, 254, 683,	56	612, 1900
			826, 1228,	72	919
			2099	73	919
	Nr.	53	254	76	136
.....	868, 919	54	254	78	507, 682, 1139

Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 für Dalmatien, R. G. Bl. Nr. 261.

§§.	Nr.
29	2694
30	1719, 1724, 2694
56	1724, 2694
74	1719

Kür-Jurisdictionsnorm vom 22. December 1851, R. G. Bl. Nr. 255.

§§.	Nr.
2	5887
6	1144, 1250, 1290, 3519, 5887
7	1144, 1198, 1250, 1903
8	2031

Kür-Jurisdictionsnorm vom 20. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 78.

§§.	Nr.
9	4238, 5754
10	4238, 7617
11	5887, 7617

Allgemeine Gerichtsordnung.

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
.....	761, 864,		3899, 3937,	6122, 6645,
	1105, 2197,		3938, 4076,	6839, 7011,
	3244, 3434,		4197, 4991,	7069, 7228,
	3784, 3796,		5288, 5940,	7348, 7496,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	7545, 7579, 7705, 7799, 7843, 7905, 7992, 8006, 8023, 8198	12216, 1473, 5453, 6623		5296, 5413, 6700, 7003
23434, 7294, 8159	13202, 2562, 8011, 8218	21209, 834, 1010, 1111, 1161, 1255, 1296, 1507, 1735, 1741, 1947, 2304, 3560, 3562, 3814, 4336, 6700, 7151, 7328
376, 306, 910, 979, 1029, 2974, 3401, 6700, 6874, 7362, 7506	14551, 781, 1456, 2489, 2760, 3496, 3497, 3506, 3715, 5057, 5823, 6449, 7060, 7264, 7919	22921
4	..352, 385, 520, 622, 1263, 2233, 2515, 2589, 3420, 3918, 4234, 4329, 4931, 5041, 5820, 6809, 6907, 6947, 7317, 7318, 7517	15812, 1032, 2348, 3349, 3456, 5462, 5468, 5719	23466, 921, 3854, 3937, 3938
5466, 1300, 3434, 5378, 5409, 7982	16	..214, 440, 654, 812, 1213, 1224, 1342, 1487, 1644, 1677, 1875, 1876, 2348, 2358, 2394, 2403, 2470, 2866, 2873, 2941, 3033, 3133, 3349, 3352, 4234, 4243, 4633, 4759, 4947, 5268, 6153	243434
6	..193 466, 3434			251473
7	...88, 244, 466, 673, 726, 886, 3434, 5296, 6947, 7775			26466, 5468
8	..209, 442, 466, 1177, 3084, 4184	173349, 3407, 3429, 3496, 3497, 3506, 4310, 5169, 6220, 7609, 8121	29131, 365, 382, 564, 726, 910, 1132, 1325, 1407, 2236, 2291, 2348, 3172, 3379, 3854, 3937, 3938, 4130, 4433, 7739
9	..209, 466, 761, 2058, 3814, 6947			306085, 6827
10244	19365, 5468, 7736	312092, 7017
11466, 1132, 1300, 2609, 3854, 4557, 7775	202052, 2261, 2282, 2470, 2573, 4633, 4821, 5257,	322092, 3187
				33508, 5073, 5198, 6182, 7359
				351224, 1342, 5468
				36726, 1644, 3854, 3937, 3938, 6277, 7335, 8206
				371277
				381277, 3489
				39864, 5316

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
...352, 443,		7024, 7328,		927, 981, 1021,
654, 713,		7335, 7905		1126, 1559,
1181, 1213,	52	...2236, 3854		1633, 1730,
1217, 2197,	53	...244, 2311,		1756, 1849,
2233, 2356,		2974, 3881,		1948, 2004,
2675, 2708,		6874		2065, 2118,
2736, 3427,	54	...1524, 2311,		2201, 2366,
3471, 4126,		2974, 3434,		2823, 2874,
4175, 4265,		5116, 6874,		2902, 3028,
4628, 4894,		7294, 8181		3190, 3282,
4963, 5129,	55	...2311, 2974,		3381, 3933,
5216, 5478,		7415, 8159		4022, 4155,
5865, 6339,	56	...2311, 3897		4220, 5263,
7228, 8215	57	...2311, 2861,		6019, 6074,
...1589, 3471,		2974, 3060,		6176, 6281,
3593, 4366,		3881, 3897,		6347, 6373,
4963, 5079,		7006, 8181		6788, 6874,
6055	58	...736, 831,		7005, 7252,
...673, 4175,		2009, 2368,		7409, 7428,
5082		3167, 4221,		7737, 8176
...3854		5437	67	...1849, 2201,
...306, 2058,	59	...721, 736,		5263, 6347,
2974, 3274,		856, 1056,		7737
3926, 4403,		1734, 2009,	68	...870, 958,
6272, 6874,		3111, 3349,		1559, 2332,
7006, 7231,		3456, 4781,		2874, 2952,
7991		5336, 5437,		3071, 3282,
...3125, 3274,		5495, 7971		3357, 3614,
4403, 5116,	60	...4129, 4221,		5263, 5468,
5984, 6034,		5437		6019, 6153,
6649, 6874,	62	...417, 890,		7737, 7779,
6947, 7231,		1087, 2697,		7945, 8157
7576, 7991,		4265, 7496	69	...870, 1559,
8181	63	...6392, 7011,		4603, 5468,
...104, 209,		7119		6153, 7737
457, 716,	64	...1676, 1835,	70	...205, 548,
761, 888,		2598, 3649,		1559, 1756,
2304, 2316,		4693, 6392,		5468, 7737
2871, 3434,		7103, 7119,	71	...548, 864,
3657, 3843,		7193, 7941		980, 1559,
3926, 4894,	65	...3933		2594, 2952,
5129, 6397,	66	...144, 294, 374,		4076, 5162,
6590, 6695,		448, 501, 511,		7737
6769, 6874,		594, 702, 884,		

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
72	..81, 110, 205, 348, 374, 713, 958, 981, 1561, 2277, 2332, 2367, 2874, 2952, 3357, 3540, 3614, 3755, 3835, 4589, 5194, 5623, 5886, 6813, 6907, 6951, 7489, 7721, 7737, 7779, 7945, 8092		1497, 1833, 1883, 1893, 2844, 2854, 3209, 3234, 3401, 3907, 4085, 4172, 4282, 4353, 4439, 4538, 4749, 5037, 5093, 5137, 5340, 5494, 5502, 6123, 6433, 6439, 6661, 6735, 6971, 7208, 7296, 7326, 7362, 7490, 7506, 7561, 8028	111	...648, 737, 1136, 1690, 2278, 2643, 2719, 2723, 4112, 4146, 4218, 4559, 5406, 5796, 5973, 6131, 6308, 6420, 6508, 6584, 7778, 7803, 7875
73 1991			112	...537, 737, 1136, 1298, 1690, 2643, 2723, 4112, 4218, 4290, 5877, 5973, 6131, 6308, 6420, 6900, 6997, 7320, 7406, 7803, 7875, 8185
83 699			113	..53, 325, 539, 1551, 1923, 1951, 2011, 2215, 2406, 3763, 4204, 4301, 4356, 4754, 4942, 4997, 5539, 5540, 5721, 5852, 6594, 6620, 6777, 7054, 7138, 7277, 7406, 7490, 7803, 8089
100	..88, 159, 204, 702, 1032, 1379, 2350, 2446, 3282, 3401, 3899, 5180, 5775, 6069, 6175, 6251, 6536, 7001, 7283, 7317, 7335, 7575, 7935	105	...323, 920, 2854, 5037, 6261, 7464		
		106	...301, 2854, 4686, 6644, 6713		
		107	...86, 618, 2854, 4337, 5627, 5909, 5973, 6111		
101	...1032, 3285, 3658, 3899, 5775, 6069, 6536	108 8214		
		109	...816, 2854, 6418		
102	...204, 2760, 5775, 6069, 6157, 6536	110	...6, 163, 335, 420, 1088, 1278, 2660, 2854, 2928, 3221, 3655, 4087, 4204, 4229, 4419, 4493, 5417, 5926, 5973, 6157, 6618, 6777, 7272, 7383, 8053	114	...3, 53, 230, 539, 618, 1111, 1608, 1923, 1966, 2011, 3152, 3763, 4103,
103	...5775, 6069, 6536, 6919				
104	...139, 141, 163, 181, 306, 466, 920, 979, 991, 1060, 1074, 1084,				

№.	§§.	№.	§§.	№.
4733, 4754,	130	917, 1161,		7111, 7948,
4942, 4997,		1729, 3615,		8063
5123, 5539,		4103, 5105,	142	376, 577,
5540, 5715,		6043, 6518,		1070, 2714,
5796, 5852,		7171		2990, 3278,
5956, 6028,	131	5949, 6518		4118, 5550,
6058, 6111,	132	5949, 6518		5926, 6239,
6262, 6594,	133	132, 790,		6958, 8063
6777, 6940,		2429, 2791,	144	2714, 3436,
7054, 7076,		2844, 3679		4215, 5550,
7107, 7138,	134	132, 306,		6958, 7948,
7200, 7277,		750, 790,		8063
7406, 7659,		979, 1608,	145	109, 972,
7803, 8089		2518, 2664,		1075, 2430
....793, 6594,		2791, 3679,	146	4985
6620		3848, 4243,	151	2989
...1111, 2150,		5031, 5414,	152	2008
6058, 6282		6553	153	2008
... 5796, 6058	135	28, 5414	154	420, 3099,
...2, 250, 440,	137	306, 701,		6839, 7171
839, 871, 910,		1070, 2714,	155	3123, 6548,
6508		3436, 4174,		6689, 7316,
..... 250, 440		5662, 6049,		7345
....192, 1041,		6609, 7618,	156	6689
1424, 6508		7948	157	6689
...5851, 6896,	138	6609	158	6689
8055	139	5634	160	3054, 6012
....698, 1646,	140	182, 2183,	161	5543
2525, 4478,		3278, 3674,	162	7302
5261, 5427,		3989, 5173,	165	7678
5814, 6896,		5390, 6308,	166	476, 3098,
7041, 7775		6309, 8063		3099, 4686
..... 6897	141	133, 179,	169	5610
....698, 3403,		306, 577,	170	3641
5814, 6690.		638, 1722,	171	31, 972,
7041		2714, 2899,		3099, 3410,
...1646, 4855,		3054, 3436,		6067
6400, 6690,		4016, 4174,	172	6067
7017, 7231		4215, 4872,	173	6067
...4367, 4855,		4941, 5550,	174	6399
4980, 6400.		5662, 5926,	176	337, 2665,
7775		6308, 6309,		4036
..... 4855		6609, 6701,	177	4036
... 4855, 7775		6873, 6958,		

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
178 337, 3695, 5866		5780, 7345, 7474		1613, 1819, 3532, 3794,
179 876, 1722, 2767, 3180, 3554, 3809, 4513, 4537, 4945, 6607	200	... 2564, 3581, 3612, 3818, 4920, 4975, 5192, 5860		4207, 4553, 4590, 4746, 4989, 7096, 7148, 7269
181 31, 2989, 3410	201	... 4292, 6835	207	... 50, 83, 182, 217, 402, 515, 528, 709, 801, 874, 1076, 1151, 1298, 1613, 1729, 1815, 1975, 2072, 2360, 2370, 2664, 2968, 2982, 3242, 3664, 3679, 3821, 4058, 4097, 4200, 4222, 4312, 4551, 4553, 4587, 4645, 4665, 4746, 4758, 4780, 4792, 4989, 5165, 5273, 5662, 5753, 5819, 5854, 6273, 6356, 6414, 6479, 6682, 6758, 6815, 6932, 6991, 7102, 7111, 7148, 7178, 7190, 7269, 7610, 7923, 7933, 8029
187	... 2690, 3424, 3628, 4374, 4708, 5338	202 7639		
188	... 3102, 4292, 4708, 4920, 5622	203	... 6, 182, 190, 217, 371, 554, 704, 763, 1076, 1230, 1397, 1613, 1815, 1879, 2072, 2183, 2278, 3395, 3448, 4353, 4587, 4749, 4989, 5137, 5165, 5310, 5338, 5854, 6682, 6960, 7257, 7745, 7923, 7960, 8052, 8064, 8069		
189	... 5688, 5792, 5880, 6109				
190	... 4818, 5622				
191 376, 3485, 5792, 5930, 6109	204	... 217, 1056, 2122, 4746, 5414, 7127, 7148, 7745, 8052		
192	... 5792, 5930, 6109, 7616				
193	... 4818, 5220, 5265, 5733, 5860, 5880, 6219, 6393, 6835, 7474	205 128, 217, 545, 821, 849, 1056, 1397, 1445, 2183, 2814, 4746, 4989, 5854, 5901, 6682, 6749, 6983, 7148, 8052		
194	... 3485, 5338, 7345, 7616				
195 192, 1247, 3763, 4990, 5622, 7345, 7474	206	... 50, 83, 515, 528, 801, 874, 1076, 1151,	208	... 114, 395, 400, 763, 1104, 1131, 1700, 2488, 2501, 2897, 3248, 4026,
196	... 1135, 3628, 6362, 6656, 6885, 7320, 7345, 7639, 7778				
197	... 1135, 3581, 7345				
198	... 1247, 5338, 7345, 7474				
199	... 1247, 4990,				

	¶r.	§§.	¶r.	§§.	¶r.
	4498, 4746,		6057, 6129,		2062, 2068,
	4749, 4758,		7195		2613, 2744,
	4832, 4989,	218	... 467, 1815,		3078, 3179,
	6047, 7035,		3712, 5378,		3270, 3287,
	7392		6129, 7287		3387, 3524,
9	... 627, 684,	219	... 5, 50, 480,		3901, 4007,
	949, 2147,		1852, 4395,		4620, 4813,
	2591, 3855,		4905, 5651,		4879, 4887,
	3874, 4521,		6148, 6712,		4923, 4924,
	4746, 4879,		7817		5130, 5159,
	4989, 6004,	220	... 5, 50, 480,		5273, 5951,
	6064, 7430,		703, 4385,		5974, 6032,
	7810, 7943		4395, 4905,		6064, 6270,
0	... 80, 119, 489,		5651, 5937,		6410, 6479,
	684, 2193,		6148, 6712		6659, 7128,
	2513, 4491,	223	... 1214, 3078,		7226, 7286,
	4746, 4989,		3242, 4743,		7420, 7656
	7213, 7810		4780, 4792,	234	... 603, 1203,
1	... 684, 1215,		4924		4302, 4595,
	1256, 2513,	224	... 24, 313, 340,		6520, 6801
	4746, 4879,		949, 2147,	235	... 603, 1203,
	4989, 5720,		3524, 3855,		4302, 6520,
	6342, 7810,		3874, 4521,		6593
	7943		5610, 6384	236	... 476, 1203,
2	... 6, 301, 626,	225	... 1004, 3518,		4302, 4686
	638, 896,		4694	237	... 1203, 4302
	1041, 1067,	226	... 6703	241	... 131, 3709,
	1070, 1151,	230	... 5831		5072, 6169,
	1278, 2880,	231	... 429, 892,		7315
	2899, 4016,		2125, 2934,	242	... 3615, 3709,
	6508, 6521,		3122, 3179,		7315
	7846, 8063		4014, 4403,	243	... 7315
3	... 6, 1297, 4717,		4595, 4641,	245	... 4367
	5651, 7817		5718, 6376,	247	... 4894, 4963,
4	... 394, 550,		6483, 6491,		6695
	3379, 5228,		6659, 7272,	248	... 76, 104, 406,
	8127		7338, 7420,		442, 504, 592,
5	... 550, 3804,		7449, 8117		677, 761, 835,
	5228	232	... 3122, 7420		893, 1066,
6	... 1407, 3379,	233	... 63, 119, 790,		1149, 1373,
	3804, 4152,		821, 848,		1640, 1734,
	8127		1274, 1354,		2657, 3084,
7	... 287, 467,		1543, 1648,		3097, 3210,
	1485, 2288,		1869, 1952,		4838, 4859,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	4941, 4987,		6939, 6962,	269 3503
	5752, 5775,		7114, 7157,	270	. 445, 691, 700,
	5916, 6375,		7212, 7221,		955, 1411,
	6449, 6965,		7285, 7293,		1611, 3305,
	7268, 8038		7439, 7570,		3933, 4401,
250	... 1751, 1988,		7584, 7742,		5665, 5717
	7939		7751, 7760,	721	... 2693, 3933,
252	.. 58, 420, 1526,		7791, 7802,		4083, 4401,
	4635, 5141		7834, 8067,		5665
253 58, 4122		8152	272 906, 3933,
254 2774	260	... 399, 1526,		4401, 5665
255 740, 4935		2390, 2957,	273	... 757, 1162,
256 740		3431, 4961,		1411, 4401,
257	... 2390, 4961,		5634, 5859,		4900, 5665,
	6385, 7593,		6875, 7584,		6001, 6077,
	7618, 7843,		7593, 8145		6149, 6200
	8145	261	... 4393, 4401,	274	... 757, 1162,
258 627, 2785,		5859, 7584		2799, 3933,
	3431	262	... 1666, 2014,		4401, 5035,
259 923, 1364,		3864, 4122,		5141, 5665,
	1586, 2153,		5910		6001, 6952
	2435, 2710,	263	... 5141, 5910	275	... 1786, 2276,
	2752, 2957,	264	... 1913, 2931,		3601, 3928,
	2977, 3129,		3215, 7268,		4244, 5271,
	3279, 3384,		8038, 8108		7036, 7236,
	3432, 3516,	265	... 522, 1913,		7243
	3631, 3682,		2008, 2055,	276	... 2276, 6747
	3817, 4051,		2355, 3215,	277	... 2276, 5271,
	4393, 4394,		4890, 5775,		7036
	4401, 4450,		6284, 6496,	280 750, 7243
	4539, 4565,		6749, 7268,	281	... 6228, 7236
	4726, 4900.		7849, 7916,	282 7036
	5133, 5139,		8108, 8198,	283 580, 887,
	5167, 5208,		8208		1121, 1140,
	5213, 5248,	267	... 551, 1666,		1545, 1603,
	5314, 5403,		2541, 3980,		1689, 1739,
	5505, 5537,		4695, 4847,		1847, 2154,
	5545, 5779,		5634, 6046,		2614, 2726,
	5828, 5859,		6363, 6709,		2765, 2930,
	5961, 6104,		6839, 7105,		3115, 3117,
	6137, 6284,		7139, 7250,		3297, 3358,
	6299, 6374,		7259, 7407,		3360, 3422,
	6602, 6861,		7929, 8109		3583, 3584,
	6862, 6875,	268 3503		3622, 3745,

	¶r.	§§.		¶r.	§§.		¶r.
	3775, 4177,	291 ...	3345, 3990,	294 ...	4946, 7671		
	4490, 4501,		8205	295 ...	4946, 7671		
	4526, 4834,	292 ..	47, 248, 397,	296 ..	43, 574, 746,		
	4965, 5175,		1001, 1026,		805, 1195,		
	5204, 5311,		1326, 1434,		1243, 1484,		
	5441, 6112,		1628, 1655,		2933, 3285,		
	6314, 6315,		1739, 1762,		4946, 5826,		
	6524, 6747,		1853, 2209,		5843, 5986,		
	6836, 7146,		2710, 2848,		6547, 6632,		
	7377, 7436,		2933, 3105,		7219, 7500,		
	7461, 7655,		3193, 3499,		7671		
	7886		3673, 3932,	297	746, 1470,		
...	409, 1121,		4181, 4233,		2446, 2933,		
	1140, 1847,		4280, 4392,		3318, 3930,		
	2765, 2930,		4713, 5081,		4384, 4706,		
	3117, 3297,		5190, 5207,		5402, 6698,		
	3360, 3813,		6897, 7197,		6919, 7176,		
	4327, 4490,		7671, 7748,		7500, 7575,		
	4501, 4526,		8172		7598, 7671,		
	4531, 4752,	293 ..	248, 397, 645,		7992		
	4834, 4995,		1001, 1026,	298 ..	279, 299, 440,		
	5919, 6112,		1326, 1434,		496, 539, 791,		
	6233, 6315,		1500, 1628,		1011, 1018,		
	7655, 7993		1638, 1655,		1059, 1232,		
...	1121, 1140,		1749, 1898,		1239, 1244,		
	1689, 1847,		1984, 2263,		1267, 1287,		
	2382, 2491,		2524, 2848,		1333, 1342,		
	2614, 3115,		2933, 3031,		1478, 1548,		
	3117, 3297,		3105, 3193,		1646, 1692,		
	3345, 3360,		3208, 3473,		1754, 1764,		
	3371, 3635,		3493, 3673,		1793, 1827,		
	4368, 4526,		3932, 4133,		1901, 1918,		
	4531, 4965,		4161, 4181,		1922, 1923,		
	5415, 5648,		4225, 4233,		1951, 2011,		
	5844, 5919,		4561, 4625,		2047, 2052,		
	6112, 6223,		4713, 4725,		2081, 2249,		
	6315, 7655,		5081, 5190,		2351, 2358,		
	7993		5394, 5452,		2394, 2403,		
...	529, 2130,		5538, 6137,		2434, 2554,		
	4868, 5648		6443, 6489,		2639, 2655,		
...	3458		6602, 6897,		2710, 2773,		
...	4369, 6314		7071, 7197,		2780, 2789,		
...	483, 547, 3007,		7401, 7671,		2794, 2866,		
	3949, 5204		8041		2938, 2941,		

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	3133, 3153,		7138, 7200,	307	... 3858, 4791,
	3220, 3352,		7263, 7277,		5498
	3399, 3478,		7379, 7406,	308	... 832, 2486,
	3516, 3588,		7493, 7504,		3858, 4791,
	3619, 3632,		7578, 7626,		5498
	3730, 3912,		7627, 7634,	309	... 255, 360,
	4042, 4132,		7659, 7670,		695, 952,
	4188, 4202,		7803, 7828,		1270, 1580,
	4224, 4234,		7889, 7929,		3006, 3128,
	4245, 4273,		7939, 7961,		3157, 3586,
	4291, 4356,		7977, 8025,		4132, 4532,
	4398, 4450,		8089, 8111		4978, 5628,
	4548, 4565,	299	... 5706, 5783,		8030
	4660, 4710,		6509, 7001,	310	... 100, 255,
	4712, 4723,		7379, 8111		360, 695,
	4754, 4759,	300	... 158, 1146,		1232, 1270,
	4839, 4854,		1559, 4602,		1642, 2647,
	4894, 4930,		6509, 6688,		2710, 3006,
	4932, 4942,		7379, 8111		3128, 3157,
	4955, 4956,	301	... 2594, 3153,		3586, 3611,
	4959, 4992,		3409, 4979,		3703, 3762,
	5034, 5095,		5104, 5706,		3858, 4132,
	5109, 5123,		5783, 6186,		4133, 4532,
	5128, 5155,		6509, 7379,		5498, 5628,
	5161, 5253,		7403, 7633,		5911, 6518,
	5266, 5289,		7657, 8030,		6593, 6688,
	5301, 5327,		8134		6826, 6909,
	5429, 5433,	302	... 3703, 4847,		7156, 8030
	5436, 5456,		5063, 5369,	311	... 729, 907,
	5525, 5539,		5911		1305, 2160,
	5540, 5563,	303	... 2647, 3703,		2751, 3138,
	5630, 5721,		5369, 5911		4782, 4826,
	5724, 5758,	304	... 901, 1431,		5098, 5498,
	5762, 5793,		2647, 3128,		5783, 5801,
	5852, 5950,		3372, 7800		5961, 5972,
	6104, 6431,	305	... 360, 513,		6257, 6869,
	6437, 6570,		1642, 2625,		7389, 7412,
	6573, 6594,		3611, 5104,		7578, 7958,
	6595, 6696,		6909		8014, 8036
	6702, 6721,	306	... 360, 513,	312	. 815, 973, 1123,
	6864, 6888,		1642, 1761,		3533, 4323,
	6900, 6965,		2486, 2625,		4984, 6198
	6983, 7026,		5743, 5911	313	... 815, 3533,
	7054, 7075,				6198

§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
4	415, 610, 836, 1328, 1621, 2280, 2386, 2517, 2551, 2960, 3306, 3358, 3365, 3801, 3935, 4012, 4081, 4782, 4810, 4984, 5098, 5782, 5972, 6197, 6257, 6616, 6791, 6792, 7080, 7216, 7339, 7628		3127, 3306, 3380, 3538, 3539, 3558, 3596, 3670, 3671, 3688, 3744, 3836, 3930, 4160, 4876, 4881, 5150, 5260, 5359, 5492, 5519, 5544, 5557, 5713, 5778, 5843, 5856, 6024, 6059, 6115, 6331, 6616, 6684, 6770, 6792, 6800, 7162, 7176, 7505, 7525, 7801, 8065, 8080		7202, 7390, 7706, 7800, 7932
5	2280, 7080, 7987			324	1961, 2773, 5183, 6551
6	610, 1621, 2280, 2517, 2551, 4810, 6786, 7080			325	5369
7	610, 2280, 2960, 4810, 5929, 6175, 7080, 7392			326	3415, 4829, 5032, 7422, 7564, 7689
8	610, 2280, 2960, 4810, 5929, 6175, 7080	321	1328, 1418, 2386, 2618, 3836, 4876, 5544, 6331, 7525, 8079	327	2001, 5032, 6473
9	19, 610, 872, 1621, 1898, 2280, 2960, 5929, 6175, 7080, 7339	322	438, 494, 800, 2773, 3586, 3799, 3830, 4132, 4464, 4631, 4740, 5215, 5783, 5818, 6044, 6251, 6288, 6692, 6869, 7308, 7578, 7929, 8084	328	341, 1422, 2096, 2137, 2739, 2863, 2865, 3319, 3348, 3546, 4156, 4467, 4957, 5012, 6091, 6915, 6990, 7165
0	351, 465, 574, 1195, 1328, 1418, 1460, 1488, 1544, 1890, 1898, 2161, 2331, 2578, 2604, 2618, 2958, 3110,	323	1733, 1961, 2773, 4631, 5183, 5733, 6186, 6288, 7053, 7162,	329	3343, 4943
				330	2865, 5689, 6742
				331	2234, 2317, 3163
				332	1451
				333	571, 2865, 7679
				336	571, 2607, 7564, 7679
				337	2096, 8009
				338	314, 544, 1241, 1289, 1941, 1945, 1967, 2091, 2096, 2203, 2776, 2830, 2852, 3058, 3206, 3319, 3346, 3785, 3878, 4156, 4333, 4566, 4606, 4944, 4961, 5511,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	5512, 6543,		6852, 6923,		1972, 2291,
	6605, 6775,		7323, 7460,		2612, 2842,
	7016, 7448,		7955, 8177		3106, 3655,
	7879, 8120	343	... 285, 2154,		3764, 3859,
339	... 806, 837,		3980, 4055,		5119, 5709,
	1179, 1241,		4436, 4713,		5712, 5934,
	1898, 2280,		6848, 6852,		5974, 6484,
	2514, 2622,		7323, 7460		6554, 6659,
	3787, 3805,	344	... 6852		6888, 6966,
	4370, 4787,	345	... 6852		7048, 7183,
	4957, 4961,	346	... 6852		7241, 7299,
	5290, 5458,	347	... 1961, 2514,		7892, 8039,
	6543, 7165		2622, 3031,		8117
340	... 90, 465, 494,		3845, 5183,	373	... 275, 625,
	663, 1418,		6646, 7689		904, 1983,
	1718, 2751,	348	... 73, 198, 474,		2291, 5889
	3321, 3538,		872, 1074,	374	... 298, 975,
	3539, 3652,		1305, 1310,		1104, 1436,
	3801, 4212,		1852, 1925,		1822, 2278,
	4325, 5178,		3475, 3587,		6484, 6554,
	5217, 5833,		3894		6966
	5834, 5843,	349	... 687, 1305,	375	... 1206
	5961, 6197,		2035, 2768	376	... 3007
	6250, 6411,	351	... 20, 198, 1284	377	... 516
	6816, 7046,	356	... 108, 778	378	... 1374, 1772,
	7150, 7323,	360	... 778		3007, 4182
	7531, 7628,	362	... 222, 656,	379	... 1772, 3007
	7958, 8094,		727, 1220,	380	... 1374, 4182
	8200		1285, 1308,	382	... 158, 1374,
341	... 494, 1718,		1452, 1463,		4182
	3801, 3845,		1874, 1938,	383	... 158
	4713, 4782,		1944	384	... 4145, 4819
	4810, 5833,	363	... 727	385	... 112, 405,
	6852	364	... 727		3760, 4819,
342	... 200, 494,	365	... 1790		7359
	973, 1110,	368	... 444	386	... 4819, 6383
	1718, 2087,	370	... 1220, 1292	387	... 2330, 4145,
	2232, 3198,	372	... 131, 229,		4719, 5319
	4342, 3479,		275, 442,	388	... 6907, 7939
	3800, 4029,		454, 625,	389	... 1904, 3057,
	4055, 4081,		662, 823,		4145, 4151,
	4487, 4713,		975, 1206,		4773, 5847
	4919, 5286,		1349, 1472,	391	... 1904, 3048,
	5949, 6059,		1784, 1844,		3057, 3567,

№r.	§§.	№r.	§§.	№r.
4013, 4151,		6505, 6673,		6797, 6839,
4577, 4865,		7090, 7359,		6911, 6937,
5118, 6247,		7692, 7991		6955, 6962,
6755, 6876,	402	693, 717,		6980, 7001,
7062, 7169,		3048, 3657,		7026, 7059,
8108, 8113		6395, 6673		7124, 7134,
..... 8108	403	693, 717,		7201, 7207,
..... 1473		895, 1275,		7283, 7314,
..... 304, 372,		3354, 3588,		7389, 7391,
584, 669,		4119, 5638,		7439, 7504,
693, 717,		6395		7524, 7545,
895, 977,	405	768, 1218		7549, 7565,
998, 1022,	406	403, 1099,		7570, 7711,
1042, 1294,		1293, 1467,		7751, 7760,
1307, 1385,		1536, 1721,		7770, 7788,
1517, 1524,		1959, 2351,		7790, 7847,
1841, 1912,		2426, 2482,		7995, 8126,
2620, 2851,		2553, 3428,		8163, 8168,
2918, 3048,		3488, 3545,		8183, 8206,
3068, 3069,		3594, 3687,		8215
3125, 3269,		3981, 4062,	407	2351, 6562,
3428, 3552,		4193, 4223,		6698
3570, 3657,		4400, 4433,	408	403, 1467,
3681, 4098,		4604, 4799,		1721, 2240,
4128, 4380,		4852, 4888,		2351, 4062,
5118, 5828,		4969, 4993,		4223, 5248,
5832, 5835,		5068, 5335,		5472, 5562,
5947, 6022,		5353, 5361,		5588, 5615,
6229, 6876,		5506, 5541,		6562, 6698,
7359, 7687,		5562, 5574,		6797, 6839,
7806		5582, 5588,		6962, 7389,
... 1528, 2850,		5604, 5615,		7545, 7770,
6229, 6395,		5741, 5840,		7995, 8206
6397, 6876,		5920, 5976,	412	2744, 3707,
7499, 7839,		5981, 6031,		5130, 5159,
8131		6055, 6179,		6032, 7226,
.. 98, 407, 584,		6189, 6193,		7656
619, 710, 857,		6223, 6277,	413	3707, 5130,
1146, 1193,		6383, 6432,		5159, 6032,
1705, 2424,		6446, 6519,		7226, 7656
2493, 3108,		6523, 6542,	414	2744, 3707,
6395		6562, 6580,		5130, 5159,
... 3657, 5116,		6697, 6698,		6032, 6058,
5634, 6395,		6710, 6783,		7226, 7656

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
415	1959	425	1221, 2198,		2908, 3211,
416	5378, 7783		2576, 3226,		3615, 3880,
420	8031		4724, 7999		3918, 4291,
424	2576, 3354,	437	216, 917,		4657, 6385,
	3588, 4119		1879, 2328,		7689, 7972

Allgemeine Concursordnung.

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
2	1220	12	92, 888, 1023,	23	888
3	272, 299,		1875, 1876	26	765, 858, 1022
	2004, 3513,	13	500, 774	27	4484
	3587	14	105, 1117,	28	396, 500, 1051
4	3587		1506, 3930	29	765, 1087,
5	1991, 3211	15	1117		1740, 1826
6	75, 108, 168,	16	396, 3987	30	92, 2016, 2592
	199, 342, 724,	17	888	34	592, 1955
	1099, 1216,	18	223, 258, 415,	35	635
	1881, 4484		2908, 3192,	36	1955
7	138, 342,		3211, 4452,	38	592, 681
	391, 708, 724,		4643, 4742	39	592, 616,
	792, 864, 926,	19	120, 370, 888,		5616
	1099, 1934		1483, 1505	41	396, 765,
10	435	21	888, 1483,		1506, 1880
11	781, 7905	22	888	42	814, 1880

Concursordnung v. 25. December 1868, N. G. Bl. 1869, Nr. 1.

Art. I....	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	5751,		7238, 7756,	11	3486, 3800,
	6014		8056		3970, 3982,
§§.	Nr.	6	4858, 5146,		3994, 4858,
1	3752, 5112,		5782, 7015,		4969, 5056,
	5595, 5784,		7148, 7418		5077, 5541,
	6760, 7015,	7	4328, 4487,		5569, 5604,
	7086, 7148,		4858, 5146,		5734, 6096,
	7238, 7334,		6128, 6802,		6115, 6241,
	7393, 7418,		6817, 6968,		6791, 6923,
	7921, 7939		7072, 7288,		7842, 7976,
2	3982, 4090,		7295, 7537,		8046
	6096, 6226,		7741	12	3386, 3970,
	6923	8	7132		3982, 3994,
3	3982, 4090,	9	3486, 7015,		4052, 4853,
	6585		7153, 7537		5056, 5077,
5	4020, 7086.	10	5693		5146, 5211,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	5532, 5569, 5624, 5685, 6096, 6791, 7132, 7731, 7842, 7976, 7994, 8046		7274, 7939, 8032, 8056, 8142		5916, 6760, 7132, 7731
13	3994, 5569, 5685, 7976, 8046	30	3970, 5146, 5442, 5520, 5747, 6760, 6824, 7731	43	4104, 4179, 4263, 4326, 5330, 5520, 5927, 6351, 6760, 6814, 6838, 7921, 8018
14	5783, 8095	31	4438, 4480, 5513, 5520, 5569, 5666, 5731, 6385, 6423, 6468, 6477, 6605, 6760, 6814, 6824, 6830, 7027, 7653, 7731, 7832, 8018	44	5331, 5751, 6760, 8100
15	5057			45	4487, 4755, 6760
19	5595			46	4263, 6760
20	6777			47	6760
21	5513, 5739, 6777, 7443			48	4104, 4150, 5242, 6760
22	3694, 4858, 6514, 6838, 7237, 7304, 7393	32	4957, 6760, 6824, 7405	49 ...	4582, 6014, 7661
23	3970, 6339, 7238, 8032	33	4929, 6760, 6824, 7652, 7936	50	4582, 6014, 7661
26	6128, 7148, 7292, 8037			51	5392, 5927
27	6128, 8038	34	4957, 6760, 6824, 6915	53	6902
28	4211, 4858, 5513, 5711, 5747, 6247, 7261	35	5115, 6760, 6824	54	5508, 7209, 7939
29	4104, 4150, 4209, 4211, 4263, 4727, 4858, 5056, 5148, 5242, 5245, 5246, 5767, 5330, 5559, 5586, 5604, 5693, 5711, 5747, 5837, 5855, 5870, 6132, 6245, 6247, 6351, 6423, 6627, 6660, 6838, 7261,	36	6760, 6824	55	4853, 5112, 5299, 5695, 5938, 7528, 7939, 8156
		37	4657, 4661, 5963, 6305, 6419, 6477, 6718, 6760, 6824, 7187, 7893, 7972	58	4413, 6235, 6398
		38	3970, 4033, 4256, 4438, 4487, 5666, 6247, 6468, 6760, 7731	59	3982, 6241, 7537
		39	6760	60	5927, 6080, 6398, 7537
		40	6760	61	5948, 6241
		41	6760, 6814	62	4140, 7771, 8197
		42	4755, 5146, 5330, 5711,	63	3444, 3477, 3722, 3761, 3819, 3841, 3876, 3890, 3951, 3994, 4033, 4050,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	4063, 4082,		4964, 5069,	84	... 5686, 5751,
	4121, 4140,		5171, 5187,		8044
	4209, 4210,		5267, 5839,	85	... 8044
	4260, 4311,		5948, 6231,	86	... 3876, 4090,
	4445, 4469,		6712, 6874,		5452, 5838,
	4473, 4479,		6938, 7274,		6158, 6173
	4496, 4591,		8197	87	... 3876
	4711, 4735,	67	... 5568, 7758	88	... 3982, 6760
	4752, 4827,	69	... 3910, 6096	89	... 4095, 5971,
	4849, 4907,	70	... 5711, 7238	90	... 3876, 5452
	4964, 5122,	72	... 5624	91	... 4506
	5171, 5187,	74	... 3790, 5568,	92	... 4090, 5306,
	5222, 5267,		5624, 5751,		5452, 5838,
	5307, 5333,		6824, 6961,		6158, 6173
	5348, 5473,		7921	93	... 4506, 6096
	5479, 5509,	75	... 4946, 5568,	94	... 4506
	5575, 5784,		7758	96	... 6080, 6712
	5823, 5839,	76	... 3876, 4090,	97	... 4365, 4496,
	5908, 5948,		4961, 5149,		5059, 6080,
	6107, 6199,		5819, 6273,		6712
	6231, 6235,		6468, 6802,	103	... 5146, 6615,
	6265, 6441,		6874, 6961,		7132, 7731
	6550, 6575,		7016, 7148,	105	... 7905, 7921
	6827, 6865,		7238, 7334,	108	... 4104, 7318,
	7084, 7093,		7528, 7734,		7905
	7204, 7274,		7758, 7939,	109	... 4853, 7393
	7607, 7771,		8029	110	... 7072, 7295,
	7873, 8060,	77	... 3876, 4211,		7393
	8076, 8197		4821, 5716,	112	... 5242, 5245,
64	... 3876, 3890		5819, 6247,		5246
	4128, 4140,		6468, 6613,	113	... 7393
	8197		7016, 7148,	114	... 5695
66	... 3444, 3475,		8044	115	... 4831, 5602,
	3841, 3501,	78	... 3872, 4821,		5710, 5857,
	3513, 3531,		5267, 5819,		6122, 6615,
	3761, 3876,		6468, 6961,		6926, 7288
	3910, 3951,		7016, 7274,	119	... 3790, 3967,
	4033, 4050,		7939		4831, 5112,
	4063, 4209,	79	... 3876, 6468,		5695, 5938,
	4210, 4260,		7016		6324, 6874,
	4365, 4469,	80	... 3876		7148, 7528
	4473, 4496,	81	... 5568	121	... 4853, 5695,
	4503, 4591,	82	... 5624, 7734,		5988, 7086,
	4711, 4849,	83	... 6524, 7731		7528, 8156

	¶r.	§§.		¶r.	§§.		¶r.
...	5559, 5942		5819, 5938,			5870, 6245,	
...	5408, 7015,		6128, 6132,			6760	
	7905, 7921		7148, 7153,	161	...	6717, 7731	
...	4821, 5022,		7218, 7292,	162	...	5711, 6760	
	5710, 5819,		7421, 8032	163	...	3970, 4052,	
	6134, 6273,	138	...	3486, 5146,		5211, 5783,	
	6324, 6991,			5211, 5442,		6760, 7731	
	7072, 7132,			5569, 5938,	164	6760
	7148			6128, 6132,	165	...	4833, 5938,
...	6874, 6991,			6267, 6339,		6760, 7731	
	7072			7218, 7292,	166	...	5211, 6760,
...	6624, 7072,			7421, 7731,		7731	
	7741			7944, 8032	167	6760
...	4755, 4831,	140	...	6302, 8044	168	6760
	4847, 5520,	142	...	4506, 6243	169	...	5604, 5711,
	5569, 5602,	143	...	3790, 5568,		6760	
	7072			5686, 7758,	170	...	5711, 6324
...	4755, 5569,			8044, 8105		6760	
	7072	144	...	4506, 4794,	171	...	5595, 6760,
...	5022, 6074,			6468		6814	
	6652, 7072	145	...	4794, 6302,	172	6760
...	4487, 6991,			6468	173	6760
	7072, 7132,	146	...	4506, 4794,	174	...	5513, 5595,
	7318, 7393			5601		6760, 7393	
...	4243, 4640,	147	...	4316, 4506,	175	...	5022, 6074,
	6132, 6802,			4794, 6113,		6652, 7252	
	6818, 6968,			6128, 6302,	176	...	5022, 5711,
	6991, 7072,			7238		6760	
	7118, 7148,	148	...	4794, 6128,	177	...	5022, 6760
	7288, 7295			6218	178	6760
...	7072	152	6824	179	6760
...	5559, 7072,	154	...	3515, 4033,	180	...	5711, 6760
	7218, 7939			4050, 4052,	181	6760
...	3486, 4487,			4365, 4496,	182	6760
	5636, 6817,			4503, 6231,	183	...	5408, 6760
	6818, 7072,			6938, 7274	184	6760
	7218, 7288,	155	...	3971, 5408,	185	6760
	7295			6874, 6938	186	...	5408, 6760,
...	7288	156	...	5408, 6874,		7921	
...	5916, 6991,			6938	187	6760
	7288, 7905	157	...	6324, 6938	188	6760
...	3486, 4746,	159	...	6128, 6760	189	6760
	4853, 5146,	160	...	4150, 5143,	190	...	5948, 6324,
	5569, 5747,			5604, 5711,		6760	

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
191	... 4137, 5578, 6398, 6624, 7118, 7209, 7959		6398, 7906, 8197	226	... 5046, 6259
192	... 4137, 4840, 6575, 7959	199	... 4082		6902
193	... 4137, 6398, 6575, 6624	207	... 6361, 7209		7483
194	... 7906	208	... 5578, 8169	227	...
195	... 7906	209	... 7921	228	...
196	... 7906	217	... 8169	233	... 6259, 7491
197	... 7906	221	... 7921	234	...
198	... 4082, 4140, 5307, 5392, 6139, 6226,	222	... 5046, 6259, 6361, 6902, 6906, 7483, 7913, 7921	235	...
		223	... 5046, 6259, 6902, 6906, 7913	236	... 7201
		224	... 5046, 6361	237	...
				257	...
				266	...

Bestalltische Gerichtsordnung.

Rundm.-Pat. Nr. 3754	§§.	Nr.	§§.	Nr.
§§.		2974, 3401,	8	... 104, 20
1	... 222, 290, 596, 761, 864, 1105, 1238, 1292, 2197, 2760, 3244, 3434, 3784, 3796, 3899, 3937, 3938, 4076, 4197, 4991, 5288, 5473, 5940, 6122, 6645, 6984, 7011, 7069, 7189, 7228, 7348, 7396, 7496, 7579, 7795, 7799, 7843, 7905, 7992, 8006, 8023, 8198		3918, 6404, 6874, 7362, 7506	71 83 1010
2	... 3434, 7294, 8159	4	... 352, 385, 520, 622, 1263, 2233, 2515, 2589, 3420, 4329, 4932, 5041, 5820, 6183, 6809, 6907, 7317, 7318, 7517	1111 1255 1507 1741 1947 2142 2316 3434 3562
3	... 76, 306, 910, 979, 1029,	5	... 193, 466, 921, 1300, 3434, 5378, 5409, 6944, 7982	3814 3926 4894 6260
		6	... 9, 88, 466, 673, 726, 886, 5296, 5766, 6944, 7775	6590 6769 6944 7151
		7	... 209, 244, 442, 446, 1177, 3084, 3434, 6332	7233 7385

§§.	Rr.	§§.	Rr.	§§.	Rr.
9	209, 466, 761, 2058		910, 1132, 1325, 1407, 2236, 2291,		4403, 5172, 6874, 6947, 7006, 7231, 7991
10	244		2348, 3172, 3379, 3854,	40	2974, 3125, 3274, 4403, 4440, 5116, 5984, 6034, 6649, 6874, 6947, 7231, 7576, 7991, 8181
11	466, 921, 1132, 1300, 2609, 3854, 4557, 6944, 7437, 7775		8937, 3938, 4180, 4433, 5413, 6190, 7739		
12	216, 1473, 5453, 6623	26	6085, 6827		
14	202, 2562, 3715, 8085, 8155	27	2092, 7017		
15	551, 781, 1456, 2489, 3496, 3497, 3506, 5823, 6284, 6449, 7060, 7169, 7264, 7919	28	2092, 3187	43	2236, 3854, 3937, 3938
16	812, 2348, 3349, 5462, 5468, 5719,	29	508, 5078, 5198, 6182, 7359, 7664	44	244, 2311, 2974, 3881, 6272, 6874
17	654, 812, 1213, 1644, 3349, 7641	31	1224, 5468	45	1524, 2311, 2974, 3434, 5116, 6874, 7294, 8181
18	3349, 3407, 3429, 3496, 3497, 3506, 4310, 5169, 6220, 7609, 8121	32	726, 1181, 1644, 3854, 6277, 6804, 7335, 8206	46	2311, 2974, 7415, 8159
20	214, 365, 440, 2291, 5468, 6190, 7736	33	654, 1213, 2356, 4265, 7152	47	2311, 2861, 3897
21	2055, 2261, 2282, 2325, 2573, 4621, 5257, 5296, 6404, 7003	34	1589, 4366, 5079, 6055	48	2311, 2974, 3060, 3881, 3897, 7006, 8181
22	3510, 4621	35	9, 229, 375, 761, 886, 1181, 2067, 3212, 3238, 3239, 3286, 3299, 3300, 3555, 3578, 3900, 4019, 4175, 4184, 4288, 4350, 4894, 6457, 6600, 6944, 7205, 7233, 7514	49	736, 831, 2009, 2368, 3167, 4221, 5437, 7067
23	1473	36	6804	50	721, 736, 856, 1056, 1734, 2009, 3111, 3456, 4781, 5336, 5437, 5495, 7971
25	181, 214, 365, 382, 564, 726,	38	3854	51	4221, 5437
		39	306, 2058, 2974, 3274, 3814, 3926,	52	890, 1087, 2697, 4265, 7496
				53	2697

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
54	417		3357, 3614,		926, 1197,
56	6392, 7011,		5263, 5468,		1727, 1826,
	7119		6019, 6153,		1835, 1934
57	1676, 1835,		7737, 7779,	88	49, 75, 92,
	2598, 3649,		8157		108, 168, 199,
	4693, 6392,	65	870, 1559,		342, 547, 689,
	7103, 7119,		4603, 5468,		724, 1099,
	7193, 7941		6153, 7737		1125, 1216,
58	2713, 6392	66	205, 548,		1881
59	2713		1559, 1756,	89	1099
60	3933		5468, 6373,	91	592, 1955
61	144, 294, 374,		6519, 7737	92	635
	448, 501, 511,	67	548, 864, 980,	98	138
	594, 702, 884,		1559, 2594,	104	724
	927, 981,		2952, 4076,	105	1835
	1021, 1126,		5162, 7737	106	435, 1727
	1559, 1633,	69	7896	107	7464
	1730, 1756,	71	6536	109	781, 1197,
	1849, 1948,	72	81, 110, 713,		7905
	2004, 2065,		981, 1561,	111	888, 1875,
	2118, 2201,		2277, 2332,		1876
	2366, 2823,		2367, 2874,	114	92, 500,
	2874, 2902,		3755, 4589,		1023
	3028, 3190,		5623, 6813,	116	765, 1087,
	3282, 3381,		6907, 6951,		1197
	3933, 4022,		7489, 7718,	117	1937
	4155, 4220,		7721, 8092	118	681
	5263, 6019,	73	110, 205,	119	774
	6074, 6176,		348, 374,	122	105, 1117,
	6281, 6347,		958, 1561,		1506, 3930
	6373, 6788,		2874, 2952,	124	1117
	6874, 7005,		3071, 3357,	126	888
	7252, 7409,		3540, 3614,	127	223, 258, 415,
	7428, 7737,		3835, 5194,		2908, 3192
	7945, 8176		5809, 5886,		3211
62	511, 4022,		6951, 7718,	129	120, 370,
	5809		7737, 7779,		888, 1483,
63	1849, 2201,		7945		1505
	5263, 6347,	80	272, 299,	131	888, 1483
	7737		2004, 3587	132	888
64	870, 958,	81	3587	183	888
	1559, 2332,	83	1991, 3211	135	1197, 1740
	2874, 2952,	84	342, 391, 699,	136	92, 396, 500,
	3071, 3282,		708, 792, 864,		1051, 2592

№т.	§§.	№т.	§§.	№т.
..... 2016		3907, 4085,		4439, 4489,
.. 444, 1625		4172, 4282,		4538, 4903,
... 765, 858,		4353, 4439,		5006, 5340
1022		4388, 4749,	179	648, 737,
... 592, 681		5037, 5093,		1136, 1690,
6243, 7897,		5137, 5340,		2278, 2643,
... 592, 616,		5494, 5502,		2719, 2723,
6243		6123, 6433,		4112, 4146,
..... 6243		6439, 6661,		4218, 4559,
..... 6243		6735, 6971,		5406, 5796,
..... 6243		7208, 7326,		5973, 6131,
.. 1306, 1880		7362, 7490,		6308, 6420,
... 396, 765,		7506, 7561,		6508, 6584,
1880		8028		6620, 7406,
... 814, 1880	171	323, 920,		7778, 7803,
88, 159, 204,		2854, 5037,		7875
702, 1032,		6261	180	537, 630,
1379, 1542,	172	301, 2854,		737, 1136,
2350, 2446,		4686, 6644,		1298, 1690,
3282, 3402,		6713		2643, 2723,
3899, 5180,	173	86, 618, 2854,		4112, 4218,
5775, 6069,		4337, 5627,		4290, 5877,
6536, 7317,		5909, 5973,		5973, 6131,
7335, 7575,		6111, 6157		6308, 6420,
7935	174	8214		6900, 6997,
... 1032, 3285,	175	816, 2854,		7320, 7406,
3658, 3899,		6418		7803, 7875,
5775, 6069,	176	6, 163, 335,		8185
6536		420, 1088,	181	53, 325, 539,
... 204, 2760,		1278, 2660,		1551, 1923,
5775, 6069,		2854, 2928,		1951, 2011,
6536		3221, 3655,		2215, 2405,
... 5775, 6069,		4087, 4204,		3763, 4103,
6536, 6919		4229, 4419,		4204, 4301,
..... 6536		4493, 5973,		4356, 4754,
... 139, 141, 163,		6157, 6618,		4942, 4997,
181, 306, 466,		6777, 7272,		5539, 5540,
920, 979, 991,		7383, 8053		5721, 5852,
1060, 1074,	177	4229, 5417,		6028, 6058,
1084, 1497,		5926		6594, 6777,
1833, 1883,	178	193, 297,		7054, 7138,
1893, 2844,		309, 1246,		7277, 7490,
2854, 3209,		1936, 2172,		7803, 8089
3234, 3401,		3332, 3924,	182	3, 53, 290,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	539, 618, 630, 1111, 1608, 1923, 1966, 2011, 3152, 3763, 4733, 4754, 4942, 4997, 5123, 5539, 5540, 5715, 5796, 5852, 5956, 6111, 6262, 6594, 6777, 6940, 7054, 7076, 7107, 7138, 7200, 7277, 7406, 7659, 7803, 8089	196698, 3403, 5814, 6690, 7041		3278, 5173, 8063
		197	...1646, 4855, 6400, 6690, 7017, 7231	215	...8674, 3989, 5390, 6308, 6309, 8063
		198	...4867, 4855, 4980, 6400, 7775	216	.133, 179, 308, 577, 638, 1723, 2714, 2899, 3054, 3436, 4016, 4174, 4215, 4872, 4972, 5550, 5662, 5926, 6308, 6309, 6609, 6701, 6873, 6958, 7111, 7948, 8063
		199 4855		
		200	...4855, 4985, 7775		
		201225, 2541, 5105		
		202	... 2541, 5105		
		203 2541		
		204917, 1161, 1729, 3615, 4103, 5105, 6043, 6518, 7171	217876, 577, 1070, 2714, 2990, 3278, 4118, 5550, 5926, 6239, 6958, 8063
183	...42, 53, 630, 3763, 4309, 6092, 7107, 7544	206	... 5949, 6518		
184793, 6594, 6620	206	... 5949, 6518		
185	...1111, 2150, 6058, 6282	207182, 790, 2429, 2791, 2844, 3679	219	...2714, 3436, 4215, 5550, 6958, 7948, 8063
186	... 5796, 6058	208	..132, 306, 750, 790, 979, 1604, 2516, 2664, 2791, 3679, 3848, 4243, 5031, 5414, 6553, 7171	220 109, 972, 1075, 2430, 5610, 5634
188	...2, 250, 440, 839, 871, 910, 6508			221216, 623, 1844, 2843, 2847, 3939, 4576, 6106
189250, 440, 6508	209 28, 5414	222 2989
190 335, 4296	211 306, 701, 1070, 2714, 3436, 4174, 5662, 6049, 6332, 6609, 7618, 7948	223 216
191192, 1041, 1424, 4274			224 2008
192	...5851, 6896, 8055			225 2008
193698, 1646, 3525, 4478, 5261, 5427, 5814, 6896, 7041, 7896, 7775	212	... 1844, 6609	226 420, 3099
		213 1844	227	...3123, 6548, 6689, 7316, 7345
195 6897	214182, 2183,	228 6689
				229 6689

¶¶.	§§.	¶¶.	§§.	¶¶.
..... 6689		5860, 5880,		8052, 8064,
... 3054, 6012		6219, 6393,		8069
..... 7302		6835, 7474	276	... 217, 1056,
..... 7678	266	... 3485, 5338,		2122, 4746,
.... 476, 3098,		7345		5414, 7127,
3099, 4686	267	... 192, 1247,		7148, 7745,
..... 5610		3485, 4990,		8052
..... 3641		5622, 7345,	277	... 182, 217,
. 31, 972, 3099,		7474		545, 821,
3410, 6067	268	... 1135, 3628,		849, 1056,
..... 6067		6362, 6656,		1397, 1445,
..... 6067		6885, 7320,		2068, 2183,
..... 6399		7616, 7639,		2814, 4746,
.... 337, 2665,		7778		5720, 5854,
4036, 7411	269	... 1135, 3581,		5901, 6682,
..... 4036		7345		6749, 6983,
.... 337, 3695,	270	... 1247, 3338,		7148, 8052
5866		7345, 7474	278	... 42, 473, 1297,
.... 876, 1722,	271	... 1247, 4990,		1613, 1957,
2767, 3180,		5780, 7345,		2511, 4552,
3554, 3809,		7474		7914
4513, 4536,	272	... 2564, 3581,	279	... 50, 83, 515,
4945, 6607		3612, 3818,		528, 801, 874,
.. 31, 173, 664,		4374, 4920,		1076, 1151,
3410, 7411		5192, 5860		1613, 1819,
..... 31, 664,	273	... 4292, 4975,		3532, 3794,
2989, 5702		6835, 7719		4207, 4553,
... 2690, 3424,	274 7639		4599, 4746,
3628, 4292,	275	... 6, 182, 190,		7096, 7148,
4374, 5338		217, 371, 554,		7269
.... 952, 3102,		704, 763,	280	... 50, 83, 182,
4374, 4708,		1076, 1230,		217, 402, 515,
4775, 4920,		1397, 1613,		528, 709, 750,
5622		1815, 1879,		801, 874,
... 5688, 5792,		2072, 2183,		1076, 1151,
5880, 6109		2278, 3395,		1298, 1613,
... 4818, 5622		3448, 3605,		1729, 1815,
.... 376, 3485,		4353, 4587,		1975, 2072,
5792, 5930,		4749, 5137,		2360, 2370,
6109		5165, 5310,		2664, 2968,
... 5792, 5930,		5338, 5854,		2982, 3242,
6109, 7616		6682, 6960,		3664, 3679,
... 4818, 5220,		7257, 7745,		3821, 4058,
5265, 5733,		7923, 7960,		4097, 4200,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	4222, 4312,	286	... 6, 301, 626,	299	... 2004, 3518,
	4551, 4553,		638, 896,		4694
	4587, 4645,		1041, 1067,	300	... 5831, 6708
	4665, 4746,		1070, 1151,	305	... 429, 892,
	4758, 4780,		1278, 2880,		2125, 2984,
	4792, 5165,		2899, 4016,		3122, 3179,
	5273, 5662,		6508, 6521,		4014, 4403,
	5753, 5819,		7846, 8063		4595, 4641,
	5854, 6273,	287	... 6, 1297,		5718, 6376,
	6356, 6414,		4717, 5651,		6483, 6491,
	6479, 6682,		7817		6659, 7272,
	6758, 6815,	288	... 55, 394,		7338, 7420,
	6932, 6991,		550, 3379,		7449, 8117
	7102, 7111,		5228, 8127	306	... 3122, 7420
	7148, 7178,	289	... 550, 3804,	307	... 63, 119, 790,
	7190, 7269,		5228		821, 848,
	7610, 7923,	290	... 1407, 3379,		1274, 1354,
	7933, 8029		3804, 4152,		1543, 1648,
281	... 114, 395,		8127		1869, 1952,
	400, 763,	291	... 287, 467,		2062, 2068,
	1104, 1131,		1485, 2288,		2613, 2744,
	1700, 2482,		6057, 6129,		3078, 3179,
	2501, 2897,		7195		3270, 3287,
	3248, 4026,	292	... 467, 1815,		3387, 3524,
	4498, 4746,		3713, 5378,		3901, 4007,
	4749, 4758,		6129, 7287		4620, 4818,
	4832, 6047,	293	... 5, 50, 480,		4879, 4887,
	7035, 7392		1852, 4395,		4923, 4984,
282	627, 684, 949,		4905, 5651,		5130, 5159,
	2147, 2591,		6148, 6712,		5273, 5951,
	3855, 3874,		7817		5974, 3082,
	4521, 4746,	294	... 5, 50, 480,		6064, 6269,
	4879, 6004,		703, 3385,		6410, 6479,
	6064, 7430,		4395, 4905,		6659, 7128,
	7810, 7943		5651, 5937,		7226, 7286,
283	... 80, 119, 489,		6148, 6712		7420, 7656
	684, 2193, 2513,	297	... 1214, 3078,	309	... 603, 1203,
	4491, 4746,		4743, 4792,		4302, 4595,
	7213, 7810		4924		6520, 6801
284	... 684, 1215,	298	... 24, 313, 340,	310	... 603, 1203,
	1256, 2513,		949, 2147,		4302, 6520
	4746, 4879,		3524, 3855,	311	... 478, 1203,
	6342, 7810,		3874, 4521,		4302, 4686
	7943		5610, 6384	312	... 1203, 4302

№r.	§§.	№r.	§§.	№r.
... 1726, 7700	337 ... 4122, 6866,	342 ... 1666, 2014,		
... 3709, 5072,	7841	3364, 4122,		
6169, 7815	338 740	5910		
... 862, 3615,	339 ... 923, 1364,	343 ... 5141, 5910,		
3709, 4939,	1586, 2153,	7841		
5170, 7315	2435, 2710,	344 ... 1913, 3215,		
..... 7315	2752, 2957,	7268, 8038,		
..... 4367	2977, 3129,	8108		
... 4894, 4963,	3279, 3384,	345 2931		
6695	3432, 3516,	346 ... 522, 1247,		
... 76, 104, 406,	3631, 3682,	1913, 2008,		
442, 504, 592,	3817, 4051,	2055, 3215,		
677, 835, 893,	4393, 4394,	4890, 5775,		
1066, 1149,	4401, 4450,	6284, 6496,		
1373, 1640,	4539, 4565,	6749, 7268,		
1734, 2657,	4723, 4726,	7849, 7916,		
3084, 3097,	4780, 4900,	8108, 8198,		
3210, 4838,	5133, 5139,	8208		
4859, 4987,	5167, 5208,	349 2539		
4941, 5752,	5213, 5314,	350 ... 4695, 4847,		
5775, 5916,	5403, 5505,	5236, 6046,		
6332, 6375,	5537, 5545,	6363, 6709,		
6449, 6965,	5779, 5859,	7105, 7139,		
7268, 8038	5961, 6104,	7250, 7259,		
.. 77, 113, 176,	6137, 6284,	7407, 7929,		
423, 1471,	6299, 6374,	8109		
5469, 6946,	6602, 6861,	353 7323		
7514	6862, 6939,	354 ... 5634, 7323		
... 1751, 1988,	6962, 7114,	355 7323		
7939	7157, 7212,	356 ... 3503, 7323		
..... 58, 420,	7221, 7285,	357 3503		
1526, 5141	7293, 7439,	359 445, 691,		
..... 740	7570, 7697,	700, 955,		
... 627, 2785,	7742, 7751,	1411, 1611,		
3431	7760, 7791,	3805, 3933,		
..... 58, 740,	7802, 7834,	4401, 4635,		
4122	8067, 8152	5665, 5717		
... 2390, 4961,	340 ... 399, 1526,	360 ... 2693, 3305,		
6385, 7593,	2390, 2957,	3983, 4083,		
7618, 7843,	4961, 5634,	4401, 5665		
8185	5859, 7593,	361 906, 3933,		
... 3258, 4122,	8145	4401, 5665		
4935	341 ... 4393, 4401,	362 691, 700,		
..... 740	5859	757, 1162,		

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	1411, 3933, 4401, 4900, 5665, 6001, 6077, 7895		4177, 4253, 4490, 4501, 4526, 4531, 4834, 4965, 5175, 5204, 5311, 5441, 5834, 6112, 6314, 6315, 6524, 6733, 6747, 6836, 7146, 7377, 7436, 7461, 7655, 7886	384483, 547, 5204
363	...757, 1162, 2799, 3933, 4401, 5035, 5141, 5665, 6001, 6380, 6952			385	...3345, 3990, 6228, 8205
364	...1411, 2355, 2799, 4401, 5665, 5690, 6077, 6372, 6952, 7895			387	..47, 248, 397, 1001, 1026, 1326, 1434, 1628, 1655, 1762, 1853, 2209, 2710, 2848, 2933, 3105, 3193, 3499, 3673, 3932, 4181, 4233, 4280, 4392, 4713, 5081, 5190, 5207, 6897, 7797, 7671, 7748, 8172
365	...1411, 4401, 5665, 6380, 6442, 6965	376	...409, 1121, 1140, 1689, 1847, 2765, 2930, 3117, 3297, 3360, 3813, 4327, 4490, 4501, 4526, 4531, 4752, 4834, 4965, 5919, 6112, 6233, 6315, 7212, 7655, 7993	388	...248, 397, 645, 1001, 1026, 1326, 1434, 1500, 1628, 1638, 1655, 1739, 1749, 1898, 1984, 2263, 2524, 2848, 2933, 3031, 3105, 3193, 3208, 3473, 3499, 3619, 3673, 3932, 4133, 4161, 4181, 4225, 4233, 4561, 4625, 4713, 4725, 5081, 5190, 5394, 5452, 5538, 6137, 6443, 6489, 6602, 6897, 7071,
366	...1786, 2276, 3601, 3928, 3961, 4244, 5271, 6733, 7036, 7236, 7243				
367	...2276, 6733, 6747				
368	...2276, 5271, 6733, 7036	377	...1121, 1140, 1689, 1847, 2382, 2491, 2614, 3115, 3117, 3297, 3345, 3360, 3371, 3635, 4368, 4526, 4965, 5415, 5648, 5919, 6112, 6228, 6233, 6315, 7655, 7993		
3717243				
372	...3007, 7236				
3737036				
374	...580, 887, 1121, 1140, 1545, 1603, 1689, 1739, 1847, 2154, 2614, 2726, 2765, 2930, 3115, 3117, 3297, 3358, 3360, 3422, 3583, 3584, 3622, 3745, 3775, 3961,	379	...529, 2130, 4868, 5648, 5844		
		3823458		
		383	...4369, 6314		

№.	§§.	№.	§§.	№.
7197, 7401,		5630, 6437,		5852, 6104,
7671, 8041		6702, 6721,		6149, 6200,
... 1860, 3961,		6888, 6965,		6431, 6570,
4834, 6733,		7379, 7578,		6573, 6594,
7377		7626, 7896,		6595, 6696,
... 4946, 7671		7929, 7939,		6864, 6900,
... 4946, 7671		7761		7054, 7075,
.. 43, 574, 746,	397	.. 299, 440, 496,		7138, 7200,
805, 1195,		1011, 1018,		7263, 7277,
1243, 1484,		1059, 1239,		7406, 7493,
2933, 3285,		1244, 1287,		7504, 7627,
4946, 5826,		1646, 1692,		7659, 7670,
5843, 5986,		1764, 1901,		7803, 7828,
6547, 6632,		1918, 1922,		7889, 7977,
7219, 7500,		1923, 1951,		8025, 8089,
7671		2011, 2081,		8111
.... 746, 1470,		2351, 2358,	398 279, 539,
2446, 2933,		2394, 2403,		1692, 1901,
3318, 3930,		2434, 2554,		1918, 2351,
4384, 4706,		2780, 2789,		2434, 2639,
5402, 5571,		2794, 2866,		2655, 3588,
6698, 6919,		2938, 2941,		4450, 4548,
7176, 7500,		3133, 3153,		4565, 4710,
7575, 7598,		3220, 3399,		4712, 4839,
7671, 7992		3516, 3619,		5950, 7634,
.. 96, 576, 587,		3730, 4042,		7829
3930, 5571,		4188, 4234,	399	... 5706, 5783,
6156		4273, 4356,		6509, 7379,
... 4394, 4834,		4398, 4754,		8111
6036		4759, 4930,	400 158, 1146,
.... 791, 1232,		4932, 4942,		1559, 4602,
1267, 1478,		4955, 4956,		4847, 6509,
1548, 1754,		4992, 5034,		6688, 7379,
1793, 1827,		5095, 5109,		7394, 8111
2047, 2052,		5123, 5128,	401	... 2594, 3153,
2249, 2710,		5155, 5161,		3409, 4979,
2773, 3478,		5253, 5266,		5104, 5706,
3619, 3632,		5289, 5301,		5783, 6186,
3912, 4132,		5327, 5429,		6509, 7053,
4202, 4224,		5436, 5456,		7379, 7633,
4245, 4291,		5539, 5540,		7657, 8030,
4401, 4660,		5563, 5721,		8134
4854, 4894,		5724, 5758,	402	... 3763, 5063,
5433, 5525,		5762, 5793,		5369, 5911

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
403	...2647, 3457, 3703, 5369, 5911		4782, 4826, 5098, 5498, 5783, 5801, 5961, 5972, 6175, 6251, 6257, 6869, 7412, 7578, 7958, 8014, 8036		2280, 2960, 5929, 6175, 7080, 7339
404901, 1431, 2647, 3128, 3372, 7800			421663, 836, 1123, 1152, 1310, 4132, 6124
405360, 513, 1642, 2625, 3611, 5104, 6909	412815, 973, 1123, 3533, 4323, 4984	422351, 405, 574, 800, 1195, 1328, 1460, 1488, 1544, 1890, 1898, 2161, 2331, 2386, 2604, 2618, 2958, 3110, 3127, 3306, 3380, 3538, 3589, 3558, 3596, 3670, 3671, 3688, 3744, 3836, 4160, 4876, 4881, 5150, 5260, 5359, 5492, 5519, 5544, 5557, 5713, 5778, 5843, 5856, 6024, 6059, 6115, 6331, 6616, 6684, 6770, 6792, 6800, 7162, 7176, 7505, 7525, 7801, 8065, 8080
406360, 513, 1642, 1761, 2486, 2625, 5743, 5911	413815		
407	...3858, 5498	415425, 610, 1328, 1621, 2280, 2386, 2517, 2551, 2960, 3306, 3358, 3365, 3801, 3935, 4012, 4081, 4782, 4810, 4984, 5098, 5782, 5972, 5974, 6197, 6257, 6616, 6791, 6792, 7080, 7216, 7339, 7628		
408832, 2486, 3858, 4791, 5498, 7800				
409255, 360, 695, 952, 1270, 1580, 3006, 3128, 3157, 3586, 4132, 4532, 4791, 4978, 5628, 8030	416	...2280, 7080, 7987		
410100, 255, 360, 695, 1232, 1270, 1642, 2647, 2710, 3006, 3128, 3157, 3586, 3611, 3703, 3762, 3858, 4132, 4183, 4532, 4598, 5628, 5911, 6518, 6688, 6826, 6909, 7156, 8030	417	...610, 1621, 2280, 2517, 2551, 4810, 6786, 7080		
		418610, 2280, 2960, 4810, 5929, 6175, 7080, 7392	42396, 3930, 5975, 7992
		419	...2280, 2960, 5929, 6175, 7080	424	...2618, 7525
411729, 907, 1305, 2160, 2751, 3138,	420	...19, 610, 872, 1621, 1898,	425	...1328, 1418, 3836, 5544
				426	...438, 494, 2392, 2773,

92r.	§§.	92r.	§§.	92r.
3586, 3799,	440	...2234, 2317,		5833, 5834,
3830, 4132,		3163		5843, 5961,
4464, 4631.	441	...571, 2865,		6197, 6250,
4740, 5027,		7679		6411, 6816,
5215, 5248,	446	...571, 2607,		6046, 7150,
5783, 5818,		7679		7531, 7534,
6044, 6251,	449	...377, 7962,		7628, 7958,
6288, 6692,		8009		8094, 8200
6869, 7309,	450	...2096	454	...494, 1718,
7529, 7584.	451	...314, 544,		3801, 3845,
7578, 7602.		1241, 1289,		4713, 5833,
7929, 8084		1941, 1945,		6852
...1733, 1961,		1967, 2091,	455	...200, 494,
2773, 4631,		2096, 2203,		973, 1110,
5183, 5733,		2776, 2830,		1718, 2087,
6186, 6288,		2852, 3058,		2232, 3342,
7053, 7162,		3206, 3319,		3479, 3800,
7202, 7390.		3346, 3652,		4029, 4055,
7706, 7932		3785, 3878,		4081, 4487,
...1961, 2733,		4156, 4333,		4713, 4919,
5183, 6551		4566, 4606,		5286, 5949,
...1451, 3415,		4944, 4961,		6059, 6852,
4829, 5032,		5290, 5511,		6923, 7460,
7422, 7689		5512, 6543,		7955, 8177
...2001, 5032,		6605, 6775,	456	...285, 2154,
6473		7016, 7448,		3031, 3198,
...341, 1422,	452	7879, 8120		3980, 4055,
2096, 2137,		806, 887,		4436, 4643,
2739, 2863,		1179, 1241,		4713, 4742,
2865, 3319,		1898, 2280,		6848, 6852,
3348, 3546,		2514, 2622,		7460
4467, 4957,		3787, 3805,	457	...6852
5512, 6091,		4370, 4787,	458	...6852
6915, 6990,		4957, 4961,	459	...6852
7165		5369, 5458,	460	...1961, 2514,
...197, 4943	453	6543, 7165		2622, 3845,
...305, 2683,		90, 465, 494,		5183, 6646,
3343, 4330,		663, 1418,		7689
4441, 6044,		1718, 2751,	461	...73, 198, 474,
6072, 6091,		3321, 3538,		872, 1074,
6775, 7256		3539, 3801,		1805, 1852,
...2865, 5689,		4212, 4325,		1925, 3475,
6742		4782, 4810,		8587, 3894
		5178, 5217,		

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
462867, 1305, 1310, 2035, 2768		6554, 6966, 7664	52280, 1559, 3489, 6688, 7908
46520, 198, 1284	493	...1206, 2284, 2291, 2346, 7641, 8047	523	... 5236, 6688
472 108, 778	494	...2291, 2346, 5889, 8047	524	...1142, 1370, 6140, 7623
476 778	495	...2291, 2346, 3597	525158, 949, 1731
480222, 656, 727, 1220, 1285, 1308, 1452, 1463, 1874, 1938, 1944	496	...1360, 2346, 3465, 7359	527 2219
481 727	497	...4391, 6753, 7212, 7664	528	...1726, 3939, 4722, 7002, 7396, 7700, 7908
482 727	499	... 2682, 3007	529	.304, 327, 584, 669, 693, 717, 895, 977, 998, 1022, 1042, 1294, 1307, 1385, 1517, 1524, 1841, 1912, 2620, 2851, 2918, 3048, 3068, 3069, 3125, 3269, 3428, 3552, 3570, 3657, 3681, 4098, 4128, 4380, 5118, 5828, 5832, 5835, 5947, 6022, 6229, 6876, 7359, 7687, 7806
483 1790	500 516	531 705
586 444	501 4182	532	...1528, 2850, 6229, 6395, 6397, 6876, 7499, 7839, 8131
488	... 1220, 1292	502158, 1374, 4182	533	..98, 407, 584, 619, 710, 857, 1146, 1193, 1705, 2424
489	..131, 229, 275, 442, 454, 625, 662, 823, 975, 1206, 1349, 1472, 1784, 1972, 2291, 2612, 2842, 3106, 3655, 3764, 3859, 5119, 5709, 5712, 5934, 5974, 6484, 6554, 6659, 6866, 6888, 6966, 7048, 7183, 7241, 7299, 7892, 8089, 8117	503 158		
		504 7962		
		505112, 405, 3760, 4819, 7359		
		507	... 4819, 6383		
		508	...2330, 4145, 4719, 5319		
		509	... 6907, 7939		
		510	...1904, 3057, 4145, 4151, 4773, 5847		
		511	...3567, 6247, 6755, 7062		
		512	...1904, 3048, 3057, 4013, 4151, 4577, 4865, 5118, 6140, 6755, 6876, 7169, 7437, 8108, 8113		
490275, 625, 904, 1983, 2291, 5889, 6756	516 6284		
491298, 975, 1104, 1436, 1822, 2278, 2291, 6484,	517 1473		
		520 80, 6683		
		521 6688		

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
2498, 3108, 6395		4888, 4969, 4993, 5068, 5335, 5353, 5361, 5506, 5541, 5574, 5582, 5588, 5604, 5615, 5741, 5840, 5920, 5976, 5981, 6031, 6055, 6179, 6189, 6193, 6223, 6277, 6383, 6432, 6446, 6519, 6523, 6542, 6580, 6697, 6698, 6710, 6839, 6911, 6937, 7134, 7143, 7201, 7207, 7391, 7439, 7504, 7549, 7565, 7570, 7751, 7760, 7847, 8126, 8168, 8183, 8206		6032, 7226, 7656
... 3657, 5116, 5634, 6395, 6505, 6673, 7090, 7359, 7692, 7991			545 ...	3707, 5130, 5159, 6032, 7226, 7656
... 693, 717, 3048, 3657, 6395, 6469, 6483, 6673			546 ...	2744, 3707, 5130, 5159, 6032, 6058, 7226, 7656
... 693, 717, 895, 1275, 3354, 3588, 4119, 5638, 6395			547	1959
... 768, 1218			548 ...	5378, 7783
... 403, 1099, 1293, 1467, 1536, 1721, 1959, 2240, 2351, 2426, 2482, 2553, 3428, 3488, 3545, 3594, 3687, 3981, 4062, 4193, 4223, 4400, 4433, 4604, 4799, 4852,			552	8031
			556 ...	2576, 3354, 3588, 4119
			557	2576
			558 ...	1221, 2198, 2576, 3226, 4724, 7999
			561	2278
			575 ...	216, 917, 1879, 2328, 2908, 3211, 3615, 3880, 8918, 4291, 4657, 6385, 7689, 7972
			578	7394
			583 ...	1731, 6513, 7394
	540	2351	584	7394
	544 ...	2744, 3707, 5130, 5159,	587	456

Gerichtsbordnung für das lomb.-venez. Königreich.

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
... 1727	192	... 2541	449	... 2035
... 1506	193	... 2541	467	... 727
... 1740	271	... 1700	468	... 727
... 1506	410	... 836	469	... 727
... 2541	415	... 2392		

Gesetz über das Ausgleichsverfahren bei Zahlungsunfähigkeiten protokollierter Handels- und Gewerbetriebe vom 17. December 1862, R. G. Bl. Nr. 97.

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
2	1746	27	1796	35	1866, 2009
7	1937	31	1475	37	4224, 4735,
14	1475, 1796	33	1866, 4224		4840
20	1955	34	4224	39	3052

Gesetz über den summarischen Civilproceß vom 24. October 1845, J. G. G. Nr. 906.

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
1	204, 1492, 2074, 3573, 5253, 5266, 6108, 7659,	18	1407, 3566, 5370, 7213, 7625		1365, 2526, 2878, 2931, 2968, 3414, 3735, 4207, 7446, 7914
2	365, 1697, 2074, 4947, 8195	19	5073, 6182, 6928, 7692	37	217, 521, 750, 928, 1365, 1573, 2518, 2528, 2878, 3001, 3414, 3679, 3735, 4207, 4243, 4510, 6713, 7154, 7171, 7446, 7914, 8006
3	3573	20	4262	38	217, 662, 3142, 4641, 5414, 7183, 7299
4	3573, 6178	22	5070, 5266, 5270, 5781	39	1313, 6308
6	121, 748	23	1720	40	1313
7	187, 340, 662, 841, 1255, 4340, 4607, 4949, 5073, 5321, 5365, 5765, 5910, 6120, 6339, 6862, 7006, 7299, 7345, 7394, 8139	24	5719	41	1720, 2342, 4751, 7240
8	998, 1911, 3828, 5462	25	121, 1255, 1296, 1720, 2142, 2370, 2573, 3411, 3480, 3560, 4949, 5321, 5502, 6413, 6735, 7006, 7112, 7383, 7424	42	7345, 7616
9	712, 940, 1435, 3823, 3828, 5130, 5179,	26	976, 1052, 2433, 4340, 4658, 6339, 6560, 7383, 8139	44	187, 463, 748, 1731, 2314, 2342, 2981, 3507, 4109, 4751, 5440, 5712, 5910, 7394, 7606, 7615
10	797	30	7980		
11	1731, 2682	32	545, 2968, 4665		
13	6020	34	3010		
14	1255, 2556	35	469		
16	2314	36	217, 521, 545, 715, 1354,		
17	1255, 2556, 3481				

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
3793, 3913,	47	2142, 5712	5339, 6120,		
4692, 4695,	88	447, 1768,	6212, 6635,		
5765, 6363,		2399, 2981,	6843, 6959,		
6807, 6989,		3022, 5910,	7025, 7325,		
7189, 7250,		7450	7331, 7356,		
7350	49	252, 2572,	7445, 7450,		
387, 642,		2573, 3481,	7522, 7592,		
2142, 2572,		4243, 4658,	7636, 7671,		
3447, 3480,		5440, 5487,	8119		
3481, 3573,		5719, 7112,	53	3600	
4243, 4571,		7424, 7450	55	841, 4450,	
5199, 5262,	50	463, 3480,	5045, 5266,		
5339, 5487,		3481, 4658,	5781, 7063,		
6155, 6707,		7450	7331		
7227, 7424,	51	1602, 3156,	56	1943, 3738,	
7450, 7616,		4254, 4411,	6862, 6962,		
7766, 7983,		4698, 5013,	7063, 7709		
8024		5163, 5304,			

Ueb. über den summarischen Civilproceß für das lomb.-venez. Königreich vom 31. März 1850, R. G. Bl. Nr. 126.

§§.	Nr.
1 lit. c	868
6	868
27	2142
48	2142
51	2142

Ueb. über das Verfahren in possessorio summarissimo vom 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12.

26, 81,	Nr.	1020, 1030,	Nr.	2002, 2005,
106, 139, 206,		1040, 1146,		2029, 2037,
235, 242, 253,		1187, 1503,		2050, 2086,
256, 266, 289,		1523, 1535,		2090, 2107,
300, 495, 505,		1565, 1626,		2124, 2127,
555, 597, 600,		1675, 1723,		2145, 2163,
601, 604, 608,		1771, 1818,		2190, 2204,
642, 644, 686,		1829, 1867,		2217, 2218,
732, 735, 756,		1897, 1905,		2220, 2223,
819, 925, 956,		1914, 1930,		2237, 2251,
969, 985, 990,		1982, 2000,		2257, 2258,

Nr. ... 2267, 2272,
 2282, 2289,
 2301, 2309,
 2326, 2336,
 2341, 2364,
 2372, 2373,
 2449, 2475,
 2478, 2485,
 2499, 2534,
 2542, 2555,
 2557, 2569,
 2683, 2689,
 2709, 2715,
 2722, 2761,
 2778, 2817,
 2862, 2868,
 2886, 2889,
 2892, 2912,
 2913, 2971,
 3030, 3037,
 3038, 3042,
 3044, 3049,
 3072, 3103,
 3112, 3135,
 3252, 3289,
 3295, 3331,
 3383, 3392,
 3406, 3452,
 3462, 3470,
 3514, 3517,
 3527, 3528,
 3536, 3547,
 3561, 3566,
 3582, 3610,
 3618, 3634,
 3656, 3657,
 3689, 3691,
 3699, 3716,
 3729, 3740,
 3755, 3766,
 3834, 3837,
 3871, 3872,
 3873, 3952,
 3991, 4001,
 4003, 4008,

Nr. ... 4034, 4035,
 4053, 4057,
 4100, 4107,
 4113, 4189,
 4192, 4199,
 4203, 4213,
 4249, 4254,
 4280, 4287,
 4293, 4300,
 4317, 4319,
 4331, 4357,
 4375, 4379,
 4415, 4424,
 4443, 4444,
 4448, 4463,
 4468, 4472,
 4483, 4540,
 4691, 4714,
 4721, 4760,
 4769, 4774,
 4788, 4803,
 4806, 4892,
 4906, 4917,
 4918, 4926,
 4933, 4937,
 4968, 4978,
 4981, 4982,
 5055, 5069,
 5094, 5100,
 5163, 5170,
 5219, 5250,
 5252, 5276,
 5282, 5291,
 5292, 5317,
 5379, 5387,
 5388, 5412,
 5430, 5445,
 5491, 5605,
 5646, 5663,
 5701, 5729,
 5761, 5802,
 5811, 5849,
 5861, 5869,
 5876, 5879,
 5898, 5899,

Nr. ... 5933, 5943,
 6002, 6011,
 6054, 6093,
 6094, 6136,
 6152, 6181,
 6187, 6242,
 6300, 6377,
 6382, 6394,
 6435, 6447,
 6465, 6474,
 6486, 6493,
 6530, 6533,
 6539, 6557,
 6576, 6583,
 6586, 6592,
 6603, 6628,
 6630, 6638,
 6647, 6650,
 6662, 6691,
 6701, 6725,
 6726, 6727,
 6728, 6730,
 6731, 6732,
 6761, 6771,
 6773, 6776,
 6790, 6794,
 6842, 6844,
 6877, 6881,
 6901, 6954,
 6970, 6982,
 6998, 7014,
 7040, 7043,
 7098, 7120,
 7137, 7172,
 7189, 7235,
 7240, 7266,
 7271, 7284,
 7305, 7311,
 7320, 7330,
 7356, 7358,
 7387, 7391,
 7395, 7489,
 7539, 7542,
 7554, 7565,
 7594, 7604,

.... 7623, 7631,	Nr. ... 7776, 7789,	Nr. ... 7926, 7927,
7648, 7667,	7795, 7802,	8072, 8109,
7668, 7716,	7820, 7843,	8138, 6162,
7718, 7729,	7874, 7890,	8194, 8216
7740, 7749,	7912, 7918,	

§§ über das Verfahren bei Einbringung von durch Notariatsurkunden bewiesenen Forderungen, v. 21. Mai 1855, N. G. Bl. Nr. 93.

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
.....734, 1297,	21297, 2457,		5013, 5339,
1556, 1646,		2775, 3220,		5410, 7522
1772, 1785,		4173, 5368	7734, 1781,
2319, 2380,	34710, 5528		1907, 2363,
2417, 2447,	4460, 1490,		2773, 2841,
2457, 2792,		1492, 2682,		2907, 3261,
3056, 3201,		3523, 5013,		4736, 5410,
3205, 3259,		5283, 5339,		5781, 5859,
3523, 4112,		5410, 7522		6374, 7584
4173, 4609,	5825, 1490,	8460, 1962,
4712, 5368,		1492, 2380,		2583, 2676,
6140, 6313,		2682, 2826,		2682, 3600,
6577, 6748,		3523, 4712,		5013, 5339,
7140, 7249,		5013, 5339		6807, 6989,
7833	6460, 734.		7325, 7522
		1492, 1962,		

§§ über das Verfahren bei Einbringung der durch öffentliche oder listete Urkunden bewiesenen und der verbücherten Forderungen, vom 18. Juli 1859, N. G. Bl. Nr. 120.

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
....1080, 1297,		5013, 5186,		2826, 2841,
1556, 1646,		5318, 5339,		2977, 3164,
1877, 1932,		5368, 5461,		3523, 4160,
1942, 1964,		5563, 5749,		4712, 5013,
2225, 2319,		6313, 7479,		5283, 5339,
2417, 2447,		7522, 7833,		5461, 7479,
2792, 2907,		8110		7522
3056, 3201,	2	1080, 2792,	4	1907, 2626,
3205, 3220,		5528		2655, 2706,
3869, 3909,	3	1080, 1297,		2841, 2895,
4031, 4173,		1490, 1963,		2907, 2957,
4609, 4712,		2380, 2682,		3164, 3213,
4763, 4883,		2752, 2792,		3261, 3279,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	3384, 3399,		4723, 5089,		4723, 5859,
	3600, 4051,		5859, 6137,		6137, 7157
	4091, 4407.		7157	12	2435, 2655,
	4450, 4539,	6	1297, 2752,		2977, 3129,
	4548, 4565,		2792, 3164,		3279, 3384,
	4723, 4736.		3166, 3384,		3399, 3516,
	4834, 5071,		4539, 4565,		3600, 3631,
	5077, 5089,		4712, 4723,		3980, 4051,
	5133, 5167,		4736, 5461,		4091, 4539,
	5403, 5410,		5859, 7157		4548, 4565,
	5545, 5859,	7	2792, 3384,		4723, 4726,
	5961, 6137,		3644, 3980,		4834, 4970,
	6150, 6159,		4539, 4565,		5071, 5133,
	6299, 6374,		4575, 4723,		5213, 5248,
	6602, 6616,		5859, 5906,		5403, 5545,
	6692, 6861,		6116, 6374,		5779, 5859,
	6875, 6939,		7157		6104, 6137,
	7157, 7285,	8	2957, 3384,		6299, 6602,
	7293, 7439,		3980, 4539,		6616, 6861,
	7584, 7697,		4565, 4723,		6875, 6939,
	7791, 7802,		5859, 7157		6962, 7114,
	8058, 8152	9	1492		7157, 7285,
5	2907, 3164,	10	1492, 3523,		7293, 7439,
	3261, 3279,		5013		7584, 7697,
	3384, 4160,	11	4539, 4565,		7791, 7802,
	4539, 4565,				8152

Gesetz über das Verfahren in Bestandsstreitigkeiten v. 16. November 1858,
R. G. Bl. Nr. 213.

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
1	1848, 2496,	2	1457, 2114,		3243, 7057,
	2696, 3033,		2117, 2790,		7223
	3118, 3322,		3023, 3209,	6	2018, 2117,
	3362, 3459,		3526, 4585,		2788, 3092,
	3767, 3853,		5324, 5502,		3526
	4089, 4126,		5566, 5697,	8	2018, 2479,
	4471, 4536,		5728, 6238,		4719
	4672, 4730,		6537, 6643,	9	6119
	5350, 6020,		7057, 7223,	11	3526, 4936,
	6339, 6931,		7946		5998, 6234,
	7238, 7421,	4	1610, 3209,		7137, 7238,
	7690, 7761,		5858		8152, 8193
	8032	5	1457, 1610,	12	1095, 1295,

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
1983, 3209,	13	6556		4730, 4936,
3362, 3507,	14	2251, 3459,		6517, 8210
3698, 3767,		3767, 4476,	16	6376
4089, 4411,		6556, 6714	17	7495
4875, 6376,	15	1295, 1983,	18	4822
6556, 6590,		2525, 2995,	19	4822, 7141,
6643, 6971,		3142, 3507,		7495
7134, 7331,		3526, 3913,	22	4822
7335, 7761,		4411, 4567,		
8193, 8210				

es, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen über das mündliche, schriftliche und summarische Verfahren in Civilstreitigkeiten, vom 16. Mai 1874, N. G. Bl. Nr. 69.

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
....5634, 7641,	14	5831, 7017,		5639, 5675,
8047		7458		5698, 5736,
....5634, 5935,	15	5947, 6000,		5804, 5813,
6108, 7139,		7458, 7606		5832, 5835,
7413, 7426,	16	6663, 6839,		5841, 5860,
7700, 8195		7503		5947, 5960,
....5680, 5712,	17	5610, 5634,		5974, 5980,
5922, 6293,		5692, 5829,		5995, 6022,
6391		5930, 6023,		6026, 6157,
..... 5798		6033, 6065,		6199, 6206,
....5680, 5798,		6106, 6192,		6219, 6227,
5922, 6448,		6336, 6491,		6229, 6278,
7753		6738, 7253,		6295, 6307,
.... 5652, 5680,		7354, 7616,		6396, 6416,
5698, 5894,		7746, 7762,		6483, 6505,
6211, 6448,		7766, 7772,		6529, 6541,
6767, 7753,		7773, 7807,		6542, 6581,
7775		8038, 8081,		6596, 6607,
....5652, 5894,		8133		6665, 6673,
6177, 6277,	19	5702, 6067,		6685, 6723,
6403, 6448,		7316, 7678,		6773, 6859,
7503, 7535,		7738		6868, 6876,
7753	20	7738, 8063		6911, 6928,
.... 5652, 6391,	22	7316		6939, 6947,
6403, 6487,	23	6517		7034, 7062,
6663	24	5581, 5585,		7065, 7087,
.... 5975, 6400,		5588, 5604,		7089, 7090,
6707		5634, 5637,		7110, 7119,

	Nr.	§§.	Nr.
	5736, 5960,		6541, 6581
	5974, 5995,		6596, 6610
	6071, 6219,		6635, 6649
	6501, 6529,		6820, 6868
	6541, 6542,		6939, 6947
	6581, 6596,		7065, 7087
	6610, 6685,		7110, 7249
	6837, 7036,		7280, 7612
	7065, 7089,		7660, 7723
	7246, 7280,		7746, 7841
	7359, 7474,		7991
	7621, 7660,	27	5581, 5604
	7723, 8192		5634, 5692
26	5604, 5634,		5804, 7841
	5637, 5675,		8133
	5736, 5832,	28	5572, 5610
	5960, 5974,		5634, 5675
	6219, 6278,		5832, 5835
	6505, 6529,		5974, 6067

Gesetz über das Verfahren in Wechseln vom 25. Jänner 1850,
N. G. Bl. Nr. 52.

	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
11	7288	11	2528, 4109	14	4752
12	2772, 3143,	12	1410, 1492,	16	279
	4093, 4350,		1875, 1876,	22	99, 212, 547,
	6968		2370, 2898,		1423, 1544,
8	1558, 2655,		3022, 3137,		1617, 1924,
	2798, 3261,		3524, 3828,		5616
	3322, 4986,		4243, 5765,	26	1410, 2655,
	5215, 5991,		6046, 7259,		3137, 3311,
	6100, 7459		7457, 7710,		2759, 7457
9	1875, 1876		7964		

Gesetz über das Verfahren außer Streitnachen vom 9. August 1854,
N. G. Bl. Nr. 208.

Einf.-Pat.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
Abfah		1	6919, 7348		3630, 3774
5	1113	2	164, 188,		4092, 4206,
Gesetz.			1494, 2192,		4720, 5422,
Art. I	7204		2318, 2806,		5836, 5846,

i.	Rr.	§§.	Rr.	§§.	Rr.
	5994, 5997,		6387, 7011,	92	220, 2104,
	6461, 7352,		8142, 8228		2199, 8082
	7736, 8142,	20	8185	93	4218
	8171, 8178,	21	3548	95	1205, 4218
	8203	22	136, 1511,	97	1656, 5452
7	2806, 3620,		1719, 6781	98	2199
	6294, 6323	23	547, 4614	99	3840
)	1906, 2519,	24	188, 5475	102	2104, 6433
	2541, 2815,	26	220, 2887,	104	1656, 5838,
	3778, 4374,		6604, 7997		6158, 6173
	5500, 6408,	27	3482, 5195	106	8217
	6976	29	2987	108	220
	4374	39	4218	111	2503, 2684,
	1906, 2519,	40	4218		5058
	3308, 4235,	43	2750, 3846	113	6215, 6245
	4374, 5236,	45	3846	114	8082
	5657, 6146,	52	1824	115	1669, 4261
	7310, 7613	61	4025, 6434,	116	1669, 4261
	3449, 4374,		7515, 8093	118	7376, 8178
	4374	62	3084, 6434,	120	1403, 5305,
	4374		7515		7376, 8129
	4374, 5465	63	6434, 7515	121	3020, 3604,
	2318, 3723,	64	6434, 7515		3969, 5152,
	4374, 5107,	65	3327, 4358,		5346, 6008,
	5500, 5657,		4513, 6434,		6083, 7599,
	6253, 6540,		7515		8178
	6926, 6948,	66	1401, 2884,	122	247, 546,
	6949, 7070,		3055, 3327,		1031, 1747,
	7130, 7225,		4513, 7515		2327, 2797,
	7267, 7533,	67	2884, 3055,		2929, 3020,
	7613, 7735,		4513		3035, 3284,
	7805, 7818,	73	3404, 5331,		3702, 3969,
	7854, 7997,		5642		4505, 5152,
	8051, 8054,	75	188, 1669,		6008, 6083,
	8077, 8144,		3494, 3953,		6754, 6841,
	8169, 8178		4261, 7130		7599, 7840,
	4374, 6753	76	8087		8178
	2541, 3272,	77	5385, 6390	123	1031, 3494,
	3912, 4374,	78	5385, 6390,		3848, 3953,
	4396, 7050		8108		5970, 5999,
	1107, 1717,	79	2274, 6390		6528
	3829, 4289,	84	3240, 7117,	124	5999
	4470, 5518,		8128	125	247, 350,
	5629, 6244,				1208, 1747,

§§.	№.	§§.	№.	§§.	№.
	2042, 2214,		2140, 2209,	148	1752
	2327, 3020,		2469, 2848,	149	6822, 6976,
	3284, 3419,		3020, 3661,		8142
	3493, 3846,		3673, 3827,	150	4388
	3848, 3953,		4181, 4233,	151	6012
	4092, 4181,		4625, 5038,	154	2184, 8142
	4233, 4707,		5039, 5074,	157	2274, 2307,
	5039, 5074,		5152, 5226,		6204
	5152, 5226,		5346, 6390,	158	1530, 4701,
	5232, 5346,		6538, 7735,		6208
	6266, 6538,		7769, 8093	159	1530, 2028,
	6604, 6754,	128	1403, 1747,		2030, 5836,
	6880, 7599,		2192, 3780,		6204, 8128
	7660, 7735,		5305, 6754,	160	1253, 6204,
	8027, 8082,		7376, 8108,		7402
	8093		8178	161	879, 1253,
126	247, 306,	129	7376, 8108,		2269, 2307,
	350, 979,		8129		2743, 3093,
	1208, 1663,	130	8008, 8178		5074, 5376,
	1747, 1838,	131	6180		6204
	1883, 1895,	133	3404	162	3493, 7402
	2042, 2214,	135	3404	163	7352
	2440, 3327,	136	3786, 4388	164	2274, 2307
	3333, 3419,	137	3482, 4614,	166	1236
	3433, 3460,		5629	167	6335
	3493, 3521,	138	547, 3482,	168	5891
	3571, 3783,		4614, 5629,	174	3620, 4101,
	3812, 3848,		7597		4601, 4972,
	4092, 4186,	139	5629, 7597		5343, 6429,
	4233, 4282,	140	188		6822, 7198,
	4707, 5031,	143	1211		7388, 8217
	5074, 5152,	145	1211, 1236,	175	2763, 3693
	5190, 5232,		1253, 1752,	176	7402
	5589, 5795,		2454, 2858,	177	1236, 2610,
	5895, 5970,		3673, 4630,		3162, 3417,
	6266, 6405,		4972, 5038,		3879, 4346,
	6538, 6753,		5195, 5226,		5591, 6255,
	6754, 6880,		6320, 6390,		6948, 6949,
	7117, 7569,		6412, 6512,		7142, 7155
	7599, 7769,		7225, 7735,	178	1000, 1236,
	7840, 8027,		7986, 8093		1253, 3417,
	8082, 8184	146	1236, 1752		3879, 3966,
127	1001, 1401,	147	1236, 1752,		4346, 5576,
	1434, 1999,		5195		

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
6252, 6948,	190	7402	226	2887, 4747
6949	193	1824, 5097,	228	7874
... 3702, 3879,		6180	229	6253, 7874
5343, 5591.	194	4899, 5097,	231	7533
6018, 6822		5608, 6180,	267	1205, 2023
... 3521, 3879,		7533, 7854	272	4374
4358, 6434,	199	7402	275	7689
6538, 7515	201	5891	276	7689
Hauptstück ... 881	202	509	277	5673, 7689,
Nr.	207	5891		8005
... 5535, 7099	208	1824, 3912	281	5676, 6006,
7916	216	7050		6865, 7204,
... 682, 1139,	217	5422, 7050		8043
... 361, 866,	219	5535	285	6358
8061	224	5705, 7533		

Geschäftsordnung vom 3. Mai 1853, R. G. Bl. Nr. 81.

Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
6012	149	5195	200	2536, 6169
... 1824, 2959,	150	6624	219	4943
6764	156	4584	238	3693, 5149,
8156	172	2858, 4600		6865
5222	185	752	239	5676
4960	188	3163, 4584	246	1016
3607	192	5465, 6310	247	2234, 2317,
6822	193	4860, 5048		2818, 3163

Advocatenordnung v. 6. Juli 1868, R. G. Bl. Nr. 96.

II Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
... 3408,				
4075, 4741,	14	8031		5462, 5750,
5169, 5750,	15	5159, 7973		6168, 6353,
6168, 6353,	16	3349, 3407,		6568, 6711,
6711, 7100,		3429, 3467,		7088, 7100,
7848, 8121		3474, 3496,		7609, 7848
Nr.		3497, 3506,	17	3407, 3408,
... 3330		3534, 3828,		3429, 3496,
... 4145, 4773		3941, 4027,		3497, 3506,
... 6396, 7738,		4075, 4310,		3590, 3747,
7848		4320, 4454		3772, 3796,
... 5319, 7783		4741, 4817,		4180, 4310,
... 7713		5169, 5235,		4348, 4495,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
	5008, 5101,		6247, 6366,		4741, 5235,
	5238, 5378,		6568		6168, 6353,
	6589, 7364,	19	3408, 3503,		8031
	8048		3590, 6393,	29	3330
18	4151, 4577,		6482, 7378	32	7848
	4865, 5118,	21	3330	33	7848
		28	4027, 4075,	35	3330

Notariatsordnung v. 25. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 75.

Einf. Gesetz.		§§.	Nr.	§§.	Nr.	
Art. II	Nr. . . .	4573,	4	4255, 5548,	55	4815, 5845
		6232, 6280,		6940	57	5845, 6699
		8098	5	4255, 5179	68	5756, 6262,
Not.-Ordnung.			15	6012		6676, 6940,
§§.	Nr.		22	4575		7694
1	4255, 6940		23	4575	70	6699, 7694
2	4255		24	4575	71	7694
3	4255, 5140,		25	4255, 5738	72	7694
	5501, 5548,		28	4255, 5738	73	7694
	5677, 5742,		29	4255, 5738	74	7694
	6262, 6264,		30	4255, 5738	75	7694
	6292, 6348,		34	4563, 4654,	76	6358
	6577, 6745,			4815, 7508	79	5845
	6807, 6808,		36	4563, 4654,	83	5297
	6843, 6895,			4815	176	6245
	6926, 6940,		37	6012	180	4267
	6989, 7000,		40	5179	181	6916
	7042, 7121,		52	4563, 4654,	185	6274
	7160, 7471,			4815, 6676,	186	6274
	7534, 7553,			7508		
	7815, 7878,		53	4563, 4654,	Not.-Tarif.	
	7961, 8084,			4815	§§.	Nr.
	8088, 8158,		54	4563, 4654,	8	4573, 7012
	8166			4815	15	6232

Jurisdictionsnorm für Ungarn v. 16. Februar 1853, R. G. Bl. Nr. 30.

§. 42	Nr. 922
§. 46	Nr. 937
§. 48	Nr. 922
§. 50	Nr. 922

Jurisdictionsnorm für Siebenbürgen v. 3. Juli 1853, R. G. Bl. Nr. 129.

§. 54 Nr. 1198

Provisorische Civilproceßordnung für Ungarn.

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
2	234, 262	241	114	447	1513
4	234	242	114, 219, 1131	537	4291
6	2348	259	114	544	1396
11	234	262	1879	550	405, 5704
15	375, 1181	264	45	558	1051
25	1164	268	1131	560	258
47	286, 375	270	1151	564	1961, 2354
66	405	280	114	580	1904, 5118
117	132	339	405	603	2541
118	1188	353	975	604	2541
122	211	367	904	605	2541
127	228	378	4971	606	2541
145	553	397	2321	607	2541
156	4118	407	1121	608	2541
235	1151	408	1121	Einf.-Bdg.	
238	190	438	621	Art. VIII.	4678

Provisorische Concurßordnung für Ungarn.

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
1	462	76	913	113	37
27	462	86	913	114	87
64	54	87	913	182	54
66	1125	88	913	185	198
68	1045	90	913	407	5435
70	913	111	765	408	5435
72	913	112	87	409	5435

Civilproceßordnung für das Königreich Italien vom 17. Juni 1806.

Art. 1012 Nr. 691

Erneuerte Landesordnung des Königreichs Böhmen vom 10. Mai 1627.

D. 40 Nr. 1194
D. 46 Nr. 1194

Tiroler Landesordnung vom 19. September 1602.

Buch II, Tit. 51	Nr. 6803
Buch III, Tit. 54	Nr. 6803
Buch V, Tit. 11	Nr. 1694

Artikel des ungar. Reichstages.

Reichstag von 1715, Art. 20	Nr. 1969, 2574, 2603
Reichstag von 1792, Art. 17	Nr. 1969
Reichstag von 1840, Art. 16, §. 57..	Nr. 221
Reichstag von 1840, Art. 22.....	Nr. 2574, 2603, 6398
Reichstag von 1868, Art. 53.....	Nr. 6471
Reichstag von 1868, Art. 54, §. 36..	Nr. 6867
Reichstag von 1876, Art. 31	Nr. 7858

Beschlüsse der Index-Curial-Conferenz vom Jahre 1861.

Einl.	Nr. 2574, 2603
Art. 30	Nr. 1969
Art. 31	Nr. 1969
IV. Abschnitt, §. 1	Nr. 6398

Civilproceßordnung des Deutschen Reichs.

§. 660	Nr. 8071
§. 661	Nr. 8057

Bürgerliches Gesetzbuch für das Königreich Sachsen.

§. 770	Nr. 3904
§. 783	Nr. 3904
§. 785	Nr. 3904
§. 1967	Nr. 7267

Allgemeines Landrecht (Preußen). II. Theil, 1. Titel.

§. 39	Nr. 6867
-------------	----------

Eherechtsgesetz vom 9. Mai 1874 (Preußen).

§. 56	Nr. 6867
-------------	----------

Strafgesetz vom 27. Mai 1852.

Einf.-Pat.		§§.	Nr.	§§.	Nr.
Nr.	Nr.	241	2829	477	7519
6	743	273	7266	485	2829
		316	3197	486	1944, 2398,
Geſetz.		335	1690, 1726,		2915
§§.	Nr.		4335, 4911,	491	4659
2	5973		5210, 5363	496	2653, 2935,
27	3958	237	5973		4446, 4659,
132	773	341	1726, 4335		7756
183	3019, 6804,	359	3804	506	25, 680, 773,
	7323	391	2189		846, 6977,
197	6520	391	2189		8053
199	6520, 6585	411	3638, 5157,	522	3995
214	149		5682, 6680,		
240	2829		7556, 7768		

Strafproceßordnung vom 23. Mai 1873.

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
5	7289	366	7571		6299, 6308,
86	8165	368	4090		7114, 7941
151	6012	371	4302, 6882,	381	5481
270	7335		7289	389	3992, 4154
300	6520	373	4631, 4693,	390	5481
351	7704			392	4154

Preßgesetz vom 17. December 1862, R. G. Bl. 1863, Nr. 6.

§. 14	Nr. 7262
§. 15	Nr. 7262

Strafproceßordnung vom 29. Juli 1853.

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
113	3577	332 lit. d	589, 3638,	352	791
132	2521		5481	354	791, 4090
214	2045	341	3992, 4154	355	1872, 1673
236	5377	342	5481	356	1673
237	5377	344	4154	357	1673
283	5815	346	2045	358	1673
292	3662	347	2252	359	3237
319	2393	349	2252	360	3237

§§.	Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
361 ...	1203, 3237, 4302, 5377	362 ...	1690, 3143, 3237	364 ...	2305, 3627
		363 ...	4631, 4693	392	1698
				431 ...	2838, 3237

Zoll- und Staatsmonopolordnung.

§. 71	Nr. 8221
§. 77	Nr. 8221
§. 219	Nr. 8221

Strafgesetz über Gefäßübertretungen.

§. 567	Nr. 6409
--------------	----------

Militärstrafgesetz vom 15. Jänner 1855, R. G. Bl. Nr. 19.

Einführungsgesetz.	Art. III	Nr. 7617
	Art. IV	Nr. 7617

Strafgesetz vom 3. September 1803.

II. Theil, §. 398	Nr. 961
-------------------------	---------

Einzelne Gesetze.

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1553 Bergordn. für die n.ö. Lande v. 1. Mai Cod. Austr. I. Th. S. 162		1679 Kaiserl. Verordnung v. 20. März.....	488
	91, 488	1710 Hofrescript v. 14. No- vember.....	452
1575 Krainerische Bergord- nung v. 23. Februar	488	1750 Patent v. 30. Mai (Stola-Tagordnung) Samml. der Verord- nungen v. 1740 bis	
1580 Bergordg. für Triest	91	1780 I. Bd. Nr. 98.	1802
1586 Gesetz des Senats der Republik Venedig v. 7. October.....	1946	1750 Hofrescript v. 18. Aug.	452
1660 Mandat für den Ram- mergutsbezirk Triest v. 10. April.....	488	1751 Bdg. v. 24. Sept...	1194
1674 Verordg. v. 2. Oct. Cod. Austr. I. Theil S. 336	78	1753 Patent vom 2. Juni Suppl. Cod. Austr. V. Thl. S. 767	1353, 8062
		— Sept. 21. Staats- vertrag mit Baiern	5510

r	Nr.	Jahr	Nr.
3	Judenordnung vom 22. Sept. Suppl. Cod. Austr. V. Th. C. 802	833	1782 April 9. J. G. C. Nr. 41 (Verfahren in Handelsstreitigkei- ten) 7947
4	Militärjustiznorm v. 25. Juni	367	— Juni 20. J. G. C., Nr. 54 871
8	N. b. Landtafelpatent v. 24. Nov. Suppl. Cod. Austr. V. Thl. C. 1282	258	— Juni 20. J. G. C. Nr. 55 949, 6968
12	Juni 15. Cod. Austr. VI. Thl. C. 302 ..	5510	— Juli 1. J. G. C. Nr. 61 5009
13	Berordn. v. 22. Jän. Suppl. Cod. Austr. VI. Thl. C. 371 ..	78	— Aug. 15. J. G. C. Nr. 70 7756
16	Hofkanzlei-Berordn. v. 27. Jänner a. d. Landeshauptmann- schaft in Krain	91	— Sept. 30. J. G. C. Nr. 87 1526
.	N. b. Entschl. vom 22. Februar	91	— Oct. 18. J. G. C. Nr. 93 323
17	Steierische Waldbordg. vom 26. Juni	91, 488	— Nov. 22. J. G. C. Nr. 102 973
1	März 21	5094	— Dec. 6. J. G. C. Nr. 105 4145, 4773, 5847
-	Waldbordn. für Krain v. 13. Nov.	91, 488	— Dec. 23. J. G. C. Nr. 109 420, 4122
9	Hofdecr. v. 5. Nov.	640	1783 Jänner 15. Politische G. C. Josef II. 3. Bd. Nr. 31 1353, 8062
10	Landtafelpatent für Galizien v. 4. März Biller'sche Sammlung Nr. 2	1458, 2650	— Mai 28. J. G. C. Nr. 139 1473, 4570, 6698, 7335
1	Jän. 26. J. G. C. Nr. 4	620, 6640	— August 25. J. G. C. Nr. 179 779, 1277, 3094, 3802, 4279, 4391, 4651, 4935, 8116
.	Nov. 1. J. G. C. Nr. 28	6393	— Oct. 6. J. G. C. Nr. 197 551, 814, 1016, 1473, 1526, 2760, 2835, 2881, 3434, 4930, 5174, 7011, 7173, 7779
2	Febr. 1. J. G. C. Nr. 33	5009	— Nov. 24. J. G. C. Nr. 213 571, 7564
.	April 5. J. G. C. Nr. 40	438, 936, 1057, 6891	1784 Jän. 19. J. G. C. Nr. 197 3434
	April 9. J. G. C. Nr. 41	1224, 1636, 3311, 4276, 4635, 5464, 5634, 7118	— Jän. 19. J. G. C. Nr. 228 3863, 3994,

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
	4959, 5033, 5433, 7278, 7896		862, 1277, 1452, 1463, 1526, 1772, 2348, 2981, 3258, 3489, 4122, 4939, 5170, 5538, 5974, 5976, 6153, 7173, 7315,
1784	Febr. 13. 3. G. G.		
	Nr. 242 4935	1784	Sept. 11. 3. G. G.
—	Febr. 20. Politische G. G. Josef II. 4. Bd.		Nr. 336 303, 411, 888, 1224, 1880, 2261, 2573, 4821, 5413, 5508, 5880, 6190, 6700, 7213, 8063, 8095
	Nr. 113 1298, 2729		
—	Febr. 20. 3. G. G.		
	Nr. 799 8185		
—	Febr. 27. 3. G. G.		
	Nr. 249 ... 3581, 3612, 4374		
—	März 15. 3. G. G.	—	Sept. 27. 3. G. G.
	Nr. 262 3959, 6975		Nr. 341 2767, 3554, 4537, 5804
—	März 22. 3. G. G.		
	Nr. 266 3472, 5847	—	Oct. 4. 3. G. G.
—	April 15. 3. G. G.		Nr. 347 1388
	Nr. 275 6852	—	Nov. 8. 3. G. G.
—	April 18. 3. G. G.		Nr. 361 ... 1368, 1452, 1463
	Nr. 279 3014		
—	Mai 10. 3. G. G.	—	Nov. 19. 3. G. G.
	Nr. 285 654, 1213, 1644, 4130		Nr. 367 ... 1099, 3687, 4400
—	Mai 10. 3. G. G.	1785	Jän. 13. 3. G. G.
	Nr. 286 7268		Nr. 382 6058
—	Juni 14. 3. G. G.	—	Febr. 1. Prop. G. G.
	Nr. 306 627, 1149, 1277, 1281, 1349, 1526, 1772, 2774, 3097, 3173, 3354, 3489, 3588, 3644, 4119, 4555, 4900, 5316, 5752, 5974, 6001, 6175, 6332, 6375, 6449, 7268		Josef II. 8. Band G. 637 1745
—	Juli 5. 3. G. G.	—	Febr. 10. 3. G. G.
	Nr. 313 3773, 7683		Nr. 387 .. 303, 729, 3251, 5706, 6965, 7307, 7389, 8111
—	Juli 15. 3. G. G.	—	April 7. 3. G. G.
	Nr. 316 7173		Nr. 405 2749, 4443, 6839, 7263
—	Juli 15. 3. G. G.	—	April 8. 3. G. G.
	Nr. 317 63, 119, 790, 1543, 2062, 3270, 3287 4007, 5130, 6032, 6270, 6410, 7286, 7656		Nr. 406 420, 1016, 1526
—	Sept. 11. 3. G. G.	—	April 18. 3. G. G.
	Nr. 335 812, 833,		Nr. 409 1364, 2435, 2977, 3129, 3516, 4051, 4394, 4565, 4726, 5133, 5859, 6104, 6299, 6374

	Nr.	Jahr	Nr.
15 April 20. Prop. G. G.			4643, 5174, 5350, 5391,
Josef II. 8. Band			5702, 6069, 6284, 6649,
G. 61	620		7011, 7598
April 23.	8062	1785	Nov. 14. J. G. G.
Mai 4. J. G. G.			Nr. 495 779, 1777,
Nr. 420 . . . 1277, 2219,			3094, 3802, 4279, 4391,
2365, 2827, 3228			4651, 5658, 5873, 7183,
Mai 6.	3014		8116, 8213
Mai 9. J. G. G.		—	Nov. 24. J. G. G.
Nr. 422	6852		Nr. 497 5471
Mai 9. J. G. G.		—	Dec. 12. J. G. G.
Nr. 426 . . . 98, 584, 619,			Nr. 502 250, 440
710, 2424, 3108, 4098,		—	Dec. 29. J. G. G.
4935			Nr. 509 1190, 1191,
Mai 13. J. G. G.			1773, 4256, 4381, 5176
Nr. 431	736	1786	Jän. 13. J. G. G.
Juli 30. J. G. G.			Nr. 515 1032, 2380,
Nr. 448	2766		3007, 3658
Sept. 9. J. G. G.		—	Jän. 16. J. G. G.
Nr. 464	2446		Nr. 516 2083, 2439,
Sept. 23. J. G. G.			3090, 4245, 7935
Nr. 469	466	—	Jän. 16. J. G. G.
Sept. 30. J. G. G.			Nr. 518 2911, 3063,
Nr. 473	7268		3129, 5314, 5484
Sept. 30. J. G. G.		—	Febr. 28. Pol. G. G.
Nr. 475 3882, 4390,			Josef II. 6. Band
5784, 5976, 7183, 7487			Nr. 140 345, 5745,
Oct. 6. J. G. G.			6021
Nr. 477 . . . 179, 229, 975,		—	April 21. J. G. G.
1104, 2842, 3311, 3859,			Nr. 542 4342
4481, 4841, 5209, 5709,			April 29. Nr 11
5784, 6756, 6966, 7664			(Hofkriegsrechtsver-
Oct. 31. J. G. G.			ordnung) 5444
Nr. 489 . . . 252, 341, 352,		—	Mai 19. J. G. G.
420, 437, 442, 704, 888,			Nr. 550 437, 466,
1016, 1137, 1243, 1277,			1016, 4122
1397, 1524, 1913, 2205,		—	Juli 15. J. G. G.
2233, 2234, 2317, 2343,			Nr. 565 1553
2640, 2760, 2774, 2835,		—	Sept. 18. J. G. G.
2881, 2982, 3125, 3174,			Nr. 577 645, 665,
3207, 3364, 3489, 3593,			1628, 1973, 2047, 2243,
3715, 3785, 3882, 3930,			2268, 2586, 2673, 2875,
4083, 4122, 4243, 4265,			2916, 3090, 3189, 3589,
4366, 4522, 4584, 4603,			3685, 3754, 3771, 3844,

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
	3920, 4382, 4383, 4394, 4450, 4970, 5033, 5036, 5071, 5089, 5113, 5323, 5393, 5577, 6409, 6918, 7139		7383, 7409, 7428, 7600, 7614, 7905, 7985, 8176, 8181, 8205
1786	Dec. 6. 3. G. G.	1787	Jän. 15. 3. G. G.
	Nr. 600..... 7988		Nr. 623... 1436, 3882, 4935
—	Dec. 18. 3. G. G.	—	Febr. 16. 3. G. G.
	Nr. 603 744	—	Nr. 629 6488
1787	Jän. 15. 3. G. G.	—	März 1. 3. G. G.
	Nr. 619.... 2152, 3715, 6469, 6483		Nr. 636.... 42, 53, 104, 630, 920, 2300, 4779, 4997, 5123, 7107, 7544, 7608, 8020
—	Jän. 15. 3. G. G.	—	März 5. 3. G. G.
	Nr. 620 333, 761, 823, 888, 980, 1010, 1224, 1741, 2407, 2526, 2594, 3102, 3434, 3843, 4076, 4288, 4292, 4374, 4633, 4708, 4894, 5129, 5162, 6619, 6700, 7024, 7335, 7606, 7635, 8202	—	Nr. 641 348, 374, 713, 2277, 6813, 7945
—	Jän. 15. 3. G. G.	—	März 8. 3. G. G.
	Nr. 621... 9, 187, 341, 375, 420, 466, 488, 602, 627, 761, 806, 870, 888, 914, 958, 981, 1024, 1032, 1117, 1181, 1241, 1298, 1345, 1349, 1422, 1487, 1620, 1622, 1730, 1748, 1853, 1875, 1876, 1963, 2118, 2197, 2297, 2451, 2561, 2785, 2823, 2865, 3022, 3123, 3190, 3235, 3238, 3239, 3286, 3299, 3300, 3318, 3345, 3402, 3503, 3546, 3555, 3578, 3614, 3900, 4019, 4022, 4175, 4184, 4220, 4350, 4381, 4589, 4894, 4895, 4957, 4963, 5172, 5256, 5290, 5538, 5622, 5719, 5804, 5809, 5909, 6543, 6619, 6623, 6990, 7005, 7024, 7165, 7317,	—	Nr. 649 7506
		—	April 3. 3. G. G.
			Nr. 658 ... 2782, 3646, 6125
		—	April 12. 3. G. G.
			Nr. 661 6488
		—	Juli 16. 3. G. G.
			Nr. 696 3516
		—	Juli 17. 3. G. G.
			Nr. 697 ... 1758, 2814, 3248, 5901, 6047, 6983
		—	Sept. 13. 3. G. G.
			Nr. 719 ... 1844, 2843, 3922, 4576, 6399, 6685
		—	Oct. 16. 3. G. G.
			Nr. 733 2729
		—	Oct. 30. 3. G. G.
			Nr. 911 4641
		—	Nov. 12. 3. G. G.
			Nr. 745... 54, 518, 744, 1216, 1358, 4484, 5299
		—	Dec. 10. 4786
		1788	Jän. 28. 3. G. G.
			Nr. 774... 2470, 6700
		—	Febr. 14. 3. G. G.
			Nr. 782 1070, 7618

	Nr.	Seite	Nr.	
18 Febr. 27. Pol. G. G.		1789	Mai 7. (Judenord-	
„ Sept. 11. 8. Band			nung) Piller'sche G.	
Nr. 187	1173		G. Nr. 44	1686
„ März 14. 3. G. G.		—	Mai 26. Piller'sche	
Nr. 796	3063		G. G. Nr. 51	3014
„ April 8. 3. G. G.		—	Juni 4. 3. G. G.	
Nr. 805	1797		Nr. 1015	1676, 2441,
„ April 10. 3. G. G.			3358, 3723, 4693, 5089,	
Nr. 807	3646		5400, 5687, 6392, 6541,	
„ April 14. 3. G. G.			6819, 7119, 7193, 7487,	
Nr. 810	5212		7872, 8033	
„ Mai 16. 3. G. G.		—	Juni 22. 3. G. G.	
Nr. 829	5814		Nr. 1024	4890, 6988
„ Juni 16. 3. G. G.		—	Juni 22. 3. G. G.	
Nr. 844	516, 7308,		Nr. 1026	6582
	7824, 8084		„ Juni 25. 3. G. G.	
„ Juli 22. 3. G. G.			Nr. 1026	1303, 1691,
Nr. 860	1798		2197, 2209, 4041, 4868,	
„ Oct. 30. 3. G. G.			5840	
Nr. 911	429, 625,		„ Juli 13. 3. G. G.	
892, 2125, 2934, 3122,		—	Nr. 1033	681, 6615
5718, 6491, 7292, 7338,		—	„ Juli 23. 3. G. G.	
7449, 8117			Nr. 1038	625, 662,
„ Dec. 1. 3. G. G.			5870, 5974	
Nr. 925	4279		„ August 6. 3. G. G.	
„ Dec. 10.	3649		Nr. 1041	5634
9 Jan. 15. 3. G. G.		—	„ Sept. 7. 3. G. G.	
Nr. 954	1858, 2930,		Nr. 1047	1042
	4177, 6836, 7461		„ Oct. 6. 3. G. G.	
„ Febr. 10. Piller'sche			Nr. 1055	2607
G. G. Nr. 19	3014		„ Oct. 20. 3. G. G.	
„ Febr. 26. 3. G. G.			Nr. 1059	1348
Nr. 977	4772, 5033,		„ Nov. 3. 3. G. G.	
	5323		Nr. 1069	8095
„ März 6. 3. G. G.		—	„ Nov. 9. 3. G. G.	
Nr. 984	6176		Nr. 1073	6115
„ März 12. 3. G. G.		—	„ Nov. 30. 3. G. G.	
Nr. 986	1274, 8248,		Nr. 1081	289, 862,
	1089			7837
„ April 6. 3. G. G.		1790	Jan. 19. 3. G. G.	
Nr. 997	11302		Nr. 1094	3648, 3821
„ April 11. 3. G. G.			6037, 6836, 7215, 8108	
Nr. 1008	3773, 7683		„ Februar 18.	4586
„ April 25.	3629, 4780		„ Februar 25.	1353, 8062

Jahr	Nr.
1790 April 9. 3. G. G.	
Nr. 12	864
— April 15. 3. G. G.	
Nr. 14	102, 1589, 1772, 2774, 3007, 5079
— Mai 18. 3. G. G.	
Nr. 23	592, 616, 1955, 2323, 3567, 4151, 4577, 4865, 5118, 6247, 8108
— Juni 24. 3. G. G.	
Nr. 30	1042
— Juli 1. 3. G. G.	
Nr. 31	172, 179, 229, 779, 975, 1104, 1315, 1360, 1524, 1672, 1765, 1777, 2014, 2306, 2640, 2842, 2882, 2934, 3094, 3106, 3125, 3174, 3403, 3465, 3597, 3859, 4434, 4443, 4522, 4651, 4841, 5471, 5572, 5675, 5712, 5784, 5835, 5873, 5974, 6136, 6416, 6685, 6753, 6756, 6763, 6766, 6839, 6928, 7110, 7281, 7359, 7664, 7798, 7991
— Oct. 12. 3. G. G.	
Nr.	63, 96, 574, 576, 2618, 2958, 3930, 3932, 5571, 5986, 6156, 6792, 7500
— Oct. 12. 3. G. G.	
Nr. 65	438, 1011, 5852
— Oct. 29. 3. G. G.	
Nr. 72	331, 986
— Dec. 27. 3. G. G.	
Nr. 99	1358
1791 März 8. 3. G. G.	
Nr. 123	2857, 6012
— April 5. 3. G. G.	
Nr. 134	2130, 3358, 3445, 5089

Jahr	Nr.
1791 April 5. 3. G. G.	
Nr. 135	698, 3525
— Mai 26. G. G. Leo-	
pold II. 2. Bd. I. Ehl.	
Nr. 73	1985
— Juni 27. 3. G. G.	
Nr. 170	3669
— Sept. 29. 3. G. G.	
Nr. 205	1399
— Nov. 4. 3. G. G.	
Nr. 216	778
— Dec. 16. 3. G. G.	
Nr. 227	480, 4385, 5651
— Dec. 28. 3. G. G.	
Nr. 234	3190
1792 Febr. 16. 3. G. G.	
Nr. 253	2996
— Febr. 17. 3. G. G.	
Nr. 225	3483
— März 3.	3592
— März 12. 3. G. G.	
Nr. 5	4960, 5696
— April 20. 3. G. G.	
Nr. 10	7286
— April 20.	7048
— April 26. 3. G. G.	
Nr. 10	1543, 2062, 3078, 4007, 4620, 5130, 5273, 6032, 6064
— Mai 18. 3. G. G.	
Nr. 16	2179, 3299, 5428, 5704, 7377, 7763, 8057, 8179
— Juni 4. 3. G. G.	
Nr. 22	1418
— Juli 9	6400, 7231
— Juli 19. 3. G. G.	
Nr. 33	3150
— Juli 27. 3. G. G.	
Nr. 36	654, 1181, 1213, 1677, 2529, 2675, 3471, 4949, 5136, 5321, 5365, 6339, 7383

r	Nr.
12	August 2. J. G. G.
	Nr. 38.....1969, 2474
-	August 31. J. G. G.
	Nr. 431057, 2006,
	2323, 2330, 2725, 3484,
	3760, 4441, 6072, 6145,
	6646, 6750, 6922, 6711
-	Sept. 21. J. G. G.
	Nr. 483685, 6888
-	Mietordnung f. Lem-
	berg v. 21. September
	(Siehe J. G. G. Bd.
	von 1812 bis 1817
	Nr. 1024)..... 185
-	Sept. 27. J. G. G.
	Nr. 53.....352, 1524,
	1646, 2233, 3125, 3420,
	4522, 5820, 6183, 6809,
	7991
-	Sept. 27. J. G. G.
	Nr. 54..... 1117
-	Sept. 27. Krop. G.
	G. G. 700...3897, 4995,
	5488, 7248, 7294, 7705
-	Oct. 5. J. G. G.
	Nr. 57 4478
-	Oct. 18. J. G. G.
	Nr. 62..... 4176
-	Oct. 19. J. G. G.
	Nr. 63 657
-	Oct. 23. J. G. G.
	Nr. 65..... 5438
-	Dec. 27. Kropatsch.
	G. G. G. 700... 5459
193	März 27. J. G. G.
	Nr. 95377, 4738,
	7586
-	Strafnormale d. Hof-
	ammer für Münz- u.
	Bergwesen v. 1. Juni
	Nr. 5061 f. den Kam-
	mergutsbezirk Idria 91
-	Juni 13. Krop. G. G.

Jahr	Nr.
	Franz II. 2. Band.
	G. 451 4342
1793	Juli 7. J. G. G.
	Nr. 110 5066
—	Aug. 19. Nr. 13020
	Krop. G. G. Franz II.
	3. Band. G. 169... 5722
—	Aug. 23. J. G. G.
	Nr. 118 303, 729
—	Sept. 16. Krop. G.
	G. Franz II. 3. Bd.
	G. 233 2197
—	Oct. 21. J. G. G.
	Nr. 130 3986
—	Oct. 21. J. G. G.
	Nr. 131 7060, 7169
1794	Jän. 13. J. G. G.
	Nr. 145....4367, 4980
—	März 20. J. G. G.
	Nr. 164195, 249,
	871, 1595, 2222, 5427,
	6896
—	März 20. J. G. G.
	Nr. 165 2468
—	April 22. J. G. G.
	Nr. 171134, 153,
	168, 195, 339, 439, 943,
	1166, 1254, 1582, 1687,
	1707, 1783, 1816, 2082,
	2231, 2275, 2648, 2692,
	3816, 3966, 4048, 4102,
	5308, 7433
—	Juli 3. J. G. G.
	Nr. 182..... 797
—	Juli 4. J. G. G.
	Nr. 183 ...1057, 2006,
	2328, 3421, 3484, 3760,
	4006, 5672, 6775, 6922,
	7068, 7611
—	Sept. 11. J. G. G.
	Nr. 193 ...2599, 3471,
	4194, 4963, 5302, 6560,
	7638
—	Sept. 29. J. G. G.

1794	Mr. 195 ... 1029, 1095, 1758, 2501, 3248, 3956, 6047, 6983, 7904	Mr.	1795	Mr. 234 ... 1844, 2843, 5922, 6686	Mr.
—	Oct. 2. 3. 4. 5.		—	June 18. 3. 4. 5.	
—	Mr. 196 ... 3431, 4991		—	Mr. 236 ... 1277	
—	Oct. 17. 3. 4. 5.		—	June 25. 3. 4. 5.	
—	Mr. 198 ... 1144		—	Mr. 237 ... 753, 1353	
—	Oct. 23. 3. 4. 5.		—	June 30. 3. 4. 5.	
—	Mr. 199 ... 602, 870, 1051, 1241, 2595, 2650, 3318, 6543, 6990, 7016, 7600, 7614, 7822, 8167		—	Mr. 238 ... 5370	
—	Nov. 22. 3. 4. 5.		—	July 3. 3. 4. 5.	
—	Mr. 171 ... 5075		—	Mr. 240 ... 399, 1594	
—	Dec. 15. 3. 4. 5.		—	Patent in 18. August 3637	
—	Mr. 207 ... 657, 3885, 3954, 6782, 6878		—	Sept. 11. 3. 4. 5.	
1795	Jan. 8. 3. 4. 5.		—	Mr. 253 ... 8772, 7683	
—	Mr. 212 ... 3933		—	Sept. 17. 3. 4. 5.	
—	Jan. 8. 3. 4. 5.		—	Mr. 256 ... 7572, 7830	
—	Mr. 213 ... 2577, 2654		—	Nov. 30. 3. 4. 5.	
—	Febr. 18. 3. 4. 5.		—	Mr. 262 ... 30, 359, 580, 1284, 1293, 1399	
—	Mr. 217 ... 820, 864, 851, 1099, 1153, 1646, 2446, 4930, 6448, 6698, 7173, 7423, 7684, 8089		1796	Jan. 11. 3. 4. 5.	
—	Mar. 5. 3. 4. 5.		—	Mr. 276 ... 359	
—	Mr. 222 ... 68, 119, 1780, 848, 1274, 2062, 3172, 3203, 3207, 3901, 4082, 4620, 4924, 5130, 5159, 5951, 6082, 6058, 6270, 6410, 6884, 7128, 7226, 7656		—	Mar. 7. 3. 4. 5.	
—	Mar. 21. 3. 4. 5.		—	Mr. 284 ... 6688	
—	Apr. 26. 3. 4. 5.		—	April 8. 3. 4. 5.	
—	Mr. 230 ... 3966		—	Mr. 289 ... 591, 2393	
—	June 5. 3. 4. 5.		—	May 17. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 298 ... 7600, 8173	
			—	Sept. 13. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 312 ... 3356, 5433, 7896	
			—	Sept. 16. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 309 ... 413	
			—	Sept. 23. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 312 ... 7278	
			—	Oct. 17. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 384 ... 4991, 5184	
			—	Oct. 21. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 316 ... 2163	
			—	Oct. 31. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 316 ... 4157	
			—	Nov. 18. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 324 ... 245, 2489, 2641, 3996	
			1797	June 20. 3. 4. 5.	
			—	Mr. 353 ... 7641	

Nr.	Nr.	Nr.	Nr.
17	Jul 21. 3. 6. 6.	1799	März 2. 3. 6. 6.
	Nr. 360 355, 1122,		Nr. 459 2749, 4133,
	1424, 2153, 2690, 2692,		4443, 5176, 5354, 7263
	4394		März 29. 3. 6. 6.
	Jul 28. 2650		Nr. 464 4912
	Sept. 21. 6. 6.		April 5. 3. 6. 6.
	Nr. 32299 3014		Nr. 465 4912
	Oct. 17. 3. 6. 6.		April 19. 3. 6. 6.
	Nr. 384 3437, 3659,		Nr. 467 2468, 3063,
	5354		3129, 5314
	Oct. 27. 3. 6. 6.		April 26. 3. 6. 6.
	Nr. 385 1152, 1328,		Nr. 468 4339, 4912
	1553, 3533, 3801, 3916,		Aug. 23. 3. 6. 6.
	4782, 4810, 5782, 7066,		Nr. 474 980, 4198,
	7080, 7191		4934, 5241, 5279, 5925,
18	Sept. 18. 3. 6. 6.		6034, 6284, 6383, 6418,
	Nr. 401 1340		6506, 6767, 6828, 6837,
	Jan 28. 3014		6907, 7708, 8159
	Aug. 31. 3. 6. 6.		Oct. 12. 3. 6. 6.
	Nr. 430 920, 2183,		Nr. 482 6115
	3849, 4097, 6414, 7960	1800	Jan 31. 3. 6. 6.
	Sept. 1. 3. 6. 6.		Nr. 519 3546
	Nr. 432 418, 882,		Febr. 4. 3. 6. 6.
	1480, 3293		Nr. 493 4602, 5879
	Oct. 25. 3. 6. 6.		Jul 25. 3. 6. 6.
	Nr. 436 1736, 2468,		Nr. 505 81, 664, 5702
	3087, 3129, 4226, 4228,		Sept. 30. 6. 6. 6.
	4240, 4339, 4912, 5147,		6. Nr. 480 4912
	5484, 6464, 7530, 7558,		Oct. 31. 3. 6. 6.
	7572, 7830, 7858		Nr. 512 2524, 3659,
	Oct. 27. 3. 6. 6.		3070, 4133, 4264, 5538,
	Nr. 438 5751		6284
	Nov. 17. 3. 6. 6.	1801	Jul 3. 3. 6. 6.
	Nr. 440 5033, 7502		Nr. 532 4226
	Dec. 7. 3. 6. 6.		Jul 24. 3. 6. 6.
	Nr. 442 1042		Nr. 533 698, 1646
	Dec. 24. 3. 6. 6.		Sept. 4. 3. 6. 6.
	Nr. 446 901, 1166,		Nr. 535 8004, 5241,
	1167, 1586, 1687, 2808,		5279, 5650, 5925, 6004,
	3682, 5208, 5248, 7791		6284, 6383, 6807, 6991,
19	Jan. 18. 3. 6. 6.		7040, 7708
	Nr. 452 7763		Nov. 23. 3. 6. 6.
			Nr. 542 3101, 6291,
			7754, 7875

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1801	Nov. 27. 3. G. G. Nr. 543 4943	Carl vom 23. März 1804) 3947	
—	Dec. 19. 3. G. G. Nr. 545 179, 229, 975, 1104, 1436, 2718, 2842, 3838, 4128, 4841, 7664, 7798, 8039	1804	Juni 14. Nr. 9609 91, 488
1802	Oct. 15. 3. G. G. Nr. 579 664, 2989, 4537, 5702	—	Juli 12. Pol. G. G. Franz II. 21. Band Nr. 75 713
—	Nov. 26. 3. G. G. Nr. 584 1117	—	Aug. 28. 3. G. G. Nr. 681 134
1803	März 4. 3. G. G. Nr. 597 4960, 5896	—	Sept. 14. 3. G. G. Nr. 683 430
—	März 28. 3. G. G. Nr. 599 6311	—	Nov. 10. 3. G. G. Nr. 702 5696
—	April 3. 3. G. G. Nr. 605 7552	1805	Februar 10. (Verfas- sung der deutschen Volksschulen) Polit. G. G. Franz I. 21. Bd. Nr. 21... 3590, 3551, 3629, 3639, 3640, 4135, 4786, 7961
—	April 22. Nr. 1189 Wessely I. Band Nr. 1250... 3188, 3293 5670	—	Febr. 15. 3. G. G. Nr. 711... 1552, 2111, 5704, 7377, 7763, 8057, 8179
—	Aug. 24. 3. G. G. Nr. 622 1117	—	März 7. 4960
—	Oct. 14. 3. G. G. Nr. 629 ... 2441, 3733, 5400, 6392, 6819, 7872, 8033	—	März 9. 3. G. G. Nr. 719 2136
—	Dec. 2. 3. G. G. Nr. 640 (Bücher- patent)..... 743, 1079, 6552, 8145	—	April 6. 4226
1804	Jän. 20. 3. G. G. Nr. 648 1480	—	Juni 21. 3. G. G. Nr. 734 2860
—	Febr. 14. 3. G. G. Nr. 652.... 437, 2860	—	Juni 22. 3. G. G. Nr. 735... 3787, 3850, 4470, 7961
—	März 22. G. G. für das Königreich Italien I. Thl. Nr. 25.... 885	—	Aug. 30. 3. G. G. Nr. 743 3067
—	März 28. 6176	—	Sept. 14. 3. G. G. Nr. 748... 2468, 3063
—	März 28. Pol. G. G. Nr. 42 (7 Cir- cularrescript des Feld- marschalls Erzherzog	—	Sept. 21. G. G. für das Königreich Italien II. Thl. Nr. 122 ... 1912
		—	Postsecret der obersten Justizstelle v. 27. De- tober Nr. 3762... 91, 488

Nr.	Jahr	Nr.
106 März 14. J. G. G.	1808 Oct. 8. J. G. G.	
Nr. 758 ... 1846, 2019,	Nr. 872 2083	
3592, 4878, 5199, 6249,	— Hofdecret v. 29. Nov.	
7082, 7948	Nr. 38084 2857	
— April 15. G. G. für	— Dec. 9. J. G. G.	
das Königreich Italien	Nr. 873 4943	
II. Tbl. Nr. 57... 423	1809 Jan. 13. J. G. G.	
— Aug. 30. J. G. G.	Nr. 880 8185	
Nr. 782 ... 7070, 7552	— Febr. 8. J. G. G.	
— Oct. 24. J. G. G.	Nr. 882 890, 1056,	
Nr. 789 483, 665,	2401, 3893, 4533, 7593	
2875, 3589, 3771, 4246,	— März 1. J. G. G.	
4383, 4450, 5071, 5323,	Nr. 886 .. 378, 653, 765	
6409, 6918	— März 23. J. G. G.	
07 März 14. J. G. G.	Nr. 887 270, 4342,	
Nr. 803 3754	7590	
— April 7. J. G. G.	1810 Mai 1. Pol. G. G.	
Nr. 809 3603	Franz I. 34. Band	
— April 28. J. G. G.	Nr. 1. 1070, 5786,	
Nr. 809 5493, 5657,	— Juli 20. J. G. G.	
5754, 5887, 6040, 7144,	Nr. 906 2380, 2425,	
7617	3421, 3484, 3760, 4441,	
— Oct. 24. J. G. G.	5672, 6145, 6646, 6750,	
Nr. 822 814	7611	
— Oct. 31. G. G. für	— Nov. 30. Propatich.	
das Königreich Italien	Goutta G. G. Franz I.	
III. Tbl. Nr. 231.. 18	Bd. 28. G. 492.. 2520,	
— Oct. 31. G. G. für	3098, 3099, 4686	
das Königreich Italien	1811 Jan. 19. J. G. G.	
III. Tbl. Nr. 233.. 40,	Nr. 922 6865	
1251, 1518	— Febr. 20. J. G. G.	
— Nov. 14. J. G. G.	Nr. 929 ... 5510, 5592,	
Nr. 827 1081	7081	
— Nov. 27. J. G. G.	— Febr. 20. J. G. G.	
Nr. 828 7599, 7805	Nr. 930 5592	
08 Mai 20. J. G. G.	— März 11. 5592	
Nr. 842 5406	— März 16. J. G. G.	
— Juni 17. J. G. G.	Nr. 935 2420, 6615	
Nr. 844 7552	— April 27. G. G. für	
— Sept. 16. Piller'sche	das Königreich Italien	
Gesetzg. Nr. 139.. 4696	I. Tbl. Nr. 103.. 722,	
— Oct. 7. J. G. G.	1854	
Nr. 864 831, 4129,	— April 28. J. G. G.	
5437	944 323	

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1811	Aug. 2. 3. G. G. Nr. 952..... 3293	1813	Jän. 16. 3. G. G. Nr. 1024 185
—	Sept. 21. 3. G. G. Nr. 959 2538, 3548, 7070, 7174, 7552	—	Jän. 29. 3. G. G. Nr. 1028 3715, 5174
—	Oct. 10. G. G. für das Königreich Italien II. Th. Nr. 243... 1048	—	März 13. Pol. G. G. Franz I. 40. Band Nr. 27 2820, 3624, 4195
—	Oct. 10. 3014	—	März 21. Pol. G. G. Franz I. 40. Band Nr. 28 408
—	Nov. 9. 3. G. G. Nr. 961 289, 5048, 7837	—	Juni 11. 3. G. G. Nr. 1053 7083
—	Nov. 13. 3. G. G. Nr. 962 5592	—	Juni 18. 3. G. G. Nr. 1054 2818, 3850, 4958
—	Nov. 13. 3. G. G. Nr. 1033 7081	—	Juli 17. 3. G. G. Nr. 1065 5909
1812	Jän. 10. 3. G. G. Nr. 968 408	—	Oct. 9. 3. G. G. Nr. 1071 915, 7988
—	Febr. 8. 3. G. G. Nr. 971 355, 7875, 8185	—	Oct. 21. Pol. G. G. Franz I. 41. Band Nr. 49 1298, 2723, 2729
—	März 13. 3. G. G. Nr. 978 1955	1814	April 1. 6889
—	April 25. 3. G. G. Nr. 987 6890	—	Mai 6. 3. G. G. Nr. 1085 574, 1243, 4225, 4946, 5571, 6156, 6632, 7500, 7575
—	Juli 22. 3. G. G. Nr. 997 1511	—	Mai 13. 3. G. G. Nr. 1086 ... 5893, 6194
—	Aug. 1. (für Ungarn) 5592	—	Juli 16. 3. G. G. Nr. 1094 ... 1205, 2683
—	Aug. 12. 3. G. G. Nr. 1002 8093	—	Aug. 26. 3. G. G. Nr. 1099 6471
—	Nov. 7. 3. G. G. Nr. 1010 5704	—	Salzbacher Gabermal- verordg. v. 10. Oct. Nr. 10983 488
—	Nov. 19. 3. G. G. Nr. 1015 1439, 1455, 1522	—	Nov. 16. 3. G. G. Nr. 1111 78, 6511, 7117
—	Dec. 5. 3. G. G. Nr. 1017 1814	—	Dec. 1. Pol. G. G. Franz I. 42. Band Nr. 95 (Wählenord-
—	Dec. 31. Pol. G. G. Franz I. 39. Band Nr. 77... 396, 674, 1623, 3229, 3987, 4237, 4438, 4564, 4618, 4687, 4846, 7126, 7382, 8018		

Nr.	Nr.	Jahr	Nr.
	ung)... 379, 713, 1088, 1421, 2213, 5326, 6084	1816	April 27. J. G. G. Nr. 1235 ... 4342, 7590
14	Dec. 22. J. G. G. Nr. 1197 6091	—	Galizische Gubernial- verordnung v. 26. April 180
—	Dec. 24. Nr. 5827, 4960	—	Juni 1. J. G. G. Nr. 1248 ... 3302, 5592
—	Preisfchreibend, galli- schen Guberniums v. 30. Dec. Piller'sche G. G. Nr. 25 180	—	Juni 1. J. G. G. Nr. 1250 3302
15	Febr. 15. J. G. G. Nr. 1132 ... 5893, 6194	—	Juni 15. J. G. G. Nr. 1258 5592
—	Hofverret v. 16. Fe- bruar 180	—	Salzbacher Gubernial- verordnung v. 31. Aug. Nr. 9275 91, 488
—	April 20. J. G. G. Nr. 1143 2148	—	Sept. 4. J. G. G. Nr. 1280 7552
—	Juli 14. J. G. G. Nr. 1159 5884	—	Oct. 4. 5510
—	Oct. 13. J. G. G. Nr. 1180 1358	—	Oct. 5. J. G. G. Nr. 1285 ... 713, 1522, 3215, 4890, 7180, 7849, 7916
—	Oct. 18. J. G. G. Nr. 1181 ... 537, 3424	—	N. b. Entschl. v. 7. Oct. 456
—	Oct. 28. J. G. G. Nr. 1187 ... 713, 1522, 2688, 3215, 4890, 5052, 7180, 7849, 7916	—	Oct. 23. 833
—	Dec. 22. J. G. G. Nr. 1197 ... 602, 1345, 2001, 3546, 7016, 7165, 7600	1817	Oct. 24. J. G. G. Nr. 1291 ... 4960, 5696
16	Jän. 26. Proportfch. G. Nr. 209 ... 5592	—	Febr. 17. J. G. G. Nr. 1317 ... 5357, 7552
—	Galizische Gubernial- verordnung v. 7. März 180	—	Febr. 28. J. G. G. Nr. 1322 3302
—	März 16. Lombard. Prov. G. G. I. Bd. I. Thl. Nr. 36, ... 2688	—	April 9. J. G. G. Nr. 1331 ... 5212, 6040
—	April 18. Venez. Prov. G. G. I. Thl. Nr. 59 885, 1126	—	April 9. 5510
—	April 22. Lombard. G. G. I. Bd. 357.. 7060	—	Juni 22. Venez. Prov. G. G. II. Thl. Nr. 86 863, 2820
—	April 24. J. G. G. Nr. 1238 3302	—	Juni 25. J. G. G. Nr. 1340 1199
		—	Aug. 16. J. G. G. Nr. 1361 3550
		—	Sept. 5. Venez. Prov. G. G. II. Thl. Nr. 100 1518
		—	Sept. 27. Venez. Prov. G. G. II. Thl. Nr. 102 863
		—	Oct. 18. J. G. G. Nr. 1379 1452

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1817	Dec. 12. J. G. G. Nr. 1394 694, 764	1818	Nov. 20. J. G. G. Nr. 1519 184, 1773, 4256, 4381
—	Dec. 19. J. G. G. Nr. 1396 1144	—	Dec. 4 1411
—	Judenstatut f. Arolau 1495	—	Dec. 31. J. G. G. Nr. 1531 4772
1818	Jän. 17. J. G. G. Nr. 1405 ... 516, 4829, 7808, 7825, 8034	1819	Febr. 26. J. G. G. Nr. 1548 458, 824, 869, 1008, 1163, 1584, 1820, 2246, 3966
—	Jän. 24. J. G. G. Nr. 1410 ... 1745, 3864, 7191	—	April 26. J. G. G. Nr. 1556 1042
—	Jän. 24. Nr. 4615 5453	—	Mai 1. Pol. G. G. Franz I. 47. Band, S. 550 620
—	März 7. J. G. G. Nr. 1429 1457	—	Juni 3. Nr. 16713 3687
—	April 16. J. G. G. Nr. 1436 7406	—	Juni 4. J. G. G. Nr. 1567 184, 4997, 7004
—	April 18. Nr. 373.. 5510	—	Juli 16. J. G. G. Nr. 1579 ... 7159, 7647
—	Mai 2. Pol. G. G. Franz I. Band 46 Nr. 42 4292	—	Aug. 23. J. G. G. Nr. 1595 8, 2101, 2105, 2111, 3196, 3510, 3602, 3684, 4337, 4621, 5288, 5692, 5829, 5909, 6289, 6366, 6494, 6799, 7013, 7562, 7563, 7736, 7806, 7934, 8133
—	Mai 11. Venez. Prov. G. G. II. Tbl. Nr. 146 2228	—	Aug. 27. J. G. G. Nr. 1600 618
—	Mai 15. J. G. G. Nr. 1455 ... 1736, 3063, 4117	—	Oct. 8. J. G. G. Nr. 1611 1857
—	Juni 20. J. G. G. Nr. 1468 2004	—	Oct. 30. J. G. G. Nr. 1619 4960
—	Aug. 1. J. G. G. Nr. 1481 892	—	Nov. 5. J. G. G. Nr. 1621 ... 541, 2331, 2387, 2679, 2755, 2909, 2925, 3198, 3617, 3932, 4264, 4718, 4714, 5002, 5810, 6427, 6490, 6617, 6657, 7132, 7179, 7323, 7414, 7587, 8200
—	Aug. 29. J. G. G. Nr. 1488 184, 366, 512, 518, 1027, 1439, 1465, 1707, 1794, 1811, 1821, 1870, 1935, 1964, 1995, 2082, 2151, 2275, 2313, 2415, 2498, 2860, 2990, 3339, 3555, 3816, 4181, 4997, 5258, 5377, 6237		
—	Sept. 4. J. G. G. Nr. 1494 ... 551, 3715, 5364, 7919		

	Nr.	Jahr	Nr.
9 Nov. 5. 3. G. G.			743, 1203, 1440, 1538,
Nr. 1623	170		1708, 1869, 2171, 2181,
Nov. 7. 3. G. G.			2292, 2419, 2455, 2466,
Nr. 1714	8139		2726, 2786, 2795, 2838,
Nov. 19. 3. G. G.			3080, 3314, 3323, 3324,
Nr. 1626	2468, 3063		4302, 4688, 5127, 5590,
Dec. 10. 3. G. G.			5682, 6308, 6520, 6882,
Nr. 1634	5634		7571
10 Jan. 22. 3. G. G.		1821 März 21. 3. G. G.	
Nr. 1645	1095, 3532	Nr. 1743	7925, 8164
Febr. 19.	2729	— April 12. Prov. G. G.	
März 11. 3. G. G.		für Niederösterreich	
Nr. 1371	4264	3. Bd. Nr. 119 . . .	345
April 21. 3. G. G.		— April 16.	5096
Nr. 1659	2627	— April 16. Pol. G. G.	
April 27.	2729	Franz I. Band 49,	
Juni 23. 3. G. G.		G. 115	7060
Nr. 1669	332, 713,	— Mai 26. 3. G. G.	
1468, 1522, 2439, 2442,		Nr. 1763	4535, 4911
2475, 2555, 2557, 3085,		— Juni 22. 3. G. G.	
3231, 3386, 3392, 3412,		Nr. 1770	2533, 7070,
3440, 3520, 3627, 3831,		7174, 7552, 8077	
4359, 4656, 4697, 4715,		— Oct. 11. Pol. G. G.	
6588, 7189		Franz I. Band 49,	
Sept. 4. 3. G. G.		Nr. 151	4292
Nr. 1697	2489	1822 Jan. 25. 3. G. G.	
Nov. 7. 3. G. G.		Nr. 1832	1052, 2433,
Nr. 1714	1052, 2433,	3224, 4340, 4389, 4607,	
3224, 4340, 4389, 4607,		5659, 6068, 6183, 7152,	
5659, 6063, 6183,		7228, 7827, 8139	
Dec. 28. Pol. G. G.		— April 26.	1516
48. Bd. G. 491 . . .	5510,	— Juli 12. 3. G. G.	
5592, 7081		Nr. 1880	1190, 1191,
21 Jan. 13. 3. G. G.		1793, 6823	
Nr. 1730	3240, 7117,	— Aug. 17. 3. G. G.	
8100		Nr. 1888	326
Jan. 15.	2401, 3787,	— Sept. 6. Nr. 2795	
3850, 7961		(Hypothekengesetz für	
Febr. 3. 3. G. G.		die freie Stadt Kralau)	
Nr. 1737	3355, 3994,	Schuster, Gesetze der	
4831, 5056, 5483, 5520,		ehemals freien Stadt	
5685, 7278, 7896, 8046		Kralau G. 20 . . .	3770
März 6. 3. G. G.		— Nov. 4. 3. G. G.	
Nr. 1743	21, 69, 603,	Nr. 1905	7708

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1822	K. k. genehmigter Organisationsplan des k. k. Thierarznei-Institutes in Wien...	1825	Casse vereinigten allgemeinen Versicherungsanstalt v. 4. Oct. ...
1823	Jän. 25. J. G. G. Nr. 1921 ... 4643, 5734, 7923, 7799	—	Jänner 13. Desselb. I. Bc. Nr. 336, ... 1277
—	Febr. 18. Nr. 1632 5704	—	März 15. J. G. G. Nr. 2066 ... 5496, 6393
—	März 15. Tiroler Prov. G. G. 10. Bb. Nr. 86 ... 7573	—	Postdecret v. 2. März Nr. 8197 ... 2851
—	Juni 12. Protokollauszug ... 5634	—	April 15. J. G. G. Nr. 2089 ... 6485, 7985
—	Juni 17. J. G. G. Nr. 1948 ... 326	—	Juni 17. J. G. G. Nr. 2106 ... 3485
—	Juli 16. J. G. G. Nr. 1954 ... 7278	—	Juni 22. Lomb. Prov. G. G. 2. Bb. I. Thl. Nr. 36 ... 26, 2233, 2709
—	Aug. 23. J. G. G. Nr. 1595 ... 7348	—	Juli 15. Nr. 19300 4246
—	Nov. 1. Lomb. Prov. G. G. 2. Bb. I. Thl. Nr. 21 ... 697, 965	—	Aug. 19. J. G. G. Nr. 2126 ... 500
—	Nov. 13. Präbischöfliches Prov. G. G. 5. Bb. Nr. 144 ... 452	—	Sept. 16. J. G. G. Nr. 2132 ... 582, 870, 2024, 3851, 3870, 3987, 3994, 4187, 4216, 4237, 4438, 4477, 4480, 4564, 4618, 4687, 4835, 4846, 4909, 5685, 5731, 6114, 6240, 6407, 6477, 6485, 6591, 6830, 7027, 7096, 7126, 7382, 7492, 7540, 7553, 7691, 7832, 8018
1824	Jän. 23. Nr. 327 ... 6102	—	Dec. 2. J. G. G. Nr. 2150 ... 4176
—	April 28. Lomb. Prov. G. G. 1. Bb. I. Thl. Nr. 18 (Promotion) 92, 572, 1084, 1127, 1649, 1916	1826	Jän. 26. J. G. G. Nr. 2324 ... 6302
—	Juni 25. J. G. G. Nr. 2017 ... 6243, 7068, 7897	—	April 7. J. G. G. Nr. 2178 ... 785, 1496, 3018, 3247, 3351, 4208, 5217, 5443, 5519, 5683, 6306, 6978, 7160
—	Juli 4. J. G. G. Nr. 2012 ... 250, 378, 541, 582, 689, 959, 1220, 1285, 1955, 2046	—	April 13. Nr. 10201 236, 2079, 2755, 2787, 5810
—	Sept. 2. J. G. G. Nr. 2039 ... 4772	—	Postdecret v. 21. April Nr. 8837 ... 3014
—	Nov. 26. J. G. G. Nr. 2051 ... 3762		
—	Statuten der mit der Ersten österr. Spars-		

	Nr.	Jahr	Nr.	
April 26. J. G. G.			6308, 6836, 7182, 7573,	
Nr. 2178	6674		7748, 8227	
Mai 5.	4980	1828	Jan. 18. Prov. G. G.	
Sept. 1. J. G. G.			für Böhmen 10. Bd.	
Nr. 2219.	5609, 6240,		Nr. 141.	357
6486, 7492, 7658, 7832		—	Aug. 1. J. G. G.	
Sept. 10. Nr. 2821,			Nr. 2357 ...	1924, 7323
Prov. G. G. für		—	Sept. 18. Nr. 21870	4772
Steiermark VII. Bd.		—	Oct. 30. Nr. 24986	5448
Nr. 165	7653	—	Nov. 18. J. G. G.	
Nov. 25. J. G. G.			Nr. 51918	6040
Nr. 2235	5334	1829	Oct. 28. J. G. G.	
Dec. 5. Prov. G. G.			Nr. 2437 ...	989, 4171,
für Ober-Oesterreich				7108
9. Bd. Nr. 1.	986	—	Währ.-schles. Ober-	
Sept. 17. J. G. G.			niedercircular v. 3. Juli	
Nr. 2259	8185		(Erbzuchtsgeldsteuer-	
Mai 23. Wagner'sche			patent)	4954
Zeitschr. 1827. 3. Bd.		—	Wirol. Appellations-	
G. 317	278		circular v. 20. Nov.	
Mai 27. J. G. G.			Nr. 787.	4960
Nr. 2277	7088	—	Nov. 19. Nr. 6649	7955
Juli 20. J. G. G.		1830	Febr. 4. J. G. G.	
Nr. 2294	833		Nr. 2449	1480
Aug. 11. J. G. G.		—	April 16. J. G. G.	
Nr. 2300.	2696, 2865,		Nr. 2459	2577
	5458, 7400	—	Aug. 12.	2729
Sept. 14. J. G. G.		—	Nov. 9. Dalmat. Pr.	
Nr. 2306.	892, 6483,		G. G. Nr. 144.	3383,
	6491			4280
Dec. 15. Dalmat. Pr.		—	Nov. 10. Prov. G.	
G. G. von 1828			G. f. Böhmen 12. Bd.	
Nr. 23	3633		G. 582	4270
Dec. 24. Prov. G. G.		1831	April 15. Tirol. Prov.	
für Riedersitzfeld			G. G. 18. Bd. Nr. 40	7578
10. Bd. Nr. 62 ...	2746	—	Sept. 22. Pol. G.	
Juni 13. J. G. G.			G. 59. G. G. 1888. .	4270
Nr. 2347	6983	—	Kriegsdr.-Circular	
Juli 11. J. G. G.			v. 11. Oct. Nr. 1468	973
Nr. 2352	8715	—	Nov. 4. J. G. G.	
Juli 18. J. G. G.			Nr. 2533.	3987, 6407,
Nr. 2354.	2777, 2885,			6485, 6591, 7095, 7382,
Dr. 26, 5529, 5940, 6087,				7653, 7691, 7882

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1832	Febr. 10. J. G. G. Nr. 2548...2243, 3355, 4959, 5323, 5433, 7278, 7896		Nr. 2595...4018, 5909, 7267
—	März 24. J. G. G. Nr. 2557...1169, 1521, 1701, 4018, 6141	1833	März 8. J. G. G. Nr. 2601 1398
—	Juli 2. Pol. G. G. Nr. 151 6704	+	März 29. J. G. G. Nr. 2606...4912, 5314, 5484, 5565
—	Juli 5. Decr. der o. ö. Regier. Nr. 17642 5760	—	April 16. J. G. G. Nr. 2608 752, 782
—	Sept. 12. J. G. G. Nr. 2575...1793, 4245	—	Mai 10. J. G. G. Nr. 2610 1974
1833	Febr. 15. J. G. G. Nr. 2593...1524, 1672, 1725, 1889, 2860, 2996, 3431, 3437, 3593, 3734, 4136, 4192, 4196, 4271, 4430, 4530, 4542, 4615, 4623, 4711, 4714, 4771, 4829, 4855, 4915, 4951, 4991, 5064, 5118, 5163, 5184, 5220, 5298, 5354, 5406, 5452, 5525, 5582, 5725, 5775, 5839, 5856, 5879, 5905, 6208, 6223, 6241, 6259, 6291, 6375, 6384, 6416, 6418, 6445, 6456, 6511, 6549, 6644, 6652, 6699, 6777, 6813, 6816, 6833, 6838, 6925, 6983, 6990, 7066, 7079, 7096, 7117, 7127, 7153, 7203, 7206, 7231, 7272, 7301, 7318, 7326, 7380, 7392, 7408, 7430, 7436, 7462, 7474, 7498, 7514, 7593, 7612, 7645, 7658, 7698, 7701, 7777, 7858, 7873, 7902, 7953, 7991, 8004, 8070, 8100, 8122, 8134, 8173, 8175, 8197, 8208	—	Mai 11. J. G. G. Nr. 2612...2038, 2248, 2323, 2772, 3726, 4843, 6356, 6396, 6768, 7169
		—	Postkriegs.-Circular v. 14. Mai C Nr. 631 1281, 6001
		—	Mai 24. J. G. G. Nr. 2616 6601
		—	Juni 7. J. G. G. Nr. 2618 7590
		—	Juli 22. Nr. 26418, Erlaß d. Guberniums in Lemberg 6894
		—	Aug. 9. J. G. G. Nr. 2625 ...5257, 8038
		—	Oct. 4. J. G. G. Nr. 2633...308, 1792, 1940, 2576, 3226, 3408, 3590, 3747, 3772, 3796, 4042, 4180, 4348, 4495, 4706, 4724, 4931, 5008, 5101, 5201, 5238, 5378, 5613, 5805, 6589, 6634, 7113, 7260, 7363, 7364, 7378, 7560, 7677, 7999, 8048
		1834	Jän. 20. J. G. G. Nr. 2638574, 7575
		—	Juli 18. 6498
		—	Dec. 1. J. G. G. Nr. 2775 6729
		—	Dec. 24. Nr. 32957 7501
—	Febr. 23. J. G. G.		

Nr.	Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
15 Juni 9. 3. G. G.	1836 Jan. 22. Venez.			
Nr. 29 1203, 2305	Prov. G. G. 27. Bd.			
Juni 15. 3. G. G.	I. Epl. Nr. 24.....	1169		
Nr. 38 3723, 4171	Febr. 1. 3. G. G.			
Juni 15. 3. G. G.	Nr. 120.....	4817		
Nr. 39..... 1926, 1981,	Febr. 22. Nr. 446..	6288		
3310, 4882, 7055	Juni 22. 3. G. G.			
Juni 22. 3. G. G.	Nr. 145.. 719, 743, 1203,			
Nr. 42... 556, 584, 769,	1220, 1289, 1308, 1423,			
854, 1497, 1711, 1833,	1513, 1725, 1599, 1621,			
1844, 2055, 2599, 3655,	1658, 1666, 1688, 1787,			
3860, 4560, 5634, 7807,	1982, 2205, 2281, 2378,			
8038	2452, 2495, 2584, 2722,			
Juni 27. Pol. G. G.	2737, 2795, 2921, 2944,			
Ferdinand I. 63. Bd.	3052, 3053, 3080, 3143,			
Nr. 97; 3. G. G.	3195, 3290, 3314, 3353,			
Nr. 44 2723, 2729	3491, 3595, 3669, 3719,			
Juli 1. 3. G. G.	3730, 3802, 3937, 3945,			
Nr. 50 3475, 6148	4093, 4671, 4837, 4900,			
Juli 1. 3. G. G.	4952, 4971, 5404, 5548,			
Nr. 51 1814, 1886	5580, 5643, 5707, 5716,			
Juli 11. (Staats-	5776, 5853, 5911, 5923,			
Monopolsordnung). 4562	5993, 6113, 6175, 6455,			
Sept. 7. 3. G. G.	6577, 6593, 6761, 6882,			
Nr. 80..... 3087, 3880,	6914, 6925, 6926, 6927,			
4226, 4323, 6198, 6263	7215, 7222, 7339, 7454,			
Sept. 29. 3. G. G.	7494, 7682, 7719, 7732,			
Nr. 84 3795	7831, 7964, 8153, 8204,			
Oct. 10. 3. G. G.	8219			
Nr. 89 4828	Aug. 10. Verordnung			
Oct. 12. 3. G. G.	des illir. Gubern.			
Nr. 90 1415, 8178	Prov. G. G. Nr. 122	4246		
Dec. 7. 3. G. G.	1837 März 10. 3. G. G.			
Nr. 100 833	Nr. 182 271			
Dec. 22. 3. G. G.	April 10. 3. G. G.			
Nr. 109 ... 7116, 8011,	Nr. 189..... 732, 936,			
8218	1046, 1153, 2079, 2387,			
Dec. 23. Pol. G. G.	2679, 2755, 2787, 2909,			
Ferdinand I. 63. Bd.	2985, 3198, 3621, 3825,			
Nr. 185 408	5810, 6438, 6608, 6617,			
16 Jan. 4. 3. G. G.	7132, 7323, 7387			
Nr. 113 2210, 2243,	April 10. Nr. 1995. 5259			
4023, 4187, 4270, 4477,	April 11. 3. G. G.			
8015	Nr. 2090 4843			

Jahr		Nr.
1837	Hofkriegsr. Rescript v. 14. April.	1353
—	April 20. Prov. G. G. für Tirol. und Vorarl- berg 24. Bd. Nr. 43.	686
—	Juni 17. Lomb. Prov. G. G. 2. Bd. I. Tbl. Nr. 33 (Bestandver- tragskündigung), 11, 136, 201, 868, 924, 1168, 1266, 1429, 1587, 1753	1053
—	Juni 27. J. G. G. Nr. 208.	5225, 5288, 6289, 7806
—	Oct. 20. J. G. G. Nr. 234.	7406
—	Nov. 5. J. G. G. Nr. 240.	3768, 4099, 6048, 7321
1838	Febr. 3. J. G. G. Nr. 249.	7875
—	Febr. 14. J. G. G. Nr. 256.	271
—	März 5. J. G. G. Nr. 260.	4912
—	März 10. Prov. G. G. f. Oberösterreich. 20. Bd. Nr. 23.	1427
—	April 3. J. G. G. Nr. 262.	2911, 4226, 4240, 5147
—	Mai 23. Nr. 6535	8115
—	Juni 6. J. G. G. Nr. 277.	51, 228, 1585, 1812, 1979, 3171, 6147
—	Juni 12. J. G. G. Nr. 280.	736, 5725, 5782, 6318
—	Jun 26. J. G. G. Nr. 281.	7585
—	Juni 30. J. G. G. Nr. 282.	1421, 6832

Jahr		Nr.
1838	Juli 3. J. G. G. Nr. 283.	3773
—	Juli 12. J. G. G. Nr. 280.	4099
—	Juli 17. Genag. Prov. G. G. II. Tbl. Nr. 33	1048
—	Nov. 6. J. G. G. Nr. 302.	4099
—	Nov. 13. J. G. G. Nr. 306.	405, 6601,
1839	Jan. 29. J. G. G. Nr. 460.	5113
—	Febr. 5. J. G. G. Nr. 336.	6340, 7278
—	April 4. J. G. G. Nr. 354.	8094
—	April 10. J. G. G. Nr. 355.	528, 1831, 6639, 6729, 7147
—	Mai 7. J. G. G. Nr. 358.	34, 70, 214, 440, 496, 539, 841, 1011, 1018, 1059, 1239, 1244, 1287, 1342, 1692, 1764, 1901, 1918, 1922, 1961, 2047, 2228, 2351, 2358, 2394, 2403, 2434, 2554, 2626, 2655, 2780, 2789, 2794, 2866, 2938, 2941, 3153, 3352, 3399, 3516, 4042, 4188, 4234, 4273, 4356, 4398, 4450, 4487, 4548, 4565, 4710, 4712, 4754, 4758, 4839, 4930, 4932, 4942, 4955, 4956, 4992, 5034, 5095, 5109, 5123, 5128, 5155, 5161, 5253, 5266, 5289, 5301, 5327, 5429, 5436, 5456, 5539, 5540, 5563, 5721, 5724, 5758, 5768, 5781, 5793, 5852, 5859, 5959, 6104, 6116, 6149, 6200, 6431, 6570, 6573,

Nr.	Jahr	Nr.
6595, 6696, 6864, 6900, 7054, 7075, 7138, 7200, 7263, 7277, 7406, 7493, 7504, 7584, 7627, 7634, 7659, 7670, 7803, 7828, 7889, 7977, 8025, 8089, 8111	1840 Oct. 16. 3. 8. 8. Nr. 469 4144 — Oct. 21. 3. 8. 8. Nr. 470 271 — Nov. 25. 3. 8. 8. Nr. 482....3502, 5653, 7757, 7765	
39 Juni 24. 3. 8. 8. Nr. 366 541 - Aug. 14. 3. 8. 8. Nr. 373 5212 - Aug. 31. 632 - Sept. 2. 3. 8. 8. Nr. 375 5350 - Nov. 19. 3. 8. 8. Nr. 388....1051, 1184, 1773, 1961, 2354, 2463, 2852, 3150, 3739, 3930, 4197, 4381, 4649, 5115, 5696, 6283, 6364, 6853 - Nov. 26. 3. 8. 8. Nr. 394 2312	1841 Jan. 22. 665 — Jan. 25. 3. 8. 8. Nr. 496....1901, 3730, 4834, 5253, 7054, 7504 — Febr. 9. 3. 8. 8. Nr. 505 4226 — März 25. Nr. 8303 2277, 3540, 7945 — März 27. 3. 8. 8. Nr. 518182, 704, 1774, 2642, 4746 — April 19. 3. 8. 8. Nr. 518....4640, 6273, 7148, 7312, 7656 — April 20. 3. 8. 8. Nr. 525 5660 — Mai 4. 3. 8. 8. Nr. 531889, 1702, 1842, 1910, 1990, 2397, 2606, 2646, 2947, 3860, 6715, 7031 — Mai 11. 3. 8. 8. Nr. 535 4562 — Mai 21. 3. 8. 8. Nr. 5413660, 7117 — Juli 7. 3. 8. 8. Nr. 541 8100 — Juli 7. 3. 8. 8. Nr. 1730 3240 — Juli 13. 3. 8. 8. Nr. 548 1430 — Aug. 10. 665 — Aug. 16. 3. 8. 8. Nr. 5552083, 3947, 4158, 4291 — Aug. 21. 3. 8. 8. Nr. 557 5212	
10 Jan. 27. 3. 8. 8. Nr. 4045496, 6393 - Febr. 14. 3. 8. 8. Nr. 409....3851, 3857, 3870, 4216, 4326, 4480, 5309, 5731, 6240, 6485, 7095, 7492, 7540, 7649, 7653, 7832 - März 10. 3. 8. 8. Nr. 415 437 - März 12. Nr. 7551 2277 - Mai 4. 3. 8. 8. Nr. 4301628, 2263 - Juni 24. 3. 8. 8. Nr. 450 5484 - Juli 26. 3. 8. 8. Nr. 457....3349, 4795, 5235, 5750 - Aug. 4. 3. 8. 8. Nr. 460....1358, 2179, 3207, 3730, 4275, 4289, 4455, 4828, 5704, 5717		

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1841	Nov. 3. Gal. Prov. G. G. Nr. 216 ... 858	1842	Nov. 8. J. G. G. Nr. 654.... 1421, 2588, 6832, 7510
—	Dec. 11..... 4291	—	Nov. 24. 1353
1842	Jän. 3. J. G. G. Nr. 583 7276	—	Nov. 26. J. G. G. Nr. 657 2859
—	Jän. 6. J. G. G. Nr. 587..... 4002	1843	Jän. 9. J. G. G. Nr. 670 7590
—	Jän. 18. J. G. G. Nr. 592... 1, 514, 2324, 4891	—	Jän. 24. J. G. G. Nr. 674 2860
—	Febr. 17. Prov. G. G. f. Böhmen 24. Bd. Nr. 40 422	—	Febr. 3. 1353
—	März 2. Nr. 9605 (Strompolizeiordng. für Galizien)..... 8138	—	Febr. 17. 665
—	April 21. Prov. G. G. f. Böhmen 24. Bd. Nr. 123 422	—	Febr. 17. Nr. 4526, Pol. G. G. Ferdie- nand I. 71. Bd. G. 7 2439
—	April 26. J. G. G. Nr. 610... 42, 217, 521, 790, 928, 1613, 2511, 2879, 2967, 4087, 4200, 4552, 6613, 7656	—	Mai 8. Erlaß des Wiener Appellations- gerichtes 2533
—	Mai 1. Nr. 10704 Rundmachung des küstentl. Guberniums (Apothekerordnung). 6475	—	Juni 22. Nr. 19357 2439
—	Hofkanzleidecret vom 7. Juli 1430	—	Juli 28. J. G. G. Nr. 726 7948
—	Hofdecret v. 12. Juli Nr. 19555 3987	—	Oct. 13. J. G. G. Nr. 750 3669
—	Sept. 16. Nr. 10701, Erlaß des Wr. Appel- lationsgerichtes ... 2533, 3077	—	Oct. 23. J. G. G. Nr. 756 2083
—	Sept. 16. Nr. 10719 (des n. ö. Appella- tionsgerichtes) 7070	—	Jän. 19. J. G. G. Nr. 776 4535
—	Sept. 26. J. G. G. Nr. 642.... 1672, 3734, 4595, 4991, 5184, 5354, 6384, 7203, 7206	1844	Jän. 24. J. G. G. Nr. 778 ... 2486, 2849, 3795, 4575, 5516
		—	Jän. 31. J. G. G. Nr. 781... 432, 688, 786, 1576, 2371, 3203, 3253, 3759, 4525, 5903, 7863, 7865
		—	April 10. J. G. G. Nr. 798.... 5828, 7278
		—	April 15. J. G. G. Nr. 799 3692
		—	Sept. 13. J. G. G. Nr. 828 4828
		—	Sept. 18. J. G. G. Nr. 830.... 623, 1844, 1980, 2843, 3922, 3939,

Nr.	Jahr	Nr.
4576, 5934, 6106, 6399, 6966, 7110		3980, 4215, 4546, 4624, 4648, 4671, 4772, 4784, 4789, 4845, 5124, 5176, 5185, 5218, 5240, 5407, 5443, 5452, 5580, 5833, 5834, 5842, 5874, 5914, 6157, 6166, 6194, 6203, 6207, 6357, 6424, 6440, 6648, 6684, 6858, 6879, 6979, 7046, 7073, 7131, 7150, 7207, 7211, 7224, 7292, 7372, 7390, 7400, 7454, 7475, 7523, 7524, 7531, 7680, 7681, 7687, 7711, 7954
144 Sept. 26. Pol. G. G. Ferdinand I. 72. Bd. Nr. 123 681		1845 Juli 9. J. G. G. Nr. 896 2859, 3140
— Oct. 1. J. G. G. Nr. 836 3664, 8052, 8064		— Juli 31. Lomb.-Venez. Prov. G. G. 2. Band I. Tbl. Nr. 23 423
— Oct. 13. J. G. G. Nr. 840 1418, 4562		— Oct. 15. J. G. G. Nr. 904 7510
— Nov. 30. J. G. G. Nr. 850 2468, 3063		— Oct. 24. J. G. G. Nr. 907 2243
45 Jan. 4. J. G. G. Nr. 856 3855		— Nov. 22. J. G. G. Nr. 910 7415
— Jan. 15. J. G. G. Nr. 859 73, 687, 1074, 3587	1846	Febr. 14. J. G. G. Nr. 933 3147, 4823, 7145, 7694
— Febr. 13. J. G. G. Nr. 868 1844, 2843, 4576, 5934, 6106, 6966, 7110		— Febr. 18. J. G. G. Nr. 935 315, 395, 1189, 2122, 2552, 3984, 4749, 4903, 5310, 5338, 6960, 7177, 7745, 8069
— März 14. J. G. G. Nr. 883 4484		— Febr. 19. J. G. G. Nr. 937 3779, 4391, 4837, 5873, 7344, 7664, 7753
— April 4. Lomb.-Venez. Prov. G. G. 1. Band I. Tbl. Nr. 10 687		— Febr. 19. J. G. G. Nr. 938 6282
— April 14. J. G. G. Nr. 883 1358		— Februar 21. (Schiff- fahrts- und Strom- polizei - Ordnung) Nr. 44 6057
— Mai 29. J. G. G. Nr. 888 1498, 4601		
— Mai 29. J. G. G. Nr. 889 200, 679, 719, 1160, 1165, 1219, 1321, 1423, 1513, 1601, 1620, 1763, 1766, 1800, 1828, 2013, 2044, 2166, 2254, 2271, 2287, 2297, 2328, 2412, 2495, 2522, 2596, 2617, 2623, 2737, 2740, 2749, 2779, 2920, 3000, 3041, 3052, 3341, 3442, 3450, 3454, 3463, 3553, 3645, 3757, 3768, 3788, 3861, 3863, 3948,		

Jahr	Nr.
1846 März 27. J. G. G.	
Nr. 948	1625
— März 27. J. G. G.	
Nr. 951	366, 1465, 1707, 1794, 1811, 1870, 1935, 1995, 2082, 2195, 2275, 2284, 2313, 3490, 3725, 3816, 4626, 5294, 5645, 7835
— April 29. J. G. G.	
Nr. 957	2306, 4571, 6182, 7487
— Mai 14. J. G. G.	
Nr. 962	1991
— Mai 20. Pr. G. G.	
für Niederösterreich	
28. Bd. Nr. 97 . . .	2746
— Juni 3. J. G. G.	
Nr. 968	432, 1488, 1791, 1820, 2406, 2578, 3127, 3759, 3966, 4160, 5497, 7865
— Juli 4. Nr. 22315.	4905
— Juli 16. J. G. G.	
Nr. 970	4802
— Sept. 7. J. G. G.	
Nr. 1180	5094
— Nov. 25. Prov. G. G.	
f. Galizien Nr. 127 . .	3014
1847 Febr. 18. J. G. G.	
Nr. 1036	3109, 3915, 5767, 7510
— März 5. J. G. G.	
Nr. 1042	317, 508, 3004, 5241, 6383, 6907, 6991, 7045
— März 7. J. G. G.	
Nr. 1044	1421
— März 27. J. G. G.	
Nr. 1051	688, 5903, 7863, 7865
— April 11. Prov. G. G.	
für Tirol und Vorarl-	
berg 34. Bd. Nr. 36.	1003

Jahr	Nr.
1847 April 15. J. G. G.	
Nr. 1057	91
— Mai 6. J. G. G.	
Nr. 1063	1057, 1451, 2330, 3421, 3484, 3760, 4441, 5672, 6044, 6646, 6750, 6775, 6922
— Mai 22. J. G. G.	
Nr. 1065	7002, 7908
— Juni 19. J. G. G.	
Nr. 1068	6566
1848 Mai 21. J. G. G.	
Nr. 1152	1647, 3302, 4596
— Mai 22. J. G. G.	
Nr. 1153	1647
— Mai 22. J. G. G.	
Nr. 1065	4722
— Juni 2. J. G. G.	
Nr. 1157	945, 1320, 1323, 1377, 1432, 1492, 1590, 1592, 1647, 2359, 2769, 3202, 3367, 4067, 4191, 4596
— Sept. 7. J. G. G.	
Nr. 1180	357, 559, 1158, 1173, 1194, 1873, 3629, 3639, 3640, 4423, 4786, 6772
— Dec. 15. R. G. Bl.	
Nr. 28	3629, 3639, 3640, 4786
1849 Febr. 2. R. G. Bl.	
für Böhmen Nr. 22.	1480
— Febr. 17. R. G. Bl.	
Nr. 121	7070
— März 4. R. G. Bl.	
Nr. 151	1686
— März 4. R. G. Bl.	
Nr. 152	891, 1158, 1770, 1873, 3857, 4011, 4341, 5309, 5554, 6240
— März 7. R. G. Bl.	
Nr. 154	345, 5745

Nr.	Jahr	Nr.
49 März 10. R. G. Bl. Nr. 158 6274	1850 März 9. R. G. Bl. für Niederösterreich Nr. 68 7542	6784, 6814, 6899, 7306, 7347, 7349, 7408, 7425, 7492, 7497, 7501, 7567, 7730, 7887, 7893, 7937, 7953, 7976, 8046, 8097, 8099
— März 17. R. G. Bl. Nr. 170 289, 1003, 1615, 1675, 1950, 2229, 2442, 3231, 3944, 7981	— März 11. R. G. Bl. Nr. 82 1335	
— Juni 26. R. G. Bl. Nr. 295 713	— März 23. R. G. Bl. Nr. 120 882, 1455, 1480	
— Juni 27. R. G. Bl. f. Böhmen Nr. 119. 1173, 1194, 1770, 1873, 4011	— April 12. R. G. Bl. Nr. 141 3148	
— Juli 19. 5433	— April 18. R. G. Bl. Nr. 156 3592	
— Aug. 15. R. G. Bl. Nr. 361 1458	— Mai 3. R. G. Bl. Nr. 181.. 595, 941, 1335, 1459, 1464, 1555, 2804, 2807, 2810, 3385, 3487, 3870, 4120, 4281, 4480, 5029, 5393, 5988, 6385, 7347, 7349, 7492, 7540, 7653, 7887, 7976, 8046	
— Aug. 16. R. G. Bl. Nr. 364.... 1930, 4075, 4741, 5750, 6168, 6353, 6711, 7100, 7848	— Mai 15. Nr. 14636 (Verordn. des galiz. Gubern.) 5094	
— Oct. 10. R. G. Bl. Nr. 412.... 903, 3188, 4593, 6114	— Juni 6. (Verordnung des galiz. Gubern.). 5094	
— Oct. 29. R. G. Bl. Nr. 439 396, 903, 3987, 4237, 4438, 4846, 6017, 6114, 7126, 8018	— Juni 18. R. G. Bl. Nr. 237..... 387, 1790, 3891, 6453	
— Dec. 11. Nr. 70012 (Verordnung des gal. Guberniums) 5094	— Juni 28. R. G. Bl. Nr. 255 306, 979	
50 Jänner 9. 5433	— Juli 5. Nr. 7730.. 4441	
— Jän. 28. Nr. 1364 6268	— Juli 12. R. G. Bl. Nr. 310..... 7572	
— Febr. 9. R. G. Bl. Nr. 50... 494, 595, 941, 1335, 1459, 1464, 1933, 2028, 2137, 2750, 2804, 2810, 2987, 3077, 3114, 3186, 3385, 3428, 3439, 3487, 3522, 3589, 3870, 4120, 4281, 4326, 4347, 4382, 4383, 4727, 4747, 4898, 4959, 5029, 5033, 5056, 5311, 5328, 5393, 5520, 5569, 5586, 5666, 5725, 5870, 5988, 6285, 6290, 6351, 6385, 6605,	— Juli 15. R. G. Bl. Nr. 320..... 3592	
	— Juli 27. R. G. Bl. Nr. 315... 5725, 5726, 5732	

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1850	Juli 30. R. G. Bl. Nr. 317 559		Nr. 6772... 1679, 1680, 4874, 6102
—	Aug. 2. R. G. Bl. Nr. 329.... 3114, 3439, 4959	1851	Aug. 12. R. G. Bl. Nr. 184 2956
—	Aug. 7. R. G. Bl. Nr. 325 (Organisa- tion des obersten Ge- richts- u. Cassations- hofes) 4772	—	Aug. 13. R. G. Bl. Nr. 188.... 3361, 5927, 7117
—	Sept. 6. R. G. Bl. Nr. 345..... 5878	—	Aug. 21. Nr. 10351 5364
—	Sept. 25. R. G. Bl. Nr. 374..... 3024	—	Sept. 4. R. G. Bl. Nr. 207 5554
—	Nov. 16. R. G. Bl. Nr. 448 1824, 3250, 3816, 7509, 8096	—	Sept. 23. R. G. Bl. Nr. 219.... 1795, 6772
—	Nov. 19. Nr. 10972 6689	—	Sept. 25. Nr. 4665 8218
—	Nov. 29. R. G. Bl. Nr. 462 4562	—	Oct. 18. Nr. 3075. 6498
—	Dec. 2. R. G. Bl. Nr. 470 6290	—	Nov. 3. Nr. 13470 8218
—	Dec. 20. R. G. Bl. 1851, Nr. 1 2408	—	Nov. 16. R. G. Bl. v. J. 1852, Nr. 1.. 948, 3915
1851	März 16. R. G. Bl. Nr. 67 153, 260, 588, 1437, 1508, 1679, 1680, 2088, 2208, 2231, 2405, 2610, 2940, 6102	1852	Jän. 12. R. G. Bl. Nr. 42 681
—	April 11. R. G. Bl. Nr. 83 4341	—	Jän. 31. Nr. 460. 5094
—	April 11. R. G. Bl. Nr. 84 357, 1051	—	Febr. 17. Nr. 17431 J. G. G. Franz Joseph I. (Spe'sche Samml.) Nr. 1048. 712, 5364
—	April 11. R. G. Bl. Nr. 85.... 30, 167, 434, 1854	—	März 2. Nr. 2843. 7869
—	Mai 12. R. G. Bl. Nr. 128 1795	—	März 23. R. G. Bl. Nr. 77 4488
—	Mai 15. R. G. Bl. Nr. 124 3898, 3923	—	März 23. R. G. Bl. Nr. 82 3522
—	Just.-Minist.-Verord- nung vom 24. Juli	—	März 23. R. G. Bl. Nr. 84 3522, 8054
		—	April 7. Nr. 4453. 5364
		—	April 24. R. G. Bl. Nr. 97 488
		—	Mai 12. R. G. Bl. Nr. 112..... 22, 1450, 1784, 3875, 4303, 4466,

hr	Nr.	Jahr	Nr.
	4819, 4885, 5026, 6383, 7242, 7898	1852	Dec. 27. k. k. Bl. für Niederösterreich
52	Aug. 15. k. k. Bl.		Nr. 473 345, 5745
	Nr. 184 102, 1389, 1756, 3789, 4081, 5230, 5900, 6192, 7642, 7671, 7980, 8019, 8090, 8164	1853	Jän. 10. k. k. Bl.
—	Sept. 1. k. k. Bl.		Nr. 10 2802
	Nr. 176 2031	—	Jän. 19. k. k. Bl.
—	Sept. 4. Nr. 30830 4795		Nr. 10 713, 1824, 2218, 2439, 2475, 6084
—	Sept. 16. Nr. 2132 5309	—	Jän. 22. k. k. Bl.
—	Sept. 29. k. k. Bl.		Nr. 13 3299, 3726, 3815, 3934, 5428, 5704, 7196, 7698
	Nr. 198 3857, 5309, 6240	—	Jän. 26. k. k. Bl.
—	Oct. 5. Verordngs- Bl. des Handelsmin. II. Bd. Nr. 77 4081, 7980, 8090	—	Nr. 18 3356, 7928
—	Oct. 22. k. k. Bl. für Niederösterreich	—	Jän. 28. k. k. Bl.
	Nr. 381 4081		f. Steiermark Nr. 28 5745
—	Oct. 29. k. k. Bl.	—	Febr. 1. Nr. 3193... 6605
	Nr. 219 2940	—	Febr. 8. k. k. Bl.
—	Nov. 5. k. k. Bl.		Nr. 25 1427
	Nr. 227 3762	—	Febr. 8. k. k. Bl.
—	Dec. 3. k. k. Bl.		Nr. 110 1221, 2563, 4825, 7738
	Nr. 250 488, 1527, 2029, 7180	—	März 9. k. k. Bl.
—	Dec. 13. k. k. Bl.		für Salzburg Nr. 30 5760
	Nr. 256 595, 738, 941, 1335, 1464, 2845, 3385, 3487, 4383, 4864, 5393, 5790, 6485, 7953, 7976, 8046	—	März 19. k. k. Bl.
—	Dec. 15. k. k. Bl.		Nr. 53 6784, 7567, 8097
	Nr. 257 345	—	Juni 11. k. k. Bl.
—	Dec. 15. k. k. Bl. für Niederösterreich		für Salzburg Nr. 58 5760
	Nr. 473 4189	—	Juli 5. k. k. Bl.
—	Dec. 16. Verord- nungsbl. d. Handels- minist. Nr. 100 ... 3197		Nr. 130... 91, 488, 5485, 5760, 6614, 6820, 7301, 7358, 8150
—	Dec. 27. k. k. Bl.	—	Juli 18. k. k. Bl.
	Nr. 260 3089		Nr. 132 258
		—	Juli 25. k. k. Bl.
			Nr. 148 3522, 5486
		—	Juli 31. k. k. Bl.
			Nr. 153 1353
		—	Oct. 2. k. k. Bl.
			Nr. 190... 422, 452, 833, 1686
		—	Oct. 3. k. k. Bl.
			Nr. 193 252

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1853	Oct 6. R. G. Bl. Nr. 200 6201, 6309		3581, 3582, 3612, 3613, 3667, 4045, 4049, 4094, 4192, 4374, 4377, 4378, 4502, 4708, 4775, 4920, 4921, 4922, 4975, 5014, 5086, 5192, 5282, 5355, 5397, 5411, 5503, 5767, 5921, 6458, 6555, 6832, 7300, 7510, 8148
—	Oct. 29. R. G. Bl. Nr. 236 4364, 4639		
—	Nov. 8. R. G. Bl. Nr. 237 1458, 3024, 5740		
—	Dec. 1. Nr. 37060 5569, 7937		
—	Statuten der n. ö. Escomptegeſellſchaft vom 16. December. 343	1854	Sept. 25. R. G. Bl. Nr. 236 3231
1854	April 15. R. G. Bl. für Mähren II. Abth. Nr. 11 1522	—	Sept. 28. R. G. Bl. Nr. 246 2549
—	April 20. R. G. Bl. Nr. 96 4270, 4696, 6275, 6535, 8015	—	Oct. 2. R. G. Bl. Nr. 253 2802, 5935
—	April 22. R. G. Bl. Nr. 101 4777, 4960, 5696	—	Oct. 5. R. G. Bl. Nr. 255 3771
—	Mai 23. R. G. Bl. Nr. 146 (Berggeſetz) 91, 488, 1187, 4572, 5890, 7683, 7701	—	Oct. 5. Nr. 634 (Boll- zugsvorſchrift z. Berg- geſetz) 7683, 7701
—	Mai 26. R. G. Bl. Nr. 132 4896	—	Nov. 27. Nr. 47988 5569
—	Juni 2. Nr. 9591.. 5364	1855	Jän. 25. R. G. Bl. Nr. 18 1427
—	Juni 2. Nr. 9939.. 6040	—	Jän. 29. R. G. Bl. Nr. 23 4899, 5191, 5578, 6216
—	Juni 16. R. G. Bl. Nr. 165 3189	—	Febr. 16. R. G. Bl. Nr. 34 1547, 3361, 3733, 5751, 5954, 6988, 7117, 7193, 7194, 8100
—	Juli 3. R. G. Bl. Nr. 169 ... 5496, 6245, 6393	—	März 17. R. G. Bl. Nr. 52 1824
—	Juli 11. R. G. Bl. Nr. 200 380	—	März 25. Nr. 1783 5959
—	Juli 14. R. G. Bl. Nr. 193 6471	—	März 31. R. G. Bl. Nr. 58 1746, 4899, 5191, 6216
—	Juli 17. R. G. Bl. Nr. 190 1520	—	April 19. R. G. Bl. Nr. 75 2798, 2907
—	Aug. 24. Nr. 37027 5725	—	Mai 21. R. G. Bl. Nr. 94 (Notariats- ordnung) .. 195, 712, 782, 825, 1083, 1698, 1798, 1846, 2034, 2506, 2731, 2825, 2992, 3643, 3736,
—	Sept. 14. R. G. Bl. Nr. 238 506, 1948, 2629, 2859, 3388, 3399,		

Nr.	Jahr	Nr.
4112, 4149, 4255, 4267, 4573, 6232, 6274, 6280, 6430, 6764, 6916, 7028, 7074, 8000, 8098	1856 März 16. N. O. Bl.	
55 Juni 19. N. O. Bl.	Nr. 37 7572	
Nr. 106 547, 1358	— März 20. N. O. Bl.	
— Juni 29. N. O. Bl.	Nr. 36 1392, 2432, 3029, 4108, 7897	
Nr. 117 4488, 7037	— Justiz-Min.-Erlaß v.	
Juni 30. N. O. Bl.	26. März Nr. 6056 3485	
Nr. 119 4347	— April 6. N. O. Bl.	
— Aug. 18. N. O. Bl.	Nr. 50 1337	
Nr. 144 1427	— Justiz-Minist.-Ver-	
— Aug. 18. N. O. Bl.	ordnung v. 25. April	
Nr. 195 (Concordat) 270, 474, 520, 675, 722, 1319, 1884, 3592, 7590, 7829	Nr. 8911... 3942, 4285, 5433	
— Sept. 3. N. O. Bl.	— Mai 3. N. O. Bl.	
Nr. 161 6614	Nr. 69 1159	
— Oct. 21. N. O. Bl.	— Mai 19. N. O. Bl.	
Nr. 185 858	Nr. 83 4011, 4642 4835	
— Nov. 2. N. O. Bl.	— Juni 20. N. O. Bl.	
v. J. 1856 Nr. 1.. 1427, 2782, 3210, 3264, 4586	Nr. 112 6216	
— Nov. 6. N. O. Bl.	— Juli 27. N. O. Bl.	
Nr. 186 1007	Nr. 136 5428	
— Nov. 7. Nr. 9671. 4499, 5758	— Juli 28. N. O. Bl.	
— Dec. 8. N. O. Bl.	Nr. 137 5240, 6230	
Nr. 213 4292	— Juli 28. N. O. Bl.	
— Dec. 15. N. O. Bl.	Nr. 141 3014, 3999	
Nr. 222 258, 439, 2082, 2231, 3771	— Aug. 20. Nr. 18022 5350	
356 Febr. 7. N. O. Bl.	— Sept. 2. N. O. Bl.	
Nr. 21 945, 1323, 1432, 1492, 1592, 1647, 2359, 3202, 3367, 3500, 4067, 4191	Nr. 164 7261	
— Justiz-Min.-Erlaß v.	— Oct. 8. N. O. Bl.	
9. Febr. mit Schreiben	Nr. 185 881, 1063, 2007	
des Fürsterzbischofs	— Oct. 8. N. O. Bl.	
von Wien a. d. päpst-	Nr. 185 Anhang I	
lichen Nuntius vom	(Ehegesetz für Katho-	
18. August 1855... 474	liken) ... 845, 881, 1050, 1063, 1107, 1702, 1842, 1990, 3028, 3076, 3196, 3765, 3860, 6954	
	— Oct. 8. N. O. Bl.	
	Nr. 185 Anhang II	
	(Anweisung für die	

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
	geistlichen Ehegerichte) 845, 1107, 1119, 1702, 2105, 3076, 3654, 3721, 3765, 6471	1858	April 27. N. G. Bl. Nr. 63 945, 1647 2061, 2129, 2359, 3202, 3302, 4067, 4596, 5510, 5592, 7381
1856	Dec. 7. N. G. Bl. Nr. 224 3440, 3447	—	April 27. N. G. Bl. Nr. 64 5592
—	Dec. 27. N. G. Bl. 1857, Nr. 1 4297	—	April 27. Nr. 22913 Verordnungsblatt des Finanzministeriums v. J. 1858 S. 118... 3439
1857	Jän. 24. N. G. Bl. Nr. 101 1647, 2061	—	Mai 21. N. G. Bl. Nr. 81 7081
—	März 14. N. G. Bl. für Tirol II. Abtheil. Nr. 6 2932	—	Juni 13. N. G. Bl. Nr. 95 7829
—	Juni 8. N. G. Bl. Nr. 114 752, 782	—	Juni 30. N. G. Bl. Nr. 100 882, 4048, 4102, 4423
—	Aug. 14. N. G. Bl. Nr. 153 4455	—	Juli 5. Nr. 7730.. 6145, 6646, 6750, 6922
—	Sept. 18. Nr. 20886 3482	—	Juli 21. N. G. Bl. Nr. 105 1184, 1234, 1805, 2026, 2205, 3235, 3609, 4032, 4096, 5023, 5115, 5177, 5993
—	Sept. 19. N. G. Bl. Nr. 169 1647, 2061, 5592, 7381	—	Aug. 30. N. G. Bl. Nr. 131.. 945, 1647, 3202
—	Sept. 26. N. G. Bl. Nr. 180 5334	—	Sept. 1. 4228
—	Oct. 10. N. G. Bl. Nr. 190 2179, 4455, 5704, 5717	—	Justiz-Min.-Erlaß v. 6. Oct. Nr. 19564. 1050
—	Oct. 23. N. G. Bl. Nr. 207 5878	—	Nov. 2. N. G. Bl. Nr. 197 5868, 5896
—	Oct. 29. N. G. Bl. Nr. 211 1427	—	Nov. 2. N. G. Bl. Nr. 198 8045
—	Justiz-Min.-Erlaß v. 29. Oct. Nr. 22224 1748	—	Nov. 2. N. G. Bl. Nr. 199 872
—	Oct. 31. N. G. Bl. Nr. 218 7358	—	Nov. 10. N. G. Bl. Nr. 227 5760
—	Dec. 2. N. G. Bl. Nr. 234 2321	—	Dec. 17. N. G. Bl. Nr. 234 937
—	Dec. 29. J. M. B. Nr. 22464.. 2788, 5954, 7733	—	Dec. 23. Nr. 24297 5221
1858	Febr. 16. N. G. Bl. Nr. 26 1080	—	Dec. 26. N. G. Bl. Nr. 244 945, 1432, 1647, 3202, 4067
—	Febr. 25. Nr. 8665 5489		
—	April 4. N. G. Bl. Nr. 63 6990, 7081		

hr	Nr.	Jahr	Nr.
58	Dec. 28. N. O. Bl. v. 1859. Nr. 2...		2667, 2819, 3134, 3380, 3723, 4269, 4405, 5020, 5774, 6089, 6583, 6886
59	Jän. 25. Nr. 23961	1859	Dec. 27. N. O. Bl. Nr. 236....1335, 1464, 2810, 3119, 3385, 3487
—	Febr. 3. N. O. Bl. Nr. 120.....	1860	Jän. 30. N. O. Bl. Nr. 28.....1468
—	März 12. N. O. Bl. Nr. 46.....1171, 2611, 2833, 2931, 3592, 3666, 4029, 4345, 7727, 7753	—	Febr. 15. N. O. Bl. Nr. 41.....6420
—	April 15. N. O. Bl. für Tirol Nr. 33 ..	—	Febr. 18. N. O. Bl. Nr. 441495, 2005
—	April 16. Nr. 7407 Erlaß des Handelsm.	—	Febr. 29. N. O. Bl. Nr. 55.....3984, 5704, 7196
—	April 27. N. O. Bl. Nr. 71	—	März 10. N. O. Bl. Nr. 64
—	April 29. N. O. Bl. Nr. 69.....1647	—	März 22. N. O. Bl. Nr. 71
—	Mai 18. N. O. Bl. Nr. 901746, 1866	—	März 24. N. O. Bl. Nr. 80
—	Juni 24. N. O. Bl. Nr. 123	—	Mai 7. N. O. Bl. Nr. 120....2585, 2870, 3840, 4149, 5506, 5617, 6280, 6916, 8000
—	Juli 2. N. O. Bl. Nr. 120....1368, 2558, 3051, 3795, 4081, 7509	—	Mai 9. N. O. Bl. Nr. 1251368, 2762, 3051, 4081, 4323, 4912, 6257, 6857, 7509, 7728
—	Juli 5. N. O. Bl. Nr. 122....2996, 3467, 3474, 3534, 3941, 4027, 4310, 4320, 4817, 5169, 5174, 5364, 6220, 7088, 8121	—	Mai 13. N. O. Bl. Nr. 123
—	Juli 17. N. O. Bl. Nr. 1443051, 7178	—	Juni 20. N. O. Bl. Nr. 1623748, 7829
—	Juli 18. N. O. Bl. Nr. 131	—	Juni 24. N. O. Bl. Nr. 159
—	Juli 18. N. O. Bl. Nr. 1323164, 6747	—	Juli 6. Nr. 31233, Finanz - Ministerial- Erlaß.....
—	Sept. 13. N. O. Bl. für Niederösterreich II. Abth. Nr. 11...	—	Juli 7. N. O. Bl. Nr. 172....2218, 2475, 2864, 5052, 6084, 6435, 6730, 7542
—	Oct. 27. N. O. Bl. Nr. 196.....	—	Juli 13. N. O. Bl. Nr. 175.....
—	Dec. 20. N. O. Bl. Nr. 227 (Gewerbe- ordnung) ...		
	2230, 2369,		

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1860	Juli 17. k. k. Bl. für Tirol Nr. 43 .. 3412	1861	Oct. 3. k. k. Bl. Nr. 98..... 3880
—	Aug. 28. k. k. Bl. Nr. 205....1768, 1906, 2399, 3022, 5236, 7310, 7407, 7450	1862	Febr. 28. Nr. 1557 7698
—	Aug. 28. k. k. Bl. Nr. 208..... 4847	—	März 5. k. k. Bl. Nr. 18 (Gemeinde- gesetz).....3591, 5995, 6172, 7935
—	Sept. 19. k. k. Bl. Nr. 212 ... 1324, 1508, 1548, 1560, 1707, 1780, 1783, 1845, 1870, 1964, 2032, 2082, 2275, 2313, 2570, 2699, 2813, 2956, 2980, 3015, 3119, 3220, 3346, 3441, 3946, 4108, 4304, 4464, 4871, 4952, 5140, 5164, 5281, 5655, 5679, 5687, 5977, 5978, 6041, 6264, 6341, 6899, 6973, 7000, 7052, 7324, 7471, 7547, 7578, 7702, 7706, 7767, 7885, 7898, 7940, 7974	—	J. M. B. v. 15. März Nr. 865..... 2562
—	Oct. 20. k. k. Bl. Nr. 226..... 2474	—	Mai 24. Nr. 4139. 5704
—	Oct. 24. k. k. Bl. Nr. 249....3014, 3999,	—	Juni 24. 7989
—	Dec. 27. k. k. Bl. Nr. 278....1632, 2041	—	Sept. 23. Nr. 9627 4971, 7989
1861	Jän. 11. k. k. Bl. Nr. 8 6089	—	Oct. 27. k. k. Bl. Nr. 874575, 7531
—	Justiz-Min.-Erlaß v. 26. Febr. Nr. 1823 1511	—	Nov. 7. k. k. Bl. Nr. 85.4927, 7029, 7823
—	Febr. 26. k. k. Bl. Nr. 20..... 3880	—	Dec. 13. k. k. Bl. Nr. 89.....2610, 2807, 5393, 7425, 7887
—	März 26. k. k. Bl. Nr. 391632, 2041	—	Dec. 19. k. k. Bl. Nr. 101 3188
—	Mai 20. k. k. Bl. für Tirol Nr. 39... 5697	—	Berordn. der Wiener Börsenf. v. 27. Dec. 3570
—	Juli 22. Nr. 6099. 8218	1863	März 9. k. k. Bl. Nr. 27 6014
—	Indefercurialbefchlüsse vom 23. Juli..... 2474	—	Februar 10. k. k. Nr. 3634 4228
—	August 30..... 2270	—	Juni 15. (Statuten der priv. allgemeinen Bodencreditanstalt in Wien) 4909
		—	Dec. 3. k. k. Bl. Nr. 105....3085, 3386, 6172, 6460, 6778, 7543, 7707, 8211
		—	Dec. 29. Nr. 25293 4708
		1864	März 15. k. k. Bl. für Mähren Nr. 4 (Gemeindeordnung). 5877, 7935
		—	März 31. k. k. Bl. für Niederösterreich Nr. 5 3591

Nr.	Jahr	Nr.
64 April 3. Nr. 2640. 6169	Berordn. des Finanz-	
- April 12. L. G. Bl.	ministeriums	4120
für Salzburg Nr. 5. 4187	1865 Sept. 20. R. G. Bl.	
- April 16. L. G. Bl.	Nr. 89	2859
für Böhmen Nr. 7	— Oct. 11. L. G. Bl.	
(Gemeindeordnuna). 3944,	für Niederösterreich v.	
4172, 4540, 4890, 4945,	Jahre 1866 Nr. 11. 2671,	
5387, 5995, 6061, 6662,	3008, 3141, 6283, 7966	
7230, 7558, 7838	— Oct. 28. R. G. Bl.	
- April 28. L. G. Bl.	Nr. 110	5186, 6256,
für Oberösterreich	6330, 6943, 7444, 8112,	
Nr. 6	8145, 8224, 8226	
3547, 3610,	— Dec. 6. R. G. Bl.	
4252	v. J. 1866, Nr. 16. 4112	
- Mai 2. L. G. Bl.	1866 Jan. 6. L. G. Bl.	
für Steiermark Nr. 5	für Galizien Nr. 1 . .	4482
(Gemeindeordnung). 3950,	— Febr. 13. L. G. Bl.	
7789	für Niederösterreich	
- Mai 2. L. G. Bl.	Nr. 3	8015
für Tirol Nr. 23 . .	— Febr. 17. L. G. Bl.	
7573	für Krain Nr. 2 . . .	4420
- Mai 9. Circular des	— März 27. L. G. Bl.	
Tiroler D. L. G.	für Tirol Nr. 42 . .	6746
Nr. 1340	— Mai 17. L. G. Bl.	
4378	für Niederösterreich	
- Mai 11. L. G. Bl.	Nr. 15	8115
für Böhmen Nr. 20	— Juni 1. L. G. Bl.	
(Bauordnung) 4540, 4572	für Böhmen Nr. 49. 5141	
- Juni 1. R. G. Bl.	— Juni 14. L. G. Bl.	
Nr. 49	f. Steiermark Nr. 19 7747	
2757, 3921,	— Aug. 12. L. G. Bl.	
7333, 7444	für Galizien Nr. 19	
- Juni 11. L. G. Bl.	(Gemeindeordnung). 6131,	
f. Oberöstr. Nr. 11 3393	6382, 7189, 7843, 7849,	
- A. h. Entschließung	7918	
v. 26. Juni 1948, 3388,	— Oct. 3. R. G. Bl.	
4049	Nr. 116	4422, 6893
- Juli 25. L. G. Bl.	— Nov. 5. Justiz-Min.-	
f. Böhmen Nr. 27 . .	Erlaß Nr. 10977 . .	7316
4914,	— Dec. 7. R. G. Bl.	
7453	Nr. 155	3343, 7068,
- Sept. 13. L. G. Bl.		7733
f. Böhmen Nr. 33 . .	— Dec. 11. R. G. Bl.	
3629	Nr. 164	6893
3639, 3640		
- Sept. 17. L. G. Bl.		
f. Böhmen Nr. 33 . .		
7981		
65 April 19. R. G. Bl.		
Nr. 27		
6601, 7922		
- Juni 6. Nr. 13336		

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1866	Dec. 11. N. O. Bl. Nr. 168..... 5475	1868	Mai 11. N. O. Bl. Nr. 40 3343, 7068, 7733
—	Dec. 14. N. O. Bl. Nr. 160.... 3104, 3975, 5932	—	Mai 25. N. O. Bl. Nr. 47..... 3165, 3196, 3236, 3654, 3765, 3860, 4623, 5225, 5654, 5904, 6964, 7589, 7934
—	Dec. 20. N. O. Bl. v. Jahre 1867 Nr. 6 2859	—	Mai 25. N. O. Bl. Nr. 48 6471
—	Dec. 21. N. O. Bl. Nr. 142 8035, 8501	—	Mai 25. N. O. Bl. Nr. 49 5225, 5322, 7289, 8201
1867	Febr. 15. N. O. Bl. Nr. 113 5935	—	Juni 4. N. O. Bl. Nr. 58..... 3726, 3934, 5704, 7196
—	März 29. Nr. 3200 5357, 6146	—	Juni 13. N. O. Bl. Nr. 61..... 3797, 5959, 7750
—	April 8. Nr. 3696. 5357	—	Juni 14. N. O. Bl. Nr. 62 3302, 3405, 3975, 4515, 4516, 4518, 4854, 5932, 6552, 6821, 6851, 6933, 7165, 7303, 7970
—	April 23. N. O. Bl. Nr. 108 6048	—	Juni 20. N. O. Bl. Nr. 66 3570
—	Nov. 15. N. O. Bl. Nr. 131 3674, 3764, 3958, 4159, 5233, 5234, 5390	—	Berordn. der Wiener Börsenkammer vom 26. Juni 3570
—	Dec. 21. N. O. Bl. Nr. 141 3880	—	Juni 27. N. O. Bl. Nr. 79..... 4101, 4157, 4586
—	Dec. 21. N. O. Bl. Nr. 142.... 4656, 4982, 5225, 5556, 5807, 6141, 6471, 6867, 7289	—	Juni 29. N. O. Bl. Nr. 118.... 4208, 5251
—	Dec. 21. N. O. Bl. Nr. 143.... 3919, 4359, 7747	—	Juli 1. N. O. Bl. Nr. 80..... 3165, 3731, 3765
—	Dec. 21. N. O. Bl. Nr. 144.... 3037, 3508, 3721, 4023, 4071, 4772, 5280, 6084, 6729, 6772	—	Sept. 13. N. O. Bl. Nr. 130 6856
—	Dec. 21. N. O. Bl. Nr. 145 7573	—	Sept. 26. N. O. Bl. für Ober-Oesterreich Nr. 15 3178
1868	Mai 3. N. O. Bl. Nr. 33..... 4594, 5543		
—	Mai 3. N. O. Bl. Nr. 35 6953		
—	Mai 3. N. O. Bl. Nr. 36 3089, 3550		
—	Mai 4. N. O. Bl. Nr. 34 3587, 3894		
—	Mai 6. Nr. 5003. 4508		

nr	Nr.	Jahr	Nr.
68	Oct. 22. k. G. Bl. f. Salzburg Nr. 28.	1869	April 18. k. G. Bl. Nr. 44 3819, 4359, 4656, 4715, 7747, 7849
—	Nov. 1. k. G. Bl. für Galizien	—	April 29. k. G. Bl. für Mähren Nr. 23.
—	Dec. 3. k. G. Bl. für Böhmen Nr. 59	—	Mai 14. k. G. Bl. Nr. 62 3551, 6988, 8017
—	Dec. 5. k. G. Bl. Nr. 151 (Wehrgeſetz)	—	Mai 15. k. G. Bl. für Tirol Nr. 25..
—	Dec. 28. k. G. Bl. Nr. 158	—	Mai 20. k. G. Bl. Nr. 78 (Militär- Jurisdictionsnorm) 3603, 5493
—	Dec. 31. k. G. Bl. 1869 Nr. 4	—	Mai 20. k. G. Bl. Nr. 83 6555
69	Jän. 9. k. G. Bl. Nr. 7	—	Mai 24. k. G. Bl. Nr. 88 4226
—	Jän. 9. k. G. Bl. Nr. 8 5073, 4744, 7173	—	Mai 30. k. G. Bl. Nr. 93 (Wasserrechts- geſetz) 4270, 4541, 4697, 4806, 4877, 4968, 5052, 5094, 5160, 5181, 5239, 5326, 5546, 5821, 6084, 6725, 6738, 7395, 7542
—	Jän. 24. k. G. Bl. Nr. 15 7948	—	Juni 10. k. G. Bl. Nr. 113 8085
—	Jän. 30. k. G. Bl. Nr. 28 5081	—	Juni 22. Juſt.-Min.- Erlaß Nr. 7614.. 4277, 7949
—	Febr. 6. k. G. Bl. Nr. 18 3875, 3914, 4048, 4056, 4102, 4272, 4423, 4465, 4819, 4885, 4908, 5275, 5504, 5777, 6334, 6671, 6736, 6741, 6780, 7202, 7640, 7796, 8147, 8220	—	Juli 10. k. G. Bl. Nr. 113 5927
—	Febr. 8. k. G. B. für Böhmen Nr. 26.	—	Juli 20. k. G. Bl. für Ober-Oeſterreich Nr. 18 6151
—	Febr. 8. k. G. Bl. f. Steiermark Nr. 11	—	Sept. 11. k. G. Bl. Nr. 180 6555
—	März 5. k. G. Bl. Nr. 27 4210, 5363, 6832, 6929, 8040	—	Dec. 20. k. G. Bl. f. Böhmen Nr. 152. 4048, 4102, 4157, 4368
—	März 6. k. G. Bl. Nr. 29 6420	1870	Febr. 19. k. G. Bl. für Böhmen Nr. 22
—	April 3. k. G. Bl. Nr. 43 4482	—	Febr. 21. k. G. Bl. für Tirol Nr. 16 .. 6746

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1870	März 14. R. G. Bl. Nr. 33 5097	1871	Febr. 24. 4610
—	April 2. R. G. Bl. Nr. 59 6318	—	April 16. Nr. 3003 7202
—	April 6. R. G. Bl. Nr. 42 4095	—	April 24. R. G. Bl. Nr. 50 6856, 7733
—	April 9. R. G. Bl. Nr. 51 5225, 7589, 7934, 8066	—	Juni 10. Nr. 5823 6587
—	Juni 27. Nr. 8194. 5484	—	Juli 25. R. G. Bl. Nr. 76 4563, 4654, 4815, 5607, 5631, 5665, 5983, 6014, 6049, 6090, 6122, 6545, 6686, 6854, 6892, 7049, 7288, 7462, 7475, 7480, 7566, 7618, 7650, 7661, 7672, 7673, 7699, 8004, 8012, 8130, 8140, 8199
—	Aug. 28. R. G. Bl. für Niederösterreich Nr. 56 (Wasserrechtsgesetz) 4697, 4806, 5821, 6588, 7542	—	Juli 25. R. G. Bl. Nr. 96 4423, 4526, 4644, 4866, 4902, 5126, 5270, 5432, 5514, 5558, 5789, 5799, 5818, 5863, 6154, 6288, 6704, 6736, 7161, 7309, 7429, 7613, 7646, 7818, 7853, 7855, 7942, 8103
—	Aug. 28. R. G. Bl. für Oberösterreich Nr. 32 (Wasserrechtsgesetz) 6435, 6727, 6728, 6730	—	Aug. 28. R. G. Bl. f. Böhmen Nr. 71.. 4270
—	Aug. 28. R. G. Bl. für Böhmen Nr. 71 (Wasserrechtsgesetz). 4541, 4877, 5100, 5158, 5181, 5239, 5326, 6588, 6650, 6691, 6725, 6731, 6732, 7034, 7648	—	Sept. 7. Nr. 9971. 7989
—	Aug. 28. R. G. Bl. für Schlesien Nr. 51 (Wasserrechtsgesetz) 4968, 5160	—	Sept. 12. Nr. 9820. 6587
—	Aug. 28. R. G. Bl. für Tirol Nr. 64 (Wasserrechtsgesetz). 5052, 6738, 6765	—	Sept. 29. R. G. Bl. Nr. 111 5113
—	Aug. 28. R. G. Bl. für Kärnten Nr. 46 (Wasserrechtsgesetz) 5278, 7595	—	Oct. 4. Nr. 11200. 4644
—	Oct. 18. R. G. Bl. f. Steiermark Nr. 58 7501	—	Oct. 27. R. G. Bl. Nr. 131 8179
—	Dec. 20. R. G. Bl. Nr. 142 8057	—	Nov. 18. R. G. Bl. 1872, Nr. 157 ... 6048
		—	Dec. 18. R. G. Bl. für Niederösterreich v. Jahre 1872 Nr. 1 7070, 7903
		—	Dec. 19. Nr. 14224 4644
		1872	Jän. 12. R. G. Bl. Nr. 5 (Instruction z. Vollzug des Grund- buchgesetzes). 6369, 6810

Nr.	Jahr	Nr.
12 Febr. 15. Nr. 1992 6358	5719, 6301, 6445, 6500,	
- März 29. R. G. Bl.	6578, 6843, 6935, 7032,	
Nr. 39.....4708, 4775,	7455, 7484, 7485, 7507,	
4916, 4920, 5016, 5086,	7755, 7894	
5397, 5411, 5503, 5767,	1873 April 27. R. G. Bl.	
5921, 7510	Nr. 67.....6020, 6081,	
- April 1. R. G. Bl.	6414	
Nr. 40 5471	— April 29. R. G. Bl.	
- Mai 15. R. G. Bl.	Nr. 684323, 5098,	
für Krain Nr. 16	5217, 5284, 5386, 5419,	
(Wasserrechtsgesetz)	5457, 5579, 5611, 5928,	
5546, 6084	6024, 6198, 6263, 6321,	
- Juli 1. R. G. Bl.	6464, 6719, 6920, 7086,	
Nr. 905274, 6222	7215, 7247, 7482, 7530,	
- Juli 12. R. G. Bl.	7583, 7682, 7683, 7930,	
Nr. 112 ...4029, 4790,	7967, 8070, 8219	
5750, 7184, 7919	— Mai 8. R. G. Bl.	
- Juli 14. R. G. Bl.	f. Bukowina Nr. 26 7853	
Nr. 119.6988,7313, 8017	— Juni 10. R. G. Bl.	
- Sept. 27. Nr. 53.. 5116	Nr. 105 5113	
- Nov. 9. Nr. 14028 7989	— Dec. 4. Nr. 14574 6890	
13 Jan. 21. R. G. Bl.	1874 Febr. 16. Nr. 2013 6587	
Nr. 13 6969	— Febr. 28. R. G. Bl.	
- Jan. 30. R. G. Bl.	für Kärnten Nr. 13. 7501	
für Dalmatien Nr. 11 7501	— März 20. R. G. Bl.	
- Febr. 2. R. G. Bl.	für Galizien Nr. 29	
für Böhmen v. Jahre	6534, 7161	
1874, Nr. 60.... 7501	— März 25. R. G. Bl.	
- Febr. 24. R. G. Bl.	f. Steiermark Nr. 28 5799	
für Böhmen Nr. 16. 7981	— April 24 R. G. Bl.	
- Febr. 24. R. G. Bl.	Nr. 495500, 5647,	
für Böhmen Nr. 17. 8017	5671, 5789, 5872, 5962,	
- März 6. R. G. Bl.	6134, 6417, 6445, 6549,	
der Bukowina Nr. 22	6578, 7109, 7234, 7260	
(Wasserrechtsgesetz). 6054	— April 27. R. G. Bl.	
- März 8. R. G. Bl.	Nr. 42 6477	
für Bukowina Nr. 23 7853	— April 30. R. G. Bl.	
- April 9. R. G. Bl.	für Mähren Nr. 37 6969,	
Nr. 706609, 7312,	6976, 7084, 7501	
7334, 7418, 8153	— Mai 7. R. G. Bl.	
- April 27. R. G. Bl.	Nr. 50.....5660, 6095,	
Nr. 66 (Gesetz über	7193, 7590, 7599, 8100	
das Bagatellverfah-	— Mai 14. R. G. Bl.	
ren).....5179, 5336,	Nr. 596420, 6440	

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1874	Mai 16. N. G. Bl. Nr. 70..... 7510	1875	Oct. 22. N. G. Bl. 1876, Nr. 36 8182
—	Mai 19. N. G. Bl. Nr. 70.....5558, 5759, 5767, 5781, 5789, 5818, 5824, 5962	—	Dec. 26. N. G. Bl. Nr. 159 6477
—	Juni 2. N. G. Bl. Nr. 88 7600	1876	März 1. N. G. Bl. Nr. 236445, 6843
—	Juni 2. L. G. Bl. für Schlesien Nr. 98 5863	—	Juni 9. L. G. Bl. für Oberösterreich Nr. 18 7501
—	Juni 10. N. G. Bl. Nr. 756654, 7340	—	Juni 13. N. G. Bl. Nr. 906976, 7501
—	Juni 13. Nr. 5735. 7501	1877	Juli 29. N. G. Bl. Nr. 66.....7465, 7466, 7557, 7574, 7580, 7596, 7878, 7885, 7951, 7978, 8023, 8042, 8112, 8145, 8158, 8198, 8224, 8226
—	Juni 14. L. G. Bl. für Tirol Nr. 39.. 7573	—	Dec. 5. N. G. Bl. Nr. 111 7234
—	Oct. 9. N. G. Bl. 1875, Nr. 88.... 6048	1878	April 24. N. G. Bl. Nr. 49..... 8214
—	Nov. 2. L. G. Bl. für Schlesien Nr. 51 6969	—	Juni 27. N. G. Bl. Nr. 667897, 8009
—	Dec. 5. L. G. Bl. für Böhmen Nr. 92 7510, 7855	—	Juli 5. N. G. Bl. Nr. 88 7971
—	Dec. 22. N. G. Bl. Nr. 1476114, 6477	—	Aug. 3. N. G. Bl. Nr. 104 7971
1875	März 14. L. G. Bl. für Galizien Nr. 38 (Wasserrechtsgesetz) 7395, 8138	1879	Mai 22. N. G. Bl. Nr. 68 7832
—	März 28. N. G. Bl. Nr. 37..... 7506	1880	März 8. Nr. 3938. 8071 — März 28. Nr. 3731 8057

Systematisches Register

zu Band XIII—XVIII.

A. Civilrecht.

I. Allgemeine Lehren.

- I. Gewohnheitsrecht. Begründung von Nutzungsrechten an Gemeindegut durch „altes Herkommen“ 6061. Gerichtsgebrauch 7068. Bedeutung der „Handelsusance“ 7778, 8146; Beweis derselben 7345.
- II. Zeitliche Collision der Gesetze. In Bezug auf Verjährung und Ersetzung 6803, 7037. Anwendung des allgem. Grundb.-Ges. v. 25. Juli 1871 auf Eintragung älterer Schulbuktunden (ohne Mitfertigung zweier Zeugen) 5956; auf Rechtfertigung vordem erwirkter Pränotationen? 5679, 5862, 6121, 6823, 7181, 7433 (vgl. Verf. außer Streitf. F). Einflußlosigkeit der Vbg. v. 28. October 1865, R. G. Bl. Nr. 110, auf ältere Executionsprivilegien 7444. Einfluß der späteren Finanzgesetze auf eine im vorigen Jahrhundert errichtete Stiftsotation 5592; auf die Berechnung aus dem vorigen Jahrhunderte herrührender Verlassenschaftsschulden 7081. Erlaubtes Zinsenmaß; Verletzung des Bucherpatentes v. 1803 und §§. 994, 997, 1000 a. b. G. B.? 6552, 6851. Rückwirkung der civilrechtlichen Bestimmungen des Ges. v. 19. Juli 1877 (für Galizien), R. G. Bl. Nr. 66, über unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften 7465, 7466, 7557, 8224, 8226. Nichtrückwirkung derselben 7574, 7596, 7978; bei älterer statutarischer Befreiung von Zinstaren? 8112, 8145, 8224, 8226. Nichtrückwirkung von Gesetzen über die Form von Rechtsgeschäften 6545. Einfluß des Ges. v. 25. Mai 1868 auf früher geschlossene Ehe 6964. Beurtheilung der ehelichen Geburt 6488, 6511. Beurtheilung der Wirksamkeit eines Testamentes 7117; eines im 17. Jahrhundert gestifteten Familienfideicommisses 6488, 6511. Einfluß der Aufhebung der Untheilbarkeit von Bauerngütern auf ein vorher errichtetes Testament 6472, 7693. Veränderung der Proceßgesetze s. Verf. in Streitf. B.

III. Vertikale Collision der Gesetze. Behandlung von Ungarn als Inland? 6867, 7169. Ungarische Steuerforderungen im Concurse 5927; Zustellung an ungarische Staatsbürger 6356. Gegenseitige Requisition ungarischer und österreichischer Gerichte 7989. Executionsprivilegium gemeinsamer österreichisch-ungarischer Staatsbeamten 7858. Ermittlung fremden (englischen) Rechts 6101, 7875. Retorsion? 6316. Beurtheilung der Handlungsfähigkeit eines Ausländers, der im Inlande wohnt, nach dem Rechte seines Staates 7099. Rechtfertigung einer in Ungarn erwirkten Pfandrechtspränotation 7493. Einfluß der deutschen Währungsgeetze auf die Berechnung einer in Silberthalern contrahirten Schuld 6893, 7381; Beurtheilung des durch Prioritätschuldverschreibungen österreichischer Eisenbahngesellschaften begründeten Rechtsverhältnisses nach österreichischem Rechte 8214. Persönliche Fähigkeit zur Schließung einer Ehe. Hinderniß der höheren Weihen 5904, 6141. Ungültigkeit der in Ungarn von einer, von ihrem katholischen Gatten geschiedenen, hinterher zum Protestantismus übergetretenen Österreicherin geschlossenen Ehe 6471. Ungültigkeit der zwischen einem in Prag wohnhaften Ungarn jüdischer Confession und einer Preussin evangelischer Confession in Berlin geschlossenen Ehe 6867. Ungültigkeit sog. siebenbürgischer Ehen 7289, 8201. Beurtheilung einer von einer Österreicherin mit einem Ausländer in England geschlossenen Ehe 6101. Ungültigkeit einer von einem Österreicher in der englischen Botschaftscapelle geschlossenen Ehe 8066. Legitimation zur Proceßführung für ein ausländisches uneheliches Kind 6291. Fortdauer der ausländischen Vormundschaft für eine an einen Österreicher verheirathete minderjährige Ausländerin 7267. Behandlung ungarischer Steuerforderungen im Concurse 5927; eines ausländischen Fideicommisses 5948. Separatconcurse über inländische Liegenschaften auswärtiger Creditoren 6080. Vgl. unten „Proceßgesetz“ Verf. in Streitf. B; Execution ausländischer Urtheile s. ebenbas. N., 1. Verlassenschaft von Ausländern s. Verf. außer Streitf. B.

IV. Personen.

1. Beginn und Ende der Persönlichkeit. „Nasciturus pro jam nato habetur“ nicht zu Gunsten Dritter 6317. Beweis der Todgeburt 6584. (Kosten der) feierlichen Todeserklärung 6868. Erfolg der Todeserklärung durch Beurkundung der Zeugenaussagen vor einem russischen Standesbeamten 8185.

2. Auswanderung und Wohnsitz. Voraussetzungen der „Auswanderung“ 6141. Wohnsitz auf einem Landgute 8078. Aufgeben des Wohnsitzes durch Bedienstung in einem ausländischen Handelsgeschäfte? 6205. Beweis 6235.

3. Handlungsfähigkeit. Der Minderjährigen: Beweis des Alters 5584. Zeitpunkt der Vollenbung der Verjährung gegen Minderjährige 6996. Verpflichtungsfähigkeit des 20jährigen Minderjährigen, der sein Bauerngut selbständig bewirthschaftet? 7103. Auf

rechterhaltung der Rechtsgeschäfte eines M., der sich für eigenberechtigt ausgibt 6326; Voraussetzungen seiner Haftung in diesem Falle 7900. Ungiltigkeit des vom M. ohne vormundschaftliche Genehmigung geschlossenen Darlehensvertrages 6642. Perfection des vom M. geschlossenen Kaufvertrages 8118. Verpflichtung des M. mit Bezug auf das, was er sich selbst verdient 8062. Ungiltigkeit der Ehe eines M.? 5909. Grundlose Verweigerung der Zustimmung des Vaters zur Eheschließung des M. 6016. Besitzstörungshandlungen eines M. Unzulässigkeit seiner Belegung mit Arreststrafe 7266. Brandlegung durch ein 9jähriges Kind 5973. Bewilligung der Einverleibung des executiven Pfandrechts gegen M. auf Grund eines Strafurtheils 7941. Verpflichtung des m. unehelichen Vaters zur Alimentation 7442, 8107. Nullität von Proceßacten gegen einen M. Form ihrer Geltendmachung durch den großjährig Gewordenen 6892, 6819, 7103, 7119, 7872, 8033. Emancipatio saxonica und *venia aetatis* gegen Widerspruch des Vaters 5965. Verpflichtungsfähigkeit des Wahnsinnigen bezüglich der ihm von der Curatel gegebenen monatlichen Bezüge 7353. Eidesbelation an Blödsinnige? 6414, 7960. Voraussetzungen der Curatel wegen Verschwendung 7337. Provisorische Curatel wegen Verschwendung über Ausländer 7099. Eidesfähigkeit des erklärten Verschwenders 6840. Rechts- und Handlungsfähigkeit von Ordenspersonen 7590; eines geistlichen Stiftes 7829. Beweis der Trunkenheit bei Vertragsabschluß 5594. Vertragmäßige Beschränkung der Handlungsfähigkeit? 7332, 6992.

4. Juristische Personen. Stiftung oder Collegium? 7117. Selbstständige juristische Persönlichkeit einer vom Fabrikbesitzer begründeten Arbeiterunterstützungscasse 7844. Eidesbelation an jur. Pers. 8052. Haftung der jur. Pers. für Acte ihrer Organe (General-director einer Eisenbahngesellschaft) 5943, 6222; einer Bank für Irrthum ihres Cassiers 6209. Der Vorstand des Creditvereines der Ersten österr. Sparcasse führt Proceß nicht „für Dritte“ 7933. Die Finanzprocuratur nicht Organ, sondern Bevollmächtigte des *Fiscus* 5751. Haftung der Gemeinde für Besitzstörungen durch ihre Mitglieder 6377. Wirksamkeit einer Verfügung des Gemeindevorstehers über den Besitz der Gemeinde? 7789; Proceßführung 7230. Beweis der Giltigkeit eines Gemeindebeschlusses 6043. Juristische Persönlichkeit der Schulgemeinde 7811. *Hereditas jacens*: 5606, 6037, 6083, 8064, 8108. Stiftung oder *legatum sub modo*? 5836. Juristische Persönlichkeit einer Stiftung, nach gemeinem Recht auch ohne staatliche Genehmigung 7117. Vertretung zu errichtender Stiftungen durch die Finanzprocuratur 8100. Schenkung an *negotiorum gestor* der zu errichtenden Stiftung 8229. Messenstiftung 6095, 7322, 8128. Proceßführung für einen aufgelösten Verein 6593.

V. Sachen. Oeffentliche Flüsse; 6054 Eisgewinnung in solchen 7648. Oeffentlicher Landungsplatz im (Wörther-) See 7595. Das von einer Eisenbahn expropriirte Grundstück verliert seine privatrechtliche Eigen-

schaft, auch vor seiner bürgerlichen Abtrennung 7510. Gemeinbewege und Plätze 5995, 7838; Eintragung derselben in das Grundbuch? 7855. *Res extra commercium*: Gräfte 6677. Unstatthaftigkeit der Pfändung von Postpferden 7821; der Gemeinde-Abgaben 6917; der zu Cultuszwecken einer israelitischen Gemeinde dienenden Gebäude 8094. Kirchenstuhl zu allgemeiner Benützung 7539. Natur des Rechts an einem Kirchenstuhle 5663, 5861, 5876. Unbewegliche, nicht im Grundbuche eingetragene Sachen: Erwerb des Eigenthums 6213, 6327, 6346. Eigenthumsklage 8208. Pfandrecht und Execution 6044, 6180, 6424, 6853, 6858, 7529, 7534, 8222. (Vgl. unter Verf. in Streitf. N. II und Verf. außer Streitf. F.) Gesamtsache? 7229. Rose als fungible Sachen 7185. Wechsel keine „schätzbare“ Sache 7191. Schätzung eines Aures 8217.

Pertinenzien: Einfluß der Pertinenzqualität auf die Execution 5683, 6306, 6674, 6978, 7071, 7160. (Vgl. unten Verf. in Streitf. N. I. 2.) Bürgerliche Anmerkung der Nicht-Pertinenzqualität? 7881. Pertinenzqualität eines Sparherdes? 5605; des *fundus instructus* 5683, 6306; des Betriebscapitals eines Eisenwerkes? 5705; von Mobilien und Hausgeräthschaften? 6389; von Maschinen einer Fabrik 6674, 6757, 7071, 7160; des Theiles einer Sache (Keller)? 6450. Grundbucheinlage für einen unter fremden Grundstücken liegenden Keller 6704. *Superficies cedit solo* 6203. Materielle Theilung eines Hauses nach Stockwerken 6776.

VI. Realrechte. Propinationsrecht 6583. Patronatsrecht 6574. Rabicites Gewerbe 7382.

VII. Verjährung, Beginn der Verjährung (*actio nata*) 5932, 6070, 7036, 7300, 7301; von Regreßrechten 6160; der Hypothekarklage aus einer auf Kündigung gestellten Forderung 6975. *Agere non valenti non currit praescriptio* 6729. Berechnung der Verjährungszeit bei Eintritt neuer Gesetze während des Laufes 7037. Hemmung (der Triennialverjährung des §. 1487 a. b. G. B.) während ruhender Verlassenschaft? 6138. Ablauf der Verjährung gegen Minderjährige 6996.

Unterbrechung der Verjährung durch Anstellung der Klage; „gehörige Fortsetzung“ derselben 6995; des Laufes der 30tägigen Frist für die Besitzstörungsklage durch deren Anstellung; „gehörige Fortsetzung“ derselben 8194; durch abgewiesene Klage bei Wiedereinsetzung wegen schlechter Vertretung? 8039; durch im Grundbuche nicht angemerkte Klage gegen den Vorbesitzer 6381; Unterbrechung der Verjährung einer Hypothekarklage durch Uebergang der Forderung auf einen gutgläubigen bürgerlichen Cessionar 7561. Curator ad actum behufs Anstellung der (Wechsel-) Klage gegen ihn zur Unterbrechung der Verjährung 8113. Unterbrechung der Verjährung der Hypothekarklage durch Pränotation des Pfandrechts? 6812. Beweislast in Bezug auf die Unterbrechung 5755.

Wirksamkeit der Verjährung gegenüber dem gutgläubigen bürgerlichen Cessionar? 7835.

Einzelne Fälle: Triennialverjährung der Zinsen (Unterbrechung) 6381; der durch Urtheil zugesprochenen Alimente 7494; periodischer Lohnforderungen? 7147; des Anspruchs auf jährliches Entgelt für Verpflegung und Erziehung? 6625; von Leistungen aus einer Reallast (Beginn) 7301. Unanwendbarkeit der Triennialverjährung nach §. 1480 a. b. G. B. auf vertragmäßige Entschädigung für Zinsen und Dividenden 5932; auf den Ersatzanspruch der unehelichen Mutter gegen den Vater für geleistete Alimente 6052. Triennialverjährung nach §. 1487 a. b. G. B. des Pflichttheilsanspruchs (Beginn) 6070; der Klage auf Umstoßung einer letztwilligen Verfügung (Beginn) 7037, 8039; des Anspruchs wegen *laesio enormis* 6138. Triennialverjährung der Entschädigungsklagen (Beginn) 5682. Anwendbarkeit auf die Contractsklage auf Ersatz? 5743, 5932, 6370; auf den Ersatzanspruch für die für einen anderen gemachte Zahlung? 6724; auf den Ersatzanspruch nach §. 1042 a. b. G. B.? 7355. Triennialverjährung des Entschädigungsanspruchs aus einer Expropriation (Beginn) 7300; der Klage auf Genugthuung für „Schimpf und Schaden“ (Beginn) 7036.

Verjährung des gesetzlichen Vorzugsrechtes von Steuern und Gebühren, s. unten Verf. in Streitf. N. II. 4.

III. Rechtskraft des Urtheils, s. unten Verf. in Streitf. H. II: *Exceptio rei judicatae* (vgl. das. L. IV.).

II. Sachenrecht.

A Besitz.

I. Erwerb und Verlust. Besitz der Gemeinde an dem Gemeindeweg 7838. Besitz an einem Kirchenstuhl? 5663, 5861, 5876, 7539. Besitz an einzelnen Stockwerken eines Hauses 6776. Gemeinschaftlicher Besitz eines Hofes 6726; eines Felbraines 8216; eines Weges 6877; der Miterben an Nachlassrealitäten? 7311. Sach- oder Rechtsbesitz? 5898, 7554. Pachtbesitz 6493, 6998. Besitz des Bauführers oder des Bauherrn? 7073. Besitz an Forderungen? 7409, 7428. *Bonae fidei* oder *malae fidei possessio*? 8137; nach der Person des Stellvertreters im Besitzerwerb zu beurtheilen 5968.

Erwerb des Besitzes an einer Wiese 5849; an den auf einem Landgute befindlichen Rüben durch Bewohnen des Gutes? 6207; an dem Grund durch Benutzung der auf denselben geleiteten Wassertraufe? 7729; des Vermiethers an dem vom Miether gesetzten Sparherd? 5605. Rüderwerb des Besitzes durch den Verpächter nach Ablauf der Pachtzeit? 6998, 7137. *Constitutum possessorium* keine „wirkliche Uebergabe“ (§. 943 a. b. G. B.) 5607, 7673. Pfandbesitz des Vermiethers an den *invecta et illata* 7387. Erwerb des Rechtsbesitzes oder

zufälliges Zutommen eines Nutzens aus einer fremden Sache? 5771, 5809; oder Ausübung precario modo? 6486, 6195. Erwerb des Rechtsbesitzes durch Besitzhandlungen unter ausdrücklicher oder stillschweigender Gestattung des Verpflichteten 6465, 6626, 6842, 7667; auch ohne Wissen des Verpflichteten 6647; durch erfolgreiches Verbot von Handlungen des Eigenthümers 7305. Besitz der Servitut des Fahrwegs durch Fahren Dritter 6002, 6986. Succession in den Besitz 6181, 6530, 7271; durch Uebergabe seitens eines dazu nicht Bevollmächtigten? 7789.

Verlust des Besitzes des Verpächters durch Aufgeben desselben seitens des Pächters 6950; des Rechtsbesitzes durch Veränderung der dienenden Sache? 7235.

Erwerb des Besitzes durch Stellvertreter 5968; Uebergabe an einen zufällig anwesenden Bestellten des Empfängers 6098. Ratihabition 7631. Aufgeben des Besitzes durch einen dazu nicht befugten Vertreter 7789.

Selbstschuß im Besitz 5701, 6152, 7550.

- II. Besitzstörung. Wiederholte oder fortbauende Besitzstörung? 5701, 7874. Besitzentziehung zum Vortheil eines Dritten; Haftung des Letzteren 7795. Haftung einer Eisenbahngesellschaft für Besitzstörungsacte ihres Generaldirectors 5943; einer Gemeinde für die von ihren Mitgliedern als solchen begangenen Acte 6377; des Gutsherrn für Acte des Gutswalters (solidarisch mit Letzterem) 6586; des Dienstherrn für Acte seiner Dienstleute 6603; des Bestellers für Acte der Handwerker 6790; der Eisenbahngesellschaft für Acte der von ihr bestellten Baunternehmung 7749; des Auftraggebers für Acte des Stellvertreters 6474, 6557. Ratihabition einer Besitzstörungshandlung 7631. Besitzstörung durch Unmündige? 7266.

Einzelne Fälle und Arten: Besitzstörung durch Handlungen im Bereich des eigenen Besitzes? 5646, 6152, 7305, 5729 (Fällung eines Baumes, dessen Zweige auf das Nachbargrundstück überhängen), 6776 (Aufstellen von Webstühlen im zweiten Stockwerke, deren Fäden den Besitzer des ersten stört), 8216 (Ziehen eines Grabens längs des gemeinsamen Feldrains). Handlungen auf eigenem Grund, welche den Zustand der Nachbarsache verändern, begründen eine Besitzstörung 5896 (Abgrabungen), 6691 (Änderungen des Wasserlaufes), 7395.

Besitzstörung durch Erwirkung eines gemeindeamtlichen Verbots 6002; durch gemeindeamtliche Verfügungen? 5869, 6382, 6628, 6638, 6670, 7542 (Absperren der Hochquellentwasserleitung in Wien in ein Privathaus) 7843, 7918; der Gemeindeglieder durch Verpachtung bisher von ihnen benützter Gemeindegelände seitens der Gemeinde 7189; durch mit Bewilligung des Gemeindevorstandes vorgenommene Absperrung eines Zuganges? 7014; durch einzelne Gemeindeglieder als solche 6377; durch Behandlung einer Gemeindegewalt als Privateigenthum 6662; einer Gemeinde durch Absperren eines Weges 7838;

einer Gemeinde im Besitz einer Parzelle durch Vermessung und Vertheilung derselben seitens der Reuscher auf Grund einer Ueberlassungserklärung des Gemeindevorstehers und der Einsassen? 7789. Besitzstörung durch bloßes Verbot? 6094; durch Androhung des Widerstandes gegen Besitzhandlungen 7040; im Besitz von Schiffsmühlen in fließbaren Flüssen? 6054; im Besitz von Pflanzungen zum Uferschutz 8138; in der Benützung eines Landungsplatzes in einem See 7595; im Besitz einer „Murggrube“ 5899; im Besitz eines Schurffeldes 6268; durch Bergbaubetrieb unter fremdem Grund? 6187; im (gemeinschaftlichen?) Besitz eines Feldraines? 6242, 8216, 6465 (durch Umwandlung desselben in einen Graben); durch eigenmächtige Grenzregulirung 6557; durch Oeffnen eines Fensters in der Hausmauer des Nachbarn? 7554; durch Abänderung des Wasserlaufes 6691, 7395; durch Fortsetzung der Ausübung der Fahrgerechtigkeit auf dem Nachbargrund nach dessen Bepflanzung mit Wald? 7285; durch Entfernung eines Kirchensuhles seitens der Kirchenvorsteherung? 5668, 5861, 5876; Störung im Besitz eines zu allgemeiner Benützung freistehenden Synagogenhauses? 7539; des Eigentümers durch eigenmächtiges Obstpflücken des Ausgebingers 7716; des Verpächters durch den Pächter, oder des Pächters durch den Verpächter nach abgelaufener Pachtzeit? 6998, 7187; des Miethers seitens des Vermiethers durch Verhinderung der Befahrung der *invecta et illata*? 5810, 6608, 7387; durch eigenmächtige Delogirung? 6300, 6493; durch Verlaufs der Bestandsache? 8050, 7284; Störung im gemeinschaftlichen Besitz durch den Mitbesitzer 6242, 6726; durch den Mitverwalter? 6539; eines Miterben durch den anderen vor Erbtheilung? 7311. Störung im Rechtsbesitz durch Verbot der Ausübung? 5811, 6626, 7927, 8162; im Besitz der Benützung einer Planke zur Anbringung von Ankündigungen durch Aufrihtung einer anderen Tafel? 5761; im Besitze eines Wasserrechtes 6435, 6691, 6725, 6727, 6728, 6731, 6732; der Dienstbarkeit der Wasserleitung 6780; im Besitz eines Fahrrechtes durch Nichtgestattung erschwereuder Ausübung? 6877, 6970, 8072 (durch Absperren des Wegs unter gleichzeitigem Anbieten eines Schlüssels zu dem Schranken?); eines gepachteten Propinationsrechtes 6588; des Jagdrechts? 6954; des Eisbrechens im öffentlichen Fluß? 7648; des Pächters durch Einbringung der vom Sequester (gegen Verpächter) auf dem Falm verkauften Früchte? 7740; des Verpächters durch Ueberschreitungen des gegen den Pächter bestellten Sequesters 7776.

III. Besitzlage. (Voraussetzungen s. oben II.) Schutz des letzten factischen Besitzstandes 5605, 5899, 6093, 6493, 6576, 7284. Umfang des Besitzschutzes für ein Wohnungsrecht 7172. Besitzlage auf Grund von Besitzacten des Vorgängers 6181, 6530, 7271; des früheren Beklagten gegen den im früheren Besitzstörungsproceß abgewiesenen Kläger (*res judicata*?) 7120; des Bestandnehmers gegen den Ersteher der Bestandsache 8050. Schutz des letzten Besitzstandes im Grenzberichtigungs-

verfahren 6569. Klage gegen den unechten Besitzer auch nachdem er sich des Besitzes begeben hat 6592. Possessorium oder petitorium? bezüglich der Pertinenzqualität einer Sache 6606; des Verwaltungsrechts eines Miteigentümers 6447, 6539; der Rechte der Miterben 7311; wegen behaupteter Erweiterung einer Begrenzung 7926. Verhältniß des possessorium summarissimum zum possessorium ordinarium 6901.

Legitimation des Fideicommisscurators zur selbständigen Aufstellung der Besitzstörungsklage 7874; des einen Mitbesizers gegen den anderen 6242, 7311; wegen eigenmächtiger Theilung und Abgrenzung 6726. Statthaftigkeit der Besitzklage gegen den Vater wegen Besitzstörungshandlungen des unmündigen Sohnes 7266; gegen die die Besitzstörung eines Anderen (stillschweigend) Ratihabirenden 7681; gegen den Auftraggeber wegen Besitzstörung durch den Beauftragten 6474, 6557, 7749; des Pächters gegen den wider den Verpächter bestellten Sequester 7740; Besitzklage gegen den im Besitze der zu seinem Vortheile widerrechtlich entzogenen Sache befindlichen Dritten 7795.

Frist für die Klage im possessorium summarissimum: bei wiederholter Störung? 5701, 7874. Vom Tage nach bestimmt erlangter Wissenschaft zu rechnen 6394. Nichteinrechnung des Tages der erlangten Kenntniß 7623. Unanwendbarkeit der 30tägigen Präklusivfrist auf die Klage wegen neuerlicher durch Erkenntniß untersagter Besitzstörung 7043. Unterbrechung des Laufs durch Anstellung der Klage; „gehörige Fortsetzung“ derselben? 8194.

Unzulässigkeit direkter Belangung eines Unmündigen mit der Besitzklage 7266; der Besitzstörungsklage gegen den zum Schutze des eigenen Besitzes Handelnden 6152; wegen Störung eines zur allgemeinen Benützung freistehenden Kirchenstuhles 7539; wegen Bergbaubetriebs unter fremdem Grunde 6187; wegen Störung eines Miterben im Allein- oder Mitbesitz einer noch ungetheilten Verlassenschaftsrealität 7311; wegen fortgesetzter Benützung der Bestandsache durch den Pächter nach abgelaufener Bestandszeit 7137; wegen eigenmächtiger Delogirung des Miethers nach abgelaufener Miethzeit 6300.

Verhältniß der Besitzstörungsklage zur Bau-Aufforderungsklage 7489, 7718, 8216 (Aushebung eines Grabens keine „Bauführung“).

Vergl. unten Verf. in Streitf. Q. VII. (besonders Competenz der Gerichte oder der Verwaltungsbehörden?)

B. Eigenthum.

- I. Eigenthumsfähigkeit. Reactivirung der durch das Concordat aufgehobenen Amortisationsgesetze durch das Ges. v. 7. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 50? 7590.
- II. Beschränkungen des Eigenthums. Nothwendigkeit behördlicher Genehmigung der Veräußerung von Realitäten einer (israelitischen)

Eultusgemeinde 6894, 8094. Testamentarisches Veräußerungsverbot zu Gunsten von Substituten; hindert auch die Execution? 6692, 6743, 7365. Testamentarisches Veräußerungsverbot oder Vorkaufsrecht? 7506. Geltendmachung eines testamentarischen Veräußerungsverbotes auf offiziellem Wege nach der Einantwortung? 6796. Beschränktheit des vermachten Eigenthums durch die Auflage, dasselbe nach dem Tode des Legatars einem Dritten „zu beliebigem Preis zu überlassen“? 7938. Schenkung mit Veräußerungsverbot zu Gunsten von Substituten 7390. Beschränkung der Theilbarkeit von Bauerngütern 6154, 6472, 7051, 7693. Nachbarrecht: Verpflichtung zur Abtretung des durch Uferregulirungen gewonnenen Grundes an die Anrainer 8138. Recht des Ueberhanges 7180. Beschränktes Eigenthum (Miteigenthum) der Fideuciarerben 7198. Behörbliche Feilbietung eines verwahrlosten, haufälligen Hauses 7261.

III. Miteigenthum. Pro partibus divisis (an einem Theater) 6696. Begründung durch Durchführung zu gemeinsamem Zweck auf dem Grund des einen Theilhabers 7514, 7662. Unstatthaftigkeit des Erwerbs einer Servitut des einen Theilhabers an der gemeinsamen Sache 8132. — Näheres s. unten Obl. R. B. I. 12.

IV. Originärer Eigenthumserwerb. Zuwachs: Eigenthumserwerb des Grundeigenthümers an dem von einem anderen gebauten Hause 6328; Unabhängigkeit desselben von der bürgerlichen Auszeichnung 6203. Unzulässigkeit der Berufung des Bauführers auf §. 418. a. b. G. B. gegenüber dem gutgläubigen bürgerlichen Successor des Grundeigenthümers 5850; bei Durchführung in Folge Uebereinkommens mit dem Grundeigenthümer? 6296, 7514. Eigenthumserwerb durch Flußregulirungsbauten 8138.

Finden: eines Sparcassebuches (Anspruch auf Finderlohn?) 7149; eines Wechsels? 7191.

Ersitzung: Alte „Gewohnheit“ als Ersitzung 6061. Ersitzung des Eigenthums am Boden oder des Wegrechtes? 8022.

„Hand muß Hand wahren“ (§§. 367, 456 a. b. G. B.): Erwerb in gutem Glauben 6953; in öffentlicher Versteigerung? 6646, 8174; von Grundentlastungsobligationen bei einem Geldwechsler? 6953; von „anvertrauten“ Sachen (Wechseln?) 5619; in Verwahrung des Schuldners gelassenen Pfandsachen? 6804. Analoge Anwendung bei nicht verblicherten Realitäten 6327.

V. Derivativer Eigenthumserwerb. Tradition abzustodenden Holzes durch Auszeichnung und Schlägerung desselben? 6462. Tradition separat verkaufter Gegenstände durch Zurücklassung derselben auf dem gleichfalls verkauften Gute? 7786. Uebergabe mit Vorbehalt des Eigenthums bis zur Preiszahlung? 6462, 7917. Eigenthumserwerb an Geld durch Zahlung an den Stellvertreter 6849; durch Tradition an den negotiorum gestor der zu errichtenden Stiftung 8229. Constitutum possessorium 8038; „wirkliche Uebergabe“? 6607, 7673. Zeitpunkt

des Eigenthumsüberganges bei Uebersendung 8146. Symbolische Tradition nur zulässig, wo körperliche unthunlich 7229. Symbolische Uebergabe einer nicht verbücherten Realität durch Uebergabe der Verkaufsurkunde? 6213; von Forderungen durch Uebergabe des Schuldscheines? 5631; der Cessionsurkunde? 7862, 7398. Erwerb des Mit-eigenthums 6871, 7662; durch vertragmäßige Vauführung zu gemeinsamem Zweck 7514. Der Erwerber haftet für die übernommenen Hypothekenschulden nur mit der Sache 7578, 7907; Geltung des stipulirten *forum contractus* auch für den Erwerber des Hypothekengutes 6668, 7244, 7481.

Intabulation, Pränotation des Eigenthums, Erwerb im Vertrauen auf das öffentliche Buch, s. unten „Grundbuchsachen“ (Vers. außer Streitf. F.).

Außerbücherliche Uebergabe verbüchter Liegenschaften 6603, 6076 (Collision mit der außerbücherlichen Pfandbestellung); einer Par-celle einer solchen 7468. Eigenthumserwerb an nicht verbücherten Liegenschaften wie an beweglichen Sachen 6213, 6327, 6346.

VI. Eigenthumsklage. *Rei vindicatio*. Eigenthumsklage oder Con-tractsklage? 5816. Bezeichnung der Person des Beklagten durch den Kläger 6328. R. V. gegen den Sequester, welcher früher im Besitzsein obgesiegt hat? 7876. Vindicatio von Geld 5996, 6531, 6849, 7178; von auf den Namen lautenden Schuldverschreibungen 6420; von Grundentlastungsoobligationen 6953; eines Sparcassebuches 6428, 7590 (gegen Denjenigen, der dessen Amortisirung erwirkt hat); eines Sitzungs-protokolles 7401; von nicht verbücherten Liegenschaften 6213 (Nachweis der Erwerbsart), 8208 (genaue Bezeichnung derselben); eines ver-bücherten Grundstückes von dem außerbücherlichen Eigenthümer 6503. Eigenthumsbeweis trifft den Kläger 5597, 7876. Beweislast in Ansehung des *modus acquirendi* 7452. Vermuthung des rechtlichen Titels für den Besitzer eines Sparcassebuches 6428. Beweis des Eigen-thums durch notarielle Bestätigung 6319; durch den Kataster? durch Nachweis des vom Beklagten dem Kläger gezahlten Pachtzinses 6640. Aenderung des Klagegrundes durch Aenderung des in der Klage angegebenen Titels? 6769. Einwendung der Schenkung (Beweis-last) 6224; des Pfandrechts 6804, 6953; der Simulation der Eigen-thumsübertragung? 7956. Unstatthaftigkeit der R. V. nach §§. 367 und 456 a. b. G. B. s. oben IV.

Präjudicialklage auf Anerkennung des Eigenthums 6664, 6850, 7514.

Actio Publiciana: 7590. Vorgehen des Besitzers bei gleichem Titel 6125, 8137.

Actio negatoria s. unten C. IV.

C. Dienstbarkeiten.

I. Entstehung. Bestellung einer Servitut durch den Verkäufer nach erfolgter Tradition, aber vor Verschaffung der Verkaufsurkunde? 7931. Erwerb einer Servitut auf Grund eines vor der Grundlastenablösungscommission geschlossenen Vergleiches 8150. Vorbehalt des Nießbrauchs bei der Gutsabtretung 6546, 7106.

Erstigung: Vollenbung derselben gegen den Besitznachfolger 5982, 7957. Unterbrechung derselben durch temporären Besitzverlust 6950; durch Ansuchen um Gestattung der Ausübung 7743; Beweis des fortbauernaben Besitzes 7020. Erstigung der Servitut des Fensterrechtes? 6195; des Fahrwegs 6986; der Benützung der Nachbarmauer? 7555; einer Servitut an der gemeinschaftlichen Sache? 8132. — Vgl. auch Verf. auß. Streitf. F.

II. Erlösung. Durch Umgestaltung des praedium serviens? 7235. Einfluß der Zwangsveräußerung einer Liegenschaft auf die auf derselben haftenden Servituten 7405, 7600. — Vgl. auch Verf. auß. Streitf. F.

III. Inhalt. Verzicht auf Ersatz der durch Holzfällung, Waldproductenausbringung und durch Wild entstandenen Schäden als Dienstbarkeit intabulirt 7600. Eigenthum am Boden oder Servitut des Weges? 8022. Nießbrauch precario modo 7410. Servitus in faciendo consistere non potest 5696, 6444. Servitus civiliter exercenda est 6877, 7926 (darüber nur im Petitorium zu entscheiden).

V. Schutz. Actio confessoria oder Besitzklage wegen Erweiterung der Servitut? 7926.

Actio negatoria: Beweislast 5771. Einrede der Erstigung der Servitut 5982, 6950, 6986, 7020, 7555, 7743, 7957, 8022. Actio negatoria wegen Ueberschreitung des Maßes einer persönlichen Servitut 5958; wegen Benützung eines Kellers 6450; im Wasserrechtsstreit 6788; eines Miteigenthümers gegen den andern? 8132. Actio negatoria oder Aufforderungsklage wegen Vaußführung? 5809. Eigenthumsanerkennungsklage gegen den Nutznießer 6850.

V. Einzelne Dienstbarkeiten. Weggerechtigkeiten: Recht des Fahrweges schließt Benutzung des Fahrwegs durch Dritte ein 6986. Befugniß des Grundeigenthümers zur Absperrung durch einen Schranken unter Anbietung eines Schlüssels für den Servitutberechtigten 8072. Fahrweg zu einem (israelitischen) Friedhofe für die einzelnen Mitglieder der Confeßion 7320. Servitus altius non tollendi oder bloß Recht, Fensterläden in Nachbars Hofraum zu öffnen? 6195.

Fruchtnießung: Theilbarkeit 7097. Unübertragbarkeit 6027 (bei Vermachung auf eine bestimmte Anzahl von Jahren). Berechtigung des Fruchtnießers eines Grundstückes zur Auflösung der vom Besteller (Testator) geschlossenen Dienstverträge 6669. Unstatthaftigkeit der Sequestration einer res usufructuaria 6800. Einvernehmung des Nutznießers über executive Feilbietung des Grundstückes 7725.

Wohnungsrecht. Umfang des persönlichen 5958, 7172. *Usus* oder *ususfructus*? 6082. Anspruch des Wohnungsberechtigten auf Ersatz der Kosten der Herstellung der Wohnung 6598.

D. Emphyteuse, Erbpacht und Superficies.

Unstatthaftigkeit der Erbpacht an einem Fideicommißgrundstück 7793.

E. Reallaften.

- I. **Allgemeines.** Abgrenzung gegen Pfandrecht und Servitut 5609, 5696. Haftung des Erwerbers des belasteten Grundstückes für Rückstände aus der früheren Eigenthumsperiode? 7301. Natur der Patronatslasten 6574.
- II. **Ausgebing.** Rechtliche Natur 6987, 7516 (Unstatthaftigkeit der Execution auf das Ausgebing); Auslegung 6039; Ausgebingsrecht als „sattfame Bemitteltheit“ 6911. Unstatthaftigkeit bürgerlicher Uebertragung noch nicht fälliger Raten 7521. **Wohnungsrecht** als Ausgebing 6102; Umfang desselben 6082; Anspruch auf Ersatz der Kosten der Wohnungsherstellung 6598. Recht auf die Hälfte der Obsternte 7716. Recht, das Ausgebing seiner zweiten Frau „zu verheiraten“ 7846. Einfluß der Zwangsveräußerung der belasteten Realität 6915, 6987 (Abtretung der Priorität), 7632 (Delogirung durch den Ersteher?), 7812 (Abtretung der Priorität), 8207.
- III. **Bannrecht.** Braurecht 5661; Erlöschen der Bierbezugspflicht durch Aufhören des Wirthshausbetriebs? 6455. Propinationsrecht 5856, 6583.

F. Pfandrecht.

- I. **Voraussetzung.** Accessorische Natur des Pfandrechts 6124. *Exceptio non numeratae pecuniae* gegen das Pfandrecht 7891. Pfandrecht für künftige Forderungen; Dienstcaution; Beweislast 6118; Credithypothek; Beweislast 8036; Cession einer Forderung aus dem Credit? 8123. Pfandbestellung für künftige Alimentationsraten 7633, 7833. Einverleibung des Pfandrechts für Verzugszinsen, lediglich auf Grund der Fälligkeit der Schuld? 7451. Liberirung des Personalschuldners durch Verhandlung des Gläubigers mit dem Hypothekarschuldner? 7324; durch vom Gläubiger angenommene Zahlung der Zinsen seitens des Hypothekarschuldners? 7427; durch dem Gläubiger notificirten Verlauf des Pfandscheines? 7256. Pfandbestellung durch Ermächtigung, sich aus dem Reste des Erlöses für die schon einem Andern verpfändeten Sache bezahlt zu machen? 7585. Pfandrecht zur Sicherung des Miethevertrags oder dingliches Bestandrecht? 8222.
- II. **Gegenstand.** Pfandrecht an einer Gesamtsache? 7229; an mehreren eine Grundbucheinlage bildenden Grundstücken nur als Ganzem 6269; an nicht verblütherten Grundstücken 6044, 7529, 7534; an Früchten eines Fideicommisses 7756; executives Pfandrecht an untheilbaren Sachen gegen seinen Miteigenthümer 5875. Verpfändung einer (intabu-

lationsfähigen) Forderung 5812. Ausstellung und Indossirung eines Wechsels als Pfand 5619, 7808. Pfandrecht an Pächtrechten 5856, 6059, 7505, 8065, 8080. Pfändung des sog. „Raufrechtes“ 7532; der sog. „Besitzrechte“ (Istrien) 7954. Sperrung von Dienstbezügen 6729. Pfändung einer Forderung; Befreiung des Schuldners in derselben durch Zahlung an den im Auftrag des ursprünglichen Gläubigers exquirenden Gerichtsdiener? 7808. Austerpfandrecht; Bestellung desselben an der Hypothekarforderung als Caution für den Hypothekarschuldner 5957. Verpflichtung oder Recht des Schuldners zur gerichtlichen Deposition nach §. 455 a. b. G. B.? 5882, 7384, 7877, 8192. Berechtigung des Austerpfandgläubigers zur directen Klage gegen den Hypothekarschuldner? 7080. Pfändung eines Pfandrechts? 6124.

III. Umfang. Fortbestand des Pfandrechts an dem Boden nach Zerstörung des verpfändeten Hauses 6534. Erstreckung des Pfandrechts auf die Brandschadenversicherungssumme 5940, 7182, 7573, 8227; auf allen Zuwachs der Pfandsache 6534; auf die Pertinenzen 6757; auf die Früchte (Sequestration) 7162, 8058, 8152; des Pfandrechts an einer Hypothekarforderung auf die (abgesondert verbücherte) Zinsforderung? 7511, 7577; des Pfandrechts an Werthpapieren auf die Coupons? 5906. Pactum antichreticum 7199, 7380. Pignoris causa indivisa 5673, 5985, 6240, 6251, 6305, 6419, 6477, 7133, 7689, 8006, 8021.

Haftung des für eine Wechselforderung bestellten Pfandrechts für den Anspruch aus Art. 83 W. O. 6029. Haftung des Pfandrechts für die Zinsen der Forderung? 6774; der Hypothek in gleicher Rangordnung nur für dreijährige Zinsrückstände 7652, 7972, 8086, 8120; für die Quittungskosten 7826. Einrechnung der Nebengebühren in den Höchstbetrag der Credithypothek 7431. Haftung des (gesetzlichen) Pfandrechts der Steuerforderung für Kosten der politischen Execution 7217, 7691; für Strafgebühren? 7910; des (gesetzlichen) Pfandrechts des Vermiethers für die im Miethvertrage bedungene Conventionalstrafe? 6427.

IV. Entstehung durch Privatwillen. Bestellung des Pfandrechts an der gekauften Liegenschaft für den Kaufschilling (Rangordnung) 7857. Verpfändung der verkauften, aber noch nicht bücherlich übertragenen Liegenschaft durch den Verkäufer? 5968. Voraussetzungen des Pfanderwerbs nach §. 456 a. b. G. B. 5619, 6953. Collision des vom nicht verbücherten Ersteher einer Realität übertragenen Pfandrechts und Eigenthums 6076. Pfandbestellung durch Ermächtigung, sich aus dem Reste des Erlöses einer einem Andern verpfändeten Sache zu befriedigen? 7585. Lex commissoria 7303. Erwerb des Faustpfandrechts durch Besitzübergabe 6708; bei Verlassung der Sache in Benützung des Schuldners? 5730, 7229. Begründung des Pfandrechts an nicht verbücherten Liegenschaften durch pfandweise Beschreibung 6044 (Galizien), 7529, 7534; analoge Anwendung des §. 456 a. b. G. B. 6327. Unwirksamkeit der Verpfändung eines simulationshalber aus-

gestellten Wechsels 5619. „Setzung des Vermögens in Pfand“? 7641. Privatpfändung von Vieh 6654, 7550. — Vgl. auch unten „Publicitätsprincip“ Verf. auß. Streitf. F. I.

V. Erfindung. 5955, 6237.

VI. Gesetzliches Pfandrecht. Des Vermiethers an inuenta et illata 5810, 6427, 6657, 7132, 7323, 7331, 7387, 7414, 7421, 7587, 8200. — Näheres vgl. unten Obligationenr. B. I. 8. — Anwendung des §. 367 a. b. G. B. 6608, 7179. Collision des gesetzlichen Pfandrechts zweier Vermiether 6438, 6490. Collision mit richterlichem Pfandrecht 6617. Des Verpächters 7197. Der Versicherungsgesellschaft für den Beitrag? 5731, 7782. Für Real-Steuern 5988, 6486, 6547, 6591, 6924, 7095, 7217, 7492, 7540, 7653, 7691, 7985; für Erwerb- und Einkommensteuern? 6017, 6591, 7126, 7382, 7794, 8018, 8075; für die Einkommensteuer vom steuerfreien Zins? 6114, 6477, 6830, 7027, 7832; für Grundentlastungsschulden 6240; für Gemeinde-Umlagen („Zinskreuzer“?) 6477, 7027, 7273; für Kosten der von der politischen Ortsbehörde veranlaßten Feilbietung eines verwahrlosten Hauses? 7261; für Kosten der magistratischen Intervention bei Baubewilligung? 8015; für Gebühren 6385, 6814, 7425, 7492, 7887, 7953, 7976; anlässlich der Uebertragung mortis causa 6784, 7347, 7349, 7408, 7567, 8097. — Näheres vgl. unten Verf. in Streitf. N. II. 4. — Executive Einverleibung des gesetzlichen Pfandrechts für Steuerrückstände „in gesetzlicher Priorität“? 7649; bürgerliche Erschließmachung derselben? 7842; des gesetzlichen Pfandrechts für eine Uebertragungsgebühr? 7976, 8046.

VII. Pignus iudiciale. Unanwendbarkeit des §. 456 a. b. G. B. 5619, 6641, 6833, 6849, 8114; des §. 469 a. b. G. B. auf executive Einverleibung des Austerpfandrechts 6345. Richterliches Pfandrecht für Alimante pro futuro 6426. Unanwendbarkeit des §. 78 Ordb.-Gef. auf Einverleibung executiven Pfandrechts 6565. Richterliches Pfandrecht an gerichtlichen Depositen 7509; an Gehaltsbezügen aus öffentlichen Cassen 7728; an nichtverbücherten Liegenschaften durch pfandweise Beschreibung 6424, 7534. Zeitpunkt der Vollenbung des Pfändungsactes: Vornahme, nicht Bewilligung entscheidet 6115. Perfection erst durch Vollenbung des Pfändungsprotokolles? 6923, 7460 (Hinzutritt eines zweiten Executionsführers), 7955 (Superpfändung); durch die Transferirung? 5734; bei Vormerkung im gerichtlichen Depositenbuche? 7509; bei Pfändung von Beträgen in öffentlichen Cassen? 7728; bei Pfändung der Gage eines Officiers 6857. Umfang des richterlichen Pfandrechts: Erstreckung auf die Pertinenzen (Fortbauer an denselben auch nach ihrer eigenmächtigen Entfernung von dem Gute) 6757; auf die abgefordert verbücherten Zinsen der gepfändeten Hypothekarforderung? 7511, 7577; des Pfandrechts zur Sicherstellung im Executivproceß auf die Coupons der erlegten Papiere 5906. Fortbestand des richterlichen Pfandrechts trotz Veräußerung des Pfand-

stüdes an einen gutgläubigen Dritten 6804. Collision mit gesetzlichem Pfandrecht 6617. — Vgl. überhaupt Verf. in Streitf. N.

III. Pränotation und Intabulation s. „Grundbuchsachen“: Verf. außer Streitf. F.

IX. Simultanhypotheken. Wahlrecht des Gläubigers 6718. Analoge Anwendung §. 37 E. O. 7972. Ausgleichung nach Verhältniß des Schätzwertes der Realitäten 7893. Anwendung des §. 37 E. O. nur, wenn beide Realitäten einen Eigenthümer haben? 5963, 6824; bei Uebernahme der Schuld auf den Rausschilling durch den Käufer der einen Realität im Falle der Befriedigung des Gläubigers aus der anderen? 7187. Analoge Behandlung der auf allen Anttheilen einer Realität haftenden Saupost? 6305, 6477, 8006. Auf der ganzen Realität haftende Solidarschuld der Miteigenthümer keine Simultanhypothek 6419. Austerpfandrecht an Simultanhypotheken 7611. — Vgl. unten Verf. außer Streitf. F. II, 4.

X. Rangordnung; Rechte des nachstehenden Pfandgläubigers. Unzulässigkeit der Präjudicialklage über Rangordnung der Pfandrechte 6258. Aufeinanderfolgende Verpfändungen einer Forderung 6468. Vorrang des gesetzlichen Pfandrechts des Vermiethers vor den nach Einbringung der illata in die Wohnung begründeten Pfandrechten 6810, 6617; vor älteren Pfandrechten auf Grund §. 456 a. b. G. B. 7323. Collision der gesetzlichen Pfandrechte zweier Vermiether 6438, 6490. Vorrang zwischen richterlichen Pfandrechten 6928, 7460, 7955; an Bezügen aus öffentlichen Cassen 6857, 7728; an gerichtlichen Depositen 7509. Collision, richterliche mit gesetzlichem Pfandrecht 6617. — Vgl. übrigens unten Verf. in Streitf. N. III. Rangordnung der Hypotheken s. unten Verf. in Streitf. N. II. 4; vgl. Verf. außer Streitf. F. II. 1. — Vorrang des vom Erbschaftsgläubiger erworbenen Pfandrechts vor dem vom Erbengläubiger auf Grund §. 822 a. b. G. B. erwirkten 7620; des vom Käufer dem Verkäufer für den Rausschilling bestellten vor dem am selben Tage einem Dritten bestellten Pfandrecht 7857. Eintritt des Regreßanspruchs nach §. 37 E. O. in die Rangordnung der durch die Wahl des Simultanpfandgläubigers erloschenen Hypothek 6824. Vorbehalt des Ranges ohne bücherliche Anmerkung 6768. Vorrangseinräumung ohne bücherliche Anmerkung 7809. Anmerkung der Rangordnung für ein aufzunehmendes Darlehen; gegenseitiger Rang mehrerer demzufolge intabulirter Darlehen 8073. Einräumung des Vorranges vor einem Ausgebirge 6987. Vorrangseinräumung Schenkung? 6686.

Rechte des nachstehenden Pfandgläubigers: Jus offerendi 6664. Aufforderungsklage gegen den vorgehenden behufs Herbeiführung der Entscheidung 8176. Recht auf Rechnungslegung gegen den als Sequester bestellten Gläubiger 6156; Recht, die Entfernung des auf Ansuchen des ersten Pfandgläubigers bestellten Sequesters zu begehren? 6632; auf Prüfung der Sequestrationsrechnung? 7598. Berechtigung zur Klage

auf Löschung der vorgehenden Hypothek? 6258; zur Befreiung der vom Pfandschuldner anerkannten Liquidität einer vorgehenden Forderung? 6504, 7417; zur Geltendmachung der Bezahlung der vorgehenden Sattpost? 7163; der Verjährung? 7472; zur Befreiung einer Steuer-Vorzugspost? 7985. — Berechtigung des nachstehenden Mobiliarpfandgläubigers die Transferirung durch den vorgehenden zu hindern? 5734.

XI. Pfandklage. Gegenstand. Unstatthaftigkeit der Mobilarexecution gegen den Hypothekarschuldner 5892. Unabhängigkeit von der persönlichen Klage 6599, 6967, 7256. Verbindung der persönlichen Klage mit der Hypothekarklage gegen den dritten Besitzer 6041. Formulirung des Klagebegehrens 7578. Actio hypothecaria zur Realisirung des nach §. 822 a. b. G. B. sichergestellten Legatsanspruches 6823; gegen den dritten Besitzer; Beweis der Identität 6548. Beweislaß betreffs der Ersatzansprüche bei Dienstcaution 6118; bei Credithypothek 8036. Geltendmachung eines Ersatzanspruches der Gemeinde an ihren Beamten wider den dritten Besitzer der Cautionshypothek 6181. Abwendung der Pfandklage durch Zahlung der Pfandschuld 6724. Verjährung der Pfandklage 6976. Competenz: forum contractus 6041, 6668, 7244, 7481; Prorogation? 7898; für Geltendmachung der für Wechselschulden bestellten Hypothek 6956; Pfandklage gegen eine Concursmasse? 7421, 7944. Anmerkung der Hypothekarklage s. unten Verf. außer Streit. F. II. 3.

XII. Realisirung des Pfandrechts. — Vgl. unten „Execution“ Verf. in Streit. N. — Erlöschen sämtlicher Pfandrechte durch den Pfandverkauf 5670. Pflicht des Gläubigers zur sofortigen Realisirung bei Fälligkeit? 7778. Gerichtliche Kündigung der Hypothek 7069. Vereinbarung der Hypothekargläubiger über die Realisirung 6051 (bäuerliche Anmerkung?). Realisirung des Austerpfandrechts 7080. Sofortige executive Schätzung auf Grund vertragsmäßig bestellter Hypothek (in Istrien) 7602. Realisirung des Pfandrechts durch Sequestration der Früchte 8058, 8152; des gesetzlichen Pfandrechts des Verpächters 7197; des richterlichen Pfandrechts 7162; nach eröffnetem Concurs über den Pfandschuldner 5624; des Pfandrechts an einem mit einem Substitutionsband behafteten Gute 6743; Sequestration nur der Civilfrüchte an einem verpachteten Gute 7740. Privilegien der allg. österr. Bodencreditanstalt 7444. Administrative Realisirung einer Aerialcaution 7276.

XIII. Erlöschung. Löschung der Hypotheken s. unten Verf. außer Streit. F. — Erlöschen des Faustpfandrechts durch Rückgabe der Sache zur Benützung des Verpfänders? 5730. Untergang der Hypothek durch Brand des verpfändeten Hauses? 6534; sämtlicher Hypotheken durch Pfandverkauf 5670, 7375, 7513 (auch der noch nicht gelöschten); Löschung eines bei der Meistbotsvertheilung vorläufig leer ausgehenden Sattpost? 7984; Erlöschung der für eine Wechselforderung bestellten Hypothek durch Wechselverjährung? 6029; durch vom Gläubiger

genehmigte Schuldübernahme? 6599; Befreiung des Personalschuldners durch Verhandlung mit dem Hypothekenschuldner? 7324. Verjährung 6975. Verpflichtung zur Ausstellung einer Löschungsverklärung; gerichtlicher Erlag derselben 8096. Klage auf Lösung (Löschung) 8170. Klage auf Reduction der Pfandschuld auf Grund des (galizischen) Gesetzes wider unrechliche Vorgänge bei Creditgeschäften 7580.

III. Obligationenrecht.

A. Obligationen überhaupt.

- I. Gesamtschuldverhältnisse. Gesamtforderung oder Theilforderung: Liberirung des Schuldners durch Zahlung an einen der Gläubiger? 6806. Solibarschuld der Ehegatten auf Grund der ehelichen Gütergemeinschaft? 7637. Wahlrecht des Gläubigers 5700. Exceptio non numeratae pecuniae eines Darlehens-Correal Schuldners 7107; höhere Verzinsungsverpflichtung eines der Correal Schuldner 7902. Execution einer auf der im Miteigenthum der Solibarschuldner stehenden Realität haftenden Schuld 5985. Solibarschuld im Concurse 5595 (Berücksichtigung der von einem Solibarschuldner geleisteten Theilzahlung); Liberirung des Correal Schuldners durch Novation 5700; durch Schuldverlaß an den anderen? 7990. Regreß des zahlenden Correal Schuldners 7121 (Abtretung der Rechte seitens des Gläubigers), 7443 (Zeitpunkt der Entstehung des Regreßanspruches). Solibarisches Haftung des Unternehmers mit den Angestellten für Verschulden der Letzteren 7469; der verurtheilten Streitgenossen? 5614; für die Proceßkosten? 6316, 6338, 6837, 7167, 7275, 7612; Solibarananspruch derselben auf Kostenersatz? 6806.
- II. Geldschulden. Einfluß späterer Finanzgesetze auf eine Stiftsbotation aus dem 18. Jahrhunderte (Pat. v. 20. Febr. 1811) 5592; auf die Berechnung von Verlassenschaftsschulden (in polnischer Währung) 7081. Rückzahlungsvaluta für verlosbare Pfandbriefe der allg. österr. Bodencreditanstalt 7338. Zulässigkeit der Ausgabe neuer Coupons der Eisenbahnprioritäten mit verändertem Texte bezüglich der Valuta? 7109, 8214. Einlösungsvaluta der Coupons von Eisenbahnprioritäten, welche alternative Gleichstellung verschiedener Währungen enthalten 6893, 8214. Berechnung einer in ausländischem, außer Cours gesetztem, Geld zahlbaren Hypothekarschuld 6967, 7381; einer in Silber zahlbaren Hypothekarschuld 6990.
- III. Zinsen. Zinsenverabredung im Zweifel auf ganzjährige Zinsen zu beziehen 6496. Verabredung der Vorausbezahlung bei Terminverlust 6805. Natur der Zinsencoupons 7109, 8214. Selbständiges Zinsenversprechen neben Wechsel 7996. Zinsen oder Conventionalstrafe? 6933.

Erfolgung des Zinsenrechts? 6803. Verzugszinsen: Anspruch derselben lediglich auf Grund Nachweises der Fälligkeit der Schuld 6748. Verzugszinsen von einem Ersatzauspruch 6259, 7151; Anspruch von Verzugszinsen oder Conventionalstrafe? 6130. Zinsen von Verzugszinsen? 7970. Verzinsung frommer Vermächtnisse vom Todestage des Erblassers an 6823. Proceßzinsen 6375, 7165, 7346, 7781. Fortsetzung der Couponseinslösung nach Fälligkeit der Capitalsforderung? 6191. Fortbauer der Verzinsungspflicht (des Erstehers der feilgebotenen Realität) trotz gerichtlichen Erlags des Capitals 7165, 7568. Verjährung des Zinsenspruchs 5932, 6381. Verletzung der bestehenden Zinsbeschränkungen? 6552, 6851. Ungiltigkeit der Vereinbarung höherer als 6%iger Zinsen für Wechselschulden 8158. Ges. betreffend Abhilfe gegen unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften (in Galizien): Voraussetzungen der Restriction des Zinsenspruchs 7885 (gegen den Cessionar?), 7951. Rückwirkung der civilrechtlichen Bestimmungen des Gesetzes auf ältere Geschäfte? bejahend: 7465, 7466, 7557 — trotz statutarischer Befreiung des Gläubigers von der vormaligen Zinstaxe 8224, 8226; verneinend: 7574, 7596 — bei älteren Befreiungen von der Zinstaxe 8112, 8145. — Reduction des Zinsenspruchs (von Amtswegen) im Executionsverfahren 7465, 7466, 7557 (bei Bewilligung der Feilbietung), 8224, 8226 (Meistgebotsvertheilung), 7878 (Vorbehalt des ordentlichen Rechtsweges); Unstatthaftigkeit bei neuerlicher Ausschreibung der Feilbietung 7978. Obergerichtliche Aufforderung zur Beachtung des Gesetzes 8042. Nichtanwendung von Amtswegen 8023, 8198. Klage auf Herabsetzung des Zinsenspruchs im Grundbuch (Anmerkung)? 7580.

IV. a) Entstehung von Obligationen durch einseitigen Willensact. Auslobung 8074.

IV. b) Verträge.

1. Vertragfähigkeit s. oben „Handlungsfähigkeit“. Allgem. Lehr. IV. 3. Wechselfähigkeit 6527.

2. Abschließung. Annahme einer Offerte. Verpflichtung zur Rücksendung eines einer Zeitschrift eingesandten Manuscriptes? 6050. Perfection des vom Minderjährigen geschlossenen Kaufvertrages erst bei vormundschaftlicher Genehmigung 8118. Nichtannahme der Offerte; Gegenofferte 8146. Verbindlichkeit der statutarischen Bestimmungen für den Versicherungsvertrag 6164; des Eisenbahndienstreglements 6222. Stillschweigende Anerkennung des Miethevertrages durch den Käufer? 6185. Stillschweigender Abschluß bei Irrthum aus geschlossen 6191; eines Lohnvertrages? 6639; einer Schulübernahme? 7866; stillschweigende Anerkennung durch Annahme der salbirten Rechnung? 7878. Willenserklärung durch Mittelspersonen: Haftung des Geschäftsherrn für deren Irrthum 7175; für Irrthum des Stellvertreters 6209. Vertragsabschluß durch den Mandatar im eigenen Namen 7007; nachträgliche Erklärung desselben im Namen des Man-

barten zu contrahiren 5674; stillschweigende Anerkennung der Vollmacht durch Abschluß des Vertrags mit ihm 6658. Abschluß im eigenen oder fremden Namen? 6957; persönliche Haftung des executiven Sequesters aus den von ihm geschlossenen Verträgen? 7176, 7629. Pactum de contrahendo: Erforderniß der Bestimmung eines Zeitpunktes für den Vertragsabschluß 6759; Rücktritt ohne Verwirkung des Reugeldes 7022. Wechselaccept in bianco. Vorvertrag? 5866. Vorvertrag oder Kaufvertrag? 7804. Vorvertrag oder Nebenvertrag? 7968; Vertrag über Auszahlung eines Darlehens 5806; Pfändung des daraus entspringenden Anspruchs? 7813. Culpa in contrahendo: Ersatzanspruch wegen Nichtzurückstellung eines Manuscripts durch eine Zeitschrift? 6050; auf Grund eines ungiltigen Vertrags 6259. Verantwortlichkeit des sich als eigenberechtigt ausgebenden Minderjährigen? 6326, 7900.

3. Form. Verabredung der schriftlichen Abschließung 7846. Einfluß der Vereinigung mehrerer (Versicherungs-) Verträge in einer Urkunde 7950. Nothwendigkeit der Beisetzung der vormundschaftlichen Genehmigung auf der Vergleichsurkunde 8061. Ungiltigkeit der Unterschrift in hebräischer Schrift 6282. Notariatszwang für Rechtsgeschäfte von Blinden 6049; für Schenkungen ohne wirkliche Uebergabe 5607, 5631, 5649, 7673; für Schulderlaß? 6090, 6892, 8135; für Prioritätsabtretung? 6686 — vgl. unten B. I. 4. — für Cessionen zwischen Ehegatten? 7699; für Darlehen zwischen Ehegatten (Compensabilität) 8012, 6122; für Wechselforderungen zwischen Ehegatten? 7462; für Zusage eines Heiratsgutes? 5983, 6452, 6503, 6545, 7650, 7661, 7672, 8004, 8130, 8140, 8199 — vgl. unten Familienrecht II. — für Compromisse über Heiratsgut? 5665; für Verzicht auf Rückforderung des Heiratsgutes? 7618. Verlickfichtigung mündlicher, vom Inhalte der Vertragsurkunde abweichender Verabredungen? 7608 (Gegenbeweis der Verabredung der Zahlung eines Kaufschillingrestes in bestimmter Frist gegen die die Zahlung des ganzen bestätigende Kaufsurkunde?), 7963 (Nebenverabredung über das sog. Schlüsselgeld), 8045. Zulässigkeit der Berufung auf mündliche Verabredungen zum Nachweise der Irreführung 6860; der Simulation (des notariellen Geschäftes) 7508, 7730, 8049; neben Wechselausstellung 6025; auf Verabredungen mit einem Dritten 6092; auf mündliche Verabredung nach schriftlichem Abschlusse 5691, 6621. Compensation mit einer wegen Formmangels ungiltigen Forderung 8012.

4. Willensinhalt. Unerlaubte Verträge: Verpflichtung zu einer kirchlichen Handlung 5807. Vertragsmäßig constituirte Curatel? (Recht auf Ertheilung der Zustimmung zur Eheschließung?) 6992. Darlehen zu verbotenem Spiel? 5764, 7030; an Soldaten 8062. Promessengeschäft 7029, 7823. Zusage einer Rente auf die Dauer des factischen Getrenntseins der Ehe? 6480; von Geld zur Fortführung des Concubinates 7526. Zinsenverabredung für Wechselschulden? 8158.

Unerlaubtes Zinsenmaß 8062; nach dem Gesetze vom 19. Juli 1877, R. G. B. Nr. 66 (für Galizien) s. oben, III. — Begünstigung eines Gläubigers 6259, 6906, 7488, 7490, 7918, 8045 — vgl. unten Concurs C. — Versprechen einer Conventionalstrafe für den Fall ausbleibender Leistung eines Dritten? 6821. Garantieversprechen für Erlangung einer Anstellung 6214. Entgeltliche Zusage der Verleihung des Bürgerrechts seitens einer Gemeinde (kein privatrechtlicher Vertrag) 6172.

5. Willensmängel: Simulation bei Ausstellung eines Wechsels 5619; eines Kaufvertrags 5666; dissimulirtes Promessengeschäft 7828. Berufung auf die Simulation gegen einen Rotariatsact 7508, 7730, 8049; Geltendmachung durch einen Dritten? 6832, 7964. Mangelnde Ernstlichkeit des Willens? 8062. Mangel der Willenseinigung; Geltendmachung gegen einen Rotariatsact 6350. Irrthum. Anfechtung einer Schenkung wegen Irrthums im Beweggrunde 6526; eines entgeltlichen Rechtsgeschäfts? Nichtberücksichtigung des Rechtsirrthums 6209; Irreführung in Ansehung des Umfangs des Kaufobjectes? 6860. Falsche Altersangabe in dem Lebensversicherungsvertrag; wesentlicher Irrthum? 6889. Haftung des Geschäftsherrn bei Irrthum der Mittelsperson 7175. Unbestimmtheit der Willenserklärung 6467.

6. Willensbeschränkung: Auslegung der Bedingung, „so lange eine Person getrennt von ihrem Gatten leben werde“ 5785; der Bedingung „gehörig geleisteter (Prämien-) Zahlung“ 6379; daß „der Verkäufer von dem ihm zugesagten Recht auf Wohnung keinen Gebrauch macht“ (Einfluß des Todes des Verkäufers?) 6444; Zustimmung eines Dritten als Bedingung der Geltendmachung einer Forderung 7332. Wirkung der Bedingung gegen den Successor? 6812. Schenkung sub modo oder entgeltlicher Vertrag? 6561.

7. Willensauslegung: 5785, 6039, 6042, 6077, 6082, 6161, 6272, 6292, 6296, 6318, 6329, 6370, 6379, 6389, 6444, 6453, 6467, 6496, 6503, 6667, 6744, 6777, 6812, 6889, 6898, 7220, 7232, 7270, 7298, 7332, 7385, 7441, 7480, 7514, 7588, 7591, 7618, 7619, 7622, 7624, 7647, 7684, 7778, 7845, 7882, 7902, 7907, 7966, 8136, 8214, 8229.

8. Verpflichtungsgrund (causa): Abschluß eines neuen oder Erneuerung des alten Vertrags? 6108. Specielle Uebnahme der Haftung seitens des Wechselindossanten; keine selbständige causa 5632. Eigener Wechsel mit Angabe des Rechtsgrundes 6086. Zinsenversprechen 7996. Conventionalstrafe neben Wechsel? 6130. Wechselfeststellung über ein Darlehen 6370, 6679, 7867, 7462. Verhältniß der gemeinrechtlichen Forderung zum Wechselanspruch 8225; Bereicherungsfrage 7433. Verschiedene causas der Cession; Cession als eigenartiges Rechtsgeschäft 7699. Mehrfache causa obligationis für einen Entschädigungsanspruch 6929. Creditoröffnung als Gegenleistung? 6514. Zinsencoupons selbständige Obligationen 8214. „Geschäftsabrechnung“ als Schuldtitel 6292. Cautio

indiscreta: keine Beweisraft 6527, 7076, 7977; Beweisraft 7277, 7406, 7659; Beweisraft des kaufmännischen Bons (Unterfertigung nur mit dem Familiennamen)? 6149; einer kaufmännischen Anweisung 7889. Anerkennung als Verpflichtungsgrund 7135 (Abrechnung), 7297 (eindeutliche Schulbeinschreibung); kein (selbständiger) Verpflichtungsgrund 6527, 6965; (nur) außergerichtliches Geständniß 7883, 6618 (Anerkennung von Erbschaftsschulden im Abhandlungsübereinkommen); Anerkennung durch Zinszahlung? 7433; der gezahlten Saluta im Darlehensschuldschein 7544. Unanfechtbarkeit der im Abhandlungsprotokoll als richtig anerkannten Nachlassschulden 6945. — Vgl. auch unten B. I. 14.

9. **Angeld, Neugeld und Conventionalstrafe.** Angeld beim Kauf zu emittirender Actien 5599; bei Vorbehalt der Wahl zwischen zwei zu mietenden Wohnungen 7023. Angeld oder Cautio? 6167, 7781 (keine Zinsen des rückzustellenden Angeldes zu vergüten); Angeld oder Anzahlung? 6463 (Voraussetzung der Verpflichtung zur Rückgabe des Doppelten), 7237. Nichteintritt einer Concursmasse in ein Rechtsgeschäft; Anspruch auf Rückgabe des Angeldes? 7304. Angeld oder Neugeld? 7796. Neugeld bei einem pactum de contrahendo 7022 Verweigerung der Erfüllung (eines Kaufvertrages) noch nicht Ausübung des Neurechts 8212. Conventionalstrafe: Nachweis eines Schadens? 5848, 7630. Zinsenversprechen oder Conventionalstrafe? 6933 (richterliche Ermäßigung). Unzulässigkeit der Einklagung nach zuerkannten Verzugszinsen 6130. Haftung der *invecta et illata* für die im Miethvertrage bedungene Conventionalstrafe? 6427. Monatlich verfallende Conventionalstrafe für unterbliebene Rückzahlung eines Darlehens 8002. Conventionalstrafe des Cedenten für unpünktliche Bezahlung durch den Cessionar? 6821. Auferlegung in einem Schiedsspruch; Unzulässigkeit unmittelbarer Exquirung 6965.

10. **Haftung für culpa.** Haftung des mit der Eincastrung Beauftragten wegen Unterlassung der Protestlevirung Mangels Zahlung des Wechsels 5678; nachträglich behauptete Unmöglichkeit der übernommenen Leistung (Berechnung des Interesses) 5735. Ersatzanspruch des Wechselacceptanten gegen den Empfänger und Verkäufer des Wechsels 6370; des Atermiethers bei verspäteter Einräumung der Wohnung in Folge Verschuldens des ersten Vermiethers? 6739; des Deponenten gegen den Depositar bei Entwendung der verwahrten Sache (Cession der Klage gegen den Dieb) 6946. Ersatzanspruch wegen widerrechtlicher Auflösung des Dienstvertrags 7686. Ersatzanspruch des Arbeiters wegen eines bei dem Betriebe ihm zugefügten Unfalls 7819, 8117. Haftung des substituierenden Advocaten nur für culpa in eligendo 6254; der Postanstalt wegen Ausfolgung eines Gelbbriefes an eine nicht gehörig legitimirte Person (Sollicitator eines Advocaten) 5725; Befreiung derselben von der Haftung durch anstandslose Uebernahme der Sendung 5726, 5732; Ersatz des declarirten Werthes in

Banknoten 6318. Beweis mangelnden Verschuldens trifft den vertragsmäßig Verpflichteten 6196. Nachweis des Causalzusammenhangs 7712. Umfang des Ersatzes wegen nicht rechtzeitiger Lieferung auf Grund Kaufvertrags 5913. Ersatz für entgangenen Gewinn nur bei doloser Verzögerung der Leistung 7136; für unbestimmten entgehenden Gewinn? 6129, 6475, 7195. Eventueller Schadenersatzanspruch? 6208. Theilung des Schadens bei beiderseitigem Verschulden 6191, 7819. Solibariſche Haftung des Unternehmers mit dem von ihm Bestellten 7469. Erfüllungsanspruch oder Ersatzanspruch? 6838; Anspruch auf Herabsetzung des Miethzinses als Ersatzanspruch 6905.

11. Gewährleistung.

a) Wegen physischer Mängel: Im Falle vorübergehender Krankheit des gekauften Thieres 7287. Actio redhibitoria wegen Krankheit der gekauften Kuh (Beweis) 6752. Gewährleistungsanspruch (oder *condictio indebiti*?) wegen Einlösung eines gefälschten Loses 5926; Gewährleistungs- (nicht Schadenersatz-) anspruch wegen Unechtheit der umgetauschten Banknoten 6870. Ausschluß der Haftung bei Erklärung des Verkäufers, daß er „für gar nichts haſte“ 6362.

b) Wegen rechtlicher Mängel: Haftung des Verkäufers nur bei Eviction 6651; für verheimlichte intabulirte Lasten 6532; des Cedenten bei ausdrücklicher Garantie für die Einbringlichkeit der Hypothekforderung, deren Uneinbringlichkeit im Grundbuch ersichtlich ist 7478. Gewährleistung bei Hingabe von Cassescheinen an Zahlungsstatt? 6439, 6597; des Indossanten einer kaufmännischen Anweisung bei Nicht-honorirung derselben 7038. (Streitverkündigung) Voraussetzung des Evictionsanspruchs des Miethers wegen Entziehung der Wohnung durch den Hauskäufer 7067.

12. Verletzung über die Hälfte. Nicht geltend zu machen bei Kenntniß des Käufers 7029. Kein weiterer Ersatzanspruch bei Aufhebung des Vertrags 7797. Beginn und Hemmung der Verjährungsfrist? 6138.

13. Verträge zu Gunsten Dritter. Uebergabe von Sachen mit dem Auftrage, dieselben nach dem Tode des Gebers einem Dritten als Geschenk zu geben 7101. Vereinbarung zu Gunsten Dritter bei Uebernahme einer Grundwirthschaft 7787. Vorbehalt des Rechts, ein Ausgebing seiner zweiten Frau zuzuwenden; Klagerecht der letzteren 7845. Verpflichtung zur Zahlung an einen Dritten; Klagerecht des Promissars 7355, 7804, 8095. Schuldübernahme; unmittelbares Klagerecht des Gläubigers? 6355 (*negotiorum gestio* für den Gläubiger) 7643, 7774 (grundbücherliche Einverleibung als Benachrichtigung des Gläubigers im Sinne §. 1019 a. b. G. B.), 8136. Beitritt des (Gläubigers) Dritten durch Ueberreichung der Klage? 6009, 6667, 7298, 7358. Lebensversicherung: Verpflichtung zur Prämienzahlung zu Gunsten eines Dritten 7156. Lebensversicherung zu Gunsten der

Erben oder anderer Rechtsnachfolger 5801, 5833, 5884, 5842, 6163, 6559, 6571. Stipulatio post mortem 5770.

14. Vertrag zu Lasten eines Dritten. Zusicherung einer Anstellung bei einer (erst zu gründenden) Actiengesellschaft 6214. Versprechen einer Conventionalstrafe für unpünktliche Zahlung seitens eines Dritten? 6821.

V. Haftung für Andere. Haftung der Gastwirthe für eingebrachte Gegenstände der Reisenden 5664, 6196; ohne gleichzeitige Einkehr des Eigenthümers 5931. (Subsidiäre) Haftung des Schiffseigenthümers für Verschulden des Steuermannes 6057. Haftung des Unternehmers für Verschulden der bestellten Arbeiter 7469, 7749. Des Dienstherrn für seine Bediensteten 6608; der Eisenbahngesellschaft für ihre Organe 5943, 6222; für die von ihr bestellte Bauunternehmung 7749, 8148; für Verschulden des Eigenthümers des transportirten Pferdes? 6654; nach dem Gesetze vom 5. März 1869: 6929, 8040. Haftung der Gemeinde für ihre Mitglieder 6377; des Fiscus für Depositen 7727; für Veruntreuungen eines Beamten 6249.

I. Erfüllung. Zeit der Erfüllung, wenn nicht bestimmt 7346. Fälligkeit einer bis zum Tode des Gläubigers unaufkündbaren Schuld 5770. Kündigung eines Capitals (Kosten derselben) 8083. Zahlung vor dem bedungenen Termin 7488, 7520. Verpflichtung zur Rückzahlung „nach Besserung der Vermögensverhältnisse und des Einkommens“ (Beweislast) 7619; „nach Möglichkeit und Thunlichkeit“ (Execution?) 8280. Erfüllungsort verschieden vom „Zahlungsort“ 7158; bei Handelsgeschäften (Kaufvertrag) 6453; bei Uebersendung durch die Post? 6261, 7021, 7476, 8007, 8104. Bestimmung des „Erfüllungsortes“ durch den Frachtbrief? 7340; für die Gegenleistung? 7091. Erfüllungsort zweiseitig verbindlicher Verträge 6606. Unmöglichkeit der Erfüllung? 5735, 5853, 6886. Folgen der Nichterfüllung eines Kaufvertrags mit bestimmter Lieferzeit: Schadenersatzanspruch 5913; eines Lohnvertrags: Schadenersatzanspruch? 6386, 6888. Anspruch auf Erfüllung oder Schadenersatz und Auflösung eines Kaufvertrags? 7342. Rücktritt wegen besorgter Zahlungsunfähigkeit des Gegners? 6359. Verpflichtung zur Vorausbezahlung von Zinsen bei Terminverlust 6805. Mora accipiendi befreit nicht von der Erfüllungspflicht 6887. Erfüllung in natura statt Schadenersatz 6904. Exceptio non adimpleti contractus: Leistung gegen Gegenleistung oder Leistung unter Bedingung? 5881; bei behaupteter Unmöglichkeit der Leistung 6886; Beweislast 7326, 7786. Geltendmachung des Anspruchs eines Verwalters vor Rechnungslegung? 7147. Retentionsrecht? 7136, 7713 (des Notars); 7378 (des Advocaten).

II. Verzug. Voraussetzungen: Anspruch auf volle Genugthuung nur bei Verzögerung durch dolus oder culpa lata 7136; bei nicht bestimmter Zahlungsfrist, Mahnung oder Klagezustellung 6375, 7346, 7371. Verzugszinsen wegen unterlassener gerichtlicher Deponirung (des Betrages

einer verlosten Obligation seitens der Zahlstelle) 6191; vom Zeitpunkt der Entstehung eines Schadenersatzanspruchs 6259, 7151. Verzugszinsen vom Angeld? 7781; von Verzugszinsen? 7970. Nachweis des Anspruchs auf Verzugszinsen 6748, 7451 (Einverleibung des Pfandrechts für dieselben?). Verhältniß zur Conventionalstrafe 6180. *Mora ex lege*: Verzinsung von frommen Vermächtnissen vom Todestage an 6828. Vorauszahlung von Darlehenszinsen bei Terminverlust 6806. *Mora accipiendi* des Erfinders eines gerichtlich feilgebotenen Gutes 6098; des Käufers befreit den Verkäufer nicht von der Lieferung 6887. Wegfall der Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen 7385.

VIII. *Cession*. *Cession*, ein selbständiger Vertrag 7699. Zahlung mittelst Girirung von Cassescheinen: *Cession*? 6123, 6439, 6597, 6698, 7151, 8101. Escomptirung einer kaufmännischen Anweisung: *Cession*? 7088. *Cession* eines Pfandscheines? 7256. *Cession* oder *Assignment*? 8161. *Cession* einer eingeklagten Forderung: Eintritt des *Cessionars* in den Proceß? 6015, 6459, 6787, 7971. *Cession* noch nicht fälliger Ausgebingsraten? 7681; der „Kaufrechte“ 6076; des Anspruchs auf bürgerliche Eigenthumsübertragung 6525; einer Hypothek, deren vertragsmäßig beschränkte Selbstmachung nicht verbüchert ist 8091; einer auf Grund sichergestellten Credits entstandenen Forderung 8123. Perfection der *Cession* durch Verständigung des *Cessus* (Uebergabe der *Cessionsurkunde*?) 7862; Verständigung durch den Richter? 7291; Einantwortung einer Forderung auf Grund einverständlichen Gesuchs des Gläubigers und Schuldners 6885. *Cession* durch Uebergabe des Schuldscheins (symbolische Tradition der Forderung)? 5681; der *Cessionsurkunde* 7398. *Cession* durch Uebergabe eines an porteur lautenden „Commissionscheines“ über Bestellung eines Druckwerkes? 5936. Behandlung eines Sparcassabuches als Inhaberpapier? 6428. Convertirung von Staatsschuldverschreibungen in Papiere auf Namen 6420. *Cession* von Hypothekarforderungen (Publicitätsprincip) 5755, 6111, 6258, 6681, 7004, 7058, 7478, 7481, 7561, 7644, 7702, 7835, 7852, 7891, 7987, 8020, 8091, 8123 — vgl. unten Verf. auß. Streitf. F. — Klage des außerbürgerlichen *Cessionars* (Anmerkung derselben) 6078. (Anmerkung der) Klage auf bürgerliche *Cession* 8220. Mehrfache *Cession* derselben Forderung: Präjudicialklage eines *Cessionars* gegen den andern? 6258; desselben gerichtlichen Depositums 6849. Verständigung des *Cessus* entscheidend 7862. Collision der *Cession* mit gerichtlicher Einantwortung der Forderung 7987. Wirkung der *Cession*: Executionsrecht des *Cessionars* auf Grund des vom Lebenden erworbenen Executionstitels? 5680, 6437, 6702, 7121. Repräsentation des Lebenden durch den *Cessionar* 6842 (Eidesablegung des ersteren für den letzteren), 7146 (Verbot auf eine Forderung des *Cessus* gegen den Lebenden zu Gunsten des *Cessionars*?) Geltung der vertragsmäßigen Beschränkung, die Forderung nicht ohne Zustimmung eines dritten einzutreiben auch für den *Cessionar*? 7332. Haftung des Bürgen im Falle der Girirung

eines für die Schuld ausgestellten Wechsels? 7726. Zahlung der bereits dem Lebenten gezahlten Schuld an den Cessionar; Rückforderungsrecht gegen letzteren 5924. Einwendungen des Cessus: der Zahlung an den ursprünglichen Gläubiger 6111, 7004; des Untergangs der Forderung durch Confusio 7058; der Verjährung? 5755, 7561, 7835; der Stundung 7852; des unrechtlchen Creditgeschäftes (Ges. v. 19. Juli 1877 für Galizien)? 7885; *exceptio non numeratae pecuniae*? 7891, 8020. Haftung des Lebenten für Einbringlichkeit (Verschulden des Cessionars?) 6123, 6693, 7151; Haftung des Wechselindossanten bei Nichtigkeit des zu Grunde liegenden Geschäftes 6259; Haftung des Lebenten für nicht mehr als er vom Cessionar erhalten hat 7362. Vertretungsleistung des Lebenten für den Cessionar 6270, 6644 (Beweis der Cession). Conventionalstrafe des Lebenten für nicht pünktliche Zahlung durch den Cessus? 6821. Vertragsmäßige Haftung des Lebenten für die (aus dem Grundbuche ersichtliche) Uneinbringlichkeit 7478. Executive Einantwortung als Cession zu behandeln 6175, 7382 — vgl. unten Verf. in Streitf. N. III.

IX. Schuldübernahme. Uebernahme von Geschäftsschulden; unmittelbares Nagerecht der Gläubiger 6355; Versprechen, einen Schuldner zu rangiren (aus dem Erlös seiner Liegenschaften) 6378; Uebernahme aller Schulden zur Zahlung 6667; aller Schulden, die bis zu einem bestimmten Termin an den Tag kommen 7643. Uebernahme einer Hypothekarschuld durch den Erwerber der Liegenschaft; persönliche Haftung des Uebernehmers 6075, 7774, 6909 (Uebernahme „zur Selbstzahlung“); Haftung des Uebernehmers bloß mit der Liegenschaft 7298, 7538, 7907, 8136; Ersatzpflicht des Uebernehmers im Falle der Befriedigung des Gläubigers aus einem anderen simultan haftenden Grundstücke des Verkäufers 7187. Uebernahme einer Schuld durch Zinsen- oder Theilzahlung? 7866; Befreiung des Personalschuldners durch (dem Gläubiger notificirten) Verkauf des Pfandscheines? 7256; durch Annahme von Zinsenzahlung seitens des Hypothekarschuldners? 7427. Liberirung des Anweisenden durch stillschweigende Einwilligung des Gläubigers? 7019; auf Anzeige durch den Angewiesenen? 7488. Fortbestand der Hypothek trotz vom Gläubiger genehmigter Schuldübernahme 6599. Geltung der ursprünglichen Zahlungsmodalitäten auch für den Uebernehmer einer Hypothekarschuld 7232. Versprechen der Zahlung einer fremden Schuld; Schenkung? 7208.

X. Zahlung. Uebersendung der geschuldeten Summe durch die Post 5726, 6261, 7476, 8007, 8104. Anrechnung der Abschlagszahlung auf Proceß- und Executionskosten? 6030. Streit (Beweislast), auf welche von mehreren Schuldposten die Zahlung anzurechnen 6456, 6476, 6661. Empfänger der Zahlung: Zahlung des Advocaten an den Clienten zu Gunsten des von ersterem bestellten Substituten 6254; Zahlung an den Advocaten des Gläubigers (Beweislast bezüglich der Vollmacht) 6261; an einen Bevollmächtigten 6849; an den Gerichtscommissär (Fort-

dauer des Schulbverhältnisses bis zur Erfolglaffung der deponirten Summe an den Executionsführer) 7568; an den die Execution vornehmenden Gerichtsdiener 7808; an einen Klostervorstand ohne behördliche Genehmigung 7829; Auszahlung (eines Loses) nach Einleitung des Amortisationsverfahrens 6811. Ueberlassung an Zahlungsstatt: Unstatthaftigkeit der Zahlung in Werthpapieren statt in Baarem 7724. Zahlung mittelst Cassescheines: datio in solutum oder Cession? 6128 6489, 6597, 6693, 7151, 8101. Zahlung durch Behändigung und Indossirung eines Wechselacceptes? 6908, 7010, Kosten der Quittung 7806, 7826. Rückstellung der Schulddocumente 6910. Vermuthung der erfolgten Zahlung des Dienstlohnes? 6639. Ersatzanspruch des zahlenden Hypothekarschuldners gegen den Personalschuldner 6864, 6724. Abtretung der Rechte des Gläubigers (an den zahlenden Correal Schuldner) 7121, 8135.

Gerichtliche Hinterlegung: Pfändung oder Einantwortung von bei Gericht verwahrten Geldern? 6197. Umfang der dem Gerichte zukommenden Prüfung 6230. Deponirung von anderen Sachen als Geld 6699; einer Löschungserklärung 8096. Berechtigung des Schuldners zur Deponirung bei Verschollenheit des Gläubigers 6160; gerichtliche Hinterlegung zur Ausübung des jus offerendi 6664; eines Theilbetrages der Schuld? 6834, 7871; wegen der Ansprüche verschiedener Cessionare 6994; gerichtlicher Erlag der in Verwahrung genommenen Sachen wegen Verdachts der Defraudation? 8165. Unstatthaftigkeit des gerichtlichen Erlags des Kaufpreises wegen behaupteten Eigenthums eines Dritten 6651; des gerichtlichen Erlags einer urtheilsmäßigen Schuld 6925. Berechtigung des Gläubigers, die gerichtliche Hinterlegung zu fordern? 5882, 5957, 7384, 7860, 7877, 8192. Wirkung: Sistirung der Execution? 5643; bei Vorbehalt der Oppositionsklage 6785; Vermeidung der Folgen des Verzuges 6191. Klage auf Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Erlages 6030. Streit über die Ausfolgung 5846.

- XI. Novation (und Conversion von Rechtsgeschäften). Novation einer ungiltigen Schuld? Nothwendigkeit der Aufnahme der alten Verpflichtung in die neue: 6527. Novation durch Ausstellung eines neuen Schuldscheines; Liberirung des Bürgen? 5700; durch Ausstellung eines Wechsels über eine Schuld? 6025, 6985, 7010. Haftung des Bürgen im Falle der Girirung des für den verbürgten Betrag acceptirten Wechsels? 7726. Fortbestand der Hypothek trotz vollständiger Assignation 6599. Expromission (schenkungsweise) 8135. — Vgl. oben IV. 8.

Conversion eines Mandatsverhältnisses in ein Depositum 8038.

- XII. Compensation. Verabredung eines eventuellen Abzugs von einer Schuld 6431. Einredeweise Geltendmachung 6619. Gerichtlicher Erlag des durch Compensation sich ergebenden Restes der Schuld 6834. Liquidität der Forderung 7136; Voraussetzungen der Compensation einer wechselseitlichen gegen eine gemeinrechtliche Forderung 5888. Unzulässigkeit der Compensation mit einer erst nach Abrechnung zurückzuerstatten-

den Caution 5739; gegen provisorisch bemessene Alimentation der Ehegattin während des Scheidungsprocesses 7757; zwischen einer fälligen und nicht fälligen Forderung 5806. Wirkung: *Ipsa jure compensari* 6777; Gültigkeit der Compensation mit einer wegen Formmangels ungiltigen Forderung 8012. Hemmung der Execution durch Behauptung nachträglicher Compensation? 8153. Compensation im Concurse 5739, 5808, 6777, 7443. (Vgl. unten „Concurse“ A. I. 4.)

III. Schulderlaß. Vollwirksamkeit des schenkungsweisen Erlasses ohne Notariatsact 6090, 6892, 8135. Liberirung des Personalschuldners durch Verhandlung mit dem Hypothekarschuldner? 7324; durch Annahme von Zinsenzahlung seitens des Hypothekarschuldners? 7427; durch Kenntnissnahme vom Verlaufe des Pfandscheines? 7256. Schulderlaß oder Schenkung auf den Todesfall? 6161. Stundung oder Schulderlaß? Erlass einer Gesamtschuld? 7990.

IV. Besitz und Erßigung von Forderungen. Erßigung von Staatsschuldverschreibungen 6420. Besitz an Forderungen? 7409, 7428. Erßigung eines Rentenrechts (in Tirol) 6803; des Rechts auf bestimmten Gebrauch einer gemeinschaftlichen Sache? 8132.



B. Einzelne Schuldverhältnisse.

I. Geschäftsobligationen.

1. Darlehen. Anspruch auf Ausfolgung des zugesagten Darlehensbetrages 7813. Darlehen oder unbenannter Vertrag? 5816. Gesellschaftseinlage oder Darlehen? 6611. Leihvertrag oder Darlehen? 6847. Ungiltigkeit des von einem Minderjährigen geschlossenen Darlehensvertrages 6642; des vom Ehemann auf Rechnung seiner Gattin aufgenommenen Darlehens? 7104; des Darlehens an einen Soldaten 8062. Darlehen in Werthpapieren? 5932; der allgem. österr. Bodencreditanstalt in Pfandbriefen; Valuta der Rückzahlung? 7333. Leistung der Darlehensvaluta durch Uebergabe eines Acceptes 6320; durch Acceptation eines Wechsels 6370. Auslegung der Kündigungsclausel 6744; Kosten der Kündigung 8083. Befugniß zur Vorauszahlung mehrerer Raten 7232. Vorauszahlung der Zinsen bei Terminverlust 6805. Darlehen gegen Deponirung von Rosen mit Einräumung des Rechts, dieselben auf Rechnung des Schuldners zu verkaufen? Verpflichtung des Darleihers zum Verkauf? 7778. Entbehrlichkeit der Unterschrift des Gläubigers auf dem Schuldschein 5756 (Anführung seines Vornamens mit dem Anfangsbuchstaben), 6262, 6940; der Unterschrift zweier Zeugen auf einem legalisirten Schuldschein? 5715, 5796, 5956; auf der Verpflichtungsurkunde des Bürgen? 7200. *Querela non numeratae pecuniae* 5806, 7813. Einwendung eines anderen zu Grunde liegenden Rechtsverhältnisses gegen den Schuldschein 6092. *Exceptio non numeratae pecuniae* seitens eines Solibarschuldners? 7107. Substantiirung der *exceptio* 7544. Stattbarkeit der Einwen-

hung gegen den gutgläubigen bürgerlichen Cessionar? 7891, 8020. Darlehen mit Zinsenversprechen oder Conventionalstrafe? 6983. Einräumung eines Wohnungsrechts als Aequivalent für bedungene Zinsen 7880. — Vgl. überhaupt oben A. III. — Darlehensvertrag mit Bedingung der Rückzahlung an eine dritte Person; selbständiges Klagerecht des Darleihers 8095. Unklagbarkeit des zu einem verbotenen Spiele gegebenen Darlehens? 5764, 7080; des ohne Notariatsact durch Wechselacceptirung zwischen Gatten geschlossenen Darlehens 7462. Darlehensklage oder Wechselbereicherungsklage 6679; oder *condictio sine causa*? 6642, 8012 (aus formlosem Darlehen zwischen Ehegatten).

2. **Verwahrungsvertrag.** Stillschweigende Verbindung eines Verwahrungs- mit dem Lohnvertrage? 6126. Verbindung mit einem Auftrag 6531. Verwahrungsvertrag oder Schenkung? 6904. Abkömmling durch *constitutum possessorium* 8038. Depot zur Sicherstellung 6117, 7778. Haftung des Depositars für die ihm entwendeten Sachen? Cession der Klagen 6946. Befreiung desselben durch gerichtlichen Erlass der deponirten Sachen wegen Verdachts der Defraudation? 8165. Haftung des Gastwirths für eingebrachte Gegenstände der Reisenden 5664, 5931 (ohne gleichzeitige Einkehr des Eigenthümers), 6196; des Staats für Depositen 7727, 6249; der Eisenbahngesellschaft für rechtzeitige Auslieferung des bei einem Bahnbediensteten verwahrten Gepäcks 6222; für den durch ein transportirtes Pferd angerichteten Schaden? 6654. Verwahrung *executio* gepfändeter Sachen bei einem Dritten; Aushebung nur durch den Richter 6848; Deponirung von Wechseln bei einem Dritten zur Sicherung eines Schiedsvertrages; vorzeitige Ansfolgung derselben 6478.

3. **Leihvertrag.** Ueberlassung von Papieren zur Bestellung einer Dienstcaution; Leihvertrag der Darlehen? 6847. *Precarium* durch Einräumung einer persönlichen Servitut 7410.

4. **Schenkungsvertrag.** Schenkung oder Depositum? 6904. Leistung gegen Gegenleistung oder Angabe des Beweggrundes der Schenkung? 5912, 6720, 7643. Einlösung der Schulden des Sohnes durch den Vater Schenkung? 6272. Schuldübernahme oder Schenkung? Beweislast 7208. Schenkung unter Lebenden oder auf den Todesfall? 6829, 7101, 8229; unter Lebenden mit Vorbehalt des Widerrufs 7622. Prioritätsabtretung Schenkung? 6686. Versprechen eines Heiratsguts Schenkung? 5983, 6452, 6508, 6545, 6680. Form: Nothwendigkeit eines Notariatsactes bei Belassung der Sache in Innehabung des Schenkers 5607, 7673; bei Schenkung einer Forderung 5631; bei Versprechen einer Nachzahlung an einen Gläubiger nach dem Zwangsausgleich 5649. Formlosigkeit des schenkungsweisen Schulblasses 6090, 6892; der schenkungsweisen *Expromission* 8135. Remuneratorische Schenkung oder Lohnvertrag? 7480. *Donatio sub modo* oder entgeltlicher Vertrag? 6561; oder Ehepacten? 6042. Schenkung zu Gunsten Dritter 7101, 8229. Schenkung mit Veräußerungsverbot zu

Gunsten von Substituten 7390. Schenkung eines Gutes „sammt Zubehör“ 6389. Anfechtung wegen Irrthums im Beweggrunde 6526. Widerruf wegen Verletzung des Pflichttheils; Beweislast 7254; der Schenkung in fraudem creditorum: im Wege der Fiktion 6312. Gegenstand des Anspruchs der Gläubiger 6912, 6825, 6811. Beweislast 6561; Voraussetzungen der Anfechtbarkeit 7648; bei eigenem Verschulden des Gläubigers? 7816. Bücherliche Anmerkung der Anfechtungsklage? 6811, 6921, 7122.

5. Geschäftsführung. Uebergabe eines Bianco-Acceptes als Bevollmächtigung? 5866. Verbindung eines Auftrags mit einem Lohnvertrag 5878; mit Hingabe eines Depositums 6531. Mandat oder pactum antichretionum? 7199. Testamentarische Bestellung eines Verwalters (Unkündbarkeit) 6367. Stellung des executiven Sequesters als Pächter 7176, 7219; des als Sequester bestellten Executionsführers 7629; des politischen Sequesters 8173. Vollmacht des Solicitors zum Empfang von Gelbbriefen? 5725; des Geschäftsreisenden zur Annahme der Zahlung in Cassescheinen? 6693. Uebergabe an einen zufällig anwesenden Bestellten des Gutsersehers bei mora accipiendi 6098. Vollmacht zur Abgabe unbedingter Erbsenklärungen überhaupt 6322. Nothwendigkeit einer Specialvollmacht für den Ehegatten zur Aufnahme eines Darlehens auf Rechnung der Gattin 7104; zur Proceßführung für die Gattin? 7556. Ueberschreitung der Vollmacht 5621, 7712. Verpflichtung des Geschäftsherrn im Falle eines Irrthums des Geschäftsführers 7176. Escomptirung eines ausländischen Treffers durch die inländische Zahlstelle 5926. Geschäftsvermittlung: 5848, 5905, 5915, 6062, 6467, 6845, 7220, 7668, 7696 — s. unten „Lohnvertrag“: 9. — Anspruch des Agenten gegen den Geschäftsherrn auf Ablegung des Manifestationseides über provisionspflichtige Geschäfte 6712. Handeln des Mandatars im eigenen Namen; unmittelbares Klagerecht des Mandanten? 5674, 7007; unmittelbare Verpflichtung des Mandanten? 6957. Substituierung eines Advocaten geschieht nicht im Namen des Klienten 7859. Verpflichtung des mit Encassirung eines Wechsels Beauftragten zur Protesterhebung 6678. Haftung des Bevollmächtigten für den ihm zur Geltendmachung übergebenen Wechsel 6201. Beweis der Bevollmächtigung im eigenen Interesse 5952. Substitutionsbefugniß; Haftung für culpa in eligendo 6254. Haftung dem Substituten gegenüber 7859. Anspruch des geschäftsführenden (Advocaten) auf Entlohnung? 6454; Retentionsrecht (des Notars) wegen des Honorars? 7713. Ersatzanspruch des Beauftragten für Auslagen 5878. Dritten gegenüber nur die offene Vollmacht wirksam 5674, 6957, 7007; stillschweigende Anerkennung der Vollmacht durch den Dritten 6658. Auftrag zu Gunsten eines Dritten? 7101, 7774. Directer Anspruch des Frachtführers gegen den Empfänger der Waare 8221. Endigung: Fortführung der nothwendigen Geschäfte nach Kündigung der Vollmacht 5618. Kündigung der Vollmacht zur Verwaltung

einer gemeinschaftlichen Sache 7343. Fortbauer der Proceßvollmacht einer gelöschten Firma 7783. Erlöschen durch den Tod des Mandanten? 6631, 6751; Mandat post mortem 7101; Erlöschen der Specialvollmacht durch den Tod des Mandatars 8081. — Vgl. übrigens Verf. in Streitf. D. VII. und Verf. auß. Streitf. K.

Assignment: Escomptirung einer kaufmännischen Anweisung keine Assignment 7088. Unvollständige Assignment 7208; durch Verkauf des Pfandscheines 7256; durch Uebernahme von Hypothekenschulden durch den Käufer? 7538, 7907, 8136; bei Verständigung des Gläubigers durch den Angewiesenen 7438. Klagerrecht des Assignanten 7355. Vollständige Assignment durch Uebernahme der Rangirung eines Schuldners? 6378; durch Cession unter Intervention des Cessus 8161. Perfection durch Ueberreichung der Klage seitens des Gläubigers? 6009, 6075, 6667, 7298, 7538; durch Annahme von Zinsenzahlung vom Assignaten? 6075, 7019, 7427; durch grundbücherliche Einverleibung des Vertrages (§. 1019 a. b. G. B.) 7774. Fortbestand der Hypothek 6599.

Negotiorum gestio: Animus obligandi. Voraussetzung des Ersatzanspruchs (nach §. 1042 a. b. G. B.) 6248, 6977, 7551, 8026. — Vgl. unten III. 5. — **Negotiorum gestio** für die Gläubiger durch Uebernahme der Schulden zu Zahlung 6355; für eine zu errichtende Stiftung 8229.

6. Tauschvertrag. Irreführung über den Umfang des Tauschobjectes? 6860. Umtausch von Banknoten; Haftung für die Echtheit 6870. Bücherliche Anmerkung der Klage auf Erfüllung? 5596, 6333.

7. Kaufvertrag. Kaufvertrag oder pactum de contrahendo? 7804; Kaufvertrag oder Lohnvertrag? 6359, 6666. Angeld oder Caution? 6167. Veräußerlichkeit des eventuellen Anspruchs des Nachlegatars 6567; einer Schankconcession? 6886. Verkauf von Realitäten einer (israelitischen) Cultusgemeinde 6894. Revindication einer gesetzwidrig veräußerten Grundparcelle 7051. Separater Verkauf von Pertinenzen? 7786. Verkauf einer fremden Sache 7804. Kauf erst zu emittirender Actien 5599; einer noch zu präparirenden Waare 5735; abzustodenden Holzes 6462. Mehrmaliger Verkauf derselben Sache 5794, 7463. Vorbehalt der späteren Bestimmung des Kaufpreises 6451; des Preises eines Unternehmens nach einem Durchschnittsertrag 7441. Natur des sog. Schlüsselgeldes 7963. Wechselgiro als Kaufpreis 6908. Uebernahme von Satzposten auf den Kaufschilling: 6009, 6075, 6667, 7019, 7187, 7232, 7298, 7427, 7538, 7774, 7907, 8136; vgl. oben A. IX. — Bestätigung der Zahlung des ganzen Kaufschillings in der Kaufurkunde; Gegenbeweis? 7608. Nachweis der Vereinbarung eines höheren als des in der Urkunde angegebenen Preises? 7730. Pferbkauf 6362, 7797; Kauf einer Kuh 6752. Pactum reservati domini 6462, 7917. Anlegung der Clausel der Zahlung des Kaufschillings erst gegen Nachweis der Lastenfreiheit des Grundstückes 6812. Uebergang der Gefahr 8146.

Mora accipiendi des Käufers 6887; Unstatthaftigkeit des Begehrens des Verkäufers um Sequestration der Sache 8172. Verpflichtung zur Einhaltung der Miethverträge 7067. Haftpflicht des Verkäufers: wegen mangelnden Eigenthums tritt erst nach der Eviction ein 6651. Ersatz für Zahlung einer Hypothekarschuld durch den Käufer 6724. Nichterfüllung bei bestimmter Lieferzeit 5913, 7342. Retournirung des gekauften Hundes; Ersatzanspruch des Verkäufers für Kosten der Fütterung? 5941. Proportionelle Theilung der Miethzinse 7518. Gewährleistung s. oben A. IV. b) 11. Klage auf Erfüllung des Kaufs eines Grundstücks; Competenz? 6507, 6913; bündeliche Anmerkung der Klage? 5864, 6675, 6798, 7094, 7676, 7714, 7821. Veräußerung des „Kaufrechts“ 7532.

Vorkaufrecht oder Familieneinstandsrecht? 7506. Testamentarisches Vorkaufrecht 5989, 7645. Einräumung des Vorkaufrechts bezüglich eines Grundstücks beim Verkaufe eines andern? 6831. Einräumung des Wiederkaufsrechts nach geschlossenem Kaufvertrage 5691. Bündeliche Anmerkung der Klage aus dem Wiederkaufsrechte 7767. Verkauf mit Vorbehalt eines besseren Käufers 7807.

Öffentliche Feilbietungen s. Verf. in Streitf. N. II und III., und Verf. auß. Streitf. H.

8. Bestandvertrag. Verpachtung des Propinationsrechts 5856; einer Apotheke 6475. Vermietung durch einen Nicht-Eigenthümer 6612. Einverleibung des Pachtrechts an einem Theile eines Grundbuchkörpers? 5939. Miethvertrag mit Vorbehalt nachträglicher Vereinbarung des Zinses? 5697. Perfection des Miethvertrags mit Wahl zwischen zwei Wohnungen? 7023; Angeld oder Pachtcaution? 7781. Notarieller Miethvertrag 7815.

Erneuerung des Bestandvertrags bei Unterlassung des Begehrens der zwangsweisen Räumung nach der Aufkündigung 7141, 7495. Ausschließung durch „gehörige“ Aufkündigung? 6151, 7078. Stillschweigende Anerkennung durch den Käufer der Bestandsache? 6185, 6537. Vorauszahlung des Zinses durch den Bestandnehmer; Geltung gegenüber dem Sequester? 7219, 7488, 7520. Sog. „Zinskreuzer“ Theil des Miethzinses 6427. Gerichtliche Vorlehrungen wegen vertragswidriger Benützung der Bestandsache? 6556. Anspruch auf Rückgabe des Miethzinses wegen nicht benützter Wohnung? 6622. Einspruchsrecht des Verpächters gegen Sequestration der Pachtung? 8080. Verpflichtung zur Entrichtung des Pachtzinses trotz Feuersbrunst? 6003. Ersatzpflicht des Bestandgebers wegen Beeinträchtigung des Miethers durch nothwendige Bauführungen 6905. Pfandweise Beschreibung des nicht verbücherten Hauses zur Sicherstellung des Miethrechts? 8222. Besitzstörungenklage des Vermiethers gegen den Miether? 5605; des Miethers gegen den Vermiether wegen eigenmächtiger Delogirung? 6300, 6493; des Pächters gegen den Verpächter nach Ablauf der Bestandszeit? 6998, 7137.

Aufkündigung aus einem zu sofortiger Aufhebung berechtigenden Grunde 5858, 8193. Rechtzeitig erfolgte, verspätet zugestellte gerichtliche Kündigung 7057, 7223. Kündigungstermin bei Monatsmiete 6143; bei bedingener halbjähriger Vorauszahlung des Pachtzinses 7008; bei auf unbestimmte längere Zeit geschlossenem Mietvertrage 7966. Beweislast 6234, 6971; bezüglich vertragsmäßiger Unkündbarkeit 6643; Streit über beiderseitige Unauflösbarkeit 7591; Voraussetzungen der Delogierung; Zeitpunkt des Ansuchens 5998, 8151; Nachweis der Kündigung 6119. Recht des Vermiethers, nach Kündigung die Wohnung besichtigen zu lassen 6217.

Kauf bricht Miete: Stillschweigende Anerkennung des Mietvertrags durch den Käufer? 6185, 6537. Perfection des Kaufvertrages vorausgesetzt 8118. Auflösung für beide Theile 6238, 6354. Umfang des Ersatzanspruchs des Miethers 6129; kein Ersatzanspruch bei freiwilligem Abstehen des Miethers 8050. Weiterverkauf eines mit der Verpflichtung zur Einhaltung der Mietverträge gekauften Hauses 7067. Einfluß der executiven Veräußerung eines verpachteten Gutes 6038; auf die einverleibten Bestandverträge 6504, 7946, 8125, 8149.

Aufhebung oder Ungiltigkeitserklärung? 6457. Aufhebung wegen Rückständigkeit des Pachtzinses 5667; wegen rückständigen Mietzinses 5945. Sequestration des wegen Nichtinhaltung der Zinstermine zurückgeforderten Pachtgutes? 6714. Ersatzansprüche wegen vorzeitiger Auflösung des Mietvertrags; Competenz 7761. Ausübung des Aufhebungsrechts durch Kündigung 5858, 8193.

Afterbestand: Zulässigkeit der Sequestration der Pachtrechte trotz ausgeschlossener Afterpacht 6059. Anspruch des Aftermiethers bei durch Schuld des ersten Vermiethers verspäteter Einräumung der Wohnung 6739.

Gesetzliches Pfandrecht des Vermiethers an den dem Miether „anvertrauten“ Sachen 6608, 6179; erstreckt sich nicht auf nothwendiges Handwerkzeug 8200. *Invecta et illata* haften für „Zinsfreuzer“, nicht für die bedingene Conventionalstrafe 6427; *invecta et illata* des Einstellers von Wagen und Pferd im Gasthause haften nur für Stand- und Stall-, nicht für Futtergeld 7414. Retentionsrecht des Vermiethers an den *invecta et illata*? 5810, 6608, 7387; Anspruch auf pfandweise Beschreibung (nicht auf Transferirung) der *invecta et illata* 6657, 7587; nach Anmeldung der Mietzinsforderung im Concurse 7132. Vorzug des Pfandrechts vor den vor der Illation erworbenen Pfandrechten 7323. Rangordnung der gesetzlichen Pfandrechte zweier Vermiether 6438, 6490. Collision mit richterlichem Pfandrechte 6617. Gesetzliches Pfandrecht des Verpächters: Sequestration der separirten Früchte 7197.

9. **Lohnvertrag oder Kaufvertrag**? 6859, 6666; Lohnvertrag, Wette oder *Innominatcontract*? 6068; Lohnvertrag oder remuneratorische Schenkung? 7480. Lohnvertrag oder Auslobung (Preisauß-

setzung) 8074. Verbindung mit Mandat 5878; mit einem Verwahrungsvertrag? 6126. Amt oder Lohnvertrag? 7453. Anwendung der Gefindeordnung auf Privatlangleihiener 5786. Stillschweigender Abschluß? 6639. Streit über die Person des Bestellers 6957. Auslegung: Lantôme für jedes während der Dienstzeit des Försters verkaufte Foch Walbes 7684. Geschäftsvermittlung: Conventionalstrafe für den Fall des Abschlusses ohne Vermittlung des Commissionärs 5848. Manifestationseid über provisionspflichtige Geschäftsabschlüsse? 6712. Vermittlung eines Darlehens in geringerer als der bedungenen Höhe 5905; einer Jahreswohnung; Lohnanspruch im Falle kürzerer Atermiethe? 5915. Vermittlung eines Käufers; Voraussetzung des Honoraranspruchs 6062; Bemessung des Maklerlohnes bei Verkauf der Hälfte des Grundstücks 6845; Bedingung der Ausmittlung eines „reellen“ Käufers 7220; Versprechen einer Geldsumme für „Verebung“ eines Dritten zum Kaufe? 6467; Verwirkung des Anspruches durch Vermittlung im Interesse des Käufers 7663. Provision für Mäheverwaltung in einem Betrugsprocesse 7480; für die Vermittlung eines Erbvergleiches 7696.

Bestimmung des Lohnes bei Zweifel über Ende der Dienstleistung 6344; Verpflichtung zur Zahlung trotz Nichtbenützung der Dienste 6886. Lohnanspruch des für ein Gründungsconsortium thätigen Advocaten und Mitglieds des Consortiums? 6454. Vermuthung der erfolgten Zahlung des Dienstlohnes nach drei Jahren? 6639. Ansprüche der Advocaten s. Verf. in Streitf. D. VII. — Lohnanspruch des Notars als Parteienvertreters 6276; vgl. unten Verf. auß. Streitf. K. — Einfluß der Concurseröffnung auf einen Lohnvertrag 6888. Anspruch auf Auszahlung des Lohnes trotz bemängelter Arbeit? 7047; bei verspäteter Ablieferung? 7186. Besitz des Bauführers oder Bauherrn? 7073. Geltendmachung des Lohnanspruches vor Rechnungslegung 7147. Entschädigungsanspruch des Lehrherrn wegen vorzeitigen Austritts des Lehrlings? 7467; des Angestellten wegen Entlassung infolge Auflassung seiner Stelle 7686. Haftung des Unternehmers wegen Beschädigung des Arbeiters im Betriebe 7819, 8117. Voraussetzungen des Ersatzanspruches des Expeditors gegen die Eisenbahngesellschaft 6208. Directer Ersatzanspruch des Frachtführers gegen den Empfänger der Waare für gezahlten Zoll 8221. Haftung der Postanstalt für Geldsendungen 5725, 5726, 5732; Ersatz des declarirten Betrages in Banknoten 6318.

10. Verlagsvertrag. Wirkung des auf einer Zeitschrift abgedruckten Vermerks, daß Manuscripte nicht zurückgestellt werden 6050.

11. Gesellschaft zur Errichtung eines Theaters; Eigenthumsverhältnisse an dem Gebäude 5696. Errichtung eines Gebäudes auf fremdem Grund in Folge Uebereinkommens mit dem Eigenthümer 6296, 7514. Gemeinschaftlicher von einem Gemeinschafter auf seinen Namen zu schließender Kauf von Grundstücken 6525. Spielgesellschaft mit

Verpflichtung ratenweiser Einzahlung 7029. Consortium zur Gründung einer Erwerbsgesellschaft 6454. Vermehrung der Gesellschaftseinlage oder Darlehen? 6611. Eintritt des bisherigen Procuristen als Gesellschafter; neue Firma? 8169.

Eidesablegung für die offene Handelsgesellschaft durch alle Gesellschafter? 6795, 7666 (nach Auflösung der Gesellschaft). Executionsführung gegen einen Gesellschafter auf Grund Urtheils gegen die Gesellschaft? 7061; auf Grund eines mit der Gesellschaft geschlossenen Vergleichs 7626; nach Auflösung der Gesellschaft? 7888. Verständigung der Gesellschaft als Realgläubigerin zu Handen eines Gesellschafters? 6750. Competenz für Theilungsklagen zwischen Handelsgesellschaftern 5694. Auflösung durch den Tod eines Gesellschafters; Voraussetzungen der Umschreibung von Rechten der Gesellschaft auf dessen Erben 6099. Fortdauer der Proceßvollmacht der aufgelösten Gesellschaft 7783. Concursöffnung auf Ansuchen eines Gesellschafters 7906.

Gewerkschaft: Ermittlung des Werthes eines Auzes 7701, 8217.

Wechselseitige Versicherungsgesellschaft: Verbindlichkeit der statutarischen Bestimmungen 6164. Voraussetzung des Brandschaden-Ersatzanspruches 6706. Verpflichtung eines ausgeschiedenen Mitgliedes zu Nachzahlungen? 7647. Befreiung der Gesellschaft von der Verpflichtung zur Leistung actorischer Caution 6179, 6189, 6710, 7847 (während der Liquidation).

Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaft: Perfection des Beitritts? 6609. Klage auf Anerkennung der Nichtmitgliedschaft (im Concurs der Genossenschaft)? 7334. Geltung der Statuten gegen Dritte? 8180.

Actiengesellschaft: Bestellung eines Curators zur Liquidation (Kosten) 6568. Erlöschen der Function des Vorstands durch Concursöffnung 5601. Bestellung eines Verwaltungsrathes und Liquidators zum Concursmassenverwalter? 7758.

12. Gemeinschaft. Miteigenthum oder eheliche Gütergemeinschaft? 5897. Im Grundbuche nicht ersichtliche Gemeinschaft 6525. Rechtsverhältniß der Mitgewerken 7701, 8217. Eigenmächtige Verfügungen des Mitbesizers und Verwalters der gemeinschaftlichen Sache (Besitzlage?) 6539; Kündigung der Miethe an einen der Miteigenthümer? 6151. Kündigung der Vollmacht des Verwalters durch einen Gemeinschafter? 7343, 7911. Anspruch auf gerichtliche Bestellung eines Verwalters 7018. Entscheidung durch Stimmenmehrheit über Bevollmächtigung zur Verwaltung 7343; über die Art der Verwaltung 6447. Anspruch der Gemeinschafter auf Antheil an den einzelnen Nutzungen? 6061, 6447. Miethweise Innehabung von Wohnungen seitens des Miteigenthümers des Hauses? 5728. Anspruch eines Miteigenthümers auf Gestattung von Baulichkeiten 7092. Einverleibung des Miteigenthums an einer vorläufig auf Kosten des Nachbarn zu errichtenden Mauer 7662. Erfügung des Rechts auf bestimmte

Benützung der gemeinschaftlichen Sache seitens eines Gemeinschafters? 8132. Executive Sequestration eines Antheils 6544, 7658, 7792. Störung im gemeinschaftlichen Besitz durch den Mitbesitzer 6242, 6726, 7311. Recht auf Theilung: unzeitgemäßes Begehren 5897, 6053. Pupillargerichtliche Vertheilung von mehreren Geschwistern gemeinschaftlichen Eosen 5891. Compromiß über die Theilung 7895. Kosten derselben 6365, 7422. Unzulässigkeit der Auseinanderetzung durch Feilbietung bei Bestand einer fideicommissarischen Substitution 7198. Besitzstörung durch eigenmächtige Theilung 6726.

Klage auf Anerkennung des Miteigentums 7514. Theilungsklage: Competenz 5694. Actio communi dividundo bei ehelicher Gütergemeinschaft? 5897. Activ- und Passivlegitimation 6871. Theilungsklage oder rei vindicatio? 6420. Unstatthaftigkeit bezüglich einzelner Theile der gemeinschaftlichen Liegenschaft 7170, 7924. Gerichtliche Feilbietung zur Aufhebung der Gemeinschaft: Unanwendbarkeit der Vorschriften der G. O. über executive Feilbietungen? 5673, 6251, 7422, 8021; Einverleibung des executiven Pfandrechts zur Vollstreckung des Theilungsurtheils? 6869; executive Schätzung? 5841, 7800; Vorgang bei Feststellung der Feilbietungsbedingnisse 7689, 8005; Zulässigkeit der bürgerlichen Anmerkung des Theilungsurtheils 7603, 7759. Bürgerliche Anmerkung der Klage auf Aufhebung der Gemeinschaft 6637, 6672, 6793. Eheliche Gütergemeinschaft s. unten Familienrecht II. — Arbitrium finium regundorum: Erneuerung oder Berichtigung der Grenze? 6246. Erneuerung der unkenntlich gewordenen Grenzen 6871, 7744. Voraussetzungen der Anordnung einer Commission auf Verlangen eines Nachbarn 6088. Kosten der Grenzernuerung 7397. Berichtigung der Grenzmarken 6569.

13. Compromiß. Form für Compromisse über Heiratsgut 5665. Ungiltigkeit des mit hebräischer Schrift unterschriebenen Schiedsspruchs 6282. Verzicht auf gerichtliche Ansechtung des Schiedsspruchs 6077. Entscheidung in contumaciam? 6372. Weiderseitige Cautio zur Sicherung des Vollzuges des Schiedsspruchs 6478. Ernennung des Obmannes durch das Gericht 6656. Schiedsrichterliche Verurtheilung zu Geldbuße für den Fall des Verzugs in der Erfüllung des Schiedsspruchs 6442, 6965. Umfang der schiedsrichterlichen Entscheidung (bezüglich eines Brandschadens) 6375, 7882. Allseitige Ungiltigkeit des Compromisses wegen mangelnder Zustimmung eines Betheiligten 7895; wegen Nichtunterfertigung der Compromißurkunde? 6127. Anerkennung der Vollstreckbarkeit des Schiedsspruchs 6952. Fälschung eines Schiedsspruchs 6380. — Vgl. Verf. in Streitf. L. V., M. IV. und N. I. 1.

14. Anerkennungsvertrag: oder Novation durch Ausstellung eines Schuldscheines über ungiltige Wechselschuld? 6527. „Geschäftsabrechnung“ 6292. Abrechnung und Anerkennung als selbständiger Verpflichtungsgrund? 7185, 7902. Einverständliche Schuldeinschreibung 7297. Anerkennung durch Vereinbarung der Compensation 8012. Anerkennung

durch Wechselfeststellung? 6985. Anerkennung im Concurs 7528. Anerkennung von Nachlassschulden im Abhandlungsprotokoll 6945; von Advocatengebühren 7364; durch Annahme der Expensenote? 7378; durch Ausbleiben von einer Tagung? 6634; durch Submission auf eine Klage? 6888; durch Nichtbestreitung der angemeldeten Forderung seitens des Creditors? 7528. Anerkennung der Vollstreckbarkeit eines Schiedsspruchs 6952. Einfluß der Schuldanerkennung auf die Verzinsungspflicht 6851. — Vgl. auch oben A. IV b) 8.

15. Vergleich. Submission auf die Klage und darauf erfolgtes Urtheil hat nicht die Kraft eines Vergleichs 6888. Berechtigung des interimistischen Stellvertreters eines Advocaten zum Vergleichsabschlusse? 8081; des Vormunds zum Vergleichsabschlusse für das Mündel? 8061. Vergleich zwischen dem Vater und dem Vormund eines unehelichen Kindes 8037. Gerichtlicher Vergleich (auf Eid) 7302; im Besitzungsverfahren 5879; im Bagatellverfahren 7894. Gleichstellung des verglichenen mit dem sententionirten Eide; Tod der eidespflichtigen Partei 5951. Gerichtlicher Vergleich über Executionsmobilitäten 7961. Unstatthaftigkeit des gerichtlichen Vergleichs in Administrativsachen 7180. Vergleich vor der Grundlastenablösungscommission 8150; vor der Polizeibehörde 6178. Fortbestand der Bürgschaft 6103. Streit über die Grundlagen eines Erbvergleichs 6930. Klage auf Erfüllung eines (gerichtlichen) Vergleichs 5593; Nichtzulassung zur Abschwörung des Vergleichseides durch den Richter? 7302; Ungiltigkeit des Vergleichs wegen Unerlaubtheit seines Inhalts 7180.

16. Leibrentenvertrag. Auslegung 6039. Anspruch des Ueberlebenden von zwei Ausgebingsberechtigten auf die ganze Rente 5953. Unübertragbarkeit der noch nicht fälligen Renten 7521. — Vgl. oben Sachenrecht E. II.

17. (Andere) Glücksverträge. Eintritt in eine Spielgesellschaft: Spielvertrag, Promessengeschäft? 7029. Verkleidetes Promessengeschäft? 7823.

Auslegung der Bestimmung eines Versicherungsvertrages daß „die Versicherung nur durch die gehörig geleistete Prämienzahlung gültig werde“ 6379. Vereinigung mehrerer Affecuranzverträge in einer Police? 7950. Erstreckung des Pfandrechts an dem Gebäude auf die Brandschadensvergütung? 5940, 7182, 7573, 8227. Klage auf Zahlung der Prämien; Competenz 6510. Vorzugsrecht für die Versicherungsprämie? 5731, 7782. Schiedsgericht für Bestimmung der Schadenziffer 6375, 7882. Anspruch auf Ersatz für Brandschaden gegen die in Liquidation befindliche gegenseitige Versicherungsgesellschaft 6706; Verwirkung des Anspruchs durch nochmalige Versicherung. 5618. Lebensversicherung: Anspruch des Versicherers oder der Erben des Versicherten auf den Versicherungsbetrag? 7282. Nichtinbeziehung des Betrages in den Nachlaß des Versicherten 5833, 5834, 6571; Lebensversicherung zu Gunsten seiner Kinder 5801; zu Gunsten seiner „Erben

Vertreter oder anderen Rechtsnachfolger“ 5842; Nichteinbeziehung in die Concursmasse des Versicherten 6163, 6559. Verwirkung des Anspruchs bei unrichtiger Altersangabe? 6889; durch Selbstmord in unzurechnungsfähigem Zustande? 7385.

Wette, Lohnvertrag oder Innominatcontract? 6068. Voraussetzung der Klagbarkeit 5967.

Spiel: Klaglosigkeit des Darlehens zu verbotenem Spiel? 5764, 7030.

18. Bürgschaft: Uebernahme einer ungiltigen Schuld als Mitschuldner? 6527. Haftung des „Bürgen und Zahlers“ für die vom Minderjährigen mit Bezug auf das durch eigenen Fleiß erworbene Vermögen eingegangene Schuld 8062. Autographe Urkunde über Beitritt als „Bürge und Zahler“ 7200. Uebernahme höherer Verzinsungspflicht durch den „Bürgen und Zahler“ 7902. Ausdehnung des *forum solutionis* auf den „Bürgen und Zahler“? 5640; des statutarischen Gerichtsstandes? 8180. Fortbestand der Bürgschaft bei Erneuerung des Vertrags? 6108; bei Novation der Schuld? 5700; im Falle der Girirung eines für den verbürgten Betrag acceptirten Wechsels? 7726.

19. Pfandvertrag. *Lex commissoria* 7303. *Pactum antichreticum* 7199, 7380. Klage auf Zurückstellung einer Dienstcaution; Beweislast 6118. Haftung des Staats für die beim Steueramte erlegte (Jagdpacht-) Caution 6249. Anspruch des Erlegers von Papieren zur Sicherstellung auf Erfolgslaffung der Coupons? 5906. Bestellung der Hypothekarforderung als Caution für den Hypothekarschuldner; Anspruch auf gerichtliche Hinterlegung der Schuld? 5957. Verkauf des Pfandscheines. 7256.

20. Verkaufsauftrag.

21. Innominatcontract oder Darlehen? 5816; oder Wette oder Lohnvertrag? 6068. Schenkung oder entgeltlicher Vertrag? 5912, 6561. Versprechen der Eröffnung eines Credits als Gegenleistung? 6514. Uebernahme in Verpflegung und Erziehung gegen Entgelt in Naturalleistungen 6625. Rücktritt von der Bewerbung um ein Geschäft gegen Versprechung der Gewinnstheilung 6720. Vertragsauslegung: Einräumung des Rechts, die Bücher einer Actiengesellschaft einzusehen 7441. Ueberlassung eines Hauses gegen Einräumung des Wohnungsrechts 7643. Entgeltliche Zusage der Verleihung des Bürgerrechts? 6172; Ueberlassung von Localitäten zu Schulzwecken seitens einer Gemeinde? 7981.

II. Delictobligationen. Selbsthilfe: Tödtung eines im Revier betroffenen fremden Hundes? 5745, 6021; eines bössartigen Hundes zum Schutze des Eigenthums 7550. Selbsthilfe durch eigenmächtiges Oeffnen einer fremden Hütte 5943; zum Schutze des Besizes 6152. Syndicatsanspruch 7184, 7727. Veräußerung in *fraudem creditorum* 6221; Schenkung vgl. oben I. 4. — Verführung (unter Eheversprechen) 6977, 8053; Ersatzanspruch im Falle geschlechtlicher Ansetzung 8127. Ersatzanspruch gegen den Minderjährigen, der

sich beim Vertragsabschluß für großjährig ausgibt 7900. Gegen ein neunjähriges Kind wegen Brandlegung 5973. Schadenersatz wegen Besitzstörung 6592, 7749. Haftung der Eisenbahnen für Beschädigungen durch ihren Bau oder Betrieb auf Grund des Concessionsgesetzes vom 14. September 1854: 6458, 6832, 8148; nach dem Gesetze vom 5. März 1869: 6929, 8040; für den durch ein transportirtes Pferd angerichteten Schaden? 6654. Eingriff in ein Erfindungsprivilegium? 5900; Ersatzanspruch im Falle wegen angeblichen Nachdrucks erfolgter Beschlagnahme 6935. Schadenersatz wegen Körperverletzung; Schmerzensgeld bei Beschädigung durch einen nicht gehörig verwahrten Hund 5744; Schmerzensgeld für Realinjurie 7556; im Falle geschlechtlicher Ansteckung der Verführten 8127; Unabhängigkeit des civilrichterlichen vom strafrichterlichen Urtheil? 7571, 7768. Ersatzanspruch der Hinterbliebenen wegen Tödtung eines Menschen 6929, 8040. Umfang der Schadenersatzpflicht: Anspruch eines Advocaten auf Genugthuung wegen einer gegen ihn gerichteten Entschädigungsklage? 5711. Causalzusammenhang; Ersatz wegen Ankaufs gestohlener Sachen 7519. Einfluß eigenen Verschuldens des Beschädigten 6929, 7948; bei Ansteckung der verführten Frauensperson 8127. Haftung der Eisenbahn für rechtzeitige Auslieferung des bei einem Bahnbediensteten gelassenen Gepäcks? 6222. Rückforderung des in Folge Begebung eines für eine ungiltige Verpflichtung ausgestellten Wechsels bezahlten Betrages vom ersten Besitzer des Wechsels 6259. Umfang des Ersatzes wegen Beschädigung eines Schiffes 6057; der Ersatzpflicht eines Kindes wegen Brandlegung (§. 1310 a. b. G. B.) 5973. Haftung für besondere Sorgfalt bei Flußregulierungsarbeiten 7469. Beweislast in Ansehung des Verschuldens 5745; bei Inanspruchnahme des Gastwirths wegen entwendeter Sachen 6196. Haftung für fremde Delicte s. oben A. V. — Verjährung der Entschädigungsklage: Beginn derselben 5682, 6370; bei Ersatzanspruch für durch Personalarrest erlittenen „Schimpf und Schaden“ 7036.

III. *Variae causarum figurae.*

1. *Condictio indebiti*: oder Gewährleistungsanspruch wegen Escomptirung eines gefälschten Treffers durch die Zahlstelle? 5926. Irrthümliche Einlösung eines Wechsels durch den Nothadressaten; Rückforderungsrecht? 6209. Zahlung im Irrthum? 6494. Anschluß der Rückforderung bei wissentlicher Zahlung einer Nichtschuld 6552; einer Zahlung auf Grund nichtigen Vertrags? 6259. Zahlung unter Erklärung nicht schuldig zu sein (Verühmung?) 6281. Cession und nochmalige Bezahlung einer bereits bezahlten Forderung, Rückforderungsrecht des Cessus gegen den Cedenten? 5924. Mehrfache Verpfändung einer Forderung; Rückforderungsanspruch bei Bezahlung derselben an beide Gläubiger? 6468.

2. *Condictio ob causam datorum*. Unstatthaftigkeit der Rückforderung des behufs Fortführung des Concubinates Gegebenen

7526; des für Enthaltung vom Mitbieten bei einer Licitation Gegebenen; Beweislast 6147. Rückforderung des umgewechselten Geldes bei Unechtheit des Empfangenen 6870. Verpflichtung des Käufers die auf den Kaufschilling übernommene Sachpost an Verkäufer zu bezahlen im Falle anderweitiger Befriedigung des Hypothekargläubigers 7187. Rückforderung des Angeldes bei Nichtperfection des Vertrags 7796.

3. *Condictio ex injusta (turpi) causa*. Rückforderung des auf Grund verbotenen Geschäfts Geleisteten unabhängig von Irrthum 6259. Rückforderung des zu verbotenem Spiel gegebenen Darlehens? 5764, 7030.

4. *Condictio sine causa (causa finita)*. Rückforderung des auf den Kauf zu emitirender Actien Angezahlten im Falle Unterbleibens der Emission 5599; der Anzahlung bei Unmöglichkeit der Gegenleistung 5853; eines *Bianco-Acceptes*? 5866; des vorausbezahlten Miethzinses für die nicht benützte Wohnung? 6622. Rückforderungsklage des Wechselacceptanten gegen den Verkäufer und Indossatar wegen Nichtlieferung der Waare an den Indossanten 6908. Rückerstattung des Kaufpreises bei Revindication der gesetzwidrig veräußerten Parcellen 7051; der Anzahlung bei Nichteintritt der Concursmasse in das Geschäft 7237, 7304. Verpflichtung des bürgerlichen Erwerbers eines Hauses zur Abtrennung einer schon früher veräußerten Grundparcelle 7463. Rückforderung des als Darlehen gegebenen Geldes bei Ungültigkeit des Darlehensvertrags 8012; gegen einen Minderjährigen? 6642. Unstatthaftigkeit der Rückforderung des auf Grund richterlichen Urtheils Gezahlten 7704.

5. Bereicherung (*in rem versio*): Bereicherungsklage oder Contractsklage? 5816; oder Entschädigungsklage? 6370, 6724. *Animus obligandi* Voraussetzung des Ersatzanspruchs für gemachten Aufwand 5990, 6248, 6272, 6977, 7464 (Beweislast), 7551, 7867, 8026, 8053. Effectiver Aufwand vorausgesetzt 7279. Wechsel-Bereicherungsklage: 7433, 5625 (Beweislast); Darlehens- oder Bereicherungsklage nach Verjährung des Wechsels? 6679; Voraussetzungen der Klage bei präjudicirtem Wechsel 8186. Haftung des für die Wechselforderung bestellten Pfandrechts für den Bereicherungsanspruch 6029. Rückerlass von geleisteten Alimenten seitens des unehelichen Vaters an die Mutter des Kindes (Voraussetzungen) 5990, 6052, 6248, 6920, 6977, 7464, 7867, 7930, 8026, 8053, 8107; an die Großmutter 5714; Ersatzanspruch der Großeltern 7551; der Stiefmutter 7111; der Krankenanstalt gegen die Kinder der verpflegten dürftigen Eltern 6778; gegen den Vater wegen Verpflegung des großjährigen Kindes 8160; der Heimatsgemeinde wegen gewährter Unterstützung gegen den später zu Vermögen Gelangten? 6460, 7707; Ersatzanspruch gegen die Gemeinde wegen Verpflegung eines daselbst Heimatsberechtigten? 7543, 8211; des Kindes gegen die Geschwister wegen der Mutter geleisteten Unterhalts? 7836. Anspruch des Ausgedinglers auf Ersatz für Herstellung der Wohnung

6598; des Frachtführers gegen den Empfänger wegen gezahlten Nachtragszolles 8221. Zahlung der Steuerschuld eines Dritten (Beweis) 5749; der Hypothekarschuld durch den Käufer der Realität 6364, 6724; Einlösung der Schulden des Sohnes durch den Vater 6272; Ersatzanspruch des Expromittenten? 8135. Verjährung der Bereicherungsfrage 6052, 6724, 7355.

6. Verbindlichkeit zur Urkundenebition. Actio ad exhibendum bezüglich gemeinschaftlicher Urkunden 5635. Editionsrecht des Producenten von Handelsbüchern? 5851. Vertragsmäßige Gestattung der Einsicht in die Bücher einer Actiengesellschaft 7441. Anspruch des wegen Privilegieneingriffs Belangten auf Mittheilung einer Abschrift der vom Kläger beigebrachten Privilegiumsbeschreibung? 8090.

7. Verbindlichkeit zum Unterhalte einer Person. Forderung von Alimenten pro praeterito: 5714, 5990, 6052, 6248, 6920, 6977, 7111, 7464, 7867, 7930, 8026, 8053, 8107. Anspruch auf Ersatz von Verpflegskosten seitens einer Krankenanstalt 6778, 8160. Armenunterstützung seitens der Heimatsgemeinde 6460, 7543, 8211. Alimentationsanspruch der Ehegattin: 6683, 6715, 7251, 7562, 7703, 7705, 7757, 8010 (Vgl. Familienrecht I. und II.); des überlebenden Ehegatten 6184, 6286. Versprechen einer Rente seitens der Gattin an ihren Gatten auf die Dauer der factischen Trennung 6480. Alimentationspflicht zwischen Eltern und Kindern: 5727, 6142, 6347, 6778, 6872, 7056, 7247, 7310, 7442, 7780, 7836, 8160, 8203 (Vgl. Familienrecht III. und IV. —). Execution auf Dienstlohn für den Ersatzanspruch wegen geleisteter Alimente? 6920, 7980; auf die vom Executionsführer dem Schuldner zu leistenden Alimente? 7247, 7765; für noch nicht fällige Alimente? 6861, 7633, 7833, 8134. Execution auf die von einem Beamten vertragsmäßig seiner Gattin zu leistenden Alimente 5653. Vergleich zwischen Vater und Vormund des unehelichen Kindes 8037. Verjährung des Entgelts für übernommene Verpflegung und Erziehung 6625; der durch Urtheil zugesprochenen Alimente pro futuro 7494; des Ersatzanspruches für geleistete Alimente 6052.

8. Beerbigungspflicht.

IV. Familienrecht.

- I. Eherecht. Beurtheilung von unter der Herrschaft des Pat. v. 8. Octob. 1856 geschlossenen Ehen 6964. Beurtheilung von im Auslande geschlossenen Ehen 6101, 6471, 6867, 7289, 8201. Competenz für Ungültigerklärung der Ehe von Ausländern? 6289; für Ehescheidung zwischen Ausländern 7754; Requisition eines ausländischen Gerichts behufs Vornahme von Versöhnungsversuchen 8188.

Ehehinderniß der Minderjährigkeit; Berechtigung zur Geltendmachung 5909. Verweigerung der väterlichen Zustimmung 6016, 6110. Error in personam redundans? 6101. Ungültigkeit der Ehe wegen vorausgegangener Schwängerung; Beweislast 5620, 5626. Ehehinderniß der Impotenz; 5966, 6271; des bestehenden Ehebandes 6471; Ungültigkeit sog. Nebenbürgischer Ehen 7239, 8201. Ehehinderniß der höheren Weihen (Fortbestand trotz Uebertritts zu einer andern Confession) 5904, 6141; Ehehinderniß der Religionsverschiedenheit 6867. Vertragmäßige Beschränkung des Rechts zur Eingehung einer Ehe? 6992. Ungültigkeit der Ehe wegen mangelnden Aufgebots? 5909; Erklärung der Einwilligung vor einem belegten Pfarrer; einem die Entgegennahme verweigernden? 5654. Ungültigkeit einer (unter Herrschaft des früheren Gesetzes) vor dem evangelischen Seelsorger geschlossenen Mischehe 6964; der von einem Oesterreicher in der englischen Boischafscapelle geschlossenen Ehe 8066.

Entfernung der Frau aus dem Wohnort des Mannes 7251, 8010. Anspruch des Ehemannes auf Rückkehr der Frau 6721, 7348, 7866, 7736, 8228 (Arreststrafen?) Vertragmäßige factische Trennung? 6480. Personalgerichtstand der minderjährigen Gattin 7373. Klage auf Scheidung wegen wiederholter Kränkungen bei Fortsetzung der Ehe? 5907; wegen Vermögensgefährdung 6855; Scheidung aus beiderseitigem Verschulden (boshaftes Verlassen der Gattin?) 7031. Wiederholte Ehescheidungsklage? 5650. Anspruch der Ehegattin auf Alimentation während des Ehescheidungsprocesses? 6563, 7757, 7765; nach der Scheidung? 6715, 7703. Fortsetzung des Scheidungsprocesses nach dem Tode des einen Gatten? 6495, 6799, 7806. Trennung der Ehe von Protestanten (wegen unüberwindlicher Abneigung) ohne vorherige Scheidung 6941, 7245; Alimentation der Ehefrau während des Processes? 7562; Rücktritt eines Ehegatten vom gemeinschaftlich gestellten Gesuche um Trennung 7563. Trennbarkeit der Ehen zwischen Juden und Confessionslosen 7589, 7934. Uebergabe und Uebernahme des Scheidebriefes zwischen jüdischen Ehegatten durch Bevollmächtigte 7083. Versprechen der sog. Chaliza? 5807. Klagerecht des schuldigen Ehegatten auf Ungültigkeitserklärung? 5909, 6964. Verlust des Klagerichts (wegen Impotenz) durch Fortsetzung der Ehe 6271. — Vgl. auch Verf. in Streitf. Q. IX.

II. Eheliches Güterrecht. Ehepacten oder Schenkung auf den Todesfall? 6042. Wechselseitiges Testament unter „Ehepacten“ mitinbegriffen? 7049. Erbvertrag 7164. Auslegung von Ehepacten 7044, 7618. Form der Ehepacten (Verzicht auf Rückforderung des Heiratsgutes im Falle des Todes der Frau)? 7618. Notariatszwang für Zusage der Ausstattung an den Sohn? 7650; durch die Brauteltern an den Bräutigam? 7661, 7672, 8004, 8140, 8199. Dotalversprechen? 8130. Form für Compromisse über Heiratsgut 5665. Einwendung des Scheingeschäfts gegen notarielle Ehepacten? 7508, 8049. Versprechen eines

Heiratsgutes oder Schenkung? 5983, 6452, 6503, 6545, 6680. Eigenthumserwerb des Mannes an dem in dotem gegebenen Lose 7185. Sicherstellung des Heiratsgutes 6680, 7402, 7566 (Beweis der Uebergabe). Geltendmachung der Dotalsforderung im Concurse 6014; während der Ehe? 7860. „Auf jedesmaliges Verlangen sofort zahlbare“ Widerlage 8166. Eheliche Gütergemeinschaft inter vivos oder auf den Todesfall? 6981. Miteigenthum oder eheliche Gütergemeinschaft? 5897. Gütergemeinschaft inter vivos; Recht des Mannes auf Theilung der der Frau angefallenen Erbschaft? 5746; Eintragung in die öffentlichen Bücher; Weiterveräußerung seines Gutsantheiles seitens eines der Gatten 6297. Haftung der Frau aus einem Kaufvertrag ihres verstorbenen Gatten? 7637. Behandlung der intabulirten Gütergemeinschaft bei der Meistgebotsvertheilung 6436, 7669. Einfluß der Eröffnung des Concurses über das Vermögen eines der Gatten 5838, 6158, 6173. Unstatthaftigkeit der Executionsführung auf die Rechte des einen Gatten aus der Gütergemeinschaft 7998.

Entkräftung der Vermuthung des §. 1287 a. b. C. B. durch notarielle Bestätigung des Mannes 6319. Umfang der vermutheten Verwaltung des Ehemannes 7179. Vertretung der Frau durch den Mann 6145. Legitimation des Ehemannes zur Aufnahme von Darlehen auf Rechnung seiner Gattin? 7104; zur Einklagung von Schmerzensgeld für seine Gattin? 7556. Rechtsgeschäfte zwischen Ehegatten (Form) 7462, 7699; Folgen der Nichtbeachtung des Notariatszwanges 8012.

Klage der Ehegattin auf *Alimente*; provisorische Zuweisung während des Processes 7705. Anspruch der Gattin bei (berechtigtem) eigenmächtigem Verlassen des Gatten 7251, 8010; bei Entfernung des Ehemannes 6683; während des Scheidungs- (Trennungs-) Processes 6568, 7562, 7757, 7765; der geschiedenen Ehegattin 7703; der aus ihrem Verschulden geschiedenen? 6715; des überlebenden Ehegatten auf Unterhalt 6184, 6286, 7044. Versprechen einer jährlichen Rente seitens der Gattin an den Gatten auf die Dauer des factischen Getrenntseins 6480.

III. Eltern- und Kindesrecht. Vermuthung der ehelichen Geburt (Maternitätsproceß) 7780. Gegenbeweis der Unmöglichkeit der Zeugung aus der Reise des Kindes? 6885; aus der factischen Trennung der Ehe? 7055; durch Zeugniß der Mutter? 5662. Gerichtliche Scheltung; Form 5620; Beweislast bezüglich des *tempus scientiae* 5662; Verstreitung der ehelichen Geburt gegen den Vormund des Kindes? 7242; Berechtigung der Mutter zur Behauptung unehelicher Vaterschaft? 5867; dritter Personen zur Behauptung der unehelichen Geburt? 7055.

Erziehungsrecht; Wegnahme des Kindes aus der Lehre vor beendeter Lehrzeit 7467. Väterliche Gewalt: Anspruch des Vaters auf Herausgabe des Kindes 6909, 7916. Ertheilung der Zustimmung zur Eheschließung 6016. Execution auf den dem Vater überlassenen

Fruchtgenuß des seinem Kinde zugewendeten Vermögens? 7801; Enthebung des Vaters von der nachtheiligen Verwaltung? 7707. Einlösung der Schulden des Sohnes; Schenkung? 6272. Vertretung der Kinder durch den Vater (*cautio actoria?*) 6797, 7266; Vertragsschluß zu Gunsten oder im Namen der Tochter? 8095. Personalgerichtsstand der minderjährigen Tochter nach Endigung der väterlichen Gewalt durch Verheirathung 7873.

Alimentationspflicht der Eltern; officiose Bestimmung? 7310, 8203; gegenüber dem großjährigen erwerbsunfähig gewordenen Kinde 8160. Rückersatzanspruch der Stiefmutter gegen den Vater 7111; der Großeltern? 7551. Verpflichtung zur Ausstattung der wider den Willen der Eltern heiratenden Tochter 6110. Bestellung eines Heiratsgutes durch die Eltern; Schenkung? 6452, 6508, 6680 (Rückforderung wegen Undankes des Gatten?).

Legitimation per subsequens matrimonium 6488, 6498, 6511. Emancipatio saxonica, *venia aetatis* trotz Widerspruch des Vaters 5965.

Verpflichtung der Kinder zur Alimentation der Eltern 6778, 7247 (Executionsführung auf die Alimente seitens des Kindes?); Vergütungsanspruch gegen die Geschwister wegen Alimentation der verstorbenen Mutter? 7836.

IV. Uneheliche Kinder. Paternitätsproceß 7780. Beweis der Vaterschaft (in Ansehung des Kindes einer verheirateten Frau) 5620, 7055; durch Auftragung des Haupteides an den Erben des Vaters? 5753, 7096, 7269; Haupteid über den Zeitpunkt der Bewohnung 7290. Anerkennung der Vaterschaft (Erfüllungseid der Mutter) 6958, 8053. *Exceptio plurium concumbentium* (Gegenbeweis durch Sachverständigenbefund über die physische Reife des Kindes) 7327, 7785.

Paternitäts- und Alimentationsklage: Unzulässigkeit des Bagatellproceßes für Statusklagen 7755. Klage auf Anerkennung der unehelichen Vaterschaft seitens der verheirateten Mutter? 5867; Legitimation der Mutter zur Paternitätsklage? 6347. Legitimation zur Klage für ein ausländisches uneheliches Kind 6291; der Großmutter zur Paternitätsklage 5714. Paternitätsklage gegen die Erben des unehelichen Vaters 5753, 7096, 7269, 7319; gegen den minderjährigen unehelichen Vater 7442, 8107. Aufforderung der Mutter zur Paternitätsklage wegen Verläumdung der Vaterschaft 6347; des Kindes wegen Verläumdung seitens der Mutter? 8157. Richterliche Mäßigung der Alimente 5727. Anspruch auf höhere, als die zuerkannten Alimente bei Verbesserung der Vermögenslage des Vaters 7056. Sicherstellung pro futuro zuerkannter Alimente? 6861, 7638, 7833, 8134. Vergleich mit dem Vormund des Kindes 8037. Alimentationspflicht der unehelichen Mutter 5990. Ersatzanspruch der Mutter gegen den unehelichen Vater für dem Kinde geleistete Alimente 5727, 6052 (Verjährung?), 6248, 6920 (Execution), 6977, 7464, 7867, 7980 (Execution), 8026, 8058, 8107. Dauer

der Alimentationspflicht; Einflußnahme des unehelichen Vaters auf Erziehung und Standeswahl? 6872. Verjährung der urtheilsmäßigen Alimentationsraten 7494. Pflicht zur „Versorgung“ 8160. Alimentationspflicht des unehelichen Kindes gegen die Eltern 6142.

V. Vormundschaft und Curatel. Excusation von der Bestellung zum Vormund? 6540. Curatel des Vaters über das Vermögen seiner Kinder? 7077. Voraussetzung der Verhängung der Curatel wegen Verschwendung 7337; provisorische Verhängung über einen Ausländer 7099. Vertragmäßige Curatel? 6992.

Nothwendigkeit ober vormundschaftlicher Genehmigung zum Abschluß eines Darlehens 6642; zum Verzicht auf Sicherstellung des Heiratsgutes 7402. Perfection des vom Minderjährigen geschlossenen Kaufvertrags? 8118. Nichtgenehmigung eines vom Vormund des substituirtten Erben mit dem Instituirten geschlossenen Uebereinkommens 8144. Obervormundschaftliche oder verlassenschaftsbehördliche Genehmigung? 6162. Legitimation des Vormunds zum Verzicht auf Rückstellung der Schulddocumente bei Zahlung? 6910. Abrechnung von Schulden des Vormunds gegen Forderungen des Mündels? 6945. Legitimation zur Proceßführung durch Annahme der Klage seitens des Vormundschaftsgerichtes 6809; Ergänzung derselben nach der Acteninrotulirung 7837; des Vormundes zur Anstellung der Paternitätsklage? 7055, 7242; zum Vergleichsabschlusse? 8087, 8081. Eidesdelation an den Curator des unehelichen Kindes? 5662; Zurückschiebung des Eides durch den Curator des Blödsinnigen? 7960. Verhältniß des Vormunds zu dem testamentarisch für die dem Minderjährigen angefallene Erbschaft bestimmten Curator 8087. Legitimation des ausländischen Vormunds 6291; nach Verheirathung der minderjährigen Ausländerin mit einem Oesterreicher 7267. Einfluß der während der Proceßführung eingetretenen Großjährigkeit des Curanden 6360.

Anspruch des großjährig Gewordenen auf Rückerlangung seines in dritter Hand befindlichen Pupillarvermögens 7050. Vormerkung der Haftpflicht des Vormunds 6387, 7011.

Vgl. überhaupt Verf. außer Streitf. C.; s. daselbst insbesondere Curator absentis, ad actum und gemeinsame Curatoren für die Besitzer von Theilschuldverschreibungen.

V. E r b r e c h t.

A. Erbfolge im eigentlichen Sinne.

I. Nachlaß. Hereditas jacens: Haftung für die Kosten des für sie bestellten Curators 5606, 6660. Klage gegen die Verlassenschaft 8108; Formulirung des Klagebegehrens 6135. Begehren der separatio bo-

norm gegen die hereditas jacens 7880. Eidesauftragung an den Nachlasscurator? 7190, 8064. Hemmung der Verjährung während ruhender Erbschaft? 6138. „Ruhende“ Verlassenschaft nach Antritt des Erben? 6037, 6083. Einbeziehung eines auf den Namen des Erblassers lautenden, in dritter Hand befindlichen Sparcassabuches? 6428; der Vorempfänge von Miterben? 6018; der Lebensversicherungssumme? 5801, 5833, 5834, 5842, 6163, 6559, 6571, 7282. Einbeziehung derselben Sache in den Nachlaß zweier Personen 6343. Ausscheidung eines Theiles des Nachlasses als Substitutionsmasse 6604. Rückstellung von Erbschaftsachen in den Nachlaß 6304, 6461. Bewertung des Nachlasses 6335, 7685. Anerkennung von Nachlasspassiven 6618, 6945. Execution zur Einbringung von Nachlassschulden 6858. — Vgl. auch Verf. außer Streit. B.

II. Erbfähigkeit. Beurtheilung nach dem Zeitpunkte des Erbanfalles 6488. Erbfähigkeit der pia causa (nach gemeinem Rechte) 7117. Erbunwürdigkeit in Folge Beleidigung des Erblassers nach dessen Tod? 7370. Voraussetzungen der Erbunfähigkeit wegen Ehebruchs 5627, 6829. Verlust des Erbrechts wegen vorzeitiger Wiederverheirathung 5994.

III. Gesetzliche Erbfolge. Rechtliche Natur des Pflichttheils 5903; des Rechts des überlebenden Ehegatten nach §. 757 a. b. C. B. 5703, 7388. Einrechnung des Ausgebings in den gesetzlichen Erbtheil der Witwe 7044. Recht des überlebenden Ehegatten auf anständigen Unterhalt 6184; bei Eintritt als gesetzlicher Erbe? 6286. Erbfolge in Bauerngüter 6125, 6154, 6472, 6498, 7693. Intestaterbfolge nach einem Priester 7805.

IV. Testamentarische Erbfolge.

1. Testirfähigkeit. Voraussetzungen der Gültigkeit des notariellen Testaments eines Siebzehnjährigen 5895, 6699; des Testaments eines Wahnsinnigen 6528.

2. Unbestimmtheit der letztwilligen Verfügung 6846, 7491.

3. Form der Testamente: nach der Zeit der Errichtung zu beurtheilen 7037. „Unterfertigung“ des allographen Testaments 6337. a) Schriftliches Testament: Ungültigkeit des allographen bei unterlassener Bestätigung des Aufsatzes als seines letzten Willens 7901. Nothwendigkeit der Berufung der Zeugen als Zeugen der letztwilligen Erklärung? 6621. Unterfertigung lediglich „als Zeuge“? 7546, 8184. Unterfertigung als Zeuge durch dritte Hand 7079. Ungültigkeit des notariellen Testaments wegen Nichtaufnahme eines Protokolles? 7694. Notarielles Testament eines noch nicht Achtzehnjährigen; Erfordernisse 5895, 6699. Testament eines Analphabeten 7536. Zerrissenes, wieder zusammengeliebtes Testament 5589, 6405. — b) Mündliches Testament: Aufrechterhaltung eines ungiltigen schriftlichen als mündliches Testament 6287, 7079, 7145, 8184. Berufung der Zeugen? 6846. Bernehmung der Zeugen (nach Einantwortung) 6434, 7515.

4. **Inhalt des Testaments:** Art der Erbeinsetzung; Bezeichnung der Person bloß mit Vornamen 7491; Einsetzung einer Stiftung? 6846; einer unbestimmten Person? 7498; der „Nachkommen“ 8171; Umschreibung des Begriffs „Universalerbe“ 8184; Erbeinsetzung oder Schenkung auf den Todesfall? 7130. Einfluß der Aufhebung der Untheilbarkeit von Banerngütern auf ein früher errichtetes Testament? 6472, 7693. Erbeinsetzung unter negativer Bedingung 8027; unter der Bedingung, daß die Erbin keine „eheliche oder außereheliche Verbindung mit dem Vater ihrer Kinder“ eingehe 8144. Vereitlung der Erfüllung der Bedingung durch die verpflichtete Person? 6558. Einsetzung sub modo der Adoption eines Kindes 6422; der Abtretung des ganzen Nachlasses an den Jesuitenorden 7498. Substitution einer pia causa nach Erlöschen eines Fideicommisses 7117; der „Nachkommen“ des eingesetzten Erben 8171. Veräußerungs- und Einschuldungsverbot 6796; zu Gunsten der Kinder des Erben 6692. Anordnung, das vermachte Grundstück nach seinem Tode einem Dritten „zu beliebigem Preis zu überlassen“; fideicommissarische Substitution? 7938. Einräumung eines Vorlaufs- oder Familieneinstandsrechts? 7506. Auslegung des eingeräumten Vorlaufsrechts 5989. Ernennung eines Curators für die einem Minderjährigen zugewendete Erbschaft 8067; eines „Abhandlungspflegers“ 5617, 6204; eines Verwalters auf bestimmte Zeit 6367.

5. **Wechselseitiges Testament:** Form 7049, 7369.

6. **Auslegung des Testaments** 6846, 7117, 7491, 7938, 8171, 8184.

7. **Testament mit derogatorischer Clausel** 6013.

8. **Aufhebung des Testaments:** Zerreißen? 5589, 6405. Durchstreichen der Unterschrift? 7569.

9. **Legitimation zur Behauptung der Ungiltigkeit eines Testaments** 7599.

V. **Erbvertrag.** Form desselben 7049; Beweis des Inhalts im Falle des in Verlust gerathenen Vertrags? 7164. Erbvertrag oder wechselseitiges Testament? 5795.

VI. **Erbverzicht.** Stillschweigender Verzicht durch unterlassene Erbserklärung? 7376. Nachträgliche Erbserklärung zu einer bereits ausgeschlagenen Erbschaft? 6841. Verzicht auf das Erbrecht bezüglich des Heiratsgutes 7618; auf das Substitutionsrecht? 8144; des Successionsberechtigten zu Gunsten des nächsten Fideicommissanwärters 6323; Gebührensspflicht? 6285.

VII. **Erwerb der Erbschaft.**

1. **Antritt der Erbschaft:** Repräsentation der Erbschaft durch den Erben 6037, 6135, 7915; im Falle einer fideicommissarischen Substitution 7319. Legitimation der noch nicht intabulirten Erben zur Eintragung der Hypothekarforderungen des Erblassers 6320. Einverleibung des Eigenthumsrechts der Erben (nach der Einantwortung) vor Auf-

tragung der Ansprüche eines Legatars auf die Nachlaßrealität? 6303. Haftung für Nachlaßschulden 6618, 6705, 6945; für Erfüllung des Willens des Erblassers 6367, 6558. Theilung der Schulden zwischen Miterben 6170. Mitbesitz der Erben bis zur Theilung der Verlassenschaft 7311; officiose Regelung nach Einantwortung der Verlassenschaft? 7986; Gesamtklage mehrerer Miterben auf Grund der Einantwortung 6809.

Bevollmächtigung zur unbedingten Erbserklärung 6322; Legitimation zur Erbserklärung für einen Minderjährigen 8087. Nichtannahme der Erbserklärung 6083. Klage auf Anerkennung des Testaments als mündlichen, trotz Erbserklärung auf Grund des Testaments als schriftlichen 8184. Transmission einer fideicommissarischen Erbschaft? 8003. Collision zweier Einantwortungen 6343. Anwendbarkeit des §. 822 a. b. G. B. nach der Einantwortung 5587. Collision von Erbserklärungen s. unten Verf. außer Streitf. B.

2. Stillschweigende Ablehnung der Erbschaft durch unterlassene Erbserklärung 7376. Widerruf der Ausschlagung? 7868; Erbserklärung zu einer früher bereits ausgeschlagenen Erbschaft 6841.

3. Anwachsungsrecht bezüglich des Armenbittels des Nachlasses eines Priesters? 7805.

4. Verlassenschaftsabhandlung s. unten Verf. außer Streitf. B.

5. Testamentsvollzieher: Obliegenheiten desselben; Klagerrecht des Interessenten 7379; Vereinbarkeit mit der Stellung des Abhandlungspflegers 5617. Testamentarische Bestellung eines „Abhandlungspflegers“ 6204, 6367 (Unkündbarkeit).

III. Rechtliche Stellung der Erben.

1. Vor der Einantwortung: Vertretung des Nachlasses durch die Erbserklärten? 6037, 6083, 6135, 7915. Competenz des Verlassenschafts- oder des Grundbuchgerichts? 7155; der Verlassenschaftsbehörde oder des Gerichtshofes zur Genehmigung des Verkaufs von Immobilien einer einem Minderjährigen angefallenen Erbschaft? 6162. Anhaltung des Nachlaßschuldners zur Sicherstellung im Interesse des minderjährigen Erben? 6244. Belangung und Beurtheilung des Erben vor der Einantwortung 5923, 7454. Execution auf (nicht verbüßerte) Nachlaßgrundstücke zur Einbringung von Nachlaßschulden? 6858. Haftung der Nachlaßrealitäten für die Erbgebühr? 7567, 8097. Haftung der Erben für die Fondsgebühren 8142. Mangelnde Passivlegitimation des Erben während schwebenden Erbrechtsstreits 7969. Unterlassung der Anmeldung einer Forderung bei der Gläubigerconvocation 7125. Collision der Gläubiger des Erben und des Erblassers bei Vertheilung des Meistgebotes für eine Nachlaßrealität 7822. Pfandrechtsinverleibung an einer Nachlaßrealität für eine Schuld des Erben mit der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. 8088, 8189; Bescheinigung des Erbanfalles 7527; Anwendbarkeit gegen Notherben? 5903, 7863, 7865; auf die Legatsforderung? 6066, 6202, 6433, 7039; Sicherstellung der Gläubiger des Legatars auf

Grund §. 822 a. b. G. B. 7688, 7764; der Gläubiger eines zum Fruchtgenusse einer Virilportion berufenen Ehegatten? 5708. Anwendbarkeit nach Einantwortung der Erbschaft? 5587; für Schulden des Erblassers? 8058. Actio hypothecaria zur Realisirung eines auf Grund §. 822 a. b. G. B. sichergestellten Vermächtnisses 6823. Collision des Pfandrechts nach §. 822 a. b. G. B. mit dem von einem Erbschaftsgläubiger erworbenen executiven Pfandrechte 7620. Löschung der mit dem Vorbehalte des §. 822 a. b. G. B. erwirkten Einverleibung auf Grund der Einantwortung? 5748, 8190. — Vgl. auch unten Verf. außer Streitf. B.

2. Beneficium separationis. Separation auf Verlangen eines Erbschaftsgläubigers; Bescheinigung der Forderung 5964; der Gefahr 6789. Separatio bonorum auf Begehren eines Miterben? 6097; eines Legatars? 7039. Ansuchen gegen den Curator der hereditas iacens 7880. Stellung des Curators für den separirten Nachlaß 7512. Execution zur Einbringung eines Legates trotz separatio bonorum 5681.

3. Beneficium inventarii. Theilung der Schulden unter den Vorbehaltserven 6170. Beschränkung der Execution des vor der Einantwortung erfolgten Urtheils auf den Umfang des eingewantworteten Nachlasses 5923. Getheilte aber unbeschränkte Haftung der Vorbehaltserven 7412; Haftung nur mit dem Erbvermögen? 7732. Klage des Vorbehaltserven auf Ungiltigerklärung der vor der Einantwortung erwirkten Pfändung des insuffizienten Nachlasses? 7454. Ausschließung des Vorbehaltserven vom Mitbieten bei executiver Feilbietung einer Nachlaßrealität 7586. Ansuchen eines Erbschaftsgläubigers um Concurseröffnung über die Verlassenschaft gegen den Vorbehaltserven 7771.

IX. Rechtsverhältniß der Miterben. Gemeinschaft zwischen dem Erben und dem Pflichttheilsnehmer? 5908, 7868, 7865. Solidarische Haftung (für die Fondsgebühren) vor der Einantwortung 8142; für Proceßkosten? 6316, 7275, 7612 (Auspruch eines Miterben gegen den andern auf Ablegung des Manifestationseides?). Haftung nach Quoten nach der Einantwortung bei bedingtem Antritt 6170, 7412. Differirende eidesstattliche Vermögensbekenntnisse von Miterben 8082. Besitzstörung zwischen Miterben? 7811. Einantwortung eines (Substitutions-) Erbtheiles vor den andern 6429. Bewertung des Nachlasses für die Erbtheilung 6335, 7685. Zuweisung einer Nachlaßforderung an einen Miterben 5748. Ausfolgung von Nachlaßbestandtheilen an einige Miterben vor der Einantwortung 6512. Klage auf Theilung (Passivlegitimation) 6871; Unstatthaftigkeit bei Bestand einer fideicommissarischen Substitution 7198. Compromiß über Erbtheilung 7895. Streit über die Grundlagen eines Erbvergleichs 6980. Gesamtklage der Miterben nach der Einantwortung (gegen Miterben) 6809; Regelung der Besitzverhältnisse von Miterben nach der Einantwortung? 7986.

Voraussetzungen der Collationsverbindlichkeit 6740. Feststellung der Vorempfänge 6018. Ausfolgung von Nachlaßbestand-

theilen, an einzelne Miterben zur Ausgleichung von Vorempfängen 6512.

Sicherstellung: Begehren der *separatio bonorum* seitens eines Miterben gegen den anderen? 6097.

X. Rechtsverhältniß des Vor- und Nacherben. Substitution einer Stiftung nach Aussterben aller zur Fideicommissnachfolge berufenen Linien 7117. Ausscheidung der Substitutionsmasse aus dem Nachlasse des Fideuciarerben 6604; Sequestration derselben? 7735. Einantwortung eines Substitutionserbtheiles vor Beendigung der Abhandlung über die anderen 6429. Einfluß der unterbliebenen bürgerlichen Anmerkung der Substitution auf die Rechtsstellung des Vorerben? 7198. Passivlegitimation der Vor- und Nacherben zusammen gegen Erbschaftsgläubiger 7319. Execution auf das Substitutionsvermögen? 6692, 6743, 7958; gegen den Nacherben vor Eintritt des Substitutionsfalles? 6883. Transmiffion des Nacherbenrechts? 8003. Verpflichtung des Nacherben zur nochmaligen Gebührenentrichtung 7997. Vergleich zwischen Vor- und Nacherben? 8144; Einverständliche Aufhebung des Substitutionsbandes? 8171. Gebühren des Curators von Nacherben 7677.

XI. Veräußerung der Erbschaft. Unstatthaftigkeit der (executiven) Veräußerung des Nacherbenrechts vor Eintritt des Substitutionsfalles 6883.

XII. Schutz des Erbrechts. Frist zur Anstellung der Erbrechtsklage 6753. Erbrechtsklage zwischen Intestaterben und Vertragserben 7840. Einfluß des Erbrechtsstreites auf die Legatare? 7769. Passivlegitimation während des Erbrechtsstreites gegenüber Erbschaftsgläubigern? 7969. Verweisung auf die Erbschaftsklage? 6754; bei Abhandlung des Nachlasses des Erben 6538. Anmerkung der Erbschaftsklage 6056. Legitimation zur Erbschafts-(Erbrechts-)Klage ohne Erbserklärung? 8184.

Legitimation zur Aufsechtung eines Testaments 7599. Verjährung der Nullitätsquerel 7037, 8039. Aufrechterhaltung des ungültig erklärten schriftlichen Testaments als mündlichen? 7145. Beweis des Erbrechts: Beweislast bezüglich der Gültigkeit eines zerrissenen, wieder zusammengelassen Testaments 6406; der Ungültigkeit einer Substitution 7117. Beweis des Abschlusses und Inhalts eines in Verlust gerathenen Erbvertrags 7164; der Todtgeburt eines Posthumus 6584; des Werthes des Erbtheiles durch das Inventar? 6335. Einvernehmung der Zeugen eines mündlichen Testaments 6434, 7515.

B. Vermächtnisse.

I. Allgemeines. Prälegat; sofortige Ueberlassung an den Prälegatar 6412. Prälegat oder Einrechnung in den gesetzlichen Erbtheil? 7044. Vermächtniß an eine zu errichtende Stiftung 6255; zu Gunsten einer *pia causa*? 7117; oder *legatum sub modo*? 5836. Bedingung des „ehrbaren Lebenswandels“ 6678; Vereitelung der Bedingung durch den Onerirten 6558. *Legatum sub modo*? 5836. Regelung der

Verpflichtung des Legatars durch die Abhandlungsbehörde 6522. Unmöglichkeit der genauen Erfüllung des Auftrags 7322. Veräußerungsverbot; Unwirksamkeit gegenüber Gläubigern des Legatars 7365. Veräußerungsverbot zu Gunsten bestimmter Personen 7369. Auflage, das vermachte Grundstück nach dem Tode des Legatars einem Dritten zu beliebigem Preis zu überlassen; fideicommissartige Substitution? 7938. Feilbietung des eventuellen Anspruchs des Nachlegatars 6667. Auslegung: 5836, 5788, 5883; Wiederholung oder Erneuerung eines Vermächtnisses? 6942.

Sicherstellung durch Vormerkung auf Nachlaßrealitäten 6066, 6202, 6433, 7039; Hypothekarklage zur Realisirung des auf Grund §. 822 a. b. G. B. sichergestellten Vermächtnisanspruchs 6823. Sicherstellung während des schwebenden Erbrechtsstreits? 7769. Separatio bonorum 5681. Streit über den Legatsanspruch 6303; Vergleich über denselben 5681. Unzulänglichkeit des Nachlasses 6433, 7352. Tag der Zahlung 6412. Voraussetzung der Gewährenschreibung des Legatars 6252, 6255. Verzinsung frommer Vermächtnisse 6823. Sicherstellung der Gläubiger des Legatars auf Grund §. 822 a. b. G. B. 7688, 7764. Haftung der Legatare für Nachlaßgebühren? 6976; für Gehührenschnlden des Erblassers? 7979.

II. Einzelne Vermächtnisse. Vermächtniß bestimmter Verlassenschaftstheile oder Sachen gewisser Gattung (Actien)? 5788. Vermächtniß einer fremden Sache? 6343. Vermächtniß einer Badeanstalt mit der Auflage, die Hälfte des Ertrags den Erben herauszugeben 6522; eines Hauses (zur Errichtung einer Schule) 6255, 7688, 7979; eines Gutes an die Witwe und Miterbin 6412. Auslegung des testamentarisch eingeräumten Vorkaufsrechts 5989, 7645; Vorkaufsrecht oder Familieneinkaufsrecht? 7506. Vermächtniß eines Grundstücks mit der Auflage, dasselbe nach dem Tode des Legatars einem Dritten „zu beliebigem Preis zu überlassen“ 7938. Vermächtniß des Fruchtgenusses an einem Grundstück 6669; an einer Nachlaßquote 7097; des Fruchtgenusses auf eine bestimmte Zeit 6027; der Wohnung 7039. Vermächtniß des Unterhalts? 5883; des Witwengehalts 6184; einer Pension 6558. Messenstiftung 7322, 8128. Bestellung eines Verwalters des Nachlasses auf bestimmte Zeit 6367; eines „Abhandlungspflegers“ 5617, 6204. Geseßliche Legate s. Verf. außer Streitf. B.

C. Schenkung auf den Todesfall.

Schenkungen inter vivos oder mortis causa? 6329, 7101, 7622, 8229. Ehepacten oder Schenkung auf den Todesfall? 6042. Schulderlaß oder Schenkung auf den Todesfall? 6161. Form 6621, 7101. Schenkung einer Forderung auf den Todesfall; Eintreibung derselben durch den Schenker 6028.

D. Erbfolge gegen eine letzte Willensanordnung.

Rechtliche Natur des Pflichtteilsanspruchs 5903, 7863, 7865. Ermittlung des Wertes des Nachlasses 6433, 6481. Uebergehung eines Posthums 6317. Beginn der Verjährung des Pflichtteilsanspruchs 6070. Verletzung des Pflichtteils durch übermäßige Schenkung; Beweislast 7254. Anspruch des Notherven auf den nothwendigen Unterhalt 6286.

E. Familienfideicommiß.

Nothwendigkeit eines Reichsgesetzes zur Vergrößerung eines Realfideicommisses durch Zulauf 5959; für den Umtausch von Fideicommißrealitäten? 7750. Fideicommißqualität des Gewinnes aus einem Lose 7533. Berufung der „ehelichen“ Nachkommenschaft zur Succession (in ein im 17. Jahrhundert gestiftetes) Fideicommiß 6488, 6511 (standesgemäße Ehe?). Substitution einer Stiftung für den Fall des Aussterbens aller zur Nachfolge berufenen Linien 7117. Voraussetzung der Annahme der Erbserklärung zu einem Fideicommiß 6008. Verzicht zu Gunsten des nächsten Anwärters 6323. Gebührenpflicht bei Antritt in Folge Verzichts des Vormannes? 6285. Haftung des Allodialerben für den Fonds zu dem mit einem Fideicommißgute verbundenen Geschäftsbetriebe 5705. Unzulässigkeit der Erbpacht einer Fideicommißparcelle 7793. Besitzstörungsclage des Fideicommißcurators 7874. — Vgl. auch Verf. außer Streit. D.

F. Erbloser Nachlaß.

Erbserklärung des Fiscus 6528. Voraussetzungen der Uebergabe des Nachlasses an den Fiscus 8178. Anspruch des Fiscus auf das ausgeschlagene Armenbittel des Nachlasses eines Priesters? 7805. Competenz des Verlassenschaftsgerichts bis zur Ausfolgung des caducen Nachlasses an den Fiscus 8008.

B. Civilproceß.

I. Civilgerichtliches Verfahren überhaupt.

A. Verhältniß der Civilgerichte zu anderen Behörden:

I. Zu den Verwaltungsbehörden.

1. Staatliche Verwaltungsbehörden i. e. S., Verwaltungsgerichtshof, autonome Behörden und Gemeindebehörden: Vorgang bei Austragung von Competenzconflicten

zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden 6095. 6588, 7707, Unzulässigkeit der gerichtlichen Verhängung von Ordnungsstrafen auf Grund von Eingaben an das Justizministerium 6810. Gerichtliche Execution zur hereinbringung der vom Verwaltungsgerichtshof zugesprochenen Kosten 8182. Proceßnullität wegen Eingriffs in die Competenz der Administration s. unten Verf. in Streitf. I. — Verpflichtung des Klägers zum Kostenersatz? 5995, 6382, 7084, 7621, 7087, 7849. Berücksichtigung der auf die Incompetenz der Gerichte hinweisenden nova im Rechtsmittelzuge 7843. Ungiltigkeit des gerichtlichen Vergleichs in Administrativsachen 7180. Execution auf Grund administrativer Entscheidungen s. unten Verf. in Streitf. N. I. 1. und 3. — Collision gerichtlicher und politischer Sequestration 7502, 7575. Incompetenz der Gerichte für Klagen gegen Staatsbeamte aus ihren Amtshandlungen 7082. Zuständigkeit der Gerichte für Klagen gegen den Staat wegen Veruntreuung einer für Verwaltungszwecke beim Steueramt erlegten Cautio 6249; Unzuständigkeit der Gerichte für Ansprüche der Eisenbahnen aus der Garantieverpflichtung des Staates 6565.

Abhängigkeit des geltend gemachten Anspruchs von der Vorfrage der Gemeinde-Angehörigkeit 7849. Unzuständigkeit der Gerichte für den Anspruch aus entgeltlicher Zusage des Bürgerrechts 6172; für Ansprüche einer Gemeinde auf Zinskreuzer und Canalreinigungsgeldern 8148. Ersatzerkenntnis der Gemeinde gegen ihren Vorsteher? 5877. Einleitung des Rechnungsprocesses über die vom Bürgermeister gelegte Gemeinderrechnung 7935. Geltendmachung des Ersatzanspruchs der Gemeinde an ihren Beamten gegen den Besitzer der als Cautio haftenden Realität 6131. Unzuständigkeit der Gerichte für Klagen auf Ersatz für die Versorgung eines in der Gemeinde Heimatsberechtigten 7543, 8211; für Ansprüche der Gemeinde auf Rückerstattung der einer später zu Vermögen gelangten Person gewährten Unterstützung? 6466, 7707. Anspruch der Beamten der Bezirksvertretung auf Pension 7453; Klagen einer Bezirksvertretung gegen den Staat auf Ausfolgung eingehobener Umlagen? 7747. Zulässigkeit des Rechtsweges nach administrativer Entscheidung über Privatrechte? 6084, 6765, 6772.

Gerichtliche Bestellung eines Curators unbekannter Interessenten bei einer Expropriation 6768. Unzulässigkeit des Rechtsweges zur Unterlagung der Fortführung eines von der politischen Behörde bewilligten Baues 6951. Umfang des Bauaufforderungsprocesses 7721. Verweisung des Anrainers auf den Rechtsweg bei der politischen Verhandlung über einen Bau 7718. Besitzstörungsklage wegen straßenpolizeilicher Verfügungen der Gemeinde? 5869, 6628; wegen ortspolizeilicher Anordnungen? 7918; wegen sanitätspolizeilicher Verfügungen des Gemeindebeamten? 6382, 6670, 7843; wegen Beschlagnahme des in dem angeblichen Gemeinbewalde gefällten Holzes durch die Gemeinde 6638; wegen Störung der Gemeinde im Besitz eines Weges 7838; wegen Erwirkung eines gemeinde-

ämtlichen Verbots 6002; wegen mit Bewilligung des Gemeindevorstandes vorgenommener Absperrung eines Zuganges 7014. Besitzklage der Gemeindeglieder wegen Verpachtung bisher von ihnen benützter Gemeindegärten? 7189. Wasserrechtsstreitigkeiten: Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden 5821, 6033, 6084, 6650, 6765; Cassirung von Wasserleitungen 5722; Besitz von Schiffmühlen in fließbaren Flüssen 6054; Eisbrechen in öffentlichen Flüssen 7648; Besitz von Anpflanzungen zum Uferschutz 8138. Abtragung von Wasserwerken 6588. Regulirung des Besitzstandes im administrativen Wege 6435, 7034, 7395, 7642. Unzuständigkeit der Gerichte bei Störung im Besitze eines Wasserrechts 6727, 6728, 6731, 6732. Zuständigkeit der Gerichte bei Störung im Besitze eines Wasserrechtes 6691, 6725, 6730; Zulässigkeit der *actio negatoria* 6738.

Streitigkeiten über Besitz an Gemeindegut 6662. Streit über Anmaßung eines Rechts an einem Gemeindegeweg 5995. Verbanung eines allgemeinen Landungsplatzes an einem Seeufer 7595. Incompetenz des Gerichts zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der von der Administrationsbehörde genehmigten Mautherhebung 6746. Gerichtliche Einklagung creditirter Mauthgebühren 6984. Abgrenzung der Competenz zwischen Grundlastenablösungsbehörden und Gerichten 5760, 6772, 6820; abzulösende Weiderechte auf fremdem Grund 6614; Vollstreckbarkeit eines vor der Grundlastenablosungscommission geschlossenen Vergleichs 8150; eines vor der Polizeibehörde geschlossenen Vergleichs 6178. Ungültigkeit eines gerichtlichen Vergleichs in Forstfachen 7180. Streit über den Besitz eines Jagdrechtes 6954. Kultursachen: Streit über die Verpflichtung zur Persolvirung von Messen 6095. Zuständigkeit der Gerichte für Klagen auf Entlohnung für Mühewaltung bei einem Leichenbegängnisse 5660. Gewerbesachen: Streitigkeiten eines Apothekers mit seinem Gehilfen? 5774. Entscheidung über das Recht zum Betrieb einer Apotheke? 6089. Zuständigkeit der Gerichte bei Eingriff in ein Erfindungsprivilegium? 5900? Besitzklage wegen Störung in Ausübung des gepachteten Propinationsrechtes 6583. Ersatz von Kriegsschäden 7060.

2. Bergbehörden: Zuständigkeit für Streitigkeiten über Störung im Besitz eines Schurffeldes 6268.

3. Finanzbehörden: Schadenersatzklage in Folge Aufhebung des von den Zollbehörden als ungesetzlich zurückgenommenen Ausfuhrverbotes 6497. Entscheidung über die Richtigkeit der zollamtlichen Behandlung? 8221. Justizverweigerung wegen mangelnden Nachweises der Verzollung von gelieferten Cigarren 6502. Unzuständigkeit der Gerichte zur Entscheidung über die Verpflichtung zur Entrichtung von (Waisengelber-) Verwahrungsgebühren 7928. Unzuständigkeit des Handelsgerichts für Sicherstellung von Gebührenforderungen 6073. Zulässigkeit gerichtlicher Execution zur Hereinbringung von Steuern 7278; von Gefälligkeitsstrafen 5828. Execution auf Grund von Muthmaßungs-

ausweisen der Finanzbehörde 7896. Executive Einverleibung von Vermögensübertragungsgebühren auf anderen Realitäten? 6856; des wider den Vormann ergangenen Zahlungsauftrags? 7953. Zuständigkeit der Gerichte für Klagen auf Löschung des Pfandrechts für eine Stempelgebühr 6290. Aufhebung der Vollstreckbarkeit eines notariellen Mietvertrages durch Bestellung eines politischen Sequesters? 7815. Unzulässigkeit richterlicher Ueberprüfung von Gebührenzahlungsaufträgen bei der Meistgebotsvertheilung 7497, 7870; im Falle des Concurres 6814. Gerichtliche Bestreitung des Vorzugsrechts eines Steuerrückstandes durch Realgläubiger? 7985. Defraudation der angemeldeten Steuern durch den politischen Sequester? 8173. Nichtberücksichtigung der Nachlaßgebühr bei executiver Feilbietung der Nachlaßrealität 7667. Vorgang bei Bestreitung von im Concurse angemeldeten Gebührenforderungen 5602; wegen behaupteter Ungiltigkeit des betreffenden Geschäftes 5666; wegen mangelnder Identität des Creditars mit der gebührenpflichtigen Person 6470. Liquidirung der in das Kostenverzeichnis der Finanzprocuratur eingestellten sog. Idealgebühren 7937. Entscheidung über gestundete Mauthgebühren 6984, 8115. — Vgl. überhaupt unten Verf. in Streitf. N. und O.

II. Zu kirchlichen Behörden und Gerichten: Rechtskraft des abweisenden Urtheils des bestandenen geistlichen Ehegerichts 5650. Competenz der kirchlichen Behörden für Streitigkeiten über Personirung von Messen 6095. Besitzklage wegen Entfernung eines Kirchenstuhles durch den Pfarrer? 5663, 5861, 5876; eines zur allgemeinen Benutzung freistehenden (Synagogen-) Sitzes 7539.

III. Zu den Strafgerichten: Zuständigkeit des Civilgerichts zur Bewilligung eines Kunstbefundes zum ewigen Gedächtnisse über einen Privilegieneingriff 6192. Einstellung des Civilverfahrens bis nach Entscheidung des Strafrichters 6308, 6309. Einfluß des Ausspruchs des Strafrichters auf den Civilproceß: Der strafgerichtlich ausgesprochenen Ueberlassung eines 9jährigen Brandlegers zur häuslichen Züchtigung auf den privatrechtlichen Ersatzanspruch? 5973; Schmerzensgeldforderung bei strafgerichtlich erwiesener Körperverletzung 7556; Unzulässigkeit des Haupteides über dieselbe 7768. Civilanspruch nur bezüglich der vom Strafgerichte nicht rechtskräftig anerkannten Ersätze 7519. Ersatzanspruch nach Freisprechung durch den Strafrichter 7571. Strafgerichtliche Verurtheilung des Diebes zum Ersatz an den Depositar; Unabhängigkeit des civilrechtlichen Anspruchs des Deponenten gegen den Depositar 6946. Ersatzanspruch auf Grund Straferkenntnisses der politischen Behörde 6057. Klage auf Ungiltigerklärung des vom Strafrichter als betrügerisch erklärten Geschäfts 6221. Beweis: Berücksichtigung der Zeugenaussagen in der eingestellten Untersuchung? 6380; der Motive des strafgerichtlichen Erkenntnisses 7550. Berücksichtigung lediglich des strafgerichtlichen Urtheils oder des Verdicts der Geschworenen? 6308, 6309, 6520, 7925.

Einfluß des strafgerichtlichen Urtheils über Abschwörung eines falschen Eides? 5614, 6520, 7925; der eingestellten Untersuchung? 7272. Unzulässigkeit eines Haupteides über strafbare Handlungen 8058. Executionsfähigkeit eines strafgerichtlichen Urtheils auf Schadenersatz (ohne amtliche Bestätigung der Rechtskraft) 7114; gegen einen Minderjährigen 7941. Execution zur Sicherstellung auf Grund noch nicht rechtskräftigen strafgerichtlichen Urtheils über privatrechtliche Ansprüche 6299. Civillage auf Ersatz der Kosten des Strafverfahrens 5815. Einfluß der strafgerichtlichen Ungiltigerklärung eines Rechtsgeschäftes auf die durch bereits rechtskräftiges civilrichterliches Urtheil anerkannten Rechte? 7704. Hemmung der Execution bei Einleitung strafgerichtlicher Vorerhebungen? 5990; strafgerichtlicher Untersuchung 5707, 6882.

B. Gegenseitige Abgrenzung des streitigen und nicht streitigen Verfahrens.

Ausfertigung eines Amtszeugnisses über actenmäßig bekannte Thatfachen? 6006. Nichtberücksichtigung der curatelbehördlichen Acten im Streitverfahren? 6628, 6809. Wiederherstellung eines in Verlust gerathenen Pfändungsprotokolles 5949. Executive Einantwortung auf Grund einverständlichen Gesuches des Gläubigers und des Schuldners 5885. Streit über Ausfolgung eines gerichtlichen Depositums 5846. Prüfung der Begründung des Erlages? 6230. Anmerkung widerstreitender Cessionen desselben Depositums 6349. Grenzerneuerung: Schutz des Besitzstandes 6371, 6569. Streit über Wahl eines Verwalters der gemeinschaftlichen Sache 7911. Feilbietung zur Auseinandersetzung einer Gemeinschaft; Anwendung der Vorschriften für freiwillige Feilbietungen? 5673, 7689; Feststellung der Feilbietungsbedingungen im officiosen Wege? 8005.

Anspruch des Ehemannes auf Rückkehr der Gattin in seine Wohnung nur im Klagewege geltend zu machen? 6721, 7348, 7866, 7736, 8228; des Vaters auf Herausgabe seines Kindes 7916. Anhaltung des Vaters zur Alimentation seines ehelichen Kindes im officiosen Wege? 8203. Pränotation auf Grund officios bestimmter Alimentationsforderung 7310. Rechtfertigung der Pränotation einer vormundschaftlichen Ersatzverbindlichkeit 7011; Anspruch des Minderjährigen auf Rückerlangung seines in dritter Hand befindlichen Pupillarvermögens 7050. Anhaltung des Nachlassschuldners zur Sicherstellung im Interesse des minderjährigen Erben? 6244.

Verhältniß des Grundbuchsverfahrens zum streitigen Verfahren, s. unten Verf. außer Streitf. F.

Verhältniß der Verlassenschaftsabhandlung zum Verfahren in Streitfachen, s. unten Verf. außer Streitf. B.

Gerichtliche Bestimmung der Advocatengebühren im Verfahren in und außer Streitfachen 7999. Unanwendbarkeit des Ges. v. 16. Mai 1874 auf Recurse gegen Verfügungen ohne vorhergegangenes contradictorisches Ver-

fahren 5841; auf Kostenersatz in officiosen Verhandlungen 7660. Bestimmung von Schätzungsgebühren 6215.

Meistgebotsvertheilung als Streitiges Verfahren zu betrachten 7999; Verweisung auf den Rechtsweg s. unten Verf. in Streitf. N. II 4.

Einbeziehung der Lebensversicherungssumme in den Conkurs; Verweisung auf den Rechtsweg 6163; vgl. unten Conkurs B. V. — Natur des Concursverfahrens 6199.

II. Verfahren in Streitsachen.

A. Competenz.

I. Allgemeines. Verhältniß zu ausländischen Gerichten: Beurtheilung der Competenz des ausländischen Gerichtes nach österreichischem Recht 5704. Unzuständigkeit einer Klage gegen „das deutsche Reich“ 6771. Nichtzuständigkeit der Consulargerichte für Aufforderungsklagen gegen Ausländer 6216. Requisition eines fremden Consulates? 7559; eines ausländischen Gerichtes zur Vornahme von Versöhnungsversuchen vor Ehecheidung 8188. Einfluß des im Auslande eröffneten Concurses auf Executionen im Inlande? 6241. Verhältniß zu ungarischen Gerichten 7989, 8013. Bescheinigung durch ausländische Decrete 6314. Vollstreckung ausländischer Urtheile s. unten N. I. 1.

Einstellung des Verfahrens von Amtes wegen bei offenkundiger Incompetenz 6216, 6954, 8156; (nur in diesem Falle) Abweisung der Klage *a limine* 5884, 6089, 6289, 6771, 7060, 7082, 7496, 7944, 8104, 8143; nur wegen absoluter Incompetenz 5774, 7741. Beurtheilung lediglich nach dem Inhalte (Rubrum) der Klage 7367, 7677, 8078 (Nichtberücksichtigung eines neuen Competenzgrundes in *appellatorio*). Berücksichtigung auf absolute Incompetenz hinweisender *nova in appellatorio* 7843. Beurtheilung nach dem Zeitpunkte der Anbringung der Klage 7210. Prorogation des Gerichtsstandes in Bestandstreitsachen 6931. Geltung für die Hypothekarklage gegen den dritten Besitzer? 7898; gegen den Bürgen? 8180. Wahlrecht des Klägers zwischen dem gesetzlichen und dem prorogirten Gerichtsstand 7042. Stillschweigende Prorogation 5774, 6339, 8139. Verhältniß des requirirten Gerichtes zum requirirenden: Der Inhalt der Bewilligung maßgebend für das (die Feilbietung) vollziehende Gericht 7068. Aufbewahrungsort für das vom requirirten Gericht aufgenommene Pfändungsprotokoll 6852. Collision der am Orte des requirirten und des requirirenden Gerichtes geltenden Gesetze 7897, 7316 (Requisition eines englischen Richters behufs Zugenvernehmung). Zuständigkeit des requirirenden Gerichtes zur Bestim-

nung der Gebühren des bei dem requirirten bestellten Curators 7363; der Interventionskosten des Executionsführers 7470; des inländischen Gerichts zur Entscheidung über die Kosten der Vollziehung des auswärtigen Urtheils 8013. Requisition von ungarischen Gerichten 7989. Requisition eines ausländischen Gerichts; Streit über die Competenz 8188. Frist für Recurse gegen Verfügungen des (vom Handelsgerichte) requirirten Gerichts 7457, 7752. Ermächtigung des Executionsführers zur Nachsuchung des Executionsvollzugs bei jedem Gerichte, in dessen Sprengel sich Effecten des Schuldners mit wechselndem Aufenthalte finden 6100.

Verhältnis des Grundbuchgerichts zum Cognitionsgerichte s. unten „Grundbuchsachen“ III. 1. — Exceptio fori s. unten H. II.

II. Einfluß der Connerität und Klagenaccumulation auf die Zuständigkeit. Connerität einer Klage auf weniger mit einer solchen auf mehr als 500 fl.; Zuständigkeit des Gerichtshofes 5822. Gerichtsstand der zusammenhängenden Streitsache gilt auch für Handelsgerichte 5865; abgesonderte Einklagung der Zinsen einer Wechselschuld? 7996. Geltung des Gerichtsstandes der zusammenhängenden Streitsache auch im Concurse 6339. Zuständigkeit des Executionsgerichtes für Erschindirungsklagen 6879; Gerichtsstand für Erschindirungsklagen gegen den Fiscus bei politischer Execution 6912; im Concurse 7292. Form der Einwendung gegen Klagenaccumulation 6183, 5820 (Voraussetzung der Nullität). Zulässigkeit der Gesamtklage mehrerer Miterben auf Grund des Einantwortungsdecretes 6809. Verbindung der Hypothekarklage mit der Wechselklage (Nichtzuständigkeit des Causalgerichts für erstere) 6041; der persönlichen Klage mit der Hypothekarklage gegen dritten Besitzer; forum contractus 7481; vertragsmäßiger Gerichtsstand? 7898. Einfluß der Verschiedenheit des Verfahrens auf die Zulässigkeit der Cumulirung 7286. Ungulässigkeit der Belangung verschiedener Anrainer mit einer Bau-Aufforderungsklage 6907. Klage auf Zahlung einer Forderung und Gerechtfertigterklärung der Pränotation 7517.

III. Personalgerichtsstand. 1. Allgemeiner: Beweislast hinsichtlich des Domicils 6285, 6735. „Niederlassung“ im Auslande? 6205. Personalgerichtsstand einer minderjährigen Ehegattin 7373. Zuständigkeit des Obersthofmarschallamtes? 5884; für Verfügungen hinsichtlich des Nachlasses eines ausländischen Souveräns 5773. Consulatgerichte: Verhandlungssprache 8155. Nichtzuständigkeit derselben für Aufforderungsklagen gegen Ausländer 6216. Forum contractus für Ausländer 7064. Nichtzuständigkeit der inländischen Gerichte für Ungiltigerklärung der Ehe eines Ausländers 6289; für Ehescheidungsklagen ausländischer Ehegatten 7754; Nichtzuständigkeit für Klagen gegen „das deutsche Reich“ 6771. Zuständigkeit für Erschindirungsklagen gegen den Fiscus 6912; Zuständigkeit des Gerichtshofes für Klagen gegen einen Ortsschulrath 7313, 7811; für Klagen gegen die

Besitzer landtäflicher Güter 7601; auch in Tirol 7682; für Klagen gegen geistliche Nutznießer landtäflicher Güter 6974. Gerichtsstand in Bestandstreitsachen: Zulässigkeit der Prorogirung 6931. Geltung des Gerichtsstandes für Ersatzklagen 6020; wegen vorzeitiger Auflösung des Miethvertrags 7761; im Concurse? 6389, 7421, 8032. Städtisch belegirte Bezirksgerichte: Einbringung eines Theilbetrages einer 500 fl. übersteigenden Forderung? 5822, 6178; des Restes einer solchen? 7883; der auf einen Miterben entfallenden Quote einer solchen 6170; Zuständigkeit des städt.-beleg. Bezirksgerichtes für Erschindungsklagen 6879. Competenz bezüglich der den städt.-beleg. Bezirksgerichten zugewiesenen Landbezirke 5935.

2. Besonderer Gerichtsstand. a) Gerichtsstand des Vertrages: Begründung desselben nur durch ausdrückliche Bezeichnung des Erfüllungsortes 6453, 7021, 7091, 7158; durch ein Coutocorrent über Posten mit vereinbartem Zahlungsort 5612; durch Annahme der einen Zahlungsort bestimmenden Factura? 5640, 6410, 7064 (gegen einen Ausländer), 7601, 7688, 7651, 8007 (Zusendung der Rechnung nach erfolgter Leistung); durch Angabe eines Ablieferungsortes im Frachtbriefe? 7340; durch Theilzahlung? 5969. Gerichtsstand des Vertrags für beiderseitige Leistungen trotz Feststellung nur für die eine 6606; Unabhängigkeit des Gerichtsstandes von dem für die Gegenleistung bedungenen Erfüllungsorte 6453, 7091, 7158. Bedingung der Uebersendung an einen bestimmten Ort; Erfüllungsort? 7021, 7476, 8104. Verpflichtung zur „Erlegung aller Beträge“ 7188. Gerichtsstand des Vertrags gegen Besitzer landtäflicher Güter 7682, 7601. Beweis der den Gerichtsstand begründenden Thatfachen ohne Präjudiz für die Hauptsache zu führen 7638, 7665, 7851. Geltung des Gerichtsstandes des Vertrags gegen eine Concurssmasse 6132; gegen den Erben des Verpflichteten 7329; gegen den „Bürgen und Zahler“? 5640; für die Hypothekarklage gegen den dritten Besitzer? 6668, 7244, 7481.

b) Andere Arten des besonderen Gerichtsstandes: Gerichtsstand der Aufforderungsklage 6019; Nichtzuständigkeit der Consulargerichte für Aufforderungsklagen gegen Ausländer 6216. Gerichtsstand der Widerklage; nach Schöpfung aber vor Zustellung des Urtheils über die Vorlage 7210; für Forderungen aus einseitigen Handelsgeschäften 7419; während des a. o. Revisionsverfahrens? 7496. Einfluß des Causalgerichtsstandes 5888. Gerichtsstand der geführten Verwaltung? 6510, 6999. Unzuständigkeit der Verlassenschaftsbehörde zur Bewilligung der Eintragung eines vom noch nicht intestatirten Erben bestellten Pfandrechts 7155; Verhältniß zum Gerichtsstand des Vertrags 7329; Zuständigkeit für Einbringung der liquidirten Gebühren eines Substitutionscurators? 7677; für Klagen gegen einen caducen, vom Fiscus noch nicht übernommenen Nachlaß 8008. Klagen wider Streitgenossen beim Forum des Erstgenannten anzubringen; Realgericht 7898; Causalgericht? 6041; forum contractus? 7481.

IV. Abgrenzung des Realgerichtsstandes. Zuständigkeit der Realgerichte für pfandweise Beschreibung unverblühter Realitäten 7529. Stattbarkeit des Aufsuchens um executive Schätzung beim Proceßgerichte statt bei der Realinstanz 7932. Bewilligung der Feilbietung von Liegenschaften 6186, 7053; Bewilligung der executiven Sequestration 7162. Zuständigkeit des Realgerichts gegen den Fiskus 6912. Zuständigkeit für Theilungsklagen (gegen eine Handelsgesellschaft) 5694; für Geltendmachung der Kirchenbau-Concurrenzpflicht 6019. Verhältniß der Realinstanz zum Concursgerichte 6267, 7292, 7421, 7781, 7944; vgl. unten „Conkurs“ bes. I. 2. — Klage auf Erfüllung eines über eine Liegenschaft geschlossenen Kaufvertrags 6307, 6913. Forum rei sitae für vindication beweglicher Sachen (gegen den Fiskus) 6912. Hypothekarklage auf Grund des für Wechselschulden bestellten Pfandrechts 6956; Verbindung derselben mit der Wechselklage? 6041; bei mit dem Personalschuldner vereinbartem Gerichtsstande? 7898; Verhältniß der Realinstanz zum Gerichtsstande des Vertrags 6668, 7244, 7481; gegen eine Concursmasse 7944. Klage auf Zahlung einer Geldschuld bei sonstiger Execution auf ein Depôt? 6117. Klage (auf Ersatz) aus Bestandverträgen 6020; im Concurs 7421. Besitzstörungenklage? 7858. Competenz in Grundbuchsachen. s. Verf. außer Streit! F. III. 1.

V. Causalgerichtsstand. Function des Landesgerichts als Handelsgericht; Beiziehung von Handelsbeisitzern 6624; Nothwendigkeit ausdrücklicher Anrufung als Handelsgericht 8156. Klage in Handelsachen beim Bezirksgerichte 7947. Verhältniß des Causal(Handels-) Gerichtsstandes zum Personalgerichtsstande (eines Kaufmanns) 7115; zum Gerichtsstande der Widerklage 5888, 7419 (Forderung aus einseitigem Handelsgeschäft); zum Gerichtsstand der geführten Verwaltung 6999. Einfluß der Connerität 5865; Verbindung der Wechselklage mit der Hypothekarklage? 6041. Zuständigkeit für Theilungsklagen zwischen Handelsgesellschaften? 5694. Klage auf Rectification der Pränotation einer Handelsforderung 6005, 7517; auf Zahlung eines Wechsels mit beigelegter Pfandbestellung? 6050. Klage aus einem Darlehen, für welches ein Wechsel ausgestellt ist? 7867; aus der für eine Wechselschuld bestellten Hypothek? 6956. Zuständigkeit des Handelsgerichts für Entschädigungsklagen im Falle Beschlagnahme wegen Nachdrucks 6935; für Concursöffnung nach Löschung der Firma 6575, 7959. Unzuständigkeit des Handelsgerichts für Sicherstellung von Gebührenforderungen gegen eine Firma 6073; für Bewilligung des Verbots 6747.

Zuständigkeit der Seegerichte für Klagen auf Ungiltigerklärung eines Schiedsspruchs in Seerechtsachen 5690; der Berggerichte in Streitigkeiten über Störung im Besiz eines Schurfeldes? 6268.

B. Proceßgesetz.

Berufung auf Gerichtsgebrauch? 7068. Rückwirkung der Vorschriften des Ges. v. 16. Mai 1874: 6067; Anwendung desselben in höherer Instanz, auch wenn das erstinstanzliche Erkenntniß vorher erflissen ist 5634, 6336. Fortdauernde Geltung einzelner Bestimmungen der Advocatenordnung vom Jahre 1849? 6168, 6353, 6711, 7100, 7848. Rückwirkung der Verordnung vom 28. October 1865 (R. G. Bl. Nr. 110) auf ältere Executionsprivilegien? 7444.

Vertliche Grenzen: Collision der Vorschriften der allgem. und der westgal. G. D. (über die actorische Cautio) 6639; Selbststrafe gegen den Advocaten wegen schlechter Vertretung im Gebiete der westgal. G. D? 7798; Collision der am Sitze des Vollstreckungsgerichts und des Vollstreckungsortes geltenden Executionsvorschriften 7897. Anwendung des für Tirol geltenden Hofdec. v. 19. November 1889 auf nicht verpfändete Liegenschaften in anderen Ländern? 6853. Retorsion gegen die mindere Strenge des französischen Rechts (bei Bewilligung von Verboten) 6315. Beurtheilung der Competenz eines ausländischen Richters 5704; der Competenz des inländischen Richters gegen den Ausländer 7064. Berücksichtigung des englischen Rechts bei Requisition 7316. Beweis des Todes einer Person nach russischem Recht 8185. Behandlung ungarischer Steuerforderungen im Concurse; Vertretung durch die Finanzprocuratur 5927. Behändigung von Klagen in Ungarn 6856. Executionsprivilegien der Beamten der gemeinsamen Regierung? 7858. Separatconcurse über eine inländische Liegenschaft eines auswärtigen (ungarischen) Gemeinschuldners 6080. — Vollstreckung ausländischer Urtheile s. unten N. I. 1.

Vgl. überhaupt oben Civilrecht, allgem. Lehren II. und III.

C. Verhandlungsmaxime.

Einleitung des Processes nur über Klage 5752, 5940; durch den Advocaten wider Willen der Partei 6645. Abgrenzung des streitigen vom nicht streitigen Verfahren von Amtswegen zu beachten 7011. Berücksichtigung (nur der) absoluten Incompetenz von Amtswegen 5821, 5995, 6095, 6216, 7087, 7741, 7843, 8156. Unzulässigkeit der Berücksichtigung eines in der Klage nicht angegebenen Competenzgrundes 8078. Sofortige Zurückweisung der verspäteten Incompetenzeinwendung? 7228, 8139 (im Summarverfahren). Abweisung der Klage a limine, s. unten G. III. — Folgen des unterlassenen Erlags der cautio actoria 5588, 6839, 6955, 7059, 7124. Abweisung der verspäteten Besitzstörungsklage von Amtswegen? 6394, 6794, 6982, 7098. Einleitung des Summarverfahrens von Amtswegen 7659; Berechnung des Werthes der in fremder Währung eingeklagten Summe 6108. Vereinbarung eines anderen statt des Bagatellverfahrens? 5719, 7032; vgl. unten F. —

Auftragung des irreferiblen Haupteids über die Echtheit einer Unterschrift (im Summarverfahren)? 6718. Bestimmung einer anderen als

der vom Deferenten genannten Person zur Ablegung des rückgeschobenen Eides? 7892, 7991. Folgen der unterlassenen Einwendung der Berwerflichkeit eines Zeugen 8068. Ermittlung fremden (englischen) Rechts 6101, 7875. Prüfung der Richtigkeit der von beiden Parteien übereinstimmend angeführten Thatfachen? 8209. Berücksichtigung aller aus den Acten hervorgehenden Umstände 7647. Supplirung eines Mangels im Klagebegehren? 6832. Aufhebung des von einem Minderjährigen eingeleiteten Processes? 6892, 7119. Mangelnde Wechselfähigkeit von Amtswegen zu berücksichtigen 6527. Richtigkeit eines Rechtsgeschäftes wegen mangelnden Notariatsactes? 6122. Einstellung des Ehescheidungsprocesses von Amtswegen beim Tode eines Ehegatten? 6495, 7013. Ausbleiben beider Theile von der Tagfahrt im Ehetrennungsproceß 7562. Ausschließliche Legitimation der Finanzprocuratur; Berücksichtigung von Amtswegen 6988, 7193. Ergänzung der Proceßlegitimation nach Inrotulirung der Acten 7887; Prüfung der Legitimation zum Vergleichsabschlusse 8031. Bewilligung von Fristen 6211; sofortige Zurückweisung von Fristgesuchen? 5922, 6403, 6448, 6509, 7535; Versäumniß von Amtswegen zu berücksichtigen? 6690, 7896. Rechtfertigung des Ausbleibens durch eine von Amtswegen zu berücksichtigende Nullität des Verfahrens 7859. Sofortige Abweisung eines Nachtrags (zur Duplik); nach Anordnung der Inrotulirung 6406; einer „Miteinrede“ eines Streitgenossen 5925; eines Repliksnachtrags? 7248, 7991; eines Dupliksnachtrags? 7294; einer Schlußschrift nach Anordnung der Inrotulirung? 7415. Uebereinkommen der Parteien über Zulassung von Neuerungen 7006; über die Art des Beweises? 6595. Sofortige Abweisung eines Gesuchs um Sistirung der Urtheilsfällung wegen Begehrens der Restitution 8213. Abweichung des Urtheils vom Klagebegehren, s. unten L. III.

Berücksichtigung des Irrthums in Auslegung eines Schiedsspruchs durch den Executionsrichter 6496. Amtliche Ausweisung der in Mobiliarpfändung einbezogenen Pertinenzen einer Liegenschaft 6683, 6674, 6978, 7160; Pfändung von Postpferden? 7321. Bewilligung der Execution auf andere als die vom Executionsführer bezeichneten Gegenstände? 6124; einer anderen als der angesuchten Executionsort? 6331. Anhaltung des executiven Sequesters zur Rechnungslegung 6156; Zurückweisung mangelhafter Sequestrationsrechnung a limine? 7992. Anwendung des Ges. v. 19. Juli 1877, R. G. Bl. Nr. 66 (für Galizien) von Amtswegen bei Execution auf Grund von Zinsforderungen? 7465, 7466, 7557, 7878, 7978, 8023, 8198, 8224, 8226. Vgl. oben. Oblig.-R. A. III. — Berücksichtigung von (Steuer-) Forderungen von Amtswegen bei der Meistgebotsvertheilung? 6407, 7276, 7799. Analoge Anwendung §. 37 E. O. von Amtswegen? 8006. Vgl. unten N. II. 4.

Amtliche Proceßleitung im mündlichen Verfahren 6404, 6700, 7003, 8041; im Summarverfahren 6413, 6713, 8139; in Besitzstreitigkeiten 5933, 6011; in Privilegiensachen; Herbeischaffung der Privilegiumsbeschreibung von Amtswegen 7980. — Vgl. überhaupt unten Q.

Annahme einer verspäteten, aber vom Gegner mitgefertigten Appellationschrift (im Summarverfahren) 5712; Berücksichtigung der im Appellationsverfahren geltend gemachten Nullität von Amtswegen 6749. — Vgl. unten M.

D. Parteien und deren Stellvertreter.

- I. Legitimation zur Sache. 1. Active Legitimation: Unstatthaftigkeit der Aufhebung des von einem Minderjährigen eingeleiteten Processes auf Verlangen des Gegners 6892. Nichtberechtigung des großjährig Gewordenen, die Nullitätserklärung der gegen ihn während seiner Minderjährigkeit erfolgten gerichtlichen Schritte zu verlangen? 6819, 7872, 8033; Beachtung der Nullität von Amtswegen 7119. Legitimation der einzelnen Mitglieder einer Religionsgenossenschaft zur Vertretung ihrer Rechte bei Abgang einer eigenen Cultusgemeinde 7320. Besitzstörungenklage des Nachfolgers im Besitze 6181, 6530, 7271; des Fideicommiß- und Posteriörätscurators 7874. Vgl. oben „Besitz“ III. — Actio communi dividundo 6871. Actio confessoria eines Miteigenthümers gegen den andern? 8132. Legitimation zur Erbrechtsklage nur auf Grund überreichter Erbschaftserklärung? 7599, 8184; Einklagung einer Hypothekforderung des Erblassers durch den nicht verblicherten Erben 6320. Legitimation des Cessionars 6644; Cession des Anspruchs auf Verblichierung des Eigenthums 6525; zweimalige Cession (Löschungs-) Klage des einen Cessionars gegen den andern? 6258; Legitimation des Inhabers eines „Commissionscheines“ über Bestellung eines Druckwerkes zur Klage? 5936; des Inhabers eines Sparcassenebuches 6428. Fortdauernde Legitimation des Cedenten einer eingeklagten Forderung 7971. Unmittelbares Klagerecht des Gläubigers aus der Schuldübernahme? 6009, 6355, 6667, 7538, 7774. Klage des Promissars auf Zahlung an einen Dritten 7355, 7804. Klage des Darleihers auf Zahlung an seine minderjährige Tochter 8095. Legitimation des nicht verblicherten Verkäufers zur Klage auf Einverleibung des durch Erßigung erworbenen Eigenthums des Käufers? 7468. Rückforderung von Schenkungen in fraudem creditorum 7643. Legitimation des nicht schuldlosen Ehegatten zur Bestreitung der Gültigkeit der Ehe? 5909 (wegen Minderjährigkeit), 6964; bei Fortsetzung der Ehe? 6271. Voraussetzungen der Klage auf Erßaß von Alimenter pro praeterito 6248, 6977, 7464, 7551, 7867, 8026, 8053, 8107. Legitimation zur Paternitätsklage 5714, 5990, 6347; der verheirateten Mutter zur Geltendmachung der unehelichen Vaterschaft? 5867; ausschließliches Recht des Ehegatten zur Bestreitung der ehelichen Geburt? 7055. Vgl. überhaupt oben Familienrecht III. und IV; ferner Obligationenr. B. III. 5. — Legitimation zur Klage auf Löschung der vorübergehenden Hypothek? 6258, 7163, 7472. Bestrei-

tung der vom Schuldner anerkannten Ansprüche durch nachfolgende Realgläubiger? 6504, 7417; Aufforderungsflage des nachfolgenden Hypothekargläubigers gegen den vorhergehenden 8176; Legitimation des Besizgnachfolgers des Erfinders einer feilgebotenen Liegenenschaft zur Anfechtung der auf das Meistgebot gewiesenen Forderungen? 8154. — Vgl. auch unten N. II. 4. — Legitimation der Realgläubiger zur Bemängelung der Rechnung des Sequesters? 7598. Recursrecht 6544, 6547, 7607, 7681, 7968 — vgl. unten M. III. Selbständiges Klagerrecht des Vollmachtgebers 7007; des zur Empfangnahme der Zahlung Ermächtigten 7787; Regreßflage der Zahlstelle, welche einen von einem Bankhause escomptirten falschen Treffer eingelöst hat 5926. — Vgl. auch Conkurs B. III. und V.

2. *Passive Legitimation*: Klage gegen „das deutsche Reich“? 6771. Streit über die Person desjenigen, der ein Geschäft „betreibt“ 6694. Ansprüche gegen eine vom Fabrikunternehmer gegründete Arbeiterunterstützungscasse 7844. Streit über die Person des Bestellers einer Arbeit 6957. Besitzstörungenflage: 5943, 6242, 6377, 6474, 6557, 6586, 6592, 6726, 6790, 7266, 7284, 7311, 7631, 7740, 7749, 7776, 7795 — vgl. oben Besitz II. und III. *Rei vindicatio*: 7590, 7876 — vgl. oben Eigenthum VI. *Actio negatoria*: 5958, 8132 — vgl. oben Dienstbarkeiten VI. *Actio communi dividundo*: 6871. Rechtfertigung der Pränotation des Pfandrechts i. Verfahren außer Streit. F. III. 2. — Klage gegen den Uebernehmer einer Hypothekarschuld? 7298, 8136. Anspruch des Frachtführers gegen den Empfänger der Waare 8221. *Condictio indebiti*: 5924, 5926, 6209, 6468. Aufforderungsflage wegen Verhöhnung der Vaterschaft gegen die uneheliche Mutter? 6847; gegen das uneheliche Kind? 8157. *Paternitätsflage* gegen den Erben des angeblichen unehelichen Vaters 5753, 7096, 7269; gegen einen Minderjährigen 7442, 8107 (Soldaten). *Passivlegitimation* des Erben vor der Einantwortung? 6037, 6135; während des schwebenden Erbrechtsstreites? 7969; für Ansprüche der Erbschaftsgläubiger im Falle der Erbseinfegung mit fideicommissarischer Substitution? 7319; Klagen gegen den Vorbehalts-erben während der Abhandlung 7454. Legitimation des für den Nachlaß einer irrthümlich als verstorben angenommenen Person bestellten Curators nach Eintritt des Todes derselben 7915. Regatsflage gegen den Testamentsexecutor 7379. *Exceptio plurium litis consortium*? 6328. *Passivlegitimation* für Beweisführung zum ewigen Gedächtniß 7762, 7965, 8191. Geltendmachung der Liquidität einer Forderung nach Abschluß eines Zwangsausgleichs gegen den Conkurs-masseverwalter 6324; Klagen auf Rechnungslegung aus einer Verwaltung des Creditars gegen die Conkursmasse? 7393; auf Anerkennung der Nichtmitgliedschaft in der in Conkurs verfallenen Genossenschaft? 7334, 7418 — vgl. unten Conkurs B. III.

II. Legitimation zur Proceßführung. Legitimation durch einen „Commissionschein“ über Bestellung eines Druckwerks? 5936. Gerichtliche Aufträge zur Ergänzung der Legitimation 6360; nach Inrotulirung der Acten 7837. Unfähigkeit der Minderjährigen zur Proceßführung (Verständigung von Amtswegen) 7119; auch bezüglich der ihnen zu eigener Verwaltung überlassenen Einkünfte 7108. Incidentstreit über die Minderjährigkeit 6637. Folgen der Mangelhaftigkeit der Proceßvollmacht 6515, 6645. Legitimation des Advocaten (zur Erwirkung der Execution) nach dem Tode seines Klienten? 6681; im Falle der Vereiterklärung der Erben zum Eintritt in den Proceß? 6751; des Vertreters einer während des Processes gelöschten Firma 7783; des interimistischen Stellvertreters eines Advocaten zum Vergleichsabschlusse? 8031. Legitimation des Vormunds durch Annahme der Klage seitens des Pupillargerichts 6809. Bestreitung der ehelichen Geburt nicht gegen den Vormund des Kindes, sondern einen Curator zu richten 7242. Legitimation zur Proceßführung für ein ausländisches uneheliches Kind 6291; für eine minderjährige Ausländerin nach ihrer Verheirathung mit einem Inländer 7267. Einfluß der während der Proceßführung des Curators mehrerer Kinder hervorgetretenen Großjährigkeit eines derselben 6360. Umfang der Vertretungsbefugniß des (behuß Unterbrechung der Wechselverjährung bestellten) curator ad actum 8113; Legitimation zur Einwendung der Unrechtheit 6396; Auftragung des Haupteides an denselben? 7446, 7914; Bestellung für die Verlassenschaft eines irrthümlich für verstorben gehaltenen 7915. Curator ad actum behuß Verständigung der Realgläubiger 6922. Bestellung eines curator absentis ungeachtet vom Beklagten angezeigter Bestellung eines Sachwalters 6755; für eine in Ungarn wohnende Person? 7169; bei geöffentlicher Verschweigung des Wohnortes des Beklagten? 7437; für einen bereits Verstorbenen 7814; Eidesdelation an den Curator eines Abwesenden 7923. Umfang der Vertretungsbefugniß des für unbekannte Interessenten bei einer Expropriation bestellten Curators 6768. Verlassenschaftscuratoren 6037, 6083, 8108; Eidesdelation an den Verlassenschaftscurator? 7190, 8064. Legitimation des Fideicommisscurators zu Besitzstörungenklagen 7874. Curatoren für die Besitzer von Theilschuldverschreibungen; Beschränkung der einzelnen Prioritätenbesitzer in der Geltendmachung ihrer Rechte? 6872, 6417, 6445; Umfang der Vertretungsbefugnisse des Curators 6962, 6578. Legitimation des Gemeindevorstehers zur Proceßführung für die Gemeinde 7230; des Bezirks- oder Ortschaftsrathes zur Proceßführung für die Schulgemeinde? 8017. Proceßlegitimation der Finanzprocuratur s. unten VII. — Vertretung der minderjährigen Kinder durch ihren Vater (actorische Caution?) 6797; in Bezug auf Besitzstörungenhandlungen 7266. Klage des Vaters im eigenen oder im Namen des Kindes? 8095. Legitimation des Ehemanne zur Einklagung eines Schmerzensgelbes für seine Gattin 7556; zur Empfangnahme

von Zustellungen 6145. Legitimation der erberklärten Erben (nicht des Curators) zur Vertretung des Nachlasses? 6087, 6088. Proceßführungen der Concursmasse und des Cridatars s. unten Concurs A. I. 1. und 2.

III. Streitgenossenschaft. Unzulässigkeit der Belangung mehrerer Anrainer mit Einer Bau-Aufforderungsklage 6907. Bestreitung der ehelichen Geburt gegen den Curator des Kindes und dessen Mutter; ersterer als Erstgeklagter zu nennen 7242. Gesamtklage mehrerer Erben 6809. Unzulässigkeit der Einbeziehung eines passiven Streitgenossen nach Erstattung der Einrede 7884; einer Klage gegen Streitgenossen bei Verschiedenheit des Verfahrens 7236. Streitgenossenschaft der im Proceß des gemeinsamen Curators intervenirenden Besitzer von Theilschuldverschreibungen? 6134. Exceptio plurium litis consortium? 6828. Einfluß auf die Competenz des Obergerichts 6041; des Realgerichts 7898; des forum contractus 7481. Verpflichtung zu einheitlicher Proceßführung (bei sonstiger Nullität) 6828. Unzulässigkeit der Erstattung abgesonderter Einredefschriften? 6767, 7708; „Miteinrede“ eines Streitgenossen als Nachtrag zur Einrede des anderen 5925; Ueberreichung der Einrede seitens des einen, eines Fristgesuches seitens des anderen Streitgenossen 6506. Proceßlegitimation des gemeinschaftlichen Vertreters 6360. Zeitpunkt für die Geltendmachung der Incompetenzeinrede bei unterbliebener Zustellung der Klage an einen der Streitgenossen (im mündlichen Verfahren) 6659. Zurückziehung der Einrede und Anerkennung des Klageanspruchs seitens eines Streitgenossen 6418. Zustellungen an Streitgenossen 6284. Eingehung eines Vergleichs seitens des allein erschienenen Streitgenossen 7789. Delation des Hauptteils an einen Streitgenossen 6815; Zurückziehung des allen aufgetragenen Eides durch einen Streitgenossen 6004, 6991; Ablegung des zurückgeschobenen Eides durch einen der deferirenden Streitgenossen 6687; Tod des eidespflichtigen Streitgenossen 6064; strafgerichtliche Ungiltigerklärung des von einem der Streitgenossen abgelegten Eides 6614. Begehren der actorischen Caution durch einen der Streitgenossen 6388. Getheilte Haftung der Streitgenossen für die Proceßkosten 6316, 7275; Theilung der Kosten bei Verurtheilung des einen und Freisprechung des anderen Streitgenossen 6837, 7612; ungetheilte Haftung der Streitgenossen 6838, 7167; Correalanspruch der Streitgenossen auf Kostenersatz? 6806. Eröffnung des Concurses über einen Streitgenossen 6817. Zustellung des Urtheils an den Verwalter der Concursmasse des erstgenannten Streitgenossen? 7045. Beitritt des Cridatars als Streitgenossen im Proceß des Masseverwalters 7939.

IV. Vertretungsleistung. Aufforderung zur Vertretungsleistung 7067; richterliche Belehrung über das Recht auf Vertretungsleistung 6413. Nachtrag zu einer Streitverkündigung? 5787. Natur der Intervention einzelner Besitzer von Theilschuldverschreibungen in einem vom gemeinsamen Curator geführten Proceß 6134. Voraussetzungen:

eigenes Interesse des Vertretungsleiters 7392; eventuelle Schadenersatpflicht 6209, 6311. Freiwillige Vertretungsleistung ohne Beitritt zum Proceß? 6984, 6966. Unzulässigkeit des Beitritts eines Vertretungsleiters im Stadium der Revision 7598. Ersatzklage bei verweigerter Vertretungsleistung? 6208. Ablegung des (Neuerungs-) Eides durch Vertretungsleiter 5984, 7991 (durch den Rechtsfreund); Zulassung des Vertretungsleiters auf Grund des erst im Eidesantrittsgesuche gestellten Begehrens? 6236, 6795; Ablegung des dem Cessionar zurückgeschobenen Eides durch den dem Proceß nicht beigetretenen Lebenden 6342. Beiziehung eines Vertretungsleiters nach dem Tode des Eidespflichtigen? 6966. Tod des eidespflichtigen Vertretungsleiters 6270. Substituierung eines neuen Vertretungsleiters an Stelle des verstorbenen 6410. Beweis der Cession durch Erklärung des als Vertretungsleiter einschreitenden Lebenden 6644. Aenderung des Klagerrechts durch Cession der Ansprüche des Vertretungsleiters 7907.

- V. Veränderung der Personen während des Processes. Unzulässigkeit der Einbeziehung eines neuen Streitgenossen nach Erstattung der Einrede 7884. Abtretung der eingeklagten Forderung; Zwischenverfahren über den Eintritt des Cessionars in den Proceß? 6015, 6787. Fortdauernde Legitimation des Lebenden 7971. Unstatthaftigkeit des Eintritts des Cessionars nach ergangenem Beurtheil 6459. Tod einer Partei; Fortführung des Processes durch den Advocaten derselben? 6631, 6751. Fortsetzung des Ehescheidungsprocesses nach dem Tode eines Ehegatten? 6495, 6799, 7013, 7806. Einfluß des Todes einer Proceßpartei auf den Eid 5951, 6032, 6058, 6064, 6270, 6410, 6479, 6884, 6966, 7128, 7226, 7286, 7420, 7656 — vgl. unten K. II. 5. Einfluß der Auflösung einer klagenden Handelsgesellschaft auf den Eid 7666. Fortdauer der Proceßvollmacht des Vertreters einer während des Processes gelöschten Firma 7783. Auflösung einer Actiengesellschaft; Erstattung der Schlußschrift durch dieselbe 6541; Auflösung des klagenden Vereines vor der Executionsbewilligung 6593. Eintritt der Concurssmasse in Proceße des Gemeinschuldners s. unten Concurss A. I. 2.

VI. Gegenseitiges Verhältniß der Parteien.

1. Kostenersatz.

a) Die Haftung der Parteien für die Proceßkosten im Allgemeinen. Begründung durch die Einlösung in den Proceß 6596, 7224. Keine Haftung vor (rechtskräftiger) Einleitung eines Streitverfahrens 5804, 6000, 7456. Haftung des Klägers bei Rücktritt von der Klage 6229, 6590, 6876; in Folge erhaltener Zahlung 6397, 7839. Haftung des submittirenden Beklagten 7065, 7224, 7499, 8177; Besuch des Beklagten um gerichtliche Bestimmung der Kosten behufs Befriedigung des Klägers 7560 (vgl. auch unten). Unzulässigkeit der Fortsetzung des Ehescheidungsprocesses nach dem Tode des einen Gatten wegen der Kosten 7806; Einstellung desselben? 6495, 6799. Unanwendbarkeit des Ges. v. 16. Mai 1874 bei Mangel eines

contradictorischen Verfahrens 5841, 6541, 6635, 6649, 6989, 7841, 7920; bei amtlicher Erhebung der Nullität 7119; im officiosen Verfahren 7660. Haftung der in den Proceß eintretenden Concurssmasse 5693; der einem extra concursum geführten Rechtsstreite beigetretenen Concurssmasse? 7218. Persönliche Haftung des Gemeinschuldners nach aufgehobenem Concurse 7939. Getheilte oder solidarische Haftung der activen Streitgenossen? 6316, 7167; der passiven Streitgenossen? 6338, 7275. Haftung des verurtheilten Streitgenossen für die Hälfte der Kosten bei Freisprechung des anderen 6837, 7612. Getheilter Anspruch der Streitgenossen auf Kostenersatz 6806. Haftung des Gerichts für die Kosten des cassirten Verfahrens 7268. Zweckmäßigkeit des Aufwandes für die Klage bei sofortiger Submission des Beklagten? 6026, 6157, 6440, 7131, 7687, 8131; bei nachträglicher Submission 7224; für das Fristgesuch zur Rechtfertigung einer zur Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges erwirkten Pränotation? 7192; für den Quittungsstempel 7306. Haftung der Partei für die Entschädigung des auf ihr Begehren dem Gegner bestellten Curators 5942, 6397, 7062, 7258, 7814. Persönliche Haftung des Curators eines Abwesenden? 6396. Haftung des gemeinsamen Schuldners für die Kosten des gemeinsamen Curators der Besitzer von Theilschuldverschreibungen? 7260.

Gegenseitige Aufhebung der Proceßkosten (nur) bei theilweisem Obliegen beider Theile 5585, 5832; Kosten des Eidesverfahrens in diesem Falle 7129. Aufhebung der Kosten bei Cassirung des Verfahrens (wegen absoluter Incompetenz)? 5995, 6382, 7034, 7087, 7359, 7621, 7849; der Kosten der Appellation bei Aenderung des Urtheiles lediglich im Kostenpunkte 6610. Submission und Rücktritt von der Klage unter Vorbehalt der Kostencompensation? 6586, 7065. Verhältnißmäßige Theilung der Proceßkosten bei theilweisem Obliegen beider Theile 6071. Gleiche Theilung der Kosten der Vollstreckung eines Theilungserkenntnisses 6365, 7422; der Grenzenerneuerung 7397. Unzulässigkeit der einseitigen Vollstreckung des Spruches über Theilung der Proceßkosten 7246. Verurtheilung zum Ersatz der gesamten Proceßkosten. Unbedingte Verurtheilung des unterliegenden Beklagten 6596, 8177; ungeachtet Mäßigung der eingeklagten Summe durch richterliches Arbitrium 7036; ungeachtet Verurtheilung zur Zahlung unter anderen Modalitäten 8192. Verurtheilung des Abwesenden zum Kostenersatz 6396; des zur Ablegung des Manifestationseides Verurtheilten 7612. Verurtheilung des sachfälligen Klägers; bei Abweisung „für dormalen“ 5639; bei Aufhebung des Verfahrens wegen Nullität 6382, 7621, 7849; bei Rücktritt von der Klage wegen erhaltener Zahlung 6397, 7339; bei Anerkennung des Klageanspruchs durch den Beklagten im Falle unterlassener außergerichtlicher Anforderung 6157, 7687.

Erkenntniß über den Kostenersatz. Zuständigkeit des requirirenden Gerichts zur Liquidirung der bei dem requirirten Gerichte

aufgelaufenen Kosten 7363, 7470; des requirirten inländischen Gerichts zur Bestimmung der Kosten des Vollzugs des ausländischen Urtheils 8013; des Curatelgerichts zur Bestimmung der Kosten des vom gemeinsamen Curator der Besitzer von Theilschuldverschreibungen geführten Processes? 7260. Kosten der Execution zur Einbringung einer Gefallsstrafe 5828. Unzuständigkeit der Gerichte zur Liquidirung sog. Idealgebühren 7937. Annullirung eines bedingten Endurtheils wegen unvollständigen Ausspruchs über die Kosten 7268. Nothwendigkeit des Ausspruchs über die Kosten auch bei Annullirung des Verfahrens 8017. Entscheidung über die Kosten einer Verhandlung in der Entscheidung über die Verhandlung selbst 6395 (vgl. unten „Incidentstreitigkeiten“). In Beurtheilen Entscheidung über die Kosten bis zum Endurtheile vorzubehalten 6488, 6581, 7746. Unzulässigkeit sofortiger Entscheidung über die Kosten bei Zurückweisung der Sache zur Ergänzung der Verhandlung 7280, 7723. Zulässigkeit selbständiger Rechtsmittel im Kostenpunkt gegen Beurtheile 6505, 6581, 7253, 7746; Unzulässigkeit derselben 7773. Priorität der Proceßkosten s. unten N II. 4. und III. — Frist für die Zahlung der Proceßkosten; Vollstreckung des Urtheils 5706. Unzulässigkeit einseitiger Vollstreckung des Theilung der Kosten aussprechenden Urtheils 7246. Sofortige Vollstreckbarkeit des Erkenntnisses über die Kosten im Besitzungsproceß 7668. Gerichtliche Execution zur Hereinbringung der vom Verwaltungsgerichtshofe zugesprochenen Kosten 8182. Execution zur Sicherstellung der zuerkannten Proceßkosten während des Rechtsmittelzuges 6862, 6875, 6962, 7192, 7285, 7439, 7570, 7760, 7802; Einfluß der Abweisung des Anspruchs auf actorische Caution auf den Anspruch auf Execution zur Sicherstellung der Kosten 7751.

b) Einzelne Proceßhandlungen und Verfahrenarten. Kosten der Intervention eines vom Verhandlungsorte entfernt wohnenden Advocaten bei der Tagfahrt? 6911; Nothwendigkeit der Reise des Advocaten zur Aufnahme eines Augenscheins im Besitzungsproceß? 7357; Nichtberücksichtigung der Intervention derselben Advocaten in anderen an demselben Tage bei demselben Gerichte verhandelten Processen 6144. Kosten der unverschuldeten Erstreckung einer Tagfahrt 7458; der Erstreckung wegen eines gegen die Einleitung des Verfahrens schwebenden Recurses 6000; Aufhebung der Kosten des Contumacirungs- und Ausbleibensrechtfertigungsverfahrens bei Nullität der Tagfahrt 7359. Sofortige Entscheidung über die Kosten des Streits um eine Fristwerbung 5947, 7606; Kosten der Neußerung über das Fristgesuch 5641, 5698; Unzulässigkeit des Kostenzuspriuchs für das Gesuch um Fristverlängerung zur Rechtfertigung der Pränotation 7192.

Kosten der Verhandlung über Zulassung eines Beweises zum ewigen Gedächtniß 5804, 6505, 6607, 7090, 7965, 7411. Sofortige Entscheidung über die Kosten der Beweisaufnahme; Verpflichtung

tung des Impetranten, die Kosten dem Gegner zu ersetzen 5622, 6219, 6469, 6529, 7062, 7090, 7239, 7296, 7474, 7675, 7777. Verpflichtung des Impetranten zur Tragung lediglich der Gerichtskosten; Kosten des Gegners dem Hauptproceß vorzubehalten 5860, 5980. Kosten der Erstredung der Recognoscirungstagfahrt wegen Nichtvorweisung der Urkunden 7458. Haftung des Parteienvertreters für die Gebühren der Sachverständigen 6398. Kosten der Zureise des Advocaten zur Augenscheinsaufnahme im Besitzstörungenproceß? 7357. Kosten der Intervention des Beweisgegners bei der Zeugenvernehmung 7239; der Verhandlung über Substituierung neuer Zeugen? 7110. Kosten des Eidesverfahrens bei Aufhebung der Kosten des Hauptverfahrens 7129; des Erscheinens des Beweisgegners ad videndum jurare bei dem requirirten Gericht 6703. Frist zur Geltendmachung des Kostenersatzanspruchs bezüglich Aenderung der Eidesformel 6395. Vorbehalt der Entscheidung über die Kosten der Verhandlung über Zulassung des Beweises pro vitando perjurio für das Endurtheil 6483. Ersatz der Kosten der Protulierung durch die unterliegende Proceßpartei 6206, 6227, 6295, 7434; keine Ersatzeleistung 5813, 6022. Kosten der Löschung der Streitanmerkung 6307. Pflicht des im Einspruchsstreit unterliegenden Beklagten zum Ersatz der Kosten der Ausfolgung der vom Kläger erlegten Caution 7089; des unterliegenden Beklagten zum Ersatz der Kosten der Ausfolgung der actorischen Caution 6665.

Voraussetzungen des Ersatzes der Kosten des Rechtsmittelsverfahrens 5634, 5841, 6541, 6635, 6649, 7249, 7841, 7920. Nur das Obliegen in der Hauptsache maßgebend 5736; bei Modificirung des zugelassenen Eides in Folge Appellation 6278; bei Aenderung des unbedingt abweisenden Urtheils und Zulassung von Beweisen durch Zeugen und Sachverständige 6581. Verurtheilung der im Rechtsmittelverfahren bezüglich eines einen Eidesbeweis zulassenden Urtheils unterliegenden Partei zum Kostenersatz ohne Rücksicht auf das Ergebnis des Beweisverfahrens 5960. Gegenseitige Aufhebung der Appellationskosten bei Abänderung des zur Gänze angefochtenen Urtheils lediglich im Kostenpunkte 6610. Unzulässigkeit sofortiger Entscheidung über die Rechtsmittelkosten bei Zurückweisung der Sache zur Ergänzung der Verhandlung 7280, 7728. Kosten des gegen die Entscheidung im Kostenpunkte ergriffenen Rechtsmittels 5832. Unbedingte Verpflichtung des Impetranten zum Ersatz der Kosten der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 5675, 5835, 6416, 7281; des im Restitutionsproceß ob noviter reperta unterliegenden Theiles zum Kostenersatz 5974, 6685. Verpflichtung des Restitutionswerbers zum Ersatz der Kosten der Ansbleibensrechtfertigung 6928; des in dem darüber abgeführten Nebenstreit unterliegenden Theiles zum Kostenersatz 7692. Kostenersatz im Falle der Rechtfertigung des Ausbleibens durch eine von Amtswegen zu berücksichtigende Nullität 7359.

Zeitpunkt der Inanspruchnahme der *Executionskosten* 5638. Kosten der executiven Schätzung (*Recursfrist*) 6215. Kosten der Erfolgslassung des vom Executen an den Gerichtscommissär gezahlten Schuldbetrags an den Executionsführer 7568. Ersatzpflicht des Executen bei mehreren abgeordneten Pfändungsgesuchen desselben Executionsführers 8014. Bestimmung der Kosten der Intervention des Executionsführers bei dem requirirten Gerichte 7470; der Kosten der Vollziehung eines auswärtigen Urtheils 8013. Kosten der gerichtlichen Execution für Gefallsübertretungsstrafen 5828; der gerichtlichen Vollstreckung von Erkenntnissen der Grundlastenablösungscommission 6820. Kosten der Vollstreckung von Theilungserkenntnissen 5841, 6365, 7422; der Execution zur Sicherstellung einer Wechselforderung 5603; des Fristgesuchs zur Rechtfertigung einer zur Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges erwirkten Pränotation 7192. Anspruch des dritten Besitzers einer mit Verbot belegten Sache auf Kostenersatz? 7456. Bestimmung der Kosten einer vor der Concurseröffnung gegen den Creditar geführten Execution 6363.

Ersatzpflicht der im Incidentstreit sachfälligen Partei 5637, 7110, 7231; bei theilweisem Unterliegen 5698. Kostenersatzpflicht des im Streit über Erlag der actorischen Cautio unterliegenden Theiles 5588, 5604, 6229, 6673; bei Verurtheilung zu einer geringeren als der vom Bellagten verlangten Cautio? 6501, 6542; sofortige Entscheidung über die Kosten des Streits über actorische Cautio 7784. Kosten des Nebenstreits über *Fristwerbungen* 5698, 5947; sofortige Entscheidung über dieselben 7606. Kosten des Incidentstreites über *Neuerungen* 6649, 6947, 8181; Vorbehalt der Entscheidung über dieselben für das Haupturtheil 7991; bei Erledigung des Streits durch Submission 7499. Kosten der Verhandlung über Zulassung eines *Beweises zum ewigen Gedächtnisse* 5804, 6505, 6607, 7090, 7411, 7965 (vgl. oben); der Verhandlung über Zulassung der Execution zur Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges 6939. Unzulässigkeit der Execution zur Sicherstellung der Proceßkosten während des Rechtsmittelzuges gegen das Urtheil über die Competenz 6962. *Rechtsmittelkosten* in Nebenstreiten 5634.

Sicherstellung der Proceßkosten während des Rechtsmittelzuges im *Summarverfahren* 6862. Rechtsmittelkosten im Summarverfahren 5634. Anspruch der Kosten des Recurses gegen die Kostenbestimmung im Zahlungsbefehl im *Mandatsproceß* 7249. Ersatzpflicht des die Kündigung im *Bestandstreite* Zurückziehenden 6590. Nichtverpflichtung des im *Besitzförungsproceß* unterliegenden Theiles zum Ersatze der gegnerischen Vertretung durch einen Advocaten 6773, 6859, 7357, 7594; Pflicht desselben zu diesem Ersatze 7604, 7890. Sofortige Vollstreckbarkeit des Erkenntnisses über die Proceßkosten im Besitzförungsverfahren 7668. Execution zur Sicherstellung der Proceßkosten 7802. Rechtsmittelkosten im Besitzförungs-

verfahren 5634. Zuspruch der Kosten des Recurses gegen Bewilligung einer Waarenbeschau im handelsrechtlichen Proceß 7920. Fortsetzung des Beschreibungsprocesses nach dem Tode eines Gatten wegen der Kosten? 6495, 6799, 7806. Gegenseitige Aufhebung der Kosten der Verhandlung über eine feierliche Todeserklärung 6868. Haftung des Gläubigers für die Kosten bei Nichteröffnung des Concurses 6199, 7949, 8001 — vgl. unten Concur A. I. 2. und II. — Anwendung des Gesetzes vom 16. Mai 1874 auf die Verhandlung wegen Lösung einer Pränotation 6723. Haftung des nach Anmerkung der Streitigkeit einer Sachpost eingetragenen Cessionars für die Kosten der Lösung 7702.

2. *Plagcaution*. Notorietät der Bemitteltheit des Klägers 6482; Kenntniß des Beklagten von der Bemitteltheit genügt 6911. Irrelevanz des Vermögens des gesetzlichen Vertreters des Klägers 6797. Sattfame Bemitteltheit bei Bezug einer Officierspension 5741; einer Actiengesellschaft? 5840; einer Actiengesellschaft in Liquidation 6523; einer am Gerichtsorte protokollierten Firma 7201; einer wechselseitigen Versicherungsgesellschaft 6179, 6189, 6710, 7847; des ein Moratorium genießenden Klägers 6492; des Inhabers eines kürzlich errichteten Commissionsgeschäfts? 8126. Riquide Forderung an den Beklagten 7549. Verweisung auf eine Hypothek oder ein gerichtliches Depositum? 8168. Verzicht auf den Paupertätseid durch Verhandlung über die Cautionshöhe? 6193, 6580. Zulassung zu dem Eide nach rechtskräftigem Auftrag zum Erlage der Cautions 6697, 6987, 6980. Unzulässigkeit des Paupertätseides nach vorheriger Anbietung hypothekarischer Sicherheit 8183. Zeitpunkt des Begehrens der Cautions: nach eingeleitetem Proceß? 5588, 6031. Streiteinlassung unter Aufrechthaltung des Anspruchs auf actorische Cautions? 6783, 6797. Zulässigkeit des Begehrens bis zur Erstattung der Einrede 5615, 6446 (im mündlichen Verfahren); Verlust des Anspruchs durch wiederholte Fristwerbungen zur Einrede 7770, 7788. Zulässigkeit des Begehrens einer höheren als der mit der Klage angebotenen Cautions 7545. Wirkung der Unterlassung der Bestellung: Abweisung der (Restitutions-) Klage a limine 5976; Unzulässigkeit der Zurückstellung von Amtswegen 6839 (Recurs gegen die Verbescheidung der Klage?), 6955 (Sistrung des Verfahrens), 7059, 7124; Sistrung des Verfahrens bis zur Bestellung (Ergänzung) der Cautions 6562, 7995; keine Inrotulirung wegen nicht erstatteter Einrede 8163, 8206. Folgen der Unterlassung nach der westgal. G. D. 7143. Bestimmung einer Frist zum Erlage der Cautions unzulässig 5658, 6673, 7026, 7711. Aufhebung der Sistrung der Execution wegen Unterlassung der Bestellung der Cautions seitens des Erscheinungsklägers 7524. Execution zur Sicherstellung des Erlags der Cautions 7889. Einfluß des Incidentstreits über die actorische Cautions auf die Einredefrist 5981, 6055, 6277, 8206; auf die Frist zur Einwendung der Incompetenz 8215. Einfluß der Ab-

legung des Paupertätseides auf die Einredefrist 7790. Kosten des Incidentstreits 5588, 5604, 6229, 6501, 6542, 6673, 7784 — vgl. oben 1. — Begehren der actorischen Caution seitens eines passiven Streitgenossen bei Einlassung der anderen in den Proceß 6383. Verpflichtung des unterliegenden Beklagten zum Ersatz der Kosten der Wiederaufholung der Caution 6665. Haftung der Caution bis nach Erledigung der a. o. Revision 6223. Sicherstellung der Proceßkosten während des Rechtsmittelzuges nach abgewiesenem Begehren der actorischen Caution? 7751.

Verpflichtung zur Bestellung der Caution bei Anstellung einer angeforderten Klage 6519. Termin des Begehrens der Bestellung der Klagscaution im Rechnungsproceß 6031; Verpflichtung zur Bestellung der Caution vor Einlassung des Rechnungslegers auf die Bemängelungsklage 6698; Folgen der unterlassenen Bestellung? 7001, 7283. Klagscaution im Executivproceß 7504; Frist zur Anbringung des Begehrens 7314. Nichtverpflichtung zur Bestellung der Caution bei Erhebung von Einwendungen gegen die Räumung einer Mieth 7134. Unzulässigkeit des Begehrens der Klagscaution im Besitzstörungenproceß 7391, 7565. Befreiung der klagenden Concursmasse von der Leistung actorischer Caution 5604, 5920.

3. Gemeinschaftlichkeit der Beweismittel. Edition gemeinschaftlicher Urkunden? 5635. Anspruch des Belangten auf Mittheilung einer Abschrift der vom Kläger beigebrachten Privilegiumsbeschreibung? 8090. Statthaftigkeit des Verzichts des Beweisführers auf die Vernehmung eines zugelassenen Zeugen 7678. Fortsetzung der Vernehmung eines Zeugen wider Willen des Beweisführers 7227. Ertheilung von Abschriften der Verhörsprotokolle 6067. Gemeinschaftlichkeit des aufgenommenen Kunstbefundes 5860.

VII. Parteienvertreter. Vertretung des Hofärars durch die Finanzprocuratur 5954; des Wiener Stadterweiterungsfondes 5893; Vertretung des ungarischen Fiscus 5927; zu constituirender Stiftungen 8100; der Pfarrkirchen 7193; (ausschließliche) Vertretung der Ortschaftsräthe durch die Finanzprocuraturen 6988, 7313, 8017. Form der Geltendmachung ihrer Nicht-Legitimation 7762. Eidesdelation an die Finanzprocuratur Namens des Fiscus? 5854, 8052. Verständigung der Finanzprocuratur in Vertretung des Steuerärars von executiven Feilbietungen 7733; Mitbieten derselben bei der Feilbietung 7194.

Relativer Anwaltszwang im mündlichen Verfahren 8121; Unzulässigkeit der Vertretung durch Nicht-Advocaten im mündlichen Verfahren 7952. Anwaltszwang im Bagatellverfahren 6301; im Syndicatsproceß 7919; im Concursverfahren 5823. Beiziehung von Advocaten im Besitzstörungsverfahren? 6773, 6859, 7357, 7594, 7604, 7800. Selbstvertretungsrecht der Notare in Streitfachen 7264. Räumigung der Vertretung durch einen Advocaten 5613. Fortführung des Pro-

cesses nach dem Tode des Klienten 6751, 6631 (Erwirkung der Execution). Fortdauer der Vollmacht nach Löschung der proceßführenden Firma 7783. Einleitung des Processes ohne Wissen und Willen der vertretenen Partei. 6645. Nichtlegitimation des interimistischen Vertreters eines verstorbenen Advocaten zum Vergleichsabschlusse 8031. Umfang der Legitimation eines curator ad actum 6768, 8113; Eidesauftragung an den curator absentis? 7446, 7914, 7923. Haftung des Advocaten für culpa in eligendo bei Substitution eines Anderen 6254; der substituierende haftet für die Gebühren des substituirten 6589, 7859. Ordnungsmäßige Aufnahme einer species facti? 7656; in stenographischer Schrift? 6058; während des Processes? 7226. Haftung des Parteienvertreters für die Expertengebühren 6393, 6482 (Haftung des ersten bei Wechsel des Anwalts). Persönliche Haftung des curator absentis für Proceßkosten? 6396. Versäumniß einer Frist durch Verschulden des Advocaten 5709, 6484, 6554, 6756. Contumacirung des durch einen israelitischen Advocaten vertretenen Israeliten bei einer auf einen Sabbath anberaumten Tagfahrt 8034. Geldstrafe gegen einen Advocaten wegen schlechter Vertretung im Gebiete der westgal. G. D.? 7798. Notare als Parteienvertreter; Bestimmung ihrer Gebühren 6276. Zulässigkeit der Vertretung durch Advocaturconciipienten im mündlichen Verfahren 7973; im Summarverfahren? 6515.

Kostenbestimmung für Acte nach Kündigung der Vertretung seitens des Advocaten 5613; Bestimmung der Expensen des Advocaten als Vertreters des Erstehers einer executiv feilgebotenen Liegenschaft 7999; der Gebühren der Notare als Parteienvertreter 6276. Zuständigkeit des requirirenden Gerichts zur Bestimmung der Gebühren des bei dem requirirten Gericht bestellten Curators 7363. Bestimmung der Expensen des substituirten Advocaten gegen den substituierenden 6589; gegen die vertretene Partei? 7113. Kosten der Reise des Advocaten an den Gerichtsort trotz dasselbst. bestellten Substituten 5979; Rücksichtnahme auf die gleichzeitige Intervention des Advocaten in anderen Processen bei demselben Gerichte? 6144. Geltendmachung mehrerer Gebührenansprüche in einem Liquidirungsgesuche 5805. Directe Haftung der hereditas jacens für die Kosten des zu ihrer Vertretung bestellten Curators 5606; Anspruch des Curators eines Abwesenden auf Honorirung gegen den Abwesenden 6180. Kosten des von dem gemeinsamen Curator der Besitzer von Theilschuldverschreibungen geführten erfolglosen Processes? 7260. Zulässigkeit der sofortigen Einklagung der Expensenforderung nach deren Anerkennung 7364. Anerkennung durch Annahme der Expensenote? 7378. Competenz für Einklagung bereits liquidirter Advocatengebühren 7677; Unstatthaftigkeit nochmaliger Verhandlung über deren Richtigkeit 8048. Unzulässigkeit der Einklagung weder gerichtlich bestimmter, noch anerkannter Gebühren 6634. Haftung des Staatschazes für Kosten

des defensor matrimonii; (Umfang seines Anspruchs) 6366; subsidiäre Haftung des Staatschazes für die Auslagen des behufs ordnungsmäßiger Liquidation für eine vermögenslose Actiengesellschaft bestellten Curators 6568. Retentionsrecht der Parteienvertreter? 7878, 7713.

Vgl. überhaupt noch unten Verf. außer Streitt. C. (bes. gemeinsame Curatoren).

VIII. Armenrecht. Begebung eines Armenvertreters bei freistehender Wahl zwischen mündlicher und schriftlicher Klage 6220, 7609, 8121. Nichtbestellung eines Armenvertreters in Sachen ohne Anwaltszwang 7088. Verweigerung der Bestellung wegen Undurchführbarkeit der Ansprüche? 7168. Zuständigkeit des Proceßgerichts zur Entscheidung über Enthebung des Armenvertreters (wegen Undurchführbarkeit der Rechtsache) 5750, 6353; Competenz des Ausschusses der Advocatenkammer zu dieser Entscheidung 6168, 6711, 7100, 7848. Vergütung der Gebühren des den Armenvertreter substituierenden ausländischen Advocaten aus dem Staatschaze 7738. Bestellung eines Curators für eine vermögenslose Gesellschaft nach Analogie der Armenvertretung 6568.

E. Form der Eingaben und Verhandlungen. Aufstellung. Fristen. Tagfahrungen.

I. Form der Eingaben und Verhandlungen. Form der Bestreitung der ehelichen Geburt eines Kindes 5620; für das Begehren der Aufhebung des Verfahrens 6645; für die Geltendmachung eines Rechtsfehlers in der Meistgebotsvertheilung 7386, 7399. Gesuch oder Klage behufs Geltendmachung der Rechte der Hypothekargläubiger der abgebrannten Realität auf die Brandschadenversicherungssumme? 5940; zur Erwirkung bürgerlicher Abtrennung einer Parcellen? 6780. Einfache Eingabe zur Bestreitung der gerichtlichen Kündigung einer Hypothek 7069. „Gesuch“ um Wiedereinsetzung ob novitor reperta gegen ein Urtheil im schriftlichen Verfahren 8047. Gerichtssprache in Schlesien; Entbehrlichkeit der Beilegung deutscher Uebersetzungen slavischer Klagebeilagen 7116, 8011; Nothwendigkeit derselben 8218. Gerichtssprache im Kreisgerichtsprengel Trient 8085. Telegraphisches Gesuch um Verlegung einer Tagfahrt 7017; telegraphische Appellationsanmeldung 7173. Nothwendigkeit der Unterschrift eines Advocaten auf dem Recurs betreffend die Einleitung des Bagatellverfahrens 6301; auf der Syndicatsklage 7919; auf dem Recurs gegen die Concurseröffnung 5823. Frist zur Reproducierung der der Unterschrift des Advocaten ermangelnden Einwendungen gegen einen Zahlungsbefehl 7426. Annahme einer von einem auswärtigen Advocaten gefertigten Klage trotz mangelnder Bezeichnung eines Zustellungsbevollmächtigten 5847. Genaue Bezeichnung der Person des Gegners auf dem Rubrum 6449; Nothwendigkeit der Angabe der

genauen Adresse des in Ungarn wohnenden Beklagten? 7169; der ausdrücklichen Anrufung des Gerichts als Handelsgericht 8156. Anzahl der Parien und Rubriken des Gesuchs um Sequestration während des Rechtsmittelzuges 6284. Instruierung des Feilbietungsgesuches mit einem Exemplar des Entwurfes der Feilbietungsbedingungen 5689, 6742; Instruierung des Immobilienfeilbietungsgesuches mit dem Grundbuchsextracte 6288. Nichtübereinstimmung der Parien einer Proceßschrift 6169. Geltendmachung mehrerer Gebührenansprüche eines Advocaten in einem Liquidirungsgesuche 5806. Zulässigkeit getrennter Einrebeschriften mehrerer Streitgenossen? 6767, 6828, 7708. Nachtrag zur Einrede des anderen Streitgenossen? 5925. Zulassung von Nachträgen zu noch nicht beantworteten Proceßschriften trotz Protest des Gegners 8159. Nachtrag zur Replik? 6084, 7991; zur Duplik? 6406, 7294. Verhandlungssprache vor dem Consulargericht in Cairo 8155.

II. Zustellung. Einbringung einer Widerklage nach Schöpfung, jedoch vor Zustellung des rechtskräftigen Urtheils 7210. Execution zur Sicherstellung auf Grund eines dem Schuldner noch nicht zugestellten Urtheils 7709, 7791, 8067. Von einem auswärts wohnenden Advocaten gefertigte Klage ohne Namhaftmachung eines Zustellungsbevollmächtigten 5847. Unstatthaftigkeit der Verständigung von Streitgenossen durch getrennte Bescheide 6828. Sequestrationsgesuch im Rechtsmittelzuge gegen Streitgenossen 6284. Zustellung des Urtheils an den Verwalter der Concursmasse des erstgenannten Streitgenossen 7045. *Curator ad actum* zur Empfangnahme der Wechselklage behufs Unterbrechung der Verjährung 8118. Wirkung der Zustellung an den *curator ad actum* 6140. Zustellung an einen Curator trotz Zurücklassung eines Sachverwalters seitens des Abwesenden 6755. Zustellung an den für einen bereits Verstorbenen bestellten *curator absentis*? 7814. Bestellung eines Curators für die Verlassenschaft eines vermeintlich Verstorbenen; Zustellung an den Curator nach wirklich eingetretenem Tode 7915. Voraussetzung der Verständigung der Realgläubiger von der executiven Feilbietung zu Handen eines *curator ad actum* 6922, 7068. Zustellung an den Mandatar des Ehegatten der Partei 6145; an die Wittin des Gläubigers? 7856; Verständigung der offenen Handelsgesellschaft durch Zustellung an ein Mitglied ohne Hinweis auf diese Eigenschaft 6750. Zustellung des Zahlungsbefehles an den mittlerweile bestellten Concursmassenverwalter des Schuldners? 6802, 6818; Zustellung an den Concursmassenverwalter oder den Verwalter einer Specialmasse? 7734. Zustellung von Klagen an ungarische Staatsangehörige 6356, 7169; Bestellung eines Curators für ausländische Beklagte 6396, 6876. Vorgang bei Zustellung ungarischer Verfügungen über Requisition ungarischer Gerichte 6687. Zustellung von Urtheilen des osmanischen Handelsgerichts in Constantinopel an österreichische Staatsbürger 7869. Verspätete Zustellung der Fristbewilligung

6487; der Entscheidungsgründe 6517. Zustellung des Zeugenverhörsprotokolles mit dem Urtheile im Besitzstörungsverfahren? 7240. Wirksamkeit der rechtzeitig eingebrachten, aber dem Gegner verspätet zugestellten Kündigung einer Mieth? 7057, 7223. Zustellung einer unleserlichen Urtheilsausfertigung 7440. Nullität wegen mangelhafter Zustellung (des Tagatzungsbescheides an die unmündige Tochter der Partei) 7359. Nullität wegen Zustellung an einen vermeintlichen Nachhaber 7722. Nullität der Immobiliarseilbietung wegen unterlassener Edictalkundmachung der Bestellung eines Curators für einen Realgläubiger 7403; wegen unterbliebener Verständigung der Finanzprocuratur 7733; des Steueramtes? 7068. Gültigkeit der dem Gläubiger rechtzeitig bekannt gewordenen Immobiliarseilbietung trotz mangelhafter Verständigung desselben 7856; Gültigkeit der Mobilienseilbietung trotz verspäteter Verständigung des Executen 7962; Verständigung der Realgläubiger von der executiven Immobilienseilbietung 5672, 5689, 6072, 6091, 6145, 6750, 6775, 6922, 7611; von der Seilbietung einer nicht veräußerten Realität? 6044. — vgl. unten N. II. 1. — Unstatthaftigkeit der gerichtlichen Verständigung des Cessus von der vertragsmäßigen Cession 7291; der gerichtlichen Verständigung des Executionsführers von der Bestreitung der eingeworbenen Forderung seitens des Cessus 6786; der gerichtlichen Uebermittlung einer Gegenerklärung wider die Aufkündigung einer Hypothek 7069; von Nachträgen zur Streitverkündung 5787.

- III. Fristen. Berechnung: Beginn einer Frist vom Tage der Zustellung an den curator absentis, nicht der letzten Edictseinschaltung 6140. Nichteinrechnung des Postenlaufes in die Frist zur unmittelbaren Ueberreichung von Eingaben bei den Obergerichten 7988. Einlangen einer Proceßschrift am letzten Tage, aber nach Schließung des Einreichungsprotokolles 7615. Fristgesuche: Zugeständniß der „letzten Frist“ 6211; Voraussetzungen sofortiger Zurückweisung eines neuerlichen Fristgesuches 6403, 7535. Unbeschränkte Zustimmung zu einem zweiten nach negativer Aeußerung über das erste Fristgesuch; sofortige Abweisung des dritten? 6448. Zusammentreffen des Fristgesuchs mit dem Inrotulirungsgesuche des Gegners 7700. Erstattung der Einrede seitens des einen, Fristgesuch des anderen Streitgenossen 6506. Vereinbarung über die Fristen des einzuleitenden Verfahrens 7605. Fristwerbungen als Streiteinlassung 7770, 7788. Verhandlung über Fristwerbung hat die Natur eines Nebenstreits 5947. Neuerliches Fristgesuch vor Zustellung des Bescheides über das frühere; Einfluß auf den Lauf der Frist 5652. Einfluß des abgewiesenen Fristgesuchs auf den Lauf der Proceßfrist 6391, 6663. Zustellung der Fristbewilligung nach Ablauf der bewilligten Frist 6487. Unzulässigkeit eines a. o. Revisionsrecurses gegen einen die Aeußerung des Gegners über ein Fristgesuch abfordernden Bescheid 7508. Kosten der Aeußerung über ein Fristgesuch des Gegners 5641, 5947; bei theilweiser Bewilligung der Frist 5698.

Sofortige Entscheidung über die Kosten 7606. (Rechtsmittel bei) Fristver-
säumniß durch Verschulden des Advocaten 5709, 6484, 6554, 6756;
Unzulässigkeit der Urtheilsschöpfung vor Entscheidung über die Resti-
tution gegen die Versäumniß 6766. Contumacirung trotz unrichtiger
Fristbestimmung (für die Einrede) durch den Richter 7404. Wirksamkeit
der rechtzeitig eingebrachten, aber verspätet zugestellten Ründigung einer
Miethe? 7057, 7228. Zulässigkeit richterlicher Anordnung der Repro-
ducirung der Replik in bestimmter Frist unter Androhung eines
Fatale 7576.

Unstatthaftigkeit sofortiger Abweisung des verspäteten Begehrens der
Recognoscirung der Klagebeilagen 7396; stillschweigende Nachsicht
der Verspätung seitens des Gegners 6690. Frist für die *exceptio
rei judicatae* im Summarverfahren 7388; für die Incompetenz-
einwendung: Unzulässigkeit sofortiger Zurückweisung nach erlangter
Restitution zur Erstattung der Einrede 7228; Frist im mündlichen
Verfahren 5659; im Summarverfahren 7152, 7827. Verwerfung der
verspäteten Einwendung von Amtswegen 8139. Einfluß des Begehrens
der Bestellung actorischer Caution auf die Frist 8215. Frist zur Gel-
tentmachung des Anspruchs auf Bestellung der actorischen Cau-
tion 5588, 5615, 6031, 6446, 6783, 6797, 8163, 8206 — vgl. oben
D. VI. 2. — Fristbestimmung zum Erlag der Caution? 5658, 6673,
7001, 7026, 7283, 7711. Zeitpunkt der Streitverkündung 5787.
Erstreckung der Frist zur Reproducirung der wegen Formmangels
zurückgestellten Einwendungen gegen einen Zahlungsbefehl 7426. Ver-
längerung der „letzten Frist“ zu einer Satzschrift durch das Ansuchen
um Zulassung von Neuerungen in derselben? 5894. Einfluß der Ver-
handlung über actorische Caution auf die Einredefrist 5981, 6055,
6277, 8206; auf die Frist zur Incompetenzeinwendung 8215. Einfluß
der Ablegung des Paupertätseides auf die Einredefrist 7790. Einfluß
des Recognoscirungsverfahrens auf den Lauf der Frist zur Beantwor-
tung der gegnerischen Satzschrift 6896, 7753, 7775. Einfluß der
Concursöffnung auf die Einredefrist? 6128; die Frist zu Einwen-
dungen gegen den vorher erlassenen Zahlungsbefehl 6968.

Frist zum Beweis antritte für den im inappellablen Beurtheile
zugelassenen Beweis 5610, 5634. Zusammentreffen des verspäteten
Eidesantrittungsgesuches mit dem Präclusionsgesuche des Gegners 7002,
7908. Einfluß der a. o. Revision auf die Frist zum Eidesantritt 6384,
7203, 7206, 7430; eines Wiedereinsetzungsgesuches? 7664; der
relativen Rechtskraft des bedingten Endurtheils? 7943. Sofortige
Abweisung eines verspäteten Wiedereinsetzungsgesuches? 5889. Sofortige
Abweisung eines Gesuchs um Erstreckung der Frist zur Appellations-
Beschwerde 5680; Annahme einer vom Gegner mitunterschiedenen
verspäteten Appellation (im Summarverfahren) 5712. Einlangen der
Appellationsbeschwerde am letzten Tage der Frist nach Schließung des
Einreichungsprotokolles 7615. Rechtsmittelfrist bei nachträglicher Zu-

stellung der Entscheidungsgründe 6517; bei Zustellung einer unedictlichen Urtheilsausfertigung? 7440. Einfluß des vom Gerichte verschuldeten Irrthums über die Frist? 6518, 7394. Obergerichtliche Bestimmung einer neuen Appellationsfrist bei telegraphischer Anmeldung 7178. Frist in einem bei dem Handels- als Concursgerichte geführten Liquidationsproceß 7118; in einer bei dem Bezirksamte anhängigen Handelsache 7947. Frist zur Nullitätsbeschwerde im Summarverfahren 5910. Rechtsmittelfrist bei Vereinbarung „schriftlichen Verfahrens nach den Grundsätzen des summarischen in 14tägigen Fristen“ 7605. Frist zu Einwendungen im Mandatsverfahren 6140. Frist zur Anbringung der Besitzstörungenklage 5701, 6394, 7623, 7874, 8194; Berücksichtigung von Amtswegen? 6894, 6794, 6982, 7098. Berechnung der Recursfrist im Besitzstörungsverfahren 7240. Bedeutung der sechsmonatlichen Frist für Räumungsgesuche im Bestandverfahren 5998, 8151. Appellationsfrist in einem Streite über Aufhebung eines Bestandvertrages 8210.

Unverjährbarkeit der im Urtheile festgesetzten Erfüllungsfrist 6688 (sofortige Abweisung eines Gesuchs um Erstreckung), 6509 (Frist zur Rechnungslegung). Frist für die Zahlung der Proceßkosten 5706. Beginn der in einem bedingten Endurtheile festgesetzten Erfüllungsfrist 7657. Termin für die wiederholte executiv Feilbietung einer Liegenschaft 6473. Bestimmung einer Frist zur Vorrechtsklage im Meistgebotsvertheilungsverfahren 5757, 6708; Gesuch um Bewilligung einer solchen Frist? 5798. Sofortige Abweisung des Gesuchs um Erstreckung der Frist 5922; Erstreckbarkeit dieser Frist 6293, 6391, 7413. Frist für Recurse (Dritter) im Executionsverfahren; Unanwendbarkeit der für die besondere Verfahrensart des Hauptprocesses geltenden Fristbestimmungen 5765, 7139, 7250, 7259, 7350, 7407, 7457, 7710, 8109; Frist zum Recurse gegen einen auf Grund Notariatsactes ergangenen Executionsbescheid 6807, 6989. Acht tägige Recursfrist im Executionsverfahren auf Grund eines Besitzstörungsverfahrens 6533; dreitägige Recursfrist im Executionsverfahren auf Grund wechselrechtlichen Verfahrens 6046, 7964. Recursfrist bezüglich der Kostenbestimmung (auf Grund eines Urtheils im Summarverfahren) gegen eine Concursmasse 6368; Recursfrist des Verfahrens außer Streitfachen bezüglich der Bestimmung der Expertengebühren in einer Wechselfache 6215. Recursfrist gegen Bescheide des in wechselrechtlicher Execution requirirten Realgerichts 7752. Recursfrist bezüglich der in der Lösungsklage enthaltenen Bitte um grundbücherliche Anmerkung 7105; Frist zum Recurse gegen den Bescheid über Löschung einer Pränotation 7123; gegen Einverleibung des executiven Pfandrechts; Grundbuchs- oder Executionsbescheid? 6709, 7929.

Rekursfristen in Grundbuchsachen s. Verf. außer Streitf. F.; Amortisationsfrist s. ebenbas. G.

IV. Tagfahungen. Nullität der an einem Samstag wider einen Israeliten abgehaltenen Tagfahrt 7308; bei Unkenntniß des Richters von der Religion der Partei? 7825; bei nicht persönlicher Vorforderung? 8034. Hora legalis bei Aufnahme eines Kunstbefunds? 5880; bei der Eides- tagfahrt? 6190, 7213 (rechtliche Folgen des verspäteten Erscheinens des Eidespflichtigen). Abhaltung der Tagfahrt in einem anderen, als dem im Bescheide genannten Amtszimmer; Contumacirung? 7368. Bestellung eines zufällig anwesenden Advocaten zum curator ad actum für den Minderjährigen wegen Ausbleibens seines gesetzlichen Vertreters 7625. Tagfahungsanordnung mit der Clausel, daß der Ausbleibende als zustimmend erachtet werde? 7756, 7799. Folgen des Ausbleibens des Beklagten von der Tagfahrt über eingeleiteten Executivproceß 7588. Ausbleiben beider Theile von der Tagfahrt im Besitzstörungsproceß 5933; im Ehetrennungsproceß 7562; von der Tagfahrt über ein Gesuch um Löschung der Pränotation 6085. Ausbleiben aller Betheiligten von der Tagfahrt nach §. 63 E. O. 6827. Erstreckung der Tagfahrt bei unterbliebener Zustellung der Klage an einen der Streitgenossen; „erster Termin“ für den anderen? 5659; Erstreckung „mit der Rechtswohlthat des ersten Termines“ (im Summarverfahren) 7152, 7827. (Telegraphisches) Gesuch um Erstreckung der Recognoscirungstagfahrt „wegen Verhinderung“ 7017; wegen Nichtvorweisung der Klagebeilagen 7458. Nothwendigkeit der mündlichen Verklündigung der Entscheidung über das Erstreckungsbegehren? 6400. Voraussetzungen der Erstreckung der Eides- tagfahrt 5881. Erstreckung der Tagfahrt zur Verhandlung über die Person des Sequesters? 5975; der Tagfahrt nach §. 63 E. O. auf Ansuchen des Schuldners? 6107. Erstreckung von Amtswegen wegen nicht gehöriger Vertretung einer Partei im Summarverfahren 6515. Zulässigkeit selbständigen Recurses gegen die verweigerte Erstreckung im Summarverfahren 6707. Kosten der Verhandlung s. oben D. VI. 1. — Ausbleibensrechtfertigung s. unten H. I.

F. Gegenseitiges Verhältniß verschiedener Proceßarten.

Verhältniß des ordentlichen mündlichen Verfahrens zum schriftlichen: Einflußnahme des Richters auf die gehörige Substantiirung der Klage 6700; auf die Klarstellung der Thatfachen 7003; Ergänzung der Verhandlung nach Protokollierung der Gegenschlußrede 5817. Obergerichtliche Anordnung der Ergänzung 6404. Belehrung der Parteien durch den Richter 8041. Anwaltszwang und Armenrecht im mündlichen Verfahren? 6220, 7088, 7609, 8121; Zulässigkeit der Vertretung durch Advocaturconciipienten 7973; durch Nicht-Advocaten? 7952. Zeitpunkt für Einwendung der Incompetenz 5659; Unstatthaftigkeit gleichzeitiger Entscheidung über die Incompetenz und über die Hauptsache 6063. Frist für das Begehren um Bestellung der actorischen Caution 6446. Nullität des Verfahrens wegen mangelhafter Bezeichnung des Streitgegen-

standes 8208; wegen Unvollständigkeit des Urtheils über Zulassung des Hauptschreibens? 6749. Mündliches oder schriftliches Rechtsmittelverfahren? 7841. Schriftliche Verhandlung über ein „Gesuch“ um Wiedereinsetzung 8047.

Einleitung des (Summar-)Verfahrens von Amtswegen 6108, 7659 Zulässigkeit der Vereinbarung eines anderen statt des Bagatellverfahrens? 5719, 7032. Vom Gerichte verschulbeter Irrthum der Parteien über die Art des Verfahrens 7894. Rechtskraft des ein unrichtiges Verfahren einleitenden Bescheides 7641.

Verhältniß des ordentlichen Verfahrens: 1. zum Executivproceß. Ungiltigkeit der Vereinbarung des Executivprocesses 7075; Verzicht auf diese Art des Verfahrens 7588; 2. zum summarischen Verfahren; Einleitung des letzteren von Amtswegen 7659; richterliche Berechnung des eingeklagten Betrages 6108; Vereinbarung schriftlichen Verfahrens mit Beibehaltung der Normen des summarischen 7006; des schriftlichen Verfahrens „nach den Grundsätzen des summarischen in 14tägigen Fristen“ 7605; Recursfrist im Executionsverfahren nach durchgeführtem Summarproceß 7139, 7250, 7350; Unanwendbarkeit der Normen des Summarverfahrens nach vollzogenem Zwangsverlaufe 6182, 6959; 3. zum Mandatsproceß. Recursfrist im Executionsverfahren auf Grund einer Notariatsurkunde 6989; 4. zum Verfahren in Ausziehungstreitigkeiten. (Appellationsfrist in einem) Streit über Aufhebung eines Bestandvertrages 8210; über das gesetzliche Pfandrecht des Vermiethers 7331; Anspruch des Vermiethers im Meistgebotsvertheilungsverfahren 5765; 5. zum Verfahren in Besitzstreitigkeiten. Recursfrist im Executionsverfahren nach durchgeführtem Besitzproceß? 6583, 8109; 6. zum Bagatellverfahren. Zulässigkeit der Vereinbarung eines anderen Verfahrens? 5719, 7032; Unstatthaftigkeit des Bagatellverfahrens für Statusklagen 7755; 7. zum Verfahren in Handels- und in Wechselstreitigkeiten. Klage in Handelsachen vor dem Bezirksgerichte 7947; Ausschluß des Wechselprocesses bei Wechseln mit Verpfändungserklärung 6060; Ansuchen des Verbotes auf Grund einer Wechselforderung im ordentlichen Rechtsweg 6747; allgemeine Recursfrist im Executionsverfahren auf Grund einer Wechselforderung 5765, 7259, 7407, 7457, 7710, 7752; wechselrechtliche Recursfrist 6046, 7964. Verhandlung von Wechselachen im ordentlichen Verfahren nach Eröffnung des Concursets 6802, 6813, 6968. Ueberleitung besonderer Verfahrensarten in das ordentliche Verfahren nach Concurseröffnung 7295; des Wechselprocesses in das Liquidationsverfahren 7072; Appellationsfrist in einem beim Handels- als Concurserichte geführten Liquidationsproceß 7118.

Vereinbarung des summarischen statt des Bagatellverfahrens? 5719, 7032 (Unheilbare Nullität); Execution auf Grund Notariatsurkunde; je nach dem Betrage im Summarverfahren zu verhandeln 6807, 6843; summarisches Verfahren mit den Modalitäten des Executivprocesses 5781, 6570, 7659; Verhältniß des summarischen zum Verfahren in Besitzstreitigkeiten 7240, 7356; Rechnungsfrage statt einzelner Summarlagen? 7317. Besitzstörungenklage oder Ausziehungstreitigkeit? 7137. Delegationsauftrag des Concursscommissärs an den Gemeinschuldner 7233.

G. Klage.

I. Wesentlicher Inhalt der Klage. Ungenügende Substantiirung des Klageanspruchs 7828; Substantiirung des Anspruchs auf eine Conventionalstrafe 5848, 7630; eines Schadenersatzanspruchs 5877, 6129, 6370, 6475, 7519, 7712; der *condictio sine causa* 6147; der Wechselbereicherungsklage 5625, 7433; des Anspruchs auf Ersatz geleisteter Alimente s. oben Obligationenr. B. III. 5.; des Anspruchs auf Rückzahlung eines Heiratsgutes 8175; der Erschindirkungsklage 6769, 6908, 6960, 6993, 7745, 8069. (Genauere) Bezeichnung des Beklagten 6328, 6449. Genauere Bezeichnung des Streitgegenstandes 8208 — vgl. oben Sachenr. B. VI. — Einflußnahme des Richters auf die gehörige Substantiirung (im mündlichen Verfahren) 6404, 6700 (Aenderung des Klagegrundes?) Richterliche Qualificirung der rechtlichen Natur des Klagegrundes 5816 (Eigentums- oder Contractsklage?), 5932 (Darlehens- oder Entschädigungsklage?); Darlehens- oder Bereicherungsklage bei verjährtem Wechsel? 6679. Verschiedenheit des Klagegrundes der Wechselklage und der gemeinrechtlichen Klage 8225; rechtliche Natur der Klage wegen rechtswidrigen Gebrauchs einer gemeinsamen Sache 8132. Der Klagegrund vom Kläger zu bezeichnen 6838, 7367 (Beurtheilung der Competenz nach der Angabe). — Aenderung des Klagegrundes s. unten I. — Unbestimmtheit des Klagebegehrens 6525. Formulirung des Klagebegehrens in der *actio hypothecaria* 7578; Nothwendigkeit der Aufnahme des Inhalts des der Klage zu Grunde liegenden Vertrags in das Klagebegehren 7326; Formulirung des Klagebegehrens bei Behauptung eines Scheinvertrages 6332; Begehren des Verkäufers um Uebernahme des Eigenthums der verkauften Realität durch den Käufer 7804; Formulirung des Klagebegehrens um Einverleibung des vorbehaltenen Nießbrauchs 6646; des Klagebegehrens bei Anfechtung einer Schenkung in *fraudem creditorum* 5912, 6325, 6811, 6921, 7122; des Klagebegehrens gegen die Erben vor Einantwortung des Nachlasses 6135; im Liquidirungsproceß 5916. Begehren der Zahlung schließt das Begehren um gerichtlichen Erlag in sich 7384. — Aenderung des Klagebegehrens s. unten I.

Anerkennungsklagen: Klage auf Anerkennung des Eigenthums 6564, 6850; des Miteigenthums 7514. Unzulässigkeit der Präjudicialklage über die bei späterer Pfandrealsirung eintretende Collision zwischen Pfandgläubigern 6258. Anerkennungsklage über die Modalitäten der Zahlung einer Schuld 7232; Klage auf Anerkennung der Rechtmäßigkeit des geschenen Erlags einer Schuld 6030; auf Anerkennung der Verpflichtung einer Versicherungsgesellschaft zum Ersatze eines durch ein Schiedsgericht zu beziffernden Schadens 6375, 7882; Klage auf eventuellen Schadenersatz gegenüber einem noch schwebenden Schadenersatzproceß? 6208; Klage auf Anerkennung der Nichtmitgliedschaft in einer registrirten Genossenschaft 7334, 7418.

II. Klagenhäufung. Subjective Klagenhäufung: Verbindung der persönlichen Klage mit der Hypothekarklage gegen dritte Besitzer? 6041, 7004, 7481, 7898. Zulässigkeit der Gesamtklage mehrerer Erben gegen Miterben auf Grund des Einantwortungsdecretes 6809. Verbindung des Begehrens um Gerechtfertigterklärung des provisorischen Arrestes mit dem Zahlungsbegehren gegen den nicht verhafteten Mitschuldner? 7236. Unzulässigkeit der Belangung mehrerer Anrainer mit einer Aufforderungsklage 6907. Objective Klagenhäufung: Einfluß der Verschiedenheit des Verfahrens auf die Zulässigkeit 7236; Voraussetzungen der Verweisung ad separandum nach geschlossenem Verfahren 5820. Zulässigkeit der Klage auf Zahlung und auf Gerechtfertigterklärung der Pränotation 7517; der Verbindung der Rechnungsbemängelung mit dem Begehren um Zahlung des Rechnungsergebnisses 6069; Klage auf Rechnungsgenehmigung statt auf Zahlung der einzelnen Forderungen? 7317. Cumulirung von Liquidirungsklagen gegen eine Concursmasse 5820, 7318. Form der Geltendmachung der Einwendung der objectiven Klagenhäufung 6183. — Vgl. auch oben A. II.

III. Annahme der Klage. Aufrechte Verbeschreibung der von einem auswärts wohnenden Advocaten gefertigten Klage trotz Mangels der Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten 5847; Justizverweigerung. Abforderung des Nachweises der Verzollung der gekauften Cigarren 6502. Zulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses gegen die Einleitung des Besitzstörungsverfahrens 7912. Annahme der Klage trotz mangelnder Uebersetzung der in fremder Sprache verfaßten Beilagen 8011. Zurückweisung zur Verbesserung wegen mangelhafter Bezeichnung der Person des Beklagten 6449; wegen mangelnder Unterschrift eines Advocaten 7919; wegen Richtung der Klage gegen den unrichtigen Vertreter eines minderjährigen Beklagten 7242. Wirkung der rechtskräftigen Annahme der Klage; bei Klagenhäufung 5820, 6183; in Bezug auf die Competenz 5774, 6339; auf die Art des Verfahrens 7641; auf das Begehren um Bestellung actorischer Caution? 5688, 6562, 7545, 8206; auf die Einredefrist 7404; auf die Art der Beantwortung (der Bau-Aufforderungsklage) 6813, 8092. Abweisung von Amtswegen: Zurückstellung der Klage wegen Nichtbeachtung der ausschließlichen Vertretungsbefugniß der Finanzprocuratur 6988, 7193. Abweisung a limine wegen Incompetenz? 5663, 5884, 6089, 6095, 6216, 6289, 6555, 6765, 6771, 7060, 7082, 7496, 7677, 7741, 7944, 8104, 8148, 8156 — vgl. oben A. I. Unzulässigkeit der Abweisung von Amtswegen wegen mangelnden Anbietens der Klagscaution 6830, 6955, 7059, 7124; Zulässigkeit bei Nichtbestellung der Caution 5976, 7001. Verweisung ad separandum wegen Klagenhäufung 5820, 6183, 7236 — vgl. oben II. Zurückweisung a limine einer nicht zu diesem Verfahren geeigneten Rechnungsklage 7317. Zurückweisung der verspäteten Besitzklage von Amtswegen? 6394, 6794, 6982, 7098. Zurückweisung von Amtswegen einer Aufforderungsklage behufs Anfechtung

einer Pränotation 7011; einer Aufforderungsklage des Concursmassenverwalters gegen Concursgläubiger? 6074. Unzulässigkeit der Abweisung einer Wiedereinsetzungsklage a limine 5889, 7183, 7579. Sofortige Abweisung einer Klage auf Nichtigerklärung eines schiedsgerichtlichen Zwischenerkenntnisses 6001; einer Oppositionsklage gegen den Vollzug einer provisorischen Verfügung im Besitzproceß 6761. Sofortige Zurückweisung jeder Klage, mit welcher Nullität oder Ungiltigkeit von Executionsbescheiden geltend gemacht wird 8118, 7222, 7454, 7719, 8219, 6914 (Geltendmachung des durch rechtskräftigen Meistgebotvertheilungsbefcheid abgewiesenen Anspruchs).

IV. Wirkungen der Klageanstellung. Sequestration des streitigen Gegenstandes 6443, 6489, 6897, 7071, 7401, 8041; Anstellung der Klage (aus dem Miethvertrage) Voraussetzung provisorischer Vorkehrungen (wegen vertragswidriger Benützung der Bestandsache) 6556. Nullität der executiven Feilbietung der im Erschindungsstreit befangenen Sache? 8174. Zulässigkeit der Executionsführung auf eine eingeklagte Forderung? 5929, 7216. Unterbrechung der Verjährung durch die Klage 6381, 6995, 8039, 8118 — vgl. oben Civilr., allg. Lehr. VII. — Unterbrechung der Frist zur Befiklage; „gehörige Fortsetzung“ derselben 8194. Proceßzinsen vom Tage der Klage 7781; vom Tage der Anerkennungsklage 6375. Verzugszinsen vom Tage der Klage-Zustellung 7346; Beginn der Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen 7165. Zulässigkeit des gerichtlichen Erlags der Schuld nach überreichter und vor zugestellter Klage 6994. — Rücktritt von der Klage, Aenderung des Klagegrundes und des Klagebegehrens s. unten I.; vgl. auch unten L. III.

Anmerkung einer Klage im Depositenbuch? 6279, 7523. Streit-anmerkung im Grundbuche s. unten Verf. außer Streit. F. III. 3.

H. Contumacia und Streiteinlassung. Klagerückerlag und Einwendungen.

I. Contumacirung. Erscheinen eines nicht gehörig legitimirten Vertreters (im Summarverfahren)? 6515. Ausbleiben des gesetzlichen Vertreters eines Minderjährigen? 7625. Unzulässigkeit der Contumacirung bei nicht gehöriger Zustellung 7359. Gehörige Feststellung der Nicht-Anwesenheit 7368. Hora legalis s. oben E. IV. — Contumacirung eines von einer auf einen Sabbath angeordneten Tagfahrt ausbleibenden Israeliten? 7308, 7825, 8034 (bei Vertretung durch einen jüdischen Advocaten). Zusammentreffen des Inrotulirungsgesuches des Gegners mit einem Fristgesuche 7700. Contumacirung trotz unrichtiger Fristbestimmung durch den Richter? 6140, 7404. Verweigerte Streiteinlassung. Voraussetzung der Contumacirung (im Besitzförungsproceß) 6011. Verweigerung der Legung der Beilagen der gegnerischen Schriften gleich Ausbleiben von der Inrotulirungstagfahrt 7315. Contumacirung der von einer Tagfahrt über vorzeitige Klage des Advocaten auf Zah-

lung von Deserviten ausbleibenden Partei? 6634. Contumacirung trotz Gesuchs um Erstreckung der als letzter bewilligten Frist 6403. Hemmung des Processus durch die Verhandlung über die Klagscaution 6277, 8163, 8206; über die Restitution gegen die Fristversäumniß 6766. Contumacirung eines Streitgethoben trotz vom dem anderen geschlossenen Vergleichs 7739. Contumacirung der in den Proceß tretenden Concursumasse 8128. Nullität des Schiedsspruchs in contumaciam 6372. Ausbleiben beider Theile; Reassumirung auf Begehren einer Partei? 5933, 6085, 6827, 7562. Wirkungen der contumacia: Daß vom Kläger angeführte Factum als wahr anzunehmen 6804, 8175; richterliche Mäßigung (der angesprochenen Alimente) im Contumacialurtheil 5727. Materielle Rechtskraft des Contumacialurtheiles 6944; Contumacirung des von der über das Gesuch um Einleitung des Executivprocesses angeordneten Tagfahrt ausbleibenden Beklagten bei Verzicht des Klägers auf diese Art des Verfahrens? 7588; Unzulässigkeit des Revisionsrecurses gegen Aufhebung einer Contumacirung im Besitzführungsstreit 7820. Folgen des Ausbleibens von der Meistgebotsvertheilung s. unten N. II. 4. und III. —

Streiteinlassung eines der belangten Streitgenossen 5659, 6883. Streiteinlassung durch Ansuchen um Recognoscirung der Klagebeilagen? 5615, 7065; durch Fristwerbung? 7065, 7770, 7788; durch Begehren um Tagsetzungserstreckung während schwebenden Recurses gegen die Einleitung des Executivprocesses? 7814. Streiteinlassung unter Vorbehalt des Begehrens um Bestellung der actorischen Caution 6788, 6797. Streiteinlassung im Rechnungsproceß 6031; durch Erscheinen zur Vornahme der dem Ehescheidungsproceße vorangehenden Versöhnungsversuche (vor dem requirirten Gerichte)? 8188. Proceßobligation: Zulässigkeit des Beitritts eines neuen Streitgenossen nach erstatteter Einrede? 7884; Zurückziehung der Rechnung bei der über die Bemängelungsklage in contumaciam des Rechnungslegers angeordneten Tagfahrt? 7335; vgl. auch unten I. — Rechtliche Natur der Submission des Beklagten 6888; Zurückziehung der Einrede eines Streitgenossen bei der Inrotulirungstagfahrt 6418. Restriction des Klagebegehrens auf die vom Beklagten zubekannte Summe; Vorbehalt neuer Klage bezüglich des Mehrbetrages? 5752. Kostenersatz im Falle der Submission 6026, 6157, 6440, 7065, 7131, 7224, 7687, 8131, 8177 (vgl. oben D. VI. 1.). — Unterlassung des Widerspruchs s. unten K. II. 1.

Ausbleibensrechtfertigung durch eine von Amtswegen zu berücksichtigende Nullität des Verfahrens 7359. Rechtfertigung des Ausbleibens von der Meistgebotsvertheilungstagfahrt? 6182. Kosten der Verhandlung über die Ausbleibensrechtfertigung 6928, 7692. Einfluß der Verhandlung auf die Einredefrist 7753; auf den Recurs gegen die in Folge der Tagfahrt getroffene meritorische Entscheidung 7844. Unstatthaftigkeit eines Recurses (im Summarverfahren) gegen den das Ausbleiben für gerechtfertigt erklärenden Bescheid 7988; gegen die Bewei-

gerung der Sistirung des auf Ausbleiben einer Partei angeordneten Beweisverfahrens 8024; eines (Revisions-) Recurses gegen die (obergerichtliche) Anordnung einer Tagfahrt über die Ausbleibens-Rechtfertigung 6186, 7487.

II. Klagerückerlag und Einwendungen. Klagerückerlag wegen „res in iudicium deducta“? 6600, 7024; wegen nicht bestellter actorischer Caution 6081. Behandlung des Klagerückerlags im summarischen Proceß 7888. „Rückerlag“ des Einantwortungsbescheides seitens des debitor cessus? 6582. Form der Geltendmachung der Einwendung der Klagenhäufung 5820, 6188. Exceptio plarium litis consortium? 6828. (Zeitpunkt der) Einwendung der Nicht-Vorlage der Originalurkunden behufs Einleitung des Mandatsprocesses 7479. Exceptio litis pendens: Einklagung abgeseondert versprochener Zinsen einer eingeklagten Wechselschuld? 7996. Exceptio rei iudicatae bei vertauschten Parteirollen 6944. Klage aus dem Miteigenthum nach abgewiesener Klage aus dem Eigenthum 7514; Eigenthumsklage (auf Grund Erßzung) nach Verurtheilung zur Herausgabe der Sache 6944. Klage aus den anerkannten Forderungen nach abgewiesener Klage aus der Anerkennung 7888; auf Ungiltigerklärung nach abgewiesener Klage auf Aufhebung eines Vertrags 6457; auf eine Conventionalstrafe wegen verzögelter Leistung nach Zuerkennung von Verzugszinsen 6180. Klage gegen den Indossanten auf Grund der bei der Wechselbegebung übernommenen Verpflichtung nach Abweisung der Bereicherungsklage 5632. Geltendmachung neuer Erßanspruchliche nach strafgerichtlicher Verweisung auf den Rechtsweg? 7519. Erneuerung eines Entschädigungsanspruchs auf Grund einer anderen causa obligationis 6929. Klage auf Leistung höherer als der schon zuerkannten Alimente 7056. Erneuerung der von dem geistlichen Ehegerichte abgewiesenen Scheidungsklage vor dem bürgerlichen Gerichte 5650. Substantiirung der exceptio rei iudicatae 7205. Replicatio rei iudicatae im Besitzstörungstreite? 7120. Unzulässigkeit der Geltendmachung der exceptio rei in iudicium deductae durch Klagerückerlag 6600, 7024. Exceptio litis finitae 7233. Exceptio litis transactae bei Klage auf Erfüllung eines gerichtlichen Vergleichs? 5593; bei Einklagung einer im Concurse anerkannten Forderung nach aufgehobenem Concurse? 7528. Exceptio fori (vgl. oben A): Substantiirung der Incompetenzeinrede (Beweislast) 6235, 6735. Incompetenzeinwendung nach erlangter Restitution zur Erstattung der Einrede; Unzulässigkeit der Abweisung a limine 7228. Einfluß des Begehrens actorischer Caution auf die Frist zur Incompetenzeinrede 8215. Einfluß der a. o. Revision gegen die Entscheidung über die Competenzeinrede auf den Hauptproceß 6384. Unstatthastigkeit der Präjudicirung der Hauptsache durch die Verhandlung über die exceptio fori 7638, 7851; Abweisung der Einrede aus diesem Grunde 7665. Incompetenz im mündlichen Verfahren bei der ersten Tagfahrt einzuwenden 6659; Unstatthastigkeit gleichzeitiger Entscheidung über die Hauptsache

6063. Erstreckung „mit der Rechtswohlthat des ersten Termins“ im Summarverfahren? 7152, 7827; Verwerfung der verspäteten Incompetenzeinrede von Amtswegen 8139. Stellung des Obergerichts bei Anfechtung des der Incompetenzeinwendung stattgebenden Urtheiles im Summarverfahren 6560. Revisionsrecurs gegen die Verwerfung der Incompetenzeinwendung im Besitzstörungsverfahren 6630.

I. Verschiedene Zwischenfälle des Processes. Nullität.

Beendigung des Streits durch unbedingtes **A b s t e h e n** von der Klage 7233. Unstatthaftigkeit des Rücktritts nach Inrotulirung der Acten 6695; nach Zustellung des bedingten Endurtheils 5766. Rücktritt des Klägers wegen erhaltener Befriedigung 7839; Rücktritt unter Bedingung des Verzichts des Gegners auf Kostenersatz? 6586; Haftung des rücktretenden Klägers für die Kosten 6229, 6876; für die Gebühren des gegnerischen Curators 6397. Zulässigkeit des Rücktritts mit Vorbehalt einer neuen Klage? 6260, 6600, 7024, 8202; Zurückweisung einer derartigen Rücktrittserklärung 7635. Rücktritt von der Kündigung eines Bestandvertrags 6590. Abstehen von der Ehescheidungsklage ohne Zustimmung des Gegners 7013; Rücktritt eines Ehegatten von dem gemeinschaftlichen Ehetrennungsbegehren? 7563. **R e s t r i c t i o n** des Klagebegehrens auf die vom Beklagten zubekannte Summe mit Vorbehalt neuer Klage bezüglich des Mehrbetrages 5752; Aenderung der Eidesformel auf Antrag des sein Klagebegehren einschränkenden Deferenten 6983. **S u b m i s s i o n** des Beklagten s. oben H. I. — Zurückziehung der gelegten Rechnung bei der über die Bemängelungsklage angeordneten Inrotulirungstagsfahrt? 7335. **A e n d e r u n g** des **K l a g e g r u n d e s** der Eigenthumsklage? 6769; Berufung auf die anerkannten Forderungen nach Klage auf Grund der Anerkennung? 7544. Unstatthaftigkeit der Aenderung des Klagegrundes im Schadenersatzproceß 7712. Aenderung des Klagerichts auf Grund nachträglicher Cession des Anspruchs seitens des Vertretungsleiters 7907. **A e n d e r u n g** des **K l a g e b e g e h r e n s** oder Klagerichts im mündlichen Verfahren auf Grund schriftlicher Klage? 6700. **O r d n u n g** des Vorbringens: Nichtberücksichtigung erst in der Duplik vorgebrachter Behauptungen 6272. Nachtrag zur Einrede (eines Streitgenossen) 5925. Zulässigkeit von Nachträgen zu Proceßschriften bis zu deren Beantwortung 6034, 7248, 7294, 7991, 8159. Sofortige Abweisung eines nach Anordnung der Inrotulirungstagsfahrt angebrachten Dupliksanhanges 6406; einer nach dieser Anordnung überreichten Schlußschrift? 7415. Unstatthaftigkeit gerichtlicher Uebermittlung von Nachträgen zur Streitverklündigung 5787. Ergänzung des **m ü n d l i c h e n** Verfahrens nach Protokollierung der Schlußrede 5817; obergerichtliche Anordnung der Ergänzung 6404. **V e r ä n d e r u n g e n** des **S a c h v e r h a l t e s** während des Processes. Veränderungen in den **P e r s o n e n** s. oben D. V. — Einfluß der **C o n c u r s e r ö f f n u n g** auf den Proceß s. unten Conc. A. I. 2. — Einfluß der während der Proceßführung durch den Curator mehrerer Kinder hervortretenden Großjährigkeit eines derselben 6860; des vor Erklärung über die Delation eines Haupttheils eintreten-

den Willen des Delaten 6414. Bestellung eines Curators für die Verlassenschaft eines vermeintlich Verstorbenen; wirklicher Eintritt des Todes vor Zustellung der Klage 7915. Abtretung des eingeklagten Anspruchs nach ergangenem Urtheil? 6459; Behandlung des Protestes gegen den Eintritt des Cessionars in den Proceß 6787. Zulässigkeit der Berücksichtigung neuer Thatfachen 6874; Nothwendigkeit des Bestandes des eingeklagten Anspruchs zur Zeit der Klageanstellung? 7298, 7328, 7907. Zahlung während des Processes; Kostenersatz? 7839 — vgl. auch unten L. III.

Hemmung des Verfahrens durch den Streit über die Bestellung einer Klagescaution 6277, 6562, 7545, 8206, 8215; Sistirung bis zum Erlage der Caution 6955, 7995; nach geleistetem Paupertätseid neuerlich um Einleitung des Processes anzusuchen? 6055, 7790. Hemmung des Verfahrens durch die a. o. Revisionsbeschwerde gegen die Entscheidung über die Incompetenz 6384; des Hauptprocesses durch Gesuch um Wiedereinsetzung zur Erstattung einer Proceßschrift 6766, 8116; des Eidesverfahrens durch Gesuch um Wiedereinsetzung gegen das bedingte Endurtheil? 7664. Sofortige Abweisung des Gesuchs um Sistirung der Urtheilsfällung wegen Begehrens der Restitution ob noviter reperta 8213. Hemmung des Hauptverfahrens durch die Verhandlung über Ausbleibensrechtfertigung? 7344, 7753, 8024. **Sistirung** des Civilprocesses bei Hervorkommen strafbarer Handlungen 6308, 6309; des Syndicateprocesses bis zur vollendeten Disciplinarverhandlung? 7184; des Privilegienstreits bis zur administrativen Entscheidung über die angesuchte Annullirung des Privilegiums? 8164. Abbruch des Verfahrens wegen Hervorkommens absoluter Incompetenz 6954. Einstellung des Verfahrens nach Auflösung der klagenden Actiengesellschaft? 6541. Einstellung des Ehescheidungsprocesses beim Tode eines Ehegatten? 6495, 6799; des Ehetrennungsprocesses wegen Ausbleibens beider Theile? 7562. Erneuerung einer nach erfolgter Cassirung des erstrichterlichen Verfahrens zurückgezogenen Klage 7024. **Reassumirung** des Processes; „gehörige Fortsetzung“? 6995; des liegengebliebenen Ehescheidungsprocesses durch den Erben eines Gatten 6799; des Besitzstörungenprocesses nach mehreren Jahren? 5933, 8194; — vgl. auch oben H. I.

Neuerungen: Zulässigkeit derselben, soferne keine Aenderung des Klagerichts oder des Klagebegehrens dadurch eintritt 6874; Voraussetzung der Zulässigkeit nach erstatteter Duplik im Summarverfahren 7006; Zulässigkeit und Bedeutung der Gestattung der Legung in der Schlußschrift 8181 (Kosten der Verhandlung). Ablegung des Neuerungseides (für eine Actiengesellschaft) 5984; durch den Advocaten? 7991 (Kosten der Verhandlung). Form der richterlichen Entscheidung bei Zustimmung des Gegners; Kosten der Verhandlung 6649, 7499. Kosten des Streits über an sich zulässige Neuerungen 6947. Unzulässigkeit sofortiger Abweisung von Nachträgen zu Proceßschriften mit Gesuch um Bewilligung von Neuerungen in denselben 6024, 7248, 7294. Gesuch um Legung einer erst nach der Recognoscirungstagsfahrt aufgefundenen Originalurkunde? 7281 (Kosten des Incidentstreits). Einfluß des Incidentstreits auf die „letzte Frist“ zu einer Satzschrift 5894. (Kosten von) Incidentstreitigkeiten über Fristwerbungen 5698, 5947, 7606; über actorische Caution 5588,

5604, 6229, 6501, 6542, 6673, 7784; über Zulassung eines Beweises zum ewigen Gedächtnisse 6505; über Wiedereinsetzung 6416; über Ausbleibensrechtfertigung 7692; Incidentstreit über Minderjährigkeit des Klägers 6637; über Substitution neuer Zeugen an Stelle eines verschollenen 7110. Rechtsmittellosten in Nebenstreitigkeiten 5634 — vgl. oben D. VI. 1. b) — Zulässigkeit selbständigen Nullitätsrecurses gegen die Bewilligung einer Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß? 6023, 6033, 6192, 6505, 7762.

Inrotulirung: Zusammentreffen des Inrotulirungsgesuchs mit dem Frisigesuche des Gegners 7700; sofortige Abweisung eines nach Anordnung der Inrotulirungstagfahrt eingebrachten Duplikatsnachtrags 6406; einer Schlußschrift 7415. Folgen der Weigerung der Legung der Beilagen der gegnerischen Schriften 7315. Zurückziehung der Einrede bei der Inrotulirungstagfahrt seitens eines Streitgenossen? 6418; der gelegten Rechnung? 7335. Rücktritt von der Klage nach der Inrotulirung? 6695; gerichtlicher Antrag zur Ergänzung der Proceßlegitimation nach der Inrotulirung 7837. Form der Berichtigung von bei der Inrotulirung unterlaufenen Fehlern 6169 Kosten der Inrotulirung 5813, 6022, 6206, 6227, 6295, 7434 — vgl. oben D. VI. 1. b).

Nullität des Verfahrens: wegen absoluter Incompetenz 5821, 5869, 5995, 6033, 6054, 6084, 6095, 6172, 6382, 6435, 6555, 6614, 6650, 6670, 6765, 7034, 7060, 7087, 7189, 7543, 7747, 7843, 7849, 7918, 8138. Nullität wegen nicht gehöriger Besetzung des (Handels-) Gerichts 6624; wegen Nichtbeachtung der Grenzen des streitigen Verfahrens 7916; wegen Durchführung des summarischen statt des Bagatellverfahrens 7032; wegen mangelhafter Bezeichnung der Person des Beklagten 6449; relative Nullität der Proceßhandlungen des Minderjährigen. (Form ihrer Geltendmachung) 6392, 6819, 7103, 7119, 7872, 8033. Von Amtswegen zu berücksichtigende Nullität wegen Verstoßes gegen die Vertretungsbefugniß der Finanzprocuratur 6988, 7193, 8017. Nullität wegen nicht gehöriger Zustellung der Klage 7359; der Zahlungsaufgabe 7722; wegen Zustellung an den für die Verlassenschaft eines vermeintlich Verstorbenen bestellten Curator? 7915; an den Nachlasscurator nach Antritt der Erben 6037; an den curator absentis bei wissenschaftlicher Verschweigung des Wohnortes durch den Kläger 7437; wegen unterbliebener Edictalkundmachung der Bestellung des Curators? 7403, 8108. Nullität der gegen einen Israeliten auf einen Sabbath anberaumten Tagfahrt? 7308, 7825, 8034; des in Abwesenheit des Klägers aufgenommenen Kunstbefundes? 5880; des Kunstbefundes wegen Ausbleibens eines der Sachverständigen 7639. Nullität des Verfahrens mit Streitgenossen wegen Verletzung der Einheitlichkeit? 6828, 7708; (des Besitzstörungsverfahren) wegen mangelhafter Proceßleitung 6011; des mündlichen Verfahrens wegen mangelnder Klarstellung des Sachverhalts 7003, 8298; wegen ungenügender Belehrung der Partei 6413 (im Summarverfahren), 6700. Nullität wegen Erlassung zweier successiver Urtheile? 8038; wegen Unvollständigkeit des bedingten Endurtheiles 6749, 7268. Von Amtswegen zu berücksichtigende Nullität des unrichtig formulirten Urtheils im Rechnungsproceß 5775. Nullität der falschen

Größbestimmung im Mandatsproceß 6140. Nullität eines unerlaubten gerichtlichen Vergleichs 7180; des Schiedsspruchs in contumaciam 6372; der bewilligten executiven Immobilienfeilbietung wegen gleichzeitiger Ausschreibung aller drei Termine? wegen unterlassener Verständigung des Steueramtes? wegen unterlassener Bestellung eines Curators für spätere Gläubiger? 7068; wegen Nicht-Verständigung der Finanzprocuratur 7733; vgl. auch unten N. II. 1.

K. Beweis.

I. Beweis überhaupt:

1. B e s c h e i n i g u n g 5779, 5863, 5964, 6112, 6613, 6789, 6836, 7093, 7401, 7461, 7527, 7680, 7873. Parteienübereinkommen über Art der Bescheinigung (statt Beweises)? 6595. Bescheinigung durch Decret eines ausländischen Gerichts 6314; einer Forderung durch einen Buchauszug? 5648, 5919; durch einen wegen mangelnder Notariatsform ungültigen Vertrag? 7475. Bescheinigung der Gefahr (behufs Erwirkung eines Verbots) durch Bitte um Etundung? 6524; Nicht-Eingetragensein einer Liegenschaft im Grundbuch bescheinigt nicht die Gefahr (behufs Erwirkung der Sequestration) 6489. Fluchtverdacht durch die Eigenschaft als Ausländer bescheinigt? 6733. Bescheinigung des Rechtstitels für die Pränotation s. unten Verf. außer Streit. F. III. 2. — Bescheinigung der „sattsamen Vermitteltheit“ durch den Genuß eines Moratoriums 6492; durch den Gewerbeschein eines Geschäfts? 8126 — vgl. auch unten O. — N o t o r i e t ä t der „sattsamen Vermitteltheit“? 5840, 6432, 6911. Berücksichtigung strafgerichtlicher Acten 6380; der dem Proceßgericht als Vormundschaftsbehörde bekannten Umstände? 6623, 6809. Gerichtsbekanntschaft mit fremdem Rechte? 7875. Vorgang bei Ermittlung fremden Rechts 6101; bei Feststellung einer Handelsusance 7345; amtliches oder Privatzeugniß über „rituelle Uebung“? 7320. G e g e n b e w e i s (Beweis pro vitando perjurio) s. unten 4. — B e w e i s zum ewigen Gedächtniß: während des Processes; Dringlichkeit desselben 5702, 6023 (Zulässigkeit selbständigen Recurses), 6399, 7675 (Kosten); vor eingeleitetem Prozesse; Kostenersatz 5622, 5804, 5860, 5980, 6219, 6469, 6529, 6607, 7062, 7090, 7239, 7296, 7411, 7474, 7777 — vgl. oben D. VI. 1. Nullitätsrecurs gegen die bewilligte Beweisannahme wegen Incompetenz 6033, 6192; Zulässigkeit selbständigen Recurses? 6505, 7762. Verfehlung des Beweisgegners? 7965. Verhältniß der Beweisannahme zum späteren Proceß 8117; Benützung des im Ehe Scheidungsproceß aufgenommenen Beweises in dem späteren Ungiltigkeitsproceß 5902 — vgl. unten II. 3. und 4. — B e w e i s v e r f a h r e n: Beweisantretungsfristen 5610, 5634, 6384, 7002, 7203, 7206, 7430, 7664, 7908; vgl. oben E. III. — Neue Beweismittel in den Beweisfristen? 6399. Verzicht des Beweisführers auf den zugelassenen und bereits angetretenen Beweis? 7678. Nullität wegen Erlassung zweier successiver Urtheile? 8038. Rechtsmittel gegen U r t h e i l e s. unten L. I. und IV., und M. —

2. **Beweisthema.** Nachweis ausländischen Rechts? 6101, 6291, 7875; kaufmännischen Gebrauchs 6453, 7345, 8146; ritueller Uebung 7320. That- oder Rechtsbehauptung? 6062, 6242, 8175; Stornirung eines Geschäfts? 7177; Natur einer juristischen Person? 7117. Unzulässigkeit der Eidesauftragung über Rechtsbehauptungen 6476; Behauptung (im Erscheidungsproceß) Sachen „mit eigenem Gelde gekauft zu haben“? 6903, 6960, 7745, 8069; „Mitbringen in die Ehe“? 6993. Nichtzulassung irrelevanter Beweisführungen 5726, 6410, 6456, 6476, 6904; Beweis der Cession nach Erklärung darüber seitens des Vertretung leistenden Cedenten? 6644. Beweis über gerichtlich bestimmte Advocatengebühren? 8048. Negative? 6292, 6348, 6661, 8027. — Thatfachen, welche die Competenz begründen; Domicil 6205, 6235; forum contractus 6410, (Unzulässigkeit eines der Hauptsache präjudicirenden Beweises) 7638, 7665, 7851. Tottgeburt 6584? Alter 5584; Trunkenheit 5594. Kindesverhältniß 6399; Mutterschaft 7780; Vaterschaft 5753, 6884, 7096, 7269, 7290, 8053; Unmöglichkeit der Zeugung 5662, 6885, 7055, 7327, 7785. Nachweis der Giltigkeit eines Gemeindevertretungsbeschlusses 6043. Identität des Streitgegenstandes 6319, 6531, 6548, 6849, 7178. Inhalt und Form einer verlorenen Urkunde (Erbvertrag) 7164. Simulation 6332, 6644, 7730, 7956, 8049; Substantiirung der exceptio non numeratae pecuniae 7107, 7544. Zahlung einer Schuld (Uebersendung durch die Post) 5726. Causalzusammenhang 7519. — Vgl. auch oben G. I.

3. **Beweislast.** Actore non probante reus absolvitur 5597. Vermuthung der erfolgten Zahlung des Dienstlohnes? 6639; Vermuthung des §. 1237 a. b. G. B. 6319; Vermuthung der ehelichen Geburt s. oben Familienrecht III.; der unehelichen Vaterschaft s. ebenda. IV. — Beweislast bezüglich der exceptio rei non sic sed aliter gestae 6092, 6737, 6904, 7846; des forum domicilii 6735; der Interpolation in einer Urkunde 6620; der Echtheit von Urkunden s. unten II. 1. — Beweis der Unterbrechung der Verjährung 5755; des tempus scientiae bezüglich der Besitzörung 6394. Beweis der Pertinenzqualität 6389. Beweislast bei der rei vindicatio 5596, 6224, 6640, 7876; hinsichtlich des modus acquirendi 7452; Vermuthung des gültigen Titels des Besitzers 6428; bei der actio negatoria 5771, 7020, 7555, 7957. Nachweis des Unbegriffenseins einer Forderung in einem gewährten Credit 8036. Beweis der Bevollmächtigung 7007, 6261 (eines Zahlungsempfängers). Beweis des Inhalts eines (Kauf-) Vertrages 7326; Zugeständniß der Annahme eines Offertes, jedoch unter anderen Bedingungen 7208. Beweis des Eintritts der Bedingung 5881; Beweislast hinsichtlich der als Bedingung der Forderung gesetzten „Besserung der Vermögensverhältnisse“ des Schuldners 7619; Bedingung des Terminverlustes bei nicht pünktlicher Zahlung; Beweis der mora? 5742, 6348, 6577, 6808, 6895; Beweislast hinsichtlich des Eintritts des Falles der Conventionalstrafe 5848, 7630. Beweis der Erfüllung der Verbindlichkeit 5793, 7553;

nach den bedungenen Modalitäten 6292; Streit über die gezahlte Schuldpfost 6456, 6661, 8028; Beweislast rücksichtlich der Existenz mehrerer Schuldposten 6476; des Nicht-Verschuldens gegenüber der contractlichen Ersatzlage 6196; Beweislast bei Inanspruchnahme eines Minderjährigen aus dem von ihm geschlossenen Vertrage 7900; Beweis des Verschuldens bei Delictsklagen 5745. *Exceptio non adimpleti contractus* 7786; Einfluß auf die Statthaftigkeit des Executivprocesses 6570. Beweis der *mora accipiendi* 6864. Beweislast hinsichtlich der Uneinbringlichkeit der cedirten Forderung 6123. *Querela inofficiosae donationis* 7254. Beweis hinsichtlich der *fraudatio creditorum* 6561. *Exceptio non numeratae pecuniae* 7107, 7544. Beweislast hinsichtlich des Ablaufs des Bestandvertrages 6971, 7591; der Frage der Kündbarkeit 6234, 6643. Beweis des Entstehens von Ersatzansprüchen bei Rückhaltung einer Dienstcaution? 6118; von Dienstbezügen? 6729. Beweis der Bevollmächtigung in *rem suam* 5952. Beweislast bei *condictio sine causa* 6147; der Wechselbereicherungsfrage 5625; der *condictio indebiti* 6494; hinsichtlich der Intention bei Inanspruchnahme von Ersatz für geleistete Verpflegung 7464, 8026 (vgl. oben Obligationenr. B. III. 5.). — Anfechtung der Gültigkeit einer Ehe wegen vorausgegangener Schwängerung; Beweis der Kenntniß des Umstandes seitens des Ehemannes? 5626; Beweislast hinsichtlich der Bestreitung der ehelichen Geburt seitens des Ehemannes (*tempus scientiae*) 5662. Beweis der Gültigkeit eines während gerichtlich erklärten Wahnsinnes errichteten Testaments 6528; eines zerrissenen Testaments 6405; eines Testaments mit durchstrichener Unterschrift 7569; Beweislast hinsichtlich der (negativen) Bedingung der Erbseizung 8027. Beweislast hinsichtlich der Voraussetzungen der Execution (vgl. oben Beweis des Terminverlustes) 5661; Erfüllung der im Urtheile anerkannten Gegenforderung? 7246, 7307; Eintritt der (im Schiedsspruch) gesetzten Bedingung einer zu leistenden Vergütung? 6965. Nachweis des Besitzes des Executen an dem Executionsobject? 7871; der Zugehörigkeit desselben zum Vermögen des Schuldners? 6571. Beweislast hinsichtlich der Voraussetzungen der Exquirbarkeit der Bezüge von Privatbeamten 7215, 7682, 7967; hinsichtlich der Erlöschung des Executionsrechts 8153. Beweislast hinsichtlich der Voraussetzungen der Concursöffnung 6231, 6441, 7084, 7715, 7873 (vgl. unten Conc. B. II.); hinsichtlich der Gültigkeit von Separatübereinkommen mit dem Schuldner neben einem Zwangsausgleich 7490. Zuweisung der Klägerrolle s. unten N. II. 4. und Verf. außer Streitf. B. —

4. Gegenseitiges Verhältniß verschiedener Beweisarten und Beweisführungen. Nichtberücksichtigung der von den Parteien vereinbarten Beweisart 6595. Unterstützung des directen Beweises durch außergerichtliches Geständniß 8063; Ergänzung des nicht vollbewiesenen Geständnisses durch Erfüllungseid 6958,

8053. Beweis der Dissimulation gegenüber einer notariellen Urkunde 7730; der Simulation gegenüber Notariatsacten 6350, 7508, 8049; Anerkennung der Echtheit einer Urkunde 6111. Beweis des Mangels persönlicher Intervention des Notars durch Haupteid 6676. Ersatz des Protokolles über einen Gemeindevortretungsbeschluß durch den Eid über Inhalt und Gültigkeit desselben 6043; Beweis des Inhalts und der Form eines verlorenen Erbvertrags durch Haupteid seitens der Vertragserbin? 7164; Ersatz des Todtenscheines durch Zeugenaussagen (vor einem ausländischen Standesbeamten) 8185. Unzulässigkeit des Beweises durch Sachverständige über den Werth von Actien 6116; Sachverständigen- oder Zeugenbeweis über Handelsgebräuche? 7845, 8146. Herstellung der Grundlage eines Kunstbefundes durch Zeugenaussagen 6762. Beweis durch sachverständige Zeugen neben Sachverständigen? 6689. Unzulässigkeit des Zeugenbeweises über das Alter eines Menschen (gegen den Tauffchein) 5584; des Beweises der Blindheit des Ausstellers einer Urkunde durch sachverständige Zeugen 6049; Beweis der Echtheit einer Unterschrift 6558; Unzulässigkeit des Zeugenbeweises über eine Todtgeburt 6584. (Entgegenstehende) Zeugenbeweise über die Trunkenheit eines Menschen 5594. Subsidiäre Natur des Haupteids 7807; Haupteid über durch Sachverständigenbefund wahrscheinlich gemachte Thatsachen 8127; Zulassung zu dem subsidiarisch deferirten Haupteide bei Wegfall des Erfüllungseides 6673; Unzulässigkeit des Haupteids über durch den in erster Linie angebotenen Zeugenbeweis bereits widerlegte Behauptungen 6566; über eine durch bereits abgehörte Zeugen widerlegte Behauptung 7127. Unzulässigkeit der Delation des Haupteids über die Verführung zum Weischlafe 8053; des Haupteids über das Alter eines Menschen (gegen den Tauffchein) 5584; über die Uebergabe des Heirathsgutes 7566; über die Echtheit einer amortisirten Urkunde 7171; über in einem Strafurtheile festgestellte Thatsachen 7768. Zulassung des schon als Zeugen vernommenen freiwilligen Vertretungsleiters zur Eidesleistung 6934. Verhältniß des Haupteids zum Manifestationseid 7817. Ersetzung des Schätzungseides durch die Information über einen Erfüllungseid 7128.

Unzulässigkeit des Gegenbeweises gegen eine schriftliche Empfangsbestätigung durch den Haupteid 7608. Gegenbeweis gegen die Vermuthung der ehelichen Geburt durch Geständniß der Mutter (und Haupteid)? 6662, 7780; gegen die Vermuthung der Vaterschaft durch Sachverständige? 6885, 7827, 7785; gegen die Vermuthung des §. 1237 a. b. C. B. durch notarielle Bestätigung des Ehegatten 6319. Voraussetzungen der Zulässigkeit des Beweises *pro evitando perjurio*; Wahrscheinliche Resultatlosigkeit des angebotenen Beweises? 7272; Formel des bezüglichen Eides 6718; Zulässigkeit zur Abwendung des Ausspruchs, daß ein sententionirter Eid für abgelegt gelte 6659; Unzulässigkeit in Bestandsstreitigkeiten 6876. Verhältniß zum Gegenbeweis 8117; zur Wiedereinsetzung *ob noviter reperta* 7183, 7299;

Zulässigkeit absonderter Rechtsmittel gegen die Bewilligung des Beweises pro evitando perjurio? 6491, 8081; Kosten der Verhandlung über Zulassung des Beweises 6488. Verbindung der neuen Beweisführung mit der früheren 7449; Erfüllungseid als Beweismittel pro evitando perjurio 7888. — Freistellung der Wahl zwischen mehreren Beweisführungen 5952. Alternative Eidesantragung 7432. Zulassung eines oder mehrerer getrennter Haupteide? 6737. Verhältniß mehrerer sententionirter Eide 6126, 6454, 7904; von mehreren Eiden bedingtes Urtheil; Einfluß der Appellation gegen einen Theil desselben 7948. Unterstützung des Beweises durch Haupteid durch andere Beweismittel 7610. Zulassung eines Zeugen- und eines Sachverständigenbeweises in successiven Beurtheilen? 8038. Berücksichtigung des in einer anderen Streitsache abgeschworenen Eides 5720. Heranziehung der Aussage eines im Beurtheile nicht genannten, jedoch schon zum ewigen Gedächtnisse vernommenen Zeugen 6899. Verhältniß der Beweisführung im Civilproceß zu der im Strafproceß — vgl. oben I. A. III. —

II. Einzelne Beweisarten.

1. **G e s t ä n d n i ß.** Schuldanerkennung als außergerichtliches Geständniß 6618, 7888. Außergerichtliches Geständniß der unehelichen Vaterschaft; Beweis desselben 6958, 8053. Anerkennung der Echtheit einer Urkunde 6111. Beweiskraft des Geständnisses in einem Proceß gegen den Beklagten in einem anderen Proceß? 5627; des Geständnisses eines Dritten im Strafproceß? 6581. Unterstützung des directen Beweises durch außergerichtliches Geständniß 8068. Gerichtliches Geständniß durch Verweigerung der Beantwortung der Klage? 8175. Zugeständniß des Besitzes eines Benützungsrechts gegenüber der actio negatoria 5771. Unterlassung der speciellen Bestreitung der in der Klage selbst nicht specificirten Posten des beigelegten Buchauszuges 7982. Bestätigung der Gession durch den Vertretung leistenden Lebenden 6644. Qualificirtes Geständniß? 5952, 6904; oder Widerspruch? 8028; Beweislast 6737, 7208. Submissio auf die Klage; confessio in jure oder in judicio? 6888.

2. U r k u n d e n.

a) Vorherige Anerkennung der Beweiskraft eines Buchauszuges 6573. Nothwendigkeit der Beilegung deutscher Uebersetzungen (slavischer Klagsbeilagen in Schlessen)? 7116, 8011, 8218. Herstellung der ersten halben Probe durch Urkunden, Ergänzung durch Erfüllungseid 6508. Gerichtlicher Auftrag zur Vorweisung gemeinschaftlicher Urkunden? 5635; Anspruch des wegen Eingriffs in ein Privilegium Beklagten auf Mittheilung einer Abschrift der (geheimen) Privilegiumsbeschreibung? 8090. Beweis der Echtheit der Unterschrift durch die Legalisirung 5796; (außergerichtliche) Anerkennung der Echtheit einer Quittung 6111; Antragung des irreferiblen Haupteids über die Echtheit der Unterschrift? 6270, 7656; (der Unterschrift des Erblassers) an den

Nachlaßcurator 7190; (der Unterschrift des Curanden) an den curator absentis (im Summarverfahren)? 7446, 7914; referibler Haupttrib über die Echtheit (im Summarverfahren) 6713, 7914; Natur des vom Producenten abzulegenden zurückgeschobenen Eides 7164; Beweis pro evitando perjurio bezüglich der Echtheit 8081. Beweis der Echtheit einer Handschrift durch Zeugen 6558. „Sichtbare Gebrechen“: theils lithographirte, theils mit verschiedener Tinte geschriebene Urkunde? Radirungen? 7351. Beweis des Inhalts einer verlorenen Urkunde? 7164; Unstatthaftigkeit des Haupttribs über die Echtheit der Unterschrift eines Dritten auf einer solchen 7171 (s. Amortisirung Verf. auß. Streitf. G. —). Anhaltung des Producenten eines Buchauszuges zur Beibringung einer vollständigen Abschrift? 8066. Frist für das Begehren der Recognoscirung (im mündlichen Verfahren) 6659; verspätetes Begehren nicht von Amtswegen zurückzuweisen 7396; stillschweigende Nachsicht der Verspätung des Begehrens 6690. Unzulässigkeit des Gesuchs um gerichtliche Verständigung des Gegners, daß er die außergerichtliche Recognoscirung zu gestatten habe 5814. Telegraphisches Gesuch um Erstreckung der Recognoscirungstagsfahrt 7017; Erstreckung wegen Nicht-Vorweisung der Originalien; Kostenersatz 7458; Nothwendigkeit mündlicher Verkündigung des Gerichtsbeschlusses über das Erstreckungsbegehren? 6400. Einfluß des Recognoscirungsverfahrens auf den Lauf der Proceßfristen 6896, 7763 (Ausbleibensrechtfertigung), 7775. Verweigerung der Legung von erst nach der Recognoscirungstagsfahrt gefundenen Originalien 7281.

b) Öffentliche Urkunden. Acte der Verwaltungsbehörden: Eigenthumsbeweis durch einen Katastralauszug? 6640. Certificat des Steueramtes 6997. Nachweis der Steuerzahlung für einen Dritten durch Zeugniß des Steueramtes? 5749. Ersatzerkenntniß der Gemeindevertretung gegen ihren Vorsteher? 5877; Beweisraft des Liquidationsausweises der Gemeinde gegen den dritten Besitzer der von ihrem Cassier bestellten Caution? 6181. PrivatSchätzung, wenngleich beeideter, Schätzmeister keine öffentliche Urkunde 6629. Beweisraft eines Laufscheines 5584. Beweis des Werthes eines Erbtheiles durch das Verlassenschafts-Inventar? 6335, 6433, 7685; einer Tobtgeburt durch eine Tobfallsaufnahme? 6584; der Fälligkeit einer Forderung durch den Meistgebotsvertheilungsbescheid? 7140. Erfordernisse eines im Auslande aufgenommenen Noariatsactes 7406; Entbehrlichkeit der Unterschrift des Gläubigers auf notariellem Schuldschein 5756, 6262, 6940. Ungiltigkeit des Notariatsactes wegen Nichtübereinstimmung seines Inhalts mit dem Willen der Parteien 6350. Beweisraft eines ausländischen Notariatsactes? 6813; eines ausländischen Urtheiles? 6900.

c) Unvollständiger Beweis durch Gewerbs- und Handelsbücher 6311. Rechtliche Natur des zur Ergänzung dienenden Erfüllungseides 6521. Gerichtliche Recognoscirung von Handelsbüchern 6896, 7041,

7775; Unzulässigkeit der Recognoscirung auf einseitiges Begehren des Producenten 6851.

d) Andere Privaturkunden. Beweiskraft von Urkunden in stenographischer Schrift 6058; Beweis der Blindheit des Ausstellers einer Urkunde 6049. Beweiskraft von im Auslande ausgestellten Urkunden 7138, 7406. Ungiltigkeit der Unterschrift in hebräischen Schriftzeichen 6282. Unterfertigung eines kaufmännischen Bons lediglich mit dem Familiennamen? 6149. Bedeutung der „Unterfertigung“; Unzulässigkeit der Beisetzung eines Handzeichens seitens des Schreibens kundiger Personen 6337. Beweiskraft einer Urkunde im Falle behaupteter Interpolation? 6620. Mangelnde Beweiskraft der cautio indiscreta 5758, 6527, 7977; eines wegen beigefügter Pfandbestellung ungiltigen Wechsels 7076; volle Beweiskraft einer cautio indiscreta 6862 (Anwendung der Vorschrift des §. 1001 a. b. G. B.), 7277, 7406, 7659, 7889 (kaufmännische Anweisung); Beweiskraft eines allographen, nur mit legalisirter Unterschrift des Schuldners versehenen Schuldscheins? 5715; Erforderniß der Substantiirung der exceptio non numeratae pecuniae 7544. Beweiskraft der allographen Urkunde über den Beitritt als Bürge und Zahler 7200. Beweiskraft eines Börsenschlußzettels? 7627; des Anerkennungsbriefes über den geschuldeten Preis bezüglich der Verpflichtung zur Uebernahme von Effecten? 5724. Beweiskraft einer notariellen Erklärung des Ehemannes über das Eigenthum seiner Frau gegenüber Dritten? 6319, 6993.

3. Kunstbefund und Augenschein. Zuständigkeit des requirirten Gerichts zur Ernennung der Sachverständigen 5792. Anordnung eines Kunstbefundes im Executionswege 5661. Nullitätsrecurs gegen die Bewilligung eines Kunstbefundes zum ewigen Gedächtnisse wegen Incompetenz der Gerichte 6033, 6192. Unzulässigkeit der Aufnahme eines Befundes auf dem Grundstücke eines nicht zustimmenden Dritten 8191. Unzulässigkeit selbständigen Recurses gegen die Bewilligung eines Sachverständigenbeweises in Ehestreitigkeiten 8133; Zulässigkeit desselben 5829. Unzulässigkeit des Recurses gegen die Bewilligung der Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß 6023; gegen die Bewilligung des Sachverständigenbeweises pro evitando perjurio 8081. Zulässigkeit selbständigen Recurses gegen die Bestimmung der Sachverständigen 5930; Unzulässigkeit desselben 7364, 7616 (Wechsel der Person), 7772; gegen die Entscheidung im Kostenpunkte? 7773. Unzulässigkeit der Vernehmung sachverständiger Zeugen neben Sachverständigen 6639. Beweis von Geschäftsausancen durch sachverständige Zeugen (Entbehrlichkeit der gleichzeitigen Anwesenheit beider Sachverständigen und der Parteien) 7345; der Blindheit des Ausstellers einer Urkunde? 6049. Amtliches oder Privatgutachten? 7320. Ernennung der Sachverständigen durch den Richter Mangels Einigung der Parteien 5688, 6109. Gegenstand des Auspruchs der

Sachverständigen können keine Rechtsfolgen (aus einem Handelsgebrauche) sein 8146; Heranziehung von Sachverständigen zur Auslegung einer kaufmännischen Abmachung 6453. Beweis des Alters eines Menschen 5584; des Zeitpunkts der Zeugung aus der physischen Reife eines Kindes? 6885, 7327, 7785. Bestimmung des Werthes von Actien durch Sachverständige? 6116; des Werthes eines Ruzes (Einsichtnahme in die Bücher der Gewerkschaft) 8217. Schätzung des Werthes einer Grundwirthschaft vor längerer Zeit 7685.

Einhaltung der Wartestunde bei Aufnahme des Kunstbefundes? 75880. Recht des Beweisgegners zur Intervention 6219, 7090, 7296; Intervention der Parteien bei einem Localaugenschein im Besitzproceß? 7357. Ungiltigkeit der Beweisaufnahme bei Ausbleiben eines der Sachverständigen 7639. Weigerung des Beweisgegners die Gegenstände des Kunstbefundes vorzulegen 6298. Wiederholung des Kunstbefundes wegen Unbestimmtheit des Ausspruchs der Sachverständigen? 5780. Einholung eines Facultätsgutachtens bei widersprechenden Gutachten 6752. Haftung des Parteienvertreters für die Expertengebühren 6393. Nichtberücksichtigung des über die im Urtheile gezogenen Grenzen hinausgehenden Gutachtens 7721. Gemeinschaftlichkeit des Resultates der Beweisaufnahme 5860. Benützung des im Ehescheidungsproceß aufgenommenen Kunstbefundes in dem Ungiltigkeitsproceß 5902. Ergänzung des Sachbefundes durch Haupteid 8127. Kosten der Baarenbeschau im handelsrechtlichen Proceß 7920. Außergerichtliche Schätzung durch beeidete Schätzmeister? 6629. Kunstbefund zum ewigen Gedächtniß 5622, 5804, 5860, 5902, 5980, 6023, 6033, 6192, 6219, 6505, 6607, 7062, 7090, 7296, 7474, 7762, 7777 — vgl. oben I. 1.

4. Zeugenbeweis. Zeugnißpflicht des Notars bezüglich der von ihm als Gerichtscommissär wahrgenommenen Thatsachen 6012. Zulassung eines Zeugen im Urtheile trotz vorher hervorgetretener Hindernisse seiner Vernehmung; Abweisung der Beweisantretung? 8102. Unzulässigkeit nochmaliger Vernehmung des bereits zum ewigen Gedächtnisse verhörrten Zeugen 8117. Eintritt des als Zeugen Vernommenen als Vertretungsleister? 6934. Unzulässigkeit des Zeugenbeweises über das Alter eines Menschen 5584; über eine Todtgeburt 6584. Zeugenbeweis über die Echtheit einer Handschrift 6553. That- oder Rechtsbehauptung? 6242. Vergleich auf Zeugenaussagen 5802.

Verwerflichkeit des im Strafverfahren Freigesprochenen? 6308, 6809; der Ehegattin als Zeugin bezüglich der Bestreitung der ehelichen Geburt 5662; des Kindes, wegen dessen Alimentirung die Stiefmutter Ersatz von dem (verschollenen) Vater begehrt? 7111. Verwerflichkeit der Vorstands- und Aufsichtsrathsmitglieder im Proceß einer Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaft 6609; des je nach Ausgang des Proceßes dem Beklagten verantwortlichen, vom Kläger geführten Zeugen 6878. Folgen des unterlassenen Einspruchs gegen die Vernehmung

eines verwerflichen Zeugen; Behandlung desselben als „bedenklichen“ 8068. Bedenklichkeit von Wirthschaftsbeamten als Zeugen? 8289. Verwerflichkeits- oder Bedenklichkeitsgrund vom Gegner darzuthun 7948. Unfähigkeit des Erben oder Legatars zur Zeugenaussage über die letztwillige Verfügung 7164.

Zulassung des Zeugenbeweises pro evitando perjurio; Kostenersatz 6483; Zulässigkeit selbständiger Rechtsmittel gegen dieselbe 6491. Unzulässigkeit selbständiger Rechtsmittel gegen den einen Zeugenbeweis zulassenden Bescheid im Ehescheidungsverfahren 6692, 8133; gegen die obergerichtliche Zulassung 7766; gegen die Anordnung der Fortsetzung des Zeugenverhörs (im Summarverfahren) 7227; gegen die Substituierung eines neuen Zeugen an Stelle eines verstorbenen 6106; gegen die Verweigerung eines Zeugenbeweises 6065, 7807. Zulässigkeit der Nullitätsbeschwerde gegen das (obergerichtliche) Erkenntniß auf einen Zeugenbeweis 6738. Frist zur Antretung eines im inappellablen Urtheile zugelassenen Zeugenbeweises 5610, 5634. Statthaftigkeit des Verzichts des Beweisführers auf die Vernehmung von Zeugen nach Antritt des Beweises? 7227, 7678. Sistirung des auf Ausbleiben einer Partei angeordneten Beweisverfahrens? Unzulässigkeit des Recurses gegen deren Verweigerung (im Summarverfahren) 8024. Voraussetzungen der Substituierung mehrerer Zeugen an Stelle eines verstorbenen 5934; Heranziehung der Aussage eines schon zum ewigen Gedächtniß vernommenen Zeugen zur Substituierung 6399; Substituierung anderer Zeugen statt eines Verschoenen; Verhältniß zur Restitution ob noviter reperta 7110.

Unzulässigkeit der Verhörung von einem anderen Richter unterstehenden Zeugen durch den Proceßrichter 6689. Unzulässigkeit des Auftrags an den Beweisgegner, den Streitgegenstand zum Zweck der Constatirung der Identität durch Zeugen an einen anderen Ort zu bringen 6648; Sequestration des Streitobjectes zu diesem Behufe 6897. Berechtigung des Beweisgegners zur Intervention bei dem Verhöre 7289, 7675. Unstatthaftigkeit des Abbrechens der Zeugenverhöre gegen den Willen des Beweisgegners 7227. Intervention eines Substituten eines Armenvertreters bei einem Zeugenverhöre im Auslande; Kosten 7738. Form der Erwirkung eines Zeugenverhörs in England; Wahrung des Interventionsrechts des Gegners 7316. Dringliche Beweisaufnahme lediglich auf Grund der Weisartikel; Entregelung der Protokolle vor Erlöschen des Rechts des Gegners auf die Vernehmung über Fragestücke? 6702. Zulässigkeit der Ertheilung von Protokollabschriften vor Schluß des Verhöres 6067. Würdigung des Ergebnisses der Beweisführung (im Besitzstörungenverfahren) 6242, 6701. Herstellung des vollen Beweises durch Zusammenfassung der Aussagen des pro evitando perjurio und des im früheren Proceße vernommenen Zeugen 7449. Herstellung der ersten halben Probe durch einen bedenk-

sichen und einen verwerflichen Zeugen 6958. Widersprechende Zeugenbeweise 5594.

Zeugenbeweis zum ewigen Gedächtniß 5702, 6469, 6529, 7239, 7411, 7675, 8117 — vgl. oben I. 1. Abhörung der Testamentszeugen 6434, 6846, 7515, 8184 — vgl. oben Erbrecht A. IV. 3. Sachverständige Zeugen 6049, 6639, 7345 — vgl. oben 3.

5. Eid. Gleichstellung des verglichenen Eides mit dem senten-
tionirten 5951; Rücksichtnahme auf den Grund des Wissens bei Ab-
legung des verglichenen Eides? 7802; verglichener Haupteid im Beför-
dungsproceß 5879. Eidesfähigkeit des erklärten Verschwenbers
6840. Leistung des (Neuerungs-) Eides durch den Advocaten statt der
Partei? 7991. Eidesleistung eines Gesellschafters für eine offene Ge-
sellschaft? 6795, 8209; nach Auflösung der Gesellschaft 7666. Delation
eines im Rückschiebungsfalle von einem Vertretungsleister abzu-
schwörenden Eides 6270, 7392. Vertretung einer Actiengesellschaft bei
Leistung (des Neuerungs-) Eides 5984, 6311. Namhaftmachung des Ver-
tretungsleiters erst bei der Eidesantretung 6236; Substituierung eines
neuen Vertretungsleiters 6410. Eidesleistung durch einen schon als
Zeugen vernommenen Vertretungsleister 6934. Erfüllungseid des Buch-
halters zur Ergänzung des Buchbeweises eines Kaufmanns 6521. Ab-
legung des zurückgeschobenen Eides durch einen Vertretungsleister 6342.
Eidesleistung durch den Creditar als Vertretungsleiters der Concur-
masse? 7148, 7656. Einfluß der Streitgenossenschaft auf die
Eides-Auftragung und Ablegung 5614, 6004, 6064, 6687, 6815,
6991 — vgl. oben D. III. Geltendmachung des bei der Inrotulierung
begangenen Fehlers durch Recurs gegen die Zulassung zum Eide?
6169. Obergerichtliche Abänderung der Eidesformel; Kostenersatz?
6278; Revisionsbeschwerde gegen die Abänderung (im Summarver-
fahren)? 8119.

Die bei der Eidesantretung getroffene Wahl zwischen zwei
alternativ aufgetragenen Eiden nicht verbindlich 7432. Einfluß der
relativen Rechtskraft des von mehreren Eiden bedingten Urtheils auf
die Frist zum Antritt? 7943. Einfluß der außerordentlichen Revisions-
beschwerde auf die Frist 6384, 7203, 7206, 7430; Einfluß des Wieder-
einsetzungsgesuches gegen das bedingte Endurtheil? 7664. Neue Frist-
bestimmung bei Berichtigung der Eidesformel 6983. Zusammentreffen
des verspäteten Antretungsgesuches mit dem Präclusionsgesuche des
Gegners 7002, 7908. Hora legalis bei der Tagfahrt zur Ablegung
des Eides 6190; Voraussetzungen der Erstreckung der Eides-tagfahrt
5881; Folgen des verspäteten Erscheinens 7213; Recurs gegen die
Gerechtfertigterklärung des Ausbleibens (im Summarverfahren)? 7983.
Recht des Gegners ad videndum jurare zu erscheinen 6703. Unzuläs-
sigkeit der Abnahme des Eides über vom Delaten als richtig ein-
bekannte Thatfachen 7423. Unterjagung der Eidesablegung durch den
Richter wegen Mangels der Kenntniß der Thatfachen aus eigener

Wahrnehmung? 6801, 6932, 7302. Sistirung der Eidesabnahme während der a. o. Revision 7203, 7206; in Folge einer Wiedereinsetzungsflage behufs Führung des Gegenbeweises? 7188.

Einfluß des Todes einer Proceßpartei auf Auftragung, Annahme und Ablegung von Eiden: Succession des in den Proceß eintretenden Erben in die Delation? 7286; Antretung des Eids durch den Erben behufs Herbeiführung der Entscheidung, ob derselbe für abgeschworen zu halten sei 6479. Tod des Eidespflichtigen: Substitution eines Vertretungsleiters? 6966; eines neuen Vertretungsleiters statt des im Proceß namhaft gemachten 6410. Voraussetzungen der Behandlung des Eides als abgeschworen; Anerbieten zur Ablegung in unterfertigter species facti 6032; stenographische species facti 6058; Beweis der Echtheit der Unterschrift 7656; nach der Zulassung des Eides angestellte species facti 7226; Unterfertigung der dem Antretungsgesuche beigezeichneten Eidesformel genügt 6270; Ersetzung des Schätzungseides durch die Information für einen Erfüllungseid 7128; Nichtübereinstimmung der species facti mit dem sententionirten Eide 6884. Selbstmord des Eidespflichtigen 7420. Tod des Vollmachtgebers zum Abschlusse eines Vergleichs auf Eid 5951. Beweis pro evitando perjurio zur Abwendung der Behandlung des sententionirten Eides als abgeschworen 6659. Unstatthaftigkeit der Abweichung von der sententionirten Eidesformel 6521; Aenderung des Eidesthemas? 7423. Berichtigung der Eidesformel 5901, 6047; auf Begehren des Gegners des Eidespflichtigen 7035. Aenderung des vom Delaten angetretenen Eides in Folge Restriction des Klagebegehrens des Deferenten 6983. Verhandlung über die Aenderung; Kosten 6395. Beweisführung pro evitando perjurio s. oben I. 4. — Folge des Mißlingens des Beweises pro evitando perjurio 7420. Wiedereinsetzungsflage ob noviter reperta nach angetretenem Eide (im Summarverfahren) 7183, 7299.

Kosten des Eidesverfahrens 6395, 6483, 6703, 7129 — vgl. oben D. VI. 1. b). Verlastigung des Ausfalles des Eidesverfahrens in einem anderen Proceße 5720. Beginn der im bedingten Endurtheile festgesetzten Erfüllungsfrist 7657. Aufrechterhaltung des Gerichtsbeschlusses, daß ein Eid für nicht abgelegt erklärt werde, trotz mittlerweiliger Absetzung desselben 6878. Wirkungslosigkeit der urtheilswidrigen Ablegung 6782. Strafrichterliche Ungiltigerklärung des abgelegten Eides 6614; die Frage des Meineids, unter Verneinung des dolus, bejahendes Verdict der Geschworenen; Einfluß auf die Gültigkeit des Eides 7925; Erlaßanspruch? 6520. Gegenseitiges Verhältniß verschiedener Eide s. oben I. 4.

a) Haupteid. Unzulässigkeit der Deferirung des Haupteides über den Inhalt eines Erbvertrags seitens der angeblichen Vertragserben 7164. Alternative Eidesauftragung 5720, 7432. Unzulässigkeit des Haupteides über Rechtsbegriffe und Rechtsfolgerungen 6062,

6476, 6903, 6960, 7177, 7745. Vergleichener Eid über Rechtsbehauptungen 5879. Unzulässigkeit des Haupteids über strafbare Handlungen 7550, 8053; — über im Strafurtheile schon festgestellte Thatfachen 7768; über eine durch einen Zugenbweis bereits widerlegte Behauptung 6566, 7127; — über die innere Widmung gelehrter Messen 7257? über die Auslegung eines Vertrags 7591; — über unbestimmte Behauptungen 6993, 7745, 7817, 8069. — Zulässigkeit des (Gegen-)Beweises über das Alter eines Menschen? 5584. — Voraussetzungen der Zulassung des Beweises durch Haupteid über die Identität 6819, 6849, 7178. Formulirung des Haupteides bezüglich des Inhalts und der Gültigkeit eines Gemeindevertretungsbeschlusses 6043; bezüglich der Bewohnung während der kritischen Zeit 7290; bezüglich der Bereicherungsklage 5625. Unzulässigkeit der Vereinigung von Haupteiden über von einander unabhängige Thatfachen in eine Formel 6737. Einfluß der a. o. Revision gegen die Formulirung auf die Frist zur Eidesantretung 7203, 7206.

Kenntniß der zu beschwörenden Thatfachen aus eigener Wahrnehmung nicht erforderlich auf Seite des Delaten 6815, 6991; auf Seite des Relaten 6801, 6932; Delation des Haupteides über Handlungen des Erblassers an den Erben 6758; Unzulässigkeit der Delation des Haupteides über den Beschlaf im Paternitätsproceß gegen den Erben des angeblichen Vaters 5753, 7096; Zulässigkeit desselben 7269. Bedeutung der Formel „meines Wissens und Erinnerns“ 6682, 6795. Eidesdelation an einen Blödsinnigen 7960; an einen erklärten Verschwenker 6840. Unzulässigkeit der Eidesdelation an den Fiscus ohne Namhaftmachung von geeigneten Personen als Eidesleistern 5854, 7102, 7610, 8052 (Unzulässigkeit der Delation an die Finanzprocuratur). Zulässigkeit der Delation an den Vorstand einer Actiengesellschaft 7312, 7933 (Sparcasse). Eidesdelation an den Curator des Kindes bei Bestreitung der Ehelichkeit? 5662; an den curator absentis? 7446, 7914; an den durch den Curator vertretenen Abwesenden 7923. Unzulässigkeit der Eidesauftragung an den Verlassenschaftscurator über Handlungen des Erblassers 6004, 8064; Zulässigkeit der Auftragung des irreferiblen Haupteides über die Unechtheit der Unterschrift des Erblassers an den Nachlaßcurator 7190. Zulässigkeit der Eidesdelation an den Concursmassenverwalter (im Liquidationsstreite) 5710, 5819; Unzulässigkeit (Delation an den Creditar) 6273, 7148, 8029; Delation an die Concursgläubiger 6991.

Irreferibler Haupteid. Zulassung desselben nach Ermessen des Richters 7914; Erforderniß der Bescheinigung der durch denselben zu erweisenden Behauptung 6613. Irreferibler Haupteid über (venereische) Krankheit des Delaten 8127. Voraussetzungen der Zulassung des irreferiblen Haupteides über die Echtheit einer Urkunde 6270; Auftragung an den Nachlaßcurator 7190; an den Curator des Abwesenden 7446. Irreferibler Haupteid über die Echtheit einer Unterschrift auf

einer species facti? 7656; ausschließliche Zulässigkeit des irreferiblen Haupteids über die Echtheit im Summarverfahren? 6713.

Unstatthaftigkeit theilweiser Antretung, theilweiser Zurückschiebung des sententionirten Eides 7810. Annahme stillschweigender Zurückschiebung trotz Wiedereinsetzungsgehalts 7664; Einfluß der a. o. Revision auf dieselbe 7203, 7206, 7430. Einfluß der Streitgenossenschaft s. oben. D. III. — Vor Annahme oder Rückschiebung eingetretener Blöbßnn des Delaten 6414. Alternative Delation mit Bestimmung verschiedener Eidesleister für den Rückschiebungsfall 5720. Der zurückgeschobene Eid (über die Echtheit einer Urkunde) als Wissenseid zu schwören (im Summarverfahren) 7154. Nullität wegen unterlassener Freistellung der Rückschiebung im Urtheil? 6749.

b) Erfüllungseid (vgl. oben I. 4.). Unzulässigkeit eines Erfüllungseides über Rechtsfolgerungen 6062. Herstellung der ersten halben Probe durch die Aussage eines Zeugen 7846, 6362 (Verhältniß der Eidesformel zu der Zeugenaussage); durch die Aussagen eines bedenklichen und eines verwerflichen Zeugen (über ein außergerichtliches Geständniß) 6958; durch die Aussagen mehrerer bedenklicher Zeugen (über ein außergerichtliches Geständniß) 8063. Erfüllungseid zur Ergänzung des Beweises über das außergerichtliche Geständniß 8053. Natur des zur Ergänzung eines durch Handelsbücher hergestellten halben Beweises dienenden Erfüllungseides 6521; Leistung des Erfüllungseides durch einen Vertretungsleister 6311. Herstellung der ersten halben Probe durch andere Urkunden 6508. — Ablegung des Erfüllungseides durch einen der Gesellschafter für eine mittlerweile aufgelöste offene Gesellschaft 7666. Wegfall des Erfüllungseides wegen entgegenstehender Aussage des Zeugen; Zurückgehen auf den Haupteid 6873. Ersetzung eines Schätzungseides durch die Information über einen Erfüllungseid 7128. Erfüllungseid als Beweismittel pro evitando perjurio 7338.

c) Schätzungseid. Zur Bestimmung des Werthes eines erschossenen Hundes 6021; des Werthes der aus einem Gasthose entwendeten Sachen 5664, 5931, 6196; des Werthes der mit unbestimmtem Preis verkauften Sachen 6451; des Werthes von Papieren mit Börsencurs? 6904; zur Bewerthung des Gewährleistungsanspruchs (richterliche Herabsetzung) 7287; zur Feststellung des Verdienstes eines Advocaten 6454; der Summe der aufgewendeten Alimentationskosten 6714, 7111, 8107; der vom Ausgedingler auf Herstellung der Wohnung aufgewendeten Kosten 6598; zur Bestimmung des erlittenen Schadens; richterliche Herabsetzung 6882, 6905, 7686; Specificirung des zu beschwörenden Schadens 7519. Schätzungseid zur Erweisung des Verdienstentganges 6057, 8127; Unzulässigkeit des Schätzungseids bezüglich eines luorum cessans ohne nähere Präcisirung 6129, 7195. Schätzungseid über entgangenen Gewinn und Schmerzensgeld 7571. Unzulässigkeit des Schätzungseides bezüglich des durch provisorischen Arrest erlittenen

„Schimpf und Schaden“ 7036. Lob des Eidespflichtigen; Ersatz des Schätungsseides durch eine Information über einen Erfüllungseid 7128.

d) Manifestationseid. Abgrenzung gegenüber dem Haupteid 7817. Manifestationseid wegen besorgter Vertuschung 6148; Rechtfertigung der Vermuthung; Formulirung des Begehrens 5651; Legitimation zur Forderung des Eides 5937. Unzulässigkeit der Forderung des Manifestationseides über provisionspflichtige Geschäftsabschlüsse 6712. Kostenersatz bei Verurtheilung zur Ablegung des Eides 7612.

6. Subdicien. Unzulässigkeit des Subdicienbeweises im Eivilproceß? 7550. Zusammenfassung der durch mehrere Urkunden erbrachten Beweismomente zu einer halben Probe 6508. Subdicienbeweis bezüglich des Eigenthums? 6640.

L. Richterliche Entscheidung.

I. Form und Arten. Form des richterlichen Ausspruchs über die Zulassung von Neuerungen 6649. Nothwendigkeit mündlicher Vertändigung der Entscheidung über die Tagsetzungserstreckung? 6400. Beweiszulassung in successiven Beurtheilen? 8038. Vergleichsintimation; Verweigerung derselben? 8031; Form des richterlichen Ausspruchs nach durchgeführtem verglichenen Beweisverfahren (im Besitzproceß) 5802. Beurtheil über Zulassung eines Beweises pro evitando perjurio? 6491, 8081. Inappellable Beurtheile über Zeugen- und Sachverständigenbeweis 6023, 6065, 6106, 7354, 7616, 7772, 7807; inappellable obergerichtliche Beweisverfügungen 5634, 6336, 7766, 7773. Fristbestimmung zur Beweisantretung in inappellablen Beurtheilen 5610, 5634. Appellable Beweisverfügung 5930, 6033, 6192, 7762; Entscheidung über Kosten im Beurtheile 6581, 7253, 7746. Zulässigkeit des Nullitätsrecurses gegen Beurtheile 6738. Appellation gegen Beweis-Bescheide in Ehestreitigkeiten? 5692, 5829, 5902, 8133. — Vgl. auch oben K. II. 3. und 4.

II. Inhalt des Urtheils. Auslegung des Urtheils 6925; eines Schiedsspruchs (durch den Executionsrichter) 6496. Verurtheilung zur Anerkennung eines Rechts; Vollstreckbarkeit? 8035 (vgl. auch oben G. I.). Alternatives Erkenntniß 6126. Nullität des Urtheils wegen Unvollständigkeit 5775, 6155; des bedingten Endurtheils wegen unvollständigen Ausspruchs über alle Eventualitäten des Eidesverfahrens; Ersatz der Kosten durch das Gericht 7268; von Amtswegen zu beachtende Nullität wegen unterlassener Einräumung des Rechts, den aufgetragenen Eid zurückzuschieben? 6749; obergerichtliche Anordnung der Ergänzung 6155; Verhandlung über Ergänzung des Ausspruchs über die verschiedenen Rechtsfolgen mehrerer Haupteide 7904. Irrige Bestimmung der Erfüllungs- und Appellationsfrist im Urtheile 6513; Vollstreckbarkeit des Ur-

theils trotz mangelnder Fristbestimmung (zur Zahlung der Proceßkosten) 5706; Bestimmung des Erfüllungstermines bei Klage auf Lieferung eines Operntextes 6826. Unstatthaftigkeit der Aufnahme von Strafandrohungen bei Verurtheilung ad praestandum factum 7379. Formirung des Urtheils über die actio hypothecaria 5892; über den Legatsanspruch bei behaupteter Unzulänglichkeit des Nachlasses 6488; des bedingten Endurtheils über eine Klage auf Rückstellung von nach Behauptung des Klägers geliehenen, nach Behauptung des Beklagten verletzten Rosen 6787; des Urtheils über die Dotalklage im Concurse 5916; des Urtheils im Rechnungsproceß 5775; der Entscheidung über die gegen Mehrere gerichtete Besßklage 6586. Abweisung der Klage „für dermalen“; Verpflichtung zum Kostenersaß 5639. Abweisung „für dermalen“ bis zur Auffindung eines Beweismittels 6043. Abweisung der vorzeitigen Theilungsklage „für dermalen“ 7170; oder Stattgebung unter Fristbestimmung? 6053. Abweisung der vorzeitigen Klage auf Zahlung eines Kugelbes „für dermalen“ 8212; der vorzeitigen Klage auf Auszahlung des Heirathsgutes 7860. (Theilweise) Abweisung einer Klage „für dermalen“ bis zur Besserung der Vermögensverhältnisse des Beklagten 6460; bis zur Austragung eines anderen Proceßes 6062; bis zum Erfließen einer administrativen Entscheidung 6729; Abweisung der Klage des Concursummassenverwalters gegen den begünstigten Gläubiger „für dermalen“, bis zur Vertheilung des Concursumsvermögens 6585. Abweisung der Pränotationsrechtfertigungsklage „für dermalen“; Löschung der Vormerkung 6918. Abweisung „zur Zeit“ wegen mangelnder Legitimation zur Klage 5937. Abweisung „zur Zeit“ oder Verurtheilung zur Zahlung gegen Nachweis der erfüllten Gegenleistung? 5881. Verurtheilung zur Zahlung unter Bedingung einer Gegenleistung 7807; Vollstreckbarkeit des bedingten Urtheils? 8111. Anerkennung der Zahlungspflicht unter Vorbehalt der Feststellung der Ziffer durch ein Schiedsgericht 6375.

III. Verhältniß des Urtheils zur Klage. Beschränkung des Urtheils auf den eingeklagten Anspruch 5921; Urtheilsfällung über ein zurückgezogenes Klagebegehren? 5752. Verurtheilung aus einem in der Klage nicht geltend gemachten Rechtsgrunde: Eigenthums- oder Contractsklage; Qualificirung der letzteren 5816; Geltendmachung nachträglicher Erlöschung des Executionsrechts statt ursprünglicher Beschränktheit desselben 5923; Darlehens- oder Entschädigungsklage? 5932; entgeltlicher Vertrag oder Schenkung? 6503; actio negatoria oder obligatorischer Anspruch? 8132. Nichtberücksichtigung eines nicht geltend gemachten Rechtsgrundes 6838; Zurückweisung einer condictio indobiti ohne Eingehen auf einen Anspruch aus dem Titel der Verschädigung 5924. Restriction des Klagebegehrens 6043; Herabsetzung des eingeklagten Mallerlohnes 5915, 6845, 7696; Unzulässigkeit eines Abstriches in Pausch und Bogen von den in einzelnen Posten gestellten

Ersatzforderungen 7519; — vgl. auch oben K. II. 5. c). Trennung des Klagebegehrens; Anerkennung des Besitzes des Klägers, Verneinung der Besitzstörung 6881. Verurtheilung über die Theilungsklage zur Auseinanderlegung nach bestimmter Zeit 5897, 6053. Temporäre Abweisung s. oben II. — Rectificirung des Klagebegehrens im Urtheile 8184; Unstatthaftigkeit der Supplirung eines Mangels des Klagebegehrens 6332. Anerkennung des „Mitbesitzes“ in der Entscheidung über eine Besitzklage 6877; Verurtheilung zur Zahlung (eines Heirathsgutes) „gegen angemessene Sicherheit“ 6680; zum gerichtlichen Erlag auf Grund des Klagebegehrens auf Zahlung? 7384, 8192.

Veränderungen des Sachverhalts nach Anstellung der Klage: Berücksichtigung der später verwirklichten rechtserzeugenden Momente 6874, 7328. Abweisung der Klage wegen Befriedigung des Klägers während des Processes 7371; Kostenersatz in diesem Falle 7839. Einwendung der Erbunwürdigkeit auf Grund angeblicher Beleidigung des Erblassers in der Erbrechtsklage? 7370. Rechtmäßigkeit der Klage (Competenz) nach dem Zeitpunkte ihrer Einbringung zu beurtheilen 7210. Nichtberücksichtigung der während des Processes erfolgten Cession des Anspruchs seitens des Vertretungsleiters an den Kläger 7907. Schaffung des geltend gemachten Rechtsverhältnisses durch die Klageanstellung selbst 6009, 6667; nicht zu berücksichtigen 7298, 7638.

IV. Rechtskraft. Rechtskraft des im Straferkenntniß einer Administrativbehörde enthaltenen Ausspruches über die Haftpflicht eines Dritten 6067; der Erkenntnisse der ehemaligen geistlichen Ehegerichte 5660; der Motive eines strafgerichtlichen Urtheils? 7560; des Ausspruches des Strafrichters über Ersatzansprüche 7519; Bestätigung der Rechtskraft des Strafurtheiles behufs Execution? 7114; — vgl. oben I. A. III. —

Rechtskraft des Urtheils trotz a. o. Revisionsbeschwerde 7496; der die Einstellung des Verfahrens wegen Incompetenz verweigernden Entscheidung 5774; Umfang der Rechtskraft der (negativen) Entscheidung im Delibationsverfahren 7698. Zahlungsbefehl auf Grund eines von einer nicht wechselfähigen Person ausgestellten Wechsels kann nicht in Rechtskraft erwachsen 6527; Einfluß der Concurseröffnung auf das Erwachsen in Rechtskraft der wider den Gemeinschuldner erwirkten Zahlungsaufgabe 6802, 6818, 6968, 7288. Schreibfehler im rechtskräftigen Urtheile 6762. Unleserliche Urtheilsausfertigung? 7440. Bestätigung der Rechtskraft behufs Vollstreckung des Urtheiles im Auslande 8043, 8071. Rechtskraft bedingter Endurtheile 5766, 7664; des durch einen überflüssigen (Schätzungs-) Eid bedingten Urtheils 6904; relative Rechtskraft eines durch mehrere Eide bedingten Urtheils 7943. Abweichung von der im Urtheile festgesetzten Eidesformel s. oben K. II. 5. — Rechtskraft des Schiedsspruches s. unten V. —; eines gerichtlichen Vergleichs 5961. Unstatthaftigkeit des Eintritts einer neuen Processpartei nach ergangenem Beirurtheile 6459. Appellabilität von Beirurtheilen s.

oben I. und unten M. II. und III. — Rechtskraft des Klage-Beschlusses 5588, 5820, 6188, 6389, 6562, 7710, 8206 — vgl. oben G. III. Rechtskraft des ein unrichtiges Verfahren einleitenden Klagebeschlusses 7641; des den Executivproceß einleitenden Beschlusses? 7588; des eine irrige Einredefrist bestimmenden Klagebeschlusses 7404; des irrigen Beschlusses über eine Bauaufforderungsklage? 6813, 8092; des Auftrags zur Bestellung einer Klagscaution (unter bestimmter Sanction)? 7283, 7524, 7545. Rechtskraft des Beschlusses, mit welchem ein Eid für nicht abgeschworen erklärt wird 6878; des Inrotulirungsbeschlusses 6406, 7415. Rechtskraft der Executionsbescheide 6716, 6113, 6127, 6567, 7454, 7962, 8219; bedingt durch ordnungsmäßige Zustellung (des richterlichen Spruchs) 7722. Rechtskraft gesetzwidriger Executionsbescheide? 6885, 7682, 7974; eines erschlissenen Executionsbeschlusses? 7831; eines auf irriger Auslegung des Schiedsspruchs beruhenden Executionsbeschlusses? 6496. Rechtskraft des Schätzungs- und Feilbietungsdecrets 7719, 7978; der Feilbietungsbedingungen 7166, 7435; der Meistgebotsvertheilung 6914, 6967, 6990, 7163, 7614, 7733, 8154 — vgl. unten N. II. 4. Berichtigung eines Irrthums 7886, 7899; relative Rechtskraft eines Meistgebotsvertheilungsbeschlusses 6853. Rechtskraft des Beschlusses betreffend die Kosten der Grenzernenerung 7397. — Rechtskraft von Bescheiden im Verfahren außer Streitfachen. s. *eben* A. —

U m f a n g der Rechtskraft des Urtheils. Beschränkung auf den concreten Fall 6432; Rechtskraft des ein bestimmtes Verfahren einleitenden Beschlusses nur *inter partes* 7710; des vom Bormanne erwirkten Urtheils zu Gunsten des Cessionars? 5680, 6702, 7121; des gegen eine Gesamtgemeinde ergangenen Urtheils gegen die Einzelgemeinden 6880; des gegen die offene Gesellschaft erwirkten Urtheils gegen die Gesellschafter? 7061, 7888; des wider den Gemeinschuldner ergangenen Urtheils gegenüber der Concursmasse? 5857, 6122, 7288. Einfluß der strafgerichtlichen Ungiltigerklärung eines Rechtsgeschäfts auf Rechte Dritter? 7704. Rechtskraft des Gebührenzahlungsauftrags gegen den Bestnachfolger? 6899. Rechtskraft des Urtheils gegen den Hypothekarschuldner gegenüber dem Bestnachfolger? 6381, 7974. Rechtskraft des Urtheils über das pränotirte Recht bezüglich der Pränotationsrechtfertigung? 5598, 5687, 5737, 6466, 6636, 6891, 7159. Vgl. übrigens *exoeptio rei judicatae* oben H. II.

- V. Schiedsspruch (vgl. auch oben Obligationenr. B. I. 13.). Form für einen Schiedsspruch über Heirathsgut? 5665; Ungiltigkeit des mit hebräischen Lettern unterfertigten Schiedsspruchs 6282. Nullität des Schiedsspruchs in *contumaciam* 6372. (Pränotation auf Grund eines) von beiden Parteien unterfertigten Schiedsspruchs 5656. Schiedsrichterliche Verhängung einer Geldbuße für den Fall des Verzugs in der Erfüllung; Vollstreckbarkeit? 6442, 6965. Anfechtbarkeit des Schiedsspruchs trotz Verzichts darauf im Compromiß 6077. Anerkennung der

Rechtskräftigkeit eines Schiedsspruchs durch den Schuldner vor Ablauf der Anfechtungsfrist 6952. Execution zur Sicherstellung auf Grund eines angefochtenen Schiedsspruchs? 7212. Irrige Auslegung eines Schiedsspruchs durch den Executionsrichter 6496. Unanfechtbarkeit eines schiedsrichterlichen Zwischenerkenntnisses 6001. Vollstreckbarkeit des Spruches des Berliner Börsenschiedsgerichts? 5717.

M. Rechtsmittel.

- I. Allgemeines. Stellung der Rechtsmittelinstantz bei Aufhebung des der Incompetenzeinwendung stattgebenden Urtheiles (im Summarverfahren) 6560; Unstatthaftigkeit der Aufhebung des Verfahrens von Amtswegen nach in erster Instanz rechtskräftig zurückgewiesenem Begehren des Beklagten um Einstellung wegen Incompetenz der Gerichte 5774; Stellung des Obergerichts bei Aufhebung der Zurückweisung einer Besitzklage wegen Verspätung 7830; bei Verlängerung einer Proceßfrist 6211. Erledigung des Recurses gegen einen schon vollstreckten Bescheid 8068. Obergerichtliche Anordnung der Ergänzung des (mündlichen) Verfahrens 6404; Annullirung des bedingten Endurtheiles wegen Unvollständigkeit unter Beauftragung des unteren Richters an seiner Rechtsaufsicht festzuhalten 7268. Obergerichtliche Mahnung zur Beachtung des Gesetzes (wider unrechtl. Vorgänge bei Creditgeschäften) 8042. Verhandlungsmaxime 6853; Unzulässigkeit der Abweisung der Klage auf Grund des lediglich gegen die Contumacirung gerichteten Recurses 6011; unterlassene Einräumung des Rechts zur Zurückziehung eines Eides im erstrichterlichen Urtheile keine von Amtswegen wahrzunehmende Nullität 6749; Unstatthaftigkeit der Reduction des zu erequirenden Zinsenanspruchs wegen Gesehswidrigkeit ohne darauf bezügliches Appellationsbegehren 8198. Beseitigung des erstrichterlichen Ausspruches über die Priorität des executiven Pfandrechts über den bloß gegen die Bewilligung der Einverleibung desselben gerichteten Recurs 7649. Wahrnehmung eines Irrthums des ersten (Executions-) Richters von Amtswegen 6496; Aufhebung des Verfahrens von Amtswegen wegen absoluter Incompetenz der Gerichte s. oben C. und I. — Unzulässigkeit einer reformatio in pejus 6893, 7179; obergerichtliche Erweiterung der Aufträge zur Ergänzung der Proceßlegitimation keine reformatio in pejus 7837. Nichtberücksichtigung neuer Vorbringungen im Rechtsmittelverfahren 6885, 6629, 7432, 8145, 8209; lediglich über die dem ersten Richter vorgelegenen Acten zu erkennen 6169. Nichtberücksichtigung eines in der Klage nicht geltend gemachten Competenzgrundes 8078; von erst im Rechtsmittelzuge vorgebrachten Einwendungen gegen Zeugenansagen 8063; Unstatthaftigkeit des Beitritts eines Vertretungsleiters im Stadium der Appellation 7693. Wichtig-

stellung der Eidesformel auf Grund neuen Vorbringens 6988; Verflüchtigung auf absolute Incompetenz hinweisender nova 7848. Mündliches oder schriftliches Rechtsmittelverfahren? 7841. Obergerichtliche Aufrechterhaltung des einen Eid für nicht abgelegt erklärenden Gerichtsbeschlusses trotz während des Rechtsmittelzuges tatsächlich erfolgter Ablegung 6878; Erledigung des Recurses gegen einen (vor Ablauf der Recursfrist) schon vollstreckten Bescheid 8068.

Kosten des Rechtsmittelverfahrens 5634, 5736, 5882, 5960, 6278, 6581, 6610, 6649, 7249, 7280, 7723 — vgl. oben D. VI. 1. b). Rein Kostenersatz bei Recursen gegen Verfügungen, welchen nicht ein contradictorisches Verfahren vorangegangen ist 5841, 6541, 6635, 7841, 7920. Unstatthaftigkeit selbständigen Recurses gegen den obergerichtlichen Ausspruch über die Rechtsmittellkosten im Beurtheile? 6581, 7253, 7746, 7773.

Execution zur Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges durch Pfändung; Nothwendigkeit des Nachweises einer Gefahr 5779, 6939; Unstatthaftigkeit bei vorhandener Deckung 7068; Statthaftigkeit auch ohne besonderen Nachweis einer Gefahr 5859, 6104, 6874, 7157, 7298, 7584. (Voraussetzung der) Sequestration des Streitobjectes zur Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges 6187, 6284, 6602; Sequestration des für die zuerkannte Forderung haftenden Hypothekargutes 8152. Pränotation des Pfandrechts zur Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges 7221, 7802 (im Besitzstörungenproceß); Rechtfertigung derselben 6861, 7192. Löschung derselben 7459; Unzulässigkeit der Pränotation zur Sicherstellung einer nicht auf bestimmte Ziffer lautenden Urtheilsschuld 7742. Bewilligung der Sicherstellung für die bis zum Appellationsurtheile fällig werdenden Alimentationsraten 7697. Execution zur Sicherstellung der (dem Beklagten) zugesprochenen Proceßkosten 6862, 7285, 7439, 7570, 7760; Unstatthaftigkeit bei abgewiesenem Vergehren um actorische Caution 7751; Zulässigkeit lediglich auf Grund von Erkenntnissen in der Hauptsache 6875, 6962. Execution zur Sicherstellung auf Grund des noch nichtgestellten Urtheils 7709, 7791, 8067; vor ergriffener Appellation 6939, 7834; auf Grund straffrichterlichen Urtheils 6299; auf Grund eines Schiedsspruchs? 7212.

- II. Appellation und Revision.** Statthaftigkeit der Appellation gegen ein den Zeugenbeweis pro evitando perjurio zulassendes Erkenntniß 6491; der Appellation und Revision gegen den im Beurtheile enthaltenen Ausspruch über die Kosten 6581, 7253, 7746. Unstatthaftigkeit derselben 7773; selbständiger Berufung gegen Bewilligung eines Sachverständigenbeweises pro evitando perjurio 8081; der Berufung gegen ein einen Beweis zurückweisendes Beurtheil 6065; gegen obergerichtliche Beweisverfügungen 7766, 7807; auch wenn das erstgerichtliche Erkenntniß vor Wirksamkeit des Gesetzes vom 16. Mai 1874 geschöpft wurde 5634, 6836.

Telegraphische Anmeldung der Appellation 7178; Zulässigkeit der Appellationsbeschwerde nach erlangter Restitution für die Appellationsanmeldung 6866. Frist im Rechtsmittelverfahren bei Vereinbarung schriftlichen Verfahrens „in vierzehntägigen Fristen“ 7606.
 • Frist zur Appellationsanmeldung in einer beim Bezirksgerichte anhängig gemachten Handelsache 7947; in einem bei dem Handels- als Concurserichte geführten Liquidirungsproceß 7118; zur Appellationsbeschwerde in einem die Auflösung eines Bestandvertrages betreffenden Streite 8210. Statthaftigkeit der Appellation in der vom ersten Richter irrig angegebenen Frist 6613, 7394. Frist zur Einlegung der Rechtsmittel bei nachträglicher Zustellung der Entscheidungsgründe 6517. Einlaufen der Appellationsbeschwerde am letzten Tage nach Schluß des Einreichungsprotokolles 7615. Einfluß der Zurückstellung der unleserlichen Urtheilsausfertigung an den Gerichtsdiener auf den Lauf der Appellationsfrist? 7440. Unerstreckbarkeit der Frist für die Appellationsbeschwerde 6680. Annahme einer verspäteten vom Gegner mitunterfertigten Appellationschrift (im summarischen Verfahren) 5712.

Außerordentliche Revision. Unstatthaftigkeit, wo der Richter eine Leistung nach „Billigkeit“ zu bestimmen hat 7036. Außerordentliche oder ordentliche Revision bei gleichförmigen auf wesentlich verschie denen Entscheidungsgründen beruhenden untergerichtlichen Urtheilen? 7079; bei Verbindung der Anfechtung des negativen Inhalts eines obergerichtlichen Beirurtheiles mit der Anfechtung des Endurtheiles? 7807. Einfluß auf die Frist zur Antretung oder Zurückschlebung des zugelassenen Eides 6884, 7203, 7206, 7430. Haftung der actorkischen Caution bis nach Erledigung der außerordentlichen Revision 6223. Unzulässigkeit einer Widerklage während des a. o. Revisionszuges 7496. Muthwillenstrafe wegen Ergreifung des Rechtsmittels 6712. Unstatthaftigkeit der a. o. Revision im Summarverfahren 6635; gegen die Fassung des auf Appellation des Revisionswerbers dem Gegner aufgetragenen Eides 7025; gegen die zu Gunsten des Beschwerdeführers erfolgte Abänderung der Eidesformel 8119; der Revisionsbeschwerde des Beklagten gegen ein seine unbedingte Verurtheilung in eine bedingte umwandelndes Urtheil 7445; des Klägers gegen das seine unbedingte Abweisung in eine bedingte verwandelnde Erkenntniß 7692; Ausschließung der a. o. Revision auch im Executionsverfahren 6212.

III. Recurs. Legitimation des executiven Sequesters zum Recurs gegen gerichtliche Verfügungen über die Art der Veräußerung der Früchte? 6544; über die Abfuhr von Geldern? 6547. Recursrecht dritter durch die Execution betroffener Personen? 7681, 7968; der Gläubiger, welche die Bedeckungstagsfahrt nicht erwirkt haben, gegen die Aufhebung der Concurseröffnung? 7607. Nothwendigkeit der Unterschrift eines Advocaten auf dem Recurs gegen Concurseröffnung 6823; gegen die Verweigerung der Einleitung des Bagatelverfahrens 6301.

Zulässigkeit des (abgesonderten) Recurses gegen die Bewilligung einer Beweisführung zum ewigen Gedächtnisse 6033, 6192, 7762; gegen den Ausspruch über die Kosten der Verhandlung über die Beweisaufnahme 6505; gegen die Bestimmung der Person der Sachverständigen für den aufzunehmenden Ausspruch 5930; gegen die Zuständigkeit des Gerichts im summarischen Verfahren 6020; gegen die Verweigerung der Tagatzungsverfretung im summarischen Verfahren 6707; gegen die Einleitung des Besitzstörungsverfahrens 7912; des Revisionsrecurses gegen eine die erstrichterliche Incompetenzklärung abändernde Entscheidung 6630; Recurs gegen Beweisverfügungen im Eheproceß 5829, 5902. Unzulässigkeit eines (abgesonderten) Recurses gegen die Bewilligung einer Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse 6028; gegen Verfügungen zur Durchführung des zugelassenen Beweises durch Sachverständige 7354, 7616, 7772; gegen den die Substitution des verstorbenen Zeugen zulassenden Bescheid 6106; gegen die Anordnung der Parteieneinvernehmung über die Wiedereinsetzung wegen veräumter Frist 6763; gegen die (obergerichtliche) Anordnung einer Tagfahrt über ein Ausbleibensrechtfertigungsgesuch 7487; gegen die (obergerichtliche) Anordnung der Fortsetzung des Zeugenverhörs im summarischen Verfahren 7227; gegen die Verweigerung der Sistirung der Zeugenvernehmung 8024; gegen den das Ausbleiben für gerechtfertigt erklärenden Bescheid im summarischen Verfahren 7988; gegen Ergänzungsanordnungen im summarischen Verfahren 6155, 7112, 7424; gegen die Aufhebung der Contumacirung im Besitzstörungsproceß 7820; gegen die Anordnung einer Tagfahrt über ein Ausbleibensrechtfertigungsgesuch im Besitzstörungsproceß 6186; gegen die Zurückstellung eines Recurses im Bagatellverfahren 6301; gegen obergerichtliche Entscheidungen im Bagatellverfahren 6578, 7755; gegen obergerichtliche Einleitung des Bagatellverfahrens 7485; gegen die obergerichtliche Aufhebung der Einstellung des Verfahrens wegen Incompetenz 6500; gegen obergerichtliche Entscheidungen im Executionsverfahren in Bagatellsachen 6936, 7455, 7484, 7507; gegen Zulassung eines Zeugenbeweises in Ehescheidungssachen 5692, 8133. Ausschließliche Berechtigung des obersten Gerichtshofes zur Zurückweisung des Revisionsrecurses gegen Ergänzungsanordnungen im Summarverfahren 7450. Unzulässigkeit der Geltendmachung eines Schreibfehlers im Urtheil durch Recurs 6762; des bei der Inrotulirung begangenen Irrthums durch Recurs gegen die Zulassung zum Eide 6169. Unstatthastigkeit der Anfechtung eines Schiedsspruchs im Recurswege 6127; eines gerichtlichen Vergleichs 5879. Anfechtung der Execution durch Recurs s. unten N. I. 4.

Außerordentlicher Revisionsrecurs: Zulässigkeit bei Vollstreckung eines im summarischen Verfahren gefällten Urtheils 6959; im Besitzstörungsproceß 7356; gegen eine obergerichtliche Entscheidung in Bagatellsachen 6445 (vgl. 6578). Unzulässigkeit des a. o. Re-

vifionsrecurses gegen einen die Neußerung des Gegners über ein Friftgeſuch abfordernden Beſcheid 7508; im Summarverfahren 6635; bei Vollſtedung eines im ſummarifchen Verfahren gefällten Urtheils 6212; gegen die Erlaſſung des Zahlungsbefehles im Mandatsproceſſe 7522; im Streit über das geſetzliche Pfandrecht des Vermiethers 7331; bei Vollſtedung eines in Bagatellſachen geſchloſſenen Vergleichs 7894; gegen die Beſchlagnahme von Privilegiumsgegenſtänden 7671; im Executionsverfahren auf Grund einer Notariatsurkunde 6843, 7325; gegen executive Einverleibungen; Executions- oder Tabularbeſcheid? 5587, 6165; vgl. auch unten Verfahren außer Streitſachen F. V.

Einfluß des Recurses gegen die Abweiſung eines Friftgeſuchs auf den Lauf der Frift 6663; des Recurses gegen die Bewilligung der Execution zur Sicherſtellung? 6137; des Recurses gegen die Einleitung des Executio-proceſſes? 6000, 7263; ſofortige Vollſtedbarkeit des Erkenntniſſes im Beſitzſtörungsproceſſe (auch bezüglich der Proceſſloſen) während des Rechtsmittelzuges 7668.

Frift für Recurse im Executionsverfahren auf Grund vollſtedbaren Notariatsactes? 6807, 6989; für Recurse Dritter gegen Executionsbeſcheide im ſummarifchen Verfahren 7250, 7350; für Recurse bezüglich der Execution zur Sicherſtellung auf Grund eines im Summarverfahren ergangenen Urtheils 7139; für Recurse im Executionsverfahren im Beſitzſtörungsproceſſe? 6533, 8109; allgemeine Recursfrift im Meiſtgebotsvertheilungsverfahren auf Grund einer Beſelforderung 5765, 7259, 7407, 7457, 7710; für Recurse gegen den aus Anlaß wechſelrechtlicher Execution ergangenen Beſcheid der requirirten Realinſtanz 7752; wechſelrechtliche Recursfrift im Executionsverfahren 6046, 7964. Ordentliche Recursfrift bezüglich der Beſtimmung der Koſten einer vor der Concursöffnung im ſummarifchen Verfahren geführten Execution 6363. Einfluß der Concursöffnung auf die Frift zum Recurse gegen eine wechſelrechtliche Zahlungsanfrage 7288. Recursfrift des Verfahrens außer Streitſachen bezüglich Beſtimmung der Schätzungsgebühren im (wechſelrechtlichen) Executionsverfahren 6215; bezüglich der executive Vormerkung officioſ beſtimmter Alimentationsforderungen 7310. Frift für Recurse gegen die Intabulation des executive Pfandrechts; Grundbuchſache? 6709, 7929; gegen den Beſcheid über Löſchung einer Pränotation wegen unterbliebener Rechtfertigung 7123; gegen die Streitannmerkung auf Grund des in der Löſchungsſtelle geſtellten Begehrens 7105; — vgl. auch unten Verſ. außer Streitſ. F. IV. — Berechnung der Recursfrift im Beſitzſtörungsverfahren 7240.

- IV. Nullitätsbeſchwerde. Nullitäten ſ. oben I. — Behandlung eines Geſuchs als Nullitätsbeſchwerde 7682; Bezeichnung eines Recurses als Nullitätsbeſchwerde ohne Angabe von Nullitätsgründen? 6567. Theilweiſe Vernichtung eines Urtheils über die Nullitätsbeſchwerde 8038. Zuläſſigkeit des Nullitätsrecurses gegen die Bewilligung einer

Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß 6033, 6192; gegen eine (obergerichtliche) Beweisverfügung 6738. Unzulässigkeit der Nullitätsbeschwerde gegen zwei gleichlautende Urtheile im summarischen Verfahren 6120, 7636. Nullitätsrecurs wegen Annahme eines Duplikats nach angeordneter Inrotulirung 6406; wegen mangelhaften Verfahrens im Besitzstörungsproceß 6011; wegen unrichtiger Fassung des Erkenntnisses 6881; wegen mangelhafter Zustellung 7722. Frist zur Nullitätsbeschwerde im summarischen Verfahren 5910.

V. Aufsechtung eines Schiedsspruches (vgl. oben L. V.). Zuständigkeit der Seegerichte für Aufsechtung eines in Seerechtsstreitigkeiten gefällten Schiedsspruches 5690. Verzicht auf die gerichtliche Aufsechtung? 6077; Anerkennung der Rechtskräftigkeit des Schiedsspruches 6952. Sofortige Zurückweisung einer Klage auf Nichtigerklärung eines schiedsgerichtlichen Zwischenerkenntnisses 6001. Unstatthaftigkeit der Aufsechtung im Recurswege 6127. Unzulässigkeit der Execution zur Sicherstellung während des Streits über die Gültigkeit des Schiedsspruches 7212. Nullität des in contumaciam gefällten Schiedsspruches 6372; des Schiedsspruches wegen mangelnder Zustimmung eines Betheiligten zu dem Compromisse 7895.

VI. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Schriftliches oder mündliches Verfahren über die Restitutionsklage? 7641; über ein „Gesuch“ um Wiedereinsetzung? 8047. Verhältniß der Wiedereinsetzung wegen verstrichener Frist zu derjenigen wegen schlechter Vertretung 5709, 6484, 6554, 6756. Unzulässigkeit der Abweisung ohne Anhörung des Gegners 5784; wegen verspäteter Anbringung der Restitutionsklage 5889; wegen Unstatthaftigkeit (im summarischen Verfahren) 7183; wegen res judicata 7579; sofortige Abweisung wegen unterlassener Anbietung actorischer Caution 5976. Suspensiveffect des Wiedereinsetzungsbegehrens? 5873, 6766, 7183, 7664, 8213; Einfluß der Restitutionsklage behufs Einbringung einer neuen Einrede auf die Replik 8116; auf die Klageverjährung? 8039. Aufhebung der Execution durch die Restitution gegen das Urtheil? 5776, 8204. Unstatthaftigkeit der bürgerlichen Anmerkung der Restitutionsklage 5600. Kosten des Verfahrens ausnahmslos von dem Restitutionswerber zu tragen 5675, 5835, 6416, 6928, 7281; bei Restitution ob noviter reperta von dem unterliegenden Theile zu tragen 5974, 6685. Ausbleibensrechtfertigung s. oben H. I. —

1. Wiedereinsetzung wegen verstrichener Frist unstatthast bei Verschulden des Advocaten 5709, 6554; Bewilligung derselben wegen Verschuldens des Advocaten 6484. Unzulässigkeit des Recurses gegen die Anordnung der Parteienvernehmung über das Gesuch um Wiedereinsetzung wegen verstrichener Frist 6763. Gesuch um Wiedereinsetzung behufs Einbringung des Recurses gegen die Verweisung auf den Rechtsweg im Verlassenschaftsabhandlungsverfahren 6753. Einfluß der erlangten Restitution zur Erstattung der Einrede auf die Frist zur

~~Wiedereinsetzung~~ Wiedereinwendung 7228. Unzulässigkeit der Wiedereinsetzung ~~gegen den Endbescheid~~ im Besitzstörungsverfahren 6844.

2. Ob noviter reperta gegen ein bedingtes Endurtheil und ~~den Bescheid~~ Bescheid, daß ein Eid für abgelegt zu gelten habe 6974; gegen ~~den~~ die Submision des Beklagten ergangenes Urtheil 6888. Unstatthaftigkeit des Begehrens der Restitution behufs Eintritts eines ~~Verurtheilten~~ Verurtheilten zur Eidesablegung 6966. Voraussetzungen: ~~Rechtskraft~~ der neuen Beweismittel 7048; Nachweis, daß der Beweisführer von deren Vorhandensein „nicht wissen konnte“ 7241; Zulässigkeit des Begehrens vor gefällttem Urtheil 7892. Verhältniß der Wiedereinsetzung zum Beweise pro evitando perjurio 7299, 8117. Unterschied von dem Verfahren wegen Substituierung neuer Zeugen an Stelle eines Versprochenen 7110.

3. Wegen mangelhafter Vertretung durch einen ausländischen Advocaten? 6654; Abweisung des Begehrens auf Grund rechtskräftiger Abweisung des Gesuchs um Wiedereinsetzung wegen verstrichener Frist; exceptio rei judicatae 6756. Geldstrafe gegen den Advocaten im Gebiete der westgal. G. D.? 7798. Gesuch um Wiedereinsetzung gegen die Concurseröffnung 6784.

N. Execution.

(Executivproceß s. Q. III.)

I. Execution überhaupt.

1. Grundlage der Execution. Rechtskraft des Urtheils (s. oben L. IV.) Vollstreckung eines Bescheids vor Ablauf der Recursfrist 8068. Sofortige Vollstreckbarkeit des Erkenntnisses im Besitzstörungstreite (auch bezüglich der Kosten) 7668. Vollstreckbarkeit des strafgerichtlichen Ersaherkenntnisses; amtliche Bestätigung der Rechtskraft? 7114. Beginn der im bedingten Endurtheile gesetzten Erfüllungsfrist 7657. Aufrechte Erledigung eines vor Ablauf der Erfüllungsfrist angebrachten Executionsgesuches nach deren Ablauf 8122. Vollstreckbarkeit des keine Zahlungsfrist (für den Kostenersatz) enthaltenden Urtheils 6706; des gegen eine Concursmasse erstrittenen, keine Zahlungsfrist bestimmenden Liquidirungsurtheils? 6783. Einvernehmung des Executen vor Bewillung der Execution auf Grund eines alten Executions titels 7486. Folge der Unterlassung rechtzeitiger Execution einer gerichtlichen Kündigung 7495; vgl. auch unten Q. VI. — Verhältniß der Execution zum Urtheile; Corrigirung eines Schreibfehlers in demselben? 6762. Auslegung des Urtheils 6925, 7172. Der Inhalt des Urtheils allein maßgebend 7275. Einschränkung der Execution auf Grund des Gesetzes v. 19. Juli 1877 (für Oatizien)? 7465, 7466, 7557, 7878, 7885, 7978, 8028, 8198, 8224, 8226 — vgl. oben Obligationenr. A. III. Beschränkung der Execution auf Grund des vor der Einantwortung

tung gegen den Vorbehaltserben ergangenen Urtheils nach der Einantwortung auf den Betrag des Nachlasses 5923. Vollstreckung des bedingten Endurtheiles 5614. Einleitung des Executivprocesses auf Grund einer bedingten Verurtheilung 8111. Unstatthaftigkeit einseitiger Vollstreckung des Urtheils ohne Rücksicht auf zuerkannte Gegenansprüche 7246, 7307. Vollstreckung eines Urtheils auf Rechnungslegung 5635; eines Urtheils auf Unterlassung von einem Baunrechte widerstreitenden Handlungen; Beweislast 5661. Executive Einverleibung des Pfandrechts für zuerkannte Alimente pro futuro 6426, 6861; Unzulässigkeit derselben 6579, 7633, 7833, 8134. Execution eines zur Anerkennung eines Rechts verhaltenden Urtheils? 8035. Besizentsehung auf Grund eines Einantwortungsdecretes? 7986. Executionsführung auf Grund der Liquidirung nach aufgehobenem Concurse 5695, 7528, 8156; während des Concurses? 5938, 7086. Bestätigung der Competenz des Erkenntnißgerichts und der Rechtskraft behufs Vollstreckung eines inländischen Erkenntnisses im Auslande 8043, 8071. Nichtvollstreckbarkeit inländischer Urtheile in Ausland 7922. Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit ausländischer Urtheile 5704; Umfang der Rechtskraft der negativen Entscheidung im Delibationsverfahren 7698; Vollstreckung eines ausländischen Urtheils gegen einen Ausländer 7763. (Entscheidung über die) Kosten der Vollstreckung 8013. Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit des Urtheils eines russischen Gerichts 6801; eines italienischen Gerichts 7196, 7698; eines schweizerischen Gerichts 7377; eines bairischen Gerichts 8057; eines rumänischen Gerichts 8179. Vollzug der Pfändung zur Sicherstellung auf Grund des Bescheides eines ungarischen Gerichts 7999. Vorläufige Ausführung des telegraphisch mitgetheilten Verbotes eines ausländischen Gerichts 5844. Einleitung des Executivprocesses auf Grund ausländischen Urtheils? 6900. Unzulässigkeit zwangsweiser Einbringung der Sporteln einer ausländischen Behörde 6825. Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit eines Spruches des Berliner Börseschiedsgerichtes 5717.

Entscheidungen von Administrativbehörden. Gerichtliche Mobilarexecution zur Einbringung von Steuerrückständen 7278; Bestätigung der Rechtskraft des Zahlungsauftrags? 5790. Execution auf Grund von Steuerrückstandsausweisen 7896; Einverleibung „in gesetzlicher Priorität“? 7649. Executive Einverleibung von Vermögensübertragungsgebühren auf anderen Realitäten? 6856. Execution wider den Nachfolger im Besiz der Realität 7953. Execution auf Grund der steuerämtlichen Zahlungsauflage über eine Stempelstrafe 6198; Kosten der Execution zur Einbringung einer Gefällstrafe 5828; Executive Einverleibung der Patronatslast auf Grund eines Administrativerkennnisses? 6574. (Kosten der) Vollstreckung der Erkenntnisse der Grundlastenablösungscommission 6820, 7358, 8150. Executive Einbringung der in einem öffentlichen Krankenhause aufgelaufenen Verpflegskosten 6525. Execution auf Grund von Zah-

lungsaufträgen von Postbehörden? 6275; auf Grund von Rechnungserledigungen eines Gemeinde-Ausschusses? 5877, 6131. Gerichtliche Execution zur Einbringung der vom Verwaltungsgerichtshof zugesprochenen Kosten 8182. Vollstreckbarkeit eines vor der Polizeibehörde geschlossenen Vergleichs 6178. Feilbietung eines verwahrlosten Hauses auf Ansuchen der politischen Behörde 7261.

Vollstreckung eines Schiedsspruchs 6127. Rechtskraft des auf irriger Auslegung des Schiedsspruchs beruhenden Executionsbescheids? 6496. Nichtvollstreckbarkeit des Schiedsspruchs vor Ablauf der Ansetzungsfrist 6077; sofortige Vollstreckbarkeit bei ausdrücklicher Anerkennung durch den Schuldner 6952. Pränotation auf Grund beiderseitig anerkannten Schiedsspruchs? 5656. Sofortige Vollstreckbarkeit der durch den Schiedsrichter festgesetzten Vergütung für den Fall verzögerter Erfüllung? 6442, 6965. Execution auf Grund eines in Wahrheit gar nicht ergangenen Schiedsspruches 6380. Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit eines Spruches des Berliner Börseschiedsgerichts 5717.

Execution auf Grund eines gerichtlichen Vergleiches 7894; Einschränkung auf Grund des Ges. v. 19. Juli 1877 (für Galizien)? 7978; Vergleich über Alimente pro futuro? 6579. Unmöglichkeit der Erfüllung des Vergleichs? 5853. Die Zahlung „nach Thunlichkeit“ zusehrender Vergleich? 8230. Execution zur Sicherstellung auf Grund eines Vergleichs? 5961. Gerichtlicher Vergleich über Executionsmodalitäten 7961. Vergleich vor der Grundlastenablösungscommission 8150; vor der Polizeibehörde 6178.

Vollstreckbarer Notariatsact; Entbehrlichkeit (und Art) der Unterschrift des Gläubigers 5756, 6262, 6940. Vollstreckbarkeit gegen Dritte? 6264, 7000, 7471. Abtretung der Rechte aus dem Notariatsacte 7121. Notariatsact mit der Clausel des Terminverlustes; Nothwendigkeit des Nachweises des letzteren 6348; Vollstreckbarkeit ohne diesen Nachweis 5742, 6292, 6577, 6895. Nachweis des Eintritts der Voraussetzungen der Fälligkeit der Forderung 6808; Beweislast in Ansehung der Erfüllung der Verbindlichkeit 7553. Executive Pfandrechteinverleibung für die notariell verschriebene „auf jedesmaliges Verlangen sofort zahlbare“ Hinterlage 8166. Executive Subabulation des vollstreckbaren, einen Pfandrechtstitel nicht enthaltenden Notariatsacts 8084, 8088. Anwendung der Vorschriften des Bagatellverfahrens (über a. o. Revisionsrecurse) bei Vollstreckung von Notariatsacten 6843; Unzulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses 7325. Recursfrist; Abhängigkeit von dem Betrage 6807; 14tägige Frist 6989. Erlöschung der Vollstreckbarkeit des notariellen Mietvertrags durch Bestellung eines politischen Sequesters? 7815.

Executive Einantwortung auf Grund einverständlichen Gesuchs von Gläubiger und Schuldner? 5885.

Legitimation des Advocaten zur Erwirkung der Execution nach dem Tode seines Klienten? 6631. Execution auf Grund eines vom

Vormanne erwirkten Titels? 6487; Executionsrecht des Cessionars auf Grund des vom Lebenden erwirkten Urtheils? 5630, 6702; Fortsetzung der Execution durch den Cessionar 7706, 7985. Person des Executen: Zulässigkeit der Executionsführung gegen den Staat 6716; gegen Minderjährige auf Grund Strafurtheiles 7941. Vollstreckung des gegen eine Gesamtgemeinde ergangenen Urtheils gegen die aus ihr gebildeten Einzelgemeinden 5830; des gegen eine Handelsgesellschaft ergangenen Urtheils gegen den einzelnen Gesellschafter? 7061, 7888; auf Grund des mit einer Genossenschaft geschlossenen Vergleichs gegen deren „innere“ Mitglieder? 7626. Einbringung der Kosten des vom Creditar gemeinschaftlich mit der Concurssmasse geführten Processes nach der Concursaufhebung 7939. Vollstreckung des gegen den Lebenden ergangenen Urtheils gegen den Cessionar 7702. Unstatthaftigkeit der Mobilienexecution gegen den Hypothekarschuldner 5892. Voraussetzungen der (Fortführung der) Execution wider den Besitznachfolger des Schuldners 6381, 6973, 7706, 7885, 7974; auf Grund vollstreckbaren Notariatsacts 6264, 7471; Unzulässigkeit der Vollstreckung des Notariatsactes gegen den Besitznachfolger des Schuldners 7000. Execution zur Einbringung einer Besitzveränderungsgebühr auf Grund des wider den Vorbesitzer ergangenen Zahlungsauftrags 6899, 7953. Executive Einverleibung des gegen den Vormann des Hypothekarschuldners ergangenen Pränotationsrechtserkenntnisses? 5687, 5977, 5978.

2. Object der Execution. Festimmung des Executionsobjectes durch den Executionsführer 8036; genaue Angabe erforderlich 6257; Pfändung „aller wie immer Namen habenden Forderungen“? 5972. Unzulässigkeit der Beschlagnahme von Postpferden 7321; ausländischer Postschiffe? 6048; der executiven Feilbietung von Aerialcautionen vor ihrer Devinculirung 7276; von Cautionen für Druckschriften vor Ablauf des Zahlungstermines 7262; Zulässigkeit der Execution auf Notariatscautionen 5738. Gerichtliche Sequestration eines unter politischem Sequester stehenden Gutes? 7502. Beschränkte Executionsführung gegen mit dem Staate (dem Wiener Stadterweiterungsfonde) in Vertragsverhältniß stehende Personen 5893, 6194. Unzulässigkeit der Pfändung von Gemeindeabgaben 6917. Voraussetzungen der Execution auf die zu (israelitischen) Cultuszwecken dienenden Gebäude 8094. Unzulässigkeit der Executionsführung auf Gräfte 6677. Zulässigkeit der Executionsführung auf Staatsrealitäten 6716. Unzulässigkeit der Executionsführung auf Brandschadensversicherungssummen 6087, 7748, 8227; für den fundus instructus eines Gutes 6306; Zulässigkeit der Executionsführung auf die für Mobilien versicherte Summe 6836. Unzulässigkeit der Execution auf Unterstützungsbezüge aus Bruderalben 7683; auf Bettgewand? 6250; auf Winterkleider? 6411; auf die Nähmaschine eines Schneiders 8200; auf noch nicht zugewiesene Grundentlastungscapitalien 5740. Unwirksamkeit des bei einer Hypothekarforderung intabulirten Belastungsverbotcs gegenüber der Exe-

cution 5991; des einem Vermächtniß beigefügten Veräußerungsverbot gegenüber Gläubigern des Legatars 7365. Unzulässigkeit der Execution auf das mit einem Substitutionsbände behaftete Vermögen des Schuldners 6572, 6692, 6743, 7390, 7958; Zulässigkeit der Sequestration 6743; Voraussetzungen der Executionsführung auf den dem Vater überlassenen Fruchtgenuß an dem seinen Kindern zugewendeten Vermögen 7801.

Befreiung der Beamtengehälter von der Execution; Anwendung der Vorschriften auf Beamte der gemeinsamen österr.-ungar. Regierung 7858; auf in Bosnien dienende Beamte 7830; auf Gemeindebeamte 7530, 7558; Execution auf Gehälter von Beamten eines fremden Consulates? 7559. Unstatthaftigkeit der Executionsführung auf Collegiengelder und Prüfungsstaren eines Universitätsprofessors 7572. Zulässigkeit der Execution auf die Bestallung eines Richtmeisters 6464; auf die Taggelber eines Diurnisten 6268, 6321; auf die der Gattin l. f. Beamten zugesicherten Alimente? 6653, 7765. Voraussetzungen der Zulässigkeit der Execution auf Privatdienstbezüge 7682; Berücksichtigung von Nebeneinkommen? 8070; Zulässigkeit der Execution auf Nebeneinkünfte eines Staatsbeamten (Universitätsprofessors) 7588. Unzulässigkeit der Execution auf das Ergebnis einer bevorstehenden Benefizvorstellung 7482. Zulässigkeit der Execution zur Hereinbringung des Erlages für dem Kinde des Executen geleistete Alimente? 6920, 7930. Zulässigkeit der Execution auf Dienstbezüge zur Einbringung von Stempelstrafen 6198; der Execution auf Ruhestandsbezüge von Privatbeamten 5611, 5928, 6719. Nachweis der Voraussetzungen der Execution auf Dienstbezüge durch den Executionsführer 7215, 7967; Entscheidung durch die Angaben des Dienstgebers 6321; Aenderung der Dienstbezüge nach bewilligter Execution 8219.

Execution auf ein, einen Bestandtheil eines größeren Grundbuchskörpers bildendes, Grundstück? 5777, 6269, 6334, 7477. Executionsführung auf ein abgebranntes Haus 7182. Executive Pfandrechteinverleibung auf den zur Liegenschaft des Schuldners gehörigen Anteil an, mehreren Wirthschaften gemeinsamen, Ueberlandgrundstücken 8106. Execution auf ein bloß im bürgerlichen, nicht aber im physischen Besitze des Schuldners stehendes Grundstück 6174. Unzulässigkeit der Einziehung einer Eisenbahn abgetretener, wenn auch noch nicht bürgerlich abgeschriebener, Parzellen in die Execution auf den ursprünglichen Grundbuchskörper 5767, 7510. Executive Sequestration einer im außerbürgerlichen Besitze des Executen stehenden Realität 6684; executive Pfandrechteinverleibung auf eine Eisenbahn, für welche nur eine vorläufige Grundbucheinlage eröffnet ist 5818. Sequestration einer zu einer Concursmasse gehörigen Liegenschaft 5624. Execution auf nicht verbürgerte Realitäten 5914, 6044, 6288, 6346, 6853, 6858, 7211, 7534; bürgerlicher Besitz eines Dritten? 6203, 6424; Nachweis des Besizes des Executen? 7871. Execution auf das „Ver-

„Besitzrecht“ an einer Liegenschaft 7954; auf das „Kaufrecht“ betreffs eines noch nicht ausgeschiedenen Theiles eines Grundbuchs-Körpers 7532.

Pfändung untheilbarer, dem Executen gemeinsam mit einem Dritten gehöriger Mobilien 5875; Pfändung von Gerichtsbepositen 6197, 7509; Execution auf ein Sparcassebuch 7108. Pfändung von Sachen im Besitz eines Dritten 6166. Amtliche Erhebung des Besitzstandes? 6207, 6648 — vgl. unten 3. (Andere) Rechte als Executions-objecte: Pfandrecht an beweglichen Sachen? 6124; Ausgebing? 7516; Recht aus der (intabulirten) ehelichen Gütergemeinschaft? 7998; Gegenforderungen des Schuldners? 7066, 7436; streitige Forderungen? 5929, 7216; vom Executionsführer dem Schuldner zu leistende Alimente? 7247, 7765; fällig werdende Renten 7525; Anspruch auf Ausfolgung eines zugesagten Darlehens? 7813; vom Executionsführer geschuldeter Rausschillungsreiß? 7886; Pachtrechte 8065, 8080; „Kaufrecht“ 7532; „Besitzrecht“ 7954.

Unzulässigkeit der Execution auf das eventuelle Erbrecht eines Nacherben 6883. Haftung des Vorbehaltserven mit den Bestandtheilen seines eigenen Vermögens? 7412, 7782. Execution auf die Lebensversicherungssumme zur Einbringung von Schulden des Versicherten nach dessen Tod? 5801, 5833, 5834, 5842, 6571. Executive Pfändung eines nicht verbücherten Nachlaßgrundstückes behufs Einbringung einer Nachlaßschuld 6858. Execution auf das Nachlaßvermögen unter Beschränkung des §. 822 a. b. G. B. 5703, 5903, 7527, 7688, 7764, 7863, 7865, 8088, 8189; nach der Einantwortung 5587; Unanwendbarkeit des §. 822 cit. auf die Execution zur Sicherstellung einer Schuld des Erblassers auf einer für dieselbe verpfändeten Nachlaßrealität 8058 — vgl. oben Erbr. A. VIII. 1. Executive Feilbietung des eventuellen Anspruchs des Nachlegatars 6567.

3. Hemmung der Execution. In Folge strafgerichtlicher Vorhebungen? 5590; strafgerichtlicher Untersuchung? 5707, 6882; in Folge Hervorkommens der Minderjährigkeit des Executen 8187. Sifirung der Execution bis zur Austragung des Streits über die Rechtmäßigkeit der Einbeziehung der separat verbücherten Zinsforderung in die Feilbietung einer Hypothekarforderung 7511; bis zur Austragung des Processes über die in Execution gezogene Forderung des Executen 7216; Voraussetzungen der Einstellung der Execution auf Grund eines Notariatsactes während des Streits über dessen Gültigkeit 6940. Unstatthaftigkeit der Fortsetzung der vor Errichtung des Grundbuchs begonnenen Execution bis zur Eintragung des Pfandrechts in der inzwischen eröffneten Grundbucheinlage? 6288, 7309, 7861. Unzulässigkeit der Suspension der Execution zur Erzwingung der Uebergabe eines Grundstückes auf die Angabe des Executen, dasselbe nicht zu besitzen 5911. Unstatthaftigkeit eines Gesuchs um Erstreckung der Urtheilsfrist behufs Hemmung der Execution 6688. Hemmung der Execution zur

Sicherstellung durch Recurs? 7989; Sistirung der Execution wegen Bedeckung der Forderung durch das Ergebniß der bisherigen Executions-schritte? 7222. Hemmung der Execution durch Zahlung der Schuld in Händen des Gerichtsdieners? 7568; Aufhebung der Transferirung in Folge der Berichtigung der Schuld? 6848. Sistirung der Execution im Falle des Ausweises über den gerichtlichen Erlag der Schuld 5643; durch Erlag unter Vorbehalt der Oppositionsfrage 6785; Rechtmäßigkeit des Erlags? 6925; Hemmung in Folge von Anzeigen Dritter? 6166; Sistirung der Execution durch eine Eigenthumsfrage gegen den Executen? 6357; Aufhebung der wider einen Bauführer bewilligten Pfändung des im Baue befindlichen Hauses auf Begehren des Bauherrn 7073. Berechtigung Dritter zum Recurse (gegen die Transferirung)? 7681; Einsprache Dritter gegen die Feilbietung der gepfändeten Mobilien? 5874; des Vermiethers gegen die Transferirung der *invecta et illata* 6617; Hemmung der Execution auf „Besitzrechte“ in Folge Geltendmachung eines Fruchtgenußrechts seitens eines Dritten 7954. Einfluß der Concursöffnung s. unten Conc. A. I. 3. — Oppositionsfrage s. unten 4.

Erscindirungsfrage. Verhältniß zur amtlichen Erhebung des Besitzstandes 6648; Ersindirungsfrage oder Berufung des Dritten auf seinen Besitz? 6207. Geltendmachung des Privilegiums des Staates bei Executionsführungen gegen seine Schuldner im Wege der Ersindirungsfrage? 6194. Analoge Anwendung der Grundsätze über Ersindirung auf Immobiliarexecution 6979, 7400; auf die Execution auf nicht verbücherte Liegenschaften 5914, 6424, 7211, 7871. Competenz des städt.-beleg. Bezirksgerichtes für Ersindirungsfragen 6879; der Realinstanz für Ersindirungsfragen gegen den Fiscus 6912; gegen eine Concursmasse 7292. Gegenstand der Ersindirungsfrage: Lebensversicherungspolizze 5842; Geld 5996, 6849; auf dem, dem Kläger geschenkten, Gute befindliche Möbel- und Einrichtungsstücke? 6389. Ersindirung auf Grund des Miteigenthums? 5875. Beweis der Identität 6319, 7178. Beweislast hinsichtlich des *modus acquirendi* 7452; Tradition des verkauften abzustößenden Holzes? 6462; Zeitpunkt des Eigenthumserwerbs 8146. Berufung auf eine notarielle Erklärung des Executen, daß die erscindirten Gegenstände Eigenthum der Klägerin, seiner Frau, sind? 6319, 6993. Hauptreid über die Behauptung des Klägers, die Gegenstände „mit seinem Gelde gekauft“ zu haben? 6903, 6960, 6993, 7745, 8069; Kenntniß der behaupteten Thatfachen auf Seite des Delaten? 6682, 7933, 8029; Delation des Hauptreids an den Fiscus? 5854, 7102, 8052; an eine Stadtgemeinde? 7610; an den Verwalter der beklagten Concursmasse 5819. Einfluß der Streitgenossenschaft der Ersindirungskläger 6687. Aenderung des Klagegrundes der Ersindirungsfrage? 6769. Einwendung der Simulation der Eigenthumsübertragung? 7956; der *fraudatio creditorum* 6312. Berufung auf §. 456 a. b. C. B.? 6641,

6883, 6849, 7179, 8114. Klagscaution im Erschindungsproceß 7524, 7711. Verurtheilung des unterliegenden Beklagten in die Kosten trotz unterbliebener Einsprache des Klägers gegen die Pfändung 6596; des nachträglich submittirenden Beklagten 7224; des sofort submittirenden Beklagten 8177. Befreiheit des sofort submittirenden Beklagten vom Kostenersatz 6026, 6157, 6440, 7131, 8181; Verurtheilung des Klägers in diesem Falle 7687. Competenz zur Entscheidung über die Sistrung der Feilbietung in Folge einer Erschindungsklage gegen eine Concurssmasse 7292. Nothwendigkeit des Anbietens einer Caution zugleich mit dem Sistrungsbegehren? 8196. Voraussetzungen der Hemmung der Execution auf Grund einer unbescheinigten Erschindungsklage 7680; Verweigerung der Sistrung wegen ungenügender Bescheinigung 7475; Sistrung gegen Caution auf Grund einer lediglich auf den Haupteid gestützten Klage 7372; Kosten der Wiederausfolgung der Caution 7089; Supplirung der Caution durch den Paupertätseid? 7207. Unzulässigkeit der Hemmung der Einantwortung der feilgebotenen Piegenschaft an den Ersteher 7400; Suspension der Execution wegen geltend gemachten Miteigenthums des Dritten? 5875. Aufhebung der verfallten Sistrung wegen unterlassener Cautionsbestellung 7524. Hemmung der Immobiliarexecution wegen anhängiger Eigenthumsklage 6979, 7211. Nullität der trotz anhängiger Erschindungsklage vollzogenen Feilbietung? 8174. Erschindungsklage gegen politische Execution 5854, 6912, 7102, 8052.

4. Verschiedene Zwischenfälle und Streitigkeiten im Executionsverfahren. Verhältniß der verschiedenen Executionsarten zu einander: Einfluß des Executionsführers auf die Bestimmung der Executionsart? 5628, 6792. Unzulässigkeit der Mobilarexecution gegen den Hypothekarschuldner 5892; Mobilar- oder Immobiliarexecution auf ein Holzschlagrecht? 6770. Unstatthaftigkeit des Ansuchens um Pfändung des Schuldscheins gleichzeitig mit Erwerb des Afterpfandrechts an der Hypothek 7628. Pfändung oder Einantwortung von bei Gericht verwahrten Geldern? 6197; Einantwortung, nicht Feilbietung eines Sparcassabuchs 7103; einer Rentenforderung 8079; Erlöschen des Executionsrechts durch die bloße Einantwortung einer Forderung? 6175, 7339; Einantwortung als Vollzug der executiven Pfändung? 6791, 7994. Pfändung oder Sequestration des Ertrags einer ärztlichen Praxis? 6024. Einantwortung oder Sequestration behufs Executionsführung auf Miethzinsforderungen? 6792; auf die Einkünfte eines dem Schuldner mit einem Dritten gemeinschaftlichen Geschäfts 6331. Verhältniß der Feilbietung zur Vollstreckung eines Urtheils auf Auseinandersehung einer Gemeinschaft zur Executionsführung auf Immobilien 5673, 5841, 6251, 6869, 7422, 7689, 7800, 8005, 8021 — vgl. unten V.

Competenz des städt.-beleg. Bezirksamts zur Bewilligung der Execution 6178; des Realgerichts zur Bewilligung der in Vollstreckung des Urtheils eines anderen Gerichts angesuchten Immobilienfeilbietung 6186, 7058; zur Bewilligung der Sequestration 7162; Statthaftigkeit des Ansuchens um executive Schätzung beim Erkenntnißgerichte 7932. Nichtzuständigkeit des Handelsgerichts zur Sicherstellung von Gebührenforderungen 6073. Zuständigkeit für die Bewilligung der Execution nach Aufhebung des Concurſes auf Grund des Liquidationsprotokolls 8156. Unstatthaftigkeit der Requisition russischer Gerichte zur Vollstreckung hierländischer Urtheile 7922; Vorgang bei Erwirkung der Pfändung in Deutschland 8071; Requisition eines fremden Consulates 7559. Vollziehung von Pfändungsbescheiden ungarischer Gerichte 7989; vorläufige Ausführung des telegraphisch angezeigten Verbotes eines ausländischen Gerichts 5844 — vgl. noch oben 1. Ermächtigung des Executionsführers, gegen einen Schuldner mit unbekanntem Aufenthalt die Mobiliarexecution unmittelbar bei dem Gerichte anzufuchen, in dessen Sprengel sich Effecten des Schuldners finden 6100; Zuständigkeit des requirirenden Gerichts zur Bestimmung der Kosten der Intervention des Executionsführers bei dem requirirten Gerichte 7470; der Kosten des bei dem requirirten Gerichte bestellten Curators 7363; des requirirten inländischen Gerichts zur Entscheidung über die Kosten der Vollstreckung des ausländischen (ungarischen) Urtheils 8013. Verhältniß des requirirten Grundbuchgerichts zu dem die Execution bewilligenden Gerichte 5818, 6334, 6368. Aufbewahrungsort für das bei dem requirirten Gerichte aufgenommene Pfändungsprotokoll 6852. Frist zum Recurse gegen einen Bescheid der requirirten Realinstanz 7752. Collision der Gesetze des Ortes des Vollstreckungsgerichts mit den Gesetzen des Vollstreckungsortes 7897.

Verhältniß des Vollstreckungsverfahrens zum Erkenntnißverfahren. Anwendung der Vorschriften des summarischen Processes (über die Ausbleibensrechtfertigung)? 6182. Einfluß der besonderen Proceßart auf die Recursfrist im Executionsverfahren 6046, 6533, 7964; Einflußlosigkeit der Verfahrensart auf die Recursfrist 5765, 6215, 7139, 7250, 7259, 7350, 7407, 7457, 7710, 8109. Recurs im Vollstreckungsverfahren auf Grund Notariatsactes; Unterscheidung vom Mandatsproceß 6807, 6989. Anwendung der Normen des Hauptprocesses über Zulässigkeit des (a. o.) Recurses im Vollstreckungsverfahren nach durchgeführtem Summarproceß? 6212, 6959; Bagatelverfahren 6986, 7455, 7484, 7507, 7894; im Streit über das gesetzliche Pfandrecht des Vermiethers 7331; Einfluß des Betrages der Forderung bei Execution auf Grund vollstreckbaren Notariatsactes? 6843, 7325. Executions- oder Tabularbescheid? Recursfrist 6709, 7929; Zulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses? 5587, 6165 — vgl. überhaupt oben M. III.

Anfechtung der Execution durch Recurs wegen des auf dem Objecte haftenden Substitutionsbandes 7390; Recursrecht dritter durch die Execution betroffener Personen? 7681, 7968. Unstatthaftigkeit der Geltendmachung eines Schreibfehlers im Urtheile durch Recurs 6762; des Recurses gegen die Vollstreckung eines Schiedsspruchs wegen Nichtunterfertigung des Compromisses 6127; des Recurses gegen die Vollstreckung eines Urtheils über ein Bannrecht wegen Aufhörens des Wirthshansbetriebs in dem bannpflichtigen Hause 6455. Klage auf Ungiltigerklärung eines erschlienenen Executionsactes 7831; der Pfändung eines simulationshalber ausgestellten Wechsels 5619; auf Ungiltigerklärung der Execution wegen Verletzung des beneficium inventarii 7732. Sofortige Zurückweisung einer Klage zur Anfechtung einer executiven Schätzung 7719; der Klage (eines Concurssmassenverwalters) auf Ungiltigkeitserklärung 5716, 6113; einer Klage aus einem durch rechtskräftigen Meistgebotsvertheilungsbescheid abgewiesenen Anspruch 6914. Unstatthaftigkeit einer Klage auf Einstellung der Execution wegen Bedeckung der Forderung durch die bisherigen Schritte 7222; wegen nachfolgender Aenderungen in den in Execution gezogenen Dienstbezügen 8219; Gesuch um Aufhebung einer Execution auf Dienstbezüge 7682. Oppositionsklage als alleinige Form der Erwirkung der Löschung des executiven Pfandrechts auf Grund erlangter Wiedereinsetzung gegen das Urtheil 5776, 8204. Oppositionsklage zur Geltendmachung der Beschränkung der Execution gegen den Inventarserben auf den Umfang des Nachlasses? 5923, 7454; Oppositionsklage oder Klage auf Aufhebung eines Vergleichs wegen Unmöglichkeit seiner Erfüllung? 5853. Sofortige Abweisung einer Oppositionsklage gegen Vollstreckung provisorischer Verfügungen im Besitzstörungstreite 6761. Gerichtliche Hinterlegung einer wegen Vorbehalts der Oppositionsklage nicht angenommenen Urtheilsschuld 6785. Oppositionsklage vor Vollziehung der Execution 6927. Aufhebung der Verurtheilung des Verwalters eines Vereinsvermögens wegen seither erfolgter Auflösung des Vereines? 6593; Aufhebung des Executionsrechts durch erfolgte Abrechnung? 6758; durch Compensation; Hemmung der Execution? 8153; Verjährung der zugesprochenen Zinsen 5993; Sistirung der Execution bei offenkundiger Triennialverjährung der zugesprochenen Alimentationsraten 7494.

Verschiedene Zwischenfälle: Feilbietung einer im Executionsproceß befangenen Sache aus Versehen 8174. Wiederherstellung eines verloren gegangenen Pfändungsprotokolles 5949. Correctur einer irrigen Auslegung des Schiedsspruchs von Amtswegen 6496. Vorgang bei Ausscheidung von Pertinenzen eines Grundstücks aus der Mobiliarexecution 5683, 6674, 6978, 7160; Sequestration derselben während des Streits 7071; Collision der Pfändung der Producte eines Bergwerks mit der Sequestration des letzteren 5890; Fortdauer des Pfandrechts an den aus der in Execution

gezogenen Fabrik entfernten Maschinen 6757. Fortsetzung der Execution zur Erzwingung der Herausgabe eines Grundstückes, das der Execut inzwischen verlassen hat 6338; Veräußerung der in Verwahrung des Executen belassenen Objecte; Wirksamkeit des Pfandrechts gegen den gutgläubigen Erwerber 6804. (Außerblücherlicher) Abverkauf von Bestandtheilen einer Liegenschaft zwischen der executiven Schätzung und Feilbietung 6346, 7166; executive Schätzung von nach der Pfändung in dritte Hand übergegangenen Mobilien 6166. Fortsetzung der Executionsführung auf ein abgebranntes Haus 6534, 7435; Anspruch des Executen auf gerichtlichen Erlag der Versicherungssumme? 7748. Veränderung in der Person des Executionsführers und des Executen vgl. oben 1. — Einfluß der Concurseröffnung s. unten Conc. A. I. 2 und 3. — (Recurs gegen einen) vor der Rechtskraft vollstreckten Bescheid 8068. Pfändung von Geld, welches angeblich von dem außergerichtlichen Verkauf von Pfandstücken für Rechnung anderer Gläubiger herrührt 7695. Gerichtlicher Vergleich über Executionsmodalitäten 7961.

Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Kosten eines Executionsactes 5638. Haftung des Executionsführers für die Kosten bei Nichtvornahme eines Executionsactes 6655, 7028. Ersatzpflicht des Executen bei Einbringung mehrerer Executionsgesuche desselben Executionsführers 8014. Behandlung der Kosten mehrerer Executionsführer 5723. Anspruch des Notars als Gerichtscommissärs auf Gebühren aus Anlaß eines widerrufenen gerichtlichen Auftrags? 6430; auf einen Kostenvorschuß? 5733. Bestimmung der Kosten einer vor der Concurseröffnung gegen den Creditdar geführten Execution; Recursfrist 6363. Vgl. noch unten II. 4. und III.; ferner oben D. VI. 1. b).

- II. Execution auf unbewegliche Sachen. Grundstücke als Executionsobjecte s. oben I. 2. — Berechtigung des Executionsführers die Eintragung des Executen in die öffentlichen Bücher zu erwirken? 5769, 6565, 6745. Intabulation des Pfandrechts für eine Solitarschuld auf der im Miteigenthum der Schuldner stehenden Realität 5985. Analoge Anwendung der Vorschriften über Besitzfeststellung und Erschindungsflagge auf nicht verbücherte Liegenschaften 5914, 6424, 6858, 7211. Feilbietung von Liegenschaften zur Vollstreckung eines Theilungserkenntnisses s. unten V. — Executive Sequestration s. unten IV. —

Feilbietung.

1. Vorbedingungen. Rechtskraft der executiven Pfandrechteinverleibung als Voraussetzung der Fortsetzung der Execution 7974. Fortsetzung der vor Anlegung des Grundbuchs begonnenen Execution vor Eintragung des Pfandrechts in das inzwischen eröffnete Grundbuch? 7309, 7861. Erwerbung des executiven Pfandrechts an einer nicht verbücherten Liegenschaft durch notarielle pfandweise Beschreibung 7584; Behandlung der pfandweisen Beschreibung auf Grund

vertragsmäßigen Pfandrechts als executive für andere Gläubiger? 7529. Executive Schätzung vor Rechtskraft der Pfandrechtsverleibung 6045; sofortige Bewilligung derselben auf Grund vertragsmäßiger Hypothek (in Istrien) 7602. Bewilligung der Schätzung behufs Feilbietung zur Auseinandersetzung einer Gemeinschaft (ohne bühlerliche Anmerkung des Urtheils) 5841, 7800. Gesuch um executive Schätzung bei dem Proceßgericht 7932. Amtliche Ermittlung der zu schätzenden Gutsbestandtheile 7202; Ungiltigkeit der ohne Besichtigung der Liegenschaft vorgenommenen Schätzung 6835. Bestimmung der Schätzgebühren; Anwendung der Normen des Verfahrens außer Streitfachen 6215; Anspruch des Notars als Gerichtscommissärs auf Reisegebühren 6232, 6274; Gebührenanspruch des Notars bei nicht erfolgter Anmeldung 6655, 7028; Verpflichtung des Notars zur Vornahme der Schätzung trotz Nichtleistung eines Kostenvorschusses 5733. Unstatthaftigkeit des Feilbietungsgesuchs auf Grund einer vor mehreren Jahren vorgenommenen Schätzung 6551, 6973. Zuständigkeit des Realgerichts zur Bewilligung der Feilbietung 6186, 7053. Instruirung des Feilbietungsgesuches mit einem Exemplar des Entwurfes der Feilbietungsbedingnisse 5689, 6742; Beilegung eines Grundbuchsextractes 6288. Unzulässigkeit der Beschränkung der Feilbietung von Amtswegen auf einen ideellen Theil der Liegenschaft 8187. Voraussetzungen der gleichzeitigen Ausschreibung dreier Feilbietungstermine (in Galizien) 6243, 7068. Termin für die wiederholte Ausschreibung 6473. Collision der Gesetze des Sitzes des Vollstreckungsgerichts und des Vollstreckungsortes über die Executionsmodalitäten 7897. Ausdehnung der bewilligten Feilbietung auf eine andere Executionsführung 6943. Richtigkeit der executiven Schätzung und Feilbietungsbewilligung bei Gesezwidrigkeit des ersten Executionsgrades 8094.

Feilbietungsbedingnisse. Verhältnis zu den gesetzlichen Bestimmungen über die Meistgebotsvertheilung 7016; Einfluß auf die Rechte Dritter? 8149. Verschärfung der Bedingnisse in Folge, erst nach der Feilbietung erledigten, Recurses 7879. Feststellung neuer Bedingnisse wegen Zerstörung des Hauses zwischen dem zweiten und dritten Termine 7435. Berechtigung des Fruchtnießers der Realität, Aenderungen an den Bedingnissen zu beantragen 5917, 7725. Bedeutung der Bestimmung, daß jeder Mitbietende das Vadium vor Beginn der Licitacion zu erlegen habe 7679; Ersatz des Vadiums durch gedeckte Pfandforderung des Mitbietenden 8009. Aufnahme der Bedingung der Unveräußerlichkeit des Gutes unter dem Schätzwerthe 7564; der eventuellen Befreiung des Executionsführers vom Erlage des Meistgebotes 6105; der Uebernahme von Hypothekarschulden auf den Kauffchilling; Wirkung 6543. Behandlung von Servituten 7405. Vorgang bei Feststellung der Feilbietungsbedingnisse behufs Auseinandersetzung einer Gemeinschaft 7689, 8005; vgl. auch unten V. Verständigung des Executen von den Feilbietungsbedingnissen? 5689, 6742; Frist zur Verständigung

des Executen von der wiederholten Ausschreibung der Feilbietung 6473. Nothwendigkeit der Verständigung der Saßgläubiger von dem ganzen Inhalte der Feilbietungsbedingnisse 6091. Gültigkeit der dem Gläubiger rechtzeitig bekannt gewordenen Feilbietung trotz gesetzwidriger Zustellung an denselben 7856; Zustellung an einen Mandatar 6145. Verständigung einer offenen Handelsgesellschaft durch Verständigung eines Mitglieds als selbständigen Realgläubigers 6750. Nullität der Feilbietung wegen unterbliebener Verständigung des Steueramtes und Bestellung eines Curators für spätere Gläubiger? 7068. Nullität wegen unterbliebener Verständigung der Finanzprocuratur; Sanirung derselben 7733; wegen unterbliebener Verständigung späterer Gläubiger 5672; Verständigung derselben zu Handen eines Curators 6922, 6775. Nullität bei unterbliebener Edictalkundmachung der Bestellung eines Curators für einen abwesenden Gläubiger 7408; wegen Nichtverständigung der nur in der Haupteinlage eingetragenen Pfandgläubiger von der Feilbietung eines der simultan haftenden Grundstücke 7611. Nullität der Relicitation wegen Nichtverständigung aller Gläubiger 6775. Nullität wegen Nichtverständigung eines Gläubigers, dessen Recht nach Angabe des Executen erloschen ist 6072; wegen verspäteter Kundmachung des Edicts 7850. Nothwendigkeit der Verständigung der Pfandgläubiger von der Feilbietung einer nicht verbücherten Realität? 6044. Executionsprivilegium der österr. ung. Bank 7897, 8009; von Sparcassen? 6256, 6380. Ausdehnung der von einem privilegierten Institute erwirkten Feilbietung auf die Executionsführung eines nichtprivilegierten Gläubigers (nach Austritt des ersteren) 6943; der von einem privilegierten Institute zur Geltendmachung vertragmäßigen Pfandrechts erwirkten pfandweisen Beschreibung einer nicht verbücherten Realität auf die Execution anderer Gläubiger? 7529.

2. Vorgang bei der Feilbietung. Gerichtlicher Vergleich über die Modalitäten 7961. Ungültigkeit der durch einen Notar als Gerichtskommissär vorgenommenen Feilbietung; Anspruch auf Gebühren? 6916. Unzulässigkeit der separaten Feilbietung der einzelnen Bestandtheile des in Execution gezogenen Grundbuchskörpers 6269. Cumulative Feilbietung mehrerer Grundstücke 5992. Beschränkung der Feilbietung von Amtswegen bei Hervorkommen der Minderjährigkeit eines Miteigenthümers? 8187. Unzulässigkeit der Vornahme der Feilbietung nach Zerstückung des Hauses zwischen dem zweiten und dritten Termine 7435. Einbeziehung des bei der ersten Feilbietung verfallenen Badiums in die Relicitation 8120. Verlegung des dritten Termins auf Verlangen des Executionsführers und Executen; Einspruchrecht der Realgläubiger? 5768. Wiederholte Verlegung; Termin für die neuerliche Ausschreibung 6473; Aufrechterhaltung der Eigenschaft als dritter Termin trotz Nichteinhaltung des zuerst für die dritte Feilbietung angedesignierten Termins 8016. Legimation des Vertreters der Finanzprocuratur zum

Mitbieten 7194; Ausschließung des Vorbehaltsverben bei Feilbietung einer Nachlaßrealität 7586. Nullität der Feilbietung wegen Zurückweisung eines nach begonnener Excitation sich meldenden Excitanten 7679. Befreiung des mit seiner Forderung gedeckten Gläubigers (Fiscus) vom Erlage der Cautio 7870, 8009. Erlag des Meistgebotes in Werthpapieren? 7724.

3. Stellung des Ersteher's. Erlag des Kaufpreises in Werthpapieren? 7724; Bestimmung der Zahlungspflicht des Ersteher's lediglich durch das Meistgebotsvertheilungserkenntniß 6990, 8154. Nachträgliche Verschärfung der Feilbietungsbedingungen in Erlebigung eines vor der Feilbietung überreichten Recurses 7879. Unzulässigkeit der Verbotslegung seitens des Ersteher's auf den geschuldeten Rausschillingsrest 7886. Einantwortung eines noch nicht abgetrennten Theiles eines Grundbuchkörpers; Erwirkung der Abtrennung 5777; gültiger Erwerb einer Hypothek an einer dem Ersteher eingeworteten, bürgerlich aber nicht überschriebenen, von ihm weiter veräußerten Realität 7341. Hemmung der Einantwortung durch eine Exceutionenklage? 7400. Abweisung des Gesuchs um Einführung in die erstandene, nicht im physischen Besitze des Executen gewesene, Realität 6174. Sänmniß des Ersteher's in der Uebnahme; Fristerstreckung? 6098. Anspruch des Ersteher's auf die Brandschadensversicherungssumme? 8227. Sofortige Delogirung des Executen auf Verlangen des Ersteher's? 6658, 7690. Delogirung des bei der Meistgebotsvertheilung leer ausgegangenen Ausbedinglers? 7632. Verpflichtung des Pächters zur Räumung des Gutes ohne Kündigung 6038; „gehörige Kündigung“ des intabulirten Bestandvertrages durch den Ersteher 7946; Collision mit dem Pächter bezüglich der stehenden Früchte 8149. Erlösung aller Hypotheken durch den Zwangsverkauf 7513; Begehren der Löschung auch gegen den späteren Erwerber der Hypothekarforderung 5670; Unstatthaftigkeit der Löschung einer nur vorläufig leer ausgehenden Satzpost 7984. Verhältniß des Ersteher's zu nach der Feilbietung eingetragenen Gläubigern; Rangordnung der Anmerkung der vollzogenen Feilbietung 5871. Unstatthaftigkeit der Execution zur Einbringung einer nach erfolgter Anmerkung einverleibten Uebertragungsgebühr 7547. Nichthaftung des Ersteher's für die weder in den Feilbietungsbedingungen noch bei der Meistgebotsvertheilung berücksichtigte verbücherte Verbindlichkeit 7875. Haftung für vertragmäßige Zinsen der auf den Rausschilling übernommenen Hypothekarforderungen 7165; Fortsetzung der schon begonnenen Execution gegen den Ersteher 7706. Bürgerlich sichergestellte Verpflichtung zur Besorgung gewisser gottesdienstlicher Einrichtungen 5609. Geltendmachung dreißigjähriger Exstinction einer Servitut gegen den Ersteher 7957. Actio Publiciana des Ersteher's einer von zwei gleichzeitig feilgebotenen Realitäten gegen den Ersteher der anderen, wegen irrthümlich zu letzterer zugeschlagener Parzellen 8187.

Relicitation wegen Nichtberücksichtigung der Uebertragungsgebühr 6605; Geltendmachung des executiven Pfandrechts für übernommene Hypothekarschulden durch Relicitation? 6543. Nichtberechtigung der leer ausgehenden Gläubiger zum Begehren der Relicitation wegen Nichterfüllung der Feilbietungsbedingungen 7448. Unstatthaftigkeit der Relicitation wegen Unterlassung der Deponirung des Rausschillings bis zur Entscheidung des Streits über den Vorrechtsanspruch des Ersteher 7720; der Relicitation vor der Sackpostenliquidirung 7016. Ungültigkeit der Relicitation wegen Nichtverständigung aller Gläubiger 6775. Einbeziehung des verfallenen Badiums in die Relicitation 8120.

4. M e i ß g e b o t s v e r t h e i l u n g. Meistgebotsvertheilung als streitiges Verfahren 7999. Meistgebotsvertheilung bei Feilbietung eines verwahrlosten Hauses auf Ansuchen der politischen Behörde 7261; Vorgang bei Vertheilung des Rausschillings für eine behufs Auseinandersetzung der Gemeinschaft feilgebotenen Liegenschaft? 5673, 8021 — vgl. unten V. Einfluß der Concurseröffnung auf die Meistgebotsvertheilung? 6814. Einbeziehung der Brandschadenversicherungssumme in die Vertheilung des Rausschillings für das abgebrannte Object 7182, 8227; Geltendmachung der Rechte der Pfandgläubiger durch Klage gegen die Versicherungsgesellschaft 5940. Einbeziehung des bei der ersten Feilbietung verfallenen Badiums in die Vertheilung des bei der Relicitation erzielten Meistgebots 8120. Vertheilung des bei cumulativer Feilbietung mehrerer Grundstücke erzielten Erlöses nach Verhältniß der bei der Separatausbietung erzielten Einzelmeistgebote 5992. Graduationsverfahren in Tirol 6364; nur die Hypothekarrechte Gegenstand der Liquidirung in Tirol 5696. Verhältniß der Bestimmungen der Feilbietungsbedingungen zu den gesetzlichen Normen über Einleitung von Amtswegen und Modalitäten der Vertheilung 7016. Ausbleiben des Executionsführers von der Tagfahrt (bei Feilbietung einer nicht verblicherten Liegenschaft) 6853; Unstatthaftigkeit der Ausbleibens-Rechtsfertigung 6182. Berechnung einer in ausländischem Gelde zahlbaren Schuld 7381; Unabhängigkeit von dem inzwischen über die Personalschuld ergangenen Urtheile 6967; Darlehen der allg. österr. Bodencreditanstalt in Pfandbriefen 7333. Berücksichtigung intabulirter (Steuer-) Forderungen von Amtswegen; Zulassung nachträglicher Anmeldung 6407; Nichtberücksichtigung nachträglich vor Rechtskraft der Meistgebotsvertheilung angemeldeter Steuern 6924. Voraussetzungen der Zulässigkeit der Bestreitung angemeldeter Steuern durch nachstehende Gläubiger 7985; Unzulässigkeit richterlicher Ueberprüfung der (Gebühren-) Zahlungsaufträge 7497; Einwendung der Behebung und Defraudation der Steuern durch den politischen Sequester 8173. Nichtberechtigung nachstehender Gläubiger zur Bestreitung vom Executen anerkannter Sackposten 6504, 7417; zur Geltendmachung der erfolgten Zahlung der vorausgehenden Sackpost 7163; der Zinsenverjährung 7472. Wirkung der Liquidirung; Rechtskraft

des Meistgebotsvertheilungsbescheids 7163, 7375; in Ansehung der Kursberechnung für eine Forderung 6990; Unstatthaftigkeit der Berufung auf ein Versehen bei der Anmeldung 7614; Sanirung der Nullität der Feilbietung durch unterlassenen Recurs gegen die Meistgebotsvertheilung 7733; Abweisung a limine einer Klage aus einem durch rechtskräftigen Meistgebotsvertheilungsbescheid abgewiesenen Anspruch 6914; Berichtigung eines im Meistgebotsvertheilungsbescheide nachträglich entdeckten Irrthums 7386, 7399. Legimation des Besitznachfolgers des Ersiebers zur Anfechtung der auf das Meistgebot gewiesenen Forderungen? 8154. Verweisung einer Forderung auf den eventuellen Ausfall aus einer vorübergehenden Sachpost 7984. Verweisung auf den Rechtsweg; Bestimmung einer Präklusivfrist für die Vorrechtsklage; Verlängerung der Frist? 5757; Ansuchen um eine Frist zur Vorrechtsklage? 5798; sofortige Abweisung eines Gesuchs um Erstreckung der Frist zur Vorrechtsklage 5922; Erstreckbarkeit der Frist 6293, 6391, 7413. Liquidirung nach dem Tabularstande; Streit über Rechtswirkung der Eintragung dem ordentlichen Rechtswege vorbehalten 6436; Verweisung des die Tilgung einer Schuld behauptenden Executen auf den Rechtsweg 5772; des Pächters mit seinem verbücherten aber bestrittenen Entschädigungsanspruche 7717; Verweisung des mit Gläubigern des Erben collidirenden Gläubigers des Erblassers auf den Rechtsweg bei executiver Feilbietung einer Nachlassrealität 7822. Unstatthaftigkeit der Relicitation bis zur Entscheidung über den Vorrechtsanspruch des Ersiebers 7720. Aufforderungsclage des nachfolgenden Gläubigers gegen den vorübergehenden behufs Herbeiführung der Entscheidung 8176.

Behandlung einer pfandrechtlich sichergestellten Rauffchillingssforderung gegenüber einer älteren Schuld des Verkäufers 6364. Vorzug des vom Erbschaftsgläubiger nach der Einantwortung erworbenen executiven Pfandrechts vor dem vom Gläubiger des Erben nach § 822 a. b. G. B. erwirkten Pfandrecht 7620. Behandlung von Servituten 7405, 7600; einer bücherlich sichergestellten Verpflichtung zur Besorgung gottesdienstlicher Functionen 5609; des Ausgebings 6915, 6987 (Wirkung der Prioritätsabtretung), 7812, 8207 (nachträgliche Vertheilung des frei werdenden Capitals); des sichergestellten Eheiratsgutes 7860; der Rechte aus der ehelichen Gütergemeinschaft (und der superintabulirten Pfandrechte) 6436, 7669; Behandlung von Pachtentschädigungsforderungen 7717, 8125 (Anspruch wegen vorausbezahlten Zinses); Wirkungslosigkeit des Anerbietens des Ersiebers zur Aufrechterhaltung der einverleibten Bestandverträge 6504. Rang gleichzeitig mit dem Capitale intabulirter Zinsen 7972; älterer als dreijähriger intabulirter Zinsenrückstände 7652, 7986, 8086; Berechnung der Zinsen bis zum Feilbietungstage (bei nachträglicher Meistgebotsvertheilung) 8207; terminus a quo für Berechnung des dreijährigen Rückstandes im Falle der Relicitation 8120. Einrechnung der Nebengebühren in den Höchstbetrag des sichergestellten Credits

7431. Verpflichtung zur Zahlung einer Conventionalstrafe wegen Verzögerung; Unterbrechung durch die Liquidirungsverhandlung 8002. Behandlung pfandrechtlich sichergestellter Quittungskosten 7826. Kosten der Liquidirung der Forderung des Executionsführers als Vorzugspost 6035; Kosten des auf Antrag des Executionsführers für Tabulargläubiger bestellten Curators? 5942. Liquidirung der Kosten der executiven Sequestration im Range der Hypothek des Executionsführers? 5713, 5986, 6627; Kosten der executiven Pfandrechtseinverleibung als Vorzugspost? 6423. Vorzugsrecht der Kosten der politischen Execution zur Einbringung der angemeldeten Realsteuern? 7217, 7691; Vorzugsrecht der Strafgebühren für verzögerte Zahlung der Steuer? 7910. Behandlung der Feilbietungskosten bei Feilbietung eines verwahrlosten Hauses auf Ansuchen der politischen Behörde 7261. Simultanhypotheken: Ungetheilte Haftung jeder Realität für die ganze Schuld 7133. (Voraussetzungen der) analogen Anwendung des §. 37 E. O. 6718, 7893, 7972; Anwendung bei verschiedenen Eigenthümern der Realitäten? 5963, 6824. Analoge Anwendung auf eine auf der ganzen ideell getheilten Realität haftende Hypothek 6477; § 37 E. O. nicht von Amtswegen anzuwenden auf die Collision zwischen einer auf der ganzen Realität und einer auf dem feilgebotenen ideellen Theile haftenden Hypothek 8006. Behandlung der auf der ganzen, den Solidarschuldnern gemeinschaftlichen Realität haftenden Forderung als Simultanhypothek? 6419; Haftung jedes ideellen Theiles für die ganze Solidarschuld der Miteigenthümer 5985. Gesetzliches Vorzugsrecht der Erb- und Einkommen-Steuern von dem in der feilgebotenen Realität betriebenen Gewerbe 6017, 7126; kein Vorzugsrecht dieser Steuern 6591, 7382 (radicirtes Gewerbe), 7794, 8018, 8075. Kein Vorzugsrecht der Einkommensteuer vom Zins des steuerfreien Hauses 6830, 7027; Vorzugsrecht dieser Steuer (Natur einer Realsteuer) 6114, 6477, 7832. Unterbrechung der Verjährung des Vorzugsrechts der Realsteuern durch executive Einverleibung (und Fortsetzung der Execution) 5988, 7095; Verjährung trotz Intabulation 6485, 7492, 7540; Rangstellung der Steuer nach drei Jahren 7653. Behandlung von seit mehr als drei Jahren rückständigen Gebühren 6385; Nichtunterbrechung der Verjährung des Vorzugsrechts durch Mobilienexecution und bündeliche Anmerkung der Stundung 7887. Vorzugsrecht der Gebühr für außerbündeliche Uebertragung der Liegenschaft 7425, 7492; Unabhängigkeit von der persönlichen Haftung für die Gebühr 6814. Nichtberücksichtigung der Nachlaßgebühr bei executiver Feilbietung einer Realität aus dem Nachlaß 6784, 7567, 8097; Behandlung der auf den beweglichen Nachlaß entfallenden Erbgebühr als Vorzugspost bei Veräußerung einer Nachlaßrealität? 7347, 7349, 7408. Vorzugsrecht der Grundentlastungsschuld 6240; der sog. „Zinskreuzer“ 6477; kein Vorzugsrecht derselben 7027, 7273; kein Vorzugsrecht der Taxen für die eine Baubewilligung betreffenden magistratischen Amtsacte 8015; der

Beiträge für eine (wechselseitige) Brandschadenversicherung 5781, 7782.

III. Execution auf Rechte und andere bewegliche Sachen (mit Ausschluß der Sequestration). Rechte und körperliche Sachen als Objecte der Execution s. oben I. 2. — Collision von Pfandgläubigern; Hinzukommen eines zweiten Executionsführers vor vollständigem Abschluß des Pfändungsprotokolles 7460; Voraussetzungen der Gültigkeit der Superpfändung 7955. Unzulässigkeit der Pfändung der Producte eines sequestrirten Bergwerks 5890; der Einantwortung einer Pachtchillingsforderung von einem sequestrirten Gute 7899. Pfändung von angeblich aus dem außergerichtlichen Verlauf von Mobilien für Rechnung anderer Pfandgläubiger herrührendem Gelde 7695. Unzulässigkeit der Feilbietung von noch nicht devinculirten Aerialcantonen 7276; der Caution für eine periodische Druckschrift vor Ablauf des gesetzlichen Zahlungs-termins 7262. Ermächtigung des Executionsführers um den Vollzug der Pfändung unmittelbar bei dem Gerichte anzusuchen, in dessen Sprengel sich Effecten des Schuldners mit unbekanntem Aufenthalte finden 6100. Unzulässigkeit der sog. Taschenpfändung 6816; Zulässigkeit derselben 7046, 7150, 7581. Nothwendigkeit der Gegenwart des Executionsführers bei der Vornahme der Pfändung 8177. Amtliche Fürsorge für die Ausscheidung von Pertinenzen einer Liegenschaft aus der Mobilienpfändung 5683, 6674, 6978, 7160. Erhebung des Besizes des Executen und Exscindirungsslage s. oben I. 3. — Perfection der Pfändung erst mit Vollenbung der Reinschrift des Protokolles? 6923, 7460; Perfection der Superpfändung 7955. Veräußerung der in Verwahrung des Executen gelassenen Objecte; Wirksamkeit des Pfandrechts gegen den gutgläubigen Erwerber 6804. Transferirung der gepfändeten Mobilien bei Widerspruch anderer Executionsführer 5784; des Vermiethers der Wohnung des Executen? 6617. Recursrecht Dritter gegen die Transferirung? 7681. Unzulässigkeit der Transferirung der *invecta et illata* auf Ansuchen des Vermiethers 6657, 7587. Aufhebung der Verwahrung bei einem Dritten (bei erfolgter Schuldberichtigung) nur über Auftrag des Gerichts 6848. Executive Schätzung von nach der Pfändung in dritte Hand übergegangenen Mobilien 6166. Vornahme der executiven Feilbietung auf separates Betreiben mehrerer Executionsführer 5728. Ungültigkeit der Feilbietung wegen unterbliebener Verständigung des Executen? 7962; wegen unterbliebener Verständigung von Pfandgläubigern; Stellung des Erstehers 6646. (Resultatlose) Uebermittlung von Vergleichsanträgen des Executen durch den Notar als Gerichtscommissär vor der Feilbietung; Nullität? 6764; Anspruch des Notars auf Entschädigung bei Nichtvornahme der Feilbietung 7033; Gebührenfreiheit der vom Notar außerhalb seines Amtesihes vorgenommenen Feilbietung bei einem Streitobject von weniger als 100 fl. 6280, 8000. Nullität der

(irrtümlichen) Feilbietung einer im Executionsproceß verfangenen Sache? 8174.

Unwirksamkeit der Pfändung eines simulationshalber ausgestellten Wechsels 5619. Pfändung von bei Gericht verwahrten Geldern des Executen 6197; Rangordnung der Pfandrechte am gerichtlichen Depositum 7509; der Pfandrechte an in öffentlichen Cassen erliegenden Beträgen 7728. Mobilien- oder Immobilienexecution auf ein Schlagrecht? 6770. Ermittlung des Werthes eines executiv zu veräußernden Ruzes; Einsichtnahme in die Bücher der Gewerkschaft 7701. Execution auf Forderungen; Voraussetzung der Execution auf den für das Leben des verstorbenen Schuldners versicherten Betrag 6571. Unzulässigkeit der Pfändung „aller wie immer Namen habenden“ Forderungen des Executen 5972. Unstatthaftigkeit der Pfändung des Schuldscheines über eine Hypothekarforderung in Verbindung mit der Erwirkung des Asterpfandrechts an derselben 7628. Berechtigung des Asterpfandgläubigers zur unmittelbaren Anstellung der actio hypothecaria gegen den Schuldner? 7080. Pfändung des Einlagebuchs einer in Concurs gerathenen Vorschußcasse; Behandlung des Pfandgläubigers als Concursgläubiger? 6615. Befreiung des Schuldners in der gepfändeten Forderung durch Zahlung an den im Auftrag des ursprünglichen Gläubigers die Execution vollziehenden Gerichtsdiener? 7808. Unzulässigkeit der executiven Schätzung einer streitigen Gegenforderung des Executen 7216. Feilbietung einer eingeklagten Forderung; Nichtberechtigung des belangten Schuldners zur Einflußnahme auf die Feststellung der Feilbietungsbedingungen 7864. Einbeziehung der separat verbücherten Zinsforderung in die Feilbietung der Hauptforderung? 7511, 7577. Feilbietung einer Hypothekarforderung, bei welcher Abschlagszahlungen angemerkt sind; Stellung des Erstehers 6401, 6972. Feilbietung und Einantwortung einer dem Hypothekarschuldner als Cautio bestellten Hypothekarforderung; gerichtliche Hinterlegung der Schuld? 5957. Natur der executiven Einantwortung einer Forderung als zwangsweiser Cession 7332, 8161; executive Einantwortung auf Grund einverständlichen Gesuchs von Gläubiger und Schuldner 5885. Sequestration oder Einantwortung des Erträgnisses eines dem Schuldner mit einem Dritten gemeinschaftlichen Geschäfts? 6331; zur Execution auf eine noch nicht fällige Miethzinsforderung? 6792. Zulässigkeit nur der Execution durch Einantwortung von Rentenforderungen (bücherliche Anmerkung) 7525, 8079; von Sparcassabüchern 7108. Voraussetzungen der Einantwortung von Forderungen gegen öffentliche Cassen 6257. Richterlöschung des Executionsrechts durch die bloße Einantwortung 6175, 7839. Executive Einantwortung als Realisirung des executiven Pfandrechts an der Forderung? 5782, 7994. Perfection der Einantwortung durch Zustellung des Bescheides 6791; Unstatthaftigkeit des Rücklages des Einantwortungsbescheides durch den Cessus 5582, 6786. Rangordnung mehrerer executiver

Einantwortungen der Gage eines Officiers 6857. Vorsichten bei Einantwortung einer Forderung zur Tilgung einer nicht lastenfreien Hypothekarforderung des Executionsführers 6402. Wirkung der executiven Veräußerung des sog. „Kaufrechts“ 7532. Execution auf das „Besitzrecht“ (in Istrien) 7954.

Mobiliarmedistgebotstheilung: Folgen des Ausbleibens einzelner Gläubiger von der Theilungstagfahrt 7799. Bestreitung des außergerichtlichen Pfandrechts eines Gläubigers durch den Executionsführer; Verweisung des ersteren auf den Rechtsweg 6708. Vorzugsrecht des gesetzlichen Pfandrechts des Vermiethers vor den vor der Einbringung der Objecte in die Wohnung erworbenen Pfandrechten 7323; Collision der gesetzlichen Pfandrechte zweier Vermieter 6438, 6490. Unzulässigkeit der Vertagung der Mistgebotstheilung bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Gültigkeit der angemeldeten Forderungen 8167. Vorzugsrecht der Kosten der Feilbietung 6283; Behandlung der Kosten des für den abwesenden Executen bestellten Curators 6247; der separaten Executionskosten mehrerer gleichzeitig Execution führenden Gläubiger 5728.

IV. Executive Sequestration. Unzulässigkeit der Execution auf den Ertrag einer ärztlichen Praxis durch Sequestration 6024; auf den Ertrag eines dem Schuldner mit einem Dritten gemeinsamen Geschäfts 6331. Collision zwischen gerichtlicher und politischer Sequestration; Einführung des gerichtlichen Sequesters erst nach Beendigung der letzteren 7502. Erlöschen der Vollstreckbarkeit eines notariellen Mietvertrags durch Bestellung des politischen Sequesters? 7816. Einfluß der Concurseröffnung auf die Sequestration 6115. Unzulässigkeit der executiven Einantwortung einer Pachtzinsforderung von einem sequestrirten Gute 7899; der Pfändung der Producte eines sequestrirten Bergwerks 5890. Einsprache des Verpächters gegen die Sequestration der Pachtrechte? 8080. Unstatthaftigkeit der Sequestration mit einer lehtwilligen Auflage belasteter Mietzinse gegen den Fiduciarerben 6572; der Sequestration einer res usufructuaria 6800; eines unausgeschiedenen Theiles eines Grundbuchkörpers 7477. Sequestration eines mit einem Substitutionsbände behafteten Gutes 6743; einer im außerbühlerlichen Besitz des Executen befindlichen Liegenschaft 6684; ideeller Antheile eines Zinshauses (Verständigung der Miteigenthümer) 7658, 7792; eines Pachtgutes wider den Eigenthümer 7740. Sequestration von Pachtrechten 6059, 8065, 8080; von inhabulirten Pachtrechten 7505; von Propinationspachtungen 5856; von nicht verbüherten Nutzungsrechten an einem Grundstücke 5778; Sequestration eines Holzschlagsrechts? 6770; nicht fälliger Mietzinsforderungen 6792; der Einkünfte aus einer Advocatur 6616.

Erwerb des Pfandrechts als Voraussetzung der Sequestration (zur Sicherstellung) 6602; executive Sequestration zur Realisirung des

gesetzlichen Pfandrechts des Verpächters an den Früchten 7197. Competenz des Realgerichts zur Bewilligung der Sequestration 7162. Verhandlung über die als Sequester zu bestellende Person; Erstredung der Tagfahrt? 5975. Successives Einschreiten mehrerer Gläubiger; Einführung des vom ersten vorgeschlagenen Sequesters 6632; Bestellung des vom Executionsführer vorgeschlagenen Sequesters für die in eine Concursmasse gehörige Liegenschaft 5624; Einführung des Sequesters für ideelle Theile eines Hauses 7658, 7792; Unzulässigkeit der Einführung eines Vertreters des Sequesters 5826. Wirkung der Sequestration eines Hauses; nochmalige Zahlung der antecipirt vorausbezahlten Miethzinse an den Sequester? 7219, 7488, 7520. Anweisung einer Sustentation für die Kinder des Executen aus dem Ertrage des sequestrirten Fideicommisses? 7756. Eigenmächtige Vermietung der vom Executen innegehabten Räume des Hauses durch den Sequester? 5843. Ueberlassung eines Theiles der sequestrirten Güter zur politischen Execution behufs Einbringung der vom Sequester abzuführenden Steuern 7654; Einfluß der Defraudation der Steuern durch den Sequester auf die Meistgebotsvertheilung 8178. Störung des Verpächters im Besiß durch Ueberschreitungen des wider den Pächter bestellten Sequesters 7776; Störung des Besißes des Pächters durch Einbringung der auf dem Pacht verkaufte Früchte durch den Sequester des Pachtgutes? 7740. Eigenthumsklage gegen den Sequester? 7876. Persönliche Haftung des Sequesters für die von ihm bestellten Arbeiten? 7176; des als Sequester bestellten Executionsführers aus den von ihm geschlossenen Bestandverträgen? 7629. Recursrecht des Sequesters gegen gerichtliche Verfügungen über die Art der Veräußerung der Früchte? 6544; über die Abfuhr eingehobener Gelder? 6547. (Zeitpunkt des Beginns der) Pflicht des Sequesters zur Rechnungslegung 7500; Recht und Pflicht des Gerichts, den als Sequester bestellten Executionsführer zur Rechnungslegung anzuhalten 6156; Rechnungslegungspflicht des zugleich politischen und gerichtlichen Sequesters 7575. Anspruch anderer Realgläubiger außer dem Executionsführer auf Prüfung der Rechnung? 7598. Zustellung der Rechnung zur Bemängelung; Verpflichtung des Bemängelungsklägers zur actorischen Caution 6698; Unzulässigkeit sofortiger Zurückweisung der Rechnung wegen Mangels von Belegen 7992. Unstatthaftigkeit der Verweisung der Bitte um Bestimmung der Kosten und des Lohnes des Sequesters auf den Rechtsweg 6919; Behandlung der Sequestrationskosten bei der Meistgebotsvertheilung 5713, 5986, 6627.

- V. Andere Executionarten. Execution durch Verhängung von Geldstrafen gegen eine Gemeinde 6377; Geldstrafen zur Erzwingung der Ausstellung einer Urkunde über einen Vertrag 6518; der Lieferung eines Operettentextes 6826; der Erfüllung der einem Bannrechte entsprechenden Verbindlichkeit 6455. Verhängung von Arreststrafen (wegen Besißstörung) gegen Minderjährige? 7266; Zulässigkeit der

Nachricht der wegen Besitzstörung verhängten Arreststrafen 6898; Verletzung des unter Androhung von Arreststrafe verhängten Verbotes? 6094. Suspension des Vollzugs der Strafe wegen Unmöglichkeit der Leistung? 5911. Unzulässigkeit der Execution durch Arreststrafe zur Durchsetzung der Verpflichtung zur Bezahlung von Versicherungsprämien zu Gunsten eines Dritten 7156. Gerichtliche Einführung in den Besitz eines Grundstücks; Recursrecht Dritter? 7968; Fortsetzung der Execution, obgleich der Execut das Grundstück verlassen hat 6838. Aufnahme der Strafandrohung in das Urtheil *ad praestandum factum*? 7379; directer Zwang oder Ausführung durch Dritte? 5628, 8080. Erzwingung der Rückkehr der Ehegattin in das Haus des Eatten; Arreststrafen? 8228; Vollstreckung des Urtheils auf Herausgabe eines Kindes 6909; eines Urtheils auf Rechnungslegung; Prüfung der urtheilsmäßigen Beschaffenheit der gelegten Rechnung durch den Executionsrichter? 5635. Grundbücherliche Anerkennung des Urtheils auf Gestattung gewisser Baulichkeiten 7092. (Kosten der) Vollstreckung des auf physische Theilung lautenden Urtheils 6866. Grundbücherliche Anmerkung des die Feilbietung einer Eigenschaft zum Zweck der Aufhebung der Eigenthumsgemeinschaft anordnenden Urtheils 7608, 7759; Unstatthaftigkeit der Einverleibung des executiven Pfandrechts zur Vollstreckung dieses Urtheils 6869. Executive Schätzung behufs dieser Feilbietung 5841, 7422 (Kosten); auch ohne vorausgegangene bücherliche Anmerkung des Urtheils 7800; Feststellung der Feilbietungsbedingnisse; Anwendung der für freiwillige Feilbietungen geltenden Vorschriften 7689, 8005. Vorgang bei der Feilbietung; Anwendung der Vorschriften für freiwillige Feilbietungen? 5678; Unanwendbarkeit der für executive Feilbietungen geltenden Normen 6251; Unstatthaftigkeit der Alterirung der Rechte der Hypothekargläubiger 8021. Feilbietung von Bestandtheilen eines Grundbuchkörpers behufs Auseinandersetzung der Gemeinschaft? 7170, 7924.

O. Provisorische Sicherstellungsmittel.

- I. Provisorische Sequestration. Sequestration der streitigen Sache; Beseinigung der Gefahr 6489, 7401; wegen schlechter Bewirthschaftung durch den Besitzer 8041; bei Angabe des Beklagten, die Sache nicht in eigenem Namen zu besitzen? 6443. Sequestration eines wegen zur Vertragsauflösung berechtigenden Grundes zurückgeforderten Pachtgutes? 6714. Voraussetzungen der Auferlegung einer Cautionsleistung seitens des Sequestrationswerbers 8041; Verhältniß der Sequestration wegen Gefahr zu der Sequestration als Execution zur Sicherstellung 6284, 6602. Begründung des Fluchtverdachts lediglich durch die Eigenschaft als Ausländer? 6788.

Sequestration gepfändeter Fabriksmobilien während des Streits über deren Pertinenzqualität 7071. Begehren des Verkäufers um Sequestration der vom Käufer zurückgestellten Sache? 8172. Sequestration einer Nachlaßrealität bei widersprechenden Ansprüchen der Vor- und Nacherben? 7735; des Streitobjects behufs Beweisaufnahme über dessen Identität 6548, 6897.

II. Beschlagnahme wegen Eingriffs in ein Privilegium; Nachweis des Eingriffs 5900, 6192; Beschlagnahme der Werkzeuge 7642. Sistirung der gerichtlichen Verhandlung bis zur administrativen Entscheidung über die angesuchte Annullirung des Privilegiums? 8164. Maßstab für die Höhe der zu legenden Caution 8019. Unstatthaftigkeit des a. o. Revisionsrecurses gegen die Beschlagnahme 7671. Competenz des Handelsgerichts für Entschädigungsklagen wegen Beschlagnahme wegen Nachdrucks? 6935.

III. Verbot. Retorsion gegen die mindere Strenge des französischen Rechts in der Bewilligung des Verbots gegen Ausländer? 6315. Competenz des Bezirksgerichts zur Bewilligung des Verbots auf Grund von Wechselforderungen 6747. Vorläufige Ausführung des telegraphisch angezeigten Verbots eines ausländischen Gerichts 5844. Bescheinigung der Forderung durch ein Decret eines ausländischen Gerichts 6314; Bewilligung des Verbots gegen Caution bei ungenügender Bescheinigung der Forderung 5648, 5919; Nichtbewilligung bei Mangel jedes Nachweises 6112, 6283, 7993; Ersatz des Nachweises durch Cautionsleistung 7655. Bescheinigung der Gefahr durch Bitte des Schuldners um Stundung? 6524; durch strafgerichtlich erwiesene Unredlichkeit des Schuldners 7461; durch amtliches Zeugniß über die Mittellosigkeit des Schuldners 7655. Freiwerden der gelegten Caution für Schimpf und Schaden durch obergerichtliche Aufhebung der Verbotsbewilligung? 6228, 8205. Anspruch des dritten Besitzers der mit Verbot belegten Sache auf Ersatz der Kosten für gerichtliche Mittheilungen an den Executionswerber? 7456. Rechtfertigung des Verbotes; Nichtberücksichtigung der Einwendung, daß das Verbot nicht hätte bewilligt werden sollen 6633. Gegenstände: Unzulässigkeit des Verbots auf Postpferde 7321; auf fremde Postschiffe? 6048. Zulässigkeit der Verbotslegung auf die für bewegliche Sachen versicherte Summe 6886. Flüchtige Anmerkung des Verbotes bei Hypothekarforderungen? 5648, 7265. Unzulässigkeit der Verbotslegung seitens des Erstehers einer executiv verkauften Liegenschaft auf den von ihm geschuldeten Kaufschillingsest 7886; der Verbotslegung auf eine Forderung des Cessus gegen den Cedenten zur Sicherstellung der Rechte des Cessionars gegen den Cessus 7146; Zulässigkeit der Verbotslegung auf eine Gegenforderung des Schuldners gegen den Executionswerber 7436.

IV. Verhaftung. Bescheinigung des Fluchtverdachts lediglich durch die Eigenschaft als Ausländer? 6733. Bestellung einer Caution zur Ab-

wendung des Arrests von einem Dritten 7248. Verbindung des Begehrens um Gerechtfertigterklärung des probitorischen Arrests mit dem gegen den nicht verhafteten Mitschuldner gerichteten Klagebegehren auf Zahlung? 7236. Anspruch auf Genugthuung für durch den Arrest erlittenen Schimpf und Schaden 7036.

- V. Execution zur Sicherstellung. Zuständigkeit des Proceßgerichts zur Bewilligung der im §. 395 westgal. G. D. erwähnten Pränotation 6036; des Handelsgerichts? 6073. Vollziehung der Sicherstellung bewilligenden Bescheide ungarischer Gerichte 7989. Execution auf andere Objecte zur Sicherstellung einer bereits durch Pfandrecht gedeckten Forderung; Nachweis der Unzulänglichkeit des Pfandes 6629, 7063; Sequestration der Früchte des Pfandgutes 6150, 6159, 8058, 8152. Einfluß der Abweisung des Begehrens der actorischen Caution auf den Anspruch auf Execution zur Sicherstellung der Proceßkosten 7751. Execution zur Sicherstellung des Erlags der actorischen Caution 7389. Pfändung zur Sicherstellung von Aerialforderungen; Recursfrist 7139; Pränotation von Aerialforderungen; Rechtfertigungsklage? 6918; Vormerkung einer Gefällsstrafe 6340, 6409; Sicherstellung oder Execution auf Ansuchen von Administrativbehörden? 5828. Unstatthaftigkeit um Execution zur Sicherstellung auf Einschreiten einer „Bürgergemeinde“ 5669. Unzuständigkeit des Handelsgerichts zur Bewilligung der Sicherstellung von Gebühren gegen eine Firma 6073. Begehren um Execution zur Sicherstellung in der auf eine vollglaubwürdige Urkunde gestützten Summariklage 5781. Execution zur Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges 5779, 5859, 6104, 6137, 6284, 6299, 6374, 6861, 6862, 6875, 6939, 6962, 7063, 7157, 7192, 7221, 7285, 7293, 7439, 7570, 7584, 7742, 7751, 7760, 7791, 7802, 7834, 8067, 8152 — vgl. oben M. I.; Beschränkung auf die bis zur rechtskräftigen Entscheidung fälligen Raten der zugesprochenen Alimente 7697. Unstatthaftigkeit der Execution zur Sicherstellung auf Grund eines angefochtenen Schiedsspruchs 7212; auf Grund gerichtlichen Vergleichs 5961. Execution zur Sicherstellung während des Executivprocesses ungeachtet Bestreitung der Echtheit der zu Grunde liegenden Urkunde 7634; Einfluß des Recurses gegen die Einleitung des Executivprocesses? 7263; Begehren der Sicherstellung nach erstatteter Einrede 7828; bei Verlegung der ersten Tagfahrt? 5950; Abwendung der Execution durch den Nachweis genügender Sicherheit des Klägers 6116. Execution zur Sicherstellung im Wechselproceß 6100. Execution zur Sicherstellung durch Pfändung 6104, 6374, 7157, 7293, 7802; durch executive Sequestration 6137, 6284, 6616, 7505; Erwerb des Pfandrechts als Voraussetzung 6602; Pränotation zur Sicherstellung 7221; Nothwendigkeit der Rechtfertigung? 6861, 7192; Unzulässigkeit der Pränotation (während des Rechtsmittelzuges) des auf unbestimmte Summe lautenden Urtheils 7742; Erlag von

Werthpapieren zur Abwendung der Execution 5906. Löschung der zur Sicherstellung während des Wechselprocesses erwirkten Pränotation auf Grund des die Zahlungsaufgabe aufhebenden Urtheils 7459. Kosten der Verhandlung über die Zulässigkeit der Execution 6939; Verpflichtung des Beklagten zum Ersatz der Kosten der Sicherstellung 5603. Hemmung der Vollziehung durch den Recurs gegen die Einwilligung? 7989.

- VI. (Anderer) Provisorische Verfügungen. Provisorische Zuweisung von Alimenten während des Ehescheidungs- und Ehetrennungsprocesses 6563, 7562; Vorbehalt streitiger Rechtsfragen für das ordentliche Verfahren 7757; Executionsführung auf diese Alimente? 7765; provisorische Zuweisung während des Processes über die Alimentationsklage der bereits geschiedenen Ehegattin 7703; während des Processes über die Alimentationsklage einer ungeschiedenen Ehegattin 7705. Sofortige Abweisung einer Oppositionsklage gegen die Vollstreckung provisorischer Vorkehrungen im Besitzstreite 6761. Grenzberichtigung als provisorische Verfügung 6371, 7744. Anhängigkeit der actio locati Voraussetzung provisorischer Verfügungen wegen vertragswidriger Benützung der Bestandsache 6556; Auftrag, die Beschäftigung der Wohnung nach Kündigung der Miethen zu gestatten 6217.

P. Rechtswohlthaten.

Q. Besondere Processarten.

- I. Aufforderungsproceß. Competenz für Aufforderungsklagen 6019; Unzulässigkeit von Aufforderungsklagen bezüglich vor die Verwaltungsbehörden gehöriger Rechtsansprüche 5722; Nichtzuständigkeit der Consulargerichte für Aufforderungsklagen gegen Ausländer 6216. Einleitung des mündlichen Verfahrens 6153. Verpflichtung zur Bestellung actorischer Caution bei Anstellung der aufgeförderten Klage 6519.

1. Aufforderung wegen Verleumdung. Sofortige Zurückweisung einer Aufforderungsklage behufs Anfechtung einer Pränotation 7011. Aufforderungsklage wegen Beschuldigung einer strafbaren Handlung? 6788; wegen Verleumdung eines dinglichen Rechts 7005; des nachstehenden Pfandgläubigers gegen den vorgehenden 8176. Aufforderung der unehelichen Mutter zur Paternitätsklage wegen Verleumdung 6347; des Kindes wegen Verleumdung der Paternität seitens der Mutter? 8157. Verleumdung vor oder gegen dritte Personen vorausgesetzt? 6176 (Aufstellung und Zusendung einer Rechnung), 6788; Verleumdung durch Präsentation eines Wechsels zur Zahlung 7428; durch Zahlung unter Behauptung nicht schuldig zu sein? 6281; durch Behauptung der Verleumdung durch zweimalige Aufrechnung einer Post? 6788; durch Behauptung eines Rechts in einer Processchrift 6373.

Unstatthaftigkeit der Aufforderungsklage der Concurssmasse wegen Nichtaufstellung der Liquidirungsklage bezüglich einer angemeldeten und bestrittenen Forderung 6652; Zulässigkeit 6074, 6874, 7252; Verübmung durch Anmeldung einer Forderung bei der Liquidation einer Actiengesellschaft? 7409.

2. Aufforderung bei einem Baue. Aufforderungsklage oder *actio negatoria*? 5809. Unzulässigkeit der Belangung mehrerer Anrainer mit einer Klage 6907. Statthaftigkeit der Aufforderungsklage nach Beginn des Baues 7489. Berechtigung, nicht Verpflichtung zur Aufforderungsklage 7718. Verbescheidung der Klage ohne Erwähnung der Zulässigkeit der Beantwortung; Nichthinderung der Beantwortung durch den Bescheid 5886, 8092., Unzulässigkeit der Beantwortung in diesem Falle 6813; Unstatthaftigkeit der alternativen Verbescheidung der Klage zur Beantwortung oder Einbringung der aufgefordernten Klage 7945; alternative Verbescheidung der Klage 7737, 7779. Einwendung der Störung im Besitz 5623; Beschränkung der Rechtsprechung des Gerichts auf die gegen den eingelegten Bauplan erhobenen privatrechtlichen Einwände 7721.

II. Rechnungsproceß. Einleitung des Rechnungsprocesses über die von einem Bürgermeister gelegte Gemeinderrechnung 7935. Begriff der Rechnungslegung 7317. Bemängelung einer außergerichtlich gelegten Rechnung 6536. Zulässigkeit der Verbindung der Rechnungsbemängelung mit dem Begehren der Zahlung des richtig gestellten Ergebnisses 6069. Bemängelung einer Sequestrationsrechnung; Unzulässigkeit der Verweisung der Bitte um gerichtliche Bestimmung der Kosten des Sequesters auf den Rechtsweg 6919. Verpflichtung zur Bestellung der actorischen Caution vor Einlassung des Rechnungslegers auf die Bemängelungsklage 6698; Bestimmung einer Frist zu ihrer Bestellung? 7001, 7283; Begehren der Bestellung nach der Einlassung? 6031. Zurüdziehung der gelegten Rechnung? 7335. Gegenstand und Formulirung des Urtheils 5775. Execution des Urtheils auf Rechnungslegung; Prüfung der urtheilsmäßigen Beschaffenheit der gelegten Rechnung durch den Executionsrichter? 5635.

III. Executivproceß. Verhältniß zum summarischen Verfahren 5781, 6570, 7659; Unzulässigkeit der Vereinbarung des Executivprocesses 7075. Ausbleiben des Beklagten von der angeordneten Tagfahrt; Verzicht des Klägers auf diese Verfahrensart 7588. Executivproceß über eine Klage auf Zahlung und Pränotationsrechtfertigung? 7493. Einleitung des Executivprocesses über ein Gesuch um Vollstreckung einer bedingten Verurtheilung 8111; auch über Klagen auf andere als Gelbleistungen 6696, 8025. Unzulässigkeit behufs Geltendmachung des Anspruchs auf künftig fällige Raten 7054. Statthaftigkeit des Begehrens der actorischen Caution im Executivproceß 7504, 7314. Erstreckung der angeordneten Tagfahrt wegen schwebenden Recurses gegen die Einleitung des Executivprocesses 6000, 7314. Beibringung der Urkunde, auf

welche sich die Executivklage stützt, im Originale 7808; in Abschrift 8089. Einleitung des Executivprocesses auf Grund der schriftlichen „Information“ eines Advocaten 5852; auf Grund eines Buchauszuges und der schriftlichen Zusage der Anerkennung der Beweisraft desselben 6573; auf Grund eines im Auslande ausgestellten nicht legalisirten Schuldscheins 7138, 7406; wider den Bürgen und Zahler auf Grund einer von ihm allein unterfertigten allorraphen Urkunde 7200; gegen den Acceptanten einer kaufmännischen Anweisung 7889. Inhalt der Urkunde: Von einem nicht protokolirten Repräsentanten der Handelsgesellschaft ausgestellte Schuldanerkennung 5721; protokolirte Schuldanerkennung ohne ausdrückliches Zahlungsversprechen 6594; Einleitung des Executivprocesses auf Grund schriftlichen Dienstvertrags auch ohne urkundlichen Nachweis der geleisteten Dienste 6570, 6864. Nichtzulässigkeit der Executivklage auf Grund verlausulirter Schuldanerkennung 5762; der Executivklage auf Zahlung des Preises, ohne urkundlichen Nachweis der Verpflichtung zur Uebernahme der betreffenden Effecten 5724; auf Grund eines Schlußzettels über börsenmäßigen Verkauf von Effecten 7627; auf Grund brieflicher Bestätigung des Erlages einer Summe und Eröffnung eines Conto 6200; der Executivklage auf Schadenersatz für Nichtübernahme von Waaren 7670. Urkundlicher Nachweis der Nichterfüllung der eingeklagten Verbindlichkeit nicht erforderlich 5793; Erforderniß des urkundlichen Nachweises der unbedingten Zahlungspflicht des Beklagten 6431; der bedungenen Kündigung der Forderung; Nichtberücksichtigung der hierfür vereinbarten Bescheinigungsart 6595. Zulässigkeit der Einleitung auf Grund einer cautio indiscreta 5852, 7277, 7406, 7659; Unzulässigkeit der Einleitung auf Grund einer cautio indiscreta 5758, 7977; auf Grund eines Bons 5758; eines nur mit dem Familiennamen des Firmainhabers unterfertigten kaufmännischen Bons 6149; auf Grund eines für einen Pflegebefohlenen geschlossenen Vergleichs, welcher die obervormundschaftliche Genehmigungsclausel nicht beigelegt enthält 8061; auf Grund des Urtheils eines auswärtigen Gerichts 6900. Execution zur Sicherstellung 5950, 6116, 7263, 7634, 7828 — vgl. oben O. V.

IV. Summarisches Verfahren. Verhältniß zu anderen Proceßarten 5781, 7006, 7605 — vgl. oben F. Einleitung von Amtswegen 7659; richterliche Belehrung (über Möglichkeit einer Vertretungsleistung) 6413; Anleitung zur Substantiirung der Incompetenzeinwendung 6735; richterliche Bewertung der auf fremde Währung lautenden Forderung 6108; Einklagung der auf einen Erben entfallenden Quote einer Nachlassschuld 6170; Klage auf Ausstellung einer Urkunde unter Bereit-
erklärung zur Abfindung mit 500 fl. 8195. Erstreckung von Amtswegen bei Erscheinen eines nicht gehörig legitimirten Parteienvertreters 6515. „Erste Tagsahrt“ für die Einwendung der Incompetenz 7152, 7827; Verwerfung der verspäteten Einwendung von Amtswegen 8139; Stellung des Obergerichts bei Anfechtung des der Incompetenz-

einrede stattgebenden Urtheils 6580; Execution zur Sicherstellung während des Rechtsmittelverfahrens betreffs der Competenz? 6962. Frist für die *exceptio rei judicatae* 7383. Beweis der Echtheit einer Urkunde durch Delation des rückschiebbaren Haupteids 6713; Unzulässigkeit der Austragung des irreferiblen Haupteids über die Echtheit der Unterschrift des Curanden an den Curator eines Abwesenden 7446, 7914; Natur des vom Urkundenproducenten abzulegenden zurückgeschobenen Eides 7154. Zulässigkeit der Wiedereinsetzung ob *noviter reperta* in Bezug auf das Thema eines sententionirten Eides 7299; Nichtthemmung des Verfahrens durch das Gesuch 7183. Voraussetzungen der Zulässigkeit von Neuerungen nach erstatteter Duplik 7006. Zustellung der Entscheidungsgründe mit dem Urtheil 6517. Zulässigkeit (selbständiger) Rechtsmittel gegen verweigerte Tagesatzungs-Erstreckung 6707. Unzulässigkeit des Recurses gegen den einen Wechsel in der Person der Sachverständigen anordnenden Bescheid 7616; gegen die obergerichtliche Anordnung der Fortsetzung des Zeugenverhörs 7227; gegen obergerichtliche Beweiszulassungen 7766; gegen die Ausbleibens-Rechtfertigung betreffende Bescheide 7983, 8024; gegen die (obergerichtlich) verfügte Wiedereröffnung und Ergänzung des Verfahrens 7112, 7424; gegen die obergerichtliche Anordnung der Ergänzung des Urtheils 6155; ausschließliche Berechtigung des obersten Gerichtshofs zur Zurückweisung des Revisionsrecurses 7450. Unzulässigkeit der außerordentlichen Revision gegen die Fassung des auf Appellation des Revisionswerbers zugelassenen Haupteids 7025; gegen die zu Gunsten des Revisionswerbers erfolgte Aenderung der Eidesformel 8119; gegen das die unbedingte Sachfälligkeit des Revisionswerbers in eine bedingte umwandelnde obergerichtliche Urtheil 7445, 7592; betreffs der Kosten 6635. Unzulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses im Vollstreckungsverfahren? 6212, 6959. Unzulässigkeit der Nullitätsbeschwerde gegen zwei gleichlautende Urtheile 6120, 7636. Appellationsfrist; Einfluß der irrigen Bestimmung der Frist im erstgerichtlichen Urtheil 6513; Annahme einer verspäteten, vom Gegner mitunterfertigten Appellation 5712; Frist für die Nullitätsbeschwerde 6910; Recursfrist im Executionsverfahren? 6868, 7250, 7350; in Bezug auf die Execution zur Sicherstellung 7139; Execution zur Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges 6862, 6962, 7063 — vgl. überhaupt oben M. I. und III. Nichtanwendbarkeit der Vorschriften über Ausbleibens-Rechtfertigung im Executionsverfahren 6182. Kosten der Exroluirung 6295; des Rechtsmittelverfahrens 5634; der Verhandlung über die Ausbleibens-Rechtfertigung 7692; Entscheidung über die Kosten bei obergerichtlicher Zurückweisung der Sache zur Ergänzung? 7280.

V. Mandatsverfahren. Verhältniß zum Executionsverfahren auf Grund Notariatsactes 6807, 6989. Unzulässigkeit der Einleitung des Mandatsverfahrens auf Grundlage einer ausländischen Notariatsurkunde 6313.

Beibringung der Originalurkunde; Verläßlichkeit der erst im Einrebe-
wege gerügten Nichtbeibringung? 7479; Mandatsklage auf Grund
Nachweisung der für einen Dritten geleisteten Steuerzahlung durch ein
Zeugniß des Steueramts? 5749. Urkundlicher Nachweis der Verpflichtung
zur Zahlung von Verzugszinsen? 6748; der Fälligkeit der Forderung
7140. Verweigerung der Erlassung des Zahlungsbefehls im Falle
bühlicher Anmerkung der Streitigkeit der Forderung 8110. Frist zu
Einwendungen gegen den Zahlungsbefehl 6140. Auftrag zur gericht-
lichen Hinterlegung der Schuld statt Zahlungsbefehls 7877. Un-
zulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses gegen die Erlassung des
Zahlungsbefehls 7522; in dem auf Grund executionsfähigen Notariats-
actes eingeleiteten Vollstreckungsverfahren 7325. Execution zur
Sicherstellung 6150, 6159, 6629, 8058; vgl. auch oben O. V. —
Zuspruch der Kosten des erfolgreichen Recurses gegen die Kosten-
bestimmung im Zahlungsbefehl 7249.

VI. Verfahren in Auszieh-Streitigkeiten. Verhältniß zu anderen
Proceßarten: Rechtsstreit über Aufhebung des Bestandvertrags wegen
Ablauf der Bestandszeit 8210; Verfahren im Streit über das gesetzliche
Pfandrecht des Vermiethers 7331. Unanwendbarkeit der Normen des
Verfahrens in Bestandsachen auf die Geltendmachung der Miethzins-
forderung im Meistgebotsvertheilungsverfahren 5765. Besitz- oder
Bestandsstreitsache? 7137; Besitzklage nach abgewiesener Kündigung
wegen Nichtbestands eines Miethverhältnisses 6493. Unanwendbarkeit
der Vorschriften für Bestandsstreitigkeiten auf die Delogirung des
Creditors durch die Concursmasse 7238. Competenz des Gerichts
der belegenen Sache für Klagen in Bestandsachen gegen eine Concurs-
masse 6339, 8032; des Concursgerichts für Klagen zur Geltendmachung
des gesetzlichen Pfandrechts des Vermiethers 7421; des forum rei sitae
für Klagen des Miethers auf Ersatz für Herstellungen an der Bestand-
sache 6020; für Ersatzklagen wegen vorzeitiger Auflösung des Bestand-
vertrages 7761. Zulässigkeit der Prorogation des Gerichtsstandes in
Bestandsachen 6931. Verpflichtung des Einbringers von Einwendungen
gegen die gerichtliche Kündigung zur Bestellung actorischer Cautio? 7134.
Termin für die Kündigung einer Monatsmieth mit 14 tägiger
Kündigung 6143. Wirksamkeit der rechtzeitig bei Gericht angebrachten,
aber verspätet zugestellten Kündigung 7057; Unwirksamkeit derselben
7223. Kündigung aus einem zur Vertragsaufhebung berechtigenden
Grunde 5858 (Aufrechterhaltung der Kündigung aus einem anderen als
dem in ihr geltend gemachten Grunde), 8193; vgl. überhaupt oben
Obligationenr. B. I. 8. — Einwendung des Eigenthums eines Dritten
seitens des Miethers? 6612. Zurückziehung der Kündigung nach An-
bringung der Einwendungen; Kostenersatz 6590. Beweislast bezüglich
der Kündbarkeit des Bestandvertrages 6234, 6643; bei bestrittener
Berechnung der Miethzeit 6971. Unzulässigkeit des Beweises pro
evitando perjurio 6376. Rechtsmittelfrist bei verspäteter Zustellung

der Entscheidungsgründe 6517; Appellationsfrist im Streit über die Aufhebung des Bestandvertrages wegen abgelaufener Bestandszeit 8210. Unzulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses 7331. Bedeutung der sechsmonatlichen Frist für das Begehren der Räumung der Bestandsache 5998, 8151. Verzicht auf die rechtskräftige Aufkündigung durch Unterlassung rechtzeitiger Execution 7495. Stillschweigende Erneuerung des Vertrages bei unterlassenem Ansuchen der Delogirung 7141; bei vorhergegangener Erklärung beider Theile, daß der Vertrag aufgelöst sein solle? 7078. Urkundlicher Nachweis der Kündigung Voraussetzung der Delogirung 6119. Anhängigkeit der actio locati Voraussetzung gerichtlicher Vorlehrungen wegen vertragswidriger Benützung der Bestandsache 6556. Form der Durchsetzung des Anspruchs des Vermiethers nach erfolgter Kündigung die Wohnung Miethlustigen zeigen zu können 6217. Sequestration eines wegen zur Vertragsauflösung berechtigenden Grundes zurückgeforderten Pachtgutes? 6714.

VII. Besitzstreitigkeiten — vgl. oben Sachenrecht A. III. „Besitzklage“. — Competenz der Gerichte für Klagen des Gemeindevorstandes wegen Störung der Gemeinde im Besitz eines Weges 7838; für Klagen wegen Störung im Besitz einer vom Kläger als Privateigenthum, vom Beklagten als Gemeindegut bezeichneten Hutweide 6662; wegen Besitzstörung durch Handlungen des Gemeindevorstehers auf Grund des Eigenthumsrechts der Gemeinde 6638; durch Veranlassung eines gemeindeämmtlichen Verbotes 6002; durch mit gemeindeämmtlicher Bewilligung vorgenommene Absperrung eines Zuganges 7014; wegen Störung im Besitz eines gepachteten Propinationsrechts 6583; eines Wasserbezugs 6691, 6725; einer Wasserleitungsservitut 6730. Incompetenz der Gerichte für Klagen bezüglich des Besitzes von Schiffsmühlen in fließbaren Flüssen 6054; der Eisgewinnung in öffentlichen Flüssen 7648; des Besitzes an Ufer- und Pflanzungen 8138; für Klagen wegen Verbauung eines öffentlichen Landungsplatzes an einem See 7595; Unzulässigkeit einer Besitzstörungsklage gegen Acte eines Gemeindevorstandes in Ausübung der (Straßen-, Gesundheits-) Polizeigewalt 5869, 6382, 6670, 6628, 7843, 7918; einer Besitzstörungsklage der Gemeindeglieder gegen die Gemeinde wegen Verpachtung bisher von ihnen benützter Gemeindegründe 7189; Incompetenz der Gerichte für Klagen in Wasserrechtsstreitigkeiten 5821, 6435, 6650, 6727, 6728, 6731, 6732, 7395; für Klagen wegen Absperrung des Zuflusses der Hochquellenleitung in ein Privathaus in Wien 7542. Abweisung a limine einer Besitzstörungsklage gegen einen Pfarrer wegen Entfernung eines Kirchenstuhles? 5663, 5861 — vgl. überhaupt oben A. I. Zuständigkeit des Bezirksgerichts für Klagen wegen Störung im Besitze eines Schurffeldes 6268; nicht des Realgerichts für den Schutz des durch Erkenntniß der Grundlastenregulirungscommission geregelten Besitzstandes 7358. Verhältniß des possessorium summarissimum zur „ordentlichen Besitzklage“ 6901; zum Verfahren in Bestandstreitsachen 7137;

Besitzstörungsproceß nach abgewiesener gerichtlicher Kündigung 6493; Verhältniß zu der aufgefordernten Klage aus Anlaß eines Banes 7489; Unstatthaftigkeit der Besitzklage eines Anrainers im Falle der Ausführung trotz seiner bei der politischen Verhandlung erhobenen Einsprache 7718. Possessorium oder petitorium? s. oben Sachent. A. III. — Beschädigung durch berechtigten Bergbaubetrieb nicht Gegenstand einer Besitzstörungsklage 6187. Berücksichtigung der 30tägigen Frist für die Besitzklage von Amtswegen 7098; Nichtberücksichtigung der Verspätung von Amtswegen 6894, 6794; der nicht offenbaren Verspätung 6982. Einleitung der nöthigen Erhebungen von Amtswegen 6859; richterliche Belehrung der Parteien (über die Folgen der Verweigerung der Streiteinlassung) 6011. Passivlegitimation des unechten Besitzers auch nach Veräußerung der Sache 6592; Unstatthaftigkeit einer Besitzstörungsklage gegen „das deutsche Reich“ 6771. Intervention von Advocaten im Besitzstörungsproceß; Kostenersatz 6773, 6859, 7357, 7594, 7604, 7890. Unzulässigkeit des Begehrens der actorischen Cautio und der Verhandlung über dasselbe 7391, 7566. Provisorische Verfügungen während des Proceßes; sofortige Abweisung einer Oppositionsklage gegen dieselben 6761. Unzulässigkeit der Reassumirung des Besitzstörungsproceßes nach mehreren Jahren 5933, 8194. Beweis des Besitzes durch Darthnung von Besitzacten der Vormänner 6181, 6530, 7271. Würdigung der Zeugenaussagen 6701; über „ausschließlichen“ Besitz des Klägers 6242. Zulässigkeit des verglichenen Haupttheils 5879. Form des richterlichen Erkenntnisses nach Aufnahme eines durch Vergleich bestimmten Zeugenbeweises 5802; bei petentensprechender Anerkennung des factischen Besitzes und erfolgreicher Ablehnung der Besitzstörung seitens des Beklagten 6881. Schutz im Mitbesitz des streitigen Rechts 6877; Unstatthaftigkeit des Verbotes von Besitzhandlungen bei Abweisung der Klage 6093. Solidarische Verurtheilung (des Gutsnachbarn und seines Verwalters); getrennte Strafandrohung 6586. Beweiskraft des Erkenntnisses in einem späteren Besitzstörungstreite mit vertauschten Parteirollen 7120. Abhandlungsbehördliche Regelung des Besitzes im Widerspruche mit einem im possessorischen Rechtsstreit ergangenen Urtheile 7225. Compensation der Kosten des wegen Incompetenz der Gerichte aufgehobenen Verfahrens 7034; Verurtheilung des Klägers zum Ersatz 6382, 7621; Rechtsmittellkosten 5634. Zulässigkeit selbständigen Recurses gegen die Einleitung des Verfahrens 7912; gegen das die erstrichterliche Incompetenzerklärung abändernde Erkenntniß zweiter Instanz 6630. Unzulässigkeit des Recurses gegen die Anordnung einer Tagfahrt über ein Gesuch um Ausbleibens-Rechtfertigung 6186; des Revisionsrecurses gegen die obergerichtliche Aufhebung der Contumacirung und Anordnung der Ergänzung der Verhandlung 7820. Zulässigkeit eines außerordentlichen Revisionsrecurses 7356. Stellung des Obergerichts bei Aufhebung der erstrichterlichen Zurückweisung der Klage wegen Verspätung

7330. Berücksichtigung auf absolute Incompetenz hinweisender *nova in appellatorio* 7843. Berechnung der Recursfrist gegen den Endbescheid 7240. Recursfrist im Executionsverfahren? 6533, 8109. Unzulässigkeit der Restitution zum Recurse gegen den Endbescheid 6844. Execution zur Sicherstellung während des schwebenden Recurses 7802. Sofortige Vollstreckung des Erkenntnisses (im Kostenpunkte) trotz schwebenden Recurses 7668. Einführung in den zuerkannten Besitz; Ueberschreitung des Erkenntnisses in der Executionsbewilligung? 7172. Unanwendbarkeit der 30tägigen Frist für die Klage wegen der durch das Erkenntniß untersagten Besitzstörung 7043. Verletzung des ausgesprochenen Verbotes? 6094. Androhung und Verhängung von Geldstrafen (gegen eine Gemeinde) wegen Störung des Besitzes 6377. Zulässigkeit der Nachsicht der verhängten Arreststrafe 6898. Vollstreckung des gegen einen Minderjährigen ergangenen Erkenntnisses durch Arreststrafen? 7266.

VIII. Verfahren in Handels- und Wechselstreitigkeiten. Unanwendbarkeit der Vorschriften über Handelsstreitigkeiten auf Klagen bei einem Bezirksgerichte 7947; auf den bei dem Handels- als Concursgerichte geführten Liquidierungsproceß 7118. Kostenzuspruch für eine Waarenbeschan im handelsrechtlichen Proceß 7920. Ausschluß des wechselrechtlichen Verfahrens bei Klagen auf Grund eines Wechsels mit beigelegter Pfandbestellung 6060. Unterbrechung des Wechselprocesses durch die Concurseröffnung 6802, 6818, 6968, 7072, 7288, 7295 — vgl. unten Conc. A. I. 2. Verbindung der Wechselklage mit der Hypothekarklage gegen den dritten Besitzer der Hypothek? 6041. Beibringung einer Uebersetzung des in fremder Sprache ausgestellten Wechsels? 8011, 8218. Bestellung eines Curators zur Empfangnahme der Wechselklage behufs Unterbrechung der Verjährung 8113; Vernichtung der Zahlungsaufgabe wegen mangelhafter Zustellung 7722. Execution zur Sicherstellung 6603, 7459, 6100. Auftragung des rückschiebbaren Hauptei des über die Echtheit der Wechselunterschrift des Delaten 6713. Frist zum Recurse gegen die Entscheidung über die Kosten der executiven Schätzung in einer Wechselfache 6215; irrige Bestimmung der Appellationsfrist durch den ersten Richter 6513; Recursfrist im Meistgebotsvertheilungsverfahren auf Grund wechselrechtlicher Execution 5765, 6046, 7457, 7710; Frist zum Recurse gegen einen Bescheid der requirirten Realinstanz 7752; gegen einen die Sistirung der Execution betreffenden Bescheid 7964.

IX. Verfahren in Ehestreitigkeiten. Unzuständigkeit der österreichischen Gerichte für Ehescheidungsklagen ausländischer (nicht mehr im Inlande wohnender) Ehegatten 7754; für Ungültigerklärung der von der geschiedenen Ehegattin eines Oesterreichers mit einem Ausländer im Auslande geschlossenen Ehe 6289; Requisition ausländischer Gerichte zur Vornahme von Versöhnungsversuchen 8188. Einfluß des Gesetzes vom 25. Mai 1868 auf die Beurtheilung der unter der Herrschaft des Pat.

v. 8. October 1856 geschlossenen Ehen 6964. *Exceptio rei judicatae* bei Erneuerung einer von dem bestandenen geistlichen Ehegerichte abgewiesenen Ehescheidungsklage 5650. Statthastigkeit des Abstehens von der Ehescheidungsklage ohne Zustimmung des anderen Theiles 7013. Fortsetzung des Scheidungsprocesses nach dem Tode des einen Gatten 6799; Unzulässigkeit der Fortsetzung lediglich wegen der Kosten 7806; Unzulässigkeit der Einstellung von Amtswegen 6495. Zulässigkeit der Trennung einer protestantischen Ehe ohne vorausgegangene Scheidung *a toro et mensa* 6941, 7245; Bestimmung einer Frist für die vorläufige Scheidung im Trennungsurtheile? 7934. Rücktritt eines Ehegatten von dem gemeinschaftlichen Gesuche um Trennung wegen unüberwindlicher Abneigung 7563. Berechtigung des großjährig gewordenen Gatten zum Begehren der Ungültigkeitserklärung betreffs der von ihm während der Minderjährigkeit geschlossenen Ehe? 5909. Fortsetzung der Ehe in Kenntniß von einem bestehenden Hindernisse? 6271. Umfang und Richtung der Ansprüche des *defensor matrimonii* auf Kostenersatz 6366. Kosten der feierlichen Todeserklärung 6868. Benützung des im Ehescheidungsprocesse aufgenommenen Kunstbefundes im Vincularprocesse 5902. Provisorische Zuweisung von Alimenten an die Gattin im Ehescheidungsprocesse ohne Rücksicht auf die Frage der Schuld 6563. Vorbehalt streitiger Rechtsfragen (Compensabilität) für das ordentliche Verfahren 7757. Unzulässigkeit der Abweisung des Begehrens um Alimentationszuweisung wegen Ausbleibens beider Theile von der Verhandlung 7562. Executionsführung des Ehegatten auf die der Gattin provisorisch zugewiesenen Alimente 7765. Provisorische Zuweisung von Alimenten an die rechtskräftig geschiedene Ehefrau 7703. Zulässigkeit selbständigen Recurses gegen Beweisverfügungen in Ehestreitigkeiten 5829, 5902; Unzulässigkeit desselben 5692, 8133.

- X. Bagatellverfahren. Unheilbare Nichtigkeit bei Einleitung einer anderen Verfahrensart in Bagatellstreitsachen 7032; Zulässigkeit der Vereinbarung einer anderen Verfahrensart 5719; Klage des Besitzers von Theilschuldverschreibungen, für deren Besitzer ein gemeinsamer Curator bestellt ist, auf Zahlung fälliger Coupons im Bagatellverfahren 6445 (vgl. 6578); Anwendung der Grundsätze des Bagatellprocesses auf das Executionsverfahren auf Grund Notariatsactes 6843. Anwaltszwang im Bagatellverfahren; Unzulässigkeit des Revisionsrecurses gegen die wegen mangelnder Unterfertigung des Recurses durch einen Advocaten erfolgte Zurückstellung des Recurses 6301. Unzulässigkeit des Revisionsrecurses gegen die Aufhebung des das Verfahren (wegen Incompetenz) einstellenden erstrichterlichen Bescheides 6500, 7485. Unzulässigkeit eines Revisionsrecurses im Vollstreckungsverfahren 6936, 7455, 7484, 7507; Unzulässigkeit jedes weiteren Rechtszuges gegen obergerichtliche Entscheidungen 6578 (vgl. 6445), 7755; Unzulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses im Vollstreckungsverfahren 7894.

XI. Mahnverfahren. Unzulässigkeit der Anbringung der Mahnklage beim Bezirksgerichte des Wohnorts im Falle der Zuständigkeit eines anderen Gerichts für die Streitsache selbst 6020. Unzulässigkeit der Pränotation des noch nicht rechtskräftigen Zahlungsbefehles 6081.

Anhang. 1. Gerichtliche Bestellung eines Curators zur Vertretung unbekannter Interessenten bei einer bevorstehenden Expropriation 6768. Verzicht auf die bereits zuerkannte Expropriation bei einem Eisenbahnbaue 5921. Unstatthaftigkeit der Einbeziehung einer Eisenbahngesellschaft bereits abgetretener, noch nicht bücherlich abgeschriebener Placellen in die Executionsführung auf den ursprünglichen Grundbuchskörper 5767, 7510. Frist für die Verjährung des Entschädigungsanspruchs wegen Expropriation 7300.

2. Zuständigkeit des Civilgerichts in Privilegiensachen 5900, 6192. Gerichtliche Requisition der geheim gehaltenen Privilegiumsbeschreibung auf Ansuchen des Privilegiumsinhabers 7980. Anspruch des wegen eines Eingriffes Belangten auf Mittheilung einer Abschrift der vom Kläger beigebrachten geheimen Privilegiumsbeschreibung? 8090. Provisorische Einstellung der Erzeugung und Beschlagnahme der Werkzeuge wegen Privilegieneingriffs 7642; Höhe der behufs Erwirkung der Beschlagnahme zu legenden Caution 8019. Sistirung der gerichtlichen Verhandlung bis zur administrativen Entscheidung über die angesuchte Annullirung des Privilegiums 8164. Unzulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses gegen die Beschlagnahme von Privilegiumsgegenständen 7671.

3. Syndicatsproceß; Anwaltszwang 7919. Aussetzung des Verfahrens bis zum Ausgange der Disciplinaruntersuchung? 7184.

III. Concurß.

A. Materielles Concurßrecht.

I. Wirkungen der Concurßeröffnung:

1. Aufhören des Verfügungsrechtes des Gemeinschuldners — vgl. auch unten III. — Aufhören der Functionen des Vorstandes der falliten Actiengesellschaft 5601. Schenkungen in fraudem creditorum s. Obligationenr. B. I. 4; Befriedigung eines Gläubigers aus der Concurßmasse vorenthaltenen Geldern; Zeitpunkt der Rückforderung 6585. Proceßführung gegen die Person des Creditors 7015, 7153, 7218.

2. Competenz, Proceßführung, Verjährung. (Fortdauernde) Competenz des Realgerichts für die actio hypothecaria gegen die Concurßmasse 6267, 7944; für Erschindungsklagen gegen eine Concurßmasse 7292; des Gerichts der belegenen Sache für Bestandklagen gegen eine Concurßmasse 6339, 8082; des Concurßgerichts

für Klagen zur Geltendmachung des gesetzlichen Pfandrechts des Vermiethers 7421. Gerichtsstand des Vertrags gegen eine Concurssmasse 6132. Competenz für Klagen gegen den Cridatar unter Verzicht auf Befriedigung aus der Concurssmasse 7015; für Bewilligung der Execution auf Grund der Liquidirung nach Aufhebung des Concursses 8156; für der Concursaufhebung nachfolgende Klagen auf Grund früher entstandener Ansprüche? 7741. Unterbrechung anhängiger Prozesse durch die Concursöffnung 5636; durch die Eröffnung des Concursses in Ungarn 7537; Unterbrechung des Verfahrens wider sämtliche Streitgenossen durch Eröffnung des Concursses über das Vermögen des einen 6817; Zustellung des wider Streitgenossen ergangenen Urtheils an den Verwalter der Concurssmasse des Erstgeklagten 7045. Einfluß der Concursöffnung auf die Frist für Einwendungen gegen die Wechselzahlungsauflage 6968, 7288; Zustellung der vor der Concursöffnung erlassenen Zahlungsauflage an den Concurssmasseverwalter? 6802, 6818. Ueberleitung des Wechselprocesses in das summarische Verfahren 7295; in das Liquidirungsverfahren 7072. Unstatthaftigkeit der Fortsetzung des Processes gegen den Cridatar trotz Erklärung des Klägers sich nur an das nicht in den Concurs einbezogene Vermögen zu halten 7153. Eintritt der Concurssmasse in den anhängigen Proceß gegen den Cridatar; Contumacirung derselben 6128; Kostenersatzpflicht 5693; Beitritt der Concurssmasse zu dem extra concursum geführten Prozesse; Haftung für die Kosten? 7218. Recursfrist bezüglich der Bestimmung der Kosten einer vor der Concursöffnung auf Grund Summarverfahrens geführten Execution 6163. Befreiung der Concurssmasse als Klägerin von der actorischen Caution 5604, 5920. Passivlegitimation der Gläubigerschaft einer registrirten Genossenschaft für Klagen auf Anerkennung der Nichtmitgliedschaft? 7334, 7418. Eidesdelation an den Concurssmasseverwalter 5710, 5819; Unzulässigkeit derselben 6273, 6991, 7148, 8029; Eidesdelation an den Cridatar im Prozesse der Concurssmasse 6273; an den Vorstand der falliten Actiengesellschaft 7312. Geltendmachung des Kostenersatzanspruchs seitens des von der Concurssmasse erfolglos Belangten wider den Cridatar nach aufgehobenem Concurse 7939. Appellationsfrist in dem bei dem Handels- als Concursgerichte anhängigen Liquidirungsproceß 7118.

3. P f a n d -, R e t e n t i o n s - und R ü c k f o r d e r u n g s r e c h t e und S e p a r a t e x e c u t i o n. Collision des Feilbietungsgesuches des Concurssmasseverwalters und eines Faustpfandgläubigers 5616. Anfechtung einer Hypothek und gleichzeitige Bestreitung der angemeldeten Hypothekarforderung; Suspendirung der Befriedigung aus der Realmasse 6516. Abweisung von Grundbucheingaben vor erfolgter bücherlicher Anmerkung der Concursöffnung 6096. Gesetzliches Pfandrecht des Vermiethers; Bewilligung der pfandweisen Beschreibung der *in vecta et illata* nach der Anmeldung der Miethzinsfor-

berung 7132. Unzulässigkeit der Einverleibung des Pfandrechts für Steuerrückstände 7842; Bewilligung der Einverleibung nach der Concurseröffnung 5685, 7976, 8046. Masseschuld oder Pfandschuld? 5747. Einfluß des im Auslande eröffneten Concurses auf die im Inland geführte Execution? 6241; Transferirung vorher gepfändeter Mobilien nach der Concurseröffnung 5734. Umwandlung des executiven Pfandrechts an einer Forderung in executive Einantwortung nach der Concurseröffnung? 5782, 7994; Unwirksamkeit der vor der Concursöffnung bewilligten, aber noch nicht vollzogenen Einantwortung 6791. Einfluß der Concurseröffnung auf eine weder intabulirte, noch durch Einführung des Sequesters vollzogene Sequestration 6115; Einbeziehung des Ueberschusses aus einem vom Sequester zum Zweck der Steuerzahlung vorgenommenen Verlaufe in die Concursmasse 7654. Sofortige Zurückweisung der Klage des Concursmasseverwalters auf Ungiltigerklärung eines Executionsbescheids 5716, 6113. Rückforderungsrecht oder Contractsklage? 5816. Zuständigkeit des Realgerichts für Erschindungsklagen gegen die Concursmasse 7292. Nicht-Unterbrechung von Processen über Rückforderungsansprüche durch die Concurseröffnung 6128. Beweislast bei der Erschindung 7452; Eidesdelation an den Concursmasseverwalter? 7148, 8029. Separat-execution zur Geltendmachung eines vorher erworbenen Pfandrechts auf Grund des Liquidierungsprotokolles 5938. Executive Sequestration einer in die Concursmasse gehörigen Liegenschaft 5624. Legitimation des Concursmasseverwalters zur Anfechtung einer vor der Concurseröffnung erfolgten Pfändung von angeblichen Pertinenzen einer Concursrealität? 6961.

4. Verschiedene andere Ansprüche von Concursgläubigern. Sofortige Fälligkeit jeder Forderung gegen den Creditar in Folge der Concurseröffnung? 5783. Unzulässigkeit der Compensation mit einer in Folge Abrechnung erst nach der Concurseröffnung entstandenen Cautionsforderung 5739; mit einer erst nach der Concurseröffnung entstandenen Wechselregreßforderung 7443; Erwerb der zu compensirenden Gegenforderung durch Scheincession? 5808. Nichteintritt der Concursmasse in ein vorher geschlossenes Rechtsgeschäft; Anspruch auf Rückgabe des Angeltes und der Anzahlung? 7237, 7304; Eintritt der Concursmasse in einen Miethvertrag des Creditars; Gerichtsstand für die Bestandsklage 8032. Einfluß der Concurseröffnung auf Lohnverträge 6838; auf die vorher erfolgte Abtretung von Forderungen des Gemeinschuldners an einen Gläubiger gegen Eröffnung eines Credits bei einem Dritten? 6514. Veräußerung von Theilzahlungen eines Correalschuldners des Creditars 5595. Verschiedene Ansprüche: Anspruch auf Rechnungslegung über eine vom Creditar geführte Verwaltung? 7393. Behandlung des Totalanspruchs der Ehegattin des Creditars 5916; im kaufmännischen Concurs 6014; Einfluß der Concurseröffnung auf die Rechte aus der ehe-

lichen Gütergemeinschaft 5838, 6158, 6178. Anspruch des an einem Einlagebuch der in Concurse gerathenen Vorstehercasse Pfandberechtigten auf Behandlung als Concursgläubiger? 6615. Klage der Gläubiger der dritten Classe auf Löschung einer Hypothek auf einer Liegenschaft des Schuldners; Anmerkung der Klage? 6760.

- II. Rangordnung der Ansprüche. Behandlung der Gebühren des mit der Inventarisierung betrauten Notars und der Schätzleute als Massekosten; Anspruch auf deren sofortige Berichtigung 5855, 6245. Gebühren des Nachlasscurators als Masseschuld im Concurse über die Verlassenschaft? 6660. Gesamtkosten des (verlorenen) Processes, in welchen die Concursmasse eingetreten ist, als Masseschuld zu behandeln 5693. Genugthuungsanspruch des vom Gläubigerausschusse auf Erlass wegen der von ihm geführten Masseverwaltung geklagten Advocaten als Masseschuld? 5711. Nach der Concurseröffnung fällige Erwerbesteuer als Masseschuld? 5837; Steuer für einen theilweise der Masse zu Gute kommenden Gewerbebetrieb des Creditars? 8056. Voraussetzungen der Behandlung von Gebühren als Masseschulden 5586, 5870. Nachlassgebühren von einer dem Creditar angefallenen Erbschaft als Masseschulden? 8142. Vor der Concurseröffnung erwachsene Gebühren- und Steuerschulden, trotz Zustellung des Zahlungsauftrags, beziehungsweise Vorschreibung nach der Concurseröffnung keine Masseschulden 6351. Aufwand eines verletzten Gläubigers für die Masse als Masseschuld 5747. Entschädigungsansprüche aus dem Dienstverhältnisse gehören nicht in die erste Classe 6838. Versetzung ungarischer Steuerforderungen in die erste Classe 5927; von Erlassansprüchen aus der vom Creditar geführten Verwaltung kirchlichen Vermögens in die zweite Classe? 8100. Rechtliche Stellung der Gläubiger der dritten Classe gegenüber den Realgläubigern 6760.
- III. Rechtliche Verhältnisse des Gemeinschuldners. (Vgl. oben I. 1.) Rechtliche Stellung des Vorstands und der Actionäre einer falliten Actiengesellschaft 5601, 7312. Delogirung des Creditars durch die Concursmasse 7238. Sendungen an den Creditar 5971. Fortbetrieb eines Gewerbes durch den Creditar 8056; für Rechnung der Concursmasse 6132. Beitritt des Creditars als Streitgenossen zum Proceß der Masse 7939; Vertretungsleistung des Creditars zur Eidesablegung für die Masse 6273, 7656. Anweisung einer Substitution? 7756; Unstatthaftigkeit der Separatexecution auf die dem Creditar zugestandenen Bezüge 7086.

B. Verfahren im Concurse.

- I. Competenz. „Wohnsitz“ als Grund der Competenz zur Concursbehandlung 6235. Separatconcurse über das inländische Immobilienvermögen eines auswärtigen Creditars 6080; Einbeziehung der vom Creditar aus einem ausländischen Fideicommiss bezogenen Substitution in den inländischen Concurse 5948; Zuständigkeit zur Concursver-

handlung über das bewegliche Vermögen eines Kaufmannes, welcher im Inland und in Ungarn Hauptniederlassungen hat 6398; Zuständigkeit des Handelsgerichts zur Eröffnung des Concurſes gegen einen vom Geſchäfte zurückgetretenen Kaufmann (nach Löſchung der Firma) 6575, 7959; Zuziehung von Handelsbeſitzern für den Liquidirungsproceß im kaufmännischen Concurſ 6624. Competenz des Realgerichts zur Beſtimmung der aus der Realmaſſe zahlbaren Gebühren des Concurſmaſſeverwalters 7731; des Concurſgerichts zur Bewilligung der Feilbietung von Concurſrealitäten nach der allgemeinen Liquidirungstagfahrt 6302.

II. Concurſeröffnung. Antrag auf Concurſeröffnung gegen einen curator absentis 6550 Anſuchen eines Erbschaftsgläubigers gegen den Inventarterben um Concurſeröffnung über den Nachlaß 7771. Eröffnung des Concurſes über eine Handelsgesellſchaft auf Anſuchen eines Geſellſchafters 7906. Zurücknahme des Antrages auf Concurſeröffnung nach erfolgtem Gerichtsbeſchluß; Wiederaufhebung der Eröffnung 6226. Inſtuirung des Geſuches um Concurſeröffnung lediglich mit dem Nachweis bewilligter Execution zur Sicherſtellung? 5908. Unzulänglichkeit einer noch freiwilligen Wechſelforderung zur Begründung des Anſuchens 8060; Zulänglichkeit deſſelben 8076. Geſuch um Amtszeugniß über das Verſolgtſein des Schuldners mit Executionen behufs Erwirkung der Concurſeröffnung? 6865, 7204. Nichteröffnung des Concurſes wegen Geringsfügigkeit des Vermögens 5839, 6199, 6265; Nachweis eines zur Deckung der Koſten hinreichenden Vermögens? 5948, 6231. Concurſeröffnung wegen Verſolgtſeins mit Executionen; eine Executionsführung neben derjenigen des Bedeckungswerbers genügend 6441; nicht genügender Nachweis der Mehrheit von Executionen 7873; Unſtatthaftigkeit der Abweiſung des Geſuches a limine wegen mangelnden Nachweiſes 7084; ſofortige Abweiſung wegen Nichtbeſcheinigung des Vollzuges der bewilligten Executionen 7093. Beweislaſt hiñſichtlich der Sicherſtellung der Gläubiger 7715. Eröffnung des kaufmännischen Concurſes; Zahlungseinstellung 6139; Begehren einer Bedeckungsfahrt ohne Nachweis mehrerer Executionen in dieſem Falle 8197. Unſtatthaftigkeit der Erſtreckung der Bedeckungstagfahrt auf einſeitiges Anſuchen des Schuldners 6107; Ausbleiben aller Betheiligten von der Tagfahrt; Reaſſumirung 6827. Unanwendbarkeit der Vorſchriften der E. O. über Beſchwörung des Vermögensſtandes auf den Separatconcurſ über inländiſche Liegenſchaften eines auswärtigen Cribatars 6080. Bückeriſche Nummerung der Concurſeröffnung 6096, 6760. Auftrag an Bahnverwaltungen hiñſichtlich von Sendungen an den Cribatar 5971. Haftung des Geſuchſtellers für die Koſten der Bedeckungstagfahrt bei Nichteröffnung des Concurſes wegen mangelnden Vermögens 6199; der Gläubiger für die Koſten bei Wiederaufhebung des Concurſes nach §. 154 E. O.? 7274. Erforderniß der Unterſchrift eines Advocaten auf

dem Recurse gegen die Concurseröffnung 5823. Legitimation von Gläubigern, welche nicht um die Bedeckungstagfahrt angeht haben zum Recurse gegen die Aufhebung der Concurseröffnung? 7607. Haftung des Bedeckungswerbers für die Kosten bei Aufhebung des Concurses im Recurswege 7949, 8001. Wiedereinsetzung wegen schlechter Vertretung des Schuldners bei der Verhandlung über die Concurseröffnung 5784.

III. Personale. Ausschließung von Concursgläubigern, deren bestrittene Forderungen nicht eingeklagt sind, von der Wahl der Concursfunktionäre 8105. Unzulässigkeit der Wahl der Finanzprocuratur in den Gläubigerausschuß 5751; der Wahl des Vertreters eines Gläubigers 5686; Nichtberechtigung der Mitglieder des Ausschusses zur Ausübung ihrer Functionen durch selbstgewählte Stellvertreter 8044. Zustimmung des Ausschusses oder der Gläubigerschaft zur Feilbietung einer Realität ohne vorhergehende Schätzung? 6218. Unstatthaftigkeit der Bestellung eines Verwaltungsrathes und Liquidators der falliten Actiengesellschaft zum Concursmasseverwalter 7758. Abgrenzung des Wirkungskreises des Concursmasseverwalters von demjenigen des für ein einzelnes Gut bestellten Verwalters 7734. Legitimation des Concursmasseverwalters zur Anfechtung einer der Concurseröffnung vorausgegangenen Pfändung von Pertinenzen einer Concursrealität? 6961. Eidesdelation an den Concursmasseverwalter? 5710, 5819, 6273, 6991, 7148, 8029 — vgl. oben A. I. 2; Passivlegitimation des Concursmasseverwalters nach abgeschlossenem Zwangsausgleich 6324.

IV. Creditinventar. Einbeziehung des Vermögens des mit dem Creditat in allgemeiner Gütergemeinschaft stehenden Ehegatten in die Concursmasse 5838, 6158, 6173; der vom Creditat muthmaßlich nur zum Scheine verkauften Waaren 5666; des Ueberschusses aus einem vom Sequester einer Pachtung zum Zwecke der Steuerzahlung vorgenommenen Verkaufs in den über das Vermögen des Executen eröffneten Concurs 7654; der vom Creditat aus einem ausländischen Fideicommiss bezogenen Sustentation 5948; der für das Leben des verstorbenen Gemeinschuldners versicherten Summe? 6163, 6559. Behandlung der Gebühren des mit der Inventarisirung betrauten Notars und der Schätzleute 5855, 6245.

V. Feststellung und Realisirung der Ansprüche. Reproducirung einer zurückgezogenen Anmeldung 7905; Anmeldung einer privilegierten Creditforderung vor Concursaufhebung aber nach Genehmigung des Ausgleichs? 7921. Anspruch auf quotenmäßige Befriedigung einer nicht angemeldeten Forderung nach Beendigung des Concurses? 7209. Anmeldung der Mietzinsforderung als Grundlage für pfandweise Beschreibung der *invecta et illata* 7132. Liquidirung angemeldeter Forderungen, über welche bereits ein rechtskräftiger Spruch vorliegt 5857, 6122, 7288; auf Grund vollstreckbaren Notariatsactes angemeldete Forderung? 6926. Ueberleitung des spruchreifen Wechselprocesses

in das Liquidationsverfahren 7072. Vorgang bei Bestreitung von Gebührenforderungen 5602; Streit über die behauptete Simulation des zu Grunde liegenden Rechtsgeschäfts 5666; Bestreitung der Gebührenforderung wegen Personenverwechslung bei der Vorschreibung 6470. Bestreitung der angemeldeten Hypothekarschuld; Einfluß auf die Befriedigung aus der Realmasse 6316. Rechtskraft der Liquidation einer Forderung durch den Masseverwalter gegenüber dem Schuldner? 5695, 7528. Unzulässigkeit einer Aufforderungslage des Concursmassenverwalters bezüglich der angemeldeten und bestrittenen Forderungen 6652; Zulässigkeit der Lage 6074, 6874, 7252. Liquidationsproceß (vgl. auch oben A. I. 2.): Cumulirung von Liquidationsklagen? 5820, 7318. Passivlegitimation des Concursmassenverwalters für Liquidationsklagen nach dem Zwangsausgleich 6324. Beweis durch Haupteid im Liquidationsproceß 5710, 6273, 6991. Formulirung des Klagebegehrens und Urtheils bezüglich der Dotalsforderung der Ehefrau des Creditors 5916. Appellationsfrist in dem beim Handelsgerichte geführten Liquidationsproceß 7118. Eintragung des executiven Pfandrechts auf Grund des keine bestimmte Zahlungsfrist enthaltenden Liquidationsurtheils? 5783. Verlastung vom Mitschuldner des Creditors auf die Solidarschuld geleisteter Abzahlungen bei der Creditrepartition 5595. Nichtberechtigung von Massegläubigern zur Einbringung von Erinnerungen gegen den Vertheilungsentwurf 5711. Anwendung des §. 161 E. O. auf Specialmasse kosten? 6717, 7731. Suspendirung der Befriedigung des Realgläubigers aus der Realmasse bis zur Austragung des Proceßes über seine angemeldete Hypothekarsforderung 6516.

VI. Verwaltung und Realisirung des Vermögens. Zuziehung der Actionäre der falliten Actiengesellschaft zu den Gläubigerversammlungen 5601. Erforderniß der Zustimmung der Gläubigerschaft zur Feilbietung einer Concursrealität ohne vorherige Schätzung? 6218. Delogirung des Gemeinschuldners durch die Concursmasse 7238. Verweisung der Concursmasse auf den Rechtsweg mit dem Anspruch auf die für das Leben des verstorbenen Creditors versicherten Summe 6163. Zuständigkeit zur Bewilligung der Feilbietung von Concursrealitäten 6302; Collision des Feilbietungsgesuchs des Concursmassenverwalters und eines Faustpfandgläubigers 5616; Anwendung der Vorschriften für executive Feilbietungen 6243; Hemmung der Feilbietung durch Erschindungsklage? 7292. Bestimmung der Gebühren für Verwaltung einer Specialmasse 6717, 7731 (Competenz des Realgerichts). Separate Verwaltung des in den Concurs einbezogenen Vermögens der mit dem Creditor in allgemeiner Gütergemeinschaft stehenden Gattin? 5838.

VII. Aufhebung des Concurses. Aufhebung nach §. 154 E. O.; Haftung der Gläubiger für die Kosten 7274. Recurs der Finanzprocuratur gegen die Aufhebung wegen während des Concurses fällig gewordener, dem Concursmassenverwalter nicht bekannt gegebener Steuern? 5837. Aufhebung des Concurses bei Zustimmung aller bis auf einen Gläubiger?

6988. Beendigung durch Vergleich; Gültigkeit von Separatabmachungen 7488. Kostenersatzpflicht des Creditors nach der Concursaufhebung aus von der Concursmasse geführten Processen 7939; Unzuständigkeit des Concursgerichts für Klagen nach der Concursaufhebung 7741. Execution gegen den Schuldner auf Grund des Liquidationsprotokolls 5695, 7528; Competenz in diesem Falle 8156 — vgl. Verf. in Streitj. N. I. 1.

C. Zwangsausgleich.

Zweijähriger Bestand der protokollierten Firma als Voraussetzung des Zwangsausgleichs; Unterbrechung desselben? 8169. Anmeldungen nach rechtskräftiger Genehmigung des Ausgleichs, vor Aufhebung des Concurses? 7921. Passivlegitimation des Concursmassenverwalters nach geschlossenem Ausgleich 6324. Competenz des Concursgerichts nach Beendigung des Concurses durch Ausgleich? 7741. Voraussetzung des Anspruchs auf quotenmäßige Befriedigung einer nichtangemeldeten Forderung 7209. Unerlaubte Nebenabmachung 6259; Einräumung eines besonderen Vortheiles durch einen Dritten 6906, 7913; Versprechen einer Nachzahlung 6649. Gültigkeit dem Zwangsausgleich nachfolgender Separatabmachungen 6902; Beweislast hinsichtlich des Zeitpunktes der Separatabmachung 7490. Gültigkeit der einzelnen Gläubigern gewährten Bürgschaft für eine vom Gemeinschuldner übernommene Verpflichtung 6361. Ungültigkeit von Separatabmachungen bei einem außergerichtlichen Ausgleich 8045.

IV. Verfahren außer Streitsachen.

A. Allgemeines.

Unzulässigkeit der Intervention des Gerichts zur Realisirung von Privatübereinkommen über die Abtretung von Dienstbezügen 7291; Unzulässigkeit der Uebermittlung einer Gegenerklärung wider die gerichtliche Kündigung einer Hypothek 7069; pfandweise Beschreibung zur Realisirung vertragsmäßiger Pfandbestellung an nicht verbücherten Liegenschaften; Competenz des Realgerichts 7529; executive Einantwortung auf Grund einverständlichen Gesuchs von Gläubiger und Schuldner 5885. Voraussetzungen der Ausfertigung von Amtszeugnissen über actenmäßig bekannte Thatsachen 6006. Bestätigung des Gerichts über seine Competenz und die Rechtskraft des Urtheils behufs Vollstreckung desselben im Auslande 8043, 8071. Ausstellung eines Amtszeugnisses an Erbschaftsgläubiger über den Inhalt der Einantwortungsurkunde 5676. Amtszeugniß über das Verfolgtsein eines Schuldners mit Execu-

tionen? 6865, 7204. Verhältniß des Verfahrens außer Streitfachen zum Streitigen Verfahren s. oben Civilproc. I. B.; — des Grundbuchsverfahrens zur Verlassenschaftsabhandlung 7142; zum Verfahren bei Neuanlegung von Grundbüchern 7613; 7818. Folge der Nichteinhaltung einer zwischen den Interessenten vereinbarten Frist zur Erstattung einer Äußerung im Verfahren außer Streitfachen 6294; Wiedereinsetzung gegen Fristversäumniß 6753. Liquidirung von Advocatengebühren im Verfahren außer Streitfachen 7999. Rechtskraft von Bescheiden 5657, 6408, 7613. Voraussetzungen der Zulässigkeit eines Recurses gegen zwei gleichlautende Bescheide 5657. Recursfrist 7310. Vollstreckung richterlicher Verfügungen im Verfahren außer Streitfachen 5629; Unzulässigkeit der Anwendung von Arreststrafen zur Erzwingung der Rückkehr der Ehegattin in das Haus ihres Mannes 8228.

B. Verlassenschaftsabhandlung.

Geltungsgebiet des mährischen Landesgesetzes über die Schuldsbeiträge 6969; Einfluß der Verschiedenheit des Sterbeortes und des Orts der Abhandlungspflege auf die Entrichtung der gesetzlichen Legate 7174. Abhandlung des unbeweglichen Nachlasses eines Ausländers; Nichtberücksichtigung des im Auslande schwebenden Erbrechtsstreits 6781; Zuständigkeit des Obersthofmarschallgerichts zu Verfügungen hinsichtlich des Nachlasses eines in Oesterreich verstorbenen fremden Souveräns 5773. Voraussetzungen der Ausfolgung des Nachlasses eines Ausländers (Ungars) bei Vorhandensein inländischer Gläubiger 7597; Anhaltung der inländischen Gläubiger zur Einlagung ihrer Forderung in bestimmter Frist 5629. Competenz des Verlassenschaftsgerichts für Klagen gegen den als caduc angezeigten, aber dem Fiscus noch nicht übergebenen, Nachlaß 8008; Nichtzuständigkeit für Klagen auf Zahlung bereits liquidirter Gebühren des Curators der Nacherben 7677; zur Bewilligung der Intabulation des vom noch nicht intabulirten Erben an einer Nachlaßrealität bestellten Pfandrechts 7155; Ablehnung einer fehlerhaften Eintragungsbewilligung durch das Grundbuchsgericht 6810; Competenz der Abhandlungsbehörde zur Bewilligung der Feilbietung von Nachlaßrealitäten ohne vormundschaftsbehördliche Genehmigung trotz Vorhandenseins minderjähriger Erben 6162.

Ermittlung des Nachlasses — vgl. auch oben Erbrecht A. I. — Officioser Auftrag zur Rückstellung eigenmächtig in Besitz genommener Nachlaßgrundstücke 6304. Sistirung der Abhandlung bis zur Feststellung der Vorempfänge eines Miterben? 6018. Absonderung des Allodialnachlasses vom Fideicommiss 5705. T o d f a l l s a u f n a h m e; Ersatz des Todtenscheines durch von einem ausländischen Standesbeamten beurkundete Zeugenaussagen 8185; Ergänzung der Todfallsaufnahme durch amtliche Nachforschung nach Verwandten des Erblassers 5999. Unzulässigkeit der Errichtung eines Inventars wegen widersprechender eidesstattlicher Vermögensbekenntnisse mehrerer Miterben 8082. Gleichzeitige Inventarifirung des Nachlasses zweier

bei negativ bedingter Erbeinsetzung 8027; — des Intestaterben gegen Erben aus einem in seiner Echtheit bestrittenen Erbvertrage 7840; — Zuweisung der Klägerrolle bei collidirenden Erbserklärungen zweier Testamentserben 7117; — Verweisung der Entscheidung über Verlust des Erbrechts der Wittwe wegen vorzeitiger Wiberverheirathung auf den Rechtsweg 5994; des Streits, ob Erbvertrag oder wechselseitiges Testament? 5795. Kosten der Verhandlung über Zuweisung der Klägerrolle 7660. Wirkung der (angenommenen) Erbserklärung: Legitimation zur Bestreitung des Testaments? 7599; zum Verlangen des Manifestationseides 5937. Berechtigung des auf Grund schriftlichen Testaments Erbserklärten zur Berufung auf dasselbe als mündlichen 8184. Vertretung und Verwaltung des Nachlasses s. unten. Collision zwischen Erben und Legataren; Verweisung streitiger Ansprüche auf den Rechtsweg 5997; Streit ob Stiftung oder legatum sub modo 5836; Streit zwischen Miterben über ein Prälegat 6461; Verweisung des die Ungiltigkeit eines *Lobi-illes* behauptenden gesetzlichen Erben auf den Rechtsweg 6880. Officiöse Einvernehmung der Testamentzeugen eines angeblichen mündlichen Testaments trotz bereits vorliegender negativer Aussage eines Zeugen 6434.

Verwaltung und Vertretung des Nachlasses: Testamentarische Bestellung eines Verlassenschaftspflegers 5617, 6204; eines Nachlassverwalters 1087; auf bestimmte Zeit; Unkündbarkeit durch den Erben 6367. Anstellung der Legatsklage gegen den Testamentsexecutor; Art der Execution 7379. Legitimation des noch nicht eingetragenen Erben zur Einklagung von Hypothekarforderungen des Erblassers 6320. Formulirung des Begehrens in Klagen gegen die Erben vor Einantwortung 6185. Wichtigkeit des nach dem Erbschaftsantritt wider einen Nachlasscurator anhängig gemachten Processes 1087. Gesuch gegen den Vorbehalts-erben um Eröffnung des Concurſes über die Verlassenschaft 7771. Unzulässigkeit sofortiger Ueberlassung der Verwaltung des Nachlasses an den Testamentserben bei widerstreitenden Erbserklärungen 1093. Vertretung des Nachlasses während schwebenden Erbrechtsstreits? 7969. Berichtliche Anhaltung zur Rechnungslegung über den noch nicht eingeworteten Nachlaß 6963. Abhandlungsbehördliche Regelung des Besitzes und der Verwaltung des Nachlasses im Widerspruch mit einem im Besitzstreite ergangenen Erkenntniſſe 7225. Aufstellung eines Nachlaß-Curators im Falle vom Berichte nicht angenommener Erbserklärung 6083; bei widerstreitenden Erbserklärungen 6390. Edictalkundmachung der Bestellung eines *curator hereditatis jacentis* bei sonstiger Nullität? 8108. Directe Haftung der *hereditas jacens* für die Expensen des zu ihrer Vertretung gegen eine Klage bestellten Curators 1606; Behandlung der Gebühren des Curators als Masseschuld im Verlassenschaftsconcurſe? 6660. Proceßlegitimation des Curators s. Verf. in Streitf. D. II. — Gesuch um Bewilligung der *separatio bonorum* gegen einen *curator hereditatis jacentis* 7880. Rechtliche Stellung des für den separirten Nachlaß bestellten Curators 7512 — vgl. Civilrecht V. A. VIII. 2. Officiöse Sorge für das Verlassenschaftsvermögen; Anhaltung dritter Personen zur Herausgabe? 7050; Anhaltung von Nachlaßschuldnern zur Sicherstellung? 1244. Ausfolgung von Nachlaßbestandtheilen an einzelne Miterben zur

Ausgleichung von Vorempfängen 6512. Ueberlassung der Verwaltung des ihr vermachten Grundstücks an die Witwe des Erblassers 6412. Verkauf von Nachlassrealitäten durch einen Nachlasscurator 6390. Executive Feilbietung von Nachlassrealitäten 6784, 7567, 8097. Voraussetzungen der Zulässigkeit der Aufhebung des Substitutionsbandes 8144, 8171.

Sicherstellung von Legaten zu gemeinnützlichen Zwecken 5836; Berständigung der Statthalterei von angeordneten Messenstiftungen 8128. Vormerkung des Legatsanspruchs auf Nachlassrealitäten 6066, 6202, 6433, 7039. Abhandlungsbehörbliche Regelung der Pflichten des mit einer Auflage belasteten Legatars 6522. Voraussetzung der Bewilligung der Einverleibung des Eigenthums des Legatars 6255. Abweisung des Gesuchs eines Gläubigers des Legatars um Bestätigung, daß der Letztere als Eigenthümer der vermachten Realität intabulirt werden könne 6948, 6949. Erwirkung der separatio bonorum durch einen Legatar 5681. Gläubiger-Convocation: Zurückweisung einer Anmeldung nach beschlossener Einantwortung 8051; Folgen der Nichtanmeldung 7125; der Nichtanmeldung einer bereits eingelagten Forderung 5642. Sicherstellung von Erbschaftsgläubigern nach §. 822 a. b. G. B.? 8058. Sicherstellung von Gläubigern des Erben 5703, 5903, 7527, 7863, 7865, 8088, 8189 — vgl. oben Erbrecht A. VIII. 1. Einverleibung des executiven Pfandrechts mit der Beschränkung des § 822 a. b. G. B. auf einer dem Schuldner bereits eingeworteten aber noch nicht zugeschriebenen Nachlassrealität 5587. Vorzug des vom Erbschaftsgläubiger für seine angemessene Forderung nach Einantwortung des Nachlasses erworbenen executiven Pfandrechts vor dem vom Gläubiger des Erben vor der Einantwortung auf Grund §. 822 a. b. G. B. erwirkten 7620. Anwendung des § 822 a. b. G. B. auf Gläubiger des Legatars 7688, 7764. Fristbestimmung zur Erbrechtsklage; Einfluß eines Wiedereinsetzungsgesuchs auf deren Lauf 6763. Berechtigung des mit einer Erberklärung auf Grund schriftlichen Testaments zur Erbrechtsklage Verwiesenen zur Berufung auf das Testament als mündliches 8184. Unstatthaftigkeit mittlerweiliger Vorkehrungen für die Legate während des Erbrechtsstreites 7769.

Ausweis über die Insufficienz des Nachlasses zur Deckung der Legate 7352. Gebühren bei Antritt eines Fideicommisses in Folge Verzichts des unmittelbaren Vormannes? 6285. Nichtberücksichtigung des auf Nachlassbestandtheilen haftenden Fruchtgenusses bei der Gebührenbemessung 8054. Entfallen der Uebertragungsgebühr mortis causa bei (executiver) Veräußerung von Nachlassrealitäten vor der Einantwortung 6784, 7567, 8097. Vorzugsrecht der auf den beweglichen Nachlass entfallenden Quote der Uebertragungsgebühr bei Feilbietung einer Nachlassrealität? 7347, 7349, 7408. Verweigerung eines Duplicates der Einantwortungsurkunde wegen nachträglich vorgeschriebener Gebühren? 6822. Rechtskraft der abhandlungsbehörblichen Fonds-Gebührenbemessung 5657. Einfluß des status cridae eines Miterben auf die Einbringung der Gebühren 8142. Verpflichtung des Nacherben zu neuerlicher Gebührenentrichtung 7997. Befreiung des Nachlasses von Militärpersonen von den gesetzlichen Legaten 5754, 6040; des Nachlasses von Officiers-

frauen 7617; von Officierswitwen 5887; Unanwendbarkeit des Privilegiums auf den Nachlaß von Reserveofficieren 7144. Berechnung des Werths einer Nachlaßrealität für die Gebührenbemessung 8099. Bemessung der Gebühr für den Wiener Versorgungsfonds 7070; Wohnsitz des Erblassers in Wien Voraussetzung 8077; Befreiung des in Wien abgehandelten Nachlasses eines im Auslande Verstorbenen von der Gebühr für den Versorgungsfonds; Verpflichtung zur Zahlung des Krankenhausbeitrages 7174; Befreiung des Nachlasses eines außerhalb Wiens domicilirenden Erblassers vom Krankenhausbeitrage 7552. Schulbeitrag in Wien 7903. Geltungsgebiet des mährischen Ges. vom 30. April 1874, L. G. Bl. Nr. 37 über Schulfondsbeiträge 6969; Auslegung des Gesetzes 7085; Beitragspflicht der einzelnen Erben und Legatäre 6976, 7501. Gesuch um Rückstellung ungebührlich auferlegter und gezahlter frommer Gebühren 6146.

Einantwortung des Nachlasses jure crediti 5642; auf Grund Erbvergleichs 6930. Einantwortung eines Substitutionsantheiles vor Beendigung der Abhandlung über die Ansprüche anderer Substituten 6429. Anführung der fideicommissarischen Substitution in der Einantwortungsurkunde? 7198; des Legates des Fruchtgenusses 8228. Sicherstellung des Erbtheiles eines abwesenden Miterben 6180. Verweigerung eines Duplicates der Einantwortungsurkunde wegen nachträglich vorgeschriebener Gebühren? 6822; Anspruch der Erbschaftsgläubiger auf ein Amtszeugniß über den Inhalt der Urkunde 5676. Rechtskraft und Anfechtbarkeit des Einantwortungsdecretes im Rechtswege 6056, 6125, 6498. Anfechtung bei der Abhandlung des Nachlasses des Erben 6538. Aufhebung der Einantwortung wegen Nichtverständigung der Statthalterei von angeordneten Stiftungen 8128. Wirkung der Einantwortung: Beginn derselben mit dem Gerichtsbeschlusse (vor Expedition des Decretes)? 6784, 8051. Unstatthaftigkeit officioßer Regelung der Besitzverhältnisse zwischen Miterben nach erfolgter Einantwortung 7986; der officioßen Geltendmachung eines testamentarischen Veräußerungsverbotes nach unbeschränkter Einantwortung 6796. Lösung der nach §. 822 a. b. G. B. erwirkten Eintragungen auf Grund des Einantwortungsdecretes? 5748, 8190. Rechtskraft des Einantwortungsdecretes bezüglich der den Erben zur Zahlung überwiesenen Schulden des Erblassers 6618, 6705, 6945. Collision zweier Einantwortungen 6343. Einflußlosigkeit der unterlassenen Anführung der fideicommissarischen Substitution in der Einantwortungsurkunde 7198. Unzulässigkeit der executiven Pfandrechteinverleibung nach der Einantwortung bei einer zu Lasten des Erblassers haftenden Hypothek auf Grund eines gegen den noch nicht intabulirten Erben erwirkten Urtheils 6565. Intabulationsbewilligung auf Grund der Einantwortung; Grundbuchsache? 7142. Tabularrichterliche Prüfung der Voraussetzungen für Umschreibung von bürgerlichen Rechten einer Handelsgesellschaft auf die Erben eines Gesellschafters 6099. Unzulässigkeit der Einverleibung des Eigenthums des Erben vor Austragung der Ansprüche des Legatärs auf die Realität 6303. Einantwortung und bürgerliche Umschreibung einer außerbürgerlich cedirten Hypothekarforderung? 5591. Abhandlungsbehörbliche Bewilligung zur Eintragung des Legatärs 6255. Nachträgliche

Zustellung der Einantwortungsurkunde behufs Ermöglichung des Recurs gegen dieselbe; Wiederaufhebung der Einantwortung 5836. Officiöse Unternehmung der Zeugen eines angeblichen mündlichen Testaments nach der Einantwortung 6434, 7515.

C. Vormundschaft und Curatel.

Provisorische Verhängung der Curatel wegen Verschwendung über einen Ausländer 7099; Einfluß der Verheirathung einer minderjährigen Ausländerin an einen Oesterreicher auf die im Auslande bestellte Vormundschaft? 7267; Legitimation zur Proceßführung für ein ausländisches uneheliches Kind 6291. Competenz der Vormundschaftsbehörde zur Verhandlung über den Anspruch des Vaters auf Herausgabe seines Kindes 7916; officiole Bestimmung der Alimentationspflicht (der Großeltern) 7310. Enthebung des Vaters von der nachtheiligen Verwaltung des Kindesvermögens? 7077. Bestellung eines Curators durch das Proceß- und zugleich Pupillargericht wegen Ausbleibens des gesetzlichen Vertreters eines Minderjährigen von einer Tagfahrt 7625; Berücksichtigung vormundschaftsgerichtlicher Acten bei Beurtheilung der bei demselben Gerichte (als Verlassenschaftsgericht) eingebrachten Klage? 6623, 6809. Abhandlungsbehördliche Genehmigung der Veränßerung einer Nachlaßrealität trotz Vorhandenseins minderjähriger Erben 6162; verlassenschaftsbehördliche Genehmigung als Voraussetzung der obervormundschaftlichen Genehmigung des Vergleichs zwischen dem instituirten Erben und dem minderjährigen Substituten 8144. Modus der Rechtfertigung der Pränotation einer vormundschaftlichen Ersatzverbindlichkeit 7011; Lösung der pränotirten Haftung des Vormunds 6387. Verweisung des Anspruchs des großjährig Gewordenen auf Herausgabe seines in dritter Hand befindlichen Pupillarvermögens auf den Rechtsweg 7050. Gerichtliche Entscheidung über die Verpflichtung zur Zahlung einer Verwahrungsgebühr bei Ausfolgung von Pupillargeldern aus der Waisencasse? 7928. Gerichtliche Bestellung eines Curators unbekannter Interessenten bei einer Expropriation 6768. Vormundschaftsbehördliche Verfügungen; Anlage von Pupillengeldern in ungarischen Staatspapieren? 7854; Auftrag zur Convertirung von einem Pupillen durch Erbschaft zugefallenen Werthpapieren 5608; Vertheilung von großjährigen und minderjährigen Geschwistern gemeinsamen verlosbaren Papieren 5891. Officioser Auftrag zur Rückstellung eigenmächtig in Besitz genommener Nachlaßgrundstücke im Interesse des minderjährigen Erben 6304; Anhaltung eines Nachlaßschuldners zur Sicherstellung bei Minderjährigkeit des Erben? 6244. Stillschweigende Genehmigung der Klageanstellung seitens des Vormunds durch Annahme der Klage seitens des Proceß- und zugleich Vormundschaftsgerichtes 6809. Beisetzung der obervormundschaftlichen Genehmigungsclausel auf der Schulburskunde 8061. Excusatio a tutela? 6540.

Bestreitung der ehelichen Geburt nicht gegen den Vormund zu richten, sondern gegen einen Curator 7242. Zuweisung monatlicher Be-

zäge an den unter Curatel wegen Wahnsinns Stehenden 7353. Vernehmung des angeblichen Verschwenders vor Verhängung der Curatel 7387; provisorische Verhängung der Curatel über einen Ausländer 7099. Bestellung eines curator absentis für den Beklagten auf Anlangen des Klägers (Kostenersatz) 6397; für den flüchtigen Excuten 6247; behufs Eröffnung des Concurſes über das Vermögen des Abwesenden 6550; für die abwesenden Realgläubiger bei einer Reißgebotsvertheilung (Edictalkundmachung) 6942, 6922, 7068, 7408; Zustellung der Zahlungsaufgabe im Mandatsproceß an einen curator absentis; Beginn der Frist für Einwendungen vom Tage der letzten Edictaleinschaltung? 6140. Bestellung eines curator absentis ungeachtet vorher angezeigter Bestellung eines Sachwalters seitens des Abwesenden 6755; bei wissentlicher Verschweigung des Wohnorts des Beklagten durch den um die Bestellung ansuchenden Kläger? 7437; für einen bereits Verstorbenen? 7814. Proceßlegitimation des Curators 7446, 7914, 7923. Verantwortlichkeit des curator absentis für die Verjährung der Coupons der bei Gericht erliegenden Papiere des Curanden 7909. Bestellung eines Curators für unbekannte Interessenten im Grundbuchsverfahren 7258; bei einer Expropriation 6768. Curator ad actum behufs Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß 7062; behufs Unterbrechung der Wechselverjährung durch Zustellung der Klage 8118; zur Vertretung des Kindes gegen die Bestreitung seiner ehelichen Geburt 5662; für einen Minorjährigen wegen Ausbleibens seines gesetzlichen Vertreters von einer Tagsetzung 7625. Nothwendigkeit der Edictalkundmachung der Bestellung eines curator ad actum? 8108. Bestellung eines curator ad actum für die Verlassenschaft eines vermeintlich Verstorbenen 7915; für abwesende Erben während der Verlassenschaftsabhandlung 6180; Haftung des Curators für die Kosten der Vertretung? 6396, 7306. Kosten s. auch Verf. in Streitf. D. VI. 1. und VII. — Bestellung eines Curators zur Durchführung der Liquidation einer vermögenslosen Actiengesellschaft 6568. Vgl. auch Verf. in Streitf. D. II. — Verlassenschaftscuratoren 5606, 6004, 6037, 6088, 6390, 6660, 7190, 7512, 7830, 8064, 8108; testamentarische Berufung eines Verlassenschaftscurators 5617, 6204, 6367, 8087 — vgl. oben B. Curator der Nacherben 7677. Fideicommiß- und Postulatscurator 7874.

Voraussetzungen der Bestellung eines gemeinsamen Curators der Besitzer von Theilschuldverschreibungen 5647, 7109; der Bestellung mehrerer Curatoren für die Besitzer von Prioritätsobligationen verschiedener Emissionen 5671. Bestellung eines gemeinsamen Curators für Besitzer von Theilschuldverschreibungen eines fremden Staates? 6549. Legitimation des Curators zur Intervention in dem das neue Eisenbahnbuch betreffenden Nichtigstellungsverfahren? 5962. Rechtliche Natur der Intervention einzelner Besitzer in dem vom Curator anhängig gemachten Proceß 6134. Kosten des vom Curator gegen den gemeinsamen Schuldner erfolglos geführten Rechtsstreits 7260. Beschränkung der einzelnen Besitzer in der Geltendmachung gemeinsamer Rechte 5872. Statthaftigkeit von Eingaben der Besitzer wider die gerichtliche Genehmigung des vom Curator geschlossenen Vergleichs 6417. Ver-

rectigung der einzelnen Besitzer zur selbständigen Eintragung fälliger Coupons (im Bagatellverfahren) 6445 (vgl. 6578). Voraussetzungen der Zulässigkeit des gerichtlichen Erlages der Partialobligationen 7234.

D. Fideicommissachen.

Erforderniß eines Reichsgesetzes zur Vergrößerung eines Fideicommisses durch Zulauf von Grundstücken 5959; zum Umtausch von Fideicommissgrundstücken bei Unerheblichkeit der Werthdifferenz? 7750. Unabhängigkeit der Fideicommissbehörde von der Meinung der Fideicommiss- und Posteritätscuratoren; Fideicommissqualität des auf zum Fideicommiss gehörige Lose entfallenden Gewinnes 7533. Haftung des Allodialerben für den zum Betriebe eines zum Fideicommiss gehörigen Geschäfts nöthigen Fonds? 5705. Unzulässigkeit der Erbpacht von Fideicommissgrundstücken 7793. Anhörung der Fideicommissanwärter vor Bewilligung der Dritteileinschulbung? 6253; Zulauf von Grundstücken; Unzulässigkeit der Tilgung des Rausschillings aus den Depurationsraten einer Fideicommissschuld 5959. Stellung des Fideicommisscurators gegenüber dem Fideicommissbesitzer 7874. — Vgl. auch Erbrecht E. und Verf. außer Streits. B.

E. Depositenachen.

Umfang der gerichtlichen Prüfung bei Entgegennahme eines Erlages 6230. Hinterlegung einer Löschungserklärung 8096. Anmerkung zweier Cessionen desselben Depositums im Depositenbuch 6349. Rangordnung richterlicher Pfandrechte an einem Depositum 7509. Unstatthaftigkeit von Streitanmerkungen in Depositenbüchern 6279, 7523. Streit über die Ausfolgung eines Depositums im Rechtsweg auszutragen 5846. Incompetenz der Gerichte zur Entscheidung über die Pflicht zur Entrichtung einer Verwahrungsgebühr bei Ausfolgung von Pupillengeldern 7923. Haftung des Staates für Depositen trotz vom Deponenten unterlassener Beobachtung der Förmlichkeiten 7727; Haftung für zu Verwaltungszwecken erlegte Cautionen; Competenz der Gerichte für deren Geltendmachung 6249; Haftung des Depositenamtes für die Verjährung von Coupons? 7909. — Vgl. auch Obligationenr. A. X.

F. Grundbuchsachen.

I. Einrichtung der Grundbücher. Rechtliche Folgen der unterbliebenen Eintragung eines in der, in die Urkundenammlung aufgenommenen, Urkunde eingeräumten Rechts in das Hauptbuch 6102; Beweisung „auf die sonstigen Bedingungen des Schuldscheins“ in der Eintragung; Berücksichtigung der Urkundenammlung 5985. Geltung

des in der Schulburtunde bedungenen, im Hauptbuche nicht ersichtlichen, Gerichtsstands des Vertrags für die Hypothekarfrage 7244. Gegenstand des Grundbuchs: Öffentliches Gut? 7855; unter fremden Grundstücken befindliche Keller 6704; Pertinenzen einer Realität? 7881; auf einem eine Grundbucheinlage bildenden Grundstücke stehendes Haus? 6203.

Beurtheilung der Zulässigkeit von Recursen (und Fristen) im Verfahren bei Anlegung neuer Grundbücher nach den Normen des Verfahrens außer Streitsachen 7618, 7818; Verhältniß der Geschäftsbehandlung des Gesuchs um Ersichtlichmachung der Zugehörigkeit einer Parcellen zu einem Grundbuchkörper zu den behufs Anlegung neuer Grundbücher gepflogenen Erhebungen 6997. Unzulässigkeit der Vereinigung verschieden belasteter Grundstücke zu einem Grundbuchkörper; Berichtigung diesfalls eingetretener Fehler von Amtswegen 7853. Sistirung weiterer während des Richtigstellungsverfahrens angesuchten Eintragungen? 7161; Einverleibung des executiven Pfandrechts an einer Eisenbahn, für welche nur eine vorläufige Einlage eröffnet ist 5818; Einfluß der Veröffentlichung des Grundbuchsentsurfs auf vorher begonnene Executionen? 6288, 7309, 7861. Annahme nicht urkundlich belegter Anmeldungen im Richtigstellungsverfahren 7646; Unzulässigkeit der Anmerkung des Begehrens einer Gemeinde um Eintragung ihres Eigenthums an Gemeindewegen und Plätzen 7855. Abgrenzung der Aufgaben des Anmelde- und des Richtigstellungsverfahrens; Recurs gegen die Annahme einer Anmeldung? 7429, 8103; Unzulässigkeit des Recurses gegen Entscheidungen über Bestand und Rang von Eintragungen 7942. Voraussetzungen der Legitimation des bei Eröffnung der vorläufigen Einlage für eine Eisenbahn bestellten Prioritäten-Curators zur Intervention im Richtigstellungsverfahren 5962. Anwendung der Vorschriften für die Renanlegung auf das Verfahren bei Ergänzung eines Grundbuchs 5799, 5863 (Nachweis des letzten factischen Besitzes). Ausnahme der Abfindungsposten der Geschwister in den Lastenstand der für ein Bauerngut neu eröffneten Einlage 6154. Eröffnung einer neuen Einlage oder bücherliche Abtrennung? 6736. Unstatthaftigkeit des Klageweges zur Erwirkung einer bücherlichen Abtrennung 6780. Abtrennung der executiv erstandenen Parcellen eines Grundbuchkörpers auf Ansuchen des Erstehers 5777. Verpflichtung des bücherlichen Erwerbers einer Liegenschaft zur Einwilligung in die bücherliche Abtrennung einer vorher veräußerten und physisch getrennten Parcellen? 7463. Bestellung eines Curators für unbekannte Interessenten bei der Abtrennung 7258. Einfluß der Einsprache eines Pfandgläubigers gegen die lastenfreie Abtrennung auf die Uebertragung der anderen Pfandrechte? 6671. Unzulässigkeit des a. o. Revisionsrecurses im Verfahren bei der Abtrennung 7640. Recursfrist 8147.

6988. Beendigung durch Vergleich; Gültigkeit von Separatabmachungen 7488. Kostenersatzpflicht des Creditors nach der Concursaufhebung aus von der Concursmasse geführten Processen 7989; Unzuständigkeit des Concursgerichts für Klagen nach der Concursaufhebung 7741. Execution gegen den Schuldner auf Grund des Liquidationsprotokolls 5695, 7528; Competenz in diesem Falle 8156 — vgl. Verf. in Streitj. N. I. 1.

C. Zwangsausgleich.

Zweijähriger Bestand der protokollierten Firma als Voraussetzung des Zwangsausgleichs; Unterbrechung desselben? 8169. Anmeldungen nach rechtskräftiger Genehmigung des Ausgleichs, vor Aufhebung des Concurses? 7921. Passivlegitimation des Concursmassenverwalters nach geschlossenem Ausgleich 6324. Competenz des Concursgerichts nach Beendigung des Concurses durch Ausgleich? 7741. Voraussetzung des Anspruchs auf quotenmäßige Befriedigung einer nichtangemeldeten Forderung 7209. Unerlaubte Nebenabmachung 6259; Einräumung eines besonderen Vortheiles durch einen Dritten 6906, 7913; Versprechen einer Nachzahlung 5649. Gültigkeit dem Zwangsausgleich nachfolgender Separatabmachungen 6902; Beweislast hinsichtlich des Zeitpunktes der Separatabmachung 7490. Gültigkeit der einzelnen Gläubigern gewährten Bürgschaft für eine vom Gemeinschuldner übernommene Verpflichtung 6361. Ungültigkeit von Separatabmachungen bei einem außergerichtlichen Ausgleich 8045.

IV. Verfahren außer Streitsachen.

A. Allgemeines.

Unzulässigkeit der Intervention des Gerichts zur Realisirung von Privatbereinkommen über die Abtretung von Dienstbezügen 7291; Unzulässigkeit der Uebermittlung einer Gegenerklärung wider die gerichtliche Kündigung einer Hypothek 7069; pfandweise Beschreibung zur Realisirung vertragsmäßiger Pfandbestellung an nicht verbücherten Liegenschaften; Competenz des Realgerichts 7529; executive Einantwortung auf Grund einverständlichen Gesuchs von Gläubiger und Schuldner 5885. Voraussetzungen der Ausfertigung von Amtszeugnissen über actenmäßig bekannte Thatsachen 6006. Bestätigung des Gerichts über seine Competenz und die Rechtskraft des Urtheils behufs Vollstreckung desselben im Auslande 8043, 8071. Ausstellung eines Amtszeugnisses an Erbschaftsgläubiger über den Inhalt der Einantwortungsurkunde 5676. Amtszeugniß über das Verfolgtsein eines Schuldners mit Execu-

tionen? 6865, 7204. Verhältniß des Verfahrens außer Streitfachen zum streitigen Verfahren s. oben Civilproc. I. B.; — des Grundbuchverfahrens zur Verlassenschaftsabhandlung 7142; zum Verfahren bei Neuanlegung von Grundbüchern 7618; 7818. Folge der Nichteinhaltung einer zwischen den Interessenten vereinbarten Frist zur Erstattung einer Äußerung im Verfahren außer Streitfachen 6294; Wiedereinsetzung gegen Fristversäumniß 6753. Liquidirung von Advocatengebühren im Verfahren außer Streitfachen 7999. Rechtskraft von Bescheiden 5657, 6408, 7618. Voraussetzungen der Zulässigkeit eines Recurses gegen zwei gleichlautende Bescheide 5657. Recursfrist 7310. Vollstreckung richterlicher Verfügungen im Verfahren außer Streitfachen 5629; Unzulässigkeit der Anwendung von Arreststrafen zur Erzwingung der Rückkehr der Ehegattin in das Haus ihres Mannes 8228.

B. Verlassenschaftsabhandlung.

Geltungsgebiet des mährischen Landesgesetzes über die Schulfondsbeiträge 6969; Einfluß der Verschiedenheit des Sterbeortes und des Orts der Abhandlungspflege auf die Entrichtung der gesetzlichen Legate 7174. Abhandlung des unbeweglichen Nachlasses eines Ausländers; Nichtberücksichtigung des im Auslande schwebenden Erbrechtsstreits 6781; Zuständigkeit des Obersthofmarschallgerichts zu Verfügungen hinsichtlich des Nachlasses eines in Oesterreich verstorbenen fremden Souveräns 5773. Voraussetzungen der Ausfolgung des Nachlasses eines Ausländers (Ungars) bei Vorhandensein inländischer Gläubiger 7597; Anhaltung der inländischen Gläubiger zur Einlagung ihrer Forderung in bestimmter Frist 5629. Competenz des Verlassenschaftsgerichts für Klagen gegen den als caduc angezeigten, aber dem Fiscus noch nicht übergebenen, Nachlaß 8008; Nichtzuständigkeit für Klagen auf Zahlung bereits liquidirter Gebühren des Curators der Nacherben 7677; zur Bewilligung der Intabulation des vom noch nicht intabulirten Erben an einer Nachlaßrealität bestellten Pfandrechts 7155; Ablehnung einer fehlerhaften Eintragungsbewilligung durch das Grundbuchsgericht 6810; Competenz der Abhandlungsbehörde zur Bewilligung der Feilbietung von Nachlaßrealitäten ohne vormundschaftsbehördliche Genehmigung trotz Vorhandenseins minderjähriger Erben 6162.

Ermittlung des Nachlasses — vgl. auch oben Erbrecht A. I. — Officioser Auftrag zur Rückstellung eigenmächtig in Besitz genommener Nachlaßgrundstücke 6304. Sistirung der Abhandlung bis zur Feststellung der Vorempfänge eines Miterben? 6018. Absonderung des Allodialnachlasses vom Fideicommiss 5705. T o d f a l l s a u f n a h m e; Ersatz des Todtenscheines durch von einem ausländischen Standesbeamten beurkundete Zeugenaussagen 8185; Ergänzung der Todfallsaufnahme durch amtliche Nachforschung nach Verwandten des Erblassers 5999. Unzulässigkeit der Errichtung eines Inventars wegen widersprechender eidesstattlicher Vermögensbekenntnisse mehrerer Miterben 8082. Gleichzeitige Inventarisirung des Nachlasses zweier

Ehegatten; Aufnahme stittiger Gegenstände in beide Inventare 5633; Aufnahme eines Grundstückes in die Inventare zweier Verlassenschaften; Collision der darauf gegründeten Einantwortungen 6848. Einbeziehung des auf den Namen des Erblassers lautenden in dritter Hand befindlichen Sparcassenbuches? 6428; der Lebensversicherungssumme in das Inventar nach dem Versicherten? 7282. Umrechnung von auf polnische Währung lautenden Schulden in österreichische Währung 7081. Rechtskraft der Aufnahme in das Inventar? 6408; Verhalten des Miterben zur Auszahlung des Erbtheiles eines anderen nach dem Inventarschätzwerthe? 6335, 7685. Gerichtliche Schätzung eines Ruzes behufs Inventarisirung; Einsichtnahme in die Bücher der Gewerkschaft 8217; Werthung einer Nachlaßrealität zur Pflichttheilsberechnung nach dem Steuerwerthe? 6433, 6481. Anspruch des Notars als Gerichtscommissärs auf Gebühren für vorläufige Verwahrung von Nachlaßeffecten 6188, 7012; Bemessung der Gebühren des Notars 7074; Anspruch des Notars auf einen Kostenvorschuß? 8098. Haftung der vermachten Nachlaßgegenstände für die Kosten ihrer Inventarisirung 7824.

Erbserklärungen: Aufforderung der Intestaterben zur Erbserklärung bei Vorliegen einer letztwilligen Verfügung zweifelhaften Charakters? 7130; Unterlassung der Erklärung über gerichtliche Aufforderung als stillschweigender Verzicht auf das Erbrecht 7376; Annahme einer Erbserklärung nach Ablauf der Edictaltermines 6754; nach Ablauf der für die Erklärung gesetzten Frist 8129. Tag des Ablaufs der Edictalfrist; Gewährung einer weiteren Frist zur Darthnung des angemeldeten Erbrechts 8178. Legitimation des Vormunds zur Erbserklärung für sein Mündel bezüglich der testamentarisch der Verwaltung eines besonderen Curators zugewiesenen Erbschaft 8087; Erbserklärung auf Grund einer zum unbedingten Antritt von Erbschaften im Allgemeinen berechtigenden Vollmacht 6322. Unstatthaftigkeit einer Erbserklärung auf Grund §. 757 a. b. G. B. 7388. Voraussetzungen der Annahme einer Erbserklärung zu einem Familienfideicommiß 6008. Wirkung der Nichtannahme einer Erbserklärung 6083. Annahme der Erbserklärung trotz vorhergegangener Ausschlagung der Erbschaft 6841; Nichtannahme eines Widerrufs einer Ausschlagung 7868. Annahme der Verzichtserklärung eines Fideicommissarwärters zu Gunsten des nächsten Anwärters 6323. Collision von Erbserklärungen liegt nicht vor bei widerstreitenden Ansprüchen von Vorerben und Nacherben 6604, 7735; Bestellung eines Nachlaßcurators bei widerstreitenden Erbserklärungen 6390, 8093. Verweisung auf den Rechtsweg: des Testamentserben gegen den Intestaterben bei zerrissenem und wieder zusammengelutetem Testament 5589, 6405; bei bestrittener Echtheit der Unterschrift des Testators 6266; bei Vorliegen eines während gerichtlich erklärten Wahnsinns errichteten Testaments 6528; — des Intestaterben gegen den Testamentserben bei einfachem Widerspruch gegen die Echtheit der Unterschrift des Testators 5970; bei zweifelhaftem Widerruf des Testaments (Stiftstuchstreichung der Unterschrift, Beisetzung des Wortes „ungiltig“) 7569; bei Bestrittung des notariellen Testaments eines Minderjährigen wegen Mangels der Beurkundung der in §. 569 a. b. G. B. vorgeschriebenen Erforschung 5895;

bei negativ bedingter Erbeinsetzung 8027; — des Intestaterben gegen Erben aus einem in seiner Echtheit bestrittenen Erbvertrage 7840; — Zuweisung der Klägerrolle bei collidirenden Erberklärungen zweier Testamentserben 7117; — Verweisung der Entscheidung über Verlust des Erbrechts der Wittwe wegen vorzeitiger Wiberverheirathung auf den Rechtsweg 5994; des Streits, ob Erbvertrag oder wechselseitiges Testament? 5795. Kosten der Verhandlung über Zuweisung der Klägerrolle 7660. Wirkung der (angenommenen) Erberklärung: Legitimation zur Bestreitung des Testaments? 7599; zum Verlangen des Manifestationseides 5937. Berechtigung des auf Grund schriftlichen Testaments Erberklärten zur Berufung auf dasselbe als mündlichen 8184. Vertretung und Verwaltung des Nachlasses s. unten. Collision zwischen Erben und Legataren; Verweisung streitiger Ansprüche auf den Rechtsweg 5997; Streit ob Stiftung oder legatum sub modo 5836; Streit zwischen Miterben über ein Prälegat 6461; Verweisung des die Ungiltigkeit eines Codicilles behauptenden gesetzlichen Erben auf den Rechtsweg 6880. Officiöse Einvernehmung der Testamentzeugen eines angeblichen mündlichen Testaments trotz bereits vorliegender negativer Aussage eines Zeugen 6434.

Verwaltung und Vertretung des Nachlasses: Testamentarische Bestellung eines Verlassenschaftspflegers 5617, 6204; eines Nachlassverwalters 8087; auf bestimmte Zeit; Unkündbarkeit durch den Erben 6367. Anstellung der Legatsklage gegen den Testamentsexecutor; Art der Execution 7379. Legitimation des noch nicht eingetragenen Erben zur Einklagung von Hypothekarforderungen des Erblassers 6320. Formulirung des Begehrens in Klagen gegen die Erben vor Einantwortung 6185. Richtigkeit des nach dem Erbschaftsantritt wider einen Nachlasscurator anhängig gemachten Processes 6087. Gesuch gegen den Vorbehalts-erben um Eröffnung des Concurse über die Verlassenschaft 7771. Unzulässigkeit sofortiger Ueberlassung der Verwaltung des Nachlasses an den Testamentserben bei widerstreitenden Erberklärungen 8093. Vertretung des Nachlasses während schwebenden Erbrechtsstreits? 7969. Gerichtliche Anhaltung zur Rechnungslegung über den noch nicht eingeworteten Nachlaß 6963. Abhandlungsbehördliche Regelung des Besitzes und der Verwaltung des Nachlasses im Widerspruch mit einem im Besitzstreite ergangenen Erkenntnisse 7225. Aufstellung eines Nachlaß-Curators im Falle vom Gerichte nicht angenommener Erberklärung 6083; bei widerstreitenden Erberklärungen 6390. Edictalkundmachung der Bestellung eines curator hereditatis jacentis bei sonstiger Nullität? 8108. Directe Haftung der hereditas jacens für die Expensen des zu ihrer Vertretung gegen eine Klage bestellten Curators 5606; Behandlung der Gebühren des Curators als Masseschuld im Verlassenschaftsconcurse? 6660. Proceßlegitimation des Curators s. Verf. in Streitf. D. II. — Gesuch um Bewilligung der separatio bonorum gegen einen curator hereditatis jacentis 7880. Rechtliche Stellung des für den separirten Nachlaß bestellten Curators 7512 — vgl. Civilrecht V. A. VIII. 2. Officiöse Sorge für das Verlassenschaftsvermögen; Anhaltung dritter Personen zur Herausgabe? 7050; Anhaltung von Nachlassschuldnern zur Sicherstellung? 6244. Ausfolgung von Nachlaßbestandtheilen an einzelne Miterben zur

bietung nach der Exhibirung des Protokolls 5871. Anmerkung der Veräußerungsabsicht; Collision von Einverleibungsgesuchen auf Grund derselben 6210, 6425. Anmerkung der Rangordnung für ein aufzunehmendes Darlehen; Rangordnung mehrerer auf Grund derselben intabulirter Darlehen 8073. Rangstellung älterer als dreijähriger (ad numerum der Capitalsforderung) intabulirter Zinsen 7652, 7936, 8086; Nachweis des Inbegriffenseins einer Forderung in einem festgestellten Credit behufs Einverleibung mit dem Range der Credithypothek? 8036. Einfluß des neuen Grundb.-Ges. auf die Rangstellung einer vorher in unbestimmtem Betrage pränotirten Forderung 7181; Nachträglicher Vollzug einer aus Versehen unterbliebenen Eintragung; Ersichtlichmachung des Tages der Präsentation des Gesuchs 7255. Mehrfache Cession derselben Forderung; Präjudicialklage über die Rangordnung? 6258. Wirkung der Abtretung der Priorität eines Ausgebungsrechts 6987, 7812; Wirksamkeit der mündlichen Prioritätsabtretung? 6686; Wirksamkeit des vertragmäßigen Vorbehalts der bürgerlich nicht angemerkten Priorität gegen den unmittelbaren Rechtsnachfolger 5768; Einfluß der Eintragung eines neuen Pfandrechts auf das vorher gegebene Versprechen der Vorrangseinräumung 7809. Einverleibung des (gesetzlichen) Pfandrechts für Herablassforderungen „in gesetzlicher Priorität“? 7649; Einfluß der angemerkten Stundung auf die Verjährung des gesetzlichen Vorrangsrechts von Steuern und Gebühren? 7887. Vgl. auch Verf. in Streitf. N. II. 4.

Ungiltigkeit der Eintragung auf Grund eines wichtigen Notariatsactes 6850, 6676. Abweisung des Begehrens um Rechtfertigung einer gesetzwidrig bewilligten Pränotation 7076. Gänzliche Unwirksamkeit einer Pfandrechteintragung ohne bestimmte Zifferangabe? 7645.

2. Einverleibung und Vormerkung. Einverleibung oder Vormerkung der Patronatslast auf Grund einer administrativen Verfügung? 6574. Unzulässigkeit der Einverleibung des Eigenthums des Legatars auf Grund des Codicilles allein 6252; des Eigenthums der Erben an einer Nachlassrealität auf Grund der Einantwortung unter Aufrechthaltung eines die Realität betreffenden Codicilles 6303. Unzulässigkeit der Einverleibung des Pfandrechts auf Grund einer die Pfandrechteinverleibung ohne Bezeichnung einer Specialhypothek einnehmenden Urkunde 5944. — Eintragung des Pfandrechts nur für eine ziffermäßig bestimmte Geldsumme 6132, 6860, 7214, 7742; gänzliche Wirkungslosigkeit der Eintragung für eine unbestimmte Summe? 7645; Einfluß des neuen Grundb.-Ges. auf vorher in unbestimmtem Betrage pränotirte Forderungen 7181; bürgerliche Sicherstellung von Pachtungserfordernissen; Angabe einer bestimmten Ziffer 6684; Einverleibung des Wohnungsrechts als Äquivalent für Zinsen einer Hypothekarforderung ohne Angabe einer Ziffer 7280. Eintragung von Nebengebühren in den eingetragenen Höchstbetrag einer Credithypothek 7431; Formelle Bedingungen der Eintragung einer (schritten)

Vererbung bei der eingetragenen Credithypothek 8086, 8128. (Executive) Einverleibung des Pfandrechts für Alimente pro futuro auf Grund rechtskräftigen Urtheils 6428, 6861; Unzulässigkeit derselben 7633, 7823, 8184; Einverleibung des Pfandrechts (für Alimente pro futuro) auf Grund gerichtlichen Vergleichs (nicht „executiv“) 6579. Unzulässigkeit der Einverleibung des Pfandrechts für Verzugs-Zinsen lediglich auf Grund urkundlichen Nachweises der Fälligkeit der Forderung 7451. Verhältniß der absondert verbücherten Zinsforderung zu der Capitalforderung 7511, 7577. Vertheilung der auf dem ganzen Hause haftenden Sackpost auf alle einzelnen Hausanttheile 6805. Bücherliche Ersichtlichmachung des gesetzlichen Pfandrechts für Realforforderungen oder Pfandrechtseinverleibung? 7842, 7976, 8046; Unzulässigkeit der Einverleibung des Pfandrechts für eine Uebertragungsgebühr auf Grund des steuerämthchen Zahlungsauftrags bei anderen Realitäten 6856.

Unstatthaftigkeit der Vormerkung auf Grund einer den Ausstellungsort nicht angehenden Urkunde 7186; Vormerkung auf Grund einer Urkunde (Wechsels) trotz mangelnder Legalisirung 5797. Unzulässigkeit der Pränotation eines unformlichen Wechsels 5868, 6225, 7447; Zulässigkeit derselben 5896, 6079, 6086. Bescheinigung des Rechtstitels durch Berufung auf die „verabredete Gütergemeinschaft“ 5708; Voraussetzungen der Pränotation auf Grund eines Dienstvertrags 6352. Pränotation auf Grund eines erst nach dem Ansuchen zugestellten Urtheils 7709, 7791, 8067. Unzulässigkeit der Pränotation eines im Mahnverfahren ergangenen Zahlungsbefehls vor seiner Rechtskraft 6081; der Pränotation auf Ansuchen einer „Bürgergemeinde“ 5689. Vormerkung des zur Ausübung des jus offendori erfolgten Erlags auf Grund der gerichtlichen Bestätigung 6664. Rechtfertigung einer Pränotation durch nach Veräußerung des Grundstücks ausgestellte Rechtfertigungserklärung? 5644. Rechtfertigungsklage gegen den Besitznachfolger des Pränotaten zu richten? 6010, 7159; Wechsel im Besitz der Eigenschaft während des Rechtfertigungsprocesses 6655; executive Einverleibung des wider den Vormann ergangenen Rechtfertigungserkenntnisses wider den späteren Besitzer 5977, 5978; Folgen des Unterbleibens der Anmerkung der Rechtfertigungsklage 7940; Abweisung des Begehrens um Rechtfertigung einer Pränotation wegen Unstatthaftigkeit der Bewilligung derselben 7076. Rechtfertigung der Pränotation des Legatsanspruchs auf einer Nachlassrealität; Nachweis der Unzulänglichkeit des Nachlasses? 6433. Löschung der Pränotation wegen Nichtrechtfertigung ungeachtet inzwischen liegenden Erkenntnisses über das pränotirte Recht 6466; Voraussetzungen der a. limine Abweisung des Gesuchs um Löschung wegen Anhängigkeit der Rechtfertigungsklage 5791, 6963. Berechtigung des dritten Besitzers der Eigenschaft zur Erwirkung der Löschung der Pränotation 6415; Entbehrlichkeit und Unzulässigkeit der Anmerkung des Gesuchs um Löschung der Pränotation

6369; der Lösungsflage 5800. Anordnung einer Verhandlung über das Lösungsgeſuch; Recursfriſt 7123; Folgen des Ausbleibens beider Theile von der Tagfahrt 6085; Koſten der Verhandlung 6723. Entbehrlichkeit der Rechtfertigung der auf Grund Anſuchens (Urtheils) der Finanzbehörde erwirkten Pränotation 6340, 6409. — Vorausſetzungen der Bewilligung der Vormerkung des Pfandrechts 8124; Erforderniß der Specialisirung des Pfandrechttitels 8141; Entbehrlichkeit des Nachweises eines speciellen Rechtsgrundes zum Pfandrecht? 6202; Pränotation des Pfandrechts auf Grund von beiden Theilen anerkannten Schiedsspruchs 5656; Erforderniß individueller Bezeichnung des Pfandobjects 6007; Bewilligung auf Grund allgemeiner Haftungserklärungen 5677, 5944, 7541. Pränotation als Sicherſtellung während des Rechtsmittelzuges ſ. Verſ. in Streitf. M. L. — Modus der Rechtfertigung der Pränotation einer vormundſchaftlichen Erſatzverbindlichkeit 7011; Zuſtändigkeit des Handelsgerichts für Klagen zur Rechtfertigung der Pränotation von Wechſelforderungen und Handelsforderungen 6005, 7517. Beurtheilung von vor Geltung des neuen Grundbuchgeſetzes erfolgten Pränotationen nach dieſem Geſetze 6121; Beurtheilung derſelben nach den früher für die Rechtfertigung geltend geweſenen Normen 5679, 5862, 6823, 7181, 7433. Vorausſetzungen der Rechtfertigung von in Ungarn erwirkten Pränotationen vor einem hieſländiſchen Gerichte 7493. Uebergang des mit der Pränotation (einer noch nicht fälligen Schuld) belaſteten Gutes in dritte Hand; Rechtfertigung durch Klage gegen den Perſonalschuldner? 5687, 6891. Rechtfertigung der Pränotation einer Wechſelforderung lediglich durch Erwirkung des Zahlungserkenntniſſes? 5598, 5737. Rechtfertigung der fäſſlich als „Wechſelforderung“ pränotirten gemeinrechtlichen Forderung 6985. Löſchung der Pränotation auf Grund des die Klage auf Zahlung abweiſenden Urtheils? 6636; der Pränotation einer Wechſelforderung nach Abweiſung der Wechſelklage 7459; ungeachtet hierauf erfolgter Anſtellung der gemeinrechtlichen Klage 8225; Rechtfertigung der Pränotation nach eingetretener Wechſelverjährung? 7433; Löſchung der Vormerkung bei Abweiſung der Rechtfertigungsflage „für bermalen“ 6918; Einfluß der Löſchung auf die Aſterhypotheken 7360. Entbehrlichkeit der Rechtfertigungsflage bezüglich einer Pränotation zur Sicherſtellung während des Rechtsmittelzuges 7192; Rechtfertigung derſelben durch Nachweis der Rechtskraft des Urtheils 6861.

3. Löſchung. Vertheilung einer auf der ganzen Realität haftenden Forderung auf alle Antheile, und Löſchung des Reſtes bei jedem einzelnen Theile 6305. Einfluß der Löſchung der Pfandrechtspränotation auf die Aſterhypothek 7360. Anmerkung der Löſchung der Simultanhypothek in den Nebeneinlagen auf Grund einer die Löſchung in der Haupteinlage bewilligenden Quittung 7581. Lösungsgeſuch oder Oppoſitionsflage auf Grund der Wiedereinſetzung gegen das executiv einverleibte Urtheil? 5776, 8204. Friſt zur Ueberreichung der Lösungs-

Klage gegen Dritte 7374, 7674; Verhältniß des um die Löschungs-
bewilligung angegangenen Gerichts zu dem Gerichte, welches die
Pränotation bewilligt hatte 6387. Löschung einer während des Wechsel-
processes erwirkten Pränotation auf Grund des die Zahlungsaufgabe
aufhebenden Erkenntnisses 7459. Löschung auf Grund von der Ver-
waltungsbehörde nicht bestätigter Quittung eines Klostervorstandes 7829.
Voraussetzungen der Löschung einer mit dem Vorbehalt des §. 822
a. b. G. B. erwirkten Einverleibung nach der Einantwortung 5748;
Löschung der Clause des §. 822 a. b. G. B. auf Grund der Einant-
wortung 8190. Vollstreckung des nach Anmerkung der Streitigkeit
ergangenen Löschungsurtheils wider den inzwischen eingetragenen
Cessionar der Hypothek; Haftung des Letzteren für die Kosten der
Löschung 7702. Löschung der Pränotation wegen unterbliebener Rechtf-
fertigung s. oben 2.

4. Anmerkung. Anmerkung der Minderjährigkeit; Wirkungs-
losigkeit gegenüber executiver Einverleibung 7941. Anmerkung der
Concursöffnung 6760; Abweisung von Grundbucheingaben
schon vor vollzogener Anmerkung 6096; Anmerkung der vorläufigen
Einbeziehung einer Realität in die Concursmasse 5838, 6158. Anmer-
kung der Veräußerungsabsicht 6210, 6425; der Rangordnung
für ein aufzunehmendes Darlehen 7336, 8073. Anmerkung der voll-
zogenen executiven Feilbietung 5871, 7547; der executiven
Einantwortung einer Hypothekarforderung 6402; fällig werdender
Renten 7525; des die Feilbietung zur Aufhebung der Eigenthums-
gemeinschaft anordnenden Urtheils 7603, 7759; Unstatthaftigkeit der-
selben 7800. Anmerkung der Vollstreckbarkeit eines einverleibten
Notariatsactes 7471; der urtheilsmäßigen Verbindlichkeit eines Mit-
eigenthümers zur Gestattung gewisser Ausführungen 7092. Anmerkung
der vereinbarten Zahlungsmodalitäten 5827; der Stundung
einer privilegierten Aerialforderung 7887; der Theilzahlungen 6401,
6972. Unzulässigkeit der Anmerkung von Vereinbarungen der Gläubiger
über Modalitäten der Realisirung ihrer Rechte 6051; der Anmerkung
des Eigenthumsrechts des Schuldners auf Ansuchen des Gläubigers
6565; der Anmerkung des Verbotes bei einer Hypothekarforderung
5648, 7265; der (Nicht-) Pertinenzqualität von Fabriksmaschinen
7881; des Gesuchs um Löschung der Pränotation 6369.

Verletzung eines bürgerlichen Rechts. Voraussetzung des Begehrens
der Streitanmerkung 5803, 5918; Anmerkung der Klage auf
Anerkennung des Miteigenthums? 5987; Unzulässigkeit der Anmerkung
einer Klage auf Erfüllung eines zur Uebergabe einer Liegenschaft ver-
pflichtenden Geschäfts 5596, 5864, 6333, 6675, 6734, 6798, 7094,
7676, 7714, 7821; der Klage des früheren Käufers einer Realität gegen
den intabulirten späteren Käufer 5794; Anmerkung der Klage des nach
Anmerkung der Rangordnung für ein aufzunehmendes Darlehen ein-
getragenen Pfandgläubigers auf Ungiltigerklärung der Eintragung des

Pfandrechts für ein später aufgenommenes Darlehen 7336; der Klage aus dem Wiederkaufsrechte 7767; Unzulässigkeit der Anmerkung einer Klage auf Einverleibung eines bei der Veräußerung des Grundstücks vorbehaltenen Fruchtgenusses 7106, 7975; der Klage auf bürgerliche Uebertragung einer Hypothekarforderung 8220; der Klage auf bürgerliche Auszeichnung der Verbindlichkeit in einem Hause kein Schankgewerbe zu betreiben 7548; der Klage wegen Verfürgung der Gläubiger durch eine Veräußerung 6221, 6811, 6921, 7122; Anmerkung der Klage auf Aufhebung der Eigenthumsgemeinschaft 6637, 6672, 6793; der Klage auf Reduction der Pfandschuld wegen Unrechlichkeit des Creditgeschäfts 7580; der Klage auf Eintragung des testamentarischen Veräußerungsverbotes 7369. Präklusivfrist für die Streitanmerkung? 6722; Verweigerung der Erlassung eines Zahlungsbefehls im Falle angemerkter Streitigkeit der eingeklagten Forderung 8110; Kosten der Löschung der Streitanmerkung 6307. Anmerkung der Hypothekarklage in den Hypothekenbüchern 6341. Anmerkung der Klage des noch nicht verbücherten Cessionars 6078; der Klage zur Geltendmachung einverleibter Nebenverbindlichkeiten 7009. Unzulässigkeit der Anmerkung der behufs Anstellung der Hypothekarklage überreichten Restitutionsklage 5600; Wirkung des Unterbleibens der Anmerkung der (Pränotationsrechtfertigungs-) Klage 7052, 7940. Voraussetzungen der Anmerkung der Löschungsklage 5645; Anmerkung der Klage des Hypothekarschuldners auf Löschung des Pfandrechts 6499; der Klage bezüglich einer den richterlichen Auftrag überschreitenden Eintragung; Unzulässigkeit der Anmerkung der Klage auf Löschung einer nicht gerechtfertigten Pränotation 5800. Anmerkung der Klage des Vormannes auf Löschung des Eigenthumsrechts seines Nachmannes 7473; der Klage auf Löschung des Pfandrechts wegen Erlöschens der Forderung? 7361, 8170. Anmerkung der Klage des Erbprätendenten auf Aufhebung der Einantwortung 6056; der Klage des Erben auf Ungitigerklärung der vom Erblasser vorgenommenen bürgerlichen Uebertragung? 6171, 7416. Unstatthaftigkeit der Anmerkung der Klage der Concursgläubiger auf Löschung einer Hypothek auf einer Concursrealität 6760. Frist zum Recurse gegen den Bescheid über die in der Löschungsklage gestellte Bitte um Anmerkung der Klage 7105. Vollstreckung des nach Anmerkung der Löschungsklage ergangenen Löschungserkenntnisses gegen den Cessionar der Hypothek 7702.

5. Simultanhypotheken. — Vgl. Pfandrecht IX. und Verf. in Streitj. N. II. 4. — Rechtliche Natur der Simultanhypothek 6824; Unanwendbarkeit der Vorschriften über Simultanhypotheken auf die auf einer ganzen, ideell getheilten, Realität haftenden Sapposten 6419. Zuständigkeit für die Pränotationsrechtfertigungsklage bezüglich einer Simultanhypothek 7517. Verständigung sämmtlicher auf jeder einzelnen Einlage versicherten Gläubiger von der executiven Feilbietung

einzelner simultan haftender Grundstücke 7611. Anmerkung der bei der Haupteinlage erfolgten Löschung bei den Nebeneinlagen 7581.

IV. Fristen. Zustellung. Bewilligung einer *F r i s t* zur Nachtragung des Originals der Tabularurkunde; Frist zur Pränotationsrechtfertigung; Gesuch um Erstreckung dieser Frist 6177; Gesuch um Verlängerung der Frist zur Rechtfertigung der Pränotation zur Sicherstellung während des Rechtsmittelluges? 7192. Präklusivfrist für die Erwirkung der Streitanmerkung? 6722. (Beginn der) Frist zur Ueberreichung der Lösungsflage wider Dritte 7374, 7674. Frist zum *R e c u r s*e wider die executive Pfandrechtsinverleibung 6709, 7929; gegen die Abweisung des Gesuchs um Vormerkung officios bestimmter Alimente 7310; gegen den Bescheid über die in der Lösungsflage enthaltene Bitte um Anmerkung der Klage 7105; über Löschung der Pränotation Mangels Rechtfertigung 7123. Recursfrist im Verfahren bei Neuanlage des Grundbuchs 7613; bei Abtrennung von Bestandtheilen eines Grundbuchskörpers 8147. Recht auf Zustellung von Grundbuchsbescheiden 6210.

V. Recurs. Recursfrist s. oben IV. — Unzulässigkeit neuer Vorbringungen im Recurs 6997; das Recursbegehren um theilweise Abänderung des angefochtenen Bescheids im Begehren um gänzliche Abweisung enthalten 7649. Anfechtbarkeit der collidirenden Eintragungen auf Grund der angemerkten Veräußerungsabsicht des Eigenthümers im Recurswege 6210; Zulässigkeit des Recurses gegen die Annahme von Anmeldungen im Verfahren bei Neuanlage des Grundbuchs 8103. Unzulässigkeit der Anfechtung blücherlicher Eintragungen im Recurs gegen die Annullirung einer executiven Feilbietung 6922; der Anfechtung von Rang und Bestand von Eintragungen angemeldeter Rechte durch Recurs im Verfahren bei Neuanlage der Grundbücher 7429, 7942. Unzulässigkeit des Recurses gegen zwei gleichlautende Bescheide über die Abweisung des Gesuchs des Executionsführers um Einverleibung des Eigenthums des Executen (Zulässigkeit bezüglich der Einverleibung des executiven Pfandrechts) 5587; über die Bewilligung der Vormerkung künstlicher Alimentationsraten 6165; gegen Bescheide der Verlassenschaftsbehörde über Grundbucheintragungen 7142; im Verfahren bei Grundabtrennungen 7640; Zulässigkeit des Recurses im Verfahren bei Neuanlage von Grundbüchern 7613, 7818.

VI. Verschbücher und Hypothekenbücher. Anwendung des Publicitätsprincips auf die tirolischen Verschbücher 6696, 6975, 7931. Conservirung der Hypotheken in Tirol 6779. Analoge Anwendung von §. 469 a. b. G. B. auf Verschbücher 6599; von §§. 367 und 456 a. b. G. B. auf Grundstücke, bezüglich welcher Notificenbücher bestehen 6327. Anmerkung der Hypothekarklage in Hypothekenbüchern 6341.

VII. Eisenbahnbücher. Gegenstand der Eintragung in das Eigenthumsblatt 5759, 5789; Eröffnung getrennter vorläufiger Einlagen für verschiedene

Einien derselben Bahn mit Rücksicht auf getrennte Prioritätsobligationen 5824. Eintragung des executiven Pfandrechts in die vorläufige Eisenbahnbuchseinlage 5818. Legitimation des bei Eröffnung der vorläufigen Einlage bestellten Curators der Prioritätenbesitzer zur Intervention im Nichtigstellungsverfahren? 5962.

G. Amortisation.

Wirkung der Einleitung des Amortisationsverfahrens über ein auf den Inhaber lautendes Privat-Lotterielos 6311. Beweis der Echtheit einer amortisirten Urkunde? 7171.

H. Freiwillige Feilbietung.

Verhältniß zu der Feilbietung auf Grund Urtheils behufs Auseinandersetzung einer Gemeinschaft des Eigenthums 5673, 6251, 7689, 8005 — vgl. Verf. in Streitf. N. V. Subject der Verpflichtung zur Zahlung des Armenpercents 6890.

I. Legalisirung.

Entbehrlichkeit der Legalisirung einer im Auslande errichteten Privat-urkunde 7406. Verpflichtung der Gerichte zur Vornahme von Legalisirungen 6358. Unfähigkeit der Frauen zur Identitätszeugenschaft bei der Legalisirung 5845. Vgl. auch unten K.

K. Notariat.

Execution auf eine Notariatscaution; Edictalaufforderung zur Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen 5738. Unfähigkeit von Frauen zur Identitätszeugenschaft bei Legalisirungen 5845. Verpflichtung des Notars zur Aufnahme eines Notariatsactes über ein dem Notariatszwange unterliegendes Rechtsgeschäft 6854. Erforderniß der persönlichen Intervention des Notars bei Aufnahme des Notariatsactes 6676; Anführung des Alters der Zeugen? 6699. Erforderniß der Legalisirung eines im Auslande ausgestellten Notariatsacts 7406. Entbehrlichkeit der Intervention des Gläubigers bei Aufnahme eines notariellen Schuldscheins 5756, 6262, 6940. Ungiltigkeit eines Notariatsacts wegen Widerspruch mit der Absicht des Contrahenten 6350. Erwerbung des Pfandrechts an einer nicht verbücherten Liegenschaft durch notarielle pfandweise Beschreibung 7534. Notarielles Testament; Ungiltigkeit wegen unterbliebener Aufnahme eines Protokolles? 7694; Ungiltigkeit des notariellen Testaments eines noch nicht Achtzehnjährigen

wegen Mangels der im §. 569 a. b. G. B. vorgeschriebenen Beurkundung der gepflogenen Erforschung? 5895, 6699. Gleichstellung des vollstreckbaren Notariatsacts mit einem gerichtlichen Vergleich? 6926 — vgl. übrigens Verf. in Streitsf. N. L. 1.

Verpflichtung des Notars zur Zeugenaussage über von ihm als Gerichtskommissär wahrgenommene Umstände 6012. Ablehnung gesetzwidriger Gerichtsaufträge; Gebührenanspruch bei Befolgung derselben? 6916. Zulässigkeit der Uebermittlung von Vergleichsvorschlägen der Parteien durch den als Gerichtskommissär (bei executiver Feilbietung) bestellten Notar 6764. Wirkung der vor dem Notar als Gerichtskommissär abgegebenen Erklärungen 6083. Gebühren des Notars als Gerichtskommissärs bei executiver Immobilien-schätzung 6232, 6274; Anspruch des Notars aus Anlaß einer ihm aufgetragenen, nicht vollzogenen Schätzung? 6430, 6655, 7028; Verpflichtung des Notars, die Amtsbandlung ohne Leistung eines Kostenvorschusses vorzunehmen 5733. Gebührenfreiheit der vom Notar (außerhalb seines Amtszuges) vorgenommenen executiven Mobilienfeilbietung, bei einem Gegenstande im Werthe von weniger als 100 fl. 6280, 8000; Anspruch auf Entschädigung bei Unterbleiben der Amtsbandlung 7033. Behandlung der Gebühren des mit der Inventarisation im Concurse betrauten Notars 5855, 6245. Gebühren des als Gerichtskommissär in der Verlassenschaftsabhandlung fungirenden Notars 7074; Anspruch auf eine Gebühr für die Aufbewahrung von Effecten 6188, 7012; Anspruch auf einen Kostenvorschuß? 8098.

Gebühren des Notars als Parteienvertreters; Competenz für deren Bestimmung 6276; Retentionsrecht des Notars an den ihm behändigten Schriften? 7713. Testamentarische Bestellung eines Notars zum Testamentsvollstrecker und Abhandlungspfleger; Abgrenzung seiner Stellung gegen diejenige als Gerichtskommissär 5617. Selbstvertretungsrecht der Notare in Streitfachen 7264.

Uebersicht

über die

Anordnung des systematischen Registers *).

[I.] <A.> Civilrecht.

[Allgemeines Privatrecht] **).

I. Allgemeine Lehren.

- I. Gewohnheitsrecht.
- II. Zeitliche Collision der Gesetze.
- III. Dertliche Collision der Gesetze.
- IV. [Todeserklärung] <Personen: 1. Beginn und Ende der
Persönlichkeit.
2. Auswanderung und Wohnsitz.
3. Handlungsfähigkeit.
4. Juristische Personen.>

*) Die bloß auf das Register zu Band I—XII bezüglichen Angaben der folgenden Uebersicht sind in [], die bloß auf das Register zu Band XIII ff. bezüglichen in < > Klammern geschlossen.

**) Da die späteren Bände dieser Sammlung handelsrechtliche Entscheidungen nicht mehr enthalten, so konnte die Unterabtheilung der Rubrik „Civilrecht“ in „Allgemeines Privatrecht“ und „Handelsrecht“ in dem systematischen Register zu Band XIII. ff. entfallen. Insoweit in einzelnen Entscheidungen handelsrechtliche Materien gestreift sind, konnte dem durch Einreihung bei der entsprechenden Materie des Civilrechtes Rechnung getragen werden (so z. B. §. Handelsgesellschaften im Obligationenr. B. I. 11. — Affecuranz ebenda 17. — u. a. m.).

- [V. Auswanderung.
- VI. Handlungsfähigkeit.]
- [VII.] (V.) Sachen.
- [VIII.] (VI.) Realrechte.
- [IX.] (VII.) Verjährung.
- [X.] (VIII.) Rechtskraft des Urtheils (s. unter Verf. in Streitf. H. II. und L. IV.).

II. Sachenrecht.

A. Besitz.

- I. Erwerb und Verlust.
- II. Besitzstörung.
- III. Besitzklage. (Vgl. Verf. in Streitf. Q. VII.; bes. über Competenz.)

B. Eigenthum.

- I. Eigenthumsfähigkeit.
- II. Beschränkungen des Eigenthums.
- III. Miteigenthum. (Näheres) s. Obligationenr. B. I. 12.
- IV. Originärer Eigenthumserwerb — „Hand muß Hand wahren“: §§. 367, 456 a. b. G. B.
- V. Derivativer Eigenthumserwerb (Pränotation, Intabulation, Erwerb im Vertrauen auf das öffentliche Buch s. Verf. außer Streitf. F.)
- VI. Eigenthumsklage. — Actio negatoria s. C. IV.

C. Dienstbarkeiten.

- I. Entstehung. (Vgl. auch Verf. außer Streitf. F.)
- II. Erlöschung. (Vgl. auch Verf. außer Streitf. F.)
- III. Inhalt.
- IV. Schutz.
- V. Einzelne Dienstbarkeiten.

D. Emphyteuse, Erbpacht und Superficies.

- [I. Emphyteuse.
- II. Erbpacht.
- III. Superficies.]

E. Reallasten.

- I. Allgemeines.
 - II. Ausgebing.
- Glasen, Unger u. Walther Entscheid. XVIII.

bietung nach der Exhibirung des Protokolls 5871. Anmerkung der Veräußerungsabsicht; Collision von Einverleibungsgesuchen auf Grund derselben 6210, 6425. Anmerkung der Rangordnung für ein aufzunehmendes Darlehen; Rangordnung mehrerer auf Grund derselben intabulirter Darlehen 8073. Rangstellung älterer als dreijähriger (ad numerum der Capitalsforderung) intabulirter Zinsen 7652, 7936, 8086; Nachweis des Inbegriffenseins einer Forderung in einem sichergestellten Credit behufs Einverleibung mit dem Range der Credithypothek? 8036. Einfluß des neuen Grundb.-Ges. auf die Rangstellung einer vorher in unbestimmtem Betrage pränotirten Forderung 7181; Nachträglicher Vollzug einer aus Versehen unterbliebenen Eintragung; Ersichtlichmachung des Tages der Präsentation des Gesuchs 7255. Mehrfache Cession derselben Forderung; Präjudicialklage über die Rangordnung? 6258. Wirkung der Abtretung der Priorität eines Ausgebungsrechts 6987, 7812; Wirksamkeit der mündlichen Prioritätsabtretung? 6686; Wirksamkeit des vertragsmäßigen Vorbehalts der büchlerlich nicht angemerkten Priorität gegen den unmittelbaren Rechtsnachfolger 5768; Einfluß der Eintragung eines neuen Pfandrechts auf das vorher gegebene Versprechen der Vorrangseinräumung 7809. Einverleibung des (gesetzlichen) Pfandrechts für Verarialisforderungen „in gesetzlicher Priorität“? 7649; Einfluß der angemerkten Stundung auf die Verjährung des gesetzlichen Vorrangsrechts von Steuern und Gebühren? 7887. Vgl. auch Verf. in Streit. N. II. 4.

Ungiltigkeit der Eintragung auf Grund eines wichtigen Notariatsactes 6850, 6676. Abweisung des Begehrens um Rechtsfertigung einer gesetzwidrig bewilligten Pränotation 7076. Gänzliche Unwirksamkeit einer Pfandrechtseintragung ohne bestimmte Zifferangabe? 7645.

2. Einverleibung und Vormerkung. Einverleibung oder Vormerkung der Patronatslast auf Grund einer administrativen Verfügung? 6574. Unzulässigkeit der Einverleibung des Eigenthums des Legatars auf Grund des Codicilles allein 6262; des Eigenthums der Erben an einer Nachlassrealität auf Grund der Einantwortung unter Aufrechterhaltung eines die Realität betreffenden Codicilles 6303. Unzulässigkeit der Einverleibung des Pfandrechts auf Grund einer die Pfandrechtseinverleibung ohne Bezeichnung einer Specialhypothek einräumenden Urkunde 6944. — Eintragung des Pfandrechts nur für eine ziffermäßig bestimmte Geldsumme 6132, 6869, 7214, 7742; gänzliche Wirkungslosigkeit der Eintragung für eine unbestimmte Summe? 7645; Einfluß des neuen Grundb.-Ges. auf vorher in unbestimmtem Betrage pränotirte Forderungen 7181; büchlerliche Sicherstellung von Pachtungserlassansprüchen; Angabe einer bestimmten Ziffer 6684; Einverleibung des Wohnungsrechts als Aequivalents für Zinsen einer Hypothekensforderung ohne Angabe einer Ziffer 7280. Einräumung von Nebengebühren in den eingetragenen Höchstbetrag einer Credithypothek 7481; Formelle Bedingungen der Eintragung einer (gebürten)

Vererbung bei der eingetragenen Credithypothek 8086, 8128. (Executive) Einverleibung des Pfandrechts für Alimente pro futuro auf Grund rechtserkennenden Urtheils 6428, 6861; Unzulässigkeit derselben 7683, 7823, 8184; Einverleibung des Pfandrechts (für Alimente pro futuro) auf Grund gerichtlichen Vergleichs (nicht „executiv“) 6579. Unzulässigkeit der Einverleibung des Pfandrechts für Verzugs-Zinsen lediglich auf Grund urkundlichen Nachweises der Fälligkeit der Forderung 7451. Verhältniß der abgesehen verbücherten Zinsforderung zu der Capitalforderung 7511, 7577. Vertheilung der auf dem ganzen Hause haftenden Sattpost auf alle einzelnen Hausanttheile 6305. Büchliche Erstlichmachung des gesetzlichen Pfandrechts für Aerialforderungen oder Pfandrechtseinverleibung? 7842, 7976, 8046; Unzulässigkeit der Einverleibung des Pfandrechts für eine Uebertragungsgebühr auf Grund des steuerämlichen Zahlungsauftrags bei anderen Realitäten 6856.

Unstatthaftigkeit der Vormerkung auf Grund einer den Ausstellungsort nicht angegebenden Urkunde 7186; Vormerkung auf Grund einer Urkunde (Wechsels) trotz mangelnder Legalisirung 5797. Unzulässigkeit der Pränotation eines unformlichen Wechsels 5868, 6225, 7447; Zulässigkeit derselben 5896, 6079, 6086. Weseinigung des Rechtstitels durch Berufung auf die „verabredete Gütergemeinschaft“ 5708; Voraussetzungen der Pränotation auf Grund eines Dienstvertrags 6352. Pränotation auf Grund eines erst nach dem Ansuchen ausgestellten Urtheils 7709, 7791, 8067. Unzulässigkeit der Pränotation eines im Mahnverfahren ergangenen Zahlungsbefehls vor seiner Rechtskraft 6081; der Pränotation auf Ansuchen einer „Bürgergemeinde“ 5669. Vormerkung des zur Ausübung des jus offerendi erfolgten Erlags auf Grund der gerichtlichen Bestätigung 6664. Rechtfertigung einer Pränotation durch nach Veräußerung des Grundstücks ausgestellte Rechtfertigungserklärung? 5644. Rechtfertigungserklärung gegen den Besitznachfolger des Pränotaten zu richten? 6010, 7159; Wechsel im Besitz der Eigenschaft während des Rechtfertigungsprocesses 6855; executive Einverleibung des wider den Vormann ergangenen Rechtfertigungserkenntnisses wider den späteren Besitzer 5977, 5978; Folgen des Unterbleibens der Anmerkung der Rechtfertigungsklage 7940; Abweisung des Begehrens um Rechtfertigung einer Pränotation wegen Unstatthaftigkeit der Bewilligung derselben 7076. Rechtfertigung der Pränotation des Legatsanspruchs auf einer Nachlassrealität; Nachweis der Unzulänglichkeit des Nachlasses? 6433. Löschung der Pränotation wegen Nichtrechtfertigung ungeachtet inzwischen liegenden Erkenntnisses über das pränotirte Recht 6466; Voraussetzungen der a limine Abweisung des Gesuchs um Löschung wegen Unhängigkeit der Rechtfertigungsklage 5791, 6863. Berechtigung des dritten Besitzers der Eigenschaft zur Einverleibung der Löschung der Pränotation 6415; Entbehrlichkeit und Unzulässigkeit der Anmerkung des Gesuchs um Löschung der Pränotation

6369; der Lösungsfrage 5800. Anordnung einer Verhandlung über das Lösungsgeſuch; Recursfriſt 7123; Folgen des Ausbleibens beider Theile von der Tagfahrt 6085; Koſten der Verhandlung 6723. Entbehrlichkeit der Rechtfertigung der auf Grund Anſuchens (Urtheils) der Finanzbehörde erwirkten Pränotation 6340, 6409. — Vorausſetzungen der Bewilligung der Vormerkung des Pfandrechts 8124; Erforderniß der Specialiſirung des Pfandrechttitels 8141; Entbehrlichkeit des Nachweiſes eines speciellen Rechtsgrundes zum Pfandrecht? 6202; Pränotation des Pfandrechts auf Grund von beiden Theilen anerkannten Schiedsſpruches 5656; Erforderniß individueller Bezeichnung des Pfandobjects 6007; Bewilligung auf Grund allgemeiner Haftungserklärungen 5677, 5944, 7541. Pränotation als Sicherſtellung während des Rechtsmittelzuges ſ. Verſ. in Streitſ. M. I. — Modus der Rechtfertigung der Pränotation einer vormundſchaftlichen Erſatzverbindlichkeit 7011; Zuſtändigkeit des Handelsgerichts für Klagen zur Rechtfertigung der Pränotation von Wechſelforderungen und Handelsforderungen 6005, 7517. Beurtheilung von vor Geltung des neuen Grundbuchgeſetzes erfolgten Pränotationen nach dieſem Geſetze 6121; Beurtheilung derſelben nach den früher für die Rechtfertigung geltend geweſenen Normen 5679, 5862, 6823, 7181, 7438. Vorausſetzungen der Rechtfertigung von in Ungarn erwirkten Pränotationen vor einem hieſländiſchen Gerichte 7493. Uebergang des mit der Pränotation (einer noch nicht fälligen Schuld) belaſteten Gutes in dritte Hand; Rechtfertigung durch Klage gegen den Perſonalschuldner? 5687, 6891. Rechtfertigung der Pränotation einer Wechſelforderung lediglich durch Erwirkung des Zahlungserkenntniſſes? 5598, 5737. Rechtfertigung der fäſſchlich als „Wechſelforderung“ pränotirten gemeinrechtlichen Forderung 6985. Löſchung der Pränotation auf Grund des die Klage auf Zahlung abweiſenden Urtheils? 6636; der Pränotation einer Wechſelforderung nach Abweiſung der Wechſelklage 7459; ungeachtet hierauf erfolgter Anſtellung der gemeinrechtlichen Klage 8225; Rechtfertigung der Pränotation nach eingetretener Wechſelverjährung? 7433; Löſchung der Vormerkung bei Abweiſung der Rechtfertigungsfrage „für dormalen“ 6918; Einfluß der Löſchung auf die Aſterhypotheken 7360. Entbehrlichkeit der Rechtfertigungsfrage bezüglich einer Pränotation zur Sicherſtellung während des Rechtsmittelzuges 7192; Rechtfertigung derſelben durch Nachweis der Rechtskraft des Urtheils 6861.

3. Löſchung. Vertheilung einer auf der ganzen Realität haftenden Forderung auf alle Antheile, und Löſchung des Reſtes bei jedem einzelnen Theile 6305. Einfluß der Löſchung der Pfandrechtspränotation auf die Aſterhypothek 7360. Anmerkung der Löſchung der Simultanhypothek in den Nebeneinlagen auf Grund einer die Löſchung in der Haupteinlage bewilligenden Quittung 7581. Lösungsgeſuch oder Oppoſitionsfrage auf Grund der Wiedereinſetzung gegen das executiv einverleibte Urtheil? 5776, 8204. Friſt zur Ueberreichung der Lösungs-

Klage gegen Dritte 7374, 7674; Verhältniß des um die Lösungs-
bewilligung angegangenen Gerichts zu dem Gerichte, welches die
Pränotation bewilligt hatte 6387. Lösung einer während des Wechsel-
processes erwirkten Pränotation auf Grund des die Zahlungsaufgabe
aufhebenden Erkenntnisses 7459. Lösung auf Grund von der Ver-
waltungsbehörde nicht bestätigter Quittung eines Klostersvorstandes 7829.
Voraussetzungen der Lösung einer mit dem Vorbehalt des §. 822
a. b. G. B. erwirkten Einverleibung nach der Einantwortung 5748;
Lösung der Clause des §. 822 a. b. G. B. auf Grund der Einant-
wortung 8190. Vollstreckung des nach Anmerkung der Streitigkeit
ergangenen Lösungsurtheils wider den inzwischen eingetragenen
Cessionar der Hypothek; Haftung des Letzteren für die Kosten der
Lösung 7702. Lösung der Pränotation wegen unterbliebener Recht-
fertigung s. oben 2.

4. Anmerkung. Anmerkung der Minderjährigkeit; Wirkungs-
losigkeit gegenüber executiver Einverleibung 7941. Anmerkung der
Concursöffnung 6760; Abweisung von Grundbucheingaben
schon vor vollzogener Anmerkung 6096; Anmerkung der vorläufigen
Einbeziehung einer Realität in die Concursmasse 5838, 6158. Anmer-
kung der Veräußerungsabsicht 6210, 6425; der Rangordnung
für ein aufzunehmendes Darlehen 7336, 8073. Anmerkung der voll-
zogenen executiven Feilbietung 5871, 7547; der executiven
Einantwortung einer Hypothekarforderung 6402; fällig werdenber
Renten 7525; des die Feilbietung zur Aufhebung der Eigenthums-
gemeinschaft anordnenden Urtheils 7603, 7759; Unstatthaftigkeit der-
selben 7800. Anmerkung der Vollstreckbarkeit eines einverleibten
Notariatsactes 7471; der urtheilsmäßigen Verbindlichkeit eines Mit-
eigenthümers zur Gestattung gewisser Ausführungen 7092. Anmerkung
der vereinbarten Zahlungsmodalitäten 5827; der Stundung
einer privilegierten Aerialforderung 7887; der Theilzahlungen 6401,
6972. Unzulässigkeit der Anmerkung von Vereinbarungen der Gläubiger
über Modalitäten der Realisirung ihrer Rechte 6051; der Anmerkung
des Eigenthumsrechts des Schuldners auf Ansuchen des Gläubigers
6565; der Anmerkung des Verbotes bei einer Hypothekarforderung
5648, 7265; der (Nicht-) Pertinenzqualität von Fabrikmaschinen
7881; des Gesuchs um Lösung der Pränotation 6869.

Verletzung eines bürgerlichen Rechts. Voraussetzung des Begehrens
der Streitanmerkung 5803, 5918; Anmerkung der Klage auf
Anerkennung des Miteigenthums? 5987; Unzulässigkeit der Anmerkung
einer Klage auf Erfüllung eines zur Uebergabe einer Eigenschaft ver-
pflichtenden Geschäfts 5596, 5864, 6333, 6675, 6784, 6798, 7094,
7676, 7714, 7821; der Klage des früheren Käufers einer Realität gegen
den intabulirten späteren Käufer 5794; Anmerkung der Klage des nach
Anmerkung der Rangordnung für ein aufzunehmendes Darlehen ein-
getragenen Pfandgläubigers auf Ungiltigerklärung der Eintragung des

[Handels- und Seerecht.]

- I. Procuristen, Handlungsbevollmächtigte und Handlungsgehilfen.
 - II. Handelsmäkler.
 - III. Handelsgesellschaften s. Obligationenr. B. I. 11.
 - IV. Handelsgeschäfte im Allgemeinen.
 - V. Geschäfte in Börsenpapieren.
 - VI. Commission.
 - VII. Expedition.
 - VIII. Assurance.]
-

[II.] <B.> Civilproceß.

<I.> Civilgerichtliches Verfahren überhaupt.

A. Verhältniß der Civilgerichte zu anderen Behörden:

- I. Zu den Verwaltungsbehörden.
 - 1. Staatliche Verwaltungsbehörden i. e. S., Verwaltungsgerichtshof (autonome Behörden und) Gemeindebehörden insbes. — Kompetenzconflicte — Proceßnullität (s. Verf. in Streitf. I.).
 - 2. Bergbehörden.
 - 3. Finanzbehörden.
- II. Zu kirchlichen Behörden und Gerichten.
- [III. Zu den Militärgerichten.]
- [IV.] <III.> Zu den Strafgerichten.

B. Gegenseitige Abgrenzung des streitigen und nicht streitigen Verfahrens. — <Verhältniß des Grundbuchverfahrens zum streitigen s. Verf. außer Streitf. F. III. 1. — Verhältniß der Verlassenschaftsabhandlung zum streitigen Verfahren s. Verf. außer Streitf. B.>

<II.> Verfahren in Streitfachen.

A. Competenz.

- I. Allgemeines — Verhältniß zu ausländischen Gerichten. (vgl. auch N. I. 1.) — Prorogation — Requisition. (vgl. N. I. 4.).
- II. Einfluß der Connexität und Klagenaccumulation auf die Zuständigkeit.

III. Personalgerichtsstand.

1. Allgemeiner.

2. Besonderer Gerichtsstand. a) Gerichtsstand des Vertrages. b) Andere Arten.

IV. Abgrenzung des Realgerichtsstandes. — (Competenz in Grundbuchssachen s. Verf. außer Streitf. F. III. 1.)

V. Causalgerichtsstand.

B. Proceßgesetz — Rückwirkung — örtliche Grenzen.

C. Verhandlungsmaxime — Abweisung der Klage a limine s. G. III — Abweichung des Urtheils von dem Klagebegehren s. L. III.

D. Parteien und deren Stellvertreter.

I. Legitimation zur Sache.

1. Active Legitimation.

2. Passive Legitimation.

II. Legitimation zur Proceßführung. — (Legitimation der Finanzprocuratur s. VII.) — Proceßführungen der Concurssmasse und des Creditors s. Concurss A. I. 1. und 2.

III. Streitgenossenschaft.

IV. Vertretungsleistung.

V. Veränderung der Personen. — Einfluß des Todes einer Partei auf den Eid (vgl. K. II. 5.) — (der Concursseröffnung s. Concurss A. I. 2.).

VI. Gegenseitiges Verhältniß der Parteien.

1. Kostenersatz. (a) Die Haftung der Parteien im Allgemeinen. b) Einzelne Proceßhandlungen und Verfahrensarten.)

2. Klagscaution.

3. Gemeinschaftlichkeit der Beweismittel.

VII. Parteienvertreter — (Finanzprocuratur) — Anwaltszwang — Kostenbestimmung — (vgl. überhaupt Verf. außer Streitf. C.).

VIII. Armenrecht.

E. [Äußere] Form der Eingaben (und Verhandlungen). Zustellung. Fristen. Tagsetzungen.

I. (Form der Eingaben und Verhandlungen) — Form — Sprache.

II. Zustellung.

III. Fristen. — Recursfrist in Grundbuchssachen s. Verf. außer Streitf. F. (IV.). — Amortisationsfrist s. ebenda G.

IV. Tagsetzungen. — (Ausbleibensrechtfertigung s. H. I.)

F. Gegenseitiges Verhältniß verschiedener Proceßarten — bes. ordentliches mündliches Verfahren.

G. Klage.

- I. Wesentlicher Inhalt der Klage. — Substantiirung des Klageanspruchs — Klagegrund — Klagebegehren — Aenderung des Klagegrundes oder Klagebegehrens s. I. — Auerkennungsklagen.
- II. Klagenhäufung.
- III. Annahme der Klage. — Verbeistheidung — Zurückweisung zur Verbesserung — Abweisung von Amtswegen.
- IV. Wirkung der Klageanstellung — (Rücktritt von der Klage — Abweichung vom Klagebegehren s. I. — Verhältniß des Urtheils zur Klage s. L. III.) — Streitanmerkung (im Grundbuche s. Verf. außer Streitf. F. III. 4.).

H. Contumacia und Streiteinlassung. Klagerückerlag und Einwendungen.

- I. Contumacirung — Streiteinlassung — Submission — Unterlassung des Widerspruchs s. K. II. 1. — Ausbleibensrechtfertigung.
- II. Klagerückerlag und Einwendungen — Exceptio rei iudicatae — exceptio fori.

L. Verschiedene Zwischenfälle des Processes. Nullität. — Abstecken von der Klage — Aenderung des Klagegrundes — Ordnung des Vorbringens — Veränderung des Sachverhaltes — vgl. D. V. (und L. III.) — Hemmung des Verfahrens — Reassumirung — Neuerungen — (Incidentstreitigkeiten) — Inrotulirung — Exrotulirung — Nullität.

K. Beweis.

I. Beweis überhaupt.

1. Beistcheinigung — Notorietät — gerichtsbekannte Umstände — Gegenbeweis (pro evitando perjurio s. 4.) — Beweis zum ewigen Gedächtnisse — Beweisverfahren.
2. Beweisthema.
3. Beweislast — (Zuweisung der Klägerrolle s. N. II. 4. und Verf. außer Streitf. B.).
4. Gegenseitiges Verhältniß verschiedener Beweisarten und Beweisführungen. — Beweis pro evitando perjurio.

II. Einzelne Beweisarten.

1. Geständniß — außergerichtliches — gerichtliches Geständniß — qualificirtes Geständniß.
2. Urkunden: — a) Beweisraft — Echtheit — Recognoscirung — b) öffentliche Urkunden — c) Gewerbs- und Handelsbücher — d) andere Privaturkunden.

3. Kunstbefund und Augenschein. — Sachverständige Zeugen.
4. Zeugenbeweis.
5. Eid. — Vergleichener Eid — Eidesfähigkeit — Einfluß der Streitgenossenschaft — Eidesantretung — Eidesformel — Eidesablegung — Tod einer Proceßpartei.
 - a) Haupteid — Thema — Person des Delaten — irreferibler Haupteid — Annahme und Zurückziehung;
 - b) Erfüllungseid — vgl. I. 4.;
 - c) Schätzungseid;
 - d) Manifestationseid.
6. Indicien.

L. Richterliche Entscheidung [(Urtheil, Bescheid, Schiedsspruch)].

- I. Form (und Arten) — (bes. Urtheile — Rechtsmittel gegen Beweisurtheile vgl. M. II. und III.).
- II. Inhalt des Urtheils.
- III. Verhältniß des Urtheils zur Klage.
- IV. Rechtskraft [des Urtheils] — (vgl. exceptio rei judicatae H. II.). — Urtheile — (Bescheide) — Umfang.
- V. Schiedsspruch.

M. Rechtsmittel.

- (I. Allgemeines — Stellung der Rechtsmittelinstantz — reformatio in pejus — nova in appellatorio — Kosten des Rechtsmittelverfahrens — Sicherstellung während des Rechtsmittelzuges).
- [I.] (II.) Appellation und Revision. — Anmeldung — Frist — [Execution zur Sicherstellung] — a. o. Revision.
- [II.] (III.) Recurs — Zulässigkeit — a. o. Revisionsrecurs — Recursfrist.
- [III.] (IV.) Nullitätsbeschwerde — Nullitäten s. I.
- [IV.] (V.) Anfechtung eines Schiedsspruchs.
- [V.] (VI.) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand — Suspensiv-effect — Kosten.
 1. Wegen verstrichener Frist.
 2. Ob noviter reperta.
 3. Wegen mangelhafter Vertretung.

N. Execution. — Executivproceß s. Q. III.

I. Execution überhaupt.

1. Grundlage der Execution — Rechtskraft des Urtheils s. L. IV. — ausländische Erkenntnisse — Erkenntnisse der Administrativbehörden — Schiedsspruch — Vergleich — Notariatsact — Legitimation des Executionsführers — Person des Executen.

2. Object der Execution — ausgeschlossene Objecte — Beamtengehälter u. dgl. — Grundstücke — Mobilien — Rechte.
 3. Hemmung der Execution — bes. Exscindirungsklage — Oppositionsklage (§. 4.).
 4. Verschiedene Zwischenfälle und Streitigkeiten im Laufe des Executionsverfahrens. — (Verhältniß verschiedener Arten) — Competenz — Requisition — Verhältniß zum Erkenntnißverfahren — Aufsehung der Execution — Oppositionsklage — verschiedene Zwischenfälle — Kosten.
- II. Execution auf unbewegliche Sachen — vgl. auch IV. — (Gegenstand s. oben I. 2.) — Voraussetzungen — (Vollstreckung des Urtheils auf Feilbietung einer Liegenschaft zur Auseinandersetzung einer Gemeinschaft s. V.)
- Feilbietung.
1. Vorbedingungen — executives Pfandrecht — Schätzung — Feilbietungsbedingungen — Verständigungen.
 2. Vorgang bei der Feilbietung.
 3. Stellung des Erstehers — Relicitation.
 4. Meistgebotsvertheilung — Verfahren — Rangordnung — Verweisung auf den Rechtsweg — Zinsen — Kosten — Simultanhypotheken — Steuern — Gebühren.
- III. Execution auf Rechte und andere bewegliche Sachen — (Gegenstände s. I. 2.) — Pfändung — Transferirung — Exscindirungsklage (§. I. 3.) — Execution auf Forderungen — Mobilienmeistgebotsvertheilung.
- IV. Executive Sequestration.
- [V. Schuldhast.]
- [VI.] (V.) Andere Executionarten — Geldstrafe — Arrest — Execution ad praestandum factum — (Feilbietung zur Auseinandersetzung einer Gemeinschaft).

O. Provisorische Sicherstellungsmittel.

- I. Provisorische Sequestration.
- II. Beschlagnahme.
- III. Verbot.
- IV. Verhaftung.
- V. Execution zur Sicherstellung.
- (VI. Andere provisorische Verfügungen.)

[P. Güterabtretung, Rechtswohlthaten, Verhandlung der Gläubiger.]

Q. Besondere Proceßarten.

- I. Aufforderungsproceß.

1. Aufforderung wegen Verübmung.
2. Bei einem Baue.
- II. Rechnungsproceß.
- III. Executivproceß — Execution zur Sicherstellung s. O. V.
- IV. Summarisches Verfahren.
- V. Mandatsverfahren.
- VI. Verfahren in Ausziehstreitigkeiten.
- VII. Besitzstreitigkeiten — vgl. Sachenrecht A. III. — Competenz.
- VIII. Handelsgerichtliches Verfahren (und Verfahren in Wechselstreitigkeiten).
- IX. Verfahren in Ehestreitigkeiten.
- (X. Bagatellverfahren.
- XI. Mahnverfahren.)
- Anhang. (1.) Expropriationsfachen — (2. Privilegienfachen — 3. Syndicatsproceß).

〈III.〉 Conkurs.

A. Materielles Konkursrecht.

- I. Wirkungen der Konkurseröffnung.
 1. Aufhören des Verfügungsrechts des Gemeinschuldners.
 2. Competenz, Proceßführung, Verjährung.
 3. Pfand-, Retentions- und Rückforderungsrechte und Separaterecution.
 4. Verschiedene andere Ansprüche von Concursgläubigern — Compensation — vorher geschlossene Rechtsgeschäfte.
- II. Rangordnung der Ansprüche.
- III. Rechtliche Verhältnisse des Gemeinschuldners — s. auch I. 1.

B. Verfahren im Concurs.

- I. Competenz.
- II. Konkurseröffnung.
- III. Personale.
- IV. Crida-Inventar.
- V. Feststellung und Realisirung der Ansprüche.
- VI. Verwaltung und Realisirung des Vermögens.
- VII. Aufhebung des Concurses.

C. [Ausgleichsverfahren] — Zwangsausgleich.

〈IV.〉 Verfahren außer Streitsachen.

A. Allgemeines — Amtszeugnisse — Rechtskraft von Bescheiden — Vollstreckung.

B. Verlassenschaftsabhandlung — Competenz — Ermittlung des Nachlasses — Erbserklärungen — Verwaltung und Vertretung des Nachlasses — Legatäre und Gläubiger — Gebühren und gesetzliche Legate — Einantwortung.

C. Vormundschaft und Curatel — Competenz — vormundschaftsbehörbliche Verfügungen — Curatoren für Abwesende — curator ad actum — gemeinsame Curatoren für Besitzer von Theilschuldverschreibungen.

D. Fideicommisssachen.

E. Depositsachen.

F. Grundbuchsachen.

〈I. Einrichtung der Grundbücher — Bestandtheile — Gegenstand — Neuanlegung — Ergänzung — Abtrennung und Zuschreibung von Liegenschaften — Eintragungen.

II. Publicitätsprincip.

III. Bücherliche Eintragungen.

1. Allgemeines: Grundbuchsverfahren — Competenz — Berechtigung zum Ansuchen — bürgerlicher Vormann — Tabularurkunden — Tabulargesuche — Bewilligung und Vollzug — Kosten — Rangordnung der Eintragungen — Nullität.

2. Einverleibung und Vormerkung — speciell des Pfandrechts.

3. Löschung.

4. Anmerkung — besonders Streitanmerkung.

5. Simultanhypotheken — vgl. Pfandr. IX. und Execution II. 4.

IV. Fristen. Zustellung.

V. Recurs.

VI. Verschäbächer und Hypothekenbücher.

VII. Eisenbahnbücher.)

G. Amortisation.

H. Freiwillige Teilbietung.

I. Legalisirung.

〈K. Notariat.〉

Verzeichniß

der in diese Sammlung aufgenommenen Entscheidungen, welche in das Judicatenbuch oder in das Spruchrepertorium des k. k. obersten Gerichtshofes eingetragen sind *).

I.

Judicatenbuch		Sammlung		Judicatenbuch		Sammlung	
Nr.	1.....	II,	958.	Nr.	54.....	IV,	1700.
"	3.....	II,	956.	"	56.....	IV,	1768.
"	4.....	II,	951.	"	59.....	IV,	1807.
"	6a	II,	949.	"	61.....	IV,	1857.
"	6b	II,	972.	"	62.....	IV,	1930.
"	7.....	II,	952.	"	65.....	V,	2210.
"	10.....	I,	42.	"	68.....	VIII,	3896.
"	11.....	II,	978.	"	69.....	VIII,	3897.
"	15.....	II,	959.	"	70.....	IX,	4056.
"	16.....	II,	954.	"	71.....	IX,	4210.
"	17.....	II,	961.	"	73.....	X,	4594.
"	19.....	II,	960.	"	74.....	X,	4600.
"	20.....	II,	957.	"	76.....	X,	4712.
"	22.....	I,	387.	"	77.....	X,	4713.
"	24.....	II,	498.	"	78.....	X,	4772.
"	25.....	II,	988.	"	79.....	XI,	4887.
"	26.....	II,	1007.	"	80.....	XI,	4885.
"	27, 28	II,	565.	"	81.....	XI,	5177.
"	29.....	II,	1037.	"	82.....	XI,	5178.
"	36.....	III,	1268.	"	83.....	XI,	5179.
"	37.....	III,	1275.	"	85.....	XI,	5195.
"	40.....	III,	1375.	"	86.....	XII,	5239.
"	44.....	IV,	2075.	"	87.....	XII,	5272.
"	46.....	IV,	1521.	"	88.....	XII,	5339.
"	52.....	IV,	1618.	"	89.....	XII,	5390.
"	53.....	IV,	1697.	"	92.....	XIII,	5634.

*) Die römischen Ziffern bedeuten den Band, die arabischen die Nummern dieser Sammlung.

Indicatenbuch		Sammlung	Indicatenbuch		Sammlung
Nr.	93.....	XIII, 5634.	Nr.	102.....	XVI, 6830.
"	94.....	XIII, 5634.	"	103.....	XVII, 7323.
"	95.....	XIII, 5737.	"	104.....	XVII, 7529.
"	96.....	XIII, 5960.	"	105.....	XVII, 7653.
"	97.....	XIII, 5956.	"	106.....	XVII, 7652.
"	98, 99	XV, 6351.	"	107.....	XVIII, 7832.
"	100.....	XV, 6577.	"	108.....	XVIII, 7848.
"	101.....	XV, 6578.			

II.

Spruchrepertorium		Sammlung	Spruchrepertorium		Sammlung
Nr.	2.....	X, 4656.	Nr.	38.....	XI, 4861.
"	4.....	X, 4657.	"	39.....	XI, 4845.
"	5.....	X, 4658.	"	40.....	XI, 4875.
"	6.....	X, 4659.	"	41.....	XI, 4881.
"	7.....	X, 4665.	"	42.....	XI, 4900.
"	9.....	X, 4667.	"	43.....	XI, 4909.
"	10.....	X, 4668.	"	44.....	XI, 4915.
"	11.....	X, 4669.	"	45.....	XI, 4916.
"	12.....	X, 4674.	"	46.....	XI, 4928.
"	13.....	X, 4671.	"	47.....	XI, 4929.
"	15.....	X, 4682.	"	49.....	XI, 4957.
"	16.....	X, 4685.	"	50.....	XI, 4969.
"	17.....	X, 4687.	"	51.....	XI, 4991.
"	18.....	X, 4690.	"	52.....	XI, 4993.
"	19.....	X, 4698.	"	53.....	XI, 4989.
"	20.....	X, 4703.	"	54.....	XI, 5013.
"	21.....	X, 4715.	"	55.....	XI, 5022.
"	22.....	X, 4727.	"	56.....	XI, 5064.
"	23.....	X, 4736.	"	57.....	XI, 5083.
"	24.....	X, 4760.	"	59.....	XI, 5114.
"	25.....	X, 4753.	"	60.....	XI, 5118.
"	26.....	X, 4751.	"	61.....	XI, 5120.
"	27.....	X, 4745.	"	62.....	XI, 5130.
"	28.....	X, 4748.	"	63.....	XI, 5134.
"	29.....	X, 4770.	"	64.....	XI, 5153.
"	31.....	X, 4796.	"	65.....	XI, 5165.
"	32.....	X, 4806.	"	66.....	XII, 5227.
"	33.....	X, 4815.	"	67.....	XII, 5217.
"	34.....	X, 4813.	"	68.....	XII, 5281.
"	35.....	X, 4816.	"	69.....	XII, 5304.

Spruchrepertorium		Sammlung		Spruchrepertorium		Sammlung	
Nr.	70.....	XII,	5309.	Nr.	89.....	XV,	6353.
"	71.....	XII,	5365.	"	90.....	XV,	6445.
"	72.....	XII,	5401.	"	92... ..	XV,	6491.
"	74.....	XII,	5476.	"	93.....	XV,	6507.
"	76.....	XII,	5581.	"	94.....	XV,	6508.
"	77.....	XIII,	5610.	"	95.....	XV,	6519.
"	78.....	XIII,	5675.	"	96.....	XV,	6717.
"	79.....	XIII,	5736.	"	97.....	XVI,	6839.
"	80.....	XIII,	5781.	"	98.....	XVI,	6874.
"	81.....	XIV,	6067.	"	99.....	XVI,	7049.
"	82.....	XIV,	6100.	"	100.....	XVII,	7540.
"	83.....	XIV,	6114.	"	101.....	XVIII,	7818.
"	84.....	XIV,	6132.	"	102.....	XVIII,	7833.
"	85.....	XIV,	6134.	"	103.....	XVIII,	7890.
"	88.....	XIV,	6299.				

Chronologisches Verzeichniß

der in die sämtlichen „Nachträge“ (Band II—XVIII)
aufgenommenen Entscheidungen.

Anmerkung: Bei jeder dieser Entscheidungen ist mit römischer Ziffer der
Band, mit arabischer die Nummer angegeben, unter
welcher sie in der Sammlung erscheint.

Entscheidung vom	12. Juli	1851,	Nr. 4830	:	II,	949.
"	" 5. September	"	" 7697	:	II,	950.
"	" 24. October	"	" 9485	:	II,	951.
"	" 18. November	"	" 10259	:	II,	952.
"	" 18. März	1852,	" 2392	:	II,	953.
"	" 25. September	"	" 8877	:	II,	954.
"	" 21. October	"	" 10713	:	II,	955.
"	" 7. Jänner	1853,	" 12991	:	II,	956.
"	" 11. März	"	" 2279	:	II,	957.
"	" 18. "	"	" 2584	:	II,	958.
"	" 31. "	"	" 2407	:	II,	959.
"	" 31. "	"	" 3133	:	II,	960.
"	" 14. April	"	" 3412	:	II,	961.
"	" 16. Juli	"	" 5778	:	XV,	6724.
"	" 6. August	"	" 7843	:	VII,	3615.
"	" 10. December	"	" 12571	:	II,	962.
"	" 17. Jänner	1854,	" 419	:	II,	963.
"	" 27. Juni	"	" 5185	:	II,	964.
"	" 12. Juli	"	" 6751	:	II,	965.
"	" 25. "	"	" 7828	:	II,	966.
"	" 26. "	"	" 7483	:	II,	967.
"	" 6. September	"	" 8968	:	II,	968.

Entscheidung vom	6. September	1854,	Nr. 9681	:	II,	969.
"	7. December	"	" 11154	:	II,	970.
"	30. "	"	" 13109	:	II,	971.
"	24. Jänner	1855,	" 468	:	II,	972.
"	7. Februar	"	" 13880	:	II,	973.
"	14. "	"	" 13704	:	II,	974.
"	15. März	"	" 1561	:	II,	975.
"	25. April	"	" 3122	:	II,	976.
"	29. Mai	"	" 4726	:	II,	977.
"	3. Juli	"	" 5765	:	II,	978.
"	24. "	"	" 5920	:	II,	979.
"	11. September	"	" 8195	:	IV,	2045.
"	18. "	"	" 9433	:	II,	980.
"	10. October	"	" 9490	:	II,	981.
"	23. "	"	" 10425	:	II,	982.
"	24. "	"	" 10573	:	II,	983.
"	7. November	"	" 10979	:	II,	984.
"	20. "	"	" 11480	:	II,	985.
"	11. Jänner	1856,	" 65	:	II,	986.
"	5. Februar	"	" 929	:	II,	987.
"	6. "	"	" 9832	:	II,	988.
"	26. "	"	" 1202	:	II,	989.
"	16. April	"	" 3467	:	V,	2683.
"	22. "	"	" 3825	:	II,	990.
"	29. "	"	" 3919	:	II,	991.
"	7. Mai	"	" 3414	:	II,	992.
"	7. "	"	" 3955	:	II,	993.
"	11. Juni	"	" 4845	:	II,	994.
"	11. "	"	" 5556	:	II,	995.
"	25. "	"	" 5842	:	II,	996.
"	8. Juli	"	" 5819	:	II,	997.
"	6. August	"	" 7202	:	II,	998.
"	12. "	"	" 7349	:	II,	999.
"	13. "	"	" 7933	:	II,	1000.
"	27. "	"	" 8205	:	II,	1001.
"	16. September	"	" 9010	:	II,	1002.
"	23. "	"	" 5052	:	II,	1003.
"	28. October	"	" 10602	:	II,	1004.
"	30. "	"	" 10528	:	II,	1005.
"	12. November	"	" 10998	:	II,	1006.
"	18. "	"	" 10913	:	II,	1007.
"	25. "	"	" 9073	:	II,	1008.
"	26. "	"	" 11497	:	II,	1009.
"	16. December	"	" 12232	:	II,	1010.
"	23. "	"	" 12319	:	II,	1011.

Entscheidung vom	28. Jänner	1857,	Nr. 675	:	II,	1012.
"	4. Februar	"	705	;	II,	1013.
"	10. "	"	1092	:	II,	1014.
"	18. März	"	2410	:	II,	1015.
"	31. "	"	2423	:	II,	1016.
"	31. "	"	3018	:	II,	1017.
"	1. April	"	3143	:	II,	1018.
"	15. "	"	2821	:	II,	1019.
"	29. "	"	4051	:	II,	1020.
"	12. Mai	"	4029	:	II,	1021.
"	19. "	"	3973	:	II,	1022.
"	4. Juni	"	4648	:	II,	1023.
"	16. "	"	5915	:	II,	1024.
"	2. Juli	"	6448	:	II,	1025.
"	7. "	"	6770	:	II,	1026.
"	4. August	"	7570	:	II,	1027.
"	21. "	"	6409	:	II,	1028.
"	21. "	"	7627	:	II,	1029.
"	26. "	"	8491	:	II,	1030.
"	26. "	"	8808	:	II,	1031.
"	9. September	"	9859	:	II,	1032.
"	10. "	"	8285	:	II,	1033.
"	15. "	"	9468	:	II,	1034.
"	16. "	"	9149	:	II,	1035.
"	29. "	"	9941	:	II,	1036.
"	30. "	"	8363	:	II,	1037.
"	7. October	"	10175	:	II,	1038.
"	20. "	"	8715	:	IV,	2046.
"	21. "	"	9678	:	II,	1039.
"	8. November	"	10505	:	II,	1040.
"	10. "	"	11553	:	II,	1041.
"	10. December	"	11342	:	II,	1042.
"	15. "	"	9689	:	II,	1043.
"	24. "	"	12924	:	II,	1044.
"	3. März	1858,	1969	:	VII,	3616.
"	16. "	"	1920	:	IV,	2047.
"	11. Mai	"	3951	:	V,	2684.
"	26. "	"	4984	:	V,	2685.
"	26. "	"	5048	:	V,	2686.
"	27. Juli	"	7581	:	IV,	2048.
"	20. October	"	10636	:	IV,	2049.
"	30. November	"	13419	:	IV,	2050.
"	25. Jänner	1859,	398	:	IV,	2051.
"	8. Februar	"	1277	:	VII,	3617.
"	15. "	"	894	:	IV,	2052.

Entscheidung vom	23. Februar	1859, Nr.	1863	:	IV,	2053.
"	2. März	"	2049	:	IV,	2054.
"	8. "	"	2587	:	V,	2687.
"	29. "	"	3094	:	V,	2688.
"	30. "	"	3010	:	IV,	2055.
"	12. April	"	3949	:	IV,	2056.
"	20. "	"	4349	:	IV,	2057.
"	18. Mai	"	5259	:	VII,	3618.
"	24. August	"	9084	:	IX,	4381.
"	7. September	"	8956	:	IV,	2058.
"	28. October	"	14052	:	IV,	2059.
"	11. April	1860,	2872	:	IV,	2060.
"	24. Mai	"	4018	:	VI,	3200.
"	5. Juni	"	6262	:	VI,	3201.
"	2. August	"	9002	:	XI,	5199.
"	7. "	"	9032	:	IV,	2061.
"	20. November	"	13651	:	IV,	2062.
"	27. "	"	13717	:	IV,	2063.
"	29. December	"	15022	:	IV,	2064.
"	5. Februar	1861,	968	:	IV,	2065.
"	27. März	"	1223	:	IV,	2066.
"	2. April	"	2309	:	IV,	2067.
"	24. "	"	2332	:	VI,	3202.
"	29. Mai	"	3881	:	IV,	2068.
"	28. August	"	5823	:	VII,	3619.
"	17. September	"	6068	:	IV,	2069.
"	2. October	"	6610	:	IV,	2070.
"	8. "	"	6418	:	IV,	2071.
"	30. "	"	5129	:	IV,	2072.
"	19. November	"	7616	:	IV,	2073.
"	27. "	"	7190	:	IV,	2074.
"	3. December	"	7496	:	V,	2689.
"	27. "	"	8091.	:	IV,	2075.
"	30. "	"	8214.	:	IV,	2076.
"	15. April	1862,	2427.	:	VI,	3203.
"	6. Mai	"	2811	:	VI,	3204.
"	7. "	"	2920	:	VI,	3205.
"	27. "	"	3054	:	VII,	3620.
"	2. September	"	4085	:	V,	2690.
"	9. "	"	5750	:	VI,	3206.
"	11. "	"	6040	:	VI,	3207.
"	15. October	"	6769	:	VII,	3621.
"	21. "	"	7104	:	VI,	3208.
"	11. November	"	7107	:	V,	2691.
"	12. "	"	7076	:	V,	2692.

Entschreibung vom	18. November	1862,	Nr.	5737	:	V,	2693.
"	" 30. December	"	"	8839	:	VI,	3209.
"	" 11. Februar	1863,	"	957	:	VI,	3210.
"	" 18. März	"	"	1644	:	VI,	3211.
"	" 22. Mai	"	"	3711	:	V,	2694.
"	" 9. Juni	"	"	4080	:	V,	2695.
"	" 30. Juli	"	"	5443	:	V,	2696.
"	" 6. October	"	"	6957	:	V,	2697.
"	" 8. "	"	"	6110	:	V,	2699.
"	" 5. Jänner	1864,	"	9349	:	V,	2700.
"	" 7. "	"	"	8903	:	V,	2701.
"	" 23. Februar	"	"	1004	:	VI,	3212.
"	" 26. April	"	"	2732	:	V,	2702.
"	" 31. Mai	"	"	3658	:	V,	2704.
"	" 23. Juni	"	"	4584	:	V,	2705.
"	" 5. Juli	"	"	4830	:	VI,	3213.
"	" 4. August	"	"	5635	:	VI,	3214.
"	" 10. "	"	"	5662	:	V,	2706.
"	" 30. "	"	"	6385	:	V,	2707.
"	" 9. September	"	"	6352	:	V,	2708.
"	" 15. "	"	"	7053	:	VI,	3215.
"	" 21. "	"	"	7167	:	V,	2709.
"	" 2. December	"	"	9121	:	V,	2710.
"	" 7. "	"	"	9005	:	V,	2711.
"	" 21. "	"	"	9627	:	V,	2712.
"	" 21. "	"	"	9768	:	V,	2713.
"	" 28. "	"	"	9541	:	VI,	3216.
"	" 14. März	1865,	"	1442	:	VII,	3622.
"	" 20. April	"	"	2893	:	VII,	3623.
"	" 7. Juni	"	"	4538	:	VI,	3217.
"	" 20. September	"	"	6926	:	VI,	3218.
"	" 16. Jänner	1866,	"	10971	:	VI,	3219.
"	" 30. "	"	"	760	:	VI,	3220.
"	" 31. "	"	"	568	:	IX,	4382.
"	" 13. Februar	"	"	1153	:	V,	2703.
"	" 27. März	"	"	1782	:	VI,	3221.
"	" 11. April	"	"	3030	:	IX,	4383.
"	" 25. "	"	"	2172	:	VI,	3222.
"	" 17. Mai	"	"	4322	:	VI,	3223.
"	" 16. Juni	"	"	5072	:	VII,	3624.
"	" 11. Juli	"	"	12998	:	IX,	4384.
"	" 5. September	"	"	7504	:	V,	2698.
"	" 25. "	"	"	8606	:	VI,	3224.
"	" 20. November	"	"	8896	:	VII,	3625.
"	" 20. "	"	"	10194	:]	VII,	3626.

Entscheidung vom	21. November	1866,	Nr.	10223	:	VI,	3225.
"	" 11. December	"	"	10884	:	VI,	3226.
"	" 12. "	"	"	10227	:	VII,	3627.
"	" 9. Jänner	1867,	"	11334	:	IX,	4385.
"	" 25. April	"	"	3153	:	IX,	4386.
"	" 25. Juni	"	"	4536	:	VII,	3628.
"	" 9. Juli	"	"	5878	:	IX,	4387.
"	" 18. August	"	"	6942	:	XI,	5200.
"	" 2. October	"	"	8013	:	IX,	4388.
"	" 12. November	"	"	9530	:	XIII,	5965.
"	" 8. Jänner	1868,	"	134	:	IX,	4389.
"	" 17. März	"	"	2483	:	IX,	4390.
"	" 26. "	"	"	2255	:	IX,	4391.
"	" 26. "	"	"	2947	:	IX,	4392.
"	" 12. Mai	"	"	3341	:	VII,	3629.
"	" 12. "	"	"	4774/5	:	VII,	3630.
"	" 24. Juni	"	"	6467	:	VII,	3631.
"	" 9. Juli	"	"	6801	:	IX,	4393.
"	" 14. "	"	"	6998	:	VII,	3632.
"	" 16. "	"	"	7014	:	VII,	3633.
"	" 4. August	"	"	7682	:	IX,	4394.
"	" 11. "	"	"	6459	:	VII,	3634.
"	" 21. "	"	"	8132	:	VII,	3635.
"	" 11. September	"	"	8576	:	XVII,	7717.
"	" 5. November	"	"	8526	:	VII,	3636.
"	" 19. "	"	"	10133	:	VII,	3637.
"	" 2. December	"	"	10252	:	IX,	4395.
"	" 3. "	"	"	7623	:	VII,	3638.
"	" 10. "	"	"	11116	:	VII,	3639.
"	" 10. "	"	"	11117	:	VII,	3640.
"	" 17. "	"	"	9627	:	VII,	3641.
"	" 19. Februar	1869,	"	472	:	IX,	4396.
"	" 17. März	"	"	1758	:	XI,	5201.
"	" 26. Juli	"	"	4710	:	IX,	4397.
"	" 28. "	"	"	8450	:	IX,	4398.
"	" 9. November	"	"	12594	:	IX,	4399.
"	" 24. "	"	"	13866	:	XI,	5202.
"	" 26. Jänner	1870,	"	798	:	IX,	4400.
"	" 22. Februar	"	"	14864	:	XIII,	5966.
"	" 2. März	"	"	2249	:	IX,	4401.
"	" 4. April	"	"	5255	:	IX,	4402.
"	" 26. "	"	"	4763	:	XVII,	7718.
"	" 28. "	"	"	13216	:	IX,	4403.
"	" 27. Mai	"	"	14647	:	IX,	4404.
"	" 27. "	"	"	1948	:	IX,	4405.

Entscheidung vom	15. Juni	1870,	Nr. 1692	:	IX,	4406.
"	27. September	"	11422	:	IX,	4407.
"	7. October	"	9553	:	IX,	4408.
"	11. "	"	11938	:	XVII,	7719.
"	19. "	"	12293	:	IX,	4409.
"	28. "	"	4697	:	IX,	4410.
"	8. November	"	13028	:	IX,	4411.
"	4. "	"	11254	:	IX,	4412.
"	16. "	"	13636	:	IX,	4413.
"	18. November	"	6092	:	IX,	4414.
"	30. "	"	14039	:	IX,	4415.
"	6. December	"	5306	:	IX,	4416.
"	6. "	"	6477	:	IX,	4417.
"	6. "	"	10904	:	IX,	4418.
"	15. "	"	8063	:	IX,	4419.
"	28. "	"	15270	:	IX,	4420.
"	28. September	1871,	11975	:	XV,	6725.
"	5. October	"	7512	:	XV,	6726.
"	7. November	"	12319	:	XI,	5203.
"	5. December	"	14550	:	XV,	6727.
"	5. März	1872,	2418	:	XV,	6728.
"	8. Mai	"	4626	:	XI,	5204.
"	8. "	"	4684	:	XI,	5205.
"	20. Juni	"	5971	:	XI,	5206.
"	25. "	"	6621	:	XI,	5207.
"	26. "	"	6469	:	XVII,	7720.
"	26. Juli	"	6862	:	XV,	6729.
"	3. September	"	9183	:	XI,	5208.
"	27. "	"	8511	:	XI,	5209.
"	17. December	"	12114	:	XVII,	7721.
"	18. "	"	11006	:	XI,	5210.
"	14. Jänner	1873,	192	:	XV,	6730.
"	4. März	"	1715	:	XV,	6731.
"	11. November	"	10848	:	XV,	6732.
"	31. December	"	12651	:	XIII,	5967.
"	13. Jänner	1874,	184	:	XV,	6733.
"	14. "	"	286	:	XV,	6734.
"	25. Februar	"	1426	:	XV,	6735.
"	21. April	"	4004	:	XVII,	7722.
"	27. Jänner	1875,	701	:	XV,	6736.
"	10. Februar	"	116	:	XV,	6737.
"	16. "	"	893	:	XV,	6738.
"	1. April	"	3132	:	XV,	6739.
"	2. "	"	541	:	XV,	6740.
"	6. "	"	3617	:	XV,	6741.

Entscheidung vom	20. April	1875,	Nr. 4245	:	XV,	6742.
"	5. Mai	"	4766	:	XV,	6743.
"	8. Juni	"	5176	:	XV,	6744.
"	9. "	"	1874	:	XV,	6745.
"	9. "	"	5178	:	XV,	6746.
"	15. "	"	6034	:	XV,	6747.
"	1. Juli	"	7206	:	XVII,	7723.
"	28. "	"	8077	:	XV,	6748.
"	1. September	"	9523	:	XV,	6749.
"	14. "	"	9745	:	XV,	6750.
"	16. "	"	4864	:	XV,	6751.
"	23. "	"	6041	:	XV,	6752.
"	23. "	"	10061	:	XV,	6753.
"	5. October	"	10924	:	XV,	6754.
"	5. "	"	10926	:	XV,	6755.
"	6. "	"	10770	:	XV,	6756.
"	19. "	"	11520	:	XVII,	7724.
"	3. November	"	12078	:	XV,	6757.
"	4. "	"	8496	:	XV,	6758.
"	18. "	"	9880	:	XV,	6759.
"	23. "	"	12702	:	XVII,	7725.
"	7. December	"	13412	:	XV,	6760.
"	14. "	"	13511	:	XV,	6761.
"	5. Jänner	1876,	10361	:	XVII,	7726.
"	11. "	"	13621	:	XVII,	7727.
"	8. Februar	"	1538	:	XV,	6762.
"	28. März	"	3678	:	XV,	6763.
"	16. Mai	"	5635	:	XV,	6764.
"	14. Juni	"	7270	:	XVII,	7728.
"	10. October	"	11960	:	XV,	6765.
"	9. November	"	11696	:	XV,	6766.
"	14. "	"	13897	:	XV,	6767.
"	14. "	"	18121	:	XVII,	7729.
"	22. "	"	13760	:	XV,	6768.
"	27. Februar	1877,	7468	:	XVII,	7730.
"	13. März	"	8077	:	XVII,	7731.
"	27. "	"	2500	:	XVII,	7732.
"	27. "	"	8064	:	XVII,	7733.
"	17. April	"	4770	:	XVII,	7734.
"	19. Juni	"	7452	:	XVII,	7735.
"	27. "	"	7332	:	XVII,	7736.
"	17. "	"	8712	:	XVII,	7737.
"	22. August	"	10128	:	XVII,	7738.
"	19. September	"	11433	:	XVII,	7739.
"	26. "	"	11595	:	XVII,	7740.

Entscheidung vom	26. September 1877,	Nr.	11711	:	XVII,	7741.
"	" 10. October	"	7998	:	XVII,	7742.
"	" 13. November	"	7189	:	XVII,	7743.
"	" 14. "	"	13476	:	XVII,	7744.
"	" 22. "	"	8178	:	XVII,	7745.
"	" 22. "	"	8608	:	XVII,	7746.
"	" 28. "	"	8760	:	XVII,	7747.
"	" 5. December	"	14293	:	XVII,	7748.
"	" 11. "	"	13995	:	XVII,	7749.
"	" 13. "	"	14630	:	XVII,	7750.
"	" 18. "	"	15109	:	XVII,	7751.
"	" 19. "	"	15036	:	XVII,	7752.
"	" 14. März	1878,	2938	:	XVII,	7753.
"	" 20. "	"	2949	:	XVII,	7754.
"	" 20. "	"	3161	:	XVII,	7755.
"	" 11. April	"	3813	;	XVII,	7756.
"	" 7. Mai	"	5395	:	XVII,	7757.
"	" 15. "	"	5260	:	XVII,	7758.
"	" 5. Juni	"	6424	:	XVII,	7759.
"	" 19. "	"	6828	:	XVII,	7760.
"	" 26. "	"	1042	:	XVII,	7761.
"	" 26. "	"	7332	:	XVII,	7762.
"	" 3. Juli	"	7553	:	XVII,	7763.
"	" 9. "	"	7411	:	XVII,	7764.
"	" 9. "	"	7412	:	XVII,	7765.
"	" 16. "	"	7797	:	XVII,	7766.
"	" 17. "	"	7967	:	XVII,	7767.
"	" 18. "	"	6890	:	XVII,	7768.
"	" 30. "	"	8550	:	XVII,	7769.
"	" 1. August	"	8517	:	XVII,	7770.
"	" 6. "	"	8859	:	XVII,	7771.
"	" 21. "	"	9317	:	XVII,	7772.
"	" 11. September	"	6661	:	XVII,	7773.
"	" 18. "	"	3223	:	XVII,	7774.
"	" 1. October	"	10457	:	XVII,	7775.
"	" 12. November	"	12399	:	XVII,	7776.
"	" 26. "	"	13013	:	XVII,	7777.
"	" 28. "	"	9510	:	XVII,	7778.
"	" 3. December	"	13333	:	XVII,	7779.
"	" 5. "	"	7431	:	XVII,	7780.
"	" 5. "	"	10035	:	XVII,	7781.
"	" 10. "	"	13557	:	XVII,	7782.
"	" 10. "	"	13625	:	XVII,	7783.
"	" 10. "	"	13688	:	XVII,	7784.
"	" 11. "	"	13017	:	XVII,	7785.

Entscheidung vom	12.	December	1878,	Nr.	10484	:	XVII,	7786.
"	"	12.	"	"	"	11789	:	XVII, 7787.
"	"	17.	"	"	"	13760	:	XVII, 7788.
"	"	27.	"	"	"	14044	:	XVII, 7789.
"	"	31.	"	"	"	14864	:	XVII, 7790.
"	"	31.	"	"	"	14400	:	XVII, 7791.
"	"	11. Jänner	1879,	"	12447	:	XVIII,	8229.
"	"	24. December	"	"	14107	:	XVIII,	8230.



Berichtigungen zu Band XIII—XVII.

Band	XIII,	Seite	265,	Zeile	8 v. u.	statt	17. December	lies	13. December.
"	"	"	266,	"	5 v. o.	"	17. December	lies	13. December.
"	"	"	316,	"	22 v. o.	find die Worte	„unter		
						Finanzprocuratur“	zu streichen und	Zeile 21	
						nach „M“	einzuschalten.		
"	"	"	338,	"	7 v. o.	statt §.	1101	lies	§. 1001.
"	XIV,	"	45,	"	9 v. o.	"	erlegten	lies	erlebigten.
"	"	"	111,	"	17 v. o.	"	Kläger	lies	Beklagten.
"	"	"	119,	"	8 v. o.	"	Turminat-	lies	Innominatcontract.
"	"	"	159,	"	19 v. u.	"	B	lies	A.
"	"	"	273,	"	11 v. u.	"	Mehrbesitz	lies	Wohnsitz.
"	"	"	321,	"	11 v. o.	"	Legates	lies	Legatars.
"	XV,	"	226,	"	10 v. o.	"	Klage	lies	Anmerkung.
"	"	"	268,	"	17 v. o.	ist nach	„Gefetze“	„nicht“	einzuschalten.
"	"	"	312,	"	1 v. u.	statt	6357	lies	6356.
"	XVI,	"	171,	"	18 v. u.	"	Ausgebdinges	lies	Ausgebding.
"	"	"	183,	"	10 v. u.	"	Unstatthaftigkeit	lies	Sistirung auf Grund.
"	"	"	380,	"	4 v. u.	ist nach	„Widerspruche“	einzuschalten	„steht“.
"	"	"	391,	"	16 ff. v. o.	haben zu lauten:	„Nach Aufnahme dieses Beweises verurtheilte das Gericht erster Instanz die B zur Zahlung der eingeklagten 2186 fl. — Das O. L. G. erkannte gegen das Klagebegehren aus den nachstehenden“		
"	"	"	469,	"	22 v. o.	statt	Anmeldung	lies	Anmerkung.
"	"	"	481,	"	2 v. o.	"	Kaufes	lies	Käufers.
"	XVII,	"	51,	"	1 v. u.	"	424	lies	426.
"	"	"	55,	"	2 v. u.	"	19	lies	119.
"	"	"	61,	"	10 v. u.	"	13. Februar	lies	15. Februar.
"	"	"	74,	"	4 v. o.	"	§. 1	lies	§. 51.
"	"	"	115,	"	3 v. o.	"	Grundsteuer-	lies	Grundlastenregulirungscommission.

Band XVII,	Seite 125,	Zeile 1 v. o.	statt 7267	lies 7367.
"	"	" 127,	" 20 v. o.	" 23 lies 53.
"	"	" 156,	" 9 v. u.	" ff lies ff.
"	"	" 190,	" 16 v. u.	" 1881 lies 1874.
"	"	" 222,	" 8 v. u.	" R. G. Bl. lies R. G. Bl.
"	"	" 272,	" 1 v. u.	" 1864 lies 1874.
"	"	" 300,	" 15 v. u.	" oberst- lies obergerichtlichen.
"	"	" 632,	" 20 v. u.	" Anmerkung lies Vormerkung.
" XVIII,	" 129,	" 21 v. u.	" B	lies C.
"	" 129,	" 17 v. u.	" B	lies A.
"	" 139,	" 3 v. o.	" 446	lies 486.
"	" 147,	" 4 v. u.	" a. G. D.	lies westgal. G. D.
"	" 161,	" 17 v. u.	" 1879	lies 1849.
"	" 218,	" 2 v. u.	" 1835	lies 1839.
"	" 249,	" 18 f. v. u.	haben zu lauten: „wurde die Incompetenzeinrede verworfen. — Das D. R. G. gab ihr statt aus“	
"	" 438,	" 9 v. o.	statt A	lies B.
"	" 689,	" 15 v. o.	" II. 4.	lies III. 5.
"	" 689,	" 18 v. u.	" II. 1.	lies III. 1.
"	" 690,	" 24 v. u.	" II. 3.	lies III. 4.
"	" 696,	" 2 v. u.	" 7358	lies 7538.
"	" 709,	" 6 v. u.	" M. IV.	lies M. V.
"	" 717,	" 2 v. o.	" 7707	lies 7077.
"	" 757	" 17. v. u.	" III. 3.	lies III. 4.

